Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 32

Chronik vom 30. August bis zum 27. September 2024

Chronik vom 30.08. - 27.09.2024

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 30. August bis zum 27. September 2024	5-424
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	425-426

Danksagung und Widmung

> Herrlich zeigte es aber die größte Gefahr, daß dein ärmster Sohn auch dein treuester war.
> *Karl Bröger (1886-1944)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Henry Albrecht, Hans-Günter Appel, Jonas Aston, Bruno Bandulet, Gil Barkei, Gero Bernhardt, Ludger Bisping, Zan Blagojević, Mathias Brodkorb, Boris Cherny, Ulrich Clauß, Elisa David, Horst Deckert, Felix Dirsch, Panayotis Doumas, Sven Eggers, Jürgen Elsässer, Konstantin Fechter, Jörg Fischer, Reiner Füllmich, Hans-Hermann Gockel, Selma Green, Frank Hauke, Gregor Hierholzer, Thorsten Hinz, S. Hofer, Henning Hoffgaard, Daniel Holfelder, Lothar Karschny, Birgit Kelle, Thomas Kirchner, Manfred Kleine-Hartlage, Tilman Knechtel, Jens Knipphals, Einar Koch, Daniel Körtel, Stefan Kofner, Stefan Korinth, Josef Kraus, Ute Krüger. Kuba Kruszakin, Jörg Kürschner, Michael Kumpmann, Peter Kuntze, Paul Leonhard, Christopher Martens, Martina Meckelein, Georg Menz, Dirk Meyer, Hans-Jörg Müllenmeister, Elizabeth Nickson. Werner Olles, Daniell Pföhringer, Boris Preckwitz, Peter R. Preißler, Gerd Reuther, Niels Rössler, Hinrich Rohbohm, Max Roland, Albrecht Rothacher, Ivo Sasek, Thomas Schäfer, Stefan Scheil, Jörg Schierholz, Marc Schmidt, Julian Schneider, Christian Schreiber, Paul Schreyer, Olga Sheean, Dieter Stein, Ulrich van Suntum, Sven Versteegen, Martin Voigt, Christian Vollradt, Ulrich Vosgerau, Curd-Torsten Weick, Florian Werner, Robert Willacker, Christian Wirth, Jerome Wnuk, Claus-Martin Wolfschlag und Marc Zoellner.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

> Von nichts trennt man sich schwerer als von geliebten Illusionen.
> *Stefan Zweig (1881-1942, österreichischer Schriftsteller)*

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der fremdbestimmten Parteien und ihren willigen Erfüllungsgehilfen sowie der globalen Nichtregierungsorganisationen seit Jahrzehnten regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat, um sie letzten Endes im Rahmen einer totalitären Enteignung und Entrechtung zu versklaven.
In dem Staatsfragment BRD gab es nie eine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern seit Gründung dieses Vasallengebildes existiert eine Scheindemokratie. In dieser Scheindemokratie (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) verwirklichten die fremdbestimmten Parteien und Abgeordneten nicht den Wählerwillen des Volkes, sondern sie handelten zweifelsfrei im Auftrag sowie nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte und vertraten in erster Linie die Interessen der gemeingefährlichen internationalen Finanzeliten.
Die systematische Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, die Zerstörung der Familie, Abschaffung der eigenen Identität, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, der Genderismus, die Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung.
In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging und geht es vor allem tatsächlich darum, alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands zu zerstören, um die Deutschen vollständig auszuplündern und letzten Endes auszulöschen.

Pflicht zum Widerstand

> Wer andern in den Hintern schlüpft, daran meist eine Hoffnung knüpft.
> *Spottvers der 68er Bewegung*

Trotz der drohenden Katastrophe befindet sich der deutsche Michel noch immer in einem komaähnlichen Todesschlaf.
Infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche blenden die selbsternannten Gutmenschen und Mitläufer starrsinnig die Realität aus und zeichnen sich weiterhin durch unglaubliche Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.
Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.
Die Menschen unterscheiden sich vor allem durch Geist, Vernunft und Rationalität von allen anderen Lebewesen. Diese Fähigkeiten ermöglichen es den Menschen, Entwicklungen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, Lügen zu durchschauen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
Wenn wir unsere Heimat retten wollen, müssen wir unseren komaähnlichen Todesschlaf sofort beenden und uns endlich wehren und erbitterten Widerstand leisten, um die Vernichtungspläne der verbrecherischen Finanzeliten noch rechtzeitig zu entschärfen oder rückgängig zu machen.
Angesichts der bedrohlichen Ereignisse in den Monaten August und September 2024 bleibt nicht mehr viel Zeit, um unsere Heimat zu retten:

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. August 2024 (x1.399/…): >>**Merz, die Mogelpackung**

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**"Nicht die Messer sind das Problem"**

Solingen: Auf die tödliche Gewalttat eines abgelehnten Asylbewerbers reagiert die Politik mit hilflosen Ritualen

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Desaströse Entwicklung in der Industrie**

Finanzpolitik: Die Bundesbank kritisiert die Tricksereien der Ampel-Haushälter/ Fehlbedarf von 39 Milliarden prognostiziert

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. August 2024 (x1.399/…): >>**Irre: Abgeschobener Vergewaltiger will zurück**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. September 2024 (x1.404/…): >>**Steinmeier warnt nach Solingen vor Spaltung der Gesellschaft**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. September 2024 (x1.404/…): >>**Energiewende scheitert krachend, Ursache für Deutschlands Absturz**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. September 2024 x1.402/…): >>**Ampel röchelt ihrem Ende entgegen: SPD will "besser erklären" - Abgesang bei den "Grünen"**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 3. September 2024 (x1.401/…): >>**Bademeister zusammengeschlagen: Sichere Freibäder durch konsequente Abschiebungen!**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. September 2024 (x1.404/…): >>**Tödliche Messerattacke in Niedersachsen - Iraker festgenommen**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. September 2024 (x1.401/…): >>**15-jähriger Syrer vergewaltigt 12-Jährige im Schwimmbad: Wer nicht abschiebt, macht sich mitschuldig**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. September 2024 (x1.402/…): >>**Schicksalsnacht: Vor neun Jahren nahm das Unheil der Masseneinwanderung seinen Lauf**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. September 2024 (x1.403/…): >>**Allein im ersten Halbjahr 2024 mehr Messerangriffe als im gesamten Jahr 2022**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. September 2024 (x1.403/…): >>**15-jähriger Syrer vergewaltigt 12-Jährige in Schwimmbad-Umkleide**

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 4. September 2024 (x1.405/…): >>**Gericht: Einrichtungsbezogene Impfpflicht verfassungswidrig**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. September 2024 (x1.404/…): >>**Heusgen plädiert für Stationierung von US-Mittelstreckenraketen**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. September 2024 (x1.401/…): >>**Volkswagen, Edeka und Co: Konzerne sägen mit Ampel-Hörigkeit am eigenen Ast!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. September 2024 (x1.402/…): >>**Kanzler kichert sich das Ampel-Gewürge schön: Deutschland wird von einem Kindergarten regiert!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. September 2024 (x1.402/…): >>**Erste Verfassungskrise in Thüringen: Kramers Schlapphüte schnüffeln ohne parlamentarische Kontrolle**

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands 30. August bis zum 27. September 2024

30.08.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. August 2024 (x1.399/…): >>**Merz, die Mogelpackung**

Von *Sven Eggers*

Kurz vor den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen versucht sich die Bild als CDU-Wahlkampfblatt. Insbesondere an Friedrich Merz haben die Springer-Leute einen Narren gefressen….

Im Jahr 44 vor Christi erschütterte ein Mord das Römische Imperium: Zu den Iden des März - also zur Monatsmitte - wurde Julius Cäsar gemeuchelt. Die Iden des Merz sind nicht so dramatisch. Friedrich Merz ist ein steinreicher Lobbyist, abgehoben, volksfremd, EU-hörig und gilt als vorlaut, aber feige.

Gleich nach seiner Quasi-Wahl zum CDU-Chef per Mitgliederentscheid im Dezember 2021 stellte er klar, daß es mit ihm "keinen Rechtsruck" geben werde. Gegenüber dem Spiegel brüstete er sich damit, "eine Brandmauer zur AfD" festigen zu wollen. Mackerhaft drohte er: "Wenn irgend jemand von uns die Hand hebt, um mit der AfD zusammenzuarbeiten, dann steht am nächsten Tag ein Parteiausschlußverfahren an."

Was kann Merz?

Was gibt es sonst noch Wissenswertes über den CDU-Vorsitzenden? Der Mann ist 68 Jahre alt. Aufgewachsen ist er in Brilon im Hochsauerland. Gern kokettiert er damit, früher ein aufmüpfiger Schüler gewesen zu sein; lange Haare und so, Sitzenbleiber. Dann aber: Abitur, Wehrdienst, Jura-Studium, Referendariat, Berufspolitiker. Klarinette spielt er auch. Verheiratet ist er mit Charlotte Merz, Direktorin des Amtsgerichts Arnsberg. Das Ehepaar hat drei erwachsene Kinder.

In die CDU eingetreten ist er 1972. Seine dortige Karriere: Vorsitzender der Jungen Union in Brilon, Europaabgeordneter, Wahl in den Bundestag, Vorsitzender der Unionsfraktion zu Zeiten der Schröder-Kanzlerschaft. 2002 entriß ihm dann Angela Merkel seinen Posten. Danach das Verhältnis der beiden als schwierig. Beleidigt zog sich der Sauerländer damals nach und nach aus der Parteipolitik zurück, kandidierte auch nicht mehr für den Bundestag. Sein Vater Joachim, Richter am Landgericht Arnsberg, trat nach 51-jähriger Mitgliedschaft sogar aus der CDU aus.

Zehn Jahre später fiel Merz ein, doch wieder an der Parteispitze mitmischen zu wollen. Seine Annahme, er würde dort sehnsüchtig erwartet, erwies sich allerdings als Trugschluß. 2018 brachte er es bei seiner Kandidatur zum CDU-Vorsitzenden tatsächlich fertig, gegen die farblose Annegret Kramp-Karrenbauer zu verlieren. Zwei Jahre später war beim nächsten Anlauf auch Polit-Loser Laschet eine Nummer zu groß für ihn. Merz blieb bei der Wahl zum CDU-Chef wieder nur der zweite Platz.

Daß es im dritten Anlauf funktionierte, lag weniger an ihm als an seinen Gegenkandidaten. Allen Ernstes hatten sich auch Merkels letzter Fanboy Helge Braun und Schlaftablette Norbert Röttgen um den Posten beworben. Die verfügen nun wirklich über keinerlei Rückhalt in der Gesellschaft oder der CDU, möglicherweise nicht einmal im eigenen Familienkreis. Da hatte Merz leichtes Spiel. Auch in den Bundestag zog er wieder ein.

Heuschreckenalarm

Merz gibt sich als Finanzfachmann aus. Das kann auch daran liegen, daß er für sich selbst reichlich Geld zusammengescheffelt hat. Sein politisches Netzwerk ragt in diverse Interessenverbände hinein. Zwischen 2016 und 2020 war Merz Aufsichtsratschef der deutschen Abtei-

lung von Blackrock, einer der größten und auch intransparentesten Fondsgesellschaften weltweit. Hochgradiger Heuschreckenalarm!
Der schwarze Felsen mischt mit teils erheblichen Beteiligungen bei ungezählten globalistischen Giganten mit, etwa bei Apple, Google, Microsoft, JPMorgan Chase, Citibank - und bei ausnahmslos allen DAX-Unternehmen von A wie Adidas bis Z wie Zalando.
Blackrock ist Miteigentümer zigtausenden Unternehmen und Banken und damit die größte Kapitalorganisation dieser Art. Solche Kolosse sind wesentlich verantwortlich für globale Arbeitsarmut, entziehen den Staaten Steuern und geben sich gleichzeitig, obwohl Profiteure der Umweltzerstörung, führend beim neumodischen Fake-Klimaschutz, dem Greenwashing.

Lobbyismus in Reinkultur

Notabene: Bis 2019 war Merz zudem Vorsitzender der berüchtigten Atlantikbrücke, also jenes Lobbyverbandes, der Deutschland fest an den US-Rockzipfel klammern und Berlins Westbindung zementieren will. Auch mischt er bei der 1973 auf Initiative von Zbigniew Brzezinski und David Rockefeller gegründeten Trilateralen Kommission mit. An der Spitze der CDU agiert also jemand, der die Interessen der Großfinanz stets über die Interessen der Allgemeinheit gestellt hat. Für einen EU-Superstaat begeistert sich Merz seit Jahren, der Ausverkauf nationaler Interessen berührt ihn dabei überhaupt nicht. Zuwanderung ist sein Ding, sofern er annimmt, daß sie dem Kapital nützen könnte.
Auf die Wähler in der Bundesrepublik wirkt Lobbyismus ganz besonders abschreckend. Bis zu 80 Prozent halten den Einfluß von Interessengruppen auf die Politik für "zu hoch" oder für "viel zu hoch", ergab vor einiger Zeit eine Umfrage bei abgeordnetenwatch.de. Wenn sich nun mit Friedrich Merz ein Vertreter der Großfinanz in den Vordergrund schiebt, ist die Annahme, er könnte hier als Türöffner für immer neue Wirtschafts- und Globalisierungsinteressen dienen, nicht weit.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Kontrollverlust ohne Ende**

Solingen: Wieder ein islamistischer Anschlag, wieder macht die Politik Versprechen. Doch es bleiben Zweifel

Michael Paulwitz

Der Terroranschlag des Messer-Islamisten von Solingen, in bitterer Ironie ausgerechnet auf einem "Fest der Vielfalt" verübt, vereinigt in quälender Verdichtung, was die Politik der ideologisch gewollten Kontrollaufgabe über die Migrationsströme binnen weniger Jahre an Verwüstungen über unser Land und seine Bürger gebracht hat. Wieder hat ein Asylbewerber heimtückisch zugeschlagen.
Wieder ein Mann, der illegal nach Deutschland eingedrungen ist und die verschwenderische Großzügigkeit des deutschen Sozialstaats ausgenützt hat, wieder einer, der nicht nur gar nicht erst hätte hereingelassen werden dürfen, sondern auch längst hätte aus dem Land geschafft werden müssen - und auch können. Die fällige Abschiebung des Tatverdächtigen scheiterte nicht am Rücknahmeland, sondern an Unwillen und Versagen der deutschen Behörden, die schlicht ihre Arbeit nicht gemacht haben.
Der Messermord an dem Mannheimer Polizisten Rouven Laur und der versuchte Mord an dem Publizisten und Aufklärer Michael Stürzenberger ist nach drei Monaten schon wieder aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt. Die Hintergründe und Begleitumstände ähneln sich gleichwohl unheilvoll.
Noch immer nennt niemand die Namen der drei Ermordeten und acht Schwerverletzten. Für den politischen Betrieb sind sie lästige Schatten, die am besten gleich wieder in Vergessenheit geraten sollen. Die medialen Hilfstruppen stellen keine unerwünschten Fragen. Sie vervielfältigen die eingeübten Propagandamuster, die den Fokus ins Gegenteil verkehren.
Die flink von linken Migrationsextremisten inszenierten "Gegen Rechts-Kundgebungen", mit

denen den brutal aus ihrem gewohnten Leben gerissenen Opfern zusätzlicher Hohn hinterhergeschickt wird, erhalten breiteste Aufmerksamkeit auf allen Kanälen des Zwangsgebührenfunks und der macht-ergebenen Presse. Sie machen sich zum willigen Sprachrohr der aufgescheuchten politischen Schreibtischtäter, die nach einer Schrecksekunde mit Salven hohler Floskeln aus dem Phrasenwerfer ihre Verantwortung zu vernebeln versuchen. Man kann darauf warten, wie die Betroffenheitsbausteine fallen.

Der aufmüpfige Bürger, der Parolen gegen die Migrationspolitik seiner Obrigkeit mitsingt, ist in dieser Perspektive gefährlicher als der Messerstecher, und schlimmer als der Terroranschlag selbst ist die "Instrumentalisierung" durch die "Falschen", nämlich durch Oppositionskräfte, welche die blutig gescheiterte "Vielfalt-Ideologie" grundsätzlich in Frage stellen.

Die Verantwortung aller etablierten Parteien für diesen islamistischen Terrormord und alle, die ihm vorangegangen sind und noch folgen werden, ist dennoch nicht zu leugnen. Beide Attentäter, der Syrer Issa al-H., der in Solingen ein Massaker anrichtete, und der Afghane Sulaiman A., der in Mannheim mordete, kamen als angebliche "Flüchtlinge" ins Land und wurden nicht abgeschoben, obwohl sie keinerlei Anspruch auf "Schutz" hatten.

Regierungen, die Millionen Menschen ohne Kontrollen ins Land strömen lassen, ohne wissen zu wollen, wer da alles ihre Einladung ausnutzt, tragen eine Mitverantwortung, wenn ihre Schützlinge schwere Verbrechen begehen. Besonders, wenn sie rechtlich gebotene Abschiebungen versäumt oder sabotiert haben. Immerhin das gab der Unions-Vorsitzende Friedrich Merz am Dienstag selbst zu, als er völlig korrekt darauf hinwies, daß seine Partei "in der Verantwortung gewesen" sei, als "die erste große Welle", im Jahr 2015 kam.

Der islamistische Terror durch sogenannte "Schutzsuchende" in Solingen, Mannheim und anderswo hat ebenso seine Ursachen in politischen Entscheidungen wie der migrantische Alltagsterror gegen Einheimische, der besonders Frauen und Mädchen die eigene Heimat entfremdet und zur Gefahrenzone macht. Gruseliger als das sonst übliche penetrante Schweigen der politisch Verantwortlichen, das für gewöhnlich die zum monströsen Alltag gewordene Gewalt- und Messerkriminalität migrantischer Täter begleitet, ist der geschwätzige Chor der Phrasendrescher, der sich nach Solingen in die Ohren der Bürger bohrt.

Da ist der Kanzler, der sich im gut geschützten Troß mit den NRW-Granden kurz nach Solingen fahren läßt und glaubt, seiner Pflicht sei Genüge getan, wenn er ein paar weiße Rosen verteilt. Der Bundespräsident, der ungerührt wieder vom "Zusammenstehen" gegen "Haß und Hetze" faselt, obwohl die in Solingen hingemetzelten Besucher des "Fests der Vielfalt" doch gerade das getan hatten.

NRW-Innenminister Reul will "fassungslos" das alles gar nicht "wahrhaben", Merz stellt die Ausrufung einer "nationalen Notlage" in den Raum - was gut klänge, hätte die CDU ihrem Rechts-Blinken nicht schon zu häufig Untätigkeit folgen lassen.

Der Schock von Solingen wird genausowenig die dringend gebotene Migrationswende herbeiführen wie das Entsetzen über all die vorangegangenen Horror-Migrantenverbrechen. SPD-Chefin Saskia Esken sagte es am vergangenen Sonntag bei Caren Miosga mit brutaler Offenheit: Aus dem Anschlag könne man sowieso "nicht viel lernen", und ein Aufnahmestopp käme schon gar nicht in Frage.

Das Dogma steht: An der Massenmigration als quasi schicksalhaftem Naturereignis wird nicht gerüttelt, die Grenzen werden nicht geschlossen, und der Staatsapparat steht bereit, um Kritiker des Verlusts der inneren Sicherheit noch schärfer zu kriminalisieren und mit Repression zum Schweigen zu bringen.

Neu ist allerdings, daß der Staat seinen Bürgern eiskalt mitteilt, daß sie auch gar keinen Schutz mehr zu erwarten haben. Jeder müsse mit sich ausmachen, ob er noch zu Festivitäten und Fußballspielen geht oder den ÖPNV benutzt, kündigt ein Polizeipräsident nach Solingen die Grundlage des staatlichen Gewaltmonopols auf.

Der öffentliche Raum wird zur Todeszone, Betreten auf eigene Gefahr. Die Sicherheitsbehörden haben alle Hände voll zu tun, Gedankenverbrecher und Regierungskritiker zu jagen. Sich selbst verteidigen dürfen die Bürger aber auch nicht. Im Gegenteil, sie werden noch weiter entwaffnet; auch die FDP steht wieder für "schärfere Waffengesetze" bereit.
Wer allen Ernstes glauben machen will, IS-Terroristen ließen sich mit Messerverboten, Klingenbegrenzungen und Sozialarbeitern aufhalten, muß die Bürger für sehr dumm oder sehr schafsgeduldig halten. Noch geht diese Rechnung auf. Doch das nächste Blutbad kommt bestimmt, und mit ihm neue Wut auf eine politische Klasse, die den Bürgern Sicherheit, Freiheit und Heimat mutwillig raubt, und neue Repression. Die Fortsetzung der Politik der Massenmigration führt in Barbarei und neuen Totalitarismus.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**"Nicht die Messer sind das Problem"**
Solingen: Auf die tödliche Gewalttat eines abgelehnten Asylbewerbers reagiert die Politik mit hilflosen Ritualen
Gregor Hierholzer / Daniel Holfelder
Es sind nur drei Wörter, aber aus der jüngeren deutschen Geschichte sind sie schwerlich wegzudenken: "Wir schaffen das", bekräftigte Angela Merkel am 31. August 2015. Die damalige Kanzlerin meinte die Aufnahme Hunderttausender Migranten, ein Großteil davon aus dem Bürgerkriegsland Syrien.
Fast auf den Tag genau neun Jahre später ist Merkel im politischen Ruhestand und ihre Partei, die CDU, will die Einwanderung aus Syrien beenden. Nach dem Terroranschlag auf einem Stadtfest in Solingen, wo am Freitag voriger Woche der aus Syrien stammende Islamist Issa al-H. drei Menschen getötet und sechs weitere zum Teil schwer verletzt hatte, schrieb der Parteivorsitzende Friedrich Merz in einem offenen Brief: "Nach Syrien und Afghanistan kann abgeschoben werden, weitere Flüchtlinge aus diesen Ländern nehmen wir nicht auf."
Aus Afghanistan kam jener Attentäter, der Ende Mai in Mannheim eine islamismuskritische Kundgebung angegriffen und dabei dem Polizisten Rouven L. das Leben genommen hatte.
Merz traf sich zu einem Krisengespräch mit Bundeskanzler Olaf Scholz und berief im Anschluß eine Pressekonferenz ein, auf der er einen konkreten Weg zu schärferen Asylgesetzen skizzierte. Erstens sollen Scholz für die Regierung und er selbst für die Opposition je einen Beauftragten benennen, um schnelle Lösungen zu erarbeiten.
Zweitens solle während der nächsten Sitzungswoche im Bundestag, die am 9. September beginnt, geklärt werden, welche Gesetze gemeinsam geändert werden können. Drittens drängte er deshalb den Bundeskanzler dazu, bei Abstimmungen über die entsprechenden Gesetze den Fraktionszwang aufzuheben. Der CDU-Chef brachte sogar die Möglichkeit ins Spiel, den nationalen Notstand auszurufen, um EU-Recht umgehen zu können.
Auch eine seiner zentralen Forderungen bezieht sich auf die EU-Ebene, konkret darauf, die sogenannten Dublin-Regelungen wieder einzuhalten. Diese legen fest, daß Asylverfahren in dem EU-Staat durchgeführt werden müssen, in den ein Asylbewerber zuerst eingereist ist. Dies hätte auch im Fall von Issa al-H. passieren müssen. Der 26jährige, den die Bundesanwaltschaft für ein Mitglied der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) hält, reiste nach jetzigem Kenntnisstand 2022 über Bulgarien in Bundesrepublik ein.
Die deutschen Behörden beantragten gemäß Dublin-Abkommen seine Rückführung in das südosteuropäische Land, der die Bulgaren zustimmten. Allerdings entzog sich der Syrer der Maßnahme, indem er ein halbes Jahr lang untertauchte. Zur Fahndung sei er in dieser Zeit nicht ausgeschrieben worden, unter anderem weil er als unauffällig gegolten habe, berichtet der Spiegel. Nach dieser sechsmonatigen Überstellfrist ging die Zuständigkeit im August 2023 von Bulgarien auf Deutschland über - so sehen es die Regelungen vor. Al-H. tauchte wieder auf, erhielt subsidiären Schutz und wurde der Stadt Solingen zur Unterbringung zugeteilt.

Dort lebte er bis zuletzt in einer Asylbewerberunterkunft.
Ein Einzelfall ist die gescheiterte Überstellung des Islamisten nicht. Laut Innenministerium richtete Deutschland im vergangenen Jahr knapp 75.000 Übernahmeersuchen an andere EU-Mitgliedsstaaten. In rund 55.000 Fällen stimmten die europäischen Nachbarn den Ersuchen zu. Erfolgreich waren jedoch nur etwa 5.000 Überstellungen. Ein ähnliches Bild zeigt sich im ersten Halbjahr 2024. Knapp 37.000 Übernahmeersuchen und rund 21.000 Zustimmungen aus den EU-Mitgliedsstaaten stehen etwa 3.000 tatsächlich erfolgten Rückführungen gegenüber.

"Unverantwortliche Politik der offenen Grenzen"

Kaum höher ist die Zahl der Abschiebungen insgesamt, die im vergangenen Jahr bei etwas mehr als 16.000 lag, obwohl der Bundesregierung zufolge rund 242.000 Ausländer in Deutschland vollziehbar ausreisepflichtig sind. Die meisten davon stammen aus dem Irak (etwa 25.000), gefolgt von Afghanistan (14.000) und der Türkei (13.500). Aus Syrien halten sich mit Stand 2023 rund 10.000 ausreisepflichtige Personen in Deutschland auf.
Die AfD nahm diese Zahlen vor dem Hintergrund des Anschlags zum Anlaß für eine Generalabrechnung - nicht nur mit der Bundesregierung, sondern vor allem mit Friedrich Merz und der Union. CDU und CSU hätten mit ihrer ab 2015 betriebenen "unverantwortlichen Politik der offenen Grenzen den beispiellosen Zerfall der inneren Sicherheit in Deutschland" herbeigeführt und "jegliche Glaubwürdigkeit in Fragen der Einwanderungs- und Sicherheitspolitik verspielt", kritisierte die Parteivorsitzende Alice Weidel. "Mit einer Merz-CDU, die mit den Grünen koaliert und diese desaströse Politik weiter mitträgt, wird es keine Migrationswende geben. 'Rechts blinken und links abbiegen' verfängt beim Bürger nicht mehr."
Kurz zuvor war Kanzler Scholz zum Tatort nach Solingen gereist und hatte bereits angekündigt, häufiger abschieben zu wollen. Zur praktischen Umsetzung dieses Ziels äußerte sich der SPD-Politiker allerdings vage und sprach von unbestimmten "rechtlichen Regeln und konsequenter, praktischer Vollzugstätigkeit", um die Abschiebezahlen zu erhöhen.
Zudem knüpfte Scholz an den Vorstoß seiner Parteikollegin Nancy Faeser an und versprach eine baldige Verschärfung des Waffenrechts, insbesondere mit Blick auf den Einsatz von Messern. Die Bundesinnenministerin hatte schon vor dem Terroranschlag darauf gepocht, Messer mit einer Klingenlänge von mehr als sechs Zentimetern im öffentlichen Raum grundsätzlich zu verbieten. FDP-Justizminister Marco Buschmann, dessen Partei den Vorschlag bisher abgelehnt hatte, signalisierte in der Bild-Zeitung Gesprächsbereitschaft. "Wir werden nun in der Bundesregierung darüber beraten, wie wir den Kampf gegen diese Art der Messer-Kriminalität weiter voranbringen", sagte er.
Erst in der vergangenen Woche waren Zahlen der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) öffentlich geworden, wonach immer mehr Menschen schwer durch Messerangriffe verletzt werden. Seit 2014 sei die Zahl der Personen, die wegen schwerer Messerverletzungen auf deutschen Intensivstationen (ITS) behandelt werden mußten oder dort daran verstarben, um mehr als 50 Prozent gestiegen, zitierten die Neue Zürcher Zeitung und die Berliner Zeitung aus einem unveröffentlichten DGU-Bericht.
Der Befund deckt sich mit Zahlen der Bundespolizei, die 2023 in ihrem Einsatzbereich - vorwiegend Bahnhöfe und Züge - einen Höchststand von Messerangriffen feststellte. Ausländer seien bei den rund 853 Delikten stark überrepräsentiert gewesen, teilte der Chef der Bundespolizei, Dieter Romann, mit. Statistisch hätten sie sechsmal häufiger zum Messer gegriffen als deutsche Staatsbürger. Insgesamt gab es laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) im vergangenen Jahr fast 9.000 Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung mit der Tatwaffe Messer.
Daß ein Verbot das Problem lösen kann, halten die CDU und die AfD indes für eine Illusion. "Nicht die Messer sind das Problem, sondern die Personen, die damit herumlaufen. In der Mehrzahl der Taten stehen islamistische Motive dahinter", schrieb Friedrich Merz in seinem

Brief. Alice Weidel kanzelte Faesers Vorschlag schon vor Wochen ab: "Die Symbolpolitik der Bundesregierung kennt keine Grenzen: Statt erlaubte Messer auf sechs Zentimeter zu kürzen - was jedem Straftäter herzlich egal ist -, sollten diejenigen abgeschoben werden, die für die täglich wachsende Anzahl von Messerattacken verantwortlich sind."
Derweil sind ausländische Tatverdächtige nicht nur bei Messerangriffen überrepräsentiert. In der PKS für 2023 machten sie mehr als ein Drittel aller ermittelten Tatverdächtigen aus, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung etwa 15 Prozent betrug.
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Bundesbank und Sozialverbände fordern den Erhalt von Bargeld**
Mehr als ein Notgroschen
Dirk Meyer
Die Bundesbank (BBk) steht zwischen Baum und Borke. Einerseits unterliegt sie als Notenbank einem nationalen Rechtfertigungsdruck: wegen der EZB-Anleihekäufe, den daraus entstehenden Verlusten in ihrer Bilanz, der zögerlichen Reaktion auf den Inflationsschub und den Bargeldbeschränkungen.
Dazu zählen die Abschaffung der 500-Euro-Note, das Verbot von Barzahlungen über 10.000 Euro und die Erfassung von Käuferdaten ab 3.000 Euro. Andererseits ist die BBk im EZB-Rat - trotz 26,6 Prozent Kapitalanteil - in einer Minderheitsposition.
Von daher strebt die BBk eine gesellschaftliche Vernetzung an. Vor der Euro-Einführung wären öffentliche Dialoge mit Interessengruppen völlig undenkbar gewesen. Drücken sie doch eine Abkehr von ihrer gebotenen Unabhängigkeitsposition aus (Art. 88 Grundgesetz). Hiernach soll sie vorrangig die Preisstabilität und Zahlungsmittelfunktion gewährleisten. Anders die aktuelle BBk-Umfrage zum digitalen Euro im Juni, nach der für die Hälfte der Befragten elektronisches Geld grundsätzlich als zusätzliche Bezahloption vorstellbar wäre.
Zudem berichtete die BBk über drei Workshops "mit 27 Verbänden und Organisationen aus der Breite der Gesellschaft". Beteiligt waren Handwerksverbände, die Schausteller und Marktkaufleute, Behindertenvertreter sowie diverse Digital-, Sozial- und Verbraucherverbände. Danach besteht ein erster wesentlicher Konsens im Erhalt des Bargeldes.
Sein besonderer Wert wird als quasi-demokratisches Zahlungsmittel gesehen. Seine Verwendung ist voraussetzungslos. Kein Vertrag, keine technischen Erfordernisse, keine besonderen Kompetenzen sind notwendig. Es gewährt Anonymität, Teilhabe von Personen ohne Konto und fördert die Stabilität im Krisenfall. Bei Stromausfall, Cyberangriffen, Softwarestörungen oder als "Notgroschen" ist Bargeld resilient und jederzeit einsatzfähig.
Zwar betont die BBk die Anonymisierung des geplanten digitalen Euro, doch kann diese grundsätzlich wieder aufgehoben oder womöglich von Dritten ausgehebelt werden. Bargeld ist geprägte Freiheit, hat das höchste Datenschutzniveau - und sollte deshalb in jedem Fall erhalten bleiben. Zugleich werden insbesondere seitens des Einzelhandels die Kosten der Bargeldverwendung hervorgehoben. Zudem wird von über drei Viertel der Befragten die Bequemlichkeit und der Komfort des digitalen Bezahlens genannt. Von daher sollte als zweites Ergebnis die Wahl des Zahlungsmittels generell der freien Entscheidung überlassen bleiben.
Zwar sind die Euro-Banknoten derzeit das einzige gesetzliche Zahlungsmittel im Euroraum (Art. 128 Abs. 1 AEUV) und als Zentralbankgeld im Gegensatz zum Kontoguthaben der Banken und Sparkassen ausfallsicher. Die Vertragsfreiheit gestattet jedoch, Barzahlungen auszuschließen. Um hier Sicherheit zu schaffen, könnte durch eine EU-Verordnung die Annahmepflicht gesetzlich vorgeschrieben werden und etwaige Höchstgrenzen allein auf eine Ausweispflicht beschränkt bleiben.
Damit würde die Wahlfreiheit des Zahlungsmittels und berechtigten Geldwäsche-Vorkehrungen Rechnung getragen. Nebenbei: Die BBk plant erhebliche Investitionen in die Bargeld-Infrastruktur, indem sie zwar vier der 31 Filialen schließt, weitere vier in den Ballungsräumen

Frankfurt, Hannover, Köln und Stuttgart aber an logistisch günstigeren Standorten neu baut und insgesamt ihre Bargeld-Geschäftsabläufe modernisieren will. Ein Abgesang sieht anders aus.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Bundesnetzagentur will Strompreisrabatte für Großindustrie abschaffen**
Habeck ist kein Realsozialist
Jörg Fischer

Kritiker werfen Robert Habeck vor, eine sozialistische Wirtschaftspolitik zu betreiben - doch die Ampel enteignet keine Kapitalisten, sondern beschlagnahmt allenfalls Vereinsvermögen. Die (Real-)Sozialistische Einheitspartei Deutschlands richtete mit ihrer Sowjetideologie zwar auch eine Volkswirtschaft zugrunde, aber dazu brauchte sie mehr als eine Legislaturperiode. Und jeder SED-Funktionär kannte die Naturgesetze: Der Strombedarf muß zeitgleich durch die Erzeugung gedeckt werden - allein schon, um Mauer, Todesstreifen, Militär und Propagandakulisse nicht durch einen Brownout zu gefährden.

Nie wäre das Politbüro auf die Idee gekommen, funktionierende Atom- und Kohlekraftwerke aus ideologischen Gründen zu zerstören und Betriebe nur noch dann produzieren zu lassen, wenn der Wind weht oder die Sonne scheint. Wer das vorgeschlagen hätte, wäre als Saboteur, wegen Schädlingstätigkeit und "Untergrabung der Volkswirtschaft" schneller hinter Gitter gekommen als heutzutage ein Reichsbürger.

Aber genau das ist künftig unausweichlich: Energieintensive Produktion nur noch dann, wenn genug Strom da ist. Denn weder "fungiert das Netz als Speicher" (Annalena Baerbock 2018 im DLF), noch gibt es genügend Energiespeicher oder Back-up-Kraftwerke. Daher müssen Stromverbraucher nicht nur in Dunkelflauten vom Netz. Das soll aber "marktwirtschaftlich" und indirekt geschehen. Deshalb will die Bundesnetzagentur die bisherigen Netzentgeltrabatte ab 2026 an das tagesaktuelle Angebot der "erneuerbaren Energien" anpassen.

Bei einem Stromüberangebot soll hingegen Mehrverbrauch belohnt werden. Bislang erhalten Großunternehmen bei jährlich über 7.000 Produktionsstunden einen Rabatt von etwa 80 Prozent auf ihre Netzentgelte - Industriesubvention in Zeiten der Energiewende. Kurzzeitig abschaltbare Lasten (etwa Alu- und Chemiewerke) vom Netz nehmen, um bei Verbrauchsspitzen das Netz stabil zu halten, das gab es zu DDR-Zeiten und auch vor der Energiewende. Doch mit der CO2-Phobie und mehr "Flatterstrom" werden regelnde Netzeingriffe (Redispatch) häufiger. Das ist kein "Habeck-Sozialismus", sondern logische Folge der "grünen" Klimapolitik von Union und Ampelparteien, die von Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und einer Wählermehrheit mitgetragen wird.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Desaströse Entwicklung in der Industrie**
Finanzpolitik: Die Bundesbank kritisiert die Tricksereien der Ampel-Haushälter/ Fehlbedarf von 39 Milliarden prognostiziert
Ulrich van Suntum

Charles Ponzi war ein italoamerikanischer Finanzjongleur, der in den 1920er Jahren seine Kunden mit einer Art Schneeballsystem prellte: Statt ihr Geld seriös anzulegen, täuschte er dies nur vor und zahlte angebliche Gewinne immer nur aus den Einzahlungen vertrauensseliger Neuanleger.

Nachdem sein System aufgeflogen und er selbst ins Gefängnis gewandert war, bürgerte sich für diese Art von Geschäften der Ausdruck "Ponzi-Spiele" in der Finanzfachsprache ein. Ihr gemeinsames Merkmal ist, daß sie eine ganze Weile Seriosität vortäuschen und insoweit gutgehen können, auf Dauer aber ein um so größerer Crash unvermeidlich ist.

Liest man den Bundesdesbank-Monatsbericht über die öffentlichen Finanzen in Deutschland (8/24), fühlt man sich unwillkürlich an diese Geschichte erinnert. Denn im Haushaltsgebaren

der Ampel-Regierung wimmelt es nur so von fragwürdigen Verschiebebahnhöfen und anderen Tricksereien, mit denen Finanzlücken versteckt bzw. heimlich auf die Zukunft verschoben werden sollen.

"Dann droht die Schuldenbremse ins Leere zu laufen"

Auch wenn die Bundesbank dies in ihrer vornehmen und zurückhaltenden Art noch vergleichsweise zurückhaltend kritisiert, ist ihre Botschaft doch deutlich: Es werden ungedeckte Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, und zwar in einer Weise, die mit seriöser Finanzplanung nichts mehr zu tun hat und vermutlich einmal mehr das Verfassungsgericht auf den Plan rufen wird. Und dies betrifft nicht nur den Bund, sondern auch einige Bundesländer. … Das ist bei weitem nicht das einzige Damoklesschwert, das über Christian Lindners Finanzplanung schwebt. Sein Rechenwerk ist offenbar nur darauf ausgerichtet, daß sich die Ampel bis zur Bundestagswahl irgendwie über die Ziellinie schleppen kann. …

Richten sollen es laut Finanzplanung u.a. steigende Einnahmen aus dem Klimafonds, die aber offenbar eine Luftnummer sind. Bisher sei jedenfalls "noch ungeklärt, wie der Fonds dies und seine anderen umfangreichen Projekte finanzieren soll", bemerkt die Bundesbank dazu trokken. Und so geht es weiter. So will die Ampel bisher als Zuschüsse an die Bahn geleistete Zahlungen jetzt als "Eigenkapitaleinlage" deklarieren. Dann gelten sie nämlich als Finanzinvestition und werden nicht auf die Schuldenbremse angerechnet.

Dies wäre laut Bundesbank aber nur dann zu rechtfertigen, wenn die Bahn darauf auch eine Rendite zahlen würde. Dafür fehlen ihr aber die notwendigen Einnahmen. Zudem ächzt sie selbst unter einer Schuldenlast von 32 Milliarden Euro. Es stehe daher zu befürchten, daß sich der Bund die Rendite über neue Zuschüsse und Darlehen an die Bahn am Ende praktisch selber zahlt. Das hätte sich auch ein Charles Ponzi kaum schöner ausdenken können. Laut Bundesbank drohen auf diese Art die Schuldenbremse und die EU-Fiskalregeln "ins Leere zu laufen".

Wo sollen die neuen "globalen Mehreinnahmen" herkommen?

Trotz aller Finanztricks reicht das Geld im Bundeshaushalt aber noch immer nicht. So fehlen in den Haushalten 2026 und 2027 jeweils 13 Milliarden, für 2028 wird sogar ein Fehlbedarf von 39 Milliarden prognostiziert. Statt aber die Ausgabenplanung entsprechend anzupassen, veranschlagt die Ampel dafür einfach angebliche "globale Minderausgaben" und "globale Mehreinnahmen".

Im Klartext sagt sie damit nichts anderes, als daß die Finanzlücken sich schon irgendwie schließen werden, weil am Ende vielleicht doch mehr eingenommen oder weniger ausgegeben wird, als es der eigenen Planung entspricht. Ob das aber wirklich eintrifft, "bleibt insgesamt abzuwarten", heißt es im Bundesbank-Bericht leicht süffisant.

Eher dürfte es sogar umgekehrt sein, denn die aktuellen Konjunkturdaten stimmen alles andere als hoffnungsvoll. So ist die ohnehin schwache Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal nochmals um 0,1 Prozent geschrumpft, und die Steuereinnahmen von Bund und Ländern lagen im Juli um acht Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Vor allem die deutsche Industrie befindet sich seit Mitte 2022 in einer regelrechten Rezession - und alle Frühindikatoren deuten derzeit auf eine weitere Talfahrt hin.

So ist der vielbeachtete Einkaufsmanager-Index für das Verarbeitende Gewerbe im August noch stärker gesunken als ohnehin schon erwartet wurde. Der für die zweite Jahreshälfte erhoffte Aufschwung bleibe damit aus, kommentiert das Finanzhaus S&P, die "desaströse" Entwicklung der Industrie beginne statt dessen inzwischen auf den Dienstleistungssektor überzugreifen. Selbst das Finanzministerium gibt in seinem Monatsbericht inzwischen zu, daß die Konjunktur "auf der Stelle" trete. Wo da die in der Ampel-Finanzplanung erhofften "globalen Mehreinnahmen" in den nächsten Jahren herkommen sollen, wird wohl Christian Lindners Geheimnis bleiben. Vielleicht rechnet er aber auch gar nicht mehr damit, daß er dann noch

Finanzminister sein wird.
bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2024/08/monatsbericht-08-2024 publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**"Unsere Scharia ist das Grundgesetz"**
Die islamische Ahmadiyya-Gemeinschaft trifft sich in der Eifel: 40.000 Gläubige beten, betonen ihre Loyalität zu Deutschland und bauen weiter Moscheen
Daniel Holfelder
Angst vor dem Islam? "Von uns geht keine Gefahr aus für Deutschland, im Gegenteil", betont Atezaz Shah. Der junge Imam kann zwar nachvollziehen, daß es Vorbehalte gegen seine Religion gibt. Doch wenn Muslime in Deutschland Attentate verüben oder zur Errichtung eines Kalifats, einer islamischen Diktatur aufrufen, habe das mit dem echten Glauben nichts zu tun, sagt er. "Wie der wahre Islam aussieht, wollen wir mit unserer Veranstaltung zeigen."
Shah ist Mitglied der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinschaft, die sich hier, auf einem Flugplatz am Rande der Kleinstadt Mendig in der Eifel, zu ihrer Jahresversammlung trifft. Rund 42.000 Gläubige kommen von Freitag bis Sonntag zusammen. Die größte jährlich stattfindende Versammlung von Muslimen in ganz Europa.
"Es ist das erste Mal, daß wir uns hier treffen", berichtet der 26jährige. "Vorher waren wir in Karlsruhe und danach in Stuttgart. Aber die Messehallen dort wurden zu klein." Mendig liege zwar weit weg vom Schuß. "Dafür bietet das Gelände genug Platz. Auch für die nächsten Jahre, denn wir rechnen damit, daß die Zahl der Teilnehmer weiter steigt."
Die riesige Zeltstadt, die die Ahmadiyya auf dem Flugplatz errichtet hat, könnte also noch ausgedehnt werden. Knapp tausend Zelte sind es, die auf einer Fläche von 65 Hektar als Gebets- und Ausstellungsräume, als Kantine und als Übernachtungsmöglichkeit dienen. Shah zufolge übernachten 9.000 Leute direkt vor Ort, die anderen nutzen Hotels oder fahren jeden Tag von zu Hause hin und zurück. Der Großteil der Besucher kommt aus Deutschland, wo die 1889 in Indien gegründete Gemeinschaft etwa 55.000 Mitglieder hat. Weltweit sind es mehrere Zehnmillionen.
Die deutschen Ahmadis stammen fast alle aus Pakistan, wo die Gemeinschaft der Häresie bezichtigt und verfolgt wird. Sie hält ihren Gründer Mirza Ghulam Ahmad (1835-1908) für den im Koran verheißenen Messias, während die anderen islamischen Strömungen noch auf die Ankunft des Messias warten. Davon abgesehen sind "wir ganz normale Muslime und werden auch von den anderen Muslimen in Deutschland so wahrgenommen", erklärt Shah.
Seine Eltern sind ebenfalls aus Pakistan nach Deutschland geflohen. Er selbst wurde in Hildesheim geboren und studierte nach dem Abitur zunächst ein Jahr lang Banking und Finance in Frankfurt. "Ich habe alle Prüfungen absolviert und bestanden. Aber der Wunsch, Imam zu werden, war größer." Erst vor kurzem hat er das siebenjährige Theologiestudium am Institut Jamia Ahmadiyya im hessischen Riedstadt abgeschlossen. "Bald bekomme ich meine erste Gemeinde zugeteilt", verrät er stolz.
Der Islam, den er dort predigen wird, soll mit Extremismus, Gewalt oder Eroberung fremder Kulturen nichts zu tun haben. Vielmehr verpflichte der Koran die Muslime dazu, friedlich mit allen Menschen zusammenzuleben und die Gesetze jedes Landes zu respektieren, bekräftigt die Ahmadiyya immer wieder. Die "uneingeschränkte Solidarität" zu Deutschland und zur hiesigen Rechtsordnung sei Teil ihres Glaubens, macht die Gemeinschaft deutlich. Diese Haltung bringt sie auf die eingängige Formel: "Unsere Scharia ist das Grundgesetz."
"Begriffe wie Scharia oder Kalifat werden häufig mißbraucht"
Um die Loyalität zu Deutschland symbolisch zum Ausdruck zu bringen, hissen die Gläubigen vor dem Freitagsgebet nicht nur die Flagge ihrer Ahmadiyya, sondern auch die deutsche Flagge. Daneben wehen bereits die Flaggen der 16 deutschen Bundesländer.

Zuvor auf der Pressekonferenz beklagt sich der Bundesvorsitzende der Gemeinschaft, Abdullah Uwe Wagishauser, über Vorurteile gegen den Islam. Bedrohlich klingende islamische Begriffe wie Scharia oder Kalifat würden häufig mißbraucht, ärgert sich der 74jährige, der in den 70er Jahren vom Christentum zum Islam konvertierte und der deutschen Ahmadiyya seit 1984 vorsteht.
"Wir sind eine rein spirituelle Gemeinschaft und Begriffe wie Scharia oder Kalifat haben für uns eine rein spirituelle Bedeutung", führt er aus. Die Ahmadiyya verfolge keinerlei politische Zielsetzungen. "Wir sind unpolitisch, und wir bleiben unpolitisch." Der Zweck der Jalsa Salana, wie die Ahmadis ihre Jahresversammlung nennen, bestehe einzig darin, den Glauben nach außen zu tragen und den Menschen dabei zu helfen, Nähe zu Gott zu erlangen.
Ganz ohne Politik geht es allerdings nicht. Als islamkritische Partei ist besonders die AfD Gesprächsstoff. Wagishauser bedauert, daß der Partei viele Wähler "auf den Leim gehen". Dennoch dürfe man sie nicht nur dämonisieren, sondern müsse mit ihren Anhängern in die Diskussion gehen. "Wir sprechen auch mit der AfD", sagt der Bundesvorsitzende, wenngleich es "natürlich Leute gibt, mit denen man kaum noch sprechen kann".
Zu den Leuten, die über die Ahmadiyya sprechen und der Gemeinschaft kritisch gegenüberstehen, gehört die Ethnologin Susanne Schröter. Die Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Frankfurter Goethe-Universität äußert Bedenken, ob die Gemeinschaft tatsächlich so harmlos und tolerant ist, wie sie von sich behauptet. Sie sei zwar friedlich und erwirtschafte ihr eigenes Geld, befinde sich aber auf einem "sehr konsequenten Missionskurs", schilderte die Forscherin im Vorfeld des Treffens gegenüber der Bild-Zeitung. Ihren Plan, in Deutschland 100 Moscheen zu bauen - aktuell sind es 75 - setze die Ahmadiyya gegen alle Widerstände der jeweils örtlichen Bevölkerung durch.
Darüber hinaus warf Schröter der Gemeinschaft Israelfeindlichkeit und in Teilen auch Antisemitismus vor. Und weiter: "Es handelt sich um eine sehr rigide ultrakonservative Gruppe, in der eine strikte Geschlechtertrennung praktiziert wird. Ehen werden gewöhnlich von den Älteren arrangiert, und es kam in der Vergangenheit wiederholt zu Ehrenmorden, wenn junge Frauen sich nicht unterordnen wollten."
Wagishauser hat für die Vorwürfe nur ein müdes Lächeln übrig. Er habe vor einigen Jahren einmal an einer Diskussionsveranstaltung mit Schröter teilgenommen. Damals habe sie sich noch sehr moderat geäußert. "Inzwischen hat sie wohl ein anderes Geschäftsmodell gefunden", meint er süffisant. Auch andere Islamkritiker wie den Psychologen Ahmad Mansour, die Rechtsanwältin Seyran Ates oder die Soziologin Necla Kelek kanzelt die Ahmadiyya ab. "Diese Kritiker verfolgen oft eine ideologische Agenda, die wenig mit der Realität in muslimischen Gemeinden zu tun hat", schreibt die Gemeinschaft in einem Papier für Pressevertreter, in dem sie auf gängige Kritikpunkte antwortet.
Zum unterstellten Antisemitismus heißt es dort etwa: "Die Ahmadiyya verurteilt jede Form von Menschenfeindlichkeit, einschließlich Antisemitismus." Derweil werde Kritik an der "ultrarechten israelischen Regierung" vom Großteil der internationalen Gemeinschaft geteilt. Ebenso von der Uno und dem Internationalen Gerichtshof, dessen Chefankläger Karim Khan der Ahmadiyya angehört. Im Mai beantragte er Haftbefehl sowohl gegen Hamas-Funktionäre als auch gegen den israelischen Premier Benjamin Netanjahu und den israelischen Verteidigungsminister Joaw Galant.

Reportern ist der Zugang zum Frauenbereich verwehrt

Offen geht die Gemeinschaft mit der Ablehnung von Homosexualität um, die "ähnlich wie im Judentum und Christentum als nicht gottgefällig angesehen" werde. "Dennoch behandelt die Ahmadiyya jeden Menschen, unabhängig von Herkunft, Glauben oder sexueller Orientierung, mit Respekt." Es seien keine Fälle bekannt, "in denen die Ahma-diyya zu Gewalt gegen Homosexuelle aufruft oder diese ausübt".

Ein Thema, das den muslimischen Glauben der Ahmadis ebenso prägt wie die Versammlung in Mendig, ist die Geschlechtertrennung. Ein Teil des Geländes auf dem Flugplatz ist den Männern vorbehalten, der andere den Frauen. Während Journalistinnen den Teil der Männer betreten dürfen, ist den männlichen Reportern der Zugang zum Frauenbereich verwehrt.
Trotzdem ist es möglich, mit einer Gläubigen zu sprechen, die dafür am Rande des Pressezelts für kurze Zeit den Männerbereich betritt. Wie die hessische Rundfunkrätin und Publizistin Khola Maryam Hübsch, die ebenfalls der Ahmadiyya angehört und aus vielen Talkshow-Auftritten bekannt ist, trägt Rameza Monir einen Hidschab und ein langes weites Gewand, das wie vorgeschrieben ihre Körperformen verhüllt. Eine Einschränkung sieht sie darin ebensowenig wie in der Geschlechtertrennung.
"Die Trennung ist vollkommen freiwillig und ein Vorteil für uns", stellt die junge Frau klar. "Wir empfinden das als Safe Space, in dem wir uns freier entfalten können." Von Unterdrükkung zu sprechen, sei "absurd", denn Frauen hätten in der Ahmadiyya wie die Männer eine aktive Rolle und könnten ihren Beruf frei wählen.
Vielen gelinge trotz Familienleben eine erfolgreiche Karriere, weil die Ahmadiyya großen Wert auf Bildung lege und die Frauen tatkräftig unterstütze. Sie selbst habe einen Bachelorabschluß in Politikwissenschaft, habe in einer Kreisverwaltung gearbeitet und schreibe als freie Autorin für die taz und Jetzt, ein Online-Magazin der Süddeutschen Zeitung. Bald wolle sie ein Masterstudium beginnen.
Zum Höhepunkt der dreitägigen Versammlung sollte eigentlich der Besuch des weltweiten Oberhaupts der Gemeinschaft werden. Der 73 Jahre alte Kalif Mirza Masroor Ahmad mußte seine Reise nach Deutschland jedoch aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig absagen. Statt dessen wird seine Ansprache aus London, dem Hauptsitz der Ahmadiyya, auf großen Videobildschirmen im Gebetszelt übertragen. "Heutzutage gibt es viel Haß und Propaganda gegen den Islam", wendet sich der Kalif an seine Anhänger. "Aber wir müssen den Lehren des Messias folgen und ein gottesfürchtiges Leben führen."
Sichtlich ergriffen tritt im Anschluß Wagishauser auf die Bühne. Der Bundesvorsitzende muß seine Ansprache mehrmals unterbrechen, um zu weinen. "Deutschland braucht wie jedes Land Leitung und Führung", ruft er den Gläubigen zu. "Wir sind bereit, die religiöse Führung zu übernehmen. Inshallah."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**"Kaum sichtbare Schäden"**
Dresden: Im Grünen Gewölbe in Dresden können vom Remmo-Clan geraubte Kunstschätze wieder besichtigt werden, aber einige Stücke werden noch immer vermißt
Paul Leonhard
Da ist das Großkreuz, dort die Spange und hier der Degen. "Zerbrochen", stellt ein älterer Mann traurig fest. Und die diamantengeschmückte Epaulette ist in mehrere Teile zerrissen, angebrochen, von Kondensat verunstaltet. Dem ebenfalls deformierten Reiter-Stutz, einem Hutschmuck, fehlen wertvolle Steine, und die Strahlenspitze des polnischen Weißen-Adler-Ordens ist abgebrochen.
Schockiert und fassungslos, aber auch irgendwie erleichtert stehen Dresdner aller Generationen im Juwelenzimmer des Grünen Gewölbes vor den vergewaltigten 18 Stücken. So also sehen über Jahrhunderte gehütete Kunstschätze aus, wenn sie Barbaren in die Hände fallen.
Mit Kind und Kegel zieht es die Einwohner der sächsischen Landeshauptstadt in die einstige Schatzkammer August des Starken im früheren Residenzschloß der Wettiner. Sie wollen sich überzeugen, ob der Zustand des von Mitgliedern des arabischstämmigen Remmo-Clans Geraubten wirklich so schlimm ist und tatsächlich die meisten der 4.300 verschwundenen Diamanten und Brillanten - Versicherungswert 113,8 Millionen Euro - zurückgekehrt sind.
Eintrittskarten sind derzeit nur schwer zu bekommen, obwohl die Öffnungszeiten donnerstags

bis samstags bis 20 Uhr verlängert wurden. Der Zugang ist nur mit Zeittickets möglich. Und präsentiert werden die Juwelen exakt so, wie sie den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) zurückgegeben wurden, erinnert Generaldirektorin Marion Ackermann: "Mit Schäden, die kaum sichtbar sind, wenn auch restaurierungsbedürftig."

Ackermann hat damit, kurz vor ihrem Abgang im Oktober - sie wird ab dem 1. Juni neue Präsidentin der Stiftung Preußischer Kulturbesitz -, zumindest einen Teil ihres Versprechens erfüllt, nicht nur das Geraubte zurück nach Dresden zu holen, sondern auch in einer Sonderschau zu präsentieren. Nur kostenlos ist sie nicht. Und die Webseite, auf der tausend Freitikkets verlost werden sollten, ist längst nicht mehr erreichbar.

Die Juwelen gelten noch immer als Beweisstücke

Als "Klunker" bezeichnete Bild den Schatz despektierlich in einer Schlagzeile. Keinem Dresdner wäre so ein Wort über die Lippen gekommen. Diese haben für die von August dem Starken und anderen Wettinern zusammengetragenen Schätze keine Namen, sondern nur ehrfürchtiges Staunen.

Das Grüne Gewölbe, das sich in den letzten Jahren erstaunlicherweise sogar in zwei Schatzkammern vermehrt hat - es gibt jetzt auch ein Neues Grünes Gewölbe -, ist für sie - gemeinsam mit der Sixtinischen Madonna von Raffael und dem von Johann Melchior Dinglinger und Balthasar Permoser geschaffenen "Mohr mit Smaragdstufe" - so etwas wie ein Nationalheiligtum, was sie in ihrer geschundenen Stadt mit dem für alle Zeiten kriegsversehrten Gesicht für alle hüten, für die Sachsen, für die Deutschen, für die ganze Welt.

Daß es Barbaren gibt, die einfach brutal mit Äxten in die Schatzkammer eindringen und die Schmuckstücke heraus und an sich reißen, war bis zum 25. November 2019 unvorstellbar. Aufmerksam verfolgten die Sachsen die polizeilichen Ermittlungen beziehungsweise das, was durch die Medien berichtet wurde. Auch als dessen völliges Versagen allen sichtbar wurde, verteidigte SKD-Chefin Ackermann noch das Sicherheitskonzept und beklagte gleichzeitig die hohen Kosten. Pro Jahr würden acht Millionen Euro für Sicherheit ausgegeben und die Ausgaben Jahr für Jahr steigen.

Ackermann investierte lieber Zeit und Kraft in Antidiskriminierung, sensible Sprache und Provenienzforschung.

Historisch überlieferte Bezeichnungen, in denen Worte wie Zwerg, Zigeuner oder Neger vorkamen, wurden verkrampft umgeschrieben. Dabei stammt der gesamte Bestand aus vorkolonialen Zeiten. "Die historische Sammlung beginnt um das Jahr 1572 und endet im Jahr 1738", erinnert der frühere Museumsdirektor Dirk Syndram: "Abgesehen von einigen Jadearbeiten, die aus China kommen, stammt der Bestand beinahe zu einhundert Prozent aus Europa, im Zentrum wiederum das Heilige Römische Reich deutscher Nation. Der Schatz im Grünen Gewölbe und die allermeisten seiner Objekte zeigen die Sicht Europas, in diesem Fall Sachsens, auf die Welt."

Syndram ist es irgendwie auch gelungen, den berühmten Mohren, der jetzt als Perlenträger-Figur bezeichnet wird, für die Dresdner zu retten. Denn der Darstellung, daß es sich hier um einen nackten Schwarzafrikaner - "in Sachsen sagen wir Neger", so Malerstar Georg Baselitz 2007 - verhüllt mit Goldschmuck und Edelsteingehänge, einen Edelstein vor sich hertragend, handelt, widersprach er energisch: "Die Tätowierungen, die die Skulptur am Körper hat und die Federkrone, die sie trägt, weisen sie als einen Adeligen einer indigenen Bevölkerung Amerikas im 16. Jahrhundert aus."

Permoser habe ihr lediglich die Physiognomie eines Schwarzafrikaners gegeben. Und da die seit 1581 in der Sammlung befindliche Smaragdstufe aus Kolumbien stammt, gibt es jetzt eine neue Interpretation: "Ein stolzer Adeliger zeigt den Reichtum der Neuen Welt."

Umdeutungen sind in der Kulturstadt Dresden nicht ungewöhnlich. Viele Museumsdirektoren und Politiker versuchen sich gegenseitig zu übertreffen, um den Mythos der Stadt zu zerstören

und die Zeitzeugen mit ihren Erinnerungen zum Schweigen zu bringen - nicht nur an das Kriegsverbrechen der alliierten Terrorangriffe 1945, an die Vergewaltigungen und den Raub durch sowjetische Soldaten, sondern auch an die Kunst, die während der kommunistischen Herrschaft entstand. Die scheidende Generaldirektorin hat daran entscheidenden Anteil.
Ackermann dürfte in Dresden, wo ihr jenseits der Politik keiner eine Träne nachweinen dürfte, eine wichtige Lektion für ihre Karriere gelernt haben: Die Losung des Herbstes 1989, "Wir sind das Volk", gilt auch für die Dresdner Museen. Denn der Volkszorn traf sie und Museumsdirektorin Hilke Wagner, als die Dresdner bei ihrer Kulturzeitung, den Dresdner Neuesten Nachrichten, nachfragten, wo eigentlich jene Bilder aus der Gemäldegalerie Neue Meister abgeblieben waren, die sie über Jahrzehnte durch den real existierenden Sozialismus begleitet hatten?
Was folgte, ging als "Dresdner Bilderstreit" in die Geschichte der Kunstsammlungen ein. Und Ackermann & Wagner blieb nichts anderes übrig, als in mehreren öffentlichen Diskussionen zurückzurudern und jenen während der SED-Herrschaft entstandenen "Neuen Meistern" wieder mehr Platz einzuräumen.
Insofern war für das konservative Dresden der Kunstraub vom November 2019 und der Zustand, in dem sich das Geraubte bei seiner Rückgabe befand, nur ein weiterer Puzzlestein dafür, daß es immer schlechter um dieses Deutschland steht, in dem es schier keine moralischen Grenzen mehr gibt.
Die Geschichte des Kriminalfalls können die Besucher auf einer Stele neben den Ausstellungsstücken lesen. Sie erfahren auch, daß sie sich quasi in der Asservatenkammer der Polizei befinden, die für die Schau in das Juwelenzimmer ausgelagert wurde. Denn die Preziosen gelten noch immer als Beweisstücke in laufenden Strafverfahren am Landgericht Dresden.
Sind die Verfahren abgeschlossen, werden die Schmuckstücke restauriert. "Das sei bei allen möglich", sagt die Generaldirektorin, die auch optimistisch bleibt, daß die noch vermißte diamantbesetzte Klinge eines Prachtdegens von 1782 und ein mit Edelsteinen besetztes Schulterstück, darunter mit dem "Sächsischen Weißen", einem Brillanten von fast 50 Karat, noch gefunden werden.
Trotz eines angerichteten Gesamtschadens in Dresden von etwa 22 bis 25 Millionen Euro und einer Verurteilung wegen Diebstahl mit Waffen, besonders schwerer Brandstiftung und schwerer Körperverletzung wurden die nach Zusicherung einer milden Strafe geständigen Remmo-Kriminellen im Mai 2023 lediglich zu Freiheitsstrafen zwischen vier Jahren und vier Monaten sowie sechs Jahren und drei Monaten verurteilt.
Der sächsische Steuerzahler muß dagegen rund 3,8 Millionen Euro Prozeßkosten für die zwölf Pflichtverteidiger der sechs Angeklagten bezahlen, einschließlich rund 240.100 Euro für die Verteidigung der Remmos bei einem Schadenersatzprozeß gegen den Clan. Weitere zehn Millionen hat der Freistaat in neue Sicherheitsvorkehrungen gesteckt, die einen erneuten Raub unmöglich machen sollen. …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Von der Straße weggeschnappt**
Bewährung aufgehoben: Der Youtuber "Shlomo Finkelstein" sitzt in Haft
Vincent Steinkohl / Gil Barkei
Es ist ein Vorgang, der die rechtskonservativen Drähte auf den Online-Plattformen zum Glühen brachte - und bisher einmalig sein dürfte. Zum ersten Mal sitzt ein rechter Social-Media-Influencer für seine Inhalte in der Bundesrepublik im Knast. Der Youtuber "Die vulgäre Analyse", besser bekannt unter seinem Künstlernamen "Shlomo Finkelstein" und als Co-Gastgeber des Streaming-Formats "Honigwabe", hat am Sonntag eine einjährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung angetreten. Verurteilt wurde er bereits am 11. Dezember 2020 vom Amtsgericht Köln, zunächst auf Bewährung, doch die Aussetzung der Haftstrafe wurde nun

widerrufen.
Das Urteil, das inzwischen öffentlich einsehbar ist, listet insgesamt zehn Fälle auf, in denen "Shlomo" der mehrfachen Volksverhetzung beschuldigt wird. Bei der Mehrheit der Fälle, für die Aron P. (so der bürgerliche Name) verurteilt wurde, geht es um "Beschimpfung von Bekenntnissen und Religionsgemeinschaften". Insgesamt achtmal soll er sich durch "die Einblendung einer Koranverbrennung auf einem Grill" strafbar gemacht haben. Auch "Szenen, in denen Schweinefleisch auf einem brennenden Koran" abgebildet wird, und Videoausschnitte, die zeigen, wie "ein brennender Koran mit einer Flüssigkeit - welche Urin darstellen soll - abgelöscht wird", waren für das Gericht die Hauptgründe für die Verurteilung.

Satirische Elemente erkannte das Gericht nicht an

Die Justiz argumentierte damals, daß "Shlomos" Ziel dieser Aktionen gewesen sei, "die Religion des Islam sowie das religiöse Bekenntnis der muslimischen Menschen zu beschimpfen, herabzusetzen und zu verhöhnen und hierdurch sämtliche Nutzer zu beschimpfen, herabzusetzen und zu verhöhnen". Außerdem habe er in Kauf genommen, "sämtliche Nutzer, welche das Video zur Kenntnis nehmen konnten, ebenfalls zu einer feindseligen Haltung gegen die Religion des Islam und gegen das religiöse Bekenntnis muslimischer Menschen anzureizen".
Auch "Shlomos" wechselnde Profilbilder wurden vom Gericht beanstandet. Er soll sich sechsmal der Volksverhetzung schuldig gemacht haben, weil er eine abstrakte Comic-Karikatur des englischen Philosophen Samuel Johnson eingeblendet hat, die ihn als ein Mischwesen aus Mensch und Fledermaus darstellt - mit Hakennase, jüdischen Schläfenlocken, einem Zylinder mit Davidstern und spitzen Zähnen. Das Amtsgericht schloß daraus, "daß für einen Betrachter des Videos ersichtlich war, daß besagte Kreuzung aus Fledermaus und Mensch einen jüdischen Menschen darstellen sollte".
In einem anderen Video soll das Comic-Bild "durch eine große Hakennase und durch rot leuchtende Augen sowie ein Rattengebiß entstellt und auf einen Rattenkörper montiert" worden sein. "Shlomos" Ziel soll es gewesen sein, "die in Deutschland lebenden Menschen jüdischen Glaubens nicht als gleichwertige Menschen, sondern sie als verachtenswert, minderwertig und den Tieren gleichstehend" zu degradieren. Der satirische Kontext sei nicht klar gewesen. Daß "Shlomo" seinen Spitznamen von rechtsradikalen Kritikern wegen seiner offenen Israelsolidarität bekommen und ihn daraufhin selbstironisch adaptiert hatte, ließ das Gericht nicht gelten.
Die Koran-Szenen stammen in erster Linie aus "Shlomos" Anfangszeit auf Youtube 2017 bis 2019. In Interviews danach begründete er die drastischen Szenen damit, daß die Aktion für ihn zu dieser Zeit das Zeichen des größtmöglichen Protests gegen den um sich greifenden politischen Islam gewesen sei. In seinem aktuellen erfolgreichen Streaming-Format "Honigwabe" zusammen mit dem Youtuber "KasperKast" kommen solche Videoclips nicht vor.
Bei der Klärung der Frage, warum die Aussetzung zur Bewährung ausgerechnet jetzt - kurz vor den Landtagswahlen in drei östlichen Bundesländern - zurückgenommen wurde, verweisen die Behörden auf mehrere Auflagenverstöße. Insgesamt soll "Shlomo" drei Auflagen gehabt haben, von denen er zwei ignoriert haben soll, wie aus den nun vollständig öffentlichen Gerichtsakten zu dem Fall hervorgeht. Eine der Auflagen war demnach, daß "Shlomo" innerhalb des Bewährungszeitraums von drei Jahren keine weiteren Straftaten begehen durfte. Zudem war er verpflichtet, sich bei einem Umzug unverzüglich bei den Behörden umzumelden, und sollte eine Geldstrafe von 600 Euro zahlen.
Weil "Shlomo" in der Zeit der Verfahren aber anscheinend nicht an seinem tatsächlichen Wohnort gemeldet war und es dem Youtuber Boris von Morgenstein zufolge aus familiären Gründen keine "zuverlässige" Postnachsendung gab, kamen die entsprechenden Briefe nicht bei "Shlomo" an. So erfüllte er weder die Ummeldung noch die pünktliche Zahlung der Geldstrafe.

Deshalb entschied das Amtsgericht Köln bereits am 4. März 2022, die Bewährungs- in eine Haftstrafe umzuwandeln. Weil die Justiz nicht wußte, wo der Verurteilte wohnt und dieser auch nicht zu den Verhandlungen erschien, dauerte es noch mal gut zwei Jahre, bis er am 13. August 2024 tatsächlich verhaftet wurde: als Passant in Frankfurt/Oder von über einem Dutzend vermummten Beamten, wie Shlomos Co-Host KasperKast gegenüber der JUNGEN FREIHEIT berichtet.

Nach Bekanntwerden der Haft von Aron P. trendete auf X und in anderen sozialen Medien der Hashtag #FreeShlomo. Zahlreiche Nutzer kritisierten das Durchgreifen der Justiz als politisch motivierte "Gesinnungshaft" und als unverhältnismäßig, gerade auch in Vergleich zu schweren Gewaltstraftaten von Migranten, und forderten eine Freilassung. Das rechte Bürgernetzwerk "Ein Prozent" richtete einen Solifonds für die angekündigte juristische Gegenwehr ein.

Kritik am zuständigen Staatsanwalt nimmt zu

In Anlehnung an das Wirken von "Shlomo", der auch den patriotischen "Stolzmonat" mitinitiiert hat, feuert Rechtstwitter zudem unnachgiebig kreative Memes ab und nimmt dabei neben Innenministerin Nancy Faeser (SPD) auch den verantwortlichen Staatsanwalt Sinan Sengöz in den Fokus. Boris von Morgenstern merkt ebenfalls in einem Video an: "Der ist in Köln bekannt. Vor allem ist er dort in AfD-Kreisen bekannt. Unter anderem ist er anscheinend in Köln auch dafür bekannt, daß er Linksextremisten nicht im Ansatz so scharf juristisch verfolgt wie es möglich wäre, wie er es mit Sympathisanten und Anhängern der AfD tut."

Brisant: KasperKast erzählt im Gespräch mit der JF, daß Aron P. nach dem Bemerken der aufgelaufenen Post sofort die geforderte Summe überwiesen habe. "Seine Anwältin hat die Staatsanwaltschaft darüber informiert und erklärt, die verlangte Ummeldung folge schnellstmöglich. Sie hat darum gebeten, von der Haftstrafe abzusehen, aber das wurde knallhart abgelehnt."

Momentan sei "Shlomo" auf dem Weg in eine JVA in Nordrhein-Westfalen. Im Hintergrund werde alles versucht, ihn zumindest so schnell wie möglich erstmal aus dieser JVA herauszuholen und verlegen zu lassen - allein schon wegen Sicherheitsüberlegungen mit Blick auf die Vorwürfe gegen ihn. KasperKast, der die "Honigwabe" bis auf weiteres alleine mit Gästen fortführen wird, betont, gerade keinen direkten Kontakt zu "Shlomo" zu haben. In einem Brief habe dieser sich wohl aber den Umständen entsprechend zuversichtlich gezeigt, "nach dem Motto: das wird schon".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Die Klimabüchse aus Karlsruhe**

Greenpeace, Germanwatch, BUND, Umwelthilfe und andere CO2-Paniker klagen gegen die Bundesregierung

Ulrich Vosgerau

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Klimaschutzbeschluß vom 24. März 2021 eine Büchse der Pandora geöffnet. Als die ihm zugrundeliegenden Verfassungsbeschwerden seinerzeit durch mehrere, von Umweltschutzorganisationen koordinierte Bürger, darunter etliche Minderjährige, erhoben wurden - gerichtet darauf, den Bundesgesetzgeber zu einer merklichen Verschärfung des Klimaschutzgesetzes zwecks Erfüllung vermeintlicher völkerrechtlicher Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen von 2015 zu verpflichten - hielten viele Staatsrechtler dies eher für eine symbolische Aktion.

Denn: erstens sind Verfassungsbeschwerden nur zur Verteidigung eigener grundrechtlicher Positionen da, nicht zur allgemeinen Korrektur der Politik; der Bürger kann kein Aufsichtsrecht sei es über die Außenpolitik, sei es über die allgemeine Gesetzgebung geltend machen. Daher kann die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen der Bundesrepublik, also hier vermeintlich aus dem Pariser Abkommen, nicht von Bürgern mit der Verfassungsbeschwerde eingeklagt werden.

Zweitens hat die Bundesrepublik sich nicht völkerrechtlich bindend zu bestimmten CO2-Ausstoßverringerungen verpflichtet. Entsprechende, im Nachgang zum Pariser Abkommen proklamierte Einsparziele sind reine Selbstverpflichtungen politischen, nicht rechtlich bindenden Charakters; würde die Bundesrepublik sie widerrufen - was sie faktisch schon getan hat -, könnte kein anderer Staat sie vor dem Internationalen Gerichtshof (IHG) deswegen verklagen.

Das Kabinett Merkel-IV sah dem ersten Verfahren eher passiv zu

Und im Hinblick auf das Grundgesetz selbst können Verfassungsbeschwerden eigentlich nur auf die Verletzung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten gestützt werden, nicht etwa auf die Staatszielbestimmung Umweltschutz (Artikel 20a), in der vom Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und seit 2002 auch vom Tierschutz, jedenfalls aber nicht vom "Klimaschutz" die Rede ist. Dies ist auch insofern systematisch richtig, als das künftige Weltklima von Deutschland aus ohnehin nicht durchgreifend beeinflußt werden könnte.

Zur Überraschung nicht weniger Fachleute hat das BVerfG den Verfassungsbeschwerden aber weithin Recht gegeben, wozu eine vollkommene Umdeutung der bisherigen, liberalen Grundrechtsdogmatik notwendig wurde: vom Rechtsstaat zum Klimastaat. Aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 GG, dem Schutz von Leben und Gesundheit, folge die Pflicht des Gesetzgebers, auch künftige Generationen vor den "Gefahren des Klimawandels zu schützen".

Der Schutzumfang folge wiederum aus Art. 20a GG, wobei das Bundesverfassungsgericht das aus dem Pariser Abkommen folgende "1,5-Grad-Ziel", das per se eigentlich ebenfalls nur politischen und nicht rechtlich bindenden Charakter hat, konkretisierend in das "Staatziel Umweltschutz" hineinlas.

So wurde aus einer rechtlich nicht bindenden außenpolitischen Erklärung der Bundesrepublik, die in eine seitens des Bürgers eigentlich nicht einklagbare Staatszielbestimmung hineingelesen wird, in der zudem vom Klimaschutz kein Wort steht, eine subjektiv klagbare verfassungsrechtliche Pflicht des Gesetzgebers. Und alles nur, um den Satz durchzusetzen, die Ausübung aller Grundrechte stünde von nun an unter dem Vorbehalt der Klimaverträglichkeit, weswegen zur Wahrung der Generationengerechtigkeit drastische Einschnitte schon alsbald erforderlich seien, gesetzlich konkret vorgesehen werden müßten und nicht weiter in die Zukunft verschoben werden dürften.

Dabei verkannte das Gericht übrigens keineswegs den Umstand, daß das Weltklima von Bundesregierung und Bundesgesetzgeber nicht zu verändern ist; diese dürften sich ihrer globalen "Verantwortung" jedoch nicht durch Verweis auf den CO2-Ausstoß anderer Staaten entziehen.

Während das schwarz-rote Kabinett Merkel-IV dem Verfahren vor dem BVerfG beinah passiv zugesehen hatte, fiel der von der bahnbrechenden Entscheidung dann ab 2021 betroffenen Ampel-Regierung bald auf, daß die Infolge der Vorgaben ins Werk gesetzten Änderungen des Klimaschutzgesetzes nicht durchzuhalten waren.

Das Bundeskabinett hatte schon wenige Wochen nach der Entscheidung einen Entwurf zur Verschärfung des Klimaschutzgesetzes vorgelegt, der am 31. August 2021 in Kraft trat. In den Jahren 2021 und 2022 wurden jedoch die Emissions- und Reduktionsziele im Gebäude- und Verkehrssektor klar verfehlt. Ein dann im Mai 2023 vorgelegter Referentenentwurf der Bundesregierung zu einer zweiten Novelle führte zu einem einjährigen Streit zwischen den Regierungsparteien, bis ein vielfach veränderter Entwurf schließlich Ende April 2024 vom Bundestag beschlossen und am 15. Juli 2024 - nach wochenlangem Zögern und abermaligen rechtlichen Prüfungen - vom Bundespräsidenten ausgefertigt wurde.

Gute Erfolgsaussichten der drei neuen Verfassungsbeschwerden?

Während bislang für jeden Sektor, wie etwa Verkehr, Gebäude und Energiewirtschaft, konkrete jährliche Obergrenzen des CO2-Ausstoßes gelten sollten, sollen nun "Emissionstöpfe" für die 2020er, 2030er und die erste Hälfte der 2040er Jahre eingeführt werden, so daß also die

weiterhin jährlich zu erwartende Verfehlung der in einer Industriegesellschaft nicht einhaltbaren CO2-Grenzen nicht mehr unmittelbar als Rechtsbruch erscheint und wohl ohne unmittelbare Konsequenz bleiben würde.
Gegen diese Verwässerung der den Klimaschutzbeschluß umsetzenden ersten Novelle des Klimaschutzgesetzes werden daher jetzt wieder diverse Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht anhängig gemacht, wobei sich drei Klägergruppen unterscheiden lassen. Die erste gruppiert sich um Greenpeace und Germanwatch - ein gemeinnütziger Verein, der im wesentlichen offenbar die Verarmung der Weißen anstrebt - und umfaßt auch die Klimaaktivistin Luisa Neubauer und weitere Bürger.
Die zweite wird vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und dem Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV) koordiniert, die dritte von der Deutschen Umwelthilfe (DUH), die sich jahrelang unter anderem vom Toyota-Konzern dafür bezahlen ließ, die Diesel-Technologie deutscher Hersteller zu torpedieren.
Die Erfolgsaussichten der neuen Verfassungsbeschwerden müssen, falls der Erste Senat an seiner Klima-Rechtsprechung festhält, als gut gelten. Es könnte sich allerdings zeigen, daß die immer wieder kritisierte enge Abstimmung zwischen Bundesregierung und BVerG, durch die die Karlsruher Richter über die faktische Unumsetzbarkeit ihres zeitgeistig-grünen Irrbeschlusses mittlerweile unterrichtet sein dürften, sich hier einmal segensreich für Deutschland auswirken könnte.
Dr. Ulrich Vosgerau ist Rechtsanwalt und lehrte Öffentliches Recht u. a. an der Universität zu Köln.

"Praktisch kein Klimabudget mehr vorhanden"

Drei Aktivistenkreise haben im Juni Verfassungsklagen gegen das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) angekündigt. Die Greenpeace-Gruppe wird von Felix Ekardt vertreten. Die "Klimaziele" seien "grundrechtswidrig schwach, weil praktisch kein Klimabudget mehr vorhanden ist - für die 1,75-Grad-Grenze nicht, und für die 1,5-Grad-Grenze, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte jüngst als die menschenrechtlich maßgebliche Grenze bezeichnete, erst recht nicht", behauptet der Rostocker Juraprofessor.
Mit der KSG-Novelle werde "die Einhaltung selbst der unzureichenden deutschen Ziele weiter erschwert", so Ekardt, der auch die Koblenzer Ärztin Mareike Bernhard vertritt. "Ich glaube ganz fest daran, daß eine klimagerechte Welt eine Welt ist, die gesünder, sauberer und streßfreier ist für uns alle", sagte die 35jährige von Health for Future im SWR. Die Umwelthilfe (DUH) sucht zudem 100.000 "Klimahelden", die sich ihrer Beschwerde anschließen: "Du trägst kein rechtliches Risiko, aber wir nehmen dein Votum und deine Stimme mit vor Gericht."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Die wollen doch nur spielen - von wegen**

Die Videospielemesse "Gamescom" in Köln setzt neue Trends

Florian Werner

Wer hätte gedacht, daß Zocken nochmal staatstragend wird? Die Rede von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) auf der weltgrößten Spielemesse Gamescom in Köln vergangene Woche erweckte jedenfalls den Eindruck, Daddeln sei im digitalen Kapitalismus der Wachstumsmotor schlechthin.
Tatsächlich ist Habeck nicht nur Wirtschafts- und Klima-, sondern auch "Gamesminister". Eine Mannschaft von Referenten kümmert sich unter seiner Aufsicht um Spielepolitik. Zwar gab Habeck zu, selbst kein Zocker zu sein, zeigte sich aber trotzdem stolz darauf, daß Gaming zum stärksten Wertschöpfungsfaktor in der deutschen Kreativ-szene geworden sei.
"Wo Games sind, ist KI, da sind Forscher nicht weit weg", staunt der Politiker. Der Mittelstand, die Industrie und der Maschinenbau würden durch Spieleentwicklung angezogen.

Dadurch trage Gaming dazu bei, digitale Kompetenzen für Deutschland zu sichern. Über 34 Millionen Menschen spielen hierzulande regelmäßig Videospiele.
Der Außenseiter, der in seinem Zimmer nur mit den Tasten WASD und seiner linken Maustaste bewaffnet den Ersten, Zweiten und Dritten Weltkrieg gewinnt - er ist auf einmal die Vorhut echter Wirtschaftskriege. Daß der amerikanische Chipkonzern Nvidia 2023 mit einer Marktkapitalisierung von über einer Billion US-Dollar zu einem der wertvollsten Tech-Unternehmen der Welt aufgestiegen ist, verdankt er vor allem den Fans von Spielen wie "Battlefield" oder "Last of Us". Die Entwicklung dieser Titel ist eng mit Fortschritten in Sachen KI und Grafik verbunden.
Spiele sollen immer besser aussehen und sich authentisch anfühlen. Der Endboß soll nicht gegen die Wand laufen, sondern clever sein - für Hochleistungssoftware eine ideale Spielwiese. Hier werden die Algorhithmen und Simulationen der Zukunft getestet. Mit anderen Worten: Nicht nur der Spieler spielt, sondern auch das System selbst.

Zocken als Motor für Wirtschaft und Forschung

Das macht die Gamescom mit ihren 1.400 Ausstellern aus über 50 verschiedenen Ländern so interessant. Seit 2009 werden jedes Jahr mehrere hunderttausend Besucher am Rhein erwartet. Die Entwicklerstudios mit den Millionen Euro schweren AAA-Spielen hießen auch dieses Mal EA Games aus den USA und Ubisoft aus Frankreich.
Während die Amerikaner die neueste Version des Fußballspiels "Fifa" vorstellten, setzten die Franzosen die Serie "Assassin's Creed" fort, bei dem man in die Haut eines Auftragsmörders im vormodernen Japan schlüpft.
Besonders hervorzuheben sind aber vor allem zwei Titel: "Stalker 2" und "Manor Lords". Während das ukrainische Team von GSC Game World mit "Stalker 2" einen düsteren Ego-Shooter in der radioaktiv verstrahlten Zone rund um das havarierte Kernkraftwerk Tschernobyl geschaffen hat, ist "Manor Lords" ein Aufbaustrategiespiel aus Tschechien, bei dem man in die Rolle eines mittelalterlichen Fürsten schlüpft, der malerisch in Szene gesetzte Ländereien kultiviert, Siedlungen gründet und Schlachten schlägt.
Gerade, daß "Manor Lords" großteils von einem einzigen Entwickler kreiert wurde, hat für Furore gesorgt. Beide Spiele warten mit einer Atmosphäre auf, die Gaming insgesamt in den Rang einer Kunstgattung hebt. Gerade osteuropäischen Studios ist dies in den vergangenen Jahren immer wieder gelungen. Erinnert sei an den Sci-Fi-Shooter "Cyber Punk 2077" aus Polen.
Hier gehen Kultur, Kapital und KI fließend ineinander über. Kein Wunder, daß auf der Gamescom auch der ideologische Gehalt von Spielen verhandelt wird, nicht selten mit ideologisch überformten Fragestellungen. "Turning Play into Environmental Action" über Wege zu besserem Klimaschutz am Controller ist ein Beispiel dafür. Das Panel "Joystick & Journalismus: Die perfekte Kombination für den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk" ein anderes.
Vielleicht wird gerade deshalb so viel debattiert, weil die deutsche Spieleindustrie selbst schwächelt. Der Geschäftsführer des deutschen Branchenverbandes "Games", Felix Falk, warnte unlängst in der Welt: "Der Games-Standort Deutschland ist international kaum noch wettbewerbsfähig." In anderen Ländern sei die Entwicklung wesentlich günstiger. "Aus diesem Grund gibt es hier kaum große Entwicklerstudios." Mit "Piranha Bytes" aus Essen, den Entwicklern des Kultspiels "Gothic", ist im Frühjahr ein Vorzeigestudio insolvent gegangen.
Dessen Chef, Björn Pankraz, zeigte sich im Deutschlandfunk dennoch zuversichtlich. "Für mich ist das hier absolute Euphorie." Viele Menschen wüßten zwar, daß die Gamesbranche wackele. Trotzdem würden alle möglichen Leute in den Messehallen umherlaufen und ihr Glück suchen. Eldorado - das ist heute offenbar nicht mehr nach Gold schürfen, sondern das nächste Level schaffen.<<

berichtet am 30. August 2024 (x1.390/…): >>**Lächerliche PR-Aktion: Millionen strömen ins Land, doch die Ampel feiert 28 Abschiebungen!**
Kurz vor den Landtagswahlen bricht bei den Ampel-Parteien offenbar die pure Verzweiflung aus: Mit einer unfaßbar plumpen PR-Aktion versucht man, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen und Handlungswillen im Kampf gegen illegale Migration zu simulieren. Lediglich 28 Personen wurden am Freitag vom Flughafen Leipzig/Halle nach Afghanistan ausgeflogen. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr gab es durchschnittlich 964 Asylanträge pro Tag - das ist das 34-Fache! Doch damit nicht genug: Die Ampel-Regierung verhöhnt die Opfer von Straftaten, indem sie den 28 afghanischen Straftätern ein Handgeld von jeweils 1000 Euro auszahlt!
Die abgeschobenen Afghanen werden somit für ihre kriminellen Taten belohnt - darunter auch ein Sexualstraftäter, der bei einer Gruppenvergewaltigung in Illerkirchberg ein 14-jähriges Mädchen mißbraucht hat. Jahrelang wurde Innenministerin Faeser (SPD) dazu aufgefordert, den Mann endlich abzuschieben - jetzt kommt sie zwei Tage vor der Wahl auf die Idee, dieser Forderung nachzugeben, um ein heuchlerisches PR-Feuerwerk zu entfachen.
Der gewählte Zeitpunkt vermittelt den Bürgern ein unmißverständliches Signal: Nach der Schließung der Wahllokale am Sonntag um 18 Uhr werden die Ampel-Regierung und die CDU wieder alles tun, um die illegale Massenmigration voranzutreiben. Wer garantiert außerdem, daß die Täter nicht einfach wieder einreisen? Schließlich hat der vermeintliche Grenzschutz unter der Ampel-Regierung nur Alibi-Charakter.
Zum 31. Dezember 2023 lebten übrigens rund 419.000 Afghanen in Deutschland - etwa 0,007 Prozent davon wurden nun abgeschoben. Außenministerin Baerbock kündigte im Juni an, weitere 10.000 Afghanen in Deutschland aufnehmen zu wollen. Doch auch die CDU zündet nur Nebelkerzen und gaukelt eine Oppositionshaltung gegenüber der Massenmigration vor, während in allen CDU-regierten Bundesländern der Merkel-Kurs umgesetzt wird. Bei den kommenden drei Landtagswahlen haben die Menschen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg die Möglichkeit, mit dieser Politik abzurechnen - indem sie beide Kreuze bei der AfD machen!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. August 2024 (x1.390/…): >>**Merz will nun doch keinen Aufnahmestopp: Die CDU hat Dich schon wieder belogen!**
Es war von vornherein absehbar: CDU-Chef Merz will nun doch keinen Aufnahmestopp für Syrer und Afghanen und ist kleinlaut auf die Linie von Bundeskanzler Scholz (SPD) eingeschwenkt. Das heißt im Klartext: Das Grundgesetz soll entgegen seiner vorherigen Aussagen mitnichten angetastet werden - es war alles wieder nur Lug und Trug.
Nach diesem peinlichen Herumeiern erdreistet sich Merz auch noch, den Kotau vor Olaf Scholz einfach abzustreiten: Er habe nie eine Änderung des Grundgesetzes gefordert. In Wahrheit hatte Merz in einer Pressekonferenz auf die Frage nach einer solchen Grundgesetzänderung gesagt, es dürfe "keine Tabus" geben.
24 Stunden später waren diese Tabus wieder errichtet. Der Tabuwächter heißt Friedrich Merz und ist Vorsitzender einer Partei, die sich in der Migrationspolitik als Brandstifter betätigt hat, um sich dann als Feuerwehrmann zu verkleiden. Jahrelang hat Merz den Kurs der Massenmigration unterstützt. Jetzt fällt ihm wenige Tage vor den Landtagswahlen plötzlich ein, daß hier womöglich doch etwas im Argen liegt.
Am Abend der Wahl ist dann ab 18 Uhr alles wieder vergessen - es ist immer das gleiche armselige CDU-Schauspiel. Noch sechs Jahre nach dem furchtbaren Jahr 2015 hatte Merz über den Umgang seiner Partei mit der Merkel-Ära gesagt: "Das wird kein Bruch." Noch in diesem Jahr warnte CDU-Generalsekretär Linnemann ebenfalls vor einem solchen "Bruch" mit Merkel. Und jetzt, in der Woche der Landtagswahlen, spricht Merz plötzlich von einer CDU-

Mitverantwortung für das Migrationsdesaster.
Die CDU hat Dich schon wieder belogen! Sie heuchelt den Willen zur Migrationsbegrenzung nur vor. In Wahrheit hintertreibt sie diese Politik in allen CDU-regierten Bundesländern. Unser Land wurde lange genug von der CDU getäuscht. Wer die Massenmigration stoppen will, der kann nur die AfD wählen - denn im Unterschied zur CDU sind wir keine politische Wetterfahne, sondern wir stehen klipp und klar zu den Interessen unseres Landes!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. August 2024 (x1.391/…): >>**"Durch Deutschland muß ein Ruck gehen!"**
Nie waren Landtagswahlen bundespolitisch so bedeutsam wie die am kommenden Sonntag in Sachsen und Thüringen. Es seien Schicksalswahlen für ganz Deutschland. So sieht es der Rheinländer und DK-Gastautor Einar Koch. Er erinnert an die Worte des 2017 verstorbenen großen konservativen Bundespräsidenten Roman Herzog: "Durch Deutschland muß ein Ruck gehen." YES WE CAN!
Von *Einar Koch**
YES WE CAN!
Es waren diese drei historischen Worte des früheren US-Präsidenten Barack Obama, die in die Geschichte eingegangen sind: "YES WE CAN!"
Ja, auch die Wähler in Sachsen und Thüringen können es, auch sie können wie einst 1989 wieder in die Geschichte eingehen, für eine friedliche Revolution sorgen.
Sie können mit einem starken und patriotischen Votum dem Ampel-Grauen in Berlin ein schnelles Ende bereiten. Die Wähler in Sachsen und Thüringen tragen eine nationale Verantwortung! Denn es sind Schicksalswahlen für ganz Deutschland.
Als Rheinländer, der, ich muß es zugeben, in den letzten Jahren Wahlmuffel war (weil ich keiner Partei noch irgend etwas zugetraut habe), bitte ich die Sachsen und Thüringer: Werden Sie dieser, Ihrer Verantwortung für ganz Deutschland gerecht!
Denken Sie an das chinesische Sprichwort: "Jede Reise fängt mit einem ersten Schritt an." Auch die Reise zurück in ein (wieder) besseres, in UNSER Deutschland. Es wird, nachdem die etablierten Parteien über Jahre hinweg allesamt katastrophal versagt haben in der Migrationspolitik, eine lange Reise werden - eine einfache schon gar nicht.
Aber um Himmels willen, liebe Sachsen und Thüringer: Machen Sie diesen ersten Riesen-Schritt mit einem eindrucksvollen Votum - nicht nur mir als Rheinländer zuliebe, sondern auch Millionen anderen Deutschen zwischen Flensburg und Garmisch-Patenkirchen!
Und überlegen Sie sich genau, wo Sie Ihr Kreuz machen. Wer die politische Trickbetrügerin Sahra Wagenknecht wählt, kriegt CDU und schlimmstenfalls SPD und "Grüne" im Doppelpack mit dazu!
Der 2017 verstorbene, von mir bis heute verehrte große konservative Bundespräsident Roman Herzog hat einmal gesagt: "Durch Deutschland muß ein Ruck gehen!"
Nie waren diese Worte aktueller und bedeutsamer als heute!
**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. August 2024 (x1.391/…): >>**Abschiebe-Lüge? Afghanen-Straftäter mit 1.000 Euro "Handgeld" ausgeflogen!**
Erstmals seit der Machtübernahme der Taliban ist ein Abschiebeflieger aus Deutschland nach Afghanistan gestartet. Laut Medienberichten hob ein Charterjet von Qatar Airways am frühen Freitagmorgen (30. August) mit 28 afghanischen Straftätern von Leipzig aus Richtung Kabul ab.
Die vom Bundesinnenministerium kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen medienwirksam organisierte Ausreise sei angeblich seit gut zwei Monaten unter strenger Ge-

heimhaltung vorbereitet worden, meldet der regierungsnahe "Spiegel".
Aber war es wirklich eine Abschiebung? Die betroffenen Straftäter, die aus verschiedenen Bundesländern nach Leipzig gebracht wurden, erhielten vor dem Flug jeweils 1.000 Euro "Handgeld". Das könnte darauf hindeuten, daß es wohl eher eine freiwillige Ausreise war.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. August 2024 (x1.391/…):
>>**Asyl-Irrsinn: Migranten können bis zu acht Mal gegen Ablehnung klagen!**
In panischer Angst vor den Landtagswahlen in Ostdeutschland tun die Ampel-Versager so, als täten sie etwas: Die Bundesregierung hat sich als Reaktion auf die Messermorde von Solingen auf ein "Maßnahmenpaket" verständigt. Messer sollen künftig auf Volksfesten verboten sein, Abschiebungen sollen - zum wievielten Mal eigentlich? - beschleunigt werden. An den wirklichen Problemen des Systemversagens wird weiterhin vorbeigeredet.
Vor den Landtagswahlen in Ostdeutschland überbieten sich Ampel-Versager und Altparteien in panischer Hilflosigkeit mit neuer Ankündigungspolitik und hohlen Phrasen. Das Grundübel des deutschen Asyl-Irrsinns wird hingegen nicht ansatzweise an der Wurzel gepackt:
- Sofortige Grundgesetzänderung im Deutschen Bundestag (Zweidrittel-Mehrheit erforderlich) zur Verschärfung des Asylrechts!
- Radikale Rechtsweg-Verkürzung bei laufenden Asylverfahren. Denn: Migranten können nach geltendem Recht bis zu acht Mal gegen die Ablehnung ihres Asyl-Antrags klagen!
Statt dessen weiterhin ein Wortschwall sattsam bekannten Geschwafels: Man müsse nunmehr Abschiebungen "mit rechtlichen Regelungen" weiter beschleunigen, betonte Kanzler Olaf Scholz (SPD), nachdem er schon vor knapp einem Jahr im "Spiegel" getönt hatte: "Wir müssen endlich im großen Stil abschieben!"
Jetzt aber ganz wirklich müsse "geltendes Recht durchgesetzt werden", bläst sich der Ministerpräsident von Brandenburg, Dietmar Woidke (SPD), auf. In seinem Bundesland wird in gut drei Wochen gewählt
Worthülsen und Nebelkerzen
Gunnar Schupelius, Kolumnist des Berliner Boulevardblatte "B.Z." aus dem Springer-Verlag, resümiert zutreffend: "Worthülsen und Nebelkerzen sind das Einzige, was wir seit 2015 von den Politikern um die Ohren bekommen. Nie sind den Worten Taten gefolgt. Das hat einen Grund: Das deutsche Asylsystem entmachtet den Staat. Behörden und Gerichte werden von Klagewellen überschwemmt."
Schupelius rechnet vor: Ein Asylbewerber kann bis zu acht Mal Einspruch einlegen, bis sein Gesuch endgültig abgelehnt werden darf und er ausreisepflichtig wird. Diese Möglichkeiten eröffnet der Klageweg des deutschen Asyl-Irrsinns!
- Wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Asylantrag ablehnt, kann der Betroffene dagegen vor dem Verwaltungsgericht (VG) klagen. Wenn das VG ablehnt, zieht der Kläger vor das Oberverwaltungsgericht (OVG). Wenn er dort abgelehnt wird, kann er sich als "Härtefall" bei der Landesregierung melden. Wenn das nicht hilft, kann er einen neuen Asylantrag stellen (Folgeantrag) und es noch einmal versuchen.
- Wenn die zweite Runde fehlschlägt, kann ein Migrant auf "subsidiären Schutz" klagen oder auf Abschiebeschutz. Dafür gibt es auf Kosten der deutschen Steuerzahler einen (oft der Asyl-Industrie nahestehenden) Anwalt. Das hatten die "Grünen" Anfang des Jahres in der Ampel durchgeboxt.
"Über die Wahrheit wird nicht gesprochen!"
Mit der vollen Ausschöpfung des Rechtswegs läßt sich eine Abschiebung locker bis zu zweieinhalb Jahre hinauszögern. In dieser Zeit kommen die deutschen Steuerzahler für den Lebensunterhalt des Klägers auf. Auf seinem langen Rechtsweg wird ein Migrant von woken "Nicht-Regierungsorganisationen" (NGOs) begleitet, linksgrüne Helfer geben Tips, die Bundesregierung fördert das sogar - der Deutschland-Kurier berichtete.

Man faßt sich nur noch an den Kopf: Mit Förderung durch eben jene Bundesregierung, die gefühlt hunderte Male versprochen hat, den Abschiebe-Turbo anzuwerfen, wird der Rechtsweg ausgenutzt, um den Staat auszutricksen.
Fakt ist: Migranten klagen jahrelang, ohne daß die Phrasen dreschende Politik darauf irgendeinen Einfluß hätte. Und am Ende steht nicht selten ein dauerhaftes "Härtefall-Bleiberecht", etwa wegen "guter Integrationsleistungen" oder aufgrund geänderter familiärer Umstände (zum Beispiel Vaterschaft).
"Das ist die Wahrheit, über die nicht gesprochen wird!", schreibt Gunnar Schupelius über das Versagen eines Staates, der seine Bürger nur noch bevormunden, aber nicht mehr schützen kann.
Die Bundespolizei registrierte zuletzt durchschnittlich etwa 300 illegale Einreisen pro Tag. Experten gehen aufgrund einer hohen Dunkelziffer von 500 und mehr aus. Rechnet man allein mit den offiziellen Zahlen, sind seit Solingen mindestens wieder 2.400 Illegale ins Land gekommen. Unterstellt man, daß nur ein Prozent von ihnen gewalttätig ist, sind allein in den acht Tagen seit Solingen wieder 24 tickende Zeitbomben nach Deutschland eingereist!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. August 2024 (x1.391/…):
>>**"Correctiv": Scholz und Faeser nehmen Deportations-Lügen nicht zurück**
Ungeachtet dessen, daß die Darstellung des linksgrünen Lügenportals "Correctiv" über das sogenannte "Potsdamer Geheimtreffen" (November 2023) im Wesentlichen widerlegt ist und dem Staatsfunk die Weiterverbreitung von Lügen gerichtlich untersagt wurde, bleiben Kanzler Auf Anfrage des Bundestagsabgeordneten und AfD-Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, Leif-Erik Holm, teilte die Bundesregierung einen einzigen Satz mit: "Die Aussagen des Bundeskanzlers und von Bundesministerin Faeser stehen für sich."
Beide SPD-Politiker hatten sich nach dem "Correctiv-Bericht" im Januar weit aus dem Fenster gelehnt. Scholz schrieb seinerzeit auf Instagram: Auf einer "Geheimkonferenz" in Potsdam hätten "Extremisten" darüber beraten, "wie sie Millionen Menschen aus unserem Land vertreiben können" sowie einen "teuflischen Plan" und "abstoßende Umsiedlungspläne" geschmiedet.
Von "rassistischen Deportationsphantasien" sprach Faeser. Diese hätten zum Ziel, "Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer politischen Haltung massenhaft zu vertreiben und zu deportieren".
Inzwischen hat "Correctiv" nach gerichtlichen Auseinandersetzungen einräumen müssen, diese Vorwürfe faktisch so nie erhoben zu haben. Dem NDR hat das Oberlandesgericht Hamburg verboten, zu verbreiten, in Potsdam sei die Ausweisung deutscher Staatsbürger geplant und der Entzug der Staatsbürgerschaft nach ethnischen Kriterien diskutiert worden.
Der öffentlich-rechtliche Sender, der auch die "Tagesschau" verantwortet, hatte behauptet, "bei dem Treffen in Potsdam, an dem auch AfD-Politiker und Mitglieder der WerteUnion teilnahmen", sei es darum gegangen, "massenhaft Menschen mit Migrationshintergrund" einschließlich deutscher Staatsbürger zu vertreiben. Dafür präsentierte "Correctiv" keinerlei Beleg - während mehrere Teilnehmer des Treffens diese Unterstellung in Eidesstattlichen Versicherungen zurückwiesen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. August 2024 (x1.392/…):
>>**Lebensgefährliche Verletzungen: Gericht verurteilt Messerstecher zu Antiaggressionstraining**
Ein 21-Jähriger wurde nach einer Messerattacke in Rinteln, bei der ein Mann lebensgefährlich verletzt wurde, lediglich zu einem Antiaggressionstraining verurteilt.
Von *Redaktion*
...
Im Juni 2022 kam es in Rinteln (Niedersachsen) zu einem verhängnisvollen Streit, der einen

41-jährigen Mann beinah das Leben kostete. In der Auseinandersetzung hatte ein 21-Jähriger ein Messer gezogen und auf sein Gegenüber eingestochen - der 41-Jährige trug lebensgefährliche Verletzungen davon. Trotzdem wurde der Täter nun lediglich nach Jugendstrafrecht wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einem gut viermonatigen Antiaggressionstraining verurteilt.
Das Urteil fällte das Rintelner Jugendschöffengericht. Die Verhandlung hat sich laut den Schaumburger Nachrichten dabei schwierig gestaltet - die Zeugenaussagen waren widersprüchlich, viele Zeugen gaben an, sich nicht genau erinnern zu können.
Richter Ulf Kranitz wies in seiner Urteilsbegründung auf diese Unklarheiten hin: "Es waren schon ganz auffällige Gedächtnislücken da, wenn es um das Messer ging", sagte er und ergänzte: "Hier wurde gelogen, das können wir aber nicht rechtssicher belegen", dies berichteten die Schaumburger Nachrichten.
Trotz der Unstimmigkeiten ging das Gericht von einer Notwehrlage am Tatort aus, entschied jedoch, daß der Azubi nicht das mildeste Mittel zur Verteidigung gewählt hatte. Kranitz betonte, daß dem jungen Mann wohl nicht bewußt war, wie gefährlich sein Handeln war.
Der Vorfall ereignete sich, als der 21-Jährige mit Freunden in der Innenstadt von Rinteln unterwegs war. Nachdem er erfahren hatte, daß eine Jugendliche aus seiner Clique möglicherweise Opfer einer Vergewaltigung geworden sei, entschied er sich, den angeblich verantwortlichen jungen Mann zur Rede zu stellen. Dies führte schließlich zu einer Eskalation, bei der es zu einem Treffen im Blumenwall-Park kam.
Dort traf der Azubi mit seinen Freunden auf einen 32-Jährigen und dessen Brüder, die sich der Auseinandersetzung anschlossen. Im Verlauf des Streits kam es zu mehreren Rangeleien, und der 21-Jährige griff schließlich zu einem Messer, mit dem er dem 41-Jährigen in den Bauch stach. Der Mann erlitt lebensbedrohliche Verletzungen und konnte nur durch schnelle Erste Hilfe und eine Notoperation gerettet werden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. August 2024 (x1.392/…):
>>**BASF schließt weitere Anlagen am Stammsitz in Ludwigshafen**
Der Chemiekonzern BASF muß zwei weitere Anlagen am Stammsitz in Ludwigshafen am Rhein schließen - etwa 180 Mitarbeiter sind betroffen. Noch Februar dieses Jahres wurden mehrere Anlagen an eine ausländische Firma verkauft - im Juli mußten zwei Produktionsstätten in Deutschland geschlossen werden.
alt
Zan Blagojević
Der deutsche Chemiekonzern BASF hatte bereits im Februar mehrere Produktionsanlagen an eine US-amerikanische Firma verkauft. Noch vor etwa sechs Wochen wurden dann zwei weitere Anlagen an den Standorten Frankfurt und Köln geschlossen.
Der Chemieriese BASF schließt zwei Produktionsanlagen am Stammsitz in Ludwigshafen am Rhein. Das teilte der Industriekonzern in einer Pressemitteilung mit. Konkret soll die Produktion von Adipinsäure, Cyclododecanon (CDon) und Cyclopentanon (CPon) im Laufe des Jahres 2025 stillgelegt werden. BASF hat diese Entscheidung im Rahmen einer "strategischen Überprüfung" seines Stammsitzes getroffen, "um die Wettbewerbsfähigkeit unter den sich ändernden Marktbedingungen sicherzustellen", so der Konzern im Pressestatement.
Bereits im Februar vergangenen Jahres hatte der Industriekonzern angekündigt, die Verbundstrukturen am Standort Ludwigshafen zu überprüfen, im Zuge dessen die Produktionskapazität für Adipinsäure reduziert worden war. Nun soll im kommenden Jahr die Produktion komplett eingestellt werden.
Weiterhin wird BASF "die Lieferung von CDon und CPon in enger Abstimmung mit den Kunden beenden". Rund 180 Mitarbeiter sind von den Anlagenschließungen betroffen, ihnen soll möglichst eine neue Beschäftigungsmöglichkeit innerhalb des Konzerns angeboten wer-

den.

Adipinsäure wird weiter in Asien produziert werden

Der Chemiekonzern unternehme diesen Schritt, damit die "Profitabilität der gesamten Wertschöpfungskette des Verbunds" gesichert werden kann - die Produktion müsse sich den "veränderten Marktbedingungen" anpassen. Zudem soll BASF eng im Kontakt mit Kunden und Abnehmern stehen, um die wirtschaftlichen Folgen zu minimieren. Dabei betont Vorstandsmitglied und Technologiechef Dr. Stephan Kothrade: "Wir werden weiterhin Adipinsäure in Onsan, Südkorea, sowie in unserem Joint Venture in Chalampé, Frankreich, produzieren."

Nachdem noch im Februar 2024 angekündigt wurde, daß BASF seine Ammoniak-, Methanol- und Melaminanlagen am Stammwerk verkauft habe, mußten im Juli zwei weitere Anlagen schließen - 300 Arbeitsplätze waren betroffen. "Diese Schließungen sind Teil der Entwicklung eines langfristigen Zielbildes für die Transformation des Standorts Ludwigshafen", sagt Dr. Katja Scharpwinkel, Vorstandsmitglied und Leiterin des Standorts Ludwigshafen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. August 2024 (x1.392/…):

>>**Kinderschänder von Illerkirchberg abgeschoben - in Afghanistan auf freiem Fuß**

Mehrere Sexualstraftäter werden nach Afghanistan abgeschoben, unter ihnen auch der Kinderschänder von Illerkirchberg. Der Start der Abschiebe-Offensive ist höchst fraglich.

Boris Cherny

Die erste Abschiebung nach Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban schlägt Wellen. Es soll der Beginn einer neuen Sicherheitspolitik der Ampel sein. Die 28 verurteilten Straftäter haben teilweise schwere Straftaten begangen und den Großteil ihrer Strafen abgesessen, unter ihnen auch der verurteilte Vergewaltiger von Illerkirchberg, das berichtet die Welt. Er hatte 2022 in der baden-württembergischen Kleinstadt eine 11-Jährige vergewaltigt. Anschließend wurde er zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Auch andere schwere Straftäter wurden bei dem Flug abgeschoben.

Baden-Württemberg schickte neben dem Vergewaltiger von Illerkirchberg auch einen Mann mit 160 Straftaten. Aus Sachsen-Anhalt kamen zwei weitere Sexualstraftäter. Gegen einen von ihnen lief noch ein Ermittlungsverfahren wegen Vergewaltigung und Abgabe von Betäubungsmitteln an Minderjährige. Die verurteilten Straftäter werden in Afghanistan wahrscheinlich wieder auf freien Fuß kommen. Der Abschiebeflug wird, anders als normalerweise, nicht von Bundespolizisten begleitet.

Der Abschiebeflug soll das Ergebnis monatelanger Verhandlungen gewesen sein. Am Donnerstag sollen die Bundesländer ausgewählte Straftäter nach Leipzig verlegt haben, von wo der Flug am Freitag um 6:56 Uhr gen Kabul gestartet ist. Für die Abschiebung in das zentralasiatische Emirat bekamen die Straftäter ein Handgeld von 1.000 Euro.

Durchgeführt wurde der Charterflug durch Qatar Airways. Jahrelang waren Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt, verursacht durch die Machtübernahme der Taliban. Mit der sich zuspitzenden Migrationskrise forderten zuletzt zahlreiche Politiker den erneuten Start von Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan.

Dies wurde nun kurz vor den wichtigen Landtagswahlen in Ostdeutschland umgesetzt. Vorerst wird dies aber eher ein PR-Stunt bleiben. "Im großen Stil" werden solche Abschiebungen nicht möglich sein, heißt es aus Sicherheitskreisen laut Spiegel. Die Sinnhaftigkeit, verurteilte, teilweise noch in Haft sitzende Straftäter auf freien Fuß zu setzen, während in Europa teils offene Grenzen herrschen, ist dabei ohnehin zweifelhaft.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. August 2024 (x1.392/…):

>>**Dynamische Stromtarife**

Habeck-Plan sieht genaue Überwachung des Stromverbrauchs vor

Um sogenannte erneuerbare Energien zu fördern will Robert Habeck das "Strommarktdesign der Zukunft" weiter voranbringen. Ab dem 1. Januar 2025 müssen dementsprechend alle

Stromanbieter in Deutschland sogenannte dynamische Stromtarife anbieten. Die Folgen reichen von Preisexplosionen beim Strompreis bis zur permanenten Überwachung des Stromverbrauchs.

Zan Blagojević

Robert Habeck hat ein "umfassendes Monitoring" des Stromverbrauchs unter anderem bei der Industrie angekündigt. Der Einsatz dynamischer Stromtarife erfordert nämlich ein Strommesser, der den Stromverbrauch zu jedem Zeitpunkt genauestens dokumentieren und an die Stromerzeuger weiterleiten kann.

Wie Apollo News bereits berichtete, beriet die Bundesregierung rund um Wirtschaftsminister Robert Habeck, Christian Lindner und Bundeskanzler Olaf Scholz über ein Strategiepapier, welches im Rahmen der sogenannten "Wachstumsinitiative" vermutlich bereits im September auf den Weg gebracht werden könnte. Es geht um das "Strommarktdesign der Zukunft" und könnte den wohl größten Infrastrukturumbau der jüngeren Geschichte einleiten.

Elementarer Bestandteil eines neuen Strommarktes ist die Preissteuerung seitens der Bundesnetzagentur, welche das alte "Bandlast-Privileg" abschaffen will. Nach diesem erhielt die Industrie im Schnitt bis zu 80 Prozent Rabatt auf die Netzentgelte für eine stetig hohe Menge an bestelltem Strom über das Jahr hinweg - Planbarkeit und günstige Energie haben jahrzehntelang zu einer Optimierung der Produktionsprozesse geführt. Mit dem neuen "Strommarktdesign der Zukunft" wird diese Rabattstruktur abgeschafft.

Ab 2025 sind alle Stromanbieter - darunter auch die etwa 900 Stadtwerke in Deutschland - verpflichtet, dynamische Stromtarife anzubieten. Der Strompreis richtet sich in diesen Tarifen nach dem tagesaktuellen Preis für eine Kilowattstunde und funktioniert nach einem einfachen Marktmechanismus: Ist die Nachfrage groß, steigt der Preis - und umgekehrt. Für die Industrie will Habeck, daß die Nachfrage "flexibilisiert" wird - ein Euphemismus, der jahrelang optimierte und zeitgenaue Produktionsprozesse grundlegend verändern will.

Über Anreize soll Nachfrage gezielt gesteuert werden

Mit den dynamischen Stromtarifen soll vor allem der Ausbau und das Nutzen sogenannter erneuerbarer Energien vorangetrieben werden, indem Stromabnehmer per Anreiz dazu gedrängt werden, ihren Stromverbrauch zu trimmen. Bei viel Sonne und Wind würde das Energieangebot steigen und der Strompreis fallen. Die neuen Netzentgeltrabatte sollen Stromverbraucher, insbesondere Industriekonzerne, dazu bewegen, in diesen Zeiten günstiger Energie möglichst viel zu verbrauchen - die Produktion hochzufahren.

Bei Dunkelflauten dürfte der Preis enorm ansteigen, sogar explodieren, weil die Nachfrage nach Strom sehr inflexibel ist. Nicht nur die Industrieproduktion ist jahrzehntelang damit beschäftigt gewesen, bestimmte Prozesse und Lieferketten zu optimieren und einem konstanten Stromverbrauch anzupassen. Auch private Haushalte sind in ihrer Energienachfrage absolut rigide. Wer zieht denn schon den Stecker aus der Steckdose, wenn ein elektrisches Endgerät in einem Moment nicht mehr gebraucht wird? Bei gleichbleibender Nachfrage und variierendem Angebot könnten die Strompreise enormen Schwankungen ausgesetzt sein.

Dynamische Stromtarife könnten je nach Ausgestaltung der Abrechnung somit bei jedem Bürger und Haushalt in den Tagesablauf eingreifen - und die Industrie soll ebenfalls ihre Nachfrage "flexibilisieren". Drohen Engpässe und Dunkelflauten, soll die Produktion heruntergefahren und Verbrauch reduziert werden. "Flexible Lasten wie zum Beispiel Wärmepumpen, bestimmte Teile industrieller Prozesse ... können ihren Strombedarf im gewissen Maß verschieben und an die fluktuierende Erzeugung aus Wind und PV anpassen", so das Papier aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

Echtzeitüberwachung des Stromverbrauchs?

Ein dynamischer Stromtarif erfordert eine Umstellung des altbekannten Prozesses rund um Stromabrechnungen und das Ablesen des Zählerstands - jetzt muß man genau wissen, zu wel-

chem Zeitpunkt wie viel Strom verbraucht wurde, die Datenströme müssen täglich automatisiert werden. Um eine präzise Abrechnung zu erstellen, müßten dann die Daten zum Stromverbrauch präzise mit den zeitpunktbedingten Strompreisen verglichen werden. Nur so könnte theoretisch eine monatliche Stromabrechnung überhaupt erstellt werden. Schlußendlich erfordert es, daß private Stromkunden und Haushalte wieder einmal den Zugriff auf die eigenen Daten gewähren müßten.
Durch eine "explizite Regelung" im Energiewirtschaftsgesetz "muß das Sammeln von Erfahrungswerten schon heute beginnen", schreibt Robert Habeck in seinem Papier. Der "Einsatz dynamischer Stromtarife" erfordere ein "umfassendes Monitoring".
Zwar wird sich ab dem kommenden Jahr nicht viel ändern, doch arbeiten Robert Habeck und die gesamte Bundesregierung intensiv daran, eine umfassende Überwachung des Stromverbrauchs einzurichten. Im Energiewirtschaftsgesetz (§ 41a EnWG) heißt es: "Stromlieferanten ... sind im Folgejahr verpflichtet, den Abschluß eines Stromliefervertrages mit dynamischen Tarifen für Letztverbraucher anzubieten, die über ein intelligentes Meßsystem im Sinne des Meßstellenbetriebsgesetzes verfügen." Es sollen außerdem "Informationen über den Einbau eines intelligenten Meßsystems" angeboten werden. Die Verpflichtung gilt ab dem 1. Januar 2025.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 30. August 2024 (x1.395/…): >>**Die Blamage des staatsnahen Bundesverfassungsgerichts**
Herbert Ludwig
Das Bundesverfassungsgericht hatte mit Beschluß vom 19.11.2021 die Corona-Maßnahmen des Staates und die damit einhergehenden massiven Eingriffe in die Grundrechte des Menschen für verfassungskonform erklärt. Es stützte sich dabei wesentlich auf die "wissenschaftlichen Erkenntnisse" des staatlichen Robert-Koch-Instituts, die aber - ausweislich der veröffentlichten RKI-Protokolle - nicht auf Wissenschaft, sondern auf Anordnungen der Regierung beruhten!
Das ist eine ungeheure Blamage des höchsten Gerichts. Und sie entlarvt die verfassungswidrige Verflechtung von Wissenschaft, Staat und Justiz. Der Staat korrumpiert die ("freie") Wissenschaft, und das Gericht entscheidet aufgrund der Daten des Staates zugunsten des Staates.
1. Senat des Bundesverfassungsgerichts, Vorsitz Präsident Prof. Dr. Harbarth, vorher stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag
Der wachsame *Dr. Gunter Frank*, Autor des an die Wurzeln gehenden Buches Das Staatsverbrechen, hat am 5.8.2024 auf Achgut die damalige Entscheidung des obersten Gerichts in Erinnerung gerufen und die Notwendigkeit betont, daß sie im Lichte der RKI-Protokolle revidiert werden müsse. Dr. Frank zitierte aus der Begründung (Rn. 178) des Gerichts:
"Der sachlich fundierte Umgang mit einer neuartigen globalen Pandemie ist insofern gerade davon geprägt, daß wissenschaftliche Erkenntnisse, auf die Maßnahmen gestützt werden, die Eingriffe in Grundrechte bewirken, fortlaufend gewonnen, aufbereitet und auch korrigiert werden. Hier hat der Gesetzgeber mit der Aufgabenzuweisung an das Robert Koch-Institut nach § 4 Abs. 1 IfSG (Infektionsschutzgesetz) im Grundsatz institutionell dafür Sorge getragen, daß die zur Beurteilung von Maßnahmen der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten benötigten Informationen erhoben und evaluiert wurden.
Zu den Aufgaben des Robert Koch-Instituts gehört es, die Erkenntnisse zu solchen Krankheiten durch Auswertung und Veröffentlichung der Daten zum Infektionsgeschehen in Deutschland und durch die Auswertung verfügbarer Studien aus aller Welt fortlaufend zu aktualisieren und für die Bundesregierung und die Öffentlichkeit aufzubereiten.
Auf dieser Grundlage schätzte das Robert Koch-Institut zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite ausweislich seines Lageberichts vom 22. April 2021 (abrufbar unter https://-

www.rki.de) die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland aufgrund der anhaltend hohen Fallzahlen insgesamt als sehr hoch ein. ..."
Demgegenüber zeigen die herausgeklagten Protokolle, daß das staatseigene Robert-Koch-Institut auf politische Weisung gegenüber der Öffentlichkeit das Gegenteil von dem vertreten hat, was es eigentlich intern als wissenschaftliche Wahrheit erkannt hatte. Vgl. z.B.: https://fassadenkratzer.de/2024/04/02/funf-corona-lugen-des-rki-auf-politische-weisung-analysiert-von-prof-homburg/
Den totalitären Maßnahmen des Staates wurde via korrumpierten staatlichen Wissenschaftlern eine scheinwissenschaftliche Begründung verliehen, um die Menschen zu täuschen und zur Folgsamkeit zu bringen. Und es wurden eben auch die Richter des Bundesverfassungsgerichts getäuscht, die sich staatshörig auf die Richtigkeit der veröffentlichten Daten verlassen haben. Das hätte nicht passieren können, wäre das Gericht seiner Aufgabe nachgekommen, die Exekutive zu kontrollieren, was erfordert, die vom beschuldigten Staat durch sein eigenes Institut behaupteten Daten von unabhängigen Wissenschaftlern überprüfen zu lassen.
Damit hat sich das oberste deutsche Gericht bis auf die Knochen blamiert. Es hat sich durch seine obrigkeitliche Staatsgläubigkeit und parteipolitische Staatsnähe von einer kriminellen politischen Klasse hereinlegen und instrumentieren lassen - zum ungeheuren existentiellen und gesundheitlichen Schaden der Bevölkerung und einer fundamentalen Schädigung der freiheitlichen Grundordnung des Grundgesetzes, dessen Hüter es sein soll.

Der Staat ist Prozeßpartei

Doch unabhängig davon, ob die Daten des RKI gefälscht oder richtig sind, sie dürfen von einem Gericht grundsätzlich nicht als Beweis für die Behauptungen des Staates angesehen werden. Denn der Staat ist vor dem Bundesverfassungsgericht als von Bürgern beschuldigter Verletzer des Grundgesetzes eine der beiden Prozeßsparteien. Und Daten des staatlichen Robert-Koch-Institutes, das den Weisungen des Gesundheitsministeriums untersteht, sind Behauptungen einer Prozeßpartei und kein Beweis. Beweise können nur durch Wissenschaftler geliefert werden, die unabhängig sind und mit keiner der beiden Prozeßsparteien in irgendeiner Verbindung stehen.
Gegen diesen prozeßrechtlichen Grundsatz hatten schon vorher zahlreiche Verwaltungsgerichte verstoßen. So entschied z.B. das Oberverwaltungsgericht (OVG) von Nordrhein-Westfalen am 28. Juli 2020:
"Im Übrigen ist anerkannt, daß der Einschätzung des Robert Koch-Instituts nach dem in den einschlägigen Regelungen im Infektionsschutzgesetz (vgl. § 4 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Nr. 1 IfSG) zum Ausdruck kommenden Willen des Gesetzgebers im Bereich des Infektionsschutzes besonderes Gewicht zukommt."
Auch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hatte bereits am 6. Juli 2020 die Maßgeblichkeit des RKI ganz offen und wie selbstverständlich behauptet:
"Nach den maßgeblichen Feststellungen des Robert Koch-Instituts (vgl. § 4 IfSG) handelt es sich immer noch um eine sehr dynamische Situation. Die Gefährdung für die Bevölkerung wird deshalb nach wie vor als hoch eingeschätzt, für Risikogruppen sogar als sehr hoch."
Feststellungen, also Erkenntnisse eines staatlichen Institutes können nicht maßgebend sein, nur weil es ein staatliches Institut ist. Entweder sind sie wahr oder falsch, und das muß vor dem Forum der Wissenschaft jederzeit überprüfbar und korrigierbar sein. Der Staat setzt hier per Infektionsschutzgesetz, also mit staatlicher Macht die eigenen Erkenntnisse als gültig fest und nimmt die Stellung eines Wissenschafts-Papstes ein. In einer freien Wissenschaft kann es eine solche Instanz nicht geben.
Aufgabe der Judikative als verfassungsrechtlicher dritter Gewalt neben Legislative und Exekutive ist es, diese beiden zu kontrollieren und sie bei Verletzungen der Verfassung und der Gesetze zurückzupfeifen. Die beiden Oberverwaltungsgerichte und auch das Bundesverfas-

sungsgericht geben hier jedoch die Gewaltenteilung, die konstituierendes Verfassungsprinzip des freiheitlichen Rechtsstaates ist, schlichtweg auf, indem sie die Feststellungen eines sachverständigen Instituts als maßgebend bezeichnen, das zur beklagten Partei der Exekutive gehört, die sie zu kontrollieren und über die sie zu urteilen haben.
Deshalb dürfen für sie die Feststellungen des RKI gerade kein "besonderes Gewicht" haben und nicht "maßgebend" sein, sondern müssen hinterfragt und untersucht werden, weil sie ja den angefochtenen staatlichen Maßnahmen gerade zugrunde liegen.
Es ist so, wie wenn ein Unternehmer wegen Betrugs angeklagt ist und das Gericht wegen des komplizierten Sachverhaltes ein Sachverständigen-Gutachten in Auftrag gibt, das von einem Angestellten des angeklagten Unternehmers erstellt wird.
Knechtung und Korrumpierung der Wissenschaft
Das führt zur grundsätzlichen Problematik der Verflechtung von Wissenschaft und Staat. Beide betreffen zwei ganz unterschiedliche Lebensgebiete. In der Wissenschaft geht es um die Entfaltung der individuellen Erkenntnisfähigkeiten der Menschen, worin sie von außen nicht gehindert oder beeinträchtigt werden dürfen, sondern unbedingte Freiheit benötigen. Die Aufgabe des Staates ist es, für Regelungen des Zusammenlebens zu sorgen, die für alle gelten, also alle in Gleichheit betreffen. Beide können nicht miteinander verbunden werden.
Sowie der Staat ein wissenschaftliches Institut unterhält, will er, daß dessen Erkenntnisse gleichermaßen für alle als Wahrheit gelten und schaltet die Freiheit der Wissenschaft aus, in deren konkurrierendem Streben sich die Wahrheit allein herauskristallisieren kann. Und die finanzielle und dienstliche Abhängigkeit der angestellten Wissenschaftler bewirkt eine enge Bindung an die politisch-staatlichen Vorgesetzten, in der sie allzu leicht die Ergebnisse liefern und publik machen, die von der Politik erwartet und, wie wir beim RKI erlebt haben, gewünscht und sogar angeordnet werden. Ihre Freiheit als Wissenschaftler wird prinzipiell tendenziell ausgeschaltet.
Dr. Frank zitiert in seinem verlinkten Artikel das RKI-Protokoll vom 10.9.2021, das schlaglichtartig die Situation der staatlichen Wissenschaftler aufzeigt:
"Aktuelle Einschätzung der RKI-Leitung ist, daß die Empfehlungen durch das RKI in der Rolle einer Bundesbehörde ausgesprochen werden, und einer ministeriellen Weisung zur Ergänzung dieser Empfehlung nachgekommen werden muss, da das BMG die Fachaufsicht über das RKI hat, das sich als Institut nicht auf Freiheit der Wissenschaft berufen kann. Die wissenschaftliche Unabhängigkeit des RKI von der Politik ist insofern eingeschränkt."
Das ist eine Absurdität. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist nach Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz ein absolutes Grundrecht, das für alle Wissenschaftler gilt.
Das bedeutet aber, staatliche Wissenschaftler, die in einem Unterordnungsverhältnis stehen, darf es nicht geben. Die Verbindung von Staat und Wissenschaft ist ein Unding, eine prinzipielle Unmöglichkeit.
Kein staatliches Gesundheitswesen
Dies bedeutet weiter, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann und darf, das Gesundheitswesen zu verwalten und den Wächter über die Gesundheit der Menschen und Beschützer vor Krankheits-Epidemien und -Pandemien zu spielen.
Staatliche Politiker entscheiden dann letztlich über medizinische Fragen, ohne daß sie über die entsprechende Fachkompetenz verfügen. Und sie beschließen Maßnahmen, die tief in soziale, kulturelle und wirtschaftliche Lebensbereiche eingreifen, in denen sie ebenfalls Laien sind.
Sie müssen also doch entsprechende Wissenschaftler zu Rate ziehen. Die aber sind entweder in den staatseigenen Instituten weisungsgebunden oder aus anderen Zusammenhängen stammend korrumpierbar oder einfach ignorierbar. In jedem Fall können sachfremde machtpolitische Ziele verfolgt und durchgesetzt werden, wozu die Wissenschaft als Magd nur die Schein-Legitimation liefert.

Die ausgewählten Experten sind zudem nur einzelne Stimmen einer großen Zahl von Wissenschaftlern verschiedenster medizinischer Fachrichtungen, die oft unterschiedlichster Auffassungen sind. Zwar gibt es "herrschende Meinungen", gegen die aber immer wieder Minderheiten oder einzelne Pioniere bahnbrechende Auffassungsveränderungen erreichen.
Denn es gibt nicht die Wissenschaft, wie immer gerne von Einzelnen suggeriert wird, um ihrer eigenen Auffassung eine autoritative Glorie zu verleihen. Wissenschaft ist ein Prozeß verschiedenartiger wissenschaftstheoretischer und methodischer Ansätze und Disziplinen. Was wahr und weiterführend ist, kann nicht autoritativ oder per Mehrheitsbeschluß entschieden werden, sondern muß sich durch die Kraft der Argumentation und die praktische Fruchtbarkeit durchsetzen.
Der Staat aber greift so auch tief in die Freiheit der Wissenschaft, des wissenschaftlichen Erkennens und Handelns aller übrigen Wissenschaftler und in das freie Verhältnis der praktischen Ärzte zu ihren Patienten ein. Diese werden gleichermaßen alle einer ganz bestimmten Regel unterworfen, die sie insoweit zu Ausführenden einer fremden Anweisung macht und ihre eigenen Erkenntnisse und Erfahrungen ignoriert. Damit wird die freie wissenschaftliche Erkenntnis zu einem Feld dogmatisierten Glaubens dessen, was Einzelne der Gesellschaft vorgeben.
Und es wird auch in die Freiheit des Patienten, des Bürgers, eingegriffen, sich selbst zu entscheiden, an welchen Arzt er sich im Krankheitsfall und zum Schutz seiner Gesundheit wenden will.
Daraus folgt zwingend: Das Gesundheitswesen muß vom Staat unabhängig sein, sollen die dort tätigen wissenschaftlichen Fachleute nach ihren Erfahrungen und Erkenntnissen frei arbeiten können. Eine Krankheit ist primär Sache des einzelnen Menschen, zu der er die Hilfe eines frei gewählten Arztes in Anspruch nimmt. Dieser darf nicht fachlichen Vorgaben in Verordnungen und Gesetzen des Staates unterstehen, die dann von Gesundheitsministerien und staatlichen Gesundheitsämtern durchgesetzt werden.
Ein freies Gesundheitswesen muß sich eine staatlich unabhängige Selbstverwaltung mit Organen geben, in denen über den Einzelnen hinausgehende gesellschaftliche Auswirkungen einer Krankheitsepidemie z. B. beraten und das individuelle Handeln koordiniert wird. Sinnvollerweise wird man Wissenschaftler aus unterschiedlichen Richtungen der medizinischen Forschung hinzuziehen, so daß ein breites Bild der Situation und des Erkenntnisstandes entsteht, und man aus einer umfassenden wissenschaftlichen Diskussion zu gemeinsamen Erkenntnissen und Absprachen kommt. Das allein ist einer freien Wissenschaft in einer freiheitlichen Gesellschaft würdig und angemessen.
Die selbstverantwortlichen Bürger folgen in der Regel den ärztlichen Ratschlägen zum eigenen und zum Schutz anderer. Es ist bisher bei keiner Epidemie ein solcher staatlicher Zwang zur Regelung des Verhaltens der Menschen notwendig gewesen, wie er in der Corona-Krise durchgesetzt wurde. Und diese in totalitärer Anmaßung ergriffenen Maßnahmen waren auch nicht notwendig, sondern sogar willkürlich - ein Staatsverbrechen.
Sollte der Fall einer in der BRD noch nicht dagewesenen wirklich verheerenden Epidemie eintreten, die mit den bisherigen Mitteln des Gesundheitswesens nicht bewältigt werden könnte, müßte sich dessen Selbstverwaltung an den Staat um Hilfe wenden, der erst dann nach gemeinsamer Beratung mit angemessenen zeitlich befristeten Verordnungen tätig werden dürfte.

Freies Geistesleben

Die Abhängigkeit der Wissenschaft vom Staat gilt aber nicht nur für das RKI, sondern im Grunde für den gesamten Wissenschafts- und Bildungsbereich, insofern er vom Staat in eigenen Instituten, Schulen und Hochschulen organisiert und finanziert wird. Damit kann dieser für politische Interessen instrumentalisiert werden, was auch in hohem Maße geschieht. Und durch die Annahme Zweck-gebundener Forschungsgelder aus der Wirtschaft prostituiert sich

die vielfach unterfinanzierte Wissenschaft zusätzlich für ökonomische Profitinteressen.
Die Aufgabe der Wissenschaft ist es, die Wahrheit dessen, was ist, der Wirklichkeit, zu erforschen und die Erkenntnisse zum Wohl der Gesellschaft fruchtbar zu machen. Zur Erkenntnis der Wahrheit gelangt man nur, wenn dieser Prozeß in absoluter Freiheit, ohne Beeinträchtigung und Beeinflussung von außen, vor sich gehen kann. Nur in einer Atmosphäre der Freiheit ist wirkliche Wissenschaft, Forschung und Lehre, natürlich auch jede künstlerische und religiöse Tätigkeit möglich.
Das gesamte Geistesleben liegt aber im Würgegriff staatlicher bzw. wirtschaftlicher Abhängigkeit und instrumenteller Erniedrigung. Es kann sich überhaupt nicht seinen inneren Möglichkeiten nach frei entfalten und der Gesellschaft die nötigen Erneuerungskräfte zuführen. Alle gesellschaftliche Stagnation, alle totalitäre Machtentfaltung einer politischen und wirtschaftlichen "Elite", welche die Demokratie schon seit langen zu einer Oligarchie deformiert hat 5, hat letztlich in der Unterdrückung des Geisteslebens, in der Knechtung und Überwältigung der Gedanken von Menschen durch andere ihren Ursprung.
Das kann nur grundsätzlich ausgeschlossen werden, wenn das gesamte Geistes- und Kulturleben als eine eigene gesellschaftliche Organisation vom Staat und von der Wirtschaft unabhängig wird und sich selbst verwaltet. Darin wären das Gesundheits- und das Bildungswesen jeweils fachlich bezogene Teilorganisationen.
Dies zeigt sich überall als die vordringlichste Aufgabe, um aus den immer weiter zunehmenden katastrophalen Verhältnissen herauszukommen.
Wo bleibt eigentlich die Staatsrechts-Wissenschaft? Ach ja, …<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 30. August 2024 (x1.394/…): >>**Fachjuristen: Behördliche Kontrolle digitaler Medien ist "verfassungswidrig"**
Juristische Experten beurteilen die Kontrollrechte, die Paragraph 19 des Medienstaatsvertrages den deutschen Landesmedienanstalten seit 2020 einräumt, als rechtswidrig.
Die journalistische Sorgfaltspflicht ist "weder für sich genommen rechtlich sanktionierbar" noch darf sie durch eine "ordnungsbehördliche Aufsicht über die Redaktionen überwacht" werden, schreibt der Medienrechtler Christoph Fiedler im juristischen Standardwerk "Gersdorf/Paal: Medien- und Informationsrecht". (Beck, 2021) Fiedler ist Professor für Medienrecht an der Universität Leipzig und Geschäftsführer für Europa- und Medienpolitik beim Medienverband der freien Presse.
Das Eingriffsrecht der Landesmedienanstalten über die Sorgfaltspflicht sei eine "unverhältnismäßige Beschränkung redaktioneller Presse- und Medienfreiheit" und deshalb mit Artikel 5 des Grundgesetzes ("Eine Zensur findet nicht statt") "unvereinbar und verfassungswidrig", erläutert er.
Durch die Gesetzesänderung könne der Staat nun "problemlos die Kontrolle über die Berichterstattung zu beliebigen Geschehnissen übernehmen" und jede Redaktion aktiv bekämpfen, die über "umstrittene Themen aus Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft" berichtet.
Es handle sich um einen "neuartigen staatlichen Angriff auf die Pressefreiheit", der weit über bisherige rechtliche "Äußerungsschranken" hinausgeht, erklärt Fiedler weiter in dem Fachkommentar zum Medienstaatsvertrag. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2020 habe es "selbstverständlich" keinerlei "behördliche Aufsicht über die journalistische Sorgfaltspflicht" gegeben.
Fiedlers Einschätzung zufolge darf der Staat diese berufsethische Norm nur dann mit "hoheitlichem Zwang" durchsetzen, wenn im Einzelfall ein konkretes allgemeines Gesetz verletzt wird - etwa bei Schmähungen oder herabsetzenden Behauptungen.
Eine Behörde jedoch damit zu beauftragen, journalistische Maßstäbe zu interpretieren und mitzubestimmen, sei ein "Offenbarungseid für jeden Gesetzgeber, dem der Erhalt grundrechtlicher Meinungs- und Medienfreiheit ein echtes Anliegen ist" und ein "Rückfall hinter das

Reichspressegesetz von 1874".
Der Passus im Medienstaatsvertrag sei eine "Ermächtigung zum staatlichen Kampf gegen beliebige politische Richtungen oder Meinungen". Eine "staatliche Aufsicht über die journalistische Sorgfaltspflicht" muß für alle Medien ausgeschlossen bleiben, betont der Medienrechtler. Anders sei die redaktionelle Freiheit der Presse "nicht denkbar".
Der Münchener Medienrechtler Wolfgang Lent zweifelt ebenfalls daran, daß Paragraph 19 des Medienstaatsvertrags verfassungsgemäß ist. Die Vorschriften träfen ausschließlich Online-Medien, was Indiz für eine Sonderrechtsregelung sein kann, argumentiert er in einem juristischen Fachbeitrag. (Zeitschrift für Urheber und Medienrecht 8/9/2020).
Zudem sei gar nicht genau definiert, wer unter das Gesetz falle. Außerdem würde die Kontrollfunktion gegenüber dem Staat ausgehebelt, wenn die Journalisten bei ihrer Recherche Rücksicht auf Staatsbelange nehmen müßten. "Eine Behördenaufsicht über die Einhaltung von Sorgfaltspflichten führt gerade in diesen Fällen zu inakzeptablen Rahmenbedingungen der online-journalistischen Arbeit." Der Medienstaatsvertrag sei mit der Pressefreiheit nicht vereinbar.
Auch der Kölner Fachanwalt Markus Kompa kritisiert die Vorschrift des Medienstaatsvertrages als "verfassungsrechtlich bedenklich". Es sei möglich, daß Paragraph 19 als "Instrument der Repression" genutzt werde. Die Vorschrift könne beispielsweise als "staatliche Sperrverfügung gegen Blogger" verstanden werden, erläutert der Anwalt für Urheber- und Medienrecht in einem juristischen Fachartikel aus dem Jahr 2022. (Beck: Multimedia und Recht, Heft 4) Die Einordnung, was "wahr" sei und was nicht, obliege nun einer Behörde, die Verbote, Ordnungsgeld und Verwaltungsgebühren verfügen könne, kritisiert er.
Die Landesmedienanstalten beanspruchten für sich zwar "staatsfern" zu sein, jedoch spiegele sich in den Gremien regelmäßig der "jeweilige Parteienproporz" und die Behördenleitung stehe meist der Landesregierung nahe. "Faktisch handelt es sich daher um staatliche Exekutive", erklärt Kompa. Je nach politischer Entwicklung oder ideologischer Ausrichtung der Anstalten bestehe die Gefahr "selektiver Gängelung".
Kompa berichtet in dem Artikel über den Fall eines Bloggers, der von der baden-württembergischen Landesmedienanstalt zu Unterlassung bestimmter Aussagen über Corona-Maßnahmen aufgefordert worden war. "Als problematisch erwies sich die autoritäre wie intransparente Durchführung des Verfahrens" ebenso wie die "unerfindliche" Forderung von 800 Euro "Verwaltungskosten", kritisiert der Kölner Anwalt. Daß dieser einzelne Blogger von der Aufsichtsbehörde ausgewählt worden war, wirke zudem wie Willkür.
Verlegerverbände hatten bereits im Dezember 2019 vor einer drohenden "staatlichen Redaktionsaufsicht" durch den neuen Medienstaatsvertrag gewarnt. Es könnte zu "gefährlichen Präzedenzfällen für eine staatliche Presseaufsicht" durch die Landesmedienanstalten gegenüber Telemedien kommen, hieß es in einer Stellungnahme des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) und des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV). Diese "nach der letzten Anhörung eingeführte Neuregelung" betrachteten die Verbände "mit Sorge".
Der Medienstaatsvertrag trat im November 2020 nach der Annahme durch die Landesparlamente der Bundesländer in Kraft und ersetzte den bis dahin geltenden Rundfunkstaatsvertrag. Paragraph 19 des Medienstaatsvertrages, der Landesmedienanstalten das Recht einräumt, in die Redaktionsarbeit von Online-Medien einzugreifen, wurde bisher gerichtlich nicht überprüft. Dies könnte sich durch das aktuelle Vorgehen der Landesanstalt für Medien NRW gegen Multipolar jedoch ändern.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. August 2024 (x1.393/…): >>**Schulze verteidigt Millionen-Förderung von Radwegen in Peru**
Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) verteidigt die Förderung von Radwegen in Peru aus ihrem Etat. "Das hat mein Vorgänger von der CSU richtig entschieden", sagte sie

der "Rheinischen Post" mit Blick auf den früheren Entwicklungsminister Gerd Müller.
"Denn die Radwege sind nur ein kleiner Baustein eines großen Mobilitätsprojekts, das Peru gegen Stau und Luftverschmutzung hilft, das dem Klimaschutz weltweit dient, und von dem auch deutsche Unternehmen profitieren, mit Aufträgen für den Bau der Metro in Lima." Schulze weiter: "Aber die Radwege sind von interessierter Seite als Symbol herausgepickt worden, um Entwicklungspolitik insgesamt verächtlich zu machen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. August 2024 (x1.393/…): >>**Airlines meiden Deutschland wegen zu hoher Steuern: Ryanair-Flugreduzierung Alarmzeichen**

Die Luftfahrtbranche fürchtet eine weitere Ausdünnung des deutschen Flugverkehrs nach Europa. "Die drastische Reduzierung des Angebots von Ryanair am Flughafen Berlin-Brandenburg sollte von der Bundesregierung als eindeutiges Alarmzeichen verstanden werden: Die Kostenschraube für den Luftverkehr in Deutschland ist überdreht", sagte Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) der Funke-Mediengruppe (Freitagausgaben) und fordert die Bundesregierung auf, die Kosten in der Luftfahrt nicht weiter zu erhöhen.
Der Verbandschef fordert ein "Belastungsmoratorium" bei den staatlichen Standortkosten - wie der Luftverkehrsteuer, Luftsicherheits- und Flugsicherungsgebühr. "Airlines kommen zunehmend zu der Ansicht, daß es sich aufgrund immer höherer Steuern und Gebühren betriebswirtschaftlich nicht mehr lohnt, nach Deutschland zu fliegen. Das ist ein fatales Signal für Reisende und den Wirtschaftsstandort", warnte Lang. 2025 soll die maximale Höhe der Luftsicherheitsgebühr weiter von 10 auf 15 Euro steigen.
Ryanair hatte angekündigt, 2025 sein Flugangebot von Berlin wegen zu hoher Flughafenkosten und Steuerbelastungen um ein Fünftel zu reduzieren. Die staatlichen Standortkosten gehörten schon 2019 zu den höchsten in Europa. Die Differenz lag zwischen den günstigsten und teuersten europäischen Flughäfen bei 2.000 Euro.
"Inzwischen haben sich die Gebühren nahezu verdoppelt und die Differenz ist auf bis zu 4.000 Euro gestiegen. Das entspricht rund 30 Euro pro Passagier", rechnete Lang vor. Bei einem durchschnittlichen Ticketpreis der Billigairlines von 66 bis 110 Euro rentieren sich die Flüge nach Deutschland immer weniger. "In der Folge fällt Deutschland bei der Entwicklung des Luftverkehrs nach der Corona-Pandemie immer weiter zurück."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. August 2024 (x1.393/…): >>**Sorge wegen Bargeldversorgung**

Angesichts einer sinkenden Zahl von Geldautomaten sorgen sich Länder und Verbraucherpolitiker um die Bargeldversorgung in Deutschland.
"Mancherorts ist nur Bargeldzahlung möglich, dann muß man auch Bargeld erhalten können", sagte die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Nadine Heselhaus, der "Rheinischen Post" (Freitagausgabe). Der Abbau von Automaten sei ein "wachsendes Problem", ergänzte Heselhaus. Ein Viertel der Menschen müsse längere Wege zurücklegen, um an Bargeld zu kommen.
Das von der Bundesbank im Februar ins Leben gerufene "Nationale Bargeldforum" müsse daher den Druck auf die Branche erhöhen, sagte die SPD-Politikerin. Auch die Verbraucherminister der Länder sind dem Bericht zufolge besorgt. Der Handel schließe zwar zahlreiche Versorgungslücken, heißt es in einem gemeinsamen Beschluß. Dies erfolge jedoch nur auf freiwilliger Basis als zusätzliche Dienstleistung, welche jederzeit unangekündigt eingestellt werden kann.
Die Bundesregierung müsse daher eine Versorgung in der Fläche sicherstellen. Der Sparkassen- und Giroverband verwies unter anderem auf die Zunahme von Automatensprengungen. "Letztendlich werden Geldautomaten auch dort abgebaut, wo sie trotz intensiver Sicherung

ein zu attraktives Ziel für Sprengangriffe sind", sagte ein Sprecher der Zeitung. Derzeit gibt es in Deutschland noch rund 51.000 Automaten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. August 2024 (x1.393/…): >>**Nach Rücktritt: Gabriel kritisiert Thyssenkrupp-Führung**

Nach seinem Rücktritt als Aufsichtsratschef der Thyssenkrupp Stahlsparte hat Sigmar Gabriel Management und Eigentümer der Muttergesellschaft kritisiert. "Das Unternehmen verliert nur Zeit und Geld. Die Probleme bleiben", sagte Gabriel dem Wirtschaftsmagazin "Capital".

"Der ganze Konflikt ist vollständig unsinnig." Er bemängelte den Zeitpunkt für die Eskalation. "Der Wechsel findet in einer Phase statt, wo im Stahlkonzern gigantische Großprojekte laufen. Sie errichten dort neue Stahlanlagen, eine DRI-Anlage für die Produktion von grünem Stahl und sie bauen eine Gieß-Walzanlage im laufenden Betrieb um. Das hat noch keiner auf der Welt gemacht", sagte der ehemalige SPD-Chef. "Geht das schief, steht die deutsche Autoindustrie still."

Als Gründe für seinen Rücktritt nannte Gabriel ein gestörtes Vertrauensverhältnis zum Vorstandschef von Thyssenkrupp, Miguel López. "Herr López hat in den vergangenen Wochen permanent direkt in die Stahlsparte eingegriffen, an uns vorbei, ohne uns zu informieren und den dortigen CEO von seiner Arbeit abgehalten", so Gabriel.

Daß López noch Unterstützer hat, ärgere ihn nicht. "Ich bin nicht wütend. Aber die haben es einfach nicht verstanden." Streit hatte es vor allem über die notwendige Finanzausstattung für die Stahltochter gegeben, damit diese eigenständig operieren könne. "Wenn sie die Tochter an die Börse bringen wollen, dann muß sie so ausgestattet sein von ihrer Eigentümerin, daß sie das kann. Was aber Herr López im Kopf hat, ist, er möchte nicht mehr Eigentümer sein, sondern sich gegenüber der Stahl AG verhalten wie eine Bank. Das heißt, er will ihr Darlehen geben - und das nicht mal ausreichend."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. August 2024 (x1.393/…): >>**O2 will Erlaubnis für Bau von Mobilfunkmasten in Naturschutzgebieten**

Der Vorstandschef von O2-Telefonica-Deutschland, Markus Haas, hält es für notwendig, Mobilfunkmasten auch in Naturschutzgebieten aufzustellen. Dies müsse erlaubt werden, falls die Netzbetreiber künftig wirklich neue Auflagen für den Ausbau der 5G-Netz erhalten, sagte er der "Rheinischen Post" (Samstagausgabe).

"Wenn wir zum Beispiel 99,5 Prozent der Fläche mit 5G abdecken wollen, aber vier Prozent der Landfläche Deutschlands Naturschutzgebiete sind, gibt es nur eine Schlussfolgerung: Es muß uns gesetzlich erlaubt werden, zügig Funkanlagen in Naturschutzgebieten aufzustellen, ähnlich wie es bei Windrädern längst der Fall ist", so Haas.

Der Vorstandschef sagte weiter, im Gegensatz zum Wettbewerber Vodafone Deutschland sei bei Telefonica kein Jobabbau beabsichtigt. "Wir planen kein Stellenabbauprogramm. Gleichzeitig fördern wir die interne Mobilität bei unseren rund 7.500 Beschäftigten", erklärte Haase. Zehn Jahre nach Übernahme des Düsseldorfer Wettbewerbers E-Plus bleibt Haase zufolge dessen frühere Zentrale am Airport Düsseldorf ein bedeutender Standort.

"Düsseldorf bleibt mit aktuell rund 1.300 Beschäftigten nach München zweitwichtigster Standort von O2 Telefonica", sagte der Vorstandschef. "Stellen werden bei uns längst unabhängig vom Standort ausgeschrieben, die Beschäftigten entscheiden individuell, wo sie ins Büro gehen." Auf die Frage, ob Telefonica der Aufstieg der AfD angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg beunruhige, sagte er: "Wir haben Beschäftigte aus 77 Ländern und sind Teil eines internationalen Unternehmens mit der Zentrale in Madrid." Man trete gegen jede Form von Extremismus ein, so Haas. "Die Demokratie muß verteidigt werden, ihr Bestand ist nicht gottgegeben."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. August 2024 (x1.393/…): >>**Telegram arbeitet mit deutschen Sicherheitsbehörden zusammen**

Der Messengerdienst Telegram arbeitet mit deutschen Sicherheitsbehörden zusammen. "Das BKA hat seit Oktober 2023 mehr als 400 Entfernungsanordnungen an Telegram übermittelt", teilte das Bundeskriminalamt der "Welt" (Samstagausgaben) mit. "Die Anordnungen wurden von Telegram durchgängig zeitnah umgesetzt." Insbesondere terroristische Inhalte auf seiner Plattform lösche Telegram zeitnah, so das Amt.
"Es kann mitgeteilt werden, daß Telegram auf behördliche Entfernungsanordnungen gemäß TCO-Vo reagiert." Das deutsche Bundeskriminalamt hatte bereits im vergangenen Jahr auf eine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag geantwortet, daß Telegram etwa 80 Prozent aller Löschanfragen des Amtes nachkommt. Die Zeitung fragte nun beim Bundeskriminalamt aktualisierte Zahlen an. Die Bundesnetzagentur gab ebenfalls zur Auskunft, daß Telegram auf Behördenanfragen reagiert, sieht aber dennoch ein Problem: Zwar habe Telegram fristgerecht, also innerhalb einer Stunde, die Löschvorgaben des BKA umgesetzt. Doch sei Telegram dennoch "aufgefallen", so das Amt. "Hierbei ist insbesondere fehlende Content Moderation problematisch".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. August 2024 (x1.393/…): >>**Wirtschaftliche Stagnation belastetet Arbeitsmarkt**

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im August 2024 um 176.000 Personen gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Gegenüber dem Vormonat nahm sie um 0,1 Prozent auf 2.872 Millionen Arbeitssuchende zu, teilte die Bundesagentur für Arbeit am Freitag mit. Saisonbereinigt hat die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat um 2.000 zugenommen. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,1 Prozentpunkte auf 6,1 Prozent.
Gegenüber dem Vorjahresmonat hat sich die Quote um 0,3 Prozentpunkte erhöht. "Der Arbeitsmarkt bekommt weiter die Folgen der wirtschaftlichen Stagnation zu spüren", sagte die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), Andrea Nahles, am Freitag. "Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben in der Sommerpause weiter zugenommen." Die Unterbeschäftigung, die neben der Arbeitslosigkeit auch Arbeitsmarktpolitik und kurzfristige Arbeitsunfähigkeit umfaßt, ist saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 8.000 gestiegen. Sie lag im August 2024 bei 3.617.000, 136.000 mehr als vor einem Jahr.
Nach aktuellen Daten wurde vom 1. bis einschließlich 26. August für 40.000 Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt. Aktuelle Daten zur tatsächlichen Inanspruchnahme stehen bis Juni 2024 zur Verfügung. So wurde nach vorläufigen hochgerechneten Daten der BA in diesem Monat für 232.000 Beschäftigte konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt, nach 215.000 im Mai und 223.000 im April. 925.000 Personen erhielten im August 2024 Arbeitslosengeld, 109.000 mehr als vor einem Jahr.
Die Zahl der erwerbsfähigen Bürgergeldberechtigten lag im August bei 4.017.000. Gegenüber August 2023 war dies ein Anstieg um 72.000 Personen. 7,3 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter waren damit hilfebedürftig. Von Oktober 2023 bis August 2024 meldeten sich bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern 418.000 Bewerber für eine Ausbildungsstelle. Das waren 10.000 mehr als im Vorjahreszeitraum.
Von ihnen hatten im August noch 82.000 weder einen Ausbildungsplatz noch eine Alternative gefunden. Gleichzeitig waren 502.000 Ausbildungsstellen gemeldet, 25.000 weniger als vor einem Jahr. 158.000 waren von diesen noch unbesetzt. Bis zum Ende des Berichtsjahres am 30.09.2024 ist der Ausbildungsmarkt noch in Bewegung. Vor allem die Zahlen der unbesetzten Ausbildungsstellen und der Bewerber ohne Ausbildungsplatz oder Alternative werden sich noch verringern.<<

Schweden: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Plötzlich sinken die Flüchtlingszahlen**

Schweden: Die Rechtsregierung setzt den rigorosen Wandel in der bis dato großzügigen Migrationspolitik erfolgreich um

Curd-Torsten Weick

Bereits Ende Juni 2023 verkündete Schwedens konservativer Ministerpräsident Ulf Kristersson, daß der Migrationsdruck auf mehrere EU-Länder zunehme, während die Migration nach Schweden aufgrund politischer Maßnahmen abnehme. Er fügte hinzu, daß die Flüchtlingsquoten infolge der Reformen in der Migrationspolitik um 80 Prozent gesunken seien. Damit nähere sich Schweden dem EU-Minimum bei der Aufnahme von Flüchtlingen an. "Wir haben die EU ein bißchen sicherer, ein bißchen grüner und ein bißchen freier gemacht", betonte der Vorsitzende der Moderaten Sammlungspartei (M) kurz vor Ende der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft.

Nach Übernahme der Regierungsverantwortung im Oktober 2022 durch den rechten Tidö-Block, geformt von den Moderaten, den Christdemokraten und den Liberalen, der von den rechten Schwedendemokraten im Reichstag toleriert wird, ist dieser in der Pflicht, seinen versprochenen "Paradigmenwechsel auf dem Gebiet der Migration" umzusetzen. Dessen Hauptziele sind: "Die Kontrollen an den Außengrenzen werden verstärkt, die Unterstützung für schutzbedürftige Mitgliedstaaten wird aufgestockt, und der Rückführung wird Vorrang eingeräumt."

Seit 2011 seien 1,2 Millionen ausländische Bürger nach Schweden eingewandert, und im gleichen Zeitraum hätten mehr als 700.000 die schwedische Staatsbürgerschaft angenommen. Viele von ihnen trügen dazu bei, Schweden stärker, reicher und besser zu machen, aber das Ausmaß der Einwanderung habe die Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. "Integrationsprobleme prägen inzwischen die meisten Politikbereiche. Aus diesem Grund ändert die Regierung ihre Politik", erklärt die Regierung im Oktober 2023 ihre Zielsetzung.

Um den Trend umzukehren und die Voraussetzungen für Integration zu schaffen, seien bereits Maßnahmen umgesetzt worden oder geplant, um die asylbedingte Migration auf ein langfristig tragfähiges Niveau reduzieren zu können. Während sie auf die Bearbeitung ihres Asylantrags warten, müssen Migranten für ihren Lebensunterhalt sorgen. "Das können Sie entweder mit Ihrem Ersparten oder durch Arbeit tun. Um als Asylbewerber arbeiten zu dürfen, müssen Sie im Besitz einer Bescheinigung (AT-UND) sein, die besagt, daß Sie von der Arbeitserlaubnispflicht befreit sind.

Es ist wichtig, daß Sie Ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Wenn Sie kein eigenes Geld verdienen und nicht über andere Mittel verfügen, können Sie bei der Migrationsbehörde eine finanzielle Unterstützung beantragen. Die finanzielle Unterstützung setzt sich aus mehreren Teilen zusammen: Tagegeld, Unterkunftsentschädigung und Sonderbeihilfe", so die Migrantenberatung an potentielle Zuwanderer.

Strengere Regelungen beim Familiennachzug

Diejenigen, die eine Abschiebeanordnung erhalten, müßten Schweden verlassen, so die Tidö-Regeln. Entsprechend seien strengere Bedingungen für den Familiennachzug und begrenzte Möglichkeiten für Aufenthaltsgenehmigungen aus humanitären Gründen, weniger Quotenflüchtlinge und wirksamere Instrumente für die Behörden bei der internen Einwanderungskontrolle auf den Weg gebracht.

"Die derzeitigen Regeln für die Einwanderung von Familienangehörigen sind großzügiger, als es das EU-Recht und andere internationale Verpflichtungen vorschreiben", betonte die Ministerin für Migration Maria Malmer Stenergard (M). Zudem sei die Zahl der Widerrufe von Aufenthaltsgenehmigungen erhöht und mit der Einrichtung von Aufnahme- und Rückkehrzentren, die das derzeitige System der Privatunterkünfte abschaffen soll, begonnen worden.

Rückführungszentren werden von der schwedischen Migrationsbehörde betrieben und sind spezielle Unterkünfte für Menschen, die eine vollstreckbare Entscheidung über ihre Abschiebung oder Überstellung in ein anderes Land erhalten haben. Die Menschen, die in den Rückkehrzentren der schwedischen Migrationsbehörde untergebracht sind, erhalten von der Behör-

de Unterstützung bei der Planung ihrer Rückkehr und der Wiedereingliederung in ihr Heimatland. Dies kann Hilfe bei der Buchung von Reisen, bei der Beschaffung von Reisedokumenten oder bei der Kontaktaufnahme mit der Botschaft des Heimatlandes umfassen.
"Aufnahme- und Rückführungszentren sollen zunächst nicht in oder in der Nähe von Gebieten liegen, die von der Polizeibehörde als gefährdete Gebiete eingestuft wurden. Bei der Planung von Aufnahmezentren muß die schwedische Migrationsbehörde auch die langfristigen regionalen Arbeitsmarktbedingungen für diejenigen berücksichtigen, die später eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten", so Migrationsministerin Stenergard.
Am 24. Mai dieses Jahres besuchten Kristersson und Stenergard das erste Rückkehrzentrum der schwedischen Migrationsbehörde in Arlöv in der Nähe von Malmö, um die laufende und künftige Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde, der schwedischen Migrationsbehörde und der Regierung in Fragen der Rückkehr zu besprechen.
Bei diesem Besuch mußte Kristersson gegenüber der schwedischen Nachrichtenagentur TT erklären, warum er die schwedischen Botschaften in einem Schreiben aufgefordert hatte, genaue Informationen über Schweden zu verbreiten, um zu verhindern, daß Menschen, die keinen Asylgrund haben, nach Schweden reisen. "Wir ändern die schwedische Migrationspolitik jetzt grundlegend, deshalb ist es wichtig, daß die Länder, aus denen viele Menschen nach Schweden kommen, wissen, was gilt", erklärte er gegenüber TT.
Auf die Frage, daß Menschen, die Schweden abschieben wolle, von ihren Heimatländern nicht akzeptiert würden, antwortete Kristersson: "Wir arbeiten mit starkem Druck - in Fragen der Hilfe, der Diplomatie, der Visa -, um deutlich zu machen, daß man immer Verantwortung für seine eigenen Bürger hat."

Nordische Staaten wollen bei Migration enger kooperieren

Am 8. August trat dann Schwedens Migrationsministerin Stenergard vor die Mikrofone und teilte sichtlich stolz mit, daß die Zahl der Asylbewerber in Schweden in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 27 Prozent zurückgegangen sei und sich auf einem historisch niedrigen Niveau befinde - zum ersten Mal seit 50 Jahren habe Schweden eine Nettoauswanderung zu verzeichnen.
In der ersten Hälfte des Jahres 2024 seien insgesamt 5.600 Asylanträge registriert worden, und im vergangenen Jahr sei selbst die Auswanderung von Menschen, die in Ländern wie dem Irak, Somalia und Syrien geboren wurden, gestiegen. Parallel dazu appellierte Maria Malmer Stenergard an Zuwanderer: "Wenn Sie in Schweden bleiben wollen, sollten Sie die Sprache lernen, sich selbst versorgen und die schwedischen Werte respektieren."
In der Folge kam Stenergard am 16. August 2024 mit ihren Ministerkollegen aus Finnland, Norwegen, Dänemark und Island zu einem Treffen in Norwegen zusammen. Dabei wurden vor allem Maßnahmen zur Bekämpfung des Mißbrauchs des Visasystems diskutiert.
Vor allem die Frage, wie der Mißbrauch des gemeinsamen Visasystems zum Schutz unserer Außengrenzen und der Integrität des Asylsystems verhindert werden könne, stand im Mittelpunkt. "Viele Asylanträge werden von Personen mit einem Schengen-Visum oder von Personen aus Ländern gestellt, die von der Visumspflicht befreit sind. Um dies in Zukunft zu verhindern, ist eine gemeinsame Anstrengung unabdingbar. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, jeglichen Mißbrauch des Visainstituts zu verhindern", erklärten die Minister.<<

Polen: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Lauter Wölfe statt Schlafwandler**

Deutscher Angriff auf Polen und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs der europäischen Mächte: Der 1. September 1939 war Fixpunkt einer langen, nicht allein von Hitler geprägten aggressiven Außenpolitik

Lothar Karschny

Der 1. September 1939 liegt etwa in der Mitte zwischen zwei ähnlich bedeutsamen histori-

schen Ereignissen: der britischen "Garantieerklärung" für Polen vom 31. März 1939 und dem Beginn der Kampfhandlungen in Westeuropa am 10. Mai 1940.
Das halbe Jahr vor dem 1. September war bestimmt von einem diplomatischen "Vorkrieg", der aus Sicht des deutschen Diktators nach Monaten der Drangsalierungen gegen die deutsche Minderheit in Polen, nach Massenflucht von 70.000 Personen und zahlreichen Grenzverletzungen bereits schleichend in einen Krieg ohne Kriegserklärung übergegangen war, in dem schließlich nur noch "zurückgeschossen" werden mußte.
Die wenigen Wochen der Kampfhandlungen in Polen, die ohne formelle Kriegserklärung begannen, waren gefolgt von dem genauen Gegenteil: einem formell erklärten Kriegszustand, der ohne wesentliche Kriegshandlungen im Westen über mehrere Monate anhielt. Dem Blitzkrieg folgte der Sitzkrieg oder "Drole de guerre", der bis zum 10. Mai 1940, dem Kriegsbeginn im Westen und dem Regierungsantritt Winston Churchills, ohne größere Kampfhandlungen stattfand. Die Entfesselung des Weltkrieges geschah somit nicht mit einem Schlag, wie die Fixierung auf ein Datum nahelegt, sondern in Etappen.
Der Frage, wann der lokal begrenzte Krieg in Polen zu einem Weltkrieg wurde, widmet sich der Historiker Stefan Scheil in seinem Buch "Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges" (Berlin 2001/2009). Das Besondere an Scheils Ansatz ist dabei nicht nur die Auflösung des Kriegsbeginns in einem ausgedehnten Prozeß, sondern auch die Abkehr von der Fixierung auf nur eine mit diesem Datum assoziierte Kriegspartei.
Nur durch die Hinzunahme einer fünften Macht - nämlich Polens - neben den vier europäischen Großmächten - England, Frankreich, Deutschland und Italien - ist nach Scheil das komplexe Knäuel der Ursachen eines Krieges zu entwirren, der erst mit dem Eintritt der Sowjetunion und der USA 1941 zu einem Weltkrieg ausgeweitet wurde.

Dem deutschen Einmarsch in Prag folgte Londons "Garantieerklärung"

Der 1918 neu gegründete polnische Staat war aus Sicht der Sieger von Versailles als Widerlager gegen Deutschland gedacht. Wie die Tschechoslowakei und Jugoslawien war auch Polen ein multiethnisches Konstrukt, eine knappe polnische Bevölkerungsmehrheit konzentrierte sich auf weniger als der Hälfte des Territoriums. Die Überdehnung des Staatsgebietes über das Volksgebiet hinaus war das Ergebnis einer teils gewaltsamen Expansion, die Unterdrückung aller anderen Nationalitäten war die Folge.
Als Träger dieser aggressiven Politik etablierte sich eine Kaste von Offizieren, die auch für die Zukunft auf weitere Eroberungen setzte. "Die Tatsache, daß das wahre Ziel der herrschenden polnischen Klasse keineswegs nationalistisch, sondern imperialistisch war, daß es die Herrschaft über große Bevölkerungsgruppen fremder Abstammung einschloß, ist in Westeuropa niemals genügend verstanden worden", konstatiert der britische Osteuropaexperte Hugh Seton-Watson.
Die polnischen Expansionsgelüste erstreckten sich vom Baltikum über Rußland bis zum Schwarzen Meer, und im Westen wurden Pommern, Schlesien und sogar Böhmen als "wiederzugewinnende Gebiete" reklamiert. Hinter ihnen stand ein Staat von besonderer Aggressivität. Die Militärs in Warschau betrachteten die Zeit von 1918 bis 1939 nur als Pause vor dem nächsten Waffengang, eine Pause, die Scheil als "Polens Zwischenkrieg" bezeichnet.
Polens Kriegskalkül zielte darauf, Polen als neue Großmacht in Europa zu etablieren. Das ging nur durch einen vernichtenden Schlag gegen Deutschland, das mindestens bis zur Oder-Neiße-Linie verkleinert werden sollte. "Polens Griff nach der Großmacht" schien aussichtsreich, zählte man in Warschau auf natürliche Bündnispartner im Westen. Imperialistischer Größenwahn, rücksichtslose Expansion über die völkischen Grenzen hinweg, aggressive Kriegspolitik und eine irrationale autoritäre Führung, - hier war interessanterweise alles versammelt, was man auch dem Diktator in Deutschland zuschreiben konnte.

Den Unterschied machte, daß Polen im Westen weder ernst noch als Bedrohung wahrgenommen wurde. Das allerdings war in Deutschland ganz anders. Alle Kanzler der Weimarer Zeit waren in ständiger Sorge vor einem polnischen Angriff, weil Polens Regierung "alle halbe Jahre in Paris vorstellig wurde, um für einen Angriff auf Deutschland zu werben". Reichswehrminister Groener hielt 1928 eine Verteidigung Schlesiens für unmöglich, und für Reichskanzler Brüning war selbst Berlin nicht sicher.

Die polnische Bedrohung schwebte wie ein Damoklesschwert über der Weimarer Republik, erst Hitlers Nichtangriffspakt mit Polen konnte die Situation ab 1934 leidlich entschärfen. Die Entscheidung über Krieg und Frieden lag letztlich in London. Die britische Politik war jedoch unentschieden und zweideutig. Zwei Lager standen sich gegenüber.

Churchill war durch das pressemächtige "Focus-Netzwerk" zur Leitfigur einer offensiven Politik gegenüber Deutschland aufgebaut worden. In Teilen der britischen Öffentlichkeit galt er als Kriegstreiber. "Deutschland müsse vernichtet werden, das gehörte zu den Überzeugungen, mit denen Churchill 1934 schon den emigrierten Reichskanzler Brüning begrüßte" oder "Deutschland muß wieder besiegt werden und dieses Mal endgültig" sind Churchills Aussagen in dieser Zeit.

Erst die verdeckte Finanzierung aus dem "Focus" habe dieser politischen Richtung beachtliches Gewicht verliehen, bemerkt Scheil. Der Premier Neville Chamberlain dagegen war auf Ausgleich bedacht, er geriet jedoch als "Appeaser" immer mehr in die Defensive. Churchills Einfluß reichte bis weit in die komplexen Strukturen der britischen Außenpolitik und machte Chamberlain konkrete Verhandlungen mit der deutschen Seite unmöglich. Eine Folge des innenpolitischen Machtkampfes war schließlich die Durchsetzung einer "Garantieerklärung" für Polen am 31. März 1939, die als "bedingte Kriegserklärung" aufgefaßt werden konnte.

Nach der Besetzung Prags im März 1939 fand die polnische Führung in London endlich offene Ohren für ihre Kriegspläne, da dort die deutsche Besetzung der Rest-Tschechei als Affront gegen das Entgegenkommen beim Münchner Abkommen nur ein halbes Jahr zuvor gewertet wurde. Die Mobilmachung von 730.000 Reservisten unterstrich die polnische Kriegsdrohung. Die britische "Garantieerklärung" am 31. März 1939 verstärkte dieses Signal. Sie markierte einen Wendepunkt, denn Hitlers Bemühungen um eine Verständigung erfuhren damit eine endgültige Absage. Erst jetzt gab er den Befehl für den "Fall Weiß", die Ausarbeitung einer Offensive gegen Polen.

Die Garantieerklärung war das Ergebnis einer Täuschung. Polens Außenminister Józef Beck hatte in London wahrheitswidrig versichert, daß Deutschland bisher keinerlei Angebote vorgelegt habe. Das Gegenteil war der Fall: Polen war nicht bereit, mit Deutschland "in irgendwelche Verhandlungen" einzutreten. Noch am Vorabend des 1. September 1939 bekräftigte der polnische Botschafter Józef Lipski diese Ablehnung, da "polnische Truppen bald in Berlin stehen würden". Das Verwirrspiel um den deutschen 16-Punkte-Plan, den er entweder akustisch nicht verstanden oder gar nicht erhalten haben wollte, markierte den Höhepunkt konspirativer Intrigen (Seite 19).

Daß die britische Garantie einen "Blankoscheck" für Polen darstellte, jederzeit England in einen Krieg ziehen zu können, wie Josef Davies, vormals US-Botschafter in Moskau, meinte, ist zweifelhaft. Man kann eher vom Gegenteil ausgehen. "In der englischen Armeeführung und Diplomatie kursierten Überlegungen, ob nicht eine gezielte (polnische) Provokation im April 1939 das Beste wäre, um einen Krieg auszulösen."

Die Idee wurde schließlich verworfen, weil "die Zeit ohnehin gegen Deutschland arbeitete". Der unbedingte Kriegswille Polens reichte England als Garantie dafür aus, jederzeit Polen als "Festlanddegen" nutzen zu können. Die Garantieerklärung, die als großzügige Geste zur Verteidigung der Freiheit öffentlich wahrgenommen wurde, erwies sich als ein machtpolitischer Schachzug, der eher einen Blankoscheck für England darstellte.

Beide Westmächte planten keinerlei Offensiven zugunsten Polens

Was das für Polen bedeuten sollte, wurde bei den britisch-französischen Militärberatungen im April 1939 deutlich. Beide Westmächte planten "im Kriegsfall keinerlei offensives Eingreifen zugunsten Polens", sondern legten sich auf eine Defensive à la Sitzkrieg und ein langfristiges Abnutzungs-Szenario fest, wie es später auch realisiert wurde. Polen durfte den Kriegsgrund liefern. Es hatte danach ausgedient, erst zur Verkleinerung Deutschlands trat es 1945 wieder auf den Plan.

Trotz der englischen "Garantie", der Aufrüstung der Westmächte und der offensiven Politik Polens sah Hitler den Angriff auf Polen als eine Flucht nach vorn vor einer unmittelbaren Gefahr eines Zweifrontenkrieges. Nach Scheils Auffassung ist diese Entscheidung einer "Logik der Mächte" geschuldet, die den neuen globalen Herausforderungen nicht mehr gewachsen waren. Eine dieser Herausforderungen war das Erstarken Deutschlands, das die anderen Akteure nicht hinzunehmen bereit waren.

Am 10. Mai 1940, mehr als acht Monate nach dem 1. September, begann die Krieg im Westen. "Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands", hatte Churchill vor dem Unterhaus verkündet. Bis der "Englische Krieg" zum tatsächlichen Weltkrieg wurde, dauerte es noch ein weiteres Jahr. Bis Mitte 1941 hätte er noch gestoppt werden können. 1945 räumte Churchill ein: "Wir hätten, wenn wir gewollt hätten, ohne einen Schuß zu tun, verhindern können, daß der Krieg ausbrach, - aber wir wollten nicht."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30296" berichtet am 30. August 2024 (x1.389/…): >>**Ende der Staatswillkür: Strafantrag gegen oberste deutsche Politiker**

Von *Dr. jur. Christian Wirth*

Das unabhängige Internet-Nachrichten-Portal multipolar hatte Anfang 2024 auf dem Gerichtsweg durchgesetzt, daß das Robert-Koch-Institut seine Corona-Protokolle freigeben mußte. Diese offengelegten RKI-Protokolle, auch RKI-Files genannt, belegen klar, was internationale Fachstimmen bereits während der Corona-Maßnahmen aussagten. Für die verordneten Corona-Maßnahmen, also Maskenpflicht, Abstandsgebot, Versammlungs- und Schulverbot, Ausgangssperren, Testpflicht bis hin zu Impfempfehlungen und Impfzwängen gab es keine Evidenz, sprich keine medizinische Grundlage. Somit waren diese massiven Einschränkungen laut namhaften Aufklärern politisch angeordnete Willkürmaßnahmen, Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen, gedeckt und befeuert durch die Leitmedien. Dies schreit geradezu nach einer Aufarbeitung.

Dr. jur. Christian Wirth ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher für Staats- und Verfassungsrecht, Mitglied im Ausschuß für Inneres und Heimat, sowie stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuß. Er macht gemeinsam mit weiteren Mitklägern mittels eines Strafantrags gegen oberste deutsche Politiker Nägel mit Köpfen. Lesen Sie selbst:

…

Die Protokolle des Corona-Expertenrats des Robert-Koch-Instituts sind inzwischen ungeschwärzt veröffentlicht worden.

Soweit mal ein Auszug aus dem Strafantrag von Christian Wirth, der gesamte Inhalt kann im Sendungstext nachgelesen werden.

Mit diesem Antrag setzt Deutschland ein klares Zeichen für die Welt, daß die Bevölkerung mit der allgegenwärtigen Schikane und Lüge durch die Politik abrechnen kann und muß. Dies sei man laut Rechtsexperten, wie z.B. Rechtsanwalt Ralf Ludwig, und Medizinern, wie z.B. Prof. Bhakdi, den Opfern und auch der gesamten Bevölkerung gegenüber schuldig. Nur so könne weiterer Staatswillkür der Riegel vorgeschoben werden.

Vollständiger Inhalt des Strafantrags von Dr. Christian Wirth:

Strafanzeige und Strafantrag

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit erstatten wir
Andreas Bleck, MdB,
Nicole Höchst, MdB
Sebastian Münzenmaier, MdB
Bernd Schattner, MdB
Dr. Christian Wirth, MdB,
Verfahrensbevollmächtigter:
Rechtsanwalt Dr. Christian Wirth, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
gegen
Frau Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel, ladungsfähige Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Herrn Jens Spahn, Mitglied des Bundestages, ladungsfähige Anschrift: wie oben,
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz, ladungsfähige Anschrift: Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin,
die weiteren Mitglieder der 23. Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundeskabinett in der 19. Legislaturperiode vom 14.03.2018 bis 08.12.2021),
Herrn Bundesminister für Gesundheit Karl Lauterbach, ladungsfähige Anschrift: Bundesministerium für Gesundheit, Mauerstraße 29, 10117 Berlin,
die weiteren Mitglieder der 24. Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland,
sowie
Herrn Prof. Dr. Lothar Heinz Wieler, ladungsfähige Anschrift: Hasso-Plattner-Institut, Rudolf-Breitscheid-Straße 187, 14482 Potsdam, als ehemaliger Präsident des Robert-Koch-Instituts,
Herrn Ingo Behnel, ladungsfähige Anschrift: Bundesministerium für Gesundheit, Mauerstraße 29, 10117 Berlin,
sowie gegen Unbekannt,
Strafanzeige
wegen des Verdachts auf millionenfachen besonders schweren Fall von Nötigung gemäß § 240 Abs. I, IV Nr. 2 StGB, Freiheitsberaubung gemäß § 239 StGB, Betrug gemäß § 263 StGB, Untreue gemäß § 266 StGB und Körperverletzung gemäß § 223 StGB sowie Körperverletzung mit Todesfolge gemäß § 227 StGB
und stelle zugleich
Strafantrag
wegen aller in Betracht kommenden Delikte.
Dem liegt der folgende Sachverhalt zugrunde:
Die Tatverdächtigen haben in ihrer Eigenschaft als Amtsträger wider besseren Wissens und vorsätzlich während der Covid-19-Pandemie verschiedenste grundrechtseinschränkende Maßnahmen beschlossen oder beschließen lassen, die sich gegen das öffentliche Leben, die Freiheit des Einzelnen, Kinderrechte, die Wirtschaft, den Datenschutz, die Bewegungsfreiheit, die Religionsfreiheit, die Demonstrationsfreiheit, Gewerbefreiheit, das Recht auf Gleichbehandlung, den Schulbesuch und vieles mehr.
Es kam während der Pandemie zu Ausgangs-, Aufenthalts-, Kontakt- und Einreisebeschränkungen, zur Maskenpflicht, Quarantäne nach Einreise, Ungleichbehandlung bei Umstellung auf Distanzunterricht in den Schulen, zu Altersdiskriminierung, zu Diskriminierung von Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung, zu Ungleichbehandlung Geimpfter bzw. Genesener und Nicht-Geimpfter, zu Beherbergungsverboten und Gaststättenschließungen, zu Nutzungsverboten von Zweitwohnungen, Gottesdienstverboten, Demonstrationsverboten, Versammlungsverboten, Testpflicht, Impfpflicht, Isolation, Quarantäne und vieles mehr.

Durch die Zwangsimpfungen soll es zu vermeidbaren Todesfällen gekommen sein.
Die Protokolle des Corona-Expertenrats des Robert-Koch-Instituts sind inzwischen ungeschwärzt veröffentlicht worden.
Daraus sind u.a folgende Vermerke für die Beurteilung der Strafbarkeit der Tatverdächtigen relevant:
"Textentwurf Christian Drosten: Empfehlung für den Herbst, Darstellung der Ideen und Einschätzung. Kontext: Der Artikel ist vertraulich. Hr. Drosten hat zwischenzeitlich entschieden, das Papier nicht zu publizieren, da ungezielte Testung im Text als nicht sinnvoll betrachtet wird und dies dem Regierungshandeln widerspricht." (RKI-Protokolle, 29. Juli 2020)
"Impfung von Kindern: Auch wenn (von) STIKO die Impfung von Kindern nicht empfohlen wird, BM Spahn plant trotzdem ein Impfprogramm." (RKI-Protokolle, 19. Mai 2021)
"In den Medien wird von einer Pandemie der Ungeimpften gesprochen. Aus fachlicher Sicht nicht korrekt. Gesamtbevölkerung trägt bei. Soll das in Kommunikation aufgegriffen werden?" (RKI-Protokolle, 5. November 2021)
"Aus Altenheimausbrüchen (Exposition für alle gleich) weiß man, daß die Wirkung der Impfung eher überschätzt wird. Schwieriges Thema, sollte nicht im Impfbericht formuliert werden." (RKI-Protokolle, 26. Oktober 2022)
"Es gibt keine Evidenz für die Nutzung von FFP2-Masken außerhalb des Arbeitsschutzes, dies könnte auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden." (RKI-Protokolle, 30. Oktober 2022)
sowie
"BMAS und BMVg verweisen auf die Studie 'Impact of Delta on viral burden and vaccine effectiveness against new SARS-CoV-2 infections in the UK' der Universität Oxford, wonach sowohl symptomatische Infektionen als auch die Viruslast bei Geimpften genauso hoch sei wie bei Ungeimpften." (Sitzung des Corona-Krisenstabs am 24. August 2021)
Allein die vorgenannten Auszüge aus den RKI Protokollen zeigen, daß wider besseren Wissens und vorsätzlich erneut Mitte September 2021 die sog. 3G Regel eingeführt wurde.
Gegen den Tatverdächtigen Ingo Behnel, Zentralabteilungsleiter im BMG, soll nach Medienberichten bereits gesondert ermittelt werden. Herr Behnel soll am 31. März 2020 einen Rahmenvertrag mit der Fiege International Beteiligungs GmbH (FIB GmbH) über den Ankauf von 110 Millionen FFP-2-Schutzmasken und 500 Millionen einfachen OP-Masken zu völlig überteuerten Einkaufspreisen abgeschlossen haben, ohne auf die Qualität und Geeignetheit der Masken sonderlich Wert zu legen.
Ich bitte Sie daher, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und mich über das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens zu informieren.
Dr. Christian Wirth, MdB, Rechtsanwalt<<
Großbritannien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/24" berichtet am 30. August 2024 (x1.397/…): >>**Drogendealer raus aus dem Knast, weißer Mob rein**
Großbritannien: Labour räumt Gefängnisse, um rechte Randalierer im Schnellverfahren zu inhaftieren
Julian Schneider
Die Aufregung über die Proteste und Krawalle nach den Southport-Morden hat sich schnell wieder gelegt. Nur zwei, drei Wochen nach dem kurzen heftigen Aufflammen der Unruhen in verschiedenen Städten ist das Land zur Tagesordnung übergegangen. König Charles hat Familien und Hinterbliebene der drei Mädchen besucht, die dem Messerangriff von Axel Muganwa Rudakubana, eines 17jährigen aus Bristol mit ruandischem Migrationshintergrund, zum Opfer fielen.
Die Labour-Regierung von Keir Starmer hat die Unruhe nach den Morden mit einem harten Vorgehen von Polizei und Justiz konsequent erstickt. Mehr als tausend Personen wurden seit

Anfang August festgenommen. Etwa fünfhundert hat die Staatsanwaltschaft, der Crown Prosecution Service, seitdem angeklagt. Gut zweihundert sind in Schnellverfahren schon verurteilt worden, 177 erhielten Haftstrafen.
Die meisten sind wegen der Teilnahme an "öffentlichem Aufruhr" verurteilt worden. Ihre Namen und Gesichter stellt die Polizei wie üblich öffentlich aus. Etwa Steven Mailen, ein 53jähriger, der an den Unruhen in Hartlepool teilgenommen hatte. Wie die Polizei Cleveland auf X schrieb, war Mailen "andauernd vor den Polizeibeamten und hat gestikuliert und sie angeschrien". Dafür muß er nun 26 Monate ins Gefängnis.
Der 18jährige James Martin geht mehr als zwei Jahre ins Gefängnis, weil er bei einem Protest vor dem Islamischen Zentrum der Stadt Scarborough maskiert eine England-Fahne mit Georgskreuz schwenkte. In seinem Rucksack fand die Polizei einen Grillanzünder.
Viele der Verurteilten waren tatsächlich klar gewalttätig, haben Steine auf Polizisten oder Asylantenhotels geworfen. Andere wandern wegen bloßer Äußerungen in Sozialen Medien in den Knast.
Weil die Gefängnisse in England mit 86.000 Insassen schon jetzt überbelegt sind, wird die neue Labour-Regierung einige tausend Häftlinge vorzeitig entlassen. Nach Absitzen von 40 Prozent der Strafe dürfen sie die Gefängnisse verlassen, wie Justizministerin Shabana Mahmood schon im Juli ankündigte. Davon werden Drogendealer, Diebe, Einbrecher und kleinere Gewaltkriminelle profitieren. Nun sagen böse Zungen, Labour leere die Gefängnisse, um Platz für den weißen Mob freizubekommen.

Labour-Regierung will Soziale Medien mehr kontrollieren

Die Härte des Vorgehens gegen die migrantenfeindlichen Proteste - vor allem im Vergleich zu propalästinensischen Demonstrantionen oder den Krawallen von Black Lives Matter (BLM) vor vier Jahren - hat auch Kritik geweckt. Das Schlagwort von Doppelstandards ("Two-Tier Policing") machte die Runde. Nigel Farage, der Chef der Partei Reform UK, schrieb: "Seit dem weichen Vorgehen der Polizei bei den Black-Lives-Matter-Protesten ist der Eindruck von doppelten Standards weit verbreitet."
Gegenüber GB News ergänzte er: "Es ist das Gefühl der Ungerechtigkeit, und es brennt sehr, sehr stark". Entsprechend warnte er Keir Starmer davor, die öffentliche Wut über die Einwanderung "unter den Teppich zu kehren", da sich abzeichnet, daß die Labour-Partei die EU-Einwanderungsregeln lockern könnte. Tech-Milliardär Elon Musk, der einen Bürgerkrieg in England als "unvermeidlich" bezeichnete, attackierte Premierminister Keir Starmer als "Two-Tier Kier".
Laut einer Umfrage von YouGov sind tatsächlich 36 Prozent der Briten der Ansicht, daß gegen Rechtsaußen-Proteste schärfer vorgegangen wird als gegen andere. 31 Prozent sagen, die Polizei sei bei Protesten mit muslimischem Hintergrund nachsichtiger.
Die freie Journalistin und Oxford-Studentin Abigail Anthony hat in einem vielbeachteten Beitrag in der US-Zeitschrift National Review untersucht, wie unterschiedlich Richter urteilten. Sie zeigte konkret, daß dieselben Richter, die nun "Rechte" außergewöhnlich streng bestraften, zuvor Männer freigesprochen haben und nur milde ermahnten, die wegen harter Kinderpornos vor Gericht standen.
Labour will die Gelegenheit der Krawalle nutzen, um die Kontrolle über Soziale Medien zu verschärfen. Nach dem dreifachen Messermord von Southport kursierten dort Falschinformationen über den Täter. Es hieß, er sei ein muslimischer Immigrant. Die Medienaufsichtsbehörde Ofcom, die auch über Soziale Medien wacht, wird um mehrere hundert neue Beamte verstärkt.<<

31.08.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. August 2024 (x1.399/…): >>**Irre: Abgeschobener Vergewaltiger will zurück**

Von Daniell Pföhringer
1.000 Euro Handgeld, One-Way-Ticket nach Kabul und tschüß? Von wegen! Der eben erst abgeschobene Illerkirchberger Vergewaltiger Mohtajar N. kündigt per Anwalt seine Rückkehr nach Deutschland an. …
Erst am Freitag wurde der Mohatjar N. per Flieger nach Afghanistan abgeschoben - 1.000 Euro Prämie inklusive. Der verurteilte Sexualstraftäter hatte 2019 mit drei weiteren Landsleuten in Illerkirchberg (Baden-Württemberg) ein 14-jähriges Mädchen erst unter Alkohol- und Drogeneinfluß gesetzt und dann über Stunden vergewaltigt. Damals war sein Asylantrag bereits etwa zwei Jahre abgelehnt gewesen.
Vor seinem Abflug hatte der 31-Jährige drei Jahre Strafhaft und drei Monate Abschiebehaft verbüßt. Er gilt als "rückfallgefährdet". Doch der mit Abschiebeprämie verabschiedete Afghane will nicht in seinem Heimatland bleiben. Über seinen Anwalt Christoph Käss ließ der Schwerverbrecher die deutsche Öffentlichkeit nun wissen, daß er bald wieder in die Bundesrepublik zurückkehren könnte. "Er wird wiederkommen", so Käss zur Augsburger Allgemeinen. Der Jurist arbeitet mit dem sogenannten Flüchtlingsrat Ulm/Alb-Donau-Kreis zusammen.
Nachwuchs für den Vergewaltiger
Der Grund: N. habe eine Freundin in Deutschland. Und die erwartet Nachwuchs. "In zwei Monaten bekommt sie ein Kind, das Kind wird deutsch. In Kenntnis dessen haben sie ihn abgeschoben", beklagt sich der Anwalt des Sex-Täters. Und das Einreiseverbot für den verurteilten Vergewaltiger? Käss will nun die "Auseinandersetzungen mit den Behörden" suchen, um für die Rückkehr seines Mandanten zu kämpfen. "Wenn er die Taliban überlebt", schob der Anwalt gegenüber der Augsburger Allgemeinen nach.
Trotz aller Lippenbekenntnisse von Scholz. Faeser, Merz & Co. für eine konsequentere Asyl- und Abschiebepraxis könnte Mohatjar N. uns tatsächlich bald schon wieder behelligen. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Der Asyl-Aktionismus, den die Etablierten momentan an den Tag legen ist in Wirklichkeit nur den anstehenden Wahlen geschuldet. Bald wird davon leider keine Rede mehr sein.
Schonungslos, ehrlich und ohne Scheuklappe
Diesen Wahnsinn mit Methode zeichnen wir in unserer Kult-Ausgabe "Deutschland den Deutschen" dokumentiert - schonungslos, ehrlich und ohne Scheuklappen. Gerade noch verboten, jetzt wieder legal!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. August 2024 (x1.391/…): >>**Schicksalswahlen OST: Deutschland steht am Scheideweg!**
Die Republik schaut auf Sachsen und Thüringen: Rund fünf Millionen Bürger sind in beiden ostdeutschen Bundesländern am Sonntag (1. September) aufgerufen, neue Landtage zu wählen. Die Wahlen sind wie keine andere Landtagswahl zuvor von herausragender bundespolitischer Bedeutung.
Das in Dresden und Erfurt bevorstehende Polit-Beben dürfte den Zerfallsprozeß der Berliner Chaos-Ampel rasant beschleunigen. Aufgrund der erwarteten AfD-Rekordergebnisse jeweils um die 30 Prozent zeichnet sich in beiden ostdeutschen Ländern eine schwierige Regierungsbildung ab. Ohne die in den Umfragen auf dem dritten Platz liegende Wagenknecht-Partei BSW, die im Kern nichts anderes ist als eine Altpartei, sind herkömmliche Bündnisse nicht mehr möglich.
- Welche Parteien liegen in Thüringen vorn?
Im Freistaat sind 1,66 Millionen Menschen zur Stimmabgabe aufgerufen. Laut Thüringentrend von ARD/Infratest Dimap liegt die AfD mit 30 Prozent klar vorne. Dahinter folgt abgeschlagen die CDU mit 23 Prozent, gefolgt vom BSW mit 17 Prozent und Linke mit 13 Prozent. Die SPD landet bei sieben Prozent. "Grüne" (drei Prozent) und FDP (unter drei Prozent) werden mit hoher Sicherheit nicht wieder in den Landtag einziehen. Auf Basis dieser Erhe-

bung könnte es für eine Koalition aus CDU, BSW und SPD knapp reichen.
Thüringen ist aktuell das einzige Bundesland mit einem kommunistischen Ministerpräsidenten. Bodo Ramelow regierte zuletzt mit einer Minderheitsregierung aus Linken, SPD und "Grünen", die von der CDU toleriert wurde. So viel dürfte sicher sein: Ramelow ist nach diesem Wahlsonntag "weg vom Fenster".
- Wie sieht es in Sachsen aus?
Im Freistaat sind 3,3 Millionen Bürger wahlberechtigt. AfD und CDU lieferten sich in den Umfragen zuletzt ein Kopf an Kopf-Rennen mit 30 bzw. 31 Prozent. Laut jüngsten Erhebungen reicht es für eine Fortsetzung der Koalition von CDU, "Grünen" und SPD entweder nicht oder nur hauchdünn.
Sowohl "Grüne" (sechs Prozent) als auch die SPD (sieben Prozent) müssen zittern. Die Linke wäre mit vier Prozent nicht mehr im Landesparlament vertreten. Sie kann es allerdings dann in den Landtag schaffen, wenn sie zwei Direktmandate gewinnt. Das BSW kommt auf Umfragewerte von 14 Prozent und könnte damit Teil einer neuen Regierung sein.
CDU-Spitzenkandidat und Ministerpräsident Michael Kretschmer hat eine Zusammenarbeit mit der Wagenknecht-Partei nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Denkbar ist, daß im sächsischen Landtag künftig nur drei Parteien vertreten sind: AfD, CDU und BSW.
- Kann die AfD trotzdem mitregieren?
Diese Möglichkeit besteht zumindest indirekt. Denn: Mit mehr als einem Drittel der Mandate hätte die AfD in den Landtagen in Sachsen und Thüringen eine Sperrminorität und könnte wichtige Entscheidungen blockieren. Eine solche Sperrminorität würde der AfD zu erheblicher Macht verhelfen. Als stärkste Kraft in Thüringen hätte sie ohnehin das erste Vorschlagsrecht für das Amt des Landtagspräsidenten. Mit einer Drittel-Mehrheit im Erfurter Landtag könnte die AfD auch die Wahl von Verfassungsrichtern blockieren.
Auch in Sachsen erscheint das nicht ganz ausgeschlossen - dort sahen einige Umfragen die Partei zuletzt wieder vor der CDU.
Ergebnisse von rund 30 Prozent können also zu einer bedeutsamen Stärkung der Rolle der AfD in beiden Bundesländern führen!
FAZIT: Für die Berliner Chaos-Ampel bahnt sich am Sonntagabend ein Debakel von historischen Ausmaßen an. Die Wut von Millionen Wählern war noch nie so groß und systemsprengend wie jetzt. Dies sowohl im Hinblick auf das totale Staats-Versagen in der sich täglich verschärfenden Migrationskrise als auch im Hinblick auf die ideologisch gewollte Zerstörung Deutschlands als Industrienation. Deutschland steht an einem Scheideweg - nicht mehr und nicht weniger!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. August 2024 (x1.392/…):
>>**Corona-Protest**
1.600 Personen werden wegen "Delegitimierung des Staates" beobachtet
Im Jahr 2023 wurden rund 1600 Personen unter der Kategorie "Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" beobachtet. 250 dieser Personen wurden als gewaltorientiert eingestuft.
Von *Redaktion*
Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat seine Überwachungsaktivitäten gegen vermeintliche Bedrohungen ausgeweitet. Wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Bundestagsabgeordneten Jessica Tatti (BSW) hervorgeht, wurden im vergangenen Jahr rund 1.600 Personen unter der umstrittenen Kategorie "Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" beobachtet. 2023 wurden 250 als gewaltorientiert eingestuft, teilt der Verfassungsschutz auf seiner Webseite mit.
Diese "Akteure" würden "demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen verächtlich" machen, heißt es in der Antwort des Innenministeriums. Und weiter: "Diese Form der

Delegitimierung erfolgt oft nicht über eine offene Ablehnung der Demokratie als solche, sondern über eine ständige Verächtlichmachung von und Agitation gegen demokratisch legitimierte Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates."
Diese Zahl markiert einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr. 2022 fielen 1.400 Personen in diese Kategorie. Der Verfassungsschutz hatte diesen neuen Beobachtungsbereich im April 2021 eingeführt - offiziell als Reaktion auf die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Wie viele der Beobachtungsvorgänge im Zusammenhang mit dem Protestgeschehen während der Corona-Pandemie stehen, wollte Faesers Behörde nicht mitteilen.
Und das, obwohl auf der Internetseite des BfV ausdrücklich ein Bezug zum "Protestgeschehen gegen Coronaschutzmaßnahmen" hergestellt wird - für Tatti ein "seltsames" Vorgehen. Die Kategorie "Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" zielt darauf ab, Bestrebungen zu identifizieren, die "das Vertrauen in das staatliche System insgesamt zu erschüttern" suchen.
Jessica Tatti bemängelte den "extrem großen Interpretationsspielraum", den die Behörden bei der Anwendung dieser Kategorie hätten, was sie als "hochproblematisch" bezeichnete. Auf ihrer Webseite schreibt die Politikerin: "Daß offenbar auch Journalisten vom Geheimdienst wegen vermeintlicher 'Delegitimierung des Staates' bespitzelt werden, sei 'kein gutes Omen für die Pressefreiheit in unserem Land'."
Die Berliner Journalistin Aya Velázquez berichtete kürzlich, daß sie vom Verfassungsschutz beobachtet werde. Velázquez hatte zuvor brisante Protokolle des Robert Koch-Instituts aus der Pandemiezeit veröffentlicht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. August 2024 (x1.392/…):

>>**Anti-AfD-Kampagne: Edeka-Zentrale agierte eigenmächtig ohne Einbeziehung der Regionalgesellschaften**
Edekas Anti-AfD Kampagne für "Vielfalt" hat vor allem eines bewirkt: Tiefe Gräben im eigenen Unternehmen und möglicherweise verprellte Kunden. Die Zentrale in Hamburg soll eigenmächtig agiert haben.
Von *Redaktion*
Edeka hat mit einer Werbekampagne kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen für Aufsehen gesorgt. Anzeigen, die in der FAZ und der Zeit geschaltet wurden, richteten sich unmißverständlich gegen die AfD, ohne die Partei beim Namen zu nennen. Doch nun regt sich massiver Widerstand gegen die Aktion - ausgerechnet bei den selbstständigen Edeka-Kaufleuten.
Wie der Cicero berichtet, wurden die sieben Regionalgesellschaften bei der Entscheidung zur Schaltung der Anti-AfD-Anzeigen vollständig übergangen. Sie wurden erst am Tag der Veröffentlichung informiert - ein Vorgehen, das gegen die üblichen Unternehmensgrundsätze verstößt und intern für Verstimmungen sorgt. Die sonst übliche Abstimmung bei wichtigen Werbekampagnen sei unterblieben. Anders als bei klassischen Supermarktketten agieren die rund 3.600 Edeka-Händler als selbstständige Unternehmer innerhalb der Genossenschaft, sie sind in sieben Regionalgesellschaften untergliedert.
Als Reaktion auf die Kampagne distanzierten sich einige Edeka-Filialen öffentlich von der politischen Positionierung. Mehrere Supermärkte und Center aus dem Osten teilten auf Facebook ein Statement, in dem sie erklärten, "zu jeglichen politischen Themen KEINE Stellung beziehen" zu wollen.
So schrieben die Marktleiter: "Sehr geehrte Kunden, aus gegebenem Anlaß möchte ich hiermit klarstellen, daß wir als Unternehmen zu jeglichen politischen Themen KEINE Stellung beziehen! Wir verstehen uns als Lebensmittel-Supermarkt und nicht als politische Plattform! Warum sich die Edeka-Zentrale mit solchen Beiträgen zu den anstehenden Wahlen äußert, kann ich persönlich nicht nachvollziehen und lehne dies ab! In der Demokratie ist das Volk der

Souverän und wird seine Wahl treffen! Ich bin Lebensmitteleinzelhändler, kein Politiker, und werde mich deshalb mit meinen Märkten auch nicht in solche rein politischen Themen einmischen!"
Wie der Cicero weiter berichtet, sind Marktleiter gerade im Osten dank der Kampagne vielen Beschwerden sowie Anfeindungen ausgesetzt. Auch die regionalen Pressestellen erfahren einen großen Ansturm an Empörung, heißt es.
In den Anzeigen warb Edeka mit dem Slogan "Warum bei Edeka Blau nicht zur Wahl steht". Begleitet von Bildern bunten Obstes und Gemüses, ohne Blautöne - laut Edeka "ein Warnhinweis der Natur", der eine "Bedrohung" signalisiere. Dazu wird erklärt, daß Blau evolutionär "keine gute Wahl" sei und "ein natürlicher Feind von gesunder Vielfalt" - auch in Deutschland seien "die Blauen" die "größte Bedrohung einer vielfältigen Gesellschaft". Edeka schließt mit einem Aufruf, bei den anstehenden Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg die "Warnhinweise zu lesen".
Auf mögliche Einwände, daß Blaubeeren blau seien, antwortet Edeka, daß diese laut "der Wissenschaft" keine blauen Farbpigmente enthalten. Zusätzlich postete Edeka bei Instagram eine Story, in der tanzende Hühner zu sehen sind, begleitet vom Text: "Blau ist keine Alternative. Weder bei Obst & Gemüse, noch bei den anstehenden Wahlen." Edeka ersetzt abschließend ihr übliches Motto "Wir lieben Lebensmittel" durch "Wir lieben Vielfalt".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. August 2024 (x1.392/…):
>>**Schwerwiegende Vorwürfe**
Mario Voigt soll 200 Mal plagiiert haben - jede dritte Seite in Doktorarbeit betroffen
Neue Vorwürfe gegen Mario Voigt: Plagiatsprüfer Stefan Weber dokumentiert 200 Plagiate in wissenschaftlichen Arbeiten Voigts zwischen 2004 und 2018. Weber weist darauf hin, daß die Zahl der Plagiate in Voigts Dissertation die von Annette Schavan übersteigen.
Henry Albrecht
Die neuen Vorwürfe kommen für Mario Voigt zur Unzeit.
Mario Voigt soll, neben seiner Dissertation, in weiteren wissenschaftlichen Publikationen plagiiert haben. Dies geht aus weiteren Schreiben des Plagiatsprüfers Stefan Weber an die TU Chemnitz hervor, welche Apollo News vorliegen. Diese Dokumentationen zeigen insgesamt 200 Plagiate in Arbeiten, die zwischen 2004 und 2018 veröffentlicht wurden. Laut Weber sind von den 300 Seiten der Dissertation Voigts allein 102 Seiten plagiatsbehaftet, mit insgesamt 140 Plagiatsfragmenten. Weber weist darauf hin, daß die Dissertation von Annette Schavan bei 351 Seiten lediglich 131 solcher Plagiatsstellen enthalten habe - dies führte damals zum Entzug des Doktor-Titels und zum Rücktritt der damaligen Bildungsministerin.
Quelle: Stefan Weber
Im Zentrum der Kritik stehen jetzt fünf zentrale Werke Voigts. Eines der Werke mit den meisten Plagiaten ist die Arbeit "Der amerikanische Wahlkampf 2004 - American Campaigning revisited", die bei der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht wurde. Insgesamt spricht Weber von 16 Plagiaten. In dieser Arbeit hat Voigt umfangreiche Passagen aus Wolfram Brunners Veröffentlichung "Wahlkampf in den USA" aus dem Jahr 2000 nahezu wortgleich übernommen. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Beschreibung der Rolle freiwilliger Helfer in politischen Kampagnen, die Voigt ohne erkennbare Veränderungen in seinen Text einfließen ließ.
Auch in seiner Veröffentlichung "Rally the Faithful - Entscheidet die bessere Stammwählermobilisierung die amerikanische Präsidentschaftswahl?" aus dem Jahr 2004, ebenfalls eine Online-Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat Voigt zahlreiche Textpassagen aus Brunners späteren Arbeiten übernommen. In der Arbeit fand Weber 15 Plagiatsfälle, die vor allem auf die umfangreiche Nutzung fremder Texte ohne korrekte Quellenangaben zurückzuführen sind. Besonders auffällig ist hier die fast identische Formulierung zur Nutzung von E-

Mails in Wahlkämpfen, die ursprünglich von Brunner stammt.
Eine weitere von Plagiatsvorwürfen betroffene Arbeit ist Voigts Artikel "Die Volkspartei der Mitte. Suche nach den Kräften und Werten des Bewährten", der 2011 in der Zeitschrift "Die Politische Meinung" veröffentlicht wurde. Insgesamt konnten neun Plagiatsfälle nachgewiesen werden. Hier hat Voigt Textstellen aus mehreren Quellen übernommen, unter anderem aus dem Buch "Die Ausplünderung der Mittelschicht" von Marc Beise sowie aus Oswald Metzgers Werk "Die verlogene Gesellschaft". Voigt hat Passagen zu der Rolle der Mittelschicht fast wörtlich aus Beises Buch übernommen, ohne diese Stellen als fremdes Gedankengut auszuweisen.
In seiner Veröffentlichung "Is there a blueprint for victory? Campaign strategy and tactics in elections" aus dem Jahr 2017, die in einem Sammelband der Konrad-Adenauer-Stiftung erschienen ist, wurden ebenfalls zahlreiche Plagiate entdeckt. In dieser Arbeit, die in einem Sammelband der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht wurde, wurden 11 Plagiatsfälle identifiziert. Voigt hat sich in dieser Arbeit umfangreich bei J. Brian O'Days "Political Campaign Planning Manual" aus dem Jahr 2006 bedient. O'Days Arbeit, die als Leitfaden für die Planung politischer Kampagnen dient, wurde in Voigts Text vielfach ohne korrekte Zitierung integriert. Ein Beispiel dafür ist die Übernahme der sogenannten "goldenen Regel" der Kampagnenkommunikation, die Voigt fast unverändert in seine Arbeit eingefügt hat.
Auch Voigts Beitrag "Digital Trump-Card? Digitale Transformation in der Wähleransprache" aus dem Jahr 2018, der in einem Sammelband zur digitalen Transformation erschien, ist nicht frei von Plagiatsvorwürfen. Insgesamt hat sich Voigt auch hier neunmal an fremder Arbeit bedient.
Die Dokumentation zeigt deutlich, daß es sich bei diesen Plagiaten nicht um vereinzelte Fehler handelt, sondern daß ein systematisches Vorgehen zu erkennen ist. In vielen Fällen wurden nicht nur einzelne Sätze, sondern ganze Absätze und grundsätzliche Ideen von anderen Autoren übernommen. Besonders betroffen sind dabei Veröffentlichungen, die Voigt in Zusammenhang mit der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellte.

Voigt plagiierte noch mehr in Doktorarbeit als bereits bekannt

Die Plagiate in der Dissertation erstrecken sich über zahlreiche Seiten und sind weit mehr als die 46 bereits veröffentlichten. Die Plagiatsvorwürfe reichen von einfachen Textübernahmen bis hin zu komplexeren Formen der Täuschung, bei denen ganze Literaturrecherchen aus anderen Quellen übernommen wurden, ohne dies kenntlich zu machen.
Webers Untersuchung ergab, daß die Dissertation systematisch fremde Texte und wissenschaftliche Arbeiten ohne angemessene Zitierung übernommen habe. Besonders häufig wurde das Werk "The Race to 270" von Daron R. Shaw plagiiert, aus dem mindestens 35 Passagen nahezu wörtlich übernommen wurden.
Diese Plagiate umfassen nicht nur einfache Textpassagen, sondern auch komplexe wissenschaftliche Argumentationen und Forschungsdaten, die in der Dissertation ohne Hinweis auf die ursprüngliche Quelle verwendet wurden. Ein besonders auffälliges Beispiel findet sich auf Seite 170 der Dissertation, wo eine komplexe Studie aus Shaws Buch fast wortwörtlich übernommen wurde, einschließlich eines Rechenfehlers, der die Glaubwürdigkeit der gesamten Analyse untergräbt.
Andrea Römmeles Habilitationsschrift "Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Wählern" wurde ebenfalls ohne ordnungsgemäße Zitierung in mehreren Passagen verwendet. Auf Seite 18 der Dissertation wird ihre Beschreibung der professionellen Wahlkampftechnologien in den USA und der BRD wörtlich wiedergegeben, ohne daß Römmeles Arbeit als Quelle genannt wird. Diese Praxis der Textübernahme ohne Quellenangabe zieht sich durch die gesamte Dissertation.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. August 2024

(x1.393/…): >>**Netzbetreiber sollen Solarparks abschalten dürfen**
Die Bundesnetzagentur fordern Abschaltmöglichkeiten für Sonnenkraftanlagen, um Blackouts zu verhindern.
"Verteilnetzbetreiber müssen in die Lage versetzt werden, bei kritischen Netzsituationen Solaranlagen zu steuern, um die Netze stabil zu halten", sagte Behördenpräsident Klaus Müller der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Samstagausgabe). "Es führt kein Weg daran vorbei, neue Solaranlagen steuerbar zu machen." Die entsprechenden Gesetzesänderungen müsse der Bundestag schon "ab diesem Herbst" verabschieden.
"Dann können alle Akteure das alles schnell genug an den Start bringen." Anlaß für die Forderung ist der massive Solar-Ausbau. Der sei zwar "sehr erfreulich", sagte Müller, betonte aber: "Gleichzeitig muß der Netzausbau vor Ort damit Schritt halten." Dies ist vielerorts nicht der Fall. Neben der Abregelungsmöglichkeit in kritischen Netzsituationen müßten Solarparks künftig auch "die Einspeisung stoppen, wenn niemand für den Strom bezahlen will", forderte der Präsident der Bundesnetzagentur.
"Die Einspeisung sollte sich künftig am Marktpreis und damit am Verbrauch orientieren." Derzeit erhalten Solarpark-Betreiber Garantiepreise vom Staat für ihren Strom, selbst wenn die Marktpreise negativ sind, weil der Strom nicht gebraucht wird. Das kostet den Steuerzahler Millionen Euro.
"Es geht nicht darum, den Solar-Ausbau zu bremsen", betonte der Behördenpräsident. "Es gilt aber, die technischen Möglichkeiten auszureizen, etwa wenn Solaranlagen um Speicher ergänzt sind, dann kann überschüssiger Strom gespeichert und nicht abgeregelt werden." Die Interessen der Investoren und des Systems müßten besser als bisher aufeinander abgestimmt werden. "All das pragmatisch umzusetzen ist zugegebenermaßen ein schwieriger Auftrag für alle Akteure. Da müssen wir jetzt ran."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. August 2024 (x1.393/…): >>**Wulff: In Schulen sollte Nationalhymne öfter gesungen werden**
Ex-Bundespräsident Christian Wulff fordert, daß die deutsche Nationalhymne häufiger gesungen wird. Der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (NOZ) sagte der frühere Bundespräsident und amtierende Präsident des Deutschen Chorverbandes: "Die Hymne sollte öfter gesungen werden und nicht nur zu bestimmten Anlässen, wie dem Jahrestag des Grundgesetzes." Besonders Schüler sollten das Lied lernen: "Sie müssen die Hymne und ihre Bedeutung in der Schule lernen und sollten auch lernen, sie zu singen", sagte Wulff. Der Alt-Bundespräsident kritisiert die Zurückhaltung bei nationalen Symbolen. In Deutschland gebe es oft einen verkrampften Umgang mit diesen Symbolen, weil sie mißbraucht wurden.
"Aber unsere Kinder sollten wir weltoffen und patriotisch, mit Respekt für Verschiedenheit erziehen", sagte er der NOZ. Zudem unterstrich Wulff die Bedeutung eines vielfältigen Liedguts in Bildungseinrichtungen. "Es ist wichtig, daß in Kinder- und Jugendeinrichtungen altersgemäße, auch christliche, Lieder gesungen werden, dann aber auch mal Lieder von wachsenden Minderheiten", sagte er. Singen könne einen großen Beitrag zur Erziehung zur Vielfalt leisten. "Wenn in einem Kindergarten ein syrisches Kind ein Kinderlied von zu Hause einbringt, dann erleben die Kinder, daß es eine Bereicherung ist, andere Kulturen kennenzulernen, und das stärkt das Selbstbewußtsein aller."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. August 2024 (x1.393/…): >>**Netzagentur verteidigt Vorstoß zu flexiblen Industrie-Stromtarifen**
Bundesnetzagentur-Präsident Klaus Müller hat seinen Vorstoß zu flexiblen Stromtarifen für die energieintensive Industrie gegen "Gaga-Vorwürfe" von Wirtschaftsverbänden verteidigt. "An einer Reform führt kein Weg vorbei", sagte Müller der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (NOZ). Die energieintensive Industrie profitiere seit vielen Jahren von massiven Subventionen beim Strompreis. "Die rechtliche Grundlage für diese Rabatte läuft Ende 2028 aus. Daß

Brüssel grünes Licht für eine Verlängerung der gängigen Praxis geben könnte, glaubt niemand."
Der im August vorgestellte Plan der Bundesnetzagentur sieht vor, die Netzentgelte in Zeiten mit hoher Stromverfügbarkeit zu senken und bei knappem Stromangebot zu erhöhen.
Das neue System soll Anreize schaffen, die Produktion hochzufahren oder zu drosseln, je nachdem, wie viel erneuerbare Energie erzeugt werden kann. Unter anderem der CDU-nahe Wirtschaftsrat hatte dagegen protestiert und vor neuen Belastungen für die energieintensive Industrie gewarnt. "Die EU wird neue Vergünstigungen nur dann erlauben, wenn sie einen Verbrauch fördern, der dem auf erneuerbare Energie umgestellten System `dient`", begründete Müller den Plan.
In einem ersten Schritt sei deswegen bei Unternehmen angefragt worden, wer in welchem Maße flexibel produzieren könnte. "Für viele wäre es schon möglich, sie würden sofort bei der Reform Geld sparen." Andere Unternehmen bräuchten Zeit für eine Umstellung, die sie auch erhalten würden. "Es gibt eine dritte Gruppe, die ihre Produktion nicht wirklich an der Verfügbarkeit von grünem Strom ausrichten kann. Hier wollen wir sehr genau schauen, was möglich ist. Und für diesen Kreis will auch die Bundesregierung eine Lösung finden."
Bis Mitte September warte die Bundesnetzagentur nun auf Antworten der Unternehmen, die dann ausgewertet würden. "Zugleich werden wir viele Gespräche mit der Branche führen. Erst danach wollen wir einen ersten Entwurf vorlegen", erklärte Müller in der "NOZ". Bis zu den finalen Beschlüssen wolle man sich bis Ende kommenden Jahres Zeit nehmen, der Industrie aber möglichst früh Planungssicherheit geben.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. August 2024 (x1.393/…): >>**Jeder vierte Studierende will in den öffentlichen Dienst**
Drei Viertel der Studenten wollen nach ihrem Studium angestellt arbeiten, nur 25 Prozent wünschen sich die Selbstständigkeit. Dies hat eine Umfrage der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (Ernst & Young) unter mehr als 2.000 Studierenden ergeben, über die die Funke-Mediengruppe (Samstagausgaben) berichtet. Erst nach zehnjähriger Berufserfahrung hoffen immerhin 44 Prozent von ihnen, ein Unternehmen zu gründen oder selbstständig zu arbeiten. Fast jeder vierte Befragte bezeichnet den Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber als besonders attraktiv.
Das gilt vor allem für Frauen: Jede dritte befragte Studentin (30 Prozent) kann sich einen Job bei staatlichen Stellen vorstellen, während dies unter den Männern nur 17 Prozent anstreben. Auch für Jura-Studenten rangiert der Öffentliche Dienst bei 42 Prozent auf Platz 1 der beliebtesten Branchen. Am wichtigsten sind den künftigen Beschäftigten der Umfrage zufolge das Gehalt und Gehaltssteigerungen (47 Prozent) sowie die Jobsicherheit (42 Prozent). Auch die Möglichkeit, flexibel zu arbeiten sowie Privatleben und Beruf gut zu vereinbaren sind etwa 38 Prozent der Befragten sehr wichtig. 34 Prozent wünschen sich auch die Nähe zum eigenen Wohnort. Jeder vierte hält Homeoffice für bedeutsam.
Große Unterschiede zwischen Männer und Frauen gibt es beim Thema Work-Life-Balance. Hier legen 45 Prozent der Studentinnen großen Wert darauf, während dies nur 31 Prozent der Männer wichtig ist. Im Durchschnitt setzen die Umfrageteilnehmer auf ein Einstiegsgehalt nach dem Studium von 43.700 Euro. Als die mit Abstand attraktivste Branche wird von 57 Prozent der Befragten die IT- und Software-Branche bewertet - und zwar von Männern und Frauen gleichermaßen. Danach folgen die Wissenschaft (39 Prozent) die Pharmabranche und das Gesundheitswesen (36 Prozent).
Als deutlich attraktiver als der Öffentliche Dienst werden auch Jobs im Maschinenbau (33 Prozent) sowie Unternehmens- und Steuerberatungen als auch in der Wirtschaftsprüfung (32 Prozent) bewertet. Arbeitsplätze bei Banken und in der Autobranche rangieren unterdessen bei 25 Prozent der Befragten auf demselben Level wie solche im Öffentlichen Dienst. Schlußlich-

ter im Attraktivitätsranking sind Jobs im Handel (21 Prozent), bei Versicherungen (18 Prozent), Kultureinrichtungen (16 Prozent) sowie in Transport und Logistik (14 Prozent).<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30027" berichtet am 31. August 2024 (x1.389/…): >>**20. AZK - Tilman Knechtel: Rußland und China - Feinde oder Verbündete des Westens?**

Ivo Sasek: Unser nächster Referent wird uns mit sechs Stunden Zeitverschiebung direkt aus den Philippinen zugeschaltet. Und auch er öffnet regelmäßig Hunderttausenden die Augen, die aufrichtig nach den wahren Zusammenhängen in Politik und Wirtschaft suchen. Ich frage die Technik: Ist die Verbindung in die Philippinen okay? "Jawohl, wir haben ein Bild." - Okay, dann sage ich im Namen aller Zuschauer aus aller Welt, herzlichen Dank für deinen Beitrag an der 20. AZK. Film ab zur Kurzbiographie von Tilman Knechtel!

Biographie Tilman Knechtel

Tilman Knechtel, geboren 1987 in Filderstadt, Deutschland, ist Autor und investigativer Journalist. Tilman Knechtel widmete sich bereits ausführlich der Rothschild-Familie, der okkulten Musikindustrie, dem Kabbalismus und der Kommunistischen Langzeitstrategie. Zu seinen Buchpublikationen zählen

"Die Rothschilds - Eine Familie beherrscht die Welt" und

"Die Rockefellers - Ein amerikanischer Albtraum".

Tilman Knechtel betrieb den YouTube-Kanal "Trau keinem Promi" mit über 130. 000 Abonnenten. Dieser wurde inzwischen auf YouTube gelöscht und ist neu unter dem Namen: "Trau keinem Promi 3" zu finden. Auch verfügbar bei Telegram unter "Trau keinem Promi offiziell". Er arbeitet zudem als Redakteur für die Schweizer "ExpressZeitung".

Die "ExpressZeitung" dokumentierte bereits in über 60 Ausgaben politische, gesellschaftliche und historische Entwicklungen unserer Zeit. Die "ExpressZeitung" schafft ausgehend vom gegenwärtigen Weltgeschehen eine Grundlage für das Gesamtverständnis für große und brisante Themenkomplexe. Tilman Knechtel ist aufgrund seines breiten und fundierten weltpolitischen Fachwissens ein gern gesehener Gast in TV-Sendungen freier Medien. Tilman Knechtel spricht heute zum Thema:

"Rußland und China - Feinde oder Verbündete des Westens?"

Tilman Knechtel: Ja, hallo, es freut mich, hier zu sein. Ich hoffe, man hört mich. Ja, man scheint mich zu hören. Also ja, freut mich sehr, hier zu sein - mal bei der AZK auch in etwas anderer Form, als ich die AZK sonst so kennengelernt habe. Trotzdem ja, schön, daß es mal geklappt hat. Man hat mir eine halbe Stunde gegeben für meinen Vortrag, was ich eigentlich ganz gut finde, weil ich bin jetzt wirklich kein Mann der langen Einleitung. Und das Thema ist jetzt auch nicht zu komplex, um es nicht auch in einer halben Stunde vermitteln zu können. Also ich komme da relativ zügig zur Sache.

Was ich jetzt präsentiere, vieles mag der ein oder andere schon aus der Schweizer - in Deutschland verboten - Zeitung inzwischen kennen, ehemals ExpressZeitung, wo ich Redakteur bin. Und das Thema lautet: Rußland und China - Feinde oder Verbündete des Westens - Fragezeichen erstmal. Ich denke, bei dem einen oder anderen, der jetzt gerade von unserer westlichen Politik zu Recht, finde ich, schwer enttäuscht ist, lohnt es sich da auch mal noch einen Blick drauf zu werfen, ob man in diesen Ländern Alternativen findet.

Trotzdem muß ich mich da ja kurzhalten, deshalb gebe ich gleich mal die Antwort auf das Thema des Vortrags: China und Rußland sind in meinen Augen jetzt nicht Verbündete, sondern Feinde des Westens. Und damit meine ich ganz klar, und das muß ich wirklich feststellen, ich meine damit die Regime … also, ich meine Putin und Xi Jinping und nicht die normale Bevölkerung dort - das sind ganz klar zwei Paar Schuhe.

Und die Feindlichkeit gegenüber dem Westen - das kann man auch sehr einfach herleiten mit sehr banalen Fakten, wie ich finde - nämlich, daß Wladimir Putin und Xi Jinping kommunisti-

sche Ziele verfolgen. Und ich nehme jetzt mal an, hier bei der AZK werden nicht so viele Kommunisten zuschauen, die ich jetzt erstmal überzeugen muss, wie schlecht der Kommunismus ist. Also, den Punkt kann ich jetzt erstmal überspringen und gleich damit beginnen, dieses Gedankengut auch in Rußland und China nachzuweisen.
Und beginnen wir da mal mit Wladimir Putin. Der wird jetzt in den westlichen Medien so als knallharter, konservativer Typ präsentiert, sodaß man jetzt annehmen würde, ja, er würde es jetzt dem US-Imperium und den Woken mal so richtig heimzahlen und danach würde dann alles besser. Er würde also wieder normalere Verhältnisse schaffen, sage ich mal.
Dazu kann ich nur sagen, das ist überhaupt nicht das Bild, das ganz viele kritische Stimmen in Rußland haben - von Christen über Konservative, über Rechte - sondern es gibt auch sehr viele kritische Stimmen innerhalb von Rußland, die ihn sehen, wie auch absurderweise viele kritische Deutsche die aktuelle Regierung sehen, nämlich als Linken, als Internationalisten oder eben sogar als Kommunisten. Und das hat auch seine Gründe. Da kann man zum Beispiel mal ins Jahr 2016 gehen.
Da gab es eine ganz eindeutige Rede von Wladimir Putin vor der Gesamtrussischen Volksfront. Das ist so eine Art Lobbyorganisation von seiner Partei. Und schauen wir da mal in diese Rede rein. Da fällt es einem wirklich wie Schuppen von den Augen. Da betont er, daß seine Einstellung zu kommunistischen Ideen nie ins Wanken geraten ist und daß er bis heute sein Parteibuch zu Hause aufbewahrt. Wer das nicht weiß, Putin ist schon in den 70ern der Kommunistischen Partei beigetreten und auch dem Geheimdienst KGB. Da liegt wohl auch noch heute seine Loyalität.
Und dann in der Rede von 2016 der entscheidende Satz. Wladimir Putin sagt, er war nie durch Zwang Mitglied damals bei der Kommunistischen Partei, sondern - Zitat Putin: "Ich mochte die kommunistischen und sozialistischen Ideen sehr und mag sie immer noch." Zitat Ende. Also Putin mag kommunistische Ideen immer noch - die Ideen der größten Massenmörder der Geschichte. Und 2005 meinte er auch, der Untergang der Sowjetunion sei eine Katastrophe gewesen, die wörtlich größte geopolitische Katastrophe im 20. Jahrhundert. Also für ihn ist der Untergang von einem kommunistischen Staat etwas Tragisches. Das läßt also schon tief blicken! Und ja, das ist kein Einzelfall bei ihm, weshalb auch seine Kritiker innerhalb Rußlands viel Munition haben.
Hier ist zum Beispiel ein weiteres eindrückliches Beispiel: Putin hat gerade erst diesen März 2024 bei einem, man kann fast sagen Kommunisten- oder Antifa-Festival, gesprochen und da eine Rede gehalten. Das Ganze nannte sich Weltjugendfestival. Davon hört man hier im Westen nichts. Die meisten werden davon nie was gehört haben. Das wurde also dieses Jahr in Rußland abgehalten und das ist eine riesige Veranstaltung. Die sieht auch oberflächlich erstmal relativ harmlos aus - typisch Propaganda halt.
Aber wenn man sich das mal anguckt, wer da teilnimmt, sieht man also junge Menschen aus kommunistischen Organisationen aus aller Welt, die da tausendfach nach Rußland trudeln. Und ja, da gab es schon 2017 ein anderes Weltjugendfestival, das damals noch offiziell organisiert wurde vom Weltbund der Demokratischen Jugend. Und da trat Putin auch auf und hielt eine Rede. Und dieser Weltbund der Demokratischen Jugend, das ist eine Art Dachverband für kommunistische Jugendorganisationen. Und der Vertreter Deutschlands im Weltbund der Demokratischen Jugend ist zum Beispiel die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, also eine Nebenorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Und tatsächlich hatten viele der Teilnehmer dort beim Weltjugendfestival in Rußland, sei es jetzt 2017 oder 2024, wenn sie denn aus dem Westen kamen, hatten sie Antifa-Hintergrund. Also genau die Leute, von denen man eigentlich bei uns annimmt, daß sie da Putins angeblich so patriotischen Werten diametral gegenüberstehen - würde man annehmen. Aber falsch. Putin spricht da von ihnen und läßt sich vor ihnen feiern. Und es macht schon Sinn, weil da

kommt meiner Meinung nach genau das zusammen, was zusammengehört. Weil Antifa kommt ja auch von Antifaschismus. Und Antifaschismus ist in Putins Rußland so was wie die Staatsräson, kann man sagen. Und das ist wichtig zu verstehen.
Das bedeutet keineswegs, daß man einfach Faschisten oder Nazis nicht mag - das ist jetzt auch nicht meine Ideologie - sondern es ist einfach ein neuer DDR-Code, kann man sagen, oder ein neuer alter Code, den man schon aus der DDR kennt, für also den Klassenfeind der Sozialisten. Das heißt, wer als Faschist gebrandmarkt ist, der ist eben kein Sozialist oder Kommunist und der muß bekämpft werden. Also, es war da eine Veranstaltung der internationalen Linken, wo Putin auftrat und sich bejubeln ließ.
Nur, Bilder von diesem Weltjugendfestival gehen eben nicht in den Westen, weil hier Putin als Retter der Konservativen und der Christen dargestellt wird, während er sich da also in Rußland mit Sozialisten aus aller Welt gut stellt, Kuba, Venezuela und so weiter. Ja genau, also im Kern der kommunistischen Ideologie stand natürlich immer die Weltregierung, was sich ja eigentlich auch von selbst versteht.
Aber um es mal zu untermauern, da haben wir hier zum Beispiel Wladimir Lenin, der sagte, Zitat: "Wir sind Internationalisten. Wir streben nach der festen Vereinigung und vollständigen Verschmelzung der Arbeiter und Bauern aller Völker der Welt in einer einzigen weltweiten Sowjetrepublik." Zitat Ende. Und genauso hat auch Leo Trotzki von einer sozialistischen Weltföderation gesprochen, was interessant ist, weil alle reden ja immer nur noch von Globalisten. Aber der Kern des Ganzen wird für mich völlig vernachlässigt, nämlich, daß es hier immer noch um Kommunismus geht und nichts globalistischer ist als der Kommunismus.
Und genau da gibt es also auch in der Richtung Weltregierung Bekenntnisse innerhalb von Rußland. Zum Beispiel hat sich Putin auch oder Rußland mehrmals für die Agenda 2030 ausgesprochen. Die wird ja auch allgemein dem Westen zugesprochen mit BlackRock, dem Weltwirtschaftsforum und so weiter. Aber geht man da mal dem Ursprung nach, stellt man auch fest, die Agenda 2030 hat also sozialistische Wurzeln.
Die Urheberin davon, von dieser Agenda 2030, war zum Beispiel eine norwegische Sozialistin mit dem Namen Gro Harlem Brundtland. Und auch Putins Sympathie für den Kommunismus, von dem wir ja gerade in der Rede gehört haben, ist natürlich auch ein Plädoyer für diese Weltregierung, weil Kommunismus und Weltregierung gehen ja Hand in Hand, wie Lenin eben auch sagte.
Und man findet auch noch in Rußland Konkreteres, was diese Weltregierung betrifft. Und zwar auch mehrmals in den Schriften von Rußlands wichtigstem Strategen. Das ist also Alexander Dugin, der wirklich so was wie die russische Staatsräson ausformuliert hat. Also es gibt kein anderes Buch als "Grundlagen der Geopolitik" von ihm, das die Eliten in Rußland so beeinflußt hat. Und in diesem Buch "Grundlagen der Geopolitik" von 1997, da schreibt also Alexander Dugin von einem neuen russischen Reich, das gegründet werden soll. Und er stellt es so vor, Zitat: "Dieses Imperium muß nach der Logik der Geopolitik strategisch und räumlich seinen Vorgänger, die Sowjetunion, übertreffen.
Daher muß das neue Reich eurasisch, kontinental und perspektivisch ein Weltreich sein. Der Kampf um die Weltherrschaft des russischen Volkes ist noch nicht beendet." Zitat Ende. Da haben wir also ein Bekenntnis zur Weltmacht oder zur Weltherrschaft, und damit ja auch zur Weltregierung, die auch von Lenin gefordert wurde. Und das Wort dieses Mannes, von Alexander Dugin, das zählt wirklich etwas in Rußland, auch wenn das viele immer noch abstreiten wollen. Und ja, dieses von Dugin gewünschte Imperium soll der Nachfolger der Sowjetunion sein.
Und tatsächlich, seit Putins Machtantritt kommt es in Rußland zu einer Wiedergeburt der Sowjetunion, was auch nicht überrascht, wo Putin ja kommunistische Ideen mag, laut seiner eigenen Aussage in seiner Rede da.

Es werden also jetzt wieder Stalin-Denkmäler aufgestellt. Stalin wird auch als historische Person wieder reingewaschen und es wird gefordert, wieder die sowjetischen Namen einzuführen, zum Beispiel Wolgograd in Stalingrad umzubenennen.
Oder auch hier - Putin hat schon im Jahr 2000 die Hymne der Sowjetunion wieder eingeführt, mit neuem Text, aber dann doch von demselben kommunistischen Autor.
Und ebenso haben wir, was Presse- und Meinungsfreiheit betrifft, in Rußland einen Rückfall in sowjetische Zustände. Also Rußland hat fast zeitgleich mit dem "Compact-Verbot" in Deutschland ein großes Oppositionsmedium verboten, nämlich die "Moskow Times", und fast mit einer ähnlichen Begründung wie die von Nancy Faeser, sogar vielleicht noch ein bißchen plumper - Zitat: "Diskreditierung von Entscheidungen der russischen Führung sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik." Zitat Ende.
Das heißt, man darf in Rußland also nicht die Entscheidung der Politik kritisieren, sonst wird man halt verboten, was ich so ziemlich für einen Grundpfeiler jeder freien Gesellschaft halte. Und auch davor wurden in Rußland schon viele alternative Medien entfernt.
Aber das ist halt ein typischer Fall für das, was Moskau so im Ausland macht, ähnlich jetzt wieder bei der Darstellung Putins als Konservativen. Sie hängen sich also da an die Opposition im Westen dran, um dort auch Sympathiepunkte zu erlangen. Und die russische Auslandspropaganda kritisiert dann, was im Westen passiert - als Faschismus eben. Und im Inland macht man aber dann genau dasselbe und ein gutes Beispiel ist eben das "Compact-Verbot" vor kurzem. Da bin ich auch absolut dagegen, und ich halte auch überhaupt nichts von Nancy Faeser, aber was macht Rußland nach dem Verbot? Sie schicken also jemand vom Außenministerium, der sich ja gegen das Verbot ausspricht und sich maßlos darüber empört - würde ich der Frau auch zustimmen, die sie da geschickt haben, aber Verbote sind ja … aber was passiert gerade in Rußland parallel? Genau dasselbe! Also wir haben es eigentlich mit zwei Seiten derselben Medaille zu tun.
Oder hier auch schön ein Bild. Ich hoffe, man sieht jetzt das Bild, was auch dem einen oder anderen zu denken geben sollte. Also Putin beim Staatsbesuch in Nordkorea. Das Bild alleine, finde ich, spricht schon für sich. Das Volk muß also antanzen, um den beiden da zuzujubeln, vor diesen Heldenporträts. Und ja, das Bild, finde ich, strahlt ja Kommunismus pur aus. Und dann hat Putin davor auch noch so einen Blankoscheck von Kim Jong Un bekommen. Der sagte, Zitat: "Wir haben immer und werden weiter alle Entscheidungen Putins und Entscheidungen der russischen Regierung unterstützen." Zitat Ende.
Das heißt also, zwischen Putin und Kim Jong Un paßt kein Blatt. Und ich muß nicht erklären jetzt, warum Nordkorea kein besonders schönes und freies Land ist. Das heißt, wirklich überall, wenn wir das heutige Rußland anschauen, erkennen wir eigentlich diesen kommunistischen Einfluß. Und ich könnte da wirklich noch tausende weitere Beispiele bringen.
Und dann können wir jetzt auch den Übergang machen von Putin zu Xi Jinping, die ja viele gar nicht als Einheit sehen wollen, obwohl sie das für mich aber definitiv sind. Da haben wir also kurz vor dem Ukraine-Krieg Anfang 2022 … Da besuchte Putin die Olympischen Winterspiele in Peking und sagte, Zitat: "Präsident Xi Jinping und ich kennen uns seit langer Zeit als gute Freunde und Politiker, die weitgehend die gleichen Ansichten zur Bewältigung der Probleme der Welt vertreten. Wir pflegen enge und häufige Kontakte." Zitat Ende.
Und Xi Jinping ging sogar noch weiter und hat Wladimir Putin 2019 seinen besten Freund genannt - also nicht irgendeinen Freund, sondern den besten Freund. Also zwischen die beiden paßt dann auch kein Blatt mehr. Man hat also die gleichen Ansichten zur Bewältigung der Probleme der Welt.
Oder bei der Tagesschau konnte man noch vor zwei Monaten gerade mal lesen, Zitat: "Rußland und China wollen ihre Zusammenarbeit in unterschiedlichen Feldern wie Logistik, Verkehr, Energie und Landwirtschaft vertiefen." Zitat Ende.

Und das ist ja der Punkt. Also diese Zusammenarbeit mit China, die setzt ja noch mal ein dikkes Ausrufezeichen hinter Putins kommunistisches Weltbild, das er ja eh schon in der Rede offen eingestanden hat. Denn China ist ja ein offen kommunistisches Land, das kann man nicht abstreiten. Ein Land zum Beispiel, in dem der kommunistische Massenmörder Mao Tsetung nach wie vor so was wie einen Heiligenstatus hat. Und zum Beispiel auch ein Land, dessen einzige Partei in ihrem Statut schreibt, Zitat: "Das höchste Ideal und das endgültige Ziel der Partei ist die Verwirklichung des Kommunismus." Zitat Ende.
Also auch das ist ja unmißverständlich und der Kommunismus, der kann natürlich, wie wir vorhin gehört haben, nur weltweit verwirklicht werden, wie Lenin eben feststellte, weshalb das Bekenntnis zum Kommunismus auch immer das Bekenntnis zur Weltregierung ist - wieder Stichwort Globalismus. Und genauso hat sich China wie Rußland auch zur Förderung der Agenda 2030 bekannt, was wie gesagt ja eine softere Form des Kommunismus darstellt.
Mao wird bis heute in der Gedenkhalle in Peking konserviert, so wie Lenin auch bis heute in einem Mausoleum auf dem Roten Platz ausgestellt ist. Also man hält die kommunistischen Mörder auf beiden Seiten in Ehren. Um es mal provokant zu sagen, das ist wie wenn man auf dem Alexanderplatz jetzt ein Hitler-Mausoleum hätte, da wäre jetzt die Distanz zum Dritten Reich, sage ich mal, auch nicht sehr glaubhaft.
Genauso kommunistisch sah es dann auch natürlich bei der Corona-Politik aus, die ja auch jederzeit zurückkommen könnte. China hat da seine Bevölkerung ja brutal gequält. Das ging ja bis 2023 rein, wo schon bei uns längst wieder alles offen war. Das waren also unsere Lockdowns wirklich auf Steroiden in China, wo Leute teils wochenlang ihre Wohnung nicht verlassen konnten. Ganze Wohngebiete wurden abgeriegelt, Supermärkte wurden geschlossen. Also man hat Menschen gesehen, die wirklich aus ihren Fenstern gewunken haben, weil ihr Kühlschrank leer war und sie nicht raus konnten bei den Lockdowns.
Da wurden ganze Bezirke komplett dicht gemacht, wenn nur ein einziger positiver PCR-Test angeschlagen hat. Und natürlich wurden die Leute dann in diese berüchtigten Quarantäne-Lager gesperrt, wo die Container da auch wirklich wie Gefängniszellen aussahen. Und auch da wurden die Leute teils wochenlang drin eingesperrt. Also der Corona- Terror durch Xi Jinping, wo sogar unsere Regierungen, die ja keineswegs zimperlich waren, eigentlich noch nett dagegen aussehen.
Natürlich hat sich mittlerweile auch rumgesprochen, daß das chinesische Regime Regimegegner lahmlegen kann, indem man einfach ihren QR-Code auf Rot gestellt hat, weil so konnte man sich in China dann nicht mehr frei bewegen. Ich weiß nicht, ob es das jetzt gerade noch gibt, aber das ist sicherlich auch etwas, was man in Zukunft wieder zurückbringen kann.
Und ja, Rußland hat sich bei Corona jetzt ein bißchen eher am Westen orientiert, war nicht so streng wie China, aber stach auch in keiner Form irgendwie positiv heraus, daß man es jetzt als gute Alternative heranziehen kann. Genau, und jetzt habe ich also viel vom Kommunismus geredet, und in meinen Augen haben wir es da auch nur mit einer Ideologie zu tun, die ein Mittel zu einem Zweck darstellt. Für die übergeordneten Drahtzieher, mit denen ich mich jetzt auch mal beschäftigen will, da schauen wir erstmal, wer also dieses ideologische Monster Kommunismus überhaupt groß gemacht hat.
Und das war die Oktoberrevolution als Startpunkt in Rußland 1917 - die wurde nämlich aus dem Hintergrund von amerikanischen Bankern an der Wall Street finanziert. Da gibt es ein ganzes Grundlagenwerk von dem amerikanischen Historiker Antony C. Sutton. Und zwei Namen wären da auf jeden Fall zu nennen als Finanziers der Kommunisten, das ist Paul Warburg und Jakob Schiff. Paul Warburg war offiziell ja das Mastermind der US-Zentralbank Federal Reserve. Es gab damals 1913 bei der Gründung der FED, da gab es viele Stimmen, die also behauptet haben, Paul Warburg würde eigentlich im Auftrag der Rothschilds arbeiten, auch viele hochrangige Stimmen.

Und außerdem weiß man zum Beispiel auch, daß die Rothschilds und Warburgs in den 20ern zusammengearbeitet haben bei der Gründung der Paneuropa-Bewegung, wo sich also ein Warburg wirklich direkt den Befehl von einem Rothschild abgeholt hat, kann man sagen. Also Paul Warburg hatte da seine Finger im Spiel bei der Oktoberrevolution, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Auftrag der Rothschilds und spätestens bei dem Zweiten im Bunde.
Bei Jakob Schiff wird diese Rothschild-Verbindung sehr eindeutig, weil die Schiff-Familie, die hat sogar noch im 18. Jahrhundert sich mit den Rothschilds in Frankfurt ein Haus geteilt. Und diese beiden Banker, Paul Warburg und Jakob Schiff, die waren mit ihren Bankhäusern, mit Kuhn, Loeb & Co. und eben mit der Federal Reserve die Bankiers der Weltrevolution, haben sich also mit Geld darum gekümmert, daß Lenin und Trotzki überhaupt die Macht in Rußland 1917 ergreifen konnten. Und es ist erstmal wichtig zu verstehen, wer den Kommunismus überhaupt implementiert hat.
Und wiederum an der Gründung dieser Federal Reserve 1913 war auch ein Rockefeller beteiligt. Und über diese Rockefellers, die ja auch bis heute noch eng mit den Rothschilds zusammenarbeiten, kommen wir zügig wieder ja zu den Akteuren, um die es eigentlich gehen soll, nämlich um China und Rußland. Denn die Rockefellers haben eben über ihren Mann Henry Kissinger, in den 70ern, die Öffnung Chinas eingeleitet, was überhaupt erst dazu geführt hat, daß China zu einer Weltmacht wurde, wie wir sie heute kennen.
Und in diesem Zeitraum, in den 70er Jahren, da reiste also David Rockefeller nach China und besuchte da den zweiten Mann hinter Mao Tse-tung, also der Mao, der ja im heutigen China immer noch in Ehren gehalten wird. Und David Rockefeller schrieb dann in der New York Times, nachdem da also Millionen Chinesen durch Mao umgebracht worden waren, China stelle - Zitat - "eines der wichtigsten und erfolgreichsten Experimente der Menschheitsgeschichte dar", Zitat Ende. Ja, wer sich da intensiver mit beschäftigt, der stellt also fest, daß China ein regelrechtes Projekt der Rockefellers war.
Und dann kann man wieder 50 Jahre vorspulen von den 70ern und kommt direkt zur Verbindung zwischen Klaus Schwab und David Rockefeller. Denn Klaus Schwab sagt unverfroren, Henry Kissinger sei so etwas wie sein Mentor gewesen. Und Henry Kissinger arbeitete definitiv für die Rockefellers, war ihr bester Mann. Und der andere Mentor, von dem Klaus Schwab spricht, das ist jemand mit dem Namen Maurice Strong, der auch wie Henry Kissinger mit den Rockefellers zusammengearbeitet hat.
Das heißt, Schwab ist also auch ein Rockefeller-Mann. Und heute sagt Klaus Schwab, das Mastermind des Great Reset, in sehr ähnlicher Tonlage wie David Rockefeller damals, China sei also wörtlich, Zitat, "ein attraktives Modell für eine große Anzahl von Ländern", Zitat Ende. Damit sagt Klaus Schwab, China sei Blaupause für die Welt oder für den Westen. Und das kommunistische China, wo wir ja mitbekommen haben, daß auch die Rockefellers da als Mitgründer der FED erst den Startschuß gegeben haben für die weltweite Machtübernahme des Kommunismus ... Es fügt sich also alles zusammen.
Und dann auch die Rothschilds, obwohl sie es selten öffentlich preisgeben, die sind voller Euphorie für das kommunistische China. 2011 trat ein gewisser Evelyn de Rothschild, nicht weniger als der Finanzberater der Queen, beim Fernsehsender Bloomberg auf und hatte da wirklich nichts als Lob für China übrig. Brachte da zum Beispiel durch die Blume den Renminbi, die chinesische Währung, als Weltwährung ins Spiel. Und auch sonst haben die Rothschilds bis heute gute Geschäftsbeziehungen nach China, geben sie auch selber zu, kann man auf ihren öffentlichen Portalen nachlesen. Und es gibt genug Grund, die Rothschilds dann auch als Drahtzieher der Oktoberrevolution zu identifizieren.
Und eben sowieso als offener Partner der Rockefellers, die ja noch viel offener in China in Erscheinung treten. Dann haben wir andersrum, das ist natürlich auch noch wichtig, Ge-

schäftsbeziehungen von den Rothschilds nach Rußland. Zum Beispiel soll Nathaniel Rothschild 2008, 500 Millionen Dollar in den Aluminiumkonzern von einem Oligarchen gesteckt haben. Der steht Putin wiederum sehr nahe, heißt Oleg Deripaska. Oder auch natürlich Gerhard Schröder, der ein ganz enger Freund von Putin ist, hat nach seiner Kanzlerschaft eine Beraterstelle bei der Rothschild Bank angenommen.
Aber es wird noch besser, weil die Rockefeller-Verbindung ist völlig klar bei Putin, weil eben der Rockefeller-Mann und Schwab-Mentor Henry Kissinger, der war ein ganz enger Freund von Putin, vor Kissingers Ableben. Also es gibt alles schon ein sehr eindeutiges Bild, daß auf den höheren Ebenen ja doch zusammengearbeitet wird.
Aber natürlich die entscheidende Verbindung zwischen Rußland und China und auch diesen internationalen Geldeliten ist, daß sowohl China als auch Rußland ja den Kommunismus in allen Ehren halten, der eben auch durch diese globalen Strippenzieher wie Rothschild und Rockefeller verbreitet wurde. Das füge ich halt als wichtiges Ende natürlich noch an, damit man nicht meint, ich würde hier nur Symptombetrachtung betreiben. Mir ist klar, daß es da auch im Hintergrund andere Kräfte gibt, die da den Lauf der Dinge bestimmen.
Aber was ich halt klar machen will, ist, daß auch dieser Personenkreis gar keine Probleme hat mit dem System Kommunismus, sondern im Gegenteil, er steht am Geburtsbett des Kommunismus. Er will ihn haben! Und ja, das scheint eben auch das Ziel für die Zukunft zu sein, daß man da eigentlich gemeinsam auf beiden Seiten an einem Strang zieht, diesen Weltkommunismus also an jedem Fleck der Erde auch einzuführen. Das geschieht jetzt bei uns über den Great Reset oder die Agenda 2030.
Das ist eher auf Samtpfoten, eher langsam. Und in Rußland und China ist es härter, ist es militaristischer, aber letztendlich ist es halt doch alles derselbe Geist. Und ja, ob dann wirklich der Kommunismus das Endziel von Eliten wie den Rothschilds ist, das wäre noch mal eine andere Frage. Da sei auch noch kurz auf messianische Endzeitsekten verwiesen, die da auch noch gewisse Ziele verfolgen. Damit beschäftige ich mich also auch. Es würde jetzt aber hier den Rahmen sprengen und ich belasse es mal dabei als, sag ich mal, grobe Zukunftsaussicht, daß wir also alle sehenden Auges in den Kommunismus hineinlaufen, der halt eben von beiden Seiten forciert wird, von Ost wie West, wo man sich da also die Bälle zuspielt.
Genau, ja, zum digitalen Gefängnis aus China, das ja laut Klaus Schwab also ein attraktives Modell ist - bei der in Deutschland verbotenen Zeitung, ehemals ExpressZeitung, haben wir schon eine Doppelausgabe rausgebracht, man kann sich also noch vertieft mit diesen Themen beschäftigen. Da werden auch noch viel mehr Beweise gesammelt, es gibt dann ein noch dichteres Bild.
Und ja, nochmal am Ende als Fazit, also China und Rußland sind für uns definitiv keine Verbündeten und der Kommunismus ist dort nicht wirklich untergegangen und auch nicht so tot, wie er uns verkauft wird. Also diese Länder stecken auch dann noch mit den typischen Drahtziehern aus der Hochfinanz im Bunde und wir sollten da sehr skeptisch sein.
Wie gesagt, den Regierungen gegenüber, auch natürlich unserer eigenen Regierung, die da ja selber mitmachen, und nicht gegenüber den Menschen dort. Und ja, man mag dem Westen vieles vorwerfen, was bösartig ist, das mag auch stimmen, aber die Antwort darauf und die Rettung daraus sind definitiv nicht Putin und China. Mehr wollte ich eigentlich gar nicht rüberbringen mit diesem Vortrag, und es hat mich sehr gefreut, und ich bin durch und wünsche allen noch eine schöne Veranstaltung!
Ivo: Das war jetzt spannend, wie du das Ganze angefahren hast. Ich bedauere, daß wir dir nicht mehr Zeit geben konnten. Vielleicht gibt es irgendwann Fortsetzung, aber mir persönlich ging es so wie … wie so eine Sprungschanze. Am Anfang denke ich, wow, wow, wow, wo geht der Mann hin? Geht er jetzt ins Rechts-Links-Gefecht - und dann wusch? Aber dann fliegt er, hebt ab und bringt die Dinge auf den Punkt. Das hast du hervorragend hingekriegt!

Auch dieses Bild mit dem Geburtsbett war sehr trefflich, daß die Hintergrundmächte dort am Geburtsbett stehen.
Ja, wir können sehen, wie hier wieder einmal Leute instrumentalisiert werden. Ja, du hast es alles schon erwähnt. Lenin, Trotzki, Stalin, alles Freimaurer. Putin, Freimaurer. Zuhinterst doch wieder ein Club. Aber die Enteignung der Völker, wo kann man es schöner sehen? In ausgewachsenerer Form als beim Kommunismus? Wo alles der Staat, der Staat ... Und da haben wir die Rothschilds wieder. Also wir sehen, in welche Hände wir geführt werden. Es war ein wertvoller Beitrag. Wir danken dir und wünschen dir alles Gute weiter. Viel Erfolg mit deiner Express-Zeitung. Laß alle, die ganze Crew, dort grüßen von uns, gell. Tilman Knechtel - danke! Wir lieben dich!
Tilman Knechtel: Machs gut, tschau.
Ivo: Tschüß, tschüß!<<
Brasilien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. August 2024 (x1.392/…): >>**Richter verbietet X in Brasilien - Nutzer, die illegal auf X zugreifen, müssen 8.000 Euro Strafe zahlen**
Wegen fehlender Zensur hat ein brasilianischer Richter X sperren lassen. Die Plattform muß außerdem eine Geldstrafe in Höhe von drei Millionen Euro zahlen. Auch Nutzer, die illegal auf X zugreifen, müssen eine Strafe von 8.000 Euro fürchten - täglich.
Von *Redaktion*
Zwischen dem brasilianischen Richter Alexandre de Moraes und Elon Musk hat sich eine Fehde entwickelt. Jetzt greift der Richter hart durch: X wird in Brasilien gesperrt.
Weil der Kurznachrichtendienst X in einem Streit mit einem brasilianischen Bundesrichter nicht klein beigeben wollte, wurde die Plattform jetzt gesperrt und mit einer Geldstrafe belegt. Wer versucht, sich illegal Zugang zu verschaffen - etwa mittels einer VPN-Verbindung - muß mit einer Geldstrafe von 50.000 Real, also ziemlich genau 8.000 Euro pro Tag rechnen.
Seit Monaten brodelte der Streit zwischen X und der brasilianischen Regierung - weil das Unternehmen von Elon Musk Zensurforderungen nicht nachkommen wollte. Konkret ging es um die Sperrung von Nutzerkonten, die in den Augen der brasilianischen Regierung des sozialistischen Präsidenten Lula da Silva Falschinformationen oder irreführende Inhalte verbreiten würden.
Brisant: Davon betroffen sind vor allem Anhänger des früheren Präsidenten Jair Bolsonaro, der die Wahlen im Jahr 2022 knapp gegen Lula verloren hatte. Auf X sollen, dem rechten Politiker freundlich gesonnene, Nutzer immer wieder das Wahlergebnis in Frage stellen.
Alexandre de Moraes, Richter am obersten Gericht von Brasilien, hatte deswegen erklärt, X müsse mit Konsequenzen rechnen, sollte das Unternehmen nicht tätig werden. Der früheren rechtlichen Vertreterin der Plattform in Brasilien drohte der Richter sogar mit einer Haftstrafe. Trotz ihres darauffolgenden Rücktritts wurden die Bankkonten der Vertreterin gesperrt.
Moraes hatte X dann am Donnerstag eine Frist gesetzt, einen neuen rechtlichen Vertreter im Land zu ernennen. Bis Freitagmorgen, 1 Uhr deutscher Zeit, sollte X dieser Aufforderung nachkommen - das Unternehmen weigerte sich jedoch partout. Daraufhin ordnete der oberste Gerichtshof in Brasilien die unverzügliche Sperrung der Plattform an. Die Telekommunikationsbehörde soll den Dienst im Laufe des Samstags sperren. Die Applikationen von X müssen aus den Stores von Apple und Google entfernt werden.
Legal zugänglich werden soll der Kurznachrichtendienst erst nach der Ernennung eines neuen rechtlichen Vertreters und der Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 18,5 Millionen Real, was rund drei Millionen Euro entspricht. Der Richter begründete diese Strafe mit der Mißachtung gerichtlicher Anordnungen.
Elon Musk hatte sich in den vergangenen Tagen vermehrt über den Bundesrichter lustig gemacht und ihn unter anderem einen "bösen Diktator, der sich als Richter verkleidet", auf X

genannt. Derartige Beiträge finden sich massenhaft auf dem Konto des X-Chefs. Bereits im April hatte der Tech-Milliardär erklärt, der Richter habe "Lula an der Leine".<<

01.09.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. September 2024 (x1.403/…): >>**Landtagswahl Thüringen**

AfD erreicht bei Jungwählern 37 Prozent und wird stärkste Kraft

37 Prozent der 18- bis 24-Jährigen haben ihre Stimme der AfD gegeben - und auch generell konnte die Partei vor allem bei den jüngeren Altersgruppen punkten. Interessant ist auch: 52 Prozent der Menschen wählten die Alternative für Deutschland aus Überzeugung, nur noch 40 Prozent aus Enttäuschung - 2019 war es noch fast genau andersherum.

Von *Redaktion*

In Thüringen konnte die AfD insbesondere bei den jüngeren Wählergruppen punkten

Die AfD ist in Thüringen klar die stärkste Kraft. Das hat sie vor allem auch den 18-24-Jährigen zu verdanken. 37 Prozent der Altersgruppe gaben der Partei ihre Stimme - 14 Prozentpunkte mehr als 2019.

Generell läßt sich laut Infratest dimap feststellen, daß die AfD vor allem bei jüngeren Wählern punkten konnte: In den Altersgruppen der 25- bis 34-Jährigen (plus 7 Prozent) und 35- bis 44-Jährigen (plus 4 Prozent) konnte die Partei jeweils 34 Prozent der Stimmen für sich gewinnen. In der Gruppe der 45-59-Jährigen sogar 35 Prozent (plus 9 Prozent). Danach fällt zwar die generelle Zustimmung, Stimmengewinne konnte die AfD dennoch verbuchen: Bei den 60-69-Jährigen kommt die AfD auf 30 Prozent (plus 9 Prozent) und bei den 70-Jährigen und Älteren auf 18 Prozent (plus 5 Prozent).

Interessant ist dabei auch der Grund für die Wahl der AfD. 52 Prozent der AfD-Wähler gaben an, die Partei aus Überzeugung gewählt zu haben, während 40 Prozent die Alternative für Deutschland aus Enttäuschung über andere Parteien gewählt haben. 2019 war das umgekehrt: Damals hatten noch 53 Prozent der Wähler aus Enttäuschung ihre Stimme an die AfD gegeben und 39 Prozent aus Überzeugung.

In der Frage, welche Themen für die Wahlentscheidung die größte Rolle spielten, gaben 36 Prozent der AfD-Wähler "Zuwanderung" an, danach folgt mit 35 Prozent das Thema "Kriminalität, innere Sicherheit". Erst deutlich weiter unten in der Priorität folgen mit neun Prozent "Bildung", mit acht Prozent "Soziale Sicherheit", mit sechs Prozent "Wirtschaftliche Entwicklung" und mit drei Prozent "Ukraine und Rußland".

Auch 2019 dominierte das Thema "Zuwanderung" mit 34 Prozent. Danach kamen "Löhne, Rente" mit 20 Prozent und dann "Kriminalität, innere Sicherheit" mit 17 Prozent - es gewann in den letzten fünf Jahren also deutlich an Bedeutung hinzu. 2019 folgten dann "Wirtschaft, Arbeit" mit 11 Prozent und "Soziale Sicherheit" mit sechs Prozent.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. September 2024 (x1.404/…): >>**Endergebnis Thüringen: Höcke doch im Landtag**

Thüringens AfD-Landeschef Björn Höcke hat den Sprung in den Landtag doch noch geschafft. Laut vorläufigem Endergebnis gewinnt die AfD in Thüringen 30 Wahlkreise direkt und hat Anspruch auf insgesamt 32 Sitze. Höcke hatte seinen Wahlkreis nicht direkt gewonnen, steht aber auf Platz eins der Landesliste. Im Einzelnen sieht das vorläufige Endergebnis so aus: Die AfD wird mit 32,8 Prozent stärkste Kraft, dahinter folgen CDU (23,6 Prozent), BSW (15,8 Prozent) und Linke (13,1 Prozent), die SPD erreicht nur noch 6,1 Prozent. Die Grünen fallen mit 3,2 Prozent aus dem Landtag, ebenso die FDP, die nur noch auf 1,1 Prozent kommt.

Sie liegt damit sogar hinter den Freien Wählern (1,3 Prozent) und nur knapp vor der Partei "Tierschutz hier" mit 1,0 Prozent. Der neue Thüringer Landtag hat 88 Sitze. Davon gehen 32 an die AfD, 23 an die CDU, 15 ans BSW, 12 an die Linke und 6 an die SPD. Die Mehrheit

von 45 Sitzen läßt sich ohne die AfD nur mit einer Koalition aus CDU, BSW und Linken erreichen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 73,6 Prozent.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. September 2024 (x1.404/…): >>**Habeck verspricht niedrigere Strompreise in Nord- und Ostdeutschland**

Die von der Bundesnetzagentur am Freitag veröffentlichten neuen Vorschriften zur Verteilung der Netzkosten beim Strom werden laut Einschätzung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zu niedrigeren Strompreisen im Osten und im Norden Deutschlands führen. "Es ist gut, daß die Bundesnetzagentur jetzt dafür sorgt, daß die Netzkosten fairer verteilt werden", sagte Habeck dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Sonntagausgaben).

"Die Bundesländer im Osten und im Norden Deutschlands sind bisher bei den Netzentgelten benachteiligt worden, und das, obwohl dort mit Wind- und Photovoltaikanlagen viel für die Energiewende getan worden ist", so der Wirtschaftsminister weiter. "Es war ungerecht, daß in diesen Gegenden Netzkosten höher waren als in Gegenden, die vom Ausbau durch billigen erneuerbaren Strom profitiert haben."

"Das ändert sich jetzt, auch in Sachsen und in vielen Regionen im Osten wird es durch die Senkung der Verteilernetzentgelte zu niedrigeren Preisen kommen", kündigte er an. Nach dem bisher gültigen Verteilmechanismus wurden regional anfallende Ausbaukosten der Stromnetze auf die Kunden in der jeweiligen Region umgelegt.

Das hatte zur Folge, daß ausgerechnet in Regionen mit hohem Zubau an Windkraft- und Solarstromanlagen die Netzentgelte und damit auch die Verbraucherpreise für Strom besonders stark stiegen. Die Bundesnetzagentur hatte bereits im vergangenen Jahr angekündigt, die Regeln für die Kostenverteilung zu ändern. Wie hoch die Entlastungen in den Bundesländern mit hohem Windkraft- und hohem Solarzubau genau ausfallen werden, ermittelt die Bundesnetzagentur derzeit.

Einer ersten Schätzung zufolge werden, bezogen auf die Landesfläche, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen-Anhalt am stärksten entlastet. Auch die Verbraucher in Sachsen werden merklich entlastet, ebenso Bayern mit seinen vielen Solaranlagen. Die von der Bundesnetzagentur ermittelten Mehrkosten sollen künftig bundesweit gleichmäßig fair auf alle Stromverbraucher verteilt werden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. September 2024 (x1.404/…): >>**Steinmeier warnt nach Solingen vor Spaltung der Gesellschaft**

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat knapp eine Woche nach dem Anschlag von Solingen vor einer Spaltung der Gesellschaft gewarnt. Man dürfe sich "von der Angst nicht lähmen lassen", sagte Steinmeier am Sonntag bei einem Gedenken für die Opfer des Anschlags in Solingen. "Denn genau das ist es, was islamistische Terroristen beabsichtigen. Sie löschen mit ihrem Terror Menschenleben aus."

Aber terroristische Gewalt wolle das Land auf Dauer in Panik halten, Haß in der Gesellschaft säen sowie die Vernunft erschüttern, auf der die Demokratie gründe. "Sie setzt auf eine Eskalation der Gewalt. Terroristische Gewalt will uns als Gesellschaft entzweien", so das Staatsoberhaupt. "Mein inständiger Wunsch, gerade an diesem Tag der Trauer, ist: Lassen wir das nicht zu." Steinmeier mahnte zugleich eine Reaktion des Staates auf den Anschlag an.

"Wir müssen uns eingestehen: Hier in Solingen hat der Staat sein Versprechen auf Schutz und Sicherheit nicht einhalten können." Er stehe deshalb in der Pflicht, dieses Verbrechen, auch Fehler und Versäumnisse, die dazu beigetragen haben könnten, daß die Tat nicht verhindert werden konnte, "umfassend aufzuarbeiten". Aber das reiche nicht, fügte der Bundespräsident hinzu, man müsse auch die Zahl derer herunterbringen, die ohne Anspruch auf den besonderen Schutz durch Asyl zu uns kommen.

"Und nur wenn Schutzsuchende sich an Recht und Gesetz unseres Landes halten, werden wir die Akzeptanz in der Bevölkerung wahren können." "Wir müssen jede, wirklich jede Anstren-

gung unternehmen, um die Regeln zur Begrenzung des Zugangs, die es schon gibt und die, die wir gerade zusätzlich schaffen, umzusetzen", sagte er. Es bedürfe einer "gesamtstaatlichen Kraftanstrengung". Das erwarte er und das erwarteten die Menschen in Deutschland, und zwar über parteipolitische Grenzen und staatliche Ebenen hinweg. "Dafür stehen alle demokratischen Kräfte in unserem Land in der Verantwortung", so Steinmeier.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. September 2024 (x1.404/…): >>**Energiewende scheitert krachend, Ursache für Deutschlands Absturz**

Das ideologische Konzept "Energiewende" hat noch nie funktioniert und wird auch nicht funktionieren. Trotzdem hält die Politik daran fest. Folge: Strompreis auf Rekord, Energieversorgung unsicher. Dem Klima ist's egal.

Von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Die Medien berichten in großer Aufmachung, daß die festgelegten Reduzierungen der CO2-Emissionen mit der Energiewende bis zum Jahr 2030 nicht erreicht werden.

Aber sie informieren nicht darüber, daß die Stromkosten für die Bürger immer weiter steigen und die Versorgungssicherheit schwindet. Vorrang hat für sie die vorgebliche "Rettung des Weltklimas".

Vorgeblich deshalb: Der Bundesrechnungshof hat mehrfach beanstandet, daß Erfolgskontrollen über die Milliarden Euro schweren staatlichen Aufwendungen für die Energiewende fehlen. Es gibt keine offiziellen Messungen der Minderung von CO2-Emissionen, sondern die verwendeten Werte sind ausschließlich über Koeffizienten aus der erzeugten Strommenge (in kWh) bzw. über Brennwert-Angaben bei Öl und Gas ermittelt. Weiterhin fehlen bei Fakepower (Wind-, Solar- sowie Biogasstrom) die Emissionen für den Bau, die Montage, die Demontage, Verwertung und Deponierung der Anlagen.

Fakepower wird einfach als CO2-emissionsfrei dargestellt. Die CO2-Emissionen von den notwendigen fossilen Brennstoffen für den Bau und die Verschrottung der Anlagen werden nicht beachtet. Auch das Elektro-Auto wird als emissionsfrei dargestellt. Die hohen Emissionen durch fossile Energien zur Herstellung von Auto und Batterie werden nicht einbezogen. Dazu kommt das Laden der Batterie mit Netzstrom, der rund zur Hälfte aus fossilen Brennstoffen erzeugt wird. Zum Wohle der Profiteure der Energiewende werden hier Fakten unterschlagen.

Stromkosten steigen

Gleichfalls geschwiegen wird über die überproportional zum Fakepower-Zubau steigenden Stromkosten. Behauptungen von Politikern, die Stromkosten würden mit dem weiteren Ausbau der Fakepower-Erzeugung in einigen Jahren sinken, kann man nur als reine Schutzbehauptungen ansehen. Die Fakepower-Stromkosten steigen durch immer höheren Regelaufwand für die schwankende Einspeisung und die Überproduktion bei Starkwind und Sonnenschein, die entsorgt werden muß. Die Abschaltung von Fakepower-Anlagen bei Überproduktion wird weitgehend vermieden, um höhere Anteile von Fakepower bei der Stromversorgung zu dokumentieren.

So haben wir bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger zu viel Fakepower, die entsorgt werden muss, um das Netz nicht zu überlasten, d.h. einen Blackout zu verursachen. Stromspeicher, die über ein paar Pumpspeicher-Seen oder Batterien zur Abdeckung von Stromspitzen hinausgehen, gibt es nicht.

Diese "Entsorgung von Strom" kostet Geld. Die Börsenpreise werden negativ, bis sich Abnehmer finden. Die Entsorgung des Überschußstroms muß also zusätzlich zu den hohen Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) ebenfalls noch bezahlt werden. Laut dem EEX-Transparency- Dienst (Europäische Strombörsen) war im Mai 24 der Börsenwert 14x negativ bei einem Spitzenwert von -13,5 ct/kWh (zu zahlender Zuschuß aus dem deutschen EEG-Kosten-Bilanz-Konto).

Teurer Export - teurer Import

Die Pumpspeicher-Kraftwerke, vorwiegend in Österreich, übernehmen diesen Strom und das "Entsorgungsgeld" gern und füllen damit ihre Wasserspeicher. Bei Dunkelflauten, wenn Wind und Sonne in Deutschland keinen Strom liefern, springt Österreich ein und liefert zu hohen Preisen aus den Pumpspeicherwerken Strom zurück. Dies ist nur einer der Gründe für steigende Strompreise durch die Energiewende. Es gibt noch viele andere.

Fakepower erhöht Brennstoffverbrauch, also CO2-Emissionen.

Die vom Wetter abhängige Fakepower muß durch regelbare Kohle- und Gas-Kraftwerke auf die nachgefragte Netzleistung ergänzt werden. Die Kraftwerke laufen mit wechselnder Teillast mit. Der Brennstoffverbrauch und damit die CO2-Emissionen pro Kilowattstunde steigen deutlich. Wir kennen das vom Autofahren. Der Spritverbrauch steigt, wenn die Geschwindigkeit häufig gewechselt wird. Kraftwerke verbrauchen in Bereitschaft, also im Leerlauf, immerhin noch 10 Prozent des Brennstoffs für Volllast, ohne eine einzige Kilowattstunde zu erzeugen. Die Betriebs- und Kapitalkosten bleiben bei Teillast gleich. Auch dies treibt die Kosten des Regelstroms bezogen auf die Kilowattstunde in die Höhe.

Verlustreicher Stromtransport

Ferner: Stromtransport ist nicht gratis. Es gibt Widerstands- und bei Wechselstrom Induktionsverluste. Für Überlandleitungen kommen noch Verluste für die Transformation des Stroms auf höhere Spannungen und zusätzlich für see- und erdverlegte Kabel die Umwandlung in Gleichstrom hinzu. Wird Strom von Nord- nach Süddeutschland transportiert, gehen rund 10 Prozent verloren. Die Verlustenergie erwärmt die Umgebung der Leitungen. Hinzu kommen die Kapital- und Wartungskosten für die Leitungen, Umspannwerke und Konverter-Stationen. Der Transport des Off-Shore Stroms von der Einspeiseinsel im Windgenerator-Feld bis zum Festnetz an Land kostet etwa 5 Cent/ Kilowattstunde, die in den Netzgebühren versteckt werden.

Stromverbraucher subventionieren Wärmepumpen und Elektro-Autos

Weitere Kostensteigerungen bringen das Gebäude-Energien-Gesetz (Heizungsgesetz) und die von der Politik vorangetriebene Elektro-Mobilität. Wärmepumpen und Ladeanschlüsse (Wall-Box) für Elektro-Autos brauchen Leistungen bis zu 11 Kilowatt (kW) und zerstören durch diese hohe Last (bis zu 8 Stunden) das bisher im gesamten deutschen Niederspannungsnetz unterstellte geglättete Lastprofil. Für derartige hohe Lasten von vielen E-Car-Besitzern sind die Zuleitungen für Siedlungen nicht ausgelegt. Zwar können einige Häuser einer Siedlung mit dieser Leistung versorgt werden.

Doch wenn immer mehr E-Car- und Wärmepumpen-Besitzer diese Leistung fordern, müssen bundesweit flächendeckend die Niederspannungsnetze (Zuleitungen zu den Wohnungen) verstärkt werden. Dies würde viele Milliarden Euro kosten, um nur für wenige Stunden (Auto aufladen) oder nur für die kalte Jahreszeit (Wärmepumpen) die gewünschte hohe Leistung bereit zu stellen. Die Ausbaukosten müßten nach der derzeitigen Abrechnung alle Stromkunden mit höheren Grundgebühren bezahlen. Die vielen Stromkunden ohne Ladeanschluß für ein E-Auto und ohne Wärmepumpe würden gezwungen, die Betreiber von Wärmepumpen und E-Autos zu subventionieren.

Dies führt zwingend zu der Forderung, wer ein Elektro-Auto mit Ladeanschluß hat und/oder eine Wärmepumpe betreibt, muß statt des üblichen leistungsunabhängigen Grundpreises einen Leistungspreis bezahlen. Wir haben als Leistungspreis einen Wert von 200 EUR/kW angenommen. Er muß für die höchste bezogene Leistung über mehr als 15 Minuten im Jahr gezahlt werden. Damit würde das Laden eines Elektro-Autos mit einer 11 Kilowatt Wall-Box zu einem Leistungspreis von 2.200 Euro/Jahr statt einer Grundgebühr von 50-200 Euro führen. Preiswertes Laden der Autobatterie würde dann nicht mehr möglich sein.

Langfristig müßten die meisten Wohnungen mit den verstärkten Anschlüssen ausgestattet

werden, ansonsten wären z.B. Wohnungswechsel von Besitzern von E-Cars nur noch stark eingeschränkt möglich. Wenn man den flächendeckenden Ausbau unterstellt, käme man zu einer jährlichen Netzkosten-Mehrbelastung von 96 Milliarden Euro nur im Niederspannungsbereich, der den Ausbau im Mittelspannungsbereich und im Übertragungsnetz mit weiteren Kosten nach sich ziehen würde. Der schon heute zu teure Strom würde um weitere 60 bis 70 Prozent teurer.

CO2-Zertifikate sind die größten Preistreiber

Vorerst aber sind die CO2-Zertifikate die größten Preistreiber, die nach den grünen Ideologen und den Profiteuren der Energiewende immer teurer werden sollen. So wird der Kohlestrom, der für weniger als 5 Cent/Kilowattstunde erzeugt wird, zurzeit durch die Zertifikate um weitere 8 Cent verteuert. CO2-Zertifikate werden für die Einsparung von CO2-Emissionen erteilt. Besitzer von Elektro-Autos, die angeblich emissionsfrei sind, erhalten jedes Jahr Zertifikate im Wert von mehreren 100 Euro, die sie weiter verkaufen können. Auch für den Bau von Elektro-Autos gibt es Zertifikate. Ohne diese Zertifikate wäre die Tesla-Produktion ein Verlustgeschäft.

Würden die Einspeisevergütungen für Fakepower und die Bepreisung der CO2-Emissionen beendet, würde das den Strompreis in Deutschland halbieren. Wir würden wieder international wettbewerbsfähig. Die Abwanderung der Industrie würde gestoppt. Investoren würden sich wieder Deutschland zuwenden. Staatliche Aufwendungen von Jährlich über 100 Milliarden Euro für die Energiewende würden frei, um Transportwege zu sanieren und den Wohnungsbau zu verbessern sowie die Rentenversorgung zu stärken und andere dringend erforderlich volkswirtschaftliche Maßnahmen durchzuführen.

Klare Ziele für eine wirtschaftliche Energieversorgung

Für diese Änderung der Politik müssen klare Ziele genannt werden. Anstelle des unklaren 1,5 Grad Ziels zur Weltklimarettung (Ausgangstemperatur, Weltdurchschnittstemperatur, Meßfehler sind nicht klar definiert) muß eine realistische Politik treten. Energie muß sicher verfügbar sein und optimal genutzt werden. Das ist nur mit fossilen Brennstoffen möglich, am preiswertesten und sichersten mit Kohle. Fakepower verteuert und vernichtet Energie. Zusätzlich wird das Stromnetz destabilisiert. Stromausfälle (Blackouts) drohen.

Dennoch wollen die derzeitige Regierung, aber auch alle anderen etablierten Parteien und die Profiteure den Bau von Fakepower-Anlagen weiter treiben und sogar beschleunigen. Dazu werden steigende Kosten kaschiert bzw. als unabdingbar dargestellt. Die ideologische Devise lautet: "Weltklimarettung durch weniger CO2". Diese wird den Menschen in Deutschland ständig von den Medien eingehämmert. Die so erzeugte Angst macht die Menschen willig, für die Klimarettung zu zahlen und Umweltschäden in Kauf zu nehmen. Die Profiteure haben ganze Arbeit geleistet.

Wir dagegen sagen, daß diese 6 Maßnahmen das allergrößte Unheil, die Vernichtung der deutschen industriellen Volkswirtschaft, verhindern:

1. Klimawandel hinnehmen, EE-Strom (Solar-/Wind-/Biogas-) und EEG beenden.
2. Nord-Stream reaktivieren, ggf. Neubau - Kein unsinniges Wasserstoff Experiment.
3. Weiterhin Kohle-Strom, Kraftwerke reaktivieren, keine CO2-Langzeitspeicherung (CCS).
4. CO2-Steuer beenden, Klima-Schutz-Gesetz aussetzten, Klima- und Transform.-Fonds auflösen.
5. kein Heizungsverbot / Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995 statt GEG.
6. E- / Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. September 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Betreff: Endloser Terror der Antichristen: Die römisch-**

katholische Gegenreformation

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Jesuitenorden

Der Baske Ignatius von Loyola (1491-1556) gründete im Jahre 1534 den Jesuitenorden (Societas Jesu = Gesellschaft Jesu).

Papst Paul III. bestätigte am 27. September 1540 den durch Ignatius von Loyola gegründeten Orden und beauftragte den Jesuitenorden mit der Durchführung und Überwachung der katholischen Erneuerung.

Der Jesuitenorden wurde nach militärischen Grundsätzen (mit einem Ordensgeneral, der auf Lebenszeit gewählt wurde, an der Spitze, Sitz des Ordens war Rom) straff organisiert. Die Jesuiten ("Soldaten Christi") trugen grundsätzlich keine Mönchstracht. Sie wurden überall gefürchtet, denn die Jesuiten gingen mit gnadenloser, unerbittlicher Härte gegen alle "Ketzer" und Gegner der Erneuerung der römisch-katholischen Kirche vor.

Die Jesuiten vergeudeten keine unnötige Zeit mit der Erziehung der armen Bevölkerung, sondern sie konzentrierten sich überwiegend auf die Mächtigen und die Reichen. Die gebildeten Jesuiten wurden vielerorts die Lehrer der künftigen Kaiser, Könige und Fürsten und gewannen dadurch entscheidenden weltlichen Einfluß. Sie unterrichteten in den Schlössern der katholischen Fürsten und lehrten an den Hochschulen sowie Universitäten alle wissenschaftlichen Fächer.

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über die Ziele des Jesuitenordens (x1.001/18-20): >>… **Der Geist des Ordens**

"Wir sollten nicht vergessen", schreibt der Jesuit Rouquette, "daß, historisch gesehen, der "Ultramontanismus" ("streng papstgesinnte Katholizismus") bis heute die praktische Bestätigung des "Universalismus" gewesen ist. … Dieser notwendige Universalismus wäre ein leeres Wort, würde er nicht in einen praktischen Zusammenhang oder Gehorsam des Christentums münden: dieses war der Grund, weshalb Ignatius wollte, daß seine Mannen dem Papst zur Verfügung stehen … und Verfechter der katholischen Einheit sein sollten, Einheit, die nur durch erfolgreiche Unterordnung unter den Statthalter Christi sichergestellt werden kann."

"Die Jesuiten wollten diesen monarchischen Absolutismus (unbeschränkten Herrschaftsanspruch) in der römischen Kirche durchsetzen und sie behielten ihn in der bürgerlichen Gesellschaft bei, da sie die Herrscher als weltliche Repräsentanten des Heiligen Vaters, des wahren Hauptes des Christentums, anzusehen hatten; solange jene Monarchen ihrem gemeinsamen Herrn gegenüber völlig unterwürfig waren, waren die Jesuiten deren treueste Unterstützer. Wenn andernfalls diese Fürsten rebellierten, fanden sie in den Jesuiten ihre ärgsten Feinde.

In Europa wußte die Kurie, daß sie, wo auch immer es Roms Interessen erforderlich machten, daß sich das Volk gegen seinen König erhebt, oder wenn diese weltlichen Fürsten für die Kirche unangenehme Entscheidungen getroffen hatten, Fähigere, Raffiniertere oder Wagemutigere außerhalb der Gesellschaft Jesu nicht finden würde zum Zwecke der Intrige, Propaganda oder gar offenen Rebellion."

An dem Geist der "Übungen" haben wir gesehen wie der Gründer dieser Kompanie in seiner allzu simplen Wundergläubigkeit, Kirchenzucht, und seiner Vorstellung von Unterordnung im Allgemeinen, hinter seiner Zeit zurück war. Die "Satzungen" und "Übungen", Grundlagen dieses Systems, lassen uns diesbezüglich nicht im Zweifel.

Was immer seine Schüler sagen würden - gerade heute, wo die modernen Auffassungen zu diesem Thema völlig auseinander gehen - nimmt Gehorsam einen ganz besonderen Platz ein, genau genommen den zweifellos ersten, faßt man die Ordensregeln einmal zusammen. Folliet mag behaupten, darin nichts weiter als "religiösen", für jede Kongregation (religiöse Gemeinschaft mit lebenslänglichen Gelübden) notwendigen "Gehorsam" zu sehen; Hw. P. Rouquette

schreibt kühn:
"Weit entfernt von einer Einengung des Menschen, ist dieser intelligente und bereitwillige Gehorsam Freiheit in ihrer höchsten Form … eine Befreiung von den eigenen Fesseln, ..." man muß nur jene Texte lesen, um das extreme, wenn nicht sogar widerwärtige Wesen dieser den Jesuiten auferlegten Unterordnung von Seele und Geist zu erkennen, der sie zu stets willigen Instrumenten unter der Kontrolle ihrer Oberen machenden, und noch viel mehr, von den frühesten Anfängen des Ordens an, zu den natürlichen Feinden jeglicher Art von Freiheit.
Das berühmte "perinde ac cadaver" (wie eine Leiche) kann laut Folliet in sämtlicher "spiritueller Literatur" und sogar im Osten, in der "Verfassung" der Assassinen (eines einst von den schiitischen Ismaeliten abgespaltenen Geheimbundes, der seine Ziele auch mit Mordanschlägen durchzusetzen suchte) gefunden werden; die Jesuiten sollen als ein "jedem Impuls gehorchendes Personal"; "als Wachskugel, die in jede Richtung geformt und geweitet werden kann; als kleines nach Belieben gehobenes und bewegtes Kruzifix" unter der Kontrolle ihrer Oberen sein; nichtsdestoweniger sind diese hübschen Formulierungen sehr aufschlußreich.
Anmerkungen und Erklärungen vom Schöpfer dieses Ordens lassen uns ohne jeden Zweifel über ihre wahre Bedeutung. Überdies müssen unter den Jesuiten nicht nur der Wille, sondern auch das logische Denken und sogar moralische Bedenken der ureigenen Tugend des Gehorsams, der laut Borgia "der stärkste Schutzwall der Gesellschaft" ist, geopfert werden.
"Laßt uns überzeugt sein, daß alles gut und richtig ist, wenn es der Obere befiehlt", schrieb Loyola. Und nochmals: "Selbst wenn Euch Gott ein Tier ohne Verstand als Meister gäbe, werdet Ihr nicht zögern, ihm, als Meister und Führer, zu gehorchen, weil Gott es so verfügt hat."
Und etwas noch Besseres: der Jesuit hat in seinem Oberen keinen fehlbaren (nicht gegen Irrtümer, Fehler gefeiten) Menschen, sondern Christus selbst zu sehen. J. Huber (Johann Nepomuk Huber, Philosoph und theologischer Schriftsteller, 1830-1879), Professor für katholische Theologie in München und Verfasser eines der bedeutendsten Werke über die Jesuiten, schrieb: "Wie man bemerkt haben will, kommen die Constitutionen (Satzungen) wohl 500mal darauf zurück, daß man im General Christus sehen müsse."
Die derart oft als jener der Armee ähnlich angesehene Disziplin des Ordens ist also nichts mit der Realität Vergleichbares. "Der militärische Gehorsam deckt sich mit dem jesuitischen noch nicht, der letztere ist viel umfassender, denn er nimmt immer und ungeteilt den ganzen Menschen in Anspruch und fordert dann nicht bloß, wie der erstere, nur die äußere Tat, sondern auch das Opfer des Willens und die Suspension (Ausschaltung) des eigenen Urteils." …
Ignatius selbst schrieb in seinem Brief an die portugiesischen Jesuiten: " … und wenn die Kirche, was unserem Auge weiß erscheint, als schwarz definiert, so sind wir verpflichtet, es für schwarz zu erklären."
Solcherart sind die einst von Hw. P. Rouquette gepriesene "Freiheit in ihrer höchsten Form" und "die Befreiung von den eigenen Fesseln". In der Tat ist der Jesuit wirklich von sich befreit, da er völlig seinen Meistern unterworfen ist; jeglicher Zweifel oder Skrupel würde ihm als Sünde unterstellt.
Bei Böhmer ist zu lesen:
"In den Ergänzungen zu den "Satzungen" werden die Oberen angewiesen, die Novizen (die zu prüfenden Ordensneulinge), so wie es Gott mit Abraham tat, anzuweisen, offensichtlich Kriminelles unter Beweis zu stellen; doch habe man diese Versuchungen einander der Stärke des jeweils anderen anzupassen. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, was die Folgen einer solchen Erziehung sein könnten." …
Das von Höhen und Tiefen geprägte Leben des Ordens - es gab nicht ein Land, aus dem er nicht ausgewiesen wurde - zeugt davon, daß diese Gefahren von allen Regierungen, sogar den katholischsten, erkannt wurden. Durch die Einbindung derart blind ihrer Sache hingegebener

Männer in die Katechese unter den höheren Schichten wurde die Kompanie - Verfechter des Universalismus, deshalb Ultramontanismus - unweigerlich als Bedrohung der weltlichen Obrigkeit angesehen, da sich die Tätigkeit des Ordens, einfach durch die Tatsache seiner Berufung, mehr und mehr der Politik zuwandte.
Parallel dazu entwickelte sich unter seinen Mitgliedern das, was wir den jesuitischen Geist nennen.
Nichtsdestotrotz vernachlässigte der von den Bedürfnissen der In- und Auslands-Missionen erfüllte Gründer nie die Geschicklichkeit. Er schrieb in seinen "Sententiae asceticae": "Eine kluge Achtsamkeit zusammen mit einer mittelmäßigen Keuschheit ist besser als eine größere Heiligkeit gepaart mit einer weniger vollkommenen Geschicklichkeit. Ein guter Seelenjäger muß vieles übersehen, als verstände er es nicht. Ist er aber einmal Herr des Willens geworden, dann kann er den Lehrling der Tugend leiten, wohin er nur immer will. Die Menschen werden durch zeitweiliges Interesse ganz aufgesogen, so daß wir mit ihnen nicht zu deutlich über ihre Seelen sprechen müssen: es wäre Mäuse fangen ohne Speck."
Selbst die gewünschte Haltung der Söhne Loyolas wurde eindeutig festgelegt: "Man hat den Kopf leicht gesenkt zu halten, ohne ihn nach links oder rechts zu neigen; man hat nicht aufzuschauen und wenn man mit jemandem spricht, soll man ihm nicht geradewegs in die Augen sehen, gleichsam um ihn indirekt zu sehen. ..."
Loyolas Amtsnachfolger behielten diese Lehre gut in Erinnerung und wandten sie ausführlich in der Verfolgung ihrer Pläne an. …<<

Konzil von Trient (1545-1563)

Die römisch-katholische Kirche bemühte sich angesichts der Auflösung von vielen katholischen Kirchengemeinden hartnäckig, um ihr negatives Ansehen zu verbessern.
Während des Konzils von Trient beschlossen die Kirchenfürsten ein Verbot des Ablaßhandels, ordneten eine sittenstrenge Zucht und Lebensweise in den Klöstern an und reformierten die Ausbildung der Geistlichen. Die Unfehlbarkeit der katholischen Kirche und des Papstes in allen Glaubenfragen wurde jedoch ausnahmslos bestätigt und alle Bischöfe einer verstärkten Kontrolle des Papstes unterworfen. Alle "glaubensfeindlichen Schriften" kamen als verbotene Schriften auf den Index und mußten öffentlich verbrannt werden.
Im Verlauf des Konzils von Trient (1545-63) ließ der Papst im Jahre 1546 in scharfer Form die Erneuerung der katholischen Kirche verkünden. In erster Linie sollte die Ketzerei (protestantische Irrlehre) mit unerbittlicher Härte bekämpft und ausgerottet werden, um endlich die Kirchendisziplin und den Religionsfrieden wieder herzustellen.
Kardinal Pole erläuterte im Januar 1546 die Hauptziele des Konzils von Trient (x247/94):
>>... Jeder möge sich am Beginn vor Augen halten, was von diesem heiligen Konzil erwartet wird, woraus er dann erkennen mag, welch große Aufgabe auf ihm liegt.
Es werden, um es kurz und bündig zu sagen, für das Konzil folgende Aufgaben genannt: die Ausrottung der kirchlichen Irrlehren, die Reform der kirchlichen Disziplin und Sitten, schließlich der ewige Friede der ganzen Kirche.<<

Der Schmalkaldische Krieg

Martin Luther starb im Jahre 1546 in Eisleben. Kaiser Karl V. versuchte im selben Jahr die protestantischen Reichsstände des Heiligen Römisches Reiches zur Rückkehr zum Katholizismus zu zwingen. Der Kaiser ging damals militärisch gegen die protestantischen Fürsten vor und eröffnete damit den Schmalkaldischen Krieg (1546/47).
Kaiser Karl V. besiegte schließlich mit spanischen und italienischen Truppen im Jahre 1547 bei Mühlberg an der Elbe die protestantischen Fürsten entscheidend. Die Anführer des Schmalkaldischen Bundes, Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen, gerieten in kaiserliche Gefangenschaft und blieben bis 1552 in Haft.
Herzog Moritz von Sachsen (1521-1553), der als Protestant im Schmalkaldischen Krieg auf

der Seite der Katholiken kämpfte, erhielt für seine Dienste 1547 die sächsische Kurwürde. Kurfürst Moritz von Sachsen (seit 1547 Kurfürst) und andere protestantische Fürsten des Heiligen Römischen Reiches verbündeten sich 1552 im Schloß Chambord mit dem Erzfeind Frankreich (Heinrich II.) gegen den Habsburger Kaiser Karl V., um ihre protestantische Konfession zu wahren.
Im "Vertrag von Chambord" versprachen die protestantischen deutschen Fürsten dem französischen König Heinrich II. das Reichsvikariat über die Reichsstädte Metz, Toul und Verdun, wenn er sie gegen Kaiser Karl V. mit Hilfsgeldern unterstützen würde.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über den "Geheimvertrag von Chambord" (x063/235): >>Die Folgen des Verrats am Reiche und am deutschen Königtum im Jahre 1552 sind bis heute nicht verklungen.
In jenem Jahre schlossen Herzog Moritz von Sachsen, der hohenzollernsche Kurfürst von Brandenburg, Albrecht Alcibiades, und andere Fürsten mit König Heinrich II. von Frankreich, einem brutalen Verfolger des Protestantismus, ein Bündnis zum Schutze der deutschen protestantischen "Libertät".
Für Geld und Soldaten, die gegen das Reich verwandt werden sollten, verkauften sie ihm die Vogteirechte über die deutschen Städte über Metz, Toul, Verdun und Cambrai. Dadurch wurde die elsaß-lothringische Frage wiederbelebt und neugeschaffen, die seit dem verhängnisvollen Vertrag von Verdun von 843 soviel deutsches und französisches Blut gekostet hat.
Der Verrat von 1552 gab eine Vorahnung der Ereignisse des Dreißigjährigen Krieges, als im Namen derselben Libertät Richelieu, der Würger der französischen Protestanten, von den deutschen Protestanten zu ihrem Schirmherren gegen das Reich und das Kaisertum berufen wurde.<<

Augsburger Religionsfrieden

Kaiser Karl V. mußte im Jahre 1555 den Augsburger Religions- und Landfrieden (danach bestimmte der Landesherr die lutherische oder katholische Konfession seiner Untertanen) akzeptieren, obgleich Papst Paul IV. (Papst von 1555-1559) den Augsburger Religions- und Landfrieden entschieden ablehnte.
Der "Augsburger Religionsfrieden" beendete vorübergehend die Zeit der Religionskriege und erkannte die jeweilige Glaubenslehre an. Die Calvinisten blieben von dieser religiösen Duldung ausgeschlossen. Der Protestantismus setzte sich danach vor allem in Norddeutschland sowie in den nordischen und baltischen Ländern durch.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Augsburger Religions- und Landfrieden im Jahre 1555 (x331/452-453): >>… Im September 1555, schloß man den Augsburger Religionsfrieden. Er war nicht theologisch, sondern kirchenpolitisch motiviert und kam vor allem den Interessen protestantischer wie katholischen Fürsten entgegen, sicherte aber insbesondere den sich zur Augsburger Konfession bekennenden Fürsten und Reichsständen den Besitz der bis 1552 eingezogenen Kirchengüter zu …
Der Augsburger Religionsfrieden, ein Kompromiß, der viele Unklarheiten, viel Konfliktstoff barg, auch zunächst nur als Provisorium gedacht und vom Papst - jetzt Paul IV. - selbstverständlich verworfen, wurde ein Definitivum, wurde vom Westfälischen Frieden (1648) bestätigt und blieb bis zum Untergang des Reiches 1806 Reichsgesetz.
Der sogenannte Religionsfrieden förderte besonders das landesherrliche Kirchenregiment. Von echter Toleranz, von Gewissensfreiheit keine Spur. Die uneingeschränkte Religionsausübung, von den Lutheranern so energisch für sich beansprucht, gestanden sie auf ihren Territorien keinesfalls den Katholiken zu (und umgekehrt). Und ganz wurden Zwinglianer, Calvinisten, Täufer ausgeschlossen. Denn bei Frieden haben die Religionen immer nur an ihren eigenen gedacht.<<

Protestantischer Freiheitskampf der Niederländer

Nach dem Rücktritt des Kaisers Karl V. wurde das Riesenreich der Habsburger im Jahre 1556 in 2 Teile geteilt. Ferdinand I. (ein jüngerer Bruder des Kaisers Karl V.) wurde danach zum Kaiser gewählt und herrschte in Deutschland und Österreich-Ungarn, während Karls Sohn Philipp II. (1527-1598) nach der Teilung Spanien und das Kolonialreich in Mittel- und Südamerika sowie die Niederlande, die Freigrafschaft Burgund, Sizilien, Sardinien, Mailand und Neapel regierte.

Infolge dieser Habsburger Reichsteilung wurden die protestantischen Niederländer den katholischen Spaniern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Unter diesen Umständen war das endgültige Ausscheiden der Niederlande aus dem Heiligen Römischen Reich nur noch eine Frage der Zeit.

Die protestantischen Niederländer wehrten sich ab 1567 aktiv gegen die gegenreformatorischen Unterdrückungsmaßnahmen der spanischen Besatzer. In den niederländischen Kirchen fanden vielerorts "Bilderstürme" statt.

König Philipp II. von Spanien (1527-1598, Sohn des Kaisers Karl V., ein besonders fanatischer Anhänger der römisch-katholischen Gegenreformation), beauftragte danach 1567 den Herzog von Alba (1507-1582), die protestantischen Aufstände der Niederländer gewaltsam zu beenden.

König Philipp II. von Spanien ordnete am 16. Februar 1568 per Dekret an, alle niederländischen Ketzer gnadenlos zu verfolgen und alle Protestanten mit "Feuer und Schwert" zu vernichten, um den protestantischen Widerstand zu brechen.

Die spanischen Truppen besiegten die Flamen und marschierten im Jahre 1568 in Brüssel ein. Der spanische Herzog von Alba errichtete danach in den Niederlanden ein grausames Schreckensregiment. Alba rühmte sich später selbst, daß etwa 18.000 niederländische Rebellen hingerichtet worden seien (x194/48).

In einem niederländischen Spottvers der damaligen Zeit hieß es (x122/305):

>>Als Alba in die Hölle kam,
Er Luzifer beiseite nahm
Und meint, es möchte ihm wohl gebühren,
Die Inquisition – hier einzuführen.<<

Wilhelm von Oranien (1533-1584, Statthalter von Holland, Seeland, Utrecht und Westfriesland) rief die Bevölkerung der Niederlande im Jahre 1568 zum Widerstand auf (x247/102):

>>Es ist allen Einwohnern der Niederlande bekannt genug, wie die Spanier seit langem versucht haben, das Land nach ihrem Belieben zu regieren. Sie haben die niederländischen Untertanen bei Seiner Majestät so verleumdet, daß der Fürst die Einführung der Inquisition in den Niederlanden zugestanden hat. ...

Der Herzog Alba hat bereits die geschriebenen Rechte und Privilegien des Landes unterdrückt und sogar die von seiner Majestät selbst geschworenen Eide gebrochen.

Was können die guten Untertanen des Königs anderes von Alba erwarten, als gezwungen zu werden, entweder Jesus Christus zu verleugnen oder zum Märtyrertod verdammt zu werden, mindestens aber Besitz und Vaterland zu verlieren? ...

Da Wir nun sehen, daß die Wahrheit nicht zu den Ohren des Königs kommt, und da Wir inständig gebeten worden sind von den getreuen Untertanen Seiner Majestät der einen wie der anderen Religion, haben Wir die Waffen ergriffen. ...<<

Philip Marninx (1540-1598) verfaßte im Jahre 1568 während des niederländischen Freiheitskampfes den Text des trotziges Liedes der Geusen - der späteren Niederländischen Nationalhymne "Wilhelmus von Nassouwe" (x230/116):

>>Wilhelmus von Nassawe

bin ich, von teutschem blut,
dem vaterland getrawe
bleib ich bis in den todt.
Ein printze von Uranien
bin ich, frey unerfehrt,
den könig von Hispanien
hab ich allzeit geehrt.<<

Am 5. Juni 1568 ließ der spanische Herzog von Alba die niederländischen Staatsmänner Lamoraal Graf von Egmont (1522-1568, seit 1559 Staathalter von Flandern und Artois, ein Führer der niederländischen Adelsopposition gegen die spanische Besatzungsherrschaft) und Philipp II. Graf von Horne (1524-1568, seit 1559 Admiral, ein Führer der niederländischen Adelsopposition gegen die spanische Besatzungsherrschaft) als Hochverräter in Brüssel enthaupten.

Ein Zeitzeuge berichtete damals über die Hinrichtung eines Anführers der Geusen (x122/304-305): >>... Man schnitt ihm die Ohren ab, dann wurde er auf einer Leiter durch die Straßen und rund um den Marktplatz geschleift, dann zwickte man ihn an sechs Stellen mit glühenden Eisenstangen. Endlich wurde er auf dem Schafott mit Ketten an einen Pfahl mitten in einem Scheiterhaufen gefesselt, indem man auf seinem Haupte ein Gefäß mit Pech anbrachte, doch scheint er verschieden zu sein, ehe das Pech zu schmelzen begann.<<

Obwohl die spanischen Besatzer in den folgenden Jahren Tausende von protestantischen Niederländern grausam folterten und hinrichteten, ließen sich die Niederländer nicht von den Spaniern einschüchtern. Nicht selten öffneten die Geusen (niederländische Freiheitskämpfer) sogar Schleusen und Dämme, um die zahlenmäßig überlegenen Spanier in die Flucht zu schlagen (x144/236).

Der nordamerikanische Historiker John L. Motley (1814-1877) berichtete später über die Racheakte der protestantischen Geusen (x122/306): >>Bei mehr als einer Gelegenheit sah man Männer ... ihre eigenen Brüder aufhängen, die in den feindlichen Reihen gefangengenommen worden waren. (Sie) fanden ein stolzes Vergnügen an diesen Grausamkeiten. Ein Spanier hatte in ihren Augen aufgehört, ein Mensch zu sein. ...<<

Im Jahre 1581 versammelten sich die Vertreter der nördlichen Provinzen (Utrechter Union) in Den Haag, um sich vom spanischen König loszusagen. Wilhelm von Oranien erklärte die überwiegend protestantischen Provinzen im Norden der Niederlande für unabhängig (diese Unabhängigkeitserklärung der Niederlande wurde bis 1648 nicht anerkannt).

Prinz Wilhelm von Oranien (Statthalter von Holland und Seeland, seit 1573 Protestant) wurde im Jahre 1584 in Delft durch einen katholischen Attentäter ermordet.

Die Niederländer führten ihren erbitterten Freiheits- und Glaubenskampf schließlich bis 1648 unbeirrt weiter.

Die Jesuitenreduktionen in Lateinamerika

Im Jahre 1566 trafen die ersten Jesuitenmissionare in Lateinamerika ein und entwickelten dort einen neuartigen Missionsstil. Die Jesuiten richteten sogenannte "Reduktionen" ein, um angeblich vor allem die Unterdrückung und Ausbeutung der indigenen Bevölkerung zu verhindern.

Bei den Reduktionen der Jesuiten in Lateinamerika handelte es sich um geschlossene Schutzgebiete, die Kolonisten nicht betreten durften. In den Reduktionen lebten bis zu 1.000 Menschen. Die Leitung der Reduktionen übernahmen oft zwei Jesuiten, die nicht nur für die Seelsorge, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Siedlung verantwortlich waren. Die Jesuitenreduktionen waren den jeweiligen Provinzialgouverneuren unterstellt, die als Vertreter der spanischen Krone alle Missionare kontrollierten.

Im Mittelpunkt jeder Siedlung stand die Kirche. Jede Familie erhielt ein eigenes Heim. Der

größte Teil des Bodens war Gemeineigentum. Die erwirtschafteten Produkte kamen mehrheitlich der Gemeinschaft zugute und ein geringer Teil mußte als Steuern an die spanische Krone abgeführt werden.
Obgleich das Reduktionssystem der indigenen Bevölkerung ein sorgenfreies und sicheres Leben garantierte, fand keine angemessene Emanzipation der Ureinwohner statt. Die Jesuiten verzichteten in ihren Reduktionen bewußt darauf, die indigene Bevölkerung zu selbständig handelnden Menschen zu erziehen. Sie förderten kein eigenes Denken und persönliches Handeln, sondern sie verlangten in erster Linie unbedingten Gehorsam.
Die Missionare verhinderten dadurch jegliche Ansätze von Eigeninitiative und Selbständigkeit. Alle Initiativen gingen vom Jesuitenpater aus, so daß die indigene Bevölkerung weitgehend von dieser Führungsperson abhängig war. Da der Einzelne nur geringe soziale Aufstiegsmöglichkeiten erhielt, entwickelten sich auch keine indigenen Führungspersönlichkeiten. Die Jesuiten behielten immer ihre Rolle als Vormund und behandelten die indigene Bevölkerung nicht wie gleichberechtigte Partner.
Auf der Webseite "http://vatikanische-nwo.blogspot.com …" erscheint später (am 9. Februar 2006) folgender Bericht über die Jesuitenreduktionen in Lateinamerika (x997/…):
>>**Kommunismus und die Illuminati**
… Hier sind einige im allgemeinen unbekannte Fakten über "Kommunismus und die Illuminati":
Einige Leute, sogar in den "Alternativen Medien", sagen uns, daß "die Juden" uns sowohl Kommunismus als auch die Illuminati brachten. Aber ist das wahr? Waren dort mächtigere Kräfte "hinter den Kulissen" am Arbeiten, die uns sowohl Kommunismus als auch die Illuminati brachten?
Man kann als guten Einwand bringen, daß angewandter "moderner Kommunismus" ziemlich wahrscheinlich auf den von Jesuiten betriebenen Reduktionen (d.h. Kommunen) in Paraguay im 17ten und frühen 18ten Jahrhundert geboren wurde! Jawohl, jesuitische Priester zwangen Indianer in Paraguay in "Kommunen", wo ihre "Sklavenarbeit" vom Jesuitenorden ausgebeutet wurde.
Eric Jon Phelps, Autor des Buches Vatican Assassins berichtet uns: "Die (paraguayischen) Reduktionen (d.h. Kommunen) produzierten unerhörten Reichtum für den (römisch-katholisch-jesuitischen) Orden durch die Benutzung von hunderten von tausenden von (indianischen) Sklaven ... Des Ordens utopische Reduktionen, auf deren Basis Sozialismus/Kommunismus perfektioniert wurde, schloß Zentralbanken genannt "Lagerhäuser" ein, universelle Gleichheit und universelle Männer- und Frauenarbeit. Die Güter, die durch diese Sklavenarbeit produziert wurden, wurden dem internationalen Handel mit des (jesuitischen) Ordens riesiger Flotte von "Schwarzen Schiffen" zugeführt".<<

Die Bartholomäusnacht in Frankreich

Die französische Königin Katharina von Medici (1519-89) ließ in der sogenannten Bartholomäusnacht am 23. und 24. August 1572 mindestens 20.000-30.000 Hugenotten (französische Protestanten) niedermetzeln (x199/152). Allein in Paris wurden mindestens 2.000 Hugenotten, die angeblich eine Verschwörung planten, ermordet (x142/216).
Zeitzeugen berichteten damals über die Bartholomäusnacht in Paris (x255/180): >>Am gleichen Abend berief das Haupt der Verschwörung, der Herzog von Guise, einige französische und schweizerische Hauptleute zu sich und erklärte ihnen: "die Stunde ist gekommen, wo es auf Befehl des Königs Rache zu nehmen gilt an den Feinden Gottes. Die Bestie ist ins Garn gegangen und darf keine Gelegenheit haben, sich zu retten; jetzt sind Ehre und Gewinn um ein Geringes zu erwerben. ..."
Die Luft halte wider vom Geschrei der Sterbenden und derer, die man ausraubte, ehe man sie umbrachte. Verstümmelte Leichname wurden aus den Fenstern herabgeworfen, die Torwege

waren versperrt durch die Leiber der Ermordeten und der Sterbenden, die Fahrbahnen der Straßen von denen, die man dahinschleifte – nicht über das Pflaster, sondern über das dahinströmende Blut. Die Menge der Toten – Männer, Frauen, Kinder, soeben erst Geborener sogar – war nicht zu zählen ...<<

In einem Lied "wider die Hugenotten", das nach der Bartholomäusnacht entstand, hieß es (x122/267):

>>Die Zahl der toten Leiber / man ganz unmöglich kennt.
So viele Männer wie Weiber / ohn' Aufenthalt und End'.
Färben in diesen Tagen / des Schreckens das Wasser rot,
um die Kunde zu tragen / bis nach Rouen ohne Boot ...<<

Die französische Historikerin Janine Garrisson schrieb später über die Bartholomäusnacht in Frankreich (x075/155-156): >>Eine Liste der Todeskandidaten wird erstellt; man beschließt, die Erbprinzen zu verschonen: Navarra, Condé. Die oberste Pariser Stadtbehörde wird in den Palast bestellt, ihr wird aufgetragen, die Stadttore zu schließen, die Boote am rechten Flußufer festzumachen und die Bürgerwehr bewaffnen zu lassen. ...

Die Bartholomäus-Nacht hätte lediglich ein politisches Verbrechen bleiben können, das sich auf ein paar hundert Opfer beschränkt. Im Morgengrauen aber löst das Volk von Paris die offizielle Macht ab und stürzt sich auf die Protestanten in der Stadt. Das Gemetzel währt 3 Tage, in denen die Stadt mit ihren geschlossenen Toren einem Tollhaus gleicht. ...

Die Bartholomäus-Nacht ist nicht nur ein Drama in Paris. Es gibt, wie Michelet sagt, eine ganze Bartholomäus-Saison. Aufgerührt durch die aus der Hauptstadt eintreffenden Nachrichten, stürzt sich die katholische Bevölkerung von Rouen, Meaux, Orleans, Troyes, Bourges, Saumur, Lyon ... auf die Reformierten und bringt sie um. Etwas später, im Oktober, gibt es in einigen Städten im Süden des Landes – in Gaillac, Bordeaux, Toulouse – die gleichen Gewaltausbrüche. Das Verhalten der Mörder ist aber ein anderes, es sind nicht mehr die hysterischen Bartholomäusmörder des Nordens. Hier rechnen vielmehr auf ganz banale Weise die verschiedenen Führungscliquen miteinander ab.

Die Tage des Jahres 1572 sind so dramatisch, daß Verantwortliche dafür gefunden werden müssen. An erster Stelle die führenden Köpfe der königlichen Politik, die Guise, Nevers, Birague, Retz, Katharina von Medici und, in geringerem Maße, auch Karl IX. In einer Ratssitzung haben sie einen politischen Mord vorbereitet; als dieser scheitert, hat sie die Angst zur Proskription (Ächtung) getrieben. Es war aber das Volk – von Paris oder Meaux, von Lyon oder Bourges -, das einen wesentlichen Anteil an den Massakern hatte. Es schnitt den Protestanten die Kehle durch, schleifte sie durch die Straßen, warf sie ins Wasser, verstümmelte die Leichen, als sei der Tod nicht Bestrafung genug gewesen. ...

Für die einfachen Gemüter, die von den Reden der Pfarrer und Prediger aufgehetzt werden, ist der Protestant seit mehr als 10 Jahren der Häretiker, der Sündenbock für alle Übel der Zeit. Fast 10 Jahre hat man den König wegen seiner Toleranz und Zurückhaltung für schuldig gehalten. ... Die Leute in Paris glaubten an diesem Augustende des Jahres 1572, daß ihr König sich mit dem Mord an den führenden Hugenotten endlich auf seine heilige Pflicht besonnen hätte; auf diese lange erwartete Geste hin verwandelte sich das Volk in den Vollstrecker einer Läuterung des Königreiches und wurde bei seiner Aufgabe von den Zeichen göttlicher Billigung unterstützt.<<

Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb später über die Bartholomäusnacht (x065/-238): >>... Drei Jahrzehnte tobte das Ringen um die Macht im Staate. Verschärft wurde der Kampf durch das Eintreten der Hugenotten für den Freiheitskampf der Niederlande gegen Spanien. Truppen der Spanier und der Kurie fochten auf Seiten der katholischen Partei, protestantische Söldner aus der Pfalz im hugenottischen Lager.

Der Höhepunkt des Bürgerkrieges war 1572 die Bartholomäusnacht: Anläßlich der Hochzeit

Heinrichs von Nassau mit Margarethe von Valois wurden Admiral Coligny und viele hohe Führer der Hugenotten planmäßig ermordet. Ein blutiges Gemetzel, ein grauenhafter, fanatisierter Kampf aller gegen alle war die Folge. Ein Ende gab es erst, als der Bourbone Heinrich IV., der in der Bartholomäusnacht mit knapper Not vor seinen Mördern in sein kleines Reich Navarra hatte flüchten können, zum Katholizismus zurückkehrte ...<<

König Heinrich IV. (1553-1610, anfangs König von Navarra, bis 1592 Führer der Hugenotten, ermordet) gewährte den Hugenotten im Jahre 1598 die Vorrechte des "Edikts von Nantes" (x194/54, x235/293): >>Wir ordnen an, daß die römisch-katholische, apostolische Religion an allen Stellen und Orten unseres Königreiches und den Ländern unseres Gehorsams, wo die Ausübung derselben untersagt war, wiederhergestellt und eingesetzt wird, damit sie dort ruhig und frei und ohne irgendwelche Unruhen und Unterbrechungen ausgeübt wird.

Um den Unruhen und Zwistigkeiten unter unseren Untertanen keinerlei Gelegenheit zu geben, haben wir erlaubt und erlauben wir den Anhängern der reformierten Religion, an allen Städten und Orten unseres Königreichs und den Ländern unseres Gehorsams zu leben und zu wohnen, ohne unterdrückt, verfolgt oder beleidigt zu werden. Auch sollen sie nicht veranlaßt werden, in der Angelegenheit ihrer Religion etwas zu tun, was gegen ihr Gewissen ist. ...<<

>>... 14. Wir verbieten ausdrücklichst, die genannte Religion an Unserem Hofe und in Unserem Gefolge, ebensowenig in Unserer Stadt Paris und in einem Umkreis von 5 Meilen außerhalb dieser Stadt auszuüben. ...

17. Wir verbieten allen Predigern, Professoren und anderen, die öffentlich auftreten, irgendwelche Worte, Reden und Äußerungen zu gebrauchen, die den Zweck haben, das Volk aufzuwiegeln; vielmehr haben Wir ihnen eingeschärft und schärfen Wir ihnen ein, sich zu mäßigen und sich bescheiden aufzuführen und nichts zu sagen, was nicht zur Belehrung und zur Erbauung der Zuhörer dienen kann.

18. Wir verbieten auch allen Unseren Untertanen, von welchem Rang und Stand sie immer seien, durch Gewalt oder Verführung Kinder von Anhängern der genannten Religion gegen den Willen ihrer Eltern wegzunehmen und sie in der katholischen, apostolischen und römischen Kirche taufen oder konfirmieren zu lassen. ...

20. Die Anhänger der genannten Religion sollen auch die Feste der katholischen, apostolischen und römischen Kirche beobachten und halten, und sie können an diesen Festtagen und an anderen verbotenen Tagen weder arbeiten noch in offenen Läden verkaufen oder zum Verkauf anstellen ...<<

Das Edikt von Nantes gewährte den Hugenotten in Frankreich im Jahre 1598 erstmals Glaubensfreiheit (dieses Edikt wurde jedoch 1685 widerrufen).

Um die Glaubenseinheit der französischen Kirche wiederherzustellen, ließ König Ludwig XIV., der seit seiner Kindheit unter dem Einfluß der katholischen Jesuiten stand, im Jahre 1685 durch das Edikt von Fontainebleau die Religionsfreiheit der Hugenotten (Edikt von Nantes, 1598) aufheben.

Der französische Historiker Pierre Miquel (1930-2007) schrieb später über die Verfolgung der Protestanten in Frankreich seit 1685 (x075/157): >>Die große Dragonade des Jahres 1685 und 1686 ... läßt sich nur aus dem Willen erklären, niederzutreten, um dann mit brutaler Gewalt zu herrschen. Sie bezeichnet eine entscheidende Etappe der Politik des Königs gegenüber den Hugenotten: den Übergang von der rechtlichen Ahndung zur regelrechten Verfolgung.

Ziel ist jedoch nicht die Niedermetzlung, sondern das Verschwinden der Gruppe, die als Gruppe ausgeschlossen wird, also der konfessionelle Übertritt. Die Dragoner werden bei den Einheimischen untergebracht, um zu terrorisieren; sie plündern, zerstören, vertreiben, mißhandeln, vergewaltigen, töten, hungern aus – mit ausgezeichnetem religiösen Erfolg!<<

Ab Juli 1685 durften protestantische Buchhändler und Drucker ihre Arbeit nicht mehr ausüben und erhielten Berufsverbot (x075/157).

Aufgrund des Edikts von Fontainebleau flohen mehrere hunderttausend Hugenotten nach Brandenburg, Württemberg, Hessen, in die Pfalz, nach Holland, in die Schweiz und nach England (x056/28).

Schlußbemerkungen

Im Verlauf der fast 100jährigen katholischen Gegenreformation wurden unzählige ehrenhafte protestantische Christen wegen ihres Glaubens als Ketzer inhaftiert, gefoltert, verbrannt, gehängt oder enthauptet, wenn sie nicht rechtzeitig die katholischen Länder verlassen konnten. Die Jesuiten schändeten sogar die Gräber der Protestanten. Sie ließen z.B. vielerorts tote Protestanten ausgraben, um sie anschließend öffentlich als Ketzer zu verbrennen und ihre Asche ins Wasser zu werfen. Nicht nur die Ketzer, auch Bibeln, Gesangbücher und Katechismen der Protestanten wurden auf Scheiterhaufen verbrannt.

Horst Deckert berichtete später in seinem Internet-Blog "https://www.offenbarung.de …" über den katholischen Jesuitenorden (x989/…): >>… **Wie finden Sie das Managementmodell der Jesuiten?**

… Die meisten großen protestantischen Lehrer, wie Wyclif, Calvin, Wesley, Finney, Moody, Spurgeon, und viele andere glaubten (auch Luther), daß die römisch-katholische Institution die "Mutter der Hurerei und aller Greuel auf Erden" sei. Die Offenbarung in der Bibel beschreibt in Kapitel 17 nicht das alte Babylon, sondern den Vatikan in den heutigen Tagen!

Kein anderes religiöses System in der Welt nennt sich selbst "Mutter". Sogar ihre Farben sind in der Bibel beschrieben, "scharlach" und "purpur", Symbole der Autorität. Kein anderes religiöses System hat die Kräfte: politisch und religiös. Die "Mutter der Greuel" hat viele Kinder ... Sie wurden von Satan durch den Vatikan erschaffen und unterhalten, um Tod und Elend über Millionen von Menschen zu bringen. Das ist eines der am strengsten gehüteten Geheimnisse moderner Zeit."

"... Weil das große römische Imperium zerfiel, wechselten die Cäsaren ihre Kleidung und zogen sich religiöse Kostüme an; aber ihr satanisches, religiöses System blieb. Sie gaben ihren alten Göttern neue Namen. Jupiter wurde der Apostel Petrus, Venus die Jungfrau Maria usw. Wegen der schweren Christenverfolgung funktionierte die wahre Gemeinde Christi seit dem Jahre 60 n. Chr. nur im Untergrund (Katakomben).

"... Ignatius von Loyola (1491-1556). Er war der Erfinder der "Gesellschaft Jesu" = Societas Jesu (S. J.), des Jesuiten- Ordens. Er gründete auch die "Illuminati" (= Erleuchteten) und wurde der erste Jesuiten-General. Dank der Unterstützung der römisch-katholischen Institution wurde er 1622 zum Heiligen gemacht (Denkmal in der Kirche Del Gesu in Rom). Er war ein satanisches Genie und baute eine Armee spezieller Priester auf, die völlig der Disziplin und Ordnung untertan waren. Sie haben Kriege gestartet, Könige und Präsidenten ermorden lassen (z.B. Abraham Lincoln) und werden alles tun, um Leben oder Ruf dessen zu vernichten, der es wagt, ihnen im Wege zu stehen.

Die Jesuiten waren aus fast allen Nationen hinausgeworfen worden, mit Ausnahme der USA, wo sie sehr aktiv sind in der Politik, der US-Einwanderung usw. Ihre Aufgabe ist es, jedermann so weit zu bringen, daß sie auf ihre Knie fallen, um den Papst als den Stellvertreter Jesu Christi auf Erden anzuerkennen und sich völlig seiner Macht zu unterwerfen. Der Jesuiten-General ist bekannt als der "Schwarze Papst". Er regiert in Wirklichkeit den Vatikan hinter den Szenen; und Satan leitet den schwarzen Papst.

Die meisten Bücher über die Jesuiten sind entweder vermißt, verbrannt oder werden nicht mehr gedruckt. Nicht nur Bücher, sondern auch Ex-Jesuitenpriester sind entweder spurlos verschwunden oder tot. Waren bzw. sind die Jesuiten auch im 20. Jahrhundert tätig? ... Was Sie jetzt lesen werden, wird Ihnen die Haare zu Berge stehen lassen! ...

Gott helfe uns, sollten die USA ein Konkordat mit dem Vatikan unterschreiben! Verhandlungen sind im Gange. Die religiöse Maschine dieser Zeit ist sehr alt ..."

"Ein Bindeglied ist heute gefunden, nämlich im Obelisk, der eine viereckige Säule ist, die in die 4 Himmelsrichtungen weist. Auf der Spitze befindet sich eine Pyramide. Diese repräsentiert eine Kombination von religiöser und politisch-weltlicher Macht. Der Obelisk befindet sich in Ägypten, in den USA (Washingtonmonument) und im Vatikan. Für die Freimaurer, die Jesuiten und Illuminati steht es als geheimes Symbol für "Eine-Welt-Regierung".<<

02.09.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. September 2024 (x1.401/…): >>**Sensation: AfD bei Jungwählern in Thüringen und Sachsen auf Platz 1!**

Das Wahlbeben vom gestrigen Sonntag ist eine historische Zäsur: In Thüringen wurde die AfD erstmals stärkste Kraft bei einer Landtagswahl - und in Sachsen erzielten wir mit mehr als 30 Prozent ebenfalls ein Top-Ergebnis. Die üblichen Verdächtigen aus dem linksgrünen Bereich reagieren hysterisch mit Wählerbeschimpfung und Realitätsverweigerung. Doch die bitterste Packung für die selbsternannten linken Tugendwächter zeigt sich beim Blick auf das Wahlverhalten der Jungwähler zwischen 18 und 24 Jahren: Die AfD ist in beiden Bundesländern die mit Abstand stärkste Kraft bei jungen Menschen!

Mit einem Stimmanteil von 38 Prozent konnte die Thüringer AfD ihre Zustimmungswerte in dieser Altersgruppe um satte 15 Prozent steigern. In Sachsen entschieden sich 31 Prozent der Jungwähler für die AfD (+ 11 Prozent). Das ist ein unmißverständliches Signal: Die Jugend zeigt dem Greta-Zeitgeist die rote Karte und denkt um! Junge Menschen haben die Nase voll von importierter Messerstecher-Gewalt, von ideologisiertem Trans-Kult und von Gender-Sprachzerstörung. Sie denken realistisch und pragmatisch und wollen kein aufgesetztes grünes Moralisieren.

Gerade die jungen Menschen baden in den Schulen die verheerende Migrationspolitik der etablierten Parteien aus. Sie erkennen deshalb, daß die Propaganda der Mainstream-Medien meilenweit von der Realität entfernt ist. Und sie erkennen, daß die explodierende Staatsverschuldung infolge von Ideologie-Projekten ihre Zukunft zu verspielen droht. Die AfD steht diesen jungen Menschen bei und verleiht ihnen die Stimme, die grüne Lehrer ihnen gerne verweigern würden. Wir werden die Politikwende umsetzen - gemeinsam mit den jungen Menschen und mit allen Generationen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. September 2024 x1.402/…): >>**Ampel röchelt ihrem Ende entgegen: SPD will "besser erklären" - Abgesang bei den "Grünen"**

Nach ihrer vernichtenden Niederlage bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen röchelt die Chaos-Ampel ihrem Ende entgegen. Während die SPD wieder einmal alles "besser erklären" will, glauben die "Grünen" nicht mehr an die eigenen Durchhalteparolen. Und schon fallen die Deutschland-Zerstörer wieder übereinander her!

Einen "schweren Tag für die Demokratie", so nannte SPD-Chefin Saskia Esken die demokratischen (!) Wahlergebnisse in Sachsen und in Thüringen. Sie müßten "wachrütteln", sagte sie nach dem Scherben-Gericht im SPD-Bundesvorstand.

Und mal wieder lautet die Lehre, die die SPD aus dem neuen Wahlbeben zieht: "Wir müssen den Menschen die Politik besser erklären." Gleichzeitig müsse sich die "Kanzlerpartei" SPD stärker innerhalb der Koalition profilieren. So ähnlich hatte es auch nach der Europawahl Anfang Juni geklungen.

Genossin Esken will von Bundeskanzler Olaf Scholz zwar nicht fordern, seine Richtlinienkompetenz stärker auszuspielen. Trotzdem sagte sie: "Die SPD muß zeigen, daß sie die Regierung anführt, und daß wir auch umsetzen können, was wir wollen."

Deutlicher wurde Juso-Chef Philipp Türmer. Er will sich auf Scholz als Kanzler nicht mehr festlegen. Es brauche eine inhaltliche Strategie. Abhängig davon müßten dann "auch Personal-

fragen" geklärt werden.

Grüne wollen keine "Durchhalteparolen" mehr

Besser erklären, weniger streiten? "Grünen-Chefin" Ricarda Lang ließ vor der Hauptstadt-Presse durchblicken, daß sie an diese Erwartung nicht mehr glaubt. "Die Leute haben keine Lust auf Durchhalteparolen, die sich als falsche Versprechen entpuppen", sagte sie. Zwar will sie aus durchaus nachvollziehbaren Gründen - Stichwort Pfründe - die Chaos-Ampel nicht vorzeitig beenden, aber ihre Worte klangen bereits wie ein Abgesang: "Die Regierung hat es bisher nicht geschafft, dem Land die Stabilität zu geben, die es verdient." Jetzt gehe es darum, sich auf bestimmte Projekte zu konzentrieren, die man noch zusammen umsetzen könne.

Mit anderen Worten: Zerstören, was noch nicht zerstört ist!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. September 2024 (x1.402/…): >>**Machtkampf in der FDP: Lindner hält gegen Kubicki an Ampel fest - Warum wohl?**

Trotz der Pulverisierung seiner sogenannten Liberalen in Sachsen und Thüringen hält FDP-Chef Christian Lindner todesmutig an der abgewirtschafteten Chaos-Ampel fest. Eine rein pekuniäre Erklärung dafür dürfte auf der Hand liegen. Hinter den FDP-Kulissen bahnt sich derweil ein Aufstand gegen das Partei-Establishment an. Will FDP-Vize Wolfgang Kubicki den Totalversager Lindner stürzen?

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner bekennt sich auch nach dem existentiellen Debakel seiner Partei bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen zur Ampelkoalition im Bund. Die FDP stehe zu ihren gegebenen Worten und zum Koalitionsvertrag, sagte der Bundesfinanzminister in Berlin. Er widersprach ausdrücklich dem gescheiterten thüringischen FDP-Spitzenkandidaten Thomas Kemmerich, der einen sofortigen Ausstieg der "Liberalen" aus der Ampel fordert. "Hier haben wir unterschiedliche Auffassungen", sagte Lindner.

Der Grund für diese unterschiedlichen Auffassungen dürfte auf der Hand liegen: Sollten die vier FDP-Minister die Regierung vorzeitig verlassen, ohne daß es zu Neuwahlen käme, hätte keiner von ihnen einen Pensionsanspruch! Das wäre dann der Fall, wenn Olaf Scholz (SPD) versuchen sollte, bis zur nächsten regulären Bundestagswahl in einem Jahr mit einer "rot-grünen" Minderheitsregierung weiterzumachen.

An der FDP-Basis braut sich derweil ganz offensichtlich ein Aufstand gegen Lindner zusammen. FDP-Vize Wolfgang Kubicki hat sich an die Spitze der Frondeure gesetzt: "Das Wahlergebnis zeigt: Die Ampel hat ihre Legitimation verloren. Wenn ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft ihr in dieser Art und Weise die Zustimmung verweigert, muß das Folgen haben ... Die Menschen haben den Eindruck, diese Koalition schadet dem Land. Und sie schadet definitiv der Freien Demokratischen Partei."

Wartet der FDP-Vize und Bundestags-Vizepräsident nur noch auf den Ruf: "Retten Sie die Partei, Herr Kubicki …"?

FDP-Chef Lindner, dem das Wasser inzwischen bis Oberkante Unterlippe zu stehen scheint, versucht sich mit großen Tönen in Selbstrettung: "Die Menschen haben die Schnauze voll!" Da ist was dran: Deutschland hat die Schnauze voll auch von Ihnen, Herr Lindner! Sie haben fast drei Jahre lang das Schlimmste nicht verhindert - Sie haben es erst möglich gemacht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. September 2024 (x1.399/…): >>**EU importiert mehr Gas aus Rußland als aus den USA**

Zum ersten Mal seit zwei Jahren importierte die EU 2024 mehr Gas aus Rußland als aus den USA. Dies berichtet Bluewin Tschechien, basierend auf Daten des Brüsseler Beratungsunternehmens Bruegel. …

Laut dieser Statistik kaufte die EU im zweiten Quartal (April bis Juni) dieses Jahres 12,7 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Rußland und "nur" 12,3 Milliarden Kubikmeter aus den Vereinigten Staaten. Gleichzeitig gingen die Lieferungen aus Rußland im Vergleich zum ersten Quartal 2024 leicht, die Lieferungen aus den USA aber stärker zurück.

Bereits zuvor hatte auch Reuters berichtet, daß Europa im Juli dieses Jahres eine Rekordmenge an Pipelinegas aus Rußland gekauft habe. Der Anstieg erklärt sich durch den Abschluß von Reparaturarbeiten an der Turkstream-Pipeline von Rußland in die Türkei und den saisonalen Energiebedarf vor dem Winter.
Auch der Gastransit durch die Ukraine stieg auf 91,5 Millionen Kubikmeter, was einem Plus von 5,66 Prozent gegenüber dem Vorjahr und einem Anstieg von 11,86 Prozent gegenüber Juni entspricht.
Zuvor hatte Frankreich die Importe von russischem Flüssigerdgas um 50 Prozent erhöht. Nach Angaben des Centre for Energy and Clean Air Research waren Ungarn, Frankreich, die Slowakei, Spanien und die Tschechische Republik die größten Importeure russischer fossiler Brennstoffe in der EU.
Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. September 2024 (x1.403/…): >>**"Deutschland überzog die ganze Welt mit Leid": ZDF-Journalistin bringt AfD-Erfolg mit Überfall auf Polen in Verbindung**
"Schwer erträglich" - so beschreibt ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten das Wahlergebnis in Thüringen, wo die AfD zur stärksten Kraft aufgestiegen ist. Sie zieht eine Parallele zum 1. September 1939: "Deutschland überzog die ganze Welt mit Leid und Tod".
Christopher Martens
Die ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten hat das Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen in einem Kommentar als "schwer erträglich" bezeichnet. Parallelen zog sie zwischen dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem Wahlsieg der AfD in Thüringen: "Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem Angriff der Wehrmacht auf Polen. Deutschland überzog die ganze Welt mit Leid und Tod, ermordete 6 Millionen Juden", leitete Schausten ihre gewagte Darstellung ein.
Exakt 85 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs sei in Thüringen eine Partei zur stärksten politischen Kraft geworden, die "laut Verfassungsschutz erwiesen rechtsextremistisch ist", erklärte die ZDF-Chefredakteurin daraufhin. Die Parallelen zu düsteren Kapiteln der deutschen Geschichte liegen für Schausten auf der Hand. Der "Kandidat an der Spitze", Björn Höcke, redet wie ein Faschist und dürfe auch so genannt werden.
Das Wahlergebnis sei "schwer erträglich" und mache diesen Tag zu einer "politischen Wegmarke" sowie "einer Mahnung an die Nachgeborenen". Über 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler hätten sich für eine rechtsextreme Partei entschieden. "Zum allergrößten Teil sind das keine Neonazis, aber - und das ist nicht weniger erschütternd - es ist ihnen egal, rechtsextrem zu wählen", führte sie aus.
Auch das "Protestangebot" am "gegenüberliegenden Rand" blieb nicht unerwähnt. Das neu gegründete Bündnis Sarah Wagenknecht sei "populistisch" und habe erkennbare Sympathien für autoritäre Führung. "Zusammen marschieren AfD und BSW Richtung 50 Prozent, während man die anderen Parteien beobachten kann, wie sie sich verrenken, um irgendwie noch ein demokratisches Bollwerk zu zimmern", so ihr Fazit.
Die ZDF-Journalistin fordert einen "Schulterschluß der Demokraten" - doch dieser müsse mehr sein als eine bloße Floskel. Wer glaube, die aktuelle Lage als bloße Ost-Anomalie abtun zu können, liege "falsch". Vielmehr müsse die Demokratie jetzt "Strahlkraft entwickeln", ansonsten "gerät sie überall in Gefahr". Ihre abschließende Mahnung: "Die Demokratie muß ihr bestes Bild abgeben, beweisen, daß sie Probleme lösen kann und handlungsfähig ist."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. September 2024 (x1.404/…): >>**Nach Wahl-Desaster: Lang blubbert und schwurbelt um den heißen Brei**
Die Grünen drängen nach ihrem schwachen Abschneiden bei der Landtagswahl in Sachsen

und ihrem Ausscheiden aus dem Landtag in Thüringen auf Änderungen in der Ampel-Politik. Es reiche nicht zu sagen, "einfach nur besser kommunizieren" zu müssen, sagte Grünen-Chefin Ricarda Lang am Montag in Berlin. Offensichtlich habe man es nicht geschafft, in einer Zeit, die für viele mit Unsicherheit verbunden sei, "den Menschen die notwendige Stabilität zu geben". Es sei zwar "einiges Neues" auf den Weg gebracht worden, "aber es ist nicht gelungen, diese neue Stabilität zu schaffen".
Und das sei die Aufgabe, vor der man stehe. "Da müssen wir auch inhaltlich liefern", so Lang. Nötig sei es, sich "auf ein paar wesentliche Themen" zu konzentrieren und dort Kompromisse miteinander einhalte, fügte die Parteivorsitzende hinzu. Man müsse den Menschen die Sicherheit, die sie ja oft in ihrem Alltag suchten, auch im Regierungshandeln geben. "Hier wäre das A und O für mich Verläßlichkeit", so Lang. Man müsse zu den Entscheidungen stehen, die man getroffen haben. Kompromisse dürften "nicht immer wieder aufgemacht werden".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. September 2024 (x1.404/…): >>**Vorläufiges Endergebnis Sachsen: CDU vor AfD, SPD 7,3 %, FDP 0,9 %**
Bei der Landtagswahl in Sachsen ist die CDU laut vorläufigem Endergebnis nun doch relativ deutlich stärkste Kraft vor der AfD geworden, nachdem es im Laufe des Wahlabends vorübergehend knapp aussah. Nach Auszählung aller Stimmbezirke kommt die CDU auf 31,9 Prozent, vor der AfD, die 30,6 Prozent erzielt.
Dahinter folgen BSW (11,8 Prozent), SPD (7,3 Prozent) und Grüne 5,1 Prozent. Die Linken sind mit 4,5 Prozent ebenfalls in voller Fraktionsstärke im neuen sächsischen Landtag vertreten, weil sie in Leipzig zwei Direktmandate geholt haben. Die Freien Wähler kommen beim Zweitstimmenergebnis auf landesweit 2,3 Prozent, erhalten aber auch einen Sitz.
Der langjährige Oberbürgermeister von Grimma, Matthias Berger, hat im Wahlkreis Leipzig Land III ein Direktmandat geholt. Bemerkenswert: Nach dem landesweiten Erststimmenergebnis kommen die Freien Wähler damit auch auf immerhin 4,8 Prozent.
Nicht im Landtag sind die "Freien Sachsen" mit 2,2 Prozent, ganz weit abgeschlagen ist die FDP mit 0,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 74,4 Prozent. Zur Sitzverteilung machte die Landeswahlleitung in der Nacht zunächst noch keine Angaben. Ministerpräsident Michael Kretschmer muß sich für eine stabile Mehrheit aber wohl neue Partner suchen, weil es allein mit den bisher mitregierenden Grünen und der SPD wohl nicht reicht. Und weil es Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen AfD und Linke gibt, kommt wohl das BSW ins Spiel.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30295" berichtet am 2. September 2024 (x1.400/…): >>**Wenn die Telegram-Blase platzt ... Sind wir bereit?**
Auf Telegram wurden hunderttausende Corona-Impffolgen vom Volk fürs Volk dokumentiert. ... Unzählige Volksstimmen auf Telegram beweisen globale Verbrechen an der Menschheit ... Was passiert, wenn die sozialen Netzwerke unter Gleichgesinnten auf Telegram in sich zusammenfallen ... melden Sie sich bei uns unter www.kla.tv/telegram-sichern - Wir setzen uns für eine Sicherung aller relevanten Telegram-Kanäle ein.
Der Telegram-Gründer Pawel Durow wurde am Samstag, 24. August 2024 in Frankreich festgenommen. Nach mehreren Tagen Haft wurde Durow unter strikten Auflagen freigelassen. Er mußte 5 Millionen Euro Kaution hinterlegen, darf das Land nicht verlassen und muß sich mehrmals pro Woche bei der Polizei melden. Es drohen ihm über 10 Jahre Gefängnis.
Der Vorwurf: Durow soll nicht genug gegen die kriminelle Nutzung seines Messenger-Dienstes unternommen haben. Die Ermittlungen beziehen sich auf zwölf mögliche Straftaten. Darunter: Beihilfe zum Besitz von kinderpornografischen Bildern, Drogenhandel und organisierter Betrug. Die Verhaftung sorgt international für Aufsehen: Edward Snowden nannte die Verhaftung von Durow auf seinem X-Kanal "einen Angriff auf die grundlegenden Menschenrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit."
Tatjana Moskalkowa, die Menschenrechtsbeauftragte Rußlands, bezeichnete den wahren An-

laß für die Verhaftung "den Versuch, Telegram zu schließen". Telegram sei eine Onlineplattform, auf der man die Wahrheit darüber erfahren kann, was auf der Welt passiert.
Mehr als 900 Millionen Menschen nutzen das soziale Netzwerk Telegram. Pawel Durow hat sich immer wieder als Verfechter absoluter Meinungsfreiheit bezeichnet und besitzt nach eigenen Angaben 100 % der Anteile an Telegram. Im Interview mit dem Fernsehmoderator Tucker Carlson berichtete er von Versuchen verschiedener Regierungen und Akteure, Kontrolle über Telegram zu erlangen. Diese habe er erfolgreich abgewehrt.
Pawel Durow durchlief im Jahr 2017 das Young Global Leaders Programm des WEF (Weltwirtschaftsforums), gegründet von Klaus Schwab. Ist Pawel Durow dem WEF-Gründer im wahrsten Sinne des Wortes aus der Schule gelaufen oder treibt er letztlich die Ziele der WEF-Agenda voran? Dies kann nicht abschließend beurteilt werden. Tatsache ist, daß Telegram fast die einzige große Social-Media-Plattform war, die während der Corona-Plandemie kritische Berichterstattung zuließ.
(Pawel Durow:) "Während der Pandemie waren wir eine der wenigen, vielleicht sogar die einzige große Social-Media-Plattform, die Accounts, die skeptisch gegenüber einigen dieser Maßnahmen waren, nicht gelöscht hat."
Seit 2020 hat sich Telegram als zentrales Sprachrohr für die Verbreitung von freier Berichterstattung entwickelt. Telegram ist eine News-Blase geworden, der auch im deutschsprachigen Raum Millionen Menschen beigetreten sind.
Diese Blase könnte platzen. Sind wir darauf vorbereitet? Um nur ein Beispiel zu nennen: Auf Telegram wurden hunderttausende Corona-Impffolgen vom Volk fürs Volk dokumentiert. Rechtsanwälte, Ärzte, Virologen, bis hin zu Pflegepersonal und unzähligen Berufsgruppen haben die jüngste Zeitgeschichte auf Telegram festgehalten. Auch vom Volk dokumentierte Kriegsverbrechen im Nahen Osten, in der Ukraine usw. sind heute noch aufrufbar.
Unzählige Volksstimmen auf Telegram beweisen globale Verbrechen an der Menschheit, Zeugen rituellen Mißbrauchs finden Gehör und vieles mehr. Was, wenn diese wichtigen Zeugenberichte von einem Tag auf den anderen nicht mehr verfügbar sind? Was passiert, wenn die sozialen Netzwerke unter Gleichgesinnten auf Telegram in sich zusammenfallen und in der Anonymität versinken? …<<

03.09.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 3. September 2024 (x1.401/…): >>**Bademeister zusammengeschlagen: Sichere Freibäder durch konsequente Abschiebungen!**
Erneut kommt es zu einem erschütternden Gewaltexzeß in unseren Freibädern: Weil ein Bademeister in einem Freibad in Gelsenkirchen-Erle eine etwa 20-köpfige Gruppe zur Ruhe ermahnte, prügelten drei Personen auf den jungen Mann ein - darunter auch mit einem Schuh. Als ein Kollege dem Bademeister zu Hilfe eilen will, wird auch er sofort angegriffen. Es ist ein unsäglicher Zustand, daß Menschen, die friedlich ihrer Arbeit nachgehen und unseren Bürgern entspannte Stunden im Freibad ermöglichen wollen, Opfer von Gewalt werden - nur weil sie ihre Pflichten erfüllen und für Sicherheit sorgen.
Auch im Volksbad Mönchengladbach kam es erst vor wenigen Wochen zu einer brutalen Schlägerei, bei der eine acht- bis zehnköpfige Gruppe auf zwei Männer eintrat und einschlug. Die Täter sollen laut Zeugen ein türkisches oder arabisches Erscheinungsbild gehabt haben. Längst sind Freibäder zum Symbol für sexuelle Belästigungen und Gewalt geworden - doch anstatt die Grenzen zu schützen und Straftäter abzuschieben, setzen die schon viel zu lange regierenden etablierten Parteien auf Einlaßkontrollen und auf den Einsatz von immer mehr Sicherheitspersonal.
In unseren Freibädern zeigt sich die immer weiter zunehmende Gewaltbereitschaft und Respektlosigkeit gegenüber unseren Werten und Regeln. Da hilft auch keine alberne PR-Aktion

in Form einer Abschiebung von nur 28 afghanischen Straftätern, die dann auch noch mit einem Handgeld von 1000 Euro ausgestattet werden. Die etablierten Parteien - allen voran die CDU und die Ampel - sehen der dramatischen Entwicklung in unseren Freibädern seit Jahren zu. Die AfD findet sich damit nicht ab. Wir setzen um, was die CDU nur vorheuchelt und in ihren eigenen CDU-regierten Bundesländern sabotiert: Straftäter mit ausländischer Staatsbürgerschaft müssen unverzüglich abgeschoben werden!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. September 2024 (x1.402/…):

>>**Deutschland braucht eine Große Koalition aus AfD und Union!**

Es ist nicht "5 vor 12" sondern "halb eins" in Deutschland. DK-Gastautor Einar Koch schließt sich der Forderung von Entertainer-Legende Harald Schmidt nach einer wirklich Großen Koalition an - einer Koalition aus AfD und Union!

VON *EINAR KOCH**

Sehnsucht nach Vernunft

Harald Schmidt, Deutschlands geniale Entertainer-Legende, spricht aus, was immer mehr Menschen hierzulande empfinden: "Es gibt die Sehnsucht nach einer großen Koalition. Einer Koalition aus AfD und CDU!"

Es ist vor allem die Sehnsucht nach Vernunft in der deutschen Politik; der Wunsch, daß sich endlich eine komfortable bürgerlich-konservative Mehrheit zusammenfinden möge, um den Problemberg in diesem Land abzutragen - vom totalen Kontrollverlust in der Asylpolitik über eine hirnverbrannte sogenannte Klimapolitik mit ihren immer spürbareren wirtschaftlichen Folgen bis hin zu einer mit normalem Menschenverstand nicht mehr nachvollziehbaren "Geschlechterpolitik".

Trotz Hirnwäsche durch die System-Medien sollte es langsam auch der Letzte begreifen: Es ist nicht "5 vor 12" in Deutschland - es ist nach fast drei Jahren Chaos-Ampel "halb eins"!

Es war der 12. Juni 1987, als der große konservative US-Präsident Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor einen Satz ausrief, der die Welt veränderte: "Reißen Sie diese Mauer nieder, Mr. Gorbatschow!"

Auch heute gibt es wieder eine Mauer in Deutschland. Es ist die sogenannte "Brandmauer" der Union zur AfD. Es ist die Schere in den Köpfen von Merz, Söder & Co.

Eigentlich ist es eine Gefängnismauer. Sie hat Pragmatismus und Vernunft weggesperrt. Beides braucht die deutsche Politik dringender denn je. Deshalb, Ihr da in der Union: Reißt endlich diese idiotische "Brandmauer" zur AfD ein!

Die AfD hat in Sachsen und Thüringen die Hand zu einer konstruktiven Zusammenarbeit ausgestreckt. Weil alle anderen Konstellationen unter Mithilfe der politischen Trickbetrügerin und Betonkommunistin Sahra Wagenknecht Sachsen und Thüringen noch tiefer in das Chaos der Unregierbarkeit führen werden.

Die Wahlen am vergangenen Sonntag haben eindrucksvoll gezeigt: Es gibt sie immer noch, eine strukturelle bürgerlich-konservative Mehrheit in diesem Land. Rechnet man AfD und CDU noch das Potential der FDP hinzu (die sich allerdings bei ihren Restwählern bald einzeln mit Handschlag bedanken kann, wenn sie so weitermacht), ist es sogar eine satte Zweidrittelmehrheit. Sie wartet auf den Prinzen, der sie wachküßt.

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. September 2024 (x1.402/…):

>>**Thüringen/Sachsen: Reißt endlich diese idiotische "Brandmauer" zur AfD ein!**

Der Weg ins Chaos der Unregierbarkeit scheint vorgezeichnet: Die Thüringer CDU beschließt Gespräche mit BSW und SPD. Es droht eine von den Kommunisten (!) tolerierte Minderheitsregierung. Auch in Sachsen scheint es auf Verhandlungen mit der Wagenknecht-Partei und

den marginalisierten Sozialdemokraten hinauszulaufen. Doch die Stimmen derer, die ein Innehalten wollen, mehren sich. In Thüringen fordert die erste CDU-Politikerin Sondierungsgespräche auch mit der AfD.
Aus Sicht der neu gewählten thüringischen CDU-Abgeordneten Martina Schweinsburg sollte die Landes-CDU auch mit der AfD Sondierungsgespräche aufnehmen. "Über 30 Prozent der Thüringer haben AfD gewählt. Und das ist ein Respekt vor dem Wähler, mit denen, die sie gewählt haben, auch zu reden", sagte die Präsidentin des Thüringer Landkreistages und fügte hinzu: "Diese Pippi-Langstrumpf-Politik, in der man sagt: 'Die AfD ist ein böses Kind, mit dem darfst du nicht spielen', ist gescheitert!"
Schweinsburg gehört dem "Schattenkabinett" von CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt an. Die CDU-Landespolitikerin spricht aus, was laut "Forsa" inzwischen fast jedes zweite CDU-Mitglied (45 Prozent) denkt. In der ostdeutschen CDU sind es sogar 68 Prozent!
Der CDU in Thüringen scheint das egal zu sein. Sie hat erste Gespräche mit dem "Bündnis Sahra Wagenknecht" (BSW) und der SPD beschlossen. Wie der Thüringer CDU-Generalsekretär Christian Herrgott sagte, hat der Landesvorstand ihn selbst und CDU-Landesparteichef Mario Voigt einstimmig dazu ermächtigt, diese Gespräche zu führen. Zugleich verwies Herrgott erneut auf den Unvereinbarkeitsbeschluß der CDU: "Wir werden nicht mit der AfD zusammenarbeiten. Gleiches gilt für eine Koalition mit der Linken." Aber eben nicht für die Betonkommunistin Sahra Wagenknecht - viele in der CDU sind entsetzt!
"Die Brandmauer ist eine Gefängnismauer"
Inzwischen werden die Stimmen immer lauter, die sich dafür aussprechen, die idiotische "Brandmauer" zur AfD endlich einzureißen. "Für die CDU ist das keine Brandmauer, sondern eine Gefängnismauer, die sie davon abhalten soll, der rechten Bevölkerungsmehrheit zu einer rechten parlamentarischen Mehrheit zu verhelfen", sagt der Dresdner Politik-Wissenschaftler Professor Werner Patzelt. Für ihn hätten sich die Christdemokraten längst aus diesen Fängen befreien müssen.
Auch nach den Worten von Professor Oliver Lembcke, Politikwissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum, muß die CDU "grundsätzlich neu darüber nachdenken, wie sie mit Parteien jenseits ihres eigenen Lagers umgehen will". Die CDU habe sich mit ihrer Brandmauer-Strategie in die Abhängigkeit von BSW und einer SPD begeben, "die verzweifelt versucht hat, eine gewisse Stärke zu behalten. Das ist gescheitert", sagte Lembcke im "Mitteldeutschen Rundfunk" (MDR).<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. September 2024 (x1.403/…):
>>**Kritik von Kunden und Aktionären: Ford beendet Diversity-Programme vollständig**
Fallende Umsätze, Kritik von Kunden und Investoren: Zahlreiche Unternehmen haben Diversity-Programme in den USA für beendet erklärt. Auch der Automobilhersteller Ford hat neue Richtlinien eingeführt. Minderheiten sollen nicht länger grundlos bevorzugt werden.
Von *Redaktion*
Der amerikanische Automobilhersteller Ford hat angekündigt, künftig nicht mehr an Gleichstellungsprogrammen teilnehmen zu wollen. In einer E-Mail an alle Angestellten teilte Ford-CEO Jim Farley mit, das Unternehmen habe die firmeninternen Richtlinien für Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion (DEI) überarbeitet und werde daher künftig nicht mehr am Corporate Equality Index der LGBTQ-Organisation Human Rights Campaign teilnehmen.
Der Index bewertet Unternehmen nach deren Arbeitsplatzfreundlichkeit gegenüber homosexuellen oder transsexuellen Personen. In der Vergangenheit hatten bereits hiesige Unternehmen wie der prestigeträchtige Motorradproduzent Harley-Davidson sowie der Whiskey-Hersteller Jack Daniel's das Programm für beendet erklärt. Auch das Geldinstitut JPMorgan sowie die US-Baumarktkette Lowe's wollten das Programm nicht verlängern.
Firmeninterne LGBTQ-Richtlinien waren vor allem infolge der gewaltsamen Ausschreitun-

gen, die nach dem Tod von George Floyd 2020 aufkamen, in den Fokus zahlreicher Unternehmen gerückt. Spätestens nachdem die US-amerikanische Biermarke Bud Light im Frühjahr 2023 Werbung mit einer transgeschlechtlichen Person verbreitete, begannen viele Kunden, Unternehmen zu boykottieren, die sich offen zu LGBTQ-Programmen bekannten.
Für zahlreiche Unternehmen bedeutete das geringere Umsätze. Obwohl dieser Umstand nicht auf Ford zutrifft - denn der siebtgrößte Automobilhersteller der Welt konnte 2023 gut 175 Milliarden US-Dollar umsetzen - trennt sich das 180.000 Angestellte starke Unternehmen jetzt von sämtlichen ideologischen Programmen. Zuvor hatten Kunden und Aktionäre zahlreiche US-Unternehmen adressiert und eine Beendigung dieser Programme aufgrund von Diskriminierung gefordert, weil Mitarbeiter nicht mehr wegen ihrer Qualifikation, sondern ihrer Ethnie oder Ähnlichem eingestellt worden waren.
"Wir sind uns bewußt, daß unsere Mitarbeiter und Kunden ein breites Spektrum an Überzeugungen haben und daß sich das externe und rechtliche Umfeld in Bezug auf politische und soziale Fragen ständig weiterentwickelt", erklärte Ford-CEO Farley in der E-Mail an alle Mitarbeiter. Infolge der Einführung von DEI-Programmen mußten zahlreiche Unternehmen mit einer Klage rechnen, weil die DEI-Richtlinien teilweise die Anstellung von farbigen Menschen oder Minderheiten bevorzugt haben sollen.
Solche Klagen möchten Ford und Co. möglicherweise umgehen und steigen deshalb aus den hiesigen DEI-Programmen aus. Dennoch möchte Ford weiterhin einen "integrativen Arbeitsbereich" schaffen und ein Team aufbauen, das "unterschiedliche Perspektiven, Hintergründe und Denkweisen nutzt", schrieb Farley an alle Mitarbeiter.
Für den Corporate Equality Index wird es dünn. Eigentlich wollte Human Rights Campaign den Index als Lobby-Kampagne nutzen, um LGBTQ-Werte in Firmen zu etablieren - doch diese distanzieren sich nach anfänglichem Zuspruch immer klarer, die Popularität solcher Programme ist in den USA massiv eingebrochen.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 3. September 2024 (x1.406/…): >>**Zahnarzt fordert von Stadt Wolfsburg die volle Rehabilitation der Ungeimpften**
Von *Herbert Ludwig*
Der Zahnarzt und ehemalige deutsche Meister im Weitsprung, Jens Knipphals, hat am 22.8.2024 einen offenen Brief an den Rat der Stadt Wolfsburg zur Vorbereitung einer Einwohnerfragestunde am 4.9.24 gerichtet. Er fordert darin eine vollumfängliche Rehabilitation der Ungeimpften und begründet diese Forderung mit präzisen wissenschaftlichen Argumenten. Jens Knipphals verbindet damit die Hoffnung, daß dies zu einer Aufarbeitung der politischen Corona-Krise in Wolfsburg und darüber hinaus beiträgt. Die Initiative könnte Vorbild für weitere Städte und Gemeinden sein und so einen wachsender Druck von unten erzeugen. (hl)
Jens Knipphals
22. August 2024
Frage an den Rat der Stadt Wolfsburg:

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Europäische Arzneimittel-Behörde (EMA) hat in einem Brief an die EU-Parlamentarier vom 18. Oktober 2023 eingestanden, was Kritiker bereits frühzeitig, vor Beginn der Corona-Impfkampagne, sagten:
"Sie haben in der Tat Recht, wenn Sie darauf hinweisen, daß COVID-19-Impfstoffe nicht zur Verhinderung der Übertragung von einer Person auf eine andere zugelassen sind."
Wenn die Corona-Impfstoffe nicht gegen Ansteckung, Weitergabe der Infektion und damit auch nicht gegen die Erkrankung wirkten, waren nahezu alle Corona Maßnahmen obsolet.

Ist es nicht an der Zeit, im Rat der Stadt Wolfsburg eine umfassende, kritische Analyse der politischen Corona Krise, unter Berücksichtigung der eigenen Maßnahmen, vorzunehmen, dafür auch ungeimpfte Betroffene dieser verfehlten Maßnahmen zu Wort kommen zu lassen, sich für Fehler zu entschuldigen, um Verzeihung zu bitten und Konsequenzen für die Zukunft aus den Fehlern zu ziehen?
Hintergründe/Begründung zur Fragestellung:
Die Gabe von mod-RNA (allgemein als "Corona-Impfung" bekannt) bezeichne ich im Folgenden in Anlehnung an Herrn Prof. Haditsch mit dem die Wirkweise einbeziehenden Begriff: "Spikung".
Spahn und Lauterbach, letztlich unsere gesamte politische Führungselite, Merkel und Scholz, alle Ministerpräsidenten mit ihren in der Verfassung nicht vorgesehenen Ministerpräsidenten-Konferenzen und die Führungen aller etablierten Parteien haben vier Jahre lang versagt, und das RKI mußte weisungsgebunden (Beweis: RKI-Files), aber durfte nicht auf fachlicher Basis handeln!
In gewisser Hinsicht ist dem Rat dementsprechend zu Gute zu halten, daß auch dieser getäuscht wurde.
Offenbar konnte und wollte sich niemand vorstellen, von der Regierung und übergeordneten Stellen aus rein machtpolitischen Gründen, und - wie die entschwärzten RKI-Files belegen - unter Ausnutzung des RKI als weisungsgebundener Behörde vorsätzlich falsch informiert worden zu sein.
Deutliche Kritik muß allerdings geäußert werden, weil der Rat Verordnungen und Maßnahmen in keiner Weise selbst kritisch hinterfragte und dadurch Kritiker und Ungeimpfte ausgrenzte, diskreditierte und unter Druck setzte, wie auch die folgenden der Presse zu entnehmenden Zitate von Herrn Weilmann (Oberbürgermeister, CDU) belegen:
"Lassen Sie sich impfen, denn nur eine vollständige Impfung schützt grundsätzlich verläßlich vor schweren Verläufen bei einer Corona-Infektion"
"Für viele Impfkritiker habe ich kein Verständnis."
"Durch den Druck am Arbeitsplatz merken viele, daß sie sich jetzt impfen lassen müssen."
Meine Kritik richtet sich insbesondere an Herrn Weilmann persönlich und alle anderen ausdrücklichen Impfpflicht-Befürworter!
Gleichzeitig sagte er meiner Frau und mir in zwei längeren Telefonaten ausdrücklich eine Einladung an einen runden Tisch und einen offenen Argumentationsaustausch zu, die aber letztlich nie ausgesprochen wurde.
Eine echte fachliche Auseinandersetzung zum Thema "Die politische Corona Krise" unter Beteiligung von Kritikern und Ungeimpften hat bisher nie stattgefunden!
Ungeimpfte müssen vollumfänglich rehabilitiert werden!
Wir, die Ungeimpften, waren niemals Leugner, Schwurbler, Tyrannen, Pack, Sozialschädlinge, verzichtbare Blinddärme. und es war ein Skandal, daß mit dem Finger auf uns gezeigt werden sollte, wir angeblich "raus aus der Gesellschaft" und "zu prügeln" seien!
1. Mod-RNA verhindert weder eine Infektion noch die Weitergabe von Viren!
Allein durch diese fachlich immer bekannte Tatsache waren Maßnahmen wie 3G und 2G, ebenso wie die einrichtungsbezogene Impfpflicht obsolet und unsinnig!
Da sich auch (mehrfach) Gespikte infizieren und Viren jederzeit weitergeben konnten, waren diese Regelungen, die Gespikte ohne jede Testung in direkten Kontakt mit vulnerablen Gruppen gelangen ließen, sogar geradezu grob fahrlässig!
Es gab von Anfang an, so wie es das RKI vorschlug, nur die eine richtige Vorgehensweise:
Testungen vor Kontakt mit vulnerablen Gruppen und bei Cluster-Bildungen (auch Drosten bei Illner vor ca. 4 Wochen) mit ärztlicher Diagnose bei Testpositiven, und zwar egal ob, gespikt, genesen oder ungespikt!

Das Problem besteht nämlich darin, daß die durch die Spikung gebildeten Antikörper nur systemisch, also im Blut, wirksam werden können und nur dort - und eben nicht auf den äußeren Schleimhäuten - Viren anzugreifen vermögen.
Sind die Viren aber im Blut, spricht man von einer Virämie, und diese ist bei einer "Corona" Infektion in der Regel mit einem schweren Verlauf gekoppelt.
Das ist der Hauptgrund, weswegen - wie übrigens auch die anderen Impfungen gegen virale Atemwegsinfekte - eine Infektion mit dem Virus und Weitergabe des Virus niemals durch die "Covid-19-Impfung" hätte verhindert werden können.
Das mukosale Immunsystem wird durch die Impfungen nicht verändert, aber von diesem werden Atemwegsinfektionen primär bekämpft (Schleimhäute der Nase, Rachen, Hals, Lunge).
Bestätigt und bewiesen werden diese frühzeitig bekannten Argumente auf mehrfache Weise:
Schon kurz nach Beginn der "Impf-Kampagne" zeigte sich, daß auch mehrfach Gespikte ebenfalls positiv getestet wurden, erkrankten und immunsupprimierte Menschen auch trotz Spikung verstarben.
Die Einführung von 2G+ (Testung Gespikter!) muß als indirektes politisches Eingeständnis dafür bewertet werden.
Die europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) bestätigte ebenfalls gegenüber den EU- Parlamentariern schriftlich, daß mod-RNA nicht gegen Infektion und Weitergabe wirkt.
2. Nebenwirkungen:
Herr Lauterbach mußte inzwischen öffentlich eingestehen, daß seine Aussage, "Die Impfung ist nebenwirkungsfrei" frei erfunden war.
Allerdings hatte diese Lüge bis heute leider keine Konsequenzen für ihn, und dies, obwohl er später eingestehen mußte, daß es mit dem Faktor 1:10.000 zu SCHWEREN "Impf-Nebenwirkungen" gekommen ist (was ich für massiv untertrieben halte!); mithin sind mindestens 19.000 Menschen allein in Deutschland von SCHWEREN "Impf-Nebenwirkungen" betroffen und werden sich dennoch meist selbst überlassen.
Übrigens sind dies 13x mehr Menschen, als die 1.500 Fälle von Nebenwirkungen, die europaweit vor ca. 12 Jahren zum Abbruch der Schweinegrippe-Impfung führte, als unser demokratisches System noch einigermaßen funktionierte und die SPD einen Herrn Dr. Wodarg in ihren Reihen hatte, statt eines Herrn Lauterbach.
3. Öffentlich nachlesbare Definition:
Die Einfügung von DNA oder RNA in eine menschliche Zelle zu therapeutischen Zwecken ist eine Gen-Therapie!
Ich bin überzeugt, sehr viel mehr Menschen hätten trotz des politischen Drucks eine Spikung abgelehnt, wenn sie eine echte Aufklärung über die tatsächliche Wirkweise der mod-RNA erhalten hätten, die den meisten Menschen bis heute fehlt. Sie halten die Spikung noch immer für eine Impfung und den Begriff Gen-Therapie nach wie vor für "Schwurbelei".
Mod-RNA ist aber eine von Menschenhand, oder um mit Goethe zu sprechen, von Zauberlehrlingen modifizierte Virus-RNA, die dabei ganz offensichtlich mangels langfristiger Testphase und kurzfristiger Notzulassung gar nicht wußten, welche Geister sie riefen.
Mod-RNA ist der Bauplan für die Spike-Proteine des Virus', die eingepackt in Nano-Lipide (laut Hersteller ausdrücklich: "not for human use!") in Körperzellen eingeschleust werden soll.
Dort wird die mod-RNA dann in die DNA der eigenen Zelle des Gespikten eingebaut. Diese körpereigene Zelle des Gespikten verliert daraufhin ihre eigentliche Funktion, z.B. als Innenauskleidung einer Ader, und produziert fortan als Zombie-Zelle Virus-Spikes.
Diese Spikes, oder Spike-Proteine, sind körperfremde Eiweiße.
Körperfremde Eiweiße werden dem Körper ansonsten nur durch Nahrungsaufnahme zugeführt und deshalb zunächst durch die Salzsäure im Magen "behandelt".

Daraus ergeben sich folgende Probleme:
Mod-RNA verbleibt nicht am Einstichort, sondern verteilt sich im ganzen Körper. (Auch weil bei "Impfungen" nicht mehr aspiriert wird, wie auch Herr Lauterbach persönlich in Videos "zeigte")
Mod-RNA überwindet sogar die Blut-Hirn- und auch die Plazenta-Schranke.
Prof. Arne Burkhardt und Prof. Walter Lang: Die Spike-Proteine sind auch noch Monate nach der Injektion im gesamten Körper nachweisbar und verursachen an den Ablagerungsorten entzündliche Reaktionen.
Die Körperabwehr muß diese Spike-Proteine "entsorgen".
Die Körperabwehr greift die körpereigenen Zombie-Zellen an und tötet sie; das entspricht einer Autoimmun-Reaktion, die ebenfalls mit entzündlichen Reaktionen einhergeht.
Insofern erzeugt die Spikung selbst das, was ein Virus bewirkt: Eindringen in eine Körperzelle.
Prof. Henrik Ulrich: Wenn permanent Spike-Proteine gebildet werden, muß man davon ausgehen, daß die genetische Information der mod-RNA in Stammzellen der Blutbildung oder in anderen Zellen von teilungsfähigen Geweben erhalten geblieben und wirksam ist oder via reverser Transkriptase in DNA überschrieben wurde.
4. Mögliche Folgen
PostVac
ADE: Antibody dependent Enhancement
VAH: Vaccine associated Hypersensibility
Autoimmun-Erkrankungen und Erschöpfung des Immunsystems "Lymphozyten-Amok" (Prof. Burkhardt)
Örtliche Reaktionen durch die lokale Entzündung
Gefäßverschlüsse, Apoplex, Herzinfarkt …..
Herzmuskel-Entzündungen (Nakahara et. Al.)
Plötzlicher Herztod
5. Mod-RNA verhindert keine schweren Krankheitsverläufe
Es gibt viele Menschen, die nach wie vor dieser Propaganda Glauben schenken. Es sei Ihnen gegönnt.
Dagegen spricht die Mutationsgeschwindigkeit der Corona Viren, die sogar Herr Drosten erst kürzlich in einer Talkshow einräumte.
Eine auf Basis der Alpha Variante des Virus' entwickelte Spikung kann bei Infektion mit der Gamma oder Delta Variante nicht wirken!
6. Sonstiges
Das Divi Register zeigt 2020 einen, entsprechend einer Gesetzesänderung, Rückgang der verfügbaren Intensivbetten, trotz angeblicher Notlage von nationaler Tragweite, von 30.000 (incl. Reserve) auf 22.500, bei gleichbleibenden Belegungszahlen, die konstant zwischen 19.500 und 20.000 schwanken.
Dadurch erhöht sich der Auslastungsquote mit entsprechender Belastung der Mitarbeiter von 66 auf 85-90 %!
Pfizer Studie: Absolute Wirksamkeit nur 0,7 %, kein Nachweis zur Wirksamkeit gegen schwere Verläufe und Tod.
Inzidenz: Unsinnige Zahl, die mit Testanzahl und Probanden-Auswahl schwankt, falsch Positive Ergebnisse verfälschen den Wert zudem massiv.
PCR Test nicht zu diagnostischen Zwecken vorgesehen.
Ohne zusätzliche ärztliche Diagnose hätten niemals Quarantäne und Ausgrenzungen angeblich Erkrankter (nur Testpositiv) ausgesprochen werden dürfen!
Schon der erste Lockdown 2020 war unnötig, weil der R-Wert (Drosten bei Illner) bereits von

selbst unter 1 gesunken war.
Prof. Ioannidis (Stanford) stellt frühzeitig nach umfangreicher Auswertung vieler wissenschaftlicher Arbeiten fest:
Corona ist nicht letaler als die normale Influenza!
Statistiken:
Keine Unterscheidung, ob Patienten AN oder MIT "Corona" gestorben sind.
Es gibt keine belastbaren Statistiken zu den tatsächlichen Todesfallzahlen AN Corona!
Der Altersdurchschnitt der "Corona" Toten (an und mit) liegt höher als die allgemeine Lebenserwartung!
2019 (ohne C.) und 2020 (mit C. aber ohne Spikung) waren Jahre mit Untersterblichkeit!
Seit 2021 (mit Spikung und abnehmender Letalität von Sars-Cov-2) Übersterblichkeit, insbesondere jüngerer Menschen. (Marcel Barz)
Zunahme der Krankheitstage von 2020 = 11 auf 2023 = 19
Quintessenz:
Die politische Corona Krise erinnert erschreckend an das sog. Asch Experiment und beinhaltet Elemente und Manipulationstechniken von cognitive warfare.
Die ständige Wiederholung falscher Informationen führt dazu, daß Menschen diese glauben, nicht mehr selbst aktiv hinterfragen, und Kritiker ausgrenzen, obwohl die abgeblichen Fakten offensichtlich falsch sind:
Ugur Sahin: "Geimpfte sind nicht mehr ansteckend."
Karl Lauterbach: Die "Impfung ist nebenwirkungsfrei".
Medien und ÖRR: Die "Impfung" schützt vor schweren Verläufen. Die "Impfung" ist ein Akt der Solidarität". Die Pandemie der Ungeimpften. Die Tyrannei der Ungeimpften (Prof. Montgomery). Ungeimpfte sind Sozialschädlinge (Stinner FDP).
Das Vertrauen in das Grundgesetz und die Demokratie hat massiven Schaden erlitten, weil auf Ungeimpfte nicht nur sozialer, sondern auch inakzeptabler gesetzlicher Druck durch 3G, "2G, 2G+ etc. bis hin zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht ausgeübt wurde.
Der Versuch, sogar eine allgemeine Impfpflicht einzuführen, muß als Tiefpunkt unserer Demokratie bewertet werden und hätte insbesondere von einem Rechtsanwalt, der als Oberbürgermeister fungiert, niemals in Erwägung gezogen werden dürfen!
Basierend auf diesen Hintergründen bitte ich erneut im Rat der Stadt Wolfsburg um eine umfassende, kritische, und vor allem selbstkritische Analyse der politischen Corona-Krise, unter Berücksichtigung der eigenen Maßnahmen und Verordnungen.
Dafür müssen auch Ungespikte umfassend zu Wort kommen!
Für Fehler müssen sich Rat und ggf. auch Verwaltung entschuldigen, um Verzeihung bitten und Konsequenzen aus den Fehlern ziehen, damit sie für die Zukunft ausgeschlossen sind!
Zu einer funktionierenden Demokratie gehört auch, Fehler einzugestehen und dafür die Verantwortung zu übernehmen!
Massive physische, psychische und wirtschaftliche Schäden hätten durch fachlich korrekte statt falscher politischer Maßnahmen vermieden werden können!
Alle Ungespikten müssen vollumfänglich rehabilitiert werden!
Zitat des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier: "Bei aller Hoffnung, daß die Zeit der wesentlichen Freiheitseinschränkungen zu Ende geht, ist diese Aufarbeitung dringend geboten: politisch und durch die Gerichte, die bislang ja fast nur vorläufige Eil-, aber keine endgültigen Entscheidungen über die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen getroffen haben", sagte Papier der "Welt". Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und die Rationalität seiner Entscheidungen sei "im Laufe der Zeit erschüttert worden".
Ich bitte um Ihre Einsicht!

Mit freundlichen Grüßen
Jens Knipphals
Zahnarzt i.R.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 3. September 2024 (x1.405/…): >>**Generalbundesanwalt beantragt Aufhebung des Urteils gegen Weimarer Familienrichter**

Prozeßbeobachter: Corona-Aufarbeitung kommt beim BGH an / Richter Christian Dettmar hatte 2021 Maskenpflicht an Schulen untersagt / Kritische Richter und Staatsanwälte befürchten zeitliche Aufschiebung

In der mündlichen Verhandlung im Revisionsverfahren zum Urteil des Erfurter Landgerichts gegen den Weimarer Familienrichter Christian Dettmar hat der Vertreter der Generalbundesanwaltschaft (GBA), Dr. Tobias Handschell, vor dem 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) die Aufhebung des Urteils sowie ein neues Hauptverfahren beantragt. Wie das Onlinemagazin "Legal Tribune Online" berichtet (28. August), sei der objektive Tatbestand aus Sicht Handschells zwar klar erfüllt. Es fehlten in der Urteilsbegründung jedoch Ausführungen, welche den Vorsatz der Tat begründen.

Der während der Verhandlung als Prozeßbeobachter anwesende Rechtsanwalt Michael R. Moser wies in einem Interview mit dem Radiosender "Kontrafunk" (29. August) darauf hin, daß im Urteil des Landgerichts Erfurt ein "derber Fehler" passiert sein muss, wenn die GBA eine Aufhebung und eine neue Verhandlung beantragt. Moser sagte zudem, daß mit dem Revisionsverfahren "ein Teil der noch nicht stattfindenden, aber sehr notwendigen Aufarbeitung von Corona" beim BGH "angekommen" sei.

Des Weiteren hofft Moser, daß der Gerichtshof Dettmar freispricht und damit die "Widersprüchlichkeit der bisherigen BGH-Rechtsprechung zum Thema Rechtsbeugung" korrigiert. Falls dies nicht geschehe, werde es eine komplett neue Hauptverhandlung geben, die auch mit einem "komplett anderen Ergebnis enden" könne. Gegen deren Ergebnis dürfe dann wieder Revision eingelegt werden, so daß es "noch eine ganze Zeit lang" dauern könnte, bis es in diesem Fall "Rechtsklarheit" gebe.

Das "Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte" (KRiStA), bei dem Dettmar Mitglied ist, hat sich in drei ausführlichen Beiträgen mit dem Verfahren gegen den Weimarer Amtsrichter beschäftigt. Dem Netzwerk zufolge gründet die Urteilsbegründung des Landgerichts Erfurt allein auf dem Vorwurf, Dettmar habe den Fall, in dem es um die Maskenpflicht an den Weimarer Schulen ging, vorsätzlich nicht abgelehnt, obwohl er befangen war. Das bloße Fehlen der Selbstablehnung könne jedoch "niemals einen Straftatbestand erfüllen".

Das Netzwerk KriStA erklärte auf Multipolar-Nachfrage man sei von der Beantragung der Urteilsaufhebung "rechtlich gesehen" nicht überrascht. Mit einer möglichen Neuverhandlung des Falles inklusive Beweisaufnahme vor einer anderen Strafkammer des Erfurter Landgerichts würde die Klärung jedoch auf die "lange Bank" geschoben. "Bei der weiter gegebenen Stimmung unter auch vielen Richtern" sei zu befürchten, "daß wiederum eine Verurteilungsneigung bestehen wird". Dabei käme allerdings niemand auf die Idee, "diese Kollegen seien befangen" oder würden deswegen eine "Rechtsbeugung" begehen, wie dies Dettmar vorgeworfen wird.

Dettmar hatte im April 2021 in seiner Funktion als Familienrichter per Beschluß die Maskenpflicht an zwei Weimarer Schulen zum Wohle der Kinder untersagt. Nach einer Beschwerde des Thüringer Bildungsministeriums hob das Oberlandesgericht Thüringen den Beschluß kurz darauf wieder auf. Zeitgleich leitete die Staatsanwaltschaft Erfurt Ermittlungen gegen Dettmar wegen des Verdachts der Rechtsbeugung ein, durchsuchte sein Büro, seine Wohnung und sein Auto und beschlagnahmte sein Mobiltelefon. Auch bei den Gutachtern, die Dettmar bei der Begründung seines Beschlusses zur Rate gezogen hatte, erfolgten Hausdurchsuchungen.

Im August 2023 wurde Dettmar vor dem Erfurter Landgericht wegen Rechtsbeugung zu zwei

Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte drei Jahre ohne Bewährung gefordert. Sowohl die Verteidigung als auch die Staatsanwaltschaft hatten daraufhin Revision beim BGH beantragt - die Verteidigung, weil sie einen Freispruch erwirken wollte, die Staatsanwaltschaft, weil sie das von ihr geforderte Strafmaß durchsetzen wollte. In seinem Schlußwort vor dem BGH betonte Dettmar, der seit 1996 Richter ist, daß ihm besonders Kinder am Herzen liegen.
Laut Prozeßbeobachter Moser erklärte Dettmar zudem, daß er den Fall aufmerksam geführt, mit Kollegen besprochen und seine Zuständigkeit abgewogen hatte. Er habe niemandem einen unrechtmäßigen Vor- oder Nachteil verschafft und den Sachverhalt möglichst genau aufgeklärt.
Mehrere Juristen hatten in den vergangenen Monaten kritisiert, daß die meisten deutschen Richter - im Gegensatz zu Dettmar - Sachverhalte im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen nicht selbstständig aufgeklärt, sondern sich auf Äußerungen von Regierungsbehörden verlassen hatten. Es habe in der Corona-Krise kaum gerichtliche Anhörungen von Sachverständigen oder Prüfungen der Verhältnismäßigkeit gegeben, rügte der Direktor des Fuldaer Sozialgerichts Carsten Schütz.
Der Verfassungsrechtler Volker Boehme-Neßler sagte, deutsche Gerichte hätten sich mit den Argumenten der Maßnahmenkritiker auseinandersetzen müssen, statt dessen hätten sie diese "ignoriert" und sich die oft politisch vorgegebenen Behauptungen des Robert Koch-Instituts unkritisch zu eigen gemacht. Die Anwältin und Lehrbeauftragte der Hochschule Mainz, Jessica Hamed, hatte die Einmischung von Justizministern und hohen Beamten in die Arbeit von Staatsanwaltschaften unter anderem bei Corona-Verfahren kritisiert.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. September 2024 (x1.404/…): >>**Tödliche Messerattacke in Niedersachsen - Iraker festgenommen**
In Sarstedt im niedersächsischen Landkreis Hildesheim ist am Montag ein 61-Jähriger bei einer Messerattacke getötet worden. Es handele sich um den Betreiber eines Hotels, welches als Flüchtlingsunterkunft dient, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft am Dienstag mit. Ein 35-jähriger Tatverdächtiger konnte demnach am Abend festgenommen werden. Der irakische Staatsangehörige habe in der Unterkunft gewohnt, so die Behörden weiter.
Nach ersten Erkenntnissen soll der Tatverdächtige mit dem 61-Jährigen in Streit geraten sein und im weiteren Verlauf auf diesen eingestochen haben. Auf die Spur des Mannes kamen die Verfolgungsbehörden unter anderem aufgrund von Zeugenaussagen und der Auswertung einer Überwachungskamera. Im Nahbereich des Tatortes wurde ein Messer aufgefunden.
Ob es sich dabei um die Tatwaffe handelt, war zunächst unklar. Auch zum Motiv der Tat konnten die Behörden noch keine Angaben machen. Der 35-Jährige befindet sich derzeit in polizeilichem Gewahrsam. Die Staatsanwaltschaft hat bei Gericht einen Antrag auf Untersuchungshaft gestellt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. September 2024 (x1.404/…): >>**Niedersachsens Kultusministerin gegen KI als eigenes Schulfach**
Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg Grüne) spricht sich dagegen aus, Künstliche Intelligenz (KI) als eigenes Schulfach in den Unterricht zu integrieren. "Ich halte wenig von einzelnen, neuen Schulfächern, weil wir viele große Themen haben, die in der Gesellschaft gerade relevant sind.
Wir müssen lernen, diese mitzudenken. Und zwar nicht nur im Fach XY, sondern im Querschnitt", sagte die Grünen-Politikerin der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Dienstagsausgaben) und fügte hinzu: "Ob im Deutsch- oder Politikunterricht oder in Naturwissenschaften: KI, übrigens genauso Demokratie, spielt überall eine Rolle und wird entsprechend thematisiert." Die Ministerin verwies zudem darauf, daß die Landesregierung das Fach Informatik in der 9. und in der 10. Klasse eingeführt habe.

"Das heißt, die Systematik von KI wird den Schülerinnen und Schülern vermittelt", sagte Hamburg. Überdies durchlaufen laut Hamburg derzeit 60 Lehrkräfte an 27 Schulen in Niedersachsen ein KI-Pilotprojekt. "Damit wollen wir herausfinden, welche Lernmaterialien es braucht und welche Auswirkungen KI auf Prüfungsformate hat", erklärte die Ressortchefin. Ziel sei es, Materialien und Handreichungen für den praktischen Unterricht zu erstellen.<<

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. September 2024 (x1.399/…): >>**Reparationen: Polen erneuert Forderungen**

Von *Daniell Pföhringer*

Der polnische Präsident Andrzej Duda hat in einer Rede zum 85. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs (1. September 1989) deutlich gemacht, daß sein Land weiter auf deutschen Entschädigungszahlungen beharrt. …

Bei einer Gedenkfeier zum Kriegsbeginn vor 85 Jahren hat Polens Präsident Andrzej Duda erneut auf Reparationszahlungen seitens der Bundesrepublik gepocht. "Vergebung und Schuldanerkenntnis sind eine Sache, Wiedergutmachung des Schadens eine andere", so Duda bei einem Auftritt in Wielun. Letztere Frage sei "immer noch nicht geklärt, und das seit 80 Jahren, wenn man die Zeit des Zweiten Weltkriegs mitzählt", so der polnische Staatschef mit Blick auf Deutschland.

Duda stammt noch aus den Reihen der national-konservativen PiS-Partei, doch auch für die neue liberale Regierung in Warschau unter Donald Tusk ist das Thema Entschädigungszahlungen offenbar nicht vom Tisch. Erst im Juli konnte er Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Zusage für finanzielle Hilfen für, so die Berliner Zeitung, "überlebende Opfer der deutschen Besatzung in Polen" abringen. Konkrete Zahlen stehen allerdings nicht im Raum.

Polen fordert über eine Billion Euro

Die Summe dürfte, verglichen mit den Gesamtforderungen, die Warschau an Berlin stellt, jedoch verschwindend gering sein. Insgesamt fordert Polen 1,3 Billionen Euro an Reparationszahlungen von Deutschland - was den Bundeshaushalt um ein Vielfaches übertrifft.

Doch sind solche Forderungen überhaupt berechtigt? Abgesehen davon, daß Polen 1953 in einer Erklärung und noch einmal 1990 im Zuge des Zwei-plus-vier-Vertrags auf jegliche Reparationsforderungen gegen Deutschland verzichtet hat, bleibt bei der Warschauer Rechnung vollkommen unberücksichtigt, daß sich unser östlicher Nachbar nach dem Zweiten Weltkrieg bereits ein Fünftel des deutschen Reichsgebietes von 1937 einverleibt hat.

Darunter befanden sich nicht nur die Seen und Wälder des südlichen Ostpreußens, die großen landwirtschaftlichen Güter in Pommern, sondern auch die bedeutenden Kohle- und Industriereviere in Oberschlesien. Im Gutachten der polnischen Regierung taucht das alles absurderweise nicht auf.

Unsere Gegenrechnung

Schulden wir den Polen also wirklich noch 1,3 Billionen Euro? Nein! Warschau kann froh sein, daß es in Berlin keine Politiker gibt, die eine Gegenrechnung aufmachen. Das machen wir in unserer neuen Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung".

In unserer dieser Geschichtsausgabe kann man lesen:

"Ein näherer Blick auf die Provinzen macht deutlich, wie absurd die Reparationsforderungen Warschaus sind - und zeigt, wie schlecht Polen dastünde, machte man eine Gegenrechnung auf. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, als das ostoberschlesische Industrierevier Polen zugeschlagen wurde, verlor Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Schlesien - neben den Bodenschätzen (Steinkohle, Braunkohle, Kaolin, Granit, Magnesit, Nickel, Basalt, Zink- und Bleierze) - hochwertige Produktionsanlagen für Waggons, Kessel, Werkzeug, Kraftmaschinen, Armaturen und Instrumente. Die Vermögensverluste in der Land- und Fischereiwirtschaft in Pommern oder Ostpreußen waren ebenfalls gigantisch."

Und weiter:
"Die Gesamtfläche der größtenteils an Polen abgetretenen Ostgebiete beträgt 137.497 Quadratkilometer oder 13.749.700 Hektar. Bei einer Bodennutzungsgebühr von jährlich nur zehn Euro je Hektar ergäbe dies die ungeheure Summe von 137.497.000 Euro. Berechnet auf 70 Jahre würde sich diese imaginäre Pachtschuld ohne Zins und Zinseszins auf über 9,6 Billionen Euro belaufen.
Natürlich könnte man nun einwenden, daß große Flächen davon mit Sümpfen oder Sandböden bedeckt sind. Auf der anderen Seite sind die wertvollen Industrieanlagen und Kulturdenkmäler, die verloren gingen, in dieser Rechnung noch nicht einmal berücksichtigt. Allein der kulturelle Gesamtwert der Gebiete beträgt Schätzungen zufolge mindestens 3,9 Billionen Euro. Warum also noch Reparationen? Zumal Polen seit den 1970er Jahren von Deutschland schon mehrere Milliarden an Krediten und Entschädigungszahlungen erhalten hat."
Zudem befindet sich Polen im Besitz wertvoller deutscher Kulturgüter, deren Rückgabe von Warschau schon seit vielen Jahren unter immer neuen Vorwänden abgelehnt wird. Professor Wojciech Kowalski, der lange Zeit als polnischer Verhandlungsführer mit dieser Sache betraut war, begründete dies 2007 im Interview mit der Taz wie folgt:
"Mit 'Raub- und Beutekunst' sind Kulturgüter gemeint, die Aggressoren oder Okkupanten im Krieg aus fremden Territorien abtransportieren, obwohl die Haager Landkriegsordnung von 1907 dies verbietet. Wir aber haben 1945 nach der Westverschiebung Polens durch die Alliierten die deutschen Kulturgüter in den ehemaligen deutschen Ostgebieten vorgefunden. Das ist ein Unterschied."
Ach so! Die Beethoven-Partituren und Goethe-Briefe beispielsweise, die seit 1945 in der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau liegen, sind also nur durch einen Zufall auf polnischem Gebiet gelandet? Wohlgemerkt: Hierbei handelt es sich um Bestände der alten Preußischen Staatsbibliothek, die im Zweiten Weltkrieg zum Schutz vor alliierten Bomben von Berlin ins schlesische Kloster Grüssau ausgelagert wurden.
Die von dort nach Krakau verbrachten Archivalien umfassen rund 300.000 Bände, darunter wertvolle mittelalterliche Handschriften, Autografen Martin Luthers und Goethes, die Doktorarbeit Friedrich Schillers und nicht zuletzt einzigartige Musikalien wie die Partituren der meisten Beethoven- und Mozart-Werke. Sogar die Originalhandschrift vom "Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben gehört zu der Sammlung, deren Existenz bis 1977 von polnischer Seite schlichtweg geleugnet wurde.
Die polnischen Reparationsforderungen gegen Deutschland entbehren also jeglicher Grundlage. Doch die passende Antwort aus Berlin bleibt aus, denn dazu ist die Bundesregierung zu feige - und zu sehr dem Schuldkult verhaftet. Wir hingegen schreiben, was Polen verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt.
In unserer Geschichtsausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" dokumentieren wir, wie Deutsche schon nach dem Ersten Weltkrieg in den damals Polen zugeschlagenen Gebieten drangsaliert und ermordet wurden. Erfahren Sie außerdem, welchen Anteil Polen am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte, welche Qualen Deutsche durch Vertreibung und KZ-Internierung erleiden mußten - und wie sich Polen am Ende auch noch die Oder-Neiße-Gebiete unter den Nagel riß. …<<

04.09.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. September 2024 (x1.401/…): >>**Statt Nebelkerzen des Arbeitsministers: Bürgergeld-Migration stoppen!**
Unser Sozialstaat wird mit Ansage zerstört: Sage und schreibe 2,7 Millionen Ausländer beziehen in Deutschland Bürgergeld (Stand: März 2024). Der Anteil der ausländischen Bürgergeld-Empfänger ist somit auf fast 50 Prozent gestiegen und steigt auch weiterhin kontinuier-

lich an. Dabei sind deutsche Staatsbürger mit ausländischer Herkunft noch gar nicht in der Zahl eingerechnet.
Dieses Problem müßte Arbeitsminister Heil (SPD) jetzt angehen - doch statt dessen wirft er Nebelkerzen und beschränkt sich auf die Ankündigung, daß das Bürgergeld im kommenden Jahr nicht erhöht werden soll. Mit dieser Ersatzdiskussion wird er den von außen kommenden Ansturm auf unseren Sozialstaat auch nicht aufhalten können!
Denn die monatlichen Bürgergeld-Zahlungen wurden im laufenden Jahr um mehr als 12 Prozent erhöht. Selbstverständlich muß der Sozialstaat unseren wirklichen Bedürftigen zugutekommen, die unverschuldet in Not geraten sind. Doch die Diskussion der Ampel-Regierung wirft alles in einen Topf.
Es macht einen entscheidenden Unterschied, ob man nach Jahrzehnten harter Arbeit aufgrund von Krankheiten oder betriebsbedingten Kündigungen vor dem Nichts steht - oder ob man erst in diesem Jahr mit seiner Familie nach Deutschland eingewandert ist, hier nicht arbeitet, niemals auch nur einen einzigen Cent in die Sozialsysteme eingezahlt hat und dennoch unser Geld kassiert. Diesen Unterschied kann nur eine Regierung ausblenden, die sich meilenweit vom Geist des Amtseids entfernt hat.
Für eine wirkliche Bürgergeld-Wende setzt sich nur die AfD ein. "Wir sehen im Bürgergeld in erster Linie eine Sozialleistung für deutsche Staatsbürger", sagt René Springer, AfD-Bundestagsabgeordneter und sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion. "Ausländer sollten darauf grundsätzlich keinen Anspruch haben. Ausnahmen soll es nur für Ausländer mit Niederlassungserlaubnis oder EU-Ausländer geben, die eine fünfjährige existenzsichernde Erwerbstätigkeit nachweisen können und gut deutsch sprechen."
Für Asylsuchende muß außerdem der Grundsatz "Sachleistungen statt Geldleistungen" gelten. Bei diesem Thema haben die Ampel-Parteien und die CDU bis heute nicht gehandelt - allen hohlen Ankündigungen zum Trotz. Nur mit der AfD wird dafür gesorgt, daß unser Geld im eigenen Land bleibt und für die eigenen Leute eingesetzt wird!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. September 2024 (x1.401/…): >>**15-jähriger Syrer vergewaltigt 12-Jährige im Schwimmbad: Wer nicht abschiebt, macht sich mitschuldig**
Erst jetzt wurde bekannt, daß es bereits am 10. August in einem Braunschweiger Schwimmbad zu einem furchtbaren Verbrechen kam. Ein 15-jähriger Syrer hat dort ein 12-jähriges Mädchen im Wasser bedrängt und anschließend in einer Umkleidekabine vergewaltigt. Die Polizei brachte den Fall zunächst nicht an die Öffentlichkeit und beruft sich dabei auf das junge Alter des Opfers. Und wieder stellt sich die Frage: Wie viel Leid muß noch über unschuldige Kinder kommen, bis CDU und Ampel die Massenmigration endlich stoppen?
Gerade einmal 70 Kilometer vom Schwimmbad entfernt liegt der Bahnhof Sarstedt, wo ein 35-jähriger Iraker am Montag den Betreiber seiner Asylunterkunft erstochen hat. Das 61-jährige Opfer lag mit starken Blutungen am Bahnhof der Kleinstadt und verstarb wenig später. Der Täter kam vor zwei Jahren als vermeintlicher "Flüchtling" nach Deutschland.
Am selben Tag rast im hessischen Darmstadt ein BMW durch eine 40er-Zone, ignoriert rote Ampeln und kollidiert mit einem Skoda. Zwei Menschen werden verletzt, ein 29-Jähriger muß mit schweren Kopfverletzungen von der Feuerwehr aus seinem Auto-Wrack befreit werden. Der Täter hat laut Medienberichten "afghanische Wurzeln" und äußerte nach der Festnahme, er habe "im Auftrag Allahs" gehandelt.
Wir können und wollen all diese Zustände nicht mehr ertragen: Braunschweig, Sarstedt und Darmstadt mahnen zum sofortigen Handeln! Nur mit der AfD wird die Migrationswende umgesetzt. Vor diesem Hintergrund muß es nach den AfD-Wahlerfolgen in Thüringen und Sachsen unbedingt auch in Brandenburg zu einem "blauen Wunder" kommen, damit nicht immer mehr Menschen der Massenmigration zum Opfer fallen!

Mehr "Einzelfälle" hier: https://www.afd.de/einzelfallticker/<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. September 2024 (x1.402/…): >>**Schicksalsnacht: Vor neun Jahren nahm das Unheil der Masseneinwanderung seinen Lauf**

Es war die Nacht vom 4. auf den 5. September 2015, als das Unheil mit der Nicht-Schließung der deutschen Grenzen durch Angela Merkel (CDU) seinen Lauf nahm. Es war die Nacht, die Deutschland ins Chaos der illegalen Masseneinwanderung stürzen sollte. Es war die Nacht, die unzähligen Menschen bis heute das Leben kosten sollte. Kandel, Freiburg, Breitscheidplatz, Illerkirchberg, Brokstedt… zuletzt Mannheim und Solingen. Wer kennt die Plätze, weiß die Namen?

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten Ende 2022 etwa 3,1 Millionen sogenannte Schutzsuchende in Deutschland, wobei der Großteil (2,25 Millionen) über einen anerkannten Status verfügte. Die Zahl der jährlichen Asylanträge laut Online-Portal "Statista" macht deutlich, daß die Altparteien aus jener Nacht nichts, aber auch gar nichts, gelernt haben:

- 2015: 476.649
- 2016: 745.545
- 2017: 222.683
- 2018: 185.853
- 2019: 165.938
- 2020: 122.170
- 2021: 190.816
- 2022: 244.132
- 2023: 351.915
- 2024: 112.609 (Stand 31. Mai).

Das Unheil, das jene Schicksalsnacht vor neun Jahren über Deutschland bringen sollte, läßt sich nirgendwo deutlicher ablesen als an der Entwicklung der Gewaltkriminalität: "Der öffentliche Raum wird zusehends zum Gewalt- und Gefahrenraum", bilanziert Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Ein Blick in die arabisierten und afrikanisierten Stadtteile deutscher Metropolen genügt.

Ein zentraler Treiber dieser Entwicklung ist die illegale Massenzuwanderung, wie die im Frühjahr von Bundesinnenministerin Nancy Faeser vorgelegte Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2023 ausweist:

- Ausländer sind bei den einschlägigen Delikten (u.a. Mord, Totschlag, Raub, Vergewaltigungen) mit 41 Prozent weit überproportional vertreten - bei einem Bevölkerungsanteil von rund 15 Prozent! Wobei unter den Ausländern wiederum die Gruppe der Zuwanderer mit einem Anteil von 43 Prozent hervorsticht.

Von wegen "Fachkräftewunder" …

Wirtschaftlich ist die Bilanz der Masseneinwanderung in die deutschen Sozialsysteme desaströs. Das immer wieder von den linksgrünen Einwanderungs-Ideologen vorhergesagte "Fachkräftewunder" sieht so aus:

- Rund 80 Prozent der 20- bis 34-jährigen Zuwanderer allein aus den drei Hauptherkunftsländern Syrien, Afghanistan und Irak, also Acht von Zehn, haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das mußte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, einräumen. Die Zahlen basieren auf Erhebungen des Statischen Bundesamtes.

Betrachtet man ALLE jungen Erwachsenen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, bleibt immer noch ein schreckend hoher Prozentsatz von Nicht-Qualifizierten. AfD-Sozialexperte René Springer sieht in diesen Zahlen das "Ergebnis einer Politik, die die Grenzen ungeschützt läßt

und die Masseneinwanderung eines Bildungsprekariats tatenlos hinnimmt." Er warnt: "Mit dieser Politik wird kein Fachkräftemangel bekämpft. Damit werden unsere Sozialsysteme ruiniert!"
Wie wahr! Das sogenannte "Bürgergeld" ist längst zum "Migrantengeld" geworden! Experten beziffern die Kosten der Masseneinwanderung für Bund, Länder und Gemeinden (also die deutschen Steuerzahler) auf 50 Milliarden Euro jährlich.
Was der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen (Universität Freiburg), einer der besten Sozialexperten Deutschlands, errechnet hat, geht weit darüber hinaus. Er hat das von der Regierungspropaganda gebetsmühlenartig wiederholte Ammenmärchen, die Zuwanderung rette das deutsche Sozialsystem, regelrecht zerpflückt. Raffelhüschen macht folgende ungeschminkte Rechnung auf:
- Schon jetzt klafft in der alternden deutschen Gesellschaft eine riesige Lücke zwischen dem, was Arbeitgeber und -nehmer an Steuern, Pflege-, Renten-, Krankenversicherungsbeiträgen einzahlen und dem, was sie künftig ausbezahlt erhalten. Diese sogenannte "Nachhaltigkeitslücke" werde auf 19,2 Billionen Euro anwachsen, wenn Deutschland weiterhin im Schnitt pro Jahr 300.000 Ausländer aufnimmt. Raffelhüschen bilanziert: "Das ist der Preis der Zuwanderung in unserem bisherigen System."
Der Freiburger Wissenschaftler legt seine Berechnungen substantiiert dar:
- Durchschnittlich dauert die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt sechs Jahre. In dieser Zeit zahlen sie nicht oder nur wenig in die deutschen Sozialkassen ein. Auch später im Erwerbsleben werde es kaum besser. Denn aufgrund mangelnder Qualifikation verdienen Migranten meist deutlich weniger als deutsche Kollegen. Folge: Sie zahlen weniger Steuern und Abgaben, erhalten aber im Prinzip die gleichen Leistungen bei Krankheit, Pflege und Rente (gegebenenfalls mit einem staatlich, also aus Steuermitteln finanzierten Grundrentenaufschlag).
Raffelhüschen faßt zusammen: "Obwohl die Altersstruktur der Migranten potentiell eine demografische Verjüngungsdividende birgt, führt dies in keinem der betrachteten Szenarien zu einer positiven fiskalischen Bilanz der Migration."
Mit anderen Worten: Die Einwanderung rechnet sich volkswirtschaftlich ebenso wenig wie sie, Stichwort Vielfalt, eine "Bereicherung" ist. Mit einer Einschränkung allerdings: Sie "bereichert" vor allem die Kriminalitätsstatistik!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. September 2024 (x1.402/…): >>**Entscheidung "vertagt": Migrations-Show der Altparteien geht weiter!**
Nach einem neuerlichen und - wie zu erwarten - ergebnislosen sogenannten Migrationsgipfel von Bund und Ländern soll in der kommenden Woche weiterverhandelt werden. CDU und CSU versuchen aus durchsichtigen Gründen mit Blick auf die Brandenburg-Wahl (22. September), die Ampel-Regierung vor sich herzutreiben. Die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Tino Chrupalla, hatten den Ausgang der ergebnislosen Gespräche vorhergesagt und sprechen von einer "PR-Show", mit der den Bürgern "erneut Sand in die Augen gestreut wird."
Beide AfD-Chefs betonten: "Solange nicht an der illegalen Migration angesetzt wird, bleiben alle Maßnahmen bestenfalls Stückwerk mit begrenzter Wirkung. Die Bekämpfung der unkontrollierten Masseneinwanderung muß endlich oberste Priorität haben. Sie muß nicht nur begrenzt, sondern sie muß beendet werden. Wir brauchen eine grundlegende Reform des Asylrechts sowie einen sofortigen Stopp der Aufnahme, Einreise und Einbürgerung von illegalen Migranten und einen effektiven Grenzschutz mit Zurückweisungen illegaler Migranten. Ohne diese Maßnahmen kann eine Migrationswende, kann ein Ende der Masseneinwanderung nicht erreicht werden."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. September 2024 (x1.402/…):

>>**Nächste Landtagswahl: SPD-Politikerin aus Brandenburg fordert Talkshow-Verzicht von Parteichefin Esken!**
Die Brandenburger SPD in Panik: Nach dem historischen Wahldebakel der Genossen in Sachsen und Thüringen kommt aus der Partei der kaum verklausulierte Ruf nach einem Talkshow-Verbot für die Bundesvorsitzende Saskia Esken!
Brandenburgs SPD-Vizechefin, Landesfinanzministerin Katrin Lange, hat zweieinhalb Wochen vor den Landtagswahlen in ihrem Bundesland die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken indirekt zu einem "freiwilligen" Talkshow-Verzicht aufgefordert. Die reagierte empört: "So gehen wir in der SPD nicht miteinander um", sagte Esken in der ntv-Sendung "Beisenherz".
Lange hatte der "Bild-Zeitung" nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen gesagt: "Fürs Erste wäre schon einiges gewonnen, wenn bestimmte Leute grundsätzlich nicht mehr an Talkshows teilnehmen würden. Es ist nämlich unerträglich."
Sie nannte keine Namen, aber wen sie meinte, kann sich jeder an fünf Buchstaben abzählen:
E S K E N!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. September 2024 (x1.399/…): >>**Sieg! COMPACT-Gegner muß Verleumdung unterlassen**
Von *Jürgen Elsässer*
SPD-naher Blog wollte COMPACT Antisemitismus unterstellen. Jetzt mußte er eine Unterlassungserklärung abgeben.
Ein schöner Sieg gegen die Verleumder von COMPACT. Der SPD-nahe "Blog der Republik" hatte in einem Beitrag vom 22. August behauptet: "COMPACT spricht von 'Finanzjudentum' und einer globalen jüdischen Finanzelite". Diese verleumderischen Falschbehauptungen darf der Blog ab sofort nicht mehr wiederholen, sonst wird es teuer. Eine entsprechende Unterlassungserklärung hat der "Blog der Republik" am Montag abgegeben. Unser Anwalt wird dem Unterlassen für seine Bemühungen eine Kostennote von über 1.000 Euro übersenden.
Indirekt ist unser juristischer Sieg auch eine Klatsche für Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Sie hatte COMPACT am 16. Juli u.a. mit der markigen Begründung verboten: "Dieses Magazin hetzt auf unsägliche Weise gegen Jüdinnen und Juden ..." Eine infame Falschbehauptung!
Sozi-Journalismus
Der Kopf hinter dem "Blog der Republik" ist Chefredakteur Alfons Pieper. Über ihn schreibt das "Neue Deutschland": "Mit über 80 Jahren ist Pieper nach einer beachtenswerten Karriere im westdeutschen Politjournalismus bereits seit einigen Jahren als Blogger unterwegs. Zuvor war er zwölf Jahre als stellvertretender Chefredakteur der WAZ sowie von 1981 bis 1994 als Parlamentskorrespondent in Bonn für weitere Zeitungen tätig.
Daß sich im Freundeskreis rund um den Blog viele Ehemalige aus der Politik eingefunden haben, zeigt die Autor*innenliste, die neben aktiven und ehemaligen SPD-Politiker*innen auch CDU-verortete Menschen umfaßt. Dazu zählt auch der ehemalige Regierungssprecher Friedhelm Ost, der unter Helmut Kohl Regierungssprecher war." Eine hübsche Bagage! Aber heute Abend gibt es bei Pieper und Co. wohl eher Selters statt Sekt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. September 2024 (x1.403/…): >>**Allein im ersten Halbjahr 2024 mehr Messerangriffe als im gesamten Jahr 2022**
Die Berliner Feuerwehr offenbart den schockierenden Anstieg der Messergewalt in Berlin: Allein im ersten Halbjahr 2024 gab es mehr Stichverletzungen als im gesamten Jahr 2022 - die Dunkelziffer ist vermutlich deutlich höher.
Selma Green
Zahlen der Berliner Feuerwehr zeigen: In diesem Jahr hat die Messergewalt in Berlin drastisch zugenommen. Innerhalb des ersten Halbjahres wurden in Berlin mehr Menschen mit einem Messer verletzt als im gesamten Jahr 2022. Vor allem in den Sommermonaten verzeichnete

die Feuerwehr einen starken Anstieg der Messergewalt.
Anfang August 2024 meldete bereits die Berliner Universitätsklinik Charité einen massiven Anstieg an Stichverletzungen: Die insgesamt 50 bis 55 Fälle von Stichverletzungen, die die Charité normalerweise jährlich erfaßt, verzeichnete das Berliner Krankenhaus bereits im ersten Halbjahr 2024. Da die übrigen Berliner Krankenhäuser Daten über die Anzahl an Stichverletzungen gegenüber der Berliner Zeitung verweigerten, wandte sich die Zeitung für einen berlinweiten Überblick an die Feuerwehr.
Diese legte nun die Anzahl an Einsätzen, bei denen Menschen mit Messern verletzt wurden, im Zeitraum von 2022 bis 2024 gegenüber der Berliner Zeitung offen. Dabei bezieht die Feuerwehr ihre Zahlen aus Einsätzen, "bei denen das Meldebild auf eine Stich- oder Schnittverletzung durch eine fremde Person hinwies", erklärt ein Sprecher der Feuerwehr.
Die Angaben der Beamten zeichnen ein schockierendes Bild: Im Jahr 2022 registrierte die Berliner Feuerwehr insgesamt 230 Messerdelikte. Diese Zahl wuchs 2023 auf insgesamt 294 Fälle an. Viel besorgniserregender sind die Zahlen für das erste Halbjahr 2024: Allein von Januar bis Juli 2024 verzeichnete die Berliner Feuerwehr 234 Fälle von Stichverletzungen. Das sind bereits mehr Fälle als im gesamten Jahr 2022.
Eine Statistik der Feuerwehr verdeutlicht, daß vor allem in den Frühlings- und Sommermonaten im Jahr 2024 ein enormer Zuwachs im Vergleich zu den Höchstwerten in den Jahren 2022 und 2023 stattgefunden hat. Während ein Jahreshöchstwert im Jahr 2022 im August mit rund 32 Fällen und im Jahr 2023 im November mit rund 33 Fällen registriert wurde, verzeichnete die Feuerwehr bereits im April dieses Jahres 44 Fälle und im Juli erneut 43 Fälle von Stichverletzungen.
Der enorme Anstieg der Messergewalt in Berlin steht im Widerspruch zu dem Wahlversprechen des Berliner Bürgermeisters Kai Wegners (CDU). Wegner hatte in seinem Wahlkampf betont, daß Berlin die "Hauptstadt des Verbrechens" sei und forderte deshalb eine "Ausrüstungsoffensive" und mehr Befugnisse für die Polizei. Er versprach mehr Polizeipräsenz und vermehrte Kontrollen in Brennpunktgegenden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. September 2024 (x1.403/…):
>>**15-jähriger Syrer vergewaltigt 12-Jährige in Schwimmbad-Umkleide**
In einem Braunschweiger Freizeitbad soll ein 15-Jähriger ein 12-jähriges Mädchen vergewaltigt haben. Der Tatverdächtige stammt aus Syrien. Er ist auf freiem Fuß.
Von *Redaktion*
Im niedersächsischen Braunschweig soll ein 15-Jähriger in einem Schwimmbad ein 12-jähriges Mädchen bedrängt und vergewaltigt haben. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig bestätigte inzwischen die laufenden Ermittlungen gegen den 15-Jährigen, der nach den derzeitigen Kenntnissen aus Syrien stammt. Zuerst hatte die Braunschweiger Zeitung über das Verbrechen berichtet.
Demnach soll Anfang August in einem Braunschweiger Freizeitbad der minderjährige, aber strafmündige Syrer ein 12-jähriges Mädchen zunächst in einem Schwimmbecken bedrängt und ihr anschließend in die Umkleidekabine gefolgt sein. Dort habe er sie dann vergewaltigt. Der genaue Ablauf der Tat ist derzeit noch Gegenstand der Ermittlungen: "Die weiteren Hintergründe, insbesondere der genaue Geschehensablauf, sind Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Es stehen insbesondere noch Spurenabgleiche aus. Die Ermittlungen befinden sich, auch wenn die Tat bereits drei Wochen zurückliegt, noch relativ am Anfang", erklärte ein Sprecher der Braunschweiger Staatsanwaltschaft, Christian Wolters, gegenüber der Braunschweiger Zeitung bezüglich des Ermittlungsstandes.
Laut der Braunschweiger Zeitung habe die Polizei aufgrund des noch jungen Alters des Opfers den Fall bisher nicht an die Öffentlichkeit gebracht - erst durch einen Leserhinweis sei die Zeitung auf den Fall aufmerksam geworden.

Gegen den Syrer sind, trotz der schweren Vorwürfe, bislang keine Sicherungsmaßnahmen angeordnet worden, er befindet sich demnach zurzeit also auf freiem Fuß. Der Fokus der Ermittlungen sei zunächst, so die Staatsanwaltschaft Braunschweig, die Aufklärung des genauen Geschehens in der Umkleidekabine - dazu bedarf es offenbar keiner Inobhutnahme des Tatverdächtigen. Zum Tatgeschehen sollen jetzt das mutmaßliche Opfer und der mutmaßliche Täter gegenüber den Behörden aussagen. Dem Täter wurde ein Verteidiger bestellt.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 4. September 2024 (x1.405/…): >>**Regierungskritische Medien heben positive Aspekte der Wahlergebnisse hervor**

Hohe Wahlbeteiligung ist "Zeichen für lebendige Demokratie" / Neue Mehrheiten ermöglichen Reformprojekte mit "Vorbildcharakter" / "Kriegsparteien" abgestraft

Die medialen Reaktionen auf die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen fallen äußerst unterschiedlich aus. Während öffentlich-rechtliche und private Leitmedien die zweistelligen Ergebnisse von AfD und BSW mehrheitlich negativ interpretieren, heben regierungskritische Medien eher positive Aspekte hervor. So betont die Berliner Zeitung etwa, die hohe Wahlbeteiligung von 74,4 Prozent in Sachsen und 73,6 Prozent in Thüringen sei ein "Zeichen für eine lebendige Demokratie".

Die mit der Regierung unzufriedenen Menschen in diesen Bundesländern hätten nicht "irgend etwas gestürmt oder kaputtgehauen". Sie hätten sich der Wahl auch nicht verweigert, sondern "gesittet" eine Partei gewählt. Die Zeitung kritisierte zudem die Behauptung der ARD-Wahlberichterstattung, es gebe "demokratische" und "undemokratische" Wahlstimmen.

Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring hebt die neuen Möglichkeiten hervor, die veränderte Kräfteverhältnisse im Erfurter und Dresdener Landtag bieten. So könnten in Thüringen und Sachsen demnächst "eine ganze Reihe von bürgerfreundlichen Reformprojekten" umgesetzt werden, die "Vorbildcharakter" für andere Bundesländer und die Bundesrepublik entfalten könnten. Häring nennt etwa Gesetze zum Schutz des Bargeldes, zum Schutz vor digitaler Überwachung der Bürger oder zum Schutz gegen den "Smartphone-Zwang" der Deutschen Bahn.

Zudem könnten die beiden Bundesländer ihre Verhandlungsposition beim Rundfunkstaatsvertrag dazu nutzen, die öffentlich-rechtlichen Sender demokratischer zu gestalten und der Kontrolle der Gebührenzahler zu unterwerfen, schreibt Häring. Eine Landesregierung könnte auch den Medienstaatsvertrag kündigen, der es staatlichen Behörden erlaubt, in die Arbeit von Online-Redaktionen einzugreifen. Ebenfalls könnten die neuen Landesparlamente das Zustandekommen der staatlichen Corona-Maßnahmen mit Untersuchungsausschüssen aufklären.

Die Tageszeitung "junge Welt" erläutert, daß die "Kriegsparteien" SPD, Grüne und CDU, die "für gigantische Aufrüstung, Stationierung weitreichender US-Raketen in Deutschland" sowie "für fast unbegrenzte Waffenlieferungen an Kiew stehen", zusammen je Bundesland nur noch etwa 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im vergangenen Herbst hatten diese Parteien noch rund zwei Drittel der Wählerstimmen errungen. Auch die Linkspartei ist laut der "jungen Welt" in den Landtagswahlen abgestraft worden, weil sich ihre Bundesspitze "mehr und mehr auf NATO-Positionen" begeben und der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow sich verstärkt den "Kriegsparteien" angenähert habe.

Das Portal "Nachdenkseiten" wies darauf hin, daß die Organisation "Campact" mit einer groß angelegten Unterstützungsaktion offenbar von ihr ungewollte Mehrheitsverhältnisse erreicht habe. Zwar hat die werbliche und finanzielle Unterstützung zur "taktischen" Wahl bestimmter Abgeordneter der Linken und der Grünen in Dresden und Leipzig ihr Ziel erreicht, diese beiden Parteien über Direktmandate sicher in den sächsischen Landtag zu bringen und so eine Sperrminoriät der AfD zu verhindern.

Allerdings habe der Einzug der Linken auch dazu geführt, daß die bisherige Regierung aus

CDU, SPD und Grünen nun keine Mehrheit mehr hat. Statt dessen habe nun das BSW eine starke Position bei den kommenden Koalitionsverhandlungen in Sachsen und könnte anstelle der Grünen an der Regierung beteiligt sein.
Der Journalist Boris Reitschuster vermutet, die Wahlergebnisse zwingen die CDU dazu, sich einem "grundlegenden Richtungsentscheid" zu stellen. "Sie muß sich entscheiden, ob sie weiterhin eine breite Volkspartei sein will, die versucht, es allen recht zu machen, inklusive Rot-Grün, oder ob sie zu ihren konservativen Wurzeln zurückkehrt". Dieser "Spagat" zwischen konservativen Stammwählern auf der einen und progressiveren, urbaneren Wählern auf der anderen Seite werde immer schwieriger und könnte dazu führen, daß sich die Partei von "Angela Merkels verheerendem Erbe" lösen müsse.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 4. September 2024 (x1.405/…): >>**Gericht: Einrichtungsbezogene Impfpflicht verfassungswidrig**
Verwaltungsgericht Osnabrück beauftragt Bundesverfassungsgericht mit erneuter Überprüfung / Aufgedeckte RKI-Protokolle entscheidend für neue Rechtsbewertung / RKI-Präsident: Risikobewertung war teils politisches "Management"
Das Verwaltungsgericht Osnabrück beurteilt Paragraph 20a des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), so wie er Ende 2022 galt, als nicht verfassungskonform. Die Norm verletzte das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit sowie die Berufsfreiheit, teilte die Gerichtspressestelle am Dienstag (3. September) im Anschluß an eine Verhandlung zum Fall einer Pflegehelferin mit.
Die Frau hatte eine Normenkontrollklage eingereicht, nachdem der Landkreis Osnabrück im Jahr 2022 ein "Betretungs- und Tätigkeitsverbot" gegen sie verhängt hatte, weil sie keinen "Impf- oder Genesenennachweis" vorlegte. Besondere Aufmerksamkeit hatte der Prozeß bereits zuvor erzeugt, da der Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI) Lars Schaade als Zeuge geladen war.
Obwohl das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit der, inzwischen wieder abgeschafften, Norm im April 2022 schon einmal verhandelt und bestätigt hatte, lege das Osnabrücker Gericht den Paragraphen nun erneut zur Beurteilung vor - denn er sei "im Laufe des Jahres 2022 in die Verfassungswidrigkeit hineingewachsen", so das Gericht. Grund für die neue Bewertung seien die Krisenstabsprotokolle des RKI, die durch Multipolar freigeklagt und veröffentlicht worden waren.
Der Schutz vulnerabler Personen vor einer Ansteckung durch ungeimpftes Personal sei ein tragendes Motiv für die Einführung der einrichtungs- und unternehmensbezogenen Impfpflicht gewesen, erklärte das Gericht. Diese "auf den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts beruhende Einschätzung" werde aber "durch die nun veröffentlichten Protokolle des Instituts erschüttert." Nach Einsichtnahme in die Protokolle und Zeugenvernehmung von RKI-Präsident Schaade durch das Gericht sei "die Unabhängigkeit der behördlichen Entscheidungsfindung in Frage zu stellen", heißt es weiter.
Vom Gericht befragt zur Wissenschaftsfreiheit und zu Vorgaben des Bundesgesundheitsministeriums, auch was die Risikobewertung angehe, hatte RKI-Präsident Lars Schaade während der Verhandlung erklärt, man sei "hier wohl an einer Schnittstelle" zwischen "Management und Wissenschaft".
Mehrfach führte Schaade aus, bestimmte Entscheidungen seien als Teil eines politischen "Managements" der Krise zu begreifen und nicht streng wissenschaftlich erklärbar. "Selbstverständlich" nehme das RKI vom Ministerium "Weisungen entgegen". Die Frage der Risikobewertung habe "normativen Charakter", sei also regelsetzend, und falle deshalb in den Bereich politischen Managements. Der Richter entgegnete, daß das Bundesverfassungsgericht sich aber gerade auf eine Unabhängigkeit des RKI berufen hatte und Grundrechtseingriffe nur dann zulässig seien, wenn sie auf wissenschaftlicher Evidenz basierten.

Thomas Drewes, Leiter der Rechtsabteilung des Landkreises Osnabrück, der als Beklagter auftrat, erklärte anschließend, die Beweisaufnahme habe ihn "nachdenklich gemacht": "Wir als nachgeordnete, regionale Behörde sind davon ausgegangen, daß RKI, Landes- und Bundesämter stets nach aktuellem Stand der Wissenschaft handeln. Ich würde den von uns erlassenen Bescheid heute mit meinem Herzen aufheben."
Der Vorsitzende Richter Gert-Arnim Neuhäuser, zugleich Präsident des Osnabrücker Verwaltungsgerichts, erklärte zum Ende der Verhandlung, das RKI habe möglicherweise eine Vorstellung von Wissenschaftlichkeit und von politischer Einflußnahme, die sich nicht mit der eines Verwaltungsjuristen decke.
Und weiter: "Die Kammer hat nicht bloß Zweifel, sie ist überzeugt, daß bestimmte Grundrechtseingriffe in der Pandemie verfassungswidrig waren." Daher werde das Verfahren der Pflegehelferin nun ausgesetzt und zur Überprüfung zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe verwiesen. Dort müsse entschieden werden, ob der Paragraph 20a des Infektionsschutzgesetzes in seiner damaligen Fassung verfassungswidrig war. Anschließend kann in Osnabrück weiterverhandelt werden.
Bereits im Juli hatte Multipolar-Mitherausgeber Paul Schreyer in der Neuen Osnarbücker Zeitung (NOZ) die Widersprüche, die aus den RKI-Protokollen hervorgehen, in einem Gastbeitrag ausführlich dargelegt und auch die Frage der strittigen Risikobewertung erläutert. Der Artikel schloß: "Das heißt auch, daß die Gerichte, die sich bei ihren Urteilen zur Rechtmäßigkeit der Corona-Maßnahmen auf eine wissenschaftliche Basis der Risikoeinschätzung verließen, Fehler begangen haben, deren Anerkenntnis und Aufarbeitung weiterhin ausstehen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. September 2024 (x1.404/…): >>**Heusgen plädiert für Stationierung von US-Mittelstreckenraketen**
Christoph Heusgen, Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, unterstützt die für 2026 geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, hält aber eine Debatte darüber nach der parlamentarischen Sommerpause für "nützlich".
"In einer solchen Debatte muß dann die systematische Aufrüstung Rußlands in den letzten Jahren erklärt werden", sagte Heusgen dem "Handelsblatt" (Donnerstagausgabe). Die wenigsten Menschen hierzulande wüßten, daß Rußland in den letzten Jahren Mittelstreckenraketen in Kaliningrad stationiert habe, die innerhalb von fünf Minuten Berlin erreichen könnten. "Die Stationierung von Waffen wie den US-Mittelstreckenraketen adressiert daher eine Lücke in unserer Abschreckung."
Kritiker, die darin eine Eskalation sehen, wies er zurück. "Es gibt nur eine Person, die eskaliert, und das ist Wladimir Putin", sagte Heusgen. Darauf müsse man reagieren. "Wenn wir uns schützen, wenn wir die Abschreckung erhöhen, dann ist das keine Eskalation." Heusgen sprach sich zudem für den Einsatz schwerer westlicher Waffen auf militärische Ziele in Rußland aus.
"Der Maßstab für unsere Politik sollte die Einhaltung des internationalen Rechts sein", sagte er. "Artikel 51 der UN-Charta regelt die Selbstverteidigung von angegriffenen Staaten. Dazu gehört, daß die Unterstützung eines angegriffenen Landes mit Waffen - auch zum Angriff auf militärische Positionen in dem angreifenden Land - legitim ist." Die Ukrainer kämpften mit einer Hand auf den Rücken gebunden und müßten jeden Tag erleben, wie sie von russischen Militärbasen, die theoretisch mit westlichen Waffen erreicht werden könnten, angegriffen werden, so Heusgen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. September 2024 (x1.404/…): >>**Offener Brief: 300 Wissenschaftler warnen vor Folgen der Kitakrise**
300 Wissenschaftler und Organisationen prangern in einem offenen Brief die Überlastung vieler Kindertagesstätten in Deutschland an. Das Schreiben, über das die "Zeit" berichtet, wendet sich an die Parteispitzen der Bundesregierung und soll am morgigen Donnerstag veröffentlicht

werden. Die Wissenschaftler warnen vor den negativen Auswirkungen von Streßbelastung in den ersten Lebensjahren vieler Kinder in Deutschland und einer Gefährdung des Kindeswohls. Aufgrund von Personalmangel und überfüllten Gruppen zeigten bereits Ein- und Zweijährige Zeichen von Erschöpfung und Unwohlsein.
In dem offenen Brief heißt es: "Die Folgen für Kinder, Eltern, Fachkräfte und die gesamte Gesellschaft sind jetzt schon durch eine Zunahme psychischer Auffälligkeiten sowie eine wachsende Bildungslücke - insbesondere bei von Armut betroffenen oder bedrohten Kindern - fast irreparabel." Initiiert wurde der offene Brief von Rahel Dreyer, Professorin für Pädagogik und Entwicklungspsychologie an der Alice Salomon Hochschule Berlin, und Michael Schulte-Markwort, Kinder- und Jugendpsychiater an der Medical School in Hamburg. Unter den Unterzeichnern sind namhafte Entwicklungspsychologen, Kindheitspädagogen, Bildungsforscher und Mediziner.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30332" berichtet am 4. September 2024 (x1.400/…): >>**Corona-Aufarbeitung: Fakten prüfen oder Meinung diktieren?**
Die Corona-Pandemie ist bei vielen Menschen in weite Ferne gerückt, eine Aufarbeitung der Geschehnisse scheint uninteressant zu sein. Daß dies jedoch notwendig ist, geben sogar Personen zu, die direkt in wichtigste Entscheide betreffend Lockdown und Impfungen involviert waren, einer davon der deutsche Virologe und Regierungsberater während der Covid 19-Pandemie, Christian Drosten. Nur sehen seine Ansichten zur Aufarbeitung etwas besorgniserregend aus. Diese sollen daher genauer unter die Lupe genommen werden.
Am Weltgesundheitsgipfel 2023 sagte Drosten, daß eine Aufarbeitung der Corona-Pandemie nötig sei, aber nur gemäß der wissenschaftlichen Faktengrundlage. Laut Drosten habe es in jeder Familie während der ersten Welle einen Toten gegeben. Im Weiteren stellte er die Forderung, daß die Aufarbeitung nur mit einer Auswahl von "zuverlässigen" Wissenschaftlern stattfinden darf, da die Meinungshoheit gefestigt werden müsse.
Hat man sich da gerade verhört? Es geht also in der Corona-Aufarbeitung darum, die Meinungshoheit zu festigen durch von der Politik ausgewählte Wissenschaftler? Also von Wissenschaftlern, die zuverlässig einzig die Ziele und Meinung der Politik den Bürgern als Wissenschaft präsentieren?
Warum können Fakten nicht im offenen Diskurs unterschiedlichster Wissenschaftler erforscht, sondern müssen durch Meinungshoheit und mittels Zensur durchgesetzt werden?
Die Faktenlage sieht doch in der Realität und im Widerspruch zur Politik wie folgt aus: Die große, prophezeite Todesopferzahl durch Corona ist nicht eingetreten. Statt dessen traten aber durch die Corona-Impfungen teilweise schwerste Nebenwirkungen bis hin zum Tod auf. Und bis heute entwickeln sich weiter Schäden durch die Genbehandlungen, weshalb das Ausmaß noch nicht in vollem Umfang erfaßt werden kann.
Die Sammlung und Entwicklung dieser Nebenwirkungen sind auf vetopedia.org nachzuverfolgen. In eingeblendeter Sendung (www.kla.tv/26382) wird auch ein dramatischer Rückgang der Geburtenraten in zahlreichen Ländern in zeitlichem Zusammenhang mit Beginn der Genbehandlungen aufgezeigt. Zudem waren den Herstellern der Präparate die Nebenwirkungen von Unfruchtbarkeit und Fehlgeburten bekannt. Diese realen Fakten werden aber von Politik und Leitmedien weitestgehend unter den Teppich gekehrt.
Christian Drosten hat am Weltgesundheitsgipfel 2023 als Bedingung für die Aufarbeitung die Forderung gestellt, daß aus der Aufarbeitung keine Schuldigen hervorgehen dürfen. Er möchte also alle Verbrechen gleich mit unter den Teppich kehren. Die freigeklagten RKI-Protokolle, die bereits erwähnten Opfer durch Impfnebenwirkungen, sowie die von Rechtsanwalt Ralf Ludwig angeklagten deutschen Politiker und Richter - knapp 600 an der Zahl - denen Verbrechen während der Coronazeit vorgeworfen werden, lassen jedoch alles andere als eine schuldfreie Aufarbeitung erahnen. Genaueres zu den RKI-Protokollen finden Sie in dieser Sendung

(www.kla.tv/29823). Womit wir hier zur nächsten Frage kommen:
Hat Drosten ein schlechtes Gewissen oder gar Angst vor einer rechtmäßigen Verurteilung bei einer sachgerechten Aufarbeitung? Und Gesundheitsminister Karl Lauterbach offensichtlich auch?
Denn der warnte am Weltgesundheitsgipfel 2023, daß man sich in Bezug auf die Desinformation inzwischen in einer schwierigeren Lage befinde als vor der Pandemie und warnt: "Die Fehlinformations-Pandemie, die jetzt weit verbreitet ist, ist eine ständige Pandemie."
Im Weiteren sagte der offensichtlich ebenfalls sehr beunruhigte, ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn in einem NTV-Interview, daß eine mögliche Corona-Aufarbeitung nicht in einem "Querdenkergerichtshof" enden darf.
Solche Entwicklungen veranlaßten dann Ursula von der Leyen beim Weltwirtschaftsforum 2024 in Davos fast panikartig zu einer drastischen Prioritätskorrektur für die nächsten zwei Jahre. Sie räumte dem Kampf gegen Desinformation den ersten Platz ein und sagte, daß somit die geplanten Prioritäten Klima und Kriege hinten angestellt werden müssen.
Als wüßte er, was ihm blühen könnte, forderte Christian Drosten, daß die Corona-Aufarbeitung nur unter dem Schutz eines ausgewählten, weltweiten Netzes von Wahrheitswächtern ablaufen darf.
Und als sähen EU-Spitzenpolitiker ihr Ende kommen, hat die EU letztes Jahr den sogenannten Digital Services Act (DSA) erlassen, durch den Informationsplattformen zu einer vorgegebenen Zensur gezwungen werden. Somit nimmt die EU-Elite die Meinungshoheit ein.
Auch das im Deutschen Bundestag diskutierte Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) wurde von Beatrix von Storch, Mitglied der AFD, im Deutschen Bundestag als Zensurmonster bezeichnet, welches auf gar keinen Fall Platz in einer Demokratie haben darf.
Bleibt Politikern und Virologen, welche in der Covid-Plandemie federführend waren, inzwischen gar nichts anderes mehr übrig, als Zensurgesetze mit hohen Bußgeldern einzuführen, um sich so vor einer sachgerechten Aufarbeitung zu schützen?
Ganz offensichtlich fürchtet die diktatorische Elite eine wahrheitsgetreue Corona-Aufarbeitung mehr als der Teufel das Weihwasser. Gerade dadurch wird letztlich deutlich, daß eine transparente und unvoreingenommene Untersuchung der Geschehnisse unerläßlich ist.<<

05.09.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. September 2024 (x1.401/…): >>**Schüsse vor israelischem Konsulat in München: Judenhaß-Import stoppen!**
Vor dem israelischen Generalkonsulat in München sind am Donnerstag Schüsse gefallen. Laut Medienberichten feuerte der Täter mit einem Gewehr auf Standposten der Polizei, woraufhin die Beamten das Feuer erwiderten. Der bei den Behörden als Islamist bekannte Täter wurde getroffen und verstarb wenig später. Der Angriff ereignete sich am Jahrestag des Olympia-Attentats vom 5. September 1972; damals wurden elf israelische Olympiateilnehmer ermordet. Wir müssen den Judenhaß-Import endlich stoppen und eine sofortige Migrationswende einleiten!
In der Nacht zum selben Donnerstag kam es in Berlin-Schöneberg zu einer Schießerei im Rotlichtviertel, bei der ein 42-jähriger Mann getötet und zwei weitere Männer schwer verletzt wurden. Gegen 1 Uhr nachts wurden die Schüsse aus einem BMW heraus abgefeuert. Einen Tag zuvor verletzte ein Messerstecher in Bonn zwei Menschen. Er wurde daraufhin vor einem Schnellrestaurant von der Polizei angeschossen. "Nach ersten Erkenntnissen" soll es vor dem Messerangriff zu einem "Streitgeschehen" gekommen sein, verlautbart ein Polizeisprecher.
Immer kürzer werden die Abstände zwischen solchen oder ähnlichen Taten. Wir erkennen das Land nicht mehr wieder, welches unsere Vorfahren aufgebaut und uns hinterlassen haben. Es

ist deshalb unsere Verpflichtung, endlich zu handeln: Grenzen schützen, Straftäter mit ausländischer Staatsbürgerschaft konsequent ausweisen, Massenmigration beenden! Am 22. September haben die Wähler in Brandenburg die Möglichkeit, den etablierten Parteien zu verdeutlichen, daß die Vorfälle in Bonn, München und Berlin-Schöneberg nicht länger zum Alltag gehören dürfen!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. September 2024 (x1.401/…): >>**Volkswagen, Edeka und Co: Konzerne sägen mit Ampel-Hörigkeit am eigenen Ast!**

Es ist ein Symbol für den Niedergang unseres Landes: Der Volkswagen-Konzern kippt eine Arbeitsplatz-Garantie und stellt Werksschließungen in den Raum - unzählige Arbeitsplätze sind in Gefahr. Der Zerstörungskurs des grünen Wirtschaftsministers Habeck und der Ampel-Regierung geht auf. Doch zu den Schuldigen zählen nicht nur die Ampel-Parteien und die CDU. Auch die meisten Großkonzerne haben mit ihrer Regierungshörigkeit und ihrem grünen Zeitgeist-Gehabe an jenem Ast gesägt, auf dem sie selbst sitzen!

Ein aktuelles Beispiel dafür ist auch die Einzelhandelskette Edeka, die sich mit billiger Anti-AfD-Agitation zu profilieren versucht. Das Ergebnis dieser vermeintlich geschäftsfördernden Kampagnen: Mehrere Filialleiter distanzierten sich von der Aktion; zurück blieb ein peinlicher PR-Gau. In ihrem Elfenbeinturm kamen die Verantwortlichen offenbar nicht auf die Idee, daß die Mehrzahl der Kunden und Mitarbeiter wohl kaum ein Interesse an der Politisierung von Unternehmen hat.

Schließlich sind es nicht zuletzt die Mitarbeiter, die infolge der Massenmigration mit zunehmenden Diebstählen und einem immer gefährlicheren Arbeitsalltag zu kämpfen haben. Bezeichnend ist auch der Fall des haushalts- und Gewerbegeräteherstellers Miele, der sich mit der Zeitgeist-Parole "Made by Vielfalt" anbiedert und nun im Zuge der Ampel-Politik aus Deutschland flieht.

Klima-Hysterie und Energiewende-Wahnsinn haben die Energiekosten in die Höhe getrieben - doch die Konzerne klatschten Beifall. Mit der Massenmigration wurden die Sozialsysteme belastet und Spielräume für Investitionen in die Infrastruktur zerstört - doch die Konzerne predigten das "Fachkräfte-Märchen".

Von Frauenquoten-Bestimmungen über das Antidiskriminierungsgesetz bis zur CO2-Abgabe haben die meisten Großkonzerne fast jeden wirtschaftsfeindlichen Unfug abgenickt, den die Regierung der Kinderbuch-Autoren und Studienabbrecher präsentierte. Wir als AfD lassen uns deshalb von den Kampagnen regierungsnaher Firmen nicht verunsichern. Unser wirtschaftspolitischer Kurs ist der richtige für die großen Unternehmen unseres Landes genauso wie für den Mittelstand!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. September 2024 (x1.402/…): >>**Kanzler kichert sich das Ampel-Gewürge schön: Deutschland wird von einem Kindergarten regiert!**

Der Kanzler war laut "Tagesschau" wieder einmal "auf Tuchfühlung mit den Wählern". Fast so, als findet er es auch noch lustig, hat Olaf Scholz (SPD) bei seinem jüngsten sogenannten "Bürgerdialog", dieses Mal auf dem Berliner Ufa-Gelände, das Ampel-Gewürge weggelächelt. Deutschland werde wie von einem "Haufen Kinder" regiert, stimmte er schmunzelnd einem (bestellten?) Fragesteller mit den Worten zu: "Die Wahrheit ist: Sie haben recht!"

Ein Erzieher unter den 150 Teilnehmern (Jubel-Persern?) gab die Stichworte wie ein Souffleur: "Sie schlagen was vor und Herr Lindner sagt genau das Gegenteil ..." Das sei nicht immer so, meinte Scholz, aber: "Sie haben recht."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. September 2024 (x1.402/…): >>**Erste Verfassungskrise in Thüringen: Kramers Schlapphüte schnüffeln ohne parlamentarische Kontrolle**

Der Thüringer Verfassungsschutz unter Leitung des linken Ideologen Stephan Kramer kann ab jetzt praktisch schalten und walten, wie er will. Alle bisherigen Mitglieder des parlamentarischen Kontrollgremiums sind aus dem Landtag ausgeschieden. Eine Neuwahl ist aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse derzeit politisch nicht möglich.
Im Ergebnis bedeutet das: Die Verfassung des Landes wird verletzt, weil das zwingend vorgeschriebene Kontrollgremium handlungsunfähig ist. Eine Neuwahl der Mitglieder würde eine Zweidrittelmehrheit im Erfurter Landtag erfordern. Diese Mehrheit wäre nur durch eine Zusammenarbeit von CDU, Linken, SPD und BSW mit der AfD möglich.
Eine solche Kooperation mit der frei gewählten stärksten demokratischen Kraft im Freistaat wird vom Kartell der System-Parteien bislang aber geschlossen abgelehnt. Damit droht in Thüringen die Gefahr einer hemmungslosen Überwachung der Bürger durch die Schlapphüte des Etablierten-Schützers Stephan Kramer - ohne irgendeine parlamentarische Kontrolle!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. September 2024 (x1.403/…): >>**Ampel zahlte an Journalisten von ARD und ZDF Honorare von 587.000 Euro**
Die Bundesregierung zahlte Journalisten von ARD und ZDF seit Amtsantritt der Ampelregierung regelmäßig üppige Honorare. Insbesondere zwei SPD-geführtes und ein Ministerium der Grünen geben gerne viel für ÖRR-Journalisten aus.
Von *Redaktion*
Immer wieder fallen Journalisten des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks damit auf, daß sie üppige Honorare der Regierung erhalten. Eine Anfrage des fraktionslosen Abgeordneten Thomas Seitz an die Bundesregierung legt neue Ausmaße des Honorar-Netzwerks offen. Darüber berichtet zuerst Nius.
"Welche Kosten sind von der Ampel durch die Beauftragung von ARD- und ZDF-Journalisten entstanden?", heißt es in der schriftlichen Anfrage von Thomas Seitz. Eine Anfrage muß von der Bundesregierung innerhalb von einer Woche beantwortet werden. Deshalb gelang es nicht, zur Anfrage, die Seitz gestellt hatte, genaue Angaben zu machen, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Dennoch lieferte man eine relativ ausführliche Tabelle mit der zusammengerechneten Höhe der Honorarzahlungen der verschiedenen Ministerien an Journalisten von ARD und ZDF.
Insgesamt etwa 587.000 Euro Honorar erhielten ARD- und ZDF-Journalisten seit Antritt der Ampel-Regierung vom Staat. Besonders gefragt waren sie beim Verkehrsministerium, das von der FDP geführt wird. Das Ministerium zahlte insgesamt ungefähr 230.000 Euro an ÖRR-Journalisten für insgesamt 107 Veranstaltungen.
Diese Zahl konnte von der Bundesregierung lediglich geschätzt werden. Besonders hoch fiel das Honorar für Journalisten bei zwei SPD-geführten Ministerien und einem grünen Ministerium aus. Die Ministerien von Nancy Faeser und Klara Geywitz zahlten pro Veranstaltung im Durchschnitt 7.520 bzw. 8.867 Euro. Einsamer Spitzenreiter ist allerdings Cem Özdemirs Landwirtschaftsministerium. Dieses zahlte für nur drei Veranstaltungen Honorare in Höhe von 27.370 Euro.
Auch der Bundeskanzler greift bei öffentlichen Veranstaltungen gerne auf Journalisten des ÖRR zurück. Seine Kanzlergespräche werden regelmäßig von Moderatorinnen aus dem ÖRR moderiert. Brisant ist, daß jene, die eigentlich kritisch über die Regierung berichten sollten, gleichzeitig immer wieder hohe Honorare von eben dieser erhalten. Politik-PR und Journalismus verschwimmen ineinander.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. September 2024 (x1.404/…): >>**Union will Messerangriffe als Verbrechen einstufen**
Für mehr Sicherheit in Deutschland will die Union Messerangriffe künftig als Verbrechen einstufen. Wie die "Rheinische Post" in ihrer Freitagsausgabe berichtet, geht dies aus dem Entwurf des Beschlußpapiers zur Migrations- und Sicherheitspolitik hervor, welches bei der

Klausur des Fraktionsvorstands von CDU/CSU im brandenburgischen Neuhardenberg beschlossen werden soll. Darin heißt es: "Die Zahl der Messerangriffe steigt seit Jahren. Es braucht hier eine entschlossene und harte Antwort des Rechtsstaats."
Körperverletzungen mittels eines Messers oder einer sonstigen Waffe müßten daher künftig als Verbrechen geahndet werden. "Den Strafrahmen wollen wir auf ein Jahr bis 15 Jahre Freiheitsstrafe anheben", heißt es in dem Papier. Darüber hinaus soll die Bundespolizei mehr Befugnisse erhalten, etwa "für den flächendeckenden Einsatz von Tasern oder die Möglichkeit zu anlaßlosen Kontrollen auf Bahnhöfen und Flughäfen".
Die Bundespolizei brauche im Rahmen von Grenzkontrollen auch die Möglichkeit zur Kennzeichenerfassung. Zudem soll nach dem Willen von CDU/CSU "Terror-Werbung" wieder unter Strafe gestellt werden. 2002 habe Rot-Grün entschieden, daß die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen nicht mehr strafbar sei: "Seitdem kann in Deutschland analog und im Netz straflos für in- und ausländische Terrororganisationen geworben werden - ein unhaltbarer Zustand. Diese Strafbarkeit wollen wir wieder einführen", so CDU/CSU.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. September 2024 (x1.404/…): >>**Gewalt in Schulen um 27 Prozent gestiegen**
Die Gewalt an Schulen in Deutschland hat deutlich zugenommen. Die Sicherheitsbehörden in den Bundesländern verzeichneten im vergangenen Jahr insgesamt 27.470 Gewaltdelikte an Schulen, berichtet die "Neue Osnabrücker Zeitung" (Donnerstagausgabe). Das ist ein Plus von 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 2022 waren es demnach noch 21.570 entsprechende Delikte, die etwa leichte und schwere Körperverletzungen umfaßten. Die meisten Gewaltdelikte verzeichnete nach Angaben der Sicherheitsbehörden in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen mit 4.808 Taten im vergangenen Jahr.
2022 waren es noch 2.972. Dahinter folgt Baden-Württemberg mit fast 3.000 erfaßten Delikten im Vergleich zu 2.456 im Jahr zuvor. In Niedersachsen stiegt die Zahl von 2.295 auf 2.850, in Berlin von 2.325 auf 2.721 und in Bayern von 2.228 auf 2.645. Die Zahl der registrierten Gewaltdelikte war während der Jahre 2020 und 2021 bundesweit mit 14.419 beziehungsweise 10.632 polizeilich erfaßten Vorfällen deutlich niedriger. Allerdings waren in diesen beiden Jahren Schulen aufgrund der Corona-Pandemie zeitweise geschlossen.
Im Vergleich des Vor-Corona-Jahres 2019 zu 2023 zeigt sich demnach bundesweit ebenfalls ein deutlicher Anstieg. Allerdings konnten nicht alle Bundesländer Zahlen für 2019 liefern. Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, forderte, daß sich Personen an den Schulen explizit um den Bereich Sicherheit kümmern. "Ich spreche nicht von klassischen Sicherheitsbeauftragten, die zweimal im Jahr einen Feueralarm organisieren", sagte er der Zeitung. "Sicherheit umfaßt Gewaltprävention, Anti-Aggressionsschulungen, Verkehrssicherheit und Krisenintervention", so Düll. Sicherheitsdienste mit Metalldetektoren lehnt er jedoch ab. "Wir sind keine Strafjustizzentren", sagte der Lehrerpräsident über Schulen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. September 2024 (x1.404/…): >>**Klingbeil will Stromkosten der Unternehmen senken**
Angesichts der Krise bei Volkswagen und anderen deutschen Industriekonzernen wie Thyssenkrupp will der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil die Stromkosten der Unternehmen senken. "Das Hauptproblem der Autobranche und der deutschen Industrie insgesamt sind die hohen Energiekosten", sagte Klingbeil den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. "Dem müssen wir den Kampf ansagen." Die Bundesregierung müsse mehr tun, um VW, Thyssenkrupp und andere zu stärken.
"Ich halte nach wie vor den Industriestrompreis für richtig. Zudem müssen die Netzentgelte runter." Verbraucher und Unternehmen müßten aktuell die Kosten des Netzausbaus für die erneuerbaren Energien tragen, kritisierte Klingbeil. "Da muß der Staat finanziell mit reinge-

hen, um die Kosten für die Bürger und die Industrie massiv zu senken. Wir brauchen eine wettbewerbsfähige Industrie." Klingbeil versprach: "Wir werden um jeden Industriearbeitsplatz hier bei uns kämpfen."
Dafür setzt der Parteichef auf staatliche Investitionen: "Mir ist der Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz wichtiger als die Schuldenbremse." Der SPD-Chef zeigte sich zudem offen dafür, den Kauf von E-Autos wieder staatlich zu fördern. "Ich würde mich der Wiedereinführung der E-Auto-Prämie nicht widersetzen. Gezielte Kaufanreize können helfen", sagte Klingbeil. Es gebe eine große Unsicherheit in Deutschland über die Zukunft der Elektromobilität.
"Es ist fatal, wenn CDU-Chef Friedrich Merz in der Hoffnung auf schnellen politischen Geländegewinn die Elektromobilität immer wieder in Frage stellt und so zur Verunsicherung beiträgt", kritisierte der SPD-Vorsitzende. "Wir müssen sehr ernst nehmen, was bei Volkswagen passiert", fügte Klingbeil hinzu. Der SPD-Chef warnte das Unternehmen: "Wenn die Konzernführung alle Einschnitte gegen die Mitarbeiter durchdrücken will, dann wird das auf unseren Widerstand treffen."<<

06.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. September 2024 (x1.402/…): >>**Politikerin des Monats: Diese Frau bringt die Brandmauer-Betonköpfe in der CDU zum Schwitzen!**
Martina Schweinsburg (65/CDU), drei Jahrzehnte lang Landrätin des ostthüringischen Landkreises Greiz und jetzt neu gewählte Abgeordnete im Erfurter Landtag, spricht offen aus, was laut einer aktuellen Forsa-Umfrage 68 Prozent der CDU-Mitglieder in Ostdeutschland denken: Die Union sollte eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht grundsätzlich ausschließen! Einar Koch porträtiert die aus seiner Sicht Politikerin des Monats.
VON *EINAR KOCH**
Es waren klare Worte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa), mit denen die bei den Menschen in Ostthüringen beliebte CDU-Politikerin nach der Landtagswahl am 1. September für Schlagzeilen sorgte und mit denen Martina Schweinsburg die Brandmauer-Betonköpfe in der eigenen Partei zum Schwitzen gebracht hat: "Über 30 Prozent der Thüringer haben AfD gewählt. Und das ist ein Respekt vor dem Wähler, mit denen, die sie gewählt haben, auch zu reden ... Diese Pippi-Langstrumpf-Politik, in der man sagt: ‚Die AfD ist ein böses Kind, mit dem darfst du nicht spielen', ist gescheitert!"
- Wer ist diese streitbare CDU-Politikerin, hinter der mehr als Zweidrittel der ostdeutschen Unions-Mitglieder stehen und die bei der Landtagswahl am 1. September mit 46,7 Prozent das Direktmandat in ihrem Wahlkreis holte?
Martina Schweinsburg lebt in Auma-Weidatal (3.300 Einwohner), war Tierpflegerin im Leipziger Zoo, ist studierte Veterinärmedizin. Nach der Wende trat sie 1990 in die CDU ein. Sie wurde erste frei gewählte Landrätin des thüringischen Kreises Zeulenroda, 1994 Landrätin des neu gebildeten Landkreises Greiz. Bis zu ihrer Wahl in den Landtag vor einer Woche war sie die dienstälteste Landrätin im Freistaat Thüringen, seit Juli 2012 außerdem Präsidentin des Thüringer Landkreistags.

Die Landgräfin

Mit Bibelzitaten, einem Hirtenhund und 33 Jahren politischer Erfahrung regierte Martina Schweinsburg zuletzt den thüringischen Landkreis Greiz - und das überaus erfolgreich! Ihr Erfolgsrezept: Die CDU-Politikerin läßt sich von niemandem etwas vorschreiben - schon gar nicht, ob sie mit der AfD reden darf oder nicht.
Ihr neues Leben begann mit neuem Gehalt, damals, im Frühjahr 1990. Martina Schweinsburg weiß noch genau, wie hoch es war: "2.400 DDR-Mark." Für die Stelle einer Landrätin war das eher wenig, aber das, sagt sie, habe sie nicht gewußt. "Ich war 31 und politisch sehr naiv." Später habe sie erfahren, daß ihre Beraterin aus dem Westen mehr als das Doppelte erhielt,

"plus Buschzulage". So oder so waren die 2.400 Mark viermal mehr als das, was Schweinsburg zuvor verdient hatte. Und natürlich weiß sie noch, was sie sich davon gekauft hat: ihr erstes Pferd.
- Etwa 20.000 Einwohner hat Greiz noch, einschließlich der eingemeindeten Dörfer. 1990 waren es mehr als 30.000. Dafür gibt es die zwei großen Schlösser, eines oben auf dem Berg und eines unten in der durchrestaurierten Innenstadt, am Ufer der Weißen Elster. Das Geschlecht der Reußen, das hier bis 1918 regierte, hatte sich gleich mehrere Fürstenlinien geleistet. Als Landrätin residierte Martina Schweinsburg auf der anderen Seite des Flusses, in einem wuchtigen Bau, der das Landratsamt des Kreises Greiz beherbergt. "Die Landgräfin" wird sie seit Ewigkeiten im Kreis respektvoll genannt.
Wer Martina Schweinsburg auf dem Handy anruft, hört in der Warteschleife die Titelmusik des Mafia-Klassikers "Der Pate". Schweinsburg schmunzelt: "Ich war immer unbequem." In ihrem Büro riecht es nach Tierfutter, neben dem Schreibtisch wacht ein Irischer Wolfshund. Die Katholikin zitiert gerne aus der Bibel: "Seht zu, was ihr hört! Mit welchem Maß ihr meßt, wird man euch wieder messen" (Markusevangelium). Es klingt wie eine deutliche Ansage an die Brandmauer-Ideologen in der eigenen Partei.

Die Bürger-Versteherin

In ihrer Funktion als Präsidentin des Landkreistages übte Martina Schweinsburg wiederholt heftige Kritik an der Landesregierung unter dem Kommunisten Bodo Ramelow und deren Pläne zu einer Kreisreform in Thüringen. So verglich sie etwa das Gutachten einer Expertenkommission zur Verwaltungsreform mit dem Gebaren europäischer Kolonialmächte: "So etwas ähnliches haben die Kolonialmächte nach dem Ersten Weltkrieg in Nordafrika und dem vorderen Orient gemacht, weil die auch der Meinung waren, die Einheimischen sind zu deppert, um das selber zu können. Und die Konflikte aus dieser Zeit haben wir noch heute."

Die Partei-Rebellin

Bereits während der Regierungskrise in Thüringen 2020 (Wahl von Thomas Kemmerich, FDP zum Thüringer Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD) machte Schweinsburg aus ihrer Sicht der Dinge keinen Hehl: Es sei "völlig illusorisch, über 20 Prozent der Bevölkerung zu ignorieren".
- Bereits vor fünf Jahren schloß sich Martina Schweinsburg gemeinsam mit anderen CDU-Mitgliedern einem Appell zu Gesprächen mit der AfD an. Mit Blick auf ihre eigenen Erfahrungen als Landrätin fügte sie hinzu: "Die seit 2019 auch im Kreistag Greiz vertretene AfD, das jetzige 'Schmuddelkind', hat sich zu einer sachlichen und pragmatischen Zusammenarbeit entschieden."

Die Corona-Aufrührerin

Anfang April 2020 forderte Schweinsburg von der Thüringer Landesregierung einen Plan für eine Rückkehr zur Normalität in Wirtschaft und Gesellschaft nach der Corona-Krise. Der Landkreis Greiz war während der Pandemie (Hysterie) ein sogenannter Hotspot und im Frühjahr 2020 mit etwa 85 Fällen pro 100.000 Einwohner der in Deutschland am stärksten betroffene Kreis. Daher wurde Anfang Mai 2020 im Auftrag des Landes Thüringen ein Test an 855 Menschen in den Städten Greiz und Ronneburg durchgeführt.
Diese Testungen kritisierte Schweinsburg scharf: Sie habe nicht das geringste Verständnis für diese "überfallartige Nacht-und-Nebel-Aktion". Vehement wandte sich die CDU-Politikerin gegen eine Quarantäne des gesamten Landkreises und gegen weitergehende Verschärfungen der bestehenden Regelungen. Statt dessen forderte sie Lockerungen der Corona-Zwangsmaßnahmen.
- Schweinsburg damals: "Wir können unserer Wirtschaft, unserer Gastronomie keine weiteren Blockaden aufbürden."

Die Klima-Skeptikerin

Mit den Worten "Geht's noch?" attackierte die streitbare Thüringer Landrätin vor allem die sogenannte Klimapolitik der Anti-Deutschland-Ampel: Sie sprach von einem "religiösen Fanatismus bei der Bekämpfung des Klimawandels". Schweinsburg wörtlich: "Hat jemand in Berlin oder auch Erfurt begriffen, daß geradezu religiöser Fanatismus bei der Bekämpfung des Klimawandels zu nichts führt?"

Die Asyl-Kritikerin

Im Juli 2022, fünf Monate nach Beginn des Ukraine-Konflikts, schickte Martina Schweinsburg als Präsidentin des Thüringischen Landkreistags einen Brief an den thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linke), in dem sie angesichts des Zustroms ukrainischer Flüchtlinge mit drastischen Worten vor einem Kollaps der Kommunen warnte. Sie berichtete von eingereisten Roma-Großfamilien aus einigen Grenzorten der Ukraine zu Ungarn und Rumänien, die gar kein Ukrainisch sprechen würden.

- Im November 2023 führte der Landkreis Greiz als erster in Deutschland die Bezahlkarte für Asylleistungen ein.

Auch beim Thema Asyl nahm Martina Schweinsburg kein Blatt vor den Mund. Die CDU-Landrätin warf der Ampel eine "weltfremde, idealistische Politik" vor. Die Menschen hätten "wirklich Angst". Zwar hätten die Leute nichts gegen wirkliche Flüchtlinge - aber sie würden "die großzügigen Sozialleistungen des Staates für Menschen, die niemals in die Sozialsysteme eingezahlt haben, sehr kritisch hinterfragen".

Martina Schweinsburg: "Die Demonstrationen von Ausländern oder Deutschen mit Migrationshintergrund, die Präsidenten ihrer Herkunftsländer feiern oder gar die Herrschaft des Kalifates in Deutschland einfordern, verunsichern die Menschen hochgradig."

Man möchte dieser taffen und bürgernahen Frau mit Blick auf die linksgrün-woken Apostel der Masseneinwanderung und "Vielfalt", die falschen Klima-Propheten und die Pharisäer in der eigenen Partei ein anderes Bibelzitat zurufen: "Es ist aber nichts verborgen, was nicht offenbar wird, und nichts geheim, was man nicht wissen wird" (Lukas 12:2).

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. September 2024 (x1.402/…): >>**DDR 2.0: "Grüne" wollen Taskforce zum "Schutz der Demokratie"**

Wie sagte einst SED-Chef Walter Ulbricht: "Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben." Angesichts der AfD-Erfolge bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen fordern die um ihre Pfründe bangenden "Grünen" eine Taskforce zum "Schutz der Demokratie".

Diese soll mit Vertretern von Bund und Ländern besetzt werden und vom Kanzler geleitet werden. Der müsse dieses Thema jetzt zu seiner Aufgabe machen, sagte "Grünen-Fraktionschefin" Katharina Dröge. Sie halluzinierte von angeblichen russischen Versuchen der Desinformation und Wahlbeeinflussung.

Co-Fraktionschefin Britta Haßelmann sekundierte: Mit AfD und BSW gebe es nun in zwei Landtagen zwei Parteien, "die ein bißchen klingen wie der Pressesprecher von Putin". Solche "manipulative Einflußnahme" sei "relevant für das Funktionieren von Demokratie".

Im Klartext: Unter Demokratie verstehen die Ökosozialisten ausschließlich ihnen genehme Wahlergebnisse. Dafür soll jetzt das gesamte Linkskartell einschließlich CDU und CSU mobilisiert werden!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Geliefert wie bestellt**

Landtagswahlen: Sachsen und Thüringer strafen die Ampel ab - und machen die AfD zur Volkspartei

Christian Vollradt

Für Schönfärber und Realitätsverweigerer boten die beiden Landtagswahlen am vergangenen Sonntag wieder ein reichhaltiges Betätigungsfeld. Angesichts eines "blauen Bebens" und der Premierenerfolge für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) wußten sich die Wahlverlierer mit noch so kleinen Erfolgsmeldungen zu behelfen. Etwa, daß es die Kanzlerpartei SPD sowohl in ihrem Gründungsland Thüringen als auch in Sachsen über die Fünfprozenthürde schaffte. "Insofern steckt für meine Partei auch die Botschaft drin: Kämpfen lohnt sich. Wir werden gebraucht", meinte Generalsekretär Kevin Kühnert allen Ernstes.

Und Grünen-Chefin Ricarda Lang behauptete unter Ausblendung sämtlicher Nachwahlbefragungen, sie glaube nicht, daß das Thema Migrationspolitik "die Menschen hier am meisten umgetrieben hat." Sieben Abgeordnete sind ihrer Partei immerhin im Dresdner Landtag verblieben, in Erfurt flogen die an der Landesregierung Beteiligten heraus.

Sein Ziel, die AfD mit Björn Höcke auf Platz 1 zu verhindern, hat auch Thüringens CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt verfehlt. Aber: Man selbst sei "stärkste Kraft in der politischen Mitte" geworden. Was angesichts von 1,1 Prozent für die FDP eine wahrlich beachtliche Leistung ist. Voigt, der im Schatten der Brandmauer um die erstplazierte AfD Ministerpräsident werden möchte, stehen nun herausfordernde Sondierungen mit SPD und BSW bevor - angesichts eines dann wahrscheinlichen Patts von 44 zu 44 Sitzen (gegenüber AfD und Linkspartei).

Unterdessen sprach sich Voigts frisch gewählte Parteifreundin Martina Schweinsburg für Sondierungsgespräche mit der AfD aus. "Über 30 Prozent der Thüringer haben AfD gewählt. Und das ist ein Respekt vor dem Wähler, mit denen, die sie gewählt haben, auch zu reden", sagte die frühere Landrätin von Greiz. In Verhandlungen mit der AfD ließe sich die Partei entzaubern, vermutet die direkt gewählte Christdemokratin. Insider berichten, mit dieser Ansicht stehe sie nicht allein in der Partei.

Auch in Sachsen, wo die Union unter Ministerpräsident Michael Kretschmer knapp vor der AfD auf Platz 1 landete, soll ein nicht geringer Anteil in seiner Fraktion Gesprächen mit der AfD gegenüber offen stehen. Kretschmer lehnt dies ab, auch er wird wohl zunächst mit BSW und SPD verhandeln.

Ein Debakel erlebte vor allem die FDP. Unnachahmlich brachte Parteivize Wolfgang Kubicki via X die Sache auf den Punkt: "Das Wahlergebnis zeigt: Die Ampel hat ihre Legitimation verloren", schrieb er. Verweigere "ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft ihr in dieser Art und Weise die Zustimmung, muß das Folgen haben". Welche das sein könnten, zeigte die Initiative "Weckruf-Freiheit FDP", die bereits die (gescheiterte) Mitgliederbefragung zum Ausstieg der Liberalen aus der Ampel auf den Weg gebracht hatte.

Das vor allem von Kommunalpolitikern getragene Projekt wandte sich noch am Wahlabend an den Parteivorsitzenden Christian Lindner: "Wir respektieren und achten Ihren Einsatz für die Rückkehr der FDP in den Bundestag. Wenn Sie nun aber nicht erkennen, daß Sie uns mit einem Fortführen dieses Trümmerkurses wieder hinausführen, bitten wir Sie zu gehen."

Hart auf den Boden der Tatsachen schlugen auch diejenigen Formationen auf, die angetreten waren, die Lücke zwischen CDU einerseits und AfD andererseits zu füllen. Weder das Bündnis Deutschland noch die Werteunion (WU) konnten auch nur annähernd in den Bereich der Wahrnehmbarkeit vorrücken.

Jeweils 0,3 Prozent erzielten die Parteien in Sachsen, 0,6 Prozent die WU und 0,5 Prozent das Bündnis in Thüringen. Deutlicher konnte der Unterschied zwischen einem - theoretischen - Wählerpotential und einer - realen - Wählerschaft nicht offenbar werden. WU-Chef Maaßen räumte ein, man sei "weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben". Dies sei unter anderem auf "mangelnde organisatorische Reife und Professionalität der Partei sowie die unzureichende Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit zurückzuführen".

Angesichts der Tatsache, daß die AfD erstmals bei einer Landtagswahl stärkste Kraft wurde, sagte der Bundesvorsitzende Tino Chrupalla, man habe "wieder ein Stück Geschichte geschrieben". Auch die Co-Vorsitzende Alice Weidel sprach von einem "historischen Ergebnis", aus dem klar der Regierungsanspruch der AfD folge.
Es sei "auf Dauer nicht zu ignorieren", daß die Wähler dies wünschten. Auch Thüringens Co-Landesvorsitzender Stefan Möller betonte, es sei Brauch, daß der stärksten Kraft die Regierungsbildung zustehe, auch wenn es schon früher Ausnahmen von dieser Regel gegeben habe. Wie CDU-Mann Voigt, der im Wahlkampf "AfD-light-Positionen" vertreten habe, diese nun mit ausschließlich linken Partnern durchsetzen wolle, sei ihm ein Rätsel, so Möller.
Durchaus selbstkritisch zeigte sich Sachsens Landeschef und Spitzenkandidat Jörg Urban. Man habe "klar für den Machtwechsel" geworben und das Ziel, stärkste Kraft zu werden, trotz weiterer Zugewinne verfehlt. Auf eine Sperrminorität kam es ihm dagegen nicht an. Die AfD habe genug Mandate, um aus eigener Kraft Untersuchungsausschüsse einzusetzen, davon werde man bald Gebrauch machen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**"Voll mit Frust und Haß"**
Antifa-Area: Bremen tickt traditionell sehr links. Günstig für eine gewaltaffine Subkultur
Hinrich Rohbohm
Ihr Revier ist das "Viertel". Eine Gegend im Zentrum Bremens gelegen. Hier befindet sich die Hochburg der Antifa in der Weser-Metropole. Die Stadt ist links, war seit Bestehen der Bundesrepublik immer links regiert und von jeher ein Hort linker Vereine und Initiativen.
Doch im Viertel zwischen Ostertor und Steintor ist alles noch eine Spur radikaler. Etwa in der Sankt-Pauli-Straße 10 bis 12. Hier befindet sich der sogenannte Infoladen, Hauptquartier der Basisgruppe Antifa. Ihre Sprecherin nennt sich Tina Simons, die auf ihren Profilen in den sozialen Medien unter anderem den Slogan "Enteignen? Ja bitte!" für sich nutzt. Was nicht überrascht.
Denn bei der Basisgruppe Antifa handelt es sich um eine offen kommunistische Gruppe, die zum bundesweit agierenden linksautonomen Bündnis "Ums Ganze" gehört. Das Bündnis wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft, strebt unter anderem die Errichtung eines kommunistischen Systems an.
"Das sind nicht immer die hellsten Kerzen auf der Torte"
"Wann immer es Ärger gibt, sind diese Gruppen meist ganz vorne mit dabei", sagt René, Bachelor-Student im Fach Kulturwissenschaft an der Universität Bremen. Die Hochschule gilt als linke Kaderschmiede, Verbindungen zur gewaltbereiten linksautonomen Antifa-Szene sind hier keine Seltenheit. Auch René ist links. "Ich wähle grün, seit ich wählen darf", bekennt er. Klima-Demos, Demos gegen Rechts, Aktionen für Vielfalt und Toleranz. Der 21jährige ist schon oft bei all dem dabeigewesen.
Doch so sehr er auch von deren Richtigkeit überzeugt ist, stören ihn die gewaltbereiten Antifa-Gruppen zutiefst. "Diese Leute stehen in keiner Weise auf dem Boden des Grundgesetzes, sie wollen einen kommunistischen und totalitären Staat." Schon mehrfach habe er miterleben müssen, wie Aktivisten aus dem Umfeld Basisgruppe Antifa ursprünglich friedlichen Protest zum Eskalieren brachten, "um sich anschließend Scharmützel mit den Bullen" zu liefern. Ob da wirklich immer eine Absicht oder Strategie hintersteht, könne er nicht sagen.
Einige aus diesem Umfeld kenne er persönlich. "Das sind jetzt nicht immer die hellsten Kerzen auf der Torte. Ich glaube, da wird dann auch schnell mal einfach emotional reagiert. Jemand kloppt einen Spruch raus und schon sind die bei der nächsten Keilerei dabei." Von denen, die er kennt, wisse er jedenfalls, "daß da einfach privat und familiär schon einiges schiefgelaufen" sei. "Die sind vollgesogen mit Frust und Haß auf alles Mögliche und daher leicht empfänglich für politisch extremes Zeug."

Neben der Basisgruppe Antifa aus Bremen gehören auch die Göttinger Gruppe Redical (M), die Kölner Antifa AK, die Communist Action & Theory aus Marburg oder die Frankfurter Organisation Kritik & Praxis zum "Ums Ganze-Bündnis", das nicht nur bei den G20-Krawallen in Hamburg, sondern auch bei den Blockupy-Unruhen in Frankfurt und den Klima-Blockadeaktionen von Ende Gelände rund um die Internationale Automobilausstellung in München (IAA) sowie der versuchten Blockade des Hamburger Hafens beteiligt waren.
"Es sind eigentlich nur wenige darunter, die das wirklich ideologisch betreiben, für die meisten hat das alles eher Event-Charakter", ist auch Aileen überzeugt. Die 23jährige Psychologiestudentin war vor knapp sechs Jahren in der Klimabewegung aktiv und dabei "während des Greta-Hypes" auch mit der Bremer Antifa in Kontakt gekommen. "Die waren mir aber einfach zu strange drauf", erzählt auch sie. "So richtig ideologisch" seien nur die wenigsten gewesen, diese wenigen dafür aber "um so heftiger". Es dürfte sich dabei um jene aus dem "Ums Ganze-Bündnis" handeln, die sich laut Verfassungsschutz die kommunistische Revolution sowie die Umgestaltung von Staat und Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben.
Um so interessanter ist daher das Umfeld der Förderer und Unterstützer jener Gewalttäter. In der Vergangenheit hatte das linksextreme Bündnis unter anderem zu Kongressen geladen. Zu deren Teilnehmern zählten etwa der Politikwissenschaftler und ehemalige Grünen-Europaabgeordnete Frieder Otto Wolf, der noch heute als Präsident der Humanistischen Akademie Deutschland wirkt.
Auch die Politikwissenschaftler Michael Heinrich und Sonja Buckel gehörten dazu. Heinrich war Erstunterzeichner der von der Linkspartei zur Europawahl maßgeblich initiierten Kampagne "Wir wählen links", Buckel ist Vizepräsidentin der Universität Kassel, zudem Kollegiumsmitglied des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, der Wiege der Kritischen Theorie und ehemaliges Institut für Marxismus, das in seiner Gründungszeit zu Beginn der zwanziger Jahre noch eng mit dem sowjetischen Marx-Engels-Institut in Moskau zusammenarbeitete.
Ebenfalls mit dabei waren der Frankfurter Soziologie-Professor und Senior-Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Alex Demirović, sowie der als Antifa-Journalist bekannte Jörg Sundermeier. Das Szene-Hauptquartier in der Sankt-Pauli-Straße fungiert nach außen lediglich als sogenannter Infoladen. "Da laufen immer mal wieder Partys, aber viel mehr weiß ich da auch nicht drüber", läßt sich einem Anwohner in der näheren Umgebung entlocken. Andere hingegen wollen lieber gar nichts dazu sagen.
Ein weiterer Treffpunkt für Bremens Linksaußen-Klientel: Das Sielwallhaus, ein mit den üblichen Graffiti-Schmierereien übersäter Altbau, nicht weit vom Infoladen entfernt. Betrieben wird er von der gleichnamigen Jugendinitiative Sielwallhaus e.V. Partys werden auch hier gefeiert. Offenbar so exzessiv, daß es selbst den linksalternativen Nachbarn immer mal wieder zu viel wird. Bereits mehrfach hatten sie gegen die Jugendinitiative geklagt. Wegen Lärm, aber auch wegen Geruchsbelästigungen.
Ein weiterer Treffpunkt der Antifa: das Alte Sportamt am Steintor. "Dort finden immer wieder Meetings statt, wenn größere Aktionen geplant sind", erzählt René. Vernetzungen zwischen Antifaschisten-Szene, "Ende Gelände" oder "Fridays for Future" würden hier oftmals ihren Anfang nehmen. "Gerade dort geraten junge Menschen schnell in die Radikalisierung. Und was mal als friedliche Demo beabsichtigt war, artet dann schnell in Gewalt aus."
Auch Aileen kennt das Alte Sportamt. "Ich haben das selbst miterlebt. Da vermischen sich dann schnell mal radikale und gemäßigte Gruppen zwischen Party und Politik. Auf diese Weise gewinnen Extremisten ihren Nachwuchs, und leider kommt es dann eben immer wieder zu Eskalationen."
Den Zulauf für gewaltbereite linke Gruppen sieht sie dabei jedoch begrenzt. "Das Konzept ging schon nicht sonderlich gut auf, als ich noch dabei war. Und heute hat die Jugend leider andere Sorgen als Klima und Flüchtlinge, die Themen ziehen einfach nicht mehr." Gerade für

den Klimaschutz sei das schlecht. "Aber wenigstens geraten die Kids dann nicht in die Fänge dieser Ideologen", kann sie dem Ganzen für sich zumindest etwas Gutes abgewinnen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Man hätte es wissen können**

Islamismus in Solingen: Betete der Dreifachmörder vor seinem Anschlag in einer radikalen Moschee?

Daniel Holfelder

Das Wort Islamismus kommt ihm nicht über die Lippen. Nach dem islamistischen Terroranschlag in seiner Stadt gab Solingens Oberbürgermeister Tim Kurzbach zahlreiche öffentliche Stellungnahmen ab. Er sprach von einem "Anschlag" oder einem "Attentat", wahlweise stellte er das Adjektiv "heimtückisch" voran. Das Motiv hinter dem Verbrechen war dem SPD-Politiker keine Erwähnung wert.

Diese Weigerung, den politischen Islam als Gefahr zu erkennen, scheint in Solingen in den vergangenen Jahren an der Tagesordnung gewesen zu sein. Zwei Wochen ist es nun her, daß der eingewanderte syrische Islamist und Anhänger der Terrororganisation "Islamischer Staat" (IS), Issa al Hassan, auf dem Fest zum 650jährigen Stadtjubiläum drei Menschen ermordete und weitere acht zum Teil schwer verletzte. Nach und nach gelangen immer mehr Details sowohl zur aktuellen Tat als auch zur Geschichte Solingens ans Licht, die eine irritierend naive Sicht auf den Islamismus offenbaren.

Was den Anschlag angeht, drängt sich etwa die Frage auf, welche Rolle die Moschee "Islamisches Zentrum Solingen e.V." gespielt hat. Die Moschee befindet sich lediglich 300 Meter entfernt von der Flüchtlingsunterkunft, in der der Attentäter al Hassan seit Anfang des Jahres in Solingen lebte. Von offizieller Seite gibt es bislang zwar keine Auskunft darüber, ob oder welche Moscheen er besuchte.

Allerdings zitierte die Welt bereits zwei Tage nach der Tat aus einem Bericht der Polizei, in dem ein auf dem Stadtfest verletzter Zeuge zu Wort kommt. Demnach heißt es in dem Bericht wörtlich: "Von einem bei der Tat verletzten Zeugen wurde angegeben, daß man den unbekannten Tatverdächtigen 'aus Solingen kenne' und dieser auch Besucher einer örtlichen Moschee sei."

Besuchte al Hassan noch am Abend des Anschlags die Moschee?

Für den al-Qaida-Aussteiger und Islamismusexperten Irfan Peci spricht eine ganze Reihe von Indizien dafür, daß es sich bei der "örtlichen Moschee" um das Islamische Zentrum Solingen handelt. "In die anderen örtlichen Moscheen, die etwa von Ditib, Milli Görüs oder den türkischen Sufis betrieben werden, wäre ein Islamist wie al Hassan nie gegangen. Diese Moscheen sind für einen IS-Anhänger wie ihn viel zu liberal", erklärt Peci der JUNGEN FREIHEIT. "Dagegen ist die Moschee des Islamischen Zentrums Solingen eine radikale Salafisten-Moschee, die noch dazu in unmittelbarer Nähe zu al Hassans Flüchtlingsunterkunft liegt."

Zudem weist er auf das dreiteilige Bekennervideo hin, das kurz nach dem Anschlag auftauchte und in dem ein Mann, aller Wahrscheinlichkeit nach al Hassan, seine Treue zum "Islamischen Staat" schwört. Im letzten Teil verkündet der Mann, daß er "in ein paar Momenten" seine Tat ausführen werde. Aufgenommen wurde dieser Teil vor einem Parkhaus an der Goerdelerstraße/Ecke Florastraße im Stadtzentrum - unweit der Moschee des Islamischen Zentrums.

"Das Parkhaus, vor dem das Bekennervideo aufgenommen wurde, befindet sich zwischen al Hassans Flüchtlingsunterkunft und der Moschee", führt der Islamismusexperte aus. "Der Ort des Anschlags, der Fronhof, befindet sich in entgegengesetzter Richtung. Al Hassan ist also nicht direkt von seiner Unterkunft zum Anschlagsort gegangen, sondern zuerst in die andere Richtung, in der die Moschee liegt, und hat dann unweit der Moschee das Bekennervideo aufgenommen. Für mich sieht das so aus, als wäre er vor dem Anschlag in der Moschee gewesen." Allerdings weist Peci darauf hin, daß es sich lediglich um eine Theorie handelt. Beweise

habe er nicht.
Auch Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) gab in einer Sondersitzung des Innen- und Integrationsausschusses im Landtag an, den Behörden lägen keine Informationen zu Besuchen von al Hassan in der Moschee vor. Das Islamische Zentrum Solingen selbst betonte in einer Stellungnahme nach dem Anschlag, veröffentlicht auf Facebook: "Zudem wollen wir klarstellen, daß der Täter in unserer Moschee nicht bekannt ist." Der Vorsitzende des Vereins, Hidir Efetürk, sagte hingegen der Zeit, "es kann sein", daß der Attentäter die Moschee aufgesucht hat. Auf eine Anfrage der Jungen Freiheit reagierte das Zentrum bis zum Redaktionsschluß nicht.
Für Peci zeigt der Umgang mit der Moschee ganz unabhängig von der möglichen Verbindung zu al Hassan, daß die Verantwortlichen in Solingen die Augen vor dem Islamismus verschließen. "Ob der Attentäter die Moschee nun besucht hat, wie ich glaube, oder nicht: Fest steht, daß es sich um eine radikale salafistische Moschee handelt", macht er deutlich.
Als Beleg führt er die Predigten an, die die Moschee regelmäßig als Video auf ihrem Youtube-Kanal hochlädt. Besonders pikant: Nach dem Anschlag löschte die Gemeinde fast alle ihrer Videos oder schränkte ihre Sichtbarkeit für die Öffentlichkeit ein. "Es sieht ganz danach aus, als ob der Verein Angst davor hat, daß seine radikale Ideologie in der Öffentlichkeit bekannt wird", vermutet Peci. Er hat die Videos vor der Löschung gesichert und inzwischen einen Beitrag dazu auf seinem eigenen YouTube-Kanal hochgeladen, in dem er zahlreiche radikale Passagen aus den Predigten zeigt.
"Der Imam bittet Allah in fast all seinen Predigten darum, den sogenannten Mudschaheddin zum Sieg zu verhelfen. Damit sind alle gemeint, die den Dschihad führen, also zum Beispiel al-Qaida oder der Islamische Staat", schildert er. Darüber hinaus werde in den Predigten ganz offen die Scharia befürwortet und das Auspeitschen oder sogar die Steinigung von "Unzüchtigen" gefordert. "Und trotzdem bewirbt die Stadt Solingen das Islamische Zentrum in einer offiziellen Stadtbroschüre und behauptet dort, der Verein bemühe sich um die Integration von Muslimen."
Abgesehen von der Moschee gibt es Hinweise darauf, daß die islamistische Gesinnung des Attentäters schon deutlich vor seinem Verbrechen offenkundig war. So soll al Hassan in seiner Flüchtlingsunterkunft dafür bekannt gewesen sein, auf seinem Handy "islamistischen Content" zu konsumieren. Das berichtet das Online-Portal "Nius" und beruft sich auf Aussagen von Reinigungskräften und anderen Bewohnern der Unterkunft. Konkret habe er sich etwa Predigten und sogenannte Nashid-Gesänge auf seinem Handy angesehen. Dabei handelt es sich um islamistische Gesänge, in denen zum Heiligen Krieg gegen Ungläubige aufgerufen wird.
Dazu habe im März 2024 der Sicherheitsdienst einschreiten müssen, weil im Zimmer von Al Hassan eine schwarze IS-Flagge an der Wand angebracht worden sei. Ob die Leitung der Unterkunft Kenntnis von dem Vorfall hatte, ist unklar. Betrieben wird das Asylheim von der Stadt Solingen, die auf eine Anfrage der JF bis zum Redaktionsschluß nicht reagierte.
Ebenso offen ist, wer genau die Flagge anbrachte. Laut "Nius" hatte der Attentäter drei syrische Mitbewohner, die von seiner islamistischen Einstellung mindestens gewußt haben müssen oder sie geteilt haben. Einer davon war am Samstag nach der Tat kurzzeitig von der Polizei festgenommen und befragt worden. Polizei und andere Sicherheitsbehörden machen bislang allerdings keine Angaben darüber, ob die Mitbewohner des Attentäters ebenfalls als Islamisten eingestuft werden.
Auch die Diakonie in Solingen, die für die sozialpädagogische Betreuung der Bewohner in al Hassans Flüchtlingsunterkunft zuständig ist, äußert sich "aus datenschutzrechtlichen Gründen" nicht zu dieser Frage. Zum Attentäter selbst teilte der evangelische Sozialdienst mit, dieser habe "keines der freiwilligen sozialpädagogischen Angebote in Anspruch genommen".

Auch eine rechtliche Beratung - etwa mit Blick auf al Hassans fehlgeschlagene Abschiebung - bestreitet die Diakonie.
Aber nicht nur der Umgang mit der Moschee des Islamischen Zentrums oder die Verhältnisse in der Flüchtlingsunterkunft deuten darauf hin, daß der Kampf gegen den Islamismus für die Solinger Entscheidungsträger in der Vergangenheit kaum eine Rolle spielte. Im Gegenteil: In den vergangenen Jahren arbeitete eine ganze Reihe von Akteuren und Organisationen in Solingen daran, Warnungen vor Islamismus mit rechtsextremer Hetze und Rassismus gleichzusetzen.
Neben fast allen Parteien, allen voran Kurzbachs SPD, zählen dazu unter anderem dessen früherer Arbeitgeber, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), das zivilgesellschaftliche Bündnis "Bunt gegen Braun", dem der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Werner Bertl vorsteht, und die beiden großen Wohlfahrtsverbände der christlichen Kirchen, Diakonie und Caritas.
Exemplarisch für die breite Front gegen Warnungen vor dem politischen Islam steht eine Kundgebung von Ende August 2019, als der bekannte Islamismuskritiker Michael Stürzenberger in Solingen auftrat, der vor wenigen Monaten in Mannheim selbst Opfer eines islamistischen Attentats wurde und nur knapp überlebte. Damals rief "Bunt gegen Braun" zum Protest gegen Stürzenberger auf, dem sich unter anderem Kurzbach, die AWO oder der Bund der Deutschen Katholischen Jugend Solingen anschlossen, dessen Vorsitzender Kurzbach von 1998 bis 2005 war.
Ferner gab der Solinger Oberbürgermeister gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus den Nachbarstädten Wuppertal und Remscheid, Andreas Mucke und Burkhard Mast-Weisz (beide SPD), "ein Statement für Toleranz und Zusammenhalt" ab, wie es auf der Internetseite von "Bunt gegen Braun" heißt. Und damit nicht genug: Fast alle Parteien in Solingen, die SPD, die CDU, die Grünen, die FDP, die Linkspartei und die Partei Bündnis für Solingen, unterzeichneten einen gemeinsamen überparteilichen Appell gegen Stürzenberger.
Dessen Kritik am politischen Islam setzten sie darin gleich mit "Islamhetze" und "einem Kulturkampf, der von einer völkischen Ideologie getragen wird". Ferner stuften sie Stürzenbergers Kundgebung als "Demokratiebedrohung" ein, verurteilten "diese rechte Hetze" und bekannten sich statt dessen "zu einer Demokratie der Vielfalt und der Toleranz".

Die Stadt verschrieb sich ganz dem "Kampf gegen Rechts"

Ein weiteres zentrales Beispiel für die sorglose Haltung gegenüber dem Islamismus stellt die sogenannte Solinger Mitte-Studie von 2021 dar. Die Untersuchung sollte Aufschluß über das Ausmaß der "gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" in Solingen geben und wurde etwa vom nordrhein-westfälischen Kultusministerium mit 18.000 Euro gefördert.
Zum Projektteam zählten unter anderem die Stadt Solingen und die Solinger Koordinierungs- und Fachstelle für das Bundesprogramm "Demokratie leben!", über das die Stadt laut "Nius" seit 2020 insgesamt 735.000 Euro erhalten hat. "Demokratie leben!" wurde 2015 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufen, unter anderem um zivilgesellschaftliches Engagement gegen Extremismus zu unterstützen. "Das schließt neben Rechtsextremismus auch islamistischen Extremismus und linken Extremismus mit ein", betont das Ministerium auf der Internetseite des Programms.
Die Studie kam zum Ergebnis, daß "Fremden- und Ausländerfeindlichkeit" in der Stadt "sehr häufig" vorkämen und die Abwertung von Asylbewerbern sowie Muslimfeindlichkeit "häufig". Zuvor waren an die Solinger Bürger etwa 10.000 Online-Fragebögen in vier Sprachen verteilt und Gruppendiskussionen durchgeführt worden.
Abgefragt hatten die Studienautoren diverse Formen "gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit", etwa Fremdenfeindlichkeit im Allgemeinen, die Abwertung von Asylbewerbern oder Sinti und Roma, Antisemitismus, Rassismus oder Muslimfeindlichkeit. Nicht untersucht wurde hingegen, wie weit islamistische Denkmuster in der Stadt verbreitet sind.

Zum Projektteam hinter der Studie zählte außerdem das Förderprogramm "NRWeltoffen", mit dem das Bundesland Nordrhein-Westfalen seine Kommunen seit 2017 in der "Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus" finanziell unterstützt. Nach Solingen, wo das Programm von der Diakonie koordiniert wird, flossen in den vergangenen acht Jahren knapp 630.000 Euro. "NRWeltoffen" richtete nach eigenen Angaben auf Basis der Studienergebnisse Fachgruppen für fünf Themenfelder in Solingen ein: Antiromaismus, Anti-Schwarzen Rassismus, Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit und Muslimenfeindlichkeit. Eine Fachgruppe für Islamismus wurde nicht eingerichtet.

Diese Ignoranz ist um so frappierender, als in Deutschland wohl kaum ein anderer Ort so viele einschlägige Erfahrungen mit dem gewaltbereiten Islam gesammelt hat. Nachdem sich 2011 der österreichische Islamist Mohamed Mahmoud in Solingen angesiedelt hatte, entwickelte sich die Stadt rasch zu einem islamistischen Hotspot. Mahmoud, der in Österreich wegen Bildung und Förderung einer terroristischen Vereinigung verurteilt worden war und gerade seine Haftstrafe verbüßte hatte, baute in Solingen die salafistische Organisation "Millatu Ibrahim" auf und fungierte in der gleichnamigen Moschee als Imam.

Dort scharte der Sohn eines Ägypters, der laut eigener Aussage schon als Teenager ein Terrorcamp von al-Qaida im Irak besucht hatte, eine ganze Reihe prominenter deutscher Islamisten um sich. Während "Millatu Ibrahim" 2012 vom Bundesinnenministerium verboten wurde, kamen aus dem Kreis, einschließlich Mahmoud selbst, in den Jahren darauf in Syrien im Kampf für den Islamischen Staat ums Leben.

Zu Mahmouds Anhängern zählten neben dem Berliner Rapper Denis Cuspert alias Deso Dogg oder Badr A., der später in der Propagandaabteilung des IS gearbeitet haben und Hinrichtungsvideos produziert haben soll, auch zwei gebürtige Solinger: Robert Baum und Christian Emde, der sich 2014 als eines der führenden deutschsprachigen Mitglieder des Islamischen Staats im Irak vom Publizisten Jürgen Todenhöfer interviewen ließ.

Beide Solinger waren vom Christentum zum Islam konvertiert und 2011 in Großbritannien zu einer Haftstrafe verurteilt worden, weil sie bei der Einreise einen Laptop mit Bombenbau-Anleitungen von al-Qaida mitgeführt hatten. Baum starb mutmaßlich 2014 bei einem Selbstmordattentat für den Islamischen Staat in Syrien. Emde soll 2018 bei einem Drohnenangriff in Syrien sein Leben verloren haben.

Der Islamismus war in Solingen also schon lange vor dem Anschlag auf das Stadtfest eine für jeden sichtbare Gefahr. Zumindest für jeden, der nicht die Augen davor verschloß.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Die Wirtschaft schrumpft, aber die Zahl der Staatsbediensteten wächst**

Verbeamtete Bundesrepublik

Ulrich van Suntum

Selbst der Beamtenbund (DBB) ist dagegen: Winfried Kretschmann will Geistes- und Sozialwissenschaftlern den Weg in die Beamtenlaufbahn erleichtern. Bisher war dafür im Regelfall ein Studium der Rechts-, Verwaltungs- oder Wirtschaftswissenschaften erforderlich. Diese Qualifikationen sind im grünen Milieu allerdings weniger verbreitet.

Die Opposition in Stuttgart hegt den Verdacht, daß es Baden-Württembergs Ministerpräsidenten hauptsächlich um die Versorgung von Parteifreunden vor dem 2026 drohenden Machtverlust geht. Zumal es den behaupteten Fachkräftemangel bei Soziologen, Politologen und Genderwissenschaftlern gar nicht gibt - eher haben wir zu viele davon. Nicht nur der DBB sieht deshalb die Gefahr, daß diese Leute gar nicht fachgerecht eingesetzt werden können. Sie würden sogar Stellen für wirkliche Fachkräfte blockieren und womöglich anderen nur auf die Nerven gehen.

Auch insgesamt gibt es keinen Nachholbedarf bei der personellen Ausstattung des Staates, im Gegenteil: Die Zahl der öffentlich Bediensteten ist seit 2015 um 12,4 Prozent gestiegen und

damit fast doppelt so stark wie die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt (+6,6 Prozent). Damit waren 2023 rund 5,1 Millionen Menschen bzw. knapp zwölf Prozent aller Erwerbstätigen im Öffentlichen Dienst.
Die höchsten Zuwächse verzeichneten dabei Schulen und Kitas. Zwar sind nur 1,9 Millionen bzw. 36 Prozent der deutschen Staatsdiener Beamte oder Richter, die übrigen nur angestellt. Der Beamtenanteil unter den öffentlich Bediensteten ist in den vergangenen zwanzig Jahren sogar leicht rückläufig gewesen, wie eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft ausweist (IW-Report 35/24). Ihre absolute Zahl in Bund, Ländern und Kommunen hat aber dennoch zugenommen, nur eben nicht ganz so stark wie bei den öffentlichen Angestellten.
Hinter der Aufblähung des Staatsapparates trotz stagnierender Wirtschaft steht zum einen die wachsende Bevölkerung. Das Millionenheer der Migranten und ihrer schnell wachsenden Familien muß eben mit öffentlichen Diensten wie Sozialleistungen, Kitas und Schulen versorgt werden. Darüber hinaus wird der staatliche Personalzuwachs aber auch durch die immer stärkere staatliche Reglementierung aller Lebensbereiche getrieben.
"Die Politik hat im Regulierungseifer die sich ergebenden Belastungen für das öffentliche Personal nicht mitgedacht", kritisieren die Kölner IW-Forscher. In erster Linie solle der Personalbedarf im öffentlichen Dienst deshalb dadurch zurückgeführt werden, daß "die Politik die Gesetzgebung weniger komplex gestaltet und die Effizienz erhöht".
Statt dessen wuchert aber die deutsche und EU-Bürokratie immer weiter, auch aufgrund der grünen Planwirtschaft. Denn die Flut von Gender- und Klimaschutzvorschriften muß ja in Gesetze und Verordnungen gegossen, praktisch umgesetzt und permanent überwacht werden. Das gleiche gilt für die immer komplexer werdenden Steuer- und Abgabensysteme, welche die Bürger und Unternehmen zusätzlich malträtieren.
Gerade in diesen Bereichen ist aber auch der Beamtenanteil unter den Staatsdienern besonders hoch. Dabei müssen schon heute 1,8 Millionen Pensionäre aus Steuergeldern versorgt werden, doppelt so viele wie vor 30 Jahren. Wenn wir so weitermachen, fliege uns irgendwann "der Laden um die Ohren", warnte schon vor zwei Jahren Ulrich Silberbach, der Vorsitzende des DBB. Bisher allerdings ohne Erfolg.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Drohen 2025 wegen zusätzlichen Netzentgelten höhere Erdgaspreise? Bilanztrick für Wärmepumpe**

Marc Schmidt

Die EU will bis 2050, Deutschland bis 2045, Bayern bis 2040 und Bremen bis 2038 "klimaneutral" sein, was de facto auf ein Verbot von Erdgasheizungen hinausläuft. Wie bei seinem Wärmepumpenfiasko vermutet Robert Habeck, daß die Hausbesitzer früh reagieren und vor dem Enddatum aus der Gasnutzung aussteigen. Jeder dieser Wechsler sorgt dafür, daß die Fixkosten der Gasnetze auf immer weniger Verbraucher über Gasnetzentgelte verteilt werden müssen. Im Jahr 2045 müßten die wenigen verbliebenen Gasheizungsbesitzer und Industrieunternehmen sehr hohe Netzentgelte für die bis dahin nicht abgerissenen Teile des Gasnetzes zahlen.
Um dies zu mildern, läßt der grüne Wirtschaftsminister die Bundesnetzagentur und teure Beratungsunternehmen Ansätze entwickeln, die zum Ende der Laufzeit der Gasnetze steigenden Netzentgelte schon 2025 zu erhöhen. Um eine frühzeitige Gaspreissteigerung von sieben bis zehn Prozent zu ermöglichen, hilft ein Taschenspielertrick in der Bilanzierung. Die Bundesnetzagentur soll den Gasnetzbetreibern ermöglichen, die Gasnetze deutlich früher auf ein Euro Erinnerungswert in der Bilanz abzuschreiben.
Theoretisch sinkt der Wert des Gasnetzes also nächstes Jahr über die gewöhnliche Abschreibung hinaus. Dieser rein bilanzielle Verlust muß ausgeglichen werden. Entsprechend erhalten

die Gasnetzbetreiber die Genehmigung, die Netzentgelte im Schnitt um einen Cent pro Kilowattstunde (kWh) zu erhöhen. Das würde Erdgas für Privathaushalte um etwa zehn Prozent teurer machen - zusätzlich zur Verdopplung des Gaspreises seit 2020.
Die Begründung dafür lautet: Durch die Verteilung auf mehr noch nicht mit Wärmepumpen beglückte Gasnutzer werden starke Kostenanstiege für künftig wenigere Gasnetznutzer vermieden. Das belastet die Bürger mit mehreren hundert Euro zusätzlich im Jahr - und es ist ein weiterer Schlag gegen die deutsche Industrie, denn diese verbraucht für Prozesse nicht nur viel Erdgas, welches kaum substituierbar ist.
Insbesondere für industrielle Großkunden steigt auch der Preis für Strom aus den noch zu bauenden Gaskraftwerken, die die Ampel oder eine künftige Unionsregierung braucht, um nach der Abschaltung der AKW und Kohlekraftwerke die schwankende Produktion seiner Windräder und Solarparks auszugleichen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Ende der Vielfalt**
Marketing: Während in den USA Unternehmen nun weniger politisch agieren, sieht es in Deutschland ganz anders aus
Thomas Kirchner
Während Woke-Ideologie in US-Firmen auf dem Rückzug ist, kommt Werbung mit Diversität in Deutschland gerade erst in Fahrt. Mittelständische Familienunternehmen versuchten unter dem Slogan "Made in Germany - Made by Vielfalt" Sympathien zu erringen. Vielfalt der Beschäftigten sei ein Erfolgsfaktor für "Made in Germany", so die Initiative, die vom Nachwuchsgesellschafter Timm Mittelsten Scheid des Haushaltsgeräte-Direktvertriebs Vorwerk aus der Taufe gehoben wurde. In den sozialen Medien wurde die Kampagne zum Flop: der Hashtag #MadebyViefalt wurde von Migrationskritikern gekapert.
Diversität ist in der Belegschaft ein hochbrisantes Thema, bei dem US-Unternehmen inzwischen wieder zurückrudern. Zu oft liefen radikale Diversitätsinitiativen auf die Benachteiligung von Angestellten hinaus, die nicht divers genug waren. Angestellte mußten sich DEI-Schulungen (Diversity, Equity, and Inclusion) unterziehen. Kritiker bemängeln, sie vergifteten das Unternehmensklima, weil sich Teilnehmer wie auf einer Anklagebank fühlten. Meßbare Verbesserungen gibt es keine. Entsprechend rudern viele US-Unternehmen zurück.
Microsoft entließ sein gesamtes DEI-Team zum 1. Juli wegen "veränderter Anforderungen an das Unternehmen." Ford will seine DEI-Praktiken verändern und wird auch nicht mehr an Rankings für LGBTQIA+ teilnehmen. Der Rückzug von Vielfaltsprogrammen ist sogar meßbar. Zur Spitze der DEI-Mode im ersten Quartal 2021 erwähnten fast 300 Unternehmen DEI in ihren Quartalsberichten, nach nur knapp über null im Jahr zuvor. Im ersten Quartal 2024 waren es dann nur noch 74. Wie auch bei "Made by Vielfalt" haben soziale Medien zumindest in Einzelfällen eine Rolle gespielt.
Bei Tractor Supply Company, ein amerikanischer BayWa, die Hobby- und Kleinlandwirte beliefert, löste der konservative Filmproduzent Robby Starbuck den Rückzug von DEI aus. Der Kundenstamm lebt in überwiegend konservativ geprägten, ländlichen Regionen, wo man mit DEI nicht viel am Hut hat. Die gleichen Kunden hat der Landmaschinenhersteller John Deere, der sein DEI-Programm aufhob, nachdem es von Starbuck veröffentlicht worden war. Andere Firmen, deren DEI-Initiativen von Starbuck enthüllt wurden und die zurückruderten, sind Harley Davidson, Jack Daniels (JF 36/24) oder die Baumarktkette Loews.
"Bin Lebensmitteleinzelhändler und kein Politiker"
Nun kann die Negativ-Öffentlichkeit von DEI nicht nur peinliche Schlagzeilen verursachen, auch schwerwiegende finanzielle Auswirkungen hat es schon gegeben. Paradebeispiel ist die Biermarke Bud Light, die sich vom Trans-Influencer Dylan Mulvaney im Aptil 2023 einen Umsatzschub erhoffte. Statt dessen gab es einen Verbraucherboykott, der allein 2023 Umsatz-

einbußen von mindestens einer Milliarde Dollar verursachte. Wie eine Studie in der Harvard Business Review vom März dieses Jahres zeigt, dauern die Langzeiteffekte an, denn der niedrigere Absatz führt wiederum dazu, daß das Bier in Supermärkten, Bars und Restaurants weniger angepriesen wird.

Ähnlich erging es der zweitgrößten US-Einzelhandelskette Target, die Trans-Badeanzüge direkt an den Eingängen plazierte. Erst mieden Familien die Filialen, dann nahmen konservative Aktivisten den Konzern ins Visier, und nachdem der Konzern zurückgerudert hatte, war dann hingegen die LGBTQIA-Lobby verärgert. Nicht nur hatte es sich Target mit allen verscherzt, auch der Umsatz litt: trotz Inflation sank er von 109 Milliarden Dollar 2022 auf nur noch 107 Milliarden 2023.

Vorige Woche experimentierte dann die Edeka-Zentrale anläßlich der Wahlen in Thüringen und Sachsen mit einer Anti-AfD-Werbeaktion; "Warum bei Edeka Blau nicht zur Wahl steht." Das könnte noch gravierendere Auswirkungen haben, als man es in den USA gesehen hat, denn in manchen Regionen könnten sich über 30 Prozent der Wähler vor den Kopf gestoßen fühlen.

Kein Wunder, daß einige Franchisenehmer die Hamburger Konzernzentrale öffentlichkeitswirksam zurückpfiffen: "Ich bin Lebensmitteleinzelhändler, kein Politiker und werde mich deshalb auch mit meinem Markt in solche Themen nicht einmischen!" Die selbständigen Händler hofften offenbar, daß die betroffenen Kunden den feinen Unterschied zwischen Konzern und Franchisenehmer verstehen.

Die Chancen dafür stehen aber nicht gut, wie diverse Aktionen gegen die Franchisekette McDonald's gezeigt haben. So kündigte der US-Fastfood-Konzern im April an, seine 225 israelischen Filialen zurückzukaufen. Anlaß sind Boykott-aktionen in muslimischen Ländern und Frankreich, weil der israelische Franchisenehmer Alonyal Limit-ed nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 Zehntausende kostenlose Mahlzeiten an israelische Soldaten ausgegeben hatte.

Nicht nur die Privatwirtschaft verabschiedet sich in den USA langsam von DEI, auch Universitäten dürfen nach einem Urteil des Obersten Gerichts in Washington die ethnische Herkunft von Kandidaten nicht mehr berücksichtigen. Quoten waren zwar schon jahrzehntelang verboten, wurden aber durch die Hintertür eingeführt, indem DEI versuchte, die "Diversität" der Gesellschaft widerzuspiegeln. Vom Massachusetts Institute of Technology liegen erste Zahlen vor: der Anteil von Studenten asiatischer Herkunft stieg um sieben Prozentpunkte. In der Vergangenheit brauchten sie wegen der Nicht-Quoten bessere Noten als andere Bewerber.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**"Es war ein Diskussionsniveau unter aller Würde**

Stahlindustrie: Streit zwischen Thyssenkrupp und Steel Europe eskaliert / Ex-SPD-Chef Gabriel favorisiert Verkauf an tschechischen Milliardär

Paul Leonhard

Thyssenkrupp Steel Europe (TKSE) arbeite mit Partnern an klimaneutraler Strahlproduktion mit Fokus auf Einschmelzertechnologien - diese Jubelmeldung aus dem Konzern ist zwei Wochen alt, aber daß künftig elektrische Einschmelzer jährlich 2,5 Millionen Tonnen direkt-reduziertes Eisen zu Roheisen verarbeiten werden und daß das Forschungsprojekt "Save CO2" Einschmelzerschlacke für die Zementindustrie nutzbar machen will, interessiert derzeit niemanden.

Auch nicht die anderen TKSE-Bemühungen um die von der Bundesregierung und der EU geforderte "grüne" Stahlproduktion. Statt dessen bestimmt ein handfester Streit in den Führungsetagen das Medienbild: "Die Stahlsparte enthauptet, das Image ramponiert", titelte die Wirtschaftswoche. TKSE mit 27.000 Beschäftigten - 1999 hervorgegangen aus der Fusion der beiden Ruhrkonzerne Thyssen und Krupp - ist aktuell führungslos.

Und das mitten in der politisch erzwungenen Umstrukturierung. Stahlchef Bernhard Osburg, Personalvorstand Markus Grolms sowie Geschäftsführerin Heike Denecke-Arnold haben hingeschmissen und nach Aussage von Sigmar Gabriel Aufhebungsverträge unterschrieben. Auch der frühere SPD-Vizekanzler selbst hat seinen Aufsichtsratsposten aufgegeben. Drei weitere Aufsichtsräte ebenfalls.
Gabriel begründet seinen Rückzug mit einem "schweren Vertrauensbruch" und einer "beispiellosen Kampagne" gegenüber dem Aufsichtsrat der Stahltochter. Gemeint ist Thyssenkrupp-Chef Miguel Ángel López Borrego. Der hatte speziell Osburg "Schönfärberei" bei der Erstellung eines neuen Busineßlans vorgeworfen. Doch Osburg, der auch Präsident des Branchenverbands Wirtschaftsvereinigung Stahl ist, gilt in der Branche als "bester Stahlvorstand", den "Thyssenkrupp je hatte".
Wegen der anhaltend schlechten Stahlkonjunktur und der nicht ausreichenden Auslastung der Werke soll die TKSE-Stahlproduktion von 11,5 auf rund 9,5 Millionen Tonnen sinken. Deswegen demonstrierten am 29. August Tausende Stahlarbeiter in Duisburg. Mit Balken wurde der Zugang zur Firmenzentrale blockiert, brennende Tonnen aufgestellt und in einer Petition die Entlassung von López gefordert. Nach Ansicht der IG Metall stehen bis zu 10.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Und es geht um viel Geld. Während López die Stahltochter mit weniger als 2,5 Milliarden Euro sanieren und in die Selbständigkeit entlassen will, geht Osburg von mehr als 3,5 Milliarden Euro aus.
Grundlage dafür ist ein Roland-Berger-Gutachten, das aber sei von López nicht akzeptiert worden. In der Aufsichtsratsitzung soll es äußert rüde zugegangen sein. Der deutsch-spanische Manager habe "richtig aufgedreht, alle waren unfähig, alle waren doof", berichtet der frühere IG-Metall-Chef Detlef Wetzel. "Es war ein Diskussionsniveau unter aller Würde." Die Anteilseigner im Aufsichtsrat, darunter Ursula Gather, Chefin der Kruppstiftung, stellten sich dagegen öffentlich hinter López.
Daß die Misere noch intern gelöst werden kann, daran glaubt Wetzel nicht: "Die Politik muß in den nächsten Wochen und Monaten hier eine zentrale Rolle spielen." Überdies besorgt ihn der wachsende Einfluß des Milliardärs Daniel Kretínský, der über seine Holding EPH bereits 20 Prozent der TKSE-Anteile hält. López strebe ein Joint Venture mit dem 49jährigen Tschechen an, aber dessen Pläne seien "völlig undurchsichtig".
Gabriel favorisiert den Komplettverkauf der Stahlsparte. Nicht zur Sprache kamen jene zwei Milliarden Euro, mit denen der Steuerzahler den "grünen" Umbau der Stahlproduktion fördern soll. Um Deutschland bis 2045 "klimaneutral" zu machen, wäre es allerdings am einfachsten, die Stahlproduktion einzustellen. Ausländische Wettbewerber würden sich freuen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Über die Köpfe der Eltern hinweg**
Die EU und die Frühsexualisierung von Kindern: Brüssel treibt seine LGBT-Politik voran - doch der Widerstand wächst / Eine Studie zeigt die Probleme
Christian Schreiber
Anfang August verabschiedete das bulgarische Parlament eine Änderung des Bildungsgesetzes, das LGBT-Propaganda in Bildungseinrichtungen verbietet. Die Änderung wurde mit 159 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen angenommen. Die Änderung besagt, daß "Propaganda, Förderung oder Aufstachelung zu Ideen und Ansichten im Zusammenhang mit einer nicht traditionellen sexuellen Orientierung und/oder einer anderen als der biologischen Geschlechtsidentität" im Rahmen des Bildungssystems in bulgarischen Vorschulen und Schulen nun verboten sei.
Es wurde zudem ein separater Text angenommen, der "nicht-traditionelle sexuelle Orientierung" als "anders als die in der bulgarischen Rechtstradition allgemein akzeptierten und etablierten Vorstellungen von emotionaler, romantischer, sexueller oder sinnlicher Anziehung

zwischen Personen des anderen Geschlechts" definiert. Die Sprecherin der EU-Kommission, Anitta Hipper, antwortete auf die Frage eines Politico-Journalisten, ob dieses Gesetz mit den europäischen Werten und Gesetzen in Einklang stehe, lehnte es aber ab, darüber zu spekulieren, ob es zur Aussetzung von Mitteln aus dem Konjunkturprogramm führen könnte.

Bulgarien folgt Polen und Ungarn in seiner Kinderschutzpolitik

Die bulgarische Novelle ähnelt stark dem von der ungarischen Regierung im Jahr 2021 verabschiedeten Kinderschutzgesetz, das verhindern soll, daß schädliche Gender-Propaganda Kinder erreicht, und das die Aktivitäten von Gender-Lobbygruppen in Kindergärten und Schulen verbieten soll. Kritiker des ungarischen Gesetzes argumentieren, daß einige Bestimmungen Mitglieder der LGBT-Gemeinschaft diskriminieren.

Im Juli 2021 leitete die Europäische Kommission wegen des Gesetzes ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn ein und verwies den Fall im Dezember 2022 an den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Belgien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Österreich, Irland, Dänemark, Malta, Spanien, Schweden, Finnland, Slowenien, Frankreich, Deutschland und Griechenland haben sich einer Klage gegen das ungarische Kinderschutzgesetz angeschlossen, das weithin als LGBT-feindlich kritisiert wird.

"Europa wird niemals zulassen, daß Teile unserer Gesellschaft stigmatisiert werden: sei es wegen der Person, die sie lieben, wegen ihres Alters, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer politischen Meinung oder ihrer religiösen Überzeugung", erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 7. Juli 2021.

Die Sexualisierung schon von Kleinkindern ist bekanntermaßen neben diversen "Green Deals" eines der Leib- und Magenthemen der europäischen Eliten in Straßburg und Brüssel. Die aus Ungarn stammende konservative Bildungseinrichtung Mathias Corvinus Collegium (MCC) hat nun das neue Programm analysiert, das unter dem Namen "Comprehensive Sexuality Education" (zu deutsch: umfassende Sexualaufklärung) weltweit an den Schulen zum Einsatz kommen soll.

In den vergangenen Jahren sei eine neue Idee entstanden, wie junge Menschen über Sex und Beziehungen unterrichtet werden sollten, moniert das MCC: "Die Sexualerziehung wurde zu einem breiteren Lehrplan ausgebaut." Das CSE sei indessen aber eine neue Stufe. "Wie der Name schon sagt, ist es sowohl gründlicher als frühere Ideen als auch weitreichender. CSE ist eine kraftvolle moralische Intervention in das Leben von Kindern auf der ganzen Welt, die als routinemäßiger Teil des Schultages stattfinden soll."

Ziel des Unterrichts sei es, die Haltungen und Werte der Kinder im intimsten Bereich ihres Lebens zu formen: "Ziel ist es, gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen." Auf der Internetseite des Europäischen Parlaments findet man dazu eine bemerkenswert offene Erklärung, die belegt, wo die Reise hingehen soll:

"Obwohl es fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse und ein starkes politisches Engagement gibt, überzeugt die tatsächliche Umsetzung der Sexualerziehung in den EU-Mitgliedstaaten nicht immer. Zwar verfügen die meisten EU-Mitgliedstaaten über eine obligatorische Sexualerziehung, doch gibt es große Unterschiede, wie sie in der Praxis umgesetzt wird. Die Unterschiede betreffen sowohl den Inhalt als auch die Art und Weise der Vermittlung."

Das MCC moniert dagegen, daß die umfassende Sexualaufklärung einen starken moralischen Eingriff in das Leben von Kindern auf der ganzen Welt darstelle, der routinemäßig in den Schulalltag integriert werden soll. Der Unterricht ziele darauf ab, die Einstellungen und Werte der Kinder im intimsten Bereich ihres Lebens zu prägen. Der Unterricht konzentriere sich oft nur wenig auf die Grundlagen der sexuellen Fortpflanzung und statt dessen auf allgemeinere Themen wie Sexualität und intime Beziehungen.

"Unter dem Deckmantel von CSE wird eine Reihe von Sexualverhaltensweisen gefördert und ermutigt - sogar bei Kleinkindern", heißt es in der Studie. Das EU-Parlament moniert dage-

gen, daß die Vielfalt der Geschlechter und die sexuelle Vielfalt sowie die Vertretung bestimmter Gruppen wie junger Menschen mit Behinderungen in vielen Ländern in der Sexualerziehung nicht ausreichend thematisiert werde.
Befürworter von CSE argumentieren, daß es ein wirksames Mittel ist, um die mit sexuellen Aktivitäten verbundenen Risiken zu verringern und eine positive Einstellung zu Sex, Sexualität, Beziehungen, Geschlechtergleichheit und Geschlechtsidentität zu fördern. Unterstützt wird das Programm nicht nur vom EU-Parlament, sondern auch von der Weltgesundheitsorganisation WHO und der Unesco.

Brüssel gibt "Orientierungshilfen" und drängt auf Umsetzung

Das MCC führt als Hauptargument gegen das Programm an, daß seine Befürworter davon besessen seien, die Idee zu verbreiten, daß Kinder sexuelle Wesen sind und ihr sexuelles Vergnügen an erster Stelle stehe. Diese Ansicht beschränke sich nicht auf akademische Mindermeinungen, sondern stehe im Mittelpunkt der Politik und der Lobbyarbeit der großen internationalen Nichtregierungs-Organisationen (NGOs). "Das führt zwangsläufig dazu, daß im CSE-Lehrplan versucht wird, Kinder in einer Weise zu sexualisieren, die die Mehrheit der Eltern in den europäischen Ländern nicht gutheißen würde", heißt es in der Veröffentlichung.
Im Rahmen der Europäischen Union liegt die Hauptverantwortung für die Bildungspolitik bei den Mitgliedsstaaten. Nichtsdestotrotz bieten die EU und ihre Institutionen in bestimmten Bereichen Orientierungshilfen an und drängen auf deren Umsetzung. Die "umfassende Sexualerziehung" ist eine davon. Die anfängliche Betonung eines "lehrplanbasierten Prozesses" weise auf die Rolle der Schulen und Lehrer bei der Vermittlung von CSE hin:
"Es handelt sich um ein obligatorisches Element des Lehrplans und nicht um etwas Informelles, das anderweitig vermittelt werden könnte." Als äußerst kritisch sehen die Autoren dabei die Forderung an, daß Kinder und Jugendliche sich voll und ganz als "aktive Lernende" engagieren und nicht als passive Empfänger von Fakten.
Der Schwerpunkt liege auf dem Erwerb von "Fähigkeiten, Einstellungen und Werten". Scharf moniert wird auch die Tatsache, daß in dem CSE-Plan nicht zwischen Kindern und Jugendlichen unterschieden werde. Frühkindliche Sexualisierung lautet hier das bekannte Zauberwort.
"Es läßt sich sagen, daß eine Definition von CSE, die von einem mächtigen Netzwerk globaler Organisationen aufgegriffen und Nationen, Schulen und Kindern aufgezwungen wurde, die Bildung ausnutzt, um einen hochgradig politisierten und umstrittenen Ansatz zur Veränderung der persönlichen Einstellungen und Werte von Kindern zu fördern", heißt es in der Studie weiter.
In einem Papier für die Europäische Kommission aus dem Jahr 2020 hieß es bemerkenswert offen, das Europäische Parlament habe kürzlich "die Erwartung bekräftigt, daß alle Mitgliedstaaten die WHO-Standards für die Sexualerziehung in Europa einhalten, die in den internationalen technischen Leitlinien der Unesco zur Sexualerziehung dargelegten bewährten Verfahren befolgen und bei der Entwicklung und Durchführung der Sexualerziehung ihre Fortschritte im Hinblick auf die einschlägigen Ziele für nachhaltige Entwicklung berücksichtigen."
Ein Hauptargument für CSE lautet, daß bereits Kinder ein Recht auf Sexualaufklärung hätten. Es werde als ein Mittel für Nationen gefördert, um die Rechte von Kindern auf Gesundheit und Bildung zu erfüllen.
Die Autoren des MCC kritisieren dabei, daß auf diesem Wege vor allem den Eltern ein elementares Recht auf Erziehung genommen werde. Die CSE-Leitlinien gehen davon aus, daß nicht die Familien, sondern die Kinder ein Recht auf Privatsphäre und Vertraulichkeit haben. Ein Kind kann einem CSE-Lehrer mitteilen, daß es sexuelle Praktiken ausgeübt hat oder es sich über seine Geschlechtsidentität im unklaren ist, wobei es davon ausgehen kann, daß diese Informationen nicht an seine Eltern weitergegeben werden.

Die Autorität der Eltern wird mehr und mehr untergraben

Kindern werde somit beigebracht, daß "alles erlaubt" sei, solange die Menschen sich einvernehmlich sexuell betätigen. Bei der Entwicklung eines Bewußtseins für Sexualität gehe es dann logischerweise darum, Kinder darauf vorzubereiten, sich auf eine Reihe von einvernehmlichen Handlungen einzulassen. Besonders kritisch sehen die Autoren, daß Kinder sich mit Themen wie Masturbation oder Analsex auseinandersetzen sollten.

Die Unesco erklärt dagegen, CSE spiele eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung junger Menschen auf ein sicheres, produktives und erfülltes Leben in einer Welt, in der HIV und Aids, sexuell übertragbare Infektionen, ungewollte Schwangerschaften, geschlechtsspezifische Gewalt und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern immer noch ernsthafte Risiken für ihr Wohlergehen darstellen würden.

Die MCC-Autoren erwidern, daß diese Argumentation ausschließlich dazu diene, Angst zu verbreiten. Nach dem Motto: "Wer sich verweigert, läuft Gefahr, an Aids zu erkranken". Letztlich sei es das Erwachsenwerden und die Bewältigung des Erwachsenenalters ohne professionelle Hilfe von außen, das von den Befürwortern von CSE als das eigentliche Risiko dargestellt werde. Sobald dieser Bedarf an professioneller Unterstützung beim Erwachsenwerden akzeptiert werde, steht es den CSE-Befürwortern frei, jeden Aspekt des Innenlebens des Kindes zu besetzen und nicht nur das persönliche Verhalten, sondern auch individuelle Überzeugungen und emotionale Reaktionen zu prägen.

Mit zahlreichen Zitaten aus EU-Kreisen machen die Autoren deutlich, daß es im Endeffekt darum gehe, jegliche gesellschaftlichen Normen aufzubrechen. Es gebe keine vorbestimmten Geschlechter und eine Sexualität lasse sich beliebig ändern. "Die eindeutige Implikation ist, daß diejenigen, die gleichgeschlechtliche Beziehungen nicht akzeptieren oder die Frage stellen, ob sich ein Mann alleine aufgrund seiner Gefühle in eine Frau verwandeln kann, Blut an ihren Händen haben", schreiben die Autoren.

Die Weltgesundheitsorganisation habe angeregt, bereits im Alter von vier Jahren Kinder zu ermutigen, sich mit dem "lustvollen Erleben" des eigenen Körpers zu beschäftigen. Das Fazit der Autoren ist eindeutig: "CSE spricht von Kinderrechten, aber indem es die Autorität der Eltern an sich reißt, macht es die Kinder nicht weniger, sondern mehr gefährdet."

Auf seiten der Befürworter sieht man das naturgemäß ganz anders. In vielen Gesellschaften gebe es nach wie vor falsche Vorstellungen darüber, welche Auswirkungen es auf junge Menschen habe, wenn sie Unterricht in bezug auf Sexualität und Beziehungen erhalten: "Diese falschen Vorstellungen werden häufig von organisierten Gegnern angeheizt und verbreitet. Infolgedessen beruht die Sexualerziehung oft nicht auf Fakten, sondern wird zu einem politisierten Thema und bleibt in vielen EU-Mitgliedstaaten Gegenstand von Diskussionen."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Einig Land, mental gespalten**

Mit der Wiedervereinigung glaubten viele Westdeutsche, fortan den ganzen Staat zu repräsentieren.

Thorsten Hinz

Kurz vor den Landtagswahlen ließ eine Koryphäe vom Medienportal Correctiv via Twitter verlauten, der Westen solle "lieber über eine Trennung" von der ehemaligen DDR nachdenken: "Die Tschechoslowakei hat es vorgemacht." Denn es könne nicht sein, daß die rückständigen Ostdeutschen, "die nur 1/6 der Gesamtbevölkerung stellen, mit der Westbindung das Erfolgsmodell der Bundesrepublik zerstören". Nach scharfen Reaktionen löschte er den Tweet rasch wieder, doch ließ er sich nicht mehr zurückholen. Glücklicherweise, denn er ist buchenswert, weil er eine verbreitete Stimmung wiedergibt, die sich teils in Pöbeleien, teils in Insinuationen Luft verschafft.

Der Spiegel stellt zum Beispiel regelmäßig auf dem Cover die östlichen Bundesländer als hinterwäldlerisch und als irgendwie nicht zugehörig dar. Die "Ossis werden nie Demokraten", schrieb Mathias Döpfner, der Chef des Axel-Springer-Konzerns, in einer seiner umnebelten nächtlichen Mails.
Die in Dresden erscheinende Sächsische Zeitung plazierte am 10. August den Leitartikel eines (aus dem Westen zugezogenen) Feuilletonredakteurs auf der Titelseite, der mit einer verzerrenden Kritik an der Pegida-Bewegung begann und in den Satz einmündete. "Was unser Land braucht, ist ein eiserner Vorhang, vor dem sich die Mehrheit der demokratischen Zivilgesellschaft schart." Wobei nicht klar wurde, ob die Mehrheit sich mit dem Rücken oder mit dem Gesicht zur Wand aufstellt und ob der Feind von hinten oder von vorn anstürmt.
Solche Trennungsphantasien sind längst keine Einbahnstraße mehr. Die Bundesrepublik wird von vielen Bürgern als ein Staat wahrgenommen, der das Scheitern zu seinem Programm gemacht hat. Eine explodierende Gewaltkriminalität, der Niedergang der Wirtschaft, die Zerrüttung der Infrastruktur, die Verdummung der Schüler, die Abwanderung der Klugen und Talentierten ins Ausland, die von Analphabeten und religiösen Fanatikern ersetzt werden, die direkt ins Sozialsystem einwandern - diese Tendenzen haben ihre Wurzeln in Ideologien und Diskursen, die im westlichen Teil des Landes kreiert wurden.
Da kann schon der Gedanke auftauchen, vom Osten aus einen Schnitt zu machen: Die Milliardentransfers, auf die der Westen verweist, könnten dann als deutsch-deutsche Kriegsfolgelastenbereinigung verrechnet werden. Im übrigen müßte ein fairer Trennungsbeschluß die Übernahme von Messermännern, Gruppenvergewaltigern, Genderprofessor:innen, vernagelten Extremismusforschern, Demokratieexperten und sonstigen Kollateralschäden von Wokeness und Multikulti durch den Weststaat mit einschließen.
Gewiß, die Pro-Kopf-Wertschöpfung liegt im Osten noch um ein Viertel unter der des Westens, doch es ist vorstellbar, daß mittelfristig eine West-Ost-Wanderung von Personen und von Betrieben stattfindet, die der zunehmenden Politisierung ihres Alltags und der erstickenden Bürokratie entgehen wollen. Nicht nur viele Ost-, auch Westdeutsche sehnen sich danach, von den herrschenden Politik- und Medienlemuren befreit zu werden.
Nun gut, das sind alles Wolkenschiebereien, aber solche Phantasien verweisen darauf, daß die Wiedervereinigung, die in Wahrheit ein Beitritt des Ostens zum Westen beziehungsweise seine Übernahme war, politisch und psychologisch weitgehend mißlungen ist. Der westdeutsche Teilstaat glaubte das Ganze zu sein und hat sich daran verhoben. Nun drohen beide Teile in den Abgrund zu stürzen.
Dazu eine Begebenheit aus der Kulturszene, welche die bundesdeutsche Überhebung gut illustriert. Ende 1991 nahm Jürgen Habermas an einer Veranstaltung der (Ost-)Akademie der Künste in Berlin teil. Bei dieser Gelegenheit übergab die Schriftstellerin Christa Wolf ihm ein Arbeitspapier mit Thesen für eine Vereinigung mit der Schwesterakademie im Westteil der Stadt. Darin war von einer zu überwindenden Anpassung der beiden deutschen Teilstaaten an ihre jeweiligen Vormächte die Rede. Diese Anpassung hätte sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik "eine intellektuelle und emotionale Befangenheit erzeugt", die zu einer Entfremdung von der einst einheitlichen deutschen Kultur geführt hätten.
Wenige Tage später sandte Habermas an Christa Wolf einen geharnischten Brief, in dem er das Papier als "gut gemeinten, aber kurzschlüssigen Appell" abkanzelte. Keineswegs hätten die Biographien im Westen sich unter "deformierenden Einschränkungen" vollzogen, vielmehr sei die bundesdeutsche "Westorientierung (...) die Einübung in den aufrechten Gang" gewesen. Keineswegs gehörten die zwei deutschen Nachkriegsgeschichten zum selben "Paar Schuhe".
Die harsche Absage war um so bemerkenswerter, weil Wolf wie Habermas sich ausdrücklich zum linken und antifaschistischen Lager zählten, beide 1929 geboren waren und der soge-

nannten Flakhelfergeneration angehörten. Während die Ost-Schriftstellerin, die im Jahr zuvor im sogenannten "Literaturstreit" als politisch naiv und ideologische Irrläuferin kritisiert worden war, sich zur Notwendigkeit der Selbstkorrektur bekannte, wies der West-Philosoph die Zumutung strikt zurück. Die DDR-Pop-Band Silly faßte damals die Konstellation in das Bild vom reichen Westbräutigam, der seine heruntergekommene Ost-Braut heimführt ("Die Schlampe und der Held") und sie an die Kandare nimmt: "Und wenn es ihr zu eng wird / im sündhaft teuren Kleid / sagt er: Sei still, und schäm Dich / für Deine Vergangenheit."
Inzwischen ist der Lack der Westherrlichkeit fast gänzlich abgeplatzt. Günter Maschke hatte ihn bereits vor vierzig Jahren als falschen Flitter entlarvt. Seine Sätze über die intellektuelle Flakhelfer-Generation im Westen, die zur Zeit der Wiedervereinigung tonangebend war, sind nach wie vor klassisch:
"Diese Generation, zu jung, um die Prügel zu verstehen, die sie empfing, wurde ein Opfer der Gemeinschaftskundewelt, der Care-Pakete, der amerikanischen Stipendien für 'Demokratiewissenschaft' (Politologie) und der Legende vom britischen Parlament. Die schöne neue Welt, die die Vertreter dieser Generation nach Blut und Dreck erschauen dürfen, wurde von der einen Fraktion von ihr später als realisiert wahrgenommen, von der anderen aggressiv eingefordert. ... Die einen wollen die Nationvergessenheit und die Unterwerfung stabilisieren, die anderen wollen die Nationvergessenheit und die Unterwerfung verschärfen."
Ketzerisch gefragt: Konnte es denn überhaupt anders kommen? Bei der Suche nach einer Antwort werden die strukturellen Parallelen zwischen der Bundesrepublik und der DDR deutlich, die - anders als Habermas meinte - durchaus existierten. Zu den ersten Schriftstellern, die nach Deutschland zurückkehrten, gehörte der Kommunist und einstige Expressionist Johannes R. Becher. Sein 1946 erschienener Band "Heimkehr" enthält eine eindrucksvolle, tief empfundene Deutschland-Lyrik. "Meiner Heimat Schönheit", "Es war ein stilles Land", "Du heilig-schönes Land", lauten einiges charakteristische Überschriften. Einen Höhepunkt des Bandes bildet die Strophe: "Deutschland meine Trauer, Land im Dämmerschein, Himmel Du mein blauer, Du mein Fröhlichsein."
Aber diese nationale Lyrik blieb bei der jungen Generation, die den Krieg überlebt hatte, ohne Wirkung und Echo. Der DDR-Literaturwissenschaftler Werner Mittenzwei (Jahrgang 1927) begründete das damit, daß "Enttäuschung und Verzweiflung" das Nationalgefühl aufgezehrt hatten. "Es hatte zuviel Tribut gefordert, deshalb verlor es seine unwiderstehliche Anziehungskraft." Bechers Deutschland-Lyrik "weckte nur Erinnerungen, und die waren bitter". Deshalb wurde sie als "Nekrolog" empfunden. Das Nationalgefühl mußte zu den "Kriegsopfern" gerechnet werden. "Die Deutschen waren auf diese Weise nicht zu gewinnen, nicht zu neuer Bereitschaft mitzureißen."
Das galt für die Flakhelfergenerationen im Westen wie im Osten. Sie identifizierten sich mit dem, was die jeweiligen Sieger ihnen boten: in der Bundesrepublik den American Way of Life, im Osten den Glauben an den Sozialismus. Letzterer ging 1989 unter, doch der siegreiche Widerpart war deshalb nicht ins endgültige Recht gesetzt und schon gar nicht identisch mit den Interessen des wiedervereinten Landes. Es bestand durchaus die Aufgabe, gemeinsam ein geläutertes Nationalgefühl zu rekonstruieren. Das wurde von Leuten wie Habermas blockiert, der darin nur den Versuch sah, "uns wieder in den deutschen Sumpf einzutauchen".
Die Westbindung bzw. -orientierung wird nicht, wie es vernünftig wäre, als eine politische Option verstanden, deren Vorteile, Risiken und Nebenwirkungen ständig neu abgewogen werden müssen, sondern sie ist zum ins Metaphysische reichenden Glaubensbekenntnis geworden, das keine kritische Sichtung erlaubt. Dieser Dogmatismus führt zu politischer Naivität und Blindheit, welche Habermas und der eingangs zitierte Correctiv-Lemur miteinander teilen.
So läßt sich sogar die Sprengung einer wichtigen Energieleitung durch fremde Mächte als

freundschaftlicher Klaps interpretieren, der den Verirrten wieder auf den richtigen Weg bringt. Der selbstzerstörerische Widersinn, der in dieser Konditionierung liegt, wird im Osten aus historischen Gründen schärfer empfunden als im Westen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Propaganda: Die Bundesrepublik als Erbe des PR-Staates DDR**

Machtinterpretation der Wirklichkeit

Der "Servietten-Journalismus", der die Kommunikationsstrategie der SED bestimmte, hieß so, weil Erich Honecker und Joachim Herrmann, der Chefredakteur des Parteiorgans Neues Deutschland (ND), im trauten Zwiegespräch täglich beim Mittagessen festlegten, was die Nachrichtenagentur ADN, das ND und die Aktuelle Kamera zu berichten hatten.

Auch wenn das nicht jedem DDR-Bürger bekannt gewesen sei, hätten die Mitteldeutschen zu keinem Zeitpunkt in der 50jährigen Geschichte des Arbeiter- und Mauerstaates seine Medien für glaubwürdig gehalten. Hingegen war in der Bonner Republik das Medienvertrauen nahezu ungebrochen, und auch in der Berliner Republik glaubt eine Umfragemehrheit weiterhin an "das Märchen vom unabhängigen Journalismus", wie der in der DDR sozialisierte Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen (Uni München) berichtet (Tumult, 3/2024).

Im Vergleich zur SED-Diktatur fordere die "propagandistische Machtinterpretation der Wirklichkeit" den Herrschenden erheblich größere Investitionen ab. Kam die Abteilung Agitation des ZK mit deutlich weniger als 100 Beschäftigten aus, verfügt allein das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung über 500 Planstellen. Dabei sei die Vermittlung einer Welt des schönen Scheins längst wichtiger als jeder Inhalt. Wofür das zusätzlich mit "33 Experten für strategische Kommunikation" aufgerüstete Pressereferat der Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) das beste Beispiel abgebe. Sie werde zwar professioneller "gecastet" als Honecker, ihr PR-Apparat aber produziere die alte SED-Melange aus "Phrasendrescherei und Nullmeldungen". (dg) www.tumult-magazine.net<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Juristische Gegenwehr**

Die Kanzlei Höcker geht gegen den NDR wegen verbreiteter "Correctiv-Fake News" vor

Frank Hauke

Die Anfang des Jahres von der selbsternannten Rechercheplattform "Correctiv" verbreiteten "Fake News" bleiben in vielen Medien immer noch präsent und unwidersprochen. Doch jetzt regt sich juristischer Widerstand. Die Rechtsanwaltskanzlei Höcker hat ein Ordnungsgeld gegen den NDR beantragt, weil der Sender gegen das vom Oberlandesgericht Hamburg verhängte Verbot verstößt, Falschbehauptungen zum "Potsdamer Treffen" vom Februar zu verbreiten. Hintergrund ist die Räuberpistole von "Correctiv", dort sei die Ausweisung deutscher Staatsbürger geplant und der Entzug der Staatsbürgerschaft nach rassistischen Kriterien diskutiert worden.

Höcker-Anwalt Carsten Brennecke, der in der Sache den Staatsrechtler Ulrich Vosgerau vertritt, sagte der JUNGEN FREIHEIT: "Nun mußten wir feststellen, daß es der NDR mit der Befolgung gerichtlicher Verbote nicht besonders ernst nimmt. Denn der NDR hat an gleich zwei unterschiedlichen Stellen im Internet Berichte verbreitet, in denen die untersagten Aussagen weiter veröffentlicht werden." Daher habe man vergangene Woche Mittwoch den Ordnungsmittelantrag gestellt.

Programmbeschwerde beim Rundfunkrat eingereicht

Dem NDR war es nach der monatelangen Auseinandersetzung auch verboten worden zu verbreiten, daß die angeblichen Pläne, die in Potsdam besprochen worden seien, "verfassungswidrig und einem Staatsstreich gleichstehend" seien. Dies hatte er in der "Tagesschau" behauptet. Brennecke zur JF:

"NDR und Tagesschau scheren sich offensichtlich nicht darum, das Verbot eines deutschen

Oberlandesgerichts zu befolgen und nehmen damit in Kauf, daß das durch den Gebührenzahler finanzierte Budget des NDR dann für die Bezahlung von gerichtlich verhängten Ordnungsgeldern verschleudert wird."
In dem nun beim Landgericht Hamburg eingereichten elfseitigen Antrag, der der JF vorliegt, belegt Brennecke den Verstoß mit zwei Links, die auch diese Woche noch abrufbar waren. Dabei handelt es sich um Pressemitteilungen, die der öffentlich-rechtliche Sender sowohl auf seiner eigenen Internetseite als auch auf der Netzseite presseportal.de weiterhin verbreitet. Darin stehen laut dem Juristen identisch und sinngemäß die untersagten Falschbehauptungen.
Zur Begründung seines Antrags schreibt Brennecke dem Landgericht: "Offensichtlich hat die Antragsgegnerin gar kein Interesse daran, das gerichtliche Verbot zu befolgen.
Ansonsten würde sie die Weiterverbreitung der Artikel mit identischen und kerngleichen Aussagen auf zwei weiteren Webseiten nicht aufrechterhalten."
Der Sender verstoße somit "gegen das Äußerungsverbot". Der Jurist äußert in dem Schriftsatz seine Verwunderung darüber, daß die Anstalt "unbeirrt identisch bzw. sinngemäß" die "rechtsverletzende Handlung trotz Zustellung des Verbots und Androhung von Ordnungsmitteln" fortsetzt. Eine konkrete Höhe des Ordnungsgeldes hat die Kanzlei Höcker nicht beantragt. Der Streitwert liegt bei 30.000 Euro.
Kurz zuvor hatte die Rechtsanwaltskanzlei Höcker im Namen des Staatsrechtlers Ulrich Vosgerau bereits Programmbeschwerde beim NDR-Rundfunkrat gegen den Bericht der "ARD-Tagesschau" eingelegt. Das 173seitige Dokument, das der Jungen Freiheit ebenfalls vorliegt, zeigt, mit welch unseriösen Methoden das öffentlich-rechtliche Aushängeschild die Falschbehauptungen von Correctiv zum sogenannten "Potsdamer Treffen" weiterverbreitete.
Medienanwalt Brennecke sagte der JF dazu: "Bemerkenswert ist dabei, daß der NDR bereits Mitte März 2024 darüber informiert wurde, daß und warum er Falschbehauptungen verbreitet." Damals begann das juristische Verfahren gegen den Online-Bericht mit der Überschrift "Millionen Deutsche haben Angst vor Abschiebungen".
Zu keinem Zeitpunkt, weder außergerichtlich noch gerichtlich, habe der NDR, so Brennecke, "auch nur ein einziges Mal argumentiert, daß die Berichterstattung wahrheitsgemäß war". Vielmehr habe sich die Anstalt "nur mit dem formalen Argument verteidigt, Herr Dr. Vosgerau könne sich nicht gegen die Falschbehauptung wehren, da er namentlich nicht im Artikel benannt werde und daher nicht in seinen Rechten betroffen sei".
In der Beschwerde an das 48köpfige Gremium, das vom Ex-Gewerkschaftsfunktionär Dietmar Knecht geführt wird, heißt es über den ab 8. Februar online stehenden Beitrag: "Der Bericht verstößt sowohl gegen den NDR-Staatsvertrag, den Medienstaatsvertrag, journalistische Sorgfaltspflichten, den Pressekodex und die NDR-Programmrichtlinien."
Brennecke, der gegen die "Tagesschau" mehrere Verbote diverser Falschbehauptungen erstritt, hat über die Monate Einblicke in die Arbeitsweise des Senders erlangt. Der JF sagte er über den Umgang mit den Entgegnungen Vosgeraus und anderer Teilnehmer: "Der NDR hat dies von Anfang nicht etwa zum Anlaß dafür genommen, nachzurecherchieren und die Falschbehauptung im Bericht zu löschen, sondern er hat eisern an der Weiterverbreitung der Falschbehauptung festgehalten."

Die Nachrichtensendung hat bewußt Desinformation betrieben

Der renommierte Jurist ist fassungslos, wie die öffentlich-rechtliche Anstalt mit den eidesstattlichen Versicherungen der Anwesenden umgegangen ist, die seine Kanzlei vor dem Oberlandesgericht Hamburg vorlegte. Diese hätten "nachgewiesen", daß der NDR wahrheitswidrig berichtete. Brennecke sagt, spätestens seit Ende März habe der NDR somit gewußt, daß vor Gericht glaubhaft gemacht worden sei, daß der Text nicht stimme:
"Dennoch hat der NDR seine Berichterstattung nicht angepaßt, sondern weiter eisern an der Verbreitung der Desinformation mit Falschbehauptungen festgehalten." Das Verhalten des

Senders verstoße "nicht nur gegen sämtliche journalistischen Sorgfaltspflichten, sondern auch gegen die durch den NDR einzuhaltenden Angebotsgrundsätze", so der Jurist, der Mitglied der Grünen ist.
Wie geht es nach der Programmbeschwerde weiter? Brennecke meint, diese werde zeigen, "ob und wie die Selbstüberprüfung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks funktioniert". Aufschlußreich werde sein, ob der NDR-Rundfunkrat das "zwingende Ergebnis" feststelle, daß die "Tagesschau" wahrheitswidrig gearbeitet hat.
Brennecke: "Unserer Auffassung nach ist dieser Fall von ganz besonderem Interesse, weil die Tagesschau als Flaggschiff der deutschen Nachrichtenbranche, das eine erhöhte Glaubwürdigkeit für sich in Anspruch nimmt, in diesem Fall nachweislich dadurch aufgefallen ist, daß sie über Monate wider besseres Wissen eine Desinformation durch Verbreitung einer vor Gericht widerlegten Falschberichterstattung verbreitet hat."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Politbüro des Weltkapitalismus**
Analysen zum "Great Reset"
Werner Olles
Harald Seuberts Geleitwort zu dem von dem Politikwissenschaftler und Theologen Felix Dirsch herausgegebenen Band "Der Great Reset - Eine verschwörungstheoretische Chiffre?" macht deutlich, daß dieser keineswegs eine trübe Fiktion von Verschwörungstheoretikern ist. Dirschs Einleitung zeigt gleichfalls auf, wie die "Herren von Davos" gewissermaßen "auf leisen Sohlen" daherkamen, um sich in einem günstigen Augenblick, der mit der apokalyptischen Klimapropaganda und der Corona-Plandemie einherging, als "Politbüro des Weltkapitalismus" aufzuspielen, und im Namen von BigTech, BigPharma, BigData und Big Money den Abbau von Demokratie, Bürgerrechten und den Verlust von Freiheit konsequent durchzusetzen.
Der katholische Theologe und Philosoph Wolfgang Schrems beschreibt in seinem Beitrag die christliche Pflicht der Verteidigung von Ordnung und Freiheit in Form des Aufhalters, des Katechon. Schrems geißelt die von Papst Franziskus unterstützte Impfkampagne und dessen Sympathien für einen antichristlichen Weltstaat, der im Katechismus der Katholischen Kirche als "Mysterium der Bosheit" entlarvt wird. Das Verschwinden des eschatologischen Bewußtseins sei in den Binnenraum der Kirche eingedrungen. Der gläubige Christ habe jedoch dieser Geisteshaltung ein klares Nein entgegenzustellen.
Die Germanistin Caroline Sommerfeld erklärt in ihrem Essay "System, Steuerung und Plan" den Riß, der sich durch die geistige Landschaft zieht. Dennoch komme man nicht an der Frage vorbei, ob nicht der Widerstand bereits längst in das System eingeplant ist und dieses gar stabilisiere. Bereits Ende der 1960er Jahre fand diese Diskussion unter dem von Herbert Marcus geprägten Schlagwort der "Repressiven Toleranz" statt. Danach steht der Widerstand keineswegs außerhalb des Systems, sondern ist nach Adorno "immer schon darin aufgehoben", die Inkorporation nehme ihm so die revolutionäre Wirksamkeit. Sommerfelds Fazit: "Die Revolutionäre sind die globalistischen Eliten, nicht wir."
Während Daniel Zöllner die geistesgeschichtlichen Wurzeln des Great Reset untersucht, Volker Kempf den "Great Reset als ökologische Herausforderung" betrachtet, berichtet Peter Backfischs faktenreicher Essay "Soziale Nichtregierungsorganisationen - Zerstörer basaler Organisationsstrukturen" aus dem Innenleben einer großen NGO der Sozialwirtschaft. Seine drastische Schilderung des NGO-Unwesens ist geeignet, infantilen Schwarmgeistern ihre humanitaristischen Illusionen auszutreiben. Sein Fazit: Die Rückbesinnung auf bewährte Traditionen unseres Landes sei dringend erforderlich. Es sollte vielmehr möglich sein, neue Vereine mit nationaler Identität und sozialer Ausrichtung zu gründen.
Felix Dirsch: Der Great Reset. Eine verschwörungs-theoretische Chiffre? Gerhard Hess Ver-

lag, Uhingen 2024, broschiert, 338 Seiten …<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**267 Milliarden Euro Verluste**

Neue EU-Richtlinie verlangt von Unternehmen mehr IT-Sicherheit / Hauptangreifer sind China und Rußland

Paul Leonhard

Die Verluste liegen aktuell angeblich bei 267 Milliarden Euro in den vergangenen zwölf Monaten. Das ist eine Steigerung um 29 Prozent zum Vorjahreszeitraum. Die Summe entspricht 6,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder 60 Prozent des Bundeshaushalts - trotzdem ist es medial und politisch kein großes Thema: Deutschlands Wirtschaft befindet sich seit Jahren in einem unerklärten Krieg mit kriminellen Organisationen und autoritären, aber auch "befreundeten" Staaten.

Es geht um den Diebstahl von Daten und IT-Geräten sowie um digitale und analoge Industriespionage oder Sabotage. Der Anteil der Schäden durch Cyberangriffe wird dabei auf 180 Milliarden Euro geschätzt, 30 Milliarden Euro mehr als 2022. Diese gehen nach Einschätzung des Bundesverfassungsschutzes vor allem von China, Rußland und Nordkorea aus, aber längst nicht alle.

Ziele sind die deutsche Infrastruktur und Unternehmen. Betroffen sind nicht nur Großkonzerne, ihre Produkte und Entwicklungsabteilungen, sondern auch mittelständische Weltmarktführer und ihre Innovationsleistung. Acht von zehn Unternehmen hatten im vergangenen Jahr mit Cyberattacken zu kämpfen. Das geht aus einer aktuellen Studie des Digitalverbands Bitkom hervor, bei der 1.000 Unternehmen ab zehn Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von mindestens einer Million Euro quer durch alle Branchen befragt wurden.

Mehrheitlich Täter aus der organisierten Kriminalität?

Hauptangreifer ist danach China. 45 Prozent der betroffenen Firmen gaben an, die Angriffe nach China zurückverfolgen zu können (2023: 42 Prozent), 39 Prozent nannten Rußland (2023: 46 Prozent), 31 Prozent Osteuropa, 25 Prozent die USA, 31 Prozent EU-Staaten, und 20 Prozent vermuteten eine Attacke aus dem eigenen Land - Mehrfachnennungen waren möglich. 36 Prozent der Befragten konnten keine Angabe über die Angreifer machen. Interessant bei der Umfrage ist, daß die Unternehmer mehrheitlich (70 Prozent) vermuten, daß die Täter aus der organisierten Kriminalität stammen und lediglich zu 20 Prozent auf ausländische Nachrichtendienste tippen.

Die Angriffsvektoren auf die deutsche Wirtschaft haben sich verschoben. Die Verzahnung von Cyberspionage und Cybercrime hat weiter zugenommen. Man sehe auch eine "noch engere Verbindung zwischen digitalen und analogen Angriffen". Die Angreifer verfolgten das Ziel, durch "paßgenaues Social Engineering die Tür für klassische Spionageaktivitäten zu öffnen". Gleichzeitig nehme die Bedrohung durch digitale und physische Sabotage weiter zu. Sorge bereite der "starke Anstieg analoger Angriffe, darunter Sabotage von Betriebsabläufen und Anlagen", heißt es in der Bitkom-Studie.

"Da unsere Gegner ganzheitlich operieren, müssen auch Wirtschaftsunternehmen und Sicherheitsbehörden ganzheitlich agieren", argumentiert Sinan Selen, Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), bei der Vorstellung der Bitkom-Studie: "Wir dürfen digitale und physische Sicherheit nicht isoliert betrachten. Bei einem ganzheitlichen Ansatz muß auch die Sicherheit von Lieferketten mit bedacht werden."

China entfalte "breit gefächerte Ausspäh- und Einflußaktivitäten", hatte Selens Chef Thomas Haldenwang bereits 2023 in der Welt am Sonntag gewarnt und prognostiziert, daß diese zunehmen werden. Im April legte er nach, als er China - mit 254,5 Milliarden Euro gemeinsamen Handelsumsatzes Deutschlands wichtigster Handelspartner - als beispiellose sicherheitspolitische Herausforderung bezeichnete und den von seinem britischen MI5-Kollegen gepräg-

ten Vergleich zitierte: Rußland ist ein Sturm, China aber ist der Klimawandel. Deutschland gilt für China als eines der bedeutendsten nachrichtendienstlichen Aufklärungs- und Einflußziele.
Chinas Strategie sei langfristig angelegt, mahnte Haldenwang: "Die politische Führung setzt ihre wirtschaftliche Macht - die sich auch aus intensiven Beziehungen zur deutschen und europäischen Wirtschaft ergibt - bereits zur Umsetzung politischer Ziele ein." Dennoch ist das BfV weiterhin vor allem mit der Oppositionsbekämpfung in Deutschland beschäftigt. Im Reich der Mitte hat man dabei auch im Blick, daß die gegenwärtig in Deutschland stattfindende Deindustrialisierung vor allem auf politischen Entscheidungen der Bundesregierung beruht, die die Unternehmen zur Abwanderung oder zum Aufgeben zwingen.
Know-how-Transfer findet auch durch Firmenübernahmen oder Direktinvestitionen statt. Deswegen wird versucht, auch die Politik zu infiltrieren. Aber auch Universitäten und Hochschulen rücken in den Fokus chinesischer Geheimdienstoperationen. Besonders interessant sind dabei der akademische Austausch sowie die mehr als 40.000 chinesischen Studenten.
Ein großer Teil davon ist nach Erkenntnissen des BfV eng an die Volksrepublik angebunden, insbesondere diejenigen, die mittels von Peking geförderter Stipendienprogramme an deutschen Hochschulen eingeschrieben sind. Nach einem vermuteten Spionagefall hat im vergangenen Sommer die Uni Erlangen-Nürnberg die Aufnahme derartiger Studenten mit Stipendium untersagt.
Mittels einer neuen Richtlinie, die in Deutschland am 1. Oktober in Kraft treten soll, will die EU die Cybersicherheit in ihren Mitgliedsländern verbessern und angleichen. Die im Januar 2023 verabschiedete erweiterte NIS-2-Richtlinie (Netzwerk- und Informationssicherheit) regelt die Cyber- und Informationssicherheit von Unternehmen und Institutionen und gilt nicht nur wie die bisherige Regelung für einige große Firmen aus wenigen Bereichen, sondern für "sehr viele Firmen aus einer ganzen Reihe zusätzlicher Branchen und Sektoren", sagt Christopher Hock von der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Forvis Mazars.
Betroffen seien nun auch Unternehmen ab einer bestimmten Größe, die in der Daseinsvorsorge, der Aufrechterhaltung des Gemeinwohls und der Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts eine entscheidende Rolle spielen, wenn diese mindestens 50 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von mehr als zehn Millionen Euro haben. Nach Hocks Schätzung handelt es sich um 25.000 bis 40.000 Unternehmen in Deutschland. Beschäftigen diese sich künftig ungenügend mit Cyber-Risikomanagement, der Kontrolle und Überwachung sowie dem Umgang mit Angriffen und den Folgen, stehen harte Sanktionen ins Haus.

Investitionen in die IT-Sicherheit auf hohem Niveau halten

Die Bedrohungslage für die deutsche Wirtschaft verschärfe sich, ist Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst überzeugt. Die Unternehmen müßten ihre Schutzmaßnahmen weiter hochfahren: Das gelte für digitale ebenso wie klassische Angriffe wie etwa das Abhören von Besprechungen oder den Diebstahl von physischen Dokumenten. Schon jetzt geben laut der Bitkom-Umfrage vier von zehn Unternehmen 20 Prozent oder mehr ihres IT-Budgets für IT-Sicherheit aus. 38 Prozent geben zehn bis unter 20 Prozent dafür aus. "Bei den durchschnittlichen Ausgaben für IT-Sicherheit nähern wir uns dem Zielwert an", so Wintergerst. Wichtig sei, daß "die Investitionen in die IT-Sicherheit dauerhaft auf hohem Niveau gehalten werden".
Derweil hat Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) eine neue Arbeitskräfteinitiative gestartet. Nach einem Chinabesuch im Juni mit einer 60köpfigen Delegation will er gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Hannover junge Chinesen für Deutschland begeistern. Noch denkt Maike Bielfeldt, IHK-Hauptgeschäftsführerin, eher an Hilfsjobs im Hotel- und Gaststättengewerbe oder bei der "Installation von Photovoltaik-Anlagen", aber das könnte sich schnell ändern. Auch Bitkom verlangt trotz allem mehr Zuwanderung und tadelt am Montag lieber die AfD- und BSW-Wahlergebnisse in Thüringen und Sachsen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Weiterer Ärger mit Wölfen**

Ludger Bisping

Holstein hat ein neues Rudel: Bei Lauenburg an der Elbe tappten Wölfe mit mehreren Welpen in eine Fotofalle. Die Welpen wurden nachweislich in Mecklenburg gewölft, das Streifgebiet des Rudels liegt jedoch hauptsächlich im Kreis Lauenburg. Es ist das dritte standortfeste Wolfsrudel in Schleswig-Holstein. "Das ist ein schöner Erfolg für den Artenschutz", freute sich der grüne Landesumweltminister Tobias Goldschmidt.

Die Weidetierhalter sind aber weniger begeistert als der 42jährige Politologe. In Rheinland-Pfalz sorgte Isegrim für eine kuriose Gerichtsposse: Alarmiert durch Medienberichte aus den Niederlanden, wo ein Wolf im Juli bei Utrecht ein kleines Mädchen gebissen hatte, stellte ein Jagdpächter im Westerwald selbstproduzierte Wolfswarnschilder auf. Sie riefen Wanderer dazu auf, Hunde an der kurzen Leine zu führen und Kinder nicht unbeaufsichtigt zu lassen. Das Naturschutzgebiet Oberes Wiedtal sei ein "Beutegrund von Wölfen", hieß es auf den Tafeln.

Oberverwaltungsgericht in Koblenz verbietet Wolfswarnschilder im Naturschutzgebiet.

Das Oberverwaltungsgericht in Koblenz untersagte die Aufstellung und ordnete die sofortige Entfernung der Schilder an. Die Richter beriefen sich auf eine Verordnung, nach der nur Schilder erlaubt sind, die auf den Schutz des Naturschutzgebietes hinweisen. Anläßlich der Landtagswahlen in Mitteldeutschland positionierten sich auch die Parteien zum Thema Wolf. Die AfD will "Wolfskerngebiete" in "besonders dünn besiedelten Landesteilen" festlegen, mit einer Regulierung in Form von Abschußplänen und Schonzeiten.

Statt eines isolierten "Wolfsmanagements" soll Isegrim in das allgemeine Wildtiermanagement integriert werden. Unterdessen ist die Wölfin mit den meisten Weidetierrissen in Deutschland spurlos verschwunden: "GW3092f" zerfleischte in eineinhalb Jahren 100 Nutztiere im Spessart und in der Rhön - Mitte Juli ist ihre Blutspur plötzlich abgerissen. Wolfsfans fürchten einen illegalen Abschuß. Bundesweit werde jeder zehnte Wolf illegal erlegt, behauptete das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung. Der größte Wolfs-killer bleibt allerdings der Straßenverkehr.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 6. September 2024 (x1.406/…): >>**Jens Spahns (CDU) Steuergeld-Vernichtung in Milliardenhöhe für illegale Maskenbeschaffung**

Von *Herbert Ludwig*

Wachsende Schadensersatz-Verpflichtungen des Bundes von bisher 3,5 Milliarden Euro für nicht erfüllte Verträge an Masken-Lieferanten machen wenig beachtete Schlagzeilen. Das ist aber nur ein geringer Teil der ungeheuren Steuergeldverschwendung durch das Bundesministerium für "Gesundheit" unter Leitung von Jens Spahn (CDU). - Dr. Manfred Kölsch, Richter i.R., weist nachfolgend anhand eines Berichts des Bundesrechnungshofes nach, daß Spahn bewußt rechtswidrig über die Haushaltsmittel hinaus, ohne Ausschreibung und dokumentierende Aktenführung die Verschleuderung von weiteren 6,7 Milliarden Euro Steuergelder für unnötige, nicht verbrauchte und sowieso untaugliche und schädliche Masken zu verantworten hat. (hl)

Steuergeldvernichtung in Milliardenhöhe bei illegaler Maskenbeschaffung durch Bundesgesundheitsministerium

Von Dr. *Manfred Kölsch*

Masken wurden vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) in der Zeit vom März 2020 bis Mai 2020 beschafft. Jetzt, nach ca. 4 Jahren, spielen diese Einkäufe plötzlich eine bedeutende Rolle in der Presse. Schlagzeilen wie "Ärger für Mr. Maske" oder "Steuerzahlerbund: Teure Maskenfehlentscheidung" machen aktuell auf die damalige Maskenbeschaffung auf-

merksam. Vordergründiger Auslöser dieser Nervosität sind zwei Entscheidungen des OLG Köln (eine vor dem 6. Juli 2024 und eine weitere am 19. Juli 2024).
Beide Entscheidungen stellen zum Schadenersatz an die Lieferanten verpflichtende Vertragsverletzungen des BMG fest. Die Revision wurde vom OLG Köln nicht zugelassen. Rechnet man die Streitwerte der weiteren ca. 100 ähnlich gelagerten rechtshängigen Klagen hinzu, über die noch nicht entschieden worden ist, dann droht, einschließlich Zinsen, Gerichtskosten und Anwaltsgebühren ein Schaden von ca. 3,5 Milliarden Euro. Schätzungen gehen davon aus, daß jährlich weitere Kosten von einer Milliarde Euro anfallen (FAZ, 22. Juli 2024, Nr. 168, S. 17).
Bei der aktuellen Aufgeregtheit über drohende Schadenersatzansprüche aus vor dem OLG Köln rechtshängigen Klagen befaßt sich niemand vertieft mit dem Bericht des Bundesrechnungshofs (BRH) vom März 2024. Das soll hier nachgeholt werden, liegt ihm doch ein viel umfassenderer Maßstab zugrunde als nur Schadenersatzansprüche von Maskenlieferanten. Im Folgenden angegebene Seitenzahlen beziehen sich auf diesen Bericht.
Der BRH stellt fest, daß, wirtschaftlich betrachtet, der überwiegende Teil der PSA-Beschaffung (Persönliche Schutzausrüstung, wozu im Wesentlichen die Masken zählen) "im Ergebnis ohne Nutzen für die Pandemiebekämpfung und damit ohne gesundheitspolitischen Wert" war. (S. 46). Der BRH empfiehlt dem BMG deshalb auch, seine Beschaffungstätigkeit während der "Pandemie" kritisch aufzuarbeiten (S. 54), um dann jedoch resigniert festzustellen: Der Bundesrechnungshof vermißt insoweit eine angemessene kritische Auseinandersetzung des BMG mit diesen Vorgängen (S. 53).
Wenn es nach Jens Spahn (CDU) geht, bedarf es keiner Aufarbeitung. Der jetzige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, Jens Spahn, erklärte auf die Frage, ob er heute wieder so viele Masken bestellen würde: "Wäre ich aber noch einmal in der gleichen Situation mit dem gleichen Wissen von damals, wahrscheinlich schon." Mit dem Wissen von heute hätte er allenfalls etwas weniger Masken bestellt.
Der jetzige Ressortchef, Karl Lauterbach (SPD), will rechtzeitig vor Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen die Vorgänge im Jahre 2020 bewerten lassen und dabei "jeden Stein" umdrehen, "um die Maskenangelegenheit restlos aufzuklären." Zur Arbeit der Beauftragten sagt er: "Sie mistet jetzt aus." "Und dafür gehen wir systematisch und schonungslos vor."

Massive Verstöße gegen Dokumentationspflichten

Die Aufarbeitung der wirtschaftlichen Folgen der Maskenbeschaffung für den Bundeshaushalt und den Steuerzahler wird erheblich durch die gravierenden Verstöße gegen die Dokumentationspflicht behindert.
Die öffentliche Verwaltung hat ihr Tun an Art. 20 Absatz 3 Grundgesetz (GG) zu orientieren. In diesem Rahmen hat sie die Pflicht zur objektiven Dokumentation des wesentlichen Ablaufs verwaltungsinterner Maßnahmen und Entscheidungen. Dies bedeutet, es sind Akten zu führen, die alle wesentlichen Verfahrenshandlungen und deren Begründung, sowohl für den internen Betrieb sowie auch für eine Prüfung durch Dritte, richtig und vollständig wiedergeben. Nach § 12 Abs. 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien sind Akten als geordnete Zusammenstellung von Dokumenten mit eigenem Aktenzeichen und Inhaltsbezeichnung zu führen. Dadurch wird ein transparentes Verwaltungshandeln gesichert und eine sachgerechte Archivierung ermöglicht.
Verstöße des BMG gegen die aus dem Rechtsstaatsprinzip Art. 20 Absatz 3 GG ableitbare Dokumentationspflicht sind vom BRH in erschreckendem Ausmaß festgestellt worden (S. 25 ff.).
Im Zusammenhang mit der Abwicklung der PSA-Beschaffung wurden keine fortlaufenden Akten geführt; Schreiben wurden ohne Aktenzeichen erstellt und abgelegt, ohne den Zusam-

menhang festzuhalten, aus dem sie entstanden waren. Welche Stellen und Ebenen im BMG bzw. welche Dritte daran beteiligt waren, ist nicht ersichtlich. Die regelmäßig vorkommenden Besprechungen mit externen Dienstleistern wurden nicht dokumentiert; Ergebnisse mündlicher Absprachen sind nicht in Vermerken niedergelegt. Eine nachvollziehbare Vergabedokumentation für PSA-Beschaffungen des BMG fehlt.
Der BRH hat festgestellt, daß alle Beschaffungen wortgleich und ausnahmslos als dringlich bezeichnet worden sind. Sie führten alle an, daß der jeweilige Anbieter als Einziger die Waren zu diesem Zeitpunkt und in dieser Menge habe liefern können. Diese unzutreffenden formularmäßigen Vergabebegründungen sind anonym verfaßt und lassen deshalb nicht erkennen, daß sie von Dritten, an dem Beschaffungsvorgang überhaupt nicht Beteiligten, stammten. Teilweise erst einen Tag vor einer angekündigten Prüfung durch den BRH vor Ort, wurden vom BMG nachträglich Ordner mit Ausdrucken aus Laufwerken und E-Mail-Konten gefüllt. Das Fehlen fortlaufender Seitenangaben bietet Gelegenheit, jederzeit Unterlagen hinzuzufügen oder zu entnehmen, was strafrechtlich als Urkundenfälschung zu bewerten wäre.
So wurden in der Tat Vergabevermerke rückdatiert (S. 28). Nur aus internem Schriftverkehr konnte der BRH entnehmen, daß sämtliche Dokumente, ohne jede Begründung, nachträglich mit dem Vermerk: "VS - Nur für den Dienstgebrauch" versehen worden waren und dadurch den Ansprüchen aus dem Informationsfreiheitsgesetz entzogen werden sollten. Auf eine Aufforderung des BRH schob das BMG nach: Die Offenlegung birgt das "akute Risiko der unberechtigten Inanspruchnahme des Bundes in einer Vielzahl von Fällen mit einem im Einzelfall und insgesamt beträchtlichen Risiko für die fiskalischen Interessen des Bundes" (S. 28).
Das VG Köln hat in seinem Urteil vom 19. Januar 2023 - Aktz.: 13 K 2382/21, Rdnr. 194 - festgestellt, daß die vorgebrachten fiskalischen Interessen des Bundes die Einstufung als Verschlußsache "weder im Ansatz noch in der Begründung" tragen würden. Im Übrigen dürften unberechtigte Ansprüche schon aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht erfüllt werden, sodaß kein beträchtliches Haushaltsrisiko entstehen kann.
Die starken Worte von Karl Lauterbach zur systematischen und schonungslosen Untersuchung der Maskenbeschaffung wird ihre Probe an dem im BMG hinterlassenen Verwaltungschaos bestehen müssen.

Rechtswidrige Überbeschaffung von Masken

Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Der Abschluß etwa von Verträgen, die Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren nach sich ziehen, erfordert eine Verpflichtungs-Ermächtigung nach § 38 Bundeshaushaltsordnung (BHO). Dadurch soll die parlamentarische Budgethoheit gesichert werden. Das Prinzip der Einzelveranschlagung nach § 17 BHO sichert die Einwirkungsmöglichkeiten des Parlaments auf den Inhalt des Haushaltsplans. Je detaillierter die Zweckbestimmung, umso stärker ist die Bindung der Exekutive an die Haushaltsentscheidungen des Gesetzgebers. Die Bindung erstreckt sich sachlich auf die bezeichneten Zwecke und zeitlich grundsätzlich auf das Haushaltsjahr (§ 45 Absatz 1 BHO).

Verstöße gegen Haushaltsrecht

Den Feststellungen des BRH ist zu entnehmen, daß das BMG bei der Beschaffung der Masken bewußt gegen Haushaltsprinzipien verstoßen hat.
Im Februar 2020 wurde das BMG durch den COVID-19-Krisenstab beauftragt, den Bedarf der Bundesbehörden sowie denjenigen der Akutkrankenhäuser und kassenärztlichen Praxen zu ermitteln. Dem BMG war bekannt, daß auch die Länder, Krankenhäuser und Arztpraxen in Eigenregie Masken anschaffen würden. Am 29. März 2020 hatten Bund und Länder vereinbart, daß zur Unterstützung der Krankenhäuser und Arztpraxen "auch der Bund" Masken bereitstellen und den Ländern und Krankenversicherungen (KVen) zur Verfügung stellen sollte. Das sog. Corona-Kabinett stellte am 30. März 2020 fest: "Der Bund hat sich angesichts der

besonderen Lage entschieden, ergänzend zu den Beschaffungen ... des Gesundheitswesens und der Länder" PSA zu beschaffen (für alles S. 15).
Den akuten Teilbedarf, zu dem "auch der Bund" neben den Ländern, den Krankenkassen und den Arztpraxen beitragen sollte, ermittelte das BMG unter expliziter Abstimmung mit den Ländern und mehrfacher Anpassung innerhalb des Ministeriums mit 75 Millionen partikelfiltrierenden Halbmasken (PfH) und 200 Millionen Mund-Nasen-Schutzmasken (MNS). Entgegen dieser Bund-Ländervereinbarung begann das BMG allerdings schon am 9. März 2020 mit dem Abschluß eigener Kaufverträge zur Lieferung von Importware sowie dem Abschluß von Rahmenverträgen mit deutschen Unternehmen, die ihre Einkaufsstrukturen zur Maskenbeschaffung einsetzen sollten.
Insgesamt beschaffte das BMG bis Ende aller PSA-Beschaffungen am 5. Mai 2020 1,7 Milliarden PfH und 4 Milliarden MNS (S. 13). Die tatsächlich georderten Mengen überstiegen damit um ein Vielfaches die Maskenanzahl von 275 Millionen Masken, zu deren Anschaffung das BMG wegen angeblich dringenden Bedarfs allein "ermächtigt" worden war. Die enormen Geldbeträge (5,9 Milliarden Euro) zur unnötigen Anschaffung von Masken in dieser Höhe belasten den Bundeshaushalt seit 2020 bis heute und auf weiteres, ohne das eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung erteilt worden wäre.
Die Verselbständigung der Exekutive, die unter Mißachtung der zwingend einzuhaltenden Haushaltsvorgaben geschah und gleichzeitig einen Beitrag zur Aushöhlung des parlamentarischen Budgetrechts leistete, beurteilt der BRH zusammenfassend: Der BRH "sieht die Ursachen für die Probleme, Folgekosten und Rechtsverstöße vor allem in der massiven Überbeschaffung" (S. 8).
Es ist festzuhalten, daß in dieser Beschaffungsmenge auch Kaufverträge enthalten sind, die noch nach dem offiziellen Ende der Beschaffung im Mai 2020 geschlossen worden waren. In einem Vertrag über 30 Millionen Masken heißt es aufgrund einer Ministerweisung: "Da der Bedarf derzeit gedeckt scheint und wir gar nicht mehr beschaffen, würde ich vorschlagen, daß wir die Beschaffung von 10 Millionen Masken für 3 Monate (also insgesamt nur 30 Millionen) so im Kaufvertrag festhalten und ... gerne nachbestellen". Obwohl nach eigenem Bekunden des BMG kein Bedarf mehr bestand, schloß es am 11. Mai 2020 noch weitere sechs Einzelverträge über die Lieferung von Schutzmasken zum Einkaufspreis von 44 Mio. Euro (S. 13).
Die über alle Beschaffungswege georderten 5,7 Milliarden Masken (S. 13) geben nur die tatsächlich gelieferte Ware wieder. Die von dem BMG offensichtlich rechtswidrig nicht erfüllten Lieferverträge sind (vgl. oben) Gegenstand der bei dem OLG Köln weiter rechtshängigen ca. 100 im Wesentlichen von Lieferanten erhobenen Schadenersatzklagen.
Verfassungswidrige Ausgabe von nicht bewilligten Haushaltsmitteln
Mit der Bereinigungsvorlage vom 22. November 2020 zum Bundeshaushalt (S. 34) wurde in Kapitel 1503 ein neuer Titel 684 06 "Nationale Reserve Gesundheitsschutz" (NRGS) eingeführt mit einem Haushaltsansatz von 750 Millionen Euro. Hintergrund ist der Vorsorgegedanke. Im Falle einer Epidemie steigt kurzfristig der Bedarf an medizinischer Schutzausrüstung. Vorausschauend sollte mit den veranschlagten 750 Millionen Euro die Bevorratung von persönlicher Schutzausrüstung begonnen werden (Einzelheiten S. 34/35).
Im Jahr 2021 lief sowohl BMG-intern als auch im Rahmen des durch Kabinettsbeschluß vom 30. November 2020 eingesetzten interministeriellen Steuerungskreises die Erarbeitung der notwendigen konzeptionellen und rechtlichen Grundlagen für die Errichtung dieser NRGS an. Nach Auffassung des BMG und der übrigen Beteiligten setzte die Verwirklichung dieses Vorhabens eine Verfassungsänderung voraus. Nach der jetzigen Kompetenzverteilung im Grundgesetz fehlt dem Bund die Zuständigkeit für das notwendige und geplante "Gesundheitssicherstellungs- und Vorsorgegesetz". Da eine Verfassungsänderung nicht erfolgte, wies das Bun-

desministerium der Finanzen (BMF) alle dennoch vom BMG gemachten Mittelanmeldungen bei Kapitel 1503 Titel 683 06 ab.
Anfang Februar 2021 übermittelte das BMG den anderen Ressorts in der gebildeten interministeriellen Steuerungsgruppe einen Zeitplan für die Verwirklichung des NRGS und gab an, wann die bereitgestellten Mittel in Zukunft verwendet werden sollten. Anfang Februar 2021 hatte das BMG - ohne Abstimmung mit den übrigen Ressorts - über den gesamten Haushaltsansatz im NRGS-Titel für das Jahr 2021 verfügt.
Bereits mit Schreiben vom 22. Januar 2021 hatte das BMG dem Bundesverwaltungsamt (BVA) den gesamten Haushaltsansatz für 2021 in Höhe von 750 Millionen Euro aus dem NRGS-Titel formal zur Bewirtschaftung zugewiesen mit der Vorgabe: "Die Zahlungen sind zuerst aus dem NRGS-Titel zu leisten, sollte dieser ausgeschöpft sein, so leisten Sie bitte weitere Zahlungen aus dem Corona-Titel" (S. 35).
Mangels Rechtsgrundlage existiert die NRGS bis heute nicht. Dennoch schloß das BMG in Kenntnis dieser Rechtslage mit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) im November 2021 eine Lagervereinbarung zur "Vorhaltung von Verbrauchs- und Versorgungsgütern der NRGS" (S. 37).
Es liegt ein verfassungswidriger Eingriff in die föderale Struktur der Bundesrepublik vor und das Budgetrecht des Parlaments wird verletzt. Das Handeln des BGM erfolgte bewußt ohne gesetzliche Grundlage und verstößt massiv gegen die BHO.

Verstoß gegen Vergaberecht

Öffentliche Aufträge sind grundsätzlich im Wettbewerb zu vergeben. Das BMG hat sich hieran nicht gehalten. Schon am 9. März 2020 hat es eigene Kaufverträge zur Anschaffung von PSA und daneben Rahmenvereinbarungen mit deutschen Unternehmen geschlossen, die namens und in Vollmacht des Bundes ihre Einkaufsstrukturen zur Maskenbeschaffung einsetzen sollten. Gegenüber einem Logistikunternehmen erklärte das BMG sogar eine Abnahmegarantie für bis zu 350 Millionen PfH und 700 Millionen MNS mit einem möglichen Verpflichtungsvolumen von 1,4 Milliarden Euro. Es ermöglichte Zuschläge für Lieferungen von Schutzmasken im sog. Open-House-Verfahren und setzte dabei wirtschaftlich unsinnige Standards zum Lieferanreiz (weitere Einzelheiten vgl. S. 12).
Gegen die Empfehlung des zuständigen Abteilungsleiters, der einen Preis von netto 3,00 Euro (brutto 3,57 Euro) je Maske vorgeschlagen hatte, setzt der Bundesgesundheitsminister persönlich einen Nettopreis von 4,50 Euro fest (brutto 5,36 Euro), für eine von dem Lieferanten zu bestimmende Menge Masken. Bedingung war nur die Lieferung bis 30. April 2020. Auf diese Weise wurden 262 Millionen Masken (S. 14), zum Gesamtpreis von 1.404.320.000 Euro eingekauft. Bei von dem zuständigen Abteilungsleiter vorgeschlagenen angemessenen Preis von brutto 3,57 Euro wäre der Bundeshaushalt "nur" mit 935.340.000 Euro belastet worden. Der Verstoß von Herrn Spahn gegen das Gebot der sparsamen Haushaltsführung kostet die Steuerzahler damit ca. 470 Millionen Euro.
Von der Vergabe im Wettbewerb durfte nach Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) nur abgewichen werden, wenn aufgrund "eines unvorhergesehenen Ereignisses äußerst dringliche und zwingende Gründe die Einhaltung der in anderen Vergabeverfahren vorgegebenen Fristen" nicht möglich ist (S. 10 m. w. N. in Fußnote 4 und 6).
Die freihändige Vergabe billigt der BRH allenfalls für den vom BMG selbst ermittelten, als dringlich bezeichneten Bedarf von 75 Millionen PfH und 200 Millionen MNS.
Für die vielfach höheren darüber hinaus gehenden Beschaffungen bestand kein Bedarf, jedenfalls kein dringender, denn das BMG wußte bei Bestellung dieser Mengen gar nicht, wer sie abnehmen sollte. Es gab kein tragfähiges Verteilungskonzept. Trotz der planbaren, kontinuierlichen Lieferungen gab es zu keiner Zeit ein Gesamtkonzept für die Verteilung, weder hinsichtlich der vorgesehenen Empfänger noch hinsichtlich der zeitlichen Staffelung.

Wirtschaftliche Folgen für den Bundeshaushalt

Das BMG erweckte gegenüber den anderen an der Planung Beteiligten den Eindruck, der Bundeshaushalt werde durch die Maskenbeschaffung nur geringfügig belastet.

Das Bundesministerium der Finanzen unterrichtete den Haushaltsausschuß des Bundestages sukzessive über die Anschaffung der genannten Mengen an Masken. Das BMF erklärte dabei, z.B. am 20. April 2020, "daß die Länder dem Bund die Ausgaben für den Bezug von PSA auf der Basis der geeinten Preise erstatten" würden. Das BGM betonte stets, daß die beschafften Masken zu 85 % an die Länder und KVen und zu 15 % an Bundesbehörden für den Eigenbedarf verteilt werden und dementsprechend auch die Kostenverteilung erfolge.

Um dies zu dokumentieren, faßte der Haushaltsausschuß am 21. April 2020 ausdrücklich den Beschluß, der Bund solle nicht auf die Erstattung für die an die Länder und KVen gelieferten Masken verzichten (S. 15). Danach hätten im Ergebnis nur in geringem Umfang Bundesmittel für die PSA-Beschaffung aufgewendet werden sollen, nämlich nur für die Mengen, die für den Bedarf der Bundesbehörden beschafft wurden, bzw. in dem Maße, in dem Einkaufspreise die mit den Ländern vereinbarten Preise überstiegen.

Das BMG stellte bei der mitgeteilten Kostenquote zwischen Bund und Ländern nicht klar, daß diese sich nicht auf die 5,7 Milliarden zum Preise von 5,9 Milliarden Euro angeschafften Masken bezog. Am 29. März 2020 hatten Bund und Länder festgeschrieben, daß "auch der Bund" sich an der Bereitstellung der Masken beteiligen werde. Wie das Corona-Kabinett am 30. März 2020 festhielt, wollte der Bund "ergänzend zu den Beschaffungen ..." von Masken beitragen.

Es war völlig klar, daß die Länder und die KVen selbst Masken anschaffen würden. Der des Lesens Kundige wußte, daß die Kostenquote von 85 % zu 15 % zu Lasten der Länder sich ausschließlich auf die als eilbedürftig angesehene Anschaffung von 75 Millionen PfH und 200 Millionen MNS bezog. Die Behauptung des BGM gegenüber dem BRH, daß die 5,7 Milliarden beschafften Masken zu 85 % an die Länder und KVen und zu 15 % an die Bundesbehörden für den Eigenbedarf verteilt würden (S. 15), entpuppt sich als zielgerichtete Falschinformation.

Das BMG mußte davon ausgehen, daß die Länder und die KVen wegen der Selbstbeschaffung eine unbestimmte, jedoch auf jeden Fall geringe Menge von Masken abnehmen würden. Das BMG lieferte tatsächlich nur 147 Millionen PfH und 400 Millionen MNS an die Länder aus. Auch diese Auslieferungen wurden nicht von den Ländern bezahlt. Angesichts des oben geschilderten Verwaltungschaos beim BMG wurde keine Einigkeit über die Anzahl der gelieferten Masken erzielt. Länder und Bund stritten über Mängel. 18 % der gelieferten Masken wurden an den Bund zurückgegeben. Letztlich bezahlten die Länder für die PSA nur 199 Millionen Euro (S. 36).

Tatsächlich ist der Bundeshaushalt für die Anschaffung von 5,7 Milliarden Masken mit 5,9 Milliarden Euro belastet worden, ohne daß diese Ausgaben einen sinnvollen Beitrag zur "Pandemie-Bekämpfung" geleistet hätten. Nur 1,7 Milliarden Masken, weniger als 30 % der angeschafften Menge, sind vom BMG in Deutschland verteilt worden, ohne Kenntnis davon zu haben, ob diese überhaupt oder in welchem Umfang zur Corona-Bekämpfung verwendet worden sind. Im Dezember 2023 verfügte das BMG noch über einen Lagerbestand von 792 Millionen PfH und 1,6 Milliarden MNS.

Davon waren 494 Millionen PfH und 709 Millionen MNS wegen festgestellter Mängel unbrauchbar. Der Bestand an mangelhaften Masken war so hoch, weil das BMG, soweit es Mängelrügen überhaupt geltend gemacht hatte, bei abgeschlossenen Vergleichen entweder die vollständige Abholung der Masken nicht vereinbart oder bei Vereinbarung diese nicht durchgesetzt hat. So führten diese gelagerten Bestände drei Jahre lang zu enormen Lagerkosten, ohne daß für die gelagerten Masken jemals eine zweckentsprechende Verwendung bestanden

hätte. 1,2 Milliarden Masken sind bereits vernichtet und weitere 1,7 Milliarden sind für die Vernichtung vorgesehen. Für die Ende 2023 noch eingelagerten verwendbaren 800 Millionen Masken ist keine Verwendung in Sicht. Ihr Netto-Einkaufswert von 18 Millionen Euro (S. 37) wird sich nach Erreichen des Verfallsdatums in Luft auflösen.
Nach den Berechnungen des BRH war der Bundeshaushalt bis zum 31. Dezember 2023 aus der gesamten PSA-Beschaffung mit insgesamt 6,7 Milliarden Euro belastet. Darin enthalten sind Zinszahlungen und Verfahrenskosten aus einer Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten mit Lieferanten. Mitgerechnet sind sog. Annexkosten für Lager- und Logistikleistungen, externe Beratung, Qualitätsprüfungen und Rechtsberatung von insgesamt 460 Millionen Euro. Die Lager- und Logistikleistungen wären sicherlich überhaupt nicht bzw. nur in verschwindend geringem Umfang entstanden, wenn das BMG nur die haushaltsrechtlich genehmigten 275 Millionen Masken beschafft hätte und diese wegen der angenommenen Dringlichkeit sofort verteilten worden wären.
Statt dessen entstehen laufend weitere Lager- und Logistikkosten. Drei Jahre nach dem offiziellen Ende der Beschaffung sind für die Logistik-Betriebsführung zusätzlich zum zuständigen BMG-Referat weitere 40 Personen in Vollzeit beschäftigt. Das BMG rechnet für 2024 mit einem Mittelbedarf für die Abwicklung der PSA-Beschaffung von 534 Millionen Euro.
Teile der bereits entstandenen sowie die voraussichtlich für 2024 vorausberechneten Lagerkosten können nur deshalb bisher nicht verhindert werden, weil das BMG wegen des o. g. Verstoßes gegen Dokumentationspflichten die restlichen Masken nicht vernichten kann. Es ist nicht zu rechtfertigen, daß das BMG auch jetzt in 2024 die ihm seit April 2020 für eine endgültige Befreiung von der Einfuhrabgabe erforderlichen Belege der Zollverwaltung nicht vorlegen kann. Dieses vom BMG selbst verschuldete Hindernis für die endgültige Befreiung von der Einfuhrabgabe gilt nicht für die im Dezember 2023 noch eingelagerten 110 Millionen PfH und 826 Millionen MNS aus deutscher Produktion. Sie sind zur Vernichtung vorgesehen.
Das BMF und die Zollbehörden hatten das BMG bereits im April 2020 über die nur vorläufig erteilte Befreiung von der Einfuhrabgabe für importierte Masken informiert. Wegen der bereits geschilderten Verstöße gegen Dokumentationspflichten ist das BMG nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise über Einfuhr, Lagerung, Auslieferung und zweckgerechte Verwendung der Masken zu liefern. Das ist besonders vorwerfbar in den Fällen, in denen das BMG selbst Zollanmelder war. Für die in seinem Namen von beauftragten Logistikunternehmen abgegebenen Zollanmeldungen für die eingeführte PSA ist das BGM nicht im Besitz der entsprechenden Urkunden.
Alles in allem kann von einem Schaden von ca. 10 Milliarden Euro ausgegangen werden, bezieht man die höchstwahrscheinlichen wirtschaftlichen Folgen der Entscheidungen des OLG Köln mit ein. Hierbei handelt es sich um Schadenersatzforderungen gegen die Bundesrepublik in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Hinzuzurechnen sind Gerichtskosten und Anwaltsgebühren. Bei einem Zinssatz von 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank sind jährliche Zinsen von 230 Millionen Euro hinzuaddieren. Die Kostenschätzung von 3,5 Milliarden Euro ist realistisch. Verfahren von weiteren ca. 100 Klägern sind noch rechtshängig.
Es liegt ein bisher unvorstellbares wirtschaftliches Versagen des BGM vor, das zu Lasten des Steuerzahlers mit ca. 10 Milliarden Euro zu Buche schlägt. Ein ca. 40fach höherer Betrag als derjenige (243 Millionen Euro), den der ehemalige Verkehrsminister Scheuer (CSU) durch das Scheitern der Pkw-Maut zu vertreten hat.
Die Anschaffung der 5,7 Milliarden Masken war unnötig. Das Robert-Koch-Institut (RKI) schreibt noch in seinem Protokoll vom 27. Januar 2020: "Es wird keine Bevorratung von Masken, etc. empfohlen." In einem Protokoll vom 26. Februar 2020 schreibt es zu den MNS-Masken: "RKI bleibt dabei: nicht empfohlen in der Öffentlichkeit, in häuslichem Umfeld mit

Fall ja, auch zum Schutz anderer."
Aus Sicht des RKI also kein Bedarf. Was sind die Gründe, die den Minister dazu bewegt haben, gegen die Empfehlung seiner Fachbehörde zu handeln? Die angeschafften 5,7 Milliarden Masken haben keinen erkennbaren Beitrag zur Virusbekämpfung geleistet. Der BRH stellt dazu fest, die Masken seien "… ohne Nutzen für die Pandemiebekämpfung und damit ohne gesundheitspolitischen Wert" gewesen (S. 46).
Der BRH meint damit, daß weniger als 30 % der beschafften Masken in Deutschland verteilt worden sind, ohne daß das BMG Kenntnis davon gehabt hat, ob diese überhaupt oder in welchem Umfang zur Corona-Bekämpfung verwendet worden sind. Die übrigen eingekauften Masken sind entweder schon vernichtet, sind bereits für die Vernichtung vorgesehen oder werden nach Ablauf des Verfallsdatums vernichtet werden müssen.
Spricht man, wie wohlbegründet geschehen, dem Maskentragen an sich eine Wirksamkeit bei der Corona-Bekämpfung ab, oder hält man sie sogar für gesundheitsschädlich (z.B. bei Kindern), dann bekommt die von dem BRH geforderte vorbehaltlose wirtschaftliche Aufarbeitung einen erweiterten Schwenk in den medizinischen-gesundheitlichen Bereich.
Neben dem ehemaligen Gesundheitsminister (Herr Spahn, CDU) würden bei einer umfassenden Aufarbeitung gegen den gegenwärtigen Gesundheitsminister (Herr Lauterbach, SPD) schwere Vorwürfe unvermeidlich sein. Herr Lauterbach wird indessen bei der angekündigten Aufarbeitung der Maskeneinkäufe, bei der "ausgemistet" werden und das Prinzip gelten soll: "Wir drehen zu den Masken jeden Stein um", eine Selbstbelastung sicherlich zu vermeiden wissen.
Der Artikel erschien zuerst am 4.8.2024 auf "KRiStA - Netzwerk kritische Richter und Staatsanwälte" (KRiStA)
Zur Person: Dr. Manfred Kölsch war 40 Jahre Richter, zuletzt Vorsitzender Richter am Landgericht Trier. Er ist Mitglied von "KRiStA - Netzwerk kritischer Richter und Staatsanwälte". Mit einem Brief an den Bundespräsidenten protestierte er im Mai 2021 gegen die rechtsstaatwidrigen Maßnahmen in der Corona-Krise und gab das ihm in den 1980er-Jahren verliehene Bundesverdienstkreuz zurück.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 6. September 2024 (x1.405/…): >>**"Umgehung des Parteiengesetzes": Verschiedene rechtliche Einschätzungen zu Campact-Spenden**
US-finanzierte "Kampagnen-Organisation" zahlte Geld an Grüne und Linke / Verfassungsrechtler fordert Konsequenzen wegen Verletzung des Parteispendenrechts / "Gesellschaft für Freiheitsrechte": Keine Anhaltspunkte für Verstoß
Zu den Geldspenden der Organisation "Campact" an die Parteien Grüne und Linke im Zusammenhang mit den vorangegangenen Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen herrschen unterschiedliche Rechtsauffassungen. Ein Bericht des Deutschen Bundestages zeigt, daß Campact im August die Partei Bündnis 90/Die Grünen mit 161.300 Euro und die Partei Die Linke mit 56.600 Euro finanziert hat.
Zudem bot der Verein vier sächsischen Kandidaten dieser beiden Parteien im Wahlkampf jeweils 25.000 Euro Geldspenden an. Aus den Transparenzberichten von Campact geht hervor, daß die "Demokratie-Stiftung Campact", die den "Verein Campact" querfinanziert, regelmäßig fünf- und sechsstellige Summen von ausländischen Organisationen erhält.
Der Rechts- und Politikwissenschaftler Volker Boehme-Neßler sagte auf Multipolar-Anfrage, es bestehe der Verdacht, "daß der Verein Campact durch sein Handeln die strengen Regeln zur Parteispende umgeht". Spenden von außerhalb Deutschlands seien "grundsätzlich verboten". Die Organisation reiche die ausländischen Spenden der Open Society Foundation an die Kandidaten und Parteien weiter, erläuterte der Verfassungsrechtler von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Das sehe "sehr nach einer Umgehung von Paragraph 25 Abs. 2 Nr. 3 des Parteiengesetzes aus". Weil Campact zudem "Gelder von gemeinnützigen Unternehmen über seine Unternehmensverflechtungen an Parteien und Kandidaten" weiterleite, umgehe der Verein auch Absatz 2 des Paragraphen. Diese "zwei deutlichen Verletzungen des Parteispendenrechts" müssen Boehme-Neßler zufolge "Konsequenzen" haben.
Joschka Selinger von der "Gesellschaft für Freiheitsrechte", der zuvor unter anderem als Justiziar bei der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen arbeitete, sieht auf Nachfrage von Multipolar hingegen "keine Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen das Parteiengesetz". Der Verein Campact sei "nicht gemeinnützig und insoweit frei in der Verwendung seiner Mittel". "Welche Mittel der Campact e.V. für individuelle Spenden" verwende, entziehe sich der Kenntnis der Gesellschaft für Freiheitsrechte.
Laut der eigenen Transparenzberichte wurde Campact in den letzten fünf Jahren maßgeblich mit Spenden unter anderem der "Open Society Foundation" des Börsenspekulanten George Soros, der "European Climate Foundation" mit Hauptsitz in Den Haag und der US-amerikanischen "ClimateWorks Foundation" finanziert.
Laut dem Transparenzbericht des Jahres 2022 erhielt Campact beispielsweise rund 269.000 Euro von der "Open Society Foundation" des US-Multimilliardärs George Soros. Hinter der "European Climate Foundation" steht unter anderem der Hedgefonds CIFF des britischen Multimilliardärs Christopher Hohn. Laut Campact-Selbstdarstellung finanziert sich die Kampagnen-Organisation durch "Menschen wie Du und ich".
Umstritten ist auch die offene politische Einflußnahme der in Niedersachsen gegründeten und in Berlin ansässigen Organisation auf die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen. Der Verein Campact hat nach den Aussagen seines geschäftsführenden Vorstands Felix Kolb "einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet", daß die AfD in Sachsen keine Sperrminorität von mindestens 41 Sitzen im Landtag erhalten hat.
Im Vorfeld der Landtagswahl Anfang September hatte Campact die Wähler in vier Wahlkreisen in Leipzig und Dresden dazu aufgerufen, ihre Erststimmen gezielt jeweils zwei Direktkandidaten der Grünen und Linken zu geben. Tatsächlich konnte die Linke zwei Direktmandate gewinnen und wird daher trotz eines Anteils von lediglich 4,5 Prozent der Zweitstimmen aufgrund der sächsischen Grundmandatsklausel mit sechs Sitzen in den neuen Landtag einziehen. Statt 42 Sitze erhielt die AfD dadurch nur 40 Sitze.
Eigenen Angaben zufolge unterstützte Campact die vier Kandidaten mit einer Werbekampagne in sozialen Online-Netzwerken, per E-Mail und per Post sowie mit einer Wahlempfehlung an 32.000 Campact-Unterstützer in den vier Wahlkreisen. Des Weiteren bot der Verein den Kandidaten jeweils 25.000 Euro Geldspende an, die jedoch nur Nam Duy Nguyen, Direktkandidat der Linken in Leipzig, angenommen hat. Nguyen gewann bei der Landtagswahl anschließend die meisten Stimmen in seinem Wahlkreis. 2019 war dieser noch an die Grünen-Kandidatin Christin Melcher gegangen.
Grünen-Politikerin Melcher äußerte sich gegenüber dem "RedaktionsNetzwerk Deutschland" (RND) "tief enttäuscht" über die Campact-Aktion. Es sei nur noch ums "taktische Wählen" gegangen und nicht um politische Arbeit. "Ich weiß nicht, ob ich eine solche Demokratie haben möchte", sagte Melcher, die über ihren Listenplatz trotzdem ins Landesparlament einziehen wird. Gegen die massiven Kampagnen von Campact und anderen Initiativen sei "kein Kraut gewachsen" gewesen.
Auch Marco Böhme, Direktkandidat der Linken in Leipzig und in seinem Wahlkreis der von Campact beworbenen Kandidatin Claudia Maicher (Grüne) unterlegen, kritisiert laut RND die Kampagne. Leider habe sich gezeigt, daß sich die Mehrheit der Wählerschaft dazu entschieden hat, den Wahlempfehlungen von Campact zu folgen, bedauerte Böhme. Selbst seiner siegreichen Konkurrentin Maicher sei die Unterstützung durch die Organisation nicht recht gewe-

sen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. September 2024 (x1.404/…): >>**BDI warnt vor Untergang der deutschen Industrie**

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schlägt Alarm: Absturz der Wirtschaft droht. Investitionen gehen zurück, Unternehmen wandern aus. Grund: Vor allem die hohen Energiepreise und Bürokratie-Chaos.

Fehlende Sicherheit und ausbleibende Zusagen für die energieintensiven Unternehmen bedrohen die deutsche Industrie. Davor warnt der neue Landesvorsitzende des Hamburger Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Andreas Pfannenberg, in der "Bild".

"Woanders gibt es Zusagen, hier Zauderei und zu hohe Kosten", sagte der Unternehmer. "Was Strompreis-Garantien angeht, wagt sich kein Politiker mehr aus der Deckung. Internationale Konzerne sagen, sie investieren nicht mehr in ihre deutschen Werke. Einheimische Unternehmen verlagern Produktion ins Ausland. Das kann der Tod unserer Industrie sein."

Demnach ist die Energieversorgung die größte Herausforderung der Branche: "Wenn wir Arbeitsplätze erhalten wollen, brauchen wir Planungssicherheit über den Strompreis und die Netzentgelte", so Pfannenberg. Die Politik habe beschlossen, alles auf erneuerbare Energien zu setzen, "aber man kann doch nicht gleichzeitig alle grundlastfähigen Kraftwerke abschalten und sagen, wir sehen mal, ob das klappt". Das gehe nicht lange gut. Ein Strom-Mix sei in Ordnung, "aber eine Grundlast für den Übergang wie Kohle und Gas muß bleiben".

Der neue Hamburger Landesvorsitzende kritisiert auch die Ampel-Regierung im Bund: "Die letzten zehn Jahre konnten verteilt werden. Jetzt ist aber immer weniger da und die Prognosen sind auch schlecht. Die Ampel erfindet immer neue Sozialleistungen und investiert zu wenig. Jetzt wäre die Zeit, die Wirtschaft zu stärken. Die Ampel hat fertig, die Koalition ist am Ende."

Pfannenberg, der mit seinem Unternehmen für Industrie-Lüftungsanlagen und Spezial-Beleuchtung auch einen Standort in China hat: "Aus China kommt extrem viel Stahl und Aluminium - und sie haben so viel erneuerbare Energie, daß sie an jede Tonne, die bei uns ankommt, ein Öko-Zertifikat kleben können. Gleichzeitig setzen sie aber auf einen Strom-Mix, bauen neue Atomkraftwerke. So kann die Industrie arbeiten und planen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. September 2024 (x1.404/…): >>**Weil für Rückkehr zu Prämie für E-Autos**

Angesichts des schleppenden Verkaufs von Elektrofahrzeugen in Deutschland fordert Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) die Wiederauflage einer staatlichen Prämie für E-Autos. "Aus meiner Sicht wäre das sehr hilfreich", sagte der SPD-Politiker, in dessen Bundesland der kriselnde Volkswagenkonzern seinen Hauptsitz hat, der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Freitagausgaben).

Dabei müsse man vor allen Dingen an die privaten Verbraucher mit kleinerem Geldbeutel denken. "Ich habe den abrupten Stopp der Verkaufsförderung durch die Bundesregierung immer für falsch gehalten", so Weil. Nachdem der Bund seine Budgetplanung korrigieren mußte, fiel der Bonus Ende vergangenen Jahres weg.

Die Kaufprämie für Neuwagen hatte bis zu 4.500 Euro betragen. Hinzugekommen war eine hälftige Zulage der Hersteller, also bis zu 2.250 Euro. "Wir sehen übrigens, daß in den europäischen Ländern, in denen die Förderung konsequent durchgehalten worden ist, der Absatz der Elektroautos nach wie vor zunimmt", erklärte Weil. "Länder, in denen das - wie in Deutschland - nicht geschehen ist, verzeichnen leider eine andere Entwicklung." Wie die Neuauflage der Prämie ausgestaltet sein könnte, ließ der Regierungschef zunächst offen.

"Wir arbeiten gerade an der Frage, wie ein solches System aussehen könnte." Er halte es aber für denkbar, den Kauf von Fahrzeugen deutscher Hersteller mit einer höheren Prämie zu belohnen. "Es kann ja nicht sein, auf der einen Seite die staatliche Unterstützung für chinesische

Fahrzeuge zu kritisieren und auf der anderen Seite die chinesischen Fahrzeuge hier in Deutschland zusätzlich durch staatliche Kaufanreize zu fördern", so Weil. "Das würde sicherlich in China eine gewisse Heiterkeit auslösen. Das muß nicht sein."
In Deutschland entwickelten sich die E-Auto-Verkäufe zuletzt gegenläufig zum internationalen Trend. Global wurden laut Internationaler Energieagentur (IEA) im ersten Quartal 25 Prozent mehr Elektro-Autos verkauft als im Vorjahreszeitraum und damit mehr als im gesamten Jahr 2020. Die IEA rechnet damit, daß bis 2030 mindestens 60 Prozent der weltweit verkauften Autos elektrisch angetrieben sein müssen, um die 1,5-Grad-Schwelle des Pariser Klimaabkommens nicht zu überschreiten.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. September 2024 (x1.404/…): >>**Gewalt an Schulen: Mehr Kinder unter 14 unter Tatverdächtigen**
Die Zahl Tatverdächtiger unter 14 Jahren bei Gewaltdelikten in schleswig-holsteinischen Schulen ist deutlich gestiegen. 2023 waren es 537 junge Tatverdächtige, während es vor der Pandemie noch 346 waren, berichtet die "Neue Osnabrücker Zeitung" (Freitagausgabe) unter Berufung auf die Polizeiliche Kriminalstatistik des Landes. Das entspricht einem Anstieg von mehr als 50 Prozent. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle von Gewaltdelikten an Schulen legte mit 1.292 Delikten im Jahr 2023 um über 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (990 Fälle) zu.
Während die Mehrheit der Tatverdächtigen deutsche Staatsangehörige waren, stieg die Zahl syrischer Tatverdächtiger besonders stark. 2023 lag sie bei 148, im Vergleich zu 66 vor der Pandemie - ein Anstieg von 124 Prozent. Die Zahl der deutschen Tatverdächtigen stieg im selben Zeitraum um 33 Prozent. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) zeigte sich besorgt über diese Entwicklung.
Sie verwies auf die Bedeutung von Prävention, insbesondere angesichts der Nachwirkungen der Corona-Pandemie und einer zunehmend vielfältigen Schülerschaft. "Für Schleswig-Holstein gilt, daß wir auf Prävention und klare pädagogische Maßnahmen setzen, die den Kindern und Jugendlichen auch die nötigen Grenzen aufzeigen", sagte sie der Zeitung.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**In der Zwickmühle**
Ostwahlen: Thüringer und Sachsen wählen einen Politikwechsel nach rechts. Werden sie erneut getäuscht?
Dieter Stein
Die Wahlen in Sachsen und Thüringen liefern eine überwältigende rechts-bürgerliche Mehrheit: Fast 70 Prozent stimmten in beiden Ländern für Blau und Schwarz - und einen Politikwechsel gegen Links-Grün. Der Satiriker Harald Schmidt bringt es am Wahlabend im sachsen-anhaltinischen Dessau bei einem Auftritt auf den Punkt: "Die Menschen haben Sehnsucht nach einer großen Koalition", und fügte an: "Nach einer Koalition zwischen AfD und CDU." Ein Witz? Nein. Es wäre jetzt die natürliche Antwort.
Vernichtend ist der Absturz der Ampelparteien. Die FDP: Auf Splitterparteiniveau implodiert. Die Grünen: In Thüringen draußen und in Sachsen nur noch dank gewisser urbaner Milieus knapp über fünf Prozent. Und die SPD: Einstellig. Auf den Trümmern der Linkspartei steigt Sahra Wagenknechts BSW auf und scheint sich sofort an die Kabinettstische zu katapultieren. Mit offenen Armen wird die Kaderpartei von der CDU als Gesprächspartner begrüßt - obwohl das BSW bis jetzt überwiegend eine Wundertüte darstellt.
Angesichts der massiven Zugewinne der AfD klammern sich im westdeutsch dominierten Diskurs der Leitmedien Kommentatoren noch an das Narrativ eines furchterregenden Vormarsches einer "gesichtert rechtsextremistischen" Partei und ziehen beschwörend historisch absurde NS-Parallelen.
Die CDU manövriert sich indes immer mehr in eine Zwickmühle. Im Bund in der Opposition

versucht sie unter Friedrich Merz seit längerem verbal konservatives Terrain zurückzuerobern, das unter Führung von Angela Merkel in 16 Jahren mutwillig geräumt wurde. Doch wie will er denn je liefern? Die CDU, zumal mit einem unverändert starken linken Flügel (Günther, Wegner, Wüst) bietet keine Machtoption für Kurskorrekturen auf zentralen Politikfeldern, weil sie sich am Ende stets an bequeme Koalitionen mit SPD und Grünen fesselt - künftig nun sogar mit Ex-Kommunisten vom BSW einschließlich Duldungsgesprächen durch die SED-Erben der Linkspartei.

In einem Wutausbruch benannte FDP-Chef Christian Lindner, was die Bürger zur AfD und Absage an die Ampel treibe: "Die Leute haben die Schnauze voll davon, daß dieser Staat möglicherweise die Kontrolle verloren hat bei Einwanderung und Asyl nach Deutschland." Sie können insbesondere nach dem IS-Terroranschlag von Solingen auch nicht mehr die hohlen Phrasen hören, nun werde wirklich, Indianerehrenwort, "im ganz großen Stil" abgeschoben.

Die Bürger sind es auch leid, daß die seit Jahren gemessene mehrheitliche Ablehnung der Massenmigration und unkontrollierter Grenzen von den Regierenden und öffentlich-rechtlichen Medien ignoriert wird. Daß statt dessen unter dem Druck etablierter Parteien, tonangebender Medien und staatlicher Institutionen (Verfassungsschutz) der Diskurs darüber beschnitten wird, Kritiker der Einwanderung als Rassisten oder Extremisten gestempelt und ausgegrenzt werden. Thilo Sarrazin, den die SPD unter frenetischem Beifall von Medien und Merkel-CDU einst hochmütig vom Hof jagte, ist nur einer von vielen, denen nun die AfD in wichtigen Positionen eine Repräsentanz gibt.

Die Wahlen in Thüringen und Sachsen sind kein Untergang, sondern im Gegenteil ein Triumph der Demokratie: Die Wahlbeteiligung schnellte sogar auf das Niveau von Bundestagswahlen. Das verbreiterte Angebot mit AfD und BSW, die starke inhaltliche Polarisierung hat die Bürger elektrisiert und an die Urnen getrieben. Der Mehltau der Merkel-Jahre verdampft, der mit dem Bauschaum asymmetrischer Demobilisierung gehemmte Diskurs - offen! Hellsichtig interpretiert Marion Horn in der Bild die Flucht der Wähler von den etablierten Parteien hin zu AfD und BSW als Wunsch nach einer "demokratischen Frischzellenkur". Reißt die Fenster auf, wir wollen endlich frei atmen!

Insgesamt sei den jetzt angesichts blau gefärbter Landkarten in Hysterie verfallenden Platzhirschen des politischen Betriebs ein Blick ins Grundgesetz empfohlen. In unserer Verfassung steht: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Es steht dort nicht: "Es wird gegessen, was auf den Tisch kommt." Und es findet sich dort auch keine Formulierung, die den Parteien CDU/CSU, SPD, FDP oder Grünen eine Ewigkeitsgarantie auf den Zugang zur Macht einräumt. Wer organisiert den politischen Willen des Volkes? Parteien. Was passiert, wenn sich herkömmliche Parteien stur weigern, ihre Positionen anzupassen? Es entstehen neue Parteien. Unsere Demokratie sieht erfreulicherweise regelmäßige geheime Wahlen vor, die gelegentlich einen Elitenwechsel erzwingen.

Der Untergang und das Entstehen von Parteien ist Teil der demokratischen Erneuerung. Schlicht das erleben wir gerade. Schmerzhaft für jene, die glaubten, ein Dauerabo auf Macht und Mandate zu besitzen.

Wie geht es jetzt weiter? Die Ampelparteien werden sich die kommenden zwei Wochen mit zusammengebissenen Zähnen über die Brandenburg-Wahl retten. Da bis zur Bundestagswahl im September 2025 nur im März die - als Stimmungstest untaugliche - Bürgerschaftswahl in Hamburg ansteht, beginnt Ende des Monats der Bundestagswahlkampf. Eine vorgezogene Neuwahl wird es nicht geben, da die Hälfte der Ampel-Abgeordneten ihre Mandate verlören. Also wird die Regierung halten.

Die Union dürfte sich trotz Söders Sticheleien auf Merz als Kanzler einigen. Bunkert er die CDU weiter hinter einer Brandmauer zur AfD ein, kann er nur zwei Optionen anbieten:

Schwarz-Grün oder am wahrscheinlichsten Schwarz-Rot. Wieder zwei Bündnisse, die zur Aufweichung der ohnehin lauwarmen Positionen der CDU in Sachen Migration führen werden - zumal die Union mangels einer rechten Koalitionsoption keinen Druck auf linke Partner ausüben kann.
Mit der Brandmauer hat sich die CDU selbst kastriert. Läßt sie sich im Osten tatsächlich dauerhaft auf Koalitionen bis hin zum BSW und Duldung durch SED/Linke ein, öffnet sich das Feld noch weiter für die AfD. Ohne besonderes Zutun, fällt den Blauen endgültig der Nimbus in den Schoß, einzige echte Opposition zu sein.
Als Ergebnis steht eine dauerhafte "Volksfront der Guten", wie Reinhard Müller in der FAZ vorsichtig kritisch anmerkt: "Die AfD wird sich jetzt erst recht als Volkes Stimme aufführen."
Haben "bürgerliche" Medien nicht seit Jahren mit ihrem Appeasement gegenüber Links-Grün am Aufbau dieser "Volksfront der Guten" mitgewirkt? Wann kommt die Konsequenz, das freie Spiel der demokratischen Kräfte von links bis rechts endlich ohne Asymmetrie durchzusetzen, sich dem Antifa-Diktat zu verweigern? Immer mehr Bürger haben sich längst einen Reim auf dieses Theater gemacht.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Berichte am Wahlabend**
Stachel im Fleisch
Hans-Hermann Gockel
Sagen, was ist! Das hat sich bei den Öffentlich-Rechtlichen am Abend des 1. September endgültig erledigt. "Der mit den meisten demokratischen Stimmen ist Mario Voigt", verkündet ein ARD-Reporter aus Erfurt. Die Stimmen des Wahlsiegers Björn Höcke? Nichts wert, weil nicht demokratisch? Journalismus zum Fremdschämen.
Noch peinlicher ist ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten. Sie faselt von einer "Mahnung an die Nachgeborenen", setzt den Wahlsieg der AfD in Thüringen am 1. September 2024 in eine direkte historische Verbindung zum Angriff auf Polen am 1. September 1939.
ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten hat sich mit ihrem Nazi-Vergleich zur AfD am Wahlabend disqualifiziert.
Für den Medienrechtler Volker Boehme-Neßler, Professor an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, eine unfaßbare Verharmlosung der Nationalsozialisten. Für andere ein Anlaß zur Strafanzeige gegen Schausten wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Ob und wie auch immer ein Richter entscheiden wird, allein mit ihrer Formulierung "auf den Tag, 85 Jahre danach" hat sich Schausten disqualifiziert. Aber natürlich wird das ZDF an seiner Chefredakteurin festhalten. Sie ist ein wichtiges Glied im Kampf gegen Rechts, wie unzählige Propagandisten des ÖRR. Julia Krittian zum Beispiel, Chefredakteurin des Mitteldeutschen Rundfunks: "Wo die AfD an die Macht kommt, wird die Zukunft dieses Landes verspielt." Oder Georg Restle vom WDR: "Keine große Bühne mehr für diese Partei, keine gemeinsamen Podien, keine Sendezeiten."
Ein ARD-Reporter beklagt in Weimar, die ganzen Demonstrationen und Aktionen gegen Rechts hätten einfach nicht verfangen. Der jammernde ÖRR-Mann steht dabei am Fuße des Denkmals von Goethe und Schiller, den großen Freigeistern der deutschen Geschichte. Welch Ironie.
Von politischer Neutralität haben sich ARD und ZDF schon lange verabschiedet. Vor der Vor der Bundestagswahl werden die letzten Hemmungen fallen. Die ARD hat bereits ein neues Format getestet. Es nennt sich "Störung". Den ersten, eher harmlosen Probelauf gab es am Sonntag, 18. August. Der "Tatort" wurde unvermittelt unterbrochen. Statt dessen erschien die Komikerin Carolin Kebekus auf dem Bildschirm und warb für Kinderrechte. "Wir können uns gut vorstellen, auch künftig für wichtige Themen unübliche, programmatische Wege zu gehen", so ARD-Sprecherin Tabea Werner. Programmchefin Christine Strobl: "Große Themen

brauchen große Aufmerksamkeit."
Wetten, daß vor der Bundestagswahl 2025 ein "Tatort" für das Motto "Rettet die Demokratie" unterbrochen wird? 13 Millionen Zuschauer, die sich nicht wehren können, würden dann mißbraucht für den "Kampf gegen Rechts".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Islamismus in Solingen**
Die Signale nicht erkannt
Irfan Peci
Eine der wohl radikalsten Moscheen, die in Deutschland je existiert haben, war die Millatu-Ibrahim-Moschee in Solingen, geführt von den bekanntesten IS-Terroristen aus dem deutschsprachigen Raum, Mohammed Mahmoud und Ex-Rapper Denis Cuspert.
Nun sind die Salafisten zurück, jedoch nicht mehr in Form von radikalisierten Migrantenkindern und Konvertiten, sondern als "Flüchtlinge". Sie kommen größtenteils seit 2015 als Asylbewerber. Sie leben in überfüllten Asylheimen, in deren Nähe sich oft genug radikale Moscheen befinden. In Solingen befindet sich das "Islamische Zentrum Solingen" gerade mal 300 Meter entfernt vom Asylheim, in dem Issa al-Hassan lebte. Zeugen berichten, wie er mit weiteren Glaubensbrüdern täglich die "örtliche Moschee" besuchte.
Innenminister Herbert Reul hat vergangenen Donnerstag auf Fragen der AfD zur Moschee behauptet, daß ihnen bislang nicht bekannt sei, daß Issa al Hassan in der Moschee verkehrte. Woher auch? In der Moschee wurde zwar für Gotteskrieger gebetet, doch islamisch motivierte Demokratiefeindlichkeit reicht längst nicht mehr aus, um wirklich in den Fokus der Behörden zu geraten. Die schiere Masse an radikalen Moscheen in Deutschland führt dazu, daß alles unter offener Terrorverherrlichung eher irrelevant ist. So werden wohl weitere Issa al Hassans produziert werden.
Irfan Peci ist Youtuber. Als Jugendlicher war er Islamist, heute will er über die Szene aufklären<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Man muß es nur wollen**
Die Asylpolitik der offenen Grenzen ist nicht durch das Grundgesetz gedeckt
Ulrich Vosgerau
Jetzt geht es also auf einmal doch! Jahrelang hatten Korrespondenten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die ihr Wissen direkt von Flüchtlingshilfe-Organisationen, Seenotrettern und Ausländerräten bezogen, ihr Publikum darüber aufgeklärt, die Rückführung selbst schwerster Straftäter und Gefährder nach Afghanistan widerspreche dem Grundgesetz, dem Unionsrecht, dem Völkerrecht sowie der Genfer Flüchtlingskonvention. Ist hingegen wenige Tage vor zwei Landtagswahlen und nach einer islamistischen Anschlagsserie mit einem katastrophalen Wahlergebnis für die Ampelkoalition zu rechnen, erweist sich das Recht auf einmal auch als vernünftig auslegbar.
Das Asylrecht des Grundgesetzes war nie als subjektives oder gar klagbares Recht des einzelnen gedacht, sondern bildete vor dem Hintergrund der Verfolgung von Dissidenten im Ostblock ein Bekenntnis zum völkerrechtlichen Asylrecht, also dem Recht von Staaten, nach eigenem Gutdünken fremden Staatsbürgern Asyl zu gewähren. Nichtsdestotrotz behandelte das Bundesverfassungsgericht das Asylrecht bald als klagbares Individualrecht, wodurch letztlich jedem Menschen auf der Erdoberfläche, der es irgendwie nach Deutschland geschafft hatte, der Anspruch auf Durchführung eines De-facto-Einwanderungsverfahrens in einen der großzügigsten Sozialstaaten der Welt eingeräumt wurde.
In der Folge bahnte sich seit den 1980er Jahren eine Asylkatastrophe an. Dem Erstarken der "Republikaner" setzten CDU/CSU, FDP und SPD 1993 den "Asylkompromiß" entgegen. Das Grundgesetz wurde geändert, im neuen Asylartikel 16a wurde klargestellt, daß Personen, die

auf dem Landweg in die Bundesrepublik Deutschland einreisen wollen, um hier Asyl zu beantragen (und die also mehrere sichere Drittstaaten durchquert haben müssen), nicht asylberechtigt sind. Entsprechend sind solche Asylbewerber gemäß Paragraph 18 Asylgesetz bereits an der Grenze zurückzuweisen.
Dies hätte eigentlich bereits das Ende der Asyl- und Abschiebeverhinderungsindustrie sein müssen, die bis heute - vermittelt durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk - den rechtlichen Diskurs über das Ausländer- und Asylrecht dominiert. Der bundesdeutsche "Asylkompromiß" wurde jedoch bald durch die Europäisierung des Regimes an den EU-Binnengrenzen (Schengen-System) und die unionsrechtliche Überlagerung des Asylsystems (Dublin-III-Richtlinie; Qualifikationsrichtlinie) faktisch gegenstandslos.
Das Verbot systematischer Grenzkontrollen machte eine Zurückweisung an der Grenze unmöglich; obwohl die Dublin-III-Richtlinie normalerweise die Asylverfahrenszuständigkeit des Ersteinreisestaats vorsah, unterstützten typische Ersteinreisestaaten wie Italien und Griechenland die Weiterreise von Asylanten nach Deutschland. Deren Rückführung wurde teilweise von deutschen Verwaltungsgerichten wegen menschenunwürdiger Zustände in mediterranen Auffanglagern abgelehnt, teils auch von den betroffenen Staaten selber.
Als Ungarn hingegen 2015 auf die Durchführung des Unionsrechts bestand und vornehmlich syrische Asylbewerber an der Weiterreise nach Deutschland hindern wollte, wurde es ausgerechnet von deutscher Seite der Verletzung europäischer "Werte" geziehen. Deutschland erklärte sich unter Abkehr vom geltenden Recht zur unbeschränkten Aufnahme (vermeintlicher) syrischer Flüchtlinge bereit ("Wir schaffen das").
In den Jahren danach wurden verschiedene rechtliche Konstruktionen (so z.B. das "Selbsteintrittsrecht" Deutschlands in fremde Asylverfahren) zur Rechtfertigung des Vorgehens der Bundesregierung propagiert, wobei einigermaßen offensichtlich war, daß nicht die "Grenzöffnung" rechtlichen Vorgaben geschuldet war, sondern das faktische Handeln von Bundeskanzlerin Merkel, das Gegenstand einer euphorisierten Massenhysterie der deutschen Medienelite gewesen war, ex post juristisch geadelt werden sollte.
Erst ab 2018 begann sich die heute herrschende Meinung durchzusetzen, die - ohne klaren Anhalt in der Dublin-III-Richtlinie - behauptet, an Binnengrenzen sei jeder Asylbewerber zunächst einmal einzulassen, damit der asylzuständige Staat bestimmt werden könne. (Warum zwecks dieser Feststellung jemand zum Beispiel von Österreich nach Deutschland einreisen können muß, bleibt unerfindlich). Der Europäische Gerichtshof hat sie sich 2019 zu eigen gemacht und dies 2023 dann nochmals bestätigt.
Könnte man syrischen wie afghanischen Asylbewerbern selektiv die Einreise verweigern? Ja, wenn man - richtigerweise - die Ansicht teilt, daß Artikel 16a Abs. 2 Grundgesetz und Paragraph 18 Asylgesetz die Abweisung von auf dem Landweg anreisenden Asylbewerbern nicht nur erlauben, sondern gebieten. Dies widerspricht nach richtiger Ansicht auch nicht der Dublin-III-VO, da es das Ersteinreisestaatsprinzip umsetzen hilft, wenn Asylbewerber nicht in Eigenregie umherreisen können (anders aber der EuGH!).
Könnte und sollte man das Grundgesetz ändern und klarstellen, daß das Asylrecht eine reine Staatszielbestimmung ist (und kein subjektives Recht!), die nach Maßgabe der Gesetze umgesetzt wird? Unbedingt! Denn dadurch würde die ursprüngliche Intention der Verfassungsväter gegen die leichtfertige Umdeutung des GG durch das BVerfG gerade in Schutz genommen. Dem Unionsrecht sollte dies ebenfalls nicht widersprechen, da dieses hauptsächlich Fristen und Zuständigkeiten regelt, wobei das materielle Asylrecht weithin Sache der Mitgliedstaaten bleibt.
Gemäß Artikel 72 des EU-Arbeitsweisevertrages berührt die Vereinheitlichung asyl- und ausländerrechtlicher Bestimmungen nicht "die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit". Daher endet

der Gehorsam gegenüber dem EuGH, wo die innere Ordnung eines Mitgliedsstaats infolge der Asylpolitik zu zerbrechen droht. A country is the people in it: die Berechtigung zur Letztentscheidung über die Zusammensetzung der Bevölkerung ist und bleibt als Ausdruck der idée directrice des modernen Völkerrechts, nämlich des Selbstbestimmungsrechts der Völker, nationalstaatliche Kernzuständigkeit.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Die AfD-Jägerin**

Felor Badenberg trieb im Verfassungsschutz die AfD-Beobachtung voran. Wird sie nun dessen neue Chefin?

Paul Leonhard

Schlimmer geht nimmer? Vielleicht doch: Innenministerin Faeser sucht einen Nachfolger für Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang, der zum Jahresende in Ruhestand geht. Offiziell aus gesundheitlichen Gründen, der 64jährige soll bereits zwei Herzinfarkte erlitten haben, wohl aber auch, weil das politische Berlin nicht mehr recht zufrieden mit seiner Amtsführung ist, etwa wegen der Dauerpräsenz von Deutschlands oberstem Schlapphut in den Massenmedien. Statt unauffällig auf die Pirsch zu gehen, hat der CDU-Mann zu offensichtlich seinem offenbar persönlichen Jagdtrieb gegenüber der Alternative für Deutschland gefrönt, zu parteiisch in Talkshows zum Halali geblasen.

Dem politischen Waidmann wird eine Frau nachfolgen, das gilt als gewiß. Eine Kandidatin ist die Berliner SPD-Innensenatorin Iris Spranger, als aussichtsreicher aber gilt eine Frau, die, so ihr derzeitiger Chef, Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner, die "größte AfD-Jägerin Deutschlands" sei: Felor Badenberg, seit 2023 Justizsenatorin der Hauptstadt.

Die 49jährige Christdemokratin, die erst im Mai ihrer Partei beigetreten ist, hat eine Bilderbuchkarriere hinter sich. Ehrgeizig ergriff die gebürtige Iranerin, die im Alter von zwölf Jahren mit den Eltern nach Deutschland kam, alle Chancen, die ihr das deutsche Bildungssystem bot. Nach Abitur, Jurastudium und Promotion (während der Schwangerschaft), unterschrieb sie 2006 beim Verfassungsschutz, um in Köln bleiben zu können.

Es war Badenberg, die mit einem Gutachten die Einstufung der AfD als Verdachtsfall durchsetzte.

Unter dessen Präsident Hans-Georg Maaßen widmete sie sich dem islamischen Terrorismus, unter Haldenwang machte sie sich den Kampf gegen den Rechtsextremismus zur Herzensangelegenheit. Derart motiviert stieg sie 2022 zur Vizepräsidentin auf. Gemeinsam jagten sie die Alternative, wobei es Badenberg war, die mit einem Gutachten die Einstufung der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall durchsetzte. Sie gilt auch als Erfinderin der "verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates" sowie des geplanten Straftatbestands "Sabotage des Meinungsbildungsprozesses" - ein Ansinnen, das "in die Zensur" führt, fürchtet Bild.

Wenn die Macht vom Volke in Wahlen ausgeübt wird, sei der Willensbildungsprozeß der erste Angriffspunkt, ist sich Badenberg gewiß. Allerdings meint sie damit nicht die Unterdrükkungspolitik der Ampel gegen Andersdenkende oder das Aussortieren mißliebiger Professoren, sondern "autokratische Regime":

Rußland, China, die Türkei oder der Iran versuchten zunehmend, Falschinformationen zu streuen und so "unsere Demokratie" anzugreifen. Das bezieht sich auch auf die Kultur, denn geht es nach der Noch-Justizsenatorin, sollten Verfassungsschützer darüber entscheiden, "welche Künstler zu antisemitisch sind, um gefördert zu werden", befand die FAZ in ihrem Beitrag "Schlapphüte als Kuratoren" und konstatierte: "Eine schlechte Idee."

Fällt die Wahl im Herbst tatsächlich auf Felor Badenberg, wird sie wohl einen "Zweifrontenkrieg" führen. Denn seit sie öffentlich eine Analyse renommierter Staatsrechtler zitierte, die einem AfD-Verbot wenig Chancen geben und überdies kundtat, per Gutachten klären lassen zu wollen, ob die Klimakleber der "Letzten Generation" als "kriminelle Vereinigung"

einzustufen sind, hat sich viel Wohlwollen von Links für die "gefeierte AfD-Jägerin" (Zeit) in wallende Wut gewandelt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**"Erstmals gezielte Tötung legitimiert"**

Exklusiv: Bundeskriminalamt warnt vor erhöhter Gewaltbereitschaft Linksextremer / Vertrauliches Schreiben liegt der JUNGEN FREIHEIT vor

Sven Versteegen

Fordert linksextreme Gewalt bald erste Todesopfer? Beim Bundeskriminalamt (BKA) hält man das für nicht ausgeschlossen. "Bei Fortführung des derzeitigen Modus operandi ist es nur eine Frage der Zeit, bis Taten mit dem Tod des Opfers enden", fassen die Beamten ihre Erkenntnisse in einem als "Verschlußsache - nur für den Dienstgebrauch" eingestuften Schreiben zusammen, das der JUNGEN FREIHEIT vorliegt.

Die Ermittler beziehen sich bei dieser Einschätzung auf einen Beitrag der Internetseite "knack.news", die aus dem Umfeld der linksextremen Szene in Leipzig Connewitz (JF 31-32/24) betrieben wird. In besagtem Text heißt es auf die Frage "Ist Gewalt gegen Nazis okay?", es sei "legitim, alle Mittel zu nutzen, die geeignet sind, sie zu stoppen". Im Zentrum des Beitrags stehe, so das BKA, "die Schaffung von Rahmenbedingungen für die körperliche Auseinandersetzung".

Die Anleitung der Linksextremisten ist in einzelne Kapitel wie "moralische Herleitung", "Umsetzung", "Strategieplanung", "Sporttraining", "Repressionsprävention", "psychologische Vorbereitung", "Team-Zusammenstellung" und "Durchführung" unterteilt.

Bisher seien im Zusammenhang mit der jüngst veröffentlichten Anleitung zwar keine Straftaten bekannt. Auch gehe damit "keine pauschale Gefährdungserhöhung" einher. Vielmehr "dürfte der Beitrag dazu geeignet sein, bereits tatgeneigten Personen oder Gruppierungen als Grundlage zur Planung eigener Taten zu dienen". Denn "die Hemmschwelle der Gewaltanwendung gegenüber Personen des politischen Gegners" sei zuletzt "drastisch gesunken".

Linksextreme fühlten sich durch einen "Rechtsruck" bedroht und reagierten gewaltsam. "Kritische Stimmen sind nur noch vereinzelt festzustellen", schreibt die Behörde. Diese Gewaltanleitung reihe sich in weitere Veröffentlichungen mit ähnlichem Tenor ein, wobei sie einen "besorgniserregenden Verbalradikalismus" aufweise.

So thematisiere der Text etwa "die Notwendigkeit des militanten Antifaschismus und versucht auf besorgniserregende Art und Weise, schwerste Gewaltstraftaten und erstmals die gezielte Tötung zu legitimieren". Deutschlands Sicherheitsbehörden müssen demzufolge künftig neben Ausschreitungen bei Veranstaltungen auch "klandestin geplante Übergriffe gegen den politischen (rechten) Gegner, teilweise unter Verwendung von Schlagwaffen, einkalkulieren".

Verfaßt wurden die Warnungen von den BKA-Referaten "Gefährdung, Lage" und "Politisch-motivierte Kriminalität - links, Operative / Strategische Auswertung" der Abteilung Staatsschutz (ST). Adressiert ist das Schreiben an alle Landeskriminalämter, das Bundespolizeipräsidium, das Bundesinnenministerium, den Bundesverfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst, das Zollkriminalamt und den Generalbundesanwalt. Außerdem ging es an das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr sowie den Militärischen Abschirmdienst.<<

Griechenland: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**"Normal" ist das nicht**

Asyl-Notstand in Griechenland: Nun benutzen die Schleuser der Migranten Schnellboote

Panayotis Doumas

Die blutige Verfolgung eines Speedbootes durch ein Patrouillenboot der Küstenwache vor der griechischen Insel Symi zeigt, wie sehr Griechenland - und damit die gesamte Europäische Union - den Migrationsströmen auf dem Seeweg ausgesetzt ist.

Der Vorfall ereignete sich am 23. August. Ein Boot mit illegalen Migranten, das von der Türkei zu der kleinen Insel in der südöstlichen Ägäis, nur 3,8 Seemeilen von der türkischen Küste entfernt, fuhr, wurde von einem Patrouillenboot der Küstenwache entdeckt und verfolgt. Einem Bericht der Zeitung Kathimerini zufolge "beschleunigte der türkische Pilot und versuchte zu fliehen, wobei er nach offizieller Version versuchte, das Boot der Küstenwache zu rammen. Die Offiziere des Korps eröffneten das Feuer, um den Außenbordmotor auszuschalten. Eine Kugel traf jedoch eine der 25 Personen an Bord (nicht den Kapitän des Bootes) und verletzte ihn tödlich."
Die Zeitung weist darauf hin, daß die Schmugglerringe allmählich ihren Modus operandi ändern und sich nun "den Inseln der Ostägäis mit Booten nähern, die hohe Geschwindigkeiten erreichen können, und die Rekrutierung von entschlossenen und oft bewaffneten Betreibern hat eine Reihe von 'eskalierenden Zwischenfällen' verursacht".
Kathimerini berichtet unter Berufung auf Informationen aus dem Hauptquartier der Küstenwache, daß "seit Anfang des Jahres bis heute nicht weniger als 200 Vorfälle von Migrantenschmuggel aus der Türkei zu den Inseln der Ostägäis unter Verwendung von Speedbooten verzeichnet worden sind".

In Italien weniger Migranten, dafür in Spanien und Griechenland mehr

Aus den täglichen Pressemitteilungen der Küstenwache geht hervor, daß allein zwischen dem 23. und 29. August insgesamt zehn solcher Vorfälle registriert wurden. Die meisten ereigneten sich in der südöstlichen Ägäis und in den Seegebieten zwischen den griechischen Inseln und der Türkei. Die Aktivitäten der Schleuser haben sich von den Inseln der nordöstlichen Ägäis wie Samos, Chios und Lesbos verlagert, auf denen sich große Aufnahmezentren für illegale Einwanderer befinden und auf die die Küstenwache ihre Maßnahmen konzentriert hat. Neun dieser zehn Fälle ereigneten sich auf Rhodos, Symi, Tilos, Kos und Leros.
Die Zunahme der Migrationsströme in Griechenland wird auch in einem Artikel der französischen Zeitung Le Figaro hervorgehoben, dem zufolge in Italien Innenminister Matteo Piantedosi bis zum 27. August einen Rückgang der Migrationsströme um 65 Prozent verkündet hat, während "die Anlandungen in Spanien um 155 Prozent und in Griechenland um 222 Prozent" gestiegen seien.
Die griechische Regierung bestätigt, daß die Migrationsströme zunehmen. Sie bezeichnet die Situation jedoch als "logisch". In einem Interview mit dem Athener Radiosender Real Fm sagte der Minister für Einwanderung und Asyl, Nikos Panagiotopoulos: "Die Daten der Migrationsströme zeigen einen relativen Anstieg, was logisch ist, da in den Sommermonaten der Übergang leichter ist, weil die Bedingungen, vor allem das Wetter, besser sind."
Der Minister wies sogar darauf hin, daß die "Achillesferse" der Grenzverwaltung die südöstliche Ägäis sei. "Wenn wir den Teil der südöstlichen Ägäis, dort um Rhodos, ausklammern, werden die Ströme ins Land von den anderen, sagen wir mal, Einreisepunkten kontrolliert, sie sind normal für die Saison."
Nach den Daten der monatlichen Newsletter des griechischen Ministeriums für Einwanderung und Asyl sind in den ersten sieben Monaten des Jahres 2023 11.672 illegale Einwanderer über die griechisch-türkischen Land- und Seegrenzen nach Griechenland eingereist, während es im gleichen Zeitraum dieses Jahres 23.204 waren. Eine Verdoppelung des Zustroms aus der Türkei klingt gewiß nicht "logisch".
Die Türkei wurde von der EU finanziell unterstützt, um sicherzustellen, daß der Zustrom von Migranten in die Länder, mit denen sie eine gemeinsame Grenze hat (Griechenland, Bulgarien), gestoppt wird. Darüber hinaus hat sie seit Dezember vergangenen Jahres ein spezielles Abkommen mit Griechenland geschlossen, das auch diese Verpflichtung beinhaltet. Auch der griechische Minister für Einwanderung weist auf die Verantwortung der Türkei hin: "Der Kampf gegen die illegale Migration geht definitiv über die Zusammenarbeit mit den Nach-

barn, also mit der Türkei."
Laut der Online-Ausgabe der Wochenzeitung To Vima werden der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am 23. September am Rande der UN-Generalversammlung in New York zusammentreffen, wobei die Zypernfrage und die Migration die Hauptthemen ihrer Gespräche sein werden.
Sich widersprechende Ansagen über Kooperation aus Ankara
Panagiotopoulos wies auch auf die Probleme hin, die durch internationale Verträge und den Interventionismus der Europäischen Union entstanden sind: "Es ist unmöglich, daß wir uns nicht an die Regeln des internationalen Rechts und an die Bedingungen der Europäischen Union halten, die die Steuerung des Migrationsprozesses finanziert."
Doch die Situation ist verfahren. Denn immer wieder wirft Ankara Athen vor, "illegale Pushbacks" zu goutieren. So wiesen die türkischen Behörden am vergangenen Freitag darauf hin, daß sie 19 illegale Migranten aus einem Rettungsboot in der Ägäis gerettet hätten, nachdem sie von "griechischen Elementen" in türkische Gewässer zurückgedrängt worden seien, hieß es undiplomatisch.
Einen Tag zuvor hatten der griechische Minister für Einwanderung und Asyl, Nikos Panagiotopoulos, und der türkische Innenminister Ali Yerlikaya, der seinen Besuch in Athen zuvor abgesagt hatte, weil ihm einige Äußerungen von Panagiotopoulos über Erdogan nicht gefallen hatte, telefoniert.
Laut der griechischen Wochenzeitung To Vima wurde dabei vereinbart, gegen die "kriminellen Schlepper" aus der Türkei zusammenzuarbeiten. Auch habe Yerlikaya eingeräumt, daß die Migrationsströme im Norden des Landes zwar zurückgegangen seien, daß dies aber in der südöstlichen Ägäis nicht der Fall sei. Eine besondere Erwähnung hätten die Schnellboote gefunden, die derzeit in der Ägäis von "kriminellen Schleusern" mit Geschwindigkeiten von über 50 Meilen pro Stunde eingesetzt werden, so To Vima.
Die kleine Insel Gavdos, südlich von Kreta, ist der neue Hotspot
Die Probleme beschränken sich jedoch nicht nur auf den massiven Anstieg der illegalen Einwanderer aus der Türkei. Ein neuer Korridor von Nordafrika, vor allem von Libyen, nach Kreta und auf den Peloponnes wird nun auch genutzt.
Gavdos, eine kleine griechische Insel südlich von Kreta, nur 190 Seemeilen von Tobruk entfernt, ist jetzt das neue Ziel der Flöße mit Hunderten von illegalen Einwanderern, die ohne Schwimmwesten und ohne grundlegende Sicherheit zusammengepfercht sind.
In einem Bericht von Kathimerini hieß es, daß "von Anfang 2024 bis Februar 12.573 Migranten in dem Gebiet festgestellt wurden, während im gesamten Jahr 2023 die Zahl der geretteten Flüchtlinge und Migranten in demselben Gebiet nur 666 betrug". Diese Zahlen sind nie in den Newslettern des Ministeriums für Einwanderung publiziert worden. Erst ab März 2024 erschien auf der letzten Seite des Monatsberichts eine spezielle Tabelle mit dem Titel: "Sonderausgabe - Migrationsströme im zentralen Mittelmeerkorridor". Dort ist zu lesen, daß in den ersten sieben Monaten des Jahres 2024 auf Kreta und Gavdos lediglich 2.358 illegale Einwanderer festgestellt wurden. Doch die Daten der Küstenwache zeigen ein anderes Bild.<<
Irland: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Irland im Schatten des Hungers**
Die bis 1849 andauernde "Great Famine" und die daraus resultierende Massenauswanderung haben demographisch auf der Grünen Insel bis heute noch spürbare Auswirkungen
Thomas Schäfer
Seit 1541 unterstand Irland der englischen Krone, wogegen die Iren immer wieder rebellierten. London reagierte hierauf mit harten Unterdrückungsmaßnahmen, in deren Folge die irische Bevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert um rund vierzig Prozent schrumpfte. Außerdem

setzten die Briten Gesetze durch, welche die Iren ihrer Identität berauben sollten. Dazu kam eine großangelegte Landwegnahme, die bewirkte, daß die meisten Iren ein höchst prekäres Leben als unfreie Bauern fristen mußten, deren Ernährung vorwiegend aus Kartoffeln bestand. Deshalb lösten schlechte Erträge bei der Kartoffelernte jedesmal eine Hungersnot aus, so wie beispielsweise in den Jahren 1740/41.
Durch die Klimaabkühlung ab 1816, dem "Jahr ohne Sommer" und aufgrund des Ausbruchs des indonesischen Vulkans Tambora gab es bis 1842 weitere 14 Kartoffel-Mißernten. Doch damit nicht genug: Die häufigeren Niederschläge in dieser Zeit führten 1842 in Nordamerika zum Auftreten einer Kartoffelfäule, für die der Pilz Phytophthora infestans verantwortlich war. Dieser Parasit wurde im Winter 1843/44 nach Europa eingeschleppt, woraus extrem starke Ernteausfälle und Hungerunruhen resultierten, zu denen auch die Berliner "Kartoffelrevolution" vom April 1847 gehörte.
Am schlimmsten traf es aber Irland, was zwei Gründe hatte. Zum einen erwiesen sich die beiden hier angebauten Kartoffelsorten als besonders anfällig und zum anderen blieb der britische Staat passiv. Er verbot weder die Destillation von Alkohol aus Lebensmitteln noch verhängte er einen Exportstopp für landwirtschaftliche Produkte. Daher lieferte Irland während der Hungerjahre infolge des Kartoffelmangels mehr Fleisch, Butter, Milch und Getreide als je zuvor. Insofern war die Hungersnot auf der Insel letztlich eine künstlich forcierte und somit weitgehend vermeidbare Katastrophe gewesen. Und nach dem Machtantritt des neuen radikalliberalen britischen Premierministers John Russell im Juli 1846 eskalierte die Situation noch weiter.

Irische Pächter wurden gnadenlos von Haus und Hof vertrieben

Irische Landwirte, welche ihre Pacht nicht mehr aufbringen konnten, wurden von den englischen Großgrundbesitzern (Landlords) nun gnadenlos von Haus und Hof vertrieben und fielen dadurch im darauffolgenden Winter 1846/47 in Massen der Kälte oder Seuchen zum Opfer. Daraufhin versuchte die Regierung mit halbherzigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegenzusteuern, die jedoch zu spät kamen. Denn die meisten Hungernden waren nicht mehr in der Lage, zu arbeiten und auf diese Weise ein Einkommen zu erzielen.
Deshalb nahm die Katastrophe ihren Fortgang, weswegen schließlich 1847 Suppenküchen eingerichtet werden mußten. Gleichzeitig gab es eine große nationale und internationale Spendenwelle zugunsten der Iren. Zu den Personen, welche erhebliche Beiträge aus ihrer Privatschatulle beisteuerten, gehörten Queen Victoria, der russische Zar Alexander II., der osmanische Sultan Abdülmecid I., US-Präsident James Polk und Papst Pius IX. Außerdem brachten 118 Schiffe aus den USA Hilfsgüter nach Irland.
Allerdings vertrat der stellvertretende Leiter des britischen Schatzamtes und Bevollmächtigte für die Hungerhilfe Charles Trevelyan die Ansicht, die Hungersnot sei eine Folge der "allwissenden und barmherzigen Fürsorge" des Staates. Daher strich er die Zuschüsse für die Suppenküchen, wodurch das Elend letztlich noch bis 1849 anhielt. Wobei es Gegenden in Irland gab, in denen sogar bis ins Jahr 1851 hinein Leichen von Verhungerten auf der Straße gelegen haben sollen.
Die Folgen der Großen Hungersnot ("Great Famine" auf englisch, "An Gorta Mór" auf irisch) in Irland, welche im Wesentlichen vor 175 Jahren endete, waren gravierend und sind teilweise bis heute spürbar. Letzteres gilt vor allem für den demographischen Einbruch auf der Grünen Insel im Atlantik. Zwar wird sich niemals genau klären lassen, wie viele Iren zwischen 1845 und 1849 starben, jedoch gehen die meisten Wissenschaftler von etwa einer Million Hungertoten aus, was etwa zwölf Prozent der damaligen Bevölkerung entsprach.
Dazu kamen bis zu zwei Millionen Menschen, die durch Auswanderung beziehungsweise Flucht nach Kanada, Australien und in die USA sowie in die Industriezentren von Schottland, Südwales und England zu überleben versuchten, was aber nicht jedem gelang. So fiel ein

Fünftel der nach Kanada Übergesiedelten Krankheiten oder den Folgen des erlittenen Hungers zum Opfer. Zudem waren die Zielregionen manchmal mit der Versorgung der Neuankömmlinge überfordert, denn zeitweise trafen so viele Auswanderer gleichzeitig in Nordamerika ein, daß sich die Einwohnerschaft in den dortigen Hafenstädten schlagartig verdoppelte.
Weil auch nach der Hungersnot Hunderttausende Iren ihrer Heimat den Rücken kehrten, lebten auf der irischen Insel 1904 letztlich nur noch 4,4 Millionen Menschen. Seither wuchs die Bevölkerung langsam wieder auf rund sieben Millionen, was aber weiterhin unter dem Stand von 1845 liegt, als man etwa achteinhalb Millionen Iren zählte.
Eine zusätzliche Folge der Hungersnot war das fast völlige Verschwinden der irisch-gälischen Sprache. Kommunizierten 1841 noch vier Millionen Iren auf gälisch, sank deren Zahl bis 1851 auf weniger als zwei Millionen - und durch die unablässige Auswanderung setzte sich dieser Rückgang fort. Ebenso stark fiel der kulturelle Verlust aus, da viele alte Bräuche, Lieder und Tänze in Vergessenheit gerieten.
Etliche Emigranten aus Irland exportierten ihren Haß auf England in die neue Heimat und unterstützten von dort aus Widerstandsorganisationen wie die Irish Republican Brotherhood (IRB) und Irish Land League (ILL) moralisch und wenn möglich auch finanziell. Dabei war es allerdings nicht so, daß die Hungersnot wie eine gewaltige Initialzündung für den verstärkten Kampf um die irische Unabhängigkeit wirkte. Der Aufstand der Bewegung Young Ireland von 1849 unter William Smith O'Brien und Charles Gavan Duffy scheiterte mangels entsprechender Ausrüstung und Organisation sowie aufgrund fehlenden Engagements der Bevölkerung. Denn viele Iren waren durch die vier Hungerjahre am Ende ihrer Kräfte und ausschließlich auf das unmittelbare physische Überleben fixiert.

Die Große Hungersnot dominiert bis heute das nationale Gedächtnis

Andererseits zog nach der Hungersnot nie wieder Ruhe in Irland ein, weil unablässig neue Kräfte auf den Plan traten, um die Unabhängigkeit mit politischen Mitteln oder Waffengewalt zu erzwingen. Marksteine auf diesem Wege waren die IRB-Revolte von 1867, der Osteraufstand von 1916 sowie der Irische Unabhängigkeitskrieg von Januar 1919 bis Juli 1921, in dem die Streitkräfte der 1919 proklamierten Republik Irland gegen britische Truppen kämpften. Das Ganze endete mit einem Waffenstillstand, auf den Friedensgespräche und der Anglo-Irische Vertrag vom 6. Dezember 1921 folgten.
Durch diesen mutierte das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland zum Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, während es parallel dazu am 6. Dezember 1922 zur Gründung des Irischen Freistaates kam, aus dem am 29. Dezember 1937 Éire (Irland) wurde. Dort dominiert bis heute die Große Hungersnot das nationale Gedächtnis, wovon unter anderem das An Gorta Mór Memorial zwischen Ennistymon und Lahinch sowie das Famine Monument in Dublin zeugen.<<

USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/24" berichtet am 6. September 2024 (x1.407/…): >>**Das undurchsichtige Stiftungsnetz der Laurene Powell Jobs**

Weltherrschaft made by Disney

Beatrix von Storch

Bill Gates, Elon Musk, George Soros, Jeff Bezos, Warren Buffett - diese Namen aus dem Kreis der Superreichen sind auch in Deutschland weitgehend bekannt. Wenigen Menschen dürfte der Name Laurene Powell Jobs ein Begriff sein. Dabei ist sie nicht nur eine der reichsten, sondern auch eine der mächtigsten Frauen der Welt. Sie gehört zu den vier Milliardären aus dem Silicon Valley, die die Wahl von Joe Biden nicht nur finanziell, sondern auch logistisch massiv gefördert haben.
Powell Jobs ist nicht nur eine langjährige Vertraute und Sponsorin von US-Vizepräsidentin Kamala Harris, sondern zählt auch zu den wichtigsten Förderern der woken Agenda und der Open-Borders-Ideologie. Wer sich die Frage stellt, warum der Disney-Konzern trotz massiver

Flops an der Kinokasse immer woker wird und warum es an der Südgrenze der USA so aussieht wie in Deutschland im Herbst 2015, kommt nicht darum herum, sich mit der Witwe des verstorbenen Apple-Gründers Steve Jobs zu befassen.
Im Jahr 2011 verstarb Steve Jobs und hinterließ seiner Frau Laurene eines der größten Vermögen der Welt. Laut der Forbes-Liste der Superreichen steht sie auf Platz 110 der reichsten Menschen und ist die viertreichste Frau der Welt. Ihr Vermögen wird auf über 14 Milliarden US-Dollar geschätzt. Der Großteil ihres Vermögens ist in Aktien des Walt-Disney-Konzerns investiert, was Laurene Powell Jobs zur größten Einzelaktionärin des Unterhaltungskonzerns macht, neben institutionellen Anlegern wie Vanguard und Blackrock. Anders als ihr Ehemann Steve Jobs ist Laurene Powell Jobs weniger am unternehmerischen Erfolg als an politischem und ideologischem Einfluß interessiert. Sie erklärte nach dem Tod ihres Mannes, daß sie kein Geld vererben wolle, ihr gesamtes Vermögen solle in ihre politischen und "philanthropischen" Ideen fließen.
Mit dem Geld ihres Mannes schuf Powell Jobs ein wokes Imperium aus Stiftungen, Initiativen und Unternehmensbeteiligungen. Bereits 2002 gründete sie Emerson Collective. Die Stiftung, die über 130 Mitarbeiter verfügt, darunter viele Angehörige der Obama-Administration, betreibt um ihre Gründerin einen regelrechten Personenkult und folgt dem Slogan: "The Power of the Collective" ("Die Macht des Kollektivs"). Dazu gehört die Initiative "Immigration Hub", die geschaffen wurde, "um strategische Unterstützung gegen die zunehmende Stimmung gegen Migration zu bieten und gegen die restriktive Einwanderungspolitik vorzugehen". Powell Jobs ist auch Beiratsmitglied der Ford-Stiftung.
Die Stiftung schwenkte in den siebziger Jahren auf einen radikalen Linkskurs ein, insbesondere in der Einwanderungspolitik. Die Publizistin Maribel Alvarez fordert auf der Webseite der Ford Foundation die Abschaffung nationaler Grenzen. "Wir brauchen dringend eine nationale Debatte, ob unseren nationalen Interessen nicht besser damit gedient wäre, gar keine Grenze zu haben."
Um ihre linke Agenda bis in die Kinderzimmer zu verbreiten, fand Powell Jobs ideale Voraussetzungen vor. Im Jahr 2006 übernahm Disney für 7,4 Milliarden Dollar die Animationsstudios Pixar. Steve Jobs hielt damals 50 Prozent von Pixar und wurde in Disney-Aktien ausbezahlt und in den Verwaltungsrat von Disney aufgenommen. Seine Witwe wurde damit größte Einzelaktionärin bei Disney, dem größten Unterhaltungskonzern der Welt. Daneben erwarb sie die einflußreiche politische Zeitschrift The Atlantic, 20 Prozent an der Holding-Gesellschaft, die Sportarenen und Sportwettbewerber kontrolliert. Außerdem finanziert sie zahlreiche linke Kunstprojekte.
Schließlich kaufte sie Anteile an "Anonymous Content", einer Filmgesellschaft, die Filme, Musik- und Werbevideos produziert und daneben Drehbuchautoren, Regisseure und Schauspieler unter Vertrag hat. Die Anteile hält Jobs.
Stiftung Emerson Collective. Das erklärt, warum wir in so vielen Werbebotschaften, Musikvideos und Filmen mit Wokeness bombardiert werden.
Wohin diese "progressive" linke Ideologie führt, die die Aufhebung aller überlieferten Werte und Moralvorstellungen propagiert, zeigt die Verbindung zum Kreis von Jeffrey Epstein, der einen Ring zur Ausbeutung minderjähriger Mädchen unterhalten und später angeblich Selbstmord begangen hat. Laurene Powell Jobs Zeitschrift The Atlantic führte eine Kampagne, in der die Zeitschrift den Sexhandel mit Kindern verharmloste und als "Fake" bezeichnete. Veröffentlicht wurde das Stück während des Prozesses gegen Ghislaine Maxwell, die Komplizin von Jeffrey Epstein. Besonders bezeichnend war, daß zuvor ein Bikinifoto öffentlich wurde, das Laurene Powell Jobs und Maxwell fröhlich vereint am Strand zeigte.
"Folge der Spur des Geldes" ist auch in diesem Fall der richtige Rat. Jobs und ihre Stiftung verfolgen ihre politische Agenda, auch wenn das auf Kosten des Firmengewinns geht. Walt

Disney hat sich ganz in den Dienst der woken Botschaft gestellt. Auf Disney+ gibt es die Rubrik "Transgender Stories", "Black and LGBTQ" und "LGBTQ Talent", in Zeichentrickfilme werden "queere Paare" eingebaut, die Meerjungfrau Arielle wird zur Schwarzen, in "Schneewittchen und die sieben Zwerge" sollten die Zwerge - weil politisch nicht korrekt - durch diverse magische Wesen ersetzt werden.
Seit aus Walt Disney "Woke Disney" wurde, geht es mit dem Konzern bergab. Disney+ hat 14 Millionen Abonnenten verloren. Die Einnahmen des Konzerns lagen sieben Milliarden Dollar hinter den Erwartungen, und in den vergangenen vier Jahren machte Disneys Streaming-Angebot zehn Milliarden Dollar Verlust. Disney-Produktionen floppten reihenweise an der Kinokasse.
Ohne die Besitzverhältnisse und die politische Einflußnahme läßt sich dieses ökonomische Desaster nicht erklären. Ebensowenig wie der immigrationspolitische Amoklauf. Als Jobs sich 2001 dem Thema Immigration zuwandte, hatten die Migrationsskeptiker in Washington weitgehend den Sieg davongetragen. Es war der Demokrat Bill Clinton, der mit dem Bau des Sicherheitszaunes an der Südgrenze begonnen hatte. Dies führte der Washington Times zufolge dazu, daß Jobs eine neue Taktik anwendete. "Wir suchen nach Möglichkeiten, die Menschen im ganzen Land zu aktivieren, damit sie verstehen, was auf dem Spiel steht", sagte sie. "Damit sie einen Chor bilden können, den der Kongreß nicht ignorieren kann."
Sie begann, linke Gruppen und Initiativen im ganzen Land zu finanzieren. Emerson Collective veröffentlichte tendenziöse Umfragen, wonach die Mehrheit der Amerikaner die Einbürgerung illegaler Einwanderer und offene Grenzen wünschte. Schließlich führte sie nach dem Tod ihres Mannes im Jahr 2011 eine nationale Kampagne für die "Einwanderungsreform". Ihr gelang es dafür, im Senat die "Gang of Eight" zu gewinnen - mächtige Senatoren aus beiden Parteien, darunter die Republikaner Marco Rubio und John McCain. Es war die Enttäuschung der republikanischen Basis über diesen "Verrat" der Mainstream-Republikaner, die 2016 Donald Trump den Weg zur Kandidatur und Präsidentschaft ebnete.
Laurene Jobs gehört zu den vier Milliardären, die 2020 Bidens Wahlkampagne massiv finanziert und orchestriert haben. Zu dem Milliardärs-Quartett aus dem Silicon Valley gehören neben Laurene Powell Jobs der Mitbegründer von Facebook Dustin Moskovitz (18 Milliarden US-Dollar), der langjährige CEO von Google und Alphabet Eric Schmidt (26 Milliarden US-Dollar) und Reid Hoffman, Gründer von Linkedln (2,6 Milliarden US-Dollar). Zusammen mit Hoffman finanziert Powell Jobs Acronym. Acronym wurde im Jahr 2017 gegründet und betreibt digitale Kampagnen für die Demokraten.
Dazu gehört auch die Unterstützung "progressiver" Organisationen wie "Planned Parenthood" und "Everytown for Gun Safety". Bereits ein Jahr nach der Gründung hatte "Acronym" über 100 Kampagnen durchgeführt. Kein Wunder also, daß der Einfluß der Open-Borders-Lobby in Gestalt von Jobs auf die Biden-Administration von Anfang an groß war.
Die Südgrenze der USA wurde unter Biden geöffnet. Die Zahl der Grenzübertritte ist von 310.000 in der Zeit von Trump auf über drei Millionen im Jahr gestiegen. Diese Dimension ist damit vergleichbar mit der Lage in Deutschland im Herbst 2015. Biden ernannte nach der Regierungsübernahme mit Debra Haaland eine Politikerin zur Innenministerin, die auf dem Tikket als amerikanische Ureinwohnerin fährt. Trotz ihres norwegischen Vaters gilt sie als erste indigene US-Ministerin.
Im Frühjahr 2024 mußte sie einräumen, daß sie die Südgrenze der USA noch nie besucht hatte. Darum übertrug Präsident Biden die Aufgabe, das Grenzproblem zu lösen, an seine Vizepräsidentin Kamala Harris. Als Harris sich selbst in den Vorwahlen der Demokraten um die Präsidentschaft bewarb, gehörte Laurene Powell Jobs zu ihren Spendern. Bereits 2017 waren sie gemeinsam aufgetreten und hatten Trumps restriktive Einwanderungspolitik kritisiert.
In keinem anderen Bundesstaat hat die Politik der offenen Grenzen zu so gravierenden demo-

graphischen Veränderungen geführt wie in Kalifornien. Im Jahr 2022 waren 27 Prozent der Bevölkerung Kaliforniens im Ausland geboren. Das ist doppelt soviel wie im Landesdurchschnitt. Die Masseneinwanderung nach Kalifornien ist begleitet von einer massiven Flucht vor Kriminalität, Verwahrlosung, Klimavorschriften und hohen Steuern aus dem Bundesstaat. In den Jahren 2021/22 verließen mehr als 1,8 Millionen Kalifornier ihren Wohnort.
Hauptziel war das republikanisch regierte Texas. Nicht einmal in Deutschland verändert sich die Bevölkerung in nur wenigen Jahren so drastisch wie in Kalifornien. Powell Jobs, die mit ihrem Open-Borders-Lobbyismus diese Entwicklung massiv vorangetrieben hat, nutzte die Lage, um ein weiteres Lieblingsprojekt zu verwirklichen: den Aufbau einer Smart City als Fluchtort für die Elite und Mittelschicht direkt vor den Toren von San Francisco.
Im Herbst 2023 enthüllte die New York Times, daß ein bis dahin unbekanntes Konsortium namens Flannery Associates für 800 Millionen Dollar ein riesiges Stück Land in der Nähe von San Francisco gekauft hat. Die Geldgeber sind: Hoffman und Jobs. Geplant ist, dort eine künstliche Stadt mit 20.000 Häusern zu bauen, die komplett klimaneutral sein soll. Dabei kooperieren sie mit Unternehmen für künstliche Intelligenz, Robotik, Drohnen und Carsharing. Offensichtlich geht es dabei im Rahmen des Projekts "California forever" um die Errichtung einer der vom World Economic Forum propagierten "Smart Cities".
Wer aus den durch Einwanderung überlasteten Metropolen flieht, findet hier Sicherheit, Sauberkeit und Abschottung, unterwirft sich damit aber auch der neuen digitalen Kontrolle der Big-Tech-Millliardäre, die das für das neue Utopia halten. Im Silicon Valley hat sich eine neue linke Ideologie herausgebildet, die einen globalen Macht- und Geltungsanspruch erhebt und auf schier unbegrenzte finanzielle Mittel zurückgreifen kann. Diese Kombination aus offenen Grenzen, Wokeness und totaler digitaler Kontrolle ist das größte linke Gesellschaftsexperiment seit dem Ende des Kommunismus.
Beatrix von Storch, Jahrgang 1971, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, studierte Rechtswissenschaften in Heidelberg und Lausanne und schreibt unter anderem für die libertäre Zeitschrift eigentümlich frei.<<

07.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. September 2024 (x1.402/…): >>**Kanzler-Panik in der SPD: Zweifel an Olaf Scholz werden lauter!**
In der SPD wachsen eine Woche nach dem Wahldesaster in Sachsen und Thüringen und zwei Wochen vor der Landtagswahl in Brandenburg die Zweifel an Olaf Scholz (SPD). Auf der Klausur der SPD-Bundestagsfraktion im brandenburgischen Nauen hat sich der Frust erstmals entladen. Kommt es zum offenen Aufstand gegen den Kanzler?
Im Beisein von Scholz sowie der Parteichefs Saskia Esken und Lars Klingbeil haben die um ihre Mandate bangenden Genossen Olaf Scholz mehr oder weniger offen als Kanzler in Frage gestellt. Die Abgeordnete Tina Rudolph aus Eisenach erklärte laut Medienberichten: Die SPD habe Vertrauen verloren und müsse das zurückgewinnen, sagte sie. Wenn das mit dem vorhandenen Personal nicht gehe, "dann müssen wir überlegen, mit wem wir das schaffen können."
"Was bringt das noch?" wird die bayerische SPD-Abgeordnete Carolin Wagner zitiert.
Der Kanzler sei noch nie so offensiv aus der Fraktion in Frage gestellt worden, schreibt der "Spiegel". Politische Beobachter schließen nicht aus, daß es nach dem laut Umfragen absehbaren Wahldebakel in Brandenburg, wo in zwei Wochen ein neuer Landtag gewählt wird, in der SPD zum Kanzlersturz kommt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. September 2024 (x1.402/…): >>**ZDF-Politbarometer: Zustimmung zur Chaos-Ampel sinkt auf 0 Prozent (in Worten: null)!**
Noch tiefer kann die Chaos-Ampel nicht mehr sinken: Laut dem aktuellen ZDF-

Politbarometer sprechen sich sage und schreibe null Prozent der Befragten, also niemand, für eine Fortführung der Koalition aus SPD, "Grünen" und FDP im Bund aus!
Dieser für eine amtierende Bundesregierung bisher einmalige Wert dürfte den Zerfallsprozeß der ehemals "Fortschrittskoalition" weiter beschleunigen. Die Stimmung unter den Deutschland-Zerstörern ist nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen schockgefroren. Eigentlich hatten sich die Parteispitzen von SPD, "Grünen" und FDP mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) am vergangenen Mittwoch zu einem Koalitionsausschuß verabredet. Das Treffen wurde abgesagt. Seit den Landtagswahlen habe es keine Gespräche zwischen den Ampelparteien mehr gegeben, berichtet die "Welt".<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. September 2024 (x1.402/…): >>**Muß der Kanzler zum Amtsarzt?**
Ist es bloß bockige Sturheit, ist es selbstironischer Untergangs-Sarkasmus oder ist es schon an Schizophrenie grenzender Realitätsverlust? Trotz partei-interner Kritik und einer Serie von Wahldebakeln wie zuletzt in Sachsen und Thüringen hält Olaf Scholz (SPD) an seiner Kanzlerkandidatur 2025 fest.
Er rechne "fest damit, daß die SPD und ich 2025 ein so starkes Mandat bekommen, daß wir auch die nächste Regierung anführen werden", sagte der SPD-Politiker dem Berliner "Tagesspiegel". Regieren werde nicht einfacher, "also sollten wir es machen", sagte Scholz weiter. Sein Ziel sei "eine SPD-geführte Bundesregierung".
Kann es sein, daß der Kanzler dringend zum Amtsarzt sollte?<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. September 2024 (x1.399/…): >>**Kriegskinder: Ihre schweren Schicksale**
Von *Daniell Pföhringer*
Authentische Zeitzeugenberichte vermitteln die Schrecken des Krieges eindringlicher als wissenschaftliche Abhandlungen. In unserer Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" verschaffen wir auch jenen, die als Kinder oder Jugendliche Grauenhaftes miterleben mußten, Gehör. …
Wie viele Kinder sich unter den 14 Millionen Heimatvertriebenen befanden, ist nicht bekannt. Es müssen aber viele gewesen sein, denn sie und ihre Mütter sowie Ältere machten den Hauptteil der Flüchtlinge aus, während sich die Väter in Krieg oder Gefangenschaft befanden. In unserer Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" haben wir ihre Erinnerungen bewahrt.
Mit neun Jahren aus Pommern vertrieben
Erna Rinklin war neun Jahre alt, als die Rote Armee in Pommern einmarschierte. Aus ihrem Heimatort Bussin (heute Buszyno) wurde sie mit ihrer Mutter und ihren beiden Schwestern vertrieben und erlebte dabei Schreckliches. Ein Auszug aus ihrem in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat " abgedruckten Erlebnisbericht:
"Einige Bewohner unseres Ortes, Mama und wir faßten Mut und gingen vor die Stalltür. ... Als wir zur Straße kamen, rannten wahllos Menschen hin und her. Sie liefen in Panik zwischen umgekippten Wagen und Tieren. Auf den Straßen liefen Schweine und Kühe wild durcheinander. 'Wir müssen versuchen, hier durchzukommen', sprach Mama.
Menschen über Menschen. Sie schrien im Kugelhagel. Wir liefen und liefen und liefen - direkt der Front entgegen. Wir sahen auf den Feldern die Panzer näher rücken. Hier gab es kein Durchkommen. Soldaten, Offiziere, Angehörige der SS versteckten sich unter der Zivilbevölkerung. Mama umklammerte uns alle drei und sagte, daß wir zusammenbleiben müßten. 'Wenn, dann wollen wir gemeinsam sterben.'
Wir klammerten uns aneinander und liefen zusammen weiter, umgeben von Kugeln, die an uns vorbeisausten. Einige fielen hin. Andere, die getroffen wurden, brachen schreiend zusammen. Die Panzer rückten näher. Frauen mit kleinen Kindern, alte Menschen, die nicht

mehr so schnell laufen konnten, wurden von den Panzern zermalmt."
Und weiter: "Dann kam die berittene Kavallerie. Sie ritten in die Menschenmenge. Die Pferde bäumten sich auf. Wir wußten nicht, was wir machen sollten. Sie wollten uns von der Straße verdrängen, damit sie durchkamen. Uns graute, wir hatten Angst. Andere warfen uns einen Apfel zu. Wir stolperten, stürzten, einer über den anderen, wie ein Knäuel. Wir mußten das Feld erreichen. 'Schnell! Schnell hoch!', schrie Mutter. 'Von der Straße weg'!"

Eine verlorene Jugend in Schlesien

Den Horror der Vertreibung erlebte auch der damals 16-jährige Georg Pfeiffer bei seiner Flucht aus Tempelfeld im Kreis Ohlau in Schlesien. Die Familie ging zunächst nach Marienau, doch dort waren sie nicht sicher.
Georg Pfeiffer berichtet: "Es war am ersten Sonntag im Februar 1945, als wir alle gemeinsam zum Gottesdienst gingen. Der Pfarrer mußte die Messe abbrechen. 'So schnell wie möglich weg!' Nun, auf unseren Wagen war ja bereits alles aufgeladen. Als die Pferde angespannt wurden, ging im Garten eine Panzerabwehrkanone in Stellung und feuerte. Aber wir entkamen, fuhren immer gen Süden."
Nach der Rückkehr in sein zerstörtes Heimatdorf lernte der Junge dann die Härte der neuen Bewohner kennen:
"Wir alle lebten ohne Zeitung, ohne Post, ohne Radio. Ein deutsch sprechender Pole gab und zu verstehen, daß 'dies jetzt Polen' sei. Es kamen auch immer mehr Polen und nahmen sich rücksichtslos alles, was sie brauchten. Wir wurden ausgeplündert und hatten erst Ruhe als uns alles genommen war. Wir mußten hart arbeiten und hatten Glück, daß wir wenigstens etwas zu essen bekamen. Unseren Opa konnten wir nicht mitversorgen. Er verhungerte, weil er nur Wasser bekam."
Georg Pfeiffer mußte miterleben, wie andere Deutsche verschleppt und später außerhalb der Ortschaft erschlagen aufgefunden wurden. Mädchen wurden in der Sakristei der Kirche vergewaltigt. Ein Pfarrer, der sich schützend vor sie stellte, wurde von Rotarmisten erschossen. Im November bekam seine Familie schließlich den Befehl zur "Umsiedlung" nach Sachsen.

Ein Zug mit fast verhungerten Kindern

Die vertriebenen Kinder, Frauen und Alten wurden oftmals in Viehwaggons in Richtung Westen abtransportiert. Auch auf diesen Fahrten ließen viele ihr Leben, wie dieser in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" dokumentierte Bericht der Hilfskommission des Internationalen Roten Kreuzes belegt:
"Am 27. Juli 1945 kam im Westhafen von Berlin ein Schiff mit der traurigen Fracht von rund 300 fast zu Tode verhungerten Kindern an, die aus einem Heim im pommerschen Finkenwalde stammten. Kinder von zwei bis 14 Jahren lagen bewegungslos auf dem Schiffsboden, die Gesichter von Hunger gezeichnet, an Krätze leidend, von Ungeziefer zerfressen. Leib, Knie und Füße waren geschwollen - bekanntes Symptom des Hungers."
Das war beileibe kein Einzelfall. So notierte der Lübecker Korrespondent des Manchester Guardian am 10. März 1946:
"Trotz der Potsdamer Vereinbarung, wonach die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten geregelt und human vor sich gehen sollte, vertreiben die polnischen Behörden Deutsche aus den neuerdings polnischen Gebieten. Sie kündigen die Ausweisung zehn Minuten vorher an und schicken die Menschen ohne Nahrungsmittel in überfüllten Zügen in die britische Besatzungszone."
Und weiter:
"Ein 73-jähriger Mann und ein Kind von 18 Monaten wurden tot im ersten Transport aufgefunden, der in Lübeck unter der Bezeichnung 'Operation Swallow' am 3. März ankam. Im zweiten Transport lagen drei Tote. Im Allgemeinen packt man 1.500 Menschen in einen Zug mit 26 Waggons, die ungeheizt und zum größten Teil beschädigt sind. Der vierte Transport

brachte aber 2.070 Menschen, sodaß die Leute kaum stehen, geschweige denn sitzen konnten."
Diese und weitere erschütternde Augenzeugenberichte finden Sie in unserer Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten". Erfahren Sie, welche schweren Kinderschicksale mit Flucht und Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus Pommern, Schlesien, Ostpreußen und dem Sudetenland verbunden waren - den Älteren zur Erinnerung, den Jüngeren zur Mahnung.
Mit COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" erinnern wir an ein dunkles Kapitel unserer Geschichte, das in Vergessenheit zu geraten droht. Erfahren Sie alles über die größte Vertreibung in der jüngeren Geschichte und die schrecklichen Verbrechen, die damit einhergingen. Wir zeigen schonungslos, wie Menschen verjagt, ermordet, gefoltert und vergewaltigt wurden nur weil sie Deutsche waren.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. September 2024 (x1.399/…): >>**Brandenburg: Blau ist Trumpf!**
Von *Sven Eggers*
Die bärenstarken Erfolge der AfD in Sachsen und Thüringen könnten bald schon eine Fortsetzung erfahren. Am 22. September wählt Brandenburg. Und die Umfragezahlen steigen! …
Mehr als 30 Prozent in Sachsen und in Thüringen! Die glanzvollen AfD-Wahlsiege verleihen auch den Blauen in Brandenburg weiteren Schwung. Gemäß jüngster und aktueller Infratest-Meinungsumfrage hat die Truppe um Landes- und Fraktionschef Hans-Christoph Berndt jetzt nochmals vier Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat zugelegt. Die AfD kommt nunmehr auf 27 Prozent und peilt Platz 1 an; eine Höchststrafe für die dortige SPD, die seit 1990 in Brandenburg immer die Nase vorn hatte. Vor dreißig Jahren fuhren die Sozis in Brandenburg noch 54,1 Prozent ein.
Linker Absturz
Jetzt deutet alles darauf hin, daß die Kanzlerpartei der AfD den Vortritt lassen muß. Für die SPD sind laut neuer Umfrage noch 23 Prozent drin, 3,2 Prozent weniger als bei der jüngsten Landtagswahl. Derzeit wird Brandenburg von Roten, Schwarzen und Grünen regiert. Die CDU könnte am 22. September auf 18 Prozent kommen. Die Partei von Robert Habeck und Annalena Baerbock aber muß um den Einzug in den Landtag zittern, derzeit liegt sie bei fünf Prozent und würde sich damit im Vergleich mit der Landtagswahl 2019 halbieren.
Der Linke ginge es laut Infratest-Erhebung nicht besser. Sie stürzt von 10,7 Prozent auf nur noch vier Punkte. Auch die Freien Wähler fliegen laut Infratest aus dem Parlament. Dem Wagenknecht-Bündnis trauen die Meinungsforscher 15 Prozent zu.
Die Chancen stehen also gut für einen weiteren AfD-Erfolg noch in diesem Monat. In den kleineren Städten und Gemeinden Brandenburgs darf sogar mit blauen Rekordergebnissen gerechnet werden. Doch gilt das auch für das gesamte Brandenburg? - AfD-Spitzenkandidat Berndt erläutert:
"Wir haben ein großes Problem, was die Kollegen nicht haben und das heißt Berlin. Mitten in Brandenburg liegt Berlin und die Zustände in Berlin sind mittlerweile so, daß viele Berliner rausziehen nach Brandenburg. Aber der eine oder andere nimmt noch seine grünen Überzeugungen mit. Deswegen haben wir es ein bißchen schwerer als die Sachsen und Thüringer."
Daß die AfD dennoch mit einem sehr guten Ergebnis rechnen darf, liegt auch an der Besetzung der richtigen Themen. Auch hier zu hat Infratest frische Zahlen für den Deutschlandtrend vorgelegt. Danach treten mittlerweile 77 Prozent der Bundesdeutschen ein für "eine grundsätzlich andere Asyl- und Flüchtlingspolitik, damit weniger Menschen zu uns kommen". 73 Prozent fordern die "Einführung von dauerhaften Kontrollen an deutschen Grenzen".
48 Prozent Befragten sehen aktuell in der Migration das wichtigste politische Problem in Deutschland, erst mit großem Abstand dahinter folgt die wirtschaftliche Lage mit 20 Prozent.

Nur noch für acht Prozent ist der Krieg in der Ukraine das wichtigsten Problem.

Massenzuwanderung als Thema

Im COMPACT-Spezial "AfD - Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei" heißt es zum Lage in Brandenburg: "Bei der Landtagswahl 2019 haben die Brandenburger die AfD zur zweitstärksten politischen Kraft gemacht. Seit Oktober 2020 ist Christoph Berndt Fraktionsvorsitzender im Landtag. Dort hat der zweifach promovierte Mediziner unter anderem in den beiden Untersuchungsausschüssen mitgearbeitet, die auf AfD-Antrag zur Aufklärung der Corona-Politik eingerichtet wurden. Als Oppositionsführer macht Berndt immer wieder die Massenzuwanderung zum Thema."

Und weiter: "Daneben kommen von der AfD regelmäßig Anträge zum Stopp von Ideologieprojekten wie der sogenannten grünen Energiewende, zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder zur Einführung von mehr direkter Demokratie. Die Fraktion kann als Erfolg verbuchen, daß sie mit dem Überwechseln des Abgeordneten Dr. Philip Zeschmann von den Freien Wählern prominente Verstärkung bekam."

Nach Sachsen und Thüringen jetzt Brandenburg: Der September hält aus Sicht der AfD, was er versprochen hat. Über die Wahlergebnisse im Osten der Republik kann die Wende gelingen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. September 2024 (x1.399/…): >>**Biodeutsche und Migranten - so lügt Faesers Ministerium**

In seinem neuen Werk "Der kalte Staatsstreich. Wie Faeser & Co. das Grundgesetz demolieren", setzt sich Bestsellerautor Manfred Kleine-Hartlage intensiv mit dem vorerst gescheiterten COMPACT-Verbot auseinander. Dabei widerlegt er auch den Vorwurf, wir würden nur ethnischen Deutschen eine vollwertige Volkszugehörigkeit zusprechen und "die rechtliche Gleichheit aller Staatsangehörigen somit in Frage" stellen. Es folgt ein Auszug aus dem Buch …

_ von *Manfred Kleine-Hartlage*

Kommen wir nun zum nächsten Text, bei dem Sie wieder raten dürfen, worin seine "Verfassungsfeindlichkeit" bestehen soll. Er erschien - wiederum als "BRD-Sprech-Kolumne", diesmal zum Stichwort "Integration" - in der "Compact-Ausgabe" 3/2020. Wieder sind die vom Bundesinnenministerium in seiner Verbotsverfügung zitierten Stellen hervorgehoben:

Integration

Integration setzt bereits begriffslogisch die Existenz eines integren Ganzen voraus, in das hinein derjenige, der integriert werden oder sich integrieren soll, integriert werden kann. Wer daher beispielsweise von der Integration von Ausländern in Deutschland spricht, muß angeben, wer die integrierende Einheit ist. Dies kann nur das deutsche Volk sein - wer sonst?

Dies setzt aber voraus, daß das deutsche Volk überhaupt existiert und eine Solidargemeinschaft ist. Wer ihm diesen Charakter abspricht bzw. ihn zu beseitigen versucht, das heißt wer die integrierende Einheit abschaffen will, kann das Wort "Integration" nur als Lüge benutzen. Was ihm vorschwebt, ist dann in Wahrheit ein Nebeneinander von Teilen, die kein Ganzes bilden: also genau das Gegenteil von Integration. Er spekuliert lediglich darauf, daß die Öffentlichkeit - von der er genau weiß, daß sie unter "Integration" etwas anderes versteht - dies nicht bemerkt.

Integration ist etwas, das der natürlichen Trägheit des Menschen widerstrebt. Es bedeutet, sich einer Gemeinschaft anzuschließen, die bestimmte Erwartungen hegt - sonst ist sie nämlich keine - und diese Erwartungen zu erfüllen. Man muß sich ändern, und das tut niemand gerne. Integration ist einfach anstrengend, und wer gesagt bekommt, daß er sich nicht zu ändern braucht, daß er also getrost seine kulturellen Werte und seine ethnischen Loyalitäten behalten kann, die die Integration gerade behindern, der behält sie auch und integriert sich nicht.

"Integration" heißt, daß jemand Deutscher wird, und da ein Volk definitionsgemäß eine Soli-

dargemeinschaft ist, bedeutet es, daß er die Solidarität dieses Volkes nicht nur zu eigenen Gunsten einfordert, sondern seinerseits übt, daß er dieses Volk also als sein eigenes behandelt und sein Handeln - auch sein politisches Handeln - daran ausrichtet. Daß es zahlreiche Stammdeutsche gibt, die dieses Postulat mißachten, ändert nichts an seiner Gültigkeit, und die "Integration" von Vorzeigemigranten in eine politische Linke, die sich die Zerstörung des eigenen Volkes auf die Fahnen geschrieben hat, bedeutet demonstrative Nichtintegration in dieses Volk.

Ob jemand Deutscher ist oder nicht, ist keine Frage der Staatsangehörigkeit: Der Staat schafft nicht das Volk, er findet es bei seiner Entstehung vor und setzt seine Existenz als soziologische, nicht rechtliche Gegebenheit voraus. Nicht zufällig erwähnt auch das Grundgesetz das deutsche Volk in der Präambel, und es enthält nirgendwo den Satz: "Hiermit wird das deutsche Volk gegründet."

Ein Staat, in dem die Regierung Bertolt Brechts ironisch gemeinten Ratschlag befolgt, das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen, indem sie den deutschen Paß buchstäblich jedem Dahergelaufenen in die Tasche steckt und nach eigenem Gutdünken die Zusammensetzung des Souveräns manipuliert, überschreitet damit bei weitem seine Befugnisse. Er selbst tritt damit - ungeachtet dieser Kompetenzüberschreitung - in eine Rechtsbeziehung zur jeweils eingebürgerten Person. Eine solche gleichsam vertikale Rechtsbeziehung zwischen dem Staat und einem Bürger hat aber mit der horizontalen Beziehung der Bürger zueinander, hat mit der Zugehörigkeit zu einer Solidargemeinschaft überhaupt nichts zu tun. Der Rechtsakt der Einbürgerung kann einen Integrationsprozeß abschließen, aber nicht ersetzen. Wer etwas anderes behauptet, verwechselt Soziologie mit Juristerei.

Was will die Ministerin unter anderem mit diesem Text (bzw. den darin hervorgehobenen Textpassagen) nun eigentlich beweisen? Dies:

"Dabei wird deutlich, daß nur ethnischen Deutschen eine vollwertige Volkszugehörigkeit zugesprochen und die rechtliche Gleichheit aller Staatsangehörigen somit in Frage gestellt wird. Menschen mit Migrationsgeschichte werden als Fremde stigmatisiert und ausgegrenzt." (Verbotsverfügung S. 13)

Nichts von alldem steht im Text oder läßt sich auch nur halbwegs logisch aus ihm ableiten. Es geht, um das noch einmal zu rekapitulieren, um das Thema "Integration". Es wird festgestellt, daß Integration in ein Volk sich nicht darin erschöpft, den Paß des jeweiligen Staates anzunehmen, ja, daß der Staat niemanden zum Deutschen im Sinne eines Mitglieds der Solidargemeinschaft machen kann (wohl aber der Betreffende sich selbst, wenn er es denn will). Warum?

Weil "Volk" als normativ-rechtlicher Begriff mit dem gleichlautenden Begriff "Volk" im Sinne einer empirisch-soziologischen Struktur überhaupt nichts zu tun hat und es unredlich und auch für eine Regierung nicht zielführend ist, beides in einen Topf zu werfen.

Daß der Staat aufgrund des Rechtsstaatsprinzips (konkret: des Diskriminierungsverbots gemäß Art. 3 GG) an die ethnische Herkunft von Staatsbürgern keine negativen Rechtsfolgen knüpfen darf, ist eine blanke Selbstverständlichkeit, und nichts in dieser (oder irgendeiner anderen vom Ministerium zitierten) Textpassage fordert es oder leistet einer solchen Forderung auch nur Vorschub.

Das Rechtsstaatsprinzip bindet aber nur den Staat selbst und verbietet ihm, im rechtlichen Verkehr mit seinen Bürgern solche Unterscheidungen zu treffen. Es handelt sich dabei um eine Norm, nicht um eine Tatsachenbehauptung! Daß er selbst an diese Norm gebunden ist, bedeutet noch lange nicht, daß er seinen Bürgern (oder wem auch immer) vorschreiben dürfte, die für sie erkennbaren Tatsachen zu beschweigen und eine für den Staat geltende und für sein Funktionieren auch notwendige Rechtsfiktion als "Tatsache" zu glauben.

Ein Bürger, der wahrnimmt, daß Migranten (keineswegs alle, aber in bestimmten Migranten-

gruppen doch überproportional viele) ethnischen Partikularinteressen folgen oder vormodernen kulturellen Vorstellungen anhängen oder durch ihre schiere Anzahl die Bildungs- und Sozialsysteme überlasten, ist keineswegs verpflichtet, diese Wahrnehmungen für sich zu behalten - natürlich nicht!
Ein Magazin wiederum, daß die daraus resultierenden Mißstände thematisiert und genau diejenigen politischen Parteien dafür verantwortlich macht, die seit Jahrzehnten in Bund und Ländern regieren und alle Warnungen vor Masseneinwanderung geflissentlich in den Wind geschlagen haben, ist besagten Parteien zweifellos lästig, macht aber nur von seinem guten Recht Gebrauch und erfüllt damit seine gesellschaftliche, in einer Demokratie unverzichtbare Funktion.
Manfred Kleine-Hartlage liefert in seinem neuen Buch "Der kalte Staatsstreich. Wie Faeser & Co. das Grundgesetz demolieren" am Beispiel von Faesers Schlag gegen COMPACT alle Fakten und Argumente, die die Feinde der Presse- und Meinungsfreiheit entlarven.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. September 2024 (x1.403/…):
>>**22 Milliarden-Projekt: Deutschland will Solar- und Windenergieausbau in Südafrika vorantreiben**
Deutschland hat seine Bereitschaft signalisiert, sich an einem 22 Milliarden US-Dollar schweren Projekt zur Integration erneuerbarer Energien in Südafrikas Stromnetz zu beteiligen. Gefördert werden soll insbesondere der Solar- und Windenergieausbau in dem afrikanischen Land.
Jonas Aston
Deutschland hat seine Bereitschaft signalisiert, sich an der Finanzierung eines 390 Milliarden Rand (22 Milliarden US-Dollar) schweren Projekts zur Integration von Solar- und Windenergie in Südafrikas Stromnetz zu beteiligen. Der Sonderbeauftragte für den Klimafinanzierungspakt zwischen Südafrika und einigen Industrieländern erklärte gegenüber Bloomberg, daß Deutschland sich an der Finanzierung definitiv beteiligen wird.
Ein entsprechendes Abkommen von Südafrika mit westlichen Industriestaaten habe man schon 2021 geschlossen. Demnach habe das Ausland im Rahmen der sogenannten Just Energy Transition Partnership (JETP) schon jetzt 9,3 Milliarden Dollar zugesagt. Gegenwärtig kommt jedoch Kritik wegen der langsamen Umsetzung des Projekts auf.
"Es besteht ein Bedarf an Investitionen in die Qualität und Quantität des Netzes", erklärte Rainer Baake, der Beauftragte für die Just Energy Transition Partnership, am Donnerstag in der südafrikanischen Hauptstadt Pretoria. "Wir sind in der Lage, wesentlich mehr Geld für das Netz bereitzustellen." Südafrika kämpft seit 2008 mit wiederkehrenden Stromausfällen und steht vor der großen Herausforderung, sein Stromnetz zügig auszubauen und zu modernisieren - das will man mit grüner Energie erreichen.
In Deutschland ist man entschlossen, Südafrika bei dieser Transformation hin zu grüner Energie finanziell unter die Arme zu greifen. Eine hochrangige deutsche Delegation reiste kürzlich nach Südafrika, um weitere Gespräche über die Umsetzung des Klimafinanzierungspakts zu führen. Die Gruppe bestand aus Jochen Flasbarth vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Jennifer Morgan, der Sonderbeauftragten für Klimaschutz. In Südafrika trafen sie sich mit wichtigen Regierungsvertretern, einschließlich Finanzminister Enoch Godongwana.
An dem Klimafinanzierungspakt beteiligen sich neben auch Frankreich, die USA, Großbritannien sowie die Europäische Union, die Niederlande und Dänemark. Trotz umfangreicher Zusagen wurden bisher lediglich 1,1 Milliarden Euro in Form von Darlehen von Deutschland und Frankreich tatsächlich bereitgestellt. Entsprechend hat Südafrika nun damit gedroht, seine Klimaziele nicht erreichen zu können. Derzeit ist vorgesehen, daß Südafrika seine jährlichen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 350 Millionen Tonnen Kohlendioxid reduziert.

"Aus Klimasicht ist das nicht ideal", erklärte Jochen Flasbarth zur potentiellen Absage Südafrikas bezüglich dieser Zielvorgaben. Weiter erklärte er jedoch. "Wir sind geduldig, wir warten auf die Vorschläge, die sie uns machen werden, und in der Zwischenzeit setzen wir unsere Unterstützung fort." Dabei ist Deutschland offenbar bereit, tief in die Taschen zu greifen. Die Höhe der Zahlungen, die Deutschland konkret Südafrika zur Verfügung stellen will, ist unklar. Doch schon die Tatsache, daß man eine Delegation in das Land entsendet, zeigt, daß der Ausbau der Netzinfrastruktur offenbar hohe Priorität für die Bundesregierung hat.<<

08.09.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. September 2024 (x1.404/…): >>**Volkswagen Alarm: Lage noch schlimmer als erwartet**

Volkswagen-Chef Oliver Blume: "Das wirtschaftliche Umfeld hat sich nochmals verschärft, gerade bei der Marke VW". "Lage ist so ernst, daß man nicht einfach alles weiterlaufen lassen kann wie bisher"

Nach der Ankündigung des Volkswagens-Konzerns, den Sparkurs mit Arbeitsplatzabbau und möglichen Werksschließungen bei der Kernmarke VW noch einmal zu verschärfen, beschreibt Konzern-Vorstand Oliver Blume die schlechte wirtschaftliche Situation bei Volkswagen als alarmierend. Bei der Marke VW sei die Lage "so ernst, daß man nicht einfach alles weiterlaufen lassen kann wie bisher", sagte Blume zu BILD am SONNTAG. "In Europa werden weniger Fahrzeuge gekauft. Gleichzeitig drängen neue Wettbewerber aus Asien mit Wucht in den Markt. Der Kuchen ist kleiner geworden und wir haben mehr Gäste am Tisch", so der Konzernchef weiter.

Die gesamte europäische Autoindustrie befinde sich in einer sehr anspruchsvollen Lage, die es zuvor noch nie gegeben habe. "Und das wirtschaftliche Umfeld hat sich nochmals verschärft, gerade bei der Marke VW", so Blume.

Der Konzern habe in allen Marken und Gesellschaften Ergebnisprogramme etabliert. Bei VW würden die Kostenreduzierungen aber aktuell nicht ausreichen. Blume: "Meine Kollegen VW-Chef Thomas Schäfer und Thomas Schmall arbeiten mit ihren Teams deshalb an weiteren Maßnahmen." Welche das sein könnten, sagte Blume nicht.

Einen Kahlschlag wird es laut Blume nicht geben: "Wir stehen fest zum Standort Deutschland, denn Volkswagen hat ganze Generationen geprägt. Wir haben Mitarbeiter, deren Großväter schon bei Volkswagen gearbeitet haben. Ich will, daß auch ihre Enkel hier noch arbeiten können."

Der Konzernchef betonte seine Verbundenheit zu Volkswagen: "Ich bin in der Region Wolfsburg aufgewachsen. Mein Vater hat in der Stadt über 30 Jahre hinweg einen Supermarkt geleitet. Und ich arbeite seit 30 Jahren für den Volkswagen Konzern. Volkswagen ist meine Heimat."

Gleichzeitig appellierte er an den Veränderungswillen: "In Volkswagen steckt aber auch das Wort wagen. Wir müssen wieder etwas wagen: Erfolg wagen Wir werden die Marke VW wieder dort hinbringen, wo sie hingehört. VW kann dabei auf mich zählen. Und ich zähle auf VW."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. September 2024 (x1.404/…): >>**Krypto Trading mit KI: So wirkt sie sich auf die Zukunft des Finanzhandels aus**

Die Welt des Krypto-Handels entwickelt sich rasant, und künstliche Intelligenz (KI) spielt dabei eine immer größere Rolle.

Mit der zunehmenden Komplexität des Marktes und der Flut an Daten, die täglich verarbeitet werden müssen, haben viele Händler und Investoren begonnen, auf KI-basierte Systeme zu setzen, um ihre Handelsstrategien zu optimieren.

Die Bedeutung von KI im Krypto-Handel

Die Integration von KI in den Krypto-Handel ist kein neuer Trend, aber die Fortschritte in der Technologie haben dazu geführt, daß diese Systeme heute wesentlich leistungsfähiger und genauer sind. Künstliche Intelligenz kann große Mengen an Marktdaten in Echtzeit analysieren, Trends erkennen und auf dieser Grundlage Handelsentscheidungen treffen. Dies ermöglicht es Händlern, schneller auf Marktveränderungen zu reagieren und potentiell höhere Gewinne zu erzielen. Besonders in einem so volatilen Markt wie dem der Kryptowährungen kann dies einen entscheidenden Vorteil darstellen.

Für Trader, die stets auf der Suche nach den besten Plattformen und Analysetools sind, bietet Techopedia einen umfassenden Vergleich von Plattformen wie Krypto-Casinos. Dies hilft, sowohl den Handel als auch das Krypto-Trading besser zu verstehen und ermöglicht es Investoren, fundierte Entscheidungen zu treffen. Die Kombination aus fundierten Analysen und den Möglichkeiten der KI bildet eine solide Basis für den erfolgreichen Krypto-Handel mit potentiell hohe Krypto-Gewinne.

Automatisierte Handelssysteme: Effizienz durch KI

Ein zentraler Vorteil der Verwendung von KI im Finanzbereich, speziell dem Krypto-Handel, st die Automatisierung. KI-basierte Handelsplattformen können ohne menschliches Eingreifen arbeiten und dabei rund um die Uhr Märkte überwachen, Trades ausführen und Portfolios verwalten. Diese Systeme nutzen Algorithmen, die auf historischen Daten und aktuellen Marktentwicklungen basieren, um optimale Kauf- und Verkaufszeitpunkte zu identifizieren. Dadurch können Investoren von Marktschwankungen profitieren, ohne selbst ständig die Entwicklungen beobachten zu müssen.

Ein Beispiel für die Anwendung solcher Systeme findet sich im Vergleich von Krypto-Trading-Plattformen. Hierbei wird häufig analysiert, welche Plattformen die besten Renditen bieten und welche automatisierten Handelsstrategien den größten Erfolg versprechen. Diese Technologie ermöglicht es selbst unerfahrenen Händlern, von den Vorteilen des Krypto-Marktes zu profitieren, indem sie sich auf die Expertise und Geschwindigkeit der KI verlassen.

Risikomanagement durch KI: Schutz vor Verlusten

Neben der Maximierung von Gewinnen spielt das Risikomanagement im Krypto-Handel eine entscheidende Rolle. KI-Systeme sind in der Lage, potentielle Risiken frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dies geschieht durch die Analyse von Marktdaten, Nachrichten und anderen relevanten Informationen, die Aufschluß über bevorstehende Marktbewegungen geben könnten. Durch die Implementierung von Stop-Loss-Mechanismen und anderen Sicherheitsvorkehrungen kann die KI dazu beitragen, Verluste zu minimieren und das Kapital der Investoren zu schützen.

Darüber hinaus sind KI-Systeme in der Lage, sich kontinuierlich zu verbessern. Sie lernen aus vergangenen Handelsentscheidungen und passen ihre Strategien entsprechend an. Dies macht sie besonders wertvoll in einem Marktumfeld, das sich ständig verändert und in dem Flexibilität und Anpassungsfähigkeit entscheidend sind.

KI und menschliches Urteilsvermögen: Die perfekte Kombination?

Trotz der beeindruckenden Fähigkeiten von KI-Systemen im Krypto-Handel bleibt die menschliche Komponente weiterhin wichtig. Während die KI in der Lage ist, Daten effizient zu analysieren und auf dieser Basis Entscheidungen zu treffen, bringt der Mensch die notwendige Kreativität und das Urteilsvermögen mit, um unvorhergesehene Ereignisse zu bewerten und langfristige Strategien zu entwickeln. Viele erfahrene Händler setzen daher auf eine Kombination aus automatisierten Systemen und eigenem Fachwissen, um das Beste aus beiden Welten zu nutzen.

Eine interessante Entwicklung in diesem Bereich ist die Verwendung von Plattformen, die nicht nur den Vergleich verschiedener Handelsplattformen ermöglichen, sondern auch die Per-

formance von KI-Systemen in der Praxis aufzeigen. Hierdurch können Investoren fundierte Entscheidungen darüber treffen, welche Systeme ihren Anforderungen am besten entsprechen.

Die Herausforderungen des KI-basierten Krypto-Handels

Trotz aller Vorteile gibt es auch Herausforderungen, die mit dem Einsatz von KI im Krypto-Handel verbunden sind. Ein wesentliches Problem ist die Abhängigkeit von Daten: KI-Systeme sind nur so gut wie die Daten, mit denen sie gefüttert werden. Fehlerhafte oder unvollständige Daten können zu falschen Entscheidungen führen, was in einem volatilen Markt wie dem der Kryptowährungen schwerwiegende Folgen haben kann. Zudem besteht die Gefahr, daß KI-Systeme von Marktmanipulationen getäuscht werden, was zu unerwarteten Verlusten führen kann.

Ein weiteres Problem ist die Komplexität der Algorithmen, die von diesen Systemen verwendet werden. Für viele Investoren ist es schwierig, die Funktionsweise dieser Algorithmen vollständig zu verstehen, was zu einem Vertrauensverlust führen kann.

Die Integration von KI in den Krypto-Handel bietet enorme Chancen, birgt aber auch Risiken. Während KI-Systeme in der Lage sind, den Handel zu optimieren und Gewinne zu maximieren, bleibt die menschliche Komponente weiterhin unerläßlich.

Die Kombination aus automatisierten Systemen und menschlichem Urteilsvermögen könnte sich als der erfolgreichste Ansatz erweisen, um in einem dynamischen und oft unvorhersehbaren Marktumfeld zu bestehen.

Um in diesem sich schnell entwickelnden Bereich erfolgreich zu sein, ist es entscheidend, stets über die neuesten Entwicklungen informiert zu bleiben. Viele Plattformen bieten wertvolle Einblicke und helfen dabei, fundierte Entscheidungen zu treffen. Der Krypto-Handel mit KI steht noch am Anfang, doch die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, sind vielversprechend und könnten die Zukunft des Finanzhandels nachhaltig prägen.<<

09.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. September 2024 (x1.402/…): >>**Gottfried Curio (AfD): Innenministerin Faeser betreibt Wählertäuschung**

Zur Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die Grenzkontrollen auszuweiten, erklärte der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Gottfried Curio, in einer aktuellen Pressemitteilung:

"Kurz vor der Brandenburg-Wahl versucht sich die untergehende Ampel noch über die Haushaltswoche im Bundestag zu retten. Dafür setzt Ministerin Faeser einmal mehr auf Wählertäuschung: Die von ihr angekündigten Grenzkontrollen betreffen gerade nicht die in Frage stehende Gruppe der Hunderttausenden Asylmigranten - diese werden vom Netz der Kontrollen bewußt und vorsätzlich nicht erfaßt.

Um die Unfähigkeit der Ampel, sich auf effektive Maßnahmen zu einigen, noch einigermaßen notdürftig zu kaschieren, greift Faeser zum Mittel einer raunenden 'Vertraulichkeit': Man habe Vorschläge für die Union, die man aber nicht nennen könne - das heißt: Hauptsache man kann nochmal zwei Tage Aktivität vorspielen. Offenbar sind diese Vorschläge so dubios, daß nicht mal die Bundesregierung selbst sie in ihr Maßnahmenpaket, das am Donnerstag im Bundestag eingebracht wird, integrieren konnte. Mit anderen Worten: In Wahrheit hat die Ampel gar kein 'Verhandlungsmandat' für die Runde mit der Union.

Es bleibt dabei: Dieser Regierung ist im Zweifelsfall die Inszenierung von medialen Events wichtiger als effektive Sacharbeit. Auf den letzten Metern vor der Brandenburg-Wahl, nach der der Rücktritt von Ministerpräsident Woidke erwartet wird, samt entsprechenden Nachbeben in Berlin, kommt aus dem Panik-Raum der Bundesregierung nichts anderes als Nebelschwaden und Wählertäuschung. Wie ein wirksames Umsteuern in der Migrationspolitik aussehen müßte, wird die AfD-Fraktion diese Woche in den Debatten vorstellen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. September 2024 (x1.402/…): >>**Augenwischerei: Innenministerin Faeser (SPD) ordnet Alibi-Grenzkontrollen an**
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) versucht sich erneut in einer Scheinoffensive, um die völlig aus dem Ruder gelaufene Migrationslage in den Griff zu bekommen. Mit großem Tamtam kündigt sie "vorübergehende" Kontrollen an allen deutschen Landgrenzen an - wohl wissend, daß dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.
Dabei soll die Maßnahme nicht nur die irreguläre Migration eindämmen, sondern angeblich auch vor islamistischem Terror und grenzüberschreitender Kriminalität schützen. Eine ernsthafte Lösung für die massenhaften illegalen Einreisen bleibt sie jedoch schuldig.
Seit Oktober wurden angeblich über 30.000 Personen zurückgewiesen - eine Zahl, die angesichts der Hunderttausenden, die ungehindert nach Deutschland kommen, wie blanker Hohn klingt. Anstatt endlich konsequent gegen illegale Migration vorzugehen, setzt Faeser auf altbekannte Placebo-Maßnahmen, die seit 2015 wenig bewirkt haben.
Deutschland bleibt weiter das Einfallstor für alle, die unser Asylsystem ausnutzen wollen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. September 2024 (x1.402/…): >>**"Oppositionsideechen": Kanzler Scholz lehnt Vertrauensfrage ab**
Ungeachtet einer Serie desaströser SPD-Wahlergebnisse und zunehmender partei-interner Kritik an ihm selbst denkt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht daran, im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen. Das sei ein "Oppositionsideechen", sagte er im ZDF-Sommerinterview.
Scholz unterstrich, er lehne es trotz der historisch schlechten Wahlergebnisse für die SPD in Thüringen und Sachsen ab, die Vertrauensfrage zu stellen und bekräftigte, er wolle weiter im Amt bleiben. Zur Diskussion um die Vertrauensfrage als Voraussetzung für mögliche Neuwahlen sagte der Kanzler: "Das ist doch ein kleines Oppositionsideechen, daß man mal immer so alle drei Wochen dieses Wort sagt. Die Regierung hat eine Mehrheit."
Wie zuvor schon im Berliner "Tagesspiegel" betonte Scholz erneut seinen Willen, die Regierung auch nach den nächsten Wahlen weiterzuführen. Er wolle alles dafür tun, "um bei der nächsten Bundestagswahl ein starkes Mandat zu kriegen. Wir haben das ja schon mal geschafft", meinte der Chef der Abbruch-Ampel unverdrossen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. September 2024 (x1.404/…): >>**Hofreiter warnt vor Obergrenze für Asylanträge**
Der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag, Anton Hofreiter (Grüne), warnt vor der von der Union geforderten Obergrenze für Asylanträge. Es sei unklar, was dann mit den Menschen passieren würde, wenn die sogenannte Grenze erreicht wäre, sagte er am Montag den Sendern RTL und ntv. Und Zurückweisungen an der Grenze könnten nicht die Lösung sein, denn Deutschland sei in die Europäische Union eingebunden.
"Wir sind vollkommen ökonomisch abhängig von der Europäischen Union. Das hätte das Potential den Binnenmarkt zu sprengen und damit die Wirtschaftskrise, die nicht einfach ist im Moment, komplett eskalieren zu lassen", so Hofreiter. Die Partner in der EU hätten alle auch durchaus große Herausforderungen.
Das ignoriere die Union vollkommen. "Ich glaube, es ist mit Europarecht in der Form nicht zu machen. Und es besteht die Gefahr, wie gesagt, daß wir die Axt an das Wirtschaftsmodell der Bundesrepublik legen und Millionen insbesondere von Industriearbeitsplätzen gefährden", so Hofreiter. Zudem sei es der Ampel mit der Geas-Reform gerade erst gelungen, auf EU-Ebene einen Kompromiß zu finden.
Bei dem Treffen am Dienstag müsse es erst mal darum gehen, bereits beschlossene Maßnahmen umzusetzen und wieder mehr in die Fluchtursachenbekämpfung zu investieren. Es sei aber nicht sinnvoll, jetzt den Zusammenhalt der Europäischen Union zu riskieren. "All das ist am Ende mit in der Debatte, was die Union da vorschlägt. Ich halte es ehrlich gesagt für un-

verantwortlich, während man gleichzeitig auf europäischer Ebene endlich eine Regelung gefunden hat vor noch nicht einmal einem halben Jahr", so Hofreiter.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. September 2024 (x1.404/…): >>**Niedersachsen gegen generelles Handyverbot an Schulen**

Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) hält nichts davon, dem Beispiel der Niederlande zu folgen und ein generelles Handyverbot an Schulen zu verhängen. "Ich glaube, daß wir gut damit fahren, das in der Verantwortung der Schulen zu lassen", sagte die Grünen-Politikerin der "Neuen Osnabrücker Zeitung". Man habe Schulen die Möglichkeit gegeben, über die Hausordnung Handyverbote auszusprechen oder die Handynutzung zu regeln. "Andere Schulen reagieren wiederum mit Social-Media-Sprechstunden, in denen der Umgang mit Handys geübt wird." An allen niederländischen Schulen gilt seit Anfang dieses Monats ein Handyverbot während des Unterrichts.

Ministerin Hamburg erklärte dazu, daß sie die unterschiedlichen Konzepte der Schulen in Niedersachsen im Umgang mit Handys "ungern ausbremsen" würde und ihr Haus daher keine entsprechende Verordnung plane. Gleichzeitig ermunterte die Ressortchefin die Schulen, sich für neue Unterrichtsmodelle zu öffnen und nicht zwingend an der klassischen 45-Minuten-Schulstunde festzuhalten. Man müssen mehr projektorientiert arbeiten, mehr themenbezogen, auch mehr orientiert an den Neigungen der Schüler, forderte Hamburg und fügte hinzu: "Weg von 45 Minuten, weg von Deutsch, Mathe und Biologie hin zu großen Naturprojekten, dem 'Freiday' mit selbstständigem Lernen und einer insgesamt anderen Form von Schule."

Es gebe schon jetzt mehrere Schulen in Niedersachsen, die sich "sehr erfolgreich auf diesen Weg gemacht haben". Sie erlebe andererseits auch Schulen, die nach wie vor 45-Minuten-Stunden anbieten und gute Erfahrungen damit machen. Das müsse am Ende jede Schule mit ihrem Konzept für sich selbst beantworten. Um dem Lehrermangel zu begegnen, will das Land auch weiter auf Quereinsteiger setzen. Hamburg kündigte in diesem Zusammenhang den Start eines Online-Tools an, mit dem Interessenten schnell und unkompliziert prüfen können, ob sie für den Lehrerberuf geeignet sind.

Den Worten der Ministerin zufolge soll das neue Tool nach den Herbstferien über die Internetseite des Kultusministeriums erreichbar sein. "Wir erleben immer wieder Menschen, die sich als Quereinsteigende bewerben und dann in dem Prozeß merken, daß sie die Voraussetzungen nicht erfüllen oder daß der Beruf gar nichts für sie ist", sagte Hamburg der NOZ.

Es gehe dabei auch darum, zu testen, wie es ist, Lehrer oder Lehrerin zu sein. "Viele denken, ich stehe vor einer Klasse mit vielen süßen kleinen Kindern, aber es gehört ja viel mehr dazu. Ich denke da zum Beispiel an Elterngespräche, Unterrichtsvorbereitung, das Steuern einer Klassengemeinschaft und individuelle Lernentwicklung", betonte die Grünen-Politikerin. Der Lehrerberuf sei "schon sehr anspruchsvoll, aber auch sehr erfüllend".<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30401" berichtet am 9. September 2024 (x1.400/…): >>**Pflege-Impfpflicht verfassungswidrig?!**

Zum ersten Mal hat am 3.9.2024 ein Gericht festgestellt, daß die einrichtungsbezogene Impfpflicht in der Corona-Zeit vermutlich verfassungswidrig war:

Eine Pflegehelferin aus Niedersachsen hat gegen ein vom Landkreis Osnabrück 2022 ausgesprochenes Betretungs- und Tätigkeitsverbot geklagt. Dieses hatte sie erhalten, als sie der einrichtungsbezogenen Impfpflicht nicht nachkam.

Der NDR berichtete:

"Aus Sicht der Osnabrücker Richter verletzte die Pflege-Impfpflicht das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und die Berufsfreiheit. ... Im Frühjahr 2022 hatte das Bundesverfassungsgericht die Pflege-Impfpflicht für rechtens erklärt. Inzwischen sei aber die Unabhängigkeit der behördlichen Entscheidungsfindung in Frage zu stellen, befand das Verwaltungsgericht Osnabrück. Wie die klagende Pflegehelferin argumentiert, sei damals bereits bekannt

gewesen, daß eine Corona-Impfung Ansteckungen nicht verhindert. Dies gehe aus den in diesem Frühjahr veröffentlichten RKI-Protokollen hervor."
Das Gericht schreibt in seiner Pressemitteilung weiter:
"Aufgrund der nunmehr vorliegenden Protokolle des Covid-19-Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts (RKI) sowie der in diesem Zusammenhang heute durchgeführten Zeugenvernehmung von Prof. Dr. Schaade, Präsident des RKI, sei die Unabhängigkeit der behördlichen Entscheidungsfindung in Frage zu stellen."
Dies hat weitreichende Konsequenzen. So schreibt die Internetzeitung Tichys Einblick:
"Die Justiz kann sich mit ihren Gerichtsentscheidungen künftig nicht mehr auf die wissenschaftliche Unabhängigkeit des RKI berufen."
Das zuständige Verwaltungsgericht hat das Klageverfahren am 3.9.2024 ausgesetzt und die Frage dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt, da das Verwaltungsgericht selbst keine sogenannte Normverwerfungskompetenz hat. Nun soll also das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entscheiden, ob durch die einrichtungsbezogene Impfpflicht (nicht lesen: § 20a IfSG i.d.F. vom 18.3.22) und das damit einhergehende Tätigkeitsverbot das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und die Berufsfreiheit verletzt wurde.
Der Daten-Analyst Tom Lausen war bei der Gerichtsverhandlung in Osnabrück dabei und kommentierte diese wie folgt:
"Das Gericht hatte diverse Protokollteile ausgewählt und wollte tatsächlich nachfragen, was Herr Schaade dazu sagt. Und somit sind die RKI-Protokolle - sowohl die anfänglich von Paul Schreyer durch IFG-Anfrage herausgeklagten geschwärzten als auch die später geleakten Protokolle - das erste Mal rechtlich in Verwendung gekommen. Das Gericht hat diese Protokolle mit insgesamt 57 Seiten eingeführt und dann auch immer Herrn Schaade und seinem Begleiter, zur Verfügung gestellt. Und sie mußten dann Aussagen zu bestimmten Fragen machen, eben auch zur Pandemie der Ungeimpften und vielen, vielen anderen Fragen. Und das hat das Gericht ganz hervorragend gemacht. Also insbesondere der Vorsitzende hat sehr, sehr, sehr, sehr dezidiert. Hat sehr, sehr genau nachgefragt. Es sind ganz besondere Sachen ans Tageslicht gekommen.
Ja, das Besondere, was jetzt ans Tageslicht gekommen ist, das war niemandem klar, nicht mal dem Bundesverfassungsgericht und ich glaube, alle sind unfaßbar bestürzt. Das, was besonders ist, Herr Schaade hat offengelegt, daß tatsächlich das Thema Risikobewertung
also Hochstufung einer Gefährlichkeit, ganz offensichtlich nicht unbedingt der fachlichen Einschätzung des RKI unterliegt, sondern eine politische Weisung darstellt, sondern möglicherweise ein sogenanntes Management-Thema, wie er es immer genannt hat. Also es gab wissenschaftliche Themen und Management-Themen und Herr Schaade hat es eindeutig in den Bereich des Management-Themas verortet, sodaß wir jetzt also von Herrn Schaade wissen, daß die Risiko-Hochstufung damals für den Lockdown - das ist zwar so nicht direkt gesagt worden, aber aus den Ausführungen kann man das jetzt deutlich entnehmen - die Risiko-Hochstufung ist eine Management-Anordnung oder organisatorische Management-Anordnung.
So, ich habe gerade die Information gekriegt. Tatsächlich, die Kammer hat entschieden und die Kammer hält laut Bericht, ich war ja nicht dort, die einrichtungsbezogene Nachweispflicht, also die Impfpflicht für die Mediziner mindestens ab dem 7.11.2022 für verfassungswidrig. Es läuft im Moment noch die Erklärung im Gericht oder die Begründung und es gibt wohl einen sogenannten Vorlagebeschluß. Das bedeutet, daß jetzt das Bundesverfassungsgericht über genau diesen Zeitraum wohl entscheiden muß."
Wird das Bundesverfassungsgericht die Verantwortungsträger zur Verantwortung ziehen und geschehenes Unrecht als solches benennen? Kla.TV wird mit Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, die während der Corona-Zeit unter massiven Druck gesetzt wurden, die nun ausste-

hende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verfolgen!
Im Abspann werden brisante Passagen aus der Mitschrift des Daten-Analysten Tom Lausen aus der Gerichtsverhandlung eingeblendet. Die vielsagenden Wortwechsel zwischen dem vorsitzenden Richter und RKI-Präsident Lars Schaade hat NiUS veröffentlicht.
NiUS:
So fragte der vorsitzende Richter: "War die wissenschaftliche Freiheit des RKI intern eingeschränkt?"
Schaades Antwort: "Ich kann mich nicht genau erinnern, aus damaliger Sicht habe ich das so gesehen." Und: "Wir sind zwischen Management und wissenschaftlicher Empfehlung, und das Management kann somit Wünsche aussprechen."
Vorsitzender Richter: "Wenn ich zu den Protokollen vor zwei Jahren gefragt würde, hätte ich auch Probleme, das sind aber jetzt Protokolle, die in der Welt sind, jeder liest die und sieht den Satz, und das RKI kann sich nicht auf die freie Wissenschaft berufen."
Schaade: "Ihre Interpretation kann ich nicht nachvollziehen. Gewünscht waren auch Antigentests, das war damals nicht unsere Meinung ... das war wohl auch der Grund, warum die Wissenschaftsfreiheit ausgesetzt ist."
Wie unmittelbar die politische Einflußnahme beim RKI wahrgenommen wurde, zeigt ein interner Vermerk in den RKI-Protokollen vom 10. September 2021, der mit der Schlußfolgerung endet: "Die wissenschaftliche Unabhängigkeit des RKI von der Politik ist insofern eingeschränkt."
Auch eine interne Weisung vom 3. Januar 2022, die eigentlich nur für den Dienstgebrauch bestimmt war, aber im Zuge des RKI-Files-Leaks ebenfalls an die Öffentlichkeit gelangte, untermauert das:
"Diskussion: Breiter Abstimmungsprozeß mit verschiedenen Fachgremien führte zu anderem Ergebnis als Beschluß der politischen Gremien; sollte bei Veröffentlichung zukünftig klar kommuniziert werden, daß es nicht mehr um rein fachliche Empfehlung des RKI, sondern um Beschlüsse der GMK/BMG/politischer Ebene handelt, die entschieden", heißt es dort.
"Gab es direkte Einflußnahme?" - "Ja, selbstverständlich"
In einem weiteren Wortwechsel fragte der vorsitzende Richter: "Gab es direkte Einflußnahme?"
Schaade: "Ja, selbstverständlich, Weisungen nehmen wir entgegen."
Vorsitzender Richter: "Spahn hat angeordnet, war das ein typischer Fall?"
Schaade: "Als typisch würde ich das nicht bezeichnen, aber hier ist es so gewesen. Spahn wünschte eine Ergänzung, von der wir meinten, daß sie thematisch nicht paßt."
Vorsitzender Richter: "Das BMG hat es abgelehnt, die Risikobewertung von 'sehr hoch' auf 'hoch' zu setzen - interpretiere ich das richtig: aus politischen Gründen?"
Schaade: "Daß wir mit unserem Vorschlag keine Zustimmung gefunden haben, weiß ich nicht. Die Frage, die ich höre: 'Ist das Management oder Wissenschaft?' Die Risikobewertung hat normativen Charakter. Deshalb ist es eine Sache des Managements."
Vorsitzender Richter: "Es mag sein, daß das BMG eigene fachliche Aufsicht hat. An welcher Stelle lag oder liegt die Verantwortung?"
Schaade: "Letztlich haben wir das entschieden und in diesem Fall war das anders, das will ich nicht bestreiten."
Vorsitzender Richter lacht: "Bestreiten ... Die Entscheidung des BVerfG beruht auf der Annahme, daß das RKI die wissenschaftliche Einschätzung gegeben hat, die der Gesetzgeber zur Grundlage gemacht hat."
Schaade: "Es geht doch gerade gar nicht um eine einrichtungsbezogene Impfpflicht?"
Vorsitzender Richter: "Doch, ich frage alles, was Ihre Aussagegenehmigung hergibt. Das ist der juristische Hebel, an dem wir uns befinden. Deshalb haben wir uns die ganze Mühe ge-

macht. Besser, Sie hätten die Protokolle geschreddert."
Schaade: "Darf ich eine Bemerkung machen?"
Vorsitzender Richter: "Ich habe kein Problem."
Schaade: "Sie fragen ja, wie Fachaufsicht ausgeführt wird, auch über Bundesoberbehörden."
Richter: "Der Witz liegt darin, daß das Bundesverfassungsgericht auf die Unabhängigkeit des RKI abgestellt hat. Ich möchte Transparenz, es gibt Fachexpertise, im Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht nichts von Politik und BMG drin."
Ebenfalls Skandalwert hat ein Wortwechsel, in dem es um die Frage der Impfwirkung geht.
Auf die Frage des Vorsitzenden: "Gab es ein Verfahren, mit dem überwacht wurde, ob eine Norm wirksam war? Gab es eine Kommunikation zwischen Legislative und Ihnen? Haben Sie konkret Erkenntnisse mit dem BMG oder der Legislative kommuniziert?", antwortete Schaade: "Wir haben nur den Impfstatus erfaßt und wie der sich entwickelt, aber nicht die Übertragung, also ob die Norm wirksam war."
Dann ein Hammer-Satz des RKI-Präsidenten: "Es gibt keinen kausalen Zusammenhang, keine Erforschung zwischen Impfpflicht und Reduktion der Infektion, der dargelegt ist."
Trotz der fehlenden Nachweise wurde im Frühjahr 2022 eine Impfpflicht im Bundestag diskutiert!
Gesundheitsminister Karl Lauterbach bei seiner Rede in der Debatte zum Thema "Impfpflicht gegen SARS-CoV-2" bei der 28. Sitzung des Deutschen Bundestages im April 2022.
Der weitere Wortwechsel zwischen Richter und dem Zeugen Schaade zum Thema Fremdschutz und Zulassung birgt ebenfalls Zündstoff. Hier das mitgeschriebene Gesprächsprotokoll von Lausen:
Vorsitzender Richter: "Lagen bei der Notfallzulassung gesicherte Daten zum Fremdschutz vor?"
Schaade: "BioNTech wollte solche Studien machen."
Vorsitzender Richter: "Was ist mit der Zulassungsstudie?"
Schaade: "Vom Grundsatz war es bekannt seit Anfang 2021. Ich habe aber keine Erinnerung daran. Zulassung ist nicht unser Thema."
Zur Erinnerung: Fremdschutz war DAS Argument für die einrichtungsbezogene Impfpflicht!
Nach einer Unterbrechung ging es an diesem Punkt weiter:
Vorsitzender Richter: "Haben Sie die Studien zur Notfallzulassung gelesen?"
Schaade: "Laut den Studien bestand ein Schutz vor symptomatischer Erkrankung, nicht vor Weiterübertragung. Das war mir bekannt."
Der Vorsitzende Richter diktiert: "Zulassung erfolgte zur Prävention einer Erkrankung, nicht gegen die Transmission, also nicht zu einem Übertragungsschutz."
Vorsitzender Richter an Schaade gewandt: "Lagen Ihnen Erkenntnisse zum Übertragungsschutz vor? Die Formulierung: Geimpfte infizieren sich seltener und daher gibt es eine seltenere Übertragung - ist das zutreffend?"
Schaade: "Das ist nicht die ganze Wahrheit, es kommt darauf an, aus welchen Studien das abgeleitet ist. Ich bin verwirrt, ob ich als Zeuge oder als Sachverständiger geladen bin? Ich muß das einordnen. Mit den ersten Varianten war es richtig, aber nicht ganz vollständig, zusätzlich kommt der Umstand, daß die Viruslast geringer ist und früher aufhört. Durch die Zeit geht der Effekt verloren, sehr schnell. Innerhalb von Wochen, Monaten."
Später zitiert der Vorsitzende aus dem RKI-Protokoll: "Da heißt es wörtlich: 'Der eigentliche Effekt von 2G ist nicht ein größerer Fremdschutz, sondern ein größerer Selbstschutz.' Das ist ein Problem in Bezug auf die Grundrechtseingriffe. Waren Impfung und Testung für Fremdschutz identisch?"
Schaade: "Das ist hier offenbar die Einschätzung gewesen. Die Grundlagen kann ich nicht rekapitulieren, es scheint aus meiner Einschätzung nicht unrealistisch zu sein."<<

10.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. September 2024 (x1.402/…): >>**Migrations-Gewürge: Union erklärt Bund-Länder-Gespräche für gescheitert**

CDU und CSU haben die Bund-Länder-Gespräche über ein gemeinsames Vorgehen in der Asyl- und Migrationspolitik abgebrochen. Die Vorschläge der Ampel-Regierung zu einer Zurückweisung von Asylbewerbern an den deutschen Grenzen seien nicht weitgehend genug und würden im Ergebnis nicht zu mehr Zurückweisungen an den Grenzen führen, sagte Unions-Verhandlungsführer Thorsten Frei (CDU) in Berlin.

Da die von der Ampel vorgelegten Vorschläge nicht auf zusätzliche Zurückweisungen abzielen würden, sondern lediglich zu beschleunigten Asylverfahren führen sollen, würden sie den Herausforderungen nicht gerecht.

Auch Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) kritisierte die Vorschläge der Ampel. "Die Bundesregierung ist intern offensichtlich heillos zerstritten und kann sich nicht auf wirksame Maßnahmen einigen", erklärte der CDU-Vorsitzende nach dem Ende der Beratungen der Ampel-Regierung mit Vertretern der Union und von Ländern in Berlin auf der Plattform X. Die Ampel kapituliere vor der Herausforderung der irregulären Migration, die Bundesregierung sei "handlungsunfähig und führungslos".

SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese sagte, die Bundesregierung stehe für weitere Gespräche zur Verfügung. Mit Blick auf die Landtagswahl am 22. September in Brandenburg äußerte er die Einschätzung, daß es die Union auf das Scheitern der Gespräche angelegt habe.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. September 2024 (x1.402/…): >>**Dublin-Irrsinn: 15.000 abgeschobene Migranten wieder in Deutschland!**

Nach BAMF-Angaben sind in Deutschland rund 28.000 Personen im Ausländerzentralregister erfaßt, für deren Asylanträge eigentlich ein anderer EU-Mitgliedstaat gemäß den sogenannten Dublin-Regeln zuständig gewesen wäre. Mehr als 15.000 aus diesem Grund in andere EU-Staaten rücküberstellte Migranten sind demnach wieder nach Deutschland eingereist. Von ihnen sind laut BAMF aktuell rund 5.150 ausreisepflichtig.

Mit einem neuen sogenannten "Sicherheitspaket", über das Bund und Länder heute (10. September) auf einem weiteren sogenannten Migrationsgipfel beraten, sollen die Leistungen für Dublin-Migranten reduziert auf ein "Bett-Brot-Seife-Minimum" reduziert werden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. September 2024 (x1.402/…): >>**"Vorschläge reichen nicht": Union erklärt Migrationsgipfel mit Ampel für gescheitert**

Der sogenannte Migrations-Gipfel zwischen der Ampel-Bundesregierung und der Union (CDU/CSU) ist gescheitert. Ein Angebot von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) weist der CDU-Verhandlungsführer Thorsten Frei als unzureichend zurück.

CDU und CSU brechen die Gespräche mit der Bundesregierung über ein gemeinsames Vorgehen in der Asyl- und Migrationspolitik ab.

Die Vorschläge der Regierung zu einer Zurückweisung von Asylbewerbern an den deutschen Grenzen seien nicht weitgehend genug, sagte Unions-Verhandlungsführer Thorsten Frei zur Begründung in Berlin. "Wir müssen feststellen, daß Koalition nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen ist", sagte Frei. Die Ampel habe sich Mühe gegeben, einheitlich aufzutreten, aber der Vorschlag werde im Ergebnis nicht zu mehr Zurückweisungen an den Grenzen führen.

Zuvor hatte die Bundesregierung ein Modell zur Eindämmung der irregulären Migration vorgelegt.

Die angedachten Maßnahmen würden aber zu keinen Rückweisungen (bzw. Einreiseverhinde-

rungen) für illegale Migranten an den deutschen Grenzen führen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. September 2024 (x1.402/…):
>>**Wer will, wer hat noch nicht? Einbürgerungen in Berlin explodieren um 60 Prozent!**
Das Verramschen deutscher Pässe in der bunt-woken Hauptstadt Berlin sprengt seit Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechts alle Dimensionen! Bis zum 22. August gingen bei den zuständigen Berliner Ämtern bereits 28.716 Einbürgerungsanträge ein.
Das sind knapp 10.700 mehr als im gesamten Vorjahr 2023 und entspricht einer Steigerung von fast 60 Prozent, wie aus der Antwort des Berliner Senats auf eine Anfrage des AfD-Landtagsabgeordneten Hugh Bronson hervorgeht.
Demnach wurde praktisch allen Ersuchen, den deutschen Paß zu erlangen, stattgegeben. Lediglich 0,1 Prozent der Antragsteller erhielten eine Absage.
Bereits Anfang des Jahres hatte der schwarz-rote Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) angekündigt, die Zahl der Einbürgerungen mehr als verdoppeln zu wollen.
Laut dem seit 27. Juni 2024 geltenden neuen Staatsangehörigkeitsrecht können sich Migranten bereits nach fünf Jahren (bisher acht), bei "besonders guter Integration" auch schon nach drei Jahren einbürgern lassen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. September 2024 (x1.402/…):
>>**Abschiebe-Show: 1.000 Euro "Handgeld" für Afghanen bringen Faeser (SPD) immer mehr unter Druck!**
Die 28 kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen spektakulär in ihr Herkunftsland "abgeschobenen" Afghanen sind nach Angaben der Taliban wieder frei. Die von ihnen in Deutschland begangenen Straftaten (u.a. Vergewaltigungen) seien am Hindukusch nicht relevant, hieß es. Derweil gerät Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zunehmend in Erklärungsnöte wegen der 1.000 Euro "Handgeld", das der deutsche Steuerzahler an jeden dieser Schwerverbrecher ausgezahlt hat.
Die ungewöhnlich hohe Summe läßt immer mehr vermuten, daß die 28 Afghanen gar nicht "abgeschoben" wurden, sondern freiwillig ausgereist sein könnten. Zumal die Höhe des sogenannten Handgeldes knapp zwei durchschnittlichen Jahreseinkommen in Afghanistan entspricht.
Nach übereinstimmender Auskunft mehrerer Bundesländer beträgt das übliche "Handgeld" bei Abschiebungen in der Regel 50 Euro. Das wirft die Frage auf: Warum erhielten die 28 angeblich abgeschobenen afghanischen Straftäter das Zwanzigfache?
Es habe eine "bundeseinheitliche Absprache" gegeben, heißt es dazu u.a. aus dem bayerischen Innenministerium. Diese Auskunft steht allerdings in einem gewissen Widerspruch zu dem, was Innenministerin Faeser am Tag der Abschiebung (30. August) zur Höhe des sogenannten Handgeldes im "ZDF-heute journal" behauptet hatte: "Das führen die Länder durch."
War die Rückkehr also wirklich freiwillig? Oder wollte Faeser zwei Tage vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen lediglich eine 28.000 Euro teure Abschiebe-Show medienwirksam inszenieren?<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. September 2024 (x1.402/…):
>>**AfD fordert: Arbeitspflicht für Asylbewerber - Bürgergeld nur noch für Deutsche!**
Um dem Asyl-Magneten Deutschland seine magische Anziehungskraft zu nehmen, schlägt die AfD-Bundestagsfraktion eine Arbeitspflicht für Asylbewerber im gemeinnützlichen Bereich vor. Dafür könnten zum Beispiel das Säubern öffentlicher Parkanlagen in Betracht kommen oder das Reinigen von Unterkünften. Bürgergeld soll es künftig nur noch für Deutsche geben. Das sind nur zwei von vielen Punkten im "Endspurt-Papier" der AfD-Bundestagsfraktion bis zur Bundestagswahl 2025.
Zum Auftakt der Hausschlacht in dieser Woche im Deutschen Bundestag hat die AfD ein

"Endspurt-Papier" mit den dringlichsten Arbeitsschwerpunkten bis zur Bundestagswahl 2025 vorgestellt. Während die Ampel weiter dahinsiecht, Bund und Länder sich von einem "Migrationsgipfel" zum nächsten hangeln, mahnt die AfD erneut sehr konkreten Handlungsbedarf an: von A wie Asyl-Chaos über M wie Messer-Kriminalität bis Z wie Zukunftsfähigkeit.
ASYL-CHAOS/MIGRATION
- Schluß mit Turbo-Einbürgerungen! Die AfD verweist auf mehr als 200.000 Einbürgerungen allein im Jahr 2023, von denen bereits mehr als ein Drittel Syrer betrafen. Seit Inkrafttreten des neuen Staatbürgerschaftsrechts im Frühjahr explodieren die Zahlen regelrecht.
Die AfD fordert deshalb: Kein Einbürgerungs-Automatismus als Folge der Masseneinwanderung, Einbürgerungen nur noch nach Ermessen und wenn diese im deutschen Interesse liegen!
- Grenzen dicht! Die AfD-Bundestagsfraktion bekräftigt ihre Forderung nach einem lückenlosen Grenzschutz und konsequenter Zurückweisung illegaler Einwanderer sowie rigorosen Abschiebungen. "Grenzen müssen kontrollierbar werden, notfalls auch durch den Einsatz von Grenzzäunen. Jeder, der die Staatsgrenze unberechtigt überschreiten will, muß zurückgewiesen werden - selbst dann, wenn er 'Asyl' beantragen will."
Asyl dürfe nicht zum "Mittel der dauerhaften Einwanderung" werden. Anreize zu illegaler Einwanderung (Pull-Faktoren) gelte es daher u.a. durch Einführung eines strikten Sachleistungsprinzips nach dem Prinzip "Brot, Bett und Seife" zu beseitigen. Asylverfahren für Personen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, dürfe es ebenso wenig geben wie Asylverfahren für Personen ohne Identitätsdokumente.
Für Asylbewerber soll es nach dem Willen der AfD eine Arbeitspflicht (!) im gemeinnützigen Bereich geben (z.B. Parkanlagen säubern, Unterkünfte reinigen).
- Kampf gegen Islamismus! "Islamistische Organisationen müssen konsequent auf ein Verbot hin überprüft werden. Die Einreise islamistischer Prediger muß unterbunden werden. Weiterhin gilt es, die Finanzierung des Islamismus aus dem Ausland auszutrocknen", heißt es in dem AfD-Papier unter Verweis auf zahlreiche im Deutschen Bundestag eingebrachte AfD-Anträge.
WIRTSCHAFT
- Steuern runter! "Alle Weichen auf Freiheit stellen und die fleißigen Bürger und Betriebe durch niedrigere Steuern und Abgaben wieder zum Arbeiten und Investieren in Deutschland ermutigen", insistiert die AfD-Fraktion. Die wirtschaftsfeindliche Politik der Ampel belaste Bürger und Unternehmen durch extrem hohe Steuern und Abgaben sowie eine immer weiter ausufernde Bürokratie wie etwa das sogenannte Lieferkettengesetz.
Konkret führt das "Endspurt-Papier" der AfD-Bundestagsfraktion aus: "Wir wollen den Einkommensteuerfreibetrag auf 14.000 Euro erhöhen und die Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau senken."
- Schluß mit dem Klima-Irrsinn!
Dazu heißt es im "Endspurt-Papier": "Die Deindustrialisierung gefährdet Deutschlands Wohlstand!" Mit stets neuen planwirtschaftlichen Vorgaben samt Technologieverboten und verfehlten Milliardensubventionen "wollen Scholz, Habeck und Lindner den Deutschen eine nicht funktionierende linksgrüne 'Transformation' aufzwingen. Deutschland wird als attraktiver Wirtschaftsstandort bald Geschichte sein, wenn wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nicht schnellstens wiederherstellen!", warnt die AfD-Bundestagsfraktion. Die für ein Industrieland hochgefährliche Verknappung und Verteuerung von Energie tue ein Übriges.
Die AfD verspricht: "Wir werden die CO2-Bepreisung abschaffen, die Strom- und Energiesteuern massiv senken, die Explosion der Netzentgelte nachhaltig verhindern sowie das Angebot von stabiler Energie durch die Wiederaktivierung der Kernkraftwerke und längere Laufzeiten der Kohlekraftwerke ausweiten."
- Technologieoffenheit: "Wir werden die ideologischen Verbote des Verbrennungsmotors sowie von Gas- und Ölheizungen abschaffen", versichert die AfD-Fraktion und verweist auf ihre

diesbezüglichen Anträge im Parlament (BT-Drs. 20/8741, 20/7357).
ARBEIT/SOZIALES
- Bürgergeld nur noch für Deutsche! Unter der Überschrift "Einen wehrhaften Sozialstaat schaffen - Einwanderung in die Sozialsysteme stoppen" resümiert das "Endspurt-Papier":
Nahmen im Jahr 2010 noch 20 Prozent der Ausländer in Deutschland Bürgergeldleistungen bzw. Hartz IV-Leistungen in Anspruch, so waren es im Jahr 2023 bereits 47 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt). 19,9 Milliarden Euro wurden an ausländische Bürgergeldempfänger ausgezahlt (BT-Drs. 20/12225). Damit hätten sich die Kosten für Ausländer-Stütze seit 2010 fast verdreifacht, stellt das AfD-Papier fest. Dies sei insbesondere auf den massiven Zuzug von Migranten nach Deutschland seit 2015 zurückzuführen.
Es müsse auch Schluß sein mit "Pendelmigration und Sozialtourismus". Dazu schlägt die AfD-Bundestagsfraktion die verpflichtende Meldung Nichtdeutscher in den Passagierlisten von Fernbusunternehmen an die Bundespolizei mit der Möglichkeit des Abgleichs durch Jobcenter bei Verdachtsfällen vor. Gemeint sein dürfte hier vor allem der rege Pendelverkehr zwischen deutschen Metropolen und der Ukraine.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 10. September 2024 (x1.405/…): >>**Multipolar weist Schreiben der Landesmedienanstalt zurück**
Schreyer: Beeinflussung der Berichterstattung "verfassungswidrig" und "Rückfall" ins 19. Jahrhundert / Direktor der Landesmedienanstalt: Mahnschreiben hat "womöglich Kontraproduktives erreicht" / Multipolar erwägt gerichtliche Prüfung des Medienstaatsvertrages
Multipolar weist ein Schreiben der Landesanstalt für Medien NRW (LfM) als "verfassungswidrig" zurück. Die Anstalt hatte dem Magazin in einem Brief Ende August mitgeteilt, daß mehrere Beiträge nicht der journalistischen Sorgfaltspflicht genügen würden und Ergänzungen angemahnt. Mitherausgeber Paul Schreyer verwies in seinem Antwortschreiben an die Anstalt am Dienstag (10. September) auf Artikel 5 des Grundgesetzes und erklärte, daß die Redaktion den "Versuch, unsere Berichterstattung zu beeinflussen" ablehnt.
Verwiesen wird in der Antwort auch auf die Einschätzung eines Fachjuristen, wonach "die journalistische Sorgfaltspflicht weder für sich genommen rechtlich sanktionierbar" ist, "noch durch eine ordnungsbehördliche Aufsicht über die Redaktionen überwacht" werden darf. "Die Pressezensur wurde in Deutschland 1874 gesetzlich abgeschafft", so Schreyer. Der Medienstaatsvertrag in aktuell gültiger Form - auf den sich die LfM beruft - sei "ein Rückfall hinter diese Zeit", das Vorgehen der Behörde "ein Angriff auf die Pressefreiheit".
Das achtseitige Antwortschreiben geht ausführlich auch inhaltlich auf die Vorwürfe ein und weist sie zurück. Streitpunkte sind unter anderem ein diskutierter Zusammenhang von Sterblichkeit und mRNA-Injektionen, das Ausmaß der Verkürzung der Lebenszeit durch die Corona-Maßnahmen sowie der politische Einfluß bei der Hochstufung der Risikobewertung durch das Robert Koch-Institut im März 2020.
Die LfM hatte außerdem kritisiert, daß ein Berliner Feuerwehrmann in einem Multipolar-Interview von niedrigen Einsatzzahlen und niedrigen Bettenauslastungen in den Berliner Krankenhäusern zu Beginn der Coronakrise gesprochen hatte. Multipolar habe es versäumt, diese Aussagen des Feuerwehrmannes "einzuordnen".
In der Antwort des Magazins wird die Aussage des Feuerwehrmannes fachlich untermauert und kommentiert, man betrachte es nicht als Aufgabe eines Journalisten, "einem Fachmann zu 'erklären', was er 'wirklich' erlebt" habe. Diese "pervertierte" Form des Journalismus habe sich von der Realität losgelöst, höre den Menschen nicht mehr zu und wolle sie statt dessen mit eigenen Narrativen "belehren". Das, so die Redaktion gegenüber der LfM, "lehnen wir ab".
Das Magazin "Übermedien" hatte zuletzt berichtet (7. September), LfM-Direktor Tobias Schmid würde sich nun angesichts der Aufmerksamkeit, die der Fall öffentlich geweckt hat, laut eigener Aussage "selbstkritisch die Frage stellen müssen", ob sein Mahnschreiben an

Multipolar "womöglich auch etwas Kontraproduktives erreicht" hat. Schmid zufolge hätten ihn "viele wütende Protestschreiben" wegen des Vorgehens gegen Multipolar erreicht. "Ist der Fall gut genug und stabil genug, um dem Medium eine solche Bühne zu geben?", so der Behördenleiter.
Multipolar-Mitherausgeber Paul Schreyer hatte in einem Interview am Sonntag (8. September) erklärt, der Fall gebe Gelegenheit, die Frage zu erörtern, "ob wir in unserer Gesellschaft wollen, daß es eine staatsnahe Stelle gibt, die Journalismus inhaltlich beaufsichtigt". Multipolar sei "nicht abgeneigt, das gerichtlich überprüfen zu lassen". Das Magazin hatte bereits im vergangenen Jahr in einer Recherche zu den Landesmedienanstalten berichtet, daß unter Juristen Zweifel daran bestehen, ob der betreffende Paragraph 19 des Medienstaatsvertrags verfassungsgemäß ist. ...<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. September 2024 (x1.404/…): >>**Gold vs Zinsen: Paradox bis paranormal**
In der Welt der Wirtschaft und Finanzen tanzt das "haßverliebte" Paar Gold - Zinsen einen faszinierenden, wenn auch gefährlichen Tango. Ihre Beziehung ist paradox und fast schon paranormal.
Von *Hans Jörg Müllenmeister*
Machen wir uns nichts vor, wir steuern auf eine Hybris der zunehmenden Gewalt, Grausamkeit und Unbeherrschtheit zu. Bereits jetzt ist der Weltbürger belastet mit sozialen Unruhen, Kriegen und Katastrophen. Lassen Sie uns den mysteriösen Hexentanz dieser beiden Protagonisten genauer betrachten - inmitten des Konzerts der weltwirtschaftlichen Dissonanzen.
Wenn die Zinsen steigen und die Weltwirtschaft in Turbulenzen gerät, flüchtet der geschichtskundige Mensch reflexartig zu Gold - dem historisch sicheren Anker der Stabilität. Einzig die Wertkonstante Gold entzieht sich der verqueren Logik der Zinsen und avanciert wiederentdeckt zum Symbol der Hoffnung. Selbst bei steigenden Zinsen verliert der Bürger schließlich das Vertrauen in zinsbringenden Staatsanleihen, den US-Treasury Bonds. Diese als Pseudo-Schatz bezeichneten Anleihen sind in Wahrheit nur eine Schönmalerei der US-Staatsschulden, sattsam unterlegt mit unverdientem Fiatgeld.
Inmitten der zunehmenden Unsicherheit greifen wir nach einem goldenen Rettungsring. In diesem zerfallenden Finanzsystem kaufen selbst Zentralbanken wieder ihr Gold in "Schamröte" zurück, um ihre mickrigen Reserven aufzustocken. Und Investoren suchen darin Zuflucht vor der Unsicherheit, als wäre es ein magischer Talisman.
Zur Zeit hält die Welt den Atem an, während Gold und Zinsen ihren Hexentanz fortsetzen. Wer aber behält am Ende die Oberhand? Vielleicht ist es gerade diese Unberechenbarkeit, die sie so faszinierend macht - ein Paradoxon, das uns irritiert. Vielleicht auch die Ahnung, daß hinter den Kulissen ein geheimes Spiel stattfindet, mit ständig neu ausgedachten Regeln.
Gold und Zinsen: Ein Paradoxon im Takt der Zentralbanken
In den verborgenen Hallen der Zentralbanken entfaltet sich ein faszinierender Tanz. Gold, das glänzende Metall der Götter, und die Zinsen, jene unsichtbaren Fäden, die die Wirtschaft durchweben, sind die Hauptdarsteller. Ihre Aktionen beeinflussen das Gleichgewicht, und die Zentralbanken sind die unsichtbaren Dirigenten.
Diese Finanzgaukler kaufen oder verkaufen Gold nicht etwa als physische Ware, sondern als Hebelprodukt am Futuremarkt. So können sie den Goldpreis nach ihrem Gutdünken manipulieren, und zwar mit einem saftigen Hebel auf den Goldpreis an der COMEX Commodity Exchange, dem größten Handelsplatz für Gold Futures (Terminkontrakte). Ein Spiel mit Risiken und Chancen, das die Märkte in Atem hält.
Die Zinssätze, von den Zentralbanken festgelegt, sind die Noten, die den Rhythmus bestimmen. Höhere Zinsen locken Investoren zu den Anleihen, während Gold brav in der Ecke auf seinen Einsatz wartet. Doch bei schwächelnder Währung, wenn die Unsicherheit wächst, flie-

hen die Investoren ins Gold - ein sicherer Hafen in stürmischen Zeiten.
Die Mono-Kommunikation der Zentralbanken über ihre Geldpolitik ist ein leises Crescendo im Hintergrund. Vertrauen wird aufgebaut oder erschüttert, je nachdem, wie die Notenbanker ihre Botschaften orchestrieren. Und wir stehen an der Schwelle einer Neubewertung von Gold, einem neuen, höheren metastabilen Gleichgewicht.
Doch die Goldproduktion ist keine Gelddruckmaschine, kein perpetuum mobile. Sie dreht sich nicht schneller, sondern findet ihren Takt in der wachsenden Nachfrage. Gold, das ewige Metall, das sich beharrlich seinen Platz im Finanzkonzert erkämpft.
So tanzen sie weiter, die unsichtbaren Dirigenten, und wir lauschen gebannt ihrer Melodie aus Gold und Zinsen. Ein Paradoxon, das uns alle in seinen Bann zieht.

Inflationsdruck, Staatsverschuldung und Zinssenkungen: Das Orchester der Finanzwelt

In der Wirtschaft spielen die unsichtbaren Instrumente der Zentralbanken eine düstere Symphonie. Die Geldschöpfung, einst leise, ist nun zu einem Crescendo angewachsen. Das Finanzdesaster, das sich vor unseren Augen entfaltet, droht in eine ungezügelte Inflation überzugehen - vielleicht sogar in Richtung Hyperinflation. Und die Hauptakteure? Die Zentralbanken, allen voran die Federal Reserve, agieren rücksichtslos.
Die Wurzeln dieses Inflationsdrucks reichen tief in die Finanz- und Geldpolitik. Die US-Notenbank hat in Verbindung mit den gigantischen Ausgaben-Programmen der Regierung seit 2020 eine noch nie dagewesene Geldmenge in die Wirtschaft gepumpt. Diese rasante Expansion der Schulden, die sich ohne Rezession auf durchschnittlich 2,75 Billionen Dollar pro Jahr beläuft, nährt den Druck auf die Preise.
Doch das ist nicht alles. Die Zinszahlungen für die US-Staatsverschuldung überschreiten jährlich die Marke von einer Billion Dollar - ein gewaltiger Betrag, der etwa 20 % der Steuereinnahmen ausmacht und sogar die Ausgaben für die US-Rüstung übertrifft. Die Federal Reserve steht vor einem Dilemma: Um eine Schuldenkrise zu vermeiden, bleibt ihr keine andere Wahl, als die Zinssätze zu senken.
So dirigieren sie weiter, die unsichtbaren Maestros der Wirtschaft, ihre virtuosen Notenblätter gefüllt mit Inflationsängsten und Schuldenlast. Die Melodie, die sie spielen, ist von historischer Tragweite - und wir alle lauschen gebannt, während die Zentralbanken den Takt vorgeben.

Die Liquiditätsschwämme verzögert nur

Die heutigen Aktienmärkte sind keineswegs mehr das Abbild der Realwirtschaft. Es gab eine Zeit, in der ein fallender Aktienmarkt auch einen Abschwung in der Wirtschaft oder eine Depression ankündigte. Heute befindet sich die Wirtschaft im freien Fall, während die aufgeblasenen Aktienmärkte immer neue Höchststände markiert. Vor allem der Dow ist von der Liquiditätsschwämme durch die Fed abhängig und bildet keineswegs die Realwirtschaft ab.
Wir befinden uns bereits in einer inflationären Depression in Richtung auf eine hyperinflationäre Depression. Dann würden alle Papierwerte wertlos. Großartig könnte man meinen, alle Schulden-Probleme wären gelöst. Indes drucken die Finanzjongleure munter weitere Dollar-Billionen. Die Folge: Währungen, Schuldtitel und alles Geld, das nicht in Sachwerten angelegt ist, streben weiter zügig gegen Null. Im Gegenzug steigt der Edelmetallsektor, und zwar mit der Richtung der ausufernden Inflation, unterbrochen von kurzfristigen Verschnaufpausen.

Exportschlager US-Dollar: Der Pferdefuß

Die schein-unsterbliche Reservewährung Dollar verliert mehr und mehr an Vertrauenswürdigkeit und damit an Nachfrage. Im Zuge der Abwertung des Dollars und des Verlusts der Kreditwürdigkeit der USA, befreit sich der Rest der Welt vom US-Dollar. Steigende Inflation und geringere Kreditwürdigkeit beeinflussen die realen Zinssätze. Erinnern Sie sich an die 80er Jahre, als die Zinsen auf ein Allzeithoch von 17 % stiegen und der Goldpreis aus Angst seinen ersten Höchststand von 850 US-Dollar erreichte?

In den letzten 40 Jahren wurde der Dollar zum Exportschlager Nummer eins. Diese Billionen Fiat-Dollar im Ausland sind jedoch tickende Zeitbomben. Letztendlich wird man in Panik zu Gold flüchten - das einzige Wertvehikel ohne Preisschild!
Gewiß, Gold ist erst spät aus seinem "dogmatischen Schlummer" erwacht. Doch was passiert, wenn die Anleger immer mehr in Panik den goldenen Fels in der Brandung ansteuern? Wir stehen am Rande eines finanziellen Abgrunds von historischem Ausmaß. Trotz der sinkenden physischen Goldbestände an den Börsen in New York und London laufen die Drücker-Manipulationen des Goldpreises ins Leere. Die etablierte Handelsplattform in Shanghai zeigt den westlichen Börsen, wie es geht. China übernimmt zunehmend die Kontrolle über die Goldpreis-Gestaltung - physisch unterlegt!

Entdollarisierung und die BRICS-Staaten

Die BRICS-Staaten Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika trennten sich massiv von US-Staatsanleihen, sie setzen statt dessen auf Gold. Diese Bemühungen könnte die Dominanz von Dollar ins Wanken bringen. Rußland und China tauschten ihre US-Staatsanleihen um; dadurch stiegen ihre Goldreserven erheblich. Die BRICS-Staaten befassen sich sogar mit der Einführung einer goldgedeckten gemeinsamen Währung.
Gold wird zunehmend als bevorzugtes Zinszahlungsmittel betrachtet. Warum? Weil Goldhalter damit mehr Energie (z.B. Öl oder Gas) kaufen können als mit US-Dollars oder US-Staatsanleihen. Dies liegt daran, daß Gold einen realen Wert hat und nicht von der Kreditwürdigkeit eines Landes abhängt.
Heutzutage ist Energie von entscheidender Bedeutung. Die Weltwirtschaft dreht sich um Energie, sei es in Form von fossilen Brennstoffen oder erneuerbaren Energien. In diesem Kontext avanciert Energie zur monetären Basis. Nicht mehr der Dollar dominiert die Finanzmärkte, sondern auch die Energie, die unsere moderne Weltwirtschaft antreibt.

Ein alarmierendes Gesellschaftsproblem in den USA: Der Drogenkonsum

In den Vereinigten Staaten wächst der Drogenkonsum wie eine Epidemie. Neben den immer wieder diskutierten globalen Herausforderungen im Finanzunwesen gibt es hier ein weiteres schwelendes Problem: Illegalen Drogenmißbrauch in fast allen Gesellschaftsschichten. Die neueste Regierungsstatistik schätzt, daß 32 Millionen Menschen in den USA aktuell illegale Drogen konsumieren.
Im Jahr 2021 erreichte die Zahl der Drogentoten einen historischen Höchststand von rund 108.000 Menschen, die an einer Überdosis starben. Marihuana ist mit Abstand die am häufigsten konsumierte illegale Droge in den USA, gefolgt von Kokain, Methamphetamin und Ecstasy. Besonders besorgniserregend ist aber der Trend zu sogenannten "Speedballs", einer gefährlichen Kombination aus Stimulanzien und Opioiden.
Im Jahr 2022 stellte die Drug Enforcement Administration DEA 50,6 Millionen Fentanyl-Pillen und mehr als 4.500 Kilogramm Fentanyl-Pulver sicher. Hauptquellen für Fentanyl in den USA sind mexikanische Drogenkartelle, die für ihre Fentanyl-Produktion die notwendigen Chemikalien aus China und Indien bekommen.
Die Todesfälle durch Methamphetamin-Überdosis haben sich zwischen 2015 und 2019 verdreifacht. Diese Epidemie, die synthetische Mittel mischt, insbesondere Fentanyl und Methamphetamin, hat tiefgreifende Auswirkungen: Sie führt schnell zu Kriminalität, Gewalt, Arbeitskraftverlust mit enormen Kosten für die Gesellschaft. Auch diese "toxische Störgröße" könnte die Reputation und damit die Wirtschaftskraft der USA an der Schwelle einer neuen Zeit dramatisch schwächen. Die Struktur der Gesellschaft wird sich daraufhin für immer verändern und der Volkswirtschaft schaden.

Drohender krimineller EU-Schildbürgerstreich gegen die Privatsphäre der Bürger

Das EU-Vermögensregister. Blicken wir auch auf unseren eignen chaotischen Finanz-Zirkus in der EU mit den politischen Hütchenspielern und Gauklern. Hier schwelt fast das gleiche

Schulden-Dilemma wie in den USA. Die Brüsseler Polit-Fuzzis stehen vor der Frage: Wie können wir den Bürgern elegant ihr erspartes Vermögen sukzessiv entreißen? Und siehe da, dafür naht bereits eine elegante Lösung, die uns schon 2025 ins Haus schneien könnte: Das neue EU-Vermögensregister! Da wird selbst der rechtschaffene Bürger mit seinem Vermögen erfaßt.

Es drohen massive weitere Eingriffe in unsere Privatsphäre, denn diese Daumenschraube ist beliebig ausbaufähig. Anfänglich sollen Vermögenswerte über 200.000 Euro auf EU-Ebene zentral erfaßt werden. 200.000 Euro ist erst der Anfang auf der nach unten offenen Vermögensskala - wie Bargeld, Immobilien, Kunstgegenstände, Edelmetalle - um damit Informationen schnell und grenzüberschreitend zwischen Behörden auszutauschen. Auch Schließfächer oder Zollfreilager, etwa in der Schweiz oder Liechtenstein sind davon betroffen.

Offiziell wollen die Polit-Gaukler scheinheilig damit die Geldwäsche und Terrorfinanzierung bekämpfen. Es bietet Behörden und "scheinberechtigten" Personen rigorose Einsicht auf Finanz- und Vermögensdaten der Bürger. Schon das natürliche Rechtsempfinden eines rechtschaffenen Bürgers läßt erkennen, daß all dies konträr zu sämtlichen bürgerlichen Grundrechten wie Schutz des Eigentums, Schutz der Privatsphäre und dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit sowie dem Datenschutz stehen.

Marktmanipulationen: Das Protection Team und die quantitative Lockerung

Kein bedeutender Markttrend hält ewig an. Hätte man den Dow Jones sich selbst überlassen, wären seine Tage längst gezählt. Statt dessen reguliert die Zentralbank seit Alan Greenspan die "Bewertungen" eines Marktes, um einen freien Fall des Marktes zu verhindern. Nach dem Börsencrash von 1987 bildete die Fed 1989 das sogenannte Plunge Protection Team aus den Finanzakrobaten der Federal Reserve, den großen Großbanken und den Vertretern der New Yorker Börse.

Das Hauptziel dieses Manegen-Teams ist es, plötzliche Kurseinbrüche zu verhindern oder abzumildern. Die quantitative Lockerung (QE) ist ein weiteres Instrument der Manipulation, das Zentralbanken in jüngster Zeit einsetzten, um die Wirtschaft zu stimulieren und die Inflation zu beeinflussen. Dabei werden Vermögenswerte gekauft, um die Geldmenge zu erhöhen. QE kann einen expansiven Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Inflation haben, birgt jedoch das Risiko einer zunehmenden Verflechtung von Geld- und Finanzpolitik mit potentiellen Risiken für Finanzinstitute.

Diese Beispiele verdeutlichen, wie Marktmanipulation die Integrität der Finanzmärkte beeinträchtigen kann. Kürzlich war z.B. im Chart des Dow ein bearisches Doppeltop zu erkennen. Seit Juli 2024 hat der Dow Jones zweimal versucht, die Marke von 41.500 Punkten zu überschreiten - erfolglos. Bei jedem Scheitern kam es zu einem mysteriösen, scharfen Umschwung.

Die quantitative Lockerung wurde eingeführt, um die Marktbewertungen zu stabilisieren, bis die Dividendenrenditen für den Dow Jones wieder unter 3 % liegen. Doch wie grotesk überbewertet ist der Dow im August 2024 inzwischen?

Zentralbanken: Vom "Gold-Saulus" zum "Gold-Paulus"

Die Zentralbanken haben sich in den letzten Jahren von Gold-Saulus zum Gold-Paulus gewandelt. Nach einer Phase, in der ihre Goldreserven schrumpften, begannen sie ab etwa 2010, ihre Bestände wieder aufzustocken. Weltweit besitzen die Zentralbanken nun geschätzte 17 % des gesamten jemals geförderten Goldes, was einer beeindruckenden Menge von über 36.700 Tonnen entspricht (Stand Ende 2023). Diese Kaufmanie setzt sich zwangsläufig fort, angesichts der anhaltenden Inflation und der wachsenden geopolitischen Risiken. Gold bleibt für viele Zentralbanken eine wichtige Absicherung gegen Unsicherheiten auf den Finanzmärkten.

Zusammenhang zwischen dem Goldpreis und den realen Zinssätzen

Zurückliegend korrelierte der Goldpreis negativ mit den realen Zinssätzen: Steigt der Real-

zins, fällt tendenziell der Goldpreis und umgekehrt. Das liegt daran, daß hohe Realzinsen US-Staatsanleihen für interessierte Anleger attraktiver machen als das nicht-zinsbringende Gold. Merkwürdig, trotz des erheblichen Anstiegs der Realzinsen seit 2021 hat der Goldpreis neue Höchststände erreicht. Indes gehen langfristig die Zinssätze mit der Inflation einher. Wer will schon sein Geld unter der Inflationsrate verleihen? Wir stehen jetzt am Ende der größten Finanzblase aller Zeiten, in einer Zeit, da die meisten Vermögenswerte überbewertet sind.
Die Zentralbanken beeinflussen die Preise von Vermögenswerten inzwischen so stark, daß die Anleger nicht mehr den wahren Marktwert ermitteln können. Um die Marktpreise zu drücken, überschwemmen ihre Handlanger ("Wall-Street-Verkäufer mit ungedeckten Short-Positionen"), den Terminmarkt mit falschen Versprechungen, in der Zukunft ein Angebot zu liefern, das nie eintrifft, und überschwemmen das Phantom-Angebot, sei es Gold, Silber oder Rohöl, um jeden unerwünschten Kaufdruck auf einem Markt zu paralysieren.
Alle Währungen werden effektiv - im Verhältnis zu Gold - dramatische Wertverluste erleiden. Wachsen die Zinsen für die Schulden rascher als die Wirtschaft, muß der Anleihemarkt (die Kreditgeber) bald höhere Zinsen verlangen. Mit steigenden Defiziten, vor allem mit einer möglichen Rezession in Zukunft, wird das Defizit weiter steigen. Die höheren Zinssätze, die notwendig sind, um die Inflation in Schach zu halten, werden die Kreditkosten der US-Regierung in die Höhe treiben und die Verschuldung weiter erhöhen.
Die Attraktivität des renditelosen Goldes wird in einem Niedrigzins-Umfeld tendenziell zunehmen. Wir befinden uns in der finalen Zusammenbruchsphase des aktuellen Geldsystems. Seit 1971 verloren alle Währungen effektiv 97 % bis 99 % - gegenüber dem Gold. Schulden- und Währungszusammenbrüche sind Komplizen und unausweichliche Folge anhaltender staatlicher Defizit-Finanzierung. Nach einer ausgedehnten Phase unbegrenzter Währungsschöpfung werden Finanzsysteme teilweise oder komplett ausfallen. Politische und soziale Unruhen folgen.
Staaten, die unter wirtschaftlichem Druck stehen, beginnen in der Regel Kriege oder verschärfen bestehende Konflikte, um von nationalen Problemen abzulenken. Krieg ist immer ein erprobter Vorwand für verstärkte Geldschöpfung. Anfänglich wird es hohe Inflation geben, möglicherweise Hyperinflation, sowie hohe Zinssätze. Anschließend, wenn das System implodiert, werden die aufgeblähten Vermögenspreise - Aktien, Anleihen, und Immobilien um 50 % bis 100 % abstürzen. Verlassen Sie sich nicht darauf, daß damit Ihre Schulden durch Inflation auch verschwinden, denn hohe Zinsen könnten die Rückzahlung Ihrer Darlehen unmöglich machen.

Die stärkste Preisbewegung bei Gold und Silber steht noch bevor

Die ambivalente Beziehung zum US-Dollar im globalen Handel wird sich in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Selbst bei dem aktuellen Preis von 2.500 US-Dollar ist Gold - gemessen am Geldangebot - immer noch so günstig wie 1970, als es 35 US-Dollar kostete, oder wie im Jahr 2000, als eine Unze Gold 300 US-Dollar wert war.
Der Übergang von einer unipolaren, von den USA dominierten Welt zu einer multipolaren Welt geht einher mit der Aufwertung des Edelmetalls Gold, das eine 5.000 Jahre alte Erfolgsgeschichte als ultimativer Wertspeicher hat. Klug investiertes Kapital fließt bereits heimlich in den "Jungbullen-Markt" für Gold, Silber und Minenaktien. Dieser Trend wird Gold, Silber und Minenaktien auf ein deutlich höheres Niveau treiben.
Mögliche Zinssenkungen der US-Notenbank (Fed) und politische Entwicklungen könnten sogar zu einer erneuten Inflationswelle führen - ein Katalysator für den Goldpreis.
Beim Goldinvestment sind, wie bereits erwähnt, verschiedene Faktoren zu berücksichtigen. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen dem Goldpreis und der Zinsentwicklung. Die Fed wird sich wahrscheinlich erneut zu quantitativen Lockerungsmaßnahmen (QE) gezwungen sehen, die den Preisanstieg überhaupt erst ausgelöst haben - möglicherweise in einem noch

größeren Umfang als frühere QE-Programme.
Der Goldpreis erreichte bereits jetzt angesichts steigender Realzinsen Rekordhöhen. Was passiert aber, wenn die Fed zu lockereren Geldpolitiken zurückkehrt und die Währung stärker abwertet als bei den vorherigen Konjunktur-Programmen? Das könnte den Kollaps des US-Dollars einleiten. Damit wären die Ersparnisse sowie die Altersvorsorge vieler Menschen gefährdet.
Die globale Verschuldung hat sich im Laufe dieses Jahrhunderts verdreifacht. Der US-Dollar und die meisten anderen Währungen haben seit 1971 bereits über 98 % ihrer Kaufkraft verloren. Die Schuldenlast wächst - ähnlich wie 1971, als der Goldstandard aufgehoben wurde. Schuldenkrisen führen zu Währungskrisen, Inflation, dem Zusammenbruch von Vermögenswerten und politischer sowie geopolitischer Instabilität. Beachten Sie: Ihr Bankguthaben ist lediglich ein Versprechen Ihrer Bank zur Auszahlung - nicht mehr und nicht weniger. Gold und Silber sind dagegen von den Forderungen und Verbindlichkeiten anderer unbelastet! In Zeiten des drohenden Zusammenbruchs des Geldsystems gewinnt der Werterhalt entscheidend an Bedeutung.
Gold: Das bewährte Glanzlicht im Paradigmenwechsel
Wußten Sie, daß nur 0,5 % des globalen Finanzvermögens in Gold investiert sind? In den kommenden Monaten könnte sich dieser Prozentsatz auf ein Mehrfaches erhöhen - eine bemerkenswerte Verschiebung, die das Edelmetall Gold ins Zentrum rückt. Doch woher kommt das zusätzlich nachgefragte Gold? Produktionssteigerungen sind kaum noch möglich. Es bleibt nur eine Option: ein steigender Goldpreise.
Zudem hat sich die Kluft zwischen Superreichen und Armen exponentiell vergrößert - eine Entwicklung mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Folgen. Die Welt steht vor dem größten Vermögenstransfer der Geschichte.
Emotionen bestimmen in der Regel den Goldpreis. Momentan herrscht nur Vorsicht, gewiß keine Gier und auch keine Angst. Erst die Angst wird die Aufmerksamkeit auf das Gold lenken.
Silber?
Und wie steht es um Silber? Es notiert derzeit noch stark unter seinem Allzeithoch. Silber befindet sich an der Schlüsselmarke von 30 US-Dollar und markiert den Beginn eines massiven, noch nie dagewesenen Bullenmarktes. Sowohl Gold als auch Silber "häkeln" fleißig an der Henkel-Ausprägung einer gigantischen Cup-&-Handle-Formation. Der langfristige Silberchart zeigt eines der stärksten Tasse-Henkel-Muster in der Geschichte der Finanzmärkte!
Übrigens wird dies durch die Aussicht auf eine weitere industrielle Massen-Anwendung unterstützt, wie etwa die neue Festkörper-Silberbatterie für E-Mobile (etwa 1 kg Ag/Auto!) von Samsung; sie verkürzt die Ladezeit auf wenigen Minuten bei einer Reichweite von etwa 1.000 km. Lithium endgültig ade! Jährlich geschätzter Mehrverbrauch an Silber: 16.000 Tonnen!
Gold, das stille Barometer der Finanzwelt, mag dem erratischen Gelddruck-Fieber nicht mehr folgen. In Zeiten der Unsicherheit und der kryptischen Zinspolitik ist Gold unser bewährter Kompaß, der uns durch die Stürme der Finanzmärkte leitet - das erprobte Überlebenspaket
in Krisenzeiten! Sein treuer Begleiter Silber, im Grunde ein technisches Multitalent, reicht seinem edlen Bruder Gold in bangen Zeiten das nötige Kleingeld - ein eingespieltes Team im Tanz der Währungen und Unwägbarkeiten. In diesen Zeiten ist die Vermögenssicherung mit Gold und Silber nicht nur sinnvoll, sondern überlebenswichtig.<<
USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. September 2024 (x1.402/…): >>**Showdown in Philadelphia: Erstes TV-Duell zwischen Donald Trump und Kamala Harris**
Hochspannung in den USA: Zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen treffen die Kandidaten Donald Trump (Republikaner) und Kamala Harris (Demokraten) zu ihrem ersten TV-

Duell aufeinander.
Während sich Vizepräsidentin Harris tagelang hat professionell coachen lassen, geht Trump die Sache locker an: In einem Radiointerview sagte der republikanische Präsidentschaftsbewerber mit Blick auf das TV-Duell, daß er nicht viel dafür tun werde. Entweder habe man seine Themen drauf oder nicht. Für den ehemaligen und womöglich auch künftigen US-Präsidenten ist es bereits der dritte Wahlkampf und die siebte TV-Debatte. Der 78-Jährige liebt die große Bühne und ist Profi darin, seine Gegner in die Enge zu treiben - wie zuletzt im TV-Duell gegen Joe Biden Ende Juni.
Der 90-minütige Debatte Schlagabtausch beginnt am frühen Mittwochmorgen (11. September) um circa 2.45 Uhr deutscher Zeit.<<

11.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. September 2024 (x1.402/…): >>**Der große Migrations-Bluff: Altparteien erklären totalen Asyl-Bankrott!**
Ein zum Scheitern verurteilter "Migrationsgipfel" nach dem anderen, Grenzkontrollen, die allenfalls "Grenzkontröllchen" sind. Dazu Gesprächsangebote, bei denen das Nicht-Ergebnis schon vorher feststeht. Die unfähigen Altparteien haben den totalen Asyl-Bankrott erklärt!
Bluffs, Nebelgranaten und wahltaktische Spielchen um Zurückweisungen, die aus EU-rechtlichen Gründen angeblich nicht möglich sein sollen: Die Deutschen werden spätestens seit dem Scheitern des jüngsten "Migrationsgipfels" nur noch für dumm verkauft! Die "Bild-Zeitung" spricht zutreffend von einer "Schlammschlacht um unsere Sicherheit".
Alice Weidel (AfD): Wem jetzt kein Licht aufgeht, dem ist nicht zu helfen
Das Scheitern des sogenannten Migrationsgipfels von Ampel-Regierung und Union kommt für die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, denn auch wenig überraschend: Auch dem letzten Bürger sollte jetzt klar sein, "daß die Altparteien nicht willens und in der Lage sind, die Migrationskrise zu lösen. Die Ampel-Parteien und allen voran die Grünen hängen weiter einer verantwortungslosen Politik der offenen Grenzen an. Ihnen ist ihre Ideologie wichtiger als die Sicherheit der Bürger!"
Die Verweigerungshaltung der verantwortlichen Politiker, endlich die nötigen Maßnahmen zum Schutz der Bürger zu ergreifen, "macht fassungslos", erklärte Weidel weiter und bekräftigte die Haltung der AfD: "Die Migrationskrise in Deutschland läßt sich nur durch lückenlose Grenzkontrollen und eine konsequente Zurückweisung illegaler Migranten lösen."
Spiel um den "Schwarzen Peter"
Derweil erlebt die Republik erneut das sattsam bekannte erbärmliche Schauspiel gegenseitiger Schuldzuweisungen - dieses Mal vor dem Hintergrund der Brandenburg-Wahl am 22. September.
Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) warf der Union vor, verantwortungslos zu handeln. Sie habe es von Anfang an auf das Scheitern der Gespräche angelegt. Ähnlich äußerte sich Bundesaußenministerin Annalena Baerbock ("Grüne").
Worum ging es zuletzt?
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD hatte bei den Beratungen am Dienstagnachmittag (10. September) in Berlin ein Schnellverfahren vorgestellt, um sogenannte Schutzsuchende von der Einreise nach Deutschland abzuhalten und notfalls mit Hilfe von grenznahen Inhaftnahmen schnell wieder in das zuständige EU-Land gemäß den sogenannten Dublin-Regeln zurückzuschicken. Pauschale Zurückweisungen an der Grenze, wie von der Union gefordert, seien hingegen nicht mit EU-Recht vereinbar.
Was besagt die Dublin-Regelung?
Nach der Dublin-Regelung ist der Staat für das Asylverfahren zuständig, über den ein Antragsteller in die EU eingereist ist. Reist er in ein anderes Land weiter, kann er in das Erstaufnahmeland zurück überstellt werden. In der Praxis findet dies jedoch nur selten statt.

Nebelschwaden und Wählertäuschung
Was auf dem Tisch gelegen habe, werde den Vorstellungen der Union nicht gerecht, sagte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei (CDU). "In diesem Format macht es keinen Sinn", so der Unions-Verhandlungsführer.
Eine der Nebelgranaten, mit der die Ampel seit Wochen um sich wirft, sind die von Faeser ausgeweiteten Grenzkontrollen. Nur: Was nützen Grenzkontrollen, wenn nicht auf dem Fuße die Zurückweisung folgt? Einmal ganz abgesehen davon, daß Österreich bereits angekündigt hat, keine Migranten zurückzunehmen.
Der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio, bringt es auf den Punkt: Die von Faeser angekündigten Grenzkontrollen betreffen "gerade nicht die in Frage stehende Gruppe der Hunderttausenden Asylmigranten. Diese werden vom Netz der Kontrollen bewußt und vorsätzlich nicht erfaßt."
Curio resümiert: "Dieser Regierung ist im Zweifelsfall die Inszenierung von medialen Events wichtiger als effektive Sacharbeit. Auf den letzten Metern vor der Brandenburg-Wahl kommt aus dem Panik-Raum der Bundesregierung nichts anderes als Nebelschwaden und Wählertäuschung."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. September 2024 (x1.404/…): >>**Carolabrücke in Dresden teilweise eingestürzt**
In Dresden ist es in der Nacht zu Mittwoch zu einem Teileinsturz der Carolabrücke gekommen. Aus noch unbekannter Ursache sei in den frühen Morgenstunden auf einer Länge von etwa 100 Metern der Teil, auf welchem normalerweise die Straßenbahnen verkehren, in die Elbe gestürzt, teilte die Feuerwehr mit. Am Brückenkopf auf der Altstädter Seite hat sich demnach auf einer Länge von etwa einem Meter ein Spalt gebildet. Darüber hinaus ist es in diesem Zuge zu einem Defekt an zwei Leitungen der Fernwärme gekommen.
Aufgrund des Defektes der Fernwärmeleitungen fiel im gesamten Stadtgebiet momentan die Fernwärme aus. Das ausströmende Wasser hat Teile des Terrassenufers komplett unter Wasser gestellt. Durch die Einsatzkräfte wurde der gesamte Bereich um das eingestürzte Bauwerk sowie die Brücke selbst gesperrt.
Davon betroffen war auch der Elberadweg, das Terrassenufer sowie die Bundeswasserstraße Elbe. Personenschäden wurden zunächst nicht gemeldet. Die Ermittlungen zu den Hintergründen laufen. Die Carolabrücke ist eine von vier Elbbrücken in der Dresdner Innenstadt. Sie wird im Süden in der Altstadt durch den Rathenauplatz und im Norden in der Inneren Neustadt durch den Carolaplatz begrenzt. Das Bauwerk wurde 1971 fertiggestellt.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30353" berichtet am 11. September 2024 (x1.400/…): >>**Doku von AUF1: Corona-Helden - gejagt, gehetzt, geächtet! Wir vergessen euch nicht!**
"Das ist das größte medizinische Verbrechen aller Zeiten. Ein humanitäres Desaster noch nie gesehenen Ausmaßes." "Das wird euch niemand verzeihen." "Bitte verlassen Sie unverzüglich diesen Bereich!" "Wir sind das Volk! Wir sind das Volk!"
"Haben Sie eine Maske dabei? Bitte anziehen, ansonsten den Platz verlassen!"
"Die Impfungen sind halt mehr oder weniger nebenwirkungsfrei." "In meinem Umkreis sind neun Leute nach der Impfung an einem einzigen Tag verstorben in unserem Wohnheim." "Die Ärzte, die jetzt impfen, die werden sich alle noch verantworten müssen. Und spätestens vor Gott." "Wir haben hier kein Killer-Virus. Wir haben hier keine medizinische Pandemie, sondern eine kriminelle Plandemie." "Momentan erleben wir ja wirklich eine Tyrannei der Ungeimpften." "Jetzt wirklich konsequent gegen diese Corona-Leugner und Impfgegner mal etwas unternehmen." "Wir haben hier eine Demokratie zu verteidigen."
Stephan Magnet: "Die Schrecken der Corona-Zeit. Bei manchen sitzen sie tief, für andere

scheinen sie vorbei. Doch für jene Ärzte, die in der Zeit der Masken und Impfungen mutig Widerstand leisteten, um Menschen zu retten und zu schützen, ist es noch lange nicht vorbei. Im Gegenteil, abseits der Öffentlichkeit werden sie bis heute gejagt, gehetzt, geächtet von einem rachsüchtigen, unbarmherzigen und übermächtigen System. Ein System, das nicht verzeiht, daß der Widerstand gegen die Corona-Lügen maßgeblich durch diese Ärzte ermöglicht wurde, bis der Angriff auf die Menschheit gemeinsam von uns allen abgewehrt werden konnte.
Wenn der nächste Angriff des von Tag zu Tag offensiver agierenden Globalisten-Regimes auf die Menschen, wenn dieser nächste Angriff im Umweg über die Gesundheitsschiene erfolgt, dann sind der angestrebten Weltregierung Andersdenkende im Weg. Und besonders im Weg sind Ärzte, die nicht den Befehlen von Politik, Militär und Pharma folgen, sondern gemäß dem Hippokratischen Eid ein Schutzschild für die Patienten bleiben wollen. Und deshalb sollen jetzt abseits der Öffentlichkeit unsere Heldenärzte lautlos vernichtet werden.
Von den Medien totgeschwiegen, sollen diese mutigen Menschen bestraft, wirtschaftlich und gesellschaftlich ruiniert und dann vergessen werden. Wir aber haben sie nicht vergessen. Wir haben stellvertretend für all die anderen, die dem Corona-Regime nicht zugearbeitet haben, fünfzehn dieser mutigen Menschen besucht. In Deutschland, in Österreich, der Schweiz, ja sogar in Tansania. Denn die Welt muß von den Schicksalen der Mut-Ärzte erfahren. Wir zeigen, wie diese stillen Helden vom System bis heute schikaniert, drangsaliert und verfolgt werden."
Sucharit Bhakdi: "Innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Impfung die Todesfälle gemeldet wurden in den Heimen. Ja, das war im Januar 2021. Da habe ich geweint. Mein Gott, ja. Ich wußte, daß ich mich nicht vertun konnte. Aber daß es so schnell so schlimm kommen würde, das habe ich nicht geahnt.
Mein Name ist Sucharit Bhakdi. Ich bin Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie."
Heinrich Habig: "Als das anfing, habe ich gewußt, hab ein Jahr vorher gewußt, daß so was kommen wird.
Mein Name ist Heinrich Habig. Ich bin praktischer Arzt, Arzt für Naturheilverfahren, Akupunktur und manuelle Therapie."
Thomas Külken: "Mir wurde eigentlich ziemlich früh klar, daß es nicht, um, ähm, die Gesundheit der Bevölkerung geht, sondern daß da dahinter eine Absicht steht und daß zu dieser Absicht auch gehört, nicht nur bestimmte, ich sage jetzt mal, Wahnvorstellungen zu implementieren in der Bevölkerung, sondern auch Feindbilder aufzubauen.
Mein Name ist Thomas Külken. Ich bin Allgemeinarzt und ich bemühe mich um anthroposophische Medizin."
Dr. Gerald Kienecker: "Es wurde ja als Killervirus vorgestellt von der Presse. Und da mußte man also erst mal vorsichtig sein. Das konnte ich nicht besser wissen. Ich konnte nur aufgrund meiner Ausbildung Infektiologie, Epidemiologie, Impfkurs Ehrengut, halte ich immer noch in Ehren in Hamburg, konnte ich also mißtrauisch sein, daß da irgendwas nicht stimmte. Ich fühle mich Patienten verpflichtet. Die Vorgaben dafür wurden von Herrn Hippokrates persönlich festgelegt. Und ich kann mir nicht gut vorstellen, daß plötzlich 2020 unter WHO-Einfluß dieser Schwur, dieser Eid der ärztlichen Verpflichtung gegenüber Patienten gebrochen werden darf.
Mein Name ist Gerald Kienecker. Ich bin Facharzt für Augenheilkunde. Habe weitere Ausbildungen in Pathologie, Innere Medizin und Intensivmedizin."
Dr. Walter Weber: "60 % der Ärzte waren überzeugt, daß die Maßnahmen richtig waren. Und ich konnte so die Kollegenschaft mir anschauen und habe mir dann Gedanken gemacht, warum machen so viele Leute mit?

Mein Name ist Dr. Walter Weber. Ich bin Internist in Hamburg und arbeite in den Schwerpunkten Psychosomatik und Krebsbehandlung und bin seit 53 Jahren approbierter Arzt."
Wolfgang Urmetzer: "Mir war von vornherein klar, auch aufgrund der Erlebnisse in der Klinik mit zum Teil kollabierenden Kolleginnen und Kollegen durch die Rückatmung unter der Maske, daß die Maske ein gesundheitliches Risiko darstellt. Und auch im Jahr 2020, zum Beginn der Pandemie, gab es keinerlei Evidenz, daß die Masken in irgendeiner Form vor einer viralen Erkrankung schützen könnten.
Mein Name ist Wolfgang Urmetzer, ich bin Facharzt für Anästhesie mit der Zusatzbezeichnung Akupunktur und Naturheilverfahren und traditionelle chinesische Medizin."
Dr. Monika Jiang: "Es hat nur funktioniert, weil die Leute so in ihrer Massenpsychose waren. Weil einfach die Medien mitgemacht haben. Ohne Medien hätte es nicht funktioniert. Ohne diese... dieses Beballern, ohne diese ganze... auch im Ärzteblatt, in den Fachzeitschriften, was die geschrieben haben an Schwachsinn! Das hätte man sich fünf Jahre vorher nicht erlauben können. Da hätte jeder gesagt, habt ihr es noch?
Mein Name ist Dr. Monika Jiang. Ich bin Fachärztin für Allgemeinmedizin, Zusatzbezeichnung Naturheilkunde."
Dr. Bodo Schiffmann: "Am Anfang habe ich ganz viele... ich habe unheimlich viele E-Mails bekommen auf diese ersten Videos hin, mit Leuten, die sich bedankt haben, daß ich sie aus der Angst geholt habe und wie wichtig das ist, was ich mache. Und da waren ganz viele Videos dabei, die gesagt haben, du bist vielleicht mutig. Und ich habe gesagt, wieso bin ich mutig? Ich bin einfach nur ein HNO-Arzt. Ein HNO-Arzt ist ein Erkältungsexperte, weil das ist etwas, womit wir unser täglich Brot verdienen. Und wir kennen uns mit Corona-Viren aus. Also insofern, ich habe mir eine Meinung gebildet. Ich versuche, Menschen zu beruhigen, bin Notarzt und dazu muß ich nicht mutig sein.
Mein Name ist Dr. Bodo Schiffmann, Facharzt für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde und Arzt für Notfallmedizin."
Dr. Ronald Weikl: "Ich gehöre immer schon zu den kritischen Menschen. Also wenn irgend etwas von oben so ohne Argumentation vorgegeben wird, da tue ich mich schwer, mich dem anzupassen, mache ich eigentlich prinzipiell nicht. Und ich weiß immer, dort, wo etwas mit Angst und Panik verkauft werden soll, ohne echte Argumente, da ist was faul.
Mein Name ist Ronald Weikl. Ich bin Frauenarzt und praktischer Arzt mit dem Schwerpunkt Naturheilverfahren und Mitinitiator und stellvertretender Vorsitzender der MWGFD, der Gesellschaft der Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V."
Rolf Kron: "Wir wurden also in einer Tour diffamiert und kriminalisiert und das ging wirklich dahin, daß wir Ärzte einfach behandelt worden sind wie Schwerst-Terroristen. Das mit Haustüren aufsprengen und die Ärzte auf den Boden schmeißen und vor ihren Kindern quasi die Handschellen auf dem Rücken zusammen binden. Ja, das ist so das Ding, weil ich eben nach Paragraph 278 der Strafgesetzordnung oder wie das heißt, unrichtige Gesundheitszeugnisse ausgestellt haben soll.
Mein Name ist Rolf Kron, ich bin praktischer Arzt und Homöopath."
Dr. Thomas Binder: "Ich habe ja versucht, Politiker, Journalisten, Ärzte-Kollegen sofort zu informieren über all diese Fehler in diesem Corona-Narrativ und habe nie eine Antwort bekommen. Auch nicht eine Antwort wie: "Thomas, du spinnst" oder so, einfach keine Antwort. Das war schon sehr unheimlich. Und dann werde ich, das waren zwei Juristen die da in meine Verhaftung involviert waren, sowohl der Verleumder als auch der Landammann des Kantons Aargau, also Juristen, wähnten dann über Corona mehr zu verstehen, als ich als Arzt, der noch promoviert hat in Immunologie und Virologie.
Ich meine, das sagt doch irgendwie alles, oder? Also, und darum hat mir das Ganze auch erst recht Energie gegeben. Ich lasse mich doch von zwei so aufgeblasenen Laien, die nicht den

Hauch eines Schimmers haben, wovon sie da überhaupt reden, worum es da bei Corona geht, ich lasse mich doch von solchen Leuten nicht fertig machen. Ich bin nicht der Typ, der Recht haben muß. Die sitzen in den Parlamenten und so weiter. Aber wenn ich Recht habe, dann setze ich mich auch für mein Recht ein. Und vor allem ging es ja hier um die Bevölkerung, darum, die Bevölkerung zu informieren. Und es ist ja nicht um eine Lappalie gegangen, da ging es um Leben und Tod.
Mein Name ist Thomas Binder, ich bin Kardiologe und Internist und habe doktoriert in Immunologie und Virologie."
Dr. Carola Javid-Kistel: "Es war alles Nonsens, auch die Alten wegzusperren in den Altenheimen und keinen Besuch mehr reinzulassen und die einsam und allein sterben zu lassen ohne Besuch und die Kinder vor allen Dingen zu schädigen und monatelanger Lockdown, die Kindergärten, die Schulen zu schließen. Ich habe so viele Kinder behandelt und erlebt, die in dieser Zeit schwer depressiv geworden sind, die wirklich die Albträume hatten, die Schlafstörungen hatten, Eßstörungen entwickelt haben, entweder ganz, ganz viel gegessen haben oder gar nichts mehr, die ewig nur noch am Handy oder Computer oder an einer Spielkonsole rumgedattelt haben. Die gesagt haben, sie wollen nicht mehr leben, weil für manche Kinder war das die Hälfte ihres Lebens, diese Maßnahmen. Das war einfach nur noch irre und ich habe gesagt, ich kann da nicht schweigen.
Mein Name ist Dr. Carola Javid-Kistel, ich bin Ärztin für Homöopathie."
Andreas Heisler: "Ich habe das gemerkt, dadurch, daß meine Praxis plötzlich leer war, als die Pandemie angerollt ist und auch im Kantonsspital, wo ich meine Dienste machen mußte, damals meine Notdienste, war plötzlich gar nichts los. Das Spital war leer, wir wurden nach Hause geschickt, wir durften gar nicht mehr zum Dienst erscheinen, weil das das Kantonsspital Geld gekostet hätte und ich kann meine Arztkollegen da überhaupt nicht verstehen.
Es sind noch 70 andere Hausarztkollegen, die da Dienst machen in diesem Turnus und nur fünf haben es gewagt, meinen Brief, den ich damals an den Gesundheitsminister der Schweiz geschrieben habe, mit zu unterschreiben. Zehn haben gesagt, ich sei verrückt, es sei gefährlich, was ich da mache und das hat dann dazu geführt, daß ich mich ja dazu entschieden habe, in den Widerstand zu gehen, in der Form, daß ich gesagt habe, ich mache da nicht mit und mein Auftrag als Arzt ist es auch, die Stimme zu erheben.
Mein Name ist Andreas Heisler, ich bin Facharzt für Allgemeine und Innere Medizin und arbeite seit 20 Jahren in eigener Praxis hausärztlich."
Dr. Thomas Külken: "Es begann eine regelrechte Hetzjagd auf Ärzte, die sich nicht beugen wollten. Also es war ja zunächst hier die Durchsuchung unter dem einfach frei erfundenen Vorwurf: Ausstellung von Attesten ohne Untersuchung. Dann hat man hier die Akten eingesehen, hat gesehen, die waren alle hier, es sind Aussagen dokumentiert. Man hat auch anschließend Patienten verhört, die hier waren und ein Attest von mir hatten, ob sie wohl in der Praxis waren, warum sie in der Praxis waren, warum sie nicht bei ihrem Hausarzt um ein Attest gefragt haben, sondern weiter weg in Staufen.
Also man ist dem wirklich auf den Grund gegangen und ich weiß indirekt über die Polizei, daß nach diesen Forschungen eigentlich die Verfolgung eingestellt werden sollte. Und dann hat mich aber ein Lehrer angezeigt, der an seiner Schule die Atteste der Schüler und Kollegen kontrolliert. Und der hat einfach mal bei der Polizei behauptet, die Atteste hätte er gesehen, aber die Eigentümer dieser Atteste seien ja gar nicht krank.
Man muß wirklich sagen, diese Gerichtsverhandlung war von A bis Z absurd in allen Situationen bis dahin, daß die Richterin so befangen war, so in Panik immer noch vor dem Virus. Wir mußten - obwohl im Gerichtssaal, im ganzen Gerichtsgebäude keine Maskenpflicht mehr bestand - speziell für diesen Prozeß wurde FFP2-Maske und Nachweis angefordert, und ständig wurde gelüftet, und wenn ich irgendwas gesagt habe, was sie aufgeregt hat, dann hat sie

sich immer die Hände desinfiziert und … also es war skurril."
Dr. Wolfgang Urmetzer: "Wir hatten schon im Wesentlichen die Akten mit Maskenattesten also von Patienten, die nur wegen der Maskenatteste gekommen sind, schon für eine solche Situation bereitgestellt, waren aber dennoch überrascht, daß es dann doch zu einem relativ späten Zeitpunkt doch zu dieser Razzia gekommen ist. Das führt natürlich auch dazu, daß man sicher einige schlaflose Nächte hat, bis man einigermaßen mit dieser Situation zurande kommt, dann weiß man, daß irgend etwas bevorsteht, daß Untersuchungen durchgeführt werden, daß ermittelt wird, daß man damit zu rechnen hat, daß es zu einem Strafverfahren kommt."
Dr. Gerald Kienecker: "Ich wurde angerufen von Leuten, Herr Kienecker, soll ich mich impfen lassen? Ich hab durch's Telefon geschrien: Nein! Ein Nein mit Konsequenzen. Die Exekutive kam und stellte alles auf den Kopf. Auch Kieneckers Lebensgefährtin Claudia Schöne mußte Schlimmes erleben. Es war so, daß diese Hausdurchsuchung oder das Eindringen, der Überfall in meiner Praxis überhaupt nicht richterlich genehmigt war.
Ich habe jeden einzelnen dieser Ordnungsamtleute, das waren immerhin vier, und auch die Polizisten, nach dem richterlichen Beschluß gefragt. Sie haben sich allesamt geweigert, ihren Namen zu nennen, ihren Ausweis zu zeigen. Sie wußten also schon primär, daß sie was Unrechtes taten. Letztlich kam dabei raus, das Geständnis eines, der hat sich verplappert, und er hat gesagt, sie kämen im Auftrag des Leiters des Gesundheitsamtes, dort mal nach dem Rechten zu sehen. Jeder, wer die Sprüche in so autoritären Systemen kennt, weiß, was das bedeutet. Das bedeutet Aggression, das bedeutet handgreiflich zu werden, das bedeutet sehr drastisch zu werden.
Die ganzen Leute suchten ständig, indem sie also an einen ran gingen, suchten also ständig irgendwie Körperkontakt. Das heißt, man sollte sich wehren. Ja? So. Das war reine Provokation. Sie suchten einen Grund, sich zu prügeln. Dann hörte ich plötzlich einen Hilferuf, Gerald, Gerald, ja? Und dann sah ich eben durch diese Schlupftür, im hinteren Eingang des Sprechzimmers, sah ich eben so eine schwarze Figur, riesengroß, hinter Claudia herlaufen, mit hocherhobener Faust, zum Schlagen erhobener Faust. Bleiben Sie bitte zurück! Hallo? Gerald? Hallo? Gerald? Hier ist das Ordnungsamt. Gehen Sie bitte, dann fassen Sie mich auch nicht an! Gehen Sie weg! Gehen Sie weg! Gehen Sie weg! Sie haben hier kein Hausrecht! Verschwinden Sie!"
Dr. Monika Jiang: "Na ja, ich hatte jetzt verglichen mit dem, was ich von Kollegen gehört habe, hatte ich Glück mit der Hausdurchsuchung. Also es gab keine Schwarzmänner, es gab keine Gewalt, es gab keine, was man sonst hört, verwüstete Wohnungen danach oder irgendwelche zerstörten Sachen, das gab es alles nicht. Aber ich hatte eine andere Situation, die einfach unfaßbar, unglaublich und letztendlich auch pervers war. Die Polizisten haben also morgens um sechs geklingelt, hat niemand aufgemacht, weil ich habe keine Klingel gehört und wir haben da hinten so einen Löwen mit Ring und da haben sie dagegen gehämmert.
Davon bin ich dann aufgewacht und dann habe ich gesehen, rings um das ganze Anwesen, also weiß ich nicht, zehn, zwölf Polizisten mit Scheinwerfern, die hatten wirklich also quasi das Gebäude umstellt, haben rumgeleuchtet und haben sich dann vier oder fünf, haben dann eben sich Eintritt verschafft, haben dann auch ohne Hausdurchsuchungsbefehl, also die wollten mich abholen als Zeugin zu einem Verfahren gegen eine Patientin wegen Maske in Nürnberg, das war der Hintergrund. Das war mittags das Verfahren, Zeit ohne Ende, ich wäre gefahren, ich habe ihnen gezeigt, hier sind die Unterlagen, hier ist meine Tasche, es ist alles gepackt, ich fahre selber. Nein, die haben mich mitgenommen.
Meine Tochter haben sie im Bett, die lag noch im Bett und hat geschlafen, alles dunkel, mit Scheinwerfer, also Taschenlampe ins Gesicht geleuchtet. Das sind einfach Traumatisierungen, die sind, ich glaube, die sind systematisch. Also die sind wirklich so gezielt angewiesen, weil

es macht keinen Sinn. Dann haben sie mich, also zwei Polizisten in dieser Minna nach Nürnberg gekarrt, das ist auch kein Luxus, in so einem Teil zu fahren, also hinter Gittern.
Dann war ich im Nürnberger Landgericht unter Tage, in der Zelle, auch nochmal ein, zwei Stunden, weil, wie gesagt, es war früh, es war viel zu früh. Auch das war eine Erfahrung, also da ist man so in einem Gewölbe, es hat so eine Schwingung von tief im Kerker, dann hat mich irgendwann der Polizist da rausgeholt, dann halt direkt in den Prozeß geführt, nur als Zeugenaussage. Also es ist einfach jenseits von Recht und Ordnung."
Dr. Thomas Binder: "In der Schweiz bei Dr. Binder kam es ebenfalls zu einer Razzia der besonderen Art. Der Vorwand hierfür war mehr als kurios. Ja, ich wurde nicht primär von einer Behörde oder vom Staat verfolgt, sondern ein mir gut bekannter Verleumder hat die Behauptungen aufgestellt, ich würde Bedrohungen ausstoßen, ich sei bewaffnet und hätte eine psychiatrische Vorgeschichte. Und haben dann den Polizeipräsidenten des Kantons Aargau informiert und der hat dann diese wahnsinnige Aktion gestartet, in der insgesamt 60 Polizisten im Einsatz waren.
Das war am 12. März 2020, wollte ich für eine Woche in die Ferien verreisen. Und kurz bevor ich fertig war, so etwa halb 11 wäre ich fertig gewesen, und kurz nach 10 Uhr wollte ich mir ein Espresso holen in der kleinen Küche da. Und dann lief ich eben bei der Eingangstüre vorbei, die ist aus Glas. Und da habe ich durch die Eingangstüre, draußen im Gang, Polizisten gesehen. Auf der Treppe, die nach oben führt, etwa fünf bis zehn, auf der Treppe, die nach unten führt, etwa fünf bis zehn, und zwar wirklich die Hardcore-Polizisten mit hellen kugelsicheren Westen und die MPs so auf die Praxistür gerichtet.
Da bin ich sofort zurückgekehrt an den Computer, habe in Twitter einen Tweet abgesetzt, so im Stil von Hilfe, die Kapo holt mich ab. Das hat dann in den sozialen Medien gewisses Aufsehen erregt. Und dann, meine Tochter konnte ich auch noch anrufen, weil ich dachte mir, ja, was passiert jetzt mit mir?
Am Schluß erschießt man mich und man sagt, es sei Notwehr gewesen, also ich will gewisse Leute informieren, was da abgeht, weil es war eine unheimliche Situation damals. Dann bekam ich einen Anruf auf mein Handy. Es war eine Dame, sie hat gesagt, ja, hallo, Sie sollten vor die Türe, vor die Praxistür rauskommen. Ja, warum soll ich vor die Türe kommen? Ja, wir sagen es Ihnen dann, hat sie gesagt. Ja, und dann bin ich raus gelaufen, so mit dem Handy in der Hand, der linken Hand das Handy, und habe die Türe aufgemacht und sie hat mir gesagt: Behalten Sie das Handy in der Hand, daß ich Ihnen Anweisung geben kann, öffnen Sie jetzt die Tür! Ich habe die Tür aufgemacht:
Und so treten Sie raus und halten Sie die Hände hoch! Da hatte ich so in der linken Hand das Handy und die rechte Hand hoch, habe mich dann noch einmal um meine Achse gedreht, daß man auch sieht, daß ich doch nicht zehn Kalaschnikows, Handgranaten und solche auf mir habe, obwohl ich überhaupt keine Bewaffnung hatte, keine Anzeichen von Gewalt zu sehen waren, hieß es: Zugriff!
Und da haben sich etwa drei von diesen Jungs auf mich gestürzt, haben mich auf den Boden gerissen, der Kopf ist auf den Boden geknallt, hat auch noch eine kleine Wunde gegeben, nichts Schlimmes, aber immer ein bißchen geblutet und dann lag ich auf dem Bauch, und auf dem Rücken haben sie mir die Hände zusammengebunden und so nach, die Zeit ist schwierig abzuschätzen, aber ich habe das Gefühl, nach ein paar Minuten habe ich da mal gesagt, hey Jungs, ich bekomme jetzt keine Luft mehr. Es gab da mal einen berühmten Fall in den USA, eines Farbigen und ja, dann ließ man mich da mal aufstehen.
Dann kamen dann zwei normal uniformierte Polizisten aus dem Lift und die kannte ich. Ja Thomas, komm jetzt runter, beruhige dich und wir schauen jetzt mal und so. Nachdem man mich verhaftet hatte, nach einer Stunde hat man realisiert, ich habe kein Gesetz gebrochen und darum konnte man mich gar nicht inhaftieren. Man hat dann aber eine Ärztin zu mir ge-

schickt, die die Hafterstehungsfähigkeit prüfen sollte, obwohl man mich gar nicht inhaftieren konnte und die hat mich ja dann für selbstgefährlich und Corona-wahnsinnig erklärt. Sie hat eine neue Diagnose erfunden, die steht nirgends im ICD. Meine angebliche Bewaffnung war meine Armeepistole, die aber zuhause eingelagert war.
1980 trat ich der Schweizer Armee bei, mußte ich natürlich, war Mitglied der Sanitätstruppen als Medizinstudent damals und dort ist die Bewaffnung kein Sturmgewehr, sondern eine Pistole, die persönliche Ordonnanz war. Die habe ich dann behalten nachher als Oberleutnant, und als ich vor 15 Jahren aus dem Militär ausschied, habe ich die zuhause eingelagert, ohne Munition und das ist völlig normal in der Schweiz und legal, in der Regel behält man seine persönliche Waffe nach dem Militär. Und die war genau dort, seit 15 Jahren eingelagert.
Schon bei der Verhaftung haben mich die Polizisten natürlich gefragt, wo ist die Pistole, wo ist die Pistole? Was für eine Pistole? Ja, Sie haben eine Pistole. Ja, Moment, Sie meinen meine Armeepistole? Ja, die ist seit 15 Jahren zuhause eingelagert. Ich habe ihnen dann gesagt, wo, habe ihnen auch noch gesagt, aber geht die jetzt nicht holen, irgendwie Mitternacht?
Meine Frau, die erschrickt, die bekommt einen Herzinfarkt, wenn ihr jetzt reingeht, die bitte morgen holen. Sie sind dann trotzdem nachts um eins so, bei meiner Frau rein, die hat das, die Klingel nicht gehört, da haben sie mit meinem Schlüssel, sind sie unten rein und auch so Rambo-mäßig haben sie sie da im Bett dann überfallen. Also die hat wirklich möglicherweise sogar in dieser Nacht einen Hirnschlag bekommen, also es war wirklich, es war heavy, also diese Rambo, es ist unglaublich, was die da angestellt haben.
Und dann wurde ich ja zuerst, wurde ich 36 Stunden in eine Isolationszelle gesteckt. Im Volksmund ist das eine Gummizelle, da stimmt alles, nur Gummi hat es nicht, es ist einfach eine Isolationszelle und das Bett ist einfach eine Matratze und Toilette und Lavabo sind so konstruiert, daß man sich nicht irgendwie erhängen, selber wehtun kann oder so. Und da war ich 36 Stunden, ohne zu wissen, weshalb ich dort war, ohne vorher einen Anwalt gesehen zu haben, ich meine, das war alles schwerst illegal, oder? Und dann war ich allein 36 Stunden über Ostern, oder?
Am Ostertag, Sonntag, lag ich da auf dieser Matratze, meistens lief ich ums Bett rum, oder? Als erstes habe ich dann diese Matratze von der Wand weggenommen, daß ich um das Bett herumlaufen konnte. 36 Stunden im Bett liegen kann auch kein Mensch, oder? Es hat keinen Stuhl, gar nichts. Und da hatte ich natürlich viel Zeit nachzudenken und ja, da habe ich mir schon überlegt, also was geht da vor? Ich verstehe es nicht, oder?"
Dr. Bodo Schiffmann hat aufgrund der Situation die Heimat verlassen und lebt mittlerweile mit seiner Familie in Tansania. Zuvor in Deutschland mußte er mehrere Razzien über sich ergehen lassen.
Dr. Bodo Schiffmann: "Wir hatten eine Hausdurchsuchung in unseren Privaträumen und Praxisräumen und danach waren wir tatsächlich traumatisiert. Und das war im Februar 2021. Meine Hausdurchsuchungen dienen ja in erster Linie mal dazu, daß die Nachbarschaft das mitkriegt und daß man eingeschüchtert wird. Und es ist so, du wirst dadurch traumatisiert, weil für mich ist das ein bewaffneter Raubüberfall durch den Staat ausgeführt, weil der nimmt ja von dir Sachen weg.
Und wir waren dann wirklich so, daß wenn ein Postbote vorgefahren ist oder was ähnliches, daß wir immer dachten, jetzt kommt die Polizei schon wieder. Auf jeden Fall kamen sie dann. Man muß sich das vorstellen, hier war die Frage, ob ein paar Maskenatteste ausgestellt wurden, und man wollte unsere Patientenakten komplett beschlagnahmen mit 85.000 Patienten drin. Und man muß wissen, die erste Hausdurchsuchung in der Praxis hat dazu geführt, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren offiziell eingestellt hat.
Das heißt, sie hat sich die Atteste angeschaut und hat dann gesagt, ja, die sind gerechtfertigt, das ist okay. Und hat das Verfahren offiziell eingestellt, daß wir angeblich falsche Maskenat-

teste ausgaben. Und trotzdem kamen die nochmal. Es gibt der Sache ja nochmal ein besonderes Geschmäckle.
Es kommt jemand rein, zeigt dir ein Blatt Papier. Es war dann sogar noch ein Staatsanwalt mit dabei. Und der hat uns dann direkt eröffnet, daß uns dieselbe Ausstattung nochmal bei uns in den Praxisräumen steht. Und dann hat man mir gesagt, ich soll jetzt zu den Praxisräumen fahren, und meine Frau war da alleine. Und unsere Kinder waren oben. Es wurde auch in die Kinderzimmer reingegangen. Es wurde den Kindern etwas weggenommen, was gar nicht erlaubt ist.
Es ging darum, einen Praxisbetrieb zu zerstören. Ist klar, ich meine, wenn man … die Sachen wegnimmt und dann auch ein Richter unterschreibt, daß 85.000 Patientendaten eingesehen werden dürfen. Also das war für mich ja der Grund, daß ich aufgehört habe mit der Kassenarztpraxis. Das heißt, wir haben unsere beiden Kassenzulassungen zurückgegeben."
Die nach Mexiko geflüchtete Dr. Carola Javid-Kistel bekam gleich mehrmals Besuch von der Staatsgewalt, sogar in ihrer Abwesenheit.
Dr. Carola Javid-Kistel: "Also ich wurde angeklagt, weil ich Maskenbefreiungsatteste ausgestellt habe für meine Patienten. Ich muß dazu sagen, ich habe 80 bis 90 Prozent Kinder und Jugendliche in Behandlung und habe da wirklich sehr viele Atteste ausgestellt. Und da habe ich sehr viele Impfunfähigkeitsbescheinigungen ausgestellt, und das war dann später auch ein Anstoß, weshalb man dann auch diese Polizeirazzien gemacht hat. Das Ganze ist dann in der Folge ja noch also dreimal passiert, bis ich dann eigentlich die Reißleine gezogen habe und mich nur noch in der Praxis quasi eingeschlossen habe und auch zu Hause eingeschlossen habe.
Und nach der dritten Polizeirazzia, das war dann im Februar, Anfang Februar 2022, da habe ich dann so eine schwere posttraumatische Angststörung entwickelt oder posttraumatische Belastungsstörung entwickelt, daß ich wirklich mich überall eingeschlossen habe und nur noch ausgewählte Leute in die Praxis oder zu mir nach Hause gelassen habe, daß ich Albträume hatte, daß ich geträumt habe, die würden mich mitnehmen, die würden nicht nur meine Akten mitnehmen, sondern mich mitnehmen und einsperren und dann auch noch zwangsimpfen wollen gegen Corona und ich hätte ein Messer in der Hand gehabt im Traum und hätte dann zugestochen und bin schweißgebadet aufgewacht. Und das war der Zeitpunkt, wo ich gesagt habe, ich muß jetzt aus Deutschland unbedingt raus, und habe dann erstmal so einen Erholungsurlaub quasi in Mexiko gebucht."
Aus dem Urlaub wurden zwei Jahre. Zwei weitere Razzien folgten während ihrer Abwesenheit. Nach Deutschland wollte Dr. Javid Kistel nicht zurück. Doch was ihr fehlte, war ihre Familie.
Dr. Carola Javid-Kistel: "Ich bin ein Familienmensch. Ich habe selbst drei erwachsene Kinder, ich habe vier Enkelkinder und ich habe natürlich auch noch eine Mutter in Deutschland und einen Stiefvater und Geschwister und so weiter. Und ich hatte viele von denen jetzt - die meisten von denen - jetzt gar nicht gesehen, zwei Jahre lang fast nicht gesehen, als ich in Mexiko war. Und dann haben wir es gewagt, uns einfach mal in der Schweiz zu verabreden, in Zürich. Und ich habe gesagt, okay, Schweiz ist nicht Deutschland. Schweiz ist neutral. Schweiz ist auch nicht EU. Wird schon gut gehen.
Habe mich leider auch nicht erkundigt, ob es einen Haftbefehl gegen mich gab denn irgendwie inzwischen. Ich habe gedacht, okay, einen internationalen Haftbefehl kann man eigentlich nur ausstellen bei Gewaltverbrechen, Kapitalverbrechen, also Mord, was weiß ich, Totschlag, Bildung einer terroristischen Vereinigung oder Menschenhandel, Waffenhandel, irgendwie so was. Dann habe ich gesagt, okay, da falle ich ja mit meinen Attesten überhaupt nicht drunter. Das werden die nicht wagen. Ja, weit gefehlt.
Ich bin in Zürich auf dem Flughafen am 1. Dezember angekommen 2023, also letztes Jahr.

Und habe meinen Paß dort vorgelegt bei der Einreise, bei der Paßkontrolle. Und habe gesehen, wie sich das Gesicht der Beamtin dort verändert hat, die das eingescannt hat. Und die hat dann gleich zu mir gesagt: Da liegt was gegen Sie vor in Deutschland. Ich kann Sie ja nicht durchlassen. Sie müssen jetzt mitkommen. Und dann hat man gesagt, ja, wir müssen mich jetzt quasi inhaftieren, und hat mich in eine zweimal zwei Meter große Zelle erstmal gesteckt dort, in so einen Raum.
Ich mußte mich komplett entkleiden, wurde komplett abgetastet. Konnte dann gerade noch verhindern, daß sie mir in irgendwelche Körperöffnungen reingegangen sind, weil ich gesagt habe, ich habe mit Drogen nie was am Hut gehabt, ich habe nicht mal einen Joint geraucht in meinem Leben und ich habe keine Drogen irgendwo versteckt, deshalb lassen Sie das, sonst schreie ich ganz laut! Und das war wegen 16 Maskenattesten.
Wegen 16 Maskenattesten ein europäischer Haftbefehl! Ich habe es nicht für möglich gehalten und habe immer wieder nachgefragt und wollte es auch abfotographieren und meinem Anwalt dann schicken gleich. Und dann haben sie gesagt, es ist nicht erlaubt und haben mir alles natürlich weggenommen. Mein Geld, mein Paß, meine Handys, mein Gepäck, alles war weg. Ich war dann ganz allein in dieser Zelle und habe dann gedacht, okay, die Welt geht jetzt unter. Und ich war dann insgesamt zwölf Tage inhaftiert, elf Tage in Zürich.
Und habe dann mit dem Schweizer Anwalt, der noch eingeschaltet werden mußte, dann halt ausgehandelt, nicht ausgehandelt, nein, er hat mir gesagt, ich solle mich vereinfacht nach Deutschland ausliefern lassen, denn wenn ich mich nicht ausliefern lasse, dann könnte das Auslieferungsverfahren in der Schweiz bis zu einem Jahr dauern. Und gegen eine Kaution von 30.000 Euro, die meine Familie innerhalb kürzester Zeit aufbringen mußte - keiner von uns hatte so viel Geld - bin ich dann am 12. Dezember mittlerweile dann aus der Haftanstalt Schwäbisch Gmünd, in die man mich überführt hatte am 11. Tag - also war ich dann noch einen Tag in Schwäbisch Gmünd - und dann hat man mich auf freien Fuß gelassen."
Dr. Bianca Witzschel blieb als widerständige Ärztin in ihrer Heimat Deutschland. Das wurde ihr zum Verhängnis. Im Februar 2023 ließ die sächsische Justiz sie verhaften und in Untersuchungshaft sperren. Die Anklage lautete Dokumentenfälschung in über 500 Fällen für das Ausstellen von Maskenattesten und Impfunfähigkeitsbescheinigungen.
Wir wollten mit der mutigen Ärztin Dr. Witzschel während ihrer Inhaftierung sprechen, doch die Justizvollzugsanstalt blockierte jeden Versuch der Kontaktaufnahme. Man informierte Bianca Witzschel nicht einmal über unsere mehrmalige Anfrage und erteilte uns auch keine Drehgenehmigung. Wiederholte Kontaktaufnahmen verliefen ins Leere. Die Ärztin Bianca Witzschel saß beinahe eineinhalb Jahre im Corona-Kerker des Impfregimes.
Dr. Ronald Weikl: "Ich war mir keiner Schuld bewußt. Ich habe all die Atteste fein säuberlich in Ordnern gesammelt, weil ich gedacht hab, ich mache hier was Gutes. Ich kann sicher sagen, daß ich all den Patienten, denen ich ein Attest ausgestellt habe, die hab ich persönlich kennengelernt bzw. ich wußte, daß diese Patienten existieren und daß sie Beschwerden haben. Also ich war mir bis zu dem Zeitpunkt, als diese Durchsuchung dann plötzlich quasi überfallsartig reingebrochen ist, war ich mir eigentlich sicher, daß das bei mir nicht stattfinden würde. Und dann war dieser 16.12.2020.
Ich war zu dem Zeitpunkt, weil ich mir ein paar Wochen vorher bei einem Sturz den Wirbel gebrochen hatte, zu Hause. Ich habe acht Wochen nicht arbeiten können und bin mit Krücken und Korsett rumgelaufen. Das war so kurz nach acht, als meine Frau plötzlich sagte: Aber da fahren lauter Polizeiautos zu uns rauf. Was ist da los? Ich lag noch im Bett und bin dann aufgestanden. Dann kamen die: Wir haben einen Durchsuchungsbefehl und müssen das ganze Haus durchsuchen. Ich dachte halt, bitte was? Ja wegen Ihrer Maskenatteste.
Was machen Sie in meiner Praxis, in meinem Haus? In meiner Praxis vielleicht, aber warum Durchsuchung? Das kann man anders auch klären. Ja, sie haben den Befehl, sie müssen alles

durchschauen. Dann sind diese zehn Leute hier durch alle Zimmer, haben uns Laptops, Handys, auch von meiner Frau - meine Tochter war noch anwesend - mitgenommen, haben die Kinderzimmer durchgesucht, alle Schränke auch aufgemacht, Nachtkästchen, was ist denn da drin, was hat das mit den Attesten zu tun?
Das Ganze hat vier Stunden gedauert und gleichzeitig lief in der Praxis - meine Helferin hat mich dann verständigt, die hatte hier Verwaltungsarbeiten gemacht - lief auch eine Durchsuchung, wo meine Helferin dann angeschnauzt wurde von dem leitenden Polizeibeamten, der die Untersuchung geführt hat: Sie müssen aussagen, Ihr Chef ist ein Krimineller. Das haben wir dann auch vor Gericht zu Protokoll gegeben, wortwörtlich. Also so eine Voreingenommenheit, man hat sie eingeschüchtert, die hatte wirklich danach große Probleme. Wir waren auch, also ich war wie gebeutelt, ich habe gedacht, das gibt es ja gar nicht und du kommst dir vor, wie vergewaltigt, geschlagen und du bist danach komplett fertig.
Kinder sind besonders betroffen und Kinder haben auch massivste Beschwerden gehabt. Die konnten sich nicht mehr konzentrieren. Die hatten Übelkeit, Kopfschmerzen. Die sind zum Teil in der Schule kollabiert unter der Maske, und ich habe viele, viele Eltern hier in meiner Praxis gehabt, die mir unter Tränen das erzählt haben, auch Kinder, die geweint haben, und es ist ganz klar, daß ich als Arzt hier handeln muß und diesen Menschen ein Attest mitgeben muß.
Ein besonders trauriges Beispiel, viele traurige Beispiele von Patienten, war das eines jungen Mädchens, das mit seiner Mutter im November 2020 vorstellig war, aus dem Bayerischen Wald und das Mädchen hat massiv auf die Maske reagiert, mit Übelkeit, Kopfschmerzen, hat keinen Appetit mehr gehabt, und die Mutter hat mich gebeten, das Kind war hier mit anwesend, ein solches Attest auszustellen. Das habe ich natürlich gemacht, und ein halbes Jahr später, am 6. Mai 2021, kommen die nochmal. Ich denke mir, braucht ihr nochmal ein Attest? Ja, wir brauchen es.
Demnächst haben wir Kommunionsfeier und wir möchten, daß ein aktuell gültiges Attest vorliegt. Die Kommunionsfeier war am 9. Mai, soviel ich weiß, und am Montag darauf hat mich die Mutter angerufen und hat mir Schreckliches berichtet und hat gesagt, stellen Sie sich vor, wir saßen jetzt in der Kirche mit den Verwandten, unser Mädchen hat sich wunderbar auf diese Kommunion gefreut, der Pfarrer zieht schon ein mit den Ministranten und stoppt plötzlich die Messe, weil er entdeckt, daß dieses Mädchen in der ersten Reihe oder in der Bank keine Maske trägt, zitiert die Mutter des Mädchens in die Sakristei, bricht die Messe ab - alle warten, alle schauen auf dieses Mädchen - und sagt dann:
Ja, haben Sie ein Attest? Und dann sieht er, das Attest ist von Weikl: Ja, das ist ja der Maskenarzt, das geht ja gar nicht, läßt die Polizei kommen, das Ganze hat, glaube ich, über 30 Minuten Verzögerung mit sich gebracht."
Betroffenes Kind und seine Mutter: "Die Polizei hat mich gefragt: Kann Ihre Tochter eine Maske tragen oder nicht? Und ich habe gesagt: Nein. - Wie der Pfarrer reagiert hat, das ist schon übertrieben und schlimm und es hat schon die Kommunion ruiniert."
Dr. Ronald Weikl:
"Ich finde es so unsäglich unempathisch von einem Pfarrer, der sich eigentlich um das Wohl der Menschen kümmern muß."
Rolf Kron: "Um 6 Uhr in der Früh kamen sie und haben dir fast die Haustüre eingeschlagen. Vor lauter Lärm gehst du dann natürlich runter und schaust, was ist da los? Und ich hab dann eben meinen Fuß vor die Türe gehalten und hab aufgemacht. Ich hab gesagt: Ja, Polizei, seid ihr jetzt die russische Mafia, die jetzt hier bei unserem Kabarett sich die Uniform ausgeliehen hat? Ich möchte gerne erstmal Ihren Dienstausweis sehen und auch den Durchsuchungsbeschluß. Nein, Sie machen jetzt die Türe auf! Dann sag ich: Nein, ich möchte erst den Durchsuchungsbeschluß sehen. Nein, Sie machen jetzt die Türe auf!

Und der Druck auf die Türe wurde immer größer. Da war ein 2-Meter-Schrank da draußen davor gestanden, schwerst bewaffnet, ein großes Arsenal von Menschen da draußen. Und, ja, und die haben mich dann mehr oder weniger quasi in mein Wartezimmer reingedrückt. Sie wollten mir in meinem Haus eine Maske aufzwingen, daß ich gesagt habe, ich werde mit Sicherheit in meinem Haus keine Maske tragen. Ja, überhaupt, das geht jetzt, glaube ich, ein bißchen zu weit. Und dann haben sie mich in meinem Wartezimmer festgehalten.
Wie gesagt, ich hätte eigentlich einen Anwalt rufen dürfen, da habe ich einen Fehler gemacht, weil ich eben mein Telefon in der Hand hatte und gesagt habe, ich rufe jetzt meinen Anwalt an. Nein, Sie rufen niemanden an! Dadurch hat er gesehen, daß ich mein Handy in der Hosentasche hinten hatte. Und das haben sie mir dann auch noch weggenommen. Sie haben zwei Handys mitgenommen, zwei Laptops mitgenommen, Festplatten mitgenommen, Steuerordner mitgenommen, ja, sogar aus meiner Privatwohnung oben hat man noch Patientenbriefe mitgenommen, die dort auf der Anrichte lagen.
Ja, selbst oben in einer vermieteten Wohnung sind sie eingedrungen. Die Scheune haben sie durchsucht (und) die Garagen … Man muß sich das wirklich geben. Was suchen die? Was suchen die? Also, hätte mich nicht gewundert, wenn die noch irgendwo, weiß ich wie, ein Kinderporno in meiner Garage gefunden hätten oder ein Tütchen Kokain da draußen in meiner Scheune, um mich irgendwie dingfest zu machen. Keine Ahnung, keine Ahnung.
Also, man fühlt sich wirklich wie ein Schwerstterrorist. Und das setzt schon zu. Ich sage ja, Gott sei Dank war ich alleine an diesem Morgen, weil mein Sohnemann hätte das, glaube ich, nicht so leicht überlebt. Und vor allen Dingen aber auch, was die Presse letztlich draus macht. Die haben ja ein Foto in die Zeitung gesetzt, wo eine lange Schlange von Polizisten blaue Kübel rausgetragen haben sollen. Ja, und es wurde massenhaft Beweismaterial sichergestellt. Die haben ein Durcheinander hier hinterlassen, es war wirklich nicht zu fassen. Und ja, was bleibt, wenn die abziehen? Ich saß hier zitternd, ja, und meine Patienten kamen und diese Anspannung auch - ich bin in Tränen ausgebrochen, weil du fühlst dich ja wirklich wie… das kann man gar nicht beschreiben."
Unbeschreiblich ging es auch bei Heinrich Habig zur Sache. Der ungebetene Besuch der Staatsanwaltschaft endete in Haft.
Heinrich Habig: "Also so, wie ich das an dem Tag mitbekommen habe, hat die Staatsanwaltschaft mir vorgeworfen, daß ich unrichtige Impfausweise ausstelle oder anstatt des Impfstoffs zum Beispiel Kochsalz gespritzt hätte und das bei 6.000 Patienten. Irgendwann um 10 Uhr morgens - ganz normaler Praxistag - da öffnete sich die Tür und die Staatsanwaltschaft Bochum ging einfach rein. Ich dachte, was habe ich verbrochen? Alles mußte geöffnet werden, mußte geguckt werden, alle Papiere wurden eingesammelt, teilweise die Impfchargen, die Abfalleimer, die Papierabfalleimer, da, wo eventuell Sachen vermutet wurden, Spritzen und so, alles wurde gesammelt.
Die Leute, die aus meiner Praxis kamen, haben die dann sozusagen mitgenommen, wenn die bei mir waren, und haben gesagt: Haben Sie einen Impfausweis, kommen Sie mit, wir machen eine Blutprobe! Und manche wollten ihren Anwalt, das wurde nicht genehmigt und so weiter. Sie wollten jede Menge Geld finden, das haben sie ja auch nicht gefunden, weil sie behauptet haben, ich hätte mir von den Patienten horrende Summen zahlen lassen für Impfausweise, was die Staatsanwaltschaft ja dann in ihrem Plädoyer für das Urteil nicht mehr aufrechterhalten konnte aufgrund der Zeugenaussagen.
Und dann sagte die Staatsanwältin auf einmal zu meiner Frau: Ach, ich habe mir gerade überlegt, Sie zeige ich auch noch an, gegen Sie ermittle ich jetzt auch noch. Einfach so aus heiterem Himmel. Wie ist sie da wohl drauf gekommen? Na ja, und dann sagten sie, jetzt gehen wir in Ihre Wohnung, sagen Sie mir, wo die Wohnung ist, ansonsten brechen wir die Tür auf. Und dann haben die dann bei uns zu Hause was auch immer gesucht. Ich nehme an, die hätten

das jetzt auch weitergemacht, alle paar Tage hätte ich dann wahrscheinlich eine Hausdurchsuchung gekriegt mit irgendwelchen Vorwürfen, mit irgend etwas.
Und dann sind wir in ein freistehendes Gebäude von dem Bruder meiner Frau, der hat uns das angeboten in Dortmund, also sind wir umgezogen, sind wir eingezogen, und haben von da aus jeden Tag die Praxis abgewickelt. Das heißt, ich habe die Sachen verkauft, ich habe Leute… Regale, Tische, Stühle, alles, was man mehr oder weniger in der Praxis hat, und was man ja nicht irgendwo so schnell unterstellen kann. Da hat mir die Staatsanwaltschaft dann unterstellt, ich hätte die Sachen unter Wert verkauft, und zwar absichtlich, weil ich ganz schnell Geld flüssig machen müßte, um meine Flucht zu finanzieren. So, endlich hatten sie jetzt einen Grund.
Also Untersuchungshaft muß man sich vorstellen, Sie kriegen morgens gesagt, heute findet ein Besuch statt, dann werden Sie um 7.30 Uhr abgeholt, werden dann in so einen Raum geführt, ja, und da wartet da schon diese Frau. Jetzt ist es aber so, Sie werden um 8.00 Uhr nicht abgeholt, um 9.00 Uhr, um 10.00 Uhr, um 11.00 Uhr nicht, keiner sagt Ihnen Bescheid.
Und dann sage ich: Wieso, was war mit dem Besuch? Wissen wir nicht, müssen wir bei der Pforte anrufen, die wissen ja auch nichts. So wird man die ganze Zeit so ein bißchen verschaukelt. Ja, ich hab dann immer erfahren, ich war da, umsonst da, und da hab ich keine Genehmigung gekriegt, dann wollten mich ja auch die Enkelkinder mal besuchen, das wurde dann auch nicht genehmigt, und so weiter und so fort. Also es war, am laufenden Band wurde es … ja, sabotiert."
Diese Sabotage und die Ungewißheit war für Fatima Habig unerträglich.
Fatima Habig: "War schon schlimm. Man kann sich das nicht vorstellen, so schlimm. Man hat mir irgendwie meinen Mann weggenommen, wir waren nie getrennt, wir haben immer zusammengearbeitet, wir haben alles zusammen gemacht, und plötzlich war er halt nicht da. Ich durfte ihn noch nicht mal verabschieden, als sie ihn abgeholt haben."
"Die erste Demonstration, die von meiner Frau organisiert wurde, ja, die hab ich nicht so richtig mitgekriegt. Draußen war eine riesige Demonstration mit Trommlern und Transparenten. Ja, und viele Leute hatten auch T-Shirts an, da stand Freiheit für Heinrich, die kamen auch ins Gericht mit diesen T-Shirts, wo Freiheit für Heinrich draufstand, was der Richterin natürlich nicht gefiel. Und dann haben die da so Freiheitslieder gesungen, ja, und, ja, das war beeindruckend.
Das war ein tolles Signal von draußen. Ja, ich wußte, die haben mich nicht vergessen. Das war schon toll. Und dann kam ein Richter, das weiß ich noch, das war Herr Yilmaz, ein türkischer Richter, der auf einmal sagte: Ihre Sachen liegen schon bereit. So, da wußte ich jetzt, wenn die Sachen in der Kammer bereit liegen, dann scheint wohl die Entlassung kurz bevor zu stehen. Und dann durfte ich raus. Alle waren da. Kinder, Cousinen, die ganzen Freunde, die Anwälte, völlig fremde Leute, teilweise aus anderen Städten. Das war nochmal ein Höhepunkt."
Dr. Thomas Külken: "Doch es gab auch bitterböse Stimmen aus der Bevölkerung. Beleidigungen, Anschuldigungen und sogar Morddrohungen. Herr Dr. Külken, im Grunde sind Sie eine mickrige Hans Wurst, genau genommen ein Mörder, indem Sie dumme, manipulierbare Menschen mit Ihren fanatischen, aggressionsgeladenen Reden Ihre Anhänger dazu anstacheln, sinnvolle Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie (in Klammern, wissen Sie überhaupt, was eine Pandemie ist?) zu unterlassen."
Also auch das ist allen so gegangen. Sie haben Morddrohungen bekommen. Einiges hat die Kripo dann auch sich näher angeguckt, weil es doch ein bißchen merkwürdige Morddrohungen waren. Dr. Bodo Schiffmann:
"Das war ein Grund, warum wir weggegangen sind, weil wir Morddrohungen gekriegt haben gegen die Familie. Also nicht gegen mich, sondern gegen die Familie. Auf mich hat man einen Mordanschlag durchgeführt. Das Auto sagte auf einmal Druckverlust, Reifen vorne

rechts. Da bin ich sofort rechts rangefahren, und da war in Rekordzeit das raus, die Luft raus. Und dann habe ich jemanden geholt, hat das Ding mitgenommen in die Werkstatt und der hat dann die Reifen halt auch abgezogen und hat gesagt, da ist reingebohrt worden. Das ist nicht so passiert. Ich habe auch Bilder davon. Also sagt, das ist definitiv so, so was haben sie noch nie gesehen. Das ist definitiv mit einer Bohrmaschine gemacht worden und so, daß dann das Ding, wenn du schnell genug auf der Autobahn bist, halt auch entsprechend platzen kann."
Und diese Flucht ist für Dr. Mechthild Schiffmann bis heute schwer zu ertragen.
Dr. Mechthild Schiffmann: "Ich vermisse die Straße, in der wir gewohnt haben. Es ist Heimat gewesen. Es ist eine Art von Entwurzelung passiert."
Dr. Monika Jiang: "Beim Amtsgericht, da wurde ich zu zwei Jahren und neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Und die Staatsanwaltschaft, die hat zuerst Berufung eingelegt, weil die Strafe war ihr zu lasch. Also sie wollten drei Jahre plus, am Anfang der Verhandlung, also in Berufung, und haben sich dann gesteigert im Plädoyer, vier Jahre Gefängnis ohne, also vier Jahre Gefängnis."
Dr. Wolfgang Urmetzer: "Es waren 30 Verhandlungstage, das ist sehr viel. Man hatte mir am zweiten Verhandlungstag einen Deal angeboten, der hieß: Schuldeingeständnis für 100 falsche Gesundheitszeugnisse. Dann eine sehr hohe Geldstrafe mit maximal 720 Tagessätzen, das würde bei 100 Euro 72.000 Euro entsprechen. Und das führt natürlich letztlich dann auch zum Entzug der Approbation."
Dr. Carola Javet-Kistel: "Ja, das mit dem Urteil war ja natürlich auch so eine Farce. Also letztendlich wurde das Ganze ja vorher besprochen zwischen dem Staatsanwalt, dem Richter und meinem Anwalt. Da wurde das Strafmaß vereinbart und das waren letztendlich - es ist genauso gekommen - 14 Monate auf Bewährung, ausgelegt auf drei Jahre plus 1.000 Euro Geldstrafe. Das heißt, es waren insgesamt fünf Anklagen. Also zwei Anklagen wegen der Gesundheitszeugnisse, einmal dann die Volksverhetzung, die Beamtenbeleidigung und die üble Nachrede gegen den Kollegen. Also zwei Anklagen sind fallen gelassen worden dann. Sie haben mir auch zugesichert, daß ich dann halt nach Verhängung dieser Freiheitsstrafe auf Bewährung ausreisen kann aus Deutschland, daß ich wieder nach Mexiko gehen kann."
Dr. Thomas Binder: "Das war natürlich ein Fressen für die Journalisten, oder? Die Journalisten konnten dann natürlich 15 Monate lang immer wieder schreiben, wenn ich irgendwas gesagt hatte oder irgendwie zu sichtbar wurde in der Öffentlichkeit: Ja, der Doktor Binder, der ist ja dieser Bekannte, ein Durchgeknallter, gegen den ja ein Strafverfahren läuft."
Dr. Walter Weber: "Juni 22 hat die Staatsanwaltschaft die Anklage mir geschickt. Gleichzeitig eine Presseerklärung gegeben mit Namensnennung: Dr. Walter Weber aus Winterhude ist angeklagt. Und einen ganzen Tag lang wurde mein Konterfei in der U-Bahn gezeigt. Das nannte man im Mittelalter 'an den Pranger stellen'."
Heinrich Habig: "Der BGH muß sich natürlich mit fast 1.000 Seiten Revision beschäftigen, die der Anwalt geschrieben hat. Also das heißt, die Richter beim Bundesgerichtshof müssen sich damit auseinandersetzen und müssen dann ja auch eine entsprechende Begründung schreiben. Und das kann so oder so ausgehen. Ich hab ja in der Untersuchungshaft auch Leute erlebt, die schon ein Jahr auf ihre Revision warteten."
Dr. Ronald Weikl: "Ein Richter, auch ein Hardliner, der es immer noch nicht eingesehen hat, keine Argumente hat gelten lassen, hat mir dann 200 Tagessätze à 100 Euro aufgebrummt. Damit bin ich natürlich vorbestraft. Das sind 20.000 Euro. Und wir sind dagegen nochmal in Revision gegangen, noch ein weiteres Mal, und haben vor allem angeführt, zum einen die nicht bestehende wissenschaftliche Faktenlage, aber auch, daß dieser Paragraph 278 überhaupt nicht geeignet ist und daß es eigentlich eine Rechtsbeugung ist. Und das wurde jetzt in Kenntnis der aktuellen Sachlage des RKI, der RKI-Files, trotzdem wieder praktisch abgewiesen, unter den Teppich gekehrt, tut nichts zur Sache. Das Urteil ist damit rechtskräftig und jetzt bin

ich, wie es ausschaut, aktuell rechtskräftig verurteilter Straftäter."
Rolf Kron: "Die größte Strafe ist ja die, daß wir Haftstrafen angedroht bekommen, zwischen drei bis fünf Jahren. Die schweben ja auch immer noch wie ein Damoklesschwert über mir. Und auch das Berufsverbot, was eben den Ärzten verhängt wurde, drei Jahre Berufsverbot und eben die 10.000 Euro Geldstrafe sind ja bei mir Kleckerkram, weil ich ja seit drei Jahren im Krankenstand bin und berufsunfähig bin. Nach dieser Razzia bin ich berufsunfähig geworden. Meine Konten sind aber nach wie vor gepfändet mit irrsinnigen Pfändungssummen, so lange bis das Verfahren abgeschlossen ist. Die eine Bank hat mir gekündigt, ich hatte 15 Monate komplett alle Konten gepfändet. Das tat weh."
Prof. Dr. Sucharit Bhakdi: "Sie wollen mir den Professorentitel aberkennen, das ist noch nicht passiert, weil vorher sollte ich ja verurteilt werden als Volksverhetzer und Antisemit. Und das ist aber glücklicherweise nicht zustande gekommen. Nun, ist es so, die Generalstaatsanwaltschaft selbst hat Widerspruch gegen dieses Urteil von dem Amtsrichter eingelegt. Insofern ist die Sache, fängt jetzt neu an."
Mutige Ärzte konnten beim Corona-Verbrechen nicht mitmachen. Ihr Gewissen und ihre ärztliche Fürsorgepflicht ihren Patienten gegenüber ließen das nicht zu.
Dr. Carola Javid-Kistel: "Das war einfach nur noch irre und ich habe gesagt, ich kann da nicht schweigen."
Familiäre Verachtung und Ausgrenzung waren oftmals die Folgen.
Dr. Carola Javid-Kistel: "Mein Lebenspartner hat mich auch zu der Zeit verlassen dann. Mit dem war ich vorher 5 1/2 Jahre zusammen und hat auch gesagt: 'Ja, du machst ja da nicht mit und ich befolge die Maßnahmen und ich kann nicht mehr mit dir zusammen sein.' Also es ist wirklich mein gesamtes Leben hinter mir zusammengebrochen. Also selbst Teile meiner Familie haben sich anfänglich erstmal gegen mich gestellt."
Dr. Thomas Külken: "Was meine Familie anbetrifft, bin ich natürlich sehr froh. Meine Frau und meine älteste Tochter - ja da fängt dann doch die Rührung an - haben mich sehr unterstützt und andere Teile der Familie eben nicht, so wie es eben überall ist."
Doch diese persönlichen Schicksalsschläge ließen sie nicht an ihrer Überzeugung und an ihrem Tun zweifeln.
Dr. Carola Javid-Kistel: "Das war es auf alle Fälle wert. Das war es auf jeden Fall wert, daß wir so dieses Risiko eingegangen sind, auch für uns selbst."
Denn ihre dankbaren Patienten und Unterstützer gaben ihren bereits inhaftierten Corona-Helden die Kraft und den Rückhalt, die sie in diesen schweren Momenten so dringend benötigten.
Interviewerin: "Wie haben Sie sich in diesen Momenten gefühlt, wenn Sie die Menschen da draußen gehört haben?"
Heinrich Habig: "Das war unbeschreiblich… Das war super. Das kann man nicht erzählen…"
Sabine Petzl, AUF1 Moderatorin: "Aber wir haben es erzählt. Wir haben anhand dieser 15 Schicksale gezeigt, wie brutal das System sich an jenen rächt, die sich nicht gefügt haben. Dokumentationen wie diese sind enorm wichtig im Kampf gegen dieses Unrecht.
Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit weiterhin. Heute aber geht es um die Corona-Helden. Ich durfte all diese mutigen Menschen besuchen. Ich habe ihre Geschichten gehört. Und es hat mich zutiefst erschüttert, ihnen in die Augen zu sehen und hautnah zu erleben und zu fühlen, was ihnen und ihren Familien angetan wurde. Gejagt, gehetzt, geächtet. Gesellschaftlich und wirtschaftlich vor dem Ruin.
Vieles davon kann man nicht mehr gut machen. Aber wir können sie jetzt unterstützen. Moralisch, indem wir dafür sorgen, daß sie nicht vergessen werden, aber auch durch finanzielle Hilfe. Denn diese Menschen stehen vor dem wirtschaftlichen Aus. Teure Strafverfahren, eingefrorene Gelder, Berufsverbote. Diese aufrechten Ärzte stehen jetzt vor dem Nichts, weil sie

damals alles gegeben haben. Für ihre Patienten, für uns und für unsere Kinder. Und jetzt wollen wir für diese Menschen da sein. AUF1 sammelt für diese Ärzte ab dem heutigen Tag Spenden. Spenden Sie für jene, die damals für uns alles riskiert und alles gegeben haben. Bitte spenden Sie jetzt! Jeder Beitrag zählt. Danke!"<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. September 2024 (x1.402/…): >>**TV-Duell in den USA: "Ich werde den Ukraine-Krieg beenden", verspricht Donald Trump**

Der Ukraine-Krieg war eines der Hauptthemen des ersten Fernsehduells in der vergangenen Nacht zwischen Donald Trump (Republikaner) und Kamala Harris (Demokraten). "Ich will, daß der Krieg aufhört, ich will Leben retten", sagte Trump und betonte: "Es ist im besten Interesse der USA, diesen Krieg zu beenden."

Ein kurzer Handschlag zur Begrüßung, dann ging es 90 Minuten lang zur Sache zwischen Donald Trump und Kamala Harris in Philadelphia.

Trump kündigte an, daß er im Falle seiner erneuten Wahl zum US-Präsidenten in zwei Monaten ein Friedensabkommen aushandeln werde, noch bevor er offiziell im Amt sei. Er warnte vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges.

Harris konterte: Trumps Ukraine-Friedensplan komme einer Kapitulation vor Rußland gleich. "Wenn Donald Trump Präsident wäre, säße Putin jetzt in Kiew", sagte die Vizepräsidentin und behauptete, Trump lasse sich "von Diktatoren manipulieren".

Trump entgegnete schlagfertig, der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán habe gesagt, er, Trump, sei die "am stärksten respektierte und gefürchteste Person der Welt". Er, Trump, genieße das Vertrauen sowohl von Kreml-Chef Wladimir Putin als auch das des ukrainischen Präsidenten Wolodomyr Selenskyj.

Im außenpolitischen Teil des insgesamt 90 Minuten langen Schlagabtausches ging es auch um den Nahost-Konflikt. Trump warf Harris vor, Israel zu hassen. Wenn sie gewählt würde, werde "Israel in zwei Jahren nicht mehr existieren". Weitere Themen waren die Migrationspolitik und die Wirtschaftspolitik.

"Harris ist eine Marxistin"

Trump sagte, Kamala Harris sei eine "Marxistin". Die Vize-Präsidentin habe gemeinsam mit US-Präsident Joe Biden für die höchste Inflation in der Geschichte des Landes gesorgt. Er hingegen werde neue Jobs schaffen und für eine "großartige Wirtschaft" sorgen, wie er es bereits in seiner ersten Amtszeit getan habe, versicherte Trump. Er habe "einen brillanten und großartigen Plan".

"Migranten essen unsere Haustiere"

Mit Blick auf die illegale Masseneinwanderung wiederholte der Republikaner: Harris und Biden hätten Millionen Menschen aus Gefängnissen und Psychiatrien ins Land gelassen. Es handele sich um gefährliche Kriminelle, die vor allem Hispanics und Afroamerikanern die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Trump will erfahren haben, daß Migranten in Springfield im US-Bundesstaat Ohio angeblich Haustiere essen würden. "In Springfield essen sie die Hunde, die Leute, die hierhergekommen sind, sie essen die Katzen. Sie essen die Haustiere der Menschen, die dort leben", sagte Trump wörtlich.

Die 90-minütige Debatte wurde vom Sender ABC in Philadelphia ausgerichtet. Das Fernsehduell sollte das einzige bis zur Wahl am 5. November sein. Als möglich gilt aber, daß es im Oktober doch noch zu einem zweiten Schlagabtausch kommt.

Wenig überraschend: In ersten Blitzumfragen sahen US-Medien Kamala Harris als Gewinnerin des TV-Duells, nachdem sich auch Pop-Megastar Taylor Swift in der Nacht auf ihre Seite geschlagen hatte. In den aktuellen Wahlumfragen liefern sich beide Kontrahenten ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Als entscheidend gelten bei der Wahl am 5. November die sogenannten Swing-Staaten.<<

12.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. September 2024 (x1.402/…): >>**Luxushotels für Migranten - aber 600.000 Menschen in Deutschland gelten als wohnungslos!**

"Wohnst Du noch oder lebst Du schon?", lautet ein kultiger Werbeslogan. Für mehr als 600.000 Menschen in Deutschland muß das wie bitterer Hohn klingen: Sie gelten zwar nicht als obdachlos, dafür aber als "wohnungslos". Aus dem jetzt vorgelegten Jahresbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) geht hervor, daß rund Zweidrittel der als "wohnungslos" geltenden Menschen Deutsche sind.

Bedeutet: Diese Menschen haben keinen mietvertraglich abgesicherten oder eigenen Wohnraum. Sie leben bei Verwandten oder Freunden sowie u.a. in Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege.

Unter den jungen Menschen in Wohnungsnot finden sich demnach besonders viele Frauen. Jede vierte wohnungslose Frau ist jünger als 25 Jahre. Unter den männlichen Wohnungslosen ist jeder sechste unter 25 Jahre alt.

Sarah Lotties, Fachreferentin für Statistik und Dokumentation bei der BAGW: "Jeder zweite wohnungslose junge Mensch kommt bei mehr oder weniger guten Freunden oder Bekannten unter. Was zunächst harmlos klingt, ist in der Realität oft geprägt von provisorischen, manchmal sehr kurzfristigen Behelfslösungen und einem Leben in Unsicherheit.

Denn woanders unterzukommen bedeutet auch, tagtäglich auf das Wohlwollen der Gastgeber angewiesen zu sein. Nicht selten ergeben sich daraus gefährliche Abhängigkeitsverhältnisse, beispielsweise wenn die Unterkunft nur im Gegenzug für sexuelle Gefälligkeiten bereitgestellt wird. Die Not dieser wohnungslosen jungen Menschen ist nicht auf den Straßen sichtbar, aber sie ist genauso schwerwiegend."

Zur Erinnerung: Aktuell fehlen Schätzungen zufolge 800.000 Wohnungen in Deutschland. 400.000 neue Wohnungen wollte die Ampel jährlich bauen. Im vergangenen Jahr entstanden laut dem Statistischen Bundesamt gerade einmal 294.000 neue Wohnungen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. September 2024 (x1.402/…): >>**Amtlich: Kanzleramt finanzierte Website mit Bleibe-Tips für Migranten!**

Die Bundesregierung hat bestätigt, einen Online-Ratgeber für Migranten mit Tips finanziert zu haben, sich der Abschiebung zu entziehen. Die Steuergelder dafür stammen aus dem Etat der Integrationsbeauftragten im Bundeskanzleramt, Reem Alabali-Radovan (SPD). Das hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Joana Cotar bestätigt.

Auf der an Migranten gerichteten Internetseite wird detailliert erläutert, wie abgelehnte Asylbewerber einer Abschiebung entkommen können. So wird empfohlen, gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu klagen ("Sie können nicht abgeschoben werden, während Ihre Klage läuft") oder sich an Pro-Asyl-Vereine zu wenden.

Zudem weist die Bundesregierung darauf hin, daß bei Asylanträgen, die nach der Dublin-Regelung als unzulässig eingestuft wurden, die sechsmonatige Überstellungsfrist erneut beginnt, sobald der Asylbewerber einen Eilantrag einreicht. Diesen juristischen Trick nutzte auch der Attentäter von Solingen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. September 2024 (x1.404/…): >>**Fast 146.000 offene Haftbefehle in Deutschland**

Die Landeskriminalämter in Deutschland suchen insgesamt 145.744 mutmaßliche Straftäter mit noch nicht vollstreckten Haftbefehlen. Das berichtet die "Bild" (Donnerstagsausgabe) unter Berufung auf eine Umfrage in allen Bundesländern.

Demnach befinden sich unter diesen Personen insgesamt 821 wegen Mordes oder Totschlags

gesuchte Straftäter. Die Gesamtzahl derer, die wegen Straftaten gegen das Leben gesucht werden, darunter also auch versuchte Tötungen, liegt sogar bei 1.473. Ein Grund ist, daß die Straftäter untergetaucht sind, hieß es aus Justizkreisen. Wie die Zeitung weiter schreibt, werden in Deutschland per offenem Haftbefehl auch 1.856 Beschuldigte nach Vergewaltigungen und Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gesucht, außerdem fast 15.000 Diebe.
Allein in Nordrhein-Westfalen bestehen laut Behördenangaben 27.613 offene Haftbefehle, darunter 611 wegen Sexualstraftaten, 319 wegen Mordes, 317 wegen Totschlags. In Berlin werden 7.000 mutmaßliche Täter gesucht, 57 Mörder, 106 Räuber, 26 Vergewaltiger, 30 Terroristen. Die meisten offenen Haftbefehle hat Bayern mit 38.073 Fällen. 447 davon sind wegen Straftaten gegen das Leben, 7.783 wegen Diebstahls. In Baden-Württemberg sind es 22.500 offene Haftbefehle, im Saarland 1.765, in Hessen 11.211, in Niedersachsen 11.977.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. September 2024 (x1.404/…): >>**Nach Einsturz der Carolabrücke: Bund will mehr sanieren**
Nach dem Einsturz der Carolabrücke in Dresden will die Bundesregierung die Modernisierung von Brücken in Deutschland weiter vorantreiben. "Sicherheit hat für uns höchste Priorität", sagte der zuständige Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Oliver Luksic (FDP), der "Rheinischen Post" (Freitagausgabe). Das Unglück zeige, "wie wichtig umfassende Investitionen in eine belastbare und zukunftssichere Verkehrsinfrastruktur sind", ergänzte er.
Der Bund habe daher zu Beginn der Legislaturperiode ein Maßnahmenpaket für Brückenmodernisierung auf den Weg gebracht und setze entsprechende Schwerpunkte. "Wir gehen in einem ersten Schritt rund 4.000 Brücken an und werden in den kommenden zehn Jahren zunächst ein Kernnetz aus wichtigen Autobahnkorridoren durchgängig mit leistungsfähigen Brücken herrichten - damit sie für die künftigen Anforderungen gerüstet sind", erläuterte der FDP-Politiker.
Die Brücken würden sehr engmaschig kontrolliert, "damit Schäden oder Verdachtsfälle umgehend erkannt, bewertet und adressiert werden können". Das neu gegründete "Brückenkompetenzzentrum der Autobahn GmbH des Bundes" bündele dabei alle Aufgaben hinsichtlich des Erhalts und der Modernisierung, sagte Luksic.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30287" berichtet am 12. September 2024 (x1.400/…): >>**LGBTQ-Männer spielen Mutter - Babys als Accessoires**
Auf seiner Webseite reitschuster.de veröffentlichte der kritische investigative Journalist Boris Reitschuster am 8. April 2024 ein Interview zwischen der Journalistin Milena Preradovic und der bekannten Autorin Birgit Kelle.
Darin geht es um Birgit Kelles neuestes Buch: "Ich kauf mir ein Kind - das unwürdige Geschäft mit der Leihmutterschaft". Im Interview geht es um die Frage, ob Leihmutterschaft eine "Win-Win-Situation" oder ein Riesengeschäft ist, bei dem Frauen und Kinder zur Ware werden.
Milena Preradovic eröffnet das Thema mit dem Statement, daß in der Boulevardpresse und der LGBTQ-Community das Thema Leihmutterschaft gehypt wird. Prominente wie Elton John und Paris Hilton machen es vor, was für viele Männer-Ehepaare zum Ansporn wird, es ihnen gleich zu tun. Sie lassen sich deshalb ihre Kinder mittlerweile von Leihmüttern austragen. Birgit Kelle hat hierzu eine eindeutige Meinung: "Leihmutterschaft ist vor allem Menschenhandel. Arme Frauen werden skrupellos ausgenutzt. Kinder wie Ware produziert ...".
Dies und noch obskurere Auswüchse bestätigt auch ein Videoclip des Kurzvideo-Kanals von Apollo News:
Männer spielen Mutter. Diesen verstörenden Anblick müssen wir uns in dieser woken Welt immer öfter gefallen lassen. Aktuell gehen Videoaufnahmen von einem amerikanischen schwulen Paar viral, das sich über künstliche Befruchtung und Leihmutterschaft Zwillinge organisiert hat. Auf TikTok posten die Männer stolz Videos, die sie mit den neugeborenen

Babys zeigen. Einer der beiden inszeniert sich dabei, als wäre er selbst die Mutter. Wir sehen ihn im Krankenbett mit Baby und im Rollstuhl im Krankenhaus. Er trägt lange Fingernägel, falsche Wimpern, Make-up und langes Haar.
Und natürlich ist sein Körper trotz all der Maskerade sichtlich der eines Mannes. In einem Video wird das hilflose, verängstigte Kind auf seine haarige Brust gelegt. Als wäre dieser Anblick nicht schon verstörend genug, erzählt uns der Influencer dann auch noch, daß die Leihmutter niemand Geringeres als seine kleine Schwester sei, die wiederum eine künstliche Befruchtung erhalten habe, bei der Eizellen seiner besten Freundin, wie er sagt, mit dem Sperma von ihm und seinem Partner verbunden wurden.
Seine Schwester bezeichnet der TikToker in zahlreichen Videos, die während ihrer Schwangerschaft auf seinem Account gepostet wurden, dann als "seinen Ofen". Es ist einfach widerlich. Im Namen der Regenbogentoleranz werden hilflose Kinder für die Aufmerksamkeitsgeilheit von Männern mißbraucht, die sich nicht annähernd darum sorgen, was das Beste für diese Kinder wäre, sondern sie nur als Accessoires nutzen, die ihnen Klicks bescheren. Gerne würde man ja den Kinderschutz alarmieren. Doch Leihmutterschaft ist in den USA in zahlreichen Bundesstaaten legal. Und auch die Ampelregierung hat großes Interesse daran, die Leihmutterschaft in Deutschland zu legalisieren. …<<

13.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. September 2024 (x1.402/…): >>**Buchtip: Ist der Verfassungsschutz eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung?**
Mathias Brodkorb analysiert in seinem neuen Buch die rechtlichen Grundlagen, die Struktur und die Aufgaben des deutschen Inlandsgeheimdienstes und zeigt in sechs Fallstudien, wie der Verfassungsschutz nicht nur von seiner Aufgabe hermeneutisch überfordert ist, sondern sich zunehmend politisch instrumentalisieren läßt. Mitunter agiert er dabei selbst verfassungswidrig.
"Verfassungsschützer sind Verschwörungstheoretiker im Auftrag des Staates."
Demokratische Willensbildung beruht auf freiem Diskurs, der von keiner staatlichen Instanz politisch gelenkt wird. Der Verfassungsschutz aber deutet legitime Grundrechtsausübung häufig als gefährlichen politischen Extremismus. Damit wird er zur Gefahr für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Eine grundlegende Reform oder gar Auflösung der skandalträchtigen Behörde scheint dringend geboten.
"Was Mathias Brodkorb akribisch an Material zusammenträgt, ist oft unglaublich, nicht selten erschreckend. Wie kann so etwas im Rechtsstaat möglich sein? Wer das Buch gelesen hat, versteht, wie der Autor zu seinem Fazit kommt. Er hält eine Reform des Verfassungsschutzes für sinnlos. Er plädiert ganz klar für eine Abschaffung dieses Geheimdienstes. Damit ist er nicht der Einzige und nicht der Erste. Aber kaum ein kritischer Denker hat diese Forderung so klar hergeleitet und logisch begründet." *Prof. Dr. Volker Boehme-Neßler*
"Sollte es illusionsbedürftige Zeitgenossen geben, die tatsächlich glauben, daß der Verfassungsschutz die Verfassung schützt, werden sie es nach der Lektüre von Brodkorbs Buch wohl nicht mehr tun. Es sei denn, sie glauben auch daran, daß ein Zitronenfalter Zitronen faltet." *Michael Klonovsky, ehem. Chefredaktion Focus*
"Fulminant kritisiert Mathias Brodkorb den deutschen Inlandsgeheimdienst." *Eckhard Jesse, NZZ am Sonntag*
"Es ist ein intellektueller Genuß zu lesen, mit welch unerbittlicher Präzision und Objektivität Brodkorb die Argumentation des Verfassungsschutzes ... auseinandernimmt". *Sebastian Ostritsch, Die Tagespost*<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. September 2024 (x1.402/…): >>**500 Migranten auf 2.200 Anwohner: Söder verrät die Bürger von Rott am Inn - Franz**

Josef Strauß "rotiert"

In Rott am Inn macht die Bürgerinitiative "Rott rotiert" Front gegen eine Migrantenunterkunft in der oberbayerischen Gemeinde. Vor einem halben Jahr hatte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) versprochen, die Einquartierung von mehr als 500 sogenannten Flüchtlingen zu verhindern. Wie versprochen, so gebrochen! Auch CSU-Legende Franz Josef Strauß, Ehrenbürger und lange Jahre Einwohner von Rott am Inn, "rotiert" in seiner Gruft - und das nicht nur wegen der geplanten Unterkunft.

"Bürger haben Angst", steht auf einem Protest-Plakat. Die Mitglieder der Bürgerinitiative "Rotzt rotiert" sind auf der Zinne. Sie wenden sich dagegen, daß die oberbayerische Gemeinde mit einer Erstaufnahmeeinrichtung für rund 500 Migranten völlig überfordert ist.

"Menschenunwürdig" und "in keinem Verhältnis zur Einwohnerzahl" sei die geplante Unterbringung von insgesamt 506 sogenannten Flüchtlingen in der beschaulichen Gemeinde im Landkreis Rosenheim, heißt es auf der Website des Protestbündnisses.

Ein Migrant auf vier Einwohner

Tatsächlich zählt der Ortskern von Rott am Inn gerade einmal 2.200 Einwohner. Etwas mehr als 4.000 sind es, wenn man die Weiler und Höfe im Umkreis von fünf Kilometern mitrechnet.

"Rott rotiert" beklagt, daß in dem kleinen Ort bereits 120 Flüchtlinge dezentral untergebracht seien. Gegen den Plan des Landrats, nun noch deutlich mehr Menschen in einer ehemaligen Produktionshalle unterzubringen, will man sich zur Wehr setzen. Denn dies bedeute ein "Bevölkerungswachstum von 25 Prozent über Nacht". Demnächst werde dann auf vier Bürger ein Migrant kommen.

Söder (CSU) läßt die Bürger im Stich

Die Einwohner von Rott am Inn fürchten um "ihre Sicherheit, Existenz und ein friedliches Miteinander". Deshalb wurde eine Petition mit zuletzt 4.427 Unterschriften gestartet. Die Bürgerwut richtet sich auch gegen Ministerpräsident Markus Söder.

Der CSU-Chef hatte den Anwohnern vor einem halben Jahr versprochen, daß er die Unterkunft verhindern werde - passiert ist bisher nichts. Am 9. September protestierten etwa 40 Mitglieder der Bürgerinitiative "Rott rotiert" anläßlich der Jahrestagung des Deutschen Landkreistages vor dem bayerischen Kloster Seeon (Landkreis Traunstein). Auch Markus Söder war beim Landkreistag anwesend. Laut "Münchner Abendzeitung" ließ sich der bayerische Ministerpräsident nicht blicken, um mit den verzweifelten Bürgern zu sprechen. Landrat Otto Lederer (CSU) kniff ebenfalls.

Auch Franz Josef Strauß "rotiert"

Nun: Rott am Inn ist nicht irgendeine Gemeinde in Oberbayern. Ihr Ehrenbürger, CSU-Legende Franz Josef Strauß († 1988), hat hier mit seiner Familie lange Zeit gelebt und in der Familiengruft am unteren Eingang zum alten Teil des Rotter Friedhofs neben seiner 1984 verstorbenen Frau Marianne seine letzte Ruhe gefunden. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, daß der legendäre CSU-Politiker in seiner Grabkammer "rotiert" - und das nicht nur wegen der geplanten Unterkunft, sondern wegen der links-grün-woken Politik in Deutschland insgesamt!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. September 2024 (x1.402/…):

>>**Kein Geld für Brücken und Straßen - aber 40 Millionen Euro Rückkehrhilfen für Migranten!**

Unter den Kanzlern Angela Merkel (CDU) und Olaf Scholz (SPD) wurden seit 2015 knapp 40 Millionen Euro Steuergelder für die freiwillige Rückkehr von Migranten ausgezahlt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner hervor. Demnach haben die Regierungen Merkel und Scholz in neun Jahren Zahlungen in Höhe von exakt 38.129.147,19 Euro an 69.287 Rückkehrer geleistet.

Dabei handelt es sich um sogenannte "GARP-Starthilfen" - ein Programm von Bund und Ländern, das auch Reise- und Transportkosten, Reisebeihilfen, medizinische Zusatzkosten abdeckt sowie eine einmalige finanzielle Starthilfe. Letztere sieht 1.000 Euro pro Person, 500 Euro pro Person bei Minderjährigen und maximal 4.000 Euro pro Familie vor. Der Durchschnittswert der finanziellen Förderung bei den rund 70.000 Rückkehrern seit 2015 liegt damit bei rund 550 Euro pro Person. Die Kosten dafür betragen allein in diesem Jahr rund 3,8 Millionen Euro.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. September 2024 (x1.399/…): >>**Nicht über Putin lesen, sondern von ihm!**

Von *COMPACT Redaktion*

Über Putin lesen Sie viel, von ihm jedoch nichts. Hier setzt COMPACT an. …

Heute berichten Medien über angebliche Drohungen des russischen Präsidenten gegenüber der NATO, ausgestoßen bei einem Auftritt Wladimir Putins vor Pressevertretern in St. Petersburg. Was aber hat er wörtlich gesagt? Wir haben den Wortlaut. Gefragt wurde er zu einem möglichen Einsatz von Raketen auf russisches Gebiet. Wie wolle er reagieren, wenn die USA und Großbritannien diesbezüglich Erlaubnis erteilten? Putin:

Es geht nicht um eine Erlaubnis oder ein Verbot für das Kiewer Regime, Schläge auf russisches Territorium durchzuführen. Es führt sie auch so mit Hilfe von Drohnen und anderen Mitteln durch. Aber wann es sich um die Verwendung präziser Waffen großer Reichweite aus westlicher Produktion handelt, ist dies eine vollkommen andere Geschichte.

Tatsache ist, daß - ich habe bereits darüber gesprochen und jeder Experte wird dies sowohl bei uns als auch im Westen bestätigen - die ukrainische Armee nicht in der Lage ist, Schläge mit modernen Präzisionssystemen großer Reichweite aus westlicher Produktion durchzuführen. Sie kann dies nicht tun. Dies ist nur unter Verwendung von Aufklärungsergebnissen aus Satelliten möglich, über die die Ukraine nicht verfügt. Diese Daten können nur von Satelliten entweder der Europäischen Union oder der Vereinigten Staaten kommen - von NATO-Satelliten. Das ist das Erste.

Das Zweite und sehr Bedeutende, vielleicht das Wesentliche, besteht darin, daß eigentlich nur Militärangehörige von NATO-Ländern Flugvorgaben in diese Raketensysteme eingeben können. Ukrainische Soldaten können dies nicht tun.

Es geht es also nicht darum, dem ukrainischen Regime zu gestatten, Rußland Schläge zu versetzen, sondern darum, ob die Länder der NATO unmittelbar an dem militärischen Konflikt teilnehmen oder nicht.

Falls diese Entscheidung getroffen werden wird, bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger als die direkte Teilnahme der Länder der NATO, der Vereinigten Staaten und der europäischen Länder am Krieg in der Ukraine. Eine solche direkte Teilnahme veränderte auf wesentliche Art und Weise den eigentlichen Kern, die eigentliche Natur des Konflikts.

Es bedeutete, daß sich die Länder der NATO, die USA und die europäischen Länder, mit Rußland im Krieg befinden. Und falls dies so ist, würden wir mit Blick auf Gefahren, die für uns entstehen, wenn wir die Veränderung des eigentlichen Kerns dieses Konflikts ins Auge fassen, entsprechende Entscheidungen treffen.

Das waren die Worte, die Putin gestern an die versammelte Presse richtete. Es ist immer gut und wichtig, Originalquellen zu nutzen.

Für Deutsche besonders interessant

Die neue COMPACT-Edition "Wladimir Putin: Geschichte Rußlands" enthält spannende Ausführungen, die Rußlands Präsident zu historischen Themen gemacht hat. Wir haben sie in mühevoller Kleinarbeit gesammelt und ins Deutsche übersetzt sowie durch entsprechendes Kartenmaterial und Zeittafeln ergänzt.

Auf diese Weise können sich die Leser ein unverfälschtes Bild davon machen, wie Wladimir

Putin selbst die Geschichte seines Landes sieht, und müssen sich nicht auf die verkürzten und oft verleumderischen Zusammenfassungen verlassen, die in der westlichen Presse zu finden sind.
Für uns Deutsche ist sein Rückblick auf die Vergangenheit von besonderem Interesse. Putin behandelte das gemeinsame Schicksal unserer beiden Völker unter anderem bei seiner Rede vor dem Bundestag im Jahr 2001:
"Zwischen Rußland und Amerika liegen Ozeane. Zwischen Rußland und Deutschland liegt die große Geschichte. Das schrieb der deutsche Historiker Michael Stürmer. Ich möchte dazu feststellen, daß die Geschichte genauso wie die Ozeane nicht nur trennt, sondern auch verbindet. Es ist wichtig, diese Geschichte richtig zu deuten. Wie ein guter westlicher Nachbar verkörperte Deutschland für Russen oft Europa, die europäische Kultur, das technische Denkvermögen und kaufmännisches Geschick."
Wenn der russische Präsident als Historiker spricht, ist zum Beispiel die Bild-Zeitung oft sturzbetroffen. So schrieb das Blatt etwa am 9. Februar 2024: "Putin schockt mit irrem Hitler-Lob. ... Eine Aussage Putins stach jedoch ganz besonders hervor: Er stellte sich hinter Nazi-Diktator Adolf Hitler. ... Putins absurde Behauptung: Hitler hatte keine andere Wahl, als 1939 Polen zu überfallen und somit den Zweiten Weltkrieg zu beginnen, weil Polen das Nazi-Reich provoziert und Hitlers legitime Forderungen abgelehnt habe."
Die Bild hat zwar nicht verstanden, was Putin gesagt hat - aber immerhin soviel ist richtig: Putin hat die Geschichte des Zweiten Weltkrieges ganz anders geschildert, als man uns im Westen erzählt.
Das trifft auf fast alles zu, was wir in dieser COMPACT-Edition aus der Feder des bedeutendsten Staatsmanns unserer Tage zusammengetragen haben. Die neue Edition umfaßt eine über tausendjährige Epoche: von den Anfängen der Rus und der Invasion der Mongolen über Peter den Großen und Katharina die Große bis zu Stalin und Selenski. Deutlich wird: Seit den Angriffen der Polen auf Kiew und Moskau vor bald 500 Jahren mußte sich das Riesenreich immer wieder ausländischer Aggressionen erwehren - und bietet unter seinem schützenden Dach unterschiedlichsten Volksgruppen Zuflucht.
In der BRD wie im gesamten Westen wird die Vergangenheit derzeit mit Hochdruck umgeschrieben, um Rußland von seinen Anfängen an als Feind des Abendlandes zu dämonisieren. Putins Ausführungen ermöglichen es uns, dieser Indoktrination zu widerstehen.
Die Edition "Wladimir Putin: Geschichte Rußlands" war gerade im Druck, als Faesers Truppen in unserer Redaktion einrückten. Jetzt, nach unserem Sieg über die Innenministerin, können wir ausliefern. …<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. September 2024 (x1.404/…): >>**Migrationsbeauftragte fördert Tips für Abschiebe-Verhinderung**
Die Bundesregierung unterstützt offenbar in Internetportal, das abgelehnten Asylbewerbern Anleitungen zur Umgehung ihrer Abschiebung anbietet. Wie die "Bild" (Freitagausgabe) meldet, förderte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Reem Alabali-Radovan (SPD), das Projekt im Jahr 2022 mit 777.000 Euro und 2023 mit rund 300.000 Euro.
Für dieses Jahr liegen noch keine Zahlen vor. Das Portal gibt unter anderem den Hinweis, daß sich mit einem "zum Abschiebetermin nicht auffindbaren Kind" die Abschiebung verhindern lasse. Der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Manuel Höferlin, kritisiert die Förderung und fordert ihr Ende.
"Es kann nicht sein, daß Projekte unterstützt werden, die Menschen zeigen, wie sie die Demokratie und den Rechtsstaat austricksen können. Das ist ein Schlag ins Gesicht der demokratischen Werte." Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, forderte: "Es sollte kein einziger Cent der Steuerzahler für dieses Projekt fließen - erst recht in diesen Zeiten, in denen wir an jeder Ecke sparen müssen. Da werden abgelehnte Asylbewerber ver-

pflichtet, unser Land zu verlassen - und gleichzeitig tut der Staat alles, damit sie doch bleiben."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. September 2024 (x1.404/…): >>**Ampel-Politiker wollen Ukraine weitreichende Waffen erlauben**

Politiker der Ampel-Parteien sprechen sich dafür aus, der Ukraine den Einsatz von Waffen mit großer Reichweite gegen Ziele in Rußland zu erlauben. Man müsse die Ukraine "gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten und Großbritannien und den USA in die Lage versetzen, auch militärische Ziele auf russischem Staatsgebiet zu zerstören, von denen jeden Tag Raketen, Drohnen und Marschflugkörper auf die Ukraine abgefeuert werden", sagte Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im EU-Parlament, dem "Spiegel".

"Nur aus der militärischen Stärke heraus wird man Putin auf einen diplomatischen Weg bringen können", so die Liberale. "Das bedeutet auch, daß Deutschland endlich den Taurus liefern muß. Denn der Taurus ist genau dafür einst hergestellt worden, nämlich militärische Ziele zu neutralisieren, bevor diese schwersten Angriffe bevorstehen", sagte Strack-Zimmermann.

Angesichts der Lage in der Ukraine sei die Diskussion darüber "nicht mehr erklärbar". Ähnlich äußerte sich der Grünenpolitiker Anton Hofreiter: "Um die russischen Raketenangriffe effektiv abzuwehren, muß die Ukraine in die Lage versetzt werden, russische Abschußbasen auf russischem Territorium mit weitreichenden Waffen zu bekämpfen."

Rußland greife ukrainische Kraftwerke und Umspannwerke gezielt aus der Luft an, Deutschland gehöre zu den größten Gebern für den Wiederaufbau der ukrainischen Energieinfrastruktur, sagte der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag. "Um den Wiederaufbau der beschädigten Energieanlagen nachhaltig zu gestalten, ist der Einsatz weitreichender Waffen zur Bekämpfung der russischen Abschußbasen alternativlos", so der Grünen-Politiker.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. September 2024 (x1.404/…): >>**KI-Legende: Künstliche Intelligenz "Bedrohung für die Menschheit"**

KI-Legende Geoffrey Hinton warnt eindringlich vor den Gefahren der Technologie. "Wir sollten sehr ängstlich sein", sagte der 76-Jährige dem "Spiegel". Durch die Möglichkeiten einer generativen künstlichen Intelligenz, die Text, Bilder und Sprache verstehen und erzeugen kann, würden womöglich "Millionen Arbeitsplätze abgeschafft, Wahlen durch massenweise gefälschte Videos kompromittiert". Die neue KI-Technologie ermögliche es, "viel bessere Cyberangriffe zu führen und hocheffiziente, fiese Viren zur biologischen Kriegsführung zu entwickeln". Es gebe "viele Gründe für die Annahme, daß KI außer Kontrolle geraten könnte", sagte Hinton.

Zum einen müßten die Entwickler der Technologie immer mehr Freiheiten gewähren, um sie effizienter werden zu lassen. Zum anderen werde es bald schon verschiedene Superintelligenzen geben, die miteinander konkurrierten - und sich und den Menschen dabei schadeten. Der Brite Hinton war es, der seit den Siebzigerjahren mit seiner international viel beachteten Forschung an der Universität von Toronto die moderne KI mit ermöglichte. 2013 trat er in die Dienste von Google und verhalf KI dort zur Marktreife - bevor er 2023 überraschend hinwarf. Durch das Aufkommen der Chatbots sei ihm die "unmittelbare Bedrohung für die Menschheit" gewahr geworden.

Auf einmal habe die Technologie "ein Stadium erreicht, von dem ich dachte, das sei noch fünfzig Jahre entfernt. Und kein Unternehmen, weder Google noch Microsoft, hält Technologien zurück, auch wenn sie eigentlich unverantwortbar und unkontrollierbar sind", so Hinton. "Seither warne ich." Hinton plädiert für eine KI-Regulierung, angelehnt an die Gesetzgebung für Menschen. Wie auch bei Menschen wisse man bei moderner KI nicht, wie sie ticke, warum sie welche Entscheidungen treffe, so der Informatiker.

Deshalb brauche es "Regeln, Gesetze, gesellschaftliche Normen" für künstliche Intelligenz.

Noch bleibe Zeit, die Technologie sei nicht an dem Punkt, dem Menschen ebenbürtig zu sein. "Aber das Tempo ist enorm", so Hinton. "Irgendwann zwischen 5 und 20 Jahren von heute" werde es eine solche Superintelligenz geben. "Ich dachte immer, es würde nie zu meinen Lebzeiten so weit kommen. Aber ich habe mich schon einmal geirrt."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. September 2024 (x1.404/…): >>**Polizei verzeichnet starke Zunahme illegaler Autorennen**

Die Polizei verzeichnet eine starke Zunahme illegaler Autorennen in Deutschland. Die Zahl stieg zwischen 2022 und 2023 um 10,3 Prozent auf 6.187 Verdachtsfälle, wie der "Spiegel" unter Berufung auf eine eigene Umfrage in den Bundesländern berichtet. Besonders deutlich war der Anstieg demnach in Bremen (55,6 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (36 Prozent) und Niedersachsen (31,3 Prozent). Seit 2017 sind verbotene Kfz-Rennen eine Straftat, damals kam der maßgebliche Paragraph 315d ins Strafgesetzbuch. Belangt wird demnach, wer Rennen ausrichtet und daran teilnimmt.

Auch einzelne Raser fallen unter diese Vorschrift und machen sich strafbar, wenn sie "mit nicht angepaßter Geschwindigkeit und grob verkehrswidrig und rücksichtslos" unterwegs sind, "um eine höchstmögliche Geschwindigkeit zu erreichen". Seit einigen Jahren kontrolliert die Polizei stärker: So arbeiten etwa in Hessen und Hamburg spezialisierte Kräfte mit einer besonderen technischen Ausstattung sowie ausgebauten zivilen Fahrzeugen, um Raser, Tuner und Poser zu verfolgen. In Sachsen-Anhalt heißt es, der Paragraph werde konsequent bei Fahrzeugführern angewandt, die sich durch Davonfahren einer Polizeikontrolle entziehen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. September 2024 (x1.404/…): >>**Fast jeder zweite in Arztpraxen Beschäftigte berichtet von Gewalt**

In Arztpraxen werden Patienten immer öfter gewalttätig. Das ist das Ergebnis einer Online-Umfrage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), über die der "Spiegel" berichtet Darin wurden vor allem Ärzte sowie medizinische Fachangestellte zu Gewalterfahrungen befragt. 43 Prozent gaben an, während der Arbeit bereits "physisch angegriffen oder bedroht" worden zu sein.

Die überwiegende Mehrheit erlebte Übergriffe "ein oder mehrmals" im vergangenen Jahr. Ein Viertel derer ergriff weitere Schritte - sie riefen die Polizei, manche erstatteten Anzeige. 48 Prozent der Befragten vermerkten, daß die Fälle körperlicher Gewalt in den vergangenen fünf Jahren gestiegen seien. Ein Problem sind auch die verbalen Attacken. 80 Prozent der Befragten berichteten von solchen Angriffen im vergangenen Jahr. Viele Ärzte haben schon Notfallknöpfe installiert, durch Umbauten Fluchtwege geschaffen oder halten Pfefferspray griffbereit. Ärztekammern bieten Deeskalationsseminare für Praxisteams an.

Die Umfrage zeige, daß "regelmäßig rote Linien" bei den niedergelassenen Praxen überschritten werden, sagte der KBV-Vorstandsvorsitzende Andreas Gassen dem "Spiegel". Die Gründe dafür seien vielfältig, ein "gesamtgesellschaftlicher Werteverfall" treffe auf ein "überlastetes und kaputt gespartes Gesundheitssystem". Einen besseren Schutz für Menschen, die dem Gemeinwohl dienen, hat Justizminister Marco Buschmann (FDP) angekündigt. Er plant eine Gesetzesänderung, den Entwurf hat das Kabinett Anfang September beschlossen.

Schon bisher können Übergriffe auf bestimmte Personengruppen wie Polizeibeamte, Feuerwehrleute oder Ärzte in Notaufnahmen in Deutschland hart bestraft werden. Auch Kommunalpolitiker würden von der Gesetzesnovellierung profitieren. "Immer öfter schlägt ihnen Haß und Hetze entgegen", heißt es aus dem Justizministerium. Deshalb müsse nachgebessert werden. Für die Erhebung befragte die KBV rund 7.500 Menschen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. September 2024 (x1.404/…): >>**Konstantin Wecker bezeichnet sich als "Oma gegen rechts"**

Liedermacher Konstantin Wecker bezeichnet sich als unerschütterlichen Pazifisten und hofft dabei auf zivilgesellschaftliches Engagement. "Ich würde mir wünschen, daß wir mit sehr vie-

len Gruppen von Menschen versuchen, die Dinge zu ändern. Zum Beispiel bin ich eine bekennende Oma gegen rechts", sagte der Sänger dem "Mannheimer Morgen" (Samstagausgabe).
Er sei schon bei den Gründungen der antifaschistischen Bürgerinitiative 2017 in Wien dabei gewesen. Sahra Wagenknecht und ihre zuletzt bei Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen Partei BSW sieht Wecker allerdings kritisch: "Dieses Liebäugeln mit AfD-Wählern irritiert mich wahnsinnig und ihr Umgang mit Geflüchteten gefällt mir überhaupt nicht. Auch was zurzeit passiert mit diesem präfaschistoiden Wahnsinn, wie mit Geflüchteten umgegangen wird, wie mit Gewalt umgegangen wird."
Daß sie generell immer wieder nur auf Ausländer und nicht-rassisch reine Deutsche bezogen werde - "das macht mich krank", sagte Wecker.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. September 2024 (x1.404/…): >>**Fachleute halten Kohleausstieg 2030 für unrealistisch**
Der von der Ampelregierung angepeilte Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 ist laut Fachleuten kaum zu schaffen. Kerstin Andreae, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, sagte dem "Spiegel", der Termin sei nur zu halten, wenn bis dahin ausreichend Gaskraftwerke gebaut würden, die später auf klimaneutrale Brennstoffe umgestellt werden. Mit Beginn der Ausschreibungen nach dem Kraftwerkssicherheitsgesetz sei jedoch frühestens Anfang 2025 zu rechnen. Die Realisierung dauere rund sechs Jahre.
Weitere Ausschreibungen seien sogar erst für 2026 und 2027 geplant. Bernd Afflerbach, Geschäftsführer beim Bauunternehmen Matthäi, blickt ebenfalls pessimistisch auf 2030: "Vorher muß der Netzausbau stehen", damit rechne er nicht. Wolfgang Weber, Chef des Verbands der Elektro- und Digitalindustrie ZVEI, zweifelt am Sinn des Ausstiegs 2030. Im europäischen Emissionshandelssystem gebe es eine gedeckelte Menge an Zertifikaten.
"Damit ist das Klimaschutzthema abgeräumt." Es gebe "keinen Bedarf, das Ausstiegsdatum ständig politisch nachzujustieren". Der Kohleausstieg muß dem Gesetz zufolge 2038 abgeschlossen sein. Die Ampelparteien wollen ihn laut Koalitionsvertrag "idealerweise" auf 2030 vorziehen. Doch davon ist das Bundeswirtschaftsministerium bereits abgerückt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. September 2024 (x1.399/…): >>**Weidels starke Abrechnung**
Von *COMPACT Redaktion*
Höhepunkt der Sitzungswoche im Bundestag war ganz ohne Zweifel die Generalabrechnung der AfD-Fraktionsvorsitzenden Weidel mit Scholz und der Ampel. Wir bringen die Rede nachfolgend im Wortlaut. …
Präsidentin Bärbel Bas: Als Nächste hat das Wort für die AfD-Fraktion Dr. Alice Weidel.
(Beifall bei der AfD)
Dr. Alice Weidel (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren! Fast drei Wochen sind verstrichen seit dem grauenhaften Messerterroranschlag eines abgelehnten syrischen Asylbewerbers in Solingen. Zehn Tage sind ins Land gegangen seit der krachenden Wahlniederlage in Sachsen und Thüringen, die Ihre Kanzlerpartei zur Splitterpartei degradiert hat.
(Beifall bei der AfD)
Sie wollen sich immer noch einreden, daß die Wähler Ihnen in Scharen davonlaufen, weil Sie ihnen Ihre Politik nicht gut genug erklärt hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Die Bürger haben ganz genau begriffen, daß Ihre Politik Wohlstandsvernichtung, Deindustrialisierung, Massenmigration und Verlust der inneren Sicherheit bedeutet. Sie sind der Kanzler des Niedergangs, Herr Scholz.
(Beifall bei der AfD)
Für die Erosion Deutschlands als Industrienation steht auch der Niedergang von Volkswagen.

Für den angeblichen Klimaschutz zerstören Sie die deutsche Wirtschaft. Das VW-Desaster ist aber nur die Spitze des Eisberges. 500.000, eine halbe Million Arbeitslose verzeichnet die Statistik, seit Sie die Regierung übernommen haben. Das sind Hunderttausende Familien, Millionen Menschen, die um ihre Zukunft fürchten müssen.
Es trifft alle Branchen, besonders die Automobilindustrie und alles, was an ihr hängt. Zulieferer ZF streicht bis zu 14.000 Stellen. Bei SAP fallen 10.000 Jobs weg, bei Ford 4.600, bei Bosch 3.760, bei Bayer 3.200, bei BASF 3.300, bei Michelin 1.500, bei Miele 1.300, bei Continental 1 200. Die klangvollsten Namen bauen Arbeitsplätze in Deutschland ab und verlagern sie ins Ausland, weil sie hier nicht mehr wettbewerbsfähig sind.
(Beifall bei der AfD - Britta Haßelmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche von denen, die Sie hier aufgezählt haben, hat denn Herr Höcke bedroht?)
Die Liste wird täglich länger. Die Stahlsparte von Thyssenkrupp erweist sich wegen Unwirtschaftlichkeit als unverkäuflich und steht vor dem Untergang. 27.000 Arbeitsplätze sind in Gefahr. Die Zahl der Insolvenzen hat im Juli ein Zehnjahreshoch erreicht; 40 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Eine dramatische Bilanz, und es ist Ihre Bilanz, Herr Scholz.
(Beifall bei der AfD)
Die bedrohten Privathaushalte will Ihr Wärmepumpenminister Habeck, den ich hier heute vermisse - wo ist der Minister Habeck eigentlich bei dieser Debatte? -,
(Saskia Esken, SPD: Er hat Corona! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
dazu noch zwingen, für die politisch geforderte Demontage von perfekt funktionierenden Gasnetzen zu bezahlen. Der Haushalt, den Sie nach mehreren vergeblichen Anläufen schließlich vorgelegt haben, ist so dilettantisch und zusammengeschustert wie Ihre gesamte Regierungskoalition.
(Beifall bei der AfD)
Sie knöpfen den Bürgern Steuergelder und Abgaben in Rekordhöhe ab und kommen trotzdem nicht aus. Sie türmen Schuldenberg auf Schuldenberg, und es reicht Ihnen nicht. Um es klar zu sagen: Dieser Haushalt ist eine Unverschämtheit und an Unseriosität nicht mehr zu unterbieten.
(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD: Ihre Rede aber auch!)
Während Sie versuchen, die Bürger mit Alibipolitik und Migrationsgipfeln zu beschwichtigen, finden jeden Tag immer weiter Messerattacken und Vergewaltigungen durch illegale Migranten statt.
(Lamya Kaddor, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Durch Rechtsradikale auch!)
Sie zelebrieren kurz vor den Landtagswahlen eine absurde Luxusabschiebung von ganzen 28 afghanischen Schwerstkriminellen und geben ihnen noch ein fürstliches Handgeld von 1.000 Euro mit auf den Weg. Das sind zwei afghanische Jahresgehälter:
(Dr. Götz Frömming, AfD: Unglaublich!)
Der Lohn für Mord und Vergewaltigung und eine weitere Einladung zu illegaler Migration.
(Beifall bei der AfD)
Zur gleichen Zeit finanziert das Bundesinnenministerium unter Nancy Faeser ein Portal, das in neun Sprachen zu Tips und Tricks gegen die eigene Behörde aufruft, um Abschiebungen zu entgehen. Diese Bundesregierung sabotiert Abschiebungen, indem sie per Chancen-Aufenthaltsrecht Aufenthaltstitel verteilt und Ausreisepflichtigen auch noch zusätzlichen Rechtsbeistand auf Kosten der Steuerzahler verschafft.
(Zuruf von der AfD: Pfui!)
Der Attentäter von Solingen konnte sich seiner Rückführung nach Bulgarien auch deswegen monatelang entziehen, weil eine grüne Ministerin Abschiebungen hintertreibt und ein CDU-Ministerpräsident sie gewähren läßt. Mehr als die Hälfte des Jahres arbeiten die Steuerzahler

für einen Staat, der illegale Migranten ins Land lockt und den Bürgern die Sicherheit raubt, die er ihnen schuldig ist.
(Beifall bei der AfD)
Die Opfer von Solingen könnten noch leben und unversehrt sein, würden die Verantwortlichen nach Recht und Gesetz handeln. Das heißt zuerst und vor allem, illegale Migranten gar nicht erst ins Land zu lassen, sondern die Grenzen zu schließen und jeden zurückzuweisen, der ohne Rechtsanspruch und ohne Papiere nach Deutschland eindringen will - nicht vorübergehend, sondern für immer.
Das ist im Übrigen keine Option, das ist eine rechtliche Verpflichtung, die Sie haben. Artikel 16a Grundgesetz sagt klar: Einreisende aus sicheren Drittstaaten haben keinen Asylanspruch. § 18 Asylgesetz legt fest, daß die Zurückweisung dieser Illegalen nicht nur zulässig, sondern geboten ist. Keine europarechtliche Verpflichtung setzt diese Regelung -
Können Sie bitte ein bißchen leiser sprechen hinter mir?
(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Ja, das stört. Das machen wir ja auch nicht.
(Beifall bei der AfD - Dorothee Bär, CDU/ CSU: Wie dünnhäutig Sie sind! - Dr. Ralf Stegner, SPD: Sie schreien ja rum! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Also: Keine europarechtliche -
(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Es ist der reinste Kindergarten mit Ihnen,
(Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)
und die nächste Wahl wird kommen.
(Beifall bei der AfD)
Ich fange das dritte Mal an,
(Zuruf von der SPD)
damit Sie auch die Gesetze kennen: Keine europarechtliche Regelung setzt das außer Kraft. Kein souveräner Staat kann gezwungen werden, Einreisen gegen sein Recht und seinen Willen zu dulden. Und dann kam eine CDU-Kanzlerin.
(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, SPD)
Diese Kanzlerin hat dieses geltende Recht vor neun Jahren mit einem Federstrich weggewischt und eine Herrschaft des Unrechts etabliert, die Deutschland zugrunde richtet.
(Beifall bei der AfD)
Darum ist alles Makulatur, was die CDU Ihnen heute erzählt und Herr Merz nachher erzählen wird. Die Realpolitik der CDU sehen wir im Übrigen in Berlin. Hier, im CDU-regierten Berlin, explodiert die Zahl der Einbürgerungen. Es gibt kaum Ablehnungen von Einbürgerungsgesuchen: 60 Prozent mehr Einbürgerungen in Berlin in den ersten acht Monaten dieses Jahres als im gesamten Vorjahr! So sieht CDU-Politik aus.
(Zuruf von der AfD: So ist es!)
Massenmigration und migrationspolitischer Kontrollverzicht haben tödliche Folgen. Wir brauchen die Migrationswende, und zwar sofort.
(Dr. Ralf Stegner, SPD: Sie wollen doch Deportationen!)
Nichtdeutsche greifen sechsmal häufiger zum Messer und begehen siebenmal häufiger Sexualdelikte als deutsche Staatsangehörige.
(Zuruf der Abgeordneten Dr. Daniela De Ridder, SPD)
So hat der Chef der Bundespolizei, Romann, zuletzt die Lage zusammengefaßt. Seit 2017 wurden laut Zahlen des BKA mehr als 52.000 Frauen Opfer eines Sexualdelikts durch Asylmigranten; Hauptherkunftsländer: Syrien, Afghanistan, Irak.
(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahl der Gruppenvergewaltigungen stieg im letzten Jahr auf 761; mehr als zwei dieses grauenhaften Verbrechens an jedem Tag. Bei 209 Gruppenvergewaltigungen im Land Nordrhein-Westfalen sind fast drei Viertel der Tatverdächtigen Nichtdeutsche oder haben einen offen kundigen Migrationshintergrund. Rund zwei Drittel der Tatverdächtigen in der Bandenkriminalität sind Nichtdeutsche. Ja, worauf warten Sie also noch? Schieben Sie diese Verbrecher endlich ab!
(Beifall bei der AfD)
Gegen explodierende Migranten-Kriminalität helfen nur sofortige robuste Maßnahmen: ein striktes Moratorium für Einwanderung, Aufnahme- und Einbürgerungsstopp von allen Migranten für mindestens fünf Jahre und keine Einbürgerung von Menschen, die in unserem Sozialsystem hängen,
(Beifall bei Abgeordneten der AfD)
Schließung der Grenzen, ausnahmslose Zurückweisung aller Illegalen, sofortige Ausweisung aller Illegalen und Straftäter, Beseitigung aller finanziellen, rechtlichen und sozialstaatlichen Anreize, Sach- statt Geldleistungen und endlich der Umbau des Asylrechts. Das würde eine verantwortungsvolle AfD-geführte Regierung jetzt tun.
(Beifall bei der AfD)
Sie alle haben das migrationspolitische Staatsversagen in den letzten Jahren und Jahrzehnten aktiv vorangetrieben. Mehr noch: Sie haben die Wege der Vernunft ausgeschlagen und statt dessen die Gesellschaft gespalten. Sie haben Kritiker systematisch diffamiert, mit Ungeziefervergleichen und übelster Fäkal- und Nazisprache entmenschlicht
(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)
und den Geheimdienst auf sie angesetzt.
(Beifall bei Abgeordneten der AfD)
Herr Hofreiter von den Grünen hat mit seiner Forderung, die Plattform X zu verbieten, die häßliche Fratze des totalitären Ungeistes aufgezeigt, der Sie beherrscht.
(Beifall bei der AfD)
Das heißt auch: Sie halten die Meinungsfreiheit für gefährlicher als den schrankenlosen Import von Mördern und Terroristen. Statt im fairen Ringen die beste Lösung zu suchen,
(Britta Haßelmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fair? Mit der AfD paßt das nicht zusammen!)
berauben Sie die Opposition wichtiger parlamentarischer Rechte. Sie verweigern uns bis heute uns zustehende Posten im Bundestagspräsidium, in entscheidenden Gremien, in den Ausschüssen. Damit berauben Sie Millionen Wähler ihrer vollen parlamentarischen Vertretung. Sie sind die wahren Demokratie- und Rechtsstaatsverächter.
(Beifall bei der AfD)
Mit fadenscheinigen Manipulationen wollen Ihre Genossen und Kollegen in Sachsen und Thüringen diesen Wählerbetrug fortsetzen und die Kraft, der ein Drittel der Wähler einen ganz klaren Auftrag gegeben hat, mit allen Mitteln von der Regierung und ihren Rechten fernhalten. Ihre demokratische Mitte, die Sie dafür konstruiert haben, ist so demokratisch wie das mittlere D der DDR.
(Beifall bei der AfD)
Im Wahlkampf schreibt die CDU von der AfD ab, lehnt aber alle Anträge von uns ab - komisch! -, und nach der Wahl reiht sie sich in die linke Einheitsfront ein. Das ändert aber nichts an unserer Entschlossenheit, im Interesse unseres Landes diese Groteske abzustellen, und das spätestens in der nächsten Wahlperiode, die hoffentlich nicht erst in einem Jahr beginnt.
(Britta Haßelmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo? In der Schweiz oder hier?)
Denn so lange kann Deutschland nicht mehr auf Reformen warten, und so lange hält das unser Land auch nicht mehr aus. Wer echte Veränderung und Reformen will, der wählt die Alterna-

tive für Deutschland.
Ich bedanke mich.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Alles Krall und Rauch**
Partei-Fusion auf Eis: Bündnis Deutschland und "Wir Bürger" planen den Zusammenschluß. Doch zwischen beiden brodelt es nun öffentlich
Henning Hoffgaard
Wird da eine Verlobung gelöst? Die laufende Urabstimmung zur geplanten Fusion der konservativen Parteien "Wir Bürger" und Bündnis Deutschland (BD) ist vorerst gestoppt worden. Hintergrund ist die Aufnahme des libertären Publizisten Markus Krall in das Bündnis Deutschland.
Der Bundesvorsitzende von "Wir Bürger", Jürgen Joost, verteidigte den Abbruch. Seiner Aussage nach habe BD durch die Aufnahme Kralls die Grundlage der Fusion verändert. Krall stehe mit seinen Positionen zum Wahlrecht und zur Sozialen Marktwirtschaft nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. "Dem BD-Vorstand muß bei seiner Entscheidung bekannt gewesen sein, daß wesentliche Positionen von Dr. Krall in entscheidenden Punkten mit den Grundsätzen und Inhalten von 'Wir Bürger' inkompatibel sind."
Er unterstrich, daß die Mitglieder von "Wir Bürger" in Kenntnis der neuen Situation möglicherweise anders abgestimmt hätten. Der Vorstand sei rechtlich abgesichert und habe das Recht, die Abstimmung zu unterbrechen, um den Mitgliedern eine informierte Entscheidung zu ermöglichen.
Der stellvertretende Vorsitzende von Bündnis Deutschland, Carsten Schanz, zeigte sich irritiert über den Vorgang und die Art der Bekanntmachung. "Eine solche Entscheidung zunächst über soziale Medien entnehmen zu müssen, ist mehr als irritierend", kritisierte Schanz. Dennoch werde die Urabstimmung ordnungsgemäß weitergeführt, und die Entscheidung werde respektiert. Laut Schanz sei der Vorstand von "Wir Bürger" nicht befugt, eine Urabstimmung zu stoppen, die von den höchsten Parteiorganen beschlossen wurde.
Die Aufnahme von Krall verteidigte er und verwies darauf, daß BD viele gute Politiker in seinen Reihen vereine. "Markus Krall ist ein kluger Kopf, der sicherlich in manchen Dingen streitbar ist. Doch er hat das Herz am richtigen Fleck, gute Ideen und kann sich geeignet einbringen. Unsere Partei wird viele kluge Köpfe einen und sich weiterentwickeln", kündigte der Politiker an.
"Wir Bürger-Chef" Joost wiederum warnte davor, daß die Fusion ohne klare inhaltliche Grundlagen zu einer "permanenten inneren Zerrissenheit" führen könnte. Seine Partei sehe in der Personalie Krall ein Risiko für das gemeinsame Projekt und fordere eine klare Positionierung von BD in bezug auf die politischen Inhalte des Publizisten. Man sei aber "jederzeit weiter gesprächsbereit".
Die Partei "Wir Bürger" ging aus der AfD-Abspaltung "Allianz für Fortschritt und Aufbruch" hervor. Später benannte sich die Partei in "Liberal-Konservative Reformer" um. Den aktuellen Namen trägt die Vereinigung seit 2023. Dagegen handelt es sich bei der BD-Partei um eine 2022 neugegründete Formation. Bundesvorsitzender ist der Ex-Freie-Wähler-Politiker Steffen Große. Das BD ist nach einer Fusion mit der Bremer Partei "Bürger in Wut" von Jan Timke derzeit in Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertreten.
Bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen erhielt das BD 0,5 beziehungsweise 0,3 Prozent. "Wir Bürger" trat dabei nicht an.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Wieder brennt's am Brocken**
Paul Leonhard
Es ist ein gespenstischer Anblick: ein Wald aus abgestorbenen Bäumen, darin rote Feuersäu-

len, schwarzer und weißer Rauch, davor eine kleine Eisenbahn und über dem Horrorszenario kleine Flugzeuge und Bundeswehr-Hubschrauber, die im Minutentakt tonnenweise Wasser abwerfen.
Wieder einmal mußten am Brocken Brände gelöscht werden, offenbar an mehreren schwer zugänglichen Stellen gleichzeitig ausgebrochen. Die "kleinen Feuer schlossen sich schnell zu einer 1.000 Meter langen Flammenwand zusammen", schreibt das Feuerwehrmagazin in seiner Onlineausgabe. Die Brandstelle habe an einem Nebenhügel des höchsten Berges Norddeutschlands gelegen, und viele abgestorbene Baumstämme hätten verhindert, daß die Feuerwehrleute zum Löschen direkt an den Brandherd gelangten.
"Die Erreichbarkeit am Brocken ist für uns immer das größte Problem", wird Kai-Uwe Lohse, Kreisbrandmeister im zu Sachsen-Anhalt gehörenden Landkreis Harz, zitiert. Vier Löschflugzeuge und acht Hubschrauber waren, soweit es die Wetterverhältnisse zuließen, ununterbrochen in der Luft. Das sei auch "das Maximum an Luftbrandbekämpfungsmitteln, das sich über dem Brocken koordinieren" lasse, erklärte Lohse. Auch die Harzer Schmalspurbahn transportierte Wasser. Hauptziel der am Boden eingesetzten rund 250 Feuerwehrleute war es zu verhindern, daß sich das Feuer auf das Moor in Eckerloch ausbreitet, denn dann wäre es kaum noch beherrschbar gewesen.
Deswegen wurde dem aus der Luft abgeworfenen Löschwasser Retardant beigemischt, ein Zusatz, der in Australien oder den USA bei Vegetationsbränden eingesetzt wird. Das Mittel vermindert die Verdunstung, erhöht den Siedepunkt und zeigt durch seine Farbe, wo bereits Löschmittel aufgebracht wurde. Im Harz sollte es vor allem als "Bremse dienen und die Ausbreitung der Flammen an einer entsprechend bewässerten Schneise stoppen", erläutert Lohse gegenüber dem Feuerwehrmagazin.
Dank gut koordiniertem Einsatz und auch weil zu Wochenbeginn 30 Liter Regen fielen, konnte das Feuer eingedämmt und letztlich gelöscht werden. Man sei deutlich besser aufgestellt gewesen als vor zwei Jahren, sagte Sachsen-Anhalts Minister für Wirtschaft und Landwirtschaft, Sven Schulze (CDU). 2022 hatte es nahezu an identischer Stelle gebrannt, und die Feuerwehren hatten tagelang zu tun, um den zwölf Hektar großen Brand zu löschen. Lohse hatte damals die "desolate" Versorgung mit Löschwasser kritisiert, mehr Schneisen und befahrbare Wege in gefährdeten Gebieten und mehr Kameras und Sensoren zur Feuerfrüherkennung gefordert.
Die Polizei sucht derweil nach der Brandursache. Während Kreisbrandmeister Lohse eine Brandstiftung nicht ausschließt, weil das Feuer an mehreren Stellen ausbrach, hält es Nationalparkchef Roland Pietsch für unwahrscheinlich, daß in dem unwegsamen Gelände acht Brände innerhalb kurzer Zeit gelegt werden können. Der Oberbürgermeister von Wernigerode, Tobias Kascha (SPD), hat unterdessen schon mal die Kosten für Schaden und Einsatz zusammengerechnet und die Summe von bis zu drei Millionen Euro als "nicht stemmbar" für seine Stadt erklärt. Das Land soll helfen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Bis auf die Brandmauern**
Nach den Landtagswahlen: In der CDU regt sich Unmut gegen Avancen nach links / AfD läßt Muskeln spielen
Jörg Kürschner
Ist ein Tabubruch erneut tabu? Weder in Thüringen noch in Sachsen denkt die CDU an eine Zusammenarbeit mit der AfD, dem Wahlsieger bei den Landtagswahlen. Trotz rechter Mehrheiten soll links regiert werden. Das Brandmauer-Kombinat aus CDU, SPD, BSW und Linkspartei will die Macht unter sich aufteilen. Wählerwille? Nein danke. "Die Dinge sind im Fluß", orakelt CDU-Chef Friedrich Merz. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) traf sich zu Wochenbeginn mit BSW-Chefin Sahra Wagenknecht.

Im thüringischen Landtag ist die Lage besonders vertrackt. Einem Bündnis aus CDU, BSW und SPD fehlt eine Stimme zur absoluten Mehrheit. Die CDU schielt erwartungsgemäß nach links, Noch-Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) lockte bereits: "Ich bleibe bei meinem Angebot, einer Regierung ohne AfD-Beteiligung zur Mehrheit zu verhelfen". Das wäre ein Allparteienbündnis unter Einschluß der SED-Nachfolger. Die Brandmauer würde eingerissen. Nach links. Ob die CDU statt dessen eine Minderheitsregierung wagt, ist derzeit unwahrscheinlich. Obwohl ihre inhaltlichen Positionen in einer Anti-AfD-Koalition verwässert würden.

Nach seinem Pyrrhussieg stellt sich CDU-Landeschef Mario Voigt auf langwierige Gespräche mit der Wagenknecht-Partei ein. Größtes Hindernis scheint in der möglichen Landeskoalition die Außenpolitik zu sein. Wagenknecht pocht unablässig auf entsprechende Festlegungen im Koalitionsvertrag. In der Union wird vermutet, dahinter stecke ihr Ehemann und Mentor Oskar Lafontaine, der als SPD- und späterer Linken-Vorsitzender dezidiert amerikakritische Positionen vertreten hatte.

BSW-Co-Chefin Sevim Dagdelen will dem Bundesrat, der Länderkammer, eine außenpolitische Stimme geben. "Was spricht dagegen, daß sich der Bundesrat mit den deutsch-ukrainischen Beziehungen, Stichwort Waffenlieferungen, oder mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen im Hinblick auf die US-Raketenstationierungen befaßt?"

In der Union formieren sich die Wagenknecht-Gegner

Für die Union gehöre die Nato-Mitgliedschaft und das transatlantische Verhältnis zu den USA zur DNA ihrer Politik, mahnte bereits eine Gruppe von knapp hundert CDU-Mitgliedern, darunter der einflußreiche Außenpolitiker Roderich Kiesewetter, der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitnehmerflügels, Dennis Radtke, und der ehemalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz. Neben diesen innerparteilich eher mitte-links verorteten Christdemokraten haben sich - eine ungewöhnliche und bemerkenswerte Allianz - auch im konservativeren Lager die Wagenknecht-Gegner formiert.

Einem für den kommenden Parteitag einzureichenden Basis-Antrag unter dem Motto "Keine CDU-Koalition mit dem BSW in Thüringen und Sachsen" haben sich bereits kurz nach Freischaltung knapp 1.500 Unterstützer angeschlossen. "Die CDU steht für Westbindung und die soziale Marktwirtschaft. Mit kommunistischen Gegnern des Westens können wir nicht regieren", so Initiator Oliver Häusler. Die Antragsteller sprechen sich statt dessen für eine Minderheits-regierung oder den Gang in die Opposition aus.

Doch Fraktionschef Friedrich Merz will offenbar das Risiko von BSW-Koalitionen eingehen, verlangte in der jüngsten Fraktionssitzung, den Verhandlern "keine Ratschläge von der Seitenlinie" zu geben. Beinfreiheit für Voigt und Kretschmer. Der CDU-Vorsitzende will seine Position als nächster Kanzlerkandidat gegenüber Markus Söder stärken, den ihm lästigen CSU-Vorsitzenden. Und Voigt kann es gar nicht erwarten, Ramelow zu beerben.

Voigts Drang in die Erfurter Staatskanzlei trifft sich also mit Merz' Interesse an innerparteilichen Erfolgen. Die Zahl der Unions-Ministerpräsidenten würde sich auf acht von 16 erhöhen. Für diese Woche waren zunächst "Optionsgespräche" geplant. Danach Sondierungsgespräche, anschließend Koalitionsverhandlungen mit der Folge, daß der Wahlsieger AfD die einzige Oppositionsfraktion wäre? Ein Kurs, der in der CDU-Fraktion nicht unumstritten ist.

Als stärkste Fraktion hatte die AfD CDU und BSW bereits in der vergangenen Woche zu Gesprächen eingeladen. Zu Wochenbeginn lag eine Antwort der CDU noch nicht vor, das BSW schickte eine Absage. Öffentlich hat sich in der CDU bisher nur die neu gewählte Parlamentarierin Martina Schweinsburg (siehe Porträt Seite 3) für Gespräche mit der AfD ausgesprochen. Brandmauer? Hat sich in Thüringen erledigt. Stichwort Sperrminorität. Mit 32,8 Prozent verfügt die AfD über ein Drittel aller Sitze, das heißt keine Verfassungsänderung, keine Wahl von Verfassungsrichtern, keine Auflösung des Landtags ohne Zustimmung der AfD.

Spannend dürfte es schon bald bei der Wahl des Landtagspräsidenten werden. Als stärkste Fraktion hat die AfD das Vorschlagsrecht. Fällt ihr Kandidat in zwei Wahlgängen durch, wird es kompliziert. Der Ältestenrat des Landtags hatte sich darauf verständigt, daß ab dem dritten Wahlgang auch Bewerber aus den anderen Fraktionen kandidieren können. Wird erneut keine Mehrheit erreicht, kommt es zu einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten, die zuvor die meisten Stimmen erhalten hatten.
Da die Geschäftsordnung das Verfahren nicht eindeutig regelt, könnte der Alterspräsident als Sitzungsleiter entscheiden, wie diese konkret auszulegen ist. Alterspräsident ist zum Ärger des Anti-AfD-Blocks ausgerechnet der 73jährige Jürgen Treutler (AfD), direkt gewählt im Wahlkreis Sonneberg. Das "an Jahren älteste" Mitglied eröffnet die konstituierende Sitzung, die spätestens am 1. Oktober stattfinden muß. Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Torben Braga, hat bereits erklärt, seine Fraktion werde auf ihren Rechten bestehen. Rechtliche Probleme sind auch bei der Wahl des Ministerpräsidenten programmiert, die aber an keine zeitlichen Fristen gebunden ist. Die Folge: Ramelow könnte noch einige Zeit im Amt bleiben.
Einen Schritt weiter in Richtung Koalition ist man in Sachsen. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat sich zu Wochenbeginn mit BSW-Chefin Wagenknecht getroffen um "Möglichkeiten einer konstruktiven politischen Zusammenarbeit auszuloten". "Die Zeiten vom Politbüro sind vorbei, wo jemand in Berlin entscheiden konnte, was vor Ort passiert", hatte der CDU-Mann noch kürzlich kritisiert. Gespräche zwischen CDU und BSW sind verabredet. Da Kretschmer eine Minderheitsregierung ablehnt und auch die Brandmauer zur AfD nicht in Frage stellt, ist er auf das BSW angewiesen. Außerdem braucht er entweder die SPD oder die Grünen. Anders als die CDU in Thüringen kann die Sachsen-CDU die Linke links liegenlassen.
Noch unklar ist, ob die AfD wie in Thüringen Verhandlungsmacht per Sperrminorität hat. Diese war ihr zunächst zugestanden, kurz darauf nach einer Neuberechnung der Mandate wieder aberkannt worden. Möglicherweise wird der parteilose, auf der Liste der Freien Wähler (FW) gewählte Oberbürgermeister von Grimma, Matthias Berger, zum Zünglein an der Waage. Er hat aber noch nicht entschieden, ob er sein Landtagsmandat annimmt, sich aber klar gegen ein Bündnis der CDU mit dem BSW und für eine Minderheitsregierung unter Tolerierung der AfD positioniert. "Dieses ganze AfD-Bashing ist schlechter Stil."
Und die eindeutigen Wahlverlierer, die Ampelparteien? Die SPD-Führung freut sich, daß sie noch einmal mit blauem Auge davon gekommen ist, die Fünf-Prozent-Hürde knapp geschafft hat und damit ihre Regierungsbeteiligungen wohl gesichert hat. Die Grünen fliegen aus dem Erfurter Landtag und mutmaßlich aus zwei Landesregierungen. Und die FDP? Die Liberalen verfehlten in Sachsen mit peinlichen 0,9 Prozent die staatliche Erstattung der Wahlkampfkosten, die es erst mit einem Prozent gibt. 500.000 Euro soll der Wahlkampf gekostet haben. Eine Katastrophe für die Liberalen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Arbeiterkampf und Allrad-Karre**
Antifa-Area: In Frankfurt profitieren Linksextremisten noch vom Wohlwollen der grünen Gründergeneration
Hinrich Rohbohm
Die Tür ist verschlossen. Sie ist mit Aufklebern und Antifa-Zeichen übersät. "Freiheit ist unregierbar!" prangt als Slogan in schwarzer Schrift darüber. Hinter den beiden Schaufensterscheiben links und rechts davon hängen Plakate. Unterstützungsaufrufe für Anarchistinnen im Sudan, Werbung für ein Antifa-Camp in Bayern.
Eines der Plakate trägt ein Antifa-Logo. Auf ihm steht der Appell "Gegen jeden Antisemitismus!" Verbunden mit der Mahnung am Schluß des Textes, "daß Auschwitz nie wieder sei!"

Gleichzeitig hängt ein Transparent in den Farben der Palästina-Flagge vom Dach des Hauses mit der Aufschrift "Ceasefire Now!" - Waffenstillstand jetzt. Eine Parole, die vor allem linke Kritiker des israelischen Militäreinsatzes im Gaza-Streifen verwenden, nachdem Hamas-Terroristen am 7. Oktober vorigen Jahres mehr als tausend Israelis im Grenzgebiet ermordeten, verschleppten und zahlreiche noch immer gefangenhalten.

Bei dem Gebäude in der Leipziger Straße 91 in Frankfurt am Main handelt es sich um das ExZess, einen zentralen Treffpunkt der hiesigen Antifa. Von außen wirkt das Haus eher wie ein harmloser linker Infoladen. Ein junger Mann steht auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Er hat sein Handy gezückt, tippt eine Nachricht in das Gerät. Wenige Sekunden später öffnet jemand von innen die Tür des ExZess, und der Mann verschwindet ins Innere. Konspiratives Klingeln auf Antifa-Art.

Neben der Schmuddelecke residieren die etablierten Ökos

Hundert Meter weiter östlich kreuzt sich die Leipziger Straße mit der Mühlstraße, so daß beide mit dem Areal dazwischen ein Dreieck bilden. Auf diese Weise verfügt das Gelände über einen zweiten Zugang mit einer anderen Adresse. Ein idealer Rückzugsort für potentielle Straftäter. Ein Metallzaun ist vor den Mühlstraßen-Eingang gebaut, auf dem mit schwarzer Schrift "Antifa-Frankfurt.org" steht. Eine Internet-Seite, deren Betreiber laut Impressum vorgeblich in der Rosa-Luxemburg-Straße 5 in Frankfurt sitzen. Offensichtlich eine Fake-Angabe. Denn die im Impressum als Verantwortliche genannte und in Berlin beheimatete Antifaschistin Dora Schaul ist bereits seit 25 Jahren tot.

Wer also verbirgt sich hinter dem Internetauftritt mit seiner Verbindung zum ExZess? Auf den Seiten finden sich Verlinkungen zur verbotenen linksextremen Plattform linksunten.indymedia. "Wir alle sind linksunten.indymedia.org!" solidarisieren sich die Seitenbetreiber mit der Plattform. Darüber hinaus aber auch mit den Internetauftritten von netzpolitik.org sowie mit uebermedien.de.

Diese Seiten sind keine Unbekannten in der deutschen Medienlandschaft und dort längst etabliert. Netzpolitik.org wurde 2002 vom Journalisten und Grünen-Politiker Markus Beckedahl gegründet. Beckedahl gilt als Mitgründer der Grünen Jugend in Nordrhein-Westfalen, gehörte von 2002 bis 2003 auch dem Bundesvorstand der Grünen Jugend an. 2015 ermittelte der damalige Generalbundesanwalt Harald Range gegen Beckedahl wegen Verdachts auf Landesverrat.

Der seinerzeitige Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) stoppte das Vorhaben und versetzte Range kurzerhand in den einstweiligen Ruhestand, während Beckedahl heute Gremien wie dem Medienrat der Medienanstalt Berlin-Brandenburg oder dem Kuratorium der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur angehört und für das Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schreibt.

Uebermedien wiederum ist 2016 von dem Bildblog-Gründer Stefan Niggemeier und dem ehemaligen taz-Redakteur Boris Rosenkranz ins Leben gerufen worden. Niggemeier ist heute gefeierter Gast diverser Fernseh-Talkshows, Rosenkranz für die NDR-Magazine "Zapp" und "Extra 3" tätig.

Nur wenige hundert Meter vom ExZess entfernt befindet sich das Ökohaus. Der Weg zwischen den beiden linken Zentren ist gesäumt von Hammer-und-Sichel-Symbolen, "Fight Racism- und FCK AfD-Parolen", garniert mit Erkennungszeichen der Antifa. Und doch ist man bemüht, die Milieus der beiden Häuser sauber zu trennen. Auf der einen Seite das ExZess mit seinem linken Schmuddel-Milieu. Auf der anderen das Ökohaus, die Welt der gesellschaftlich Etablierten aus der einstmals linksradikalen Szene.

Auf dem Parkplatz vor dem Gebäude der vorgeblichen Umweltschützer stehen ein Porsche, mehrere BMW-Oberklasse-Wagen, ein Mercedes, ein Audi, ein Dodge und zahlreiche SUV-Fahrzeuge. Drum herum: Werbeplakate diverser kommunistischer Gruppen. Etwa des Arbei-

terbundes für den Wiederaufbau der KPD, der im Rahmen seiner "Antikriegstage" zur Entwaffnung von Rheinmetall aufruft, an anderer Stelle zu Arbeitermärschen und zum Fest der kommunistischen Zeitschrift Rote Fahne.
Innerhalb des Ökohauses geht es gediegener zu. Ärztehäuser und Anwaltskanzleien haben hier ebenso ihren Sitz wie ein Restaurant, ein Kindergarten oder das Verbraucher-Magazin Öko-Test. Die Zeitschrift war Mitte der achtziger Jahre vom DKP-Aktivisten Jürgen Räuschel gegründet worden, fungiert heute als Aktiengesellschaft mit der SPD-eigenen Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft als Hauptaktionär. Auch Caro-Druck, die Druckerei der taz, hatte hier mal ihren Sitz.
Eigentümer des Ökohauses ist nach wie vor die Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags KG. Ein Unternehmen, das aus dem ehemaligen Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) hervorging und dessen einstige Zentralkomitee-Mitglieder zu Kommanditisten der Kühl KG wurden. Geschäftsführer ist bis heute Gerd Heinemann, einst ein führender Kader des KBW, dem vormals prominente Politiker wie die Grünen Winfried Kretschmann, Reinhard Bütikofer, Krista Sager oder Ralf Fücks angehörten.
Den Grünen hat die Antifa auch einen weiteren zentralen Treffpunkt der linksextremistischen Szene zu verdanken: das "Klapperfeld". Ein ehemaliges Polizeigefängnis im Herzen der Stadt, in unmittelbarer Nähe zur Einkaufsmeile Zeil gelegen. 2009 bot die damalige grüne Bildungsdezernentin Jutta Ebeling die Immobilie der Hausbesetzer-Szene zur kostenlosen Nutzung am. Die Besetzer nahmen dankend an, entwickelten das "Klapperfeld" zum laut Verfassungsschutz bedeutendsten Anlaufpunkt der linksautonomen Szene in Hessen, das der Behörde zufolge für "potentielle Räume linksextremistischer Radikalisierung eine übergeordnete Rolle" spiele.
So würde das "Klapperfeld" linken Aktivisten einen "weitgehend unkontrollierbaren Raum" bieten und zudem bei Demonstrationen als "sichere Rückzugs- und Versorgungsorte" genutzt. Und daher nutzen Linksextremisten hier eine Immobilie, die sich in unmittelbarer Nähe zu Polizei und Frankfurter Justizbehörden befindet. Wie zur Verhöhnung dieser benachbarten Institutionen des Rechtsstaats hängen hier an dem Gebäude Transparente mit Aufschriften wie "Free All Antifas" oder "Free Maja", eine Anspielung auf ein derzeit inhaftiertes Mitglied der linksextremen "Hammerbande".
Symbole, die die tatsächlichen Machtverhältnisse in der von den Grünen dominierten Stadt kaum besser widerspiegeln könnten. An einem Toreingang des "Klapperfeld-Gebäudes" steht ein Graffito: "Wer am lautesten schreibt, hat recht?" Eine Frage, die man auch der Öko-Partei stellen könnte.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Sie blicken verschämt weg**
Messerkriminalität: Kein Tag vergeht, ohne daß irgendwo in Deutschland auf Passanten eingestochen wird.
Die JF reist durch eine verunsicherte Republik, die Einwanderung bestellt und Gewalt bekommen hat
Hinrich Rohbohm
Bertha-von-Suttner-Schule, Geesthacht, Ende Mai: Nach einem Streit rammt ein 13jähriger seinem zwölf Jahre alten Mitschüler ein Messer in den Rücken. Der Junge kommt ins Krankenhaus, aber überlebt. Wie konnte es dazu kommen? Mußten die Mitschüler die Attacke mit ansehen? Wer ist der Täter? Um die Kinder zu schützen, wollen Polizei und Behörden keine näheren Angaben machen. "Wir sollen darüber nicht reden", sagen Schüler lediglich, als sich die JUNGE FREIHEIT vor Ort umhört.
In der Öffentlichkeit löst der Fall zunächst große Bestürzung aus, fällt dann aber der nächsten Schocknachricht zum Opfer, als ein Islamist in Mannheim nur einen Tag später auf den Islamkritiker Michael Stürzenberger einsticht. Bei seiner Attacke erwischt der Täter auch einen

Polizisten am Kopf - der 29jährige Rouven L. erliegt wenige Tage später seinen Verletzungen. Eine Orgie der Gewalt, begangen von Messerstechern, deren Blutspur sich einmal quer durch Deutschland zieht.

Hamburg, Bonn, Berlin, Solingen, Plauen, Hildesheim und kein Ende

Ein kleiner Ausschnitt der jüngsten Vorfälle: Samstag, 7. September 2024, Hamburg: Eine Schwangere wird von ihrem Lebensgefährten mit einem Messer bedroht. Mittwoch, 4. September 2024, Bonn: Ein Mann verletzt zwei Menschen auf der Straße mit einem Messer. Hildesheim, gleicher Tag: Ein 35 Jahre alter Iraker ersticht im Stadtteil Sarstedt den Betreiber einer Asylunterkunft. Montag, 2. September 2024, Jüchen, in Nordrhein-Westfalen: Ein 20 Jahre alter Mann wird an einer Bundesstraße nach einer Verkehrsstreitigkeit mit einem anderen Autofahrer mit einem Messer umgebracht.

Donnerstag, 29. August 2024, Berlin: Ein 50 Jahre alter Libanese ersticht seine 36 Jahre alte Frau, da er sich durch die Trennung von seiner Partnerin um die Ehre gebracht sah. Dienstag, 27. August 2024, Waltershausen in Thüringen: Ein polizeibekannter Somalier greift einen 46 Jahre alten Deutschen vor einem Supermarkt mit einem Messer an und sticht gezielt auf dessen Hals ein. Gleicher Tag im sächsischen Plauen: Ein 23jähriger Somalier greift einen 77 Jahre alten Kioskmitarbeiter mit einem Messer an, verletzt ihn am Oberkörper.

Freitag, 23. August 2024, Solingen: Der 26 Jahre alte Syrer Issa Al H. tötet mit seiner Klinge drei Menschen bei einem Stadtfest und verletzt acht weitere. Der Islamische Staat bekennt sich zu der Tat. Siegburg bei Bonn, gleicher Tag: Ein 50 Jahre alter Mann zückt auf einem Rummel im Streit eine Machete und schlägt mit dem Knauf der Waffe auf sein Opfer - einen 40jährigen Bekannten - ein.

Zehn Fälle von Messerattacken an unterschiedlichen Orten Deutschlands allein in den vergangenen drei Wochen. Ausgeübt zumeist von Tätern, die als illegale Migranten aus islamischen Staaten ins Land gekommen sind - in aller Regel aus dem nordafrikanischen oder arabischen Raum.

Ebenso wie die illegale Migration steigt auch die Zahl der Messerattacken an. Laut polizeilicher Kriminalstatistik des Jahres 2023 auf 639 Fälle. Das sind elf Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr. 2024 waren es bis Mitte August bereits 373 Fälle.

Im August schlug die Berliner Charité Alarm: In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres habe man in der Hauptstadt bereits so viele Opfer von Messerangriffen behandelt wie im gesamten Jahr 2023, erklärte der Geschäftsführende Direktor des Zentrums für Muskuloskeletale Chirurgie, Ulrich Stöckle, dem RBB.

"Auch wenn wir unsere Arbeit jeden Tag höchst professionell bewältigen, können wir nach der Behandlung von derartigen Verletzungen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen", mahnte er. Besonders ein Fall sei ihm dabei in Erinnerung geblieben: Während eines Streits um einen Parkplatz im Berliner Wedding habe ein Mann einen anderen Mann erstochen. Beide, Täter und Opfer, waren Migranten. Als Rettungskräfte den Verletzten abholten, wurden sie von dessen Angehörigen attackiert.

Die Junge Freiheit hat sich an Messer-Hotspots umgehört, wollte wissen, warum gerade hier ein besonderer Gefahrenschwerpunkt liegt. Einer dieser Hotspots ist die Stadt Essen. Mitte August wird hier ein 29 Jahre alter Mann am Viehofer Platz lebensgefährlich verletzt. Anfang Juni wird im Südostviertel der Stadt ein 36jähriger Mann ebenfalls niedergestochen. Auch er schwebte zeitweise in Lebensgefahr. Die beiden Tatverdächtigen wurden von Zeugen jeweils als "südländisch" aussehend beschrieben.

Mitte Mai dann eine Messerattacke auf der Bezirkssportanlage Altenessen im Norden der Großstadt an der Ruhr. Dort findet das Kreisliga-Fußballspiel zwischen AL-Arz Libanon und RuWa Dellwig statt. In der zweiten Halbzeit des Spiels kommt es zu einer brutalen Clan-Schlägerei, mindestens 60 Personen gehen aufeinander los. Ein Schuß fällt. Jemand zieht ein

Messer, fügt einem seiner Kontrahenten eine Schnittverletzung zu. Knapp zwei Wochen zuvor artet im historischen Stadtteil Werden ein Grillplatz-Streit unter Syrern derart aus, daß sich ein 32jähriger mit einer Klinge auf zwei seiner Landsleute stürzt. Ende April schließlich wird im östlichen Stadtteil Kray ein 63jähriger ebenfalls nach einem Streit von einem 20jährigen mit dem Messer an Kopf und Hals attackiert.

In einem Einkaufszentrum unweit des Hauptbahnhofs stehen zwei Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes in gelben Schutzwesten. Angesprochen auf die Messerattacken in der Stadt rollen sie nur noch genervt mit den Augen. "Mit so etwas haben wir doch nahezu täglich zu tun", sagt einer von ihnen der JUNGEN FREIHEIT. Sprechen darf der 48jährige über derartige Vorfälle nicht. Unter der Zusicherung von Anonymität gewährt er dann aber dennoch einen kleinen Einblick in seinen Alltag. "Was keiner offen aussprechen mag, ist die Tatsache, daß es in Essen bestimmte Gruppen von Ausländern gibt, die stets Ärger machen", beginnt er zu erzählen. Er spricht von den arabischen Clans, die sich "im Laufe der Jahre in der Stadt breitgemacht" haben.

Sein Kollege nickt und beginnt, sich nun auch seinen Frust von der Seele zu reden. "Was Sie vielleicht in der Presse mal hier und da über Messerstechereien, lesen ist nur die Spitze des Eisbergs. Vieles von dem, was hier so alles abgeht, erfährt die Öffentlichkeit ja gar nicht. Wenn es nicht gerade Tote gibt oder Opfer mit erheblichen Verletzungen, bleiben die meisten Straftaten, die hier so abgehen, meist unerwähnt."

Sein Partner ergänzt: "Was meinen Sie, was wir und auch die Polizei hier alles manchmal über uns ergehen lassen müssen?" Er spricht von Bedrohungen, Beleidigungen. Davon, daß sie bespuckt und gebissen werden und oft Verstärkung anfordern müssen, "weil gerade wieder einer von denen sein Messer zückt." Meistens lasse sich die Lage deeskalieren, aber eben nicht immer.

"Was Messerangriffe angeht, waren lange Zeit vor allem die Libanesen ein Problem in der Stadt. Aber jetzt haben wir auch immer mehr Ärger mit Syrern, Afghanen und Leuten aus Nordafrika." Ihr Job sei in den letzten Jahren "deutlich gefährlicher" geworden, bestätigen beide. "Ich mache das hier jetzt schon seit mehr als 15 Jahren, und ich kann sagen, daß sich ab 2015 spürbar etwas nachteilig verändert hat, das haben wir der Politik von Frau Merkel zu verdanken, und die Ampel macht's jetzt noch schlimmer."

"Die Afrikaner ticken nur aus, wenn sie auf Drogen sind"

Wenige hundert Meter weiter stehen sechs Polizisten vor dem Eingangsbereich des Hauptbahnhofes. Sie tragen Pistolen und Schutzwesten. Immer wieder kontrollieren sie junge, südländisch aussehende Männer. "Routine-Arbeit", erklärt einer von ihnen knapp. "Aber natürlich herrscht nach Solingen auch bei uns eine gewisse Anspannung." Mehr ist von den Beamten nicht zu erfahren. Nicht, weil sie nichts sagen wollen, sondern weil sie nichts sagen dürfen. Was folgt, ist der übliche Verweis an die Pressestelle der Polizei. "Aber es gibt da natürlich so einiges, was wir nur zu gern mal aussprechen würden", deutet zumindest einer von ihnen vielsagend an.

Was er damit meint, wird mehrere hundert Kilometer entfernt in der hessischen Stadt Fulda deutlich. Auch hier trifft die Junge Freiheit auf Polizisten, die den Bahnhofsvorplatz kontrollieren. Und das nicht ohne Grund: Im Juni kommt es hier nach einem Streit unter Jugendlichen zu einer Messerstecherei. Ein 16jähriger wird dabei schwer verletzt. Der Täter - ebenfalls noch jugendlich - stellt sich später der Polizei, wird aber bald darauf wieder laufengelassen.

"Das ist für die Kollegen manchmal schon echt frustrierend", schildert einer der Polizisten den Gemütszustand seiner Kollegen. Aber die Beamten hätten sich nun mal an die Vorgaben der Politik zu halten, auch wenn er "deren Entscheidungen oder besser gesagt Nicht-Entscheidungen für fatal" halte.

"Jeder weiß doch, wer sich hier vor dem McDonalds-Laden so trifft. Aber alle schweigen und

blicken verschämt weg", empört sich später eine junge Frau der Jungen Freiheit gegenüber. Der Bahnhofsvorplatz gilt unter Jugendlichen als beliebter Treffpunkt, besonders für jene muslimischer Herkunft. Abends würde sie an diesem Platz nicht mehr alleine unterwegs sein, gibt die Frau an.
Noch vor zehn Jahren sei das kein Problem gewesen, meint die 26jährige. "Ich bin hier auch schon mal angepöbelt worden", erinnert sich ihr Freund. Damals habe es Ärger mit jungen muslimischen Männern gegeben. Das sei zwar schon neun Jahre her. "Aber mittlerweile ist es noch schlimmer geworden", berichtet er. Vor allem im nur wenige hundert Meter vom Bahnhof entfernten Schloßpark hätten sich die Zustände verschlimmert.
Besonders am Wochenende gebe es da "immer wieder Ärger". Früher hätten da an lauen Sommerabenden auch deutsche Pärchen und Familien häufiger gesessen. Heute sei das Areal Treffpunkt junger Migranten. "Freitag- und Samstagabend meide ich den Park, das ist fast schon wie eine No-go-Area für mich", meint seine Freundin. Vor drei Jahren ist es dort zu einer lebensgefährlichen Messerattacke gekommen. Ein 19jähriger wollte sich damals betrunken für eine Beleidigung rächen. Sein Opfer, ein 18jähriger Bekannter, saß mit Freunden auf einer Bank in der Grünanlage. Er näherte sich ihm von hinten an und stach mit einem Butterfly-Messer zu. Der Verwundete verlor zweieinhalb Liter Blut. Sein rechter Lungenflügel kollabierte. Er überlebte nur knapp.
Gang durch den Park: Es ist still. Wenig Menschen sind hier. Ein paar Kopftuch tragende Frauen haben Decken ausgebreitet und ruhen. Auch zwei deutsche Frauen um die 30 entspannen. Die Szenerie wirkt friedlich. "Das ändert sich aber zum Wochenende", bestätigen sie der Jungen Freiheit. Dann sei der Park von Migranten "stark frequentiert". Regelmäßig würde es dann knallen. Stichwort: Gewalt. Stichwort: sexuelle Belästigungen. "Besonders am Samstagabend sollten Frauen den Park meiden", mahnen sie.
Warnungen vor den "Messermännern" spricht auch Jogi aus, ein 47 Jahre alter Flaschensammler am Hamburger Hauptbahnhof, der sich der Jungen Freiheit unter diesem Namen vorstellt. "Ich sehe und erlebe viel", beginnt er zu erzählen. Er spricht von Tritten, die ihm mutmaßlich muslimische Jugendliche mehrfach verpaßt hätten, während er sein "Revier" auf Flaschen absuchte.
"Die Afrikaner lassen mich in Ruhe, die ticken nur mal aus, wenn sie auf Drogen sind. Aber die arabischen Jugendlichen sind sehr gewalttätig, die hassen uns Deutsche", ist er überzeugt. "Ich sehe, wie sie manchmal verächtlich auf den Boden spucken, wenn sie mich sehen." Einige von denen sehe er am Bahnhof regelmäßig. "Die tauchen meist so ab vier Uhr nachmittags auf, und dann dauert es meist auch nicht lang, bis es Ärger gibt."
Auch Messerstechereien und Festnahmen habe er schon mitbekommen. "Aber ein paar Tage später stehen die schon wieder da, als wäre nichts gewesen", sagt er aufgebracht. "Unsere Politiker haben dafür gesorgt, daß Leute wie ich keine Wohnung mehr bekommen. Wenn die das jetzt auch noch mit unserer Sicherheit versauen, werde ich hier bald nicht mal mehr meine Flaschen sammeln können." Jogi macht eine finstere Prognose für die Zukunft. Nicht auszuschließen, daß er recht behält.

Messerrepublik Deutschland

Allein in der vergangenen Woche, vom 1. bis zum 9. September, ereigneten sich insgesamt etwa 140 Delikte mit Messern - darunter drei Tötungen, mehr als 40 Körperverletzungen mit Messern sowie mindestens 29 Raubüberfälle und 28 Bedrohungen.

"Messerinzidenz"

Die Internetseite "Messerinzidenz" sammelt Fälle von Messergewalt in Deutschland. Nach eigenen Angaben durchsuchen die Betreiber der Seite alle Pressemitteilungen der Polizei, die Schlagworte wie "Messer", "Stichverletzung" oder "Machete" enthalten.
Besucher der Seite können selbst auswählen, welchen Zeitraum sie überprüfen wollen. …

https://messerinzidenz.de<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Wenig Rendite aus Wolfsburg**

Fahrzeugindustrie: VW schafft es nicht, Autos fürs Volk zu produzieren / Radikalkur möglich?

Paul Leonhard

Zehntausende der 299.000 Beschäftigten an den zehn deutschen Standorten bangen um ihre Zukunft (JF 37/24), denn VW fehlen angeblich fünf Milliarden Euro. Kein Problem für Linken-Chefin Janine Wissler, der Wolfsburger Konzern müsse einfach jene 4,5 Milliarden Euro zurückfordern, die er für das vergangene Geschäftsjahr an seine Aktionäre ausgeschüttet hat: Es sei an der Zeit, daß die Verursacher der Misere Verantwortung übernehmen: "Wenn nötig müssen wir über Enteignungen und staatliche Beteiligungen nachdenken", sagte die 43jährige hessische Politologin der Rheinischen Post.

Dabei ist der Konzern seit 1960 eine teilstaatliche AG: Niedersachsen hält eine Sperrminorität von 20 Prozent - selbst im zentralistischen Frankreich besitzt der Staat nur 15 Prozent von Renault. Weitere 17 Prozent besitzt das Emirat Katar. Damit flossen 2024 fast 1,7 Milliarden Euro Dividende an staatliche Eigentümer. Nur der Bund ging leer aus: Er hat seinen 20-Prozent-Anteil 1988 verschleudert. Die VW-Fehlentscheidungen wurden von SPD- und CDU-Ministerpräsidenten und Gewerkschaften im Aufsichtsrat mit "abgesegnet". Eine Enteignung oder Vergesellschaftung (Artikel 14 bzw. 15 Grundgesetz) des privaten Haupteigners, der Stuttgarter Porsche Automobil Holding SE der Familien Porsche und Piëch, ist absurd - und sie würde die Steuerzahler zig Milliarden kosten.

Der Staatseinfluß hat nicht verhindert, daß VW wegen des "Dieselgates" ab 2016 mehr als 32 Milliarden Euro zahlen mußte. Dabei wußte jeder, daß Dieselkraftstoff in den USA teurer als Benzin ist und Gerichte und Politiker ausländische Firmen übermäßig bestrafen. Daß China Autokonzerne subventioniert, kann kein deutscher Politiker verhindern - autofeindliche EU-Regulierungen und nationale CO2-Bepreisung hingegen schon.

Die Aufgabe des VW-Werks in Rußland kostete 400 Millionen Euro - man überließ so der chinesischen Konkurrenz einen Markt mit 145 Millionen Konsumenten. 2018 produzierte die VW-Hauptmarke in ihren weltweiten Werken noch 6,3 Millionen Pkws - 2023 waren es nur noch 4,9 Millionen. Der Umsatz stieg zwar von 84,6 auf 86,4 Milliarden Euro - doch das war preis- und inflationsbedingt.

Die Probleme von Volkswagen sind teilweise selbstverschuldet

Die neuen Golf, Tiguan oder Passat sind vom Preis her längst keine "Volkswagen" und bei Ausstattung, Qualität und Zuverlässigkeit auch nicht "Premium". Der elektrische ID.3 lief 2023 nur 142.000mal von den Bändern, die Golf/T-Roc-Verbrennerreihe fast 600.000mal. Beim SUV ID.4/5 ist das Verhältnis 223.000 zu 1,1 Millionen (Atlas/Tiguan/Taos). Das billigste ID.3-Modell kostet in Deutschland 36.900 Euro:

"Von einem echten 'Volkswagen' könnte man erst bei einem Preis zwischen 20.000 und 25.000 Euro sprechen", konstatierte Helena Wisbert, Chefin des Center Automotive Research Instituts in Duisburg, im Spiegel.

Doch der familientaugliche Golf Variant aus Wolfsburg kostet mindestens 28.280 Euro, der SUV Tiguan 37.150 Euro. Der Passat (Made in Slovakia) kostet 40.395 Euro, für den ID.7 Tourer (gebaut in Emden), der mit seinem 77-kW-Akku nicht einmal halb soweit wie ein Passat kommt, sind 54.795 Euro fällig. Einen geräumigen Dacia Jogger mit Renault-Technik gibt es allerdings ab 17.900 Euro und für 46.000 Euro schon einen C-Klasse-Kombi von Mercedes. Erstmals in der 87jährigen VW-Geschichte sollen daher Werke geschlossen und Arbeiter entlassen werden.

Absatzprobleme gab es auch vor Einführung des Käfer-Nachfolgers Golf 1974 oder 1994, als

der Wiedervereinigungsboom zu Ende war. Vor 30 Jahren wurden Entlassungen verhindert, indem man eine Viertagewoche ohne vollen Lohnausgleich einführte. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) will das reaktivieren - doch die VW-Lohnkosten passen nicht mehr zu einem absteigenden Massenhersteller. Für die hohen Bürokratie-, Energie- und Materialkosten sowie die verbrennerfeindlichen EU-Auflagen sind Ampel und die Merkel-Kabinette verantwortlich.

Das Programm "Diversity Wins @ Volkswagen" oder das "LGBTIQ* & friends-Netzwerk" "We drive proud" steigert die Produktivität nicht. Die einfachen Einsparpotentiale sind begrenzt: Im 1,2 Milliarden Euro teuren ID-Werk in Zwickau wurden Leiharbeiter entlassen und die Nachtschichten abgeschafft. Denn dort wurden 2023 nur 247.000 E-Autos montiert - dabei ist es für 330.000 geplant.

Immerhin wurden auch Karosserien für Lamborghini- und Bentley-Premiummodelle hergestellt, die allerdings für einen fünfmal höheren Preis als ein ID.3 verkauft werden können. VW-Finanzchef Arno Antlitz rechnete vor, dem Konzern fehle der Absatz von einer halben Million Autos, was der Jahresproduktion von zwei Werken entspricht.

Ob nun Osnabrück und Dresden oder die Komponentenfabriken in Chemnitz und Salzgitter geschlossen werden, wollte VW-Gesamtkonzernchef Oliver Blume nicht verraten: "Wir spekulieren nicht öffentlich über Werke", sagte der langjährige Porsche-Manager im Handelsblatt. Man werde "zusammen mit den Arbeitnehmervertretern mögliche Maßnahmen besprechen". Da haben die Ost-Fabriken trotz niedriger Lohnkosten schlechte Chancen: Sie sind keine Stammwerke, sondern nur Teil der Volkswagen Sachsen GmbH - und die Landtagswahl ist vorbei.

BMW bietet den Mini Countryman als Benziner, Diesel und E-Auto an

Blume will die gesamte VW-Produktionskette hinterfragen: "Angefangen bei den Entwicklungskosten, Materialkosten, Herstellkosten, Fixkosten bis zu den Vertriebskosten." Er verspricht den VW-Eignern bis 2030 "eine zweistellige Rendite" - 2023 waren es konzernweit nur 7,0 Prozent. Porsche kam auf 18,6 Prozent, Audi auf 9,0, die Bus/Lkw-Sparte Traton (MAN, Scania) auf 8,1 Prozent - die VW-Kernmarke lag mit 4,1 Prozent hinter Škoda (6,7 Prozent) und Seat (4,4 Prozent).

Sowohl Werksschließungen als auch Staatshilfe, selbst in Form einer neuen "Kaufprämie" für Elektroautos, lehnt indes Saskia Esken ab. Als nachhaltiges Personalkonzept schlug die SPD-Chefin ein "Drehscheiben-Modell" vor: Überzählige VW-Beschäftigte sollten zeitweise zu einem anderen Arbeitgeber wechseln, mit der Option zurückkehren zu können. Ob sie dabei Arbeiter in Sachsen meint, die zu BMW wechseln könnten, ließ sie offen.

Denn der von der Quandt-Milliardärsfamilie kontrollierte Autokonzern meldet eine so gute Nachfrage nach seinem neuen Mini Countryman, daß im Leipziger BMW-Werk von zwei auf drei Schichten umgestellt wurde. Den SUV gibt es ab 35.900 Euro wahlweise als Benziner, Diesel und E-Auto. In der Fahrzeugproduktion wurden in diesem Jahr 900 neue Mitarbeiter eingestellt. Inzwischen zählt BMW in Sachsen mehr als 10.000 Beschäftigte - die allerdings spürbar weniger verdienen als die Wolfsburger Golf-Produzenten.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Nachverdichtung im unbeplanten Innenbereich**

Novelle des Baugesetzbuches: Der "Bauturbo" kommt doch / Planungsanforderungen können ausgesetzt werden / Manche Hindernisse bleiben

Stefan Kofner

Voriges Jahr sind 663.000 Personen mehr nach Deutschland zu- als fortgezogen. Das waren zwar weniger als 2022, als es mit 1,46 Millionen den höchsten Wanderungsüberschuß seit 1950 gegeben hat - doch klar ist: Deutschland braucht dringend mehr Wohnungen, weil die Bautätigkeit schon seit 15 Jahren nicht mit der Zuwanderung Schritt hält. Die Wohnungsnot

spitzt sich immer weiter zu, die Mieten steigen rasant, und Mietwohnungen sind in den Städten kaum noch zu finden. Der Ernst der Lage hat jetzt auch die Ampel unter ihrem selbsternannten "Kanzler für bezahlbares Wohnen" erreicht und sie - wenn auch viel zu spät - zu entschlossenem Handeln veranlaßt.
Unter Federführung von Bauministerin Klara Geywitz (SPD) hat die Bundesregierung eine Reform des Baugesetzbuchs (BauGB) auf den Weg gebracht, die die Errichtung neuer Wohnungen durch weniger Bürokratie und mehr Flexibilität bei der Planung beschleunigen soll. Die Schaffung von Wohnungen durch Innenentwicklung in den Städten soll erleichtert werden: Gebäudeerweiterungen wie Aufstockungen werden einfacher möglich, ohne daß bestehende Bebauungspläne dafür geändert werden müssen. Genehmigungen für solche Aufstokkungen können von den Gemeinden sogar gleich für ganze Straßenzüge beantragt werden.
Auch die "Hinterlandbebauung", also das Bauen in zweiter Reihe zwecks Nachverdichtung, wird erleichtert und zwar sowohl im Geltungsbereich eines Bebauungsplans als auch im unbeplanten Innenbereich. Mit diesen Sonderregelungen können besonders in ländlichen Gemeinden oder Vororten flexibel Nachverdichtungen ermöglicht werden. Der so geschaffene Wohnraum hat den großen Kostenvorteil, daß dafür kein teures Bauland angekauft werden muß. Sogar der höchst umstrittene "Bauturbo" wird von der Bundesregierung gezündet.

Nachweis von Klimamaßnahmen wie Dachbegrünungen verlangt

Mit dem neu ins BauGB eingefügten Paragraphen 246e soll der Wohnungsbau in angespannten Märkten - befristet bis 2027 - vereinfacht und beschleunigt werden. Das ist eine mutige und sehr weitgehende Regelung, mit der im Prinzip sämtliche Regeln und Planungsanforderungen des BauGB von den Gemeinden ausgesetzt werden können. Es kann sogar ohne Bebauungsplan gebaut werden. Und das in Deutschland, wo sonst alles gnadenlos nach Vorschrift gehen muß.
Der neue Paragraph 246e erlaubt sogar Wohnungsbau im an eine Siedlung angrenzenden Außenbereich, ohne daß es dazu eines Bebauungsplanes bedürfte. Es ist fast unglaublich, aber der Wohnungsbau soll tatsächlich einmal Vorfahrt bekommen. Natürlich hat sich dagegen eine mächtige Front von Bedenkenträgern gebildet, die von den Architektenverbänden bis zum Mieterbund reicht, bei dem das Interesse seiner Mitglieder an verfügbarem und leistbarem Wohnraum nicht mehr an erster Stelle steht.
Es stimmt, daß wir zu viele Flächen versiegeln, aber allein mit der Innenentwicklung kann man das riesige Wohnungsdefizit nur in allzu kleinen Schritten abbauen. Mit dem befristeten Bauturbo sollte man leben können, wenn man bedenkt, wie viele unter der Wohnungsnot leiden. Auch bei der Verfahrensdauer und dem bürokratischen Aufwand tut sich was: Bebauungspläne müssen künftig innerhalb von zwölf Monaten nach Ende der Beteiligungsverfahren veröffentlicht werden, und der Umfang des Umweltberichts wird reduziert.
Die Ampel hat aber nicht alle Ampeln auf Grün gestellt. Bis zur Digitalisierung des gesamten Planungs- und Genehmigungsprozesses in Form der digitalen Bauakte wird wohl noch viel Zeit vergehen. Auch verteuert der von den Bauherren zu erbringende Nachweis, daß sie Klimaschutzmaßnahmen wie Dachbegrünungen oder Baumpflanzungen umgesetzt haben, das Bauen.
Außerdem wurde der Schutz der Mieter vor Umwandlungen bis Ende 2027 verlängert: Paragraph 250 BauGB ermöglicht es den Landesregierungen, an angespannten Märkten die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen. Es ist die Frage, ob das nötig ist, denn die Mieter sind durch die langen Sperrfristen nach einer Umwandlung und das Vorkaufsrecht bereits gut geschützt. Eine Genehmigungserfordernis behindert die Wohneigentumsbildung, und es bedeutet einen sehr tiefen Eingriff in das Privateigentum.
Alles in allem setzt die Novelle aber sowohl für die Innenentwicklung als auch für die Außen-

entwicklung mutige Impulse, die allerdings zum Teil zeitlich befristet sind. Es kommt nun darauf an, was die Gemeinden daraus machen, wie sie mit den Flexibilisierungsmöglichkeiten umgehen. Sobald die neuen Regelungen in Kraft sind, müssen die Städte und Gemeinden alles daransetzen, zusammen mit den privaten Hauseigentümern und der Wohnungswirtschaft viel mehr Wohnraum zu schaffen. Das wird bei den nach wie vor hohen Baupreisen nicht einfach, aber die Bauzinsen sind zuletzt immerhin spürbar gesunken.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Wenn der liebe Gott sein Haus verliert**

Sakrale Räume: Immer mehr Kirchen drohen aus Städten und Dörfern zu verschwinden. Die Stiftung Denkmalschutz schlägt Alarm.

In Gottes Haus beten die Menschen, lassen sich taufen, heiraten, und hier werden sie auch ausgesegnet. Kirchen begleiten unser Leben, sie sind unsere Geschichte. Sowohl individuell als auch kollektiv. Darüber hinaus sind sie künstlerisch das Wertvollste, was wir in der abendländischen Kultur hervorgebracht haben. Doch wie gehen wir mit diesen Werten um? Bis 2060, also in 36 Jahren, werden beide Konfessionen in Deutschland von den rund 45.000 Sakralbauten rund ein Drittel verkaufen oder abreißen.

Dazu gehören Kirchen, Kapellen, Pfarrhäuser und Gemeindezentren. Aus ehemals sakralen Räumen werden im besten Fall Bibliotheken, im schlechtesten Staub. Es fehle an Geld, klagen die Kirchen und schämen sich nicht, ob der Milliarden auf ihren Konten. Der staatliche Denkmalschutz nickt zustimmend. Die private Deutsche Stiftung Denkmalschutz hingegen schlägt Alarm! Sie fordert ein Umdenken im Umgang mit Gottes Haus - und zwar subito!

"Immer weniger Gläubige nutzen sakrale Räume, die Kirchensteuereinnahmen sinken, Objekte stehen häufiger leer, sind ungenutzt oder werden sogar abgerissen", warnt Jörg Haspel, Vorsitzender des Stiftungsrates der Deutschen Stiftung Denkmalschutz in einem Brief aus dem Juli 2024 an die Unterstützer und Förderer der Stiftung. "Es scheint, wir stehen vor einem Dammbruch beim Verlust von kirchlichem Kulturgut." Dies mag um so bitterer erscheinen, als doch seit 1989 die Stiftung mit 285 Millionen Euro die Rettung von über 3.000 Kirchen in Ost- und Westdeutschland unterstützte. War denn alles vergebens?

Der Abriß eines Kirchengebäudes sei die "Ultima ratio", heißt es aus beiden Kirchen. In der "Arbeitshilfe Umnutzung von Kirchen", Herausgeber ist die Deutsche Bischofskonferenz, vom 24. September 2003 steht allerdings unter Punkt 5.3 Folgendes: "Im Einzelfall kann der Abriß einer (nicht mehr benötigten, architektonisch und kunsthistorisch unbedeutenden) Kirche einer kostspieligen Bauunterhaltung oder einer unangemessenen Weiternutzung vorzuziehen sein."

Eine Bewertung des Nutzens eines Kirchengebäudes sollte über ein Beratergremium auf Diözesanebene erfolgen. Konkret heißt das: In einer Art Triage, wie im Rettungsdienst bei Massenunfällen, zum Beispiel wie bei einem Flugzeugabsturz, wird der Nutzen der Rettung eines Gebäudes nach immobilienwirtschaftlichen Kriterien bemessen. Es wird in drei Kategorien eingeteilt: "unverzichtbar, verzichtbar und unverzichtbar, wenn bezahlbar", so die Deutsche Stiftung Denkmalschutz.

Es mögen Kirchenvertreter, Juristen, Bau- und Kunstreferenten zusammensitzen und Empfehlungen aussprechen, vollkommen ohne Einfluß ist die betroffene Gemeinde. Hier ein Beispiel aus Hamburg: Als im Jahr 2008 im Stadtteil Barmbek erstmals nach 1945 wieder eine Kirche abgerissen wurde, war die Empörung der Barmbeker groß. Opfer der Abrißbirne wurde ihre Heiligengeistkirche. 1908 war der neugotische rote Backsteinbau geweiht worden. Die Kirche wurde während der alliierten Bombenangriffe auf Hamburg 1943 stark zerstört. Doch in der Nachkriegszeit bauten die Hamburger viele Kirchen wieder auf. So wurde auch die Heiligengeistkirche wieder jahrzehntelang der Mittelpunkt der Gemeinde.

Doch irgendwann mußte auch sie wieder saniert werden. Die Kosten für das damals über hun-

dert Jahre alte Gebäude hätten sich auf 2,8 Millionen Euro belaufen. Zu viel Geld für die Gemeinde und den Kirchenkreis. 2005 wurde die Kirche profaniert, also entwidmet. Die Welt zitierte damals den Vorsitzenden der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Nordelbien, den Eppendorfer Pastor Ulrich Rüß, der schon damals den Kirchenabriß in Barmbek als einen "Indikator für eine fehllaufende Entwicklung" kritisierte.
"Während die nordelbische Synode jetzt ihre Finanzmittel für ein Gender-Mainstreaming-Projekt aufgestockt habe, werde an anderen Stellen gespart." Nun, in Hamburg sollten auf dem Gelände 65 Neubauwohnungen entstehen, es wurden um die 40, aber dafür gibt es jetzt eine Tiefgarage. Die Kirche selbst war zuvor ausgeschlachtet worden, die Orgel beispielsweise nach Portugal verkauft, die Uhr an einen privaten Sammler. Ein Teil der Fassade steht noch heute. Zu erkennen ist die Kirche allerdings nicht mehr.
Es ist nicht so, daß es sich die beiden Kirchen einfach machen, sie haben wirklich existentielle Probleme, zumal im Osten. Allein die evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat 2021 auf ihrem Gebiet knapp 4.000 Kirchen und Kapellen. Davon fast die Hälfte allein in Thüringen, berichtete der evangelische Pressedienst (epd). 99 Prozent davon seien denkmalgeschützt. Demgegenüber haben die Kirchengemeinden der EKM durchschnittlich nur 178 Mitglieder.
Zum Vergleich: Die EKD zählt bundesweit durchschnittlich 1.190 Mitglieder pro Kirchengemeinde. Zwar hat sich der Anteil der baupolizeilich gesperrten Kirchen von 1989 zu 2021 von zehn auf weniger als ein Prozent reduziert. Das liegt allerdings auch an dem unglaublichen Engagement der Dörfler in den Nachwendezeiten. Gerade in Thüringen, dem Bundesland, das fast in jedem Dorf gefühlt zwei riesige Kirchenbauten hat, eine evangelische und eine protestantische, war Engagement gefragt.
In den neunziger Jahren waren Alarmanrufe von Bürgermeistern in den Redaktionen häufig. Sie brauchten Geld- und Sachspenden, einen schnellen Draht zu Behörden oder zur Landesregierung. Die Kirchen, ihre Sicherung und ihr Wiederaufbau waren in dieser Zeit ein Thema, das Dörfer wieder zusammenwachsen ließ. Unterstützung durch die Redaktionen war Ehrensache - damals.
Im 19. Jahrhundert verfestigte sich die Vorstellung von der architektonisch reinen Kirche im Stil der Neo-Gotik. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Hunderte von neuen sakralen Gebäuden in Betonbauweise gebaut. Sie sind es heute, die als erste fallen. Wie 2022, als die Berliner Zufluchtskirche im Falkenhagener Feld im Bezirk Spandau entwidmet wurde. Der 20 Meter hohe Betonturm wies den Mittelpunkt in diesem Neubauviertel aus. Die Kirche entwarf der West-Berliner Architekt Bodo Fleischer für die Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten eben auf dem Gelände ihres ehemaligen Lagers.
Das Gebäude unterlag leider keinem Denkmalschutz. 2020 wurde es an den Bezirk verkauft, um mit den Einnahmen die Sanierung der zuvor bei Sanierungsarbeiten ausgebrannten Jeremia-Kirche, ebenfalls von Fleischer entworfen, zu finanzieren. Statt die Zufluchtskirche zu sanieren und umzubauen, wurde sie 2023 mit Unterstützung des Bundes, sinnigerweise aus dem Fördertopf "Nachhaltige Erneuerung", abgerissen, berichtet der Verein zur Förderung der Denkmalpflege "Denk mal an Berlin". Das geplante konfessionslose Gemeindezentrum ist immer noch in Planung - Baubeginn unbekannt.
Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz hat Anfang Mai 2024 ein Kirchenmanifest geschrieben. Es ist im Internet veröffentlicht und kann, wie eine Petition, unterzeichnet werden. Darin widerspricht die Stiftung der Auffassung der katholischen und evangelischen Kirchen, sakrale Gebäude aus immobilienwirtschaftlicher Sicht zu beurteilen. Wer dies tue, beraube die Communitas. "Staat und Gesellschaft können und dürfen sich ihrer historisch begründeten Verantwortung für dieses kulturelle Erbe nicht entziehen. Deshalb rufen wir dazu auf, der neuen Lage mit neuen Formen der Trägerschaft zu begegnen: mit einer Stiftung oder Stiftungsland-

schaft für Kirchenbauten und deren Ausstattungen."
Im Manifest liegt Dynamit versteckt. Unter dem Punkt "Kirchenbauten brauchen eine neue Trägerschaft" fordern die Unterzeichner: "Kirchenbauten und ihre Ausstattungen gehören nicht allein den kirchlichen Institutionen und Gemeinden. Als ererbte Räume sind sie Gemeingüter, sie gehören allen."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Intrigen ohne Ende**
Machtkampf an der "Spiegel-Spitze": Überwachungsvorwürfe gegen Vize-Chefin Melanie Amann
Gil Barkei
Neben Debatten um eine Verjüngung der Marke und einen Wechsel des Erscheinungstages tobt beim Spiegel seit Monaten ein Machtkampf an der Spitze. Chefredakteur Dirk Kurbjuweit gegen die stellvertretende Chefredakteurin Melanie Amann - "wer muß gehen?", fragte bereits die Welt.
Genau in dieser angespannten Zeit berichtet das Nachrichtenportal Nius unter Berufung auf interne Nachrichten von "einer handfesten Überwachungsaffäre aus Pandemie-Zeiten". So soll die Hauptstadtjournalistin 2020 Überwachungsmaßnahmen gegen eine frühere Kollegin gefordert haben, die das Corona-Regime der Regierung kritisch gesehen hat. Laut Nius soll Amann den Verdacht geäußert haben, die Ex-Mitarbeiterin habe "vor ihrem Abgang eine Corona-Story unseres Wissenschaftsressorts geleakt" und "an einen Virologen, der darin sehr kritisiert wurde", weitergeleitet. Gemeint war Klaus Stöhr, für Amann ein Virologe, den die Kollegin "immer sehr gepusht hat bei uns, so ein Corona-Verharmloser".
Überlegungen, die E-Mails der Ex-Kollegin zu durchleuchten
Daraufhin sollen intern Nachforschungen gegen die ehemalige Spiegel-Mitarbeiterin diskutiert und geprüft worden sein, bis hin zur Durchleuchtung ihrer dienstlichen Korrespondenz: "Unser Ombudsmann geht an ihre Mails", den "Account gibt es ja noch". Treibende Kraft: Melanie Amann, die seitdem innerhalb der Redaktion für einige den Spitznamen "IM Amann" trage. Die damalige Chefredaktion habe sich jedoch schließlich gegen eine Öffnung des Postfachs und eine Durchsuchung der Mails entschieden, stellt der Spiegel klar und bestätigt damit indirekt die skandalösen Vorgänge.
Die Nius-Recherche ist besonders brisant, da das Duell beim Hamburger Nachrichtenmagazin erst kürzlich einen Eskalationshöhepunkt erreicht hat. Ende August berichtete der Business Insider, Dirk Kurbjuweit habe versucht, seine Konkurrentin loszuwerden. Der 61jährige ist bereits seit 1999 beim einstigen "Sturmgeschütz der Demokratie". Trotzdem fehlte es ihm laut Business Insider an einer breiten Machtbasis, als er im Mai 2023 für viele überraschend zum neuen Chefredakteur aufstieg.
Sein Vorgänger Steffen Klusmann protegierte die AfD-kritische und von Talkshow zu Talkshow ziehende Amann. Damit war unter Kurbjuweit Schluß: "Er entzog Melanie Amann die Verantwortung in der Chefredaktion für die Politik-Berichterstattung, zog sie von der Leitung des Berliner Büros ab. Kürzlich mußte sie auch die Koordination für investigative Recherchen abgeben." Ein Affront. Mittlerweile gilt das Verhältnis der beiden als zerrüttet, heißt es.
Dann der jüngste Versuch, Amann endgültig auszubooten. Gerüchte machten die Runde, die 46jährige verhandle bereits über Abgang und Abfindung. Doch Amann wehrte sich und "soll sich die Rückendeckung durch die einflußreiche Mitarbeiter KG gesichert haben, der die Mehrheit des Spiegel-Verlages gehört und gegen deren Willen keine wesentliche Entscheidung gefällt werden kann". Kurbjuweit düpiert und geschwächt.
Nun der Nius-Bericht - Amann im Fokus -, basierend auf vertraulichen Nachrichten und Aussagen ehemaliger Spiegel-Mitarbeiter. Sticht hier jemand aus Eigeninteresse gezielt schmutzige Wäsche an "böse rechtspopulistische" Medien durch? Eine Aussage hat es in sich, erweitert

sie doch die Vorwürfe gegen Amann aus Mainstream-Sicht um das Schlimmstmögliche: redaktionsintern werde ausgerechnet ihr eine Nähe zur AfD nachgesagt, die auch schon mal "über professionelle Kontakte hinausging".
Unterdessen sinkt die Auflage des Spiegels weiter. Im zweiten Quartal verbreitete das Nachrichtenmagazin inklusive E-Paper, Frei- und Bordexemplaren sowie "sonstigen Verkäufen" nur noch 680.109 Exemplare. Das sind 7,8 Prozent weniger als noch vor zwei Jahren.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Den Fall bis zur letzten Instanz ausfechten**
Transperson "Mann" genannt: Das Podcast-Duo "Hoss & Hopf" wehrt sich gegen ein Gerichtsurteil
Sven Versteegen
Darf man bei der Rechnung eins plus eins noch auf das Ergebnis zwei kommen? Im Rechtsstreit mit einer Transfrau hat das Podcast-Duo "Hoss und Hopf" angekündigt, in Berufung zu gehen. "Wir sind fest entschlossen, diesen Fall bis zur letzten Instanz durchzufechten, notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht", sagte Kiarash Hossainpour der JUNGEN FREIHEIT. Das Landgericht Frankfurt am Main hatte ihm und Philip Hopf Ende August untersagt, eine Transfrau als "Mann" zu bezeichnen.
Begründet wurde das Urteil mit dem geänderten Personenstand der Transfrau. Diese sei seit rund drei Jahren als Frau gerichtlich anerkannt. Zur Unterbindung der Verbreitung setzte das Gericht im Eilverfahren ohne mündliche Verhandlung ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro bei Zuwiderhandlung fest. Hossainpour betonte: "Selbst wenn wir unterliegen sollten, setzen wir damit ein unmißverständliches Zeichen für die Meinungsfreiheit in unserem Land." Die Kosten werde das erfolgreiche Podcast-Duo selbst tragen.
"Ein Preis, den wir für unsere Überzeugungen zu zahlen bereit sind", unterstrich er gegenüber der JF. Neben dem Verbot, das Wort "Mann" sowie männliche Pronomen zu verwenden, wurde auch das Zeigen eines Bildes untersagt. Als Begründung wurde das fehlende Einverständnis der Transfrau angeführt. Weiter handele es sich bei ihr nicht um eine Person der Zeitgeschichte.
Auch die Verpixelung des Bildes würde nicht ausreichen, um die Persönlichkeitsrechte zu schützen, da sie für Freunde und Bekannte weiter erkennbar sei. Infolge der Berichterstattung wurden weitere - teils nicht verpixelte - Bilder der Transfrau in den sozialen Netzwerken verbreitet. Das Frankfurter Landgericht hatte etwa einen Monat zuvor auch Nius die Verwendung des Wortes "Mann" und Veröffentlichung verpixelter Bilder untersagt.
Im Juli hatte das erfolgreiche Podcast-Duo über den Fall einer Transperson aus Erlangen gesprochen. Das einzige Frauen-Fitneßstudio der Stadt soll nach dem Willen der Transperson insgesamt 7.500 Euro zahlen, weil es einem biologischen Mann den Zutritt zu seinen Räumen verwehrte. Der abgelehnte Gast fühlt sich als Frau und nennt sich Laura H., hat aber keine Geschlechtsoperation vornehmen lassen.
Die Chefin des Fitneßstudios, Doris Lange, hatte der Transfrau Ende März mitgeteilt, "daß wir in unseren Schutzräumen für Frauen keinem biologischen Mann Zutritt gewähren können", wie sie der Bild-Zeitung sagte. Daraufhin schaltete H. die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman, ein. Die kümmerte sich schnell um den Fall und schrieb einen Brief an Lange.
"Hoss und Hopf" bezeichneten die Transperson in ihrem Gespräch wiederholt als "Mann" und benutzten männliche Pronomen. Unter anderem wurde die Aussage "Er hat seinen Pimmel noch" vom Gericht als Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte gewertet, da sie "rechtlich und sozial als Frau anerkannt ist".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Maßnahmen zeigen Wirkung**

Gil Barkei

Vor gut zwei Wochen wurde Telegram-Gründer Pawel Durow bei Paris verhaftet (JF 36/24). Mittlerweile ist der 39jährige Milliardär gegen die Zahlung einer Kaution in Millionenhöhe wieder auf freiem Fuß, darf Frankreich jedoch unter strengen polizeilichen Meldeauflagen nicht verlassen. Steinreiche Globetrotter festsetzen, die es sonst gewohnt sind, luxuriös durch die Weltgeschichte zu jetten - das ist nicht nur eine Ansage an andere, ihren Lebensstandard auskostende Tech-Unternehmer, sondern scheint auch Wirkung zu zeigen.

So wurden "still und leise", wie X-Chef Elon Musk als einer der ersten öffentlich bemerkte, die sogenannten FAQ bei Telegram geändert. Früher stand dort bei der Frage zum Umgang mit vermeintlich "illegalen Inhalten" festgeschrieben, daß "alle Chats und Gruppenchats privat sind" und "keine Anfragen diesbezüglich bearbeitet werden". Mittlerweile ist dort von "Report-Buttons" die Rede, um fragliche Beiträge "unseren Moderatoren" zu melden - "in nur wenigen Schritten".

Still und leise hat Telegram seine FAQ geändert und Meldemöglichkeiten installiert.

Die Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit haben also gesessen. Zwar weist Durow in seiner ersten Wortmeldung seit der Haft die Vorwürfe zurück, sein Messengerdienst helfe Kriminellen, doch auf die letztlich von der EU kommenden Forderungen nach mehr Moderation und Kooperation läßt er sich ein. "Obwohl 99,999 Prozent der Telegram-Nutzer nichts mit Kriminalität zu tun haben, schaffen die restlichen 0,001 Prozent, die in illegale Aktivitäten verwickelt sind, ein schlechtes Bild für die gesamte Plattform", schrieb der gebürtige Russe auf seiner Plattform. "Deshalb sind wir in diesem Jahr entschlossen, die Moderation auf Telegram von einem Kritikpunkt zu einem Lob zu machen."

Der Druck und die Konsequenzen für den Weltbürger wurden weltweit anscheinend zu hoch. Auch Südkorea geht mittlerweile gegen Telegram vor und leitete Ermittlungen wegen der Verbreitung pornographischer KI-Bilder und der Beihilfe zu Sexualstraftaten ein. Ein neu geschaffenes Gremium soll dabei die Kommunikation mit den sozialen Medien koordinieren. Gleichzeitig bat die koreanische Medienaufsicht die französischen Kollegen um eine engere Zusammenarbeit im Fall Telegram.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Wie der Egoismus unsere soziale Marktwirtschaft bedroht**

Die nicht ganz unsichtbare Hand

Peter R. Preißler

Der Homo oeconomicus umschreibt jemanden, der sein Handeln und Streben nach rationalen oder ökonomischen Prinzipien ausrichtet und seine Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt des größtmöglichen Nutzens und der Wirtschaftlichkeit trifft (ökonomisches Prinzip oder synonym Rationalprinzip).

Gott sei Dank gibt es den Homo oeconomicus in seiner Reinform nicht, es wäre eine schreckliche Vorstellung, wenn alle Entscheidungen ausschließlich nach sachrationalen Gesichtspunkten getroffen würden. Daß dem nicht so ist, darauf weisen uns der schottische Moralphilosoph Adam Smith (1723-1790), Nestor der Marktwirtschaft mit seinem Werk "Wohlstand der Nationen" (1776), und Bernard Mandeville mit seiner Veröffentlichung "Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile" (1714) hin.

Mandeville wurde allerdings nie so bekannt wie Adam Smith mit seiner Theorie der "unsichtbaren Hand des Marktes". Mandeville war aber vor Smith derjenige, der die Handlung Einzelner auf das wirtschaftliche Wohl und Fragen nach deren Moral systematisch untersuchte und darauf hinwies, daß das Allgemeinwohl häufig auf Egoismus beruhe. Er faßte seine Erkenntnisse in Verse und rief damals einen handfesten Skandal hervor. Sein Buch wurde in Frankreich vom Scharfrichter verbrannt!

Smith wird häufig nur auf sein Buch "Der Wohlstand der Nationen" und seine darin beschrie-

bene "unsichtbare Hand" reduziert, obwohl er nicht nur dieses eine Werk verfaßte. Seine wohl bekanntesten und meistzitierten Sätze daraus sind: "Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, daß sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe.
Der Nutzen der Reichen liegt darin, daß sie ihrer Selbstsucht und Raubgier folgen und dabei die allgemeine Wohlfahrt fördern, ohne es zu beabsichtigen, ja ohne es vielfach zu wissen!" Die Nutzensteigerung für die Gesellschaft entsteht also durch die Bemühungen des Einzelnen zur Steigerung des eigenen Nutzens. Er wird hierbei von einer "unsichtbaren Hand" gesteuert. Obwohl er meist nur das macht, was er glaubt, daß es ihm nützlich ist, fördert er dadurch auch Dinge, die er gar nicht beabsichtigt.
Es scheint schwer, zu glauben, daß eine Marktwirtschaft funktionieren kann, ohne Gesamtplanung, ohne eine zentrale Planung, und trotzdem die Versorgung der Bevölkerung in einem ausreichenden Maße sichergestellt ist. Das "Streben nach Eigennutz" ist die Basis für das Funktionieren einer Marktwirtschaft. Denn jeder Mensch versucht zunächst seine eigenen Interessen durchzusetzen, das heißt, das Handeln des Menschen ist darauf ausgerichtet, Vorteile für sich selbst zu erzielen. Der eigene Nutzen steht bei allen Menschen im Vordergrund.
Die Marktwirtschaft geht demnach von einem relativ egoistischen Menschenbild aus oder anders ausgedrückt, die Marktwirtschaft braucht den egoistischen Menschen, um funktionieren zu können.
Warum sorgt ein eigennützig handelnder Unternehmer trotzdem für eine optimale Versorgung der Bevölkerung mit Gütern? Es liegt einfach daran, daß eine unternehmerische Tätigkeit die Chance bietet, Gewinne zu erzielen. Gewinnerzielung ist aber nur dann möglich, wenn der Unternehmer seine Produkte mit Preisen oberhalb der Produktionskosten verkaufen kann. Damit dies gelingt, muß der Unternehmer die Bedürfnisse seiner potentiellen Kunden kennen, denn er kann schließlich nur das verkaufen, was tatsächlich nachgefragt wird.
Er muß also Marktforschung betreiben, um die Kundenwünsche zu kennen, denn produziert der Unternehmer am Bedarf vorbei, ist zu teuer und trifft mit seinen Produkten nicht den Geschmack seiner Kunden, dann wird er die Konsequenzen schnell merken (Umsatzrückgänge; Kunden sind nicht bereit, dafür zu bezahlen, ja bis zu Insolvenz). Der Unternehmer ist deshalb permanent gefordert, die Produktion seiner Unternehmung den Wünschen und Bedürfnissen seiner Kunden anzupassen.
Im Gegensatz dazu läßt der Staat in der Planwirtschaft diese Freiheit, nämlich das Streben nach Eigennutz, nicht zu. In der Planwirtschaft ist das Streben nach Eigennutz aber dennoch vorhanden, nur daß die Erscheinungsformen anders aussehen (Denunziation, Korruption, Produktion von Gütern, die nicht benötigt werden, um damit tauschen zu können, usw.). Das Geheimnis der marktwirtschaftlichen Ordnung ist, daß es in der Lage ist, den Eigennutz als Motivationskraft zum Nutzen aller einzusetzen.
Gegner der Marktwirtschaft bestreiten diese Zusammenhänge und setzen Marktwirtschaft mit Kapitalismus gleich ("Raubtierkapitalismus"). Die Unersättlichkeit ist bei den Menschen aber bereits lange vor dem Kapitalismus vorhanden gewesen (Vertreibung aus dem Paradies). Sie ist eine Art Virus, gewissermaßen eingeimpft. Unbestritten ist, daß ein übergroßer Eigennutz und Egoismus, der alle moralischen und rechtlichen Grenzen überschreitet, das Funktionieren der Märkte bedroht.
Eine allgemein vorherrschende Meinung ist, daß Entscheidungen in Unternehmen und in der Politik rational zu treffen seien, das heißt begründbar, nachvollziehbar, methodisch, ohne "Gefühlsbeigaben" und ohne Willkür. Die Entscheidungsforschung zeigt aber, daß Entscheidungen nicht ausschließlich unter rationalen Aspekten getroffen werden. Auf Egoismus aufgebautes Handeln ist nicht nur auf Unternehmen beschränkt, sondern prägt auch unsere Ge-

sellschaft und unsere Politik.
Meist werden persönliche Vorlieben als "Rationalität" verkauft, womit der eigentliche Hintergrund von Entscheidungen bewußt oder teilweise auch unbewußt verhüllt wird. Unter der Tarnkappe eines vorgeblich rationalen "vernünftigen" Verhaltens wird verborgen, daß man sehr wohl seine eigenen Interessen verfolgt.
In Politik und Wirtschaft gibt es dafür zahlreiche Beispiele. Die vielen aufgedeckten Skandale zeigen das. Sie sind mit Verhaltensweisen verbunden, die eindringlich zeigen: wenn es um den eigenen Vorteil geht, dann handelt nicht ein Homo oeconomicus für sein Unternehmen, sondern ein durch und durch eigennütziger Mensch, ein "Homo egoisticus". Wie der "Haifisch das Hirn" besiegt, schrieb das Handelsblatt, als im Jahr 2000 das britische Mobilfunkunternehmen Vodafone das deutsche Traditionsunternehmen Mannesmann für 180 Milliarden Euro schluckte. Die bis dahin größte Summe, die für eine Übernahme in Deutschland aufgewendet worden war.
Sie bewirkte, daß ein Traditionsunternehmen mit langer deutscher Industriegeschichte und seinem markanten Mannesmann-Hochhaus am Rhein verschwand. "Winners Project" hieß übrigens das Buchhaltungskonto, über das die Millionen-Prämien an die Vorstandsmitglieder von Mannesmann nach der verlorenen Abwehrschlacht flossen. Dieses "Gewinner-Projekt" war für Mannesmann zweifelsohne kein Gewinnprojekt, sondern sein Untergang.
Der Vorstandsvorsitzende von Deutschlands bekanntestem Versandhaus Arcandor wurde wegen Untreue in 27 Fällen und Steuerhinterziehung in drei Fällen zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt, unter anderem für teure Privatflüge und Privatreisen. Er verfolgte konsequent seine persönlichen Vorteile bei gleichzeitig völligem Versagen in der Unternehmensführung, was zum Konkurs und Verlust der Arbeitsplätze der Mitarbeiter führte.
Bei der Daimler AG soll nicht auf zahllose falsche und sich widersprechende Strategieentscheidungen der Vergangenheit eingegangen werden, die Milliarden kosteten. Der damalige Vorstandsvorsitzende verlor seine persönlichen Vorteile nie aus dem Auge. Die Beschäftigung seiner Frau mit einem mehr als überdurchschnittlichen Gehalt für die von ihr ausgeübte Position und Ausbildung war, um es vorsichtig auszudrücken, "gewöhnungsbedürftig".
Leider nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik häufen sich die Beispiele für eine Abkehr vom Homo oeconomicus zum ausschließlich egoistischen Verhalten des Homo egoisticus. Ein aktuelles Beispiel: die teilweise von der Politik eingesetzten obersten Führungskräfte der Deutschen Bahn glaubten tatsächlich, auch 2023 Anspruch auf sechs bis siebenstellige Erfolgsboni wie 2022 zu haben.
Trotz eklatanten Versagens bei der Pünktlichkeit, Kundenzufriedenheit und so vielem anderen mehr, forderte man Bonizahlungen unter anderem mit der Begründung, daß die Frauenquote in den Führungspositionen um ein Prozent erhöht worden sei. Viele andere Fälle des Zuschiebens von Posten, Vergabe von Beratungsaufträgen an Freunde, Trauzeugen, Verwandte, Parteikollegen zeigen: vom Homo oeconomicus zum Homo egoisticus ist es kein weiter Weg. Ein weiteres Problem neben einem übersteigerten egoistischen Verhalten ist das Treffen völlig falscher Entscheidungen.
Eine Hauptursache dafür ist, daß viele "Entscheider" sich nicht in die normale Arbeitswelt hineindenken können. Das gilt für jene Führungskräfte, die nach langem Schulbesuch, einem überlangen Studium (wenn möglich an einer Privathochschule), Promotion oder Tätigkeit bei den sogenannten "Big Consultings" häufig direkt an die Spitze eines Unternehmens gelangen, ohne jemals persönlich echte Praxiserfahrungen gesammelt zu haben. Dies gilt aber auch für jene Politiker, die mit der Arbeitswelt nie in Berührung kamen, anders ausgedrückt, nie gearbeitet haben und vielfach keinerlei Ausbildung oder Abschluß besitzen.
Hinzu kommt, daß grundlegende, wichtige Probleme nicht mehr gelöst, sondern verschoben, allenfalls übertüncht werden. Sie potenzieren sich später in ihren Auswirkungen. Durch das

Übertünchen der Schuldenpolitik werden riesige Probleme auf künftige Wahlperioden verschoben. Diese ungelösten Probleme werden aber wieder auftauchen und zu wesentlich größeren Erschütterungen führen, als wenn man rechtzeitig die Schuldenpolitik geändert hätte. Es ist eine Binsenwahrheit - dazu braucht man weder grundlegende volkswirtschaftliche noch betriebswirtschaftliche Kenntnisse -, daß Schulden irgendwann von irgend jemand bezahlt werden müssen. Das waren allerdings in der Vergangenheit immer diejenigen, die überhaupt nichts damit zu tun hatten!
Der Homo oeconomicus, der nach rationalen und ökonomischen Gesichtspunkten handelt, wird tatsächlich immer seltener. Es sei denn, daß konsequent eigennütziges Handeln dem Rationalprinzip gleichgesetzt wird, weil egoistisches Verhalten durchaus rational aus der Sicht des Homo egoisticus ist. Dieses eigennützige egoistische Verhalten könnte man durchaus als rational bezeichnen, denn zielorientiert werden nur die eigenen Interessen konsequent verfolgt!
Der Eigennutz des Menschen konnte bisher nie völlig unterdrückt werden. Die Historie hat dies gezeigt. Der Eigennutz ist Bestandteil des Verhaltens der Mitglieder jeder Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Aufgabe des Staates muß es aber sein, durch rechtzeitiges Eingreifen einen ungezügelten, gierigen und ungesetzlichen Eigennutz auszuschalten. Unser Wirtschaftssystem, die soziale Marktwirtschaft erfordert dies. Sie ist meiner festen Überzeugung nach allen sozialistischen Träumereien vorzuziehen.
Mir fällt es zwar bis heute noch immer schwer zu verstehen, wie eine Wirtschaft ohne zentrale Planung oder Vorgaben funktionieren kann. Aber sie funktioniert allemal besser als jene Systeme, die nur einer zentralen Planung vertrauen. Ich glaube fest daran, daß meine persönlichen Konsumwünsche in unserem Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft besser erfüllt werden, als dies in plangelenkten Wirtschaftssystemen jemals der Fall sein würde.
Das zu beobachtende und nicht wegzudiskutierende offensichtliche Fehlverhalten und die Abkehr vom ökonomischen Rationalprinzip bei Politikern und Entscheidungsträgern der Wirtschaft darf aber nicht den Eindruck erwecken, daß alle Politiker und Führungskräfte so sind. Es gibt sie nach wie vor, den "vernünftigen" Homo oeconomicus und "die positiven Veränderer, die Erfolgs- und Verantwortungssuchenden!" Der Homo oeconomicus und der vernünftige eigennützige Mensch sind die Basis unseres Wirtschaftssystems, der sozialen Marktwirtschaft, nicht der Homo egoisticus. Damit das so bleibt, müssen wir alle, Gesellschaft, Politik, jeder einzelne von uns, etwas dazu beitragen.
Prof. em. Dr. Peter R. Preißler, Ökonom, lehrte Unternehmungsführung und Controlling und gründete 1987 die Deutsche Gesellschaft für angewandtes Controlling - einem Fachgebiet, zu dem er mehrere Standardwerke beisteuerte.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Die islamische Landnahme**
Der Philosoph Rudolf Brandner über die Gefahr für Europa durch die beschleunigte Massenmigration von Muslimen
Werner Olles
Nicht der Islam ist die Gefahr Europas, sondern der Verlust des eigenen kulturellen und geschichtlichen Selbstbewußtseins, das mit seinen pseudoreligiösen Surrogatwerten über kein ethisches Fundament seines Weltverhaltens mehr verfügt." Der Philosoph Rudolf Brandner befaßt sich in seiner Essay-Sammlung mit dem politischen Selbstverständnis und der geschichtlichen Verfassung moderner, westlicher Gesellschaften angesichts der islamischen Massenimmigration.
Von Beginn an läßt der Autor keinen Zweifel, daß der realhistorische Schwundprozeß einer Gesellschaft, die sich selbst und ihre gesamte geschichtliche Kultur bis zur Selbstauflösung verleugnet, sich weder rückgängig machen oder nach Belieben anhalten noch dadurch bewäl-

tigen läßt, daß behauptet werde, er finde gar nicht statt. Doch lasse sich zumindest der Versuch unternehmen, zu begreifen, was gegenwärtig geschieht und wie sich die Wirklichkeit durch das, was geschieht, verändert.
Brandner sieht eine Epoche kollektiv eingeübter Selbstannullierung von Geist, Erfahrung und Realitätswahrnehmung, die im Verein mit dem massenhaften Verlernen grundlegender mentalitätsgeschichtlich ausgerichtete Überlegungen und zivilisatorische Kodizes speziell in Deutschland, letztlich jedoch in ganz West- und Nordeuropa, den fundamentalen kulturellen Gegensatz zwischen westlicher und islamischer Welt kurzerhand ausblendet.
Hatte Karl Lagerfeld die Flüchtlingspolitik Merkels 2017 in einer französischen Talkshow noch mit den lakonischen Worten "Man kann nicht, selbst wenn Jahrzehnte dazwischen liegen, Millionen Juden töten, um danach Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land zu holen" kommentiert, und damit die seit 2015 systematisch gewordene illegale Massenmigration auf den Punkt gebracht, so zeigte sich in Deutschland eine völlig infantilisierte "Willkommenskultur" als Symptom einer fortdauernden Verfallsgeschichte, gepaart mit einem sich immer totalitärer gebärdenden moralistischen Aktivismus.
Tatsächlich mußte jedoch bei genauer Beobachtung jedem klar sein, was hier beschleunigt und verschärft wurde: die islamische Landnahme des öffentlichen Raumes, die sukzessive Ausdehnung von No-go-Areas nicht nur für Frauen, Juden und Homosexuelle, der signifikante Anstieg vieler Gewaltdelikte, vom "Messern" bis zur Gruppenvergewaltigung von jungen Mädchen und polit-religiös motivierten Terroranschlägen.
Es war klar, daß man sich entscheiden mußte, entweder die Rechte und das Leben der eigenen Staatsbürger dem "antirassistischen" Bestandsschutz von Moslems zu opfern, oder im Rahmen des Rechtsstaats maximalen Assimilierungsdruck auszuüben. Doch statt Maßnahmen wie der Einführung der kopftuchfreien Schule, des Burka-Verbots, des Verbots der Mehrehe und der Betätigung legalistischer Organisationen des Islamismus, erwies sich "die Angst vor dem heiligen Zorn religiös motivierten Beleidigtseins" als stärker und gab in allen gesellschaftlichen Fragen den Forderungen der muslimischen Migranten unter der Vorgabe der Toleranz nach.
Obwohl eine Mehrheit der Bürger, wie zahlreiche Umfragen belegen, den Islam für inkompatibel mit der geschichtlichen und kulturellen Identität Europas hält, werden in Fabriken, Büros, Schulen und Universitäten Gebetsräume zum täglich fünfmaligen Niederwerfen zur Verfügung gestellt, wird in Kantinen kein Schweinefleisch mehr angeboten, Friedhöfe mit Ausrichtung nach Mekka angelegt, verweigern Moslems Frauen den Handschlag - nicht jedoch den sexuellen Übergriff -, werden Kinderehen, Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde zur alltäglichen asozialen Wirklichkeit. ´

Die Angst vor dem heiligen Zorn religiös motivierten Beleidigtsein

Brandners Fazit: "Im massenpsychologischen Untergrund des Zeitgeistes wirkt ein moralideologischer Druck, der unter dem Banner der "Islamophobie" alle Realitätswahrnehmung zu subjektiven Verwerflichkeiten erklärt." Damit sei nicht mehr die Realität weltweiter islamischer Gewalt, theokratischer Religionstyrannei und ihrer militanten Intoleranz das Übel, sondern ihre negative Wahrnehmung.
Nach jedem Mord, nach jedem Anschlag ergießen sich aus dem Sprechautomaten des politisch-medialen Komplexes nicht nur in Deutschland gebetsmühlenartig Beteuerungen, sich nicht zum Haß verführen zu lassen, sondern alles in universeller Liebe aufzulösen. Doch gehören Wut, Zorn, Haß und Verachtung zu den starken, kathartisch reinigenden Abwehraffekten und zur Selbstachtung des Menschen, wo diese in ihren Grundlagen verletzt wird. Statt dessen überwiegen kollektive Betulichkeiten wie Händchenhalten, Kerzenanzünden, Singen und Beten: "Den Terroristen mit Liebe begegnen" (Margot Käßmann).
Rudolf Brandner: Muslimische Immigration und das Versagen der politischen Vernunft Euro-

pas. Manuscriptum Verlag, Lüding-hausen 2024, broschiert, 134 Seiten …<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Ein Buch, das es nicht geben darf**

Der reuige Erfahrungsbericht einer Transsexuellen über Probleme und Hintergründe ihrer Transition ist nicht mehr im Handel erreichbar

Martin Voigt

Sie haßte ihren Körper so sehr, daß sie sich die Brüste abschneiden und Testosteron spritzen ließ. Sophie Griebel ist ein Opfer des Trans-Kults, in den vor allem Mädchen geraten. Aus erster Hand berichtet sie über die Ursachen. In ihrem Buch "Trans: Aufdeckung über Generation, Gewalt und Mißbrauch" verarbeitet sie ihre Geschichte und andeutungsweise auch die ihrer Mutter und Großmutter. Denn der "transgenerationalen Weitergabe" von traumatisierenden Kindheitserfahrungen mißt Griebel besondere Bedeutung bei.

"Meine Mutter, meine Großmutter, ich und noch viele andere dachten, es sei normal, wenn man sich selbst oder seine Kinder opfert. Wir alle dachten irgendwann, daß es Liebe sei, wenn man Gewalt über sich ergehen läßt, den Mangel des anderen füllt", schreibt Griebel. Mit 20 Jahren unterzog sich die psychisch labile Frau einer Trans-OP, die sie später bereute. "Meine seelische Not war größer als die Angst vor den Nebenwirkungen", erinnert sich Griebel im Interview mit dem österreichischen Sender AUF1 an die Zeit, als sie die Transition zum Mann unbedingt wollte.

Dreieinhalb Jahre nahm Griebel Testosteron. Sexuelle Übergriffe und sieben Jahre häusliche Gewalt sind die kurze Erklärung für den Ekel, die Scham und die Ohnmachtsgefühle, die den Teenager in depressive Zustände und radikale Selbstentwertung trieben. Die Geschichten gleichen sich, weiß Griebel aus zahlreichen Kontakten mit anderen Betroffenen. Die Transgender-Ideologie trifft bei vielen Mädchen mit Bindungstraumata einen Nerv: die Eltern tief verletzen, ihnen die Tochter nehmen und den Körper zum "Buhmann" für den Mangel an Liebe machen, den man als Kind erlitten hat.

Griebel umkreist die großen Erkenntnisse der Psychoanalyse, entdeckt sie neu in selbsttherapeutischen und bisweilen selbstzerfleischenden Prozessen. Nicht ihren Körper oder gar ihr Geschlecht habe sie abgelehnt, sondern "die über Generationen hinweg manifestierte Schuld und Scham" habe zu dem Ekel vor ihrem Körper und ihrem Geschlecht geführt. Die euphorischen Berichte aus der Trans-Szene, mit dem Auslöschen alles Weiblichen endlich Macht und Kontrolle über die seelischen Zustände gewinnen zu können, hätten sich zu spät als Illusion entpuppt.

Griebels Einsichten zur Verstrickung in Schuld und Wiederholungszwänge über Generationen hinweg gehen in ein sozialanalytisches "Wir" über, wobei sie die Ursachen für destruktive und suizidale Tendenzen vage umreißt. Feministischen Allgemeinplätzen kann sie nichts abgewinnen: "Ich glaube übrigens an keinen Geschlechterkampf, geschweige denn an irgendwelche Rollen, oder daran, daß die Ungleichheit das Grundproblem darstellt." Griebel gleitet zuweilen etwas in den Duktus der Life-Coaching-Szene ab: "Die Hauptsache ist, daß man seinen Geist kultiviert und in die Selbstliebe, Selbstverantwortung und Selbstbestimmung kommt." Dennoch warnt sie präzise vor dem Selbstbestimmungsgesetz.

Der soziale Geschlechtswechsel würde die seelisch verletzten Jugendlichen nur weiter darin bestätigen, "trans zu sein". Die Erlösungsgefühle nach der Transition seien jedoch nur ein oberflächlicher Effekt, der die Auseinandersetzung mit den eigentlichen Problemen verhindere. Die Betroffenen "wollen gar nicht sie selbst sein, weil sie Angst haben, sie selbst zu sein", erklärt Griebel. Der Wechsel der Identität und das vermeintliche Auslöschen der Vergangenheit würden die Abspaltung der tatsächlichen Schmerzpunkte unterstützen. Das sei keine tragfähige Lösung für eine stabile Identität und ein glückliches Leben.

Das Buch einer Detransitionerin "Trans: Aufdeckung über Generation, Gewalt und Miß-

brauch", herausgegeben von Sophie Griebel, ist im Handel nicht mehr erhältlich, Amazon hat den Account gesperrt. Auch die Homepage (www.sophie-benjamesgriebel.com), auf der die Autorin das Buch für jeden kostenfrei zur Verfügung stellte, ist nicht mehr erreichbar. Weitere Informationen unter: https://keinmaedchen.de<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Noch grüner als der Rasen sein**

Sportverbände verlangen den Nachweis einer Nachhaltigkeits- und einer Umweltstrategie

Christian Schreiber

Als der SSV Ulm 2023 nach Insolvenz und Jahren in der fußballerischen Diaspora in die 3. Liga aufstieg, sorgte weniger der sportliche Erfolg der Spatzen, sondern vielmehr die Infrastruktur im Stadion für Aufsehen. Denn der Deutsche Fußball-Bund (DFB) schreibt in den drei höchsten Spielklassen eine Rasenheizung oder ein überdachtes Spielfeld vor. Es gehe darum, "witterungsbedingte Spielausfälle soweit wie möglich zu minimieren", erklärte der Verband. Die 3. Liga sei eine "professionelle Spielklasse" und damit "in nicht unerheblichem Umfang von TV-Geldern abhängig, deren Wert sich unter anderem an verläßlichen Spielterminen bemißt".

Die Ulmer Lokalpolitik war entsetzt. Schließlich ist die Studentenstadt seit 1993 Mitglied im "Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder" (Alianza del Clima e.V.), das von seinen Mitgliedern verlangt, "fair, naturkonform, lokal, ressourcenschonend und vielfältig" zu sein. Rasenspielfelder zu beheizen sei mit Blick auf den Klimaschutz und knappe Ressourcen nicht länger hinnehmbar und angesichts immer höherer Energiekosten für die Bürger nicht mehr vermittelbar.

Die Maßnahme sei unsäglich, unnötig und anachronistisch, sagte Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch (CDU) barsch. Es nutzte nichts, auch weil der SSV weiterhin erfolgreich spielte und im Sommer sogar in die Zweite Liga aufstieg. Das Stadion wurde vor Saisonstart für eine Millionensumme aufgerüstet - inklusive "klimafreundlicher" Rasenheizung. Allerdings unter SPD-Bürgermeister Martin Ansbacher, der Czisch in der Stichwahl mit 55,1 Prozent besiegte.

Man muß die Vereine einfach zu ihrem Öko-Glück "zwingen"

Man könnte die Diskussion für ein lokales Ereignis halten, aber es zeigt, daß auch im organisierten Spitzensport längst eine Nachhaltigkeitsdebatte entstanden ist. Besonderes Augenmerk liegt dabei fast zwangsläufig auf dem Fußball. Die Deutsche Fußball-Liga (DFL), die für die ersten beiden Ligen verantwortlich ist, überprüft seit der vergangenen Saison, ob die 36 Vereine aus der 1. und 2. Bundesliga gewisse Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Ein Kriterium ist: Jeder Club muß seinen "CO2-Fußabdruck" genau messen. Doch bisher kommen nicht alle Vereine den Anforderungen nach.

Sanktionen gibt es keine. "Ab und an muß man ja auch die Vereine zu ihrem Glück 'zwingen', und ich hätte mir hier ein Anreiz-System gewünscht, um der Ernsthaftigkeit tatsächlich Nachdruck zu verleihen", sagte der DFB-Manager und ehemalige DFL-Geschäftsführer Andreas Rettig. Das heiße konkret, "daß man ein Bonus- oder Malus-System einführt: Wer besonders gut und nachhaltig auf sich aufmerksam macht, bekommt aus den DFL- oder DFB-Mitteln auch Zuwendungen. Ich glaube, das wäre ein guter Schritt nach vorn und würde die Attraktivität deutlich erhöhen, sich in solchen Feldern zu bewegen", so Rettig.

Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Anreiseverhalten. Rund eine halbe Million Fans sind jedes Bundesliga-Wochenende unterwegs, um Fußball im Stadion zu sehen. Um das auszugleichen, müßte man theoretisch an jedem Spieltag 60.000 Bäume pflanzen, denn die meisten Fans fahren mit dem Pkw zum Stadion. Dabei haben die meisten Vereine bei ihren Heimspielen eine Kooperation mit dem ÖPNV. Doch es sind vorwiegend die Auswärtsfahrer, die Sor-

gen bereiten. "Die acht, neun Prozent der Auswärtsfahrer, die unterwegs sind in der Liga, fahren im Schnitt zu jedem Spiel 350 Kilometer. Die erzeugen damit annähernd ein Drittel des gesamten Fußabdrucks der Bundesliga", findet der Diplom-Ingenieur Jörn Kleinschmidt vom Arbeitskreis Sportökonomie, der sich beruflich und privat für Nachhaltigkeit einsetzt.
Es gibt viele Ansätze. Die Rasenspielfläche muß permanent bewässert werden, das Flutlicht ab den Nachmittagsstunden angeschaltet sein. Kritik daran gibt es schon lange. Und bis heute gibt es Sportveranstaltungen, gerade auf regionaler Ebene, wo das Bier immer noch in Plastikbechern ausgeschenkt wird. Die Diskussion gibt es nicht nur im Fußball. So gilt der organisierte Eishockey-Sport als besonders "klimaintensiv". Über Monate organisierte der Verband DEL Umfragen, wie hoch der Energieverbrauch in den Hallen ist. "Nachhaltigkeit ist für uns keine Pressemitteilung oder Kampagne. Die Clubs möchten nachhaltig geführte Unternehmen werden", kündigt die DEL an.
Viele Verbände kooperieren mittlerweile mit Ministerien. "Solaranlagen auf dem Stadiondach, Mehrweggeschirr in den Stadien, die Bratwurst vom Bio-Bauern aus der Region - das Engagement des deutschen Profisports für mehr Nachhaltigkeit hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen", freut sich SPD-Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze. Seit 2022 besteht eine Kooperationsvereinbarung mit der DFL. Die TSG Hoffenheim und der 1. FC Köln setzen sich mittlerweile für Klima- und Umweltschutz, Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltige Fanartikel ein und unterstützen "Sport für Entwicklung-Projekte" in Jordanien und Namibia. Beide Clubs haben Partnerschaften mit ihrem Bonner Ministerium unterzeichnet.
Vom Fußball-Weltverband Fifa wurde bereits vor Jahren ein Klimafonds aufgelegt. Im Umfeld des organisierten Profi-Fußballs hat sich ein Fan-Projekt mit Namen "Anpfiff fürs Klima" gegründet. Es gibt eigentlich kaum einen Bereich, der derzeit nicht diskutiert wird. Einige Vereine, nicht nur im Fußball, sind bereits dazu übergegangen, die Publikationen wie Stadion- oder Hallenmagazine nur noch digital zu versenden.
Es gibt Clubs, die dazu aufrufen, Eintrittskarten nicht mehr auszudrucken, sondern im Mobiltelefon zu speichern. In der Handball-Bundesliga wollen mehrere Vereine ab der kommenden Saison keine "Klatschpappen" mehr an Fans verteilen. "Anpfiff fürs Klima" plant künftig, einen Klimameister per App-Abstimmungen zu bestimmen, mit Kriterien wie Begrünung, Hitzeschutz, Fahrradstellplätze am Stadion oder Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.

Nachhaltigkeitsmanager einstellen und das Speiseangebot umstellen

Vielen Nachhaltigkeitsaktivisten gilt derweil der organisierte Basketball in Deutschland als Vorbild. Die 18 Klubs der Basketball-Bundesliga (BBL) müssen seit der Saison 2023/2024 zehn Nachhaltigkeitsziele verbindlich erreichen; acht davon sind für alle einheitlich und zwei individuell definierbar. Sollten ein, zwei oder drei Ziele nicht erreicht werden, wird dies mit einer Geldstrafe geahndet. Ein Verfehlen von vier bis sechs Zielen würde eine Geldstrafe und/oder einen Siegabzug nach sich ziehen. Ab sieben gibt es keine Lizenz.
Die Vereine müssen einen Nachhaltigkeitsmanager einstellen, und das Speiseangebot in den Hallen muß sich deutlich verändern. Die Uni-Baskets aus der Studentenstadt Münster gehen ganz andere Wege. Sie haben Dienstwagen für ihre Profis und Funktionäre abgeschafft. "Ich denke", sagt Baskets-Manager Helge Stuckenholz nicht ohne Stolz, "wir sind Vorreiter im Profisport in Deutschland. Ich kenne keinen Club - und das nicht nur im Basketball -, der das vergleichbar umsetzt."
Die Spieler haben sich komplett als Team darauf verständigt, nur noch mit Carsharing-Autos in Münster unterwegs zu sein. Aber es gibt auch die andere Seite, auch wenn es bislang niemand öffentlich ausspricht. Gerade bei Profivereinen mit Umsätzen im einstelligen Millionenbereich gibt es Befürchtungen, die Nachhaltigkeitsdebatte könnte zu mehr woker Bürokratie und damit immensen Kosten führen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024

(x1.407/…): >>**Grüne Staus in Dresden**

Paul Leonhard

Einschränkungen durch kaputte Straßen, Bauarbeiten, große Sportveranstaltungen und Demonstrationen oder aber tollkühne Verkehrsversuche gehören in der Innenstadt Dresdens zum Alltag. Freie Fahrt gibt es lediglich für Radfahrer, die insbesondere Baubürgermeister Stephan Kühn in sein grünes Herz geschlossen hat. Sie dürfen fast alles und nehmen sich noch mehr heraus: Sie schneiden Lkw-Fahrern die Vorfahrt, fahren mitten auf den Tramspuren und in beiden Richtungen auf den Fußwegen, ignorieren todesmutig Ampelschaltungen und zeigen allen anderen und mitunter sich auch untereinander gern den Mittelfinger.

Nur beim Passieren der Elbbrücken fühlten sie sich noch unterdrückt, weswegen Dresdens grüne Rathausvertreter am Tag nach der Landtagswahl einen zweiten Verkehrsversuch starteten. Der erste, der die Elbbrücke Blaues Wunder zwischen Loschwitz und Blasewitz betraf, war gründlich schiefgegangen.

200.000 Euro an Steuergeld kostet der autofeindliche Versuch, der bis Jahresende dauern soll.

Die Bürgerproteste waren derart massive, daß Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) persönlich seinen Baubürgermeister zurückpfeifen und den Versuch abbrechen mußte. Dieser aber scheint aus den von ihm hervorgerufenen, auch für Krankenwagen, Feuerwehr und Busse undurchdringlichen Staus nichts gelernt zu haben und arbeitet sich an der nächsten Brücke ab. Auf seine Weisung wurde diesmal auf der Carola-brücke - die Augustusbrücke wurde bereits komplett für Autos gesperrt - stadteinwärts eine von zwei Autospuren als Radweg ausgewiesen.

Allerdings nutzen bisher kaum Radfahrer das Angebot, da diese die Radspur als unsicher wirkend einschätzen. 200.000 Euro kostet der Versuch, der bis Jahresende dauern soll. Geht es nach den Dresdner Grünen, dürfen Autos bald nur noch eine innerstädtische Brücke benutzen, und zwar stadtauswärts: Es ist die Eisenbahnbrücke, auf der die in Böhmen produzierten Škodas auf Güterwagen nach Sachsen rollen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30452" berichtet am 13. September 2024 (x1.400/…): >>**UN-Plan: Gender-Kritik gilt als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"**

Stellen Sie sich den romantischsten und schönsten Tag im Leben eines Pärchens vor. Zwei liebende Menschen feiern ihre Hochzeit, Sie sehen die beiden vielleicht vor dem Altar, alles ist schön geschmückt, alle festlich gekleidet … Nebenbei bemerkt, denken an dieser Stelle doch die allermeisten, daß es sich bei dem besagten Paar um Mann und Frau handelt, oder? - Aber das nur nebenbei - Dieser Mann und diese Frau sitzen gerade im Traugottesdienst, um sich den Segen für ihre Zukunft abzuholen.

Der Geistliche waltet seines Amtes und gibt dem Brautpaar noch hilfreiche Worte mit auf den Weg in die Ehe. Hierfür bedient er sich einer sehr üblichen Bibelstelle: "... und als Mann und Frau schuf ER sie …"! Und nun aufgepaßt, denn theoretisch müßte der Geistliche dem auch gar nichts mehr hinzufügen, um mit einer komplett desaströsen Klage am Hals vor dem europäischen Gerichtshof zu landen.

Warum? Nun, er vergaß die über 70 weiteren Geschlechtsidentitäten zu erwähnen.

Am 5. April dieses Jahres 2024 hatte der Rechtsausschuß der UN-Generalversammlung seine Sitzung in New York beendet. Es wurde ein Vertrag erörtert, der die Terminologie des "Verbrechens gegen die Menschlichkeit" neu regeln soll. Dazu veröffentlicht Jochen Sommer im Aufklärungsportal "ansage.org" einen Artikel: "IRRER UN-PLAN: KRITIK AN LGBTQ- UND GENDERWAHN SOLL KÜNFTIG "VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT" SEIN".

"Die LGBTQ-Ideologie soll vor ihren Kritikern geschützt und politisch für sakrosankt erklärt werden. Jegliche Ablehnung und Widerstand gegen den "bunten" Regenbogenwahn soll künf-

tig zum schlimmst denkbaren "Verbrechen" deklariert und entsprechend durch internationales Recht sanktioniert werden."
Folglich sollen alle anderen auch nur schon angedeuteten Meinungen, die zu einer lebendigen Demokratie zwingend dazugehören, kriminalisiert werden. Ganz gleich, ob der Inhalt der Meinung eigentlich etwas ganz anderes aussagen sollte, schlußfolgert Sommer.
Sollten bestimmte Meinungen zu wissenschaftlichen und biologischen Tatsachen, traditionellen Werten und christlicher Weltanschauung nicht LGBTQ-gemäß angepaßt werden, erwägt die UN, sie mittels dieses Vertrags dann zum "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" einzustufen.
Zum besseren Verständnis ein Beispiel:
Stellen Sie sich eine Diskussion vor, in der sich jemand zu einer Situation äußert, in der ein Paar, bestehend aus zwei Männern, Kinder großziehen möchte. Er behauptet, daß diese beiden Männer nie eine gleichwertige Beziehung zum Kind aufbauen werden, wie sie bei einer natürlichen Mutter-Kind-Bindung der leiblichen Mutter von Natur aus gegeben ist. Diese neutrale rein wissenschaftliche und biologisch unbestreitbare Aussage könnte unter dem Gesichtspunkt "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zukünftig ganz schnell als Diskriminierung ausgelegt werden, da sowohl wissenschaftlich fundierte Aussagen als auch biologische Tatsachen plötzlich per Gesetz ideologischen Anschauungen unterliegen würden.
CitizenGO bezeichnet diesen besagten Vertragsentwurf in einer Petition als besorgniserregend, da eine der angesehensten internationalen Gremien offen in Erwägung zieht, die biologische Wahrheit als Hassverbrechen zu bezeichnen … Und der UN-Rechtsausschuß ist, wohl bemerkt, einer der wichtigsten Ausschüsse bei den Vereinten Nationen. Hier wird weltweit bindendes Recht beschlossen.
Sobald sie von der Generalversammlung angenommen und von den Mitgliedsstaaten ratifiziert (unterzeichnet) sind, können die hier entworfenen Verträge und Konventionen zu verbindlichen internationalen Rechtsinstrumenten werden. Nach diesem Vertragsentwurf soll jede politische oder religiöse Aussage, die sich gegen Transgender-Dogmen richtet, als eine Form der geschlechtsspezifischen Verfolgung behandelt werden - und damit als Verbrechen gegen das Völkerrecht. Und nicht nur Agenda-kritische Journalisten, sondern auch Priester und Pastoren, die sich Gender-kritisch äußern, sollen bestraft werden.
Der Totalitarismus einer weltanschaulichen Verirrung hat die höchsten internationalen Gremien erreicht, so Sommer. Der Vertragsentwurf schlägt beispielsweise eine radikale Veränderung der Definition von "geschlechtsspezifischer Verfolgung" vor. Im Römischen Statut des Internationalen Gerichtshofes von 1998 hieß es ursprünglich sehr deutlich: "Für die Zwecke dieses Statuts wird davon ausgegangen, daß sich der Begriff 'Geschlecht' auf die beiden Geschlechter, männlich und weiblich, im Kontext der Gesellschaft bezieht. Der Begriff 'Geschlecht' hat keine andere Bedeutung als die oben genannte."
Laut UN habe es seit der Verabschiedung der römischen Statuten Ende der 90er Jahre erhebliche Fortschritte in unseren Vorstellungen von Geschlecht gegeben. Mit der "neuen Vorstellung von Geschlecht" ist die Vorstellung der UN, jeder könnte sich sein Geschlecht frei "aussuchen", gemeint, in welcher die "zugewiesene" oder "gelesene" Sexualität nur ein "soziales Konstrukt" sei. Aber im Prinzip handelt es sich um die weltweite Einführung des "Selbstbestimmungsgesetzes" (siehe dazu: kla.tv/28201) mehrerer EU-Länder, Deutschland inklusive. Dieses Gesetz ist gepaart mit den Restriktionen des "Digital Services Act" sowie verschärften Strafvorschriften gegen angebliche "Desinformation".
Jede Kritik soll fortan zum Verbrechen erklärt werden dürfen. Dieser Vertragsentwurf bedroht das Grundrecht des Menschen, die eigenen Überzeugungen in Bezug auf Tradition, Ehe, Familie und die biologische Natur des Geschlechts frei zu artikulieren und diese öffentlich zu vertreten, heißt es weiter in Sommers Artikel.

Folglich muß ein offener Diskurs stattfinden, allein schon wegen der unzähligen Opfer dieser Gender-Ideologie. Die betroffenen Menschen haben die Forderung, daß ihre Geschichte Gehör findet und ihre bitteren Erfahrungen nicht weiter unter Verschluß gehalten werden. Aber aus dem Mund der Opfer selbst heißt es, daß sie terrorisiert werden. Zudem gäbe es kaum Psychologen, die es wagen, sich ihrer anzunehmen - aus Angst vor Verfolgung, da die Ärzte sonst ihre Zulassung verlieren! Eine De-Transition, also die Rückkehr zum natürlichen Geburts-Geschlecht, ist absolut unerwünscht, da dadurch die ideologisch gehypten Pläne der Gender-Lobby durchkreuzt werden.
Hier haben wir das wahre "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", wenn Opfern Hilfe durch erfahrene Ärzte und Psychologen verwehrt bleibt, geschweige denn die Beschneidung eines JEDEN auf freie Meinungsäußerung naturgegebener Fakten. Dieser Verfälschung von Rechtsbegriffen mit ihren verdrehten Definitionen von "Verfolgung" und "Verbrechen" muß unter allen Umständen Einhalt geboten werden.<<

Belgien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Ein Skandal, der Europa erschüttert**

Katargate: Brüssel und der steigende Einfluß des Islamismus / Zwei Bücher bringen Licht ins Dunkel von Korruption und Blauäugigkeit

Albrecht Rothacher

Die Mischung ist höchst brisant: "Katargate: EU-Korruption und Islamismus". Hierzu sind zwei ausgezeichnet und unpolemisch geschriebene, hervorragend recherchierte Bücher, die sich trefflich ergänzen, erschienen. Die beiden Le Soir-Journalisten Louis Colart und Joel Matriche stellen anhand ihres Zugangs zu den staatsanwaltlichen Unterlagen der belgischen Polizei und des Geheimdienstes ziemlich lückenlos das kleine, aber höchst einflußreiche Netzwerk von Katar gekaufter meist italo-wallonischer sozialistischer EU-Abgeordneter und europäischer Gewerkschaftsbosse mit gutmenschlichen NGOs als Geldwäscheanlagen dar.
Ja, es gibt erfreulicherweise noch eine Handvoll kritisch recherchierender Journalisten in Brüssel, die nicht nur die Pressemitteilungen der Kommission abschreiben und wohlwollend kommentieren. Die vormalige EU-Abgeordnete Patricia Chagnon (RN) setzt diesen Korruptionsskandal, der aus katarischer Sicht mit 1,6 Millionen Euro nur "Peanuts" aus der Portokasse ist, in den Kontext der von ihr wohldokumentierten Welt-Islamisierungsstrategie der Muslim-Bruderschaften, deren Hauptsponsor ebenfalls das Wüstenemirat Katar ist.

Das große übergeordnete Ziel: die Islamisierung Europas

Aber der Reihe nach. Um die Enthüllungen des Katargate vom Dezember 2022, als der Fund von Bargeld-Sporttaschen die ebenso schöne wie ruchlose sozialistische Vizepräsidentin des EU-Parlaments (EP) Eva Kaili aus Thessaloniki den politischen Kopf kostete, und als ihr Vater mit 720.000 Euro im Rollkoffer in Brüssel erwischt wurde, sie für einige Wochen in eine sehr unwirtliche belgische U-Haft wanderte, ist es seither sehr still geworden.
Hauptfigur des Netzwerkes war der sozialistische Gewerkschaftsfunktionär Antonio Panzeri, der nach seinem Ausscheiden aus dem EP die trefflich benannte NGO "Fight Impunity" gründete, die im Verbund mit der NGO "No Peace without Justice", deren Beratungsgremium gleichfalls mit linken Euro-Promis besetzt war, den Geldtransfer aus Katar und Marokko betrieb. Sein umtriebiger Assistent Francesco Giorgi war der Lebenspartner der glamourösen Eva Kaili. Mit im Bunde waren die Abgeordneten Andrea Cozzolino, Marc Tarabella, Maria Arena, Lara Comi (als Berlusconi-Jüngerin von der Forza Italia die einzige Nicht-Sozialistin) sowie die Gewerkschaftsbonzen Luca Visentini und Susanna Camusso vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).
Sie alle stellten dem Emirat Katar auftragsgemäß im Unterausschuß für Menschenrechte (DROI) des EU-Parlaments, den sie kontrollierten, der normalerweise allmonatlich lautstarke Resolutionen zu jedem Menschenrechtsthema unter der Sonne verfaßt. Dies indem sie mit

abgesprochenen Rollen Persilscheine ausstellten und die Feinde des in Katar herrschenden Al-Thani-Klans, nämlich Saudi-Arabien, Bahrain, die Vereinigten Emirate, Algerien und Ägypten nach Kräften schmähten.
Letztere begrüßten die angeblichen Menschenrechtsreformen in Katar und die vorgebliche Abschaffung des Systems der Kalafa- Sklavenarbeit, die beim Bau der WM-Stadien im Jahr 2022 bis zu 6.500 Todesopfer gefordert hatte. Die mitte-links-grüne Mehrheit des EP stimmte jenen allmonatlichen Dringlichkeitsresolutionen der kleinen verschworenen Clique in Straßburg routinemäßig zu. Größere Länder wie die USA, Rußland und China interessieren EP-Resolutionen ohnehin nicht, schreiben die Autoren.
Daß auch Gelder, Freiflüge, Gratisurlaube und großzügige Geschenke aus Katar, Marokko und Mauretanien auch an die Kommissionshierarchie - zum Beispiel für das höchst dubiose Luftverkehrsabkommen namens CATA (Comprehensive Air Transport Agreement) zugunsten von Qatar Airways - flossen, interessiert die Autoren weniger. Dasselbe gilt für die Gelder des marokkanischen Geheimdienst DGED.
Die Französin Patricia Chagnon, Rassemblement National, setzt Katargate in einen größeren Zusammenhang, nämlich der seit dem Doha-Gipfel von 2000 expressis verbis beschlossenen Strategie der Islamisierung Europas und des Westens. Der Katargate-Skandal des Europaparlaments ist also nur ein lästiger Puzzlestein nützlicher Idioten. So gab es im Jahr 2000 in Doha einen islamistischen Gipfel mit dem Plan der Islamisierung Europas. Jenes Protokoll von Doha wurde von 50 islamischen Ländern unterschrieben, schwarz auf weiß im Jahr 2009 veröffentlicht (im Anhang des Buches ist es auf 120 Seiten wiedergegeben).
Es ist also keine Verschwörungstheorie, sondern sieht in politisch korrektem Jargon die Entwicklung und Förderung islamischer Parallelgesellschaften in Europa vor, den Bau von Großmoscheen als Kultur- und Bildungszentren und die Ablehnung jeglicher Assimilation von Muslimen in die als minderwertig beschriebenen westlichen Werte, die Unkultur und Dekadenz der Gastnationen. Koordiniert wird jene Strategie von einer der UNESCO nachgebildeten Organisation der islamischen Welt für Bildung, Wissenschaft und Kultur (ICESCO) mit Sitz in Rabat (Marokko) mit 54 Mitgliedsländern, die für die Förderung islamischer Bildung, Wissenschaft und Kultur vor allem in der westlichen Diaspora zuständig ist.
Ziel ist es zuerst die kulturelle Hegemonie vor der politischen Machtergreifung herzustellen - die Unterwanderung der staatlichen und kulturellen Institutionen durch eine Taktik von Druck, Überredung und letztlich Terror, und die ständige Agitation gegen "Islamophobie". Aus Sicht der fundamentalistischen Muslimbrüder wird mit der massiven finanziellen Unterstützung durch Katar dabei eine panislamische Einheit gepredigt, einer Religion, die eigentlich keine bindende Organisation und Lehrmeinung kennt.

Die Rolle Katars bleibt stets zwiespältig

Ziel ist der Sieg des koranischen Rechts, der Scharia, einschließlich seiner Körperstrafen, der Amputationen, des Köpfens, der Steinigungen, der Vielweiberei und der Minderwertigkeit der Frau. Schon jetzt werden innermuslimische Streitigkeiten in Frankreich, zum Beispiel zwischen Tschetschenen und Maghrebinern, von Schiedsgerichten nach der Scharia und dem islamischen Gewohnheitsrecht geregelt. Mit einem Netzwerk von Vereinen, Kulturzentren, Jugend- und Sportklubs sollen wie im "Kalifat von Brüssel", den Problemvierteln von Molenbeek, Schaerbeek und St. Josse die örtliche Politik, Justiz und Verwaltung unterwandert werden, um die Integration, den Glaubensverlust und die Assimilation durch gestärkte Gegengesellschaften zu verhindern.
Dabei helfen die in Ägypten und Algerien verbotenen Muslimbrüder bei Attentaten als Organisatoren und Rechtfertiger, führen sie allerdings niemals direkt aus. Sie wurden unter dem laizistisch-sozialistischen und panarabischen Nationalisten Nasser aus Ägypten in die Golfstaaten vertrieben, wo sie unter jenen nomadischen ungebildeten Wüstensöhnen, die plötzlich

mit Petrodollars reich geworden waren, als "Intellektuelle" der islamistischen Wiedererwekkung im Staatsapparat und im Bildungswesen unterkamen. Der katarische Sender Al-Jazeera wurde zu ihrem weltweiten Propagandakanal.
Die Rolle Katars blieb dabei stets zwiespältig. Einerseits ein Bündnispartner der USA im Golf und Konkurrent gegen den Wahhabismus der verfeindeten Saudis, andererseits Großsponsor der Muslimbrüder, der Hisbollah, von Hamas und der Taliban als "legitimen Widerstandsbewegungen". Mit dem Ergebnis, daß die Saudis, Ägypten, Bahrain und die Vereinigten Emirate alle Beziehungen zu Katar 2017 wegen seiner Unterstützung des Terrorismus abbrachen. Katar reagierte, indem es sich Recep Tayyip Erdogans Türkei annäherte und als "soft diplomacy" Groß-Sportereignisse in jenes ziemlich unsportliche - von Kamelrennen abgesehen - veranstaltete. So kostete die Fußball Weltmeisterschaft 2022, einschließlich des Stimmenkaufs bei der FIFA anno 2010, allein 200 Milliarden Dollar.
Dabei verfolgten Katar und sein Al-Thani-Klan die gängige Doktrin des Dschihad-Theoretikers Al-Suri: dem übermächtigen westlichen Feind (immerhin hat Katar nur 300.000 eigentliche Bürger) Tausende kleine Wunden durch dezentralisierte Aktionen beibringen, bis er destabilisiert zusammenbricht, während gleichzeitig die Grundlagen der demokratischen Systeme untergraben und die islamischen Identitäten der Migranten gestärkt werden.
Statt einer direkten Konfrontation empfiehlt er einen Zyklus spektakulärer Provokationen, von Viktimisierungen und Mobilisierungen. Nützliche Idioten sind für ihn jene westlichen "woke" Ideologen mit ihren postkolonialen Schuld- und Selbstbezichtigungskomplexen. Klassisch zum Beispiel linke Studentenverbände und "SOS Racisme" mit ihren Diskriminierungsbezichtigungen und dem sogenannten "Recht auf Unterschied", damit der Nicht-Assimilation, was genau der Strategie der Moslembrüder entspricht.
Hilfreich ist dabei das Bündnis mit dem europäischen Linksradikalismus, das eher antiklerikal gestimmt ist und die Arbeiterklasse als Wähler bereits verloren hat. So buhlen in Frankreich der linkssozialistische Chauvinist Jean-Luc Mélenchon und in Deutschland und in Österreich die Grünen und Sozialisten hemmungslos um die Stimmen der Muslime. Dabei versuchen sie die Meinungsfreiheit gegen Islamkritiker durch die Kriminalisierung der sogenannten "Islamophobie" einzuschränken. Denn schon seit 2011 versucht die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OCI) in einem "Prozeß von Istanbul" jede Kritik des Islams mit zunehmendem Erfolg zu kriminalisieren.
All dies wird von der "Qatar Charity" mit Milliardenbeträgen finanziert. Schließlich verfügt der Staatsfonds über bescheidene 450 Milliarden US-Dollar an Spielgeld.
Unterstützt wird all dies von der EU. Schon der Slogan "Vereint in Vielfalt" wendet sich gegen die Universalität europäischer Werte und akzeptiert die separaten Werte des Korans und seiner Überlieferung, der Sunna. So finanzierte die EU durch den "Islamic Relief" die Terrororganisation Hamas sowie im Kampf gegen die Islamophobie mit 67 Millionen Euro (2007-2022) auch Organisationen, die den Muslimbrüdern nahestehen. Auffallend ist sicherlich auch die PR-Kampagne des Europarats in Straßburg, der unter dem Motto "Celebrate Diversity" im Jahr 2021 plakatieren ließ: "Freedom is in Hijab". Die Frauen nicht nur im Iran sehen dies allerdings deutlich anders.
Die Bücher von Patricia Chagnon, Louis Colart und Joel Matriche sind also absolut lesenswert. Hoffentlich gibt es bald auch deutsche Übersetzungen.
Patricia Chagnon: Qatargate. The Result of Over Twenty Years of Interference, Ideological, Financial, and -Electoral -Compliance. Brüssel, 2024, Broschüre, 283 Seiten, unter https://qatar-gate.fr - gratis erhältlich<<
Louis Colart, Joel Matriche: Qatargate. Enquete et révélations sur le scandale qui ébranle Europe. Harper Collins Frankreich, Paris 2024, … 215 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024

(x1.407/…): >>**Grüße aus … Brüssel**
Mordlust und Rache
Albrecht Rothacher
Anfang September ist die "Rentree" in Brüssel. Urlaubsgeschichten werden ausgetauscht, doch der politische Alltag beginnt. Ich sitze in der Mickey-Mouse-Bar des Parlaments und betrachte bei einem Glas Chimay die Umgebung. Gertenschlanke, kurzberockte Schönheiten stöckeln vorbei und beflirten ihre gewichtig tuenden Chefs, auf deren Schultern als frisch gewählte MdEPs die Zukunft Europas zu ruhen scheint. Der Skandal des Tages: Die medial stets hochjubelte Präsidentin, die mit einem Kreuzfahrtlobbyisten verheiratete Roberta Metsola (EVP) hat nach maltesischer Landessitte ihren Schwager zum wohlbestallten Kabinettschef ernannt.
Aktuelles Hauptthema: Wer schießt in den Parlamentsanhörungen welchen Kommissar ab? Die vereinigte Linke (Sozialisten, Linksliberale, Grüne und Kommunisten) sinnen als Wahlverlierer auf Rache. Stellen die Sozialisten doch nur noch vier von 27 Kommissaren. Dazu sind die Radikal-Feministen mit nur zehn Kommissarinnen sauer. Dies obwohl vier der fünf wichtigsten EU-Posten von Frauen besetzt sind: Die Kommissions- und Parlamentspräsidentinnen, die Außenbeauftragte Kaja Kallas und EZB-Präsidentin Christine Lagarde.
Bei den Anhörungen geht es darum, den künftigen Kommissaren verbindliche Versprechungen abzunötigen.
Sichere rote Abschuß-Kandidaten sind der bisherige Balkankommissar, der Ungar Oliver Verhelyi und Raffaele Fitto von den Fratelli d'Italia. Dazu wollen die Sozialisten den Skalp von Christophe Hansen (EVP), der ihrem völlig unbekannt gebliebenen "Spitzenkandidaten" Nicolas Schmit in Luxemburg als potentieller Agrarkommissar vorgezogen wurde. Natürlich kann man geteilter Meinung sein, ob ein Pole als Vertreter des größten Empfängerstaates für den EU-Haushalt zuständig sein sollte.
Allerdings besteht das Risiko, daß rote Ablehnungen bei der mächtigen schwarzen EVP eine Kettenreaktion auslösen. Bei ihr würden die spanische Green-Deal Fanatikerin Teresa Ribera, die skandalumwitterte Maria Luis Albuquerque, ehemals sozialistische Finanzministerin Portugals, sowie die belgische Palästinenserfreundin Hadja Lahbib, eine Linksliberale algerischen Ursprungs, dann im Fadenkreuz stehen. Den Reigen dubioser linker EU-Führer schließt Antonio Costa, der bereits bestellte EU-Ratspräsident, der wegen Korruptionsvorwürfen als Premier in Lissabon zurücktrat.
Hauptsächlich geht es neben der Mordlust aber bei den Anhörungen darum, den künftigen Kommissaren so viel wie möglich verbindliche Versprechungen abzunötigen. Bei der Linken sind das die Dogmen von Klimaneutralität, Gender, Schwulenrechten, freier Immigration und so hohe wie mögliche EU-Transferzahlungen in alle Welt. So als hätte die Europawahl nie stattgefunden. Die Anhörungen dürften sich bis Ende Oktober hinziehen und die neue Kommission frühestens im Dezember zu amtieren beginnen.<<
Irland: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Das vorzeitige und grausame Ende der Kindheit**
Irland: Die Aufarbeitung sexuellen Mißbrauchs in kirchlichen Einrichtungen geht in eine neue Runde
Daniel Körtel
Vor nicht allzu langer Zeit galt noch das Klischee von Irland als "der treuesten Tochter der Katholischen Kirche". Doch innerhalb der letzten Jahrzehnte wurde das Land von einem Wandel erfaßt, der einst uneinnehmbar erscheinende Machtbastionen der Kirche bis auf den Grund schleifte. Die neueste Runde in diesem für die irische Gesellschaft zuweilen schmerzvollen Säkularisierungsprozeß erfolgte in der vergangenen Woche mit der Veröffentlichung eines umfassenden Untersuchungsberichtes über weit verbreiteten sexuellen Mißbrauch in

Bildungseinrichtungen kirchlicher Organisationen.
Traditionell ist in Irland das Erziehungswesen seit jeher in der Hand kirchlicher Träger gewesen. Staatlich finanzierte Schulen unter der Führung von Laien gibt es bislang kaum. Für den chronisch klammen Staat war dies eine günstige Lösung. Doch was innerhalb der Schulen vor sich ging, interessierte die Behörden weniger.
Den Stein ins Rollen brachten die Gebrüder David und Mark Ryan, als sie im November 2022 in einer Fernsehdokumentation mit ihren Erlebnissen an dem vom Orden der Spiritaner geführten Blackrock College an die Öffentlichkeit traten, einer weiterführenden Jungen-Schule im gleichnamigen Vorort südlich von Dublin. Nach seiner Ausstrahlung meldeten sich weitere hundert Opfer. Der Orden gab zu, bereits seit 2004 mehrere Millionen Euro an Entschädigungszahlungen geleistet zu haben. Die Regierung versprach, in einem Bericht weitere Aufklärung zu leisten.
Die nun in dem offiziellen Bericht aufgeführten Zahlen haben es in sich: 2.395 Mißbrauchsanschuldigungen, hauptsächlich von Männern, entfallen auf 884 mutmaßliche Täter, zurückgehend bis in die 1960er Jahre. Untersucht wurden 308 Schulen, die von 42 religiösen Gemeinschaften geführt werden. Insgesamt betreiben in Irland 69 Orden Schulen in eigener Trägerschaft. Immerhin ein Viertel der Anschuldigungen entfallen auf Schulen für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf. Es wird von einer erheblichen Dunkelziffer ausgegangen.
Die Aufklärungsarbeit soll fortgesetzt werden
Die Beschreibungen der Opfererlebnisse eröffnen eine düstere Perspektive. So wurden sie "belästigt, nackt ausgezogen, vergewaltigt und unter Drogen gesetzt, in einer Atmosphäre des Terrors und der Stille" mit lebenslangen traumatischen Folgen. Für viele von ihnen habe die Kindheit an dem Tag geendet, als der Mißbrauch begann.
Die Aufklärungsarbeit soll fortgesetzt werden. Bildungsministerin Norma Foley nahm die Empfehlung des Berichtes nach einer Entschädigung für die Opfer positiv auf. Ebenso wurde die Forderung erhoben, die Untersuchung auf nicht-konfessionelle Träger auszuweiten.
Für John McManus, Kolumnist der Irish Times, der selbst Ende der 1970er Jahre auf das Blackrock College ging, gleichwohl ohne selbst Betroffener sexuellen Mißbrauchs dort geworden zu sein, öffnen sich für den Orden der Spiritaner, der in Deutschland das Heilig-Geist-Gymnasium in Würselen betreibt, bei weiteren Untersuchungen unangenehme Aussichten: "Es wird aufschlußreich sein, ob das Blackrock College in bezug auf das Ausmaß des Mißbrauchs weiterhin ein Ausreißer bleibt, wenn die Kommission ihre Arbeit beendet.
Wenn dies der Fall ist, müssen sich alle mit der Schule verbundenen Personen mit der Vorstellung auseinandersetzen, daß die Spiritaner und die von ihnen geleiteten Institutionen etwas ungewöhnlich Grausames an sich hatten."<<
USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Das böse Erwachen**
Deutschland fährt seine Auto-Industrie an die Wand - nicht ohne deren Zutun
Ulrich van Suntum
In dem Disney-Film "Magic Highway" von 1958 kann man sehen, wie sich Zukunftsforscher damals das Autofahren im Jahr 2000 vorgestellt haben. Vieles davon, wie Rettungshubschrauber, farbige Fahrbahnmarkierungen und automatische Verkehrsregulierung, ist tatsächlich Wirklichkeit geworden. Anderes blieb dagegen Utopie, zum Beispiel über die Fahrbahn schwebende Fahrgastzellen, die sich bei Bedarf teilen und so den Vater zur Arbeit und zugleich die Mutter zum Einkaufen bringen können.
Im Prinzip sehen Autos heute mit vier Rädern, Lenkrad und Fußpedalen noch genauso aus wie damals. Nur unter dem Blech hat sich in puncto Sicherheit, Verbrauch, elektronischen Helferlein und Navigation eine ganze Menge getan. Inzwischen sind wir vom autonomen Fahren, das auch im Disney-Film bereits vorausgesagt wird, tatsächlich nicht mehr weit entfernt. Ei-

gentlich müßte es also der Automobilindustrie blendend gehen, und die Menschen sollten mit ihrer Mobilität hochzufrieden sein.
Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Nur ein Drittel des Führungspersonals der globalen Autoindustrie glaubt derzeit an ein profitables Wachstum in den nächsten Jahren. Das besagt der aktuelle "Global Automotive Executives Survey", den die Unternehmensberatung KPMG zum 24. Mal vorgelegt hat. In Deutschland blicken sogar nur 16 Prozent der Automanager optimistisch in die nähere Zukunft, während es im Vorjahr noch 41 Prozent gewesen waren. Und das hat seine Gründe. Denn nicht nur die Rahmendaten sind hierzulande mit wirtschaftlicher Stagnation, Höchstwerten bei Steuern und Energiepreisen und verrottender Infrastruktur beispiellos schlecht im Vergleich zu den konkurrierenden Industrieländern.
Inzwischen müssen die deutschen Automobilbauer auch erkennen, daß sie mit der einseitigen Ausrichtung auf die Elektromobilität auf das falsche Pferd gesetzt haben. Mehr oder weniger willenlos waren sie praktisch alle den planwirtschaftlichen Vorgaben aus Brüssel und Berlin gefolgt, statt auf Technologieoffenheit und Wettbewerb der Antriebssysteme zu drängen. Dabei hätte gerade dort der große Vorteil deutscher Ingenieurskunst gelegen, mit dem die deutsche Automobilindustrie zum Weltmarktführer aufgestiegen war.
Jetzt kommt der große Katzenjammer: Der ohnehin nur mit staatlichen Subventionen künstlich angeheizte Elektroboom ist nach dem Ende der Förderung komplett eingebrochen, und zusätzlich macht die billigere Konkurrenz insbesondere aus China den deutschen Autobauern schwer zu schaffen. Die Kunden stehen den teuren und umständlich zu ladenden Strommobilen ohnehin eher skeptisch gegenüber. Und für den Güterverkehr sind sie schon gar nicht geeignet, hier ist bis auf weiteres der Dieselantrieb nicht zu schlagen. Gerade diesem aber versuchen grüne Ideologen schon seit geraumer Zeit den Garaus zu machen, mit teilweise hanebüchenen Argumenten.
So stammt zum Beispiel der Feinstaubausstoß gar nicht hauptsächlich aus den Motoren, sondern vom Reifenabrieb und den Bremsen. Elektroautos sind also davon genauso betroffen, was aber die Politik geflissentlich ignoriert. Unbeirrt verkauft sie den Elektroantrieb als allein selig machende Technologie, obwohl hier das CO2 eben aus den Schornsteinen der stromerzeugenden Gas- und Kohlekraftwerke kommt. Schon allein die Batterien verursachen massive Umweltprobleme bei Herstellung und Entsorgung. Sie bringen uns zusätzlich in eine gefährliche Abhängigkeit von China, das Deutschland ein Viertel des für die Herstellung benötigten Lithiums liefert.
Noch ist Zeit, Deutschlands wichtigste Industrie vor dem Kollaps zu retten. Immerhin hängen direkt oder indirekt fast zwei Millionen bzw. rund vier Prozent aller Arbeitsplätze von ihr ab. Dazu müßten aber nicht nur die Politiker, sondern auch die Konzerne und ihre Verbände zurück zur Vernunft finden. Die inzwischen bei VW drohenden Entlassungen und Werksschließungen sollten dazu der letzte Warnschuß gewesen sein.
Wir können nicht im Alleingang das Weltklima retten, sagt auch der frühere Ifo-Chef Hans-Werner Sinn. "Deutschland richtet seine eigene Industrie zugrunde. Das werden andere Länder begrüßen, aber nicht kopieren", warnte er kürzlich in der NZZ. "Klimaneutralität" der EU nutze gar nichts, wenn die hier ersparten fossilen Energieträger dann eben anderswo auf der Welt verbrannt werden. Das aber sei ökonomisch zu erwarten, weil die Ölscheichs kein Interesse daran haben könnten, ihre Bodenschätze ungenutzt zu lassen.
Aber auch in anderer Hinsicht müßte wieder mehr ökonomisches Denken in die Chefetagen von Mercedes, BMW & Co einziehen. Die Idee einer "neuen Mobilität", wo fahrerlose Taxis, Carsharing und ein damit ideal vernetzter öffentlicher Nahverkehr das eigene Automobil ersetzen, mag ja irgendwann Realität werden. Aber einstweilen bleibt das eher die Wunschwelt urbaner Eliten, zu denen die Manager und die von ihnen beauftragten Zukunftsforscher selbst gehören. Das gemeine Volk hat derweil ganz andere Sorgen und will vor allem selbstbestimmt

und zu bezahlbaren Kosten von A nach B fahren. Dafür gibt es aber außerhalb der Großstädte zum eigenen Auto bislang keine realistische Alternative.
Auch die überall aus dem Boden sprießenden Fahrradstraßen und -wege können darüber nicht hinwegtäuschen. Sie werden hauptsächlich von Freizeitsportlern und radelnden Rentnergruppen genutzt, und nicht etwa von Berufspendlern oder einkaufenden Hausfrauen. Nach wie vor entfallen rund 80 Prozent der Verkehrsleistung im Personenverkehr auf das Auto. Der objektive Nutzen etwa der zu Unrecht verschrienen SUVs ist tatsächlich hoch. Gerade von Frauen werden sie als sichere, geräumige und komfortable Transportmittel für sich und ihre Kinder geschätzt. Nicht umsonst sind SUVs mit über 30 Prozent Anteil das stärkste Segment in der Zulassungsstatistik.
Der Markt lügt eben nicht, im Gegensatz zu politischen Umfragen, wo die Leute sich in ihren Antworten oft selbst betrügen. Nur wenn die deutsche Automobilindustrie sich darauf besinnt und die Politik ihr die nötigen Freiräume wieder zurückgibt, wird sie eine Chance haben, ihre frühere Spitzenposition im globalen Wettbewerb zurückzugewinnen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/24" berichtet am 13. September 2024 (x1.407/…): >>**Roosevelts Tod verhinderte Schlimmeres**
Der Plan des US-Finanzministers Henry Morgenthau zur Deindustrialisierung des besiegten Deutschlands
Stefan Scheil
Auch ein Jahr später hatte Henry Morgenthau junior noch nicht genug. "Seit die Menschheit denken kann, erinnert sie sich an deutsche Eroberungswut", phantasierte der frühere US-amerikanische Finanzminister 1945 in einem Rechtfertigungsband für seinen "Morgenthau-Plan", den er vor achtzig Jahren im Herbst 1944 präsentiert hatte.
"Deutschland ist unser Problem", so lautete der Titel. In wortreichen Ausführungen suchte Morgenthau darin zu begründen, wie die Deutschen künftig ohne Industrie und in einem Agrarland ein auskömmliches Dasein finden würden. Sollte angesichts des von ihm geplanten Abbaus und Abtransportes sämtlicher deutscher Produktionsmittel nicht jeder Deutsche sofort eine Arbeit finden können und Hunger leiden, so wäre Zwangsarbeit im Ausland eine passende und humanitäre Lösung. Aus dem Gewinn dieser Arbeit könnten denn auch gleich angemessene Reparationsleistungen herausgezogen werden.
Umerziehung, Aufteilung, Enteignung sämtlichen Auslandsvermögens, Vertreibung, künftige Regierung durch internationale Organisationen: Der Morgenthau-Plan enthielt ein breites Spektrum dessen, was später mit Deutschland und den Deutschen tatsächlich geschehen sollte. Territorial wäre Gesamtdeutschland nach dessen Vorstellungen vergleichsweise günstig davongekommen. Pommern, Ostbrandenburg und ein großer Teil Schlesiens sollten bleiben, mit Österreich immerhin jene Zollunion bestehen, die in den 1920ern von den Westmächten so vehement bekämpft worden war.
Roosevelts Tod im April 1945 nahm Morgenthau jeden Einfluß
US-Präsident Franklin D. Roosevelt hatte die Vorstellungen seines damaligen Finanzministers zunächst genehmigt, nahm aber von bestimmten Gedankengängen und vom Gesamtplan bald darauf Abstand. Roosevelts Tod am 12. April 1945 beeinflußte nicht mehr den Krieg, aber ganz sicher den Nachkrieg. Er nahm Morgenthau endgültig den Einfluß, seine geplanten Maßnahmen durchsetzen zu können. Harry Truman, der neue Präsident, kehrte in der Deutschlandfrage wenigstens in gewissem Umfang zur Realpolitik zurück.
Die Vernichtungsabsichten der engeren Beratergruppe um Amtsvorgänger Roosevelt trafen bei ihm nicht mehr auf Gehör. Morgenthaus Kollege Samuel Rosenman, dem lange Jahre das Ohr des Präsidenten gehört hatte, erachtete in London gerade zwanzig Millionen Deutsche weniger für künftig angemessen, als ihn die Nachricht vom Ableben des Präsidenten erreichte. Er behielt zwar bis 1946 weiter seinen Job als erster Rechtsberater des Weißen Hauses, den

gewohnten Zugang zum neuen Präsidenten erlangte er aber nicht mehr.
Einige Jahre danach folgte bekanntlich der Aufstieg Bundesdeutschlands zu einer der größten Volkswirtschaften der Welt und einem nützlichen Verbündeten der Vereinigten Staaten. Morgenthaus Pläne schienen endgültig Geschichte zu sein, bis heutige Berliner Wirtschaftspolitik die Stichworte "Morgenthau" und "Deindustrialisierung" wieder deutlich aktueller werden ließ. Besondere Kontinuität gibt es aber sicherlich in den verworrenen Vorstellungen über vergangene deutsche Kriegslust, die immer noch eine aktive Rolle im Rahmen der deutschen Selbstzerstörung spielen. Es ist wohl noch immer nicht genug.<<

14.09.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. September 2024 (x1.399/…): >>**Höchststand: 3,5 Millionen Asyl-Migranten!**

Von *Daniell Pföhringer*

Die Zahl der in Deutschland lebenden Asyl-Migranten hat mit 3,5 Millionen einen neuen Höchststand erreicht. …

In der Bundesrepublik Deutschland leben derzeit so viele Asyl-Migranten wie noch nie. Ende des ersten Halbjahres 2024 waren es etwa 3,48 Millionen, wie die Neue Osnabrücker Zeitung unter Berufung auf die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken berichtet. Das seien rund 60.000 mehr als noch Ende 2023 und so viele wie seit den 1950er Jahren nicht mehr!

Berücksichtigt sind hierbei alle Personen unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel: von Asylbewerbern über Flüchtlinge bis hin zu Geduldeten. Allein 1,18 Millionen der rund 3,5 Millionen Menschen stammen laut Bundesregierung aus der Ukraine.

Aufgrund von Abschiebungen und Ausreisen sei die Zahl der Ausreisepflichtigen in Deutschland rückläufig, hieß es in der Antwort auf die Linken-Anfrage weiter. Mitte 2024 verzeichnete die Statistik 226.882 Ausreisepflichtige und damit 15.760 weniger als noch Ende 2023. Die Zahlen liegen trotzdem immer noch viel zu hoch.

Aufklären und wachrütteln!

Wir von COMPACT fordern daher: Asyl-Flut stoppen, Grenzen sichern, Illegale, kriminelle Ausländer und Islamisten konsequent ausweisen und abschieben! Schon seit vielen Jahren dokumentieren wir den Asyl- und Überfremdungswahnsinn. Unsere Ausgaben bringen die wahren Fakten auf den Tisch und eignen sich hervorragend, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen, andere Leute über die wahre Situation in Deutschland aufzuklären und aufzurütteln. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. September 2024 (x1.399/…): >>**In Salomos Tempel: Die geheimen Rituale der Freimaurer**

Von *Michael Kumpmann*

Die Mystik und Grade der Freimaurerei sind für Außenstehende ein Buch mit sieben Siegeln. Welche Allegorien und Metaphern benutzen die Logenbrüder - und wofür stehen sie? Wir klären auf. …

Der Bruder wird mit freiem Oberkörper und verbundenen Augen in den Tempelraum geleitet. Um den Hals trägt er einen Strick. Obwohl er schon zum Meister aufgestiegen ist, sind ihm die tieferen Geheimnisse bislang verborgen geblieben. So ist er nun wieder blind, so liegt er erneut in Fesseln.

Man geleitet ihn vor den Thron des Meisters vom Stuhl. Drei Mitbrüder, die bereits die höheren Weihen empfangen haben, gehen dicht an ihn heran. Einer führt ihm eine Meßlatte an den Hals, ein weiterer schlägt ihm mit einem Winkelmaß auf die rechte Brustseite, der dritte berührt seinen Kopf mit einem Spitzhammer.

Der Anwärter sinkt zu Boden, das rechte Bein hat er angewinkelt. Man bedeckt ihn mit einem Tuch, das einen Grabhügel symbolisieren soll, und legt einen Akazienzweig auf ihm ab - als

Zeichen der Unsterblichkeit. Nun wird versucht, den scheinbar Toten wiederzuerwecken, zunächst mit dem Lehrlingswort Jachin und dem Gesellenwort Boas. Da dies mißlingt, ruft der Meister vom Stuhl die übrigen Brüder herbei. Sie geben das neue Meisterwort preis: Moabon. Nun erhebt der oberste Bruder den Aufwachenden, legt seinen linken Arm um ihn, flüstert ihm das Geheimwort ins Ohr und geleitet ihn zum Meister-Altar.

Kabbalistische Rätsel

Was Außenstehenden wie ein obskures Mysterientheater erscheinen mag, ist für die vor allem in den USA und in Frankreich beheimatete Hochgradfreimaurerei ein sehr ernsthaftes Ritual, mit dem ein Bruder in den vierten Grad - den ersten Hochgrad nach Schottischem Ritus - eingeweiht wird. Ähnliche Motive finden sich auch bei den Initiationsriten der in England oder Deutschland überwiegend praktizierten Johannismaurerei, die nur drei Grade kennt. Solche Zeremonien leiten sich größtenteils aus biblischen Motiven ab, teilweise entstammen sie, je nach Richtung, auch der Mythologie des Alten Ägypten.

Im Grunde kann man die Freimaurerei als eine Weiterentwicklung der Kabbala ansehen - der heute fast vergessenen mystisch-gnostischen Tradition im Judentum. Das Gottesbild der Freimaurer ist das eines "großen Architekten des Universums" (schöpferisches Prinzip), was durch das große G in der Mitte von Winkelmaß und Zirkel symbolisiert wird. Der Buchstabe steht auch für Geometrie als Ausdruck höchster Ordnung.

Der "große Architekt" der Logenbrüder ist in seiner Definition fast identisch mit dem Ain Soph (auch En Sof oder Ein Sof) der Kabbala: Ein schöpferisches Urbewußtsein, das allmächtig ist und alles erschaffen, aber auch vernichten kann. Die Götter anderer Religionen sind nach kabbalistischer Lehre nur verstofflichte Formen dieses schöpferischen Prinzips, das mit Kreativität, aber auch Liebe, Freundschaft oder Moral gleichgesetzt werden kann. Ziel freimaurerischer Initiation (Einweihung) soll es sein, die Anhaftung an die stoffliche Realität zu überwinden, um dadurch, von Grad zu Grad, möglichst nah an das Urprinzip zu gelangen.

In dem eingangs beschriebenen Ritual steht der Bruder mit den verbundenen Augen für Hiram Abif, der nach biblischer Darstellung von König Salomo mit dem Tempelbau betraut worden sein soll. Vermutlich ist die Figur angelehnt an Imhotep, den großen Pyramiden-Baumeister des Alten Ägypten.

Der Legende nach verdankte Hiram seine außerordentlichen Fähigkeiten als Architekt der Tatsache, daß er ein geheimes Wort kannte. Eines Tages kamen drei Gesellen und wollten ihn zwingen, das Wort zu verraten. Der Meister weigerte sich, und die Unholde fügten ihm drei Wunden zu: eine am Kopf, um sein Denken zu schädigen, eine am Hals, um sein Sprechen zu lähmen, und eine in der Nähe des Herzens, um sein Fühlen auszuschalten. Hiram starb und nahm sein Geheimnis mit ins Grab - das Wort war verloren, so wie in der Kabbala der Name Gottes verloren gegangen ist. Auf dieser sogenannten Hiram-Legende basieren einige der freimaurerischen Rituale.

Die initiatorische Metapher der Freimaurer ist der Tempel Salomos: eine Schachbrettebene, vor der ein Sarg steht. Der Sarg symbolisiert das Memento mori - der Einzuweihende soll sich seiner Sterblichkeit gewahr werden -, das Schachbrett steht für das Gefangensein des Nichteingeweihten in der materiellen Welt, die durch die Initiationen in der Loge überwunden werden soll.

Auf diesem Feld stehen die salomonischen Tempelsäulen Jachin und Boas. Erstgenannte steht magisch für das solare, männliche Prinzip, Letztere für das lunare, weibliche Prinzip. Dazwischen steht eine dritte Säule, die die Vereinigung beider symbolisieren soll (Vater, Mutter, Kind). Über dem Tempel thront der große Architekt - die Metapher für Gott beziehungsweise das göttliche Prinzip, zu dem man über die sogenannte Jakobsleiter gelangt.

Die freimaurerische Initiation

Die klassische Initiation der Johannismaurerei ist in die drei sogenannten blauen Grade unter-

teilt: Lehrling, Geselle und Meister. Dieser Bereich ist innerweltlich und läßt sich auf den Handwerker-Ursprung der Logen zurückführen. Hier geht es darum, die Fähigkeiten des Bruders im weltlichen Leben zu verbessern.
Symbolisch greift man auf das Trivium zurück, die drei sogenannten freien Künste, die im Mittelalter in den Trivial- oder Elementarschulen gelehrt wurden (Grammatik, Arithmetik, Geometrie). Sie stehen bei der Einweihung für das rechte Hören, Denken und Sprechen.
Tatsächlich sollen den Anwärtern, wie in der Schule, für diese Grade jeweils auch mathematische Aufgaben zur Lösung aufgegeben werden. Wer den Meistergrad erlangt hat, wird zumeist damit beauftragt, die unteren Grade entsprechend auszubilden. Neben dem Handwerksbezug hat die Johannismaurerei noch eine andere Bedeutung. Die drei Grade stehen auch für die drei Perioden des irdischen Lebens: Kind, Erwachsener und Greis. Dadurch soll quasi in verkürzter Form das menschliche Diesseits nachgespielt werden.
In der Schottischen Maurerei dienen die Johannisgrade zur Vorbereitung auf die roten Grade, die Hochgrade. Die eingangs dargestellte Initiation eines Meisters in den vierten Grad ist metaphorisch als Tod des weltlichen Egos und Wiederauferstehung des Menschen als geistiges Wesen zu verstehen. Während die blauen Grade nach freimaurerischem Verständnis den Logenbruder zu Selbstveredelung, aber auch zu wohltätigem Wirken animieren sollen - also dazu, sich selbst und anderen ein gutes irdisches Leben zu ermöglichen -, sollen ihn die Hochgrade befähigen, die Fesseln des irdischen Lebens abzuwerfen und dem großen Architekten des Universums möglichst nah zu kommen.

Die Hochgrade

Für die Hochgradfreimaurerei ist der Weg zum großen Architekten gleichbedeutend mit der Wiederentdeckung des geheimen Wortes. Dies ist nicht im Sinne eines bestimmten Begriffes oder Ausdrucks zu verstehen, sondern als Zustand höchstmöglicher Geistwerdung. Das von dem Amerikaner Albert Pike entwickelte Hochgradsystem des Alten und Angenommenen Schottischen Ritus gliedert sich wie folgt:
Perfektionsgrade: 4° Geheimer Meister | 5° Vollkommener Meister | 6° Geheimer Sekretär | 7° Vorsteher und Richter | 8° Intendant der Gebäude | 9° Auserwählter Meister der Neun | 10° Erlauchter Auserwählter der Fünfzehn | 11° Erhabener Auserwählter Ritter | 12° Großarchitekt | 13° Meister vom Königlichen Gewölbe | 14° Auserwählter Maurer.
Kapitelgrade: 15° Ritter vom Osten oder Ritter vom Schwert | 16° Meister von Jerusalem | 17° Ritter vom Osten und Westen | 18° Ritter vom Rosenkreuz.
Philosophische Grade: 19° Hoher Priester oder Erhabener Schotte | 20° Obermeister der Symbolischen Logen | 21° Noachite oder Preußischer Ritter | 22° Ritter der Königlichen Axt | 23° Meister des Allerheiligsten | 24° Obermeister des Allerheiligsten | 25° Ritter der Ehernen Schlange | 26° Schottischer Trinitarier | 27° Obermeister des Tempels | 28° Sonnenritter | 29° Groß-Schotte des Heiligen Andreas | 30° Ritter Kadosch.
Konsistorialgrade: 31° Groß-Richter | 32° Meister des Königlichen Geheimnisses.
Grad des Obersten Rates: 33° General-Inspektor.
Doch warum enden die Hochgrade ausgerechnet bei Nummer 33? Dafür gibt es verschiedene Erklärungen: Erstens litt Jesus Christus drei Tage am Kreuz und ruhte drei Tage im Grab. Zweitens ist der 33. Pfad in der Kabbala der Pfad zu Ain Soph. Und drittens ist 33 Grad in der Newton-Skala der Siedepunkt von Wasser.
Daran wird einmal mehr der typisch freimaurerische Synkretismus deutlich: Man versucht, verschiedene Ideen, religiöse Vorstellungen oder Philosophien - in diesem Fall biblische Überlieferung, gnostische Geheimlehre und Naturwissenschaft - zu einer neuen Weltanschauung zusammenzubauen. Und die kann sich durchaus auch politisch materialisieren.
Eine ebenso erschreckende wie aufschlußreiche Dokumentation: In dem Buch "Im Kampf gegen die Logen: Freimaurerei und Nationalsozialismus" erfahren Sie, wie man die Logen im

Dritten Reich diffamierte und gegen sie vorging. Quellentexte auf fast 400 Seiten!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. September 2024 (x1.399/…): >>**Reichelt: Sie prügeln COMPACT und meinen uns alle**
Von *Daniell Pföhringer*
Der ehemalige Bild-Chefredakteur und heutige Nius-Chef Julian Reichelt kam in seiner jüngsten Fragerunde bei Achtung, Reichelt! auch auf COMPACT zu sprechen. Und er warnt: Faeser & Co. haben es auf alle alternativen Medien abgesehen. Die wichtigsten Statements, Berichte und Auszüge aus den Gerichtsakten beider Seiten zu unserem Kampf für Meinungs- und Pressefreiheit finden Sie in der September-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Sieg! Chronik des Faeser-Skandals". Ein historisches Zeitdokument! …
Auf seinem Kanal Achtung, Reichelt! beantwortet der ehemalige Bild-Chefredakteur Julian Reichelt regelmäßig Fragen der Zuschauer. In der aktuellen Sendung dieses Formats kam auch unser Magazin zur Sprache. Ein Youtube-User erkundigte sich bei dem Nius-Chef: "Habt Ihr Bedenken, daß Ihr wie COMPACT verboten werden könntet?"
Reichelt antwortete, daß er solche Bedenken derzeit nicht hege, aber glaube, daß es in der Bundesregierung "viele dieser verrückten Ideologen" gebe, die "sich nichts sehnlicher wünschen, als hier in diesen Räumen mit den Strafverfolgungsbehörden einzureiten und unseren Laden dichtzumachen". Die Sorge, damit nicht durchzukommen, sei "bei denen aber - noch - zu hoch." Doch: "Ihr Kampf gegen die Meinungsfreiheit wird von Tag zu Tag schärfer."
Reichelt weiter:
"Ganz eindeutig ist das Vorgehen gegen COMPACT - was ja auch von einem Gericht gestoppt und aufgehoben wurde - als Einschüchterungsmaßnahme an alle gemeint. Das meint nicht nur gegen das COMPACT-Magazin, das sagt ganz eindeutig: Auch bei Dir kann's morgen an der Tür klopfen, auch Dich können wir im Bademantel einfach aus dem Bett holen, wenn wir Deine Meinung nicht mögen. Das soll nicht nur die direkt Betroffenen einschüchtern, sondern all diejenigen, die die Regierung kritisieren."
Sein Appell: "Ohne freien Journalismus gibt es kein freies Land. Ohne Meinungsfreiheit, ohne daß wir sagen dürfen, was wir wollen, ohne daß Ihr sagen dürft, was Ihr wollt, existieren wir gar nicht als Menschen." Man müsse, so Reichelt weiter, "diesen Kampf furchtlos weiterkämpfen, wenn's ungemütlich und unbequem wird".
Zwischenüberschrift
Julian Reichelt ist nicht der einzige Prominente, der das Vorgehen von Faeser scharf kritisiert. In unserer September-Ausgabe mit dem Titelthema "Sieg! Chronik des Faeser-Skandals" haben wir die Aussagen einer Reihe von Persönlichkeiten dokumentiert, die nicht immer auf einer Linie mit COMPACT liegen und manchmal sogar ausgewiesene Gegner unserer Positionen sind, aber dennoch nach Voltaires Maxime verinnerlicht haben, der sagte: "Das Recht zu sagen und zu drucken, was wir denken, ist eines jeden freien Menschen Recht, welches man ihm nicht nehmen könnte, ohne die widerwärtigste Tyrannei auszuüben."
So sprach etwa Henryk M. Broder bei Welt-TV von einem "schäbigen Trick" Faesers. "Der Trick war, daß eine GmbH zu einem Verein umdefiniert wurde. Das mag nach dem Vereinsrecht sogar gehen, aber das ist trotzdem ein schäbiger Trick, um eine Firma zu liquidieren, die Meinung macht. Die verkaufen ja keine Schuhe, keine Socken, keine Krawatten. Die verkaufen Meinungen. Und diese Meinung sollte offenbar zum Schweigen gebracht werden", so der streitbare Publizist.
Staranwalt Joachim Steinhöfel stellte im Interview mit Tichys Einblick klar:
"Frau Faeser überschreitet diese Grenzen jetzt zum wiederholten Male, sodaß man ihr sicherlich mittlerweile vorsätzlichen Verfassungsbruch unterstellen kann. Auch wenn niemand behauptet, gerne COMPACT zu lesen ..., so bewegt sich die Publikation im Rahmen der Grundrechte. Man darf das schreiben. Wenn man sagt, die Grundrechte gelten nur für diejenigen, die

das 'Richtige' schreiben, dann kann man sie auch gleich in die Tonne treten. Was die Ministerin hier tut, ist eine größere Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung als dieses Magazin."
Und Deniz Yücel, viele Jahre Mitherausgeber der linksradikalen Wochenzeitung Jungle World und nun Korrespondent und Autor der WeltN24-Gruppe, sagte in einem Gespräch mit Welt-TV:
"Auch COMPACT ist meines Erachtens erst einmal ... durch das Presserecht geschützt. Und diese Art ... mit rechtsstaatlichen Prinzipien so umzugehen und ihnen so viel Beachtung zu schenken als sei es das Kleingedruckte auf einem Beipackzettel, das finde ich zutiefst beunruhigend, und ich denke auch, daß das langfristig dem Vertrauen in die Demokratie mehr schadet als es das Herr Elsässer und sein merkwürdiges Magazin jemals gekonnt hätten."
Die vollständigen Stellungnahmen von Broder, Steinhöfel und Yücel und weiterer Prominenter finden Sie in unserer September-Ausgabe mit dem Titelthema "Sieg! Chronik des Faeser-Skandals". Eine wirklich einzigartige COMPACT-Ausgabe, die es in dieser Form noch nie gab!
Sie bietet Ihnen die wichtigsten Informationen, Berichte und Einblicke zu diesem von uns erfolgreich abgewehrten Angriff auf Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Und sie zeigt deutlich, wo die wirklichen Extremisten sitzen: nicht in der Redaktion von COMPACT, sondern im Berliner Regierungsviertel.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. September 2024 (x1.403/…): >>**Asylkosten steigen stetig: 124 Milliarden Euro bis 2028**
Seit 2016 kostet die Asylpolitik den Steuerzahler 190 Milliarden Euro, wie aus einer Anfrage von Sahra Wagenknecht an die Bundesregierung hervorgeht. Von 2024 bis 2028 sollen weitere 124 Milliarden Euro ausgegeben werden.
Von *Redaktion*
Die finanziellen Kosten der Zuwanderung von Asylbewerbern liegen in dreistelliger Milliardenhöhe. Das ergibt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Abgeordneten Sahra Wagenknecht. Über die Anfrage berichtet t-online. Wie die Bundesregierung schreibt, wurden zwischen 2016 und 2023 mehr als 190 Milliarden Euro für Asylbewerber ausgegeben. Von 2024 bis 2028 sollen weitere 124 Milliarden Euro ausgegeben werden. Innerhalb von vierzehn Jahren wären das also über 314 Milliarden Euro. Bis 2023 steigen die Ausgaben für Asylbewerber dabei stetig an.
Wurden 2016 noch 20,5 Milliarden Euro ausgegeben, so betrugen die Kosten letztes Jahr 29,7 Milliarden Euro. Für dieses Jahr sind Kosten in Höhe von 28 Milliarden Euro geplant. In den kommenden vier Jahren sollen die jährlichen Kosten bei 23 bis 24 Milliarden Euro liegen.
Den größten Posten innerhalb der jährlichen Kosten bilden dabei die "Sozialtransferleistungen nach Asylverfahren". 2016 wurden 1,7 Milliarden Euro dafür ausgegeben. 2023 beliefen sich die Kosten für die Leistungen auf 11,8 Milliarden Euro und für dieses Jahr ist eine Summe von 13,6 Milliarden Euro geplant. Bis 2028 soll der Betrag auf 12,6 Milliarden Euro zurückgehen.
Die BSW-Vorsitzende findet, daß das zu viel Geld sei. "Wir brauchen eine konsequente Asylwende." Wenn jemand aus einem sicheren Drittstaat komme, dürfe er "weder Anspruch auf ein Verfahren noch auf Leistungen haben", sagt Wagenknecht.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 14. September 2024 (x1.405/…): >>**Berlin: Historischer Rückgang von Rettungseinsätzen im Jahr 2020**
Erstes Corona-Jahr: Feuerwehr-Rettungsdiensteinsätze und Auslastung der Krankenhäuser in Berlin geringer als im Vorjahr / Massiver Anstieg erst ab Frühling 2021 wegen Herzbeschwerden und Schlaganfällen / Einsatzzahlen anderer Großstädte bestätigen Analyse
Die Zahl der Rettungseinsätze durch die Berliner Feuerwehr lag ebenso wie die Zahl der Bet-

tenauslastung der Berliner Krankenhäuser im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Corona-Krise, deutlich unter den entsprechenden Werten der Vorjahre. Darauf macht eine kürzlich veröffentlichte Stellungnahme der Feuerwehrgemeinschaft aufmerksam. Dafür wurden die zugänglichen offiziellen Daten der Feuerwehr-Rettungseinsätze ebenso wie die der Belegung der Krankenhäuser ausgewertet.

"Im Ergebnis können die offiziellen Einsatzzahlen der Berliner Feuerwehr keine Bestätigung eines exzeptionellen Gesundheitsnotstandes vor oder im ersten Jahr der sogenannten Pandemie aufzeigen", heißt es in der Stellungnahme. "Die gesunkenen Zahlen belegen zweifelsfrei die Wahrnehmung vieler Kollegen des Einsatzdienstes und stehen lediglich im Widerspruch zu dem damals 'media' vermittelten und damit 'gefühlten' Pandemiegeschehen." Im April 2020 habe es mit 30.161 Einsätzen und im Februar 2021 mit 29.415 Einsätzen die niedrigsten Zahlen gegeben. "Da der Februar 2021 lediglich über 28 und der April hingegen über 30 Tage verfügte, war das tatsächliche Minimum an Einsätzen im April 2020 verortet."

Erst ab dem Frühjahr 2021 habe es einen ungeklärten, teils massiven Anstieg der Einsatzzahlen vor allem bei Herzbeschwerden, Schlaganfällen und psychischen Notfällen gegeben, worauf die Feuerwehrgemeinschaft bereits in früheren Stellungnahmen hingewiesen hatte. Es sei damit "faktisch belegt, daß die Berliner Feuerwehr am Anfang einer angeblich pandemischen Notlage außergewöhnlich niedrige Einsatzzahlen von nur 1.005 Rettungsdiensteinsätzen am Tag abzuarbeiten hatte (siehe April 2020)".

Nach einem weiteren Jahr "bemerkenswert geringer Einsatzzahlen" seien diese innerhalb des Folgejahres auf rund 1.300 tägliche Einsätze bis zum April 2022 angestiegen. Zwei Monate später, im Juni 2022, sei das tägliche Maximum von sogar 1.409 täglichen Rettungsdiensteinsätzen erreicht, eine Steigerung um knapp 40 Prozent. Im Dezember 2023, am Ende der "Pandemie", sei das absolute monatliche Maximum mit 42.905 Einsätzen (1.384 Rettungsdiensteinsätze pro Tag) zu verzeichnen gewesen.

Der nachweisliche Abfall der Rettungsdiensteinsatzzahlen bei der Berliner Feuerwehr im Jahr 2020 lasse sich auf ganz Deutschland übertragen, heißt es in der Stellungnahme. Die Entwicklung sei bei allen Berufsfeuerwehren zu beobachten, wie die Einsatzstatistik der Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) auf Grundlage eines bundesweiten Datenstandes zeige. Demnach fielen die Einsatzzahlen der Notfallrettung im Jahr 2020 ebenfalls ab, stiegen dann im Jahr 2021 wieder an und verblieben unter dem Niveau von 2019.

Da es derzeit für die Folgejahre noch keine weiterführenden Daten gibt, hat die Feuerwehrgemeinschaft stellvertretend die Rettungsdiensteinsatzzahlen der Berufsfeuerwehren Dortmund, Dresden, Düsseldorf und Köln ausgewertet. "Die Einsatzzahlen dieser exemplarischen Städte beschreiben das gleiche Pandemiegeschehen wie in der Hauptstadt", wird festgestellt. Einem Abfall der Einsatzzahlen im ersten Coronajahr 2020 folgte 2021 eine Einsatzsteigerung. Der Höhepunkt der Einsatzzahlen für den Rettungsdienst sei nach einer erneuten teils erheblichen Einsatzsteigerung in den Jahren 2022 bzw. 2023 erreicht worden.

Der Stellungnahme zufolge wurden zum Vergleich die Zahlen der Krankenhausbelegung im gleichen Zeitraum ausgewertet. Die Analyse stützt sich auf eine Antwort der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit auf eine entsprechende Anfrage des BSW-Abgeordneten Alexander King. In der Antwort sei zwar nur auf das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und deren Angaben hingewiesen worden. Allerdings würden diese Daten die durchschnittliche Bettenauslastung und die Fallzahl der vollstationären Behandlungen der Krankenhäuser des Landes Berlin bis 2022 zeigen.

Demnach reduzierte sich die Bettenauslastung im Jahr 2020 signifikant. Sie sei von 84,1 Prozent im Jahr 2019 bis auf 71,5 Prozent im Jahr 2021 abgesunken. Die Gesamtfallzahl der vollstationären Behandlungen ist den Daten nach von 876.983 Fällen im Jahr 2019 auf 775.041 Fälle im Jahr 2020 gefallen. Bis 2021 sei die Zahl der vollstationären Behandlungen gegen-

über dem Jahr 2019 um mehr als 140.000 gesunken. Die Berliner Daten decken sich laut der Stellungnahmen mit dem damaligen deutschlandweiten bereits nachgewiesenen Trend der Unterauslastung der Krankenhäuser.
Die neuerlichen Daten bestätigen laut der Feuerwehrgemeinschaft den von Einsatzkräften subjektiv beobachteten Einbruch der Anzahl der Rettungsdiensteinsätze der Berufsfeuerwehren im Jahr 2020. Sie sehen damit auch die Aussagen eines Kollegen im Interview mit Multipolar bestätigt. Der hatte darin von einem starken Rückgang von Rettungsdiensteinsätzen und einer beobachteten Bettenunterauslastung in Berliner Krankenhäusern insbesondere im ersten Jahr der Corona-Krise 2020 berichtet. Die objektivierbare Faktenlage gehe nicht mit der medial vermittelten "Angstpropaganda" der Coronazeit konform, heißt es im Fazit der Stellungnahme.
Die Feuerwehrgemeinschaft ist ein deutschlandweiter Zusammenschluß von Hunderten Feuerwehr-Mitarbeitern, die sich im Frühjahr 2022 aus Protest gegen die Impfpflicht bei der Feuerwehr zusammenfanden.
Korrektur 14.9.: In der ursprünglichen Meldung war von der "Berliner Feuerwehrgemeinschaft" die Rede. Die Feuerwehrgemeinschaft weist darauf hin, daß es sich um einen deutschlandweiten Zusammenschluß handelt. Dies wurde im Text korrigiert.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. September 2024 (x1.404/…): >>**Unfallchirurgen sehen erschreckende Zunahme an Messerverletzungen**
Die Zahl der Menschen, die wegen einer Messerverletzung stationär im Krankenhaus behandelt werden mußten, ist in den vergangenen zwei Jahren stark gestiegen. Das geht aus einer noch unveröffentlichten Statistik hervor, in der die unfallchirurgischen Versorgungszentren in Deutschland ihre schwer verletzten Patienten registrieren. Der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" gegenüber zeigte sich der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU), Andreas Seekamp, über diese Entwicklung besorgt.
"Erschreckend ist, daß Messerstichverletzungen an Häufigkeit deutlich zugenommen haben", sagte der Professor, der Direktor der Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) am Campus Kiel ist. In den Jahren 2012 bis 2022 versorgten die deutschen Unfallchirurgen laut Seekamp zwischen 500 und maximal 600 Patienten.
"Jetzt nimmt die Zahl drastisch zu", so der Präsident. "Wir hören aus manchen Kliniken in Metropolregionen, daß die Zahl der Messerstichverletzungen dort in den letzten zwei Jahren um 50 Prozent zugenommen hat. Eine genaue Analyse der Zahlen aus dem Traumaregister werden wir in Kürze vorstellen können, die wissenschaftliche Auswertung läuft aktuell noch."
In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wird das Phänomen Messerangriff erst seit 2022 valide erfaßt, weshalb Aussagen über die Entwicklung schwierig sind.
Das sogenannte Traumaregister der unfallchirurgischen Fachgesellschaften zählt schon seit etwa drei Jahrzehnten alle Fälle, in denen schwer verletzte Patienten chirurgisch und stationär versorgt werden müssen. Anfänglich spielten Messerverletzungen nach Auskunft von Andreas Seekamp keine Rolle. Seit den Nullerjahren würden sie registriert.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. September 2024 (x1.404/…): >>**SPIEGEL hetzt gegen junge Wähler**
Der Spiegel basht in der aktuellen Ausgabe junge Wähler, weil sie angeblich rechts sind. Warum sie das sind, liegt jedoch am Spiegel und den Mainstream-Medien selbst: emotionale Hetze statt Argumentation gegen Andersdenkende.
Das selbsternannte Leitmedium der Nation ist empört. Junge Menschen folgen lieber billigen Tiktok-Videos als linksgrünem Propaganda-Journalismus, der "Dinge für sie einordnet". Woran das wohl liegt? Aber die Leitmedien haben den Weckruf offenbar noch nicht gehört. In der Zwischenzeit schrumpfen Auflage und Abrufzahlen.

SPIEGEL: "Eigentlich kann kein normal denkender Mensch mehr glauben, daß die AfD eine Nazipartei ist", sagt eine Influencerin auf dem TikTok-Kanal von Franziska aus Dresden - und trifft damit nicht nur den Nerv der 19-Jährigen, sondern auch den vieler anderer Jugendlicher.
Ein Team um meine Kollegin Sophie Garbe hat in der neuen SPIEGEL-Titelgeschichte recherchiert, warum es diese Entwicklung gab.
Warum es vor allem im Osten Deutschlands viele gar nicht juckt, daß die AfD in einigen Ländern vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Warum reißerischen Snipets auf Social-Media-Plattformen mehr Vertrauen geschenkt wird als Medien, die recherchieren und einordnen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30338" berichtet am 14. September 2024 (x1.400/…): >>**mRNA Corona Impfung - Ursache von Krankheit und Tod?!**
Interview mit Frau Dr. med. *Ute Krüger*
Moderatorin: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie hier aus Berlin. Bei mir heute zu Gast, Frau Dr. Krüger. Schön, daß Sie da sind.
Frau Dr. Krüger: Vielen herzlichen Dank für die Einladung.
Moderatorin: Frau Krüger, Sie haben ja Zeit und Aufwand nicht gescheut und sind extra aus Schweden angereist. Gestern ist Ihr Flieger in Berlin gelandet. Vielen Dank dafür auch, daß Sie extra den weiten Weg hierher gekommen sind. Der Anlaß ist ja, daß Sie ein Buch veröffentlicht haben. Haben wir hier auch stehen: "Geimpft - gestorben".
Es handelt sich hierbei um einen histopathologischen Atlas über Corona-Impfschäden. Und da werden wir uns heute ein bißchen näher darüber unterhalten, was Sie da für Erkenntnisse gewonnen haben. Aber zunächst erst mal für Zuschauer, die vielleicht mit Ihnen noch nicht so vertraut sind. Könnten Sie uns ein paar kleine Fakten zu sich nennen, woher Sie kommen, was Sie machen und was Sie schlußendlich auch wieder hierher gebracht hat.
Frau Dr. Krüger: Sehr gerne. Ich bin Fachärztin für Pathologie und habe 25 Jahre lang in der Pathologie gearbeitet. Und für die Zuschauer vielleicht wichtig, Pathologie ist die Lehre der Krankheiten. Und ein Pathologe diagnostiziert Krankheiten. Und diese Diagnose liegt häufig zugrunde für die Therapie. Und häufig werden Pathologen mit Obduktionen verknüpft. Obduktionen sind sicherlich auch ein Teil der Arbeit eines Pathologen.
Aber in meiner Tätigkeit war das nur noch ein sehr geringer Anteil. Und ich bin also in den letzten 18 Jahren vorrangig mit der Diagnostik von Brustkrebs beschäftigt gewesen. Und bin seit 20 Jahren in Schweden. Ich habe 10 Jahre lang in Växjö in Südschweden in einer Klinik an der Pathologie gearbeitet als Oberärztin und war in den letzten vier Jahren meiner Tätigkeit dort medizinische Leiterin in der Pathologie in Växjö. Ich bin danach nach Kalmar gegangen, das ist auch in Südschweden und war dort als Oberärztin angestellt. Gleichzeitig war ich in Lund in einer Universitätsklinik angestellt als Oberärztin und habe zum Thema Brustkrebs geforscht. So viel zu meinem Hintergrund.
Moderatorin: Da bringen Sie ja einen riesigen Erfahrungsschatz mit. Und der ist auch mit hier in dieses Buch hineingeflossen. Jetzt ist es ja ein histopathologischer Atlas. Für mich als Laien oder vielleicht auch welche aus unserem Zuschauerkreis, sagt das erst mal nicht sonderlich viel. Was ist denn histopathologisch? Was kann man sich darunter vorstellen?
Frau Dr. Krüger: Histopathologisch sind ja zwei Worte. Histologie ist die Gewebelehre. Und Pathologie hatten wir ja vorhin schon, die Lehre der Krankheiten. Und Histopathologie bedeutet, daß der Pathologe sich die Gewebeschnitte anguckt im Mikroskop. Und man kann also das Gewebe beobachten. Man sieht also die krankhaften Veränderungen in dem Gewebe. Und deswegen Histopathologie.
Moderatorin: Okay. Und diese Art von Atlas ist weltweit ein einzigartiges Exemplar. Warum genau einzigartig?
Frau Dr. Krüger: In dem Buch sind die Befunde von Professor Burkhardt zusammengefaßt,

der fast 90 Obduktionsfälle neu begutachtet hat. Und hier handelt es sich um Verstorbene, die also in zeitlichem Zusammenhang mit den Corona-Impfungen aufgetreten sind. Und Professor Burkhardt hat diese Fälle zu sich geschickt bekommen. Häufig waren es die Angehörigen, die der Meinung waren, daß möglicherweise diese Impfungen Ursache sein könnten für den Tod der Angehörigen.
Und es gibt also in diesem Buch einerseits die histologischen Bilder, also diese histopathologischen Bilder, von denen wir gesprochen hatten. Das ist also der Bildteil. Und dann gibt es weiter hinten, im hinteren Teil, die Fallbeschreibungen. Das heißt, hier sind also die gesamten Fälle mit Vorgeschichte, Impfung, wie lange nach der Impfung verstorben, welcher Impfstoff - das ist hier alles in diesem Fallteil zu lesen. Und eine solche Zusammenstellung gibt es in der Welt noch nicht.
Moderatorin: Ich habe mir in der Vorbereitung auf dieses Interview auch schon einige Leseproben und Ausschnitte aus dem Atlas angeschaut. Und es ist genau wie Sie beschreiben, also sowohl für Experten, Kollegen aus der Pathologie, als auch für jemanden, der sich vielleicht da noch nicht so genau damit auseinandergesetzt hat. Es ist auf jeden Fall etwas dabei, womit man gut was anfangen kann, eben weil Sie auch die Hintergrundgeschichte und das Umfeld beschreiben und somit auch das Ganze gut verständlich darstellen.
Also ist auf jeden Fall für mich auch eine gute Möglichkeit gewesen, sich damit mal etwas näher auseinanderzusetzen. Jetzt haben Sie schon erwähnt, Prof. Arne Burkhardt hat da in dieser Richtung auch viel geforscht. Und Sie haben ja unter anderem auch Bilder von Prof. Arne Burkhardt mit in Ihrem Buch verwendet. Wie kam es denn dazu, daß Sie sich da über den Weg gelaufen sind und es zu dieser Art der Zusammenarbeit kam?
Frau Dr. Krüger: Prof. Arne Burkhardt hat im Jahr 2021 die erste Pathologie- Konferenz zusammen mit Herrn Becker, dem Rechtsanwalt, ins Leben gerufen. Und Prof. Arne Burkhardt hat dort Fälle vorgestellt, die also nach diesen Impfstoffen aufgetreten sind, also die Todesfälle. Und er hat dann gesagt, wenn man also als Pathologe der Meinung ist, daß man sich die Befunde noch mal gerne näher anschauen möchte, wenn man also nicht ganz überzeugt war, dann soll man sich bei ihm melden.
Und da ich von Natur aus neugierig bin, habe ich mich bei ihm gemeldet. Und wir haben uns mehrere Fälle online zusammen angeschaut und diskutiert und daraus erwuchs eine Zusammenarbeit. Und wir haben uns auch häufig auf Symposien und Kongressen getroffen. Und zuletzt im Januar 2023 bei einem großen Kongress in Schweden, in Stockholm. Und dort ging es unter anderem auch darum, daß es ihm sehr wichtig war, daß diese Erkenntnisse publiziert werden, also veröffentlicht werden. Und er sagte auch, daß ich seine Bilder verwenden darf. Daß es also wichtig ist, daß die Öffentlichkeit informiert wird, was nach diesen Impfungen passiert ist. Und in dem Buch sind aber nur zwei Bilder von Prof. Burkhardt und die restlichen 110 Bilder sind von mir.
Ich bin also vor einem Jahr ungefähr genau nach Reutlingen gefahren, in das Institut von Prof. Burkhardt und habe mir dort die Fälle angesehen. Und ich habe die ausgewählt, die Schnitte ausgewählt, die am besten für dieses Buch geeignet sind. Es war nämlich so, daß Prof. Burkhardt plötzlich im Mai letzten Jahres gestorben ist. Und ich war sehr geschockt und habe dann ins Kondolenzbuch geschrieben, daß ich alles dafür geben werde, daß diese Befunde an die Öffentlichkeit kommen. Und dann habe ich, war ich also jetzt ein Jahr damit beschäftigt, die Befunde zusammenzustellen und in diese Buchform zu bringen.
Moderatorin: Und in dieser Buchform beschreiben Sie ja 57 Fälle unterschiedlicher Art. Könnten Sie uns da ein paar Beispiele mal davon vorstellen, wie man sich das genau vorzustellen hat? Was ist da eigentlich, wie Sie das untersucht haben? Und zu welchen Ergebnissen und Erkenntnissen Sie dann letztendlich kamen?
Frau Dr. Krüger: Sehr gerne. Da habe ich ein paar Bilder mitgebracht. Ich lege das mal hin,

dann sieht man besser den Bildschirm. Und zwar, hier ist zum Beispiel ein sehr tragischer Fall eines 16-jährigen Mädchens. Sie wollte unbedingt auf eine Klassenfahrt mitfahren und wollte sich also diese Impfung geben lassen, obwohl ihre Mutter gesagt hat: "Mach das nicht, das ist nicht gut." Die Mutter ist selbst im Gesundheitswesen tätig und hat dann aber gesagt: "Okay, ich kann meine Tochter verstehen." Sie hat dann gesagt: "Okay, dann mach das." Und nach der zweiten Impfung brach sie also acht Tage danach zusammen, das Mädchen. Und es ging ihr auch nicht gut und ist am Abendbrottisch zusammengebrochen und die Mutter hat sie wiederbelebt.
Das Mädchen ist dann in die Klinik gekommen und ist aber 22 Tage nach dieser zweiten Impfung gestorben. Und hier sieht man den Schnitt des Herzens des Mädchens. Und in dem Bereich, in dem die Sterne zu sehen sind, sieht man diese mehr helleren Bereiche. Und das ist der Gewebeuntergang im Herzmuskel.
Auf der linken Seite sieht man noch eine Blutung, wo der Pfeil zu sehen ist. Und wenn man sich das näher anschaut, dann sieht man hier im unteren Bereich, die beiden Pfeile zeigen so schwarze Punkte. Das sind die Lymphozyten, also Entzündungszellen im Herzmuskel. Und im oberen Bereich, wo es mehr so locker ist, sind also Freßzellen und lockeres Narbengewebe. Das ist also eine mehrzeitige Herzmuskelentzündung. Und das Herz sah an zahlreichen Stellen so aus und das ist mit dem Leben nicht vereinbar.
Dann habe ich noch einen Fall mitgebracht. Es handelt sich hier um einen 22-jährigen jungen Mann, der Leistungsschwimmer war und nach der zweiten Impfung einen deutlichen Leistungsknick hatte. Er war also nicht mehr belastbar und es wurde dann eine Herzmuskelentzündung bei ihm diagnostiziert. Und es wurde ihm auch die Prognose gesagt, daß er also als Leistungsschwimmer nicht mehr fungieren kann und daß es also nicht mehr möglich ist. Daraufhin hat er sich ein Gewehr gekauft und hat sich erschossen.
Und in dem Herzen sieht man hier in dem Kreis, daß ganz dezent die Anzahl der Entzündungszellen erhöht ist, also da sind zu viele von diesen schwarzen Punkten. Das ist sehr schwierig zu sehen für einen Laien, aber in dem Buch ist es so gestaltet, daß ein Befund richtig deutlich ist und ein Befund ganz dezent. Und man sieht aber, daß ganz dezente Veränderungen eine so starke Auswirkung auf die Lebensqualität haben.
Und im nächsten Bild kann man sehen, das ist also auch ein Schnitt vom Herzen dieses jungen Patienten oder Verstorbenen, und diese helleren Bereiche, die man sieht hier auf dem Bild, sind die Narben, die nach diesen Entzündungen entstanden sind. Und das ist eben wichtig. So minimale Veränderungen können eine so große Veränderung in der Lebensqualität haben. Das ist ganz wichtig dabei zu sehen. Sie haben sicherlich auch im Fernsehen gesehen, wie Profifußballer zusammengebrochen sind. Und das hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, mit den Entzündungen im Herzmuskel.
Dann habe ich noch einen Fall mitgebracht. Hier handelt es sich um einen 61-jährigen Mann, der zweimal gegen Corona geimpft war und der 25 Tage nach der zweiten Impfung gestorben ist. Und hier sieht man den Schnitt der Aorta. Die Aorta ist also das größte blutführende Gefäß im Körper. Und im unteren Bereich ist der eigentliche muskuläre Wandbereich der Aorta zu sehen. Und oben, wo dieser Pfeil zu sehen ist, sieht man, wie das anhängende Gewebe deutlich verbreitert ist. Und hier sieht man auch dieses bandförmige, diese dunklen Punkte bandförmig verteilt. Das sind Entzündungszellen. Und die sind normalerweise dort nicht zu sehen.
Außerdem sieht man Narbengewebe. Und auch im unteren Bereich, in dem muskulären Bereich, sieht man also kleine, runde Veränderungen. Das sind also Gefäßproliferate. Also kleine Gefäße wachsen dort ein. Und es ist also auch eine Vernarbung hier. Und hier war es also so, daß sich das Blut dann durch die Wand gefressen hat. Und dann ist der Mann verblutet, weil die Elastizität dieser Gefäßwand nicht mehr da war durch die Entzündung. Zudem waren also

auch Gewebsuntergänge zu sehen. Und ein Schwund der elastischen Fasern, der also macht, daß das Gefäß sich dem Druck anpassen kann.
Dann hätte ich noch einen Fall einer 63-jährigen Frau, die auch an einem Aortenriß gestorben ist. Also genau die gleiche Todesursache wie vorher bei dem Mann. Und hier haben wir aber als Nebenbefund noch diese schwarzen Veränderungen. Das ist ein Schnitt der Lunge. Und Sie sehen diese schwarzen Punkte überall. Und das ist etwas, was ich vorher noch nie gesehen habe, auch Prof. Burkhardt und Prof. Lang, der zusammen mit Prof. Burkhardt gearbeitet hat. Das sind beides sehr erfahrene, langjährige Pathologen. Sie haben das noch nie gesehen vorher. Und wenn man das also vergrößert, sieht man, daß dieses schwarze Material in den Gefäßen liegt. Und in den Gefäßen sollte sich eigentlich Blut befinden. Also das hat mit Sicherheit nicht zur Verbesserung der Durchblutung geführt.
Moderatorin: Bei all diesen Untersuchungen und Befunden, die ja offensichtlich zum Tod der jeweiligen Person geführt haben, wie konnten Sie jetzt da sicher gehen? Oder woher besteht der Verdacht, daß das jetzt wirklich an der Corona-Impfung gelegen hat? Also wie machen Sie das, wo schlagen Sie da die Brücke?
Frau Dr. Krüger: Letztendlich im zeitlichen Zusammenhang. Also daß man sich anschaut, wann wurde die letzte Corona-Impfung gegeben und wann ist der Tod eingetreten. Und häufig ist das in relativ nahem zeitlichen Zusammenhang zu sehen. Es gibt auch andere Todesfälle, wo viele Monate vergangen sind. Aber da man immer wiederkehrende Veränderungen im Körper gefunden hat, muß man doch davon ausgehen, daß diese Impfung ursächlich für den Tod ist.
Moderatorin: Jetzt haben Sie immer Beispiele genannt von Organen, die geschädigt wurden, wie zum Beispiel Herz oder auch Gefäße. Haben Sie auch noch in anderen Bereichen des Körpers Veränderungen, Beeinträchtigungen feststellen können?
Frau Dr. Krüger: Es ist zum Beispiel auch ein Fall in diesem Atlas zu sehen. Hier handelt es sich um einen 60-jährigen Mann. Das ist der einzige Fall im Atlas, der nicht von Prof. Burkhardt ist, sondern diesen Fall hatte ich im Klinikum Kalmar. Den Verstorbenen habe ich obduziert. Und zwar handelt es sich um einen Patienten mit einem Lymphknotenkrebs. Und er hat unter laufender Chemotherapie und einer immunsuppressiven Behandlung - das heißt, das Immunsystem wurde durch Medikamente herunter geregelt - hat also in der gleichen Zeit zwei Corona-Impfungen erhalten und ist dann drei Monate danach verstorben.
Und er hat kurze Zeit nach der zweiten Impfung am ganzen Körper Lähmungen entwickelt. Also das Bild eines sogenannten Guillain-Barré-Syndroms, was auch häufig als Impfschaden beschrieben ist. Ich habe zahlreiche Nervenstrukturen untersucht. Hier sieht man zum Beispiel einen Nerv, der aus dem Rückenmark abgeht. Man sieht dieses fingerförmige Gebilde. Man sieht diese dunklen Punkte überall. Die dürfen da nicht sein. Das sind alles Entzündungszellen. Es ist also dieser ganze Nerv voll mit Entzündungszellen. So was habe ich noch nie gesehen. Ich habe das auch Neuropathologen gezeigt.
Das heißt, Pathologen, die vorrangig mit dem Gehirn arbeiten, also Gehirnschnitten. Die haben das auch noch nicht, in dieser Ausprägung, haben die das auch noch nicht gesehen. Das war also nicht nur in den Nerven, sondern hier haben wir zum Beispiel einen Schnitt vom Hirnstamm. Und hier sieht man im Bereich der Sterne diesen aufgelockerten Bereich. Das ist also ein Gewebsuntergang. Und zwischen den oberen beiden Sternen sieht man ein Gefäß, das ist dieses Gefäß. Hier sieht man auch überall diese dunklen schwarzen Punkte. Und die dürfen da nicht sein. Das Gefäß ist aufgequollen, die Wand ist dick. Und um dieses Gefäß ist eben dieser Infarkt, also dieser Gewebeuntergang zu verzeichnen.
Der Hirnstamm ist die Steuerzentrale vieler vitaler Funktionen. Und das führte dann letztendlich zum Tod. Diesen Fall habe ich versucht zu publizieren und zwar im British Medical Journal. Weil ich dachte, das ist also so interessant, daß das an die Öffentlichkeit muß. Ich

habe ein halbes Jahr lang versucht, diesen Fall ans British Medical Journal weiterzugeben. Und es wurde mir gesagt, ich möchte doch bitte diese oder jene Formulierung noch ändern. Ich möchte noch diese oder jene Färbung mit einbauen.
Nach einem halben Jahr habe ich dann eine Mail bekommen, in der stand, mittlerweile ist ein solcher Fall schon publiziert. Und sie seien an der Veröffentlichung meines Falles nicht mehr interessiert. Daraufhin habe ich dann diesen Fall mit zwei Professoren der Neuropathologie in einem anderen Journal publiziert. Diesen kann man aber zum Beispiel nicht bei PubMed finden. PubMed ist ja die Suchmaschine der Ärzte, also das Wikipedia der Ärzte, kann man sagen. Dort ist dieser Fall nicht zu finden. Dann frage ich mich, was in diesem PubMed zu finden ist. Weil ich bisher dachte, daß das eigentlich die Suchmaschine ist für die wissenschaftlichen Publikationen.
Moderatorin: Ja, und wenn Sie jetzt sagen, das Argument war, daß so ein Fall schon publiziert ist, dann ist das für mich auch kein Argument schlechthin, weil ein Fall und ein weiterer Fall, das ist doch durchaus wichtig, das eben auch mitzuteilen, daß es nicht nur ein Einzelfall ist. Wie betrachten Sie dieses Argument, was Ihnen da entgegengebracht wurde?
Frau Krüger: Ich denke, sie waren von Anfang an nicht daran interessiert. Weil die Geldgeber, die dahinter stehen vom British Medical Journal, ganz andere Weichen stellen. Die waren daran einfach nicht interessiert.
Moderatorin: Kommen wir mal wieder zurück zum Corona-Impfstoff an sich und den Haupterkrankungen, die Sie da im Zusammenhang feststellen konnten während Ihren Untersuchungen. Welche können Sie da nennen?
Frau Dr. Krüger: Das, was wir uns schon angeschaut haben, die Herzmuskelentzündung ist ganz häufig zu sehen. Dann die Entzündung der Gefäße ist auch ganz häufig zu sehen. Es wurden Fremdmaterialien gefunden, die ich schon gezeigt habe. Es war ein Untergang von elastischen Fasern zu sehen. Und das nicht nur in den Gefäßwänden, sondern auch zum Beispiel in der Haut. Und ich weiß nicht, ob Ihnen vielleicht schon aufgefallen ist, wenn Menschen mehrfach diese Corona-Impfung erhalten haben, dann altern die relativ schnell. Und das kann vielleicht damit zusammenhängen, daß die elastischen Fasern in der Haut verschwinden. Das haben wir also nachweisen können, daß Blutgerinnsel auftreten.
Es gibt also typische Blutgerinnsel und atypische Blutgerinnsel. Und bei diesen atypischen Blutgerinnseln, die wir vorher so noch nicht gesehen haben, gibt es zum Beispiel keine roten Blutkörperchen in dem Gerinnsel. Sondern das sind so gummiartige Gebilde. Und das gab es, wie gesagt, vorher noch nicht in der Form. Und dann Autoimmunerkrankungen. Prof. Arne Burkhardt hat das als Lymphozyten-Amok bezeichnet. Und das sieht man eben auch in allen Organen, das ist nicht organspezifisch, sondern es ist im ganzen Körper und also ganz unterschiedliche Veränderungen, die zu finden sind.
Dann natürlich auch der Turbokrebs - der von mir 2021 schon - den ich schon in Verdacht hatte, daß der mit den Impfungen zusammenhängt. Der ist aber in dem Buch nicht mit drin, weil die Verstorbenen an Turbokrebs häufig nicht obduziert werden. Weil man von vornherein schon weiß, okay, das ist eine Tumorerkrankung. Wir müssen gar nicht weiter gucken.
Moderatorin: Hatten Ihre wissenschaftlichen Arbeiten jetzt bezüglich dem, was Sie uns gezeigt haben, auch irgendwelche Auswirkungen auf Ihre Berufstätigkeit?
Frau Dr. Krüger: Ja, dadurch, daß ich ganz genau geschaut habe, diese histopathologischen Schritte wirklich ganz genau angeschaut habe, habe ich eben Sachen gesehen, die meine Kollegen zum Beispiel im Krankenhaus Kalmar nicht gesehen haben. Es war ein Fall, ich war Ausbildungsleiterin in der Pathologie und habe Assistenzärzte ausgebildet zum Facharzt für Pathologie. Und ich hatte also einen Assistenzarzt, der dann ankam und sagte, ja, er hätte hier einen Fall. Es handelte sich um eine Person mit einer Tumorerkrankung und der Tod wäre plötzlich aufgetreten.

Es stellte sich heraus, daß der Tod auch im Zusammenhang mit dieser Corona-Impfung zu sehen war. Ich habe mir das Herz angeschaut und habe gesagt, hier ist eine Herzmuskelentzündung zu sehen, an vielen Stellen ganz dezente Erhöhungen von Lymphozyten, also Entzündungszellen. Der junge Kollege war aber der Meinung, das wäre so gering ausgeprägt, das wäre also keine Herzmuskelentzündung. Und hat dann nochmal einen anderen Pathologen gefragt aus unserem Pathologenkreis in Kalmar - wurde ihm auch bestätigt - nein, das ist keine Entzündung.
Da ich aber mit vielen Pathologen auch weltweit zusammenarbeite, habe ich diesen Fall mit anderen Pathologen diskutiert. Und es stellte sich heraus, es war eine Herzmuskelentzündung. Und es gab in Kalmar dann bei der Arztsitzung heftige Diskussionen, weil für mich war die Herzmuskelentzündung die Todesursache. Und die war im Zusammenhang mit der Corona-Impfung zu sehen.
Also habe ich diesen Fall der schwedischen Arzneimittelbehörde gemeldet, weil jeder Verdachtsfall gemeldet werden soll. In dieser Arztsitzung wurde ich richtig angegriffen, warum ich mich in andere Fälle einmische und wie ich dann diesen Fall überhaupt anmelden könnte. Ich soll sofort meine Anmeldung zurückziehen. Dann habe ich gesagt, dieser Fall gehört nicht irgend jemandem, sondern es geht darum, aufzuklären, was nach diesen Impfungen passiert und daß ich das nicht zurückziehen werde.
Es wurde also meine Kompetenz in Frage gestellt. Und ich habe eben gemerkt, daß ich in dieser Medizin nicht mehr arbeiten kann. Unter anderem habe ich ja auch berichtet über den Turbokrebs, den ich 2021 in Verdacht hatte, daß der mit diesen Impfungen zusammenhängt. Ich habe mir dann überlegt, es macht für mich überhaupt keinen Sinn, Tumoren zu diagnostizieren, die möglicherweise ein anderer Arzt durch eine Spritze hervorgerufen hat. Dann habe ich gekündigt, habe viele Weiterbildungen gemacht in den letzten Jahren und habe jetzt eine eigene Praxis eröffnet, eine ganzheitliche Praxis. Ich lade die Zuschauer ein, auf meine Internetseite zu schauen.
Moderatorin: Das klingt ja sehr spannend. Also ich denke, ein weiterer Blick auf Ihre Seite lohnt sich da auf jeden Fall. Kommen wir mal wieder zurück zu den aktuellen Geschehnissen. Laut WHO sind ja jetzt die Affenpocken, jetzt Mpox genannt, in einigen afrikanischen Staaten ausgebrochen. Und auch von der Vogelgrippe hört man immer wieder auch etwas. Und es sind ja jetzt die aktuellen Pläne. Wir wollen da mit mRNA-Impftechnologie diese angebliche Pandemie bekämpfen.
Jetzt habe ich aber von Ihnen, und auch natürlich von vielen weiteren Wissenschaftlern hat die Öffentlichkeit Meldungen erhalten: Vorsicht, Finger weg von der mRNA-Impftechnologie. Eben weil viele Nebenwirkungen aufgetreten sind. Sie haben uns das jetzt auch hier noch mal wirklich bildhaft vor Augen geführt. Und gleichzeitig gibt aber die WHO jetzt da diese Warnung raus, diese oberste Warnstufe, daß jetzt hier die Produktion von mRNA-Impftechnologie hochgefahren werden soll. Wie paßt das für Sie zusammen?
Frau Dr. Krüger: Das paßt nicht richtig für mich zusammen, zumal auch veröffentlicht wurde, daß zum Beispiel von Pfizer die Impfstoffe, was Corona betrifft, in 11 % ganz schwere Nebenwirkungen haben und was Moderna angeht in 21 %, das heißt also schwere Nebenwirkungen. 21 % der Leute, die also diese Impfung erhalten gegen Corona, haben schwere Nebenwirkungen. Und wenn man sich anguckt, daß die Sterblichkeit für Corona bei unter einem Prozent liegt, ist für mich also Nutzen und Risiko, die Abwägung, die stimmt nicht. Da ist irgendwas faul, wenn man das mal so sagen kann.
Und wenn man jetzt die Grippe zum Beispiel nimmt, die Grippeimpfung, die ja nicht auf dieser mRNA-Technologie basiert, da gibt es eine Nebenwirkungsrate von 0 bis 4 %, also schwere Nebenwirkungen. Und bei dieser Corona-Impfung sind es eben 21 %, bis zu 21 %. Und wichtig hierbei ist, daß dieser mRNA-Impfstoff so funktioniert, daß ein Gencode appliziert

wird. Das heißt, es wird ein Gencode gespritzt, und unsere gesunden Körperzellen werden dazu gebracht, dieses Spike-Protein zu produzieren. Und das wird dann auf der Zelloberfläche präsentiert. Und die anderen Immunzellen sehen also die körpereigenen Zellen als Fremdzellen an und greifen die an. Und dadurch kommt es zu diesen Immunreaktionen. Und das ist also ganz speziell für diese mRNA-Impfstoffe.
Moderatorin: Und dann kann man ja eigentlich, ich weiß nicht, wie Sie dazu stehen, aber dieses Prinzip, auf dem mRNA-Impfstoffe basieren, ist ja ein komplett anderes als die herkömmlichen Impfstoffe, die wir bisher kannten. Können Sie da vielleicht noch einmal irgendwie diese Grenzlinie ziehen? Wie, was jetzt da - genau, eben - kann man überhaupt Impfstoff sagen, frage ich jetzt gleich mal.
Frau Dr. Krüger: Also ich würde es nicht als Impfstoff bezeichnen, sondern bei mir handelt es sich um Flüssigkeiten, die appliziert werden. Weil, der Nutzen dieser sogenannten Impfung, der ist sehr gering. Und wenn ich mir angucke, wieviel Schaden die anrichten, dann sollte man die überhaupt aus dem Verkehr ziehen. Und ich wäre auch sehr vorsichtig bei allen anderen kommenden mRNA-basierten Impfungen, denn die sind gar nicht richtig ausreichend getestet. Das wird dann zu den gleichen Nebenwirkungen kommen.
Moderatorin: Ja, also das muß man auf jeden Fall mitdenken, auch gerade bei den Medienberichten, daß das einfach als neue, moderne, weiterentwickelte Möglichkeit von Impfungen ist. So einfach läßt sich das ja nicht runterbrechen.
Also da handelt es sich nochmal um etwas komplett Neuartiges, was sich bis jetzt nicht mit Ruhm bekleckert hat, wenn man das mal so sagen darf.
Frau Krüger: Völlig korrekt, ja.
Moderatorin: Ja. Nun kommen wir wieder zurück zu Ihrem Buch. Sie haben da ja gesagt - Sie haben da doch viel Zeit und Arbeit auch reingesteckt. Welche Reaktionen erhoffen Sie sich denn, wenn jetzt das in den Umlauf kommt? Es ist jetzt auch druckfertig, kann demnächst dann auch - ist auch erhältlich dann. Was erhoffen Sie sich an Reaktionen in der Öffentlichkeit?
Frau Dr. Krüger: Also ich erhoffe mir einmal, daß die Pathologen, also die Fachärzte für Pathologie oder auch der Rechtsmedizin, sich diese Befunde anschauen. Und daß sie auch verstehen, daß es ganz dezente Befunde sein können. Das heißt also, daß man wirklich suchen muß. Man kann nicht einfach nur die Schnitte durchschieben und sagen: "Ach, ich sehe hier nichts", sondern man muß wirklich suchen. Und so wie ich vorhin schon gesagt habe, daß ja ein ganz kleiner und dezenter Befund eine Riesenveränderung der Lebensqualität mit sich führen kann. Da ist es also wirklich wichtig, da wirklich zu suchen.
Das ist das eine, daß die Pathologen ja mehr oder weniger geweckt werden - was es also noch alles so gibt. Denn es ist häufig so: Was ich nicht weiß, das sehe ich nicht. Und dann natürlich ist das Buch auch für Ärzte anderer Fachrichtungen geeignet. Und auch für gesundheitsinteressierte Nicht-Mediziner. Denn durch diese Fallbeschreibungen sieht man ganz eindeutig dieses Leid, was den Leuten zugefügt wurde durch diese sogenannten Impfungen.
Moderatorin: Also ich könnte jetzt quasi dann dieses Buch bei Ihnen bestellen. Und erst mal natürlich selber mir genau das anschauen, auch als Laie - durchaus auch bis zu einem gewissen Punkt nachvollziehbar. Könnte ich jetzt auch einfach zu meinem Hausarzt gehen und dem mal sagen: "Hier, bitteschön, schenke ich Ihnen, schauen Sie doch mal rein." Oder was kann ich denn außer, daß ich das jetzt einfach mal durchlese, was kann ich darüber hinaus noch tun mit diesem Buch?
Frau Dr. Krüger: Ja, das ist wirklich keine schlechte Idee. Denn es gibt ja immer noch genügend Ärzte, die diese Stoffe verimpfen, daß die auch wach werden. Daß man wirklich sieht: Man fügt den Leuten einen riesigen Schaden zu. Und es ist nicht nur ein Schaden, sondern die sterben auch. Es werden Leute getötet durch diese Spritzen.

Moderatorin: Hätten Sie denn abschließend noch ein paar Worte, die Ihnen besonders wichtig sind?
Frau Dr. Krüger: Ja. Ich würde diese Worte gerne an das Publikum richten. Und zwar würde ich mir sehr wünschen, daß die Menschen interessiert sind, daß sie selbst im Internet recherchieren. Und daß sie nicht alles glauben, was ihnen präsentiert wird. Daß sie also selbst aktiv werden. Und ich würde mir wünschen, daß insgesamt mehr Liebe in unserer Gesellschaft herrscht, daß Harmonie und Frieden entsteht. Und ich würde mir wünschen, daß wir viel mehr zu unserer Intuition zurückkehren. Das heißt also, daß wir in die Natur gehen und einfach auf unsere Intuition hören.
Moderatorin: Vielen Dank, Frau Krüger, für diese sehr bewegenden Worte. Und damit verabschieden wir uns auch schon wieder aus dem Studio Berlin. Alle weiteren Informationen finden Sie auch unterhalb dieser Sendung verlinkt. Und wie schon gesagt, seien Sie selbst aktiv. Vielen Dank.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. September 2024 (x1.399/…): >>**Pentagon prüft Auswirkung von Atomkrieg auf Europa**
Von *S. Hofer*
Das US-Verteidigungsministerium läßt untersuchen, welchen Schaden ein Atom-Angriff in Europa anrichten würde. Ist der Dritte Weltkrieg, vor dem Trump eindringlich warnt, damit wieder ein Stück näher gerückt? …
Jetzt besonders wichtig: Der Ratgeber "Wie Sie einen Atomangriff überleben" von Überlebens-Experte Lars Konarek. …
Besonders brisant: Rußlands Präsident Wladimir Putin hat gerade erst erklärt, daß er die NATO als Kriegspartei betrachten wird, sollte das Bündnis sein Ja zu einem Einsatz von Langstreckenraketen geben. Die Lage spitzt sich dramatisch zu.
Jetzt besonders wichtig!
Was tun, wenn der Konflikt zu einem Atomkrieg eskaliert? Ist das ein sicheres Todesurteil? Nein, nicht zwangsläufig! Das sagt der Survival-Experte und Überlebens-Trainer Lars Konarek. In seinem Ratgeber "Wie Sie einen Atomangriff überleben" führt er anhand verschiedener Szenarien (Einsatz von taktischen oder strategischen Nuklearwaffen in unterschiedlicher Größe) aus, wie Sie sich im Ernstfall richtig verhalten - und was Sie tun müssen, um die Katastrophe zu überstehen.
Konarek beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Überlebensstrategien in Extremsituationen. Aufgrund wissenschaftlicher Studien, teils aus dem militärisch-industriellen Komplex, aber auch durch Schöpfen aus seinem reichhaltigen Erfahrungsschatz hat er mit "Wie Sie einen Atomangriff überleben" einen einzigartigen Ratgeber herausgebracht, der im Falle des Falles unverzichtbar ist.
Entscheidende Stunden
Für den schlimmsten Fall haben sowohl die US-Regierung als auch viele andere Länder schon in den 1950er-Jahren erste Empfehlungen an ihre Bevölkerung herausgegeben. Doch diese Leitfäden sind veraltet. Und ausgerechnet die deutschen Behörden haben keinerlei Anleitung in petto. Weder das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe noch die Ministerien informieren oder geben Handlungsanweisungen für den Fall der Fälle. Auch aktuelle Literatur werden Sie vergeblich suchen.
Diese geradezu unverantwortliche Lücke schließt nun der Ratgeber des Überlebensspezialisten Lars Konarek. In "Wie Sie einen Atomangriff überleben" geht er Punkt für Punkt alle wichtigen Vorbereitungen auf den Ernstfall durch und stellt klare Verhaltensregeln für den Fall eines Atomangriffs auf.
Dazu gehören Essentials wie: Massive Gebäude bieten besseren Schutz. Gebäude mit dicken Betonwänden und auch Keller sowie Tiefgaragen bieten in solchen Situationen die beste Zu-

flucht. Im Freien sollten Sie hingegen versuchen, Gräben oder Höhlen zu erreichen. Ebenfalls wichtig: Niemals direkt in die Explosion blicken! Der Explosionsblitz ist so energiereich ist, daß die Netzhaut verbrennen kann und akute Erblindungsgefahr besteht.
Hat man die nukleare Detonation, die Druckwelle und die Feuersbrunst nach der Explosion überlebt, ist die unmittelbare Gefahr für Leib und Leben allerdings noch lange nicht vorüber. Atombomben setzen bei ihrer Explosion enorme Mengen an radioaktiver Strahlung frei, die je nach Dosis unmittelbar tödlich ist oder zu schwerwiegenden Krebserkrankungen führen kann. Hierzu muß man wissen: Die radioaktive Strahlung erreicht ihren Maximalwert nicht sofort nach der Explosion, sondern erst, wenn das aufgewirbelte Material aus dem Atompilz wieder zu Boden fällt: der sogenannte Fallout. Es bleibt also durchaus Zeit, um weitere Vorkehrungen zu treffen.

Langfristige Strategien

Was dann zu tun ist, führt Konarek in "Wie Sie einen Atomangriff überleben" detailliert aus. So ist es beispielsweise wichtig, die richtige Fluchtrichtung nach einem Nuklearwaffen-Abwurf zu wählen. Die Strahlung einer Atombombe geht nicht vom Explosionsherd selbst aus, sondern von den winzigen strahlenden Partikeln, die nach der Explosion in alle Winde verteilt werden.
Deswegen gilt es zu beobachten, in welche Richtung der Wind den Atompilz weht. Wird er von Ihnen weggeweht, haben Sie Glück im Unglück: Zusammen mit dem Atompilz werden auch die meisten radioaktiven Partikel von Ihnen weggeweht. Die beste Fluchtrichtung ist deswegen vom Pilz weg. Weht der Wind die Staubwolke auf Sie zu, dürfen Sie auf keinen Fall in Windrichtung flüchten. Die radioaktive Wolke holt Sie ganz sicher ein. Besser ist es, senkrecht zur Windrichtung zu fliehen. So bringen Sie Abstand zwischen sich und den Fallout.
Nicht immer kann man vor dem Fallout fliehen. Auch hier weiß Konarek Rat: Ein sicherer Unterschlupf muß her! Bedroht ist man in den ersten Tagen vor allem von der Radioaktivität. Eine Zuflucht unter der Erde, beispielsweise ein tiefer Keller, eine Höhle oder eine U-Bahn-Röhre, bietet dagegen den besten Schutz. Auch ein stabiles Gebäude kann die Radioaktivität etwas abschirmen. Wichtig ist, daß der Luftaustausch mit der Außenwelt nicht zu hoch ist, da mit der Luft auch die tödlichen radioaktiven Partikel in das Versteck geweht werden. Ein zugiger Tunnel kann deshalb zwar verlockend wirken, ist in Wahrheit aber eine Todesfalle.
Wo sind potentielle Ziele?
Dies alles - und noch viel mehr - muß man wissen, um sich nach einem nuklearen Angriff in Sicherheit zu bringen und zu überleben. Für seinen Ratgeber "Wie Sie einen Atomangriff überleben" recherchierte Bestsellerautor Konarek monatelang, wertete kaum noch erhältliche Fachliteratur aus und sprach mit Waffenexperten und Soldaten der Bundeswehr. Darüber hinaus studierte der renommierte Survival-Experte annähernd 100 Augenzeugenberichte aus Hiroshima und Nagasaki. Konarek bringt in das Buch aber auch seine langjährigen Erfahrungen als professioneller Survivaltrainer ein.
Wieder hochaktuell: Lars Konareks Ratgeber "Wie Sie einen Atomangriff überleben" …
In dem Buch "Wie Sie einen Atomangriff überleben" erfahren Sie unter anderem, welche Regionen in Deutschland höchstwahrscheinlich Ziel eines Atomangriffs sein werden - und wann Sie über einen Umzug nachdenken sollten. Sie lesen, welche Wirkungen Atombomben genau haben, welche Folgen zu erwarten sind und welche Vorräte Sie wie anlegen sollten.
Lars Konarek erklärt, welche Ausrüstungsgegenstände und Medikamente überlebenswichtig sind, wie Sie Ihr Haus sicherer machen und einen Schutzraum einrichten können - und wie Sie im Ernstfall schnell und richtig reagieren. Denn das wird im Falle einer nuklearen Katastrophe von entscheidender Bedeutung sein!
Das Fazit des Autors: Sollte es zu Atomangriffen auf Deutschland kommen, werden diese die

Schrecken konventioneller Kriege bei Weitem übertreffen. Aber: Man kann diese Katastrophe überleben! Das zeigen nicht nur die Ereignisse von Hiroshima und Nagasaki, sondern auch aktuelle Militärstudien. Wenn Sie die Ratschläge aus "Wie Sie einen Atomkrieg überleben" beherzigen, erhöhen Sie Ihre Überlebenschancen jedenfalls deutlich.
Lars Konarek: "Wie Sie einen Atomkrieg überleben", gebunden, 126 Seiten, durchgehend farbig illustriert.<<

15.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. September 2024 (x1.402/…): >>**U16-Wahl in Brandenburg: AfD holt bei Jugendlichen fast doppelt so viele Stimmen wie die SPD!**
Um künftigen Wählernachwuchs braucht sich die AfD nicht zu sorgen: Auch bei der sogenannten U16-Wahl in Brandenburg deklassierte sie die Altparteien und findet bei noch nicht wahlberechtigten Kindern und Jugendlichen die mit weitem Abstand höchste Zustimmung. Bei dem Probe-Votum von Abstimmungsteilnehmern unter 16 Jahre kam die AfD auf 28,7 Prozent. Das sind fast doppelt so viele Stimmen, wie die in Potsdam regierende SPD mit 15,2 Prozent in dieser Altersklasse holen konnte.
Auf dem dritten Platz ganz knapp vor der CDU landete mit 12,2 die Partei "TIERSCHUTZ hier!" Die Wagenknecht-Partei BSW erreichte 8,7 Prozent Zustimmung, die Linke 6,6 Prozent. Die "Grünen" sehen mit 5,3 Prozent auch bei der künftigen Wählergeneration in Brandenburg ziemlich alt und verbraucht aus.
Sogenannte U16/U18-Wahlen, auch "Juniorwahlen" genannt, sind ein Projekt zur politischen Bildung in Schulen. Nach einer unterrichtlichen Vorbereitung bildet ein real simulierter Wahlakt parallel zu Landtagswahlen, Bundestagswahlen oder Europawahlen den Projekthöhepunkt. Die Schüler setzen sich einen Monat intensiv mit dem Thema "Demokratie und Wahlen" auseinander. Gefördert werden sollen dabei politisches Interesse und Demokratieverständnis. Das Projekt umfaßt alle Schulformen ab Klassenstufe 7. Es zählt inzwischen zu den beliebtesten Schulprojekten in Deutschland.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. September 2024 (x1.402/…): >>**Ex-Porsche-Chef Wiedeking platzt der Kragen: "Wir werden von Laien regiert, die nichts gelernt haben!"**
In einem fulminanten Interview mit "Bild am Sonntag" rechnet Ex-Porsche-Chef Wendelin Wiedeking (72) gnadenlos mit der desaströsen Wirtschaftszerstörungspolitik in Deutschland ab. Jeder Satz ist wie ein Keulenschlag gegen die Ampel-Versager. Mehr Wut im Bauch geht nicht!
- "Wir werden heute von Politikern gelenkt, die im Prinzip über keinerlei wirkliche Berufserfahrung verfügen. Frau Lang von den Grünen hat keine. Gucken Sie Herrn Kühnert von der SPD an: Der hat ein abgebrochenes Studium und hat in einem Callcenter gearbeitet. Und diese beiden Herrschaften definieren mit, wie Deutschland zu ticken hat? In welchem Land sind wir gelandet? Wir werden gesteuert von Laien, die nichts gelernt und in ihrem Leben auch nichts zustande gebracht haben, außer in der Politik ein großes Wort zu schwingen."
- "Der Kanzler ist die größte Enttäuschung überhaupt. Ich kenne ihn ja persönlich, habe ihn einige Male getroffen. Und ich muß ganz ehrlich sagen, ich hätte mir nicht vorgestellt, daß er so schlecht ist im Regieren eines Landes."
- "Die Politik hat Vorgaben gemacht, die unzulässig waren. Man kann sich zwar alles wünschen, aber es muß auch umsetzbar sein. Ich glaube, daß man der gesamten europäischen Autoindustrie zu viel aufgebürdet hat."
- "Man hat Gesetze erlassen, die heute bei vielen Unternehmen zu Konsequenzen führen: Es wird Entlassungen geben, es wird zum Schaden der Menschen sein. Wir verlieren den wichtigsten Wirtschaftsfaktor, den wir haben, und damit auch einen Großteil unseres Wohlstan-

des."
- "Ich glaube, wichtig ist, daß die Politiker, die Verantwortung übernehmen, auch Kompetenz haben, daß sie wissen, wovon sie reden. Und das fehlt mir heute. Ich glaube, das Zurückwünschen ist akademisch. Wir müssen nach vorn schauen. Wir müssen auf starke Persönlichkeiten setzen, die jetzt Sach- und Fachkompetenz haben. Dem Habeck spreche ich diese Sachkompetenz im Sinne von Wirtschaft völlig ab."
- "Ich kann nur hoffen, daß die nächste Regierung keine Ampel mehr ist ... Wir haben heute eine überzogene Politik, die getrieben wird durch grüne Ideologie, die mit Realitätsnähe nichts mehr zu tun hat. Und das ist unser Problem: Die Menschen in diesem Land sind verunsichert, sie haben Zukunftsängste. Und wenn die Politik nicht dramatisch umlenkt, mehr Politik für die Menschen und nicht gegen die Menschen macht und sie auch mitnimmt bei ihrem Weg in eine andere Welt, dann haben wir irgendwann ein großes Thema."
Es sind Sätze, die an Deutlichkeit nichts, aber auch gar nichts zu wünschen übrig lassen!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. September 2024 (x1.404/…): >>**Regierung verpraßt Milliarden für Thinktanks**
Die Ausgaben des Bundes für institutionelle Förderungen, also langfristige staatliche Finanzhilfen für Forschungseinrichtungen, Thinktanks und andere Institutionen, steigen seit Jahren kontinuierlich an. Im Jahr 2024 werden insgesamt 11,1 Milliarden Euro an 231 Einrichtungen verteilt, schreibt der "Spiegel" unter Berufung auf eine eigene Auswertung. 2004 waren es noch 5,1 Milliarden Euro für 180 Einrichtungen. Damit verstoßen Regierung und Parlament seit Jahren gegen das "Omnibusprinzip".
Laut dieser Sparregel, die der Bundesfinanzminister von den anderen Ressorts jedes Jahr im Aufstellungsschreiben zum Haushalt einfordert, sollen neue Förderungen für Institutionen nur dann beschlossen werden, wenn bestehende im gleichen finanziellen Rahmen rausfallen.
Der Bund verteile "munter Steuergelder, ohne teilweise einen konkreten Überblick zu haben, wohin das Geld fließt", kritisierte der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel.
FDP-Haushaltsexperte Otto Fricke schlägt vor, die Subventionen schrittweise abzubauen, um die Institutionen stärker in die Pflicht zu nehmen, sich eigenständige Finanzierungsquellen zu erschließen. "Es ist doch selbstverständlich, daß man in Zeiten knapper Kassen auch an diese alten Zöpfe intelligent ran muß", sagte Fricke dem "Spiegel". "Notfalls mit einer degressiven Gestaltung über mehrere Jahre."<<

16.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. September 2024 (x1.402/…): >>**Nicht wirklich überraschend: Stasi-Spitzel machen Polit-Karriere bei Wagenknecht!**
Wenige Tage vor der Landtagswahl in Brandenburg werden neue pikante Interna aus der Wagenknecht-Partei BSW bekannt: Der Geschäftsführer der neuen Chemnitzer BSW-Stadtratsfraktion, Thiemo Kirmse (bis 2023 Linkspartei), soll sich noch kurz vor der Wende offensiv dem DDR-Staatssicherheitsministerium MfS unter Erich Mielke angedient haben.
Sie nannten sich "Tschekisten" (in Anlehnung an die berüchtigte Sowjet-Geheimpolizei Tscheka) und sahen sich als "Schild und Schwert der Partei". Hunderttausende inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter der Stasi zerrütteten mit ihrem subversiven Wirken Familien und Freundschaften, zerstörten systematisch Existenzen.
Auch 35 Jahre nach dem Ende der DDR-Diktatur wirft die Geheimpolizei der SED noch immer ihre lange Schatten - nun auch auf das "Bündnis Sahra Wagenknecht", das sich von der SED-Nachfolgepartei Die Linke abgespaltet hat.
Bekannt ist, daß demnächst mit dem Ex-Stasi-Angehörigen Tilo Kummer demnächst ein BSW-Abgeordneter im Thüringer Landtag sitzt. Der heute 56-Jährige hatte einst freiwillig im

berüchtigten Stasi-Wachregiment "Feliks Dzierzynski" gedient.
Während Kummer aus seiner Vergangenheit nie ein Geheimnis gemacht hat, wirft ein Fall in Chemnitz Fragen zum Umgang des BSW mit der früheren Spitzel-Tätigkeit seiner Funktionäre auf.
Jetzt sickerte durch: Der Geschäftsführer der neuen Chemnitzer BSW-Stadtratsfraktion, Thiemo Kirmse, soll sich noch in den letzten Tagen der DDR offensiv dem Spitzeldienst von Stasichef Erich Mielke (†92) angedient haben. Laut einem der "Bild-Zeitung" vorliegenden Lebenslauf absolvierte Kirmse demnach zwischen 1987 und 1988 nicht nur seinen Grundwehrdienst beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Direkt im Anschluß wurde er auch als "IM Student" (Inoffizieller Mitarbeiter) an die Technische Universität Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) delegiert.
Der sächsischen Linkspartei gegenüber, der Kirmse bis 2023 angehörte, hatte der 55-Jährige seine Stasi-Vergangenheit offenbar eisern verschwiegen. Ein Lebenslauf dort beginnt im Jahr 1989 mit der Mitgliedschaft im PDS-Stadtvorstand.
Beim BSW hingegen soll die Stasi-Vita von Kirmse intern bekannt gewesen sein. Es gehe um "eine weit zurückliegende Tätigkeit", die im Vorstand der Chemnitzer Stadtratsfraktion "offen thematisiert" worden sei. Am Ende seien "Kompetenz und fachliche Expertise" entscheidend gewesen, wird eine sächsische BSW-Sprecherin zitiert.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. September 2024 (x1.402/…): >>**Landtagswahl Brandenburg: Auch in Potsdam droht eine Chaos-Regierung von Wagenknechts Gnaden!**
Nach der Landtagswahl am 22. September in Brandenburg drohen im Potsdamer Landtag komplizierte Machtverhältnisse - auch wenn unter rechnerisch allergünstigsten Annahmen eine AfD-Regierung nicht ganz ausgeschlossen ist. Auf Basis allein der Umfragen (Zweitstimmen) droht allerdings eine Chaos-Regierung von Wagenknechts Gnaden.
Sachsen und Thüringen haben gewählt, jetzt folgt nach drei Wochen Brandenburg als drittes ostdeutsches Bundesland. Seit 2019 regiert in Potsdam eine "rot-schwarz-grüne" sogenannte "Kenia-Koalition" unter Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), der seit 2013 im Amt ist. Seine Regierung dürfte laut Umfragen abgewählt werden. Auch für andere bisher denkbare Konstellationen dürfte es nicht reichen.
Welche Koalitionsoptionen (ohne AfD) sind in Brandenburg mehrheitsfähig? Auf Basis aktueller Umfragen könnten dies sein Bündnisse aus:
- SPD, CDU, BSW
- SPD, CDU, BVB/FW (ganz knapp)
- SPD, BSW, BVB/FW
Um den Einzug ins Landesparlament bangen müssen mit zuletzt jeweils 4,5 Prozent Linke und "Grüne". Die Freien Wähler könnten dank einer Besonderheit des Wahlrechts (Grundmandatsklausel) in den Landtag einziehen, wenn sie nur ein als relativ sicher geltendes Direktmandat holen.
Mit einer Beteiligung der AfD hätten zwei Koalitionen eine deutliche Mehrheit:
- AfD, SPD
- AfD, CDU.
Unter rechnerisch extrem günstigen Annahmen könnte es sogar für AfD und Freie Wähler reichen - der Deutschland-Kurier berichtete.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. September 2024 (x1.404/…): >>**Habeck mahnt nach Hochwasser zu entschlossenerem Klimaschutz**
Angesichts der Unwetterkatastrophe in Teilen Europas fordert Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) mehr Entschlossenheit beim Klimaschutz. "Immer häufigere Hochwasser, Katastrophen wie im Ahrtal, dieses Jahr in Bayern - sie sind eine Folge der Klimakrise", sagte der

Grünen-Politiker den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstagsausgaben).
"Daher sind unsere Anstrengungen so wichtig, die Klimakrise einzudämmen - der schnellere Ausbau der Erneuerbaren, die Wärmewende, eine klimafreundliche Produktion in der Industrie." Der Klimaschutz sei "ein Mammutprojekt, das langen Atem braucht". Der Wirtschaftsminister räumte ein, daß es "Folgen gibt und geben wird, die wir nicht mehr vermeiden können".
Deutschland müsse sich auf mehr Extremwetterereignisse einstellen und dafür Vorsorge treffen. Daher arbeite die Bundesregierung daran, den Hochwasserschutz auszubauen - "starke Deiche, Rückhaltesysteme, mehr Raum für Flüsse". Es gehe bei all dem nicht um den Schutz des Klimas, sondern um den Schutz von Menschen, so Habeck.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. September 2024 (x1.404/…): >>**Springer wird zerschlagen**
Der Medienkonzerns Axel Springer (u.a. BILD, Welt) soll noch in diesem Jahr aufgespalten werden.
Die Aufspaltung des Medienkonzerns Axel Springer steht fest. Dabei sollen der US-Investor KKR und der kanadische Pensionsfonds CCIB die Mehrheit an dem digitalen Rubrikengeschäft übernehmen, während Vorstandschef Mathias Döpfner und die Familie Springer das Mediengeschäft erhalten.
Die Pläne werden bereits seit geraumer Zeit im Aufsichtsrat von Springer besprochen. Jetzt werden sie immer konkreter, wie fünf mit dem Vorgang vertraute Personen dem Handelsblatt sagen. So wird die Aufspaltung am Donnerstag auf einer Aufsichtsratssitzung beraten. Ungeklärt seien eher Details bei den Bewertungen und die Höhe der Beteiligungen. Klar sei aber, daß ein Deal bis Ende des Jahres unterschrieben werden soll. Ein Verkauf von deutschen Medien wie der "Bild" sei nicht geplant.
Dabei wird das Kleinanzeigengeschäft mit zehn Milliarden Euro bewertet, sagten zwei Insider. Den wertvollsten Teil davon stellt das Jobportal Stepstone dar, gefolgt von der Aviv-Gruppe mit Immobilienportalen wie Seloger in Frankreich oder Immowelt in Deutschland. Die Bewertung bestätigt einen Artikel der Zeitung "Financial Times" (FT), die vor wenigen Tagen von dem Deal berichtet hatte. Auch die von der FT genannte Gesamtbewertung von 13,5 Milliarden Euro ist korrekt.
Das Mediengeschäft wird danach mit 3,5 Milliarden Euro bewertet. Zu ihm gehört auch der amerikanische Politiknachrichtendienst "Politico", den Springer 2021 für rund eine Milliarde Euro gekauft hat. Ein Insider beziffert den Wert der deutschen Medien wie "Bild" auf 400 bis 500 Millionen Euro. Die neue Medientochter soll zu hundert Prozent Döpfner und der Familie Springer gehören.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. September 2024 (x1.403/…): >>**Covid-Aufarbeitung**
Bundesregierung behauptet, keinerlei Daten zur Mortalität nach Impfstatus zu haben
Die Bundesregierung hat keinerlei Daten über die nicht mit Covid-19 assoziierte Mortalität bei ungeimpften und geimpften Personen. Das geht aus der Antwort an den FDP-Abgeordneten Wolfgang Kubicki hervor. Somit fehlen pikante Daten zur Sicherheitsbewertung der Präparate.
Von *Redaktion*
Der Bundesregierung liegen keine Daten zur Sterblichkeit bei gegen Covid-19 geimpften und ungeimpften Personen, die nicht an Covid starben, vor. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung an den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP, Wolfgang Kubicki, hervor. Der 72-Jährige wollte in einer schriftlichen Frage wissen: "Wie hoch war die nicht mit COVID assoziierte Mortalität bei Geimpften und bei Nicht-Geimpften in den Jahren 2021, 2022 und 2023 in Deutschland?"

Die Antwort fiel erstaunlich kurz aus: "Der Bundesregierung liegen hierzu keine Daten vor." Mit anderen Worten: Derartige Daten wurden von vornherein gar nicht erst erhoben - oder nicht mitgeteilt. Lediglich bei aufgrund von Covid-19 hospitalisierten Personen erfaßte das Robert-Koch-Institut den Impfstatus, wie aus den Monatsberichten des Instituts hervorgeht.
Das kann ein Indikator dafür sein, wie gut oder weniger gut ein Impfstoff vor der Erkrankung Covid-19 schützt, welche Warnsignale von einem Präparat ausgehen, wird so allerdings nicht erfaßt. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sprach noch während seiner Zeit als Abgeordneter von einer "nebenwirkungsfreien" Impfung. Auch nach seinem Aufstieg in das Bundesgesundheitsministerium im Dezember 2021 wiederholte er diese Äußerung in ähnlicher Form.
Schnell wurde aber klar: Ganz so nebenwirkungsfrei waren die mRNA-Präparate doch nicht. Vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen wurden überwiegend bei jüngeren Menschen mit den Wirkstoffen in Verbindung gebracht. Welche gravierenderen Auswirkungen die Impfstoffe haben könnten, wurde seitens der Bundesregierung aber weder ausführlich dokumentiert noch untersuchen lassen. Das Bundesgesundheitsministerium verließ sich ganz auf die Sicherheitszugeständnisse der einzelnen Hersteller.
Welche ungewünschten Effekte die mRNA-Impfstoffe, deren Verwendung eine Neuheit in der Medizin darstellte, auf die Gesundheit haben können, wurde nur weitestgehend von unabhängigen Wissenschaftlern untersucht. So kamen etwa der Psychologie-Professor Dr. Christof Kuhbandner von der Universität Regensburg und der Mathematiker Professor Dr. Matthias Reitzner von der Universität Osnabrück zu interessanten Ergebnissen.
Beide untersuchten die Übersterblichkeitsquoten der einzelnen Bundesländer in Deutschland und verglichen die jeweiligen Anstiege der Quoten anhand von Daten des Statistischen Bundesamtes. Das Ergebnis: In den einzelnen Bundesländern korrelierte die Impfquote mit der Übersterblichkeit. Beispielsweise in Sachsen, wo die Impfquote am geringsten ausfällt, war die Übersterblichkeit im März 2023 rückläufig - in keinem anderen Bundesland war das der Fall.
Kuhbandner und Reitzner hatten bereits im Mai 2023 eine Studie mit dem Titel "Übersterblichkeit in Deutschland 2020-2022" im renommierten Wissenschaftsmagazin Springer Nature veröffentlicht. Das Papier zog schnell die Aufmerksamkeit zahlreicher Medien auf sich, weil Kuhbandner und Reitzner insinuiert haben sollen, die Übersterblichkeit könnte mit den Vakzinen in Verbindung gebracht werden.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. September 2024 (x1.404/…): >>**7 Gründe für Gold 3000**
Die Goldförderung hat in den letzten Jahren in vielen Ländern ihren Höhepunkt erreicht. Neue bedeutende Goldvorkommen werden immer seltener. Aber auch geopolitische und geldpolitische Faktoren treiben den Kurs nach oben.
Gold in USD 1 Jahr
Der Goldpreis hat in den letzten Jahren immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. Nach der globalen Finanzkrise 2008, der Corona-Pandemie 2020 und der zunehmenden geopolitischen Unsicherheit ist das Edelmetall zu einem der sichersten Häfen für Anleger geworden. In jüngster Zeit wird vermehrt darüber spekuliert, ob der Goldpreis bald die Marke von 3000 USD pro Unze erreichen könnte. Was sind die Gründe für diese optimistische Prognose, und welche Faktoren könnten diesen Anstieg tatsächlich stützen?
1. Inflation und Zinspolitik der Zentralbanken
Ein zentraler Treiber des steigenden Goldpreises ist die Inflation. In vielen Ländern, insbesondere in den USA und Europa, hat die Inflation in den letzten Jahren historische Höchststände erreicht. Gold gilt traditionell als Absicherung gegen Inflation, da es seinen Wert über Jahrhunderte hinweg bewahrt hat. In Zeiten steigender Preise suchen Anleger nach sicheren

Alternativen zu Bargeld oder Anleihen, die an Kaufkraft verlieren.
Darüber hinaus haben die Zinspolitiken der Zentralbanken, insbesondere der US-Notenbank (Fed) und der Europäischen Zentralbank (EZB), erheblichen Einfluß auf den Goldpreis. Obwohl die Fed die Zinsen im Zuge der Inflationsbekämpfung angehoben hat, ist die Frage, ob sie diesen Kurs langfristig beibehalten kann. Sollte die Fed gezwungen sein, die Zinsen zu senken, um eine drohende Rezession abzuwenden, könnte dies den US-Dollar schwächen und den Goldpreis weiter beflügeln.
2. Geopolitische Unsicherheiten und Krisen
Gold ist als "Krisenwährung" bekannt und reagiert traditionell stark auf geopolitische Spannungen. Die anhaltenden Konflikte, insbesondere der Ukraine-Krieg, sowie die zunehmenden Spannungen zwischen den USA und China tragen zur Unsicherheit auf den globalen Finanzmärkten bei. Diese Unsicherheiten treiben Investoren dazu, in sichere Anlagen wie Gold zu flüchten.
Hinzu kommt die politische Instabilität in vielen Schwellenländern und die anhaltenden Handelskonflikte. Diese Faktoren belasten nicht nur die Aktienmärkte, sondern erhöhen auch die Nachfrage nach Gold als stabilem Wertspeicher. Wenn sich diese Spannungen weiter verschärfen, könnte dies den Goldpreis weiter in Richtung 3000 USD pro Unze treiben.
3. Nachfrage aus Schwellenländern
Die Nachfrage nach Gold bleibt in Schwellenländern wie Indien und China weiterhin hoch. In vielen Kulturen, insbesondere in Asien, hat Gold eine traditionelle Bedeutung, etwa in Form von Schmuck oder als Geschenk bei besonderen Anlässen. Zudem sehen viele Regierungen Gold als sichere Reserve, was zu einer verstärkten Nachfrage führt. Zentralbanken weltweit haben in den letzten Jahren ihre Goldreserven massiv aufgestockt, um sich gegen Währungsabwertungen und Finanzkrisen abzusichern.
Sollte diese Nachfrage weiter steigen - etwa durch ökonomische Unsicherheiten oder Währungsabwertungen in diesen Regionen - könnte dies den Goldpreis weiter beflügeln.
4. Angebotsengpässe bei Goldminen
Ein weiterer wichtiger Faktor, der den Goldpreis in die Höhe treiben könnte, ist das begrenzte Angebot an Gold. Die Goldförderung hat in den letzten Jahren in vielen Ländern ihren Höhepunkt erreicht, und neue bedeutende Goldvorkommen werden immer seltener. Zusätzlich stehen viele Goldminen unter dem Druck steigender Kosten, Umweltauflagen und geopolitischer Risiken.
Die Exploration und Erschließung neuer Minen wird zunehmend schwieriger und teurer, was das Angebot weiter verknappen könnte. Dieser Angebotsengpaß könnte den Preisdruck weiter erhöhen, insbesondere wenn die Nachfrage nach Gold weiterhin stark bleibt.
5. Der Goldpreis als Inflationsschutz und Fluchtwährung
In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und Inflation suchen Investoren nach alternativen Anlagemöglichkeiten, die nicht den Wertverfall durch steigende Preise erleben. Gold hat sich historisch als ein solider Inflationsschutz bewährt, da es in Zeiten starker Inflation und schwacher Währungen an Wert gewinnt. Dies macht es für viele Anleger besonders attraktiv, wenn traditionelle Anlagen wie Aktien oder Anleihen ins Wanken geraten.
Während sich Bitcoin und andere Kryptowährungen als alternative Fluchtwährungen etabliert haben, bleibt Gold für konservative Anleger die bevorzugte Wahl. Das Vertrauen in Gold als "sicherer Hafen" könnte dazu führen, daß es im Wert steigt, insbesondere wenn die Volatilität auf den Aktienmärkten weiter zunimmt.
6. Die Rolle von Spekulation und Investmentfonds
Ein weiterer Faktor, der den Goldpreis nach oben treiben könnte, ist das Verhalten von Investoren und großen Investmentfonds. Viele Hedgefonds und institutionelle Anleger setzen auf einen steigenden Goldpreis, was die Nachfrage zusätzlich erhöht. Gold-ETFs (Exchange Tra-

ded Funds) haben in den letzten Jahren einen Boom erlebt, da sie es Anlegern ermöglichen, einfach und schnell in Gold zu investieren, ohne physische Bestände zu halten.
Diese spekulativen Käufe können den Goldpreis in kurzer Zeit deutlich nach oben treiben, insbesondere wenn sich der Trend zu einer unsicheren wirtschaftlichen Lage fortsetzt.
7. Psychologische Marken und Anlegervertrauen
Die psychologische Marke von 3000 USD pro Unze könnte eine wichtige Rolle spielen, da sie als Signal für weitere Kursgewinne angesehen werden könnte. Sobald der Goldpreis in die Nähe dieser Marke kommt, könnte dies eine neue Welle von Käufern anziehen, die auf eine Fortsetzung des Trends setzen.
Es ist bekannt, daß solche runden Zahlenmarken oft als Wendepunkte oder Meilensteine im Handel betrachtet werden. Das Anlegervertrauen in die weitere Wertentwicklung des Goldes könnte dazu führen, daß der Kurs über diese Marke hinausschießt.
3.000 USD - Ein realistisches Szenario?
Die Vorhersage eines Goldpreises von 3.000 USD pro Unze ist durchaus im Bereich des Möglichen, wenn die gegenwärtigen wirtschaftlichen und geopolitischen Trends anhalten. Die Faktoren, die den Goldpreis nach oben treiben - Inflation, geopolitische Unsicherheit, eine anhaltend hohe Nachfrage und ein begrenztes Angebot - sind weiterhin präsent.
Allerdings bleibt abzuwarten, ob die Zentralbanken ihre Zinspolitik in naher Zukunft anpassen und ob es zu einer Entspannung auf den globalen Märkten kommt. Sollten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtern und die Inflation weiter anziehen, könnte der Goldpreis tatsächlich die Marke von 3.000 USD pro Unze überschreiten und Gold erneut als eine der wertvollsten Anlagen in Krisenzeiten etablieren.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30485" berichtet am 16. September 2024 (x1.400/…): >>**Mobilfunkstrahlung - was die WHO vertuscht, kostet uns die Erde!**
(Ein Film von *Olga Sheean*)
Bereits 1973 - also vor 51 Jahren - wußte die WHO darüber Bescheid, daß Mikrowellenstrahlung für Menschen, Tiere und Natur schädlich ist! Es fand damals ein Symposium mit 60 Forschern statt, die sich auf die biologische Wirkung der Mikrowellenstrahlung auf den Menschen spezialisiert hatten. Sie berichteten unter anderem über Schäden durch Mikrowellen auf das Nerven- und Gefäßsystem, sowie über Herzschäden.
Trotz dieser bekannten massiven Schäden auf den Menschen wurde der Ausbau der Mikrowellenstrahlung und -nutzung seither nicht eingeschränkt! Vielmehr wird die Mikrowellenstrahlung seit Jahrzehnten in Form von Mobilfunkstrahlung massiv ausgebaut! Denn Mikrowellenstrahlung ist ein anderer Ausdruck für elektromagnetische Wellen mit einer Frequenz von 1 bis 300 GHz (Gigahertz).
Bei der heutigen Mobilfunkstrahlung inklusive der 5G Strahlung wird hochfrequente elektromagnetische Strahlung eingesetzt. Sie strahlt im Bereich von 700 Megahertz und 2,6 GHz. 5G nutzt im Moment noch Frequenzen von 3,7 bis 3,8 GHz und für die Zukunft ist schon geplant, den Frequenzbereich von 24,25 bis 27,5 GHz freizugeben.
Obwohl somit der WHO seit Jahrzehnten die Schäden auf die Menschen durch Mobilfunkstrahlung bekannt sind, wird durch sie kein Stopp des Mobilfunkausbaus zum Schutz von Menschen, Tieren und Natur gefordert. Vielmehr muß gesagt werden, daß die WHO aktiv dazu beiträgt, die Schädlichkeit von Mobilfunkstrahlung weltweit zu vertuschen!
Darüber handelt nachfolgender Film von Olga Sheean, der bereits 2019 veröffentlicht wurde und heute aktueller denn je ist. Olga Sheean arbeitete für die UN und den WWF und warf der Weltgesundheitsorganisation vor, den wahren Schaden, der durch die allgegenwärtige Mobilfunkstrahlung verursacht wird, herunterzuspielen und zu verbergen. Dieser Film deckt dieses andauernde Massenverbrechen auf und zeigt, was man dagegen tun kann.

Unsere Welt ist dabei, sich drastisch zu verändern. Wenn Sie einmal verstanden haben, was vor sich geht und daß Sie Teil dessen sind, hoffe ich, daß Sie etwas unternehmen werden. Die Fakten über drahtlose Strahlung wurden sehr geschickt heruntergespielt und vertuscht, so daß viele Menschen glauben, daß sie kein Problem darstellt. Aber wenn wir die Wahrheit kennen, können wir bewußtere Entscheidungen treffen.
Keine Industrie kann überleben, wenn wir sie nicht unterstützen, also bestimmen unsere Entscheidungen, den Lauf der Dinge. Wenn wir keine Verantwortung für unsere Entscheidungen übernehmen und statt dessen von den Regierungen erwarten, daß sie die Dinge regeln, geben wir ihnen eine enorme Macht. Wenn wir wollen, daß unsere Regierungen uns gegenüber rechenschaftspflichtig sind, und wenn wir die Kontrolle über unser eigenes Leben zurückgewinnen wollen, müssen wir uns selbst, für die Art und Weise, wie wir leben, zur Verantwortung ziehen.
Denn wenn wir weiterhin Entscheidungen treffen, die unsere Gesundheit und unseren Planeten beeinträchtigen, wie können wir dann von den Regierungen erwarten, daß sie die Dinge in Ordnung bringen? Und wenn wir weiterhin schädliche Industrien unterstützen, warum um alles in der Welt sollten diese dann aufhören, uns die Produkte oder Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, für die wir sie bezahlen? Die Wahrheit ist, wir sind das Problem - obwohl wir auch die Lösung sind.
Nachdem wir den intelligenten Geräten aus Bequemlichkeit zugestimmt haben, dürfen wir uns nicht wundern, daß wir von der Technologie auf Kosten unserer Menschlichkeit vereinnahmt werden. Wir müssen uns ändern, wenn wir bleiben und die Dinge zum Besseren wenden wollen. Aber wir müssen auch gegen diejenigen vorgehen, die schädliche Technologien fördern, unsere Menschenrechte verletzen und bewußt die Wahrheit über die Vorgänge verbergen.
Ganz oben auf dieser Liste steht die Weltgesundheitsorganisation "WHO". Es ist die Organisation der Vereinten Nationen, welche mit dem Schutz der globalen Gesundheit betraut ist und die Regierungen in damit zusammenhängenden Fragen beraten soll. Da ich für die WHO und andere Organisationen der Vereinten Nationen gearbeitet habe, bin ich mir der politischen Verwicklungen und Korruption bewußt, die die vielen lobenswerten Ziele der UNO untergraben können.
Aber die WHO hat ihre Grenzen in Bezug auf drahtlose Strahlung ernsthaft überschritten und eine Vertuschung gefördert, die uns buchstäblich die Erde kostet. Diese Strahlung kommt durch WLAN, Handys, Schnurlostelefone, Mobilfunkmasten, intelligente Zähler und andere drahtlose Geräte, und es ist wissenschaftlich erwiesen, daß sie allen Lebensformen schadet. Die meisten Menschen spüren diese Strahlung nicht und sehen keinen Schaden in der Nutzung ihrer drahtlosen Geräte; noch sehen sie die weiterreichenden Auswirkungen des Tragens eines verfolgbaren, datenerzeugenden Senders an ihrer Person.
Drahtloser Strahlung ausgesetzt zu sein, verursachte mir einen Gehirntumor, der mein Leben völlig veränderte. Millionen weiterer Menschen leiden ebenfalls an der Funkstrahlenkrankheit oder Elektrosensibilität, und viele haben, wie ich, viele Jahre und Tausende von Dollar damit verbracht, herauszufinden, was sie krank macht. Oft wurden sie fehldiagnostiziert, von ihren Ärzten belächelt oder sogar als psychiatrische Fälle behandelt, bevor sie schließlich herausfanden, daß es die Funkstrahlung war, die sie krank machte. Viele weitere haben diesen Zusammenhang noch nicht erkannt und leiden unter den zahlreichen Erkrankungen, die durch Funkstrahlung verursacht oder verschlimmert werden. Dank der WHO müssen sie weiterhin unnötig leiden.
Wenn man den Interessenkonflikt versteht, die Korruption, die Billionen von Dollar, die von der Mobilfunk-Industrie erwirtschaftet werden, die Kampagnen der Industrie, um in der Öffentlichkeit Zweifel zu wecken, die von der Industrie finanzierten Wissenschaftler, die die wissenschaftlichen Fakten leugnen und behaupten, es gäbe keine Schadensbeweise, dann die

süchtig-machende Natur der Drahtlos-Geräte, die Marketingkampagnen, die die drahtlose Verbindung so verlockend und so wichtig für unsere Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung erscheinen läßt und die flächendeckende Überwachung, die Datenerfassung und die Abschaffung der Festnetzverbindungen, so daß es keine sicheren Alternativen zu Mobiltelefonen mehr gibt, dann wird deutlich, was für ein meisterhaftes Komplott das tatsächlich ist.
Schauen wir uns an, was bei der Weltgesundheitsorganisation vor sich geht und was das mit Ihnen zu tun hat!
Innerhalb der WHO gibt es eine Abteilung, namens 'Internationales EMF-Projekt'. Gegründet wurde diese 1996, um schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit durch das Ausgesetztsein an menschengemachte elektromagnetische Felder, einschließlich hochfrequenter Mikrowellenstrahlung durch Drahtlos-Geräte zu untersuchen. Sie soll auch die Entwicklung international akzeptabler Standards zur Begrenzung der EMF-Exposition erleichtern. Aber die EMF-Abteilung ist ein Spielball der Industrie.
Die WHO behauptet zwar, die Entwicklung vermeintlich sicherer Standards zu fördern und wissenschaftliche Daten zu bewerten, doch die Realität sieht ganz anders aus. Sie verheimlicht bewußt die Wahrheit, informiert die Öffentlichkeit falsch und entwickelt völlig bedeutungslose Sicherheitsstandards auf der Grundlage unfundierter wissenschaftlicher Erkenntnisse. Ihr EMF-Projekt erhält außerdem Gelder und wird von Mitarbeitern besetzt, die für genau die Industrie gearbeitet haben, vor der sie uns eigentlich schützen sollen.
Die WHO wendet einige sehr üble Taktiken an, um uns von der Wahrheit abzulenken. Auf ihrer Website beschuldigt sie solche, die durch drahtlose Strahlung geschädigt wurden, psychiatrische Probleme zu haben. Ich bin eine der Betroffenen, aber ich bin nicht psychisch krank. Die ehemalige Generaldirektorin der WHO, Dr. Gro Harlem Brundtland, eine hochqualifizierte Ärztin, ist ebenfalls von dieser Strahlung betroffen und hat ihr Amt bei der WHO aufgegeben, weil die Strahlung ihre Gesundheit beeinträchtigte. Sie ist ebenfalls nicht psychisch krank.
Millionen andere, Ärzte, Geschäftsführer, IT-Personal, Elektriker, Piloten, Hausfrauen, Lehrer, Wissenschaftler und unzählige weitere Menschen sind in ähnlicher Weise betroffen, und wir erleben Epidemien vieler strahlungsbedingter Krankheitsbilder. Dank der Weltgesundheitsorganisation war unsere Welt noch nie so krank wie heute. Die Bestrahlung von Mensch und Planet ist wirklich verrückt.
Die WHO macht sich zahlloser Verbrechen gegen die Menschheit schuldig, indem sie eine gewissenlose Industrie unterstützt, die keine Menschlichkeit besitzt und keine Rücksicht auf unsere Gesundheit nimmt, die die Krankheiten und Umweltzerstörung leugnet, welche sie selbst verursacht hat.
Im Januar 2017 habe ich dieses Dokument an drei der Hauptakteure in diesem tödlichen Spiel geschickt; an die damalige Generaldirektorin der WHO, Dr. Margaret Chan, der Leiterin des EMF-Projekts, Emilie van Deventer, eine Elektroingenieurin ohne medizinische Qualifikationen, und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, ebenfalls ein Elektroingenieur. Das Dokument deckte die Voreingenommenheit der WHO gegenüber der Industrie und deren Vertuschung der Wahrheit über drahtlose Strahlung auf und forderte die Adressaten auf, Rechenschaft abzulegen. Es verbreitete sich 'viral' (via Internet) und erreichte viele Tausende, doch keiner der Adressaten antwortete.
Sie hörten auch nicht auf die Hunderte von Wissenschaftlern, Forschern, Ärzten und Aktivisten, die die wissenschaftlichen Erkenntnisse dokumentiert und die WHO aufgefordert haben, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
Und nun, entgegen aller Logik, fördert die WHO die Einführung von 5G, der neuesten Generation drahtloser Telekommunikationssysteme, die auch für die weltweite Überwachung unseres Lebens genutzt werden sollen. Diese Technologie kann bis zu hundertmal schneller und

viel stärker sein als 2G, 3G oder 4G und wird nach Ansicht der Wissenschaftler unserer Gesundheit und unserem Planeten irreversible Schäden zufügen.
Über 80.000 Menschen aus 168 Ländern haben den internationalen Appell unterzeichnet, 5G auf der Erde und im Weltraum zu stoppen. Die Einführung von 5G löst einen weltweiten Aufschrei aus, da immer mehr Menschen erkennen, was uns diese Strahlung kostet. Diese hochfrequente Millimeter-Strahlung wird die elektromagnetische Verschmutzung auf ein besorgniserregendes Niveau anheben, unseren Körper und unsere Psyche tiefgreifend beeinträchtigen, unsere Schutzmechanismen und natürlichen Rhythmen zerstören und sich auf Saaten, Insekten, Pflanzen, Bäume, unsere Umwelt und unser Klima auswirken.
Wenn zahllose 5G-Mikrosender in Städten und Wohngebieten installiert werden, ist das so, als hätten Sie einen Mobilfunkmast direkt vor Ihrem Fenster, der Ihr Haus und alle darin befindlichen Personen kraftvoll bestrahlt. Einige Wissenschaftler sprechen von einer Art "Tötungsraster", einem "Fangnetz". Die Einführung von 5G ist absolut wahnsinnig, sagt der renommierte Wissenschaftler Dr. Martin Pall. Und dies zu tun, ohne daß man einen einzigen biologischen Sicherheitstest durchgeführt hat, sei so ziemlich die dümmste Idee, die es je in dieser Weltgeschichte gab.
Es wird argumentiert, daß 5 G die Weltwirtschaft ankurbeln wird wie nie zuvor. In Wirklichkeit wird es Millionen von Menschen krank und arbeitsunfähig machen und schließlich zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen. Lassen Sie sich also nicht von solchen Argumenten täuschen! 5G wird die Wirtschaft nicht ankurbeln. Es wird sie letztlich dezimieren. 5G verwendet die gleichen Frequenzen wie Tarnkappen-Waffen, die für die Kontrolle von Menschenmengen entwickelt wurden, um schnelle neurologische und physiologische Schäden zu verursachen. Sie sind die perfekte Tarnkappenwaffe - lautlos, unsichtbar und potentiell tödlich.
Trotz all dieser gleichen Eigenschaften wurden drahtlose Telekommunikationssysteme ungeprüft eingeführt. Viele Regierungen sind sich der Gefahren bewußt, zitieren jedoch die Fehlinformationen der WHO, um ihre eigenen wirtschaftlichen Ziele voranzutreiben, was zu weit verbreiteten Krankheiten, Leid, Schmerz, Isolation, Sucht, Selbstmord, Verlust und Verzweiflung führt. Außerdem dringen sie in die Privatsphäre der Menschen ein und nutzen persönliche Daten, um die Bevölkerung zu überwachen, auszubeuten und zu kontrollieren. Gleichzeitig führt die technologische Übernahme zu einer herzlosen, geldgierigen, datengesteuerten Überwachungsgesellschaft.
Der Wissenschaftler Joe Andriano spricht von einem stillen Krieg, einem Krieg, der mit unsichtbaren Emissionen geführt wird, von denen die Menschen so abhängig sind, daß sie nicht sehen, was mit ihnen geschieht. Noch nie waren wir so sehr mit der Technik verbunden und doch so weit von uns selbst, von der Natur und voneinander entfernt. Wenn wir alle unser Herz und unsere Augen dafür öffnen würden, was wir getan haben, würde die ganze Welt weinen.
Wenn im Juni 2019 5G-Satelliten in die Umlaufbahn gebracht werden und in den nächsten zwei Jahren über 20.000 davon geplant sind, ist das mehr, als unser Körper verkraften kann. Und Sie werden nicht wissen, was Sie getroffen hat, denn Sie werden es nicht kommen sehen. Sie werden nicht wissen, warum Sie sich so krank, verwirrt, lethargisch und vieles mehr fühlen. Denn diese Strahlung bringt das Gehirn durcheinander und stumpft die Sinne ab, wie ich und viele andere das erlebt haben, wenn man ihr ausgesetzt ist.
Drahtlose Strahlung trifft uns aus unzähligen, sich überschneidenden Quellen, ohne daß sie überwacht oder eingedämmt werden kann. Die Strahlung ist inzwischen völlig außer Kontrolle geraten und kann von niemandem mehr kontrolliert werden. Man könnte genauso gut versuchen zu definieren, wie viel Luft man in den Händen halten kann. Die Sicherheitsstandards der WHO schützen niemanden und gefährden jeden, indem sie eine Illusion von Sicherheit

vermitteln. Für jeden intelligenten Menschen ergibt nichts davon einen Sinn.
Die Mobilfunkindustrie selbst bekommt man nicht dazu, die Gefahren der drahtlosen Strahlung zu dokumentieren und auf DNA-Schäden und Krebs zu verweisen, wie es die Swisscom 2003 in ihrer internationalen Patent-Anmeldung getan hat, wo es um die Frage ging, ob diese Strahlung harmlos sei. Es gäbe nicht Hunderte von unabhängigen Wissenschaftlern, Forschern und Ärzten, die bei der WHO eine Petition zum Schutz vor etwas Schädlichem einreichen, wenn dieses Etwas harmlos wäre.
Es gäbe keine Krebsherde in der Nähe von Mobilfunkmasten, oder Millionen Menschen auf der ganzen Welt, die an ähnlichen Symptomen leiden oder Teenager, die durch WLAN in der Schule krank werden und teilweise sogar Selbstmord begehen, wenn die Strahlung nicht schädlich wäre. Es kann nicht sein, daß einige Kinder die Symptome von Autismus und ADS entwickeln, wenn sie Mikrowellenstrahlung ausgesetzt sind, und sich dann wieder erholen, wenn sie der Strahlung nicht mehr ausgesetzt sind, wenn die Strahlung sie nicht mehr beeinträchtigt.
Wir müssen uns einige entscheidende Fragen stellen. Was nützt uns eine drahtlose Hochgeschwindigkeitsverbindung, wenn sie uns so krank macht, daß wir kaum noch funktionieren können? Wenn Sie an Krebs erkrankt sind, nicht schlafen oder klar denken können, nicht arbeiten können, keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben und nicht einmal Lebensmittel einkaufen können, glauben Sie, daß es dann eine Priorität sein wird, auf Ihrem Smartphone nach "Likes" zu suchen?
Warum fragen wir nicht nach dem 'Warum'? Warum gibt es so viel Krankheit in unserer Welt? Warum sehen wir nicht das Gesamtbild? Warum ergreifen wir keine Maßnahmen zum Schutz unserer Gesundheit, Sicherheit, Privatsphäre und natürlichen Umwelt? Wenn die Technologie unser Leben bestimmt, sind nicht mehr wir es, die das tun, und wenn die Entwicklung der Technologie die Entwicklung der Menschheit übertrifft, haben wir uns selbst aus der Gleichung ausgeschlossen. Diese Vertuschung kostet uns die Erde. Sind Sie bereit, sich zu verabschieden?
Wir brauchen nicht noch mehr Schadensbeweise. Sie könnten die Welt mit den Studien tapezieren, die die Schäden durch drahtlose Strahlung bestätigen. Auch wenn es harmlos erscheint, wenn jetzt auch noch 5G dem Mix hinzugefügt wird. Doch hierbei geht es nicht um Wissenschaft. Wie die WHO nur zu gut weiß, geht es um Kontrolle und um riesige Geldsummen.
Die Einführung von 5G wird zu einem Wettlauf zwischen Supermächten führen, die um die Weltherrschaft wetteifern, die bald auch den Weltraum umfassen könnte. Wenn wir uns weiterhin für SMS statt Gespräche, für den Kopf statt für das Herz, für den Handel statt für das Gewissen, für die Sucht statt für die persönliche Autonomie, für die Industrie statt für die Menschlichkeit und für die Technologie statt für die Natur entscheiden, dann können Sie wahrscheinlich sehen, wohin uns diese Entscheidungen führen, es sei denn, Sie haben schon unterwegs Ihren Verstand eingebüßt.
Mit unserem Planeten ist nicht zu verhandeln. Drahtlose Strahlung untergräbt ganz einfach unsere Lebensfähigkeit als Spezies und zerstört das Leben auf der Erde. Wir müssen Verantwortung übernehmen! Wir müssen uns selbst für das, was geschieht, verantwortlich machen. Wir müssen uns selbst für unsere Entscheidungen zur Rechenschaft ziehen. Und wir müssen die Entscheidungsträger für ihre Vertuschung der Wahrheit verantwortlich machen.
Ihr, die WHO, müßt dringend Folgendes tun: Fordert einen sofortigen Stopp der Einführung von 5G! Fordert einen Rückbau der bestehenden Drahtlossysteme und die Entwicklung gesunder Alternativen! Fordert, daß drahtlose Telekommunikationsgeräte an öffentlichen Orten und auf kommerziellen Flügen durch kabelgebundene Geräte ersetzt werden! Startet eine weltweite Aufklärungskampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die klar und deutlich

auf die erwiesenen Gefahren, die krebserregende Natur dieser Strahlung, die Symptome, die vielfältigen Auswirkungen und die vielen psychischen, Verhaltens- und Entwicklungsstörungen sowie Abhängigkeiten hinweist, die durch übermäßige Bildschirmarbeit und die ununterbrochene drahtlose Strahlung verursacht werden!
Initiiert Gesundheitsprogramme für die Geschädigten und Rehabilitationsprogramme für solche, die ernsthaft abhängig sind von Drahtlosgeräten! Und hierbei geht es nicht darum, Euch freundlich zu bitten, Eurem Job nachzukommen. Es geht um die Vertuschung, die Ihr absichtlich gefördert habt, indem Ihr die öffentliche Meinung und die wissenschaftlichen Erkenntnisse manipuliert habt, so daß die Mobilfunkindustrie ungehindert fortfahren konnte. Ihr habt Euch eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht und gegen fast jedes Menschenrecht sowie gegen die UN-Konventionen verstoßen, die zu unserem Schutz geschaffen wurden.
Jede Minute, die Ihr wartet, jede Ausrede, die Ihr erfindet, jede Verzögerungstaktik, die Ihr anwendet, erhöht nur die Kosten für Menschenleben, für unsere kostbare Umwelt und für die Regierungen, die die entsprechenden Maßnahmen ergreifen müssen. Jede weitere Verzögerung wird auch die Chancen auf eine Wiederherstellung erheblich verringern und die damit verbundenen Herausforderungen exponentiell erhöhen. Ihr müßt klar und deutlich sagen, was geschehen muss, wie es getan werden kann und was erforderlich ist, um die Dinge zu ändern. Ihr müßt die Wahrheit über diese Strahlung sagen, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit, und Ihr müßt das jetzt tun!<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. September 2024 (x1.402/…): >>**Schüsse aus Kalaschnikow: Attentat auf Donald Trump beim Golfen!**
Den Umständen nach zu schließen hat es sehr wahrscheinlich einen erneuten Attentatsversuch auf Donald Trump gegeben. Der Präsidentschaftskandidat der US-Republikaner blieb unverletzt. Ein Verdächtiger wurde festgenommen.
Die Bundespolizei FBI geht nach Schüssen, die auf Trumps Golfplatz in Palm Beach (Florida) gefallen waren, von einem mutmaßlichen Attentatsversuch auf den Ex-Präsidenten aus. Das teilte das FBI nach dem Vorfall im US-Bundesstaat Florida mit. Der Ex-Präsident war beim Golfen, als die Schüsse fielen.
Die Polizei nahm einen Verdächtigen fest. Auf einer Autobahn in der Nähe des Tatorts sei ein Auto gestoppt und der Fahrer in Gewahrsam genommen worden, bestätigte ein Polizei-Sprecher. In einem Gebüsch des Golfplatzes wurden den Angaben zufolge unter anderem ein Sturmgewehr des Typs AK-47 (Kalaschnikow) mit Zielfernrohr sowie eine Kamera gefunden. Das FBI wertet den Vorfall als versuchten Anschlag auf den republikanischen Präsidentschaftskandidaten.
US-Medien berichten übereinstimmend, daß die Polizei den 58 Jahre alten, polizeibekannten Ryan Wesley Routh verhaftet hat. Er soll Donald Trump beim Golfen in West Palm Beach mit dem Sturmgewehr aus einem Gebüsch aufgelauert haben.
Laut CNN deuten Rouths Internet-Aktivitäten auf einen möglichen Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg als Tatmotiv hin. Trump hat mehrfach angekündigt, er werde den Krieg im Falle seiner erneuten Wahl sehr schnell beenden.
Es ist innerhalb von zwei Monaten das zweite Attentat auf Trump. Am 13. Juli war auf einer Wahlkampfveranstaltung im US-Bundesstaat Pennsylvania ein Gewehr-Anschlag auf den republikanischen Präsidentschaftskandidaten verübt worden. Donald Trump überlebte das Attentat mit einer leichten Verletzung an seinem rechten Ohr. Ein Zuschauer wurde getötet und zwei weitere Personen wurden schwer verletzt. Der Täter, ein 20-Jähriger, wurde am Tatort vom Secret Service erschossen.<<

17.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. September 2024

(x1.402/…): >>**"Bürgerkriegsgebiet": Bahn stellt Zugbegleitern in Thüringen Ticketkontrolle bei Ausländern frei!**
Irrenhaus Deutschland: Zwecks "Deeskalation" ist es Zugbegleitern der Süd-Thüringen-Bahn künftig freigestellt, die Tickets von Ausländern zu kontrollieren. Die Strecke gilt unter Bahn-Mitarbeitern intern als "Bürgerkriegsgebiet".
"In schwierigen Situationen können unsere Mitarbeiter zur Deeskalation selbst entscheiden, wie sie vorgehen", sagte eine Bahnsprecherin der "Thüringer Allgemeinen". Hintergrund ist ein Leserbrief eines Ehepaares an das Blatt, demzufolge eine Zugbegleiterin nur die Fahrkarten deutscher Reisender kontrolliert habe.
Erst kürzlich hatte die Süd-Thüringen-Bahn mit einem Brandbrief des Betriebsrats an Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) für Schlagzeilen gesorgt. Darin wurde eine extreme Gewalttätigkeit von Fahrgästen "mit Migrationshintergrund" beklagt. Die Mitarbeiter fühlten sich von der Politik im Stich gelassen.
So weit ist es gekommen: Der Betriebsrat bittet in dem Brief um Entschuldigung dafür, daß er sich nicht der "modernen 'politischen Korrektheit' entsprechend" ausdrücke. Obwohl man wisse, daß es "allzu oft und vor allem schon reflexartig passieren kann, in eine bestimmte politische Ecke gedrängt und als 'ausländerfeindlich' oder gar rechtsextrem abgestempelt zu werden", müsse man "Klartext" reden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. September 2024 (x1.402/…): >>**Friedrich Merz, der "schwarz-grüne" Kanzlerkandidat**
Jetzt darf er also doch noch ran. Scheinoppositionsführer Friedrich Merz, CDU-Parteivorsitzender und Unions-Fraktionschef im Bundestag, wird bei den nächsten Bundestagswahlen als Kanzlerkandidat von CDU und CSU antreten. Ein neues altes Gesicht schickt sich an, die Chaos-Ampel abzulösen. Aussicht auf eine andere Politik bedeutet das noch lange nicht.
Denn Friedrich Merz ist, taktische Abstandsübungen hin oder her, ein Kanzlerkandidat für "Schwarz-Grün". Die Begleitmusik zu seiner Proklamierung hat das nur wieder noch einmal bekräftigt. Kein anderer als der Ober-Merkelianer und Anführer der "Grünen-Paktierer" in der Union Hendrik Wüst hatte ihn zuerst zum Kanzlerkandidaten ausgerufen.
Damit hatte der NRW-Ministerpräsident nicht nur seinem bayerischen Amtskollegen, dem CSU-Vorsitzenden Markus Söder, die Schau gestohlen - de wollte nach der ursprünglichen Inszenierung eigentlich heute auf Augenhöhe, von Parteichef zu Parteichef, Friedrich Merz den Vortritt lassen. Wüst hat damit auch angemeldet, wem der konfliktscheue Kanzlerkandidat seine Position verdankt und auf wen er am meisten Rücksicht zu nehmen hat.
Nämlich nicht auf den Opportunisten Söder, dem seine eingebaute Wetterfahne gerade eingibt, rhetorisch mal wieder ein bißchen auf die "Grünen" einzuschlagen. Sondern auf Hendrik Wüst und die Merkelianer, die in ihren Bundesländern zwar CDU-Ministerpräsidenten stellen, aber die "Grünen" nach Belieben schalten und walten lassen und lupenrein "grüne" Regierungsprogramme umsetzen.
Nicht daß man das einem Friedrich Merz noch groß erklären müßte. Mit den "Grünen" versteht sich der frühere Blackrock-Aufsichtsratsvorsitzende hinter den Kulissen ganz prächtig. Vor allem mit Robert Habeck, dem Deindustrialisierungsminister, der - Zufälle gibt es - die Grundsatzabteilung in seinem Ministerium mit einer Blackrock-Ökonomin besetzt hat. Dem Vernehmen nach haben die beiden sich bereits darauf geeinigt, in einer künftigen Regierung die Schuldenbremse für noch mehr "Klimaschutz-Wahn" auszuhebeln.
Von SPD und Ampel trennt den Möchtegern-Kanzler freilich auch nicht allzu viel. Die Union habe mehr als die Hälfte aller Gesetzesvorhaben der Koalition unterstützt, fast sechzig Prozent, hatte Merz sich noch vor gut einem Jahr öffentlich gebrüstet. Richtige Opposition geht anders.
Man wolle gemeinsam die Ampel ablösen, haben die beiden Unions-Parteichefs in demonstra-

tiver Einigkeit vor der Presse bekundet. Fragt sich nur, was danach kommen soll. Im Grunde ist es Friedrich Merz egal, wer ihn zum Kanzler macht, die Sozis, die "Grünen", die Kommunisten oder alle zusammen. Mit den Kommunisten veranstaltet die Union gerade in Thüringen Bündnis-Lockerungsübungen.
Praktischerweise ist genau zur rechten Zeit - noch so ein Zufall - das "Bündnis Sahra Wagenknecht" als Trojanisches Pferd auf die Bühne gerollt, um in dieser abermals umbenannten Form der Union endlich den Bruch des Versprechens zu ermöglichen, nicht mit einer SED-Fortsetzungspartei zu koalieren.
Nur mit der echten Opposition will Scheinoppositionsführer Friedrich Merz nicht koalieren - mit der Alternative für Deutschland. Da können die Bürger noch so oft in Umfragen und Wahlen laut und deutlich sagen, daß sie genau diese Partei an der Regierung sehen wollen: Friedrich Merz klammert sich gehorsam an die von "Links-Grün" verordnete "Brandmauer".
Kanzlermacher Wüst krallt sich genauso verbissen am "Brandmauer-Dogma" fest. Schließlich sichert der antidemokratische Ausgrenzungsmechanismus nicht nur den "Links-Grünen" sondern auch seinen Merkelianern Macht und Einfluß weit über ihre tatsächliche Zustimmung bei den Wählern hinaus.
Wer also nicht nur ein anderes Kanzlergesicht an der Spitze einer irgendwie "grünen" Regierung sehen will, die in diversen Nuancen vom immergleichen Altparteienkartell gebildet wird, sondern tatsächlich eine andere, neue Politik, dem bleibt nur ein Ausweg: Bei den nächsten Wahlen die Alternative für Deutschland so stark machen, daß keine Regierungsbildung an der AfD vorbei mehr möglich ist.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. September 2024 (x1.402/…):
>>**Geht's noch: In Deutschland stürzen Brücken ein - aber Ampel finanziert neue U-Bahnlinie in Indien!**
Das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) hat, wie jetzt bekannt wird, kürzlich einen 100 Millionen Euro schweren Kredit für den Bau einer neuen U-Bahnlinie in Indien bewilligt, während in Deutschland die Infrastruktur verrottet, der öffentliche Nahverkehr vielerorts auf dem letzten Loch pfeift und in Dresden die erste Elbbrücke eingestürzt ist!
Die neue Verbindung auf dem Subkontinent soll die Städte Ahmedabad (5,6 Millionen Einwohner) und Gandhinagar (208.000 Einwohner)miteinander verknüpfen. Laut Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) soll die neue Bahnlinie mit einer anfänglichen Auslastung von 120.000 Passagieren pro Tag starten und zu einer erheblichen Senkung der CO2-Emissionen führen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. September 2024 (x1.403/…):
>>**"Die 100"**
Verstörende Spielshow: ARD drängt 100 Teilnehmer zur Positionierung gegen die AfD
"Ist die AfD eigentlich ein Problem?", fragte die ARD in der Sendung "Die 100". Die genutzten Argumente bestehen dann aus kontextlosen Aussagen von AfD-Politikern und auch die Deportationslüge wird geäußert, um Stimmung gegen die AfD zu machen.
Von *Redaktion*
"Ist die AfD eigentlich ein Problem?" So lautete der Titel der ARD-Show "Die 100" am Montagabend, bei der 100 Bürger ihre Standpunkte zu verschiedenen Themen offenbaren sollten. Das Konzept stellt ein Novum bei den Rundfunkformaten dar: Durch spielerische Einbindung in eine Debatte werden die Teilnehmer indirekt gezwungen, sich zu positionieren - vor allem gegen die AfD. Nachdem im Intro der Sendung noch einigermaßen ausgeglichene Stimmen zur AfD zu hören waren, überraschte die ARD dann mit tendenziösen Fragestellungen. Auch die Behauptung, rechte Kräfte würden die Abschiebung von deutschen Staatsbürgern planen, wird wieder bedient.
Das Konzept der Sendung besteht aus zwei Gegenpolen. Präsentiert werden diese von den

Moderatoren Anna Planken, die dafür einstehen soll, daß die AfD kein Problem darstellt, und Tobias Krell, der die gegenteilige Position einnimmt. Im Verlauf der Sendung werden verschiedene Themen angerissen und debattenähnlich aufgerollt, Experimente durchgeführt und Meinungsbilder der Teilnehmer eingefangen.
Während Planken relativ seriös durch die Sendung führt, gesellschaftlich zurzeit relevante Punkte wie Migration entschieden anspricht und nachvollziehbar präsentiert, fällt Krell mit seinen Standpunkten immer wieder auf. So zum Beispiel während der Abhandlung über die These "Die AfD ist rassistisch und ausgrenzend".
Es werden mehrere kurze Ausschnitte aus Reden von AfD-Politikern eingespielt, die allesamt migrationskritisch und rhetorisch durchaus heftig sind. "Ich glaube, es ist schwer dagegen zu argumentieren, daß in diesen paar Sätzen schon eine ganze Menge Abwertung, Ablehnung, auch Haß drinsteckt", meint der Moderator. So würden etwa Muslime infolge eines Terrorangriffs unter Generalverdacht gestellt werden. Und diese "Verallgemeinerungen" seien eine Gefahr für die Gesellschaft, behauptet Krell.
Als Argument nutzt der Moderator dann auch ein von der Jungen Alternative Brandenburg entwickeltes Online-Spiel, bei dem es darum geht, je drei gleiche Symbole - Regenbogenflaggen, Lastenfahrräder, Messer, aber auch schwarze Personen und andere Menschen - in eine Reihe zu bringen. Belohnt wird das mit einem steigenden Punktestand und ausgewählten Audioeinspielern: Werden drei schwarze Personen in eine Reihe gebracht, ertönt beispielsweise der Satz "Abschieben".
AfD-Mitglieder und -Politiker "scheinen das ja tatsächlich ernst zu meinen und wollen wirklich hunderttausende, vielleicht Millionen Menschen aus unserem Land entfernen", behauptet Krell daraufhin. Er bezieht sich damit nach eigenen Aussagen auf das "Geheimtreffen" von Potsdam, aus dem durch den Correctiv-Bericht "Geheimplan gegen Deutschland" der Mythos hervorging, rechte Kräfte planten die Abschiebung von Millionen deutscher Staatsbürger.
Als Beweis führt Krell einen Beitrag von René Springer, dem Vorsitzenden des AfD-Landesverbandes in Brandenburg, an. "Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein Geheimplan. Das ist ein Versprechen", heißt es da. Springer hatte den Beitrag an dem Tag veröffentlicht, als die Correctiv-Recherche für massive Empörung sorgte.
"Aber die AfD geht noch weiter", meint Krell dann. Die Partei würde auch "Deutsche in verschiedene Klassen" unterteilen - als Beweis wird eine Rede von Björn Höcke aus November letzten Jahres während einer Pegida-Veranstaltung in Dresden gezeigt. In dieser sprach Höcke auch über die Identität der Deutschen.
Dazu sagte der AfD-Politiker: "Schaut euch ins Gesicht. Sprecht miteinander. Hört euch zu. Nehmt euch wahr. Begegnet euch und glaubt mir, wenn es hart auf hart kommt, dann werden wir uns erkennen. Dann werden wir uns finden. Dann sind wir das, was wir immer waren: treu und deutsch und eine Gemeinschaft, die die Zukunft erkämpfen wird."
Daß Höcke die hier lebende Bevölkerung in verschiedene "Klassen" unterteilt, ist anhand dieser Worte nicht eindeutig erkennbar. Krell läßt die Teilnehmer dennoch einen Versuch durchführen: "Die 100" sollen sich "ins Gesicht" schauen - wie Höcke es sagte - und versuchen, ob es dadurch möglich ist, zu erkennen, "wer treu und deutsch ist und wer nicht", erklärt der Moderator.
Krell nimmt Höcke beim Wort, geht offensichtlich davon aus, daß sich der Satz "Schaut euch ins Gesicht" auf das Erkennen von Herkunftsmerkmalen bezieht. "Das ist Rassismus, das ist Ausgrenzung, und das ist keine Frage: Natürlich ist das ein Problem für die Demokratie", stellt Krell fest. Von den Teilnehmern erhält er dafür Applaus.
Ähnlich insinuierend geht Krell auch während seines Vortrags zur These "Die AfD beschädigt den gesellschaftlichen Diskurs" vor. Weil es in diesem Themenbereich "auch um Fakten"

geht, leitet Krell ein Quiz ein. Die erste Frage lautet: "Wer ist schuld am Klimawandel?" Die Antwortmöglichkeiten sind einfach, fast schon infantil gehalten: "Die 100" müssen sich zwischen dem Menschen, der Sonne und dem Mond entscheiden. Fast alle Teilnehmer entscheiden sich für die erste Variante. Aufgrund der simplen Antwortmöglichkeiten ist es fast unmöglich, eine andere Position einzunehmen, ohne einem sozialen Druck ausgesetzt zu sein. Das zeigt sich auch in Krells weiteren Ausführungen.
Seinen Punkt untermauert der Moderator mit einer Einblendung eines Interviews von Thilo Jung mit Beatrix von Storch. In diesem kurzen Ausschnitt meint die AfD-Politikerin, die Sonne habe den Einfluß auf die Ozeane. Diese Darstellung ist vermutlich absichtlich überspitzt, um die Position der AfD zu bestärken: In weiten Teilen der Partei wird der Klimawandel nicht ausschließlich, wenn überhaupt, auf den Menschen zurückgeführt. Neben dem anthropogenen Klimawandel gehen zahlreiche Politiker der Partei von einem größeren Effekt des natürlichen Klimawandels aus.
Zahlreiche klimapolitische Standpunkte der AfD werden deshalb immer wieder kritisiert. Auch von Krell. Der Moderator geht aber sogar so weit, zu erklären, die AfD "greift mit so was halt unser Verständnis von Wahrheit und Wissenschaft an". Und wenn daraus resultierend irgendwann nur noch Meinungen statt Fakten existieren würden, dann könne man künftig nicht mehr "vernünftig miteinander sprechen und diskutieren", schlußfolgert Krell.
Es folgt eine zweite Frage zu einem anderen Thema: "Wie schützt man seine Kinder?". Die Antwortmöglichkeiten: Mit Fahrradhelmen, gutem Kinderfernsehen oder dem Hitlergruß. Letzteres leitete Krell aus einem AfD-Wahlplakat des Brandenburger Politikers Wilko Möller ab, bei dem Eltern mittels ihrer Arme ein Dach über den Köpfen ihrer Kinder bilden - der Mann streckt dazu die rechte Hand aus. Das Plakat war in der Vergangenheit bereits kritisiert worden, die AfD widersprach dem Vorwurf.
Für Krell ist das Plakat trotzdem ein Problem, weil die Partei dadurch die Diskursgrenzen ausweiten würde. Und wenn dadurch wiederum Fakten ihren Stellenwert verlieren, "dann funktioniert unsere Gesellschaft nicht mehr so, dann ist das gefährlich für die Demokratie." In seinem Schlußplädoyer erklärt der Moderator dann, genau diese Demokratie würde langsam zusammenfallen, "wenn die AfD an Einfluß gewinnt".
Letztlich sehen nur 28 Prozent der Teilnehmer die AfD nicht als "ein Problem für die Demokratie" (Quelle: ARD).
"Und deshalb ist die AfD schon jetzt ein Problem für die Demokratie - und zwar ganz ohne zu regieren", schließt Krell. Obwohl Planken dagegenhält, haben seine Worte offenbar Wirkung gezeigt: Anschließend werden alle Teilnehmer zu einer letzten Positionierung aufgefordert. Zu Beginn der Sendung hielten 37 Prozent die AfD nicht für problematisch, 63 Prozent sahen eine Problematik in der Partei. Innerhalb der 60-minütigen Sendung veränderten sich diese Verhältnisse leicht: am Ende hielten nur noch 28 Prozent an der Einbindung der AfD fest. Vier Prozent zeigten sich neutral, 68 Prozent wählten Krells Standpunkte.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. September 2024 (x1.404/…): >>**Zahl der Alzheimer-Todesfälle binnen 20 Jahren fast verdoppelt**
Im Jahr 2023 sind rund 10.100 Menschen in Deutschland an einer Alzheimer-Erkrankung gestorben. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Dienstag mitteilte, hat sich die Zahl der Todesfälle binnen 20 Jahren infolge der unheilbaren Demenzerkrankung fast verdoppelt (+96 Prozent) - auch demografisch bedingt.
Im Jahr 2003 starben rund 5.100 Menschen an Alzheimer. Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko, an Alzheimer zu erkranken: Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der im Jahr 2023 an Alzheimer Verstorbenen war 85 Jahre und älter.
Dagegen waren lediglich rund zwei Prozent der Verstorbenen jünger als 65 Jahre. Rund 19.000 Patienten wurden im Jahr 2022 wegen Alzheimer in Kliniken hierzulande stationär

behandelt. Das waren 61 Prozent mehr Alzheimer-Behandlungen als 20 Jahre zuvor mit 11.800 Fällen. 2022 war knapp die Hälfte der Patienten (49 Prozent) 75 bis unter 85 Jahre alt, gut ein Viertel (28 Prozent) der Behandelten war 85 und älter. Lediglich rund sechs Prozent der wegen Alzheimer im Krankenhaus Behandelten waren jünger als 65 Jahre. 58 Prozent der Alzheimer-Patienten waren Frauen, 42 Prozent Männer.
Ein stationärer Krankenhausaufenthalt wegen einer Alzheimer-Behandlung dauerte im Schnitt 20,2 Tage - und damit vergleichsweise lang. Über alle Diagnosen hinweg lag die durchschnittliche Verweildauer bei 7,2 Tagen.
Der langfristig deutliche Anstieg sowohl bei den Behandlungs- als auch bei den Todesfällen ist auch auf den demografischen Wandel, also die Alterung der Bevölkerung in Deutschland zurückzuführen, wie die Statistiker weiter mitteilte. So hat etwa die Zahl der Menschen ab 65 Jahren gegenüber 2003 um 27 Prozent auf 18,9 Millionen im Jahr 2023 zugenommen. Die Altersgruppe ab 85 Jahren ist im selben Zeitraum sogar um 110 Prozent von 1,4 auf 2,9 Millionen gewachsen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. September 2024 (x1.404/…): >>**Die Revolution des Silbers**
Alles spitzt sich auf einen Aspekt zu: die deutliche Verknappungstendenz bei Silber. - Der Silber-Kurs ist ein Spätzünder, kommt aber dafür umso gewaltiger in die Gänge. Zurückliegende Haussen zeigen das deutlich.
Von *Hans-Jörg Müllenmeister*
Im Jahr 2045, eine Generation weiter, blickt die Menschheit auf bedeutende Errungenschaften zurück. Mit unermüdlichem Einsatz wurde der Krebs besiegt und das globale Energieproblem durch bahnbrechende Kernfusionstechnologie gelöst. Milliarden von Solar-Panels und Windrädern wurden überflüssig, während auf grünen Irrwegen wertvolle Ressourcen verschwendet oder erschöpft wurden. Der größte Traum der Menschheit, den Mars zu besuchen, scheiterte tragisch Anfang der 2040er Jahre an einer mißglückten Mission.
Die Weltbevölkerung ist im Jahre 2045 auf 9,2 Milliarden Menschen angewachsen, und wieder stehen ihr neue, scheinbar unlösbare Herausforderungen bevor. Das einst in LCD-Bildschirmen und Touchscreens weit verbreitete Indium ist aufgebraucht. Silber, das technische Multitalent, ist zwar nicht vollständig verschwunden, aber größtenteils in den wachsenden Müllbergen der Menschheit weltweit fein verteilt; seine ursprünglichen irdischen Vorkommen sind 2045 bereits erschöpft.
Zuvor durchforstete man fieberhaft die "Schuttminen" der Zivilgesellschaft nach technischen Relikten vergangener Zeiten, um Spuren des Silbers zu finden und für die Industrie wieder nutzbar zu machen.
Futuristisch, aber denkbar: Silbergewinnung aus den Ozeanen
War es das Jahr 2044? Wir wissen es "noch" nicht. Was wir jedoch sicher wissen: In den Ozeanen schlummern tatsächlich Silberpartikel - etwa zwei bis drei Gramm Silber in einem imaginären 10-Meter-Wasserwürfel (etwa 1.000 Tonnen). Hochgerechnet auf alle Meere der Welt ergibt das beeindruckende 1,332 Milliarden Kubikmeter und somit rund 2 Millionen Tonnen gelöstes Silber.
Zum Vergleich: Etwa 20 Millionen Tonnen Gold treiben fein verteilt in den Weltmeeren - ein ungehobener Schatz im Wert von über 700 Billionen Euro. Silber ist in unseren Ozeanen somit etwa zehnmal seltener gelöst als Gold. Unterseeische Hydrothermalquellen reichern das Meerwasser kontinuierlich mit Silber an. Dazu unser verursachtes Kontrastprogramm: Im Jahr 2024 treiben geschätzt 155 Millionen Tonnen Plastikmüll durch die Weltmeere!
Übrigens, auf dem Meeresgrund dürften fünf bis elf Millionen Tonnen Abfall lagern.
Wie die Menschen im Jahr 2044 das Silber aus den Ozeanen extrahieren werden, bleibt vorerst ein Rätsel. Vielleicht durch Ionenaustauscher oder Biominig - die Zukunft wird es zeigen.

Eines steht jedoch fest: In diesen fernen Jahren sind die Energieprobleme des Jahr 2024 längst Geschichte. Wirtschaftliche Extraktionsverfahren sind Realität geworden.

Rückblick in die 2030er Jahre: Die Revolution des Silbers

Während wir uns im Jahr 2024 noch zurückhalten, über unausgebrütete "Silber-Eier" zu sprechen, ist es faszinierend zu sehen, wie sich die Anwendungen für Silber im Bereich der Hochtemperatur-Supraleiter entwickeln. Silber, bekannt als der beste metallische Leiter, hat zwar keinen Null-Leitungswiderstand wie Supraleiter, indes könnte seine Bedeutung in diesem Zusammenhang in den kommenden Jahren enorm steigen.

Besonders spannend wird es, wenn die Industrie plötzlich hunderte oder gar tausende Tonnen Silber zusätzlich benötigt. In diesem Szenario könnte Silber, bisher als "Kleingeldspeicher" bekannt, seinem großen Edelbruder Gold den Rang ablaufen und zur "korpulenten Großbank" aufsteigen.

Ein Blick in die Zukunft verrät uns, welche entscheidende technologische Rolle Silber spielen könnte: Um das Jahr 2030 herum bilden sich in Amerika zwei mächtige Allianzen entlang der West- und Ostküste. Die bevölkerungsreichsten und energiehungrigsten Staaten wie Texas, Kalifornien, Florida und New York sanieren ihre maroden Überlandnetze grundlegend. Alte Hochspannungsleitungen werden durch widerstandsfähige Erdkabel ersetzt, die gegen Naturgewalten wie Hurrikans und Sabotageangriffe geschützt sind. Diese Modernisierung wäre ohne die einzigartigen Eigenschaften von Silber nicht möglich.

Rückblende ins Jahr 202 plus x: Wieviel Silber ist bereits abgebaut?

Bis heute wurden weltweit schätzungsweise rund 1,74 Millionen Tonnen Silber gefördert. Das entspricht einem Würfel von 55 m Kantenlänge.

2024 schätzt man die weltweiten Silberreserven auf 720.000 Tonnen. Rund 60% des jemals geförderten Silbers, also etwa eine Million Tonnen ist bereits verloren, weil es als Klein-Bestandteil von Elektrogeräten in Massen entsorgt wurde. Diese Tatsache ist vor allem auf den geringen Preis von Silber und die jeweils geringe Menge je Stückgut zurückzuführen: ein Silber-Recycling ist aktuell noch unrentabel.

Im Jahr 2020 betrug die weltweite Silberförderung 23.500 Tonnen. Der aktuelle Marktwert des Silbers liegt bei über einer Billion Euro. Die Reichweite der Ag-Reserven liegt bei knapp 23 Jahren. Allein im Jahr 2020 produzierte Peru 2.770 Tonnen Silber und verfügt noch über etwa 57.000 Tonnen im Boden, was 10,8 % der weltweiten Reserven ausmacht. Selbst in Deutschland wurde bis in die 1980er Jahre hinein noch Silber abgebaut, mit einer jährlichen Fördermenge von etwa 131 Tonnen.

Riesige Silber-Glücksfunde: Im 15. Jahrhundert entdeckte man im Erzgebirge einen außergewöhnlich großen und reinen Silberknubbel, der aufgrund seiner flachen, tischartigen Form "Silbertisch" genannt wurde. Dieser Fundort lag in der Nähe von Freiberg. Aber das größte jemals gefundene Silberstück ist der Kongsberg-Silberklumpen aus Norwegen, der 1968 in der Kongsberg Silbermine entdeckt wurde und beeindruckende 563 kg auf die Waage brachte.

Bedeutung des Silbers: Von der Frühgeschichte bis zum Mittelalter

Silber hat in der Geschichte der Menschheit eine tiefgreifende Bedeutung. Bereits vor über 5.000 Jahren kannten und nutzten die Menschen dieses edle Metall. Die frühesten bekannten Silberfunde stammen aus dem Reich der Hethiter im heutigen Anatolien. Von dort aus wurde ein Großteil des Silberbedarfs der damaligen Hochkulturen in Ägypten, Griechenland und dem Nahen Osten gedeckt. Silber wurde vorwiegend für die Herstellung von Schmuck und Gefäßen verwendet. Der legendäre Schatz des Priamos, den Heinrich Schliemann bei seinen Ausgrabungen in Troja entdeckte, enthielt Vasen und Messerscheiden aus Silber.

Es gab tatsächlich Zeiten in der Geschichte, in denen Silber teurer war als Gold. Im alten Ägypten um 1500 v.u.Z. hatte Silber wegen seiner Seltenheit und der Schwierigkeiten bei der Gewinnung einen höheren Wert als Gold. Im Grab des Pharao Tutanchamun fand sich eine

Trompete aus Silber. Auch der älteste bekannte Friedensschluß der Geschichte, etwa 1259 v.u.Z. zwischen Pharao Ramses II. und König Ḫattusili III., ist auf einer Silberplatte festgehalten.
Silber, das Symbol der Macht, verkörperte nicht nur kulturelle Bedeutung, sondern auch Beständigkeit, Reinheit und Wohlstand. Bereits in der Antike wurden Münzen aus Silber geprägt und Schmuck sowie dekorative Gegenstände geschaffen. Im Mittelalter spielte Silber eine wichtige Rolle als Währung und Handelsmedium.

Statt Ag - Al: Die Aluminium-Mär am Hofe des Alten Fritz (1712-1786)

Eine weitverbreitete Anekdote besagt, daß Friedrich der Große Aluminiumbesteck verwendete, da es damals teurer und wertvoller als Silber war. Doch diese Geschichte ist eher ein historisches Märchen. Tatsächlich wurde das erste Aluminiumbesteck erst im 19. Jahrhundert genutzt, nachdem im Jahre 1827 erstmals der Chemiker Friedrich Wöhler mit der Schmelzfluß-Elektrolyse reines metallisches Aluminium herstellte.

Siegeszug des Silbers: unentbehrlich im Zeitalter der Industrialisierung

Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert erlebte Silber einen wahren Boom. Dank seiner herausragenden Eigenschaften avancierte es zum Alleskönner unter allen Industriemetallen. Hier nur einige der über tausend Anwendungen in Industrie und Medizin:
Elektrische Leitfähigkeit: Als bester elektrischer Leiter wird Silber in vielen elektronischen Geräten, Leiterplatten und Kontakten eingesetzt.
Reflexionsvermögen: Silber hat das höchste Reflexionsvermögen aller Metalle und eignet sich daher ideal für Spiegel und Thermosflaschen.
Wärmeleitfähigkeit: Aufgrund seiner hohen Wärmeleitfähigkeit findet Silber Verwendung in Wärmeleitpasten und -verbindungen.
Antibakterielle Eigenschaften: Silberionen wirken stark antibakteriell und werden in medizinischen Geräten, Wundauflagen und sogar in Kleidung eingesetzt, um Bakterienwachstum zu verhindern.
Lichtempfindlichkeit: Silberhalogenide sind lichtempfindlich und werden in der traditionellen Fotographie sowie in Röntgenfilmen verwendet.
Photovoltaik: In der Photovoltaik-Industrie erhöht Silber die Effizienz von Solarzellen.
Kolloidales Silber: Dieses besteht aus winzigen Silberpartikeln, die in Wasser suspendiert sind. Sie wirken als antimikrobielles Mittel gegen Bakterien, Viren und Pilze.
Die Gegenwart hat uns wieder.

Highlights: RFID-Funkchips mit Silberantennen mit enormem Nachfragepotential

RFID-Funkchips sind bereits heute unverzichtbar in der Logistik-Industrie und im Großhandel. Sie werden auf Warenlieferungen und Paketen als Labels angebracht, gescannt, identifiziert und nachverfolgt. Die jährlichen Wachstumsraten sind beeindruckend zweistellig. Jeder dieser Chips enthält eine spiral- oder streifenförmige Funkantenne aus Silber, die für hohe Funkreichweiten sorgt und eine zuverlässige Datenerfassung ermöglicht.
Obwohl jeder Chip nur etwa 10 Milligramm Silber enthält, summiert sich der Bedarf durch den massenhaften Einsatz weltweit auf Milliarden von Chips täglich. Man könnte sagen: "Aus vielen Wenigen wird ein Viel". Im Jahr 2003 wurden für RFID-Chips lediglich fünf Tonnen Silber benötigt, 2010 waren es bereits 65 Tonnen. In diesem Jahr wird der Bedarf auf 260 Tonnen geschätzt, und bis 2045 könnte der Silberbedarf für RFID-Chips 20 % der gesamten heutigen Industrienachfrage ausmachen.
Ein Beispiel für den innovativen Einsatz von RFID-Chips ist der Reifenhersteller Michelin, der diese Technologie in seine Reifen integriert. So können die Reifen miteinander "kommunizieren" und dem Fahrer über das Wartungssystem den aktuellen Zustand der Autoreifen mitteilen.
Der massenhafte Einsatz von RFID-Chips in verschiedenen Bereichen treibt die Nachfrage

nach industriellem Silber stark an. Da diese Chips nur winzige Mengen an Silber enthalten und kaum recycelt werden, landen sie meist im Müll. Zukünftig könnten Supermärkte auf unbemannte Kassensysteme ohne Barcode-Scanner umstellen, bei denen jede Ware mit einem RFID-Chip ausgestattet ist, der drahtlos vor dem Verlassen des Geschäfts gescannt wird. Neben der Kassierfunktion verbessern RFID-Chips auch den Diebstahlschutz.
Die Nachfrage nach Silber steht auch in direktem Zusammenhang mit der neuen Kommunikationstechnologie (5G-Netz). Bis 2025 wird ein Verbrauch von 500 Tonnen Silber erwartet, und bis 2030 könnte dieser auf 715 Tonnen steigen.

Neue Silber-Applikationen 2024

Dank seiner Vielseitigkeit findet Silber immer neue Anwendungsbereiche. Kürzlich stellte Samsung eine bahnbrechende Feststoff-Batterie für E-Mobile vor, bei der eine Kompositschicht aus Silber-Karbon die herkömmliche Lithium-Anode ersetzt. Diese Ag-Karbon-Schicht verhindert Dendriten-Ablagerungen und damit Kurzschlüsse (und Brände), die bei Lithium-Ionen-Batterien häufig auftreten. Zudem kann die Batterie aufgrund der 40 % höheren Energiedichte mehr Energie speichern. Ihre Lebensdauer beträgt beeindruckende 800.000 km, und sie bietet eine Reichweite von 1.000 km. Bis zu 1.000 Ladezyklen sind möglich. Die Massenproduktion startet ab 2027.

Die heutige Silberknappheit

Alles spitzt sich auf einen Aspekt zu: die deutliche Verknappungstendenz bei Silber. Da beißt die Maus keinen Silberfaden mehr ab. Andere edle Assets wie Gold und Diamanten gibt es in rauhen Mengen. Zudem stehlen billig hergestellte synthetische Diamanten den natürlich gewachsenen die Schau und drücken ihren fiktiven Preis.
Ein weiterer Aspekt ist die monetäre Seite von Silber, die oft erst spät einsetzt. Wenn der Goldpreis bereits im Haussemodus ist und zu teuer wird, wechseln Anleger erfahrungsgemäß gern in das preiswertere Silberlager. Silber ist ein Spätzünder, kommt aber dafür umso gewaltiger in die Gänge. Zurückliegende Haussen zeigen das deutlich.
Obwohl man der Chart-Technik nicht zu viel Raum geben sollte, arbeiten beide Edelmetalle derzeit an einer historisch einmaligen Tasse-Henkel-Formation in ihren Charts. Gehen Sie davon aus, daß Silber, je knapper es wird, nur eine Richtung kennt: nach oben! Selbst nach dramatischen Einbrüchen an den Aktien- und Anleihemärkten wird Silber kurz durchschnaufen, um dann zu neuen Ufern aufzubrechen.
Silber mag derzeit unter 30 US-Dollar herumwuseln, doch lassen Sie sich nicht vom derzeit (1.9.2024) stagnierenden Silberpreis einlullen. Ein rückblickender Anleger aus der Zukunft würde die heutige Bewertung von Silber als einen Preis-Klacks betrachten. Ein heutiger Anleger müßte Silber als den wertvollsten Rohstoff mit dem größten Potential bezeichnen, gemessen an seinem aktuellen Preisniveau.
Überlegen Sie als aufmerksamer Investor, in den kanadischen Maple Leaf zu investieren. Kunstliebhaber können zudem antikes Silber in Form von Vasen, Schüsseln, Tellern oder Statuen auf Aktionen zu attraktiven Preisen ersteigern. Silber hat das Potential, langfristig technisch zu glänzen und sich so ganz nebenbei als wertvolle Anlage zu behaupten.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30491" berichtet am 17. September 2024 (x1.400/…): >>**Stoppt die Experimente mit Killerviren!**
Prof. Dr. Wiesendanger und Kollegen warnen
Trailer: In einer als Preprint veröffentlichten Studie hat Dr. Peter McCullough zusammen mit zwei Kollegen den gegenwärtigen Vogelgrippeausbruch ... analysiert. Sie schließen aus den aktuellen Daten der Verbreitung des Virus in den östlichen US-Bundesstaaten, daß der aktuelle Ausbruch durchaus mit dem Biolabor in Athens, Georgia, in Verbindung stehen dürfte.
Laut Prof. Dr. Wiesendanger gibt es zahlreiche belegte Hinweise, daß es sich bei der Maul- und Klauenseuche in England, der Schweinegrippe von 2009 und Ebola im Jahre 2014 in

Westafrika um einen Laborausbruch gehandelt hat.
Nach jahrelanger Leugnung ist offiziell bestätigt: SARS-CoV-2 ist eine Biowaffe.
Die US-Regierung finanzierte die Gain-of-Function-Forschung im Wuhan Institut für Virologie. Der stellvertretende NIH (=National Health Institut) Direktor Dr. Lawrence Tabak gab dies im Rahmen einer Anhörung im US-Kongreß zu. Diese Tatsache wurde durch den ehemaligen Chef der NIH, Anthony Fauci, sowie weiteren führenden Wissenschaftlern wie Peter Daszak, Ralph Baric und Christian Drosten im großen Stil vertuscht. Es wurden Beweise zerstört und die Definition von Gain-of-Function auf der NIH-Website verändert. Dr. Peter Daszak überzeugte sogar 26 andere Wissenschaftler, die Labortheorie als "Fehlinformation" oder "Desinformation" zu brandmarken.
Diese Wissenschaftler behaupteten in der weltweit führenden Fachzeitschrift "The Lancet" am 19. Februar 2020, das Virus könne nur natürlichen Ursprungs sein und alles andere würde "Angst, Gerüchte und Vorurteile" hervorrufen. Inzwischen wurden auch E-Mail-Korrespondenzen zwischen Fauci, Drosten und weiteren Wissenschaftlern freigeklagt. Sie zeigen, daß Christian Drosten bei einer eidesstattlichen Versicherung über einen möglichen Laborursprung von SARS-CoV-2 eine Falschaussage getätigt hat.
Doch wo bleibt die mediale Empörung? Kla.TV hatte den Laborursprung schon Mitte 2020 nachgewiesen (CoV-2 aus dem Labor? Was die wissenschaftliche Literatur verrät www.kla.-tv/16961). Wo bleiben die notwendigen rechtlichen Konsequenzen, die Bestrafung der Vertuscher und die Ächtung solch gefährlicher Experimente?
Was ist Gain-of-Function und wieso wird sie betrieben?
Allgemein wird Gain-of-Function-Forschung als künstliche Veränderung der Gensequenzen von natürlich vorkommenden Viren bezeichnet. Viren sollen dabei so verändert werden, daß sie auf den Menschen übertragbar werden oder ein höheres krankmachendes Potential aufweisen. Es werden also für den Menschen gefährlichere Viren gezüchtet unter dem Vorwand, man wolle, falls diese in der Natur entstünden, mit Medikamenten und Impfstoffen vorbereitet sein.
In der sogenannten "Hamburger Erklärung", einem Aufruf "zur weltweiten Beendigung der hoch risikoreichen Gain-of-function-Forschung an Krankheitserregern mit weltweitem Pandemie-Potential", weisen Prof. Dr. Wiesendanger, sowie zahlreiche Wissenschaftler auf die Gefahren der Gain-of-Function Forschung hin: Kein Biotechnologielabor der Welt sei sicher genug, um zu garantieren, daß keine Krankheitserreger entkommen. Sie berge katastrophale Risiken für die Weltbevölkerung.
Prof. Dr. Wiesendanger ist Nanowissenschaftler und Physik-Professor an der Universität Hamburg, er ist durch über 600 wissenschaftliche Publikationen in verschiedenen Wissenschaftsbereichen weltweit bekannt und vernetzt.
Wer finanziert die Gain-of-Function Forschung?
Trotz der Ächtung von Biowaffen im Jahr 1972 werden nach wie vor Forschungen an verschiedenen hochgefährlichen Krankheitserregern durchgeführt. Ein Großteil dieser Arbeiten wurde im Rahmen von staatlich finanzierten Forschungsprojekten durchgeführt. Aber auch militärische und private Geldgeber wie die Gates Foundation finanzieren Forschungen, um in Laboren hochgradig ansteckende und übertragbare Krankheitserreger zu erzeugen.
Ist es in der Vergangenheit bereits zu Laborausbrüchen gekommen?
Laut Prof. Dr. Wiesendanger gibt es zahlreiche belegte Hinweise, daß es sich bei der Maul- und Klauenseuche in England im Jahre 2007, der Schweinegrippe von 2009 und Ebola im Jahre 2014 in Westafrika um einen Laborausbruch gehandelt hat.
Auch die "Daily Mail" vom 17. März 2024 berichtete von offiziellen Daten, daß allein in den USA jährlich etliche Laborlecks registriert wurden.
Wie verhält es sich mit der aktuell in den Medien kursierenden Vogelgrippe?

In einer als Preprint veröffentlichten Studie hat Dr. Peter McCullough zusammen mit zwei Kollegen den gegenwärtigen Vogelgrippeausbruch, welcher derzeit in den USA verschiedene Tierarten befällt und vereinzelt auch Infektionen beim Menschen verursacht, analysiert. Sie schließen aus den aktuellen Daten der Verbreitung des Virus in den östlichen US-Bundesstaaten, daß der aktuelle Ausbruch durchaus mit dem Biolabor in Athens, Georgia, in Verbindung stehen dürfte.
Auch Dr. Robert Redfield, ehemaliger Direktor der CDC (=Centers for Disease Control and Prevention) warnt, daß Wissenschaftler daran arbeiten, das Vogelgrippevirus infektiöser zu machen. Die natürliche Vogelgrippe sei für den Menschen harmlos. In einem Interview mit dem US-Sender "NewsNation" erklärte er, daß es für das Virus eine "ziemlich hohe Speziesbarriere" gäbe. Es müsse stark mutieren, um für den Menschen infektiös zu werden. Allerdings könnte diese Barriere durch menschliches Eingreifen leicht beseitigt werden. Er fügte hinzu: "Im Labor könnte ich das Virus innerhalb von Monaten für den Menschen hochgradig infektiös machen". Er forderte auf, solche Arbeiten zu stoppen.
Wer steckt hinter der Forschung an der Vogelgrippe?
Auf der Suche nach den Hintermännern stößt man auf bekannte Namen. So berichtet am 20. Mai 2024 "The Defender": Die CDC (=Centers for Disease Control and Prevention), BARDA (=Biomedical Advanced Research and Development Authority), USDA (=U.S. Landwirtschaftsministerium) und die Gates Foundation finanzieren oder finanzierten Forschungen an Vogelgrippeviren, um sie pathogener und/oder übertragbarer für Säugetiere zu machen.
In einem Tweet bei X weist Dr. Peter McCullough auf Professor Yoshihiro Kawaoka sowie auf Professor Ron Fouchier hin. Bereits seit mehreren Jahren arbeiten diese beiden Wissenschaftler mit ihren Teams an einer Modifikation des H5N1-Virus, welche eine Übertragung vom Menschen auf andere Menschen ermöglichen soll. Kawaoka hat Verbindungen zur WHO und ist Mitbegründer des Impfstoffunternehmens FluGen.
Welche Auswirkungen können Gain-of-Function Forschungsarbeiten haben?
In einem aktuellen Interview vom 21. Juni 2024 warnt Prof. Wiesendanger, daß die biotechnologische Bedrohung durch Gain-of-Function eine viel größere Bedrohung als die atomare und die Bedrohung durch Seewaffen darstelle. Diese seien lokal begrenzt. Bei einer biotechnologischen Bedrohung könne sich ein Erreger innerhalb kürzester Zeit um die ganze Welt ausbreiten. Wenn diese hochgefährlichen Forschungen weiterlaufen, werde es zu weiteren Ausbrüchen kommen. Virologische Institute befänden sich in zahlreichen Ländern mit niedrigem Sicherheitsniveau und ungenügend geschultem Personal.
Fazit
Prof. Wiesendanger fordert die internationale Ächtung der Gain-of-Function Forschung. Die Bedrohung ist real und es betrifft alle. Daher sollte seiner Meinung nach jeder Mensch davon in Kenntnis gesetzt werden. Die Bedenken sollten nicht nur im Kreise von sogenannten Experten diskutiert werden, sondern die Bevölkerung sollte in einem offenen Diskurs beteiligt werden. Wenn die Ausbrüche der letzten Jahrzehnte wie die Maul- und Klauenseuche, Schweinegrippe, Ebola, SARS-CoV-2 und weitere auf Laborlecks beruhen, ist die Gefahr für die Weltbevölkerung nicht tolerierbar.
Jeder Versuch, Krankheitserreger für Tiere und Menschen künstlich gefährlicher zu machen, muß daher gestoppt werden. Verbreiten Sie diese Sendung weiter! Nur durch Ihren Protest und Einsatz können viele Menschen über die Gefahren in Kenntnis gesetzt werden und einen Stopp dieser hochgefährlichen und damit kriminellen Forschung durchsetzen.
Vielen Dank!<<
USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. September 2024 (x1.402/…): >>**Trump nach Golfplatz-Attentat: "Am liebsten hätte ich den letzten Putt noch versenkt"**

Der republikanische US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump hat mit der ihm eigenen Ironie auf den jüngsten Attentatsversuch reagiert. "Am liebsten hätte ich den letzten Putt noch versenkt, aber wir haben beschlossen, daß wir hier verschwinden müssen", sagte der 78-Jährige zu dem Zwischenfall am vergangenen Sonntag (15. September) beim Golfen in Florida.
Trump lobte den Secret Service für sein schnelles Handeln. Personenschützer hatten auf den mit einer Kalaschnikow bewaffneten Verdächtigen gefeuert, nachdem sie einen Gewehrlauf bemerkt hatten, der aus dem mit Büschen umpflanzten Zaun des Golfplatzes herausragte. Trump spielte zu diesem Zeitpunkt mit Freunden Golf in seinem Club in West Palm Beach im Bundesstaat Florida.
Secret Service-Beamte eröffneten nach Polizeiangaben sofort das Feuer. Der nur wenige hundert Meter von Trump entfernte Heckenschütze gab entgegen ersten Berichten keinen Schuß ab. Er flüchtete in einem Auto und wurde kurze Zeit später auf einer Autobahn in der Nähe festgenommen.
Tatmotiv ist den Ermittlungen zufolge, daß der 58 Jahre alte mutmaßliche Attentäter Ryan Wesley Routh ein fanatischer Ukraine-Unterstützer sein soll, der im Falle eines Wahlsieges von Trump um ausbleibende Waffenlieferungen an das Marionetten-Regime in Kiew fürchtete.<<

18.09.2024

BRD; Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. September 2024 (x1.402/…): >>**AfD-Vorstoß im Brandenburg-Wahlkampf: Private Firmen sollen Abschiebungen organisieren und durchführen!**
Aufgrund des Staatsversagens will die AfD in Brandenburg die Abschiebung ausreisepflichtiger Migranten künftig von privaten Unternehmen organisieren und beschleunigt durchführen lassen. Ein entsprechender Plan der AfD-Landtagsfraktion sorgt wenige Tage vor der Landtagswahl für Wirbel!
Die innenpolitische Sprecherin der Brandenburger AfD, Lena Kotré, erklärte im Potsdamer Landtag: "Wir haben eine immense Anzahl vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer, bei denen kein Abschiebehindernis vorliegt." Diese könnten noch "heute Abend" ins Flugzeug gesetzt werden. "Wenn der Staat versagt, dann muß man Alternativen ins Auge fassen", forderte die AfD-Politikerin.
Aus Sicht der AfD sollten sich deshalb künftig private Unternehmen um die Organisation von Abschiebungen, um die Beschaffung von Ersatzpapieren und Flügen kümmern. "Und sie sollten die Abschiebungen durchführen", sagte Kotré. "Wer das beste, günstigste und wirtschaftlich ansprechendste Konzept vorlegt, darf im Auftrag des Staates Abschiebungen durchführen."
Kotré sprach wörtlich von einem "optimierten Ressourceneinsatz." Es komme zu einer "Kostenoptimierung, indem wir einen Wettbewerb stattfinden lassen." Es solle eine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen geben. "Natürlich werden wir solche Unternehmen nicht im Stich lassen."
Der Vorstoß sorgt bei den Altparteien für Schnappatmung: CDU-Fraktionschef Jan Redmann sprach von "widerlichen verbalen Entgleisungen". Ähnlich äußerten sich "Grüne" und Linkspartei.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. September 2024 (x1.402/…): >>**Pressestimmen zur Merz-Kandidatur: Wie "fein" ist Söder wirklich damit?**
Die überstürzt inszenierte, kalt und gekünstelt wirkende Harmonie-Show zwischen dem designierten Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz (CDU) und CSU-Chef Markus ist das politische Hauptthema in den heutigen Kommentarspalten. So recht trauen auch die Mainstream-Medien dem Burgfrieden in der Union nicht.

Die "BERLINER MORGENPOST" ätzt: "Markus Söder ist die Flatterhaftigkeit in Person. In seinem Bild von der Welt und sich selbst ist eigentlich nicht vorgesehen, daß er zurücksteckt, um jemand anderem zum Erfolg zu verhelfen. Für Friedrich Merz erwächst daraus ein erhebliches Risiko. Es wäre ein großes Wunder, wenn man in den nächsten zwölf Monaten einen vollkommen geläuterten CSU-Chef erleben würde. Einen, der sich als Teil eines Teams versteht und all seine Kraft für die gemeinsame Sache einsetzt", unterstreicht die MOPO aus Berlin.
Für die "FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG" sieht der designierte Unions-Kanzlerkandidat Merz "vor allem müde aus". Dies nähre "den Verdacht, daß womöglich selbst Merz dem Burgfrieden nicht recht traut. Denn als er und Söder wenige Stunden zuvor in der bayerischen Landesvertretung in Berlin ihre Entscheidung verkündeten, war von Aufbruchstimmung nicht viel zu spüren. Wortlos betraten die beiden die Bühne, kurz waren ihre Statements, am Ende folgte ein steifer Händedruck. Emphase sieht anders aus, die Angelegenheit war frostig wie die aufkommenden Herbststürme."
Die FAZ resümiert: "Der Satz, der von diesem denkwürdigen Tag in Erinnerung bleiben wird, stammt deshalb auch nicht von Merz, sondern von seinem unterlegenen Rivalen: Daß er 'fein damit' sei, hatte Söder mittags gesagt, und sich damit einer Redewendung aus dem Englischen bedient, die jedoch nicht etwa Zustimmung bedeutet, sondern allenfalls ein Einlenken: Anders wäre es besser gewesen, but okay, I'm fine with it."
"Ob Söder nach seinem großen Indianer-Ehrenwort das Ganze jetzt wirklich 'ohne Zähneknirschen' schluckt und sich brav einreiht, wird sich erst noch zeigen müssen", erwartet auch der "MÜNCHNER MERKUR".
Die "AUGSBURGER ALLGEMEINE" hält fest: "Söder wird beweisen müssen, daß er wirklich aus 2021 gelernt hat, daß er die Füße stillhalten kann, wenn Umfragen belegen, daß Merz bei jüngerem Publikum kaum ankommt. Er wird sich jeden Kommentar verkneifen müssen, wenn Merz' Wirken als Lobbyist für den Finanzriesen Blackrock unter die Lupe genommen wird. Er wird jede Häme unterlassen müssen, wenn der Kandidat mit dem Versuch scheitert, mal locker rüberzukommen und bei normalen Menschen einen Witz zu landen. Wer Söder kennt, weiß, daß ihm so viel Zurückhaltung nicht in die Wiege gelegt wurde", psychoanalysiert die "AUGSBURGER ALLGEMEINE".
Die "FREIE PRESSE" aus Chemnitz erwartet deshalb, daß Merz für seine Kanzlerkandidatur noch "einen hohen politischen Preis zahlt."
Für die "SAARBRÜCKER ZEITUNG" ist zwar die K-Frage in der Union entschieden, aber längst nicht die eigentliche Kanzlerfrage: "Angesichts der Tatsache, daß die Union derzeit in den Umfragen stärker ist als die drei Regierungsparteien zusammen, sieht es für Merz fast wie ein Sprint ins Kanzleramt aus. Der wird es aber nicht sein", warnt das saarländische Regionalblatt mit Blick darauf, daß es ein Fehler wäre, das Wahlkampfpotential der SPD zu unterschätzen.
"Für politische Kinderspiele und Ego-Trips ist die Lage in Deutschland einfach viel zu ernst", folgert "BILD".
Für "ZEIT ONLINE" sind mit der K-Frage die wirklichen Probleme der Union nicht erledigt: "Die CDU erlebt eine existenzbedrohende Streßsituation: Wenn es in zwei oder sogar drei östlichen Landesverbänden zu Koalitionen mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht kommt, ist zumindest eine politische, wenn nicht gar eine faktische Spaltung der Partei durchaus denkbar. Ein Teil würde sich dem Erbe der Westbindung verpflichtet fühlen. Ein anderer würde sich dem Autoritarismus geschlagen geben", so die Meinung des Online-Portals.
Die "WELT" aus dem Springer-Verlag erinnert abschließend an die schlechten Umfragewerte des designierten Kanzlerkandidaten: "Die Union hat eine Antwort auf die K-Frage gefunden, doch nicht einmal jeder Fünfte hält den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz auch für geeig-

net."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. September 2024 (x1.402/…):

>>**Der "schwarz-grüne" Kanzlerkandidat sagt es ganz offen: Die Ökosozialisten bleiben für Merz der Traumpartner!**

CDU-Chef Friedrich Merz, designierter Kanzlerkandidat der Unionsparteien, redet erst gar nicht groß drum herum: Die "Grünen" bleiben für ihn eine Koalitionsoption im Bund - CSU-Chef Söder hin oder her! Sie müßten sich bis zur Bundestagswahl 2025 bloß etwas ändern, sagte er gestern Abend (17. September) in der ARD unter Hinweis auch darauf, daß die "schwarz-grüne" NRW-Koalition ja gut funktioniere. Für AfD-Fraktionschefin Alice Weidel ist schon jetzt ist klar: "Wer CDU wählt, bekommt Grün." Mit anderen Worten: Deutschland käme nach dem Ampel-Albtraum mit Merz als Kanzler vom Regen in die Traufe!

Jetzt darf er also doch noch ran. Scheinoppositionsführer Friedrich Merz, CDU-Parteivorsitzender und Unions-Fraktionschef im Bundestag, wird bei den nächsten Bundestagswahlen als Kanzlerkandidat von CDU und CSU antreten. Ein neues altes Gesicht schickt sich an, die Chaos-Ampel abzulösen. Aussicht auf eine andere Politik bedeutet das noch lange nicht.

Denn Friedrich Merz ist, taktische Abstandsübungen hin oder her, ein Kanzlerkandidat für "Schwarz-Grün". Die Begleitmusik zu seiner Proklamierung hat das nur wieder noch einmal bekräftigt. Kein anderer als der Ober-Merkelianer und Anführer der "Grünen-Paktierer" in der Union Hendrik Wüst hatte ihn zuerst zum Kanzlerkandidaten ausgerufen.

Damit hatte der NRW-Ministerpräsident nicht nur seinem bayerischen Amtskollegen, dem CSU-Vorsitzenden Markus Söder, die Schau gestohlen - de wollte nach der ursprünglichen Inszenierung eigentlich heute auf Augenhöhe, von Parteichef zu Parteichef, Friedrich Merz den Vortritt lassen. Wüst hat damit auch angemeldet, wem der konfliktscheue Kanzlerkandidat seine Position verdankt und auf wen er am meisten Rücksicht zu nehmen hat.

Nämlich nicht auf den Opportunisten Söder, dem seine eingebaute Wetterfahne gerade eingibt, rhetorisch mal wieder ein bißchen auf die "Grünen" einzuschlagen. Sondern auf Hendrik Wüst und die Merkelianer, die in ihren Bundesländern zwar CDU-Ministerpräsidenten stellen, aber die "Grünen" nach Belieben schalten und walten lassen und lupenrein "grüne" Regierungsprogramme umsetzen.

Nicht daß man das einem Friedrich Merz noch groß erklären müßte. Mit den "Grünen" versteht sich der frühere Blackrock-Aufsichtsratsvorsitzende hinter den Kulissen ganz prächtig. Vor allem mit Robert Habeck, dem Deindustrialisierungsminister, der - Zufälle gibt es - die Grundsatzabteilung in seinem Ministerium mit einer Blackrock-Ökonomin besetzt hat. Dem Vernehmen nach haben die beiden sich bereits darauf geeinigt, in einer künftigen Regierung die Schuldenbremse für noch mehr "Klimaschutz-Wahn" auszuhebeln.

Von SPD und Ampel trennt den Möchtegern-Kanzler freilich auch nicht allzu viel. Die Union habe mehr als die Hälfte aller Gesetzesvorhaben der Koalition unterstützt, fast sechzig Prozent, hatte Merz sich noch vor gut einem Jahr öffentlich gebrüstet. Richtige Opposition geht anders.

Man wolle gemeinsam die Ampel ablösen, haben die beiden Unions-Parteichefs in demonstrativer Einigkeit vor der Presse bekundet. Fragt sich nur, was danach kommen soll. Im Grunde ist es Friedrich Merz egal, wer ihn zum Kanzler macht, die Sozis, die "Grünen", die Kommunisten oder alle zusammen. Mit den Kommunisten veranstaltet die Union gerade in Thüringen Bündnis-Lockerungsübungen.

Praktischerweise ist genau zur rechten Zeit - noch so ein Zufall - das "Bündnis Sahra Wagenknecht" als Trojanisches Pferd auf die Bühne gerollt, um in dieser abermals umbenannten Form der Union endlich den Bruch des Versprechens zu ermöglichen, nicht mit einer SED-Fortsetzungspartei zu koalieren.

Nur mit der echten Opposition will Scheinoppositionsführer Friedrich Merz nicht koalieren - mit der Alternative für Deutschland. Da können die Bürger noch so oft in Umfragen und Wahlen laut und deutlich sagen, daß sie genau diese Partei an der Regierung sehen wollen: Friedrich Merz klammert sich gehorsam an die von "Links-Grün" verordnete "Brandmauer".
Kanzlermacher Wüst krallt sich genauso verbissen am "Brandmauer-Dogma" fest. Schließlich sichert der antidemokratische Ausgrenzungsmechanismus nicht nur den "Links-Grünen" sondern auch seinen Merkelianern Macht und Einfluß weit über ihre tatsächliche Zustimmung bei den Wählern hinaus.
Wer also nicht nur ein anderes Kanzlergesicht an der Spitze einer irgendwie "grünen" Regierung sehen will, die in diversen Nuancen vom immergleichen Altparteienkartell gebildet wird, sondern tatsächlich eine andere, neue Politik, dem bleibt nur ein Ausweg: Bei den nächsten Wahlen die Alternative für Deutschland so stark machen, daß keine Regierungsbildung an der AfD vorbei mehr möglich ist.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 18. September 2024 (x1.403/…):
>>**Abgeordnete, Schauspieler, Funktionäre: Die skurrile Liste der 100 angeblich durchschnittlichen Teilnehmer**
Die ARD-Sendung "Die 100" sorgt weiter für Diskussionen, nachdem bekannt wurde, daß neben Schauspielern auch Politiker von SPD, Linken und der Satirepartei "Die Partei" teilnahmen. Einige Mitgliedschaften wurden in der Sendung nicht offengelegt.
Henry Albrecht
Die Kontroverse um die in der ARD ausgestrahlte Sendung "Die 100" weitet sich immer weiter aus. Mittlerweile ist bekannt geworden, daß sich unter den Teilnehmern neben Schauspielern auch mehrere Politiker der SPD, der Linken sowie der Satirepartei "Die Partei" befanden. Darunter sind nicht nur einfache Parteimitglieder, sondern auch Mandatsträger der Kommunalpolitik und ehemalige Abgeordnete.
Einer der Teilnehmer von der SPD war der Kommunalpolitiker Martin Hobmeier. Obwohl er nicht direkt befragt wurde, war Hobmeier mehrfach in der Sendung zu sehen. Er ist pensionierter Postbeamter, "ver.di-Funktionär" und Mitglied des SPD-Kreisvorstands. Zudem vertritt er die SPD im Gemeinderat von Tiefenbach in Bayern.
Auch die ehemalige Linken-Politikerin und heutige SPD-Genossin Bärbel Beuermann nahm an der Sendung teil. Es wurde offen kommuniziert, daß sie einst Politikerin der Linken war, jedoch blieb ihre derzeitige Mitgliedschaft in der SPD unerwähnt. Beuermann gehörte zu den Teilnehmern, die von Moderator Zamperoni befragt wurden. Bei der Landtagswahl 2010 war sie Spitzenkandidatin der Linken in Nordrhein-Westfalen.
Vor der Ausstrahlung der Sendung wurde das SPD-Mitglied Dennis Knorn im Rahmen der Sendung "Hallo Niedersachsen" vom NDR zu seiner Teilnahme an "Die 100" befragt. Auch er ist Mitglied der SPD und Vorstandsmitglied der SPD Egestorf, besitzt jedoch derzeit kein politisches Mandat. In der Sendung selbst wurde Knorn nicht direkt befragt.
Neben Vertretern der SPD und der Linken war auch ein Mitglied der Satirepartei "Die Partei" in der Sendung vertreten. Kofi Bernd Räder, nach eigenen Angaben Mitglied dieser Partei, sah seine Zugehörigkeit in der Sendung ebenfalls unerwähnt.
In den sozialen Medien kursieren zunehmend Gerüchte über die Teilnahme weiterer Vertreter von SPD, Linken und Grünen an der Sendung "Die 100".
Schauspieler bei "Die 100"
Neben den zahlreichen Parteimitgliedern stellte sich in den letzten Tagen heraus, daß auch mehrere Schauspieler unter den Teilnehmern der Sendung waren. Dabei geht es um die Teilnahme von Michael Schleiermacher, der in der Sendung als Bürokaufmann vorgestellt wurde. Tatsächlich ist Schleiermacher zwar gelernter Bürokaufmann, arbeitet aber als Schauspieler und ist bei der Agentur "Stagepool" registriert, die Laien-Darsteller vermittelt. Schleiermacher

hat bereits in verschiedenen Produktionen, darunter "Tatort" und "First Dates", mitgewirkt und kündigte an, in weiteren Serien der ARD und des ZDF zu sehen zu sein.
Während der Sendung erklärte Schleiermacher, daß die Argumente ihn überzeugt hätten, die AfD als "Wolf im Schafspelz" zu betrachten. Diese Aussage wurde jedoch von vielen als unglaubwürdig empfunden, da Schleiermacher als Schauspieler agiert. Der NDR wies die Vorwürfe, Schauspieler bewußt als normale Bürger eingesetzt zu haben, empört zurück und erklärte, es würden keine Darsteller in der Sendung verwendet.
Nun kam jedoch ans Licht, daß mit Harry Leutfried Tomberg ein weiterer Schauspieler aus derselben Agentur an der Sendung teilnahm und ebenfalls als normaler Bürger dargestellt wurde. Auf seinem Profil bei "Stagepool" gibt Tomberg an, sich seit Mitte 2023 als Komparse zu bewerben. Ob der NDR ihn gezielt anheuerte, ist unklar, doch es erscheint unwahrscheinlich, daß zwei Schauspieler derselben Agentur zufällig in der Sendung landeten. Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, hätte der NDR nicht nur die Sendung manipuliert, sondern auch gegenüber der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt.
Gegenüber Apollo News dementierte der NDR erneut alle Vorwürfe, ohne allerdings ins Detail zu gehen. Man erklärte: "Der Norddeutsche Rundfunk weist die erhobenen Vorwürfe zur Produktion 'Die 100' als falsch zurück. Es werden keine Darstellerinnen oder Darsteller eingesetzt. Im Mittelpunkt der Sendung stehen Menschen aus der Bevölkerung, die frei ihre Meinung äußern. Jede und jeder kann sich für die Teilnahme an der Sendung bewerben.
Die Teilnehmenden erfahren erst kurz vor der Aufzeichnung der Sendung, welches Thema behandelt wird. Der NDR schließt keine Menschen aus, die als Privatperson teilnehmen - auch nicht aufgrund von Tätigkeiten im darstellenden Bereich. 'Die 100' ist ein journalistisches Diskussionsformat, das zu einer Frage Pro und Contra-Argumente präsentiert. Die Menschen auf der Spielfläche entscheiden dann, wie sie die Argumente bewerten und ob sie ihnen folgen oder nicht."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30501" berichtet am 18. September 2024 (x1.400/…): >>**Frankreich: Gesetz gegen Sektenexzesse kriminalisiert Alternativmedizin**
Wer in Frankreich von Behandlungen abrät, die "nach dem Stand der medizinischen Kenntnisse offensichtlich geeignet" zur Behandlung sind, kann künftig für bis zu drei Jahre ins Gefängnis wandern oder eine Geldstrafe von bis zu 45.000 Euro kassieren. Dadurch wird der sogenannte "Stand der Wissenschaft" im Bereich der Medizin per Gesetz in den Status einer unumstößlichen Wahrheit gehoben. Wer widerspricht, wird eingesperrt.
Zugleich sollen Zweifel an Maßnahmen, wie den während der "Corona-Pandemie" eingeführten "mRNA-Impfungen", zukünftig als "sektiererische Aberration" gelten. Damit verlieren kritische Ärzte die Möglichkeit, Menschen vor riskanten medizinischen Eingriffen zu warnen, sobald führende Wissenschaftler sie empfehlen.
Obwohl der Staatsrat und die Opposition das Gesetz als freiheitsfeindlich einstuften, wurde es vom französischen Parlament angenommen. Das Ziel ist klar: Bei einer weiteren "Pandemie" soll Kritik, die in den Corona-Jahren noch möglich war, von vornherein strafbar sein. Diese Vorbereitungen, um in Zukunft den letzten Widerstand im Keim zu ersticken, zeigen eindringlich, wie wichtig eine Aufarbeitung aller Lügen und Menschenrechtsverletzungen dieser Zeit ist.
Denn man muß wissen, daß Emmanuel Macron zu den Young Global Leaders des Weltwirtschaftsforums WEF gehört. Zu dessen Partnern wiederum gehören Pharmakonzerne wie z.B. Pfizer, Moderna und AstraZeneca, weshalb das WEF natürlich auch deren Interessen vertritt. Vor diesem Hintergrund ist sehr fraglich, ob Macron hier wirklich das Wohl seines Volkes im Auge hat.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. September 2024

(x1.404/…): >>**Streeck mahnt Bundesregierung zu umfassender Corona-Aufarbeitung**
Der Virologe Hendrik Streeck, der 2025 für die CDU in den Bundestag einziehen will, fordert eine umfassende Aufarbeitung der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. "Eine alleinige Enquete-Kommission oder ein Bürgerrat reichen meiner Meinung nach nicht aus", sagte Streeck der "Welt". "Zuerst sollte die Wissenschaft die Pandemie umfassend und gemeinsam analysieren, idealerweise im Rahmen einer interdisziplinären Konferenz aller Fachbereiche und Arbeitsgruppen bilden. Parallel dazu muß die politische Entscheidungsfindung aufgearbeitet werden."
Ob eine Enquete-Kommission hierfür das beste Instrument sei, bleibe offen. Klar sei aber, so Streeck: "Wenn die Bundesregierung und auch der Bundesgesundheitsminister ihre Worte mit Forderungen nach Aufarbeitung ernst meinen, dann bleibt ihnen nur noch dieser Monat, um parlamentarische Prozesse anzustoßen, die noch in dieser Legislatur Früchte tragen können. Wenn das verschlafen wird, bleiben es hohle Forderungen." Die Pandemie habe gezeigt, daß Deutschland ein unabhängiges, agiles und handlungsfähiges Gesundheitsinstitut brauche, um die Bevölkerung vor globalen Gesundheitsgefahren zu schützen, so Streeck.
"Eine strukturelle Reform und Neuaufstellung des RKI ist daher unerläßlich. Das RKI und die Public-Health-Strukturen können nicht unverändert bleiben, und die geplante Zerschlagung in BiPAM und RKI geht genau in die falsche Richtung. Im Gegenteil, ich würde mir eine Stärkung und Unabhängigkeit des RKI wünschen." Das größte Versäumnis bei der Bekämpfung von Corona habe darin bestanden, daß das Management der Pandemie zu sehr auf eine rein virologische Perspektive beschränkt gewesen sei. "Es wurde früh klar, daß ein breites Spektrum an Expertisen erforderlich ist - von Virologen und Epidemiologen bis hin zu Soziologen, Psychologen, Kinderärzten, Wirtschaftsexperten und sogar Philosophen", so Streeck.
"Um solche Krisen künftig besser zu bewältigen, braucht es einen unabhängigen Pandemie-Rat oder ein Expertengremium, das die Regierung wissenschaftlich fundiert berät." Andere Länder wie England hätten hier professionellere Strukturen. "Solch ein Beratungssystem würde ich mir auch für Deutschland wünschen, um das Zusammenspiel von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit besser zu definieren."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. September 2024 (x1.404/…): >>**Ex-BND-Chef nennt Pager-Operation "herausragend"**
Der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Gerhard Schindler, hat die zeitgleichen Explosionen Hunderter tragbarer Funkempfänger bei Mitgliedern der libanesischen Hisbollah-Miliz als "herausragend" bezeichnet. "Es spricht einiges für eine israelische Urheberschaft", sagte Schindler dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". "Trotz dieser noch offenen Frage läßt sich sagen, daß dies eine äußerst professionelle und herausragende geheimdienstliche Operation war, die in die Geschichte der außergewöhnlichen nachrichtendienstlichen Aktionen eingehen wird."
Die damit verbundene Botschaft an die Hisbollah sei klar: "Niemand von euch ist sicher. Überlegt euch also, was ihr tut." Bei den Explosionen der Pager sind im Libanon rund 2.750 Menschen verletzt und mehrere Menschen getötet worden.
Unter den Verletzten sollen auch zahlreiche Mitglieder der pro-iranischen Hisbollah sein. Explosionen wurden im gesamten Land gemeldet. Die Hisbollah machte Israel für die Tat verantwortlich und kündigte Vergeltung an.<<
Libanon: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. September 2024 (x1.404/…): >> **Weitere Explosionen von Funkgeräten im Libanon**
Nachdem am Dienstag bereits in einem offenbar koordinierten Angriff zahlreiche Pager im Libanon explodierten, kam es am Mittwochnachmittag in einigen Teilen des Landes zu weiteren Explosionen.
Behördenangaben zufolge sollen mindestens 100 weitere Menschen verletzt und ein Mensch

getötet worden sein. Dieses Mal sollen Handfunkgeräte ("Walkie-Talkies") detoniert sein. Das Libanesische Rote Kreuz schrieb auf der Plattform X, daß es mit 30 Rettungsteams auf mehrere Explosionen reagiert, unter anderem im Südlibanon und im Bekaa-Tal.
Weitere Teams seien in höchster Alarmbereitschaft. In Krankenhäusern hatte sich das Personal bereits im Vorfeld für den Fall weiterer Detonationen für Sonderschichten bereitgehalten. In Beirut wird Berichten zufolge der Bevölkerung geraten, Telefone auszuschalten und Batterien zu entfernen. Am Nachmittag hatte der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, die Anschläge scharf verurteilt. "Die gleichzeitigen Explosionen im Libanon und in Syrien, bei denen gestern mindestens 12 Menschen - darunter zwei Kinder - durch detonierende Pager getötet und Tausende von Menschen verletzt wurden, sind schockierend und ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung nicht hinnehmbar.
Die Angst und der Terror, die dadurch ausgelöst wurden, sind gravierend", so Türk. "Der gleichzeitige Angriff auf Tausende von Personen, seien es Zivilisten oder Mitglieder bewaffneter Gruppen, ohne daß bekannt ist, wer zum Zeitpunkt des Angriffs im Besitz der Zielgeräte war, wo sie sich befanden und in welcher Umgebung sie sich aufhielten, verstößt gegen die internationalen Menschenrechtsbestimmungen und, soweit anwendbar, gegen das humanitäre Völkerrecht", erklärte der UN-Hochkommissar.
Türk forderte eine Untersuchung der Umstände und daß diejenigen, die einen solchen Angriff angeordnet und durchgeführt haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Er appellierte "an alle Staaten mit Einfluß in der Region und darüber hinaus", unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Ausweitung der derzeitigen Konflikte zu verhindern.
"Der Schutz der Zivilbevölkerung muß oberste Priorität haben. Deeskalation ist heute wichtiger denn je." Die libanesische Hisbollah-Miliz sprach am Dienstag von einem gezielten Angriff Israels "nach Prüfung aller Fakten, aktueller Daten und verfügbarer Informationen". Auch US-Medien halten den israelischen Geheimdienst für verantwortlich. Die Hisbollah erklärte, sie werde den "palästinensischen Widerstand" weiterhin unterstützen, und kündigte Vergeltung an.<<

19.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. September 2024 (x1.402/…): >>**Brandenburg-Kurort in Panik: 500 Migranten auf 600 Einwohner!**
Ein paar Sandberge hier, einige Baustellenfahrzeuge dort: Im brandenburgischen Petersdorf bei Bad Saarow haben die finalen Arbeiten für die Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft "Fuchsberg" begonnen. Bis Ende des Jahres sollen neben den bisher rund 270 Plätzen 236 weitere in Wohncontainern auf dem Gelände der ehemaligen NVA-Kaserne entstehen.
Viele der 600 Einwohner des Kurortes sind in Panik, sorgen sich um ihre Sicherheit. Die Gemeindevertretung befürchtet eine Überforderung der lokalen Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Arztpraxen).
Die Gemeindevertretung hatte deshalb die Erweiterung abgelehnt, doch der SPD-geführte Landkreis Oder-Spree setzte sich gegen den Willen der Menschen durch. Die Bürger bekommen also geliefert, was sie vor fünf Jahren gewählt haben!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. September 2024 (x1.402/…): >>**Ampel findet bei den Deutschen nur noch drei Prozent Zustimmung!**
Die Chaos-Ampel hat auch einer neuen Umfrage zufolge fast jeglichen Zuspruch verloren. Nur noch drei Prozent der Befragten zeigten sich in einer Allensbach-Umfrage für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) davon überzeugt, daß eine Koalition aus SPD, "Grünen" und FDP für das Land gut sei. Zuletzt hatte das "ZDF-Politbarometer" sogar null Prozent (!) Zustimmung für die einstige "Fortschrittskoalition" gemessen.
In der Sonntagsfrage bauen CDU und CSU laut dem als unionsfreundlich geltenden Allensbach-Institut ihren Vorsprung aus und kommen auf 35,5 Prozent. Zweitstärkste Kraft ist die

AfD mit 17 Prozent, gefolgt von der SPD, die 16 Prozent erreicht. Die "Grünen" fallen auf zehn Prozent, während das BSW dicht dahinter neun Prozent erreicht. FDP (vier Prozent) und Linke wären nicht mehr im Bundestag vertreten.
Für die Erhebung wurden vom 29. August bis 11. September insgesamt 1.017 Menschen befragt. Die Umfrage ist nach Angaben des Instituts repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 19. September 2024 (x1.405/…): >>**Betroffene kritisieren mangelnde Erfassung von Corona-Impfschäden**
Impfgeschädigte: Ärzte und Behörden agieren wie "Kartell des Schweigens" / BSW: "massive Untererfassung von Impfschäden" / Paul-Ehrlich-Institut hat Sicherheitsberichte eingestellt - Gesundheitsministerium sieht keinen Handlungsbedarf
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Schäden durch Covid-19-Impffstoffe werden laut Aussagen Betroffener nur unzureichend dokumentiert. Ina Berninger, die klinisch bestätigt an schweren Nebenwirkungen eines mRNA-basierten Impfstoffes leidet, spricht gegenüber Multipolar von einem "Kartell des Schweigens". "So viele wissen Bescheid: Ärzte, Klinikdirektoren, Ärztekammer, Ministerium, Gesundheitsämter, Polizei und alle kehren es unter den Teppich."
Keine der Institutionen erkenne sich als zuständig an, kritisiert die Mitarbeiterin der Universität Köln. Laut Paragraph 6 des Infektionsschutzgesetzes, muß der Verdacht einer über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehenden gesundheitlichen Schädigung durch den festzustellenden Arzt unverzüglich erfolgen.
Die zuständige Ärztin der Universitätsklinik Aachen hat den Fall jedoch nicht an das zuständige Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gemeldet, erklärt Berninger. Selbst nach Rückfrage der Patientin und in Abstimmung mit der nordrhein-westfälischen Ärztekammer sei die Medizinerin bei der Weigerung geblieben. Die Pressestelle der Universitätsklinik Aachen schreibt auf Multipolar-Anfrage, der "Eindruck" Verdachtsfälle zu Nebenwirkungen der Covid-19-Impfstoffe würden nicht gemeldet, sei "nicht korrekt". Die Uni-Klinik agiere entlang der gesetzlichen Bestimmungen und habe ihr Vorgehen mit der Ärztekammer abgestimmt. Zum konkreten Fall Berninger wollte sich die Klinik nicht äußern.
Die Betroffene erklärte gegenüber Multipolar, sie kenne namentlich mindestens fünf weitere Impfgeschädigte, deren Fälle von der Universitätsklinik Aachen nicht an das PEI gemeldet wurden. Der Mediziner Harald Matthes von der Berliner Charité hatte im April 2022 erklärt, die Untererfassung von Corona-Impfschäden durch das PEI liege bei etwa 70 Prozent. Die Charité hatte sich anschließend von ihm distanziert.
Das Deutsche Ärzteblatt hatte im Jahr 2021 berichtet, daß die Melderate in Österreich zwischen Ende Dezember 2020 und Anfang Juli 2021 bei 3,7 Fällen pro 1.000 Impfdosen und in Großbritannien zwischen Anfang Dezember 2020 und Mitte Juli 2021 bei 3,79 gelegen habe. In Deutschland hingegen haben die Rate im entsprechenden Zeitraum mit lediglich 1,4 gemeldeten Fällen vermuteter Nebenwirkungen auf 1.000 Corona-Impfdosen deutlich niedriger gelegen.
Die Gründe hierfür seien unbekannt, hieß es in dem Bericht. Im Juni 2022 hatten Impfgeschädigte einen "Brandbrief" an Politik und Leitmedien geschickt. Nach wie vor würden viele Wissenschaftler und Politiker Corona-Impfschäden öffentlich herunterspielen und damit schwerste Erkrankungen der Patienten negieren, heißt es darin.
Andrej Hunko, gesundheitspolitischer Sprecher des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), sagt, daß es eine massive Untererfassung von Impfschäden im Zusammenhang mit Covid-19-Impfstoffen gebe. Zu dieser Auffassung sei man beim BSW nach Gesprächen mit Impfgeschädigten gelangt, erläutert er auf Multipolar-Anfrage. Eine systematische Erfassung von Nebenwirkungen beim PEI sei deswegen unbedingt notwendig, ebenso die Wiederherstellung

der inzwischen eingestellten Sicherheitsberichte.
"Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung der Pandemiepolitik und entsprechend einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß im Deutschen Bundestag." Ein solcher Untersuchungsausschuß würde auch das fehlende Sicherheitsprofil der mRNA-basierten Corona-Präparate sowie die Untererfassung von Impfschäden angehen, erklärt er.
Darüber hinaus kritisiert Hunko die "aggressive Kampagne der Bundesregierungen für die so genannte Coronaschutzimpfung". Die Kampagne "war und ist aus meiner Sicht unverantwortlich und auch verfassungswidrig". Sie habe zudem fundamental der Resolution Nr. 2361 des Europarats vom Januar 2021 widersprochen.
Martin Sichert, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, erklärt auf Multipolar-Nachfrage, die Fraktionen der etablierten Parteien im Bundestag hätten "kein Interesse an einer Aufklärung". Dies sei beispielsweise an der Ablehnung der durch die AfD beantragten öffentlichen Anhörung zur Aufarbeitung der Übersterblichkeit zu erkennen. Seine Partei habe überdies weitere Anträge zur Thematik Impfnebenwirkungen eingebracht, die abgelehnt worden seien, sagt Sichert. Die Aufklärung "dieser schrecklichen Epoche deutscher Gesundheitspolitik" sei "dringend erforderlich".
Der letzte Sicherheitsbericht des PEI zu den COVID-19-Impfstoffen stammt vom 31. März 2023. Auf Anfrage von Multipolar erklärte die PEI-Pressestelle, in allen EU-Mitgliedstaaten seien nachfolgende Verdachtsfälle auf Impfkomplikationen in die Verdachtsfalldatenbank der EMA eingetragen worden.
Auf Multipolar-Anfrage an das Bundesministerium für Gesundheit hieß es, die regelmäßigen Sicherheitsberichte seien ein "Sonderformat" gewesen, das aufgrund der "besonderen Pandemie-Situation" entwickelt wurde. Inzwischen gebe es eine "umfangreiche Datenlage" zur Sicherheit der COVID-19-Impfstoffprodukte. Das PEI habe daher die Erstellung und Veröffentlichung der Sicherheitsberichte zu COVID-19-Impfstoffprodukten beendet.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. September 2024 (x1.403/…):
>>**Faeser findet, Messerangriffe seien "nicht Alltag geworden"**
Im Interview mit Paul Ronzheimer erklärt Innenministerin Faeser, Messerangriffe seien in Deutschland noch nicht Alltag geworden. Immerhin sei es ja in anderen europäischen Ländern noch schlimmer als hier. Die deutsche Gesellschaft muß ihre Einstellung ändern.
Elisa David
In seinem neuen Sat.1 Reportage-Format "Ronzheimer - Wie geht's, Deutschland?" hat sich der Journalist Paul Ronzheimer mit der deutschen Migrationspolitik befaßt. Er reist selbst über die deutsche Grenze, um zu prüfen, wie leicht es ist, nach Deutschland zu kommen, spricht mit migrantischen Drogendealern, betroffenen Deutschen - und Innenministerin Nancy Faeser.
Seine erste Frage an sie: "Die Leute in Deutschland bekommen das Gefühl, daß diese Terroranschläge, daß diese Messerattacken, diese Morde Alltag geworden sind, daß sich unser Land verändert hat." Nancy Faeser findet das nicht. "Das sind sie nicht. Sie sind zum Glück nicht Alltag geworden." Woran sie das fest macht? "Wir sehen im europäischen Ausland, daß dort noch leider viel mehr passiert." Na dann ist ja alles gut - da geht ja noch was.
In Politikermanier fügt sie an, "jeder, der Angehörige verliert, auf diese furchtbarste Art und Weise hat das Recht, daß wir als Staat alles dafür tun, daß so Dinge nicht passieren." Was für ein sinnloser Satz. Warum sollten nur Menschen, die ihre Angehörigen verloren haben, das Recht haben, daß der Staat - endlich - Maßnahmen einleitet, die solche Taten verhindern?
Wenn für diese Menschen schon alles zu spät ist? Die Tatsache ist doch, daß jeder Mensch einen Anspruch auf Schutz seines Lebens und seiner körperlichen Unversehrtheit vom Staat hat. Den muß er sich nicht durch ein Menschenopfer verdienen, damit man in der Regierung mal aufwacht.

Ronzheimer wirft ein, die Menschen - er selbst auch - würden "trotzdem" eine "totale Ohnmacht" spüren. Die Innenministerin antwortet: "Aber ich glaube, genau gegen diese Ohnmacht müssen wir jetzt alle gemeinsam in der Gesellschaft arbeiten, weil dann hätte der Terrorist Erfolg." Wieder so ein sinnloser Satz. Das Gegenteil von Ohnmacht wäre die Möglichkeit, Einfluß zu nehmen, etwas zu verändern.
Das meint Faeser aber nicht. Sie will das Gefühl der Ohnmacht bekämpfen. Auch nach den vielen Messerangriffen - die ja nicht so viele sind, weil es ja auch noch mehr sein könnten - ist das Problem immer noch die Reaktion der Gesellschaft. Man muß einfach nur seinen Mindset ändern. Wie einst Angela Merkel schließt Faeser mit "Das ist unsere Art zu leben, die müssen wir auch verteidigen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. September 2024 (x1.404/…): >>**Was passiert, wenn dem Staat das Geld ausgeht?**
Mit der Wirtschaft geht's bergab, die Steuereinnahmen sinken. Es ist absehbar, daß dem Staat bald das Geld ausgeht. Was passiert dann? Die Vorbereitungen für den Zugriff auf das Vermögen der Bürger sind bereits getroffen.
Wie könnte ein Lastenausgleich funktionieren?
Ein moderner Lastenausgleich könnte verschiedene Formen annehmen, darunter:
Vermögensabgaben: Der Staat könnte eine einmalige oder wiederkehrende Vermögensabgabe von Bürgern mit hohem Vermögen einfordern. Dies könnte große Immobilienbesitzer, Aktionäre oder Personen mit hohem Privatvermögen betreffen. Der Staat würde dabei auf bestehendes privates Vermögen zugreifen, um seine finanziellen Probleme zu lindern.
Zwangsanleihen: Eine Möglichkeit wäre, von Bürgern oder Unternehmen Zwangsanleihen zu fordern, bei denen sie dem Staat Geld leihen müssen. Diese Anleihen könnten über einen längeren Zeitraum zurückgezahlt werden, sobald sich die wirtschaftliche Lage verbessert.
Sondersteuern auf Vermögenswerte: Der Staat könnte spezielle Steuern auf Immobilien, Aktien, Luxusgüter oder andere Vermögenswerte erheben. Diese Steuern könnten zeitlich befristet sein, um kurzfristige Löcher im Haushalt zu stopfen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. September 2024 (x1.404/…): >>**Der Aufstieg der KI im Sport: Chancen und Bedrohungen**
Die Künstliche Intelligenz (KI) verändert Branchen auf der ganzen Welt, und der Sport ist keine Ausnahme.
Die Anwendung von KI im Sport bietet immense Möglichkeiten zur Leistungssteigerung, Fanbindung und Verletzungsprävention. Der Aufstieg der KI bringt jedoch auch einige Herausforderungen mit sich, darunter ethische Bedenken, die Verdrängung von Arbeitsplätzen und Fragen des Datenschutzes. In diesem Artikel untersuchen wir sowohl die Chancen als auch die Gefahren, die die KI im Sport mit sich bringt, und zeigen auf, wie die Beteiligten in dieser komplexen Landschaft navigieren können.
… Leistungsanalyse
Einer der wichtigsten Beiträge der KI zum Sport ist ihre Fähigkeit, große Datenmengen in Echtzeit zu analysieren. Durch die Verarbeitung von Leistungsdaten von Sportlern liefert die KI verwertbare Erkenntnisse, die Sportlern und Trainern bei der Feinabstimmung ihrer Strategien helfen. Dieser datengesteuerte Ansatz bietet tiefere Einblicke in die Stärken, Schwächen und Muster von Spielern, die für das menschliche Auge möglicherweise nicht sichtbar sind. Ob bei der Analyse von Bewegungsmustern oder der Untersuchung der Spieldynamik - KI kann Trainingseinheiten, Spielvorbereitungen und die allgemeine Entwicklung von Sportlern revolutionieren.
Verletzungsprävention
KI kann auch bei der Verletzungsprävention eine entscheidende Rolle spielen. Mithilfe biomechanischer Daten können KI-Systeme subtile Veränderungen in den Bewegungen eines

Sportlers erkennen, die auf ein erhöhtes Verletzungsrisiko hinweisen können. Durch die Überwachung in Echtzeit können diese Systeme Trainer oder medizinisches Personal auf potentielle Risiken aufmerksam machen, sodaß präventive Maßnahmen ergriffen werden können, bevor es zu einer Verletzung kommt. Dieser proaktive Ansatz schützt die Gesundheit des Sportlers und hilft den Teams, Unterbrechungen aufgrund unerwarteter Abwesenheiten von Spielern zu vermeiden.

Identifizierung von Talenten

KI-Algorithmen erweisen sich als leistungsfähiges Instrument für die Talentsuche. Durch die Analyse von Leistungsmetriken und physischen Daten kann die KI dabei helfen, vielversprechende junge Sportler zu identifizieren, die bei herkömmlichen Scouting-Methoden möglicherweise übersehen wurden. Diese Systeme können das künftige Leistungspotential vorhersagen und bieten den Teams wertvolle Ressourcen für die Rekrutierung und Entwicklung von Spielern. Mithilfe von KI können Sportteams verborgene Talente entdecken und fundiertere Entscheidungen bei der Spielerauswahl treffen.

Engagement der Fans

Die KI verbessert nicht nur die Leistung auf dem Spielfeld, sondern gestaltet auch das Fanerlebnis neu. KI-gesteuerte Plattformen können Inhalte personalisieren, Merchandising-Artikel empfehlen und interaktive Funktionen anbieten, die auf den Vorlieben der Fans basieren. So kann die KI beispielsweise die Sehgewohnheiten der Fans analysieren und auf ihre Interessen zugeschnittene Inhalte vorschlagen, um ihre Bindung an den Sport zu verstärken. Außerdem wird KI in Plattformen für Live-Sportwetten integriert, die Echtzeitdaten und prädiktive Analysen zur Verbesserung des Wett-Erlebnisses liefern. Dieses Maß an Individualisierung schafft ein intensiveres Erlebnis und kann die Fanbindung erhöhen.

Optimierung des Trainings

KI wird auch zur Optimierung der Trainingsprogramme von Sportlern eingesetzt. KI-Systeme können individualisierte Trainingspläne entwickeln, die die Effizienz maximieren, indem sie die Leistung, den körperlichen Zustand und die persönlichen Ziele eines Sportlers analysieren. Diese personalisierten Programme stellen sicher, daß die Athleten das spezifische Training erhalten, das sie benötigen, um ihre Leistung zu verbessern und gleichzeitig das Verletzungsrisiko zu verringern. Das Ergebnis ist ein effektiveres Training, das auf die Stärken und Schwächen des Sportlers abgestimmt ist.

… Ethische Bedenken

Die zunehmende Integration von KI in den Sport wirft ethische Fragen in Bezug auf Fairneß und Transparenz auf. Eine der größten Sorgen ist das Potential für voreingenommene KI-Systeme, die bestimmten Teams oder Sportlern einen unfairen Vorteil verschaffen könnten. Wenn ein KI-System einen bestimmten Spielstil oder bestimmte Spielereigenschaften bevorzugt, könnte es das Spielfeld verzerren. Darüber hinaus ist die Transparenz der KI-Entscheidungsprozesse nach wie vor problematisch, vor allem wenn es um wichtige Entscheidungen wie die Spielerauswahl oder Spielstrategie geht.

Fragen des Datenschutzes

Die Fähigkeit der KI, große Datenmengen zu sammeln und zu analysieren, wirft Fragen des Datenschutzes auf. Von der Verfolgung der Gesundheitsdaten von Sportlern bis hin zur Überwachung der Vorlieben von Fans steht eine beträchtliche Menge an persönlichen Informationen auf dem Spiel. Diese Daten könnten ohne strenge Datenschutzmaßnahmen mißbraucht werden, was zu Verletzungen der Privatsphäre führen könnte. Sowohl Athleten als auch Fans könnten besorgt sein, daß ihre persönlichen Informationen von Organisationen ausgenutzt werden, die aus ihren Daten Kapital schlagen wollen.

Verdrängung von Arbeitsplätzen

Die KI bringt zwar Effizienz, bedroht aber auch Arbeitsplätze in der Sportbranche. Rollen, die

traditionell von Menschen besetzt sind, wie Talentsucher, Analysten und sogar Schiedsrichter, könnten durch die Automatisierung ersetzt oder erheblich reduziert werden. KI-gesteuerte Systeme können beispielsweise Spielmaterial genauer als menschliche Schiedsrichter analysieren, um Fouls oder Fehler zu erkennen. Da diese Systeme immer besser werden, besteht die Gefahr, daß einige sportbezogene Berufe überflüssig werden könnten.

Übermäßiges Vertrauen in die Technologie

Eine weitere Sorge ist das mögliche übermäßige Vertrauen in die KI. Die KI liefert zwar wertvolle Erkenntnisse und hilft, fundiertere Entscheidungen zu treffen, doch besteht die Gefahr, daß menschliche Intuition und Urteilsvermögen zugunsten datengesteuerter Ergebnisse in den Hintergrund treten. Das Gleichgewicht zwischen den Fähigkeiten der KI und dem menschlichen Fachwissen ist in Umgebungen, in denen viel auf dem Spiel steht - wie im Sport - von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, daß Algorithmen die Kunst des Coachings und des Sports bewahren.

Manipulation und Betrug

Die KI kann ein zweischneidiges Schwert sein, wenn es um Fairneß im Sport geht. Sie kann zwar Betrug aufdecken und verhindern, aber sie könnte auch dazu genutzt werden, Daten zu manipulieren oder sich unfaire Vorteile zu verschaffen. So könnten Teams beispielsweise KI nutzen, um Strategien zu entwickeln, die die Grenzen der Regeln überschreiten oder als unsportlich gelten. Dies stellt eine wachsende Herausforderung für die Sportaufsichtsbehörden dar, die sicherstellen müssen, daß die KI nach ethischen Gesichtspunkten und im Sinne des Fair Play eingesetzt wird.

Schlußfolgerung

Der Aufstieg der KI im Sport birgt sowohl spannende Chancen als auch erhebliche Gefahren. Einerseits hat die KI das Potential, die Leistungsanalyse zu revolutionieren, Verletzungen zu verhindern und das Engagement der Fans zu steigern. Auf der anderen Seite wirft sie Fragen zu Ethik, Datenschutz und der Zukunft menschlicher Arbeitsplätze auf.

Um die Vorteile der KI in vollem Umfang zu nutzen und gleichzeitig ihre Risiken zu mindern, muß die Sportbranche diese Herausforderungen sorgfältig abwägen und solide Rahmenbedingungen für den ethischen Einsatz von KI schaffen. Auf diese Weise kann KI ein leistungsfähiges Werkzeug sein, um die Welt des Sports zu verbessern, wovon Sportler, Fans und Stakeholder profitieren.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. September 2024 (x1.404/…): >>**Kubicki offen für Debatte über Abschaffung des Asylrechts**

FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki hat Sympathien für die Forderung des brandenburgischen Innenministers Michael Stübgen (CDU) geäußert, das bestehende Asylrecht abzuschaffen. "Ich halte diesen Vorschlag jedenfalls nicht von vornherein für falsch oder indiskutabel", sagte Kubicki dem "Handelsblatt" (Freitagsausgabe). "Wir haben immer gesagt, daß wir über sachdienliche Vorschläge, die nur mit einer Verfassungsänderung umsetzbar sind, diskutieren werden."

Wenn hiermit sowohl der humanitäre Schutz als auch die Beachtung der staatlichen Kapazitätsgrenzen besser als mit der bisherigen Regelung in Einklang gebracht werden könnten, "wäre dies allemal eine ernsthafte Debatte wert". Kubicki zeigte sich auch offen für den Vorschlag Stübgens, die deutschen Beziehungen zu Syrien zu normalisieren, um verstärkt Rückführungen abgelehnter Asylbewerber in das Land zu ermöglichen.

"Wir müssen uns grundsätzlich von dem infantilen Gedanken verabschieden, daß wir unsere Interessen im Ausland angemessen vertreten können, indem wir ausschließlich mit demokratischen Staaten reden", sagte Kubicki. "Wenn die Ziele der signifikanten Verringerung der Flüchtlingszahlen sowie der Abschiebung nach Syrien mittels einer Umgehung von Präsident Assad erreichbar sind, indem wir zum Beispiel mit den Autoritäten im kurdisch kontrollierten

Nordosten Syriens sprechen, sollten wir dies aber selbstverständlich prioritär versuchen." Deutliche Kritik äußerte Kubicki in diesem Zusammenhang an Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne).
Die bisherige Linie der Ministerin "hat uns jedenfalls in dieser Frage nicht sonderlich weit gebracht - bisher kenne ich keinen umsetzbaren und ausreichend wirkungsvollen Vorschlag, der darauf hindeutet, daß sie überhaupt eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen aus Syrien erreichen will", sagte er. Kubicki wies zudem darauf hin, daß mehrere EU-Partnerländer, darunter Österreich, Tschechien oder Italien, vor Kurzem eine Verbesserung der Beziehungen zu Syrien angemahnt hätten, vor allem um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. September 2024 (x1.404/…): >>**Projekte zur Klimakatastrophen-Vorsorge mit Bundespreis ausgezeichnet**
Umweltstaatssekretär Stefan Tidow (Grüne) und Bettina Rechenberg, Fachbereichsleiterin des Umweltbundesamtes, haben am Donnerstag fünf Projekte zur Klimakatastrophen-Vorsorge mit dem Bundespreis "Blauer Kompaß" ausgezeichnet. Mit über 300 Bewerbungen gab es erneut einen Teilnahmerekord am bundesweiten Wettbewerb um die je mit 25.000 Euro dotierten Preise. In der Kategorie "Kommunen" wurde die Starkregenvorsorge in Göttingen ausgezeichnet. Die Stadt Göttingen und die Göttinger Entsorgungsbetriebe erarbeiteten in ihrem Projekt ein umfangreiches, kostenloses Angebot.
Mit einer interaktiven Karte visualisierten sie das Überflutungsrisiko im Stadtgebiet, um Bürger für das Thema Starkregen zu sensibilisieren. Grundstückseigentümer können zudem über eine kostenlose Auskunft Details zu ihrem Gebäude erhalten. So kann unter anderem eine kostenlose Vor-Ort-Beratung in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus unterstützt die Stadt Göttingen die Bürger finanziell bei der Umsetzung empfohlener Maßnahmen. Der Preis für die Kategorie "Private und kommunale Unternehmen" ging an Inventied aus dem rheinland-pfälzischen Rockenhausen.
Das Startup versucht gemeinsam mit Einsatzkräften der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks, neue Produkte zur effizienteren Bewältigung von Katastrophenfolgen zu entwikkeln. Auf einer digitalen Plattform können innovative Ideen eingereicht werden. Diese sollen zu marktreifen Produkten weiterentwickelt und die Ideengeber am Gewinn der verkauften Produkte beteiligt werden. Das Projekt "Hydro-Skin" der Universität Stuttgart gewann in der Kategorie "Forschungs- und Bildungseinrichtungen".
Mit Gebäudefassadenelementen will das Projekt eine Teillösung gegen Hochwasser und Hitze verwirklichen. So können leichte Fassadenelemente aus Textilien und Membranen Regenwasser aufnehmen und das Hochwasserrisiko reduzieren, indem sie die Kanalisation entlasten. An heißen Tagen kühlen sie durch Verdunstung des zurückgeführten (Regen-)Wassers sowohl das Gebäude als auch den Stadtraum und tragen zur Hitze-Resilienz bei. Die individuell konfigurierbare Textilhülle lasse sich leicht an Neubauten und Bestands-Gebäuden nachrüsten und leiste einen Beitrag für den Maßnahmenkatalog einer Schwammstadt, hieß es in der Begründung der Jury.
Über einen Preis darf sich auch der Verein "Bär meets Adler" aus Brandenburg freuen. In zwei Stadtteilen der Stadt Brandenburg an der Havel baut der Verein ein wohnquartierbezogenes Netzwerk an Hitzehelfern auf. Ziel ist es, ältere Menschen vor den gesundheitlichen Risiken extremer Hitze zu schützen und ihre Lebensqualität zu erhalten. Dafür werden Kontaktpersonen der Senioren, wie beispielsweise Familienangehörige oder auch Apotheker gewonnen, sensibilisiert und geschult.
Der Community-Preis, bei dem fast 18.000 Stimmen abgegeben wurden, ging an Schüler des Leibniz-Gymnasiums in Dormagen. Sie nutzen das "Internet der Dinge" (Internet of Things, IoT), um Orte mit besonderer Hitzebelastung im städtischen Bereich zu identifizieren. Dazu

haben sie Temperatur- und Feuchtesensoren entwickelt, gebaut und programmiert, um vor Ort den Handlungsbedarf zu ermitteln und zur Entwicklung von Hitzeschutzmaßnahmen beizutragen. Die Rohdaten werden in Echtzeit grafisch ausgewertet und der Stadt Dormagen sowie den Bürgern kostenlos zur Verfügung gestellt.
"Die Folgen der Klimakrise spüren wir auch in Deutschland immer direkter und immer häufiger", erklärte Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne). "Die Auszeichnungen zum Bundespreis 'Blauer Kompaß' machen deutlich: wirksame Vorsorge gelingt nur im Schulterschluß aller Akteure. Sie zeigen eindrucksvoll, wie vor Ort mit Engagement, Austausch und Vernetzung aus klugen Ideen praktische Lösungen werden."
Dirk Messner, Chef des Bundesumweltamts, drängt auf mehr Tempo bei der Anpassung an die klimawandelbedingten Veränderungen. "Die Hochwasserereignisse in Süddeutschland und im Saarland, sowie die Temperaturrekorde in diesem Jahr verdeutlichen erneut: Wir müssen bei der Anpassung an die Folgen der Klimakrise sofort und konsequent handeln", sagte er. "Die ausgezeichneten Projekte inspirieren zum Nachahmen und leisten einen wichtigen Beitrag für ein klimaresilientes Deutschland."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. September 2024 (x1.404/…): >>**Zahl der Abtreibungen im zweiten Quartal gestiegen**
Im zweiten Quartal 2024 sind in Deutschland rund 26.900 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Donnerstag mitteilte, waren das 0,7 Prozent mehr als im zweiten Quartal 2023. Die Ursachen für die Entwicklung sind den Statistikern zufolge anhand der Daten nicht bewertbar. Insbesondere liegen keine Erkenntnisse über die persönlichen Entscheidungsgründe für einen Schwangerschaftsabbruch nach der Beratungsregelung vor. 69 Prozent der Frauen, die im zweiten Quartal 2024 einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, waren zwischen 18 und 34 Jahre alt, 20 Prozent zwischen 35 und 39 Jahre.
Acht Prozent der Frauen waren 40 Jahre und älter, drei Prozent waren jünger als 18 Jahre. 43 Prozent der Frauen hatten vor dem Schwangerschaftsabbruch noch kein Kind zur Welt gebracht. 97 Prozent der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen.
Eine Indikation aus medizinischen Gründen oder aufgrund von Sexualdelikten war in den übrigen drei Prozent der Fälle die Begründung für den Abbruch. Die meisten Schwangerschaftsabbrüche (47 Prozent) wurden mit der Absaugmethode durchgeführt, bei 40 Prozent wurde das Mittel Mifegyne verwendet. Die Eingriffe erfolgten überwiegend ambulant, darunter 85 Prozent in Arztpraxen beziehungsweise OP-Zentren und 13 Prozent ambulant in Krankenhäusern.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. September 2024 (x1.404/…): >>**BKA geht gegen Krypto-Tauschplattformen vor**
Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) und das Bundeskriminalamt (BKA) haben 47 in Deutschland gehostete Exchange Services abgeschaltet, die nach Angaben der Behörden für kriminelle Zwecke genutzt worden sein sollen.
Es handle sich um Plattformen zum Umtausch von herkömmlichen Währungen und Kryptowährungen, teilte das BKA am Donnerstag mit. Die Behörden stellten "sowohl umfangreiche Nutzer- als auch Transaktionsdaten" sicher.
Den Betreibern der nun abgeschalteten Exchange-Services wird vorgeworfen, bewußt durch mangelhafte Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben zur Geldwäschebekämpfung in großem Stil die Herkunft kriminell erlangter Gelder verschleiert, und sich somit der Geldwäsche und dem Betreiben krimineller Handelsplattformen im Internet strafbar gemacht zu haben.
Konkret ermöglichten die Exchange-Services laut BKA Tauschgeschäfte ohne Durchlaufen eines Registrierungsprozesses und ohne Prüfung von Identitätsnachweisen (sogenanntes

"Know-Your-Customer-Prinzip"). Das Angebot soll darauf gerichtet gewesen sein, schnell, einfach und anonym Kryptowährungen in andere Krypto- oder digitale Währungen zu tauschen, um auf diese Weise deren Herkunft zu verschleiern, so der Vorwurf der Behörden.
Exchange-Services, die solche anonymen Finanztransaktionen ermöglichen, stellen nach Ansicht des BKA "einen der relevantesten Bausteine in der kriminellen Wertschöpfungskette des Phänomenbereichs Cybercrime" dar. Unter den Nutzern befänden sich Ransomware-Gruppierungen, Darknet-Händler und Botnetz-Betreiber, die über solche Dienste erpreßtes Lösegeld oder andere Taterträge in den regulären Währungskreislauf einbrächten, um das kriminell erlangte Geld verwerten zu können, hieß es.
Das BKA erklärte, daß sich Cyberkriminelle oftmals im Ausland aufhielten und von einigen Ländern geduldet oder sogar geschützt würden. Dadurch blieben sie für die deutsche Strafverfolgung oftmals unerreichbar. Die Maßnahmen der deutschen Strafverfolgungsbehörden sind daher auch darauf ausgerichtet, die Infrastruktur der Cyberkriminellen zu schwächen und zu zerschlagen. Durch diesen Infrastrukturansatz seien der "Underground Economy" in jüngster Vergangenheit teils beträchtliche Finanzmittel entzogen worden, so die Beamten.<<

20.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. September 2024 (x1.402/…): >>**"Herbst der Entscheidungen": Lindner (FDP) hält Ampel-Bruch für möglich**
FDP-Chef Christian Lindner schließt einen Bruch der Chaos-Ampel nach der Brandenburg-Wahl (22. September) nicht mehr aus. Die Koalition stehe vor einem "Herbst der Entscheidungen", orakelte er im Interview mit der in Düsseldorf erscheinenden "Rheinischen Post".
Der Finanzminister betonte mehrere Ziele, an denen er und die Bürger die weitere Regierungsarbeit messen würden: "Setzen wir die Wachstumsinitiative ambitioniert um, damit wir eine Wirtschaftswende erreichen? Einigen wir uns auf einen Bundeshaushalt, der Bildung, Investitionen und Sicherheit stärkt, gleichzeitig die Steuerlast für die Bürger senkt und die Schuldenbremse einhält? Schaffen wir mehr Kontrolle und Konsequenz in der Migrationspolitik und überwinden Denkverbote?"
Auf die Frage, ob die FDP sich in einer ähnlichen Lage wie 1982 befinde, als sie aus der sozial-liberalen Koalition unter Ex-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ausstieg, antwortete Lindner: "Auch in meiner Generation haben wir den Mut, für unsere Überzeugungen einzutreten."
Vieldeutig fügte der FDP-Chef hinzu: "Manchmal bedeutet Mut, trotz Meinungsverschiedenheiten in einer Koalition zu bleiben, weil Stabilität wichtig ist und noch positive Veränderungen bewirkt werden können. Manchmal bedeutet Mut aber auch, ins Risiko zu gehen, um neue politische Dynamik zu schaffen."
Es sind sibyllinisch gesprochene Worte, die Polit-Insider in der Hauptstadt stark an das "Scheidungspapier" erinnern, mit dem der frühere Bundeswirtschaftsminister und spätere FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff im Herbst 1982 das Ende der sozial-liberalen Regierung unter SPD-Kanzler Schmidt einläutete.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 20. September 2024 (x1.406/…): >>**Verteidigung vor dem Forum des Volkes - Dr. Füllmichs vier ausführliche Stellungnahmen**
Von *Herbert Ludwig*
Dem in rechtswidriger U-Haft sitzenden Dr. Reiner Füllmich wird vor der Wirtschaftsstrafkammer Göttingen unmöglich gemacht, sich umfassend zu verteidigen und nachzuweisen, daß gegen ihn ein politisches Verfahren geführt wird, um ihn als international bekannten Corona-Aufklärer auszuschalten. Seine Beweisanträge werden ständig abgelehnt. - Ein Gericht fällt das Urteil stets "im Namen des Volkes". So wendet sich Dr. Füllmich mit den nachfolgenden ausführlichen Stellungnahmen direkt an die Öffentlichkeit des Volkes. Mögen möglichst viele

Menschen die Zeit nicht scheuen, sich gründlich zu informieren, was hier abläuft. (hl)
Dr. Füllmich bringt hier vorweg noch einmal die kurzen Zusammenfassungen der ausführlichen Statements. Wer sie schon vom Audio kennt, kann sie ja überspringen. (hl)
Die ausführlichen Statements zu den vier zentralen Themen
Stand 2.9.2024
"Ich veröffentliche jetzt vier Statements schriftlich, die sich mit den vier zentralen Themen dieses Verfahrens gegen mich befassen. Ich werde jedes dieser Statements mit jeweils ein paar Sätzen zusammenfassen. Dies geschieht, damit jeder, der es ganz genau wissen will, sich im Detail informieren kann und auch denjenigen, die mit falschen Informationen arbeiten, Paroli bieten kann, gegebenenfalls einfach das schriftliche Statement übergeben kann.
Kurze Zusammenfassungen:
Zum Statement 1 - Die als Scheinabschiebung getarnte Entführung
Hier erläutere ich anhand der sogar in der Akte befindlichen, aber prozeßwidrig nicht ins Deutsche übersetzten Abschiebeverfügung der mexikanischen Migrationsbehörde, daß die dort genannte einzige Grundlage für eine Abschiebung, § 144 des mexikanischen Migrationsgesetzes, ganz offensichtlich nicht greift.
Denn § 144 ist die einzige Grundlage für Abschiebungen aus Mexiko, aber keine einzige der dort aufgezählten sechs Möglichkeiten für eine Abschiebung greift: Meine Frau und ich sind weder mit gefälschten Papieren eingereist, noch haben wir uns widerrechtlich nach vorangegangener Abschiebung in das Land begeben, noch sind wir wegen irgendeines die nationale Sicherheit gefährdenden Verbrechens verurteilt oder wird wegen eines solchen Verbrechens gegen uns ermittelt.
Das heißt: Meine Frau und ich befanden uns völlig legal im Lande. Straftaten haben wir dort auch keine begangen. Der weitere Akteninhalt beweist, was das Dossier 1 bestätigt: nämlich daß die deutschen Dienste, insbesondere das BKA und das niedersächsische LKA, im Zusammenwirken mit der weisungsgebundenen (gesteuerten) Staatsanwaltschaft Göttingen die Migrationsbehörde in Mexiko aufforderten, eine Abschiebung vorzutäuschen, damit ich in Mexiko entführt und dann am Frankfurter Flughafen verhaftet werden konnte.
Zwar hätten die Dienste und die Staatsanwaltschaft meine Auslieferung beantragen können und müssen, um mich legal in Mexiko verhaften zu können, wie sie selbst per E-Mail kommunizieren. Aber da mir nur ein Vergehen vorgeworfen wird, weil mehr offenbar nicht "zusammen zu konstruieren" war, ist schon fraglich, ob das gereicht hätte.
Vor allem aber: Im Rahmen eines Auslieferungsverfahrens hätten meine Anwälte und ich von den mexikanischen Behörden rechtliches Gehör bekommen. Und dadurch wäre schon in Mexiko herausgekommen, was jetzt im Verfahren in Deutschland herausgekommen ist, aber das Gericht versucht zu verheimlichen, nämlich daß die von der Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfe allesamt falsch und konstruiert waren. Insbesondere wäre herausgekommen, daß die gesamte Aktion vom Bundesamt für Verfassungsschutz gesteuert wurde, wie sich ebenfalls aus der Akte ergibt.
Eine Auslieferung wäre dann niemals erfolgt, und die deutschen Dienste und Behörden wären international blamiert worden, wie dies jetzt durch diese internationalen Veröffentlichungen geschieht.
Einer der angesehensten deutschen Strafrechtsprofessoren, Prof. Dr. h. c. mult. Bernd Schünemann, hat sich zu dieser Problematik in einem Aufsatz unter dem Titel "Materielle Tatverdachtsprüfung und völkerrechtswidrige Entführung als nationalstaatliche Sprengsätze im internationalen Auslieferungsverkehr" in der Zeitschrift Goltdammer's Archiv für Strafrecht in einem umfangreichen Aufsatz geäußert.
1. Auf Seite 237 stellt er fest:
"Selbstverständlich handelt es sich bei der durch eine Entführung eingeleiteten Inhaftierung

um eine das Grundrecht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG verletzende Freiheitsentziehung."
2. Danach stellt er auf derselben Seite fest:
"Bereits nach allgemeinem Staatshaftungsrecht löst ein rechtswidriger Grundrechtseingriff einen Folgenbeseitigungsanspruch aus."
3. Auf Seite 229 erläutert er:
"Es ist zudem allgemein anerkannt, daß die von Strafverfolgungsbehörden eines Staates (hier: Staatsanwaltschaft Göttingen in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, dem niedersächsischen LKA und dem BKA) organisierte Entführung eines Beschuldigten auf dem Territorium eines anderen Staates ein völkerrechtswidriges Delikt darstellt, daß den entführenden Staat (hier: Deutschland) auf Verlangen des verletzten Staates (hier: Mexiko) zur Rückführung des Entführten verpflichtet."
Was aber, wenn der verletzte Staat - sei es aus politischer Rücksichtnahme (hier: die eigene Beteiligung an der Entführung auf Verlangen der deutschen Behörden) - seinen Rückführungsanspruch nicht geltend macht? Dann, so Schünemann, ist "ein wirksames Mittel zur Unterbindung dieses Schandflecks auf dem Tableau der internationalen Rechtshilfebeziehung die Zubilligung eigener Restitutionsansprüche (= Schadensersatzansprüche) an den Entführten selbst, die auf seine Freilassung, wenn nicht gar die endgültige Einstellung des Strafverfahrens wegen eines Verfahrenshindernisses gerichtet sein muss".
4. Denn immerhin geht es hier um "kriminelle Praktiken der Strafverfolgungsorgane" (Seite 237 des Aufsatzes), die, wenn man sie laufen ließe, auf eine Aushebelung der Unschuldsvermutung und "die Statuierung des Faustrechts" hinausliefe.

Zum Statement 2 - Rechtzeitiges und vollständiges rechtliches Gehör ist die zentrale Voraussetzung für ein faires Verfahren, ein Fair Trial

Hier lege ich dar, daß die Staatsanwaltschaft auf Anweisung der Dienste mir absichtlich mehr als ein Jahr und drei Monate keinerlei rechtliches Gehör gewährte, sondern es dezidiert verweigerte, während sie gleichzeitig in ständigem schriftlichen und mündlichen (telefonischen) Austausch mit den, wie wir jetzt wissen: kriminellen Anzeigeerstattern stand.
Erst einen Monat nach Verfassen der Anklageschrift und drei Monate nach meiner Entführung aus Mexiko und Inhaftierung in Deutschland wurde mir rechtliches Gehör gegeben, also viel zu spät! Da aber die Ermittlungsakten unvollständig waren und sind, hatte ich tatsächlich bis heute keine Möglichkeit, mich ordentlich zu den Vorwürfen zu äußern. Es werden zurückgehalten alle Gesprächsnotizen von mindestens 80 Telefonaten und diverse entscheidungserhebliche Urkunden.
Die Staatsanwaltschaft hält also wichtige, entscheidungserhebliche Informationen zurück, ganz genauso, wie das im Strafverfahren gegen den US-Schauspieler Alec Baldwin geschehen war, was soeben zu einer sofortigen und endgültigen Abweisung der Anklage gegen Alec Baldwin im Bundesstaat New Mexico in den USA führte. Hier ist angesichts des Dossiers und des Gesamtverhaltens der Staatsanwaltschaft sowie der überaus engen Zusammenarbeit mit den Anzeigeerstattern davon auszugehen, daß über die Anweisungen der Dienste und über das Entwenden meines Geldes gesprochen wurde und das Ganze deshalb keinen Eingang in die Akten gefunden hatte.

Zum Statement 3 - Rechtsbeugung durch den willkürlichen Austausch von Fakten und die Verweigerung des rechtlichen Gehörs dazu

Hier lege ich dar, daß das Verhalten des Vorsitzenden Richters und des Staatsanwalts John (aber auch der anderen beteiligten Staatsanwälte Recha und Dr. Kutzner) den Straftatbestand der Rechtsbeugung gemäß § 339 StGB erfüllt. Denn nachdem die angeklagten Fakten sich als Lügen der Anzeigeerstatter erwiesen hatten, hätte das Verfahren gegen mich eingestellt und ich freigesprochen und sofort freigelassen werden müssen. Statt dessen tauschte der Vorsitzende die angeklagten Fakten im Mai 2024 aus, und zwar gegen offensichtlich genauso falsch

erfundene, diesmal vom Vorsitzenden selbst, neue Fakten.
Die - bislang jedenfalls - erklärte Weigerung, die von uns zur Widerlegung der erfundenen Fakten benannten Zeugen anzuhören, komplettiert die Rechtsbeugung. In der Gesamtschau kommt hinzu, daß dem Vorsitzenden, wie er soeben in einem Beschluß vom 12.07.2024 bekundet hat, wie wir aber auch in der mündlichen Verhandlung im Detail dargelegt haben, nun auch bekannt ist, daß die Staatsanwaltschaft mich in Mexiko entführen ließ und dazu eine Abschiebung vortäuschte.
Er wußte außerdem, daß mir rechtliches Gehör verweigert und entscheidende Beweismittel von der Staatsanwaltschaft zurückgehalten wurden und werden. Macht er jetzt weiter und machen die übrigen Mitglieder des Gerichts dabei mit, so machen sie sich allesamt (erst recht natürlich der Staatsanwalt) der Rechtsbeugung schuldig - eines mit mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe zu ahndenden Verbrechens -, um mich wegen eines vorgetäuschten Vergehens hinter Gitter zu bringen.

Zum Statement 4 - Meinungs-, Äußerungs- und Informationsfreiheit im "Kampf ums Recht"

Mit diesem Statement stelle ich klar, daß die Behauptung des Vorsitzenden, wir dürften nicht auch mit harten Worten einschließlich des Vorwurfs der Rechtsbeugung uns gegen Gericht und Staatsanwaltschaft verteidigen, gemäß der ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung falsch ist.
Denn gerade dann, wenn der Staat und die Gerichte selber für eine aufgeheizte Stimmung gesorgt haben (hier: Entführung, Verweigerung rechtlichen Gehörs, Zurückhalten von Beweismitteln, Vortäuschen einer Straftat, Austausch von Fakten, um ohne Verhandlung über die neuen Fakten zu einem Urteil gegen mich zu kommen), muß es dem Angeklagten und seinen Anwälten möglich sein, auch mit deutlichen, klaren Worten zu verteidigen.
Ich beziehe mich für diese Rechtsprechung auf unsere eigenen seit 26 Jahren in den deutschen Gerichten laufenden und von den Mainstream-Medien begleiteten Massenverfahren gegen betrügerische Banken und korrupte Richter. Denn diese Rechtsstreite bilden die Grundlage für die sehr weitgehenden Verteidigungsmöglichkeiten im verfassungsrechtlich geschützten "Kampf ums Recht", welche die höchstrichterliche Rechtsprechung den Prozeßbeteiligten, insbesondere aber einem Angeklagten eines Strafprozesses zubilligt.
Im Verlaufe jener Rechtsstreite kam Jahre später heraus und wurde Jahre später nicht nur von den Medien, sondern auch von der wichtigsten deutschen Juristenzeitschrift NW berichtet, daß höchste Richter des Bundesgerichtshofs gegen Bezahlung heimlich Absprachen mit Bankvertretern zulasten unserer Mandanten trafen.
Die ausführlichen Statements

Einleitung

Am 17.05.2024 verkündete der Vorsitzende Richter Schindler der aus fünf Richtern (drei Berufsrichter und zwei Laienrichter bzw. Schöffen) bestehenden 5. Großen Strafkammer des Landgerichts Göttingen eine sogenannte prozeßleitende Verfügung. Damit versuchte er erstmals offen, aber in verfassungswidriger Weise, unsere Verteidigungsarbeit auszuhebeln. Das geschah mit einer Mischung aus kaum verdecktem Einschüchterungsversuch, vorsätzlich falschen Behauptungen und herablassenden Äußerungen gegenüber der Verteidigung und der Öffentlichkeit, die er für nicht in der Lage hält zu verstehen, was in diesem Verfahren geschieht.
Weiter behauptete er, ohne irgendwelche Belege hierfür vorzulegen, daß die Verteidigung die Öffentlichkeit so beeinflusse, daß er Telefonanrufe und E-Mails erhalte, mit welchen versucht werde, Einfluß auf die Entscheidungsfindung des Gerichts zu nehmen.
Es erscheint ausgeschlossen, daß Anrufe von Außenstehenden überhaupt zum Vorsitzenden durchgestellt werden.

Und - sollte es überhaupt solche E-Mails oder, wie der Vorsitzende behauptet, gar anonyme Drohungen geben -, muß ermittelt werden, von wem sie überhaupt stammen. Ähnliches Verhalten ist inzwischen von den Anzeigenerstattern bekannt geworden.
Offensichtlich unternehmen Gericht und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft jetzt alles, um zu verhindern, daß die wahren Fakten des Falles bekannt werden. Dies kulminierte am 31.07.2024, als der Vorsitzende unter Verstoß gegen das verfassungsrechtlich garantierte Mündlichkeitsprinzip und das Öffentlichkeitsprinzip anordnete, daß das Verfahren im Wesentlichen schriftlich zu führen sei, also ohne daß die anwesende Öffentlichkeit mehr sieht und hört als die Übergabe von Papier.
Und: ohne daß der Angeklagte selbst noch erkennen kann, welche Anträge von seinen Anwälten gestellt werden. Darüber wird er dann zwangsläufig erst im Nachhinein informiert. Insbesondere ließ er weder den Rechtsanwalt Großenbach von Viviane Fischer zu Wort kommen, noch ließ er die Rechtsanwälte der Verteidigung die Anträge und deren Begründung, die Rechtsanwalt Großenbach für Viviane Fischer gestellt hatte, verlesen. Damit überschreiten er und das Gericht endgültig die Grenze zur Rechtsbeugung.
Denn auch Viviane Fischer hat inzwischen erkannt, daß sie von den drei Berliner V-Leuten des Verfassungsschutzes manipuliert wurde, deren vom Verfassungsschutz gesteuertes Ziel die Zerstörung des Corona-Ausschusses und die Entwendung des Spendengeldes ist. Vor allem würde Viviane Fischer als Zeugin bekunden, daß es entgegen der Erfindung des Gerichts keine Vereinbarung zwischen ihr und dem Angeklagten gab, daß die Darlehensverträge bloß Scheingeschäfte ohne Bindungswirkung sein sollten, um angeblich geschlossene Treuhandverträge zum Halten des Geldes auf einem anderen Konto zu verschleiern.
Weil die Gesellschaft, für die die Anzeigeerstatter Antonia Fischer und Justus Hoffmann behaupten zu handeln, nie existierte und niemals Vermögen hielt, konnten die Anzeigeerstatter Antonia Fischer und Justus Hoffmann nie einen Schaden erleiden, und deshalb ist der Angeklagte freizusprechen, wie auch Viviane Fischer und ihr Anwalt völlig zu Recht argumentieren. ...
Erlauben Sie mir noch einen Hinweis:
Natürlich haben einige der Prozeßbeteiligten Jura studiert, wie der Vorsitzende herablassend und höhnisch anmerkte. Bei einigen der Prozeßbeteiligten ist dies auch ohne weiteres erkennbar. Nur bin ich mir nicht mehr sicher, auf wen das tatsächlich zutrifft. Für mich jedenfalls nehme ich in Anspruch, daß ich Jura nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA studiert habe und daß ich darüber hinaus Jura im In- und Ausland an verschiedenen Universitäten gelehrt habe.
Ich habe einen echten - das heißt, nicht im Wege eines Plagiats zurechtgebastelten - Doktorgrad in Deutschland, und in den USA den Grad eines LL.M., das heißt eines Master of Laws, erworben. Außerdem bestand ich in Kalifornien im Jahr 1993 die drei Tage dauernde Anwaltszulassungsprüfung, das sogenannte Bar Exam.
Sowohl in Deutschland als auch in den USA verfüge ich über 30 Jahre Erfahrung als Prozeßanwalt, wobei diese Arbeit nahezu ausschließlich im Bereich des Verbraucherschutzes und zum Schutz kleiner und mittlerer Unternehmen gegen ausnahmslos betrügende internationale Konzerne stattfand. Im Rahmen dieser Tätigkeit war ich an zwei Class Actions beteiligt. Zuletzt betraf dies eine in Südkalifornien gegen die Deutsche Bank im Jahr 2017 anhängige Class Action mit einem Streitwert in Höhe von 85 Milliarden Dollar.
Ich arbeitete pro bono, das heißt, ohne hierfür Geld zu verlangen oder zu bekommen, indem ich das Gericht mit Hilfe eines sogenannten amicus-curiae-Schriftsatzes darüber informierte, daß die Deutsche Bank regelmäßig nicht nur fahrlässig gegen geltendes Recht verstößt, sondern dies vorsätzlich tut, zum Beispiel, indem sie in deutschen Gerichten systematisch Prozeßbetrug begeht, um Prozesse mit Hilfe von Lügen zu gewinnen.

Zwei oder drei Wochen nach meinem Schriftsatz und nachdem ich darüber auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank vor dem gesamten Vorstand, dem gesamten Aufsichtsrat und Tausenden von Aktionären berichtet hatte, verglich sich die Deutsche Bank urplötzlich zu bis heute nicht veröffentlichten Bedingungen. Warum wohl?
Daneben kann ich auch auf eine Reihe von rechtswissenschaftlichen Veröffentlichungen in deutschen und ausländischen Publikationen zurückblicken, aber ich verfüge auch über nichtjuristische Lebenserfahrung als Soldat und als Banker im Geschäftskundengeschäft der Deutschen Bank in Tokio. All dies ist aus meinem Curriculum Vitae, aber auch, soweit es meine anwaltliche Tätigkeit betrifft, aus zahlreichen TV- und Presseberichten ersichtlich. Das Curriculum Vitae veröffentlichen wir hier.
Kurz: Vor diesem Hintergrund dürfte mindestens eine tatsächliche Vermutung dahingehend bestehen, daß ich über mehr als nur "blödsinnige" Rechtskenntnisse verfüge. Fraglich bleibt allerdings, in welchem Maß eine solche Vermutung auch für andere Prozeßbeteiligte gilt.
Diese einleitenden Worte abschließend, erlaube ich mir unter Bezugnahme auf den Hinweis des Vorsitzenden Schindler auf den Tatbestand der Rechtsbeugung - auf den ich noch näher und im Detail eingehen werde - einen eigenen Hinweis darauf. Dieser Tatbestand kann auch von Staatsanwalt und Schöffen erfüllt werden.
Und ein strafbarer Versuch der Rechtsbeugung kann auch dann vorliegen, wenn - ich zitiere Rdn. 21 des Beck-Online-Kommentars zum Strafgesetzbuch von Heintschel-Heinegg, Kudlich, 60. Aufl., Stand 01.02.2024 - ein Mitglied eines Kollegialgerichts (nämlich Herr Schindler) sich erfolglos bemüht, andere Mitglieder des Kollegialgerichts zu einer rechtsbeugenden Handlung zu bewegen. Machen diese jedoch mit, dann wird aus dem Versuch für den anstiftenden Richter die vollendete Rechtsbeugung und alle mitmachenden Richter machen sich wegen vollendeter Rechtsbeugung schuldig.
Eine Sache noch, oder "one more thing", wie Columbo und auch Steve Jobs immer sagten: Die hier sogar offensichtliche Rechtsbeugung ist in mehrfacher Hinsicht von internationaler Bedeutung. Denn es geht bei diesem inszenierten Vorgehen um die Verhinderung meiner internationalen Arbeit. Und: Ich wurde aus Mexiko, also aus dem Ausland, entführt, wie ich sogleich darlegen werde. Angesichts der sogar in den Akten dokumentierten unwiderlegbar dokumentierten Entführung hat sich ein internationales Gericht, nämlich die Common Law Courts, in England eingeschaltet und wegen der aus der Entführung folgenden Unzuständigkeit des deutschen Gerichts nicht nur meine sofortige Freilassung angeordnet, sondern außerdem auch auf Schadensersatz zu meinen Gunsten erkannt.
Das ist ein Beleg dafür, daß Gerechtigkeit, wenn sie von Systemgerichten pervertiert wird, auch und vielleicht nur außerhalb der Systemjustiz möglich ist, wenn das Volk es so will. Daß der Vorsitzende Schindler das Gericht als "selbst ernanntes Gericht" bezeichnet, verwundert nicht. Nur: Jenes Gericht ist ein echter Common Law Court, welches das echte, ursprüngliche Common Law, das heißt das Naturrecht, anwendet, genau dasselbe Recht, also welches nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs in den Nürnberger Prozessen auf die Täter angewendet wurde. War das auch ein selbst ernanntes Gericht?
Gerechtigkeit wird sich schlicht und einfach aufgrund der ans Licht gebrachten wahren Fakten durchsetzen, und ohne daß juristisches Kauderwelsch den Blick auf richtig und falsch und gut und böse verstellt, und auch ohne daß prozessuale Regeln dazu mißbraucht werden, die wahren Fakten schlicht zu verdecken.
Jeder wird seinen Preis zahlen müssen für das, was er getan hat. Wie hoch der Preis sein wird, hängt allein davon ab, was die Täter getan haben und was sie weiter tun, bis der Tag der Abrechnung kommt. Denn Gerechtigkeit ist das, was das Volk erkennt - nicht das, was das korrupte System konstruiert.
I Die von den deutschen Behörden unter der Aufsicht des Verfassungsschutzes angeordnete

Entführung und Verschleierung der Entführung durch eine Scheinabschiebung
Bei der Behauptung des Vorsitzenden, es habe gar keine Entführung stattgefunden, sondern eine schlichte Abschiebung, handelt es sich um eine Behauptung wider besseres Wissen, das heißt um eine bewußte Lüge. Eine versehentliche Falschbehauptung ist hier schon deshalb auszuschließen, weil dieser Zusammenhang der Entführung zwingend aus der Akte selbst ohne weiteres ersichtlich ist.
Hätte die mexikanische Polizei mich in Mexiko verhaften wollen, dann hätte ich in Mexiko eine Straftat begehen oder gegen das mexikanische Migrationsrecht verstoßen müssen, was unstreitig nicht der Fall ist. Denn das mit dem deutschen Verfassungsschutz zusammenarbeitende BKA, handelnd durch den Beamten Götz Knobloch in Mexiko, und die BKA-Beamtin Monica Vazquez, schrieb am 24.08.2023 per E-Mail ausweislich Blatt 131 der Hauptakte Band 3:
"Die Festnahme des Gesuchten in Mexiko ist nur aufgrund eines nationalen (mexikanischen) Haftbefehls möglich."
Den gab es aber nicht und den konnte es mangels von mir in Mexiko oder gegenüber einem mexikanischen Staatsbürger begangenen Straftaten und mangels Verstoßes gegen das mexikanische Migrationsrecht auch gar nicht geben.
Es wäre aber theoretisch möglich gewesen, aufgrund des deutschen Haftbefehls meine Auslieferung über die mexikanische Justiz zu beantragen. Genau das kam dem BKA auch in den Sinn, denn Knobloch vom BKA schreibt in derselben E-Mail im nächsten Satz:
"Gegebenenfalls erscheint es sinnvoll, die erforderlichen Auslieferungsunterlagen in Deutschland bereits vorzubereiten."
Das aber wäre sofort, und zwar gleich in Mexiko, das heißt auf internationaler Ebene, für die deutschen Geheimdienste und für die deutsche Justiz nach hinten losgegangen. Denn erstens wäre schon damals im Rahmen meiner Stellungnahme zum Auslieferungsantrag herausgekommen, daß der Haftbefehl ohne jede Grundlage war, weil die tragende Säule die - falsche - Behauptung war, daß ich als Geschäftsführer der Gesellschaft nicht alleingeschäftsführungsbefugt gewesen sei. Denn in Wahrheit war ich - ebenso wie alle anderen Gesellschafter und entgegen den Behauptungen der Anzeigeerstatter - sehr wohl alleingeschäftsführungsbefugt. Es hätte sich also im Rahmen des Auslieferungsverfahrens schon in Mexiko herausgestellt, daß die Anzeigenerstatter mit ihrer Strafanzeige gelogen hatten.
Zweitens wäre herausgekommen, daß Staatsanwalt John, der den rechtswidrigen Haftbefehl beantragt hatte, keinerlei Ermittlungen durchgeführt hatte, sondern blind und bereitwilligst mit den vom Verfassungsschutz gesteuerten und inzwischen selbst zu V-Leuten gewordenen Anzeigeerstattern zusammenarbeitete, Ermittlungen sogar ausdrücklich gegenüber meinen drei Anwälten abgelehnt hatte.
Es hätte sich zudem herausgestellt, daß die Anzeigeerstatter nicht nur - emotional haßerfüllte - Lügner waren, sondern obendrein Betrüger. Denn sie hatten sich, was inzwischen auch das Gericht erkannt hat, meinen unter anderem der Rückführung des Darlehens dienenden Kaufpreis für meine Göttinger Immobilie im Wege des Betruges einverleibt.
Vor allem wäre schon damals herausgekommen, daß Staatsanwalt John von diesem Betrug von Anfang an wußte und fortlaufend bis zum Abschluß des Betrugs hierüber informiert wurde, aber nichts dagegen unternahm, ja sogar auf unsere Strafanzeige vom Dezember 2023 bis heute absolut untätig im Wege der Strafvereitelung im Amt blieb.
Dies alles durfte nicht ans Licht kommen, weil sonst schon damals im Rahmen des Auslieferungsverfahrens in Mexiko das kriminelle Verhalten des Staatsanwalts John und des mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit für den Verfassungsschutz tätigen Bundeskriminalamts und des LKA Niedersachsen aufgeflogen wäre.
Woher nehmen wir die Gewißheit, daß der Verfassungsschutz in diesem Verfahren gegen

mich alles steuert? Nur aus dem Dossier? Nein, die Akte selbst beweist dies. Dort befindet sich das Schreiben der zur Generaldirektion Zoll gehörenden FIU (Financial Intelligence Unit) vom 15.02.2022, mit welchem der Verfassungsschutz versuchte, gegen mich vorzugehen, dann aber an der aufrechten und rechtstreuen Oberstaatsanwältin Reinicke scheiterte, die die Akten mangels strafrechtlicher Handlungen im Juni 2022 weglegen ließ.
Dieses Schreiben ist von einem Herrn Schmelter von der der Generaldirektion Zoll zugehörigen FIU erstellt und an das LKA Niedersachsen gesandt worden. Überschrieben ist es mit "Staatsschutzrelevanz". Und Herr Schmelzer gibt sich dort als Mitarbeiter des mit dem Verfassungsschutz verbundenen "Staatsschutzes" ausdrücklich zu erkennen. Auf Seite 17 schreibt er dem LKA Niedersachsen:
"Zu Ihrer Information teile ich Ihnen mit, daß der Analysebericht (dieses Schreiben) ... an das Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt wurde."
Daß dies geheim gehalten wurde, und zwar auch vor anderen deutschen Behörden, belegt der nächste Satz: "Weitere inländische öffentliche Stellen werden ... bislang nicht informiert."
Allerdings blieb, wie angemerkt, dieser erste noch offen ausgewiesene Versuch des Verfassungsschutzes, ein Strafverfahren gegen mich in Gang zu setzen, dank Oberstaatsanwältin Reinicke erfolglos. Also kamen zweieinhalb Monate später die inzwischen vom V-Mann Marcel Luthe selbst zu V-Leuten des Verfassungsschutzes gemachten drei Berliner Anzeigeerstatter zum Einsatz, reichten am 02.09.2022 ihre Version einer Strafanzeige ein, und Staatsanwalt John wurde von Hannover nach Göttingen versetzt, damit Oberstaatsanwältin Reinicke deren (der drei Berliner Rechtsanwälte) Stuss nicht aufhalten können würde.
Die Göttinger Justiz mit dem frisch aus Hannover nach Göttingen versetzten Staatsanwalt John wäre mit einem solchen Volltreffer, da all dies im Rahmen meiner Anhörung im Auslieferungsverfahren offengelegt worden wäre, als willfährige, stasihaft agierende Marionette so versenkt worden, daß dies auch von den Mainstream-Medien nicht mehr hätte ignoriert werden können. Erinnern Sie sich daran, daß Göttingen als "Herz der Finsternis" in einem Artikel der New York Times bezeichnet wird, was die Meinungsfreiheit angeht.
Denn in Göttingen gab und gibt es eine spezielle Polizeieinheit, die verdeckt im Internet agiert, als wären sie Rechtsradikale oder Reichsbürger, um andere dazu zu bringen, sich in ähnlicher Weise zu äußern, sodaß man dann endlich einen Schein-Feind hat, den man verfolgen kann. Ich hatte darüber in dem ICIC-Video zur Psychologie und Psychopathie der Plandemie berichtet.
Genau deshalb führten die Akteure eine Entführung durch und versuchten, sie damit zu verschleiern, daß sie eine Abschiebung eben nur vortäuschten; eine echte Abschiebung gab es natürlich nicht. Auch das ist klar und deutlich in der Akte dokumentiert. Denn auf Blatt 141 der Hauptakte schreibt das vom Verfassungsschutz gesteuerte Landeskriminalamt Niedersachsen durch Lars Roggatz am 01.09.2023 - mit dem BKA in cc - an Staatsanwalt John:
"Stand jetzt ist es geplant, den Reiner Füllmich unter dem Vorwand, er müsse noch eine Unterschrift auf dem Reisepaß korrigieren/leisten, in das Konsulat zu locken, um ihn dann von der Migrationsbehörde festnehmen zu lassen."
Die Worte "Vorwand" und "locken" beweisen ohne jeden Zweifel, daß wir - meine Frau und ich - absichtlich wegen angeblicher Paß-/Visa-/Migrationsprobleme, die es in Wahrheit gar nicht gab, getäuscht werden sollten, um vorläufig festgenommen werden zu können und unter Umgehung eines Auslieferungsverfahrens (dabei wäre ja bei meiner Anhörung schon alles herausgekommen) mich nach Deutschland verschleppen zu können. All dies war von Götz Knobloch geplant, wie Lars Roggatz, LKA Niedersachen, Staatsanwalt John mit E-Mail vom 04.10.2023 (Blatt 152 der Akte) mitteilte:
"Herr Knobloch hat alles geplant und ich bin guter Dinge, daß alles funktionieren wird."
Denn, so teilte Knobloch am selben Tag mit, die Verhaftung des Angeklagten am Flughafen

Tijuana werde "in Absprache mit der Migrationsbehörde" erfolgen.
Denn wenige Tage zuvor hatte Knobloch die mexikanische Migrationsbehörde mit Hilfe der mexikanischen BKA-Beamtin Monica Vazquez dazu gebracht, eine Abschiebung vorzutäuschen.
Am 21.09.2023 (Blatt 149) schrieb Knobloch: "Die Migrationsbehörde stellt also kein Problem dar."
Das heißt, meine Frau und ich wurden von dem dortigen Honorarkonsul, der wiederum von der Deutschen Botschaft in Mexico City unter Druck gesetzt worden war, ohne jede Rechtsgrundlage nach Tijuana gelockt. Denn tatsächlich gab es ja weder Visa- noch Migrationsprobleme. Genau deshalb wurde ja auch nur ich und nicht meine Frau von zwei Migrationsbeamten nach Deutschland geflogen und diese Scheinabschiebung nicht etwa von Mexiko, sondern von den Auftraggebern, nämlich von Deutschland bezahlt, obwohl wir beide angeblich Paßprobleme hatten und demzufolge beide hätten ausgewiesen werden müssen. Meine Frau konnte aber am nächsten Tag wieder zurück zu unseren Hunden fliegen.
Ich konnte sogar, weil nämlich dem leitenden Migrationsbeamten das Ganze völlig seltsam erschien, noch in Tijuana mit dem Konsul Carlos Enkerlin telefonieren. Und der erklärte mir und danach offenbar auch den Beamten (auf Spanisch), daß hier ein falsches Spiel laufe, dem er sich aber nicht entziehen könne. Daraufhin sagte mir der Leiter der Behörde mit niedergeschlagenen Augen, er wisse nicht, was hier vor sich gehe, könne aber leider nichts tun. Er wünsche mir aber alles Glück.
Inzwischen hat sich ja auch der Konsul Carlos Enkerlin bei meiner Frau entschuldigt.
Kurz: Die Migrationsbehörde bzw. deren von den deutschen Beamten unter Druck gesetzte Führung hat sich deutschem Druck gebeugt. Ohne deutschen Druck wäre rein gar nichts geschehen. Das macht der auf Seite 159 der Hauptakte, Band 3, zu findende Satz des BKA-Beamten Knobloch an Staatsanwalt John nochmals überdeutlich: "Die Migrationsbehörde stellt also kein Problem dar."
Wieso sollte die mexikanische Migrationsbehörde, die im eigenen mexikanischen Interesse eine Abschiebung wegen eines Migrationsfalles vornimmt, für eine deutsche Behörde ein Problem darstellen? Weil es eben keinen Migrationsfall gab, aber auf Wunsch der deutschen Behörde einer konstruiert werden mußte, um irgendwie zu verhindern, daß im Rahmen eines Auslieferungsverfahrens die ganze Wahrheit schon damals ans Licht gekommen wäre. Dabei stellten die mexikanischen Migrationsbehörden kein Problem dar: bei der von Deutschland gewünschten Tarnung der Entführung als Migrationsfall.
Der endgültige Beweis dafür, daß es nur vorgetäuschte Paßprobleme und nur eine vorgetäuschte Abschiebung gab, findet sich in der sicher nicht zufällig nur in spanischer Sprache auf Blatt 33 des Bandes 2 der Akte befindlichen Abschiebeverfügung, auf die der Vorsitzende Richter Schindler nur ängstlich/flüchtig kurz Bezug nahm, offenbar hoffend, daß niemand sich das genauer ansehen oder gar übersetzen würde.
Denn dort schreibt die nationale mexikanische Migrationsbehörde, daß meine Ausweisung gemäß § 144 des Migrationsgesetzes erfolge, ohne aber zu erklären, auf welche der dortigen Bestimmungen sich die Abschiebung gründe. § 144 ist die einzige rechtliche Grundlage für Abschiebungen aus Mexiko durch die Migrationsbehörde. Dieser § 144 bestimmt, daß ein Ausländer aus dem Staatsgebiet auszuweisen ist, wenn nachgewiesen werden kann, daß gemäß
Abs. 1 er/sie ohne die erforderlichen Dokumente über einen Ort, der nicht für den internationalen Transit von Personen zugelassen ist, in das Land einreist.
Dieser Absatz ist nicht gegeben, denn meine Frau und ich reisten ganz normal mit gültigen deutschen Pässen ein und bekamen Einreisevisa.
Nach Abs. 2 ist eine Ausweisung möglich, falls eine Person nach Ausweisung unerlaubt wie-

der einreist.
Auch diese Variante ist offensichtlich nicht gegeben für uns.
Abs. 3 ordnet die Abschiebung an, wenn sich jemand als Mexikaner ausgibt, der keiner ist.
Auch diese Variante gilt nicht für unseren Fall.
Abs. 4 ordnet die Abschiebung an, wenn eine Person aufgrund einer Vorstrafe in Mexiko oder im Ausland die nationale oder öffentliche Sicherheit gefährdet.
Auch das ist für meine Frau und mich nicht ansatzweise gegeben.
Abs. 5 ordnet die Ausweisung an, wenn ein Ausländer falsche Angaben macht oder gefälschte Unterlagen vorlegt oder echte Unterlagen vorlegt, die er in betrügerischer Absicht erlangte.
Auch das ist nicht gegeben in unserem Fall.
Abs. 6 ordnet die Ausweisung an, wenn jemand einer von der Migrationsbehörde erlassenen Anordnung zum Verlassen des Staatsgebietes nicht nachkommt.
Auch das ist hier jedenfalls nicht gegeben.
Es besteht somit keinerlei = null, zero, nada Zweifel daran, daß es keinerlei Grundlage für eine Abschiebung gab und die Abschiebeverfügung allein dem Zweck diente, formell darüber zu täuschen, daß es keine Grundlage für eine Abschiebung gab. Das heißt, es sollte auf Wunsch der deutschen Behörden nur der falsche Anschein erweckt werden, als wäre eine Abschiebung erfolgt, obwohl in Wahrheit eine "Entführung" ohne rechtliche Grundlage erfolgte. Alle hofften, daß niemand jemals die Grundlage für eine Abschiebung, nämlich § 144 Migrationsgesetz, überprüfen würde, wie das nun aber geschehen ist, sodaß alles aufflog.
Abgesehen davon wäre die echte Abschiebungsverfügung dadurch erledigt worden, daß ich am internationalen Flughafen in Mexiko City allein ins Flugzeug gesetzt worden wäre. Aber hier wurde ich von zwei mexikanischen Beamten begleitet. Und einer von ihnen, der der englischen Sprache halbwegs mächtig war, erklärte mir, daß dies alles von den deutschen Behörden veranlaßt und auch bezahlt werden würde - auch die beiden Flüge der Beamten, die mich bewachen sollten, was im Falle einer echten, von den mexikanischen Behörden veranlaßten Abschiebung völlig unmöglich ist.
Ergänzend: In dem Archiv der Stasi-Unterlagen befindet sich ein Lexikon mit den folgenden Ausführungen zum Begriff "Entführung":
"Entführung, also Verschleppung im Sinne des Strafrechts, waren bis in die 1970er-Jahre elementare Bestandteile in der Strategie und Taktik der DDR-Geheimpolizei." (https://www-.bundesarchiv.de/im-archiv-recherchieren/stasi-unterlagen-einsehen/hinweise-zum-mfs/mfs-lexikon/detail/entfuehrung/)
Und in dem 1969 von der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit erarbeiteten Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit wird das Delikt der Entführung als Erscheinungsform von Terrorverbrechen wie folgt interpretiert:
"Sie ist das Verbringen von Menschen gegen ihren Willen unter Anwendung spezifischer Mittel und Methoden (Gewaltdrohung, Täuschung, Narkotisierung, Rauschmittel und anderen) von ihrem ursprünglichen Aufenthaltsort in andere Orte, Staaten und Gebiete."
(https://www.bundesarchiv.de/im-archiv-recherchieren/stasi-unterlagen-einsehen/hinweise-zum-mfs/mfs-lexikon/detail/entfuehrung/)
Auch ohne diese wenngleich vielsagende Stasi-Information mit in die Bewertung der Behauptung vom Vorsitzenden Richter Schindler einzubeziehen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß seine Behauptung, hier sei eine einfache Abschiebung durch die mexikanischen Behörden durchgeführt worden, schon angesichts des Akteninhalts und der von Schindler in Bezug genommenen Abschiebeverfügung eine glatte Lüge darstellt, um die Öffentlichkeit über das ansonsten Offensichtliche zu täuschen: Der extra von Hannover nach Göttingen versetzte Staatsanwalt John veranlaßte im Zusammenwirken mit den ihn steuernden Diensten meine Entführung aus Mexiko.

II. Rechtzeitiges und vollständiges rechtliches Gehör ist die zentrale Voraussetzung für ein faires Verfahren, ein Fair Trial

Der Grundsatz, daß einem Menschen, der beschuldigt wird, eine Straftat begangen zu haben, rechtzeitiges rechtliches Gehör zu gewähren ist, gehört in allen zivilisierten Rechtsstaaten zur zentralen Garantie eines fairen Verfahrens. Dieser Grundsatz ist in Deutschland in Art. 103 GG garantiert und beruht auf dem römischen rechtlichen Grundsatz "audiatur et altera pars", also: Höre auch die andere Seite.

Tatsächlich ist der Anspruch auf rechtliches Gehör im Strafverfahren so etwas wie eine besondere Ausprägung des im deutschen Recht in Art. 5 GG allen Bürgern als Abwehrrecht gegenüber dem Staat garantierten Anspruchs auf Meinungs-, Äußerungs- und Informationsfreiheit. Diese Meinungs-, Äußerungs- und Informationsfreiheit ist das zentrale Grundrecht schlechthin. Ohne Meinungs-, Äußerungs- und Informationsfreiheit gibt es keine Demokratie, sondern nur noch Lügen und Propaganda als Werkzeuge der Manipulation und daraus resultierend Totalitarismus statt Demokratie.

Deshalb haben alle Demokratien dieses zentrale Abwehrrecht des Bürgers gegen Übergriffe des Staates garantiert. Damit der Bürger gegen Übergriffe des Staates - weil der zum Beispiel von privaten Konzernen und/oder Organisationengekapert ist - besonders geschützt ist. Auch in der US-Verfassung ist dieses Recht dementsprechend im ersten Zusatzartikel der Verfassung, dem First Amendment, garantiert.

Da dieses Abwehrrecht erst recht dann besondere Bedeutung erlangt, wenn ein Bürger von der ganzen Allmacht des Staates beschuldigt wird, eine Straftat begangen zu haben, ist es in einem Strafverfahren von ganz besonderer Bedeutung. Das wird dadurch unterstrichen, daß Art. 103 GG klarstellt, daß dem Beschuldigten im Strafverfahren (erst recht) der Anspruch auf Meinungs-, Äußerungs- und Informationsfreiheit als Anspruch auf rechtliches Gehör zu gewährleisten ist, weil nämlich nur so angesichts des Angriffs der Staatsgewalt auf den Bürger ein faires Verfahren sichergestellt werden kann.

Denn der einzige Grund, warum die Bürger das Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu klären, auf die staatlichen Gerichte übertragen haben, ist ihr Vertrauen auf ein faires Verfahren, also darauf, daß alle Parteien eines Rechtsstreits, insbesondere der vom Staat angegriffene Beschuldigte einer Straftat, alles für das Verfahren Relevante sagen und auch erfahren darf: Alles sagen kann ein Beschuldigter aber natürlich nur, wenn ihm auch alle erhobenen Vorwürfe bekannt gemacht werden.

Das heißt insbesondere, wenn er die vollständige Ermittlungsakte zur Kenntnis bekommt und nicht - wie hier - eine Akte, aus welcher mindestens 80 entscheidungserhebliche Gesprächsnotizen über Telefonate zwischen der Staatsanwaltschaft und den Anzeigeerstattern und anderen fehlen, ebenso wie entscheidungserhebliche Urkunden, zum Beispiel die Liquiditätsunterlagen des Ehemannes von Viviane Fischer, auf deren Grundlage Staatsanwalt John alle Ermittlungen gegen Viviane Fischer einstellte.

Ein ganz aktuelles und wichtiges Beispiel dafür, wie entscheidend solches Zurückhalten von Beweismitteln durch die Staatsanwaltschaft ist, ist die kürzlich ergangene Entscheidung zugunsten des amerikanischen Schauspielers Alec Baldwin in New Mexico, USA. Dort hatte die Staatsanwaltschaft ein paar Patronen zurückgehalten und der Verteidigung nicht zur Kenntnis gegeben. Daraufhin wurde wegen dieses Zurückhaltens von Beweismitteln das Verfahren beendet zugunsten von Alec Baldwin, und zwar endgültig.

Kurz: Die Meinungs-, Äußerungs- und Informationsfreiheit, die in Art. 5 GG geschützt ist, gilt erst recht für den Beschuldigten einer Straftat und ist deshalb nochmals deutlich in Artikel 103 GG garantiert.

In meinem besonderen Strafverfahren kann inzwischen keinerlei Zweifel mehr daran bestehen, daß die von vier kriminellen Berliner Anwälten gegen mich erhobenen Vorwürfe auf

Veranlassung des Verfassungsschutzes "konstruiert" sind. Dabei ist es im Ergebnis zweitrangig, ob der von den Zeugen Antonia Fischer und Justus Hoffmann vor Gericht offen bekundete Haß und ihre Geldgier bloße Konsequenzen eigener Bedeutungslosigkeit und Inkompetenz sind, die Neid auslösten, oder ob - was das Dossier nahelegt - der Verfassungsschutz mit Hilfe von V-Leuten diese Personen und ihre emotionale Zerstörtheit benutzte, um diese Neidgefühle zu schüren und so zu kanalisieren, daß sie so selbst zu V-Leuten des Verfassungsschutzes wurden und eine Strafanzeige gegen mich zurechtstümpern und sich mein Geld unter den Nagel reißen würden.
Angesichts des Zusammenbruchs der von Anfang an offensichtlich (jedenfalls für alle nicht Beteiligten an diesem Prozeßbetrug) falschen Anschuldigungen muß es um etwas anderes gegangen sein als um die offiziellen Anschuldigungen, nämlich darum, mich - und damit auch alle anderen, die so denken und arbeiten wie ich - zum Schweigen zu bringen, das heißt uns alle. Denn das, was wir durch die Befragung zahlloser echter, nicht käuflicher Sachverständiger zur Plandemie erfahren haben (und was jetzt durch die RKI-Akten bestätigt wird), hat uns allen gezeigt, daß wir von gekauften Medien und gekauften Politikern mit Hilfe gekaufter Pseudowissenschaftler massiv manipuliert und belogen wurden.
Und da wir, nachdem uns klar geworden war, daß diese Lügen und Manipulationen zerstörerische und tödliche Folgen hatten, jedes Vertrauen ein für alle Mal verloren hatten, begannen wir uns zu fragen, worüber wir sonst noch belogen worden sind und wer verantwortlich ist. Die Verantwortlichen wußten, daß ihr Kartenhaus aus Lügen und Manipulationen zusammenbrechen würde, wenn die volle Wahrheit herauskommen würde. Nun, jetzt bricht das Kartenhaus gerade weltweit zusammen.
Man mag ansonsten über ihn denken, was man will, aber Donald Trump hat recht, wenn er den Amerikanern kürzlich wegen des absolut lächerlichen Strafverfahrens, dem er in New York City ausgesetzt war, sagte: "Sie jagen nicht mich, sondern sie jagen euch. Ich stehe dabei nur im Weg."
Nun ist aber auf der anderen Seite des Zauns, vor allem bei den psychopathischen Strippenziehern, Panik entstanden, weil sich ihr kleines Fenster der Gelegenheit (small window of opportunity) schon geschlossen hat. Deshalb agieren sie auf allen Ebenen immer verzweifelter und machen immer größere Fehler.
Auf einzelne Personen kommt es im Übrigen auf unserer Seite des Zauns längst nicht mehr an. Ausgerechnet die jüngere Generation, die bei der Plandemie noch weitgehend schlief, ist nun durch das geradezu irre, auf jeden Fall aber monströse Gemetzel in Gaza ebenfalls aufgewacht und hat überall auf der Welt - und zwar völlig unabhängig von Religion, Rasse, Geschlecht oder Staatszugehörigkeit - etwas in Gang gesetzt, was nicht mehr zu stoppen ist, weil es jetzt auch die Mainstream-Medien erreicht hat:
In einem Interview auf dem - wenngleich nicht propagandafreien (zum Beispiel wird auch dort die Klimawandel-Panik und gelegentlich auch die Virus- und Plandemie-Panik geschürt) - TV-Sender TRT (im Internet: trt.world) haben vier Studenten des University College London in der Rubrik "Bigger Than Five", darunter auch ein Jude, erklärt, daß sie wissen, daß Gaza auf den menschenfeindlichen Ideen der Eugenik aufbaut und daß diese Theorie der Eugenik auch schon für den Kolonialismus und fast alle anderen Formen der Unterdrückung, zum Beispiel die Apartheid in Südafrika und die Sklaverei in den USA, verantwortlich war und ist. (Auf YouTube sind interessante Interviews, zum Beispiel in der Serie "Bigger Than Five" auch zur Manipulation durch die Mainstream-Medien mit dem Journalisten Jeremy Scahill, oder in der Serie "Nexus" zum olympischen Skandal betreffend die satanische Eröffnungszeremonie und die Teilnahme eines wegen Vergewaltigung eines Kindes verurteilten Sportlers.)
Jedenfalls: Von diesem Wissen über Gaza aus ist es nur ein ganz kleiner Schritt hin zu der

Erkenntnis, daß genau diese Eugenik auch hinter der von uns weitgehend ausgeleuchteten Plandemie mit ihrem Ziel der Bevölkerungsreduktion und vollständigen digitalen Kontrolle der Übrigbleibenden stand. Dann ist das Puzzle komplett und das ganze Bild sichtbar und dann wird es Gerechtigkeit geben. Denn, so sagte es ein 80-jähriger jüdischer Psychiater aus Kanada namens Gabor Mate, der als kleines Kind den Holocaust überlebte, ebenfalls auf dem Sender TRT: "Es kann keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben."
Das Interview mit ihm hat mich sehr beeindruckt, denn er erklärte auch, daß wir inzwischen in einer global vergifteten Kultur leben mit der sichtbaren Folge, daß zum Beispiel 70 Prozent aller Amerikaner glauben, mindestens eine Form von Arzneimittel der Pharmaindustrie täglich zu sich nehmen zu müssen. Und er erklärte, daß die hinter allem steckenden Täter, wenn sie schwer traumatisiert sein sollten - und nicht, wie ich glaube, schlicht geborene Psychopathen ohne jede menschliche Qualität -, nicht geheilt werden können.
Denn sie wollen nicht geheilt werden. Aber, so sagt er auch, es reicht, wenn ein paar gute Menschen aufstehen und die Wahrheit sagen. Und genau das passiert gerade weltweit. Wir auf unserer Seite des Zauns tun es weltweit und die Studenten und jetzt aber auch die gesamte Weltöffentlichkeit tun es weltweit, sodaß das Puzzlebild so gut wie komplett ist.
Zurück zur Meinungs-, Äußerungs- und Informationsfreiheit und zum rechtlichen Gehör im Gerichtsprozeß, insbesondere im Strafverfahren. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs erfordert im Strafverfahren, daß dem Beschuldigten vor Anklageerhebung rechtliches Gehör zu gewähren ist. Denn nur dann, wenn dem römisch-rechtlichen Grundsatz des audiatur et altera pars entsprechend dem Beschuldigten vor Anklageerhebung ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme zur Beschuldigung gegeben wird, ist gewährleistet, daß es gegebenenfalls gar nicht erst zur Anklagerhebung oder gar zum Erlaß eines Haftbefehls kommt.
Hier in meinem Fall hatten die drei Berliner Anwälte am 02.09.2022 Strafanzeige gegen mich erstattet und dieser Strafanzeige unter anderem als Anlage A 3 ein Dokument beigefügt, das zwingend nahelegte, daß die Anzeigenerstatter selbst Betrüger waren. Denn sie hatten am 02.09.2022 bereits Mandantengelder in Höhe von vielen Hunderttausend Euro unterschlagen und beabsichtigten, auf weitere fremde Gelder (nämlich mein Geld) in Millionenhöhe zuzugreifen.
Hätte die Staatsanwaltschaft damals, das heißt vor Erlaß des Haftbefehls am 15.03.2023 (es war mehr als ausreichend Zeit hierfür, die Strafanzeige stammt vom 02.09.2022), gemäß Art. 103 GG mir rechtliches Gehör gewährt, wäre nicht nur dieser Zusammenhang herausgekommen. Sondern meine Anwälte und ich hätten die Staatsanwaltschaft darüber hinaus darüber aufgeklärt, daß ihre Behauptung, ich hätte das Darlehen nicht aufnehmen dürfen, weil ich als Geschäftsführer nicht alleingeschäftsführungsbefugt sei, falsch ist und auf einer weiteren Täuschung durch die Anzeigeerstatter beruht.
Damit und mit der inzwischen bewiesenen Tatsache, daß das Spendenkonto des Corona-Ausschusses tatsächlich gefährdet war und das Darlehen nur der vorübergehenden Sicherung eines Teils der Spendengelder diente, sowie mit der inzwischen ebenfalls unstreitigen Tatsache, daß ich das Geld des Corona-Ausschusses stets bereit und in der Lage war zurückzuzahlen, wäre alles klar geworden:
1. Mein Handeln zur Sicherung eines Teils der Spendengelder mit Hilfe eines Darlehens war vom Ermessen des Geschäftsführers einer Gesellschaft gedeckt, also von der Business Judgment Rule, sodaß es keinerlei Grundlage für eine Straftat gibt (genau wie von Oberstaatsanwältin Reinicke bereits zweieinhalb Monate vor der Strafanzeige vom 02.09.2022 festgestellt).
2. Die Anzeigeerstatter benutzten das von ihnen angestrengte Strafverfahren gegen mich, um unter Umgehung der eigentlich zuständigen Zivilgerichte an Gelder zu gelangen, auf die sie gemäß der Satzung der Gesellschaft und dem Zweck, den die Spender mit ihren Spenden ver-

folgten, keinerlei Anspruch haben. Und: Die Gesellschaft, für die sie behaupten zu handeln, gibt es entgegen ihren immer wieder falschen Behauptungen nicht, entgegen ihren immer wieder falschen Behauptungen wurde sie nie eingetragen, und zwar genau deshalb, weil die Anzeigeerstatter selbst im Zusammenwirken mit einem weiteren Verfassungsschutz-V-Mann die Eintragung im November oder Dezember 2021 verhinderten.
Damit aber hätte es keinerlei Grundlage mehr für strafrechtliche Ermittlungen, geschweige denn eine Anklage oder gar einen Haftbefehl gegen mich gegeben. Statt dessen hätte gegen die Anzeigeerstatter ermittelt werden müssen und gegen sie Anklage erhoben werden müssen und Haftbefehle gegen sie erlassen werden müssen.
Das aber wollten diejenigen verhindern, die sich der weisungsgebundenen Marionette Staatsanwalt John bedienten. Deshalb wurde er extra von Hannover nach Göttingen versetzt: damit er dort die offensichtlich querulatorische und von emotional instabilen Figuren verfaßte Strafanzeige abfangen und ohne auch nur den Versuch von Ermittlungen zu unternehmen, geschweige denn mir rechtliches Gehör zu gewähren, einen Haftbefehl gegen mich veranlassen und eine unhaltbare Anklageschrift gegen mich verfassen würde.
Es sollte mit allen Mitteln verhindert werden, daß Oberstaatsanwältin Reinicke, die drei Monate zuvor in Kenntnis aller Umstände die Akten hatte weglegen lassen, weil keinerlei Anhaltspunkte für Straftaten gegeben waren, nochmals so entscheiden und sodann Ermittlungen gegen die drei Anzeigeerstatter einleiten würde und Anklage gegen sie erheben und Haftbefehle gegen sie erlassen würde.
Das rechtliche Gehör wurde mir sogar noch bei meiner allerersten Anhörung in Göttingen am 01.11.2023 verweigert. Denn der Richter, der zuvor schon den Fake-Haftbefehl ohne jede Prüfung blind unterzeichnet hatte (Richter am Amtsgericht Moog), unterbrach meine Erklärungen mit den Worten, es interessiere nicht, was ich zu sagen hätte.
Dreister und offensichtlicher kann man den Anspruch auf rechtliches Gehör nicht mehr mit Füßen treten. Denn, so schreibt es der Rechtsanwaltskollege Mirko Laudon auf der Seite https://www.strafakte.de/strafverteidigung/kein-rechtliches-gehoer-im-ermittlungsverfahren :
"Läßt das Gericht diese Behandlung passieren und eröffnet das Hauptverfahren, verdeutlicht es dadurch, daß es ihm - wie den Dezernenten der Staatsanwaltschaft - nicht um einen fairen, sondern allenfalls um einen kurzen Prozeß geht."
Und so führt Mirko Laudon weiter aus:
"Es kann dann nicht mehr geschehen, was bei ordnungsgemäßem und rechtzeitigem rechtlichen Gehör möglich gewesen wäre: Es kann keinen Einfluß mehr auf die Entscheidung der Staatsanwaltschaft genommen und gegebenenfalls ein Verfahren vermieden werden. Das heißt: Der Zweck der rechtzeitigen Einvernahme des Beschuldigten im Rahmen des Ermittlungsverfahrens kann nicht mehr realisiert werden."
Und genau das ist nach allem, was wir erlebt haben, der Zweck der Verweigerung jeglichen rechtlichen Gehörs und der Verweigerung jeglicher Ermittlungen in meinem Fall gewesen, ebenso wie es der Zweck der Entführung unter Umgehung eines Auslieferungsverfahrens war: Es durfte auf keinen Fall die Wahrheit herauskommen, bevor ein Haftbefehl gegen mich erlassen und ich aus Mexiko entführt worden war und ich in einem deutschen Gefängnis im Wege der Freiheitsberaubung festgehalten werden konnte.
III. Rechtsbeugung durch den willkürlichen Austausch von Tatsachen und die Verweigerung des rechtlichen Gehörs hierzu und zu korrigierenden Aussagen von Viviane Fischer
Weil er genau weiß, daß sein Verhalten - würde es Erfolg haben - in der rechtlichen Würdigung als Verbrechen, nämlich als mit mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe zu ahnende Rechtsbeugung, zu qualifizieren ist, erklärte der Vorsitzende Richter am Landgericht Schindler am 17.05.2024 im Wege der sogenannten Projektion, die Verteidigung würde der Kammer Rechtsbeugung und eine qualifizierte Freiheitsberaubung unterstellen. Dazu ist Folgendes zu

sagen:
Nachdem der Vorsitzende nun, weil die ursprünglich angeklagten Tatsachen in sich zusammengebrochen sind, diese Fakten gegen andere, wiederum erfundene Fakten ausgetauscht hat, kann er das Aufdecken dieser neuen Erfindungen nur noch dadurch verhindern, daß er
1. die begonnene Beweisaufnahme, die er selbst angeordnet hat, abrupt abbricht und
2. die von uns benannten Zeugen zur Widerlegung der neuen Tatsachen gar nicht erst anhört und
3. die Öffentlichkeit faktisch vom Verfahren ausschließt und
4. ohne öffentliche Verhandlung über die neuen Tatsachen schnell ein Urteil gegen mich im Wege der Rechtsbeugung verkündet.
Damit macht Schindler sich jenseits jeglicher Zweifel der Rechtsbeugung schuldig.
Der Tatbestand der Rechtsbeugung ist in § 339 StGB als ein mit mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe zu ahndendes Verbrechen qualifiziert. § 339 StGB sagt, daß ein Richter - auch Schöffen gehören dazu - oder Staatsanwalt, der das Recht zum Nachteil einer Partei beugt, Rechtsbeugung begeht. Was aber nun genau Rechtsbeugung ist, steht dort nicht. Die Rechtsprechung hat dies definiert. Danach ist Rechtsbeugung gegeben, wenn - allgemein formuliert - objektive Rechtsregeln gebrochen werden und eine objektiv im Widerspruch zu Recht und Gesetz stehende Entscheidung ergeht, die nicht mehr vertretbar ist.
Mit dem Brechen dieser Regeln, so sagt es die ständige höchstrichterliche Rechtsprechung, muß sich der Richter (oder Staatsanwalt) bewußt und in schwerwiegender Weise von Recht und Gesetz entfernt.
Nochmals: Das Austauschen von Fakten, um nach dem Zusammenbruch der ursprünglich angeklagten Fakten auf andere Weise zur gewünschten - oder hier: geforderten - Verurteilung zu gelangen, erfüllt ohne Zweifel den Tatbestand der Rechtsbeugung. Dies - wohlgemerkt - erst recht, wenn der Richter obendrein noch dem Angeklagten das rechtliche Gehör zu diesen neuen, bis dahin nicht angeklagten Fakten verweigert, das heißt, eine von der Verteidigung beantragte Beweisaufnahme zur Überprüfung der nunmehr (seit dem 03.05.2024) im Fokus stehenden Vorwürfe verweigert und dann auch noch faktisch die Öffentlichkeit von der Verhandlung ausschließt.
Hier hatte der Vorsitzende Richter während der gesamten Hauptverhandlung auf den Vorwurf der - dies kann nicht oft genug betont werden - nie Ermittlungen durchführenden Staatsanwaltschaft aufgebaut, ich hätte durch die Aufnahme eines Privatdarlehens aus Spendenmitteln des Corona-Ausschusses und die private Verwendung des Darlehens unter anderem durch Investitionen in meine Immobilie eine Untreue begangen, und zwar als Geschäftsführer des Corona-Ausschusses.
Erst als sich herausstellte, daß
− die Anklage falsch war,
− ich als Geschäftsführer des Corona-Ausschusses alleingeschäftsführungsbefugt war,
und als im Rahmen der Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß
- meine Darlehensaufnahme zur vorübergehenden Sicherung eines Teils der Spendengelder vor einer imminenten Beschlagnahme von der Ermessens- und Handlungsfreiheit des Geschäftsführers, also von der Business Judgment Rule des Gesellschaftsrechts, gedeckt war, mußte dieser Vorwurf fallen gelassen werden.
Damit hätte das Strafverfahren gegen mich beendet, ich freigesprochen und sofort freigelassen werden müssen. Statt dessen ersetzte der Vorsitzende die nunmehr unhaltbaren Vorwürfe durch die Behauptung, es seien gar keine - wohlgemerkt schriftlich in der Akte befindlichen! - Darlehensverträge geschlossen worden.
Sondern es habe in Wahrheit eine Vereinbarung zwischen Viviane Fischer und mir mit dem Inhalt gegeben, daß die Darlehensverträge nur als Scheingeschäft abgeschlossen worden seien,

also mit der Maßgabe, daß sie nicht wirksam sein sollten, um zu verdecken, daß in Wahrheit eine Treuhandvereinbarung zwischen uns geschlossen worden sei, wonach das Geld auf ein anderes Konto zu überweisen und dort verbleiben solle.
Dieser neue Anklagevorwurf basiert auf nichts als einer Fata Morgana, denn Viviane Fischer hat auf Befragen des Vorsitzenden selbst erklärt, daß sie - angeblich - zwar davon ausgegangen sei, daß wir beide das per Darlehensvertrag entnommene Geld als Liquiditätsreserve halten würden, daß darüber aber nie gesprochen worden sei. Und sie hatte darüber hinaus erklärt, daß das Überweisen des Geldes vom Spendenkonto auf ein anderes Konto ja "kontraproduktiv" gewesen wäre.
Und am 31.07.2024 wurde sie bzw. der für sie handelnde Rechtsanwalt Großenbach nur durch einen Maulkorb des Gerichts daran gehindert klarzustellen, daß es keine Scheingeschäftsvereinbarung, sondern nur wirksame Darlehensverträge gab und daß es keine Gesellschaft gab oder gibt, deren Gesellschafter geschädigt werden konnten, weil es nämlich auch kein Gesellschaftsvermögen gab, sodaß ich unverzüglich freizusprechen bin.
Trotz der schwammigen, den Schutz der Richterschaft dienenden Rechtsprechung des BGH führt dieses Verhalten nicht nur gemäß § 339 StGB zu einer evident falschen Entscheidung zu meinem Nachteil, weil es die von Schindler behauptete Vereinbarung - anders als die schriftlich fixierten und von der Business Judgment Rule gedeckten Darlehensverträge - nicht gibt. Sondern diese Erfindung neuer Fakten und die damit verbundene Verweigerung rechtlichen Gehörs hierzu ist, wie es Schönke/Schröder/ Heine formulieren (Rdn. 11) "ein objektives Brechen von Rechtsregeln, sodaß eine Entscheidung ergeht, die objektiv im Widerspruch zu Recht und Gesetz steht und sich nicht mehr im Rahmen des Vertretbaren bewegt".
Es entfernt sich der Vorsitzende Richter am Landgericht Schindler auf diese Weise nicht nur mit diesem elementaren Verstoß gegen die Rechtspflege, wie es die ständige höchstrichterliche Rechtsprechung fordert (Rdn. 12 des obigen Zitats), nicht nur in schwerwiegender Weise von Recht und Gesetz, sondern er tut dies auch bewußt. Denn er weiß nicht nur deshalb, weil er sich der Rechtsbeugung ausweislich seiner schriftlichen Hinweise selbst bereits für vermutlich schuldig hält und weil auf ihn offensichtlich Druck ausgeübt wurde, damit er das Recht beugt, sondern er weiß dies auch, weil wir ihm hier zur Rechtsbeugung eine eigene kleine Vorlesung nebst Rechtsquellen halten.
IV. Meinungs- und Informationsfreiheit im "Kampf ums Recht"
Die folgenden Ausführungen geben Aufschluß nicht nur über das, was meine Kanzlei und ich als Rechtsanwälte in den letzten 30 Jahren in Gang gesetzt haben, sondern auch darüber, daß, anders als Schindler behauptet, im "Kampf ums Recht" auch überspitzte und harte Äußerungen völlig in Ordnung gehen, auch der Vorwurf der Rechtsbeugung ist in Ordnung; insbesondere wenn solche Äußerungen in einer durch staatliches Verhalten provozierten, erhitzten Atmosphäre stattfinden.
Zur Erinnerung: Der Vorsitzende Richter Schindler begann seine prozeßleitende Verfügung vom 17.05.2024 mit der kaum verhüllten Drohung, die Verteidigung wegen ihrer prozessualen Erklärungen in diesem öffentlichen Strafverfahren zu beschränken, weil diese Erklärungen sachfremd und ehrverletzend seien. Er unterstellte uns die Verbreitung von Halb- und Unwahrheiten, um angeblich haltlos der Staatsanwaltschaft und dem Gericht Straftaten vorzuwerfen.
Dies, so der Vorsitzende weiter, diene der Ausnutzung des Umstandes, daß die Öffentlichkeit die Fakten nicht kenne und juristisch nicht versiert sei. Mit anderen Worten, die Öffentlichkeit sei zu dumm, den Unterschied zwischen Richtig und Falsch und Gut und Böse zu verstehen. Und die Öffentlichkeit sei unfähig zu erkennen, ob die Staatsanwaltschaft und das Gericht sauber arbeiten oder nicht. Anmaßender und auch arroganter geht es nicht.
Nun, richtig ist, daß wir inzwischen an einem Punkt angelangt sind, an welchem wir in der Tat

das rechts- und verfassungswidrige Verhalten des Vorsitzenden Richters am Landgericht Schindler und der ihm folgenden anderen vier Richter, des Staatsanwalts John und anderer Prozeßbeteiligter als Versuch einer gemeinschaftlich begangenen Rechtsbeugung in Tateinheit mit qualifizierter Freiheitsberaubung bewerten.
Wir stützen uns bei all unseren Äußerungen auf das Grundrecht der Meinungs-, Äußerungs- und Informationsfreiheit in Art. 5 GG sowie auf den daran anknüpfenden Art. 103 GG mit dem dort formulierten Anspruch auf rechtliches Gehör, konkret stützen wir uns auf die Grundsätze, die für den sogenannten "Kampf ums Recht" von der ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung entwickelt wurden.
Diese Rechtsprechung sagt, daß sogar in einem Zivilrechtsstreit - erst recht, wenn dieser vor einem durch staatliches Handeln aufgeheizten und öffentliche Empörung auslösenden Hintergrund stattfindet - auch starke, sogar überzeichnende Worte völlig in Ordnung sind, einschließlich des Vorwurfs der Rechtsbeugung gegenüber Richtern. Das muß erst recht im Strafverfahren gelten, denn dort geht es um wesentlich mehr als bloß um Geld. Und es muß erst recht in solchen Strafverfahren Gültigkeit haben, die wegen ihrer auch für die Öffentlichkeit offensichtlichen staatlichen Willkür sogar weltweit für Empörung sorgen.
Ich stütze mich für die folgenden Ausführungen auf von mir und meinen Kanzleikollegen Ende der 1990er-Jahre gestartete und bis heute laufende massenhafte Rechtsstreitigkeiten wegen Schrottimmobilienfinanzierungen und die daraus entstandene öffentliche Empörung.
Die Rechtsstreite, um die es dabei geht, betreffen Hunderttausende von Verbrauchern, die von deutschen Banken im Wege des massiven Betruges um ihre Existenz gebracht wurden. Ihnen wurden von Darlehensvermittlern der Banken mindestens doppelt, nicht selten sogar dreifach überteuerte Wohnungen, sogenannte Schrottimmobilien, nebst Vollfinanzierungen der Banken im Wege des Betruges untergejubelt.
In den Rechtsstreiten und in der Literatur werden diese Fälle bezeichnet als "drückervermittelte Schrottimmobilienfinanzierung". Sie führten zu einem schließlich öffentlich explodierenden Justizskandal und wurden begleitet von einem bis heute weitgehend unbekannten Medienskandal, den ich sogleich erläutern werde. Heiße und harte Argumentationen in den Gerichten kennzeichnen diese Auseinandersetzungen bis heute.
Zu ergänzen ist noch Folgendes: Diese Geschäfte wurden, weil in Deutschland die Justiz nichts dagegen unternahm, in 2007, 2008 und 2009 in den USA, und zwar maßgeblich von der Deutschen Bank, auf die Spitze getrieben und lösten erst die US-Immobilienkrise, sodann die Weltwirtschaftskrise nebst Eurokrise aus.
Meine Kanzlei und ich vertraten damals Tausende Geschädigte gegen die Banken und wir führten mit Abstand die allermeisten Prozesse in diesen Fällen von drückervermittelten Schrottimmobilien-Finanzierungen. Ich verhandelte diese Fälle jahrelang jeden Tag im Gericht, manchmal sogar an zwei Gerichten an einem Tag, morgens in Frankfurt und nachmittags in Stuttgart.
Dabei führte ich mindestens 2.500 bis 3.000 Zeugenvernehmungen durch. Deshalb wissen meine Kanzleikollegen und ich sehr genau - bestätigt auch durch viele private Gespräche mit Richtern nach ihrer Pensionierung -, daß alle mit diesen Fällen befaßten Richter wußten, daß die Banken vor Gericht logen und der Bankrechtssenat des Bundesgerichtshofs zu ihrem Schutz das Recht beugte. Die genauen Details dazu sind sehr spannend, nehmen aber hier zu viel Platz ein; ich werde das in einem Buch ausführlich erzählen.
Hier nur so viel: Ich hatte erfahren, daß die beiden für Banksachen zuständigen obersten BGH-Richter Geld von Banken für angeblich wissenschaftliche Wochenendseminare erhielten. In Wahrheit dienten diese Seminare nur der Verschleierung der Tatsache, daß abends bei Bier und Wein und beim Essen die Richter und die Bankenvertreter detailliert berieten, wie sie am besten Urteile zugunsten unserer Mandanten und gegen die Banken aushebeln können

würden.
Zwei Teilnehmer in einem der Seminare, ein angesehener Rechtsanwalt und eine Redakteurin einer Verbraucherschutz-Zeitschrift, gaben mir eidesstattliche Versicherungen darüber, daß sich diese Richter wie geschildert, nämlich abends beim Essen und bei Bier und Wein mit den Bankanwälten und anderen Bankvertretern darüber unterhielten, wie sie insbesondere drei Fälle, die meine Kanzlei gerade beim
OLG Bamberg gewonnen hatte, einige Wochen später aushebeln können würden. Einer von ihnen erklärt sogar, daß Verbraucherschutz - immerhin ein Staatsziel der EU! - eine "Hydra" sei, der man "die Köpfe abschlagen" müsse. In ein paar Wochen werde man meine drei Urteile aufheben. Genau so geschah es dann auch!
Ich erstattete am Anfang der 2000er-Jahre eine Strafanzeige wegen Rechtsbeugung und Bestechlichkeit gegen diese beiden BGH-Richter. Offenbar hatte das zuvor noch nie jemand getan, was mich überraschte, als dies bekannt wurde. Zu meiner - inzwischen muß man sagen - naiven - Überraschung wurde trotz der geradezu erdrückenden Beweislage gar nicht erst ermittelt. Heute ist mir natürlich klar, daß die politisch weisungsgebundenen Staatsanwälte angewiesen wurden, nicht zu ermitteln.
Aber: Wir stellten sicher, daß der Skandal nicht beerdigt, sondern öffentlich wurde, denn ich war sehr gut mit anderen Rechtswissenschaftlern und Juristen, aber auch mit Medienvertretern vernetzt. So sorgten wir dafür, daß die auch aus heutiger Sicht noch skandalösen Fakten öffentlich bekannt wurden. In der Folge äußerten sich viele angesehene Rechtsprofessoren, Anwaltskollegen und natürlich auch ich, aber sogar ehemalige und aktive Richter, welchen ich die Vorgänge geschildert hatte, in juristischen Fachzeitschriften, aber auch in den Mainstream-Medien und im TV dazu.
Alle beklagten die Korruption auf den höchsten Ebenen deutscher Gerichte. Ich konnte den unfaßbar dreisten Prozeßbetrug der Deutschen Bank (das heißt: die dreisten Lügen der Deutschen Bank in den Prozessen) nicht nur in zwei Fachaufsätzen, sondern auch in einer ganzen Vielzahl von TV-Berichten im Mainstream schildern und wurde auch dabei von einer Reihe von Rechtswissenschaftlern unterstützt.
Dann geschah etwas, was mich fast noch mehr erschütterte als die Korruption beim Bankensenat des BGH: Ein legendärer SPIEGEL-Redakteur, Dr. Hermann Bott, hatte einen Artikel über die ebenfalls tief in die Schrottimmobilienfinanzierung verstrickte Bayerische HypoBank (sie brach wegen dieser Finanzierungen bald zusammen und wurde von der italienischen Unicredit Bank gekauft) sehr gut recherchiert. Wenige Tage bevor sein Artikel mit der Überschrift "Ein organisierter Massenbetrug" erscheinen sollte, rief mich der völlig aufgelöste Dr. Bott an und bat mich, nach Hamburg zu kommen.
Dort übergab er mir die Druckfahne des Artikels (Anlage, noch nachzureichen) und erklärte mir, daß der Artikel nicht im SPIEGEL, dem damals auch international angesehensten und wichtigsten deutschen Nachrichtenmagazin, erscheinen würde. Denn, so erklärte er weiter: Als die HypoBank von dem Artikel erfahren hatte, weil Dr. Bott natürlich auch deren Stellungnahme für den Artikel einholen wollte, sandte sie umgehend eine Gruppe von Juristen und Marketingleuten von München nach Hamburg. Als Ergebnis der Gespräche mit der Chefredaktion des SPIEGEL "kaufte" diese den Artikel und ließ ihn verschwinden.
Das nennt man in den USA "Catch and kill". Die Gegenleistung der HypoBank hierfür war ein Werbevertrag mit dem SPIEGEL: Die HypoBank ließ gegen Zahlung vieler Millionen Euro im SPIEGEL eine ganze Werbekampagne unter dem Slogan "Leben Sie, wir kümmern uns um die Details" laufen. Um Dr. Bott nicht öffentlich zu beschädigen, machte ich dies damals nicht öffentlich, sondern informierte nur wenige Kollegen, Rechtswissenschaftler und andere Juristen, denen ich vertraute.
Weil wir allesamt sahen, daß es in Deutschland eine jedenfalls in den entscheidenden Stellen

durch und durch korrupte Justiz gab, wandten wir, nämlich ein Bremer Kollege und ich, uns schließlich mit einigen seiner Fälle an den Europäischen Gerichtshof. Dort gewannen die Verbraucher nach absolut fairer und hochmotivierender mündlicher Verhandlung bahnbrechende Entscheidungen zugunsten der Verbraucher und gegen die Banken. Aber: Der BGH unter Führung der beiden korrupten Richter weigerte sich, diese Entscheidung umzusetzen. Ja, er verschärfte seine Rechtsprechung zugunsten der Banken noch weiter im Wege der Rechtsbeugung.
Obwohl es mir außerdem noch gelang, zu diesem Justizskandal einen sehr umfangreichen Artikel in der ZEIT zu veröffentlichen, war die Kontrolle des Bankensenats des BGH durch die Banken so weit gediehen, daß das trotz der öffentlichen Empörung nichts mehr änderte - außer daß der Vorsitzende des Bankensenats des BGH für immer als willfährige Marionette der Banken gebrandmarkt ist. Aber vielleicht ist das ja auch so etwas wie "Poetic Justice", also ausgleichende Gerechtigkeit.
Vor diesem politisch, juristisch und medial aufgeheizten Hintergrund fanden immer mehr Gerichtsverhandlungen statt, in welchen immer härter und mit immer deutlicheren Worten verhandelt und um Gerechtigkeit gekämpft wurde. Die für diese Ausführungen zur Meinungs- und Informationsfreiheit im Rahmen des "Kampfes ums Recht" wichtigste Entscheidung stammt vom Kammergericht Berlin (vgl. BVerfGE 76, 171, 193; Müller NJW 2009, 3746, 3748), das sich wiederum auf das Verfassungsgericht stützt.
In dem Fall des Kammergerichts Berlin ging es um ein Strafverfahren gegen einen Berliner Rechtsanwalt. Dieser hatte sich als Anlegervertreter in einem Zivilprozeß, einem sogenannten Schrottimmobilienfinanzierungsprozeß, in einem Befangenheitsantrag unter anderem wie folgt geäußert: "Spätestens hier wird deutlich, daß es sich bei den Abgelehnten nicht um objektiv unparteiisch agierende Richter am Kammergericht, sondern nur um eine Art Hilfstruppe der Klägerin (die Bank, Anm. d. Unterzeichners) handelt. Schon seit jeher sagt man den Prozeßbevollmächtigten der Klägerin nach, sie vermöchten aufgrund ihrer Verwicklung in das politische Berlin Dinge, die keine Anwaltskanzlei erreichen kann."
Obwohl der Kollege zuerst wegen Beleidigung strafrechtlich für diese in einem Zivilprozeß getätigte Äußerung verurteilt wurde, sprach ihn ein sehr sorgfältig arbeitender Senat des Kammergerichts Berlin frei und erklärte:
"Außerdem ist anerkannt, daß im Kampf um das Recht ein Verfahrensbeteiligter als 'Berufswaffen' auch starke, eindringliche Ausdrücke und sinnfällige Schlagworte benutzen darf, um seine Rechtsposition zu unterstreichen, selbst wenn er seinen Standpunkt anders hätte formulieren können (vgl. BVerfG NJW 1991, 2074, 2075; BayObLG NStZ-RR 2002, 40, 41; OLG Hamm NStZ-RR 2006, 7, 8; Senat StV 1997, 485, 486). Ein Rechtsanwalt kann daher auch ehrenrührige Unterstellungen und Vermutungen vorbringen, die seine Rechtsauffassung stärken ...
Auch wenn die Ausführungen ... inzidenter sogar den Vorwurf von Straftaten beinhalten (z.B. Rechtsbeugung), so ist anerkannt, daß der Kritiker prinzipiell sogar seine strafrechtliche Bewertung von Vorgängen als persönliche Rechtsauffassung zum Ausdruck bringen kann, selbst wenn sie objektiver Beurteilung nicht standhält."
Das KG Berlin, das die Äußerungen des Rechtsanwalts strafrechtlich zu überprüfen hatte, erklärte, daß es sich dabei um zulässige Meinungsäußerungen zum Zwecke der Rechtsverfolgung, also im Kampf ums Recht, handle. In seiner Urteilsbegründung geht es in vorbildlich differenzierter Weise auf die besondere, massive öffentliche Empörung auslösende Brisanz der Schrottimmobilienprozesse ein und legt dar, warum dort auch ehrverletzende Äußerungen zum Zwecke der Rechtsverfolgung der geschädigten Anleger durchaus angebracht sein können:
"In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, daß der Zivilrechtsstreit die Folgen eines

mißlungenen Bauvorhabens betraf, in dem - neben spezifisch insolvenzrechtlichen Fragen - die Behauptung bedeutsam war, die für den späteren finanziellen Zusammenbruch ursächlichen, angeblich betrügerischen Beratungsunternehmen seien mit der finanzierenden Bank wirtschaftlich verwoben. Diese Konstellation, die Laien ganz überwiegend als offenkundig zu bejahen erachten, Gerichte aber weitgehend ablehnend beurteilten, hat die Gerichte äußerst zahlreich und intensiv beschäftigt.
Es handelt sich um ein breit diskutiertes Problem von volkswirtschaftlicher Bedeutung mit mindestens 300.000 Geschädigten ("Schrottimmobilien", "drückervermittelte Wohnungsfinanzierungen", vgl. BGH NJW 2002, 2336), das wegen der von einem Teil des Fachschrifttums und auch der Bevölkerung als einseitig schikanös zu Gunsten der Banken empfundenen, den - damaligen, seither etwas veränderten (vgl. BGHZ 168, 1; BGH NJW 2006, 1957) - Vorgaben des XI. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs folgenden überwiegenden Rechtsprechung der Obergerichte (vgl. nur BGH NJW 2000, 2353; NJW 2000, 2270; NJW 2000, 2268; OLG Köln VersR 2002, 990 jew. Mit weit. Nachw.) und den ruinösen sozialen Folgen jahrelang zu heftigsten Reaktionen Anlaß gegeben hat.
Die Wortwahl war kampfbetont überspitzt und in Teilen beleidigend. Es formierte sich in Netzwerken organisierter Widerstand gegen als auch von Banken organisierte Verteidigung für diese, vom Europäischen Gerichtshof mehrfach konterkarierte (vgl. nur EuGH ZIP 2005, 1959; NJW 2002, 281; Hoffmann ZIP 2005, 1985) Rechtsprechung.
Sowohl die sie (gegen "verbraucherfreundliche" Gerichte, so z.B. die Oberlandesgerichte Bamberg und Karlsruhe) verteidigenden oder den Gesetzgeber angreifenden Richter (dem "Spuk der verbraucherfreundlichen Rechtsprechung muß ein Ende bereitet werden", zitiert nach BGH NJW 2002, 2336; die Verbraucherschutzgesetze seien in Anlehnung an Otto von Gierkes Befund aus dem Jahre 1889, ein "Tropfen sozialistischen Öles" fehle im Entwurf des BGB "Ölverschmutzung des Privatrechts", vgl. Bungeroth in Festschrift für Schimansky, Schutz vor dem Verbraucherschutz?, S. 279, 281) als auch die zugunsten der Betroffenenseite Argumentierenden (Egon Schneider: "Karlsruher Weißwäsche" ZAP 2003, 577; "Glaubwürdigkeitskrise des BGH" ZAP 2003, 841); darauf reagierende Leser: "interessenfinanzierter Vortragstourismus von BGH-Richtern", "daß gegen reisende Richter einzuwenden ist, daß sie sich bezahlen lassen und daß sie die Arbeit, für die sie bezahlt werden, nicht tun", Nachw. bei Schneider ZAP 2003, 841"; "Der Spiegel": "zuverlässigster Freund der Banken", zitiert nach Derleder, Subprime Judikatur, KJ 2009, 3,4; Derleder selbst: "der Bankrechtssenat unter der Leitung von Nobbe als eine Art Pate", "Phase der repressiven Ignoranz" "Despektierlichkeit einiger Richter gegenüber anzuwendenden Gesetzen", KJ 2009, 3, 7, "Der Bankrechtssenat hat sich als eine Art Mitspieler der finanzkapitalistischen Risikoproduktion erwiesen …", KJ 2009, 3, 24; vgl. auch Nassall NJW 2008, 3354) verwendeten starke, verletzende Ausdrücke, um das ihrerseits als skandalös empfundene Agieren der jeweiligen Gegenseite in einer wegen der sozialen Folgen politisch bedeutsamen Frage anzuprangern.
Zur im vorliegenden Verfahren gegenständlichen Privatinsolvenz durch die Fälligkeit der gesamten Kredite im Falle des Widerrufs oder der Kündigung hatte ebenfalls die zitierte Rechtsprechung beigetragen (vgl. Derleder KJ 2009, 3, 12). Fast lyrisch hat Deutsch (Verbraucherschutz gegen den BGH, NJW 2003, 2881) die Sachlage zusammengefaßt: "In der verdünnten Atmosphäre des BGH verklingen die Beschwerden der verarmten Betrogenen".
Abschließend stellt das Gericht fest:
"Gegen die routinehafte Übernahme dieser damaligen Rechtsprechung des BGH durch die Berliner Gerichte mußte sich der Beklagte mit ähnlich kraftvollen Worten und Vergleichen wehren dürfen."
Dr. Reiner Füllmich, 02.09.2024<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. September 2024 (x1.403/…):

>>**Bundesweit 14 Messerangriffe an einem Tag**

14 Polizeimeldungen über Messer-Delikte konnte man allein am Freitag finden. Eine Zahl, die den prekären Zustand der inneren Sicherheit offenbart. Hier einige der schlimmsten Fälle.

Von *Redaktion*

Die Polizei verzeichnet immer mehr Taten mit der Tatwaffe Messer.

Die Website "Messerinzidenz", die über den Tag hinweg deutschlandweit die Polizeimeldungen sammelt, meldete heute 14 Polizeiberichte, die Delikte mit der Tatwaffe Messer beinhalteten. An einem gewöhnlichen Freitag ist das also der Zustand der inneren Sicherheit in diesem Land.

Die Deutschland-Karte in Polizeimeldungen: 14 Taten konnten die Polizeistationen des Landes heute vermelden.

So kam es etwa in Chemnitz zu einem Streit im belebten Stadthallenpark. Dort waren, laut Polizei, mehrere Personen auf einen 19-Jährigen mit Bierflaschen losgegangen und hatten ihn dann auch mit einem Messer bedroht und leicht verletzt. Zudem wurde ihm sein Handy, Geld und seine Weste geraubt.

Während der vornehmlich durch Faustschläge verletzte tunesische Staatsbürger von herbeigerufenen Rettungskräften vor Ort versorgt wurde, konnte die Polizei zwei Tatverdächtige (27/algerischer Staatsbürger; 31/marokkanischer Staatsbürger) im Stadtzentrum festnehmen. Das Diebesgut und das Messer hatten sie nicht mehr dabei. Beide Tatverdächtigen durften nach Abschluß der ersten polizeilichen Maßnahmen kurz nach Mitternacht ihrer Wege gehen. Gegen beide wird nach Angaben der Polizei wegen gefährlicher Körperverletzung, Diebstahls und Bedrohung ermittelt.

Ein weiterer Fall in Unna: Beziehungsstreitigkeiten zwischen einem 42-jährigen türkischen Mann und einer 41-jährigen rumänischen Frau führten am Kirchplatz zu einem Polizeieinsatz. Die Frau, so die Polizei, habe mit einem Fleischklopfer die Fensterscheiben des Mannes eingeschlagen, wohl aus der Annahme heraus, er hätte ihr Geld gestohlen. Als Gegenwehr zückte er eine Machete und verletzte damit die 41-Jährige leicht. Beide waren stark alkoholisiert.

Auch gemeldet wurde eine Tat vom Samstag, die jetzt erst bekannt wurde: Ein 28-jähriger Mann aus Mali soll demnach in einer Flüchtlingsunterkunft im Landkreis Unterallgäu (Bayern) seine 30-jährige Freundin geschlagen haben. Im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen dem Paar sei auch ein zur Hilfe eilender Zeuge aus Gambia, den der Mann aus Mali mit einem Messer an der Hand verletzte, betroffen gewesen.

Die kurze Zeit später eintreffenden Polizeibeamten konnten in der Asylbewerberunterkunft jedoch weder die verletzte Frau noch deren Freund und mutmaßlichen Täter antreffen. Der 28-jährige malische Angreifer verließ daraufhin mit seiner verletzten Freundin die Unterkunft noch vor Eintreffen der Polizei. Einige Stunden später kehrten dann beide zur Unterkunft zurück, wo die Polizei sie antraf. Die Frau gab gegenüber den Beamten an, daß es auch zu sexueller Gewalt gegen sie gekommen sei. Den 28-jährigen Mann nahm die Polizei daraufhin vorläufig fest.

Im Berliner Bezirk Hellersdorf kam es derweil am Donnerstagnachmittag zu einer Raubtat mit einem Messer, bei der ein Mann mehrere Stichwunden erlitt. Nach bisherigen Erkenntnissen der Polizei waren zwei 22- und 25-jährige Männer in der Ludwigsfelder Straße unterwegs, als sie plötzlich von vier Männern überrascht und aufgefordert wurden, stehenzubleiben. Nachdem sie den Befehl ignorierten, flüchteten die beiden in einen Hauseingang. Die Täter folgten ihnen, holten sie ein und schlugen ihnen mehrfach ins Gesicht.

Im weiteren Verlauf raubten sie, laut Berliner Polizei, eine Tasche mit persönlichen Gegenständen, darunter Ausweise, Bargeld und Mobiltelefone. Schließlich zog einer der Täter ein Messer und führte einen Stich in Richtung des 22-Jährigen aus, den er jedoch zunächst verfehlte. Ein erneuter Messerangriff traf dann den 25-Jährigen, der mehrere Stiche in einen Arm

erlitt. Anschließend flüchteten die Täter mit einem Auto.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. September 2024 (x1.403/…): >>**"Die 100"**

Schwere Vorwürfe: Schnitt die ARD die Aussage eines Teilnehmers manipulativ?

Der Skandal um die ARD-Sendung "Die 100" wächst: Ein Teilnehmer der Sendung behauptet, seine Aussagen über Correctiv und die AfD seien vom Sender im Schnitt stark gekürzt und entfremdet worden.

Jerome Wnuk

Die Kontroverse um die in der ARD ausgestrahlte Sendung "Die 100" weitet sich immer weiter aus. Mittlerweile ist bekannt geworden, daß sich unter den Teilnehmern neben Schauspielern auch mehrere Politiker der SPD, der Linken sowie der Satirepartei "Die Partei" befanden. Darunter sind nicht nur einfache Parteimitglieder, sondern auch Mandatsträger der Kommunalpolitik und ehemalige Abgeordnete.

Jetzt kommt eine weitere Kontroverse dazu: Der Teilnehmer Linus-Lukas Spethmann behauptet in einem Interview auf dem YouTube-Kanal "Clownswelt", seine Aussagen über Correctiv und die AfD seien von der ARD stark gekürzt und damit entfremdet worden.

Spethmann behauptet, der Sender habe gerade bei den Fragen zu Correctiv seine Aussagen stark verändert. "Also das Traurige ist ja, daß da ein Drittel meines ganzen Arguments oder zwei Drittel weggecuttet (weggeschnitten) wurden. Was ja dann gesendet wurde, war, daß ich gesagt habe, ja, wenn so ein Vokabular verwendet wurde, dann ist es nicht okay", erklärte der 23-Jährige.

Spethmann habe aber noch angefügt, daß "es natürlich auch immer stark kontextabhängig" sei, das "fand ich wichtig." Auch beim Potsdam-Treffen hätte er gesagt, "daß das ja auch schon komplett debunked (widerlegt) wurde." "Und daß das ja so rassistisches Treffen war, daß da sogar mehr CDUler anwesend waren als AfDler. Das hatte ich erwähnt", so Spethmann.

Auch seine Äußerungen zur AfD habe die ARD im Nachhinein ausgeblendet. Spethmann: "Ich habe halt gefragt, wie rassistisch ein Ausgrenzen sein kann als eine Partei, wo eine Alice Weidel als homosexuelle Person drin ist, wo mehrfach Politiker mit Migrationshintergrund drin sind, die auch von vielen Ausländern teilweise gewählt wird. Das fanden sie wohl nicht gut, daß ich das gesagt habe."

Die Teilnehmer seien im Vorhinein nicht über die Themen gebrieft worden. Bis kurz vor der Sendung hätten die Teilnehmer nicht gewußt, daß es auch Fragen zu ihrer Position zur AfD gäbe. Auch meint Spethmann, daß im Nachhinein der Sendung viele der Teilnehmer, die sich während der Sendung der Mehrheit anschlossen, doch in ihrer politischen Haltung zumindest nicht ganz konträr zu seiner seien und mehr aus Angst nicht ihre ehrliche Meinung abgegeben hätten. So habe er sich mit einem Lehrer unterhalten, der gesagt hätte, daß wenn er bei der Sendung seine wahre politische Haltung offenbaren würde, er "morgen die Eltern an der Tür stehen" hätte.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 20. September 2024 (x1.405/…): >>**Verhafteter Soldat tritt in Hungerstreik**

Bundeswehrsoldat nach Verweigerung von Corona-Impfung und Geldstrafe festgenommen / BSW-Abgeordneter in Gespräch mit Gefängnisleitung / Wehrrechtsexperte: Corona-Impfpflicht für Soldaten "unzulässig"

Der kürzlich verhaftete Bundeswehrsoldat Alexander Bittner ist am 17. September aus Protest gegen seine Festnahme in einen "trockenen Hungerstreik" getreten. Der Oberfeldwebel, der in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Aichach bei Augsburg einsitzt, nimmt keine Nahrung und kein Wasser mehr zu sich. Bittner war im Oktober 2022 wegen Gehorsamsverweigerung schuldig gesprochen worden, weil er sich keinen mRNA-basierten Corona-Impfstoff injizieren

lassen wollte.
Der 41-Jährige war anschließend vom Amtsgericht Ingolstadt zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung sowie zur Zahlung einer Bewährungsauflage von 2.500 Euro verurteilt worden. Er lehnte die Auflage ab. "Ich bin nicht schuldig", die Zahlung zu akzeptieren, wäre ein Schuldeingeständnis gewesen, erklärte Bittner in einem Interview mit dem Radiosender "Kontrafunk". Nach Ablauf der Bewährungszeit hätte der Soldat die Haftstrafe am 9. September 2024 antreten müssen. Da er dies nicht tat, wurde Haftbefehl erlassen. Am 16. September ist Bittner durch die Polizei Ingolstadt, auf Anweisung der dortigen Staatsanwaltschaft, in seiner Kaserne festgenommen worden. Er war dort, um seine Krankschreibung abzugeben.
Bittner ist Alleinverdiener und Vater von drei Kindern. Laut Angaben seiner Frau und der Menschenrechtsorganisation "United For Freedom" (UFF), die ihn unterstützt, darf er einmal in der Woche zehn Minuten telefonieren. Der Arzt und EU-Parlamentsabgeordnete Friedrich Pürner (BSW), hat kurzfristig um ein Gespräch mit der Anstaltsleitung und dem dort inhaftierten Oberfeldwebel gebeten.
Das bestätigte Pürner gegenüber Multipolar. Bisher habe die JVA jedoch nicht auf die Anfrage reagiert. "Die Gesundheit von Herrn Bittner hat für mich absolute Priorität", betonte Pürner. Der Mediziner war früher als Leiter des Gesundheitsamts im Landkreis Aichach-Friedberg und als Gefängnisarzt in der JVA tätig.
Grundlage für Bittners Verurteilung war die im November 2021 von der damaligen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) eingeführte "Duldungspflicht für Covid-19-Impfungen" für Bundeswehrangehörige. Die Pflicht war im Mai 2024 nach einem Votum des Wehrmedizinischen Beirats sowie der Empfehlung des Inspekteurs des Sanitätsdienstes der Bundeswehr wieder abgeschafft worden.
Ein anderer Soldat, der Oberstabsgefreite Jan Reiners, hat eine entsprechende Haftstrafe bereits hinter sich. Im Juli 2024 hatte er seine 40-tägige Haft in der Justizvollzugsanstalt Lingen in Niedersachsen angetreten. Zuvor hatte ihm die Bundeswehr, der er zwölf Jahre diente, "alles weggenommen", sagte Reiners im Kontrafunk-Interview. "Bundeswehr-Führerschein, Truppendienstausweis, ich durfte nicht mehr einfach so in die Kaserne, mich hat man wie einen Schwerverbrecher behandelt." Seitdem lebt der Ex-Soldat von Bürgergeld.
Sein Anwalt Edgar Siemund, Experte in Wehrrecht und Leutnant der Reserve a.D., erklärte "der Befehl zur Covid-Impfung war unzulässig". Soldatengesetz Paragraph 17a (2) besagt: "Der Soldat muß ärztliche Maßnahmen gegen seinen Willen nur dann dulden, wenn sie der Verhütung oder Bekämpfung übertragbarer Krankheiten dienen."
Die Corona-Impfungen wurden im Rahmen ihrer Not-Zulassung nicht auf Schutz vor Übertragung des Virus getestet. Das bestätigte Pfizer-Direktorin Janine Small im Oktober 2022 in einem Sonderausschuß des Europäischen Parlaments. Auch die Europäische Arzneimittelaufsicht (EMA) bestätigte, daß "COVID-19-Impfstoffe nicht zur Verhinderung der Übertragung von einer Person auf eine andere zugelassen sind".
Laut Grundgesetz, Artikel 2 hat jeder "das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit". In Artikel 7 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) heißt es: "Insbesondere darf niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden." Auch im Falle eines öffentlichen Notstandes, dürfe dieser Artikel nicht außer Kraft gesetzt werden. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Pflege- und Gesundheitspersonal wurde erst kürzlich vom Verwaltungsgericht Osnabrück für verfassungswidrig erklärt und zur erneuten Beurteilung an das Bundesverfassungsgericht gesandt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. September 2024 (x1.404/…): >>**BKA verbietet Cannabis-Konsum in Diensträumen**

Beamte des Bundeskriminalamts (BKA) müssen im Dienst auf Marihuana und Haschisch verzichten. Das geht aus einem internen Rundschreiben hervor, das kurz nach Inkrafttreten des neuen Cannabisgesetzes Anfang April an alle BKA-Standorte verschickt wurde und über das der "Spiegel" nun berichtet. Darin weist die Polizeibehörde "aus gegebenem Anlaß" darauf hin, daß der Konsum von Cannabis "in allen Liegenschaften des BKA nicht gestattet ist".
Das Verbot umfasse auch den "Besitz von Cannabispflanzen" - die folglich als Raumschmuck für Kommissariate oder Vernehmungszimmer ausfallen müssen. Zudem sollten die Ermittler "zu Dienstbeginn und auf dem Weg zur Dienststelle" sicherstellen, "daß eine Beeinträchtigung durch einen vorherigen Konsum nicht gegeben" sei.
Eine "uneingeschränkte Dienstfähigkeit" setze voraus, daß BKA-Angehörige bei "ihrer Tätigkeit nicht unter dem Einfluß von Alkohol oder anderen berauschenden Substanzen" stünden. Auch das "Führen von Dienst-Kfz" sei bei Konsum von Cannabis verboten. Was der "gegebene Anlaß" für den Hinweis auf das Kiffverbot war, geht aus dem Schreiben nicht hervor.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Wenn Schuldendämme brechen**
Draghi-Papier: Marode Infrastruktur und Wirtschaft lassen sich nicht mit noch mehr Brüsseler Dirigismus retten
Ulrich van Suntum
Der Brückeneinsturz in Dresden weckt böse Erinnerungen an das italienische Genua, wo die vierspurige Morandi-Autobahnbrücke 43 Menschen in den Tod riß. Reines Glück und die Uhrzeit verhinderten, daß diesmal im Elbflorenz niemand verletzt wurde. Der Zustand der einst so gelobten deutschen Infrastruktur nähert sich immer mehr dem in Italien. Gleichsam paßt sich die Wirtschaftskraft Deutschland innerhalb der EU eher den anderen Mitgliedsstaaten an als andersherum.
Der maroden europäischen Infrastruktur beikommen will jetzt der italienische Ex-Ministerpräsident und ehemalige EZB-Chef mit einer fulminanten Analyse, in der er viele Probleme der EU benennt. Aber die Abhilfe, die er vorschlägt, beinhaltet ein Mehr der alten Lösungen. Mehr Schulden. Mehr Dirigismus. Mehr Bürokratie.
An großen Worten und hehren Zielen fehlte es in der EU nie. Man wolle die "wettbewerbsfähigste und dynamischste Region der Welt werden", hieß es im März 2000 auf dem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs in Lissabon. Auch im Nachfolgeprogramm "Europa 2020" wurde zwar etwas vorsichtiger nur noch ein "intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum" angestrebt. Nach wie vor glaubte man aber, mit planwirtschaftlichen Zielvorgaben zum Erfolg zu kommen.
Neben ökonomischen Kennziffern wie der anzustrebenden Beschäftigungsquote und den Forschungs- und Entwicklungsausgaben traten dabei zunehmend auch soziale und ökologische Ziele in den Vordergrund. Der sogenannte "Green Deal" von 2019 konzentrierte sich sogar ganz darauf. Er enthielt nicht nur die Vorgabe, bis 2050 klimaneutral zu werden, sondern auch detaillierte Vorgaben für jeden einzelnen Sektor und jede Region. Zugleich behaupteten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und ihre Mitstreiter kühn, damit würden automatisch mehr Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Wohlstand generiert werden.
Der von Draghi vorgelegte Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU räumt die Fehler schonungslos ein. Die Union werde nicht in der Lage sein, ihre hochtrabenden Ziele zu erreichen, heißt es in dem 400seitigen Werk. Von der Leyen hatte ihn vor einem Jahr in Auftrag gegeben.
Vielmehr müßten wir "einige, wenn nicht sogar alle unsere Ambitionen zurückschrauben." In der Tat ist die ökonomische Bilanz der bisherigen Brüsseler Politik vernichtend. Gegenüber allen globalen Konkurrenten hat die EU laut dem Bericht in den letzten zwanzig Jahren deutlich an Boden verloren. So sei das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in den USA seit 2000

fast doppelt so schnell gestiegen. Und Besserung ist nicht in Sicht: Gerade erst hat die EZB ihre Wachstumsprognose für die Eurozone nochmals gesenkt - auf winzige 0,8 Prozent.
Das größte Sorgenkind ist dabei der frühere Musterschüler Deutschland. Traditionsunternehmen ziehen ins Ausland. Die Infrastruktur zerbröckelt. Und die Produktivität stagniert, trotz einer zunehmenden Zahl der Erwerbstätigen. Hierzulande erwartet das Münchener Ifo-Institut inzwischen nur noch Stillstand im laufenden Jahr. Im Draghi-Bericht wird die zu geringe Produktivität für das Desaster verantwortlich gemacht. Zu 70 Prozent sei die Lücke im Pro-Kopf-Einkommen darauf zurückzuführen. Draghi folgert daraus die Notwendigkeit einer stärkeren Förderung von zukunftsweisenden Technologien.
Letztlich ist Produktivität allerdings nur eine schlichte ökonomische Kennzahl, welche die Wirtschaftsleistung zur Zahl der Erwerbstätigen in Beziehung setzt. Die eigentlichen Ursachen für die europäische Wachstumsmisere liegen aber tiefer. Und sie haben gerade auch viel mit der technologischen und ökologischen Planungswut der Brüsseler Bürokraten zu tun.
So sind inzwischen die Strompreise in der EU zwei- bis dreimal so hoch wie in den USA, die Gaspreise liegen sogar beim Vier- bis Fünffachen. Kein Wunder also, daß die Produktion der energieintensiven Industrien seit 2021 um zehn bis fünfzehn Prozent zurückgegangen ist. Auch Draghi sieht die Gefahr einer Deindustrialisierung Europas.
Er will ihr aber mit den altbekannten Rezepten beikommen: kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten, mehr Fördergelder, Bevorzugung heimischer Industrien bei öffentlichen Aufträgen und notfalls sogar Zölle. Auch für die prekäre Lage der Automobilindustrie setzt er auf altbackene Rezepte. Ein neuer "Planungskoordinator" und ein "industrieller Aktionsplan für den Automobilsektor".
Ohnehin müßten noch mehr Kompetenzen auf die EU-Ebene verlagert werden. Dafür will er die Verträge ändern. Mitgliedstaaten sollen auf ihr Vetorecht verzichten. Zu allem Überfluß bringt er auch seine alte Lieblingsidee von gemeinschaftlichen Schulden ins Gespräch. Damit sollen Investitionen bis zu 850 Milliarden Euro finanziert werden - pro Jahr! Zwar winkte Finanzminister Christian Lindner sofort ab: Das könne man kurz so zusammenfassen, daß Deutschland (mal wieder) für andere bezahlen solle. Erfahrungsgemäß ist die Halbwertszeit solcher Dementis allerdings kurz.
In der EU fehlt es an vielem, aber wahrlich nicht an Geld. Stolze 328 Milliarden Euro beträgt ihr aktuelles Haushaltsbudget. Knapp ein Drittel fließt in den Klimaschutz. Dazu kommen noch die Erlöse aus dem Zertifikathandel und die nationalen Aufwendungen der einzelnen Mitgliedstaaten. Die wahren Kosten dürften sogar noch um ein Vielfaches höher sein. Denn auch Unternehmen und Bürger werden durch die Brüsseler Klimagesetze zu versteckten Ausgaben gezwungen.
Allein in diesem Bereich ließen sich daher geradezu phantastische Summen einsparen. Denn während die EU-Staaten zwischen 1990 und 2022 ihre Treibhausgas-Emissionen um 31 Prozent gesenkt hat, sind sie weltweit im gleichen Zeitraum um 67 Prozent gestiegen. Daß eine solche, selbstmörderische und ökologisch nutzlose Politik so nicht weitergehen kann, sieht auch der Draghi-Bericht ein.
Immerhin will er die Kosten durch geringere Energiesteuern, den Einsatz von Atomenergie und CO2-Abscheidung abmildern. Das Klimaziel selbst stellt er aber nicht in Frage. Und nach wie vor soll unsere Lage vor allem durch noch mehr Planung, Staatseingriffe und mehr Geld erreicht werden. Das werden die EU-Parlamentarier gern umsetzen, trotz aller negativen Erfahrungen mit diesem sozialistischen Instrumentenkasten. Ökonomische Inkompetenz ist eben kein Hinderungsgrund für eine EU-Karriere - Hauptsache, man kann sie in drei Amtssprachen unter Beweis stellen.
Prof. Dr. Ulrich van Suntum lehrte von 1995 bis 2020 VWL an der Wilhelms-Universität Münster.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Migrationsabkommen und Grenzschutz**

Zweigleisig in den Untergang

Michael Paulwitz

Die Migrationspolitik der verlöschenden Ampel strotzt vor grotesken Widersprüchen. Die Bundesinnenministerin erklärt gegenüber der EU, Deutschland sei mit der irregulären Migration "überlastet" und könne nicht "unbegrenzt" Flüchtlinge aufnehmen.

Den Notstand ausrufen und aus dem EU-Asylsystem aussteigen wie die niederländischen Nachbarn will sie natürlich trotzdem nicht. Sie ordnet Kontrollen an allen deutschen Grenzen an, von der logischen Konsequenz, illegale Migranten auch zurückzuweisen, will sie aber nichts wissen.

Währenddessen reist der Bundeskanzler durch die Welt und schließt "Migrationsabkommen" mit Ländern, für die es kaum Abschiebekandidaten gibt. Dafür hat seine Regierung allüberall "Fachkräfte" entdeckt, allerdings vor allem solche "ohne Qualifikation", denen sie zu Hunderttausenden zusätzlich den Weg nach Deutschland öffnen will. Die integrieren sich sicher selbständig und brauchen keine Wohnungen. Überlastung hin oder her.

Ausgelöst hat diesen aktionistischen Schizophrenieschub offenkundig der verzweifelte Versuch, die Flutung Deutschlands mit Migranten fortzuführen und zugleich Handlungsfähigkeit gegen illegale Migration vorzutäuschen. Wäre es da nicht einfacher, eine von der ideologischen Konfrontation mit der Realität hoffnungslos überforderte Regierung endlich auf das - wenn auch unverdiente - Altenteil abzuschieben?<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Abtreibung "to go"**

Weltweit will eine mächtige Lobby den Lebensschutz weiter einschränken

Birgit Kelle

Als sich Kamala Harris Ende August auf dem Parteitag der Demokraten in Chicago zur Präsidentschaftskandidatin ausrufen ließ, stand vor der Halle ein Bus der Abtreibungsorganisation International Planned Parenthood Federation (IPPF) und warb damit, kostenlose Abtreibungen und Sterilisationen durchzuführen.

Während man drinnen für den Wahlkampf rüstete, starben draußen 25 Kinder durch medikamentöse Abtreibung. Nach erfolgreicher Bluttat stand ein Taco-Wagen bereit für ein Essen und ein Mitnahmebeutel mit Süßigkeiten und Schmerzmitteln. Die Leichtigkeit, mit der die Entscheidung für oder gegen ein Kind fast wie eine "Abtreibung to go" in der Kaffeepause angeboten wird, entbehrt jeglichen Respekts vor der Würde des Menschen, kommt aber immer hochtrabend als "Frauenrecht" verpackt daher.

Das vermeintliche "Recht auf Abtreibung" sorgt nicht nur im amerikanischen Wahlkampf für Kontroversen. Auch Polen diskutiert derzeit sehr aufgeheizt eine Liberalisierung der Abtreibung, und in Deutschland rüstet sich die Ampelregierung, auch diese rote Linie noch zu überschreiten.

Daß man den Paragraphen 218 StGB gerne aus dem Strafgesetzbuch herausholen würde, stand bereits im Koalitionsvertrag. Danach ließ man eine Kommission handverlesener Experten beraten, die dann - welch Überraschung - genau jene Dinge empfahl, die die Regierung umsetzen wollte. Der Umweg eines außerparlamentarischen Gremiums soll dabei wissenschaftliche Expertise und Bürgerbeteiligung vorspiegeln. Sowohl Grüne als auch SPD haben nun den Beschluß gefaßt, Abtreibung in den ersten drei Monaten "aus dem Strafgesetzbuch" zu holen, sprich noch bis Ende der Legislaturperiode zu legalisieren, allein die FDP läßt sich da noch Zeit.

Legalisierung ist dabei das Wort, das man vermeidet, scheut man doch in Wahrheit die finale Auseinandersetzung um einen mühsam eingefriedeten Kompromiß, bei dem man durch die

Fristenlösung inklusive verpflichtender Beratung das Lebensrecht des Kindes mit dem Selbstbestimmungsrecht der Mutter vereinte. Abtreibung soll also ein bißchen legal werden, leider kann die Schwangere nicht nur ein bißchen schwanger und das Kind durch Abtreibung auch nicht ein bißchen, sondern nur ganz tot sein.
Auch die Pflichtberatung der Schwangeren soll wegfallen. Als letzte Hürde vor der Abtreibung ist sie Feministinnen schon lange ein Dorn im Auge, könnte sie doch Frauen vom Muttersein überzeugen. Passend dazu hatte man bereits Anfang Juli Meinungsäußerung in der Nähe einer Abtreibungspraxis als "Gehsteigbelästigung" zur Ordnungswidrigkeit befördert. Praktisch existieren nun Bannmeilen rund um Abtreibungseinrichtungen, innerhalb derer man ein Bußgeld von bis zu 5.000 Euro riskiert, selbst wenn man nur still dort steht und betet oder ein Plakat hochhält. Der Widerstand gegen die Normalisierung der Tötung von Kindern wird bereits als Gedankendelikt geahndet, noch bevor ein Wort gesprochen wurde.
Bis zur 37. Kalenderwoche dieses Jahres sind bereits 80.261 Abtreibungen offiziell registriert worden, bis Jahresende werden die 100.000 mit Sicherheit überschritten. Grüne und SPD wollen es von der strafbaren Tötung jetzt zur medizinischen Dienstleistung werden lassen, die von den Krankenkassen bezahlt wird.
Das Töten der ungeborenen Kinder soll wiederum allen Gynäkologen als Pflicht in der Facharztausbildung auferlegt werden. Man kann dann nur noch Gynäkologe werden, wenn man auch Abtreibung gelernt hat. Mit der Gewissensfreiheit in Art 4 Abs. 1 des Grundgesetzes wäre dann ein Verfassungsrecht ausgehebelt, das bislang Ärzte davor bewahrte, sich an Abtreibungen oder auch an Suiziden beteiligen zu müssen.
Die Vehemenz, mit der man in manchen Teilen der westlichen Wertegemeinschaft geradezu darauf versessen ist, jeder Frau das Recht zu verschaffen, die eigenen Kinder im Mutterleib töten zu dürfen, kann nicht allein durch radikale, feministische Ideen erklärt werden. Die Verfügbarkeit des weiblichen Körpers, aber auch die Verfügbarkeit des genetischen Materials wie Eizellen, Spermien oder gleich ganzer Embryonen muß in einem Kontext betrachtet werden, der weit über den Slogan "Mein Bauch gehört mir" hinausreicht.
Wenn am kommenden Samstag sowohl in Berlin als auch in Köln parallel Tausende beim sogenannten "Marsch für das Leben" für den Lebensschutz jedes einzelnen Menschen auf die Straße gehen, mag das Thema Abtreibung für die obligatorischen Gegendemonstranten aus der radikalen Szene eine Gretchenfrage darstellen, das Thema geht jedoch weit darüber hinaus.
Fällt das Abtreibungsverbot aus dem Strafrecht, bedeutet es im Umkehrschluß, daß es sich bei den Kindern bis zum dritten Monat angeblich nicht um einen Menschen, sondern nur um "Zellhaufen" handelt, die keine Rechte hätten. So wäre der Weg frei, damit auch der Embryonenschutz und das dazugehörige Gesetz mit fällt. Das wiederum würde die Tore zu gleich vielen Begehrlichkeiten öffnen. Firmen, die sich des genetischen Materials des Menschen für Forschung, künstliche Befruchtung, die Präimplantationsdiagnostik (PID), die Stammzellforschung, aber auch für die Forschung am künstlichen Uterus bemächtigen wollen. Die FDP träumt von der Legalisierung der Leihmutterschaft und von Eizell- und Embryonen-Spendenbanken.
Wir sollen Kinder jetzt also nicht mehr gebären, sondern spenden. Eine weltweite Milliardenindustrie aus Ärzten, Wissenschaftlern, Laboren, Rechtsanwälten und Vermittlungsagenturen profitiert finanziell massiv von den politischen und feministischen Forderungen nach Verhinderung von Schwangerschaften in der natürlich fruchtbaren Zeit der Frau bei gleichzeitiger Förderung von teuren und risikobehafteten Reproduktionsmethoden für Frauen jenseits der Fruchtbarkeitsgrenzen ihres Körpers.
Birgit Kelle, Publizistin, veröffentlichte jüngst das Buch "Ich kauf mir ein Kind. Das unwürdige Geschäft mit der Leihmutterschaft".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**"Letztes ideologisches Aufbäumen"**

Recht: Noch vor der Bundestagswahl wollen SPD und Grüne Abtreibungen legalisieren / "Marsch für das Leben" am Samstag in Köln und Berlin

Christian Vollradt

Bis zur nächsten Bundestagswahl dauert es höchstens noch ein Jahr, das Ansehen der Ampel befindet sich im Keller - da wollen Sozialdemokraten und Grüne offenbar wenigstens noch bei ihrer Stammwählerschaft Pluspunkte sammeln. Und so soll noch in dieser Legislaturperiode das Versprechen im Koalitionsvertrag, Abtreibungen zu legalisieren, eingelöst werden.

"Schwangerschaftsabbrüche auf Wunsch der Schwangeren sollen bis zur 12. Woche rechtmäßig und straffrei sein. Statt einer Beratungspflicht wollen wir ein Recht auf Beratung etablieren", heißt es in einem vergangene Woche gefaßten Beschluß der Grünen-Bundestagsfraktion. Zudem sollen die Krankenkassen die Kosten für Abtreibungen übernehmen.

In vielen anderen europäischen Staaten existierten bereits liberale Regelungen, "Deutschland hinkt dieser Entwicklung hin zu reproduktiven Rechten seit langem hinterher", sind die Grünen überzeugt. Die Abgeordneten berufen sich dabei auf die Empfehlungen einer Sachverständigenkommission der Bundesregierung vom Frühjahr dieses Jahres (JF 17/24). Deren handverlesene Mitglieder hatten für eine "Entkriminalisierung" plädiert.

Derzeit gilt der sogenannte Abtreibungskompromiß: Ein Schwangerschaftsabbruch ist rechtswidrig, bleibt aber bis zur zwölften Schwangerschaftswoche straffrei, sofern vor dem Eingriff eine dokumentierte Beratung stattgefunden hat. Ob es die von SPD und Grünen gewünschte Initiative zur Änderung dieser Rechtslage noch vor der nächsten Wahl in den Bundestag schafft, ist ungewiß. Denn neben der Opposition aus Union und AfD sind auch Teile der FDP für die Beibehaltung der jetzt geltenden Regelung.

Linksradikale mobilisieren schon für Gegenproteste

Heftige Kritik an den Vorstößen von SPD und Grünen übt der Gründer und Geschäftsführer der Schwangeren-Beratungsorganisation 1000plus-Profemina, Kristijan Aufiero: "Nichts an dem Vorhaben, die Paragraphen 218 und 219 im Strafgesetzbuch zu streichen, ist auch nur halbwegs vernünftig", sagte er der JUNGEN FREIHEIT.

"Die katastrophalen Folgen der demographische Krise Deutschlands und Europas verdichten sich. Mit diesem Argument wurden in den vergangenen Jahren Hunderte von Milliarden für Migration ausgegeben - mit gravierenden gesellschaftlichen Folgen und äußerst dürftigen volkswirtschaftlichen Ergebnissen." Gleichzeitig seien Grüne und SPD offenbar der Meinung, "daß wir noch nicht genug Abtreibungen in Deutschland haben."

Der Chef der privaten und spendenfinanzierten Organisation, die Schwangeren in Konfliktsituationen beistehen und so ein "Ja" zum Kind ermöglichen möchte, sieht in den Plänen ein "letztes ideologisches Aufbäumen wider die Realität". Und die sehe so aus: "Ein Bruchteil der Mittel, die für Migration ausgegeben wurden, würde ausreichen, um Abertausenden Schwangeren in Not zu helfen, sich für ihre ungeborenen Kinder zu entscheiden."

Alles in allem Anlaß genug für Lebensschützer, am kommenden Samstag beim Marsch für das Leben teilzunehmen. Die vom Bundesverband Lebensrecht (BVL) veranstaltete Demonstration unter dem Motto "Stark sein, Schwache schützen" findet auch dieses Jahr wieder an zwei Orten gleichzeitig statt, vor dem Brandenburger Tor in Berlin und vor der Deutzer Werft in Köln.

Inhaltlich geht es da nicht nur um den Lebensanfang, sondern auch das Ende. So plädiert die BVL-Vorsitzende Alexandra Linder gegen die assistierte Selbsttötung mit Blick auf Schwerstkranke und forderte statt dessen mehr Engagement für Palliativmedizin und Hospize.

Wie nicht anders zu erwarten, mobilisieren auch die Gegner des Marschs für das Leben.

So ruft ein feministisches und antifaschistisches "Bündnis Pro Choice Köln" zum Protest auf.

Man wolle "ein Zeichen setzen für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung sowie gegen religiösen Fundamentalismus und rechte Ideologie". Im vergangenen Jahr hatten in der Domstadt etwa 2.800 Gegendemonstranten dafür gesorgt, daß der Marsch nur wenige hundert Meter weit kam (JF 39/23), indem sie die umliegenden Straßen blockierten - auch die auf der von der Polizei geplanten Alternativroute.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Bei Ärger mit den "Cops"**

Antifa-Area: Im Ruhrgebiet stehen viele Initiativen ratsuchenden Radikalen zur Seite - ob beim veganen Picknick oder in der linksextremen Roten Hilfe / Manches gedeiht dank Steuergeld

Hinrich Rohbohm

Ein großer schwarzer Stern hängt über dem Eingang. Darunter befindet sich ein Transparent: "Bahnhof Langendreer. Gemeinsam Handeln. Gegen Antisemitismus, Rassismus & Rechten Haß". Offiziell handelt es sich bei dem 1908 errichteten ehemaligen Empfangsgebäude des Bahnhofs Langendreer im Bochumer Wallbaumweg 108 um ein weiteres jener zahlreichen Kulturzentren, in denen Partys, Konzerte, Kinoabende oder Theateraufführungen stattfinden. Inoffiziell verbirgt sich hinter der von der Stadt finanzierten Immobilie ein Treffpunkt der linksradikalen Szene.

Es ist ein Bau, der zunächst nicht wie eines dieser typischen Antifa-Zentren wirkt. Wenig linke Parolen, wenig Graffiti-Schmierereien. Lediglich ein paar "Aufs Maul- und Antifa-Aufkleber" am Haus und in der unmittelbaren Umgebung zeugen davon, daß sich hier regelmäßig gewaltbereite linke Gruppen zu Veranstaltungen treffen.

Auch im Gebäude deutet zunächst wenig auf ein linksradikales Zentrum hin. Auf die Frage, wo genau sich denn die Antifa treffe, bleibt man zunächst schmallippig. "Wer will denn das wissen", antwortet ein südländisch aussehender Mann um die 40 mißtrauisch. Ob er ein Besucher ist, ein Mitarbeiter oder gar ein Verantwortlicher will er nicht sagen. Erst als man inkognito ein positives Interesse an solchen Treffen suggeriert, löst sich bei ihm die anfängliche Nervosität und Verschwiegenheit.

"Wir sind ein soziokulturelles Zentrum. Hier treffen sich die verschiedensten Gruppen zu allen möglichen Veranstaltungen, Künstler, Freigeister", spult er zunächst eine Standard-Antwort ab. Und ja, "auch die Antifa kommt hier zusammen. Aber das ist bei uns sowieso eine Grundhaltung. Rassismus hat hier keinen Platz und darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben", spult der Mann wie auswendig gelernt ab.

Beim Thema Antisemitismus nimmt man es hingegen nicht ganz so genau. Erst vor einigen Wochen geriet das "Kulturzentrum" in die Schlagzeilen, als es in Zusammenarbeit mit dem "Arbeitskreis Palästina Bochum" die antisemitische Ausstellung "Guernica Gaza" des palästinensischen Künstlers Mohammed Al-Hawajri zeigen wollte. Kritiker werfen Al-Hawajri vor, er würde in seinen Werken das israelische Militär mit den Nationalsozialisten gleichsetzen. Das ging offenbar sogar der Bochumer SPD zu weit.

"Diese Ausstellung ist mehr als kritisch zu sehen, und wir müssen in diesem Zusammenhang dringend über die städtische Förderung des Bahnhofes Langendreer sprechen", warnte deren Vorsitzender Burkart Jentsch vor dem Hintergrund, daß die Ausstellung schon bei der Documenta 15 in Kassel für einen Skandal gesorgt hatte und ein dort eingesetztes Expertengremium die Werke als antisemitisch bezeichnete. Der Hinweis, die finanzielle Förderung des linksradikalen Zentrums zu überdenken, zeigten offenbar Wirkung. Die Ausstellung wurde abgeblasen.

Doch nicht nur der Bahnhof von Bochum-Langendreer dient der Antifa in der Stadt als Anlaufpunkt. Auch das sogenannte Soziale Zentrum gilt in der Ruhr-Metropole als Hort linksradikaler Aktivitäten. Daß von der JUNGEN FREIHEIT verdeckt vorgespielte Interesse daran

löst jedenfalls überraschte Freude aus: "Wir haben hier ein offenes Antifa-Café", erklärt eine junge Frau mit Nasenpiercing euphorisch in der Hoffnung darauf, einen potentiellen neuen Aktivisten vor sich zu haben.
Auch Fridays for Future komme hier regelmäßig zu Plenumssitzungen zusammen. Ebenso wie die gewaltbereite und von der Interventionistischen Linken gesteuerte klimaradikale Gruppe Ende Gelände. "Viele sind in mehreren Gruppen dabei, das vermischt sich oft", sagt die Frau. Man habe auch einen "Klima-Tresen", gibt sie freudig weitere Einblicke ins Innenleben des Zentrums. Ganz besonders möchte sie ein "veganes Picknick" ans Herz legen, das sich großer Beliebtheit erfreue.
Mehr als dieses kulinarische Angebot interessieren uns die "Beratungstermine", von denen die Frau ebenfalls spricht und die in dem Sozialen Zentrum stattfinden würden. Handelt es sich um Beratungen zur Zubereitung von veganem Essen? Die Frau lacht und verneint. "Das ist politisch. Wenn jemand Ärger mit den Cops hat", schildert sie. Es handelt sich um "Sprechstunden der Roten Hilfe".
Ärger mit den Cops, also der Polizei. Kommt das denn öfter vor? Schweigen. "Es ist kompliziert", windet sie sich zunächst. Dann folgt ein Redeschwall über den "repressiven Staat", über "Faschismus", der sich überall in unserer Gesellschaft breitmache und daß man jene schützen müsse, die sich gegen "diese Repression" zur Wehr setzten. "Die Rote Hilfe trägt dazu bei, Menschenrechte und Demokratie zu schützen", gibt die Frau ihre Sichtweise über jene Organisation wieder, die Verfassungsschützer dem gewaltorientierten Linksextremismus zuordnen. Und die alle jene von einer Unterstützung ausschließt, die mit der Justiz kooperieren.
Betreiber des Sozialen Zentrums ist der Verein Freiraum e.V. Als deren Verantwortlicher wiederum fungiert Jonas Rück, ein Auszubildender am Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum. Zwischen dem Sozialen Zentrum und der als besonders linkslastig geltenden Universität bestehen enge Verbindungen. Die Linke Liste, eine im Studentenparlament vertretene Hochschulgruppe, trifft sich regelmäßig im Sozialen Zentrum. Gleichzeitig diente die Hochschule linksradikalen Gruppen auch immer mal wieder als Unterschlupf und vorübergehendes Domizil.

Staatlich finanzierte Kinder- und Jugendarbeit

Etwa für das sogenannte Antirassistische Zentrum. Als dessen besetztes Quartier in einer alten Feuerwache einst von der Polizei geräumt wurde, fanden die Aktivisten an der Uni einen neuen Zufluchtsort.
Ein weiterer Antifa-Treff der Stadt ist das Botopia. Der gleichnamige Verein gibt vor, Kunst, Kultur sowie Volksbildung zu unterstützen und sich darüber hinaus für "bürgerschaftliches Engagement zugunsten gemeinnütziger Zwecke" einzusetzen. Dabei wolle man "Themen der politischen Bildung und Selbstorganisation, Nachhaltigkeit und der solidarischen Ökonomie einem breiteren Publikum zugänglich machen und die Zusammenarbeit zwischen Initiativen in Bochum und Umgebung verbessern." Ein Wortreigen, hinter dem sich auch linke Organisationen wie etwa Seebrücke, Stadt für Alle, Treffpunkt Asyl sowie queere Gruppen verbergen. Verantwortlich für das Botopia ist Christoph Bast, der auch als Projektleiter beim von der EU und dem Land Nordrhein-Westfalen finanziell unterstützten Verein IFAK e.V. tätig ist.
Bei IFAK handelt es sich nach eigener Darstellung um einen Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe sowie für Migrationsarbeit, der zudem finanzielle Mittel in Höhe von 100.000 Euro aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erhält. Geld, mit dem die "politische und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen" gestärkt werden solle. Und mit dem die Projektleiter-Stelle des Botopia-Verantwortlichen Christoph Bast finanziert wird, der sich so mit staatlichem Segen als pädagogischer Mitarbeiter um Kinder und Jugendliche kümmern darf.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024

(x1.407/…): >>**Deutschland zerbröselt**

Marode Infrastruktur: Das Dresdner Beispiel führt den wachsenden Sanierungsrückstand bei Autobahnen, Schienen, Brücken und Kanälen vor Augen. Die Politik erhöht derweil die Bauziele

Paul Leonhard

Die eingestürzte Carolabrücke im Zentrum Dresdens ist zum gefragten Fotomotiv mutiert - begehrter als die Frauenkirche. Ist zweitere das Wahrzeichen der innerdeutschen Solidarität beim Wiederaufbau, so ist die seit einer Woche in der Elbe liegende und vom Hochwasser umspülte Spannbetonbrücke Symbol für den maroden Ist-Zustand eines Landes, das einmal Exportweltmeister war und aktuell vor allem in Sachen Deindustrialisierung von sich reden macht.

Stellenstreichungen bei Großkonzernen. Deutsche Traditionsunternehmen wachsen vielfach nur noch im Ausland. Statt dessen herrscht Stillstand und Bürokratie. "Die Politik hat sich jahrelang auf einer hohen Wirtschaftskraft ausgeruht und damit langfristigen und nachhaltigen Wohlstand gefährdet", schreibt die ibau GmbH München, ein Informationsdienst für Ausschreibungen und Vergaben im öffentlichen sowie gewerblichen Sektor, in einer Analyse. "Das Verkehrschaos, das teilweise schon besteht und in den nächsten Jahren mit noch größerer Wucht auf uns zukommt, hat einen eindeutigen Grund: Grobe Vernachlässigung", heißt es unter Verweis auf die Studie "Risikofaktor Brücken".

Natürlich stimmt es nicht, daß die Union, wie Jens Spahn im Bundestag behauptet hat, der Ampelregierung "ein Land im Wachstum übergeben" habe und erst Scholz & Co. "daraus ein Land der Krise gemacht" hätten. Auch die CDU/CSU unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich mehr um das Wohl des Auslands gesorgt, als innerstaatliche Probleme anzupacken. Das bald schon zum Sprichwort mutierte Beispiel dafür ist die Deutsche Bahn. Der staatseigene Infrastrukturkonzern, der gerade mit DB-Schenker - der einzigen noch profitablen Sparte - sein Tafelsilber an ein dänisches Unternehmen verscherbelt hat, ist seit Jahrzehnten ein Milliardengrab.

Nach dem Brückeneinsturz sucht Dresden einen Prüfer

Der Einsturz der zentralen Verkehrsader einer 500.000-Einwohner-Stadt ausgerechnet im Land der Ingenieure dürfte im Ausland für ungläubiges Kopfschütteln gesorgt haben. Daß dabei niemand verletzt wurde, ist ein glücklicher Zufall - acht Minuten vor dem Zusammenbruch querte noch eine Straßenbahn die Brücke. Es geht um ein systematisches Versagen des Staates im allgemeinen und der Stadt Dresden im besonderen. Denn der marode Zustand der Carolabrücke - wie der Tausender anderer Infrastrukturbauwerke in Deutschland - war bekannt, auch wenn die Stadtverwaltung erst Stunden nach dem Einsturz eine Stellenausschreibung nach einem "Brückenprüfingenieur/-in (m/w/d)" schaltete.

In Hamburg wurde nach dem Vorfall in Dresden die Sperrung der Norderelbbrücke ausgeweitet. Brückenexperten hatten hier bereits im Sommer bei einer Routineprüfung Schäden erkannt. Es sei keine "akute Gefahr in Verzug, aber wir müssen jetzt tätig werden", teilte Carsten Butenschön von der Autobahn-Gesellschaft mit. Die Elbe querten hier über die A1 bei einer Zählung im Jahr 2010 über 100.000 Kraftfahrzeuge täglich.

Bis zu 11.000 der rund 39.500 für den bundesweiten Verkehr besonders wichtigen Autobahn- und Fernstraßenbrücken gelten als dringend sanierungsbedürftig. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) sprach Anfang des Jahres noch von 4.000. Dabei ist der Sanierungsstau im Westen größer als im Osten, wo seit der Wiedervereinigung zahlreiche Brücken errichtet wurden. Allerdings wurde bei deren Projektierung mit weniger Verkehr und teils leichteren Fahrzeugen gerechnet, so daß vielerorts bereits Materialermüdung festgestellt wurde.

Brückenprüfungen erfolgen in Deutschland gemäß DIN 1076. Durch sie soll die Standsicherheit, Traglastfähigkeit und verkehrssichere Nutzung des Bauwerks sichergestellt werden. Da-

zu werden Brücken alle sechs Jahre einer Hauptprüfung unterzogen, alle drei Jahre einer einfachen Prüfung, und jährlich werden sie gesichtet. Die Prüfer vergeben beim Brücken-TÜV Noten zwischen 1 und 4. Ab einer Note 3,5 spricht man von einem ungenügenden Zustand. Soweit das Brückeneinmaleins. Denn um selbst bei schlechtester Note eine Brücke nutzen zu können, werden einfach Auflagen beschlossen. Nach dem Vorbild sozialistischer Mangelwirtschaften werden Probleme nicht an der Wurzel angepackt, sondern es wird versucht, die Lösung mittels Tempolimit, Mindestabstandsregeln oder Lkw-Fahrverboten in die Zukunft zu verschieben.

Verkehrsministerium muß die Zahl maroder Brücken korrigieren

Die Wehrbrücke nahe Neckarsulm wurde beispielsweise lediglich für Lkw über 3,5 Tonnen gesperrt und wird seither mit Hilfe modernster Diagnosetechnik und Sensorik täglich überwacht. Erst in fünf bis zehn Jahren soll es eine Ersatzbrücke geben. 400 Brücken im Jahr zu sanieren, und zwar nach der "sinnvollsten Reihenfolge", hat sich Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) beim ersten "Brückengipfel" 2022 vorgenommen, wissend, daß auch das schon ein sehr ehrgeiziges Vorhaben ist. Ein Jahr später moserte denn auch der Grünen-Bundestagsabgeordnete Stefan Gelbhaar gegen den Koalitionspartner: Statt 400 Brücken schaffe die Autobahn GmbH "aktuell nicht einmal die Hälfte".

In deren Statistik sind in der Bewertung von Brücken sechs Noten eingeführt. Danach sind, Stand März 2024 knapp über 27 Prozent nur in "ausreichendem" (23,1), "nicht ausreichendem" (4) und "ungenügendem" (0,4) Zustand.

Rechnet inzwischen der Bund mit bis zu 5.000 zu sanierenden Brücken im Autobahn- und Fernstraßennetz, so müssen aus Sicht des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gut 11.000 saniert oder ersetzt werden. Insgesamt handele es sich um 8.083 Autobahnbrücken sowie gut 3.000 an Bundesstraßen. Deren Instandsetzung sei wichtiger als der Aus- und Neubau, der nicht zu mehr Mobilität, sondern nur für mehr Verkehr sorge, so die Umweltorganisation. Die Regierung würde ein "drohendes Desaster bagatellisieren und die Lösung vertagen".

Die Zahl der zu sanierenden Autobahnbrücken hat das Bundesverkehrsministerium inzwischen entsprechend der BUND-Berechnungen nach oben korrigiert. In seiner Antwort auf eine Anfrage des BSW ist von 8.000 Brücken die Rede. Weiter heißt es, der Bund drohe sein Ziel, "bis 2032 alle maroden Brücken in besonders wichtigen Teilen des Autobahnnetzes modernisieren zu lassen" zu verfehlen, hieß es in einer Mitteilung des Bundesrechnungshofes vom Januar 2024. Der Sanierung sei aber Vorrang einzuräumen, sonst müsse mit weiterem Verfall und Sperrungen gerechnet werden.

Ende 2021 mußte die A45-Talbrücke Rahmede bei Lüdenscheid in NRW einsturzgefährdet gesperrt und 2023 gesprengt werden. Der erste Teilabschnitt eines Neubaus soll frühestens 2026 fertig sein. Bis dahin leidet die regionale Wirtschaft. Allein für die Region um Lüdenscheid addierten sich "die negativen Effekte durch die Brückensperrung in den nächsten fünf Jahren auf mindestens 1,8 Milliarden Euro", heißt es in einer "ökonomischen Schadensbetrachtung", die das Institut der deutschen Wirtschaft 2022 vorlegte: "Jedes Jahr, in dem die Brücke früher fertiggestellt werden kann, werden Summen in dreistelliger Millionenhöhe eingespart."

So wird auch klar: Jedes Jahr, in dem eine sanierungsbedürftige Brücke noch genutzt werden kann, hilft dem Bund beim Wirtschaften.

Ende Mai 2024 wurde getestet, was die Moseltalbrücke, eine 136 Meter hohe Brücke der Autobahn 61, noch aushält: 24 knallrote Lastwagen, insgesamt 960 Tonnen schwer, wurden auf dem Bauwerk dicht an dicht geparkt. Grund waren Anfang des Vorjahres entdeckte knapp einen Kilometer lange Risse in der Stahlkonstruktion.

Nicht besser sieht es bei der Deutschen Bahn aus, wo von rund 25.710 Brücken des Schienen-

netzes unverändert mehr als 1.000 als dringend sanierungsbedürftig gelten. Trotzdem bescheinigt sich der Konzern, der "Zustand der Eisenbahnbrücken ist kontinuierlich als gut zu bewerten". Das Durchschnittsalter sämtlicher Brücken liegt inzwischen bei fast 74 Jahren. Mehr als 11.000 sind älter als 100 Jahre, allerdings liegt das durchschnittliche Lebensalter von Eisenbahnbrücken bei 122 Jahren.

Zwischen 2015 und 2019 seien 900 Eisenbahnbrücken erneuert worden, bis 2029 sollen es insgesamt 2.000 Brücken sein, teilt die Bahn im Juli mit. Dafür stehen neun Milliarden Euro zur Verfügung. Bei den 1.064 Brücken in der Kategorie 4 sei es laut Bahn wirtschaftlich sinnvoller, das Bauwerk komplett zu ersetzen. Allerdings könne die Verweildauer in der Zustandskategorie 4 - abhängig vom Schadensbild - 15 Jahre und länger sein: "Die Zustandskategorie trifft keine Aussage über die Betriebssicherheit."

Offenbar hat sich die Zahl noch einmal erhöht. Denn in einer aktuellen Anfrage des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) geht das Bundesverkehrsministerium sogar von 1.160 Brükken aus, die zu ersetzen sind, sowie von 17.636 zu sanierenden Kilometern. Selbst Brücken der schlechtesten Zustandskategorie seien für die Nutzung des Eisenbahnbetriebs sicher, schreibt die Bahn. Neben der Sanierung investiere man in neue Brücken auf den Hochgeschwindigkeitsstrecken, um Kurven zu vermeiden.

Aber nicht nur Brücken, auch 7.112 Kilometer Autobahn sind sanierungsbedürftig, 2018 waren es lediglich 5.797. Bedauernswert ist ebenso der Zustand der Bundeswasserstraßen. Schleusen, Wehre und Brücken sind vielerorts in einem desolaten Zustand. Vom seit 2019 existierenden "Masterplan Binnenschiffahrt" ist wenig umgesetzt. Ein kurz- bis mittelfristiger Handlungsbedarf besteht an rund 70 der 307 Wehre, an 130 von rund 315 Schleusen und 160 Brücken. Auch die rund 14.000 sanierungsbedürftigen Brücken in Trägerschaft der Kommunen müssen instand gesetzt werden.

Der Politik waren andere Themen lieber - Infrastruktur kam hintan

Die Probleme sind allerdings hausgemacht, wie das Beispiel der Dresdener Carolabrücke zeigt. Bereits im Sommer 2023 warf der Stadtrat Holger Zastrow dem grünen Baubürgermeister Stephan Kühn vor, die "Brücken vergammeln" zu lassen, was jener in einem inzwischen gelöschten Post von sich wies. Eine derartige Behauptung entbehre "jeder sachlichen Grundlage", wehrte sich der Autobahngegner dort. Zastrow hatte ausdrücklich auch die Carolabrükke genannt. Nach dem Brückeneinsturz sprach er gegenüber der JF von einem "Versagen von Politik und öffentlicher Hand". Die Staatsregierung und die Rathausspitze kümmere sich "um alles Mögliche, bloß nicht ums Wesentliche wie die Grundlagen unseres Gemeinwesens".

Die Hauptkritik richtet sich an Kühn, einen studierten Soziologen, der seinen Bürgermeisterposten nicht wegen seiner Sachkenntnisse, sondern wegen seines Parteibuchs erhalten hat. Dieser mißbrauche die Dresdner Brücken für "Verkehrsversuche", die dem Fahrradverkehr Vorrang geben sollten und die beide abgebrochen werden mußten: der an der berühmten Stahlbrücke "Blaues Wunder" wegen kilometerlanger Staus und Bürgerprotesten. Und der am 2. September an der Carolabrücke gestartete und von Kühn persönlich beworbene wegen des Einsturzes des Versuchsobjektes am 11. September.

Aber Kühn kann sich darauf berufen, nur umzusetzen, was eine links-grüne Stadtratsmehrheit im Februar 2024 beschlossen hat: die "nachhaltige Umgestaltung der städtischen Infrastruktur", damit Dresden bis 2035 klimaneutral ist. Ein Antrag der konservativen Freien Wähler vom Juni dieses Jahres, den Zustand aller Dresdner Brücken zu erfassen, paßte da nichts ins Konzept, sondern wurde abgeschmettert: Warum sollte man die Öffentlichkeit beunruhigen? Dresdens marode Brücken würden schon aus Gewohnheit halten. Die 400 Meter lange Hohlkastenspannbetonbrücke, 1971 als Ersatz für eine 1945 von der SS gesprengte Brücke errichtet, tat der Rathausspitze diesen Gefallen nicht.

Seit ihrem Einsturz wird darüber gerätselt, was letztlich der Auslöser war: die schwere Tram,

die die Brücke querte, der Temperatursturz? Jedenfalls hat kein einziges Alarmsystem gegriffen, das signalisieren soll, wenn ein Zusammenbruch unmittelbar bevorsteht. Bauexperten sprechen von einem "unkontrollierten Versagen" des Bauwerkes. Ob die beiden noch stehenden Brückenzüge abgerissen werden müssen, wird derzeit untersucht. Beide waren zwischen 2021 und Anfang Juni 2024 saniert worden.
Auf mehr als 100 Millionen Euro werden die Kosten für Abriß und Neubau geschätzt. Vom Bund kamen aus dem Wirtschaftsministerium und dem Umweltministerium Unterstützungszusagen für den Wiederaufbau. Die Regierung lasse nicht zu, daß Deutschland zerbrösele: "Wenn es doch irgendwo hake, werde man das lösen."
Selbst wenn es dabei bleibt, daß ab 2025 für die Sanierung von Autobahnen, Fernstraßen und der dazugehörigen Brücken jährlich fünf Milliarden Euro - in diesem Jahr sind es 4,6 Milliarden - im Bundeshaushalt eingestellt werden, hilft das angesichts steigender Baupreise nicht.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Hohe Risiken für Deutschland**
EU-Finanzpolitik: 50-Milliarden-Dollar-Kriegskredit für die Ukraine / Wer haftet beim Ausfall?
Dirk Meyer
Wann ist ein Krieg reif für Verhandlungen? Es muß die Einsicht beider Seiten vorliegen, daß auf dem Verhandlungswege bessere Lösungen erreichbar sind als durch militärische Mittel - inklusive eigenem "Blutzoll". Der am 24. Februar 2022 begonnene russische Angriffskrieg kommt in die "Reifejahre". Die Ukraine setzt immer effektivere Waffensysteme des Westens ein, es findet eine Ausweitung des Krieges auf russisches Gebiet mit Fernwaffen und Landstreitkräften statt, das Ausmaß an Toten und Zerstörungen wächst täglich.
Rußland droht mit dem Einsatz von Atomwaffen, massive Aufrüstungen führen beiderseits zu Kriegs- und Mangelwirtschaften, es herrschen allseitige Rekrutierungsprobleme. Hinzu kommt die offensichtliche, wenngleich offiziell bestrittene, Kriegsmüdigkeit des Westens. Die Militär-, Finanz- und humanitären Hilfen der USA summierten sich bis Juni 2024 auf umgerechnet 75,1 Milliarden Euro. Bei Deutschland kommen noch die Flüchtlingskosten von 28,24 Milliarden Euro hinzu, so daß sich die deutschen Hilfen auf 42,93 Milliarden Euro summieren.
Völkerrechtliche Bedenken und unsichere Rückzahlung
Doch die nationalen Finanzhilfen stocken. Im Bundeshaushalt 2025 sind die auf vier Milliarden Euro halbierten Ukraine-Hilfen durch geplante Ausgaben bereits überbucht, und neue Rüstungsgüter werden für die eigene "Kriegstüchtigkeit" benötigt. Zudem hat die Regierung ihre Bürger die wahren Kosten von Beginn an nicht spüren lassen. Denn statt eines für jedermann merklichen Zuschlags zur Einkommensteuer ("Ukraine-Soli") hat man ein 100-Milliarden-Sondervermögen als Sonderkredit außerhalb der Schuldenbremse geschaffen, der ab 2031 zurückgezahlt werden muß.
Der ukrainische Staatshaushalt 2024 wurde bereits mit 24,5 Milliarden Dollar westlicher Hilfen und damit bis Juli zu 52 Prozent über Zuweisungen finanziert. Schon im Februar hatte die EU in ihrem Haushaltsrahmen 2021 bis 2027 der Ukraine weitere 50 Milliarden Euro an langfristigen Finanzhilfen, davon 33 Milliarden Euro als Kredit zugesichert (JF 17/24). Doch die Zeit drängt jetzt, denn die Ukraine muß gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) die Finanzierung ihres Haushalts 2025 darlegen. Sonst droht der Stop des IWF-Hilfsprogramms sowie der Rückzug weiterer Geldgeber. Entsprechend fordert die Ukraine die schnelle Freigabe eines weiteren 50-Milliarden-Dollar-Kredits, den die G7-Staaten im Juni angedacht hatten. Wie soll das konkret geschehen?
Was liegt in dieser Finanzklemme näher als eine Ukraine-Finanzierung zu Lasten Rußlands. 260 Milliarden Euro Vermögenswerte der russischen Notenbank sind im Ausland festgesetzt.

Davon liegen 173 Milliarden Euro beim belgischen Finanzdienstleister Euroclear. Allerdings bestehen völkerrechtliche Bedenken, ob ein Zugriff hierauf rechtens wäre. Denn nach Artikel 2 Absatz 1 der UN-Charta und herrschender Meinung sind diese hoheitlichen Vermögen grundsätzlich immunitätsgeschützt und einer Enteignung entzogen.
Auch könnte dies den Investitionsstandort und den Euro als internationale Reservewährung beschädigen. Juristisch weniger kritisch scheint hingegen die Aneignung der jährlichen Vermögenserträge von 2,5 bis drei Milliarden Euro. Diese will man "hebeln" - sprich: damit einen 50-Milliarden-Dollar-Kredit finanzieren. Doch die Tücken liegen im Detail.
Der Kredit wäre längerfristig und hätte eine Laufzeit von wohl 20 Jahren. Doch nach einem möglichen Friedensabkommen wäre der Zugriff auf die Erträge des russischen Vermögens nicht mehr möglich. Auch gilt der EU-Beschluß für die Sicherung des eingefrorenen Vermögens nur für jeweils sechs Monate und muß regelmäßig verlängert werden. Sollte sich zukünftig Ungarn der erforderlichen Einstimmigkeit aller 27 EU-Mitglieder verweigern, würden die Sanktionen schlagartig enden und die Zinserträge wegfallen. Sie müßten durch Haushaltsmittel ersetzt werden.
Sodann wäre die Aufteilung der Kreditsumme zu klären. Gemäß einer Variante würden die EU und die USA je 20 Milliarden Dollar übernehmen, während der Rest von Japan, Großbritannien, Kanada und anderen Staaten gestellt würde. Doch seitens der EU bestehen rechtliche Hürden. So darf die EU keine "operativen Ausgaben … mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen" (Art. 41 Abs. 2 EU-Vertrag) aus ihrem Haushalt finanzieren.
Weitere Milliarden-Hilfen für ein Bollwerk westlicher Werte?
Zudem schließt der EU-Haushalt eine Schuldenfinanzierung grundsätzlich aus (Art. 310 AEUV). Von daher müßte man in Anlehnung an die Europäische Friedensfazilität (davon EFF-Ukrainehilfe 11,1 Milliarden Euro) ein haushaltsexternes Instrument außerhalb der EU schaffen, das sich durch Beiträge von den Mitgliedsstaaten außerhalb des ordentlichen EU-Haushalts finanziert.
Daran hätte Deutschland einen Anteil von rund 25 Prozent. Unklar ist auch, wie mit Vermögenserträgen von drei Milliarden Euro der Kreditzins und die Tilgung vonstatten gehen sollen. Auch dürfte die Frage der Haftung für den Ukraine-Kredit zu Diskussionen führen, denn das Land hat nach der Umschuldung und dem Verzicht privater Gläubiger auf 60 Prozent ihrer Forderungen im August das Rating eines "selektiven Zahlungsausfalls". Die Tilgung erscheint demnach als höchst unsicher.
Schließlich gerät die Rechtfertigung der Hilfen an die Ukraine als Bollwerk westlicher Werte nach dem Bericht des Wall Street Journal vom 14. August über die Verantwortung der Führung in Kiew und die wohl direkte Genehmigung der Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines durch den damaligen Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyj, ins Wanken.
Bereits im Juni stellte die Bundesanwaltschaft einen Haftbefehl auf einen hauptverdächtigen Ukrainer aus. Wenngleich nach Ermittlungskreisen derzeit keine Belege vorliegen, so könnte sich der Verdacht des Staatsterrorismus bzw. der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch die Ukraine erhärten. Spätestens dann wären weitere deutsche Hilfen an die Ukraine nur noch schwer zu rechtfertigen - Zeit für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen?
Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. ifw-kiel.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**"Chemieindustrie ist Basis des Erfolgs"**
Chemie & Pharma Summit: Olaf Scholz stellt seinen Fünf-Punkte-Plan vor / Ideologisch gefärbte Detailregelungen

Jörg Schierholz

Vor dem Chemie- und Pharmagipfel am 12. September in Berlin legte der Verband der Chemischen Industrie (VCI) seinen Quartalsbericht mit dem Titel "Chemie und Pharma mit Gegenwind" vor. Der Gesamtumsatz der Branche ging gegenüber dem Vorjahresniveau bei leicht gestiegenem Absatz und sinkenden Preisen zurück. In Deutschland liegt die Kapazitätsauslastung der Branche nur noch bei 75 Prozent. Das ist nicht rentabel: Standorte wie BASF in Ludwigshafen schreiben Milliardenverluste.

Inzwischen erwägen schon vier von zehn Industrieunternehmen, die Produktion weiter zu drosseln oder ins Ausland abzuwandern. Die Firmen müßten Preise senken oder Produktionsanlagen dauerhaft stillegen und sich aus unrentablen Geschäftsfeldern zurückziehen. Die von der Ampel geplanten Änderungen im Strommarkt, die Produktion abhängig von Wind und Wetter zu drosseln oder hochzufahren, ist schwer möglich und teuer. "Chemieanlagen sind kein Herd, den man einfach an- und ausschalten kann", so der VCI-Experte Matthias Belitz im Gespräch mit Journalisten.

VCI-Präsident Markus Steilemann, Vorstandsvorsitzender des von Bayer abgespaltenen und in Übernahmeverhandlungen befindlichen Polymerherstellers Covestro, wandte sich vor dem Treffen in einem Brandbrief an die Bundestagsabgeordneten und Partei- und Fraktionschefs - mit Ausnahme der AfD: "Deutschland befinde sich in Herbststimmung - die Wirtschaft stagniere, in der Politik herrsche Streit, in der Gesellschaft Unzufriedenheit. Es schwinde die Zuversicht, daß das 'Geschäftsmodell Deutschland' dem globalen Wettbewerb dauerhaft standhalten kann."

Gerade die mittelständischen Unternehmen würden immer stärker unter "den hohen Energiekosten, unnötiger Bürokratie, zu langsamen Genehmigungsverfahren und einer in vielen Bereichen nur noch mittelmäßigen Infrastruktur" leiden. Es brauche daher eine "Kernsanierung des Wirtschaftsstandorts". Doch die Ampel versteht darunter Dekarbonisierung, die schon unter Angela Merkel begonnen wurde.

Ein Fünftel der industriellen Wertschöpfung akut bedroht?

Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte auf dem Chemie- und Pharmagipfels, die Sorgen der Branche nun erkannt zu haben: "Deutschland ist ein zentraler Standort für die Chemieindustrie in der Welt. Und ich will, daß das so bleibt". Mit den Einstiegssätzen "Chemie ist der Anfang von allem" und "Ohne Chemie gibt es kein Leben und keine Industrie" stellte er einen Fünf-Punkte-Plan vor. Das auf EU-Ebene drohende Verbot von per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS), bekannt als Ewigkeitschemikalien, solle abgemildert und bürokratische Hürden abgebaut, ein Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung beschlossen werden.

Es sei vorgesehen, EU-Regeln für Deutschland nicht noch weiter zu verschärfen, sondern sie lediglich eins zu eins umzusetzen. Die EU-Lieferkettenrichtlinie solle so umgesetzt werden, daß eine Entlastungswirkung erzielt würde. Die Weltoffenheit würde verteidigt und weiterhin qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt nach Deutschland geholt werden. Zudem sollen die Kreislaufwirtschaft und MINT-Berufe in Schulen gefördert werden. Auch die Strompreiskompensation würde bis 2030 verlängert werden.

Friedrich Merz monierte, die überbordende Bürokratie am Standort Deutschland könne nicht durch "kleine Schräubchen" zurückgedreht werden - doch seine CDU-Europaabgeordneten nicken in Brüssel fast alles ab. Der Atomausstieg sei zwar irreversibel, aber Deutschland würde den Bau von Kernkraftwerken im Ausland gerne unterstützen, um dann den Strom von dort zu beziehen. Das klingt nach Schwarz-Rot/Grün ab 2025.

Der VCI kritisierte am Fünf-Punkte-Plan von Scholz vor allem, daß die Energiepreisentlastung nicht weit genug gehe: "Das Ergebnis ist ein erster Schritt. Die Maßnahmen reichen aber nicht aus, um den nötigen Aufbruch hin zu einem starken Chemiestandort zu starten.

Ebenso forderte der Verband Klarheit über den wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung. "Ich plädiere sehr deutlich für eine Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen", sagte VCI-Präsident Steilemann. "Wir können keine ideologisch gefärbten Vorgaben und Detailregelungen gebrauchen. Was wir brauchen, ist unternehmerische Freiheit in einem Spielfeld, das wir selbst am besten kennen."
Der Chef der Chemiegewerkschaft BCE, Michael Vassiliadis, kommentierte die diskutierten Maßnahmen enttäuscht: "Die heute auf dem VCI Summit skizzierten Pläne der Bundesregierung zur Stärkung des Chemie-Standorts Deutschland mindern den Überdruck auf dem Kessel im Millibar-Bereich. Mit Blick auf die Arbeitsplätze in dieser deutschen Schlüsselindustrie bringen sie keine Entwarnung", so das langjährige SPD-Mitglied.
Daß die bereits vor einem Jahr verabredeten Einzelmaßnahmen in konkretes Regierungshandeln umgesetzt werden sollen, sei zu begrüßen. Denn in Deutschland seien ein Fünftel der industriellen Wertschöpfung akut bedroht; dies gelte ganz besonders für die energieintensive und modernisierungsbedürftige Chemieindustrie, so Vassiliadis. VCI-Präsident Markus Steilemann bedankte sich auf der Bühne ausgiebig bei Scholz, denn "heute ist nicht der Tag, um Forderungen zu stellen".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Überall "Faschisten"**
Landtagswahl Brandenburg: Seit der Wende stellt die SPD ununterbrochen den Ministerpräsidenten. Damit könnte nach dem 22. September Schluß sein
Martina Meckelein / Kuba Kruszakin
Brandenburg. Das Land, in dem "Nazis keinen zum Verprügeln" finden und 17jährige aus "Langeweile gegen einen Baum gurken". Das meinte jedenfalls der Kabarettist Rainald Grebe 2005. Das Lied ist aktuell unter Intellektuellen und denen, die sich dafür halten, wieder en vogue. Doch diesmal ist in dem Land wirklich etwas los. In ihm findet am kommenden Sonntag die letzte der drei Landtagswahlen in diesem Jahr statt. Wie hypnotisiert starren alle auf zwei Parteien: die AfD und den Senkrechtstarter BSW. Dazwischen: Parteien, die immer noch nicht verstanden haben, daß der Bürger von ihrer Politik die Nase gestrichen voll hat.
"Schauen Sie", sagt Gudrun Stilzebach und zeigt ihren Unterarm, auf dem bei 35 Grad die Haare zu Berge stehen. "Ich habe noch immer Gänsehaut." Die Rentnerin und Oma des kleinen Dean wollte ihren Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) einmal leibhaftig, "sozusagen in voller Montur", formuliert sie, sehen. "Ich finde den Mann super."
Der seit 2013 amtierende Ministerpräsident Brandenburgs spricht ausgiebig mit den Gästen auf dem Familienfest in Velten. Seine Partei hat es organisiert, so wie jedes Jahr. Alles auf einem großzügigen Waldspielplatz. Kinder und Tiere. Bessere Fotos kann sich ein Politiker nicht wünschen. Woidke nimmt man den Landesvater durchaus ab. Ausgiebig spricht er mit den Besuchern, und der Mann kann wirklich mit Kindern. "Der Charly hat ein Spielzeug auf dich geschmissen?", fragt er den kleinen Dean. "Ja", sagt der ernst.
Auf der Bühne wechselt Woidke vom Kinderversteher in den Angriffsmodus. "Gucken Sie sich einfach mal an, was die einzelnen, die hier heute so hängen, in den letzten Jahren zustande gebracht haben!" Er meint natürlich die politischen Gegner auf den Wahlplakaten. Dabei zählt er auf, was seine SPD-geführte Landesregierung in den letzten fünf Jahren geschafft habe: eine medizinische Universität in Cottbus, Kitas beitragsfrei gemacht. Und er nennt explizit einen Bremsklotz.
"Glauben Sie der AfD nicht, wenn sie sagt, sie wäre für die Familien!" Die Partei habe gegen beitragsfreie Kitas geklagt, gegen die Entlastung der Krankenhäuser. Der Haken: Das Landesverfassungsgericht gab der AfD teils recht. Zwei Milliarden neue Schulden sollten die Kosten decken, mit der "außergewöhnlichen Notsituation" wegen des Ukrainekriegs als Begründung. Wie die zehnstellige Summe die Notlage abmildern sollte, habe das Kabinett nicht ausrei-

chend erklärt.
Mit Blick auf die beiden vergangenen Wahlen in Sachsen und Thüringen ist die Frage der möglichen Koalitionen und unmöglich einzureißenden Brandmauern die wichtigste. Woidke erklärt der JUNGEN FREIHEIT: "Als erstes kann man über eine Regierungsverantwortung nur mit Parteien reden, die die gleichen Ziele verfolgen. Da zeigt sich natürlich: Die SPD verfolgt ganz andere Ziele als die AfD. Der zweite Punkt ist, daß es beim Wahlergebnis nicht nur darum geht, wer in welcher Stärke im Landtag sitzt."
Sollte die AfD vor der SPD landen, wolle er zurücktreten. Dabei hätte er auch als Zweitplazierter ein leichtes Spiel. Eine Zusammenarbeit mit der AfD lehnen nämlich alle ab. Wo liegt dann das Problem? Der JF sagt er: "Am Ende geht es auch darum, welches Image dieses Land hat. Wenn dieses Land ein Image der Ausländerfeindlichkeit, ein Image des Rassismus bekommt, dann wird es diesem Land schwer schaden."
Brandenburg verzeichnet seit 2014 einen Bevölkerungszuwachs. Darauf ist Woidke stolz. Dabei sind es junge Familien aus Berlin, die sich im Speckgürtel ansiedeln. In den tiefsten Südwesten, etwa Herzberg an der Elster, zieht es diese Hipster natürlich nicht. Trotz Sanierung sind viele Wohnungen unvermietet. Leerstandsquote kreisweit: 9,4 Prozent. "Was sollen die Leute auch hier machen, wenn sie keine Arbeit haben", schimpft ein älterer Herr. In Herzberg seien Probleme des ländlichen Brandenburgs besonders deutlich zu spüren, zum Beispiel der Öffentliche Personennahverkehr.
"Selbst den Bahnhof haben sie zugemacht, der war mitten in der Stadt." Jetzt muß der 87jährige, wenn er zum Arzt will, zu dem über zwei Kilometer vom Stadtkern entfernten Bahnhof gehen, um dann in den Bus zu steigen und zum Arzt zu fahren. "Also der Woidke, der ließ sich nicht einmal hier blicken! Dafür mehrfach die AfD." Der alte Mann war einmal SPD-Mitglied. "Heute schäme ich mich dafür."

"Wenn die AfD hier abräumt, dann ist Scholz weg …"

Unweit von Herzberg, in Bad Liebenwerda, werben die Freien Wähler um Stimmen. Selbst wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht schaffen, könnten sie ein Direktmandat bekommen. "Bernau ist unsere Lebensversicherung", sagt am Wahlkampfstand Sabine Buder. Die 40jährige Tierärztin, ehemals CDU-Bundestagskandidatin, ist Kreistagsabgeordnete im Landkreis Barnim und kandidiert für die BVB-Freie Wähler auf Platz zwei. Auf der Eins sitzt Péter Vida, für den Wahlkreis 14 in Bernau und Panketal. Mit der AfD will Buder nicht zusammenarbeiten. Also auch hier eine Brandmauer?
"Wenn man sich wirklich die Mühe macht und mit der Politik der AfD auseinandersetzt - gerade in den Parlamenten, in denen wir vertreten sind - dann stellt sich die Frage einfach nicht, weil sie sich spätestens nach der dritten Sitzung zerlegen, weil die keine Anträge stellen, die diesen Namen verdienen. Das ist keine Basis für irgendeine Zusammenarbeit!" Besser kommen bei ihr die Grünen allerdings auch nicht weg.
"Ich will nicht ausschließen, daß es in ganz Deutschland keine vernünftigen Grünen gibt - ich sage nur, daß sie in Brandenburg unterrepräsentiert sind. Sie haben das Gegenteil von dem versprochen, was sie jetzt umgesetzt haben." Und Wagenknecht? "Also, ich warne ein bißchen vor dieser Ausschließeritis - letztendlich hat das mit dem Respekt vor dem Wähler zu tun." Und die CDU? "Tatsache ist, daß sie die ganze Power in die Innenbetrachtung stecken und daß es ihnen völlig 'wurscht' ist, was drumherum passiert."
Die Christdemokraten haben unweit von Wittstock nach Berlinchen, ein 200-Seelen-Nest, auf ein Landgut eingeladen. Spitzenkandidat und Jurist Jan Redmann hat gerade seinen Führerschein wegen einer Trunkenheitsfahrt mit einem E-Roller (1,28 Promille) verloren. Rund 60 Besucher, in wehenden Sommerkleidchen die Damen und dunklen Hosen und weißen Hemden die Herren.
Zu elf Uhr ist geladen, doch der Ehrengast, Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner

(CDU), läßt auf sich warten. Es wird zwölf Uhr, es wird 13 Uhr. Redmann scheint es die Sprache verschlagen zu haben, statt den Conférencier zu mimen, steht er verloren unter seinen Parteifreunden. Auch dem Blasorchester Wittstock (Dosse) geht bei der Hitze die Puste aus. Wo bleibt Wegner? Im Stau auf der A24 - Vollsperrung. Endlich um 13.58 Uhr kommt er. Und das Blasorchester findet wieder Töne: Preußens Gloria.
Wegner soll seinen Parteifreund unterstützen, doch er lobt sich selbst. Dafür, daß er hinter seiner Polizei stehe. Dafür, daß man sich im Kindergarten und in der Grundschule mit Rechnen, Schreiben und Lesen befasse. "Und nicht mit Gendertoiletten." Lautes Gelächter. Redmann sagt: "Wir wollen die Veränderungsregierung bilden - eine, die die Dinge anders macht als jetzt." Dabei sitzt die CDU mit der SPD seit fünf Jahren auf der Regierungsbank. Müßig, aber der Ordnung halber: Mit der AfD und der Linken will sie nichts zu tun haben. Grüne sollten im Idealfall auch draußen bleiben.
Echte Großveranstaltungen trauen sich nur zwei Parteien zu: die AfD und das BSW. Auf dem Holzmarkt in Frankfurt (Oder) versammeln sich rund 600 Leute. Studenten, Schüler und Senioren wollen Sahra Wagenknecht sehen - trotz des kalten stürmischen Wetters. Sie alle warten seit 16 Uhr, doch ihre "Sahra" kommt nicht. Zehn Minuten, zwanzig Minuten, eine halbe Stunde. Ihre Vorredner versuchen, die Zeit zu füllen. Reinhard Zarneckow, Ex-Landtagsabgeordneter der SPD aus der Stadt, versucht vergeblich, seiner jetzigen Partei das Image der "One-Woman-Show" zu ändern.
Er erläutert die Parteistrukturen. Mehrfach stottert er. "Es wird bessere Reden geben", verspricht er. Es ist kurz vor 17 Uhr, die ersten Zuschauer gehen. "In drei Minuten kommt Wagenknecht", sagt Zarneckow, "und schauen Sie nicht auf die Uhr, das BSW wird Ihnen die Wahrheit sagen!" Wirklich, Wagenknecht spricht. Eine halbe Stunde Rundumschlag gegen die Bundesregierung: Habeck, der vor Katar buckelte, Lauterbach, der eine "komplette Fehlbesetzung im Amt" sei. "Die Wagenknecht, die hat ein wahnsinniges Repertoire", lobt ein älterer Besucher ihre Redegewandtheit. Nur über Brandenburg sprach sie nicht.
Zu 18 Uhr lädt die AfD nach Werder/Havel auf die Bismarckhöhe ein. "Omas gegen Rechts" und die Antifa wollen auch mitfeiern. Doch die Polizei riegelt weiträumig ab. Am Eingangstor, vor dem mehrere hundert Besucher ruhig warten: Taschenkontrollen, Regenschirme und Wasserflaschen müssen abgegeben werden. Körper werden abgetastet.
Das Gebrüll: "Ganz Werder haßt die AfD", ist oben im Ausflugslokal mit dem riesigen Saal nicht zu hören. Ein Mann sagt: "Ich komme aus Werder, von den linken Chaoten kenne ich niemanden." Der Saal ist mit 500 Besuchern brechend voll. Alle warten auch hier auf eine Frau. Ohrenbetäubender Jubel, Pfiffe, Klatschen, als Alice Weidel die Bühne betritt: "Wenn die AfD hier richtig abräumt, dann ist der Scholz weg, dann ist die Ampel weg", sagt die Bundesvorsitzende. Um 21 Uhr ist der Abend beendet. Da ist die Antifa schon lange weg.

"Tötet den Immobilienmakler", grölt die Rapperin bei der Linken

Die Angst vor der AfD dominiert den Wahlkampf der Grünen in Potsdam. Vor dem Wahlkreisbüro der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock kämpft ein weiterer SPD-Juniorpartner um den Wiedereinzug in den Landtag. Hier, im Wahlkreis 21, verfügt die Grüne Marie Schäffer über ein Direktmandat. Wieder eine Lebensversicherung für eine Partei, die Umfragen zufolge die Sperrklausel verfehlen könnte. Mitten im Wahlkampf mit Kinderliedern, Tischtennis und Popcorn liegen die Nerven blank. "Sie bieten so etwas Ungesundes an", frotzelt ein älterer Herr eine der Grünen an, die Popcorn brutzelt. "Haben Sie etwa was gegen die Grünen?", empört sich ein junger Mann und flüstert ihm verschwörerisch zu: "Wir müssen die Grünen wählen, weil es Faschisten gibt. Es gibt Faschisten mitten unter uns!"
Die Grünen haben mächtige Unterstützer. Die linke Kampagnenplattform Campact möchte die Partei im Landtag sehen. Schäffer bekommt von ihnen 25.000 Euro. Freilich sorgte das für einen Zwist mit der SPD. Schäffers Konkurrentin und Landesministerin für Wissenschaft,

Manja Schüle, nannte es "höchst problematisch", daß sich eine Kampagnenplattform mit viel Geld in dieser Weise in den Landtagswahlkampf "einmische". Dabei bekommt die märkische SPD ebenfalls 100.000 Euro sowie Unterstützung für 25 Direktkandidaten in anderen Wahlkreisen, auch ihr Sommerfest in Velten wurde von dem Verein mitgesponsert. Auch Péter Vida von den Freien Wählern erhielt 4.000 Euro.
"Wir wollen eine starke Stimme für den sozial gerechten Klimaschutz sein", sagt Schäffer zur Jungen Freiheit. Ein Begriff, mit dem die Landbevölkerung kaum was anfangen kann. Die haben andere Probleme: Den miserablen ÖPNV. Als Lösung haben die Grünen den Begriff der "Mobilitätsgarantie" entdeckt. "Wir wollen, daß an jedem Ort in Brandenburg mindestens einmal pro Stunde ein Bus oder Zug fahren muß", so Schäffer. Dafür habe die Partei ein Gutachten beauftragt. "Ehrlich gesagt, habe ich nicht mehr im Kopf, was das kosten würde." Wir schauen nach: Mehrkosten von 38 Millionen Euro im Jahr. Das Jahreshaushaltsvolumen beträgt übrigens mehr als 16,3 Milliarden Euro.
Doch was ist mit anderen Problemen, etwa Energiepreisen? Immerhin sind sie in Brandenburg die höchsten unter den neuen Bundesländern. "Da gibt es einen Weg auf der Landesebene: Erneuerbare stärker ausbauen." Fachkräftemangel? "Asylsuchende schnell in Arbeit bringen", so Schäffer. Und ein weiteres Problem ansprechen: "Bezahlbares Wohnen ist ein Riesenthema für viele junge Familien." Mit 12,1 Euro je Quadratmeter ist der Durchschnittspreis in Potsdam einer der höchsten in Brandenburg. "Wir wollen, daß soziale Träger und Genossenschaften mehr bauen können."
Der Lösungsansatz der Linken hingegen: "Komm mal klar und töte den Immobilienmakler" singt Rapperin Lena Stoehrfaktor auf der Wahlkampfveranstaltung der Partei am Johannes-Kepler-Platz in Potsdam. 70 Leute hören den Kulturschaffenden zu. Die Linkspartei hat keine Chance auf ein Direktmandat. Ihr Ausweg: "Es gibt nicht nur das Parlament, das Gesetze beschließt", sagt der Neues Deutschland-Verlagsleiter Rouzbeh Taheri, einer der Köpfe der Berliner Volksinitiative "Deutsche Wohnen und Co. enteignen".
Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll per Volksentscheid verabschiedet werden. "Das wäre ja revolutionär", lobt Theaterregisseur Volker Lösch die Initiative, er moderiert die Diskussion. Dann läßt er die Potsdamer Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre sagen: "Wir brauchen die Linke im Landtag, weil alle anderen nach rechts gehen", und schnell schiebt sie nach: "Wir sind die einzigen, die klare Kante gegen den Faschismus zeigen." Mit der Meinung hat Frau Vandre kein Alleinstellungsmerkmal. …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Die Union mitten im Antifa-Kartell**
Die heutige Synthese aus Hypermoral und Unterwürfigkeit bis hin zur nationalen Selbstaufgabe wurde vor mehr als sechzig Jahren angerührt
Thorsten Hinz
Wolfgang Bosbach ist das auf Seriosität gebürstete CDU-Gegenstück zum clownesken FDP-Mann Wolfgang Kubicki. Beide gefallen sich darin, ihr Parteiestablishment zu kritisieren, ziehen daraus aber keine praktischen Konsequenzen. Am Ende dient ihre Kritik nur dazu, das Kritisierte zu bestätigen. So erklärte Bosbach vor zwei Wochen in einem Interview mit der Welt, es sei an der Zeit, "die Migrationspolitik seit September 2015 grundlegend zu überdenken". Die Debatte über die Länge von Messerklingen sei "Ausdruck politischer Hilflosigkeit. Und die Leute wissen das. Und ich habe die Befürchtung, daß die Politikblase in Berlin mittlerweile weit entfernt ist von dem, was ein Großteil der Bevölkerung tatsächlich denkt." Potzblitz!
Doch kaum hatten die Wähler in Sachsen und Thüringen ein Machtwort gesprochen, sah Bosbach die Hauptaufgabe der "Demokraten" darin, die AfD von der Regierung auszuschließen, denn Rechtsextremisten verdienten "keine Handbreit Platz im politischen Raum". Die CDU

dürfe "nicht mal kurz über die Brandmauer rüberwinken", insistierte er bei Maybrit Illner im ZDF. "Wir machen mit der AfD keine gemeinsame Sache - Punkt, Ende der Durchsage."
Genau: Punkt, Ende der Durchsage! Es lohnt nicht, noch länger und immer wieder an den Lippen von Claqueuren des Status quo zu hängen. Im übrigen bekäme es der AfD schlecht, wenn sie jetzt Regierungsverantwortung übernähme. Sie dürfte die Suppe, die die anderen Parteien dem Land eingebrockt haben, nicht einmal auslöffeln. Sie könnte nur darin herumrühren, weil sie keine Handlungsfreiheit besäße und alle gegen sich hätte: die Koalitionspartner, die Medien, die Justiz, die delirierende Zivilgesellschaft, den Geheimdienst.
Es kann keinen Politikwechsel geben ohne ein Mindestmaß an öffentlicher Unterstützung. "Opposition ist Mist", meinte vor vielen Jahren der ehemalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, doch in dem Fall wäre das Regieren noch mistiger. Effektiver ist eine konsequente Opposition, die sich nicht in affirmativer Krittelei erschöpft, sondern die zahlreichen Übel und ihr Wurzelgeflecht beim Namen nennt und mit einem "Wir werden immer mehr!" ein Drohpotential generiert.
Nur stellt die Frage nach einer Regierungsbeteiligung sich überhaupt nicht. Für die Union gelten Koalitionen mit der Linkspartei und dem Wagenknecht-Bündnis BSW als zwar unangenehme, doch bedenkenswerte Optionen. In Thüringen hat sie fünf Jahre lang einer stramm linken Minderheitsregierung die Stange gehalten.
Das ist vor dem historischen Hintergrund erklärungsbedürftig, denn spätestens seit der doppelten Staatsgründung 1949 standen die Union und die SED - der politisch-organisatorische Vorläufer der Linkspartei wie des BSW - sich spinnefeind gegenüber. CDU-Chef Konrad Adenauer war der Gründungskanzler der Bundesrepublik, die Union die Staatspartei. Gleiches galt seitenverkehrt für Walter Ulbricht und die SED in der DDR.
Im innerdeutschen kalten Bürgerkrieg verstanden die Union und die SED sich als die Negation des jeweils anderen. Jetzt vollendet sich die Negation der Negation, die - mit vielen retardierenden Momenten - bereits mit der Wiedervereinigung eingesetzt hatte. Hand in Hand werkeln Union, Linkspartei und BSW an der Brandmauer zur AfD und damit zu einer Partei, die viele Positionen vertritt, die einst zum Kernbestand der Union gehörten.
Doch wo begann das Übel der Union? Viele zeigen auf Merkel, andere auf Helmut Kohl, den "Kanzler der Einheit", der als Oppositionspolitiker eine "geistig-moralische Wende" angekündigt hatte, sie aber nicht durchsetzte, nachdem er 1982 zum Kanzler gewählt worden war. In den 1990er Jahren machten dann die "jungen Wilden" von sich reden: Nachwuchs-Funktionäre, deren Wildheit vor allem darin bestand, daß sie sich in einer Bonner Pizzeria mit Politikern der Grünen trafen, um künftige Machtperspektiven zu sondieren. Die Medien lobten sie als Modernisierer und Tabubrecher, weil sie keine Berührungsängste gegenüber den Protagonisten des linken Zeitgeistes zeigten; selber fühlten sie sich geschmeichelt und endlich anerkannt.
Es handelte sich um ein altes Muster: Der dickliche, unsportliche Brillenträger, mit dem keiner was zu tun haben wollte, geht plötzlich als toller Hecht durch, weil er sich freigiebig zeigt und auf dem Schulhof sein Taschengeld verteilt. Einige dieser "Polit-Hiphops" (Spiegel) bildeten später "Merkels Boygroup". Davon übriggeblieben sind heute noch der Hyper-Transatlantiker Norbert Röttgen sowie der Christian-Wulf-Spruch "Der Islam gehört zu Deutschland".
Das sind freilich nur Symptome, nicht die Krankheit selbst. Die Ursachenforschung muß tiefer gehen, mindestens bis in die späten fünfziger Jahre, als der Antifaschismus den Antikommunismus und damit auch den Antitotalitarismus zu besiegen begann. Außerdem muß die Entwicklung in der Union in einem größeren, internationalen Kontext betrachtet werden.
Gut zehn Jahre lang war die Union ungemein erfolgreich gewesen, die vielleicht erfolgreichste Partei in Europa. Die Bundesrepublik erlebte ein Wirtschaftswunder, konsolidierte sich poli-

tisch, wurde im Westen als Bündnispartner anerkannt und eroberte sich stückweise politische Handlungsfreiheit zurück. Unerledigt blieb die Frage der Wiedervereinigung. Hier setzte Adenauer unbeirrt auf die Magnettheorie. Sie besagte, daß die florierende Bundesrepublik auf die DDR-Bürger eine unwiderstehliche Anziehungskraft ausüben würde - was zutraf - und daß die vereinte Kraft des westlichen Bündnisses die Sowjetunion zwingen würde, ihre Kriegsbeute herauszugeben.
Doch dann kam der Sputnik-Schock, ausgelöst vom künstlichen Satelliten Sputnik 1, den die Sowjetunion im Oktober 1957 auf eine Erdumlaufbahn geschickt hatte. Damit war klar, daß sie künftig in der Lage sein würde, jeden Punkt der Erde - auch jeden Punkt in den USA - mit nuklearen Interkontinentalraketen zu erreichen. Im Vollgefühl ihrer neuen militärischen Stärke ließ der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow im November 1958 das sogenannte Berlin-Ultimatum folgen. Er forderte den Abzug der Westalliierten aus West-Berlin, die Umwandlung der Halb- in eine Freie und entmilitarisierte Stadt sowie den Abschluß eines Friedensvertrags, der auf eine Drei-Staaten-Lösung für Deutschland hinauslief.
Andernfalls würde Moskau einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen und ihr die Zugangskontrolle über die Transitwege und Luftkorridore von und nach West-Berlin übergeben. Die Westalliierten lehnten die Preisgabe West-Berlins - denn darauf lief es hinaus - umgehend ab. Sie machten klar, daß sie ihre Rechte in der alten Reichshauptstadt gegebenenfalls auch militärisch verteidigen würden. Damit lag die Gefahr eines Krieges auf deutschem Boden in der Luft.
Zugleich setzten die Alliierten auf Entspannung und zeigten sich kompromißbereit, wobei die Deutschen den Preis zahlen sollten. Die deutsche Teilung würde bis auf weiteres bestehen bleiben, auch würden sie der Bundesrepublik keine eigene Atombewaffnung zubilligen, auf die Adenauer drängte. Jetzt wurde offensichtlich, daß die Interessen der Bundesrepublik und ihrer Partner keineswegs identisch waren. Zudem begann Adenauers Autorität zu bröckeln. Der Kanzler, immerhin 83 Jahre alt, hatte Anfang 1959 erkennen lassen, daß er sich aus dem politischen Tagesgeschäft auf das Amt des Bundespräsidenten zurückziehen wolle.
Damit nicht genug, wurde Weihnachten 1959 die Kölner Synagoge mit antisemitischen Schmiereien geschändet, zahlreiche Nachahmungstaten folgten. Früh kam die Vermutung auf, daß die Stasi dahintersteckte, doch schlüssige Beweise fehlten. In der Sowjetunion, in der DDR, im gesamten Ostblock brach eine Kampagne gegen das angebliche Wiederaufleben des Faschismus in der Bundesrepublik los.
Auch im Westen gab es heftige Reaktionen. Demonstranten protestierten vor dem deutschen Generalkonsulat in New York, und in London demonstrieren 15.000 Mitglieder des Verbandes jüdischer Veteranen. Es wurde gedroht, deutsche Waren zu boykottieren. Die israelische Regierung und internationale jüdische Organisationen verurteilten die Vorfälle.
Die DDR heizte die Stimmung an, indem sie mit selektiv ausgewählten Akten bundesdeutsche Funktionsträger belastete. Vertriebenenminister Theodor Oberländer (CDU) wurde vom Obersten Gericht der DDR wegen angeblicher Verbrechen im Osten in einem propagandistischen Schauprozeß in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Zudem liefen in Israel die Vorbereitungen für den Eichmann-Prozeß, der Bonn ein Anschwellen der antideutschen Stimmung fürchten ließ.
Die Bundesrepublik sah ein blockübergreifendes, antifaschistisches Kondominium über sich verhängt, das einer Neuauflage der Anti-Hitler-Koalition des Zweiten Weltkriegs entsprach. Auf die unerwartete Verschiebung des politischen Koordinatensystems, schrieb Caspar von Schrenck-Notzing in dem Buch "Charakterwäsche", antworteten die Deutschen "mit einem panischen Ausbruch ins Irrationale ... Eine Frage war gestellt, die Antwort überstieg die Kräfte, es blieb der Kopfsprung aus dem offenen Fenster, genannt 'Bewältigung der Vergangenheit'."

Oberländer mußte zurücktreten, obwohl es keinen belastbaren Schuldnachweis gab. Damit war ein Präzedenzfall für eine informelle, antifaschistische Stimmungsjustiz geschaffen. Der linke Antifaschismus hatte über den Antikommunismus und Antitotalitarismus der Union gesiegt.

Um die Stimmung zu drehen, beschloß der Bundestag, in dem die Union über die absolute Mehrheit verfügte, eilig ein Gesetz gegen Volksverhetzung. An den Schulen wurde die politische Bildung ausgeweitet. Prozesse gegen NS-Täter wurden forciert. In der Presse, in der Literatur, auf Theaterbühnen, im Kultur- und Geistesleben wurde die nationalsozialistische Vergangenheit breit erörtert. Die sogenannte "Vergangenheitsbewältigung" nahm Fahrt auf. Es schlug die Stunde der "Frankfurter Schule". Und Adenauers kühle Realpolitik galt zunehmend als unzeitgemäß,

Bundespräsident Heinrich Lübke, der 1959 als CDU-Kandidat als Ersatzkandidat für Adenauer gewählt worden war, erklärte 1965: "Das Ansehen Deutschlands leidet Schaden, wenn wir unsere Bereitschaft zur Selbstreinigung nicht durch die Tat beweisen. Alle müssen wir dabei helfen ... Wer heute die geschichtliche und politische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Untaten abbrechen will, breitet lediglich eine Decke über den Schmutz, die es aber nicht verhindern wird, daß der Fäulnisprozeß unter ihr weitergeht und nach und nach die ganze Atmosphäre vergiftet."

Wohlgemerkt: Diese Sätze stammen nicht von Steinmeier oder Scholz, sondern wurden 1965 von einem überparteilich agierenden, als bürgerlich-konservativ geltenden CDU-Mann geäußert. Man darf sie als ein Zeugnis der Unterwerfung lesen, das die antifaschistische Säuberung und die Moralisierung des Politischen propagiert und das Ausland einlud, Deutschland je nach Bedarf und Interessenlage mit dem Argument zu erpressen, zu wenig aus seiner NS-Geschichte gelernt zu haben. Es forderte die Deutschen auf, durch permanente Selbstreinigung die 1945 von den antifaschistischen Vor- und Siegermächten festgelegte Ordnung zu bestätigen. zu erneuern und das politische Abhängigkeitsverhältnis zu verinnerlichen.

Die heutige Synthese aus Hypermoral und Unterwürfigkeit bis hin zur nationalen Selbstaufgabe wurde also bereits vor mehr als sechzig Jahren angerührt. Die vom Antifaschismus angefressene Post-Adenauer-Union setzte ihr kein wirksames Alternativkonzept entgegen; sie variierte sie lediglich mit glühenden Bekenntnissen zu den "westlichen Werten", zur Nato und zu einem romantisierten "Europa".

Deshalb war sie nach 1989 zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit der SED und ihren Nachfolgern außerstande. Sie hätte unter dem Vorzeichen des Anti-Totalitarismus stattfinden müssen, denn an der Wiege der SED stand der Stalinismus. Da jedoch der Massenmörder Stalin gleichzeitig der effektivste Kämpfer gegen den deutschen Faschismus war und somit in der offiziellen Erzählung zu den Befreiern Deutschlands zählte, befand die weichgespülte Union sich in einem Dilemma.

Zudem hatten seine entlassenen Erben keine Gulags, sondern lediglich Mauer, Stacheldraht und das Zuchthaus Bautzen zu verantworten. Nach einer kurzen Schamfrist wurden sie akzeptabel. Die Auseinandersetzung mit ihnen beschränkte sich auf billige Scharmützel über persönliche Stasi-Verstrickungen und eine infantile Rote-Socken-Kampagne im Bundestagswahlkampf 1994.

Es mag anachronistisch erscheinen, 35 Jahre nach dem Mauerfall diese Rechnung aufzumachen. Man kann weiterhin einwenden, daß die Komplexität der deutsch-deutschen Geschichte damit nicht abgedeckt wird. Doch wie anachronistisch ist erst das Nazi-Mantra an die Adresse der AfD!

Ihre Ausgrenzung hat freilich dieselben Gründe, die die Inklusion der Linken in das bundesdeutsche Parteienkartell ermöglicht haben. Mit ihrem Insistieren auf nationale Eigeninteressen und Selbstbehauptung, auf Grenzkontrollen, auf Abkehr von der Hypermoral, auf nüchterne

Kosten-Nutzen-Rechnungen in Brüssel usw. stellt die AfD sich außerhalb des antifaschistischen Paradigmas und in der verqueren Logik das Kartells in die NS-Nachfolge. Die Wüsts, Günthers, Spahns, Söders und auch Wolfgang Bosbach haben diesen Irrwitz als politische Muttermilch eingesogen. Ehe die Union ihn nicht ausgeschieden hat, ist mit ihr kein Staat zu machen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Gegenwind, Klarstellung, Sieg**

Keine "russischen Narrative" verbreitet: Der bayerische Verfassungsschutz nimmt die JF und andere Medien mit skandalösen Methoden ins Visier - und muß sich korrigieren

Frank Hauke

Es lohnt, sich zur Wehr zu setzen. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) hat inhaltlich fragwürdige Passagen einer Broschüre über die russische "Desinformationskampagne Doppelgänger" zurückgenommen. Auf ein Abmahnschreiben der JUNGEN FREIHEIT von Montag vergangener Woche erklärt das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz in einem Schreiben an die JF: "Da es in der öffentlichen Rezeption der Publikation … teilweise zu inhaltlichen Mißverständnissen kam, hat das BayLfV strukturelle Anpassungen des Berichts vorgenommen."

Tatsächlich wurde die umstrittene Broschüre geändert und Textpassagen über die russische Propaganda eines "Akteurs" (Betreibers von Fake-Nachrichtenseiten) umgeschrieben. Vorher hatte der Inlandsgeheimdienst den Eindruck erweckt, unter anderem die JUNGE FREIHEIT, die Berliner Zeitung, Tichys Einblick und der Freitag würden russische Narrative verwenden. JF-Chefredakteur Dieter Stein hatte daraufhin verlangt, daß der Verfassungsschutz den Vorwurf zurücknimmt und eine Unterlassungserklärung abgibt. Noch vor Ablauf der Frist änderte die Behörde die entscheidende Stelle. Hieß es vorher noch, die aufgelisteten Medien würden "russische Narrative" verbreiten, lautet die entsprechende Kategorie nun: "Webseiten, deren Inhalte der Akteur in Teilen weiterverbreitet hat".

Änderung einer Broschüre über "Fake News" aus Moskau

Kritik an der Behörde kam auch aus der Politik. Gegenüber der Neuen Zürcher Zeitung erklärte der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) es sei gut und richtig, daß der bayrische Verfassungsschutz seine Einschätzung korrigiert habe: "Diese Korrektur sollte aber auch all jenen zu denken geben, die meinen, die Einschätzungen des Verfassungsschutzes seien per se sakrosankt.

Wir müssen weiterhin gut aufpassen, daß Behörden aus politischen Erwägungen das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht einschränken - nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland." Der Medienrechtler Joachim Steinhöfel kritisierte auf X, die Fehlleistung des bayerischen Verfassungsschutzes sei "sicherlich eines der eklatantesten Beispiele, wie Staatsorgane versuchen, Medien herabzusetzen".

AfD-Bundessprecherin Alice Weidel nahm die Affäre zum Anlaß, um den Verfassungsschutz grundsätzlich in Frage zu stellen. Das bayerische Landesamt müsse zurückrudern, nachdem es "mehreren Medien - darunter Junge Freiheit und Berliner Zeitung - eine nicht vorhandene Rußlandnähe unterstellt hatte", schrieb sie auf X. "Ein Verfassungsschutz, der nicht die Verfassung schützt, sondern im Auftrag der Regierung unliebsame Meinungen bekämpft, gehört umgehend abgeschafft."

Im Text schreibt der Geheimdienst nun, "daß die betreffenden Inhalte aus Sicht des Akteurs das russische Narrativ unterstützen". Und weiter: "Hierzu wurden manche der Artikel gezielt aus ihrem Kontext gerissen." Der Verfassungsschutz stellt dann richtig: "Das BayLfV unterstellt explizit nicht, daß die Verantwortlichen der hier aufgelisteten Webseiten russische Propaganda verbreiten oder in Kenntnis darüber sind bzw. es gutheißen, daß ihre Inhalte im Rahmen der 'Doppelgänger-Kampagne' weiterverbreitet werden. Ferner nimmt das BayLfV

keinerlei Wertung der Inhalte der betreffenden Webseiten vor."
Anstelle der Domain jungefreiheit.de stellt die Behörde jetzt auch genau den Link zu dem JF-Artikel dar, den der offenbar russische "Akteur" für seine Kampagne mißbrauchte. Im Falle der JF war das ein Interview mit der hessischen AfD-Politikerin Anna Nguyen. Allerdings hatte dieser Beitrag nicht das geringste mit dem Ukraine-Krieg, Putin oder Rußland zu tun.
Vielmehr ging es darum, daß die übrigen Parteien der Kandidatin der zweistärksten Partei im Landtag den sonst üblichen Sitz im Präsidium verweigerten. Nur zum Ende des eine ganze Zeitungsseite umfassenden Interviews nahm die vietnamesisch-stämmige Gesprächspartnerin das Wort "Russen" in den Mund - und zwar als sie berichtete, daß ihr linke politische Gegner übelst sexistisch unterstellten, sie würde gern von Russen vergewaltigt werden.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Auf der Suche nach dem Antichristen**
Ein Sammelband widmet sich verschiedenen Endzeitüberlegungen von Wladimir Solowjew, Friedrich Nietzsche bis zu Carl Schmitt
Werner Olles
Es sei an der Zeit, an Wladimir Solowjew, den bedeutendsten russischen Philosophen des 19. Jahrhunderts, zu erinnern, überschreibt der Kieler Pfarrer und Publizist Dieter Müller den ersten Teil seines Essays "Der vergessene Antichrist". Bereits Hans Urs von Balthasar hatte nach der Lektüre von dessen "Kurzer Erzählung vom Antichrist" Solowjews Werk als "die universellste spekulative Schöpfung der Moderne" bezeichnet.
In der Tat ist dessen Sicht auf die sich zum Ende hin entwickelnde Geschichte in der Perspektive der biblischen Offenbarung "eine erleuchtende Vision des glänzend schillernden Gutmenschen der Endzeit, der aus luziferischem Geist entsteht, sanft die Macht ergreift und den hingerissenen Menschen nichts weniger als Frieden und Wohlstand bringt".
Zwar erweist sich das Ende der Weltgeschichte und der Übergang in das Reich Gottes nicht als allmählicher Prozeß, wie Solowjew es früher erwartet hatte, sondern als gewaltsamer Bruch, dennoch verfällt ihm die große Mehrheit der Christenheit - Solowjew spricht von 99 Prozent - und nimmt damit die großen apokalyptischen Traditionen des biblischen Christentums auf, die er gegen den säkularen Fortschritts- und Entwicklungsoptimismus der aufgeklärten Moderne stellt. Der russische Philosoph beschreibt in seiner prophetischen Diagnose die Gestalten und Programme, in denen sich antichristlicher Geist verkörpert.
Auf den Punkt gebracht besteht das Wesen des Antichristen, der aus der Mitte der Kirche kommt, in der Relativierung Gottes, damit der Mensch Raum gewinnt und selbst bestimmen kann, was Gott und was sein Wille ist. Der Mensch wird zum Maß aller Dinge, die Gebote verkommen zu Worthülsen, deren Inhalt er seinen jeweiligen Bedürfnissen anpaßt und durch allzu billige Gnade das eschatologische Gewicht entzieht. Solowjews Antichrist vergleicht sich mit Christus, bezeichnet sich als "Wohltäter der Menschheit" und als "Meister der historisch-kritischen Bibelforschung", die Jesus zum wahren Menschen macht und ihm so die wahre Gottheit entzieht.
Er schafft ein Gottesreich ohne Christus und damit ohne Gott. Doch eine Kirche, die sich mehr für das Klima begeistert und den "Kampf gegen Rechts" ist gewiß antichristlich infiziert, denn im Zentrum des Christentums hat die Person des Erlösers Jesus Christus zu stehen und nicht ein Parteiprogramm oder ideologische Spitzfindigkeiten.
Der Philosoph Harald Seubert setzt sich in seinem Beitrag "Der Antichrist - Überlegungen zu einem Typus eschatologischen Denkens" dezidiert mit Friedrich Nietzsche auseinander, der sich in seiner letzten abgeschlossenen Schrift selbst als Antichrist bezeichnete. Jedoch gehöre der, der sich selbst als Antichrist begreift, und dies auch offen ausspricht, nicht nur in die Geschichte des Christentums, er schreie auch geradezu nach Erlösung. Zumal wenn man sich erinnert, daß es ja gerade die Lüge die Signatur des Antichrist sei, der auf keinen Fall als die-

ser erkannt werden wolle.
Nietzsches verzweifelte Suche nach einem nicht auf Moral reduzierten Gott jenseits der Verkürzungen, die im Christentum selbst zu dessen Auflösung beigetragen haben, sei die bleibende Frage, die sein gesamtes Denken durchziehe. Denn während Nietzsche das Christentum in seiner selbstgewählten Rolle als Antichrist verächtlich mache, suche der Antichrist es zu imitieren. Tatsächlich wußte der Pastorensohn mehr vom Bösen als die meisten Philosophen seiner Zeit, scheiterte jedoch auf eine wirklich tragische Weise am Nazarener. Der gläubige Christ könnte also von Nietzsche manches lernen, wenn er endlich aufhören würde, ihn zu verteufeln.
In Carl Schmitt sieht Seubert "einen späten, eminenten, aber zugleich höchst fraglichen Denker des Antichrist". Höchste Evidenz hat für Schmitt der Katechon, der Aufhalter des Antichristen, denn wäre sonst das Verderben im Endgeschehen nicht schon längst ausgebrochen. Diese Kraft sah Schmitt in Rom, der Respublica Christiana und der übernationalen Reichsidee als geschichtliche Macht, denn das Ende der Kirche war für ihn gekommen, als Paul VI. vor der Uno sprach. Interessant wäre in diesem Zusammenhang die Diskussion zwischen Schmitt und Alvaro d'Ors zu erwähnen, da der spanische Gelehrte die Katechon-Theorie verwarf, der Christ habe seine einzige Hoffnung auf die baldige Wiederkunft des Erlösers zu setzen.
Helmut Matthies, Dieter Müller, Manfred Seitz (†), Harald Seubert, Andreas Späth (Hrsg.): Antichrist, Endzeit und die Gemeinde Jesu. Verlag Logos Editions, Ansbach 2024, broschiert, 393 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Ostdeutsche raus!**
Gil Barkei
Die Ostdeutschen wollen einfach nicht gehorchen und dafür gibt es Schelte. Aber Ossi-Bashing, nein, gibt's gar nicht, vielmehr werden "seit fast 30 Jahren die Menschen im Osten mit Samthandschuhen angefaßt: So, als seien sie zarte, kleine Schneeflöckchen, die auf der Zunge der Wessis schmelzen", schreibt Kabarettist Florian Schroeder realitätsverdrängend in einem Gastbeitrag für den Spiegel.
Der Lörracher fordert, "dieses Rangewanze" und "Geschwätz vom Zurückholen abgewanderter Wähler" müsse aufhören. Die "grottendoofen" Befürchtungen und Abstimmungen der Menschen in den neuen Bundesländern? Schon "immer Haß", der lediglich "zur Angst" umgeframt wurde. Wähler von "Putin-Klatschvieh wie AfD und BSW" seien offensichtlich "mit dem Prinzip Freiheit überfordert" und wollten "ein anderes politisches System, ein autoritäres, menschenfeindliches".
Also möchte Schroeder die Störenfriede am liebsten hinauswerfen - sind eh größtenteils nur "frustrierte Männer, für die sich kaum eine Frau interessiert". Vielleicht möchten "die Wähler von Höcke und Wagenknecht ja ihre eigene (Re-)Migration nach Ungarn oder Rußland in Angriff nehmen. Viele von ihnen kennen die beiden Länder ja noch von früher - als Urlaubs- und Sehnsuchtsorte". Die selbst auch so genannte "Wählerbeschimpfung" ist nach altem Muster natürlich "satirisch" gemeint. Eine längst nicht mehr verfangende Ausrede.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Der Flaneur**
Lehrer der Zukunft
Claus-M. Wolfschlag
In einer Caféhaus-Runde kommt das Gespräch auf die Situation an deutschen Schulen. Ein Bekannter meint, daß die Vermittlung von Lerninhalten leide, weil ein Großteil der Energien des Lehrkörpers für Erziehungsaufgaben verbraucht würde. Für Kinder, die kein Deutsch können, muslimische Paschas und psychisch Auffällige: "Früher regelten das Sonderschulen, heute müssen in Inklusionsklassen auch die lernwilligen Schüler darunter leiden."

Ich werfe ein, daß viele Probleme einer Übergangsphase geschuldet sind. Der in vielen Großstädten migrantisch geprägten Schülerschaft steht ein noch meist biodeutscher Lehrkörper gegenüber. Alles werde sich ändern, wenn in ein, zwei Generationen auch der Lehrkörper migrantisch geprägt ist.
Dann ergreift ein etwa 40jähriger Araber das Wort und weist die Jugendlichen im Bus zurecht.
Ich nehme den Bus für die Rückfahrt. Auf den hinteren Bänken hat sich eine Gruppe junger Araber breitgemacht. Sie putschen sich gegenseitig auf und schreien in enormer Lautstärke durch den ganzen Bus. "Wallah, ich sag euch, das ist so kraß", schreit einer. Ein anderer brüllt: "Wallah, da ist der Kumpel von Abdi. Ey, wallah, der hat es voll drauf."
Die restlichen Fahrgäste wollen sich nicht mit der Jugendgruppe anlegen. Ein deutscher Student glotzt auf sein Handy, eine Osteuropäerin telefoniert, ich lese in einem Schmöker.
Dann ergreift ein vielleicht 40 Jahre alter Araber das Wort: "Hört jetzt auf, so rumzuschreien. Sonst gibt es Ärger. Was ist mit euch los? Ihr seid doch auch aus Algerien, das höre ich. Ihr benehmt euch aber wie Zigeuner."
Die Jugendlichen antworten nichts, dämpfen leicht ihr Gespräch, das aber nach kurzer Zeit wieder lauter wird. Noch einmal meldet sich der kräftig wirkende Araber: "Ich sage euch zum letzten Mal, ihr sollt ruhig sein. Sonst bekommt ihr die Fressen poliert, daß ihr an die Wand fliegt." Danach sind sie deutlich leiser.
Der Araber zu seinem Begleiter: "Wie Zigeuner. Einfach nur ekelhaft. Nie wieder Bus fahren." Der Mann sollte Lehrer werden, denke ich schmunzelnd.<<

Belgien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Politische Zwerge wie Ungarn aus dem Spiel nehmen**

Gestufte EU-Mitgliedschaft

Der emeritierte Politologe Herfried Münkler (HU Berlin) brütet vor seinem geopolitischen Schachbrett unentwegt über die "Herausforderungen für die künftige Strategie des globalen Westens", denen vor allem die EU-Staaten nicht gewachsen seien, wenn Brüssel nicht die von Münkler ausgestellten Rezepte für eine Eisenbart-Kur befolgt. Dazu zählt, "politische Zwerge" wie das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft ausübende Ungarn "aus dem Spiel zu nehmen".
Es gehe nicht an, wenn dessen Ministerpräsident, der "eigentlich unbedeutende Akteur" Viktor Orbán, die weltpolitische Bühne betrete, um eigenmächtig Friedensinitiativen in Richtung Moskau zu ergreifen. Wolle die EU global handlungsfähig werden, müsse sie eine gestufte Mitgliedschaft mit unterschiedlichen Rechten durchsetzen. Könne man sich horizontale Gleichheit doch nur leisten, wenn jeder sich an die Regeln und an Mehrheitspositionen halte (Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 9/2024).
Dulde man hingegen diplomatische Eskapaden wie die Orbáns, ebne Brüssel den Weg zurück zur EU als Aggregation von Nationalstaaten, wie sie "die Rechten" im EU-Parlament anstrebten. Mit diesem, bestenfalls nur noch als Markt funktionierenden Gebilde, könne sich ein "Großraum Europa" aber in der multipolaren Weltordnung nicht behaupten. (ob)<<

USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/24" berichtet am 20. September 2024 (x1.407/…): >>**Erneutes Trump-Attentat**

Aus Worten werden Taten

Georg Menz

Noch sind viele Fragen bezüglich der Motive und Hintergründe des Attentatsversuches von Mar-a-Lago im unklaren, es schält sich aber das Bild eines fanatisierten Trump-Hassers heraus, der ein diffuses politisches Weltbild hat. Möglicherweise hat Ryan Wesley Routh psychische Störungen; geklärt ist dies nicht.
Deutlich wird: Die erhitzte Stimmung in den USA treibt labile Zeitgenossen zur Gewalt, und

trotz der beständigen linksliberalen Erzählungen, denen zufolge von Trump und seinen Anhängern Gewaltpotential ausgehe, verhält es sich in der Praxis meist umgekehrt. Von den Schüssen 2017 auf den republikanischen Kongreßabgeordneten Steve Scalise hin zu den Antifa-Unruhen 2022 bis zu "Black Lives Matter": politische Gewalt in den USA geht keineswegs vorwiegend von rechts aus.
Ein gefährlicher konzeptioneller wie rhetorischer Aspekt, der zur Verrohung der politischen Sitten beiträgt, ist das Insistieren auf dem Alleinvertretungsanspruch der wahren Demokratie. So wie sich deutsche Politiker Vertreter der "demokratischen Parteien" unter Ausgrenzung der AfD aufplustern, so spielt die Kandidatin der Demokratischen Partei Kamala Harris mit dem Feuer, wenn sie dreist auf ihrer Facebook-Seite behauptet, im November stünde "die Demokratie auf dem Wahlschein". Die lineare Fortschreibung der Obama-Ära, die 2016 angehalten wurde, kann 2024 ganz beendet werden. Davor graut der linken meinungsprägenden US-Elite, und deshalb wählen sie immer wieder harte Worte, die reelle Taten nach sich ziehen.<<

21.09.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. September 2024 (x1.399/…): >>**Späte Abrechnung mit Merkels Asyl-Wahn**

Von *Sven Eggers*

Jetzt lehnen die Deutschen die Asylpolitik der Merkel mehrheitlich und nachträglich ab. Messermorde sorgen für ein Umdenken. …

Das furchterregende Ausmaß der Migranten-Kriminalität, die Messerattacken in unseren Städten, das Gefühl, zur Minderheit im eigenen Land zu werden, das hat die Stimmung jetzt kippen lassen. Jung wie Alt kehren Altparteien den Rücken. Jüngste Wahlergebnisse sprechen eine deutliche Sprache.

Die eindeutige Abkehr

Nun haben die Meinungsforscher von Insa ermittelt, daß mittlerweile satte 71 Prozent der Bundesbürger die Asylpolitik der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel negativ bewerten. Die Anhänger ihrer "Wir-schaffen-das-Politik" sind auf 18 Prozent zusammengeschrumpft.

Obwohl mit dem Massenzustrom illegaler Migranten die Kriminalität explodiert ist, die Situation auf dem Wohnungsmarkt sich verschärfte hat und der Islamismus erstarken konnte, wollte Merkel selbst in einem Interview mit der Deutschen Welle anläßlich des Abschiedes aus der Politik Ende 2021 keine Kritik an ihrer Grenzöffnungspolitik gelten lassen. Merkel seinerzeit:

"Ja, wir haben das geschafft. Aber wir waren wirklich viele, viele Menschen in Deutschland, die mit angepackt haben, viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, viele Ehrenamtliche, viele, die heute noch Patenschaften haben."

Zwar habe es auch "schlimme Vorfälle" gegeben, wenn man beispielsweise "an die Kölner Silvesternacht denkt". Im Großen und Ganzen habe man es allerdings mit "wunderbaren Beispielen von gelungenen menschlichen Entwicklungen" zu tun.

Was aber stimmt? Die deutsche Öffentlichkeit wird bis heute beinahe täglich mit Schreckensmeldungen konfrontiert, die ihre Wurzeln in dem von Merkel heraufbeschworenen Asyl-Wahnsinn haben - Messerkriminalität ist quasi zum Alltag geworden. Medien und Politik überboten sich lange Zeit dennoch im Schönreden der zahlreichen durch die Massenzuwanderung verursachten Probleme.

Jetzt fordern sie zuweilen selbst Grenzschließungen, allerdings eher mit Blick auf die am Sonntag anstehende Wahl in Brandenburg, die nach Lage der Dinge unterstreichen wird, daß die Deutschen jetzt bereit sind, die Altparteien abzuwählen. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 21. September 2024 (x1.403/…): >>**Habeck besucht VW - und meint, "die Ökonomie" spreche für Elektroautos**

Habeck war am Freitag zu Besuch im VW-Werk in Emden. Ausdrücklich erklärte Habeck den

Mitarbeitern keine konkreten Versprechungen für die Zukunft machen zu können. Den Konzern warnt er hingegen vor einem "Zickzackkurs" in der Unternehmenspolitik. "Die Elektromobilität ist die Zukunft", so Habeck.
Jonas Aston
Am Freitagmorgen war Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in Emden zu Gast beim VW-Werk. Konkrete Versprechen für die Zukunft der Mitarbeiter macht er dabei jedoch nicht. Habeck erklärte: "Der Großteil der Aufgaben wird von Volkswagen selbst gelöst werden müssen".
Die Politik könne lediglich versuchen, "Marktsignale" zu setzen oder zu verstärken. Habeck spielte hier vor allem darauf an, politisch die Nachfrage für Elektroautos ankurbeln zu wollen. Konkret nannte der Wirtschaftsminister hier elektrisch betriebene Dienstwagen sowie günstigere Abschreibungsbedingungen für gewerblich genutzte Elektrowagen.
Die aktuellen Berichte, daß bei Volkswagen zehntausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen würden, könne er jedoch nicht bestätigen. Zudem rief er Volkswagen in Emden dazu auf, keine Standorte in Deutschland zu schließen. Ihm selbst seien hier aber die Hände gebunden. In die Konzernpolitik "kann ich mich nicht einmischen", so der Bundeswirtschaftsminister.
Zugleich warnte er VW jedoch davor, in Sachen Elektromobilität grundlegend umzusteuern. Die größte Gefahr sei ein "Zickzackkurs". Nach wie vor gelte: "Die Elektromobilität ist die Zukunft", so Habeck. Dabei zeigt er sich für die Zukunft des Autoherstellers hier äußerst zuversichtlich. VW liefere hier "Spitzentechnologie". Zudem sagte er: "Die Ökonomie spricht für E-Autos", berichtet die Welt.
Auch darüber hinaus war Habeck bei seiner Besichtigung in Emden recht angetan von dem Werk und begeistert über die Produktionsabläufe sowie die dort gefertigten Modelle ID.4 und ID.7. In Zukunft sollen in Emden nur noch Elektrofahrzeuge angefertigt werden. Nicht nur ökologische Aspekte, sondern auch "die Ökonomie spricht für das E-Fahrzeug", so Habeck überzeugt. VW hat Anfang des Monats angekündigt, die seit 1994 geltende Beschäftigungsgarantie aufzukündigen. Auch Standortschließungen in Deutschland werden von der Konzernführung ausdrücklich nicht ausgeschlossen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. September 2024 (x1.404/…): >>**Strack-Zimmermann stellt fast 2.000 Anzeigen wegen Beleidigung**
Die Anfeindungen gegen FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann haben ein größeres Ausmaß als bislang bekannt. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Europaparlament bestätigte, allein seit Februar 2023 1.894 Sachverhalte angezeigt zu haben, schreibt die "Welt am Sonntag".
Die Staatsanwaltschaft Köln mit ihrer zuständigen Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW) bestätigte die Zahlen. "In fast allen Fällen handelte es sich dabei um Beleidigungen. Nur in vereinzelten Ausnahmefällen kamen auch andere Straftatbestände in Betracht", sagte ein Sprecher. Demzufolge ist inzwischen allein in NRW in etwa 80 Verfahren Anklage erhoben oder ein Strafantrag beantragt worden.
In ersten 34 Fällen davon sind Verfahren demnach rechtskräftig abgeschlossen. Monatlich sind es bis zu 250 neue Strafanzeigen, teilte das Büro der Politikerin mit. Inhaltlich geht es um Beleidigungen, aber auch Morddrohungen und die Androhung sexualisierter Gewalt, so die Abgeordnete.
Die "Welt am Sonntag" schreibt zudem über ein Vorkommnis aus dem Bundestag, dem Strack-Zimmermann bis Juli angehörte: Im vergangenen März wurde ihr ein Brief mit Fäkalien nach Berlin geschickt, der trotz Postkontrollen auf einem ihrer Schreibtische landen konnte. Strack-Zimmermann beschwerte sich daraufhin bei der Parlamentsverwaltung.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. September 2024 (x1.404/…): >>**DIW-Chef: Abwanderung energieintensiver Branchen ist gut**

DIW-Präsident Marcel Fratzscher geht davon aus, daß bis zur Vollendung der Energiewende energieintensive Branchen aus Deutschland verschwinden werden. Und das findet er sogar gut. …
Im Interview mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (NOZ) sagte Fratzscher: "Das ist nicht schlimm, sondern gut, wenn es den Unternehmen ermöglicht, ihre Innovationsfähigkeit und ihre guten Arbeitskräfte in Deutschland zu erhalten und so wettbewerbsfähig bleiben."
Für die Volkswirtschaft sei das ein "notwendiger Prozeß", weil er einen Aufbruch erzwinge, argumentierte der Ökonom. Gerade Deutschland habe es besser als die meisten anderen Länder verstanden, sich auf seine Kernkompetenzen zu fokussieren. "Wir produzieren dort, wo es am günstigsten ist, importieren die Komponenten, bauen sie hier ein, und exportieren die fertigen Produkte in die ganze Welt", sagte Fratzscher der NOZ.
Gleichzeitig warnte er davor, bei der Entwicklung wichtiger Zukunftstechnologien, den Anschluß an China oder die USA zu verlieren. "Das ist die viel größere Gefahr als die Abwanderung einer Chemie- oder Fahrzeugfabrik."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. September 2024 (x1.404/…): >>**Militärhistoriker nennt Verzicht auf Wehrpflicht "Katastrophe"**
Der Militärhistoriker Sönke Neitzel wirft der Bundesregierung vor, Deutschland nicht in ausreichendem Tempo verteidigungsfähig zu machen. "Es wird zu wenig in unsere Verteidigung investiert - und zwar so wenig, daß wir im Ernstfall weder unsere Bündnispartner noch uns selbst über einen längeren Zeitraum verteidigen könnten", sagte Neitzel der "Welt am Sonntag".
Außerdem habe sich die Bundesregierung entgegen dem Rat der Fachleute im Verteidigungsministerium entschlossen, auf die Einführung des schwedischen Modells als neue Form der Wehrpflicht zu verzichten. "Damit entzieht diese Regierung dem Land - uns - die Verteidigungsfähigkeit für mindestens die nächsten vier Jahre", sagte der Professor für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam.
"Ich möchte einmal ganz deutlich festhalten: Das ist eine Katastrophe. Diese Entscheidung ist gefällt worden, obwohl die Ampel-Parteien wissen, wie dramatisch die sicherheitspolitische Lage ist." Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) attestiert Neitzel "eine Politik der Diagonalen". Scholz versuche einerseits, die Bundeswehr aufzurüsten und das Zwei-Prozent-Ziel der Nato zu erreichen, andererseits die Linke der SPD bei der Stange zu halten.
"Scholz macht deshalb drei Schritte vor und geht dann zwei zurück: Dem Sondervermögen folgt keine nachhaltige Finanzierung, die Waffenlieferungen an die Ukraine erfolgen immer nur zögerlich und manchmal gar nicht", so Neitzel. Das sei ein "gefährliches Vabanquespiel". Vielleicht habe Scholz mit seiner Einschätzung recht, daß die Nato in naher Zukunft nicht gegen Rußland werde kämpfen müssen. "Man kann nur beten, daß er recht hat", so Neitzel. "Kommt es anders, bleibt nur zu sagen: Dann wird Olaf Scholz an vielen Gräbern stehen müssen. Diese Verantwortung trägt der Kanzler."
Hart ins Gericht geht der Historiker auch mit der Generalität der Bundeswehr. "Die Generalität der Bundesrepublik Deutschland ist zur absoluten Loyalität, ich würde sogar sagen, geradezu zur selbstverachtenden Loyalität erzogen worden", sagte Neitzel. Die Gründergeneration der Bundeswehr habe ihren Verteidigungsauftrag noch sehr ernst genommen: "Und wenn sie ihn nicht erfüllen konnten, dann haben sie den Mund aufgemacht." Heute halte sich die Generalität öffentlich zurück, "selbst wenn die Regierung unsinnige Dinge beschließt".
Neitzel forderte die hohen Offiziere zu mehr Mut auf: "Wenn ihr euch in den großen Fragen, etwa der Wehrpflicht oder dem Finanzbedarf, mit euren Forderungen bei der Regierung nicht durchsetzen könnt, dann müßt ihr die Anordnungen der Exekutive natürlich befolgen. Das ist das Primat der Politik. Aber es ist eure verdammte Pflicht, die Öffentlichkeit über die Folgen dieser Beschlüsse zu informieren. Als Bürger in Uniform ist es eure Aufgabe, die übrigen

Bürger ins Bild zu setzen. Das geschieht leider nicht."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. September 2024 (x1.404/…): >>**Vor Autogipfel: SPD-Fraktion fordert Abwrackprämie von 6.000 Euro**

Vor dem Autogipfel drängt die SPD angesichts der Misere der heimischen Automobilindustrie auf mehrere Sofortmaßnahmen. Zentrale Forderung ist eine neue Abwrackprämie für Verbraucher, die von einem Verbrenner auf ein E-Auto wechseln. Wer seinen Verbrenner "abwrackt" und in ein neues E-Auto tauscht, soll demnach einen Bonus von 6.000 Euro bekommen, für den Kauf eines gebrauchten E-Autos soll es 3.000 Euro geben.

"Wir sind davon überzeugt, daß E-Autos die Zukunft sind", heißt es in einem gemeinsamen Papier der SPD-Wirtschaftspolitiker, das auf den Autogipfel von Robert Habeck (Grüne) am Montag zielt. Die heimische Automobilindustrie stecke "in der Krise", heißt es in dem Papier, über das der "Stern" berichtet.

"Um sie durch das aktuelle Tief zu führen und dafür zu sorgen, daß deutsche Automobile ihren starken Platz auch auf dem zukünftigen Markt halten und sogar ausbauen können, benötigt es jetzt entschlossenes Handeln." Es dürfe dabei "kein Hindernis sein, daß wir Geld in die Hand nehmen müssen". Neben der Abwrackprämie fordern die Sozialdemokraten sieben weitere befristete Maßnahmen zur Stärkung der Autoindustrie. So soll etwa ein "Social Leasing Programm" nach französischem Vorbild eingeführt werden, um Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen einen staatlichen Zuschlag zur Leasingprämie zu verschaffen.

Auch eine gezielte Förderung von Wall Boxen, Speichern und Ladesäulen sieht das Papier vor. "Vom Autogipfel muß das eindeutige Signal ausgehen, daß Unternehmen und Politik das aktuelle Tal gemeinsam überwinden", sagte Sebastian Roloff, Mitglied im SPD-Parteivorstand und Bundestagsabgeordneter im Wirtschaftsausschuß, dem "Stern". Verena Hubertz, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, mahnte: "VW und die Automobilbranche sind der Motor Deutschlands. Wenn der Motor stottert, müssen wir ihn in Gang bringen."

Das Papier ist auch Ausdruck der wachsenden Nervosität, mit der die Kanzlerpartei auf die Wirtschaftslage blickt. Mit den Vorschlägen machen die Sozialdemokraten auch ihrem eigenen Kanzler Druck. In der SPD wird bemängelt, daß Olaf Scholz zu wenig Entschlossenheit zeige, um der drohenden Rezession und der Misere in der Autoindustrie entgegenzuwirken. Zudem gibt es Irritationen, daß Scholz nicht selbst zu einem Autogipfel im Kanzleramt eingeladen hat, sondern den Gipfel Habeck überläßt.<<

22.09.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. September 2024 (x1.399/…): >>**Wie Baerbock einmal Putin Geschichte lehren wollte …**

Von *Jürgen Elsässer*

… und wie Putin die Wahrheit über den Hitler-Stalin-Pakt klar stellte. Nachzulesen in "Wladimir Putin: Geschichte Rußlands".

Der "Spiegel" war gestern ganz aus dem Häuschen. "Auswärtiges Amt gibt Rußland Geschichtsunterricht", lautete die Überschrift. Und weiter: "Das russische Außenministerium verbreitet auf X Propaganda über den sowjetischen Einmarsch in Polen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs. Das Auswärtige Amt in Berlin reagiert mit Fakten."

Zum Hintergrund: Am 23./24. August 1939 wurde der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet. Am 1. September marschierte die Wehrmacht in Polen ein. Die Rote Armee marschierte erst am 17. September in Ostpolen ein, und zwar nicht in alle Gebiete, die ihr im Hitler-Stalin-Pakt überlassen worden waren, sondern nur in diejenigen, die bis 1920 zu Rußland gehört hatten und erst 2021 von Polen annektiert worden waren. …

Die heutige Ostgrenze Polens entspricht im Wesentlichen der Grenzziehung zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Jahre 1939 (Hitler-Stalin-Pakt).

Das russische Außenministerium schrieb dazu am 17. September 2024 auf X: "On September 17, 1939, the Red Army launched a military operation in Poland's eastern regions, preventing the genocide of the population of Western Belarus and Western Ukraine." (Am 17. September 1939 startete die Rote Armee eine Militäroperation in den Ostregionen Polens und verhinderte den Völkermord an der Bevölkerung von WeißRußland und der Westukraine.)
Das Baerbock-Ministerium repostete den russischen Tweet und schrieb darüber "Seriously?" (Im Ernst?), um die Antwort lächerlich zu machen. Die Geschichtserzählung im Westen und in Polen geht nämlich so: Das arme Polen wurde 1939 von Deutschland und der Sowjetunion gemeinschaftlich aufgeteilt und überfallen. Stalin hat mit dem Nichtangriffspakt Hitler überhaupt erst ermöglicht, Polen anzugreifen.

Putin stellt klar

Der russische Präsident hat sich ausführlich mit diesem Thema beschäftigt, und wir haben seine Ausführungen in der neuen COMPACT-Edition "Wladimir Putin: Geschichte Rußlands" dokumentiert. Auszüge:

Putin, Geschichte Rußlands

Ich habe aus den Archiven die ganze Palette von Dokumenten angefordert, die mit Kontakten der UdSSR mit Deutschland während der dramatischen Tage im August und September 1939 zusammenhängen. Aus Ziffer 2 des geheimen Zusatzprotokolls zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR vom 23. August 1939 geht hervor, daß im Falle des territorialen und politischen Umbaus der Regionen, aus denen der polnische Staat bestand, die Grenze der Interessensphären der beiden Länder "ungefähr entlang der Grenzen der Flüsse Narev, Weichsel und Sana verlaufen sollte".
Mit anderen Worten, es ging nicht nur um Gebiete, in denen eine überwiegend ukrainische und weißrussische Bevölkerung lebte, sondern auch die historisch polnischen Gebiete zwischen Bug und Weichsel fielen in die sowjetische Einflußsphäre. ... Das gilt auch für die Tatsache, daß Berlin unmittelbar nach dem Angriff auf Polen in den ersten Septembertagen 1939 Moskau immer wieder zur Teilnahme an der Militäraktion aufgefordert hat. Die sowjetische Führung ignorierte solche Appelle jedoch und vermied bis zum letzten Moment eine Einmischung in die dramatischen Ereignisse.
Erst als endgültig klar wurde, daß Großbritannien und Frankreich nicht versuchten, ihrem Verbündeten zu helfen und die Wehrmacht in der Lage war, ganz Polen schnell zu besetzen und sogar Minsk zu erreichen, wurde beschlossen, am Morgen des 17. September die militärischen Einheiten der Roten Armee in die Gebiete einrücken zu lassen, die heute Teile von Belarus, der Ukraine und Litauen sind.
Es ist offensichtlich, daß es keine andere Möglichkeit gab. Andernfalls wären die Risiken für die UdSSR um ein Vielfaches gewachsen, denn, ich wiederhole es, die vorherige sowjetisch-polnische Grenze verlief nur wenige Dutzend Kilometer von Minsk entfernt, und der unvermeidliche Krieg mit den Nazis hätte für das Land aus einer äußerst ungünstigen strategischen Position begonnen. Und Millionen von Menschen verschiedener Nationalitäten, darunter Juden, die in Brest und Hrodna, Peresim, Lemberg und Wilna lebten, wären den Nazis und ihren lokalen Handlangern, Antisemiten und radikalen Nationalisten, zur Vernichtung überlassen worden. ...
Bekanntermaßen ist der Konjunktiv schwierig auf Ereignisse anzuwenden, die bereits eingetreten sind. Ich sage nur, daß die sowjetische Führung im September 1939 die Gelegenheit hatte, die westlichen Grenzen der UdSSR weiter nach Westen bis nach Warschau zu schieben, aber beschlossen hat, dies nicht zu tun. ... Der bekannte britische Politiker und Staatsmann Lloyd-George unterstrich: "Die russische Armee hat Gebiete besetzt, die nicht polnisch sind und die nach dem Ersten Weltkrieg gewaltsam von Polen erobert wurden. ... Es wäre ein Akt kriminellen Wahnsinns, die russischen Bewegungen mit den Bewegungen der Deutschen auf

ein und dieselbe Stufe zu stellen." ...

Appeasement mit Hitler

Das Baerbock-Ministerium verschweigt in seiner Stellungnahme, daß der Hitler-Stalin-Pakt nur das letzte internationale Stillhalteabkommen mit dem deutschen Diktator war - alle vorherigen wurden zumeist von den Westmächten unterschrieben. Hier die Übersicht:

Appeasement-Verträge mit Hitler.

In dieser Aufstellung fehlt der wichtigste Pakt mit Hitler sogar: Das Münchner Abkommen, das Großbritannien, Frankreich und Italien im Herbst 1938 mit NS-Deutschland unterzeichneten und das Hitler den Einmarsch in die Tschechoslowakei (Sudetenland) erlaubte.

In den NATO-Staaten wird mit immer höherem Tempo die Geschichte umgeschrieben. Alles Böse soll Rußland beziehungsweise die UdSSR verursacht haben, die Westmächte seien schuldlos … Und Putin sei der Wiedergänger Stalins, sogar Hitlers …

Um bei dieser Propaganda klaren kopf zu behalten, ist es wichtig, Putins eigene Darstellung der Geschichte nachzulesen.

In der COMPACT-Edition "Wladimir Putin: Geschichte Rußlands" haben wir sie zum ersten Mal auf Deutsch zugänglich gemacht: Über tausend Jahre, von der Kiewer Rus über das Moskauer Reich bis zu Stalin, Gorbatschow und Selenski.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. September 2024 (x1.399/…): >>**Faeser-Skandal: COMPACT verliert letztes Konto zum 30.9.!**

Von *Jürgen Elsässer*

Der Druck auf COMPACT läßt nicht nach. Nachdem Nancy Faeser mit ihrem Verbot im Eilverfahren gescheitert ist, versucht sie uns jetzt mit finanzieller Kriegführung zu strangulieren. Für uns als Firma ist die Lage ähnlich dramatisch wie in den Zeiten des Verbots … Folgende Fakten sind für Sie als Spender und Kunden wichtig:

COMPACT verliert sein letztes Konto zum 30.9.2024. Seit Frühjahr haben wir damit insgesamt sechs Konten verloren. Versuche bei etwa 150 weiteren Banken, ein Konto zu eröffnen, blieben erfolglos. Die Banken handeln auf Druck des Regimes: Uns liegen Beweise vor, daß Abgesandte des Bundesinnenministeriums und des Verfassungsschutzes zum Teil persönlich die Banken aufgesucht haben, um die Sperrung der COMPACT-Konten zu erzwingen. Dieses illegale De-Banking wird von unseren Anwälten in Eilverfahren angegriffen, wir gehen damit auch vor die OSZE, aber ein kurzfristiger Erfolg ist ungewiß. …<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. September 2024 (x1.403/…): >>**Habecks nächste Schlappe: Norwegischer Energiekonzern kippt milliardenschweres Wasserstoff-Projekt für Deutschland**

Der norwegische Energie-Gigant Equinor begräbt die Pläne für eine Wasserstoffpipeline nach Deutschland. Habecks grüne Wasserstoffstrategie bröckelt damit immer weiter.

Jerome Wnuk

Robert Habeck muß der nächsten Absage entgegensehen.

Die Bundesregierung setzt große Hoffnungen auf Wasserstoff als Schlüsseltechnologie. Gerade das grüne Wirtschaftsministerium unter Robert Habeck fördert in den letzten Jahren mit großem Engagement den Einsatz von grünem Wasserstoff in der Industrie. Zuletzt beim Stahlgipfel in Duisburg hatte Habeck wieder betont, wie wichtig Importe von Wasserstoff, beispielsweise aus Norwegen, sind, damit die Transformation der Stahlindustrie, die entscheidend für die deutschen Klimaziele ist, gelingt. Noch nicht mal eine Woche später bricht dem Minister ein wesentlicher Teil seiner Wasserstoffstrategie weg: Der norwegische Energiekonzern Equinor steigt aus einem Milliardenprojekt mit Deutschland aus. Eine dicke Schlappe für Wirtschaftsminister Robert Habeck.

Es ist ein erheblicher Rückschlag für die deutsche Wasserstoffstrategie: Der norwegische Energiekonzern Equinor hat am Samstag verkündet, sich aus einem Milliardenprojekt zur Er-

richtung einer Offshore-Wasserstoffpipeline von Norwegen nach Deutschland zurückzuziehen. Damit bricht für Deutschland eine direkte Importlinie für Wasserstoff weg.
Das Projekt, das in einer Absichtserklärung im Januar 2022 zwischen Equinor und dem deutschen Energiekonzern RWE unterzeichnet wurde, sah die Erzeugung von blauem Wasserstoff - also Wasserstoff aus Erdgas unter Verwendung von CO2-Abscheidung und -Speicherung - vor.
Dieser Wasserstoff sollte über die weltweit erste Offshore-Wasserstoffpipeline nach Deutschland transportiert werden. Die Idee ist Geschichte, vor allem weil es den Norwegern zu teuer wird: "Die Wasserstoffpipeline hat sich nicht als realisierbar erwiesen. Das bedeutet, daß auch die Pläne für die Wasserstoffproduktion ad acta gelegt werden", so ein Equinor-Sprecher bezüglich der Absage gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters.
Der Export des Wasserstoffs sei zu teuer, und es fehle zudem an ausreichender Nachfrage. Die geschätzten Kosten für die Pipeline hätten allein wohl schon in einem Bereich um die drei Milliarden Euro gelegen. Das Projekt hätte insgesamt wohl mehrere zehn Milliarden Euro gekostet, heißt es von Equinor. Ein weiteres Problem sei das Fehlen langfristiger Abnahmeverträge mit europäischen Abnehmern. Ohne diese könne Equinor keine derart großen Investitionen tätigen, so der Equinor-Sprecher Magnus Frantzen Eidsvold weiter. Man habe entsprechend beschlossen, dieses Projekt "in der frühen Phase abzubrechen".
"Wir sind nicht in der Lage, derartige Investitionen zu tätigen, wenn wir keine langfristigen Vereinbarungen und die entsprechenden Märkte haben", sagte Eidsvold weiter. Dem deutschen Unternehmen RWE sind dadurch ebenfalls die Hände gebunden. Gegenüber Reuters sagte man zur Absage, die Pipeline sei nicht das Projekt von RWE, sondern benötige die Unterstützung sowohl von Norwegen als auch von Deutschland. Man sei also auf die Zusage der Norweger angewiesen, diese fehlt nun.

BMWK zeigt sich enttäuscht und überrascht

Robert Habeck soll, so berichtet es die Berliner Zeitung, mit Verweis auf einen Vertrauten des Ministers, von der Absage der Norweger sehr überrascht gewesen sein. Noch im vergangenen Jahr hatte er zusammen mit Norwegens Ministerpräsident Jonas Gahr Støre eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Klima, insbesondere im Bereich Wasserstoff, angekündigt.
Equinor will unabhängig von der Pipeline weiterhin mit RWE an der Entwicklung von wasserstoffähigen Kraftwerken in Deutschland arbeiten. Laut RWE sei mit einer Inbetriebnahme solcher jedoch frühestens ab 2030 zu rechnen. Dafür müßte die Bundesregierung ein weiteres Förderprogramm absegnen - in Zeiten der Haushaltskrise eine Ausgabe, zu der der Bundesregierung womöglich das Geld fehlt. Förderung gibt es bisher allein für grünen Wasserstoff (Wasserstoff aus erneuerbaren Energien), nicht für blauen Wasserstoff (Wasserstoff aus nicht-erneuerbaren Energien), so wie ihn etwa Equinor produziert. Die Pläne sind wackelig, auch weil es in Deutschland noch nicht einmal ein Kernnetz existiert, das diesen Wasserstoff durch Pipelines liefern könnte.
Für die vollständige Dekarbonisierung der Stahlindustrie, wie Habeck sie am Montag beim Stahlgipfel beschwor, müßten circa 2,2 Millionen Tonnen Wasserstoff bzw. 73 Terawattstunden (TWh) pro Jahr produziert werden.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. September 2024 (x1.403/…):

>>**Myokarditis nach COVID-19-Impfung: Neue Studie gibt Hinweise auf Langzeitfolgen**

Eine neue Studie deutet darauf hin, daß einige Jugendliche nach der COVID-19-Impfung mit Myokarditis langfristige Herzschäden entwickeln könnten. Experten warnen vor möglichen Komplikationen wie Herzrhythmusstörungen und fordern eine engmaschige Überwachung der Betroffenen.
Henry Albrecht

Eine neue Studie hat Bedenken über mögliche Langzeitfolgen bei Jugendlichen und Kindern aufgeworfen, die nach der COVID-19-Impfung eine Herzmuskelentzündung entwickelt haben. Wie eine kürzlich im Wissenschaftsmagazin eClinicalMedicine veröffentlichte Fallserie aufzeigt, liegt bei einigen Betroffenen eine bleibende Schädigung des Herzgewebes vor, die das Risiko für potentiell lebensbedrohliche Folgeerkrankungen wesentlich erhöht. Konkret zeigten die Untersuchungen der Wissenschaftler, daß bei mehreren Patienten in der Magnetresonanztomographie (MRT) des Herzens ein sogenanntes "Late Gadolinium Enhancement" (LGE) sichtbar wurde, was auf Gewebeschäden hindeute.
LGE ist ein Verfahren aus der Kardiologie, das verwendet wird, um geschädigtes Herzgewebe darzustellen. Es beschreibt die Anreicherung eines gadoliniumhaltigen Kontrastmittels in bestimmten Gewebearealen des Herzens.
Der Mechanismus dahinter ist, daß geschädigtes oder vernarbtes Gewebe eine veränderte Zellstruktur hat, wodurch das Kontrastmittel dort länger verweilt. In der MRT-Aufnahme erscheint dieses Gewebe heller als das gesunde Gewebe, da es mehr Gadolinium speichert.
Das LGE ist ein Zeichen dafür, daß das Herzgewebe möglicherweise dauerhaft geschädigt bleibt. Dies erhöht das Risiko für Komplikationen wie Herzinsuffizienz oder Kardiomyopathie. Besonders beunruhigend: Diese Schädigungen könnten langfristig Herzrhythmusstörungen oder sogar plötzlichen Herztod zur Folge haben.
Langzeitbeobachtungen geben Grund zur Sorge
Das Myocarditis After COVID Vaccination (MACiV)-Netzwerk, das im Auftrag der Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelbehörde der Vereinigten Staaten (FDA) arbeitet, hat 333 Fälle von Jugendlichen untersucht, die nach der Impfung mit einem mRNA-Impfstoff eine Myokarditis entwickelt hatten. Rund 90 Prozent dieser Patienten mußten im Krankenhaus behandelt werden. Die meisten von ihnen waren mit dem Impfstoff von Biontech/Pfizer geimpft worden und die Myokarditis trat in der Regel nach der ersten oder zweiten Impfdosis auf.
Obwohl viele Patienten die akute Phase der Myokarditis überstanden haben, ist die langfristige Prognose ungewiß. Von 177 Patienten, bei denen kurz nach der Impfung ein LGE festgestellt wurde, zeigten 98 bei späteren Untersuchungen nach durchschnittlich fünf Monaten immer noch die gleichen Anzeichen. Einige litten weiterhin unter Herzproblemen, darunter Brustschmerzen und Herzrhythmusstörungen.
Laut Experten des MACiV besteht die Gefahr, daß sich diese Herzschäden im Laufe der Zeit verschlimmern könnten. Daher wird empfohlen, betroffene Jugendliche langfristig kardiologisch zu überwachen. Ob es zu einer dauerhaften Herzschwäche oder anderen schweren Komplikationen kommen wird, bleibt abzuwarten.<<

23.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. September 2024 (x1.402/…): >>**Sondierungsgespräche: Brandenburg-CDU winkt beleidigt ab - Woidke wird so oder so zum "Wagenknecht"**
Bleibt Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) nach der Landtagswahl in Brandenburg am Ende nur noch eine Koalition mit der Wagenknecht Partei BSW? Darauf könnte es hinauslaufen, nachdem der große Wahlverlierer CDU Sondierungsgesprächen mit der SPD vorerst eine überraschende Absage erteilt hat.
Bedeutet: Woidke würde im wörtlichen Sinne zum "Wagenknecht" werden, sollte die CDU tatsächlich ihr Heil in der Opposition suchen wollen - was abzuwarten bleibt. Eine Koalition von SPD und BSW käme auf eine knappe Zwei-Stimmen-Mehrheit im Landtag von Potsdam.
"Für uns gibt es keinen Regierungsauftrag", sagte CDU-Landesgeneralsekretär Gordon Hoffmann am Montag (23. September) in Potsdam.
Mit Blick auf mögliche Koalitionsgespräche fügte Hoffmann hinzu: "Ehrlich gesagt, ich weiß

nicht, was wir in diesen Gesprächen besprechen sollen". Diese Gespräche sollten jetzt zwischen SPD und BSW stattfinden. Woidke (SPD) kündigte an, trotzdem auch mit der beleidigten Leberwurst CDU Sondierungsgespräche aufnehmen zu wollen.
Politische Beobachter vermuten hinter der vorläufigen CDU-Absage allerdings reine Taktik, um als kleinster Partner im unseligen Bunde mit SPD und BSW möglichst viele Ministerposten für sich herauszuholen. Das BSW hat unterdessen seine Bereitschaft zu Sondierungsgesprächen erklärt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. September 2024 (x1.402/…):
>>**Nach Brandenburg-Pulverisierung: Bayerns FDP-Chef fordert Ampel-Ausstieg**
Nach der Pulverisierung der sogenannten Liberalen bei der Landtagswahl in Brandenburg dringt Bayerns FDP-Landesvorsitzender Hagen auf ein Ende der Ampel-Koalition auf Bundesebene. "Wenn man merkt, daß es nicht mehr geht, dann muß man auch irgendwann bereit sein, den Stecker zu ziehen", sagte Bayerns FDP-Chef Hagen der "Augsburger Allgemeinen". Darüber müsse im Bundesvorstand klar gesprochen werden.
Hagen machte die Ampel-Regierung für das desaströse Ergebnis seiner Partei in Brandenburg (0,8 Prozent) verantwortlich. Auch bei der Landtagswahl in Bayern vor einem Jahr war die FDP mit einem Ergebnis von drei Prozent am Wiedereinzug in den Landtag gescheitert.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. September 2024 (x1.403/…):
>>**ZDF-Moderator spricht von "kleinen Türken" und verharmlost Gruppenvergewaltigungen**
ZDF-Moderator Sascha Hingst wollte am Wahlabend mit dem AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland über positive Aspekte der Migration sprechen. Dabei verharmloste er jedoch indirekt Gruppenvergewaltigungen und Messerangriffe. Außerdem brachte er selbst die Zuwanderung mit Veränderungen im Gemüsehandel in Verbindung und sprach von "kleinen Türken".
Jonas Aston
Am Wahlabend hielt ZDF-Moderator Sascha Hingst auch ein kurzes Gespräch mit dem AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland ab. Dabei wollte Hingst mit Gauland über das Thema Migration sprechen. Hingst zufolge würde die AfD stets nur die negativen Seiten der Migration betonen. "Sie sagen immer, daß sich das Land so verändert und daß Ihnen das nicht gefällt."
Zwar räumt Hingst durchaus ein, daß sich bei "Messerangriffen und Gruppenvergewaltigungen" Veränderungen spürbar gewesen seien und man auch dort "draufgucken" müsse. Jedoch würde Deutschland nach wie vor großen Gewinn aus der Zuwanderung der vergangenen Jahre ziehen können. So hätte etwa BionTech ohne die Migration eines Mannes mit türkischen Wurzeln niemals einen Impfstoff gegen Covid entwickeln können.
"Wir haben wissenschaftlich große Leute, die tolle Ideen haben und die hier zugewandert sind", so Hingst. Und weiter: "Beispielsweise, wenn wir dann den Herrn Sahin nehmen, mit der Corona-Impfung". Offenbar verbindet Hingst die Zuwanderung nach Deutschland aber auch automatisch mit Veränderungen im Gemüse- und Lebensmittehandel.
Konkret erklärte er: "Wenn ich zu meinem kleinen Laden um die Ecke gehe und einkaufen will, kriege ich abends um 10 Uhr von meinem kleinen Türken was zu essen. Das gab es früher bei mir nicht. Also will sagen - die bringen ja auf allen Ebenen was mit. Wieso also immer nur auf das Negative gucken?" Alexander Gauland ging auf diese Aussagen von Hingst nicht näher ein.
Im Verlaufe der Sendung leistete sich der ZDF-Moderator noch einen weiteren Eklat. In einer Schalte mit der AfD-Vorsitzenden Weidel griff diese insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medien scharf an. Ihre Äußerungen ließ er jedoch nicht einfach stehen, sondern verhöhnte sie indirekt im Anschluß an das Gespräch. "Vielen Dank, Frau Weidel. Ja und nachdem unser

Gebührengeld gerade eben die AfD auf die Bildschirme gebracht hat, kommen wir jetzt zur SPD". Weidel war es nicht mehr möglich hierauf zu reagieren.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. September 2024 (x1.404/…): >>**Linke will Vermögensabgabe zur Rettung der Autoindustrie**

Angesichts des Autogipfels an diesem Montag fordert die Linke eine Vermögensabgabe zur Rettung der Autoindustrie. "Die Einkommen der Beschäftigten und ihre Arbeitsplätze müssen gesichert werden - nicht die Renditen der Milliardärs-Familie Porsche und der Scheichs von Katar", sagte Parteichef Martin Schirdewan der "Rheinischen Post" (Montagausgabe). Die Zukunft zehntausender Familien und der Schutz der Lebensbedingungen dürften nicht länger davon abhängen, ob Milliardäre noch reicher würden. Daher müsse es "eine Vermögensabgabe für Multimillionäre für die Kosten der Transformation geben".

Es sei Zeit, daß die Kosten gerecht verteilt würden, ergänzte Schirdewan. Parteichefin Janine Wissler sagte der "Rheinischen Post", es brauche klare Vorgaben der Regierung. "Wir fordern einen verbindlichen Zukunftsplan für eine nachhaltige Industrieproduktion, der Sicherheit für die Beschäftigten schafft und Ernst macht mit Klimaschutz."

Der Vorstand der Linken will am Montag einen Sechs-Punkte-Plan zur Rettung von VW und der Autoindustrie beschließen. Neben einer Vermögensabgabe wird unter anderem eine Arbeitsplatz- und Einkommensgarantie für die Beschäftigten gefordert. "Wo öffentliche Gelder eingesetzt werden, dürfen keine Dividenden ausgeschüttet werden", heißt es zudem in dem Papier, aus dem die "Rheinische Post" zitiert.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. September 2024 (x1.404/…): >>**Bericht: VW fordert neue Elektroprämie**

Der Volkswagen-Konzern will sich beim Autogipfel von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) einem Medienbericht zufolge für eine Neuauflage der Elektroauto-Prämie stark machen.

Der Autokonzern werde bei dem Branchentreffen fordern, daß der Staat künftig 4.000 Euro zum Kauf eines reinen Elektroautos (BEV) zuschießt, wenn der Hersteller zusätzlich einen Preisnachlaß von 2.000 Euro gibt, schreibt der "Spiegel" unter Berufung auf eigene Informationen. Volkswagen verlangt laut "Spiegel" von Habeck eine 180-Grad-Wende. Bis Dezember 2023 hatte der Bund mit dem sogenannten Umweltbonus Privatleute bei der Anschaffung eines rein batteriebetriebenen Pkw in der Regel mit 4.500 Euro gefördert.

Mitte Dezember hatte das Ministerium die Prämie dann abrupt gestrichen. Der Volkswagen-Vorschlag sieht dem Nachrichtenmagazin zufolge außerdem vor, die heimische Autoproduktion durch die Berücksichtigung des CO2-Fußabdrucks eines Autos zu fördern. In Frankreich erhalten Käufer von E-Autos nur dann eine Förderung von 5.000 bis 7.000 Euro, wenn ihre Produktion weniger als 14,75 Tonnen CO2 verursacht. Konkret trifft diese Einschränkung ausschließlich in China produzierte Fahrzeuge.

Neben der erneuerten E-Auto-Subvention will Volkswagen laut "Spiegel" zudem einen sogenannten BEV-Faktor beim Leasing von Elektroautos durch Betriebe fordern. Unternehmen, die einen rein elektrischen Dienstwagen für ihre Angestellten leasen, könnten dann die eineinhalbfachen Kosten bei der Steuer absetzen, bei einer Leasingrate von beispielsweise 400 Euro wären das also 600 Euro. Bislang fördert der Staat nur den Kauf von Elektro-Dienstwagen über das sogenannte Dienstwagenprivileg, das Habeck noch einmal ausweiten will.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30548" berichtet am 23. September 2024 (x1.400/…): >>**Eigeninitiative - Schlüssel in der juristischen Aufarbeitung der Corona-Verbrechen**

Gesunde Zellen, gesunder Körper - so lautet die simple Formel für ein beschwerdefreies Leben. Denn jede gesunde Zelle unterstützt das uneingeschränkte Funktionieren des gesamten Körper. Das gilt für den menschlichen Körper genauso wie für die Körperschaft, die viele

Menschen miteinander bilden. In dieser Sendung zeigen wir an drei Beispielen auf, wie gesund funktionierende Zellen, in diesem Fall Menschen, zur Heilung des Gesamtkörpers, in diesem Fall verfehlte Politik und Justiz, beitragen. Der Schlüssel zum Heilen und Gedeihen liegt in der Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit, die nicht erst auf andere wartet.

01_Warum Aufklärer wie Paul Schreyer so Entscheidendes auslösen

Während die meisten kritischen Leser noch bitter beklagten, daß die Corona-Protokolle des Robert-Koch-Instituts RKI nicht freigegeben wurden, handelte Paul Schreyer bereits. Zusammen mit seinem Magazin Multipolar klagte er erfolgreich diese RKI-Protokolle frei. Dadurch wurde die Corona-Aufarbeitung von einer nie dagewesenen Dynamik erfaßt, auch wenn viele Teile noch geschwärzt sind. Es kam nämlich heraus, daß das RKI nicht auf wissenschaftlicher Basis, sondern auf politische Weisung hin handelte. Eine ganz wesentliche Erkenntnis für die juristische Aufarbeitung der Corona-Verbrechen.

Welche besonderen Qualitäten besitzt Paul Schreyer, der hinter diesem Erfolg steht? Er ist seit 2014 einer der engagiertesten und kritischsten Bestseller-Autoren und Journalisten. Seit 2020 ist er auch Herausgeber von Multipolar, einem Magazin, das sich nur aus Leserspenden finanziert und als unabhängiges Medium etabliert ist. In dem Multipolarartikel vom 20. Mai 2023 "Faktencheck: 15 Millionen Corona-Tote?" geht Schreyer der Meldung auf den Grund, daß die WHO 15 Millionen Corona-Tote errechnet haben soll.

Er schreibt dazu: "So gut wie alle großen Medien sind bei einem entscheidenden Aspekt der Coronakrise nicht in der Lage, die vorliegenden Informationen korrekt wiederzugeben, geschweige denn, sie kritisch zu hinterfragen." Sind es nicht eigenverantwortliche Menschen wie Paul Schreyer, die diese Welt zum Guten verändern?

02_Geheime Corona-Protokolle freigeklagt - Arzt läßt nicht locker

Während der Corona-Krise rief die Bundesregierung den Corona-Expertenrat ins Leben. Dieser gab Empfehlungen, die politische Entscheidungen wie Lockdowns, Maskenpflicht, berufsbezogene Impfpflicht und Schulschließungen maßgeblich beeinflußten. Die Herausgabe dieser Protokolle wurde vom Arzt Dr. Christian Haffner eingeklagt, genau wie Paul Schreyer dies bei den RKI-Protokollen erstritt. Das Kanzleramt hatte daraufhin nur Teile der Protokolle freigegeben, entscheidende Passagen jedoch geschwärzt.

Laut Regierung sei der Grund, daß die Experten für ihre Einschätzung zu Corona-relevanten Themen von der Öffentlichkeit haftbar gemacht werden könnten. Der Kläger, Dr. Haffner, will vor Gericht maximale Transparenz erstreiten: Alle Protokolle, ungeschwärzt, mit allen Namen, mit allen Aussagen, mit allen Einschätzungen und Empfehlungen, die der Rat der Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz gab. Ein Urteil wurde noch nicht gesprochen, doch in der Verhandlung wurde klar: Die Luft für die Bundesregierung und ihr Juristen-Team wird immer dünner.

03_Strafanzeige wegen Völkermord gegen Pfizer und EU

Der ungarische Menschenrechtsanwalt Dr. Attila Monostory hat Strafanzeige beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eingereicht. Das geschah auf Initiative der deutschen Bürgerinitiative "GemeinWohl-Lobby" und im Namen von über 1.500 EU-Bürgern am 10. Mai 2024. Die Strafanzeige richtet sich gegen die Verantwortlichen des Vorvertrags vom 20. November 2020 zwischen der Europäischen Union und dem Pharma-Unternehmen Pfizer.

Es werden zahlreiche Straftaten vorgeworfen, darunter Verstöße gegen den Nürnberger Kodex, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen des Völkermordes. Nach Ansicht der Kläger hat der kriminelle Inhalt des EU-Pfizer-Vorabkaufvertrags zu zahllosen schweren gesundheitlichen und materiellen Schäden geführt. Für diese Schäden hat keine Regierung oder Institution bisher die Verantwortung übernommen.

Der niederdeutsche Erzähler, Lyriker, Elbfischer und Marinesoldat Gorch Fock sagte vor über einhundert Jahren in Bezug auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung: "Die Menschen war-

ten immer auf bessere Zeiten, ohne zu bedenken, daß die Besserung aus ihnen selbst kommen müßte, sollte, könnte!"<<

24.09.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. September 2024 (x1.401/…): >>**10 Milliarden € fehlen beim Bürgergeld: 1,3 Millionen Abschiebungen und die Haushaltslücke ist weg!**

Die Bundesregierung hat sich um Milliardenbeträge "verrechnet" - mal wieder. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) präsentiert beim Bürgergeld plötzlich eine neue Haushaltslücke in Höhe von fast 10 Milliarden Euro. Denn laut Unterlagen des Ministers erwartet sein Haus für das Jahr 2025 Bürgergeld-Kosten in Höhe von knapp 46 Milliarden Euro, obwohl offiziell nur 36 Milliarden Euro ausgewiesen wurden.

Dabei muß man sich vor Augen halten: Rund die Hälfte der Bürgergeld-Empfänger sind ausländische Staatsbürger! Schon allein mit der Abschiebung der rund eine Million Syrer (Stand: Ende 2023), bei denen kein Fluchtgrund mehr vorliegt, könnte man die Bürgergeld-Kosten enorm reduzieren. Das Gleiche gilt für die rund 300.000 ausreisepflichtigen Ausländer (Stand: Mitte 2024).

Der Bundesrechnungshof hatte die beschönigenden Zahlen des Arbeitsministers schon vor Wochen angezweifelt und erklärt, daß die Angaben nur zutreffen würden, wenn die Zahl der Bürgergeld-Empfänger im Jahr 2025 um rund 600.000 sinkt. Dies sei "nicht wahrscheinlich". Entweder hat Heil sich wirklich auf dilettantische Weise verrechnet oder er will - was wohl deutlich wahrscheinlicher ist - die Bevölkerung bewußt in die Irre führen. In beiden Fällen ist ein solcher Arbeitsminister völlig untragbar und unterstreicht, daß der SPD unser Land egal ist!

Dabei wäre die Haushaltslücke leicht zu stopfen, wenn Deutschland eine Migrationspolitik betreiben würde, die sich an den eigenen nationalen Interessen orientiert. 42,6 Milliarden Euro zahlte die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2023 für Zahlungsansprüche von Bürgergeld-Empfängern. Teilt man diese Summe durch die Zahl der Bürgergeld-Empfänger, die zum Stichtag 1. August 2023 bei rund 5,5 Millionen Menschen lag, dann kommen wir grob geschätzt auf jährliche Kosten von mehr als 7700 Euro pro Empfänger.

Wenn man diese Zahl zugrunde legt, dann wäre die Haushaltslücke schon nach der Durchführung von rund 1,3 Millionen Abschiebungen Geschichte. Klingt nach einer guten Idee? Die AfD setzt sie um!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. September 2024 (x1.402/…): >>**Isch over, "Grüne"!**

Zum ersten Mal seit sieben Jahren sind die "Grünen" in einer bundesweiten Umfrage (INSA) wieder unter zehn Prozent. Für DK-Kolumnist Einar Koch ist das ein Grund zur Freude. Er hatte die Hoffnung schon aufgegeben. Jetzt erinnert sich der frühere "Bild-Politikchef" an eine Lieblingsfloskel von Wolfgang Schäuble (CDU): "Isch over", pflegte der Badenser zu sagen, wenn sich ein vermeintlicher Mythos als politische Lüge entpuppte.

VON *EINAR KOCH**

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Die Redensart ist zum geflügelten Wort geworden.

Offen gesagt: Ich hatte die Hoffnung längst aufgegeben, daß die breite Masse der durch Klima-Schwindel, Öko-Wahn und woker Gender-Ideologie hirngewaschenen Menschen hierzulande noch einmal zur Vernunft kommen würde. Ich habe mich getäuscht: Die Hoffnung stirbt tatsächlich zuletzt!

Wobei man einschränkend sagen muss: Die Einsicht kommt gewiß nicht freiwillig, sondern ist der normativen Kraft des Faktischen, dem nicht mehr zu leugnenden Untergang des Landes geschuldet.

Trotzdem: Deutschland hat allen Grund, die Sektkorken knallen zu lassen, auch wenn Silve-

ster noch eine Weile hin ist! Denn die "Grünen" wurden bei den Ostwahlen, zuletzt in Brandenburg, regelrecht rasiert und notieren in einer bundesweiten Umfrage erstmals seit sieben Jahren unter zehn Prozent. Diese Ideologie-Sekte macht also gute Fortschritte auf ihrem Weg in die Einstelligkeit. Und da geht gewiß noch viel mehr als die von INSA jetzt ermittelten 9,5 Prozent!

Für die Anti-Atom-Partei ist es der Super-GAU, für Deutschland ist es eine Erlösung: Bei vier aufeinander folgenden Wahlen (Europa, Sachsen, Thüringen, Brandenburg) sind die "Grünen" von den Wählern regelrecht dezimiert worden. Wenn das kein Grund zum Feiern ist!

Aber es gibt einen bitteren Wermutstropfen: Dafür, daß die Menschen langsam offenbar doch noch zur Vernunft kommen, muß Deutschland einen hohen Preis zahlen.

Dieser Preis sind jeden Monat neue Insolvenzrekorde; rasant steigende Arbeitslosenzahlen; der de facto Zusammenbruch unserer Automobilindustrie, an der mittelbar jeder siebte Arbeitsplatz hängt; Industrieflucht von Schlüsselbranchen wie Chemie und Maschinenbau ins Ausland, hier vor allem nach Übersee; nach wie vor horrende Energiepreise als Folge von Windrad-Irrsinn und Sanktionswahn; eine ungebrochen hohe Kerninflation bei Lebensmitteln; eine marode Infrastruktur; last not least die weiterhin ungebremste Einwanderung in unsere Sozialsysteme und eine von Jahr zu Jahr höhere Ausländerkriminalität sowie verschandelte Landschaften - alles getreu der ökosozialistischen Maxime: Deutschland wird sich ändern, und zwar drastisch!

Es wird Jahrzehnte brauchen, um den Schaden zu reparieren, den die Ampel-Sozialisten (mitgehangen, mitgefangen - ihr da von der FDP!) in drei Jahren angerichtet haben. Wenn dieser Schaden überhaupt noch ganz zu reparieren geht.

Erinnern Sie sich noch vor drei Jahren an den Bundestagswahlkampf? All das, was seither eingetreten ist, hatte die Bürgerinitiative "Grüner Mist" vorausgesagt: Spritpreise, Strompreiserhöhung, Wohlstandsvernichtung, Arbeitsplatzvernichtung, Klima-Sozialismus und vieles mehr (nicht zu vergessen den millionenfachen Vogelmord für den Windrad-Irrsinn!).

"Isch over", pflegte der in diesem Jahr verstorbene Badenser Wolfgang Schäuble (CDU) zu sagen, wenn ein vermeintlicher Mythos sich als politische Lüge entpuppte. In diesem Sinne, ihr links-grün-woken Ideologen: Das Spiel ist aus, die Menschen durchschauen den Klima-Schwindel und das perfide Spiel mit der Angst - "isch over!"

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. September 2024 (x1.402/…):

>>**BKA verstärkt Personenschutz für Spitzenpolitiker - Bürger bleiben schutzlos!**

Das Bundeskriminalamt (BKA) stockt die Zahl seiner Personenschützer auf. Grund sei die wachsende Gefährdung von Spitzenpolitikern, berichtet das linksgrüne "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (RND). Aktuell habe man im Bereich Personenschutz über 500 Beamte, sagte BKA-Präsident Holger Münch dem RND. "Im Bundestagswahljahr sollen 100 hinzukommen. Und danach noch einmal 100. Die Abteilung wächst also."

Das BKA ist für den Schutz des Bundespräsidenten bzw. der Altbundespräsidenten, des Bundeskanzlers bzw. der Altkanzler, der Bundesminister sowie führender Bundestagsabgeordneter wie z.B. Fraktionschefs zuständig. Preisfrage: Wer schützt die Bürger - vor Messer-Attacken, Übergriffen, Vergewaltigungen etc.?<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. September 2024 (x1.402/…):

>>**Verfassungskrise in Thüringen: Einheitsparteien wollen AfD-Landtagspräsidenten verhindern**

Der neue Thüringer Landtag tritt am Donnerstag (26. September) zu seiner ersten Sitzung zusammen. Und schon bahnt sich eine handfeste Verfassungskrise an: Die Einheitsparteien

CDU und BSW wollen gleich zu Beginn einen Antrag einbringen, mit dem die glasklaren Regeln für die Wahl des Landtagspräsidenten außer Kraft gesetzt werden sollen. Die AfD will gegebenenfalls eine Eilentscheidung des Landesverfassungsgerichts erwirken.
Streitpunkt ist die Frage, wer in der konstituierenden Sitzung des Parlaments Kandidaten für die Wahl des Landtagspräsidenten oder der Landtagspräsidentin vorschlagen darf. Laut Geschäftsordnung ist das demokratische Verfahren dafür klar geregelt: Das erste Vorschlagsrecht liegt bei der stärksten Fraktion, also der AfD. Das Einheitsparteien-Kartell aus CDU, BSW, Linke und SPD lehnt aber einen AfD-Abgeordneten als Parlamentschef geschlossen ab.
Undemokratische Geschäftsordnungs-Trickserei
Der Antrag von CDU und BSW sieht vor, gleich zu Beginn der Sitzung mit der Mehrheit der Abgeordnetenstimmen die Geschäftsordnung zu ändern - und zwar dergestalt, daß alle Fraktionen Kandidaten vorschlagen dürfen. Diese Änderung soll noch stattfinden, bevor der Landtag den Präsidenten wählt.
Laut Torben Braga, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, läßt das die Geschäftsordnung nicht zu. Diese gelte in der neuen Legislaturperiode fort und schreibe klar vor, was in der ersten Sitzung geschehen müsse: "Der Alterspräsident stellt die Beschlussfähigkeit fest und führt die Wahl des Landtagspräsidenten durch. Und zwar in dieser Reihenfolge. Es gibt keine Klausel, daß eine Diskussion über die Geschäftsordnung oder Verfahrensfragen über die Wahl des Präsidenten dem vorgelagert werden könnten."
Nach Angaben von Braga wird die AfD in der Landtagssitzung auf der Einhaltung der Gesetze und Vorschriften bestehen. Die AfD sei zurzeit noch dabei, ihr weiteres Vorgehen zu prüfen. Klar ist bisher nur: Eröffnet wird die Sitzung vom Alterspräsidenten. Und den stellt die AfD-Fraktion mit Jürgen Treutler (73).
Die AfD behält sich vor, gegen das undemokratische Verhalten der Einheitsparteien-Volksfront gegebenenfalls eine Eilentscheidung des Thüringer Verfassungsgerichts zu erwirken. Dafür müßte am Donnerstag eine Unterbrechung der Sitzung beantragt werden. Das Verfassungsgericht hat bereits angekündigt, bei Rechtsstreitigkeiten schnell zu entscheiden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. September 2024 (x1.402/…):
>>**Sachsen: Nur 21 Abschiebungen von 1.431 Intensivstraftätern in sechs Monaten!**
Im Freistaat Sachsen sind aktuell 1.431 Asylbewerber als Intensivstraftäter registriert, wie aus einer Anfrage der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hervorgeht. Aber nur 259 dieser Personen befinden sich demnach in Haft und nur 21 von ihnen wurden im ersten Halbjahr 2024 abgeschoben.
Die registrierten Straftäter stammen den Angaben zufolge überwiegend aus Syrien (253), Tunesien (190), Libyen (151), Afghanistan (121) und Georgien (107). Innerhalb von drei Monaten wurden aus dieser Gruppe 19 Sexualdelikte, 289 Roheitsdelikte - darunter schwere Körperverletzung - und 343 Diebstähle begangen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. September 2024 (x1.402/…):
>>**Nach Lindners Weihnachts-Ultimatum: Wirft Kanzler Scholz die FDP-Minister aus dem Kabinett?**
Der innerparteilich schwer unter Druck stehende FDP-Chef Christian Lindner hat SPD und "Grünen" ein ab heute 89-Tage-Ultimatum gesetzt und Weichenstellungen in der Chaos-Ampel bis zum 21. Dezember gefordert. Andernfalls halte er sich alle Optionen offen. Politische Beobachter in der Hauptstadt schließen allerdings nicht aus, daß Kanzler Olaf Scholz (SPD) dem FDP-Chef zuvorkommt und die vier FDP-Minister im "Herbst der Entscheidungen" (Lindner) aus der Regierung wirft.
Auf den Tag genau noch drei Monate bis Weihnachten - in der Chaos-Ampel brennt nach der Landtagswahl in Brandenburg der Baum schon jetzt lichterloh. Die FDP hält sich nach ihrer 0,8 Prozent-Pulverisierung alle Optionen offen - also auch den Ausstieg aus der Ampelkoali-

tion. Bei den in Ostdeutschland marginalisierten "Grünen" herrscht eine depressive "Uns-doch-egal-Stimmung".
In Berlin tagte der Bundesvorstand der sogenannten Liberalen, das FDP-Scherbengericht. FDP-Chef Lindner kam im dunklen Rollkragenpullover zum dunklen Anzug, der Dresscode war eine eindeutige Ansage: Der "Herbst der Entscheidungen" hat begonnen!
Von dem spricht Lindner gleich mehrfach und betont: "Klar ist: Von allen wird jetzt Mut verlangt. Mut wäre auch, wenn man die Grenzen des Möglichen erreicht und nicht den Erwartungen und Anforderungen des Landes entspricht, dann ist Mut eine neue Dynamik zu entfachen."
- Die FDP stellt knallharte Bedingungen: Bis zum 21. Dezember müsse die Ampel zu Beschlüssen kommen - bei der Migration, in der Wirtschaftspolitik und bei der Stabilität des Haushalts. Lindner: "An diesen Fragen messen wir die Koalition." Mit anderen Worten: Sonst ist Schicht im Ampel-Schacht!

Scholz hat einen Plan B

Nun könnte es allerdings sein, daß sich die Dynamik anders entfaltet, als es sich Lindner vorstellt. Politische Beobachter in der Hauptstadt halten es für gut möglich, daß Kanzler Scholz dem FDP-Chef einen Strich durch die Rechnung macht und, genervt von den ewigen FDP-Querelen, die vier FDP-Minister noch vor Ablauf von Lindners Weihnachts-Ultimatum aus dem Kabinett wirft.
Bei SPD und "Grünen" heißt es denn auch: "Rot-Grün" könne dann als Minderheitsregierung an der Macht bleiben. Ob es dann im Frühjahr über die Vertrauensfrage des Kanzlers zu Neuwahlen kommt, dürfte wesentlich davon abhängen, wie SPD und "Grüne" im neuen Jahr in den Umfragen dastehen.
Scholz selbst schwebt nach der Brandenburg-Wahl (die streng genommen eine Anti-Scholz-Wahl war) auf Wolke 7. Einen zusätzlichen Kick bezieht er daraus, daß seine Beliebtheitswerte zuletzt binnen einer Woche überraschend um neun Prozentpunkte nach oben geschossen sind (INSA).

"Bild": Kanzler schaltet auf Attacke um

Scholz wisse, daß er nun kantiger auftreten müsse, schreibt die "Bild-Zeitung". Nicht mehr nur als der Moderator einer zerstrittenen Ampel , sondern als "Anführer der SPD". Vor Abgeordneten habe er schon mehrfach betont: Jetzt, ein Jahr vor der Bundestagswahl, sei "die Zeit gekommen", wo er auf klare Kante umschalten kann.
Und so tönte er noch vor seinem Rückflug vom "UN-Zukunftsgipfel" in New York: "Ich werde mit meiner Partei das wiederholen, was jetzt in Brandenburg und was bei der letzten Bundestagswahl auch gelungen ist: Nämlich, daß die SPD als stärkste Partei das Rennen macht."

SPD und "Grüne" wollen sich von FDP nicht vorführen lassen

"Man hat den Eindruck, Lindner legt es auf einen Koalitionsbruch an", sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Erik von Malottki. Es ist ein Gefühl, das viele bei SPD und "Grünen" umtreibt. In beiden Fraktionen heißt es deshalb: "Wir haben die Nase voll. Warum sollen wir uns weiter von der FDP am Nasenring durch die Manege ziehen lassen?"
- Mit anderen Worten: Kanzler Scholz könnte den Spieß umdrehen und die FDP-Minister entlassen!
Bei SPD und "Grünen" herrscht eine Stimmung, die sich am ehesten mit einem Sprichwort beschreiben läßt: "Wenn du denkst es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her …"
Das "Weihnachtslicht", auf das wohl auch der Kanzler insgeheim hofft, dürfte die Präsidentschaftswahl in den USA im November und ein Wahlsieg von Donald Trump sein. Scholz könnte sich dann als letzter westlicher "Staatsmann der <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. September 2024 (x1.402/…): >>**Aktuelle INSA-Umfrage zur Bundestagswahl: "Grüne" erstmals seit 7 Jahren einstellig!**

Die Ampel-Bundesregierung (SPD, "Grüne", FDP) steckt massiv in der Krise: In der neuesten INSA-Umfrage ("Sonntagsfrage zur Bundestagswahl") kommen die Regierungs-Parteien "Grüne" und FDP auf miserable Umfragewerte.

Die FDP von Parteichef Christian Lindner (45) schmieren bundesweit auf 3,5 Prozent ab. Heißt: Bei der kommenden Bundestagswahl würde die FDP unter die Fünfprozent-Hürde fallen und aus dem Bundestag fliegen.

Die "Grünen" unter Vizekanzler Robert Habeck (55) sind mit nur 9,5 Prozent einstellig, liegen damit hinter dem neu gegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) (10 Prozent).

Die "Grünen" sind damit erstmals seit fast sieben Jahren wieder einstellig, so das Meinungsforschungsinstitut INSA.

Die Sozialdemokraten von Kanzler Olaf Scholz (66) legen im Vergleich zur letzten Umfrage um eineinhalb Prozentpunkte zu und kommen auf 15,5 Prozent.

Die AfD gewinnt einen halben Prozentpunkt hinzu und verbessert sich auf starke 20 Prozent.

CDU/CSU (32 Prozent) verliert einen Prozentpunkt. Linke (2,5 Prozent) hält ihren Wert aus der Vorwoche.

- INSA-Chef Hermann Binkert: "Die SPD verkürzt zwar den Abstand zu AfD und Union. Die Ampel-Koalition schwächt aber unter dem Strich alle drei sie tragenden Parteien. Grüne und SPD verlieren im Vergleich zur Bundestagswahl jeweils mehr als ein Drittel ihrer damaligen Wählerstimmen, die FDP mehr als zwei Drittel."

Mit zusammen 47,5 Prozent kommen CDU/CSU und SPD auf eine parlamentarische Mehrheit. "Schwarz-Grün" kommt zusammen nur noch auf 41,5 Prozent und verfehlt damit deutlich eine mögliche Regierungsverantwortung.

Alle anderen Konstellationen funktionieren nur unter Einschluß von AfD oder BSW. Mit beiden Parteien will die Union auf Bundesebene nicht koalieren.

**Für den INSA-Meinungstrend (im Auftrag der BILD) wurden vom 20. bis zum 23. September 2024 insgesamt 2002 Bürger befragt. Die maximale statistische Fehlertoleranz liegt bei +/- 2,5 Prozentpunkten.<<*

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 24. September 2024 (x1.405/…): >>**MDR-Beitrag zu verunreinigten Impfstoffen bleibt gelöscht**

Rundfunkrat: Beitrag genügt journalistischer Sorgfalt / Berliner Zeitung: MDR-Chefredaktion blockiert Wiederveröffentlichung trotzdem / Medienexpertin: Fall zeigt "stark einseitige Haltung" des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Ein Fernsehbeitrag des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) über DNA-Verunreinigungen in Corona-Impfstoffen bleibt gelöscht. Das teilte ein MDR-Sprecher auf Anfrage der Autoren Dieter Korbely und Beate Strehlitz mit, die darüber in einem Artikel für die Berliner Zeitung berichteten. (14. September) Gegenüber Multipolar bestätigte ein MDR-Sprecher, daß der Vorgang "abgeschlossen" sei. Eine Begründung für die permanente Löschung nannte er nicht. Zwar habe der Programmausschuß festgestellt, daß der MDR-Beitrag der journalistischen Sorgfaltspflicht genügt, jedoch blockiere die Chefredaktion eine Wiederveröffentlichung, heißt es im Bericht der Berliner Zeitung.

Der TV-Beitrag, der das Problem mutmaßlicher Fremd-DNA in mRNA-basierten Corona-Präparaten thematisierte, war am 12. Dezember 2023 in der "MDR-Umschau" gesendet und am 17. Dezember aus der MDR-Mediathek entfernt worden. Die Publizisten Dieter Korbely und Beate Strehlitz reichten eine Programmbeschwerde gegen die Löschung ein und besuchten, um den Fall weiterzuverfolgen, Rundfunkratssitzungen.

Die Löschung wirft "unangenehme Fragen" bezüglich der grundgesetzlich garantierten Freiheit der Berichterstattung auf, schreiben sie. Korbely und Strehlitz haben eigenen Angaben zufolge Kontakt zu "Insidern" des MDR, die die beiden Autoren mit Informationen zum Fall versorgen. Demnach wünsche die verantwortliche Redaktion eine Wiederveröffentlichung, dies werde jedoch von Chefredakteurin Julia Krittian verhindert. Die Umschau-Redaktion werde MDR-intern "schikaniert" und mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bedroht.

Von "Insidern" hatten die Autoren ebenfalls erfahren, daß bereits die ursprüngliche Sendung des MDR-Beitrags verschoben worden war. Der Bericht sei für den 24. Oktober 2023 geplant gewesen, dann jedoch kurzfristig vom Redaktionsleiter wieder abgesetzt worden, um ihn erneut gründlich zu prüfen und zu überarbeiten. Nachdem dies geschehen sei und der Bericht laut Korbely und Strehlitz sogar von der Chefredakteurin abgenommen worden war, wurde er im Dezember gesendet.

Anschließend seien vier Programmbeschwerden gegen den Beitrag eingegangen, heißt es weiter - eine davon sei von einem Autor des Portals "Volksverpetzer" eingereicht worden. Nach der Depublizierung seien wiederum 64 Programmbeschwerden gegen die Löschung eingegangen. Diese hohe Zahl zeuge "von einem Interesse der Gebührenzahler an einer pluralen und demokratischen Debattenkultur". Weitere Fragen zum gesamten Fall von Multipolar und den Autoren der Berliner Zeitung beantwortete der MDR nicht.

Hannah Broecker, Medienforscherin von der Ludwig-Maximilians-Universität München, sagt auf Multipolar-Anfrage die fehlende Wiederveröffentlichung ist "nicht nachvollziehbar". Es gehöre zu den Aufgaben des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks, umfassend über relevante aktuelle Debatten, Fragen und Zusammenhänge zu berichten: "Dazu gehört dieses Thema fraglos."

Der Beitrag selbst erfüllt ihrer Einschätzung nach "alle wichtigen Qualitätskriterien". Er stelle unterschiedliche Perspektiven dar und gebe selbst keine abschließende Antwort vor. Jedoch trete bei den Öffentlich-Rechtlichen immer wieder "eine stark einseitige Haltung" zutage, kritisiert sie. Der aktuelle Fall scheine "ein besonders deutliches Beispiel" dafür zu sein, gerade weil er ausgewogener als viele andere Beiträge ist. "Ich wäre gespannt auf die Begründung der Depublizierung und deren Kompatibilität mit dem Medienstaatsvertrag."

Daß es nun offenbar keine Wiederveröffentlichung mehr geben wird, stößt auch bei dem früheren NDR-Journalisten Patrik Baab auf Kritik. "Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich gewandelt, von einem Forum breiter öffentlicher Debatte zu einer Institution zur Veröffentlichung von Herrschaft", sagt er gegenüber Multipolar. Die "Untertanen-Mentalität" in den Sendern habe zugenommen. "Diese Anstalten sind dabei, journalistischen Selbstmord zu begehen." Der demokratische Debattenraum in Deutschland sei "bereits zerstört". Dies sei "eine Vorstufe zur Zerschlagung der Demokratie", warnt Baab.

Maren Müller von der Ständigen Publikumskonferenz, kritisiert die dauerhafte Löschung des Beitrags ebenfalls. Der Vorgang weise "auf eine ziemliche Schlagseite in der Berichterstattung des MDR zum Thema Covid-Impfungen" hin, sagt sie auf Multipolar-Anfrage. "Es sind, auch im MDR, genügend Beiträge zum Thema aufgefallen, deren Wahrheitsgehalt inzwischen als überholt gilt, ohne daß die Redaktionen die Beiträge deshalb vom Netz genommen hätten", gibt sie zu bedenken.

Allerdings ist die Entscheidung des Rundfunkrats, dem fraglichen Beitrag journalistische Sorgfalt zu attestieren und damit der MDR-Leitung zu widersprechen, geradezu "revolutionär", betont Müller. In redaktionelle Entscheidungen eingreifen dürfe das Aufsichtsgremium jedoch nicht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. September 2024 (x1.403/…):
>>**"Fehlt an Bildung"**

Deutschlandfunk empfiehlt, daß Flüchtlinge in Schulen gehen und Ostdeutschen etwas beibringen sollen

In einem Interview im Deutschlandfunk heißt es, daß mangelnde Bildung in Brandenburg für die hohen Zustimmungswerte der AfD verantwortlich sei. Um den Ostdeutschen etwas beizubringen, sollen unter anderem Flüchtlinge in die Schulen kommen.

Henry Albrecht

Nach der Wahl in Brandenburg, bei der die SPD den ersten und die AfD dicht dahinter den zweiten Platz belegte, wollte der Deutschlandfunk Kultur die Ergebnisse für seine Hörer einordnen. Dafür interviewte man die Schriftstellerin Grit Poppe und ihren Sohn, den Historiker Niklas Poppe. Die beiden kommen zum Schluß, daß sich das hohe Ergebnis der AfD insbesondere bei Jugendlichen auf mangelnde Bildung und Empathie zurückführen läßt.

Laut Grit Poppe würden besonders die Sozialen Medien eine Rolle "spielen", besonders auf dem Land "gibt es ja auch weniger Möglichkeiten für die Jugendlichen, sich zu beschäftigen". Die Wähler in "Potsdam sind jetzt nicht so die AfD-Wähler im Vergleich zum Land Brandenburg", so Poppe.

Da die Jugendlichen auf dem Land mehr "Langeweile als in der Stadt" hätten, seien sie "dann auch empfänglicher für solche Botschaften, die von der AfD da gestreut werden". Diese Bereitschaft hänge auch mit einer gewissen "Ostalgie, die jetzt auch bei den Jugendlichen offenbar ankommt" zusammen.

Daß "dieses Ostdeutschsein" manchmal gefeiert wird, sei "sehr merkwürdig". Laut der Autorin fehle es da "auch an Bildung, muß man sagen, in Brandenburg". Das würde ihr besonders auffallen, wenn sie an Schulen außerhalb von Brandenburg, vornehmlich im Westen unterwegs sei. Denn dort bemerke Poppe erst, daß im Osten besonders an "Empathie" fehle, ebenso "an Wissen, aber auch am Einfühlen, also in Geschichten anderer."

Die Vorstellung, daß Ostdeutsche zumeist mangelnde Bildung haben, paßt nicht zu den Ergebnissen des INSM Bildungsmonitors. Dort schneiden die Sachsen mit Abstand am besten ab, Thüringen liegt auf dem vierten Platz. Genau in diesen beiden Ländern ist die AfD am stärksten - sowohl in den Umfragen (INSA), als auch bei der U 18-Wahl (Apollo News berichtete).

Bei der Stimmabgabe der Jugendlichen sei, selbstverständlich auch die Sozialisierung aus dem Elternhaus von Relevanz, so Poppe. Wenn die Jugendlichen eine konstante "Unzufriedenheit" auf "die da oben" mitbekommen, übertrage sich dies "schon" auf die Jugendlichen. Es bleibe eben nicht "ohne Folgen" "wenn zu Hause ständig so gesprochen wird oder da vielleicht noch eine DDR-Fahne im Vorgarten hängt, was ja durchaus vorkommt, so auf dem Land", so Poppe weiter.

Auch das Flüchtlinge im Osten eher "als fremd wahrgenommen (werden) und nicht als neue Mitbürger", sei laut Poppe ein Problem. Im Westen sei man mit Migration bereits seit den Sechzigern durch die Gastarbeiter vertraut, dort sei es "Gewohnheit, daß dort eben auch andere sind, die nicht in Deutschland geboren sind oder, ja, die eine andere Vergangenheit haben." Im Osten sei dies allerdings immer noch was "Besonderes". Um dem Entgegenzuwirken, schlägt Poppe vor, daß sich Schüler aus Brandenburg "vielleicht mal mit einem Geflüchteten, der aus dem Kriegsgebiet kommt", unterhalten würden. So ein Gespräch "könnte ja auch in Schulen stattfinden".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. September 2024 (x1.403/…): >>**Rund 46 Milliarden**

Interne Dokumente: Ampel gibt 10 Milliarden mehr für Bürgergeld aus, als öffentlich ausgewiesen

Laut internen Dokumenten plant Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) für 2025 rund zehn Milliarden Euro mehr für Bürgergeldempfänger ein, als öffentlich ausgewiesen. Damit verschweigt das Ministerium jeden 5. Euro.

Selma Green

Arbeitsminister Hubertus Heil will deutlich mehr für das Bürgergeld ausgeben, als bisher bekannt

Interne Unterlagen des Arbeitsministeriums, die der Bild vorliegen, decken auf: Arbeitsminister Heil (SPD) beansprucht im Jahr 2025 insgesamt 45,6 Milliarden Euro für das Bürgergeld. Ausgewiesen sind allerdings lediglich 36 Milliarden Euro. Das heißt: Es fehlen insgesamt 9,6 Milliarden Euro.

Laut Bild steht in dem internen Dokument, daß das Arbeitsministerium für die durchschnittlich 2,897 Millionen Haushalte der Bürgergeldempfänger im Durchschnitt 807 Euro im Monat plant. Auf das Jahr gerechnet ergibt das 28 Milliarden Euro, obwohl lediglich 25 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Es fehlen also drei Milliarden Euro, die offiziell nicht aufgeführt sind.

Zudem verspricht das Ministerium den Haushalten der Bürgergeldempfänger eine Beteiligung von 507 Euro im Monat für die Miet- und Heizkosten. Im Jahr handelt es sich damit insgesamt um 17,63 Milliarden Euro. Dabei sind dafür lediglich elf Milliarden Euro offiziell ausgewiesen. Demnach gibt das Ministerium rund sieben Milliarden Euro mehr für Bürgergeldempfänger aus, als vorgesehen.

Auf Anfrage der Bild will das Arbeitsministerium keine konkrete Erklärung für das zehn Milliarden Euro-Loch abgeben. Ein Sprecher erklärt, daß die Berechnungen für das Bürgergeld "auf den ökonomischen Eckwertannahmen der Bundesregierung vom Frühjahr diesen Jahres" basiere. Außerdem seien "die erwarteten Auswirkungen der durch die Wachstumsinitiative gesetzten Wachstumspotentiale berücksichtigt", so der Sprecher.

Bereits im Juni dieses Jahres hatten Daten der Bundesagentur für Arbeit offengelegt, daß das Bürgergeld bereits für 2024 um 10 Milliarden Euro teurer sein sollte, als ursprünglich ausgewiesen wurde. Das ging aus Hochrechnungen hervor, nach dem sich die Ausgaben an Bürgergeldempfänger in den ersten beiden Monate des Jahres bereits auf 7,8 Milliarden Euro beliefen, das berichtete die Bild.

Nach den Hochrechnungen beziffern sich die Ausgaben der Regierung im Jahr 2024 demnach auf um die 47 Milliarden Euro. Das ist ein drastischer Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren: 2023 waren es 42,6 Milliarden und 2022 noch 35,6 Milliarden Euro.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. September 2024 (x1.404/…): >>**Öffentliche Verschuldung steigt**

Der öffentliche Gesamthaushalt ist zum Ende des zweiten Quartals 2024 beim nicht-öffentlichen Bereich mit 2.459,8 Milliarden Euro verschuldet gewesen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Dienstag mitteilte, stieg die öffentliche Verschuldung damit gegenüber dem Jahresende 2023 um 0,6 Prozent oder 14,7 Milliarden Euro.

Gegenüber dem ersten Quartal 2024 sank die Verschuldung um 0,1 Prozent oder 1,7 Milliarden Euro. Zum nicht-öffentlichen Bereich gehören Kreditinstitute sowie der sonstige inländische und ausländische Bereich, zum Beispiel private Unternehmen im In- und Ausland.

Die Schulden des Bundes stiegen bis zum Ende des zweiten Quartals 2024 gegenüber dem Jahresende 2023 um 0,1 Prozent beziehungsweise 979 Millionen Euro. Die Verschuldung des Sondervermögens "Wirtschaftsstabilisierungsfonds Corona" sank im zweiten Quartal 2024

um 11,8 Prozent oder 4,4 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro, während das "Sondervermögen Bundeswehr" im gleichen Zeitraum einen Schuldenanstieg um 93,3 Prozent oder 5,4 Milliarden Euro auf nunmehr 11,2 Milliarden Euro verzeichnete.
Die Länder waren zum Ende des zweiten Quartals 2024 mit 603,7 Milliarden Euro verschuldet, das waren 1,6 Prozent oder 9,5 Milliarden Euro mehr als zum Jahresende 2023. Am stärksten stiegen die Schulden gegenüber dem Jahresende 2023 prozentual in Berlin (+ 8,6 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (+ 7,7 Prozent), Rheinland-Pfalz (+ 7,3 Prozent) und Hessen (+ 7,1 Prozent), so die Statistiker.
Der Schuldenanstieg in Rheinland-Pfalz ist dem Bundesamt zufolge im Wesentlichen dadurch begründet, daß im Rahmen des Programms "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz" (PEK-RP) zum 30. Juni 2024 insgesamt 1,5 Milliarden Euro an kommunalen Kassenkrediten vom Land übernommen wurden. Dadurch sank im Gegenzug die Verschuldung der Gemeinden in Rheinland-Pfalz. Die stärksten prozentualen Schuldenrückgänge gegenüber dem Jahresende 2023 wurden für Bayern (- 7,2 Prozent), Hamburg (- 2,5 Prozent), Bremen (- 2,3 Prozent) sowie Thüringen (- 2,2 Prozent) ermittelt.
Auch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden nahm die Verschuldung zum Ende des zweiten Quartals 2024 gegenüber dem Jahresende 2023 zu. Sie stieg um 2,7 Prozent oder 4,2 Milliarden Euro auf 158,8 Milliarden Euro. Gegenüber dem ersten Quartal 2024 erhöhten sich die kommunalen Schulden um 1,7 Prozent oder 2,6 Milliarden Euro.
Den höchsten prozentualen Schuldenanstieg wiesen dabei die Gemeinden und Gemeindeverbände in Mecklenburg-Vorpommern (+ 10,2 Prozent) auf, gefolgt von Sachsen (+ 8,0 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (+ 5,0 Prozent). Einen Rückgang der Verschuldung gab es lediglich in Rheinland-Pfalz (- 11,3 Prozent) wegen des oben genannten Entschuldungsprogramms und in Thüringen (- 2,7 Prozent).
Die Verschuldung der Sozialversicherung sank im zweiten Quartal 2024 gegenüber dem Jahresende 2023 um 0,3 Millionen Euro (- 0,8 Prozent) auf 40,6 Millionen Euro.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. September 2024 (x1.404/…): >>**Furtwängler will im TV mehr Bewußtsein für die Klimakrise**
Die Schauspielerin Maria Furtwängler will im Fernsehen mehr Bewußtsein für die Klimakrise schaffen. "Ich kann an ganz vielen Ebenen überlegen, wie erzähle das ich unserem Alltag mit", sagte die "Tatort-Darstellerin" auf einer Veranstaltung des "Spiegels" am Dienstag. So könnten in einem Film auf dem Grill auch mal Auberginen als Schnitzel gezeigt werden, vielleicht dürfe auch der Porsche nicht mehr als erstrebenswertes Statussymbol dargestellt werden, sagte sie.
In einem neuen "Tatort" aus dem Alten Land bei Hamburg will sich Furtwängler auch mit Pestiziden befassen. Das Thema Klima würde gerade mal in 1,8 Prozent der Sendeminuten behandelt, Biodiversität in nur 0,2 Prozent der Zeit, sagte Furtwängler unter Berufung auf eine anderthalb Jahre alte Erhebung zum TV-Programm.
Die Krise des Themas habe auch damit zu tun, daß Medienschaffende darauf verzichteten.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. September 2024 (x1.404/…): >>**Söder verteidigt geringes Windkraftausbau-Tempo**
Obwohl Bayern erst 13 Prozent des Windenergie-Ausbauziels für 2030 erreicht hat und damit Schlußlicht unter den 16 Bundesländern ist, hat der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder das Bautempo verteidigt. Inzwischen habe man die Gesetze angepaßt und wolle auch hier vorangehen, sagte er auf einer Veranstaltung des "Spiegels" am Dienstag. "Wir pushen das tatsächlich." Daß Bayern beim Ausbau der Windkraft im Vergleich mit anderen Bundesländern noch hinterherhinke, wies er zurück.
Während seit Januar bundesweit 384 Windräder ans Netz gingen, waren es im mit Abstand größten Bundesland vier. Eine stärkere Entwicklung zeigt sich bei den geplanten Windrän-

dern: Von den 1.367 Windrädern, die im laufenden Jahr in Deutschland eine Baugenehmigung erhielten, sollen 32 in Bayern entstehen. Trotz dieser Ergebnisse bekannte sich Söder zum Klimaschutz. "Man muß Klimaschutzpolitik machen, aber es braucht dafür beileibe nicht die Grünen", sagte er.
"Grün heißt ja nicht Klimaschutz automatisch", sagte Söder. "Mag ja sein, daß die sich da engagieren wollen." Doch auch in Bayern treibe man den Klimaschutz voran - "mit wirtschaftlicher Vernunft". Söder kritisierte die Ampel-Entscheidungen zur Gasumlage, zum Heizungsgesetz sowie zum inzwischen vollzogenen Atomausstieg. Mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kernenergie und Kohlekraft habe man sich übernommen. "Die Grünen versagen in der Regierungsverantwortung", sagte der Ministerpräsident.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30558" berichtet am 24. September 2024 (x1.400/…): >>**Rache ist süß - oder vielleicht stößt sie sauer auf? (keine Aufarbeitung ohne Konfrontation)**
Dieser Tage habe ich einen Film gesehen. Einer recht neuer mit Jason Statham und ein wirklich schlechter Film. Er ist aus der "Haudrauf- und Schluß-Liga", mit viel Gemetzel und Leichen. Eigentlich überhaupt nicht erwähnenswert … wenn da nicht der Teil gewesen wäre, der mich nachdenklich machte:
Die Bösen in dem Film sind diesmal nicht Russen, oder Araber, nicht Muslime, Rechte oder Aliens, sondern diesmal waren die Bösen amerikanische Tech-Milliardäre, die von Institutionen des Staates gestützt werden. Auch so etwas kennen wir und nennen es "Deep-State-Strukturen". Jason Statham, der Held des Filmes, bringt den Bösewicht zur Strecke und richtet ihn, und alles scheint gut. - Echt jetzt? - Wirklich? Ist danach wirklich alles gut?
Fast wie in einem Schulungsprogramm sind solche Filme nach immer demselben Schema gemacht: Es gibt einen Helden, der da kommt und uns alle rettet. Wir müssen nur auf dem Sofa bei Chips und Bier warten, bis er kommt und die unangenehme Arbeit für uns macht … und ganz wichtig: sie blenden alles aus, was passiert, wenn der Film zu Ende ist.
Es gibt Auswertungen, die gezeigt haben, daß ein junger Mensch vor seinem 18. Geburtstag bereits 40.000 Morde gesehen hat. Was lernen eigentlich die Menschen dabei? Es ist das Paradigma: "Strafe muß sein und Rache ist gut, wenn es die Bösen trifft". Schauen wir uns aktuell in der Gesellschaft um, so sehen wir viele Menschen, die sich danach sehnen, daß die Verantwortlichen des Corona-Schwindels vor Gericht gestellt werden, und immer haben wir im Kopf "Strafe muß sein".
Hat sich schon mal jemand Gedanken gemacht, was bei einer solchen Bestrafung herauskommen soll? Haben wir wirklich die Illusion, daß Täter nach ihrer Verurteilung ihr Verhalten reflektieren und sich von Grund auf ändern? - Wozu sollten sie das tun?
Wer sich mit den Leuten unterhält, die es betrifft, stellt schnell fest: Die Täter lernen lediglich, wie sie sich beim nächsten Mal nicht erwischen lassen. Und auf der anderen Seite geht es den Opfern und Angehörigen nach einem Gerichts-Urteil auch nicht besser! Unterhalten Sie sich mal mit Opfern und Angehörigen. Was diese Menschen wirklich brauchen, ist Heilung. Die kann aber nicht stattfinden, wenn der Böse abgestraft wird, sondern nur dann, wenn der Täter mit seiner Tat und seinem Opfer konfrontiert wird und dabei zutiefst erkennt, was er getan hat.
Ein solches Erkennen wird jedoch niemals durch Strafe entstehen. Wir kennen das aus Prozessen, die "Opfer-Täter-Ausgleich" genannt werden. Es wurden Aussagen von Tätern dokumentiert, die nach Durchlaufen eines solchen Verfahrens sagten, sie hätten jede Strafe akzeptiert, wenn ihnen die Konfrontation mit ihren eigenen Opfern erspart geblieben wäre - und das sagt viel.
In Südafrika gibt es den Stamm der "Ubuntu". Dort gibt es meiner Kenntnis nach ein Ritual, wie der Stamm mit einem Mitglied der Gemeinschaft umgeht, der etwas angerichtet hat: Der

ganze Stamm versammelt sich im Kreis, den Täter in der Mitte. Dann erzählen die Menschen dem Täter, was sie mit ihm alles Positives erlebt haben. Das Ganze kann ziemlich lange dauern und am Ende kommt es zu einem echten Heilungsprozeß, in dem alle gesehen werden und es möglich ist, den Täter wieder in die Gemeinschaft aufzunehmen.
Diese Vorstellung einer derartigen "Aufarbeitung" sprengt die Grenzen der Vorstellungskraft von Menschen, die in unserem Kulturkreis konditioniert wurden, wo es immer heißt, daß der Bösewicht "auf die Fresse" kriegen muss, damit er endlich kapiert, was er alles verkehrt gemacht hat. Auch sind sich die meisten Menschen nicht darüber bewußt, daß ein solches Rechtsempfinden "auf Rache basiert" - und aus Rachegelüsten ist noch nie etwas nachhaltig Gutes entstanden. Wer so denkt, dreht sich selbst in einer Spirale aus Angst, Wut, Aggression und Hass, aus der er nicht mehr herauskommt, und trinkt dabei selbst das Gift, von dem er hofft, daß es den anderen umbringt.
Konkret bezogen auf die Schurken der Corona-Zeit: Ich will Karl Lauterbach, Jens Spahn und Konsorten gar nicht vor einem Gericht sehen, wo sie dann zu 15 Jahren oder lebenslänglich verurteilt werden. Ich will ihnen diesen leichten Ausgang aus der Nummer nicht bieten, denn wenn sie das Gerichtsverfahren und die Gefängnisstrafe hinter sich haben, hätten sie keine Minute damit verbracht, sich mit sich selbst und ihren Taten zu beschäftigen. -
Ich will sie in einem Fernsehstudio sehen, mit Kameras und Livepublikum aus Impfopfern und deren Angehörigen. Ich wünsche mir dann, daß in diesem Format diese "Herren" mit ihren Taten konfrontiert werden; und zwar so, daß sie gezwungen sind, auf die Opfer und auf sich selbst zu schauen... und … in meinen feuchten Träumen moderiere ich eine solche Sendung -.<<

25.09.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. September 2024 (x1.401/…): >>**Kontrollpunkte werden einfach umfahren: Wir wollen ECHTEN Grenzschutz statt Alibi-Kontrollen!**

Es war von vornherein absehbar: Die vermeintlichen "Grenzkontrollen" im Norden und Westen Deutschlands, die von Innenministerin Faeser (SPD) für Eigen-PR genutzt werden, sind die reinste Farce. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) berichtet, daß die Kontrollen kaum Wirkung entfalten, weil Nebenstraßen nicht kontrolliert werden und somit die Kontrollstellen und Hauptstraßen einfach umfahren werden. "Selbst Busunternehmen meiden dies und umfahren", sagt der Vorsitzende des Bereichs Bundespolizei/Zoll bei der GdP, Andreas Roßkopf. Illegale Migranten könnten also ganz bequem mit dem Bus ins Sozialparadies Deutschland einreisen, während Faeser sich als Grenzschützerin inszeniert.
Das linke politische Lager wird diesen Mißbrauch der Grenzpolizisten für billige Regierungs-PR absurderweise wohl nutzen, um Grenzkontrollen generell als sinnlos darzustellen. Dabei ist die Situation vergleichbar mit einem Hausbesitzer, der sich wegen seiner geschlossenen Haustür für besonders verantwortlich hält, während er seine Geldbörsen vor den sperrangelweit geöffneten Fenstern des Hauses liegen läßt. Wenn dann die Portemonnaies am nächsten Morgen verschwunden sind, dann erklärt ihm sein Mitbewohner, daß die Schließung der Haustür offensichtlich sinnlos war und man sie deshalb auch gleich geöffnet lassen kann.
All das wäre zum Lachen, wenn das Handeln der Ampel-Parteien und der CDU nicht so brandgefährlich und verantwortungslos wäre. Diese Parteien nehmen sehenden Auges in Kauf, daß tausende und abertausende Illegale in unser Land spazieren und Angst und Schrekken verbreiten können. Man hat aus Solingen und all den anderen Bluttaten nichts, aber auch gar nichts gelernt - man will es auch gar nicht. Nur mit der AfD werden unsere Grenzen endlich konsequent geschützt - nicht nur an den Hauptstraßen, sondern auch an den Nebenstraßen und zwischen den Straßen!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. September 2024 (x1.401/…): >>**Grüner Parteivorstand tritt zurück: Der Anfang vom Ende der Ampel!**

Paukenschlag nach den verheerenden Wahlniederlagen der Grünen im Osten: Die beiden Bundesvorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour treten ebenso zurück wie der gesamte Parteivorstand. Verwunderlich ist das nicht:

In Brandenburg haben sich die Grünen mit nur 4,1 Prozent mehr als halbiert, in Thüringen sieht es mit 3,2 Prozent noch düsterer und in Sachsen mit 5,1 Prozent nicht viel besser aus. Doch die Bürger haben nicht nur die Grünen, sondern die gesamte Ampel-Regierung abgewählt. Deshalb ist der Rücktritt des grünen Parteivorstands vor allem eines: Der Anfang vom Ende einer grottenschlechten Bundesregierung!

AfD-Bundessprecherin Alice Weidel reagierte auf die Rücktritte mit der klaren Forderung nach Neuwahlen. "Bundeskanzler Scholz muß jetzt die Vertrauensfrage stellen", sagte Weidel. "Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Deutschland braucht jetzt Neuwahlen!" Auch Tino Chrupalla, ebenfalls Bundessprecher der AfD, äußert sich zur Krise der Grünen: "Die Grünen sind die gefährlichste Partei Deutschlands!"<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. September 2024 (x1.404/…): >>**Stimmung in deutscher Exportindustrie im Sinkflug**

Die Stimmung in der deutschen Exportindustrie ist im Sinkflug. Die Ifo-Exporterwartungen gingen im September auf -6,3 Punkte zurück, von -5,2 Zählern im August. "Die Industrie klagt über fehlende Aufträge aus dem Ausland", sagte Klaus Wohlrabe, Leiter der Ifo-Umfragen. "Die Exportwirtschaft befindet sich in einer Schwächephase."

Eine Mehrheit der Unternehmen geht von rückläufigen Aufträgen aus dem Ausland aus. Insbesondere die Metallbranche und die Autoindustrie rechnen mit deutlichen Einbußen. Nur noch wenige Branchen erwarten einen Zuwachs. Dazu gehören die Nahrungs- und Getränkeproduzenten und auch die Hersteller von Glaswaren und Keramik erhoffen sich steigende Auslandsumsätze. In der chemischen Industrie gleichen sich die positiven und negativen Antworten aus. Das Exportgeschäft wird hier somit unverändert bleiben.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. September 2024 (x1.402/…): >>**"Grünen-Beben": Kanzler sieht keine Folgen für Ampel - Lindner (FDP) zollt "Respekt"**

Auf die Ampel-Koalition hat der angekündigte Rücktritt der beiden "grünen" Parteichefs Ricarda Lang und Omid Nouripour nach Ansicht von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) keine Auswirkungen. Scholz habe mit ihnen "eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet" und "bedauere" den Rückzug, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit im Namen von Scholz. Es gehöre in demokratischen Verfahren aber dazu, daß es auch mal Wechsel in Parteiführungen gebe. "Das hat keinerlei Auswirkungen auf die Koalition", betonte Hebestreit.

Lindner hält vorerst an Ampel fest

FDP-Chef Lindner hat erklärte auf X: "Respekt an Ricarda Lang und Omid Nouripour. Die Zusammenarbeit war menschlich immer fair. Wir sind gespannt, ob unter neuer Führung ein neuer Kurs entsteht und welche Auswirkungen er auf die Regierung hat. Wir müssen zur Sacharbeit kommen. Das Land hat keine Zeit zu verlieren."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. September 2024 (x1.402/…): >>**"Grünen-Beben": Das war kein Rücktritt - das war ein Sturz!**

Polit-Insider Einar Koch analysiert die wahren Gründe des Politbebens bei den "Grünen". Der "Ex-Bild-Politikchef" kommt in seiner Blitzanalyse zu dem Schluß: Die "Grünen-Spitze" ist nur scheinbar freiwillig zurückgetreten - in Wirklichkeit wurden Ricarda Lang und Omid Nouripour zurückgetreten!

VON *EINAR KOCH**

Brutaler Machtkampf!
Die gesamte "Grünen-Spitze" ist zurückgetreten. Wirklich? Die innere Wahrheit des Politbebens bei den Ökosozialisten ist eine andere: Ricarda Lang und Omid Nouripour wurden zurückgetreten - samt des kompletten Bundesvorstands!
Das Politbeben bei den "Grünen" ist ein Sturz, eine Palastrevolte. Hinter den Kulissen der Ökosozialisten tobt ein brutaler Machtkampf. Treibende Kraft beim Sturz der "Grünen-Spitze" war unzweifelhaft der heimliche "Grünen-Vorsitzende" Robert Habeck.
Das ganze Habeck-Geheuchel über "Verantwortung übernommen" usw. - glauben Sie kein Wort von diesem Gesülze! Denn wie ALLE Altparteien sind die "Grünen" vor allem eins: eine Machtmaschine!
Wenn diese Maschine ausweislich der Wahlergebnisse in diesem Jahr und ausweislich der bundesweiten Umfragen nicht mehr rund läuft, wenn sie nicht mehr Posten, Pfründe, Dienstwagen und Regierungs-Jet garantieren kann, dann muß ein Austauschmotor her. So einfach ist das!
Daß immer mehr junge Menschen, die Kernklientel der "Grünen", zur AfD überlaufen, stürzt die Ökosozialisten in eine Existenzkrise. Habeck, die graue Eminenz und "Kanzlerkandidat" der Partei, hat das erkannt. Der von ihm betriebene "Rücktritt" der Parteispitze ist ein letzter Versuch, der FDP das Verbleiben in der Chaos-Ampel doch noch schmackhaft zu machen. Denn nur darum geht's: Posten, Pfründe, Dienstwagen, Regierungs-Jet!
**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. September 2024 (x1.402/…):
>>**Reaktionen auf "Grünen-Beben": "Die Koalition zerbröselt vor laufenden Kameras"**
AfD-Fraktionschefin Alice Weidel wertet den geschlossenen Rücktritt des gesamten Bundesvorstandes der "Grünen" als den "Anfang vom Ende" der Chaos-Ampel. Auch die Union sieht in dem "Grünen-Beben" ein Zeichen für den unaufhaltsamen Zerfall der Regierung.
Die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Bundessprecherin Alice Weidel, schrieb in einer ersten Reaktion auf X: "Der angekündigte Rücktritt von Ricarda Lang und Omid Nouripour ist der Anfang vom Ende der Ampel. Bundeskanzler Scholz muß jetzt die Vertrauensfrage stellen. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Deutschland braucht jetzt Neuwahlen! JetztAfD, AfD"
Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei (CDU), erklärte: "Mit dem Rücktritt des gesamten Parteivorstandes der Grünen zerbröselt die Koalition vor laufenden Kameras."
CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte: "Das Problem sind nicht die Grünen an der Parteispitze, das Problem sind die Grünen in der Bundesregierung. Die Ampel implodiert. Die rot-grün-gelben Dominosteine sind am Fallen."
Die SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil dankten der zurückgetretenen "Grünen-Spitze" für die Zusammenarbeit "von Herzen". Aussagen zu möglichen Auswirkungen auf den Fortbestand der Ampel machten beide nicht.
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne"), der nach DK-Informationen hinter den Kulissen treibende Kraft für den spektakulären Knall bei den Ökosozialisten war, heuchelte: "Dieser Schritt zeugt von großer Stärke und Weitsicht. Ricarda Lang und Omid Nouripour beweisen, was für sie der Parteivorsitz bedeutet: Verantwortung. Sie machen den Weg frei für einen kraftvollen Neuanfang. Das ist nicht selbstverständlich, es ist ein großer Dienst an der Partei."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. September 2024 (x1.402/…):
>>**Politbeben in Berlin: Gesamte "Grünen-Spitze" tritt zurück! Alice Weidel (AfD): "Anfang vom Ende der Ampel"**
In der Hauptstadt überschlagen sich die Ereignisse: Die gesamte "Grünen-Spitze" tritt geschlossen zurück. Dies verkündeten die Co-Chefs Ricarda Lang und Omid Nouripour am Mittwochvormittag (25. September). Was das Beben bei den Ökosozialisten für den Fortbestand der Chaos-Ampel bedeutet, war zunächst noch unübersichtlich. AfD-Bundessprecherin Alice Weidel ist sich sicher: "Das ist der Anfang vom Ende der Ampel!"
Um 10.30 Uhr traten die Co-Chefs der "Grünen" vor die Presse. Nouripour begründete den Rücktritt mit dem verheerenden Ergebnis bei der Landtagswahl in Brandenburg, bei der die "Grünen" am Sonntag (22. September) aus dem Landtag geflogen waren.
"Tiefste Krise in einer Dekade"
Die Partei befinde sich in der "tiefsten Krise in einer Dekade", sagte Nouripour. Es brauche jetzt einen "Neustart". Deshalb habe der Bundesvorstand entschieden, daß es Zeit sei, "die Geschicke dieser großartigen Partei in neue Hände zu legen. Wir werden die Partei deshalb bitten, zu unserem Bundesparteitag in Wiesbaden einen neuen Vorstand zu wählen."
"Unsere geliebte Partei"
Ganz im sozialistischen Jargon sprach der scheidende "Grünen-Chef" von "unserer geliebten Partei". Co-Chefin Ricarda Lang sekundierte ergriffen: "Wir legen unser Amt mit Wirkung zum Bundesparteitag in Wiesbaden nieder. Es war uns eine Ehre, dieser Partei zu dienen."
Vorangegangen war am Dienstag (24. September) eine hitzige Sitzung der Bundestagsfraktion. Mehrere Abgeordnete forderten nach DK-Informationen lautstark "Konsequenzen" nach dem desaströsen Abschneiden der Ökosozialisten bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland und angesichts neuer Umfragen (INSA), die die "Grünen" bei nur noch 9,5 Prozent bundesweit sehen - der schlechteste Wert seit sieben Jahren!
Wie geht es jetzt weiter bei den "Grünen"?
Bis zum Parteitag am 15. November in Wiesbaden bleiben Lang und Nouripour im Amt. Dann treten sie zurück und machen den Weg frei für eine neue Führung, die die Ökosozialisten in das Bundestagswahljahr 2025 führen soll.
Neben den beiden Co-Chefs gehören zum Vorstand der Partei auch Emily Büning (Politische Geschäftsführerin), Frederic Carpenter (Schatzmeister) Pegah Edalatian (Vize) und Heiko Knopf (Vize).
Als mögliche Nachfolger an der Parteispitze werden in Berlin die Habeck-Vertraute und Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium Franziska Brantner sowie der Bundestagsabgeordnete und Ex-Chef der "Grünen Jugend" Felix Banaszak gehandelt.
Noch völlig unübersichtlich war zunächst, welche Auswirkungen das Polit-Beben bei den "Grünen" auf den Fortbestand der Chaos-Ampel haben wird. Es verdichten sich allerdings die Hinweise, daß der seit fast drei Jahren währende Spuk ein baldiges Ende haben dürfte!
Alice Weidel (AfD): "Deutschland braucht Neuwahlen!" …
Läßt die FDP am 14. November die Ampel platzen?
FDP-Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner hat laut Medienberichten ein Szenario für den Ausstieg aus der Chaos-Ampel klar vor Augen. Über ein konkretes Exit-Datum wird auch schon spekuliert: Am 14. November könnte die vor drei Jahren beschlossene "Fortschrittskoalition" endlich auf dem Müllhaufen der Geschichte landen!
Wie die "Bild-Zeitung" berichtet, wollen an diesem Tag die Haushaltspolitiker der Ampel den Etat für 2025 in einer sogenannten "Bereinigungssitzung" endgültig festzurren. Zwei Wochen später soll der Haushalt dann im Bundestag abschließend verabschiedet werden.
Unter führenden Liberalen kursiert dem Bericht zufolge die Überlegung: Wenn die FDP die Ampel wirklich verlassen wolle, dann müsse sie es bis zum 14. November tun - allerspäte-

stens bis zum 29. November (Verabschiedung im Bundestag). Gebe es erst einmal einen verabschiedeten Haushalt, mache der Ausstieg aus der Regierung keinen Sinn mehr, heiße es in der FDP-Führung.
Denn, so die Befürchtung der sogenannten Liberalen: Kanzler Olaf Scholz (SPD) könnte, wenn der Haushalt Gesetzeskraft habe, einigermaßen problemlos mit den "Grünen" in einer Minderheitsregierung weitermachen. Scholz würde die FDP-Minister dann durch eigene Leute ersetzen.
Ohne gültigen Haushalt jedoch, so das Kalkül in der FDP-Spitze, könnte sich eine "rot-grüne" Minderheitsregierung nicht lange halten. Bedeutet: Es käme dann im Frühjahr zu Neuwahlen!
Warum die FDP jetzt doch auf Neuwahlen setzt
Naheliegend ist, daß die FDP-Spitze aus zwei Gründen Neuwahlen anstreben dürfte: Zum einen in der Hoffnung, daß den aktuellen Umfragen zufolge bundesweit unter fünf Prozent liegenden sogenannten Liberalen der Ampel-Ausstieg dann von den Wählern honoriert werde; zum anderen aus einem ganz profanen Grund:
Nur bei Neuwahlen hätten die vier FDP-Minister einen Pensionsanspruch. Grund ist eine Sonderregelung im Ministergesetz, wonach bei einer Auflösung des Bundestages die Amtszeit bereits nach zwei Jahren auf eine volle Legislaturperiode aufgerundet werden kann.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. September 2024 (x1.402/…): >>**Paukenschlag in Berlin: Komplette "Grünen-Spitze" tritt zurück!**
Politbeben in der Hauptstadt: Die Parteichefs der "Grünen", Ricarda Lang und Omid Nouripour, haben ihren Rücktritt angekündigt. Auch der gesamte Parteivorstand der Ökosozialisten tritt zurück!
Angesichts der desaströsen Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland und angesichts auch des Absturzes in den Umfragen bundesweit in die Einstelligkeit brauche die Partei einen "Neuanfang", erklärten Lang und Nouripour.
Auf der Fraktionssitzung der "Grünen" am gestrigen Dienstag (24. September) hatte es nach DK-Informationen schwer gekracht. Es waren "Konsequenzen" der Parteiführung gefordert worden.
Welche Auswirkungen der Paukenschlag bei den "Grünen" auf den Fortbestand der Ampel haben wird, war zunächst noch unklar.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. September 2024 (x1.404/…): >>**Bundesnetzagentur erlaubt Briefporto-Anhebung um rund 10,5 Prozent**
Die Bundesnetzagentur will der Post bei Briefen eine Preisanhebung des Portos von bis zu rund 10,5 Prozent erlauben. Das teilte die Behörde am Mittwoch mit. Die Preisänderungsspielräume ergeben sich demnach aus der Inflationsrate und einer Produktivitätsfortschrittsrate. Für die Geltungsdauer von zwei Jahren wird eine gesamtwirtschaftliche Preissteigerungsrate in Höhe von aktuell 3,37 Prozent angesetzt.
Die Produktivitätsfortschrittsrate beträgt für den Privatkunden-Brief 7,11 Prozent, für Geschäftspost 7,11 Prozent und für Privatkunden-Pakete 3,84 Prozent.
Maßgeblich hierfür seien "erhebliche prognostizierte Rückgänge" bei den Sendungsmengen im Privatkundenbereich und den von den regulierten Produkten zu tragenden sogenannten Lasten, so die Netzagentur. Solche Kosten, die anderen Brief- und Paketdienstleistern nicht entstehen, dürfe die Deutsche Post unter bestimmten Voraussetzungen über die verschiedenen Produktgruppen verteilen. Für Briefe bei Privatkunden ergibt sich ein sogenannte "Price-Cap" von 10,48 Prozent, ebenso für Geschäftspost. Bei Paketen für Privatkunden sind es 7,21 Prozent.
Wie die Post die Spielräume bei der Preissetzung für die konkreten Produkte innerhalb der drei Bereiche nutzt, obliegt der unternehmerischen Entscheidung. Es ist möglich, die Preise einzelner Produkte stärker und andere wiederum schwächer anzuheben. Marktteilnehmer,

Wettbewerber, Verbraucherschutzorganisationen und andere interessierte Kreise können im nächsten Schritt bis zum 18. Oktober die geplante Entscheidung kommentieren. Die finale Entscheidung wird voraussichtlich Mitte November veröffentlicht. Die neuen Porti würden ab dem 1. Januar 2025 für zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2026 gelten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. September 2024 (x1.404/…): >>**Seehofer fordert Merkel zu Selbstkritik auf**

Ex-CSU-Chef Horst Seehofer hat Altkanzlerin Angela Merkel anläßlich der CDU-Feier zu ihrem 70. Geburtstag an diesem Mittwoch zur Selbstkritik aufgefordert. "Ich finde, Angela Merkel würde sich keinen Zacken aus der Krone brechen, wenn sie mal erklärt: In der Migrationsfrage habe ich nicht jeden Tag richtig gelegen", sagte Seehofer der "Süddeutschen Zeitung". Er habe "keine Triumphgefühle, daß jetzt sehr viel von dem getan wird, was ich schon vor Jahren gefordert habe - und dafür von einigen sogar als Rechtsextremist beschimpft wurde". Genugtuung nach innen, die habe er aber schon. Die starken Wahlergebnisse der AfD würden auch ihm große Sorgen bereiten, sagte Seehofer.

"Eine der schlimmsten Folgen von Merkels Kurs ist das gefährliche Aufblühen der AfD", glaubt der ehemalige CSU-Chef und frühere bayerische Ministerpräsident. Er begrüßte deshalb den Kurs von CDU-Chef Friedrich Merz - und seine Ausrufung zum Kanzlerkandidaten der Union. "Der Merz versteht sein Handwerk", findet Seehofer. "Nachdem er in der Bundespressekonferenz seinen Vorstoß zur Migrationspolitik gemacht hat, habe ich ihn angerufen und nur gesagt: 'Friedrich, so führt man ein Land'." Seehofer und Merkel waren zehn Jahre lang gleichzeitig Parteivorsitzende.

Die beiden saßen außerdem gemeinsam im Kabinett von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU). Und Seehofer war Minister in Merkels ersten und Merkels letzten Kabinett. Jetzt wartet Seehofer auf das Buch, das die Altkanzlerin im November veröffentlichen will - vor allem wegen der möglichen Passagen zum Streit über die Migrationspolitik. "Ich bin gespannt, wie sie diese Zeit in ihrem Buch darstellen wird", sagte Seehofer. "Wenn sie die Dinge da falsch darstellt, müßte ich doch noch ein Buch schreiben."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30564" berichtet am 25. September 2024 (x1.400/…): >>**War die Pflege- und Bundeswehr-Impfpflicht verfassungswidrig?!**

Interview mit Dr. med. *Sonja Reitz*: Es gab nie Fremdschutz!

Interviewer: Am 03.09.2024 hat erstmalig ein Gericht festgestellt, daß die einrichtungsbezogene Impfpflicht in der Corona-Zeit möglicherweise verfassungswidrig war. Eine Pflegehelferin aus Niedersachsen hat gegen das vom Landkreis Osnabrück verhängte Tätigkeitsverbot geklagt.

Das zuständige Verwaltungsgericht hat das Klageverfahren nun ausgesetzt und die Sache dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Kla.TV (www.kla.tv/30401) berichtete dazu.

Heute haben wir Dr. Sonja Reitz bei uns zu Gast. Sie waren bei dem Gerichtsverfahren des Verwaltungsgerichts Osnabrück dabei. Herzlich willkommen! Wir freuen uns, daß wir mit Ihnen heute darüber sprechen können, über die Tragweite und Bedeutung dieses Gerichtsprozesses. Aber bevor wir in das Thema einsteigen, stellen Sie sich doch bitte kurz für die Zuschauer nochmal vor.

Dr. med. Sonja Reitz: Ja, ich bin Sonja Reitz. Ich bin Ärztin für Allgemeinmedizin und Psychotherapie und Naturheilverfahren. Und ich bin die Geschäftsführerin und Sprecherin vom Ärzteverband Hippokratischer Eid. (https://www.aerzte-hippokratischer-eid.de/de/) Das ist ein Ärzteverband, der sich die Wiederherstellung der Ethik in der Medizin zum Ziel gemacht hat, weil wir doch sehen, daß in vielerlei Fällen der Lobbyismus und die finanzielle Orientierung überhandgenommen haben und die Patienten da doch oft auch zu Schaden kommen oder zumindest zu leiden haben darunter. Also es ist uns ein wichtiges Anliegen, daß die Medizin

wieder menschlich wird und auch sicherer.
Interviewer: Ja, das ist ein gutes Anliegen. Sie waren jetzt bei diesem Gerichtsverfahren dabei. Was haben Sie dort erlebt, und was war das Besondere an diesem Gerichtsverfahren?
Dr. med. Sonja Reitz: Ja, also danke, daß Sie auf das Thema ansprechen, weil ich halte das für sehr, sehr wichtig, das in seiner ganzen Bedeutung zu erfassen, weil es ist so gewesen... Es ist so gewesen, daß es dort um einen Prozeß ging, da war ein Betretungsverbot gegenüber einer Pflegehelferin ausgesprochen worden, weil sie sich nicht hat impfen lassen.
Das ist im November 2022 ausgesprochen worden, und Ende 2022 ist die Impfpflicht im Gesundheitswesen ausgelaufen. Und jetzt ist es so, daß in diesen Urteilen die ganzen letzten Monate, Jahre, eigentlich immer ganz klar entschieden wurde: Ja, das war halt das Gesetz und das Gesetz wurde nicht eingehalten, also ist es richtig, wenn man da Strafen verhängt und Betretungsverbote.
Und jetzt waren die RKI-Files ja öffentlich geworden, wo deutlich wird, daß das RKI an ganz vielen Stellen gar nicht wissenschaftlich gehandelt hat, sondern auf politische Weisung. Dann wird natürlich auf einmal deutlich, daß sich die höchstrichterliche Rechtsprechung, also das Verfassungsgericht, in seinem Urteil - die haben sich ja nur auf das RKI gestützt, daß sie sich auf eine abhängige Behörde gestützt haben und nicht auf Wissenschaft.
Und da muß eigentlich alles neu aufgerollt werden, was an Prozessen zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht bis jetzt passiert ist. Auch zum Beispiel die Soldatenprozesse, (Info: Für Bundeswehrsoldaten bestand von November 2021 bis Mai 2024 eine Corona-Impfpflicht) die ja mit wirklich schrecklichen Urteilen teilweise ausgegangen sind. ("Urteil nach 20 Jahren Dienst: Soldat Woitalla verliert alles" (11.09.24) https://t.me/TomLausen/665)
Und jetzt also zurück zu Osnabrück. Dort hat der Richter genau das so gesehen, hat gesagt, die RKI-Files sind auf dem Tisch. Wir können jetzt nicht weggucken und den Kopf in den Sand stecken, sondern wir brauchen jetzt mal eine saubere Beweiserhebung. Ist das RKI eine unabhängige Behörde oder hat es auf Weisung gehandelt? Und der Herr Professor Schaade, der dort im Zeugenstand vernommen worden ist - über zwei Stunden ging diese Vernehmung, hat bestätigt, daß auf Weisung gehandelt wurde. Er hat dann noch so einen Kunstgriff gemacht und das als Management-Ebene bezeichnet, wenn es mal nicht wissenschaftlich zuging. Aber das war sehr klar, daß auf engstem Kontakt mit dem Bundesgesundheitsministerium eben auf Weisung gehandelt wurde.
Das hat den Richter veranlaßt, dann am Ende zu bescheiden, daß hier dieser Prozeß erst mal ruhen muss, ausgesetzt wird, und die Frage an das Bundesverfassungsgericht zurückzugeben ist, ob das überhaupt rechtens war, die Impfpflicht einmal zu erlassen, beziehungsweise hier für diesen Fall, daß sie im November 2022 noch Bestand haben sollte. Also das war sozusagen ein wirkliches Novum, daß mal jemand eine Beweisaufnahme macht. Und die hat er auch sehr akkurat und kundig gemacht. Und das war ... das war für mich ein Hoffnungsschimmer, daß in der Rechtsprechung mal wieder das Recht obsiegt und nicht die politische Mehrheitsmeinung oder die politische Meinung, die von der Regierung vertreten wird.
Ob das jetzt noch eine Mehrheitsmeinung ist oder nicht, das ist ja gerade so die Frage. Also auf jeden Fall, man hat ja in den letzten Monaten stark den Eindruck, daß die Gerichte, anstatt Beweise zu erheben, sich eigentlich nur nach diesen Gesetzen gerichtet haben, obwohl die offensichtlich - offensichtlich und offenkundig - mit der Realität in Konfrontation stehen.
Interviewer: Diese ganzen Betretungsverbote und so weiter, die Berufsverbote, eben die unehrenhafte Entlassung von Soldaten, waren ja massive Eingriffe in die Grundrechte. Wurde dazu etwas gesagt? Das ist ja auch ein ungewöhnlicher Prozeß gewesen, den man so noch nicht in Deutschland hatte.
Dr. med. Sonja Reitz: Der Prozeß in Osnabrück wurde vom Gerichtspräsidenten geführt, geleitet. Und der ist... der ist selber auch ein sehr starker Kenner der Grundrechtstheorie, also der

rechtlichen Dogmatik zu dem Thema Grundrechte, und hat das sehr, sehr sauber aufgearbeitet. Er hat gesagt, wenn man Grundrechte aussetzt - Grundrechte sind Rechte, die jeder von uns hat, und wir geben dem Staat nur Handlungsvollmacht für dies oder das, aber die Grundrechte müssen gesichert sein. Und der Staat darf Grundrechte nur aussetzen oder einschränken, wenn er wirklich gute Gründe hat. Und diese guten Gründe, die muß er auch engmaschig überprüfen, ob die guten Gründe wirklich bestehen.
Interviewer: Und ist das passiert?
Dr. med. Sonja Reitz: Er muß sozusagen die Frage stellen: Kann ich mit dem, was ich mit der Grundrechtsaussetzung erreichen will, auch wirklich mein Ziel erreichen? Ist es also zweckmäßig und ist es verhältnismäßig? Andere Frage: Oder gibt es mildere Mittel?
Ja, und hier hat er dann sehr genau herausgearbeitet, daß zum Beispiel ein Fremdschutz ja durch diese Impfung gar nicht gegeben war und daß man mit einer ganz normalen Rachenabstrich-Testung sehr viel sicherer sogar entscheiden hätte können, ob jemand infektiös ist oder nicht. Man hatte ja diese einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitswesen deswegen gemacht, um vulnerable Personengruppen, ältere Personen mit Immunschwäche oder welche auch immer zu schützen, damit nicht jemand da die Infekte reinträgt.
Wenn aber Geimpfte genauso infektiös sind wie Ungeimpfte, was mehrere Studien schon im Juli 21 nachgewiesen haben und im August… Also im Juli war es die CDC, das ist das amerikanische RKI, die hatten das festgestellt, und das war am 30. Juli. Und das muß auch bekannt gewesen sein, weil das ist groß durch die New York Times gegangen. Und dann gab es im August, das ist auch in den RKI-Files vermerkt, am 24. August, eine Studie aus Oxford, die dasselbe sagte, eine englische Studie: Geimpfte sind genauso infektiös wie Ungeimpfte.
Und am 25. August - ich habe mir das extra mal so vor die Nase gehalten, weil es eigentlich so erstaunlich ist - da kam eine Studie aus Israel. Insofern ist es überhaupt nicht nachzuvollziehen, wie dann vier Monate später im Bundestag nicht das RKI auftritt und sagt, Impfpflicht darf gar nicht sein, weil Geimpfte sind ja genauso ansteckend, und wenn wir jetzt die Geimpften arbeiten lassen, die Ungeimpften nicht, ja dann stecken die Geimpften halt die ganzen vulnerablen Gruppen an.
Ja, das hätten die da sagen müssen, das hat aber niemand gesagt. Es wurde sogar deutlich bei der Anhörung im Bundestag, daß überhaupt keine Datenlage da ist. Prof. Karagiannidis hat dort erzählt, daß man weiß gar nicht, wie viele Covid-19-Patienten auf Intensivstationen geimpft sind und ungeimpft. Da gab es keine Daten zu. Ja, also es war überhaupt nicht klar, daß die Geimpften geschützt sind vor schweren Verläufen. Es wurde immer einfach nur behauptet. Ja, und alles das hat der Bundestag irgendwie zur Seite gelegt, nicht wirklich beachtet.
Und deswegen ist eigentlich dieses Gesetz in meinen Augen von Anfang an verfassungswidrig gewesen, weil es gar nicht den Zweck erreichen konnte, nämlich den Schutz der vulnerablen Gruppen. Man hätte den Schutz erreichen können mit sehr viel milderen Mitteln, wie zum Beispiel regelmäßige Abstrichtestung, also ob jemand infektiös ist oder nicht. Und wenn jemand Schnupfen hat, hätte er sich halt testen müssen. Und man kann auch mit milderen Mitteln, der Mund-Desinfektion etc. die Keimlast senken.
Also man hätte den gleichen, wenn nicht besseren Effekt mit anderen Methoden gehabt, und man hätte Menschen nicht das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das ist eines der Grundrechte, die hier eingeschränkt wurden, oder das Recht auf Berufsfreiheit, freie Berufsausübung einschränken dürfen nach Meinung des Richters. Der Richter hat auch gesagt, das war Ende 2022, man hätte das engmaschig überprüfen müssen. Man hätte schon vor Inkrafttreten eigentlich … - das hat er jetzt nicht gesagt, das sage ich.
Im Dezember 2021 hat der Bundestag dieses Gesetz beschlossen - schon eigentlich sinnwidrig, weil die Studien lagen ja schon ein halbes Jahr vorher auf dem Tisch oder ein Vierteljahr vorher, die Studien, daß das keinen Unterschied macht. Selbst die WHO hat schon im De-

zember 2021 geschrieben: Kein Unterschied zwischen Geimpften und Ungeimpften. Die haben den Unterschied da aufgegeben, was die Ansteckung angeht.
Trotzdem entschied unser Bundestag an dieser Stelle Impfpflicht für die Pflegenden und für die Bundeswehr, obwohl damals schon klar war, wie gefährlich diese Impfungen sind, weil wir hatten einen extremen Anstieg der Nebenwirkungen in der Europäischen Datenbank EMA. Und wir hatten einen extremen Anstieg der Todesfälle, die wir ab Juni 2021 eigentlich in allen Statistiken sehen können und für die es keine andere Erklärung gibt. Da gab es keine PCR-positiven Todesfälle in dieser Anzahl. Da stieg auf einmal die Sterblichkeit an, und die Noteinlieferungen in den Krankenhäusern wurden mehr, für Herzleiden und für neurologische Sachen.
Interviewer: Sie sprachen über die Notwendigkeit der Überprüfung. Wäre es nicht beim Variantenwechsel von Delta auf Omikron auch schon notwendig gewesen, dort einzugreifen?
Dr. med. Sonja Reitz: Ja, ich hatte es ja schon gesagt. Also schon die Entscheidung vom Bundestag war eigentlich durch nichts gerechtfertigt, weil kein Fremdschutz da war, aber auch die Wirksamkeit der Impfung, die ja für das Wuhan-Virus designed war - vor z.B. einer schweren Erkrankung, die am Anfang zumindest ein bißchen gegeben war, lange nie in der Art und Weise, wie es versprochen worden ist. Aber sie war zumindest sichtbar. Die war eigentlich dann bei Omikron weg. Und Fremdschutz gab es auch nicht.
Wie ich schon sagte, selbst die WHO hat festgestellt: Geimpfte sind so ansteckend wie Ungeimpfte. Und der Omikron-Wechsel, der ist ungefähr im Januar auf Februar gewesen, und da ist bemerkenswert, weswegen man eigentlich gar niemals diese Impfpflicht hätte in Kraft setzen dürfen.
Da ist aus Südafrika gemeldet worden von der Medical Association, die Leiterin, die hat gesagt: Wir haben jetzt hier die neue Variante, die ist ansteckend, richtig ansteckend, aber sie ist nicht gefährlich. Wir sehen eigentlich ganz harmlose Verläufe, so wie bei Schnupfen etc. Wir haben keinen Anstieg der Todesraten. Wir haben keine Hospitalisierungsprobleme. In dem Moment war doch jede Notwendigkeit für jede Impfung weg. Also auch für die anderen Impfungen.
Dann hätte man sagen müssen: "Ah, wir haben jetzt doch die angestiegenen Sterbefälle. Die Impfung könnte damit zu tun haben. Stopp! Impfung weg vom Markt! Ruhen der Zulassung! Sie ist für eine ganz andere Variante gemacht und hat keinen Fremdschutz." Aber was macht hier unser Staat? Er hat das weiterlaufen lassen, so als könnte er nicht auf die Bremse treten. Und da hat der Richter was ganz Wichtiges gesagt:
Wenn es um Grundrechtseinschränkungen geht und der Staat in der Lage war, in 2020 bei der Lockdown-Phase innerhalb von drei Tagen auf einmal völlig neue Erlasse zu machen und Grundrechte weiter einzuschränken, dann kann er auch innerhalb von ein, zwei Tagen in der Lage sein, bei neuen Erkenntnissen die Grundrechte wiederherzustellen und diese Einschränkungen aufzuheben.
Und da sieht er einen richtigen - oder das hat er deutlich gemacht, er hat es so nicht formuliert, aber es war in der ganzen Beweisführung sehr klar, daß er da einen richtigen Rechtsmangel darin sieht, daß das nicht erfolgt ist. Daß man dann a) die Impfpflicht überhaupt in Kraft gesetzt hat - und das ist am 16.3. passiert - und daß man sie bis zum Ende durchgezogen hat, obwohl es gar keinen Sinn mehr machte. Im Gegenteil, es ist sogar bekannt, daß die Geimpften zwei bis drei Mal häufiger Omikron bekommen haben, weil sie anfälliger geworden sind für die anderen Virusvarianten, weil deren Immunität eher reduziert war, deren Abwehrlage.
Interviewer: Interessanter Aspekt.
Dr. med. Sonja Reitz: Alles das hätte doch das RKI feststellen müssen, sagen: Da sind Risikosignale, liebe Regierung, bitte nicht! Man hat also die Regierung da reinlaufen lassen. Man hat sie, ich sag mal, uninformiert gelassen über das, was man eigentlich weiß. Und hat sie ent-

scheiden lassen eine Grundrechtseinschränkung, die verfassungswidrig ist. Und da sehe ich eine ganz, ganz deutliche Schuld beim RKI und beim Gesundheitsminister, die vom RKI ja bestens informiert worden sind und auch beim Paul-Ehrlich-Institut, bei den Zulassungsinstituten, weil die genau wußten, daß es gar keine Studien gab, die den Fremdschutz dieser Impfungen belegten. Das war denen schon im Januar 2021 klar.
Interviewer: Das war sozusagen die Aussage des Richters, daß er sozusagen diese Beweisaufnahme aufgenommen hat, und er hat das ja jetzt zurückgegeben ans Bundesverfassungsgericht.
Dr. med. Sonja Reitz: Ja.
Interviewer: Was erwarten Sie sich von dieser Entscheidung dort?
Dr. med. Sonja Reitz: Also wir haben ja vom Bundesverfassungsgericht eigentlich im April 22, als damals entschieden wurde, daß diese einrichtungsbezogene Impfpflicht angeblich verfassungsgemäß sei, eine schwere Enttäuschung erlebt. Jeder, der ein bißchen sich mit Medizin befaßt und weiß, daß es keinen Fremdschutz gibt, fragt sich, wieso kann der Verfassungsrichter so etwas so entscheiden?
Zum Schutz von Leuten, obwohl es gar keinen Schutz gibt, werden Grundrechte ausgesetzt. Das widerspricht dem gesunden Menschenverstand. Das ist so, wo ich sage, da wurde das Recht gebeugt. Wenn ich jetzt einfach mal so eine Laienmeinung daher sage. ... Also ich hoffe sehr, daß Herr Harbarth da ...auf den Boden der sauberen Rechtsprechung zurückkehrt und vor allem die verfassungsrechtlichen Rechte der Bevölkerung schützt.
Interviewer: Was ja sein Auftrag ist.
Dr. med. Sonja Reitz: Das ist sein Auftrag, ja.
Interviewer: Nun ist es ja so, daß gerade Herr Harbarth da aufgefallen ist, daß er geht mit den Mächtigen aus und ein dieses Landes. Das Bundesverfassungsgericht hat sehr politikfreundliche Urteile in der letzten Zeit gesprochen. Und die Frage ist ja, können wir als Bürgerinnen und Bürger jetzt etwas tun, um diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu beeinflussen? Und wenn ja, wie könnte das aussehen?
Dr. med. Sonja Reitz: Also was sich hier bewährt hat… - danke für diese Frage, weil die ganz wichtig ist. Weil wir wissen ja nicht, ob Herr Harbarth jetzt seinen Irrtum einsieht und es jetzt irgendwie gründlicher und sinnvoller macht. Und auch sieht er, daß kein Fremdschutz da ist. Das ist unverhältnismäßig, es gibt mildere Mittel, und es hat auch gar nicht die Wirkung.
Und deswegen ist es ganz wichtig, daß die Bevölkerung bei den Montagsdemonstrationen, so gut es geht, mitgeht. Selbstbestimmung ist dort das Thema. Freiheit, Frieden, Selbstbestimmung. Das gibt in allen Städten eigentlich diese Montagsdemonstrationen. Und zum anderen ganz klar auch zum Beispiel die örtlichen Mitglieder des Bundestages, die regionalen, ansprechen und sagen: Leute, was habt ihr denn damals entschieden?
Bitte macht eine Umentscheidung dazu! Und auch eine Rehabilitation aller Menschen, die dadurch zu Schaden gekommen sind, also zumal die ihren Beruf verloren haben. Andere haben ihre Existenz verloren, andere haben ihre Gesundheit verloren und kämpfen um die Anerkennung. Und auch dort wird es ihnen schwer gemacht, indem halt Gutachter sagen, wenn irgendwas ein bißchen so aussieht, als hätte es was anderes sein können, dann würden wir es nicht anerkennen. Also es gibt ein Spießrutenlaufen für die Angehörigen. Also mit den Bundestagsabgeordneten sprechen, ist einer meiner Ratschläge.
Und der nächste Punkt, der dritte Punkt, der auch ganz wichtig ist: Wenn ein Verdacht besteht auf eine Nebenwirkung, dann bitte melden, beim Paul-Ehrlich-Institut melden! Es gibt eine zentrale Internetmeldestelle wo jeder den Verdacht einer Impfnebenwirkung melden kann, da muß man also nicht den Arzt bemühen, der vielleicht Hemmungen hat, das selber zu machen, weil er ein Haftungsrisiko hat, daß man dann selber die Nebenwirkungen meldet beim Paul-Ehrlich-Institut.

Und da muß man also nicht beweisen, daß das eine Nebenwirkung ist, sondern den Verdacht. Das heißt, wenn es einen zeitlichen Zusammenhang gibt, da wird geredet innerhalb von drei Monaten. Aber wenn es ein schweres Leiden ist, wie zum Beispiel eine Krebserkrankung, die brauchen etwas länger. Da kann man auch nach sechs Monaten oder zwölf Monaten sagen, ich sage, ich sehe hier einen Impfzusammenhang, ich vermute den. Wenn das massenweise Menschen machen, wird auch das Paul-Ehrlich-Institut irgendwann nicht mehr behaupten können, wir können nichts sehen. Derzeit haben wir dort die Situation, daß nur ein bis sechs Prozent aller Nebenwirkungen überhaupt gemeldet werden. Und das gibt natürlich ein völlig verzerrtes Bild.
Und jetzt stellen Sie sich mal vor, der Herr Harbarth hat sich ja schon mal aufs RKI bezogen, wenn der jetzt sagt, ich beziehe mich nur auf das Paul-Ehrlich-Institut - egal wie defizitär dort die Meldungen sind, wie defizitär das Management dort ist, weil das sind nur elf Leute, die Millionen Impfdosen auf Millionen Impfschäden zuständig sind, elf Leute sind nicht aufgestockt worden! Man hat überall irgendwas aufgestockt, Impfzentren aus dem Boden gestampft, was weiß ich, wie viele Milliarden verschleudert, völlig unnötig verschleudert.
Aber die Arzneimittelüberwachung in Deutschland hat man auf dem Level gelassen, obwohl wir eine hochexperimentelle, genetisch verändernde und auch völlig unerforschte Gentherapie als Impfung dort bekommen haben, die wir vorher nie hatten, wo auch die Studien mit einer ganz anderen Substanz gemacht wurden, als dann am Ende verimpft wurde. Das wissen die wenigsten.
Ja, es ist ein ganz anderer Herstellungsprozeß mit dafür mehr Verunreinigungen darin. Also ich wollte nur sagen, damit nicht Herr Harbarth sich auf das Paul-Ehrlich-Institut stützen kann - da ist ja nichts gemeldet worden, da gibt es ja nichts - ist es wichtig, daß alle, die den Verdacht einer Impfnebenwirkung haben, sich dort melden. Das geht. Man kann es elektronisch, man kann es aber auch auf Papier machen und da hinschicken. Es gibt also Download-Vordrucke, die man runterladen kann. Wenn man selber dazu nicht in der Lage ist, kann man bestimmt Freund, Freundin fragen oder einen Sohn, Tochter, daß das technisch ermöglicht wird, weil es sind so viele Nebenwirkungen. Es sind die ganzen seelischen Nebenwirkungen, wie jetzt zum Beispiel Erschöpfung oder Denkstörung, Gedächtnisverlust.
Die Menschen haben dann nicht mehr den Antrieb, die sind dann depressiv und trauen sich dann nicht mehr, damit nach draußen zu gehen, oder denken, es ist das Alter. Aber es ist so oft, daß Impfung Demenz, Impfung Verfall, Impfung Krankheit … - oder die gehäuften Infekte oder die Embolien, die Thrombosen, die ganzen Herzerkrankungen, Autoimmunkrankungen, die Krebserkrankungen, alles das kann einen Zusammenhang haben.
Ich meine, darüber ist ja schon öfter geredet worden, daß also diese Impfung eine echte, ich sag mal, Flut von verschiedensten Syndromen erzeugen kann. Und genauso absurd ist es, daß dann das, was das Paul-Ehrlich-Institut zum Beispiel verlautbart hat, sie könnten kein Impfsyndrom feststellen, weil es kein einheitliches Krankheitsbild sei. Also so absurd funktioniert unsere Arzneimittelüberwachung. Das habe ich jetzt mit einer leichten zynischen Verachtung gesagt. So ist es auch, da habe ich keinerlei Respekt mehr vor, also.
Interviewer: Umso wichtiger ist es, daß die Bürger selber aktiv werden, daß sie halt diese Einträge machen. Man kann auch wirklich nur empfehlen, diese Daten, die man dort eingibt, auch auf der Seite "Vetopedia.org" dort einzutragen. Das ist ein regierungs- und industrieunabhängiges Portal, daß man einen Backup hat, falls halt dort auch das Paul-Ehrlich-Institut wieder behauptet, die Daten würden nicht ausreichen.
Dr. med. Sonja Reitz: Ja, wenn man innerhalb von vier Wochen keine Rückmeldung bekommen hat. Also wenn man so eine Schadensmeldung macht, bekommt man innerhalb von drei, vier, fünf, sechs Wochen, sollte man eigentlich, einen Brief bekommen. Wir haben den Schaden gemeldet bekommen und wir melden uns dann irgendwann nochmal. Also so eine Ein-

gangsmitteilung, und das Paul-Ehrlich-Institut mit den elf Leuten kommt überhaupt gar nicht mehr dazu, das zu machen.
Deswegen sollte man das dokumentieren, wie Sie schon gesagt haben, daß man selber einen Nachweis hat. Und was noch ganz wichtig ist, was vielleicht auch viele Leute nicht wissen, die halt einen Impfschaden haben, wenn man 2021 geimpft worden ist und dann ist irgendwas aufgetreten: Infektanfälligkeit, eine Gürtelrose oder eine Autoimmunerkrankung oder die Gelenkschmerzen auf einmal, die Migräne, was man vorher nicht gehabt hat, oder man hat zum Beispiel ein Kind verloren. Da wird ja viel zu wenig darüber gesprochen, die Fruchtbarkeitsstörung, die das erzeugt, das kann verjähren Ende 2024, wenn es in 2021 aufgetreten ist. (Hinweis: Der Schadensersatzanspruch gegen den Impfstoffhersteller kann unter Umständen drei Jahre nach Kenntniserlangung vom Schadenseintritt verjähren.)
Also wenn in 2021 das Symptom aufgetreten ist, dann muß man jetzt, wir sind jetzt schon fortgeschritten im Jahr, dann ist es eben notwendig, einen Anwalt einzuschalten, daß der dort Klage einreicht. Also nicht nur einfach mal einen netten Brief schreiben, sondern die Klage muß im Kasten sein vor dem 31.12.24. Und da wollen wir dann hoffen, daß Rechtsschutzversicherer auch die Unterstützung geben. ...
Interviewer: Ja, vielen Dank für diese Einschätzung. Es sind derzeit viele dabei, einen juristischen Weg zu gehen. Prof. Bhakdi (www.kla.tv/30100) hat empfohlen, auch die Impfärzte in die Pflicht zu nehmen, weil sie ihre Aufklärungspflicht verletzt haben. Ralf Ludwig (www.kla.tv/27600) hat 600 Strafanzeigen eingereicht gegen die Verantwortlichen der Corona-Krise, daß ihre Entscheidungen dort überprüft werden, und auch dort glaube ich, daß diese eingereichten Verdachtsfälle, die es erstmal sind, auch helfen, einen gewissen Druck aufzubauen, daß sich die Verantwortlichen eben an das geltende Recht halten.
Damit sind wir heute durch. Vielen Dank für Ihre Einschätzung zu diesem Gerichtsprozeß, und wir hoffen, daß dem Recht dort weiter zum Durchbruch geholfen wird.
Dr. med. Sonja Reitz: Vielen Dank.<<

26.09.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. September 2024 (x1.401/…): >>**Soldat im Gefängnis: Impfverweigerer sofort freilassen!**
Am Montag vergangener Woche wurde der Oberfeldweber Alexander Bittner in seiner Kaserne festgenommen und sitzt seither in Haft, weil er die Corona-Impfung verweigerte und eine daraufhin verhängte Strafzahlung nicht bezahlen wollte. Das Amtsgericht Ingolstadt verurteilte Bittner wegen Gehorsamsverweigerung zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung sowie einer Bewährungsauflage von 2.500 Euro.
Bittner lehnte die Zahlung ab, da er sich als unschuldig betrachtet und er kein Signal des Schuldeingeständnisses vermitteln wollte. Die AfD-Bundestagsabgeordneten Rüdiger Lucassen, Jan Nolte, Hannes Gnauck und Gerold Otten fordern in einem offenen Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), die Freilassung des Soldaten zu ermöglichen.
Es wirft ein Schlaglicht auf die unfaßbaren Zustände in unserem Land, wenn GEZ- und Impfverweigerer im Gefängnis landen, während Messerstecher wegen angeblicher "Schuldunfähigkeit" einer Haftstrafe entgehen und mit Samthandschuhen angefaßt werden. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß dem Paul-Ehrlich-Institut bis zum 31.05.2024 insgesamt 61.368 Verdachtsfälle schwerwiegender Corona-Impfnebenwirkungen gemeldet wurden - die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein.
Wie kann es vor diesem Hintergrund sein, daß ein Soldat inhaftiert wird, der für sich persönlich entschied, auf einen bis dahin kaum getesteten Impfstoff verzichten zu wollen? Und welche Gefahr soll von einem ungeimpften Soldaten noch ausgehen, nachdem die "Pandemie"

längst auch von offizieller Seite für beendet erklärt wurde?
Bittner ist längst nicht das einzige Opfer dieser unsäglichen Willkür. Bereits im Juli mußte der langjährige Soldat Jan Reiners für 40 Tage in der JVA Lingen einsitzen - auch er wurde im Zusammenhang mit der Corona-Impfung wegen Gehorsamsverweigerung verurteilt. Die Impfverweigerer müssen unverzüglich freigelassen und auch moralisch rehabilitiert werden - verbunden mit einer Entschädigung, der Bereinigung ihrer "Strafakte" und einer Entschuldigung der politischen Verantwortlichen.
Die AfD-Fraktion im Bundestag hat außerdem ein Covid-19-Rehabilitierungsgesetz vorgelegt, welches eine umfassende Amnestie für Corona-Bußgeldbescheide und -Strafurteile fordert. Klar ist auch: Wir brauchen einen Corona-Untersuchungsausschuß im Bundestag - denn Unrecht und Willkür müssen endlich aufgearbeitet werden!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. September 2024 (x1.402/…):
>>**CDU-Politikerin Schweinsburg zur Brandmauer: "Ein kastrierter Hengst kann keine Fohlen zeugen …"**
Die Thüringer CDU-Landtagsabgeordnete Martina Schweinsburg hat die sogenannte Brandmauer ihrer Partei zur AfD erneut scharf kritisiert. Den Beschluß des CDU-Bundesvorstands, der jede Zusammenarbeit auch mit der AfD aus moralischen Gründen verbiete, halte sie für "kontraproduktiv", unterstrich die CDU-Politikerin abermals.
"Die Frage ist nicht, können wir uns leisten, mit der AfD zu reden, sondern können wir uns leisten, es nicht zu tun", sagte Schweinsburg der "Jungen Freiheit". Sie habe darauf hingewiesen, "daß wir als Demokraten dem Wähler gegenüber verpflichtet sind, seine Wahl zu respektieren. Woraus sich ergibt, daß alle gewählten Parteien miteinander reden können müssen", forderte die Ex-Landrätin aus dem Vogtland.
Die Debatte über die Brandmauer hält Schweinsburg für "Blödsinn", weil "die CDU damit im Osten wie ein Hamster im Rad läuft." Unter Anspielung auf ihr tiermedizinisches Studium fügte die Thüringer CDU-Politikerin hinzu: "Oder, um es als Veterinärin mit einem Vergleich aus meinem Fach auf den Punkt zu bringen: Sie können einen Hengst nicht kastrieren und erwarten, daß er Fohlen zeugt."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. September 2024 (x1.402/…):
>>**"Grüner Doppel-Wumms": Stürzen die Ökosozialisten jetzt Habeck vom Sockel?**
Daran dürfte kaum ein Zweifel bestehen: Der "Rücktritt" von Ricarda Lang und Omid Nouripour war eine klassische sozialistische Hinrichtung, bei der Robert Habeck als heimlicher Parteichef den Delinquenten zugestanden hatte, sich selbst zu erschießen. Doch der selbsternannte "Kanzlerkandidat" könnte schon bald das nächste Opfer der Selbstzerfleischung bei den "Grünen" werden. Medienstimmen zum "grünen Doppel-Wumms".
Das liberal-konservative Portal "Tichys Einblick" erwartet jedenfalls, daß jetzt auch Vizekanzler Robert Habeck innerparteilich unter Druck gerät und sieht dessen "Kanzlerkandidatur" als keineswegs gesichert an: "Die grüne Ikone verliert an Wert. Denn Ricarda Lang und Omid Nouripour sind Bauern, die sich für König und Dame opfern, um diese aus dem Matt zu nehmen. Die Erosion hinterläßt dennoch Spuren. Auch bei Habeck."
Ausführlich geht "Tichys Einblick" auf Habecks ZDF-Interview gestern Abend (25. September) ein: "Der Minister lobt im ZDF die 'Verläßlichkeit' der beiden. 'Ich persönlich habe ungeheuer von beiden profitiert', sagt er zu Anfang des Interviews. Angesichts der Umstände ein doppeldeutiger Satz mit Beigeschmack ... Die Habeckiade kennt aber noch einen zweiten verräterischen Satz. Lang und Nouripour hätten eine 'Verantwortung übernommen, die ich auch trage'. Der Zuschauer fragt sich: Warum übernimmt Habeck dann nicht auch Verantwortung und zieht dieselbe Konsequenz?"
Die "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) schließt nicht aus, daß das Polit-Beben bei den "Grünen" SPD und FDP erschüttern wird: "Der angekündigte Rückzug der Grünen-Parteivorsitzenden

könnte auch auf die anderen Parteien der Koalition in Berlin abfärben. In der SPD ist Bundeskanzler Olaf Scholz spätestens seit der Landtagswahl in Brandenburg in einer prekären Position. Ministerpräsident Dietmar Woidke gewann nicht wegen, sondern trotz dem unpopulären Kanzler, der 2025 wieder antreten möchte. Werden die Sozialdemokraten doch noch ihren Kanzlerkandidaten austauschen, etwa gegen den beliebteren Verteidigungsminister Boris Pistorius?", fragt die NZZ.
Ähnlich sieht es die "Frankfurt Allgemeine Zeitung": "In dieser Situation treten mit Nouripour und Lang mitnichten die Politiker zurück, die allein Verantwortung für den grünen Abschwung tragen. Das sind nach wie vor Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck."
Unter der Überschrift "Grüner Doppel-Wumms" blickt das alternative Portal "Jouwatch" auf den Parteitag der Ökosozialisten im November in Wiesbaden: "Vor allem Franziska Brantner, eine enge Vertraute von Habeck und parlamentarische Staatssekretärin in seinem Wirtschaftsministerium, wird derzeit als Favoritin auf einen der beiden Chefposten gehandelt. Das würde ins Bild passen, da vor allem Habeck als Drahtzieher hinter dem heutigen Doppelrücktritt gilt. Auf Twitter wurden ironisch bereits die CDU-Ministerpräsidenten Hendrik Wüst und Daniel Günther als Nachfolger von Lang und Nouripour ausgerufen, da beide für ihre Affinität zu den Grünen berüchtigt sind", mokiert sich "Jouwatch":
Die "Berliner Morgenpost" analysiert: "Man kann es nicht anders sagen: Die Öko-Partei ist bei den Wählern unten durch ... Wenn man so will, sind Lang und Nouripour die Sicherung, die durchbrennt, um die grünen Kabinettsmitglieder um Vizekanzler Robert Habeck zu schützen. Der hat ein Interesse daran, die Partei jetzt noch stärker als bisher auf seine Person auszurichten - und auf seine geplante Kanzlerkandidatur."
Der "Weser Kurier" aus Bremen kommentiert kurz und bündig: "Speziell an der Person Ricarda Lang hatte sich in der Vergangenheit viel Kritik entzündet. Es bleibt der Eindruck, daß die 30-Jährige den Anforderungen ... nicht gewachsen war. Aber auch ihr Mit-Sprecher, Omid Nouripour, reagierte zuletzt deutlich unsouverän, als es um die Zukunft der Ampelkoalition ging."
Das "Handelsblatt" aus Düsseldorf resümiert: "Die Fliehkräfte in der Ampelkoalition werden damit immer größer. In der SPD findet ein Bewußtseinswandel in der Migrationspolitik statt, die FDP sucht ohnehin den Absprung. Bundeskanzler Olaf Scholz scheint nach dem heutigen Tag nur noch eine leere Hülle in der Hand zu halten."
Das Online-Portal der "ZEIT" kommt abschließend zu folgendem Schluß: "Die etablierten politischen Kräfte in Deutschland leiden nicht unter einer Vertrauenskrise aufgrund des Erfolgs der AfD, vielmehr ist die AfD gerade so erfolgreich, weil die etablierten Parteien langsam ihren letzten Rest an Glaubwürdigkeit verspielen."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. September 2024 (x1.403/…):
>>**Sitzung im Thüringer Landtag zum vierten Mal unterbrochen - CDU wirft AfD "Machtergreifung" vor**
Die konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags ist ein Chaos: Schon während der Ansprache des AfD-Alterspräsidenten forderte die CDU mehrfach die Feststellung der Beschlussfähigkeit ein und wirft der AfD eine "Machtergreifung" vor. Die Sitzung wurde nun schon vier Mal unterbrochen.
Jonas Aston
In Thüringen konstituiert sich der Landtag. Wie in der Thüringer Geschäftsordnung vorgesehen, hat die Sitzungsleitung der älteste Abgeordnete inne - das ist Jürgen Treutler von der AfD. Aufgabe des Alterspräsidenten ist grundsätzlich die Ernennung von zwei vorläufigen Schriftführern sowie die Leitung der Wahl des Parlamentspräsidenten. Zudem ist es parlamentarischer Brauch, daß der Alterspräsident eine Ansprache hält.

Sowohl vor als auch während der Ansprache meldete sich der parlamentarische Geschäftsführer der CDU Andreas Bühl zu Wort. Er forderte Treutler auf, die Sitzung für beschlußfähig zu erklären, um so die Geschäftsordnung ändern zu können und für alle Fraktionen das Vorschlagsrecht für den Parlamentspräsidenten durchzusetzen. Der AfD-Alterspräsident unterbrach an diesen Stellen stets die Sitzung - Bühl warf ihm nach der zweiten Unterbrechung, die fast eine Stunde dauerte, deshalb eine "Machtergreifung" vor.
Vertreter von BSW, CDU, SPD und Linke versammelten sich in der zweiten Unterbrechung dabei rund um das Präsidium und redeten auf Treutler und insbesondere einen Beamten der Parlamentsverwaltung ein. Anschließend fuhr der Alterspräsident fort, ohne die Sitzung für beschlußfähig zu erklären. Treutler verwies darauf, sich noch in der Ansprache zu befinden und seinen Antrag erst nach der Ansprache zu behandeln. Auch im weiteren Verlauf unterbrachen die Geschäftsführer von CDU und anderen Fraktionen die Rede Treutlers. Der Alterspräsident ordnete dabei mehrmals die Abschaltung der jeweiligen Mikrofone an, der Anordnung wurde durch die Mitarbeiter des Landtags aber anscheinend nicht Folge geleistet.
Nach Auffassung von Andreas Bühl befand sich Treutler jedoch bereits in der Aufstellung der Tagesordnung. Er erklärte: "Es gab eine Verständigung zwischen den parlamentarischen Geschäftsführern, daß der Punkt vorgezogen wird, die Namen aufzurufen und die Schriftführer zu bestellen, um die Beschlussfähigkeit festzustellen." An diese von der Mehrheit des Parlaments getroffene Entscheidung fühle er sich jedoch nicht gebunden.
Weshalb Bühl hier so interagiert, ist unklar. Laut Tagesordnung ist sowohl die Benennung der Schriftführer als auch die Feststellung der Beschlussfähigkeit vor dem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung vorgesehen. Treutler hat nach der Rede Bühls die Sitzung zum dritten Mal unterbrochen. Die konstituierende Sitzung droht im Chaos unterzugehen.
Im Rahmen der Ansprache, zumindest so weit Treutler sie bisher halten konnte, ging er auch auf den Elefanten im Raum, die Wahl des Landtagspräsidenten, ein. "Seit jeher stellt die stärkste Fraktion den Parlamentspräsidenten", so Treutler. Seit der Wiedergründung Thüringens sei dies eine "nie in Frage gestellte Gepflogenheit". In Richtung aller Abgeordneten erklärte er, daß der Wähler nun erwarte, daß man dies auch umsetze und einen Vertreter der stärksten Fraktion in das Amt des Landtagspräsidenten wählt. Tue man dies nicht, untergrabe man "den Geist der parlamentarischen Demokratie".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. September 2024 (x1.403/…):
>>**"Liebe Angela"**
Lob für Coronapolitik: Merz würdigt Merkel als bedeutende "Persönlichkeit, die unser Land geprägt hat"
Die CDU feierte Angela Merkels 70. Geburtstag in einem absurden Schauspiel, bei dem Friedrich Merz die ehemalige Kanzlerin lobte und ihre umstrittene Migrationspolitik ausblendete. Der Abend verdeutlichte einmal mehr die Unfähigkeit der Union, sich von Merkels Erbe zu lösen.
Jonas Aston
Die CDU hat am Mittwoch nachträglich den 70. Geburtstag von Altkanzlerin Angela Merkel gefeiert und den Tag zum Anlaß genommen, ihre politischen Leistungen zu würdigen. Der Abend war ein denkbar absurdes Schauspiel. In einer Zeit, in der die Union Zurückweisungen von Migranten an den Außengrenzen fordert, wird eine Frau gefeiert, die historisch wohl vor allem mit der Grenzöffnung 2015 und der unkontrollierten Zuwanderung nach Deutschland in Verbindung gebracht werden muß.
Doch als wären diese Rahmenbedingungen nicht absurd genug, ist es auch noch Friedrich Merz, der eine Lobeshymne auf Merkel schwingt. Bis zuletzt galten Merz und Merkel als jeweilige Widersacher in der Union. 2002 verdrängte Merkel Friedrich Merz vom Fraktionsvorsitz. Seitdem gilt ihr Verhältnis als zerrüttet. Doch beiden ist offenbar daran gelegen, bei die-

sem überaus komischen Schauspiel mitzumachen. Als "Liebe Angela" bezeichnet Merz Merkel. Seiner Rede zufolge sei die Altkanzlerin eine bedeutende "Persönlichkeit, die unser Land geprägt hat".
Sowohl in der Euro- als auch in der Coronakrise hätte Merkel Führung gezeigt und Deutschland den Weg nach vorne geebnet. Außerdem führt Merz aus, welch entscheidende Rolle die Freiheit für Merkel spiele. Schließlich hätte sie die Hälfte ihres Lebens in der DDR verbracht. Nicht in einer Sekunde verläßt Merz die ihm zugekommene Rolle. Die anhaltende Migrationskrise ist an dem Abend kein Thema. Statt dessen gratuliert Merz Angela Merkel höflich. Und nicht nur das. Merz erklärt, er hoffe, daß Merkel der Partei gewogen bleibe, "der du angehörst, nicht nur nahestehst".
Auch Merkel gibt sich gewohnt keine Blöße. Sie bedankt sich beim "lieben Friedrich". In Richtung von Merz erklärt sie: "Jeder weiß, daß wir in unserem politischen Leben Höhen und Tiefen hatten". Nun sei es an Merz, die CDU zukunftsfähig zu machen. "Kanzlerkandidat der Union zu sein ist etwas ganz Besonderes, Ehre und Auftrag zugleich. Ich wünsche Dir für die nächsten Monate alles Gute und viel Erfolg, für die Union und auch für unser Land."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. September 2024 (x1.404/…): >>**Gericht: Compact-TV-Moderatorin darf nicht Lehrerin werden**
Das Land Brandenburg durfte die Ernennung einer Lehramtsreferendarin, die früher als Moderatorin für "Compact TV" gearbeitet hatte, wegen "arglistiger Täuschung" zurücknehmen. Ein entsprechendes Urteil fällte das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg am Donnerstag. Bereits das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) hatte im Juni geurteilt, daß die entsprechende Tätigkeit an einem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zweifeln lasse. Die Frau soll vor ihrer Einstellung nach "bedeutsamen Umständen ihres beruflichen Werdegangs" gefragt worden sein, und habe die Tätigkeit für "Compact TV" verschwiegen.
Das Oberverwaltungsgericht urteilte nun, die Rücknahme sei rechtmäßig, selbst wenn es möglich erschiene, daß nach Abwägung aller nunmehr bekannten Umstände einer Beamtenernennung an sich nichts im Wege stünde.
Eine umfassende Interessenabwägung sei bei der Rücknahme einer Ernennung wegen arglistiger Täuschung nicht vorzunehmen. Die Rücknahme diene lediglich "der Wiederherstellung der Entschließungsfreiheit des Dienstherrn", so die Richter (Beschluß vom 26. September 2024 - OVG 4 S 23/24). Unter "Compact TV" werden Videobeiträge des Magazins "Compact" verbreitet.
Das Bundesamt für Verfassungsschutz schreibt über die Marke, "Hauptmerkmal vieler der verbreiteten Beiträge" sei "die Agitation gegen die Bundesregierung und allgemein das politische System Deutschlands". Im Juli 2024 verbot Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Betreibergesellschaft, das Bundesverwaltungsgericht setzte den Sofortvollzug aber wieder außer Kraft.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. September 2024 (x1.404/…): >>**FDP begrüßt Abschwächung von Wolfsschutz**
Der Vorsitzende der FDP im Bundestag, Christian Dürr, hat die von den EU-Staaten auf den Weg gebrachte Absenkung des Wolfsschutzes begrüßt. "Viel zu lange wurden die Bedenken der Landwirte nicht ernst genommen, damit ist jetzt Schluß", sagte er der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Freitagausgabe). "Bundesregierung und EU machen den Weg frei für einen vernünftigen Umgang mit dem Wolf." Die FDP habe seit Jahren darauf gedrängt, "daß der Wolfsbestand endlich geregelt wird", so Dürr.
"Naturschutz braucht klare Regeln und dazu gehört auch die Möglichkeit, den Wolf zu jagen, wenn er zum Problem wird." Das sei leider der Fall. "Wolfsrisse haben spürbar zugenommen, insbesondere in Niedersachsen - das ist eine enorme Belastung für die Weidetierhalter", sagte der FDP-Politiker.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. September 2024 (x1.404/…): >>**Stellenabbau bei Schenker nach Übernahme wohl etwas größer**

Die Übernahme von DB Schenker durch den dänischen Logistikkonzern DSV führt wohl dazu, daß in der Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn bis zu 1.100 Stellen mehr gestrichen werden als bislang von Schenker selbst geplant. Das sagte DSV-Chef Jens Lund der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Donnerstagsausgabe). "Sie müssen bedenken, daß Schenker schon vorher plante, 800 bis 900 Vollzeitstellen zu streichen", sagte Lund. Durch den Einstieg von DSV kämen "lediglich 700 bis 1.100" zusätzlich dazu, rechnete der Konzernchef vor.

Bislang hatten die Dänen in ihren Integrationsplänen von insgesamt 1.600 bis 1.900 wegfallenden Arbeitsplätzen gesprochen. In Deutschland beschäftigt Schenker derzeit rund 15.000 Mitarbeiter, DSV etwa 5.000. Lund vertrat die Einschätzung, daß es in fünf Jahren, wenn die Integration Schenkers abgeschlossen sein soll, mehr als die kombinierten 20.000 sein sollen. Es werde zwar Entlassungen geben, "aber nicht in großem Umfang".

Vieles werde "von normaler Fluktuation oder in Rente gehenden Mitarbeitern aufgefangen". Vor allem im Bereich der eigentlichen Produktion fielen "nur sehr wenige Jobs" weg. "Wir brauchen diese Leute, wir möchten sie und ihre Kompetenz behalten", sagte Lund. Unter anderem die Frage der wegfallenden Stellen als Folge der Übernahme hatte die Gewerkschaft Verdi den Bieterkonkurrenten von DSV, den Finanzinvestor CVC, bevorzugen lassen. Die Bahn entschied sich jedoch für DSV, weil die Dänen offenbar das wirtschaftlich beste Angebot vorgelegt hätten. Nun steht die Frage im Raum, ob die Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat der Bahn die Entscheidung boykottiert.

"Natürlich gibt es Diskussionen", räumte Lund ein. Das Verfahren habe lange gedauert, und auch kulturell sei es eine große Sache, solch ein Unternehmen zu verkaufen. "Die Aufsichtsräte werden sich äußern, und vielleicht hätten einige auch eine andere Lösung vorgezogen", sagte Lund. "Aber es war ein professioneller Prozeß, und alle Bieter wurden dabei evaluiert", fügte er hinzu. Zum geplanten Ende der traditionsreichen Marke Schenker sagte Lund, man habe es bei Übernahmen in der Vergangenheit mit Doppelmarken versucht.

"Unsere Erfahrung: Das funktioniert nicht. Die Kunden haben es nicht überall angenommen. Und es betrifft auch die Mitarbeiter: Wir möchten ja, daß wir eine Firma sind, mit einer gemeinsamen Firmenkultur." Bei der Integration von Zukäufen versuche man immer, auf die Stärken beider Unternehmen zu bauen. Schenker werde also einen wichtigen Einfluß auf das neue und kombinierte Unternehmen haben, gerade in dem wichtigen Markt Deutschland. "Das Wichtigste bei der Kultur ist der Gedanke: Wir gewinnen nur, wenn wir zusammen gewinnen. Und wir kaufen Schenker nicht, um Schenker zu zerstören."

Lund rechnet auch weiterhin mit Zusammenschlüssen in der Transport- und Logistikbranche. Sie sei noch immer sehr fragmentiert, und die künftige Nummer eins kommt den Angaben zufolge gerade auf einen Marktanteil von sechs Prozent. Für die Zukunft gelte: "Mehr Konsolidierung, mehr Digitalisierung, das sind die beiden Megatrends." Und dann komme auch die Nachhaltigkeit als dritter Aspekt hinzu.<<

27.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. September 2024 (x1.402/…): >>**Brandenburg: CDU steigt aus - Keine Koalition mit SPD und BSW**

Ist es Frust oder nur Taktik, weil man sich noch nicht laut genug gerufen fühlt und den Preis hochtreiben will? Jedenfalls Stand jetzt will die Brandenburger CDU in einer möglichen Koalition der SPD mit dem BSW nicht mitregieren. "Die SPD hat die Wahl gewonnen. Gemeinsam mit dem BSW haben sie die Mehrheit, eine Mehrheitsregierung zu bilden", teilte CDU-Landeschef Jan Redmann nach einem Sondierungstreffen mit der SPD mit. Weitere Termine seien nicht vereinbart worden. Das Gespräch mit der SPD habe in einer "freundlichen Atmosphäre" stattgefunden.

Redmann hatte wiederholt betont, daß er nach dem desaströsen CDU-Ergebnis bei der Landtagswahl am 22. September keinen Auftrag zur Beteiligung seiner Partei an einer Regierungsbildung sehe. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse würde es im neuen Landtag für eine Koalition aus SPD und CDU allein nicht reichen. Die SPD hätte aber zusammen mit dem BSW eine knappe Mehrheit.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. September 2024 (x1.402/…):

>>**Nach Landtags-Chaos: Thüringens SPD-Innenminister will AfD verbieten!**

Thüringens geschäftsführender Innenminister Georg Maier (SPD) hat sich nach der chaotischen ersten Sitzung des neu gewählten Landtags für ein Verbotsverfahren gegen die AfD ausgesprochen. Die Ereignisse im Thüringer Landtag hätten gezeigt, "daß die AfD aggressiv kämpferisch gegen den Parlamentarismus vorgeht. Ich denke, daß damit die Voraussetzungen für ein Verbotsverfahren gegeben sind", schrieb der SPD-Politiker auf der Plattform X und bekräftigte: "Die für ein Parteiverbot ebenfalls erforderliche Potentialität und der Verstoß gegen Art. 1 GG sind bei der AfD schon länger unstrittig."

Nach einem chaotischen Verlauf mit fünf Unterbrechungen war die erste Sitzung im Thüringer Landtag gestern (26. September) abgebrochen und auf Samstag (28. September) vertagt worden. Streitpunkt zwischen AfD und Kartellparteien ist die Wahl des Landtagspräsidenten, für welche die AfD auf ihrem Vorschlagsrecht gemäß der Geschäftsordnung des Landesparlaments pocht. Wie hier weiter zu verfahren ist - darüber wird heute eine Eilentscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs erwartet.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. September 2024 (x1.402/…):

>>**Chaostage bei den "Grünen": Stürzt Habeck? Schmeißt Özdemir hin?**

Der brutale Machtkampf bei den "Grünen" eskaliert: Auf dem Parteitag Mitte November in Wiesbaden droht den Ökosozialisten die offene Spaltung! Habeck-Sturz, möglicherweise noch ein Özdemir-Rücktritt, Flügelkämpfe bis aufs Messer - die Hauptstadt brodelt vor Gerüchten.

Nach der Rücktrittsankündigung des Bundesvorstands und dem angekündigten Parteiaustritt der "Grünen Jugend-Führung" geht es jetzt womöglich Schlag auf Schlag weiter.

Wie "Cicero" erfahren haben will, plant der dem sogenannten "Realo-Flügel" zugerechnete Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir seinen Abgang aus dem Ampel-Kabinett, um Verkehrsminister in Baden-Württemberg zu werden und dann später Ministerpräsident Winfried Kretschmann (76) zu beerben. "Zumindest wäre er mit diesem Schachzug mittelfristig wieder der starke Mann in der Partei", schreibt "Cicero". Der Volksmund würde es wohl etwas einfacher formulieren: "Die Ratten verlassen das sinkende Schiff …"

Angesichts der offen ausgebrochenen Flügelkämpfe zwischen sogenannten "Fundis" und "Realos" sorgt sich die "Bild-Zeitung" bereits: "Zerreißt es die Grünen?"

"Fundis" machen gegen Habeck-Vertraute mobil

Unter politischen Beobachtern in Berlin gilt es als nicht ausgeschlossen, daß es auf dem Bundesparteitag der Ökosozialisten im November in Wiesbaden zum großen Knall kommt, zum de facto Sturz des bislang nur selbsternannten "Kanzlerkandidaten" Robert Habeck!

Laut "Spiegel" gab es in dieser Woche eine Geheim-Schalte des mächtigen Linken-Flügels ("Fundis"). Dabei soll die Habeck-Vertraute, Wirtschaftsstaatssekretärin Franziska Brantner, von den meisten als neue Parteichefin abgelehnt worden sein. In Wiesbaden könnte es also zum offenen Showdown zwischen den Flügeln kommen!

Dabei geht es nicht nur um die Frage, wer die Partei künftig führt, sondern auch um Inhalte. Die an der "Grünen-Basis" dominierenden Parteilinken wollen zurück zur reinen Klimalehre, zu grenzenloser Masseneinwanderung.

"Rück- und Austritte bei der Grünen Jugend zeigen, daß die Partei insgesamt von zwei Seiten unter Druck steht", analysiert der linksgrüne Politik- und NGO-Berater Johannes Hillje, zwei-

fellos ein Kenner der innerparteilichen Machtstrukturen. Er sagt: "Die einen kritisieren eine inhumane Migrationspolitik und zu viele Kompromisse beim Klimaschutz, die anderen eine zu weiche Migrationspolitik und einen überfordernden Klimaschutz."
Hat sich Habeck verzockt?
Für Robert Habeck, der als treibende Kraft hinter dem "Rücktritt" von Ricarda Lang und Omid Nouripour gilt, könnte es eng werden. Auf dem Parteitag in Wiesbaden Mitte November will er die Machtfrage stellen und eine geheime Abstimmung über seine "Kanzlerkandidatur" erzwingen. Eine Mehrheit dafür gilt als nicht gesichert. Scheitert Habeck mit seiner "Kanzlerkandidatur", wäre es nicht mehr und nicht weniger als sein Sturz vom "grünen" Sockel!<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Religion nach dem Bedeutungsverlust der christlichen Kirchen**
Die Messe ist gelesen
Auch die Kirche muß rechnen. Aber sie rechnet nicht gern, denn das Ergebnis sieht traurig aus. Die Zahl der Mitglieder schrumpft, schrumpft ständig und unaufhaltsam und läßt die ohnehin schon kleine Schar der Gläubigen immer kleiner werden. Glaube, Liebe, Hoffnung - die alte Trias wird in jedem Gottesdienst beschworen. Aber sie trägt nicht mehr weit. Der Glaube schwankt, die Hoffnung bröckelt, und in der Liebe geht die Kirche lauter neue Wege.
Wie alle Welt versteht sie sich als Dienstleistungsbetrieb. Sie bietet einen Service und wirbt um Kunden; doch dieser Service ist nicht mehr gefragt, die Kunden wollen ihn nicht mehr und bleiben aus. "Kirchenzugehörigkeit ist unfreiwillig" hatte Jürgen Moltmann, der Theologe der Hoffnungslosigkeit, vor nun fast fünfzig Jahren festgestellt, "Kirchaustritt ist freiwillig".
Das hat sich herumgesprochen und aus dem Kirchenaustritt eine Massenbewegung gemacht. Die Leute halten eine Kirche, die ihnen Allerweltsweisheiten als höhere Vernunft serviert, für überflüssig. Sie verhalten sich als Kunden, wählen die Freiheit und treten aus.
Der Osten ist dem Westen dabei weit voraus. Das Bistum Magdeburg, eine Gründung Kaiser Ottos des Großen, zählt heute nur noch 70.000 Gläubige, fast ebenso viele wie der Pfälzer Karnevalsverein mit Sitz in Speyer. Nur drei Prozent der Einwohner eines Sprengels, der neben dem Land Sachsen-Anhalt auch Teile Brandenburgs und des Freistaats Sachen umfaßt, bekennen sich zur alleinseligmachenden Kirche.
Der zuständige Bischof ist beunruhigt, sucht nach einer Antwort und hat sie auch gefunden. Wie alle zölibatär Lebenden erfahren in der Kunst der Liebe, setzt er, nachdem ihn die Mehrheit verlassen hat, auf schöpferische Minderheiten, wie er sie nennt, und lädt zu queeren Segensfeiern ein. Willkommen ist jeder, "egal ob homo, hetero oder omnisexuell; egal ob katholisch, evangelisch oder konfessionsfrei; egal ob verheiratet oder nicht". Die Sachsen haben das ganz gut verstanden. Sie lassen eine Kirche, der alles egal ist, links liegen und bleiben zu Haus.
Wie alle Welt betreibt die Kirche Gleichstellungspolitik. Gleichstellung, das ist die quotengesteuerte, amtlich überwachte und statistisch garantierte Form von Nächstenliebe, die ihrerseits - und sicherlich aus gutem Grund - als die Kardinaltugend der christlichen Gemeinde gilt. Aber wer ist der Nächste?
Der Nächste, sagt das Evangelium, ist der Mensch, der auf dem Weg von Jerusalem nach Jericho unter die Räuber gefallen und schwer verletzt am Wegrand liegengeblieben war. In diesem Zustand wurde er dem barmherzigen Samariter, der zufällig desselben Weges kam, zum Nächsten. Der Nächste, lehrt die Kirche, ist das Opfer; das Opfer hat Vorrang; und Vorrang bedeutet: Anspruch auf alles Mögliche "bis hin zur Selbstaufgabe", wie die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche erläutert hat.
Auch dann, wenn das Opfer lügt? Wenn es prügelt, raubt und zusticht? Auch dann, sagt die Kirche, denn das Gebot der Nächstenliebe gilt ausnahms- und bedingungslos. Auch Terrori-

sten, mahnt uns Margot Käßmann, ebenfalls Ratsvorsitzende a.D., sollten wir mit Liebe und Gebet begegnen. Tatsächlich hat der zuständige Bischof den Mord von Kandern, einer pfälzischen Kleinstadt, in der ein Flüchtling seine ungetreue Freundin kurzerhand abgestochen hatte, zum Anlaß genommen, vor einem Rückfall in die Barbarei zu warnen. Er zielte damit aber keineswegs auf den Mörder, sondern auf die Demonstranten, die den Kerl nach Hause schikken wollten. Die Kirchenleitung hält das für unchristlich. Ein Flüchtling bleibt für sie auch dann der Nächste, wenn er zusticht.

Die Ethik der Bergpredigt ist anspruchsvoll. Mit ihr sei nicht zu spaßen, hatte Max Weber, religiös eher unmusikalisch, den frommen Leuten, die sich so gern auf sie berufen, hinter die Ohren geschrieben. "Ganz oder gar nicht" gelte für diese Art von Ethik, eben das sei ihr Sinn, wenn etwas anderes als Trivialitäten dabei herauskommen solle. Alle großen Moralisten, angefangen bei Sokrates über Franz von Assisi bis hin zu Mahatma Gandhi, haben das gewußt und ihre Lehrsätze durch ihre Taten beglaubigt. Tatsächlich lassen sich die rigorosen Ansprüche der Bergpredigt nur durch das Beispiel vermitteln; nur durch das Beispiel haben sie ja auch gewirkt.

Albert Schweitzer, der nach Lambarene, und Mutter Teresa, die nach Kalkutta gegangen sind, haben das in jüngster Zeit noch einmal in Erinnerung gerufen. Aber welches Beispiel gibt der Kardinal, der die Messe auf einem importierten Flüchtlingsboot zelebriert? Welches die Bischöfin, die um die halbe Welt fliegt, um den Anbruch des Luther-Jahres auf irgendeiner Südseeinsel zu feiern? Welches der beamtete Kirchenfürst, der die Gläubigen dazu aufruft, für das von ihm betriebene, staatlich finanzierte Rettungsunternehmen kräftig zu spenden?

Mitleid, Zuwendung und Nächstenliebe lassen sich nicht organisieren, zumindest nicht restlos. Doch eben das versucht die Kirche. So wie die Bundeswehr Sicherheit produziert, wollen Caritas und Diakonisches Werk, die beiden marktbeherrschenden Unternehmen der Betreuungsindustrie, Nächstenliebe produzieren. Als die mit Abstand größten Arbeitgeber diktieren sie in diesem Massengeschäft Bedingungen und Preise. Ob man das christlichen Sozialismus oder sozialistisches Christentum nennen will, bleibt sich gleich, denn beides läuft auf den Versuch hinaus, Tugenden in bezahlte Dienstleistungen zu verwandeln. Wenn überhaupt, gelingt das aber nur in Grenzen; und dabei geht das Wichtigste vielleicht verloren.

Der Samariter war kein Geschäftsmann, er nahm kein Geld, er zahlte sogar, um den Verletzten gesund zu pflegen. Die Kirche nimmt jedoch, und nicht zu knapp. Wie niemand sonst profitiert sie von den fünfzig Milliarden, die der Flüchtlingsindustrie allein aus dem Bundeshaushalt zufließen; weitere Steuern, Subventionen, Entschädigungen und Ausgleichszahlungen kommen noch hinzu. Wer diese Auswüchse kritisiert, die Kommerzialisierung beklagt und die Liebe vermißt, wird von den Kirchen als Fremdenfeind angeprangert und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bezichtigt.

Die Kirchen reden und handeln wie Staatsorgane, die katholische genauso wie die evangelische. Sie werden Teil des öffentlichen Dienstes. Das Eigene - der eigene Glaube, die eigene Sprache, die eigene Botschaft - geht dabei verloren. Der Papst hatte ja nicht unrecht, als er seinen Amtsbrüdern, den Mitgliedern der Deutschen Bischofskonferenz, vom Synodalen Weg mit der Begründung abriet, eine Evangelische Kirche gebe es doch schon in Deutschland: eine Kirche, die sich so nennt, ihren Ahnherren allerdings auf Abstand hält, weil sie ihn antisemitischer Gefühle verdächtigt.

Martin Luther hatte die Juden nicht vergessen, er hat um sie sogar geworben. Er konnte oder wollte aber nicht verstehen, daß sie sich der Frohen Botschaft auch dann noch verschlossen, als sie ihnen in unverfälschter, von scholastischen Spitzfindigkeiten und pfäffischer Rabulistik gereinigter Form dargeboten wurde; und reagierte, temperamentvoll wie er war, ziemlich heftig. Heinrich Heine, ein getaufter Jude, hatte ihm das nachgesehen und Luther als Zunge und Schwert des deutschen Geistes in den Himmel gehoben. Luthers Amtsnachfolger, die Bischö-

fe und Kirchenpräsidenten von heute, sind aber nicht so gnädig. Sie haben in Luther einen Vorläufer der Nazis entdeckt und binden ihm die Augen zu.
Als kulturelle Macht hat diese Kirche ausgedient, sie folgt dem Zeitgeist. Der ist bekanntlich woke und flüstert ihr ins Ohr, was überall zu hören ist. Für einen Glauben, der Berge versetzt, bleibt da kein Platz. Heinrich Bedford-Strohm, damals Ratsvorsitzender der EKD, und sein katholischer Amtsbruder, Reinhard Kardinal Marx aus München, waren doch nur ehrlich, als sie auf dem Jerusalemer Tempelberg das Brustkreuz, Symbol ihrer geistlichen Würde und Wappen ihres christlichen Glaubens, demonstrativ ablegten.
Gemeint war das als Friedensgruß, wahrgenommen wurde es aber als ein Kapitulationsangebot. Es sah so aus, als suche die Kirche den Glauben ohne den Einsatz, die Krone ohne das Kreuz. Doch wie auch immer man den Auftritt deuten mag, der Austrittswelle haben die beiden Kirchenfürsten mit ihrer eigenwilligen Geste neuen Schwung verliehen.
Im Wind der Wokeness verflüchtigt sich der Glaube zum Wohlfühlfaktor, der Erfolg im Beruf, an der Börse oder im Bett verspricht. Die Produkte der Evangelischen Publizistik sind voll davon. Sie berichten vom Kampf gegen Rechts, über den Inhalt von Schultüten und die Siegeszüge der LGBTQ-Gemeinden. Texte sind allerdings nur Nebensache.
Was zählt, ist das Geschäft, und das läuft über die Annoncen. Chrismon, das christliche Monatsmagazin, arbeitet nach demselben Geschäftsmodell wie die Apotheken-Umschau oder die Motorwelt, das Mitgliedermagazin des ADAC. Die Texte sind der Köder, der die Annoncen einfängt. "Mit uns erreichen Sie Millionen", verspricht die Geschäftsführung, mit einem Top-Wert von 1,42 Millionen Lesern pro Ausgabe sei eine Schaltung bei Chrismon konkurrenzlos günstig. Die Kunden, auf die es die Kirche abgesehen hat, können anbieten, was sie wollen und werben, wofür sie wollen; wenn sie nur zahlen.
Daß es auch anders geht, zeigt der Islam. Der will nicht nur das Geld, der will auch den Glauben, die Unterwerfung, den Kotau, bei dem der Gläubige seinen Kopf auf den Boden schlägt. Seitdem der Islam auch in Deutschland heimisch geworden ist, haben die christlichen Kirchen dies eindrucksvolle Beispiel Tag für Tag vor Augen. Und das macht sie neidisch. "Alle Christen glauben an Allah!" skandiert die Katholische Jugend, und die islamistische ruft zurück: "Das Kalifat ist die Lösung!"
Ein frommer Mann wie Thomas Haldenwang denkt ähnlich. Er hält die Theokratie zwar nicht für die beste, aber doch für eine denkbare Antwort auf die Frage, wie man eine Gesellschaft so einrichtet, daß die Menschen nicht mit dem Messer in der Hand aufeinander losgehen.
Haldenwang war Presbyter in einer Gemeinde der alten Sektenstadt Wuppertal, kennt sich also aus. Wahrscheinlich hofft er, mit seinem Herzenswunsch, dem Krieg gegen Rechts, in einem Staat, in dem die Priester das Sagen haben, schneller voranzukommen als dort, wo es neben der geistlichen auch noch eine weltliche Macht gibt.
Ist das die Wirklichkeit von morgen, die Gesellschaft der Zukunft? Ausgeschlossen ist in einem Land, das die Parole "Mehr Fortschritt wagen" für ein Regierungsprogramm hält, gar nichts mehr. Im Haus des Einen, einem kastenartigen Gebäude, das gegenwärtig in Berlin entsteht, wollen die Fachleute fürs Interreligiöse den Trialog, das Gespräch zwischen Christen, Juden und Muslims, zur Dauereinrichtung machen.
Wie alle Theokraten halten sie die Gewaltenteilung, die Trennung von geistlicher und weltlicher Macht, für einen Anachronismus. Wer Unterschiede macht, diskriminiert ja, und Diskriminierung ist verboten, das Projekt Weltethos kommt ohne Grenzen aus. Wenn es soweit ist, wird in Berlin, der Hauptstadt der Bewegung, irgendein Guru auftreten und nach dem Ersten und dem Zweiten den Koran als Drittes Testament verkündigen. Dann hätte das Projekt sein Ziel erreicht.
Dr. Konrad Adam, Jahrgang 1942, war Feuilletonredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Chefkorrespondent der Welt. Adam beteiligte sich 2013 an der Gründung der

Alternative für Deutschland (AfD) und war bis 2015 einer ihrer Bundessprecher.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Ticketsteuer und "Green Deal" verschlechtern die Standortbedingungen**
Gefährliche Belastungen
Anna Nguyen
Vorige Woche teilte Lufthansa-Chef Carsten Spohr die nächste Sparmaßnahme mit: Die tägliche Flugverbindung von Frankfurt nach Peking wird eingestellt. Das liegt nicht nur am Überflugverbot für Rußland und dem Kerosinverbrauch für den Umweg. Denn startet ein innereuropäischer Flug von einem deutschen Flughafen, werden fast 4.000 Euro an staatlichen Entgelten fällig - deutlich mehr als anderswo. Spanien verlangt nur 600 Euro. Und während in anderen Ländern das Passagieraufkommen bereits das Niveau von 2019 übertrifft, liegt Deutschland bei nur 82 Prozent des Vorkrisenniveaus.
"Wir sind in Europa abgehängt", klagt Condor-Chef Peter Gerber. Das haben neben der AfD inzwischen auch die hessischen Landtagsabgeordneten von CDU, SPD und FDP erkannt. Doch wer ist für die schlechten Standortbedingungen verantwortlich? Wirklich nur die Grünen, die den Bürgern das Fliegen madig machen wollen? Die geldgierige Berliner Ampel?
Nein, denn die Luftverkehrssteuer wurde 2011 von Union und FDP eingeführt - und das ohne Widerstand seitens der Abgeordneten desjenigen Bundeslandes, das den größten deutschen Flughafen beheimatet, an dem 80.000 Arbeitsplätze hängen. Erstmals erhöht wurde die Tiketsteuer 2020 durch das "Klimapaket" der Regierung Merkel/Scholz. Die Corona-Maßnahmen ließen den Flugverkehr einbrechen. Mitten in der folgenden Erholungsphase erhöhte die Ampel die Luftverkehrabgabe erneut - zum Schaden der corona- und sanktionsgebeutelten deutschen Luftverkehrswirtschaft.
Ein weiterer massiver Kostentreiber ist das EU-Klimapaket "Fit for 55". Allein dadurch entstehen der Lufthansa bis 2035 Zusatzkosten von bis zu 20 Milliarden Euro. Fluggesellschaften, die innerhalb der EU operieren, müssen für jede Tonne CO2-Ausstoß zahlen, und die Preise steigen stetig. 2019 kostete ein CO2-Zertifikat 25 Euro, 2023 bereits 85 Euro. Nicht-EU-Airlines unterliegen keinen oder deutlich geringeren CO2-Kompensationskosten. Dazu kommt die verpflichtende Beimischung "nachhaltiger Kraftstoffe" (SAF): Ab 2025 müssen es mindestens zwei Prozent sein. Bis 2050 soll dieser SAF-Anteil auf unrealistische 70 Prozent steigen. Das Problem: SAF kostet bis zu fünfmal mehr als herkömmliches Kerosin.
Außereuropäische Flughäfen dürfen weiterhin günstiges Kerosin ohne Einschränkungen nutzen. Emissionen und Luftverkehr verlagern sich somit ins Ausland, anstatt daß die globalen Gesamtemissionen reduziert werden. Die Gewinner sind außereuropäische Fluggesellschaften und Drehkreuze - vor allem am Golf und am Bosporus, die mitunter auch hohe staatliche Subventionen erhalten. Indessen versuchen die Fraktionen von CDU, FDP und SPD im Hessischen Landtag sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben, ohne wirklich handlungsfähig zu sein.
Denn die Probleme wurden auf Bundes- und EU-Ebene geschaffen und müssen demzufolge auch dort gelöst werden. Die einzige Lösung zur Verbesserung der Standortbedingungen kann nur lauten: Luftverkehrssteuer streichen und Ursula von der Leyens "Green Deal" aufkündigen, der keinerlei Auswirkungen auf das Weltklima hat. Denn die Verkehrszahlen zeigen eines deutlich: Der internationale Luftverkehr wächst weiter - ob mit oder ohne Deutschland.
Anna Nguyen ist Betriebswirtin, AfD-Stadtverordnete in Frankfurt und Vorsitzende des Europaausschusses im Hessischen Landtag.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Die simulierte Demokratie**

Bürgerräte: Die Ampel zimmert sich Scheinparlamente passend zur Politik, die sie durchsetzen möchte

Ulrich Clauß

Es sind nicht die plumpen Entgleisungen, die beunruhigen sollten. Offensichtlicher Unsinn wird erkannt. Etwa wenn am Abend der Brandenburg-Wahl sich ZDF-Reporter Carsten Behrendt die Prognose von 4,5 Prozent für die Grünen als "Sieg auf der ganzen Linie" zurechtphantasiert. Oder seine Chefredakteurin Bettina Schausten am Abend der Thüringer Landtagswahl den AfD-Erfolg in die Nähe des Wehrmachtsangriffs auf Polen im Jahr 1939 halluziniert. Oder "Monitor-Chef" Georg Restle (ARD) jüngst den unkontrollierten Millionenstrom von Migranten nach Deutschland kontrafaktisch als folgenlos für Wohnungsmarkt und Infrastruktur wegmoderiert.

So etwas mag als intellektueller Blackout durchgehen, mutmaßlich milieubedingt und insofern zwar bezeichnend - aber wegen himmelschreiender Dummheit sich selbst dementierend. Anders verhält es sich mit einem Talk- und Spielshow-Projekt der ARD, das unter dem Titel "Die 100 - was Deutschland bewegt" jetzt im Ersten Fernsehprogramm der ARD in den Verdacht inszenierter Meinungsmache geriet.

Mindestens einer der angeblich "zufällig" ausgewählten 100 "Bürger" dieser "Spielshow" zum Thema "Ist die AfD eigentlich ein Problem für die Demokratie?" war ein professioneller Statist. Und ausgerechnet dieser durfte als geläuterter AfD-Sympathisant im Schlußwort erklären, warum er gelernt habe, im Verlauf der Sendung die AfD als "Problem für die Demokratie" einzuschätzen. Als Stellvertreter einer Zweidrittelmehrheit ebenso AfD-kritischer Mitspieler, versteht sich.

Doch auch hier interessiert weniger der plumpe Fauxpas, einen schnell zu entlarvenden Meinungsdarsteller auftreten zu lassen - wenn es denn so war, was der federführende NDR bestreitet - viel problematischer ist das zugrundeliegende Konzept. Für "Die 100" mußte und muß auch künftig eine Sendung von "hart aber fair" weichen. Statt demokratisch legitimierte Repräsentanten mit journalistisch anspruchsvoller Moderation in Sachfragen zu konfrontieren, wird eine Art Bürgerratsfernsehen inszeniert.

Dabei reden gleich drei Moderatoren auf eine scheinrepräsentative Menge von "Bürgern" ein und bombardieren sie mit kontextlosen Politikerzitaten. Ein daraus "gelerntes" Meinungsbild wird als Bürgervotum verkauft - das jeglicher Transparenz entbehrt. Weder die Auswahl der "Bürger" noch ihr jeweiliger Hintergrund oder die Wertigkeit der "Lehrmittel" sind für das Fernsehpublikum nachvollziehbar.

Dieses Vorgehen hat Methode. Denn "Die 100-TV-Show" ist eine Art mediales Flaggschiff eines noch viel größeren Projekts der politischen Meinungspflege. Seit den drei Parteien der Ampel-Koalition bei so ziemlich jedem Thema ein vernichtendes Meinungsklima entgegenschlägt, machen sie sich die veröffentlichte Meinung lieber selbst. Dazu dienen nicht nur die über die Jahre verbrannten Steuer-Milliarden für sogenannte "Demokratieförderung" an regierungsfreundliche NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen), was de facto einem legalisierten Parteispendenskandal gleichkommt. Der neueste Clou sind die sogenannten "Bürgerräte".

Ursprünglich als überparteilich getragenes Projekt des Parlaments gestartet, sollen per Los ausgewählte Bürger die parlamentarische Arbeit kommunikativ flankieren und als "Demokratieverstärker" die sinkende Akzeptanz der amtierenden Regierung heilen. Wobei ganz nebenbei die sinkende Akzeptanz der Regierung als Mißtrauen in die Demokratie schlechthin geframt wird.

Auf die mediale Wirkmacht demokratisch legitimierter Kabinettsparlamentarier mag man sich wegen ihres demolierten Images nicht mehr verlassen. Sondern schiebt handverlesene "Bür-

ger" vor die Kameras. So liest sich die Empfehlung des im Februar dieses Jahres vorgestellten Bürgerratgutachtens "Ernährung im Wandel" wie der Leitantrag eines Grünen-Parteitags.
Von der kostenfreien Massenspeisung über die Mehrwertsteuerbefreiung für Bio-Produkte bis zur Steuer für Fleischesser. Eine Inszenierung von Politik ohne Politiker, die von der Union erst sehr spät als "Entparlamentarisierung" (Philipp Amthor) der Staatsführung erkannt wurde. Dieses Manöver fügt sich übrigens nahtlos ein in die Mißachtung der repräsentativen Demokratie, wie sie im Zuge der Wahlrechtsreform von der Ampel-Regierung mit der Relativierung des Direktmandats ins Werk gesetzt wurde.
Nun hat sogar die für rot-grüne Projekte stets aufgeschlossene Bertelsmann-Stiftung als eine Art Franchisenehmer der Ampelregierung einen Bürgerrat ("Forum gegen Fakes") tagen lassen. Dessen Aufgabe war, Desinformation im Internet bekämpfen zu helfen. Das "Bürgergutachten" der Bertelsmänner empfiehlt, ausgerechnet die Fake-News-Akrobaten vom "Medienhaus Correctiv" mit einem "Desinformationsranking" zu beauftragen. Die Grünen waren spontan begeistert. Schließlich hatte "Correctiv" mit seinem haltlosen Report vom angeblich geheimen Potsdamer Remigrationsgipfel wertvolle Dienste geleistet.
Die erst sehr späte Kritik der Union an dieser "scheindemokratischen Veranstaltung" (Staatsrechtler Christoph Degenhart) der Bürgerräte mag mit ihrer Vorgeschichte zu tun haben. Es war Ex-Kanzlerin Angela Merkel, die in ihrer kommunikativen Not zu Zeiten von Flüchtlingskrise und Pegida im Jahr 2015 die "Bürgerdialoge" erfinden ließ, bei denen freilich weniger ein Dialog als das Ausfüllen von Kärtchen geübt wurde.
Auf diese durften handverlesene Bürger ihre Wünsche zum "guten Leben in Deutschland" schreiben. Die Kanzlerin würdigte diese Notate dann summarisch. Merkel schrieb damals sogar Kanzleramtsstellen für Verhaltenspsychologen aus, und der Begriff "Nudging" machte in ihren Kreisen die Runde. Der Begriff ist dem Produktmarketing entlehnt (dt. anstoßen, stubsen) und meint die unmerkliche Verhaltensbeeinflussung von Menschen. So spendet Segen noch immer die Hand.
Bertolt Brecht hätte sich wohl nicht träumen lassen, daß sein sarkastisch gemeinter Vorschlag nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 tatsächlich einmal praktische Anwendung finden würde. Damals empfahl er für den Fall, daß wenn "das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe" es doch einfacher sei, "die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes".
Brechts luzide Fiktion nimmt heute tatsächlich Gestalt an - ein von der Regierung erwähltes Meinungs-Volk. In Politik und Mainstream-Medien werden "Bürger-Avatare" inszeniert, die das kommunizieren sollen, was von den Parlamentariern der Regierungsfraktionen niemand mehr hören will - mit einem unschätzbaren Vorteil: Avatare können keine Vertrauensfrage stellen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Nächstes Zehn-Milliarden Bürgergeld-Loch**
Heilloses Draufzahlen
Michael Paulwitz
Es ist ein plumpes Täuschungsmanöver, was sonst. Seit Juni ist bekannt, daß im Arbeitsministerium des SPD-Genossen Hubertus Heil die Ausgaben für das sogenannte "Bürgergeld" im laufenden Jahr viel zu niedrig kalkuliert worden waren. Rund zehn Milliarden Euro fehlen in dem von der Ampel aufgemachten Faß ohne Boden zur Finanzierung der Massenmigration in den deutschen Sozialstaat.
Kurz darauf legt die Koalition einen Etatentwurf für 2025 vor, der sogar noch weniger Geld einplant, und gaukelt frech vor, daß man mit Schönreden und Gesundbeten die Ausgaben schon irgendwie senken werde. Der Bundesrechnungshof glaubt das nicht und zweifelt öffentlich. Intern rechnet Minister Heil natürlich längst damit, daß auch 2025 wieder fast zehn Mil-

liarden Euro beim Bürgergeld fehlen. Die Unterlagen landen in den Medien, der nächste "Bürgergeld-Betrug" ist aufgeflogen.
Die Ausrede, man habe mit "veralteten" Eckwerten gearbeitet, ist so jämmerlich, daß der Minister das wohl selbst nicht glaubt. Heerscharen von Fachbeamten verrechnen sich nicht mal eben um zehn Milliarden, wenn sie wissen, daß schon die alten Zahlen nicht stimmten. Heil hat versucht, mit manipulierten Zahlen einen verfassungswidrigen Haushaltsentwurf zurechtzulügen. Jeder Geschäftsführer, der seine Kalkulation derart dreist frisierte, wäre mindestens pleite, wenn nicht mit einem Bein im Gefängnis. Wir werden von schamlosen Betrügern und Hasardeuren regiert.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Neue EU-Kommission aufgestellt**
Ursula die Unantastbare
Albrecht Rothacher
Ursula von der Leyen versucht sich von der Königin zur Kaiserin Europas aufzuschwingen. Ihre abgehobenen Allüren zeigte die Dame mit der abgebrochenen Facharztausbildung und einer plagiierten Dissertation erneut mit ihrer völligen Verachtung des EU-Parlaments, einem "Wahlkampf" als EVP-Spitzenkandidatin ohne Kontakt zum Wahlvolk und der steten Verweigerung jeglicher Interviews, die kritische Fragen zu ihrem Pfizer-Milliarden-Impf-Deal oder den EU-Subventionen für die Firma Orgenesis Inc. ihres Mannes Heiko enthalten könnten.
In einer kunstvollen Intrige hatte sie den französischen Industriekommissar Thierry Breton, der über ein ebenso großes Ego wie sie selbst verfügt, im führungslosen Paris ausgeschaltet. In den Zuständigkeiten ihrer neuen 27köpfigen Kommission gibt es nunmehr jede Menge absichtsvoller Überschneidungen. Bei den unvermeidlichen Streitfällen wird Kaiserin Uschi dann einschreiten und ihre Entscheidungen verkünden. So sollen gleich drei Kommissars-Anwärter für das Mittelmeer, die Ozeane, und die "Wasser-Resilienz" zuständig sein. Auch für grüne Wirtschaftsfragen sind es drei, darunter eine sozialistische Vizepräsidentin.
Bedenklich auch, daß die beiden größten Empfängerländer, Polen und Italien, für die Verteilung des EU-Haushaltes zuständig sein sollen. Schließlich gibt es Kommissare für den Wohnungsbau, den Sport, den Weltraum und die Verteidigung, für die die EU keinerlei Zuständigkeiten hat.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg**
Paul Leonhard
Die Skepsis war am Anfang groß. Als der frisch gewählte Landrat des thüringischen Saale-Orla-Kreises, Christian Herrgott (CDU), im Februar seine Idee vorstellte, wehte ihm ein eisiger Wind entgegen. Denn die drei Worte Arbeit, Pflicht und Flüchtlinge ließen Kritiker sofort an finstere Zeiten denken. Und als bekannt wurde, daß die zur Arbeit Verpflichteten lediglich 80 Cent pro Stunde erhalten sollten, wuchs die Front der Bedenkenträger.
Doch Herrgott hatte lediglich nach geltendem Recht gehandelt. Paragraph 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes regelt eindeutig: "Arbeitsfähige, nicht erwerbstätige Leistungsberechtigte, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind, sind zur Wahrnehmung einer zur Verfügung gestellten Arbeitsgelegenheit verpflichtet." Die Arbeitsaufnahme von Geflüchteten in Unterkünften ist schon seit langem rechtlich möglich, werde aber von den Kommunen "eher zurückhaltend genutzt", sagt Andrea Nahles, Chefin der Bundesagentur für Arbeit. Und daß jeder Asylsuchende, der "gesund und nicht gehandicapt ist, arbeiten muß", hatte Landkreistagspräsident Reinhard Sager schon im vergangenen Herbst gefordert.
Als "rassistisch und menschenverachtend" bezeichnete Pro Asyl den Vorstoß zur Arbeitspflicht. Menschen "planwirtschaftlich in Hilfsjobs zu packen", schade Unternehmen, Flücht-

lingen und der Gesellschaft insgesamt, wetterte der Fraktionsvize der Grünen im Bundestag, Andreas Audretsch. Landrat Herrgott aber sollte recht behalten: Der Modellversuch erweist sich als Erfolg.
Von den per Bescheid zur Arbeit verpflichteten 110 Flüchtlingen arbeiten inzwischen 30 in Vollzeit. Die Bild-Zeitung berichtet von Same Eltgaz, einem Kriegsflüchtling aus Libyen, der eine Ausbildung zum Anlagenführer bei der Papiermühle Polymertechnik GmbH begonnen hat und deswegen seit Anfang August kein Geld mehr vom Amt beziehen muß. Er bediene "komplexe Maschinen zur Herstellung von Folien vor allem für Lebensmittel", erzählte der 42jährige stolz dem Boulevardblatt. Die Kollegen seien alle nett und die Arbeit mache Spaß. Lob gibt es vom Betriebsleiter: "Same fragt viel, paßt sich an, ist zuverlässig und lernt immer besser Deutsch."
Andere Migranten arbeiten dank Verpflichtung inzwischen bei Autozulieferern, bei Amazon, bei McDonalds. Einer hat eine Lehre zum Elektroniker begonnen. Bei anderen machte das Landratsamt Ernst: In 13 Fällen wurden die Sozialleistungen wegen wiederholter Auftragsverweigerung von 460 auf 240 Euro gekürzt. Sechs Asylanten seien untergetaucht.
Daß die Arbeitspflicht bei der Integration hilft, davon ist auch Ulli Schäfer überzeugt, seit Juni CDU-Landrat im Kreis Greiz. Er will sogar rund 250 Flüchtlinge in der Nähe ihrer Unterkunft beschäftigt sehen. Das Projekt startete Anfang des Monats mit 15 Asylbewerbern, die den Mitarbeitern des städtischen Betriebshofes bei der Grünpflege helfen sollen. Wer seiner Arbeitspflicht nachkommt, erhält zum Regelsatz achtzig Cent pro Stunde zusätzlich, wer sich der Arbeit verweigert, muß mit Sanktionen rechnen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**"Ich habe Bock auf Leben!"**
"Marsch für das Leben": Etwa zweitausend Teilnehmer demonstrieren in Köln gegen Abtreibung / Weniger Störer als im vergangenen Jahr
Niels Rössler
Wolkenloser Himmel, strahlender Sonnenschein und angenehme 25 Grad im Schatten - perfektes Wochenendwetter, um sich vom anstrengenden Alltag zu erholen. Das dürfte bei so einigen Kölnern auf dem Programm gestanden haben. Doch nicht alle Bewohner der Domstadt genießen am vergangenen Samstag Kölsch und Röggelchen.
An der Deutzer Werft, auf der rechten Rheinseite, ist eine kleine Bühne aufgebaut, um die sich ab Mittag etwa 2.000 Menschen versammeln. Überwiegend junge Erwachsene, viele mit Kinderwagen oder Babytrage, sind vor Ort. Der "Marsch für das Leben" wagt einen zweiten Anlauf in Köln, nachdem er im vergangenen Jahr durch Sitzblockaden und Gegendemonstrationen von Abtreibungsbefürwortern blockiert worden war (JF 39/23).
Die Menge der Lebensrechtler ist gut gelaunt, Kinder springen zwischen den Älteren umher, Schilder mit verschiedenen Parolen stehen bereit. Der Marsch der Lebensschützer und die Gegendemonstration finden in diesem Jahr räumlich getrennt statt. Zwar formiert sich am Deutzer Bahnhof der vom Bündnis "Pro Choice Köln" organisierte Gegenprotest, zu dem ebenfalls etwa 2.000 Teilnehmer gekommen sind. Doch zu sehen ist von den Gegendemonstranten zunächst kaum etwas.
"Gott ist Liebe" ruft man den Gegendemonstranten zu
Martine Hoppermann, 21 Jahre jung, blonde Locken, breites Lächeln, betritt die Bühne und moderiert die Veranstaltung. Zu Beginn spricht sie vom Wert und der Schönheit des Lebens; wie wichtig es ist, daß jedem Menschen, ob geboren oder ungeboren, das Recht zugesprochen wird, lebendig sein zu dürfen. Aus "Kölle alaaf" wird "Kölle alive". Es folgen verschiedene Redner: ein Lebensrechtsaktivist aus Schottland berichtet, wie weit die Legalisierung von Abtreibungen im Vereinigten Königreich vorangeschritten ist; der Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe (CDU) verleiht seiner Freude darüber Ausdruck, daß der "Marsch für das Leben"

nach Köln gekommen ist.
Zuletzt betritt Fabian die Bühne, ein 19jähriger mit Down-Syndrom. Moderatorin Hoppermann fragt ihn, was er den Leuten mitgeben will, die ungeborene Kinder mit Behinderung abtreiben lassen wollen. "Das ist nicht cool, Leute! Ich bin gut drauf und ich habe Bock auf Leben!", lautet Fabians überzeugende Antwort. Die Menge quittiert sein Statement mit begeistertem Beifall. Ein Grußwort der Deutschen Bischofskonferenz? Fehlanzeige.
Gegen 14 Uhr setzt sich die Menge in Bewegung. Die Route soll über die Severinsbrücke ein Stück weit in die Innenstadt verlaufen, bevor es dann denselben Weg wieder zurückgeht. Die Strecke ist weniger zentral als im vorigen Jahr, aber dafür schwieriger zu sabotieren. Mitten auf der Severinsbrücke kommt der Zug dennoch zum Halten - eine Sitzblockade von Gegendemonstranten versperrt den Weg. Während sich die Polizei ihrer annimmt und die Lebensschützer erst einmal festsitzen, hupen und winken ihnen Autofahrer zustimmend zu, die die Brücke in der Gegenrichtung passieren.
Nach einer guten halben Stunde kann der Marsch fortgesetzt werden. Hier und da bilden sich kleine Trauben von Gegendemonstranten am Straßenrand, die mit beschriebenen Transparenten und lauten Parolen auf sich aufmerksam machen wollen. Ein junger Mann, den Kopf in eine Regenbogenfahne gehüllt, schreit die Teilnehmer des Marsches an: "My body, my choice!" Aus der Menge des Zuges wird als Antwort ein "Gott ist Liebe!-Sprechchor" angestimmt und den "Pro-Choice-Vertretern" ausgelassen zugewinkt.
Um kurz nach vier endet die Demonstration ohne nennenswerte Zwischenfälle. Ein Teilnehmer scherzt: "Eigentlich schade, daß die Antifa heute nicht so präsent war - die machen von uns immer die qualitativ hochwertigsten Fotos."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Aus Neuer Wehrmacht wurde Bundeswehr**
Der 3. Oktober 1954 ist das Dreh- und Angeldatum der bundesdeutschen Wiederbewaffnung: Auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz wurden die Weichen für den Beitritt zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis und der Gründung der Bundeswehr gelegt
Josef Kraus
Die Bundeswehr wird am 12. November 2025 ihren 70. Geburtstag feiern. Damals, am 12. November 1955, erhielten die ersten 101 Freiwilligen in Bonn ihre Ernennungsurkunden. Der Tag war gewählt worden, weil es der 200. Geburtstag des preußischen Heeresreformers Gerhard Johann David von Scharnhorst war.
Die Fixierung des Geburtstags der Bundeswehr auf den 12. November läßt zu leicht vergessen, daß es wohl wichtigere Daten gibt, die als Geburtsstunde, zumindest als Grundsteinlegung der Bundeswehr gelten können. Der 3. Oktober 1954 ist ein solches Datum. An diesem Tag endete die "Londoner Neun-Mächte-Konferenz". Die "neun Mächte" Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Großbritannien und USA erklärten dort die Bundesrepublik zum souveränen Staat. Wobei es übrigens bis 1990 eine Teilsouveränität blieb.
Dem 3. Oktober 1954 waren gewaltige weltgeschichtliche Ereignisse und kluge Schachzüge des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer (CDU) vorangegangen. Die vier Siegermächte hatten sich verfeindet: drei Westmächte versus Stalins Sowjetunion. Vom Mai 1948 bis Mai 1949 hatte es die Berlin-Blockade und die "Luftbrücke" der Westalliierten gegeben. Am 25. Juli 1950 hatte das kommunistische Nordkorea Südkorea überfallen. Am 10. März 1952 hatte Stalin in einer Note Verhandlungen über eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands angeboten. Die Westalliierten und Adenauer hatten das vergiftete Angebot abgelehnt.
Adenauer mußte entschiedenem Widerstand der SPD trotzen
Adenauer fädelte derweil die Westbindung und Wiederbewaffnung ein. Nicht nur als Bundes-

kanzler, sondern in Personalunion bis 1953 auch als deutscher Außenminister. Er hatte wenige Tage vor seiner Wahl zum Bundeskanzler vom 15. September 1949 ein Memorandum verfaßt, in dem er den Hohen Kommissar der USA, John McCloy, auf die Notwendigkeit westdeutscher Streitkräfte hinwies. Adenauer setzte seine Politik gegen entschiedenen Widerstand der SPD durch. Widerstand gab es aber zum Teil auch in der CDU. Adenauers erster Innenminister Gustav Heinemann (damals noch CDU), später von 1969 bis 1974 auf SPD-Ticket Bundespräsident, trat am 9. Oktober 1950 unter Protest gegen Adenauers Wiederbewaffnungspolitik zurück.

Zur gleichen Zeit, im Oktober 1950, hatte Adenauer im Eifelkloster Himmerod ehemalige Offiziere der Wehrmacht sammeln lassen, um streng geheim, aber mit Duldung der Westalliierten, über westdeutsche Streitkräfte zu beraten. Geplant wurden laut "Himmeroder Denkschrift" die Aufstellung von zwölf Heeresdivisionen, starken Jagdfliegerkräften und eine Gesamtstärke von 500.000 Soldaten als "Rechengröße".

Im Anschluß an "Himmerod" berief Adenauer den CDU-Bundestagsabgeordneten und DGB-Mitbegründer Theodor Blank zum "Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen". Später hieß es einfach "Amt Blank", es war dem Bundeskanzleramt zugeordnet. Anfangs bestand das Amt aus 20 Mitarbeitern, bis 1953 wurden es 700. Jedenfalls wurde das "Amt" die Keimzelle des späteren, am 7. Juni 1955 gegründeten und bis 16. Oktober 1956 von Blank geleiteten Bundesministeriums für Verteidigung (ab Ende 1961: Bundesministerium der Verteidigung). Nachfolger wurde für mehr als sechs Jahre Franz Josef Strauß (CSU).

Die Pläne des "Amts Blank" freilich waren hochtrabend. Es sollte nicht nur eine Armee mit 500.000 Mann geschaffen werden, sondern es sollte auch hinsichtlich materieller Ausstattung groß geplant werden. Das Hauptaugenmerk galt der Panzerausstattung. Die Marine sollte 18 kleine Zerstörer, 40 Schnellboote, 54 Minensuch- und 36 Landungsboote sowie zwölf Unterseeboote einschließlich Marineflugzeuge und Hubschrauber bekommen. Die künftige Luftwaffe sollte 1.700 Fluggeräte, stationiert auf 45 Flugplätzen, erhalten. Gebräuchlich in dieser Phase war als Name für die neue Armee der Begriff "Neue Wehrmacht". Erst Anfang 1956 setzt sich der Name "Bundeswehr" durch. Er war von Ex-Wehrmachtsgeneralen und von Bundespräsident Theodor Heuss bevorzugt worden.

Adenauer wußte, daß eine bundesdeutsche Armee nicht ohne frühere Wehrmachtsangehörige möglich war. Noch 1959 gab es unter 14.900 Bundeswehroffizieren 12.360, die in der Reichswehr oder Wehrmacht zu Offizieren ernannt worden waren.

Auf den Vorwurf, alle hohen Offiziere hätten in der Wehrmacht gedient, antwortete Adenauer, die Nato nehme ihm keine 18jährigen Generale ab. Sehr früh freilich, für den 23. Januar 1951, hatte Adenauer eine Ehrenerklärung für die Soldaten der Wehrmacht durch den damaligen Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte, Dwight D. Eisenhower, erwirkt. Eisenhower erklärte: "Der deutsche Soldat hat für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft. Ich für meinen Teil glaube nicht, daß der deutsche Soldat als solcher seine Ehre verloren hat." Am 5. April 1951 folgte schließlich Adenauers Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten vor dem Bundestag.

Mit der Gründung des Bundesgrenzschutzes (BGS; heute: Bundespolizei) war zum 16. März 1951 eine paramilitärische Bundespolizei, vorrangig zum Schutz der innerdeutschen Grenze, entstanden. Dies geschah ausdrücklich auf Wunsch der alliierten Vereinigten Stabschefs. Von deren Seite hatte es im Mai 1950 geheißen: "Die Vereinigten Stabschefs sind der festen Überzeugung, daß aus militärischer Sicht die angemessene und frühe Wiederbewaffnung Westdeutschlands von grundlegender Bedeutung für die Verteidigung Westeuropas gegen die UdSSR ist."

Der mit Infanteriewaffen und Schützenpanzern ausgestattete BGS wurde damit zu einer Vor-

läuferorganisation der Bundeswehr; er stellte das Gegenstück zu den kasernierten Einheiten der bereits unmittelbar nach 1945 aufgebauten "Deutschen Volkspolizei" (VoPo) der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der späteren DDR dar.
Vom 1. bis 30. Juni 1956 hatten BGS-Angehörige die Möglichkeit, eine Erklärung abzugeben, ob sie im BGS verbleiben wollten. Wer dies nicht tat, wurde automatisch zum 1. Juli 1956 in die Bundeswehr überführt. Der BGS bildete schließlich die Grundlage unter anderem für die 2. 3. und 4. Grenadierdivision,
Vorausschauend - oder auch vorauseilend - begleitete der Bundestag den Aufbau der Streitkräfte bereits ab 1952/53. Im "Ausschuß zur Mitberatung des EVG-Vertrags und der damit zusammenhängenden Abmachungen" und ab 1953 im "Ausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit" beriet der Bundestag Gesetze für die neuen Streitkräfte. Etwa das "Gesetz über die Rechtsstellung des Soldaten". Am 27. Mai 1952 wurde der Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unterzeichnet.
Am 25. April 1953 gab es zwischen der Bundesrepublik und den EVG-Mitgliedern sowie Großbritannien und den USA ein Abkommen über die Höhe des deutschen Verteidigungsbeitrages für 1953/54. Dieser betrug monatlich 950 Millionen D-Mark. Die EVG scheiterte allerdings am 31. August 1954 am Widerspruch des französischen Parlaments. Es war nicht bereit, französische Truppen einem europäischen Oberkommando zu unterstellen.

Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954

Am 26. Februar 1954 debattierte der Deutsche Bundestag über einen "deutschen Wehrbeitrag". Das war nötig geworden, weil die auch von der Bundesrepublik angenommenen Verträge über die - später gescheiterte - EVG die Schaffung einer gemeinsamen Armee in Westeuropa vorsahen. Schließlich wurde die 1. Wehrnovelle ("Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes") mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Das Grundgesetz wurde mit Wirkung ab 26. März 1954 ergänzt. Es ging unter anderem um Artikel 73 und um die "Verteidigung einschließlich der Wehrpflicht der Männer vom vollendeten 18. Lebensjahr an".
Wegweisend und von Dauer waren 1949 die Gründung der Nato und der zum 5. Mai 1955 unter Verzicht auf atomare, biologische und chemische Waffen erfolgte Beitritt der Bundesrepublik Deutschland als 15. Mitgliedsstaat (heute sind es 32). Die Voraussetzungen hierfür waren wiederum am 3. Oktober 1954 bei der Londoner Neun-Mächte-Konferenz geschaffen worden.
Dort war es außer um die Aufnahme der Bundesrepublik in die Nato auch um die Neufassung des Deutschlandvertrags gegangen. Letzterer war durch das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nötig geworden. Die am 19. Oktober 1954 unterzeichneten Pariser Verträge lösten den Deutschlandvertrag vom Mai 1952 ab und beendeten auf dem Papier die Besatzungszeit.
Josef Kraus war langjähriger Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und ist unter anderem Autor des Buches „Nicht einmal bedingt abwehrbereit: Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine" (München 2019).<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Wertepolitik wird noch intensiviert werden**
Fritz Söllner beklagt die Auswirkungen einer moralismusgesteuerten Politik für die einstige Wirtschaftsweltmacht Deutschland
Boris Preckwitz
Wer die Lage in Deutschland verfolgt, kennt das Gefühl, daß sich der Lachreiz in Ernst verwandelt, bevor er das Zwerchfell erschüttern kann. Gab es jemals zuvor eine Regierung, die zwecks globaler Weltgenesung die industriellen Grundlagen des eigenen Landes zerstört hat? Ein gutes Jahrhundert ist es her, daß Lenin die Parole ausgab: "Kommunismus - das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes." Für das heutige Deutschland lautet die

Devise: "Ökosozialismus - das ist Rot-Grün plus Deindustrialisierung", denn Weltverbesserer verrichten ihr hochmoralisches Werk. Gut, wenn dagegen ein Buch erscheint, das mit ausgewogenem Sachverstand die Lage bewerten hilft.
"Die Moralapostel. Zerstörung eines Exportweltmeisters" heißt das Buch von Fritz Söllner, Professor für Volks- und Finanzwirtschaft an der TU Ilmenau und Mitglied der Hayek-Gesellschaft.
Statt einstiger Exportweltmeisterschaft folgt die ergrünte Berliner Republik einem Drang zur Moralweltmeisterschaft. So beschreibt Söllner gleich eingangs seines Buches das Phänomen des "politischen Moralismus" (Hermann Lübbe): Eine Politik ideeller Werte, die ohne jede Orientierung an Kosten und Nutzen irrational über die Bürger hinweg betrieben wird. Mit politischem Personal, das vor lauter Gesinnungsethik bar jeder Vernunft geworden ist. Ihrem Moralismus wohnt eine Tendenz zum Totalitarismus inne, denn für korrekte Erweckte kann der Andersdenkende niemand anderes sein als der Erzteufel, der sein Höllenfeuer zum Klimawandel beitragen möchte.
Und weil die Moralapostel zu wissen glauben, wie man die Wärmepumpe des Weltklimas konstant auf 12 Grad Pariser Durchschnittstemperatur halten kann, predigen sie den Green Deal der EU samt Energieeffizienzgesetz, Lieferkettenrichtlinie, Emissionshandelssystemen und sonstigen Rechtsvorschriften, die längst keine Appelle oder Anreize mehr sind, sondern Erlasse, deren Nichtbefolgung unter Strafe steht.
Der Deutsche zückt brav seine Geldbörse, damit nicht erzeugter Strom aus nicht vorhandenem Wasserstoff durch inexistente Netze in fehlende Akkus fließt. Und während Betriebe ihre Produktion aus Deutschland abziehen, verspricht der Kanzler ein grünes Wirtschaftswunder. Das aber kommt nur bei Solarherstellern in China und Flüssiggasproduzenten in den USA an.

Moralismus kann sich kaum selbst von seiner Verstiegenheit heilen

Gleichzeitig - Söllner beschreibt sehr faktenreich den Missionseifer deutscher Institutionen bei UN und EU - widmet sich die Regierung einer feministischen Klimaaußenpolitik. Unversehens ist das Auswärtige Amt ein Ministerium für Fauxpas-Diplomatie, das mit Kriegserklärungen an den Kreml und Einreisefreiheit für Islamisten einen Platz an der Sonne der Moral sucht. Immer weniger wird diese Hippie-Politik international noch ernst genommen, immer geringer wird der außenpolitische Handlungsspielraum Deutschlands.
Neben Klimapolitik und Migrationspolitik ist der deutsche Anteil an der Nato-Politik gegen Rußland der dritte Praxistest, bei dem der Moralismus über die eigenen Ansprüche strauchelt. Tatsächlich stellt der Russisch-Ukrainische Krieg den Prüfstein dar für jene Transformationspolitik, die den gleichzeitigen Ausstieg aus Kernenergie, Kohlestrom und russischem Erdgas forcierte. Stumm sah Deutschland als Vasall der USA dabei zu, wie das Methan aus der gesprengten Nordstream-Pipeline sprudelte.
Kein Wunder, daß der erste Verlierer des Krieges bereits feststeht. Söllner verweist auf offizielle Zahlen, nach denen der deutschen Volkswirtschaft durch den Krieg und durch die gegen Rußland gerichteten Wirtschaftssanktionen im Jahre 2022 etwa 120 Milliarden Euro an Wertschöpfung verlorengingen, im Jahre 2023 noch einmal 175 Milliarden. Hinzu kamen bis Anfang 2024 weitere 64 Milliarden Euro, die aus deutschen Kassen an die Ukraine und deren Staatsbürger flossen.
Davon rund ein Drittel direkt (militärisch, humanitär, finanziell), ein weiteres Drittel als deutscher Anteil an EU-Geldern, noch einmal ein Drittel für die Versorgung der nach Deutschland gelangten Ukrainer, etwa mit "Bürgergeld". Die zukünftigen Kosten für eine angedachte EU-Mitgliedschaft der Ukraine sind noch gar nicht mitgerechnet. Wie die Haushaltsstreitigkeiten der rot-gelb-grünen Koalition zeigen, ist das Ende der Ampelstange erreicht.
Wie aber weiter? Moralismus kann sich nur schwer selbst von seiner Verstiegenheit heilen. Es sei daher zu erwarten, schreibt Söllner zusammenfassend, "daß die Wertepolitik nicht etwa

aufgrund ihres bisherigen Scheiterns überdacht oder vielleicht sogar aufgegeben wird, sondern daß sie vielmehr intensiviert und ausgeweitet wird - und daß die Kosten und Schäden, die eine solche Politik anrichtet, immer höher werden.
Das Ende der Moralisierungsspirale wird erst dann erreicht werden, wenn diese Kosten und Schäden ein solches Ausmaß annehmen, daß die eigene Bevölkerung nicht länger bereit ist, sie um eines Gefühls der moralischen Überlegenheit willen in Kauf zu nehmen." Dieser Punkt, und das zeigen die Umfragen der Wahlforscher, rückt in greifbare Nähe.
Fritz Söllner: Die Moralapostel. Zerstörung eines Exportweltmeisters. Verlag Langen Müller, München 2024, gebunden, 248 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Die Zeitreise verläuft immer schneller**
Der Journalist Andrian Kreye legt eine Geschichte der Menschheit im digitalen Universum vor
Felix Dirsch
Man kennt das Gefühl von einigen Fahrgeschäften auf dem Volksfest: Die Gefährte starten langsam, werden aber bald immer schneller und schneller. So verhält es sich nach Auskunft ihrer Biographen mit der digitalen Revolution. Sie verändert vor unseren Augen die grundlegenden Bedingungen aller Lebewesen, nicht nur des Menschen, in einer Weise und Rasanz, wie man es in der Menschheitsgeschichte noch nicht erlebt hat.
Der leitende Redakteur der Süddeutschen Zeitung, Andrian Kreye, beschreibt die Transformation - zentral geht es um die Entwicklung von Internet und Künstlicher Intelligenz - als einen Prozeß, den er an verschiedenen Stellen mit seinem Lebenslauf in Verbindung bringt. Man erkennt an einem solchen Duktus, daß die Schrift nicht in erster Linie wissenschaftlich-systematisch angelegt ist. Das kybernetische Zeitalter erlebte schon in den 1940er und 1950er Jahren wichtige Vorläufer, nachdem die mathematischen Hintergründe und Voraussetzungen - vor allem das duale Rechenprinzip - wesentlich weiter zurückreichen.
Kreye, der sich für diese frühen Abschnitte nicht interessiert, schildert den technischen Umbruch (parallel zum politischen) seit den späten 1980er Jahren: Die verbreitete Vorstellung vom "Ende der Geschichte" schuf weit über die Forschungslaboratorien im Silicon Valley, in Genf, in Cambridge und anderswo eine euphorische Aufbruchsstimmung. Die Technik mit ihrem verbreiteten Hang zur Neutralität in politisch-moralischen Angelegenheiten, ihre vielfältige Anwendbarkeit und ihre Neigung zur nüchternen Problemlösung schien die wirkliche Alternative zu allerlei Formen politsch-ideologischer Zwangsherrschaft. Ökonomie und Kommunikationssektor gingen und gehen immer engere Verbindungen ein.
Entscheidend waren dabei nicht einzelne Güter, mit denen gehandelt wurde. Jeff Bezos hatte zu Büchern keinen besonderen Bezug, als er den Internetgiganten Amazon gründete. Er erkannte aber wohl ihren Charakter als wirtschaftliches Zugpferd. Das Wachstum nahm weltweit schnell zu. Immer mehr Bereiche des Word Wide Web wurden erschlossen, so vor 20 Jahren der Sektor der sozialen Medien, was gemeinhin als "Quantensprung" gilt. Heute sind wir auf dem Sprung zum Web 3.0, dem Metaverse.
Der Autor vergegenwärtigt sich die Entwicklung der Digitalisierung mit Hilfe einiger kompetenter Interviewpartner, darunter der US-Politiker Al Gore, der Computer-Netzwerker John Brockman und der deutsche KI-Pionier Jürgen Schmidhuber, dessen Antworten zum Mensch-Maschine-Problem dem Leser am deutlichsten zeigten, an welcher Stelle die Menschheit derzeit steht.
Geschildert werden weiterhin die jüngsten Abschnitte in der Historie des digitalen Universums. Dazu zählt der medial viel beachtete Sieg des Google-Algorithmus AlphaGo 2016 gegen den seinerzeit weltbesten Go-Spieler Lee Sedol. Dieser Erfolg brachte zahllose neue Debatten über die Entthronung des Menschen infolge der raschen KI-Fortschritte hervor, die in

erster Linie auf die Zunahme der Datenmenge im Internet zurückzuführen sind.
Als eine neue Etappe betrachten viele Fachleute die gehypte Sprachsoftware ChatGTP, die binnen kurzer Zeit noch leistungsfähigere Nachfolger gefunden hat. Schon Jahre vor dieser Innovation wurde gern darauf verwiesen, daß maschinell generierte Informationen immer weniger von menschengemachten zu unterscheiden seien.
Kreye, dessen Hang zum linksliberalen Haltungsjournalismus dem Leser nicht verborgen bleibt, hat einen Überblick vorgelegt, der ihn als fundierten Chronisten der großen Transformation ausweist. Am Ende der Darstellung stellt der Autor in aller Deutlichkeit die existentielle Dimension des Umbruches heraus: nämlich die Gefährdung der Einzigartigkeit des Menschen. Deren Bewahrung ist die zentrale Leitplanke der Zukunft.
Andrian Kreye: Der Geist aus der Maschine. Eine superschnelle Menschheitsgeschichte des digitalen Universums. Heyne Verlag, München 2024, gebunden, 368 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Rückkehr des Einweckglases**
Paul Leonhard
Vier Jahre nach dem Plastikstrohhalm steht 2025 die Konservendose vor dem Aus. Auch bestimmte Mehrwegflaschen und Vorratsboxen gelten dann als verboten, weil sie nach Ansicht der EU-Kommission gesundheitsschädliche Weichmacher enthalten. Konkret geht es um Bisphenol A (BPA), das seit Jahren bei Babyflaschen verboten ist, das aber weiterhin zur Auskleidung von Konservendosen verwendet wird.
Brüssel geht davon aus, daß sich BPA nach kurzer Zeit aus dem Material löst, in das Lebensmittel übergeht und beim Verzehr in den menschlichen Organismus gelangt, wo es den Hormonhaushalt und das Immunsystem negativ beeinflussen könnte. Das Verbot beruht auf einem umstrittenen Gutachten der EU-Lebensmittelbehörde EFSA von 2023. Während der Umweltverband BUND diese Entscheidung als Erfolg feiert, geht sie Foodwatch nicht weit genug. Die Berliner Verbraucherorganisation warnt, daß sich in Lebensmittelverpackungen weitere ähnliche Bisphenole befinden.
Vom BPA-Verbot auch Materialien und Bauteile für die Herstellung von Lebensmitteln betroffen.
Die Lebensmittelbranche verweist dagegen auf ein Gutachten des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), in dem es heißt, man unterstütze die von der EFSA abgeleitete neue zulässige tägliche Tagesdosis (TDI) wegen wissenschaftlicher und methodischer Unstimmigkeiten nicht. Das BPA-Verbot hätte gravierende Auswirkungen für die gesamte Wertschöpfungskette, da auch wichtige Materialien und Bauteile für die Herstellung von Lebensmitteln betroffen wären und es keine Ausnahmeregelungen für den Kurzzeitkontakt zulasse.
Die Regelung enthalte viel zu kurze Übergangsfristen. Immerhin räumt die EU-Kommission der Industrie eine Übergangsfrist von 18 bis 36 Monaten ein, in der sie geeignete Alternativen finden soll. Verbraucherschützer raten dazu, den Einsatz von Kunststoff in der Küche zu reduzieren und lieber zu Edelstahl und Glas zu greifen, beispielsweise zu Omas Einweckgläsern. Der Hersteller Weck wurde 2023 zum Glück aus der Insolvenz gerettet.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Mit Zwiebeln und EU-Norm?**
Zwischen Deutschland und der Türkei und in deutschen Innenstädten eskaliert der Streit um den Döner
Gil Barkei
Seit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Frühling mit dem diplomatischen Geschick eines blinden Elefanten die Türken dumpf stereotyp als Imbißbuden-Volk dargestellt hatte, wütet ein Kampf um den Döner. Heißt es in vielen Städten und Bezirken einfach nur "Wo gibt's den besten?", stellt sich auf dem internationalen Schlachtfeld der Kulinarik die Frage

"Wer hat's erfunden?" Deutschland und die Türkei streiten sich um das beliebte Fast food. Ist es osmanisch, germanisch oder "gerosmanisch"?
Und längst geht es auch um Regeln für die genaue Herstellung. Was ist ein richtiger Döner? Die "International Doner Federation" (Udofed) aus Istanbul hat im Sommer einen Antrag bei der EU eingereicht, den Döner als "garantiert traditionelle Spezialität" einzustufen. Auf der angestrebten Liste stehen unter anderem spanischer Serrano-Schinken oder italienischer Mozzarella-Käse.
Dabei geht es auch um genaue Vorschriften für das Fleisch: Sorte, Marinade, Aufspießmethode und Garzeit. Ein feuchter Traum für regelwütige Eurokraten wird Wirklichkeit, der für ungewohnt selbstbewußten Widerstand bei der Ampel sorgt, zwischen die und Brüssel sonst kein Blatt Papier paßt. Man brauche hierzulande "keine Vorgaben aus Ankara", schimpft der ausgerechnet türkischstämmige Landwirtschafts- und Ernährungsminister Cem Özdemir. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung hat Einspruch eingelegt. Nun muß die EU-Kommission entscheiden.
Die Folge könnten steigende Preise und Namensänderungen sein
Dies könnte den genormten Döner zur Folge haben - und damit weitere Preissteigerungen, juristische Klagen und sogar offizielle Namensänderungen samt inoffiziellen Ausweichnamen (weil nonkonform).
Kommt jetzt also ein Wildwuchs an "Drehbratenschrippen", "Schnittfleischsemmeln" oder "Türkischen Burgern"? Gammelbürokratie, nicht Gammelfleisch. Appetit auf Fladenbrotdreieckswinkel, Tomatenscheibendicke, Gurkenstreifengröße und Zwiebelringmenge - wenn man sie denn überhaupt will - macht das nicht. Selbst wenn diese überspitzte Überregulierung noch in weiter Ferne liegt, als Verbraucher weiß man ja nie. Und der Antrag behandelt tatsächlich Fleischstückchenmillimeter, Messerlängen, Glutabstände und pH-Werte.
Bei einem erwarteten Konsultationsverfahren der EU-Kommission geht es dann auch um die Herkunft und die geistigen Eigentumsrechte. Der Legende vom Nationalgericht von der Spree nach hatte der Gastarbeiter Kadir Nurman im Jahr 1972 in Berlin als erster die Idee, das typisch türkische, dünn zurechtgeschnippelte Kebab-Fleisch vom Spieß in einen Fladen zu packen.
Eine an beliebten Fisch- und Wurstbrötchen orientierte "To-go-Variante" für den Alman-Markt, wo die ständig arbeitsamen Ureinwohner gern zeitsparend "auf die Hand" bestellten. Ein neuer Gastro-Kassenschlager war geboren; 23 Jahre nach der Erfindung der Currywurst ebenfalls in Berlin.
Die "deutsche" Döner-Variante sei neben anderen Städten dann sogar in die Türkei exportiert worden. In der türkischen Erzählung gilt Iskender Efendi aus dem anatolischen Bursa als Wegbereiter der klassischen Kombination Fleisch, Salat, Soße, Brot - allerdings auf dem Teller als "Iskender Döner".
Heute gibt es weltweit Döner nach dem Muster der deutschen Hauptstadt, und nicht selten tragen die Buden von Polen bis Kalifornien "Berlin" im Namen. Hinzugekommen sind Franchise-Ketten, Tiefkühl-Döner-Pizza, Edel-Varianten mit Trüffel und Läden von VIPs wie Fußballer Lukas Podolski.
Doch mittlerweile hat die Bundesrepublik, in der die Döner-Branche laut Statista jährlich 2,4 Milliarden Euro umsetzt, die nächsten Sorgen. In Baden-Württemberg fordert die Stadtinitiative "Mein Heilbronn" eine "Obergrenze für den Döner" in der Innenstadt. Denn längst sei die Gewerbevielfalt angesichts der überhandnehmenden Barbershops, Nagelstudios und Imbisse gefährdet. Die Stadtverwaltung hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das auch ein Entwicklungskonzept prüft, wie es andere Städte bereits verabschiedet haben.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Nach meinem Imbiß die Sintflut**

Gil Barkei
Manchmal sollte man öffentlich-rechtliche Journalisten einfach mal frei Schnauze aus ihrer Wolkenkuckucksheim-Gedankenwelt erzählen lassen, um zu verstehen, warum der politmediale Komplex so ist wie er nun mal ist. Bei der Berichterstattung zur Brandenburg-Wahl läßt RBB-Moderator Sascha Hingst im Gespräch mit Alexander Gauland die Zuschauer kurz teilhaben an seinem Horizont.
Gauland sage immer, "daß sich das Land so verändert" und ihm das nicht gefalle: "Ja, natürlich, also sprechen wir es mal an, Messerangriffe, Gruppenvergewaltigungen, ja das sind Themen, wo sich was verändert hat und wo wir drauf gucken müssen." Aber auf der anderen Seite "verändern sich auch andere Sachen", betont Hingst und verweist auf "Herrn Sahin mit der Corona-Impfung" und andere "wissenschaftlich große Leute". Und dann wird es ganz persönlich: "Wenn ich zu meinem kleinen Laden um die Ecke gehe und einkaufen will, kriege ich abends um zehn von meinem kleinen Türken was zu essen - das gab es früher bei mir nicht."
Erstens darf man fragen, wo Herr Hingst wohnt, daß es den seit Gastarbeiterjahren typischen "kleinen Türken" (Ist das eigentlich rassistisch?) vor 2015 bei ihm nicht gab. Zweitens wird die Ego-Pippi-Langstrumpf-Rechnung deutlich: Zunehmende schwere Kriminalität, ein komplett gekippter öffentlicher Raum: alles egal, Hauptsache der ÖRR-Journo bekommt spät abends noch seinen Multikulti-Happen.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 27. September 2024 (x1.406/…): >>**Insiderin: Wie geheime Gesellschaften die selbstbewußten Menschen entkernen und vermassen**
Von *Herbert Ludwig*
Die Reporterin und Autorin Elizabeth Nickson beschäftigt sich mit den Methoden und Zielen der verborgenen Gesellschaften des Westens, wie sie in der Politik, Kultur und Wirtschaft Amerikas und darüber hinaus umgesetzt werden. Sie spekuliert nicht, sondern spricht aus einer reichen persönlichen Erfahrung. In einem privilegierten, vernetzten Elternhaus in Kanada aufgewachsen, kann sie die exklusive, zutiefst menschenfeindliche Denkweise dieser Menschen genau schildern. "Sie zerbrechen jede Familie, jedes Land". Nachfolgend die wesentlichen Passagen eines Artikels von ihr und Anmerkungen zu anderen ergänzenden Quellen. Die Zwischen-Überschriften sind von mir eingefügt. (hl)
Elizabeth Nickson überschreibt ihren Artikel mit: "Sie zerbrechen jede Familie, jedes Land". Sie beschreibt die geheimen Machenschaften, welche die ursprünglich individualistische Verantwortungs-Kultur der amerikanischen Siedler-Generationen immer mehr zerstören.
"Sie nennen sich selbst mit einer Vielzahl von Namen", so beginnt Elisabeth Nickson ihren Bericht: "die Olympier, die Auserwählten, die Bilderberger, die 300, die Halbgötter, der Schwarze Adel und mit anderen albernen Geheimnamen, die nicht ausgesprochen werden dürfen. Sie sind geheim, weil ihre Absichten böse sind. Sie praktizieren das Okkulte - töricht und unverantwortlich - sie sind 'Freimaurer' des verrückten Zweigs, eine Sekte, die völlig im Dunkeln und nur für sich selbst arbeitet."
"Es gibt sie schon seit tausend Jahren, und sie führen lächerlicher Weise ihre Blutlinie bis nach Sumer und zu den Pharaonen zurück, und sie glauben, das sei wichtig."
Sie seien genauso machthungrig wie Hillary Clinton und weitaus korrupter als sie oder Biden oder sein furchtbarer Sohn. Hunter Biden sei ihr Abbild, die visuelle Manifestation ihrer ekelhaften Dekadenz und ihres sexuellen Zwangs. Ihrer Meinung nach sei Hunter in ihren Kult hineingebracht und mit den Drogen, dem Bluttrinken, dem Töten und den sexuellen Opfern, den Intimitätsriten, die ihre Macht befeuern, verrückt geworden.
Elizabeth Nickson will nur reale Fakten, tatsächliche Dokumente und Planungen, die in der Öffentlichkeit bekannt sind, aber auch persönliche Erfahrungen schildern. Viele Autoren in

diesem Bereich würden ins Unbeweisbare rutschen, was natürlich beabsichtigt sei und zu Lasten der wehrlosen und unschuldigen Opfer gehe.
"Ich bin im reichsten Viertel Kanadas aufgewachsen, in Westmount und in der Sommerresidenz des alten Geldes in Kanada oder in einer von ihnen. Wir gehörten dazu und doch nicht. Das Erbe meiner Eltern war ursprünglich amerikanisch, was für uns ein Nachteil war. Beide Vorfahren kamen in den 1630er-Jahren nach Connecticut, als es nur eine Handvoll Siedler in der Flußkolonie gab, und 375 Jahre später fanden sie zueinander.
So reich war die Nachbarschaft: Das Haus der Familie meines zweitliebsten Internatskameraden war ein Schloß mit einer Fläche von 50.000 Quadratmetern.
So nah waren wir an MKULTRA und Allan Dulles dran: Dieses Haus, Ravenscrag, wurde Allan Dulles und dem Psychiater Ewan Cameron geschenkt, nachdem die vier Söhne der Familie im Zweiten Weltkrieg gefallen waren. In diesem Haus wurde meine Mutter als Versuchsperson in MKUltra eingesetzt":
Zum Verständnis: MKULTRA war ein umfangreiches geheimes Forschungsprogramm der CIA, das auf Befehl des CIA-Direktors Allen Dulles vom 13. April 1953 über Möglichkeiten der Bewußtseinskontrolle begonnen wurde. "Das Programm umfaßte unter anderem tausende von Menschenversuchen, bei denen ahnungslose Testpersonen, oft willkürlich unter Krankenhaus-Patienten und Gefängnisinsassen ausgewählt, ohne ihr Wissen unter hochpotente halluzinogene Drogen wie LSD und Mescalin gesetzt wurden. Zahlreiche Versuchspersonen trugen bei den Experimenten schwerste körperliche und psychische Schäden davon, teilweise bis hin zum Tod." (Wikipedia)
Der Vater des Mannes ihrer Lieblingsinternatskollegin, so Elizabeth Nickson weiter, habe die McConnell-Foundation, eine Wohltätigkeitsorganisation, geleitet. Die McConnells, denen unter anderem der Montreal Star gehört habe, hätten die Rockefellers, die CIA und MKUltra in die Stadt eingeladen und zu dem Projekt beigetragen, die ersten Gedankenkontroll-Experimente an nicht einwilligungsfähigen Menschen, einschließlich ihrer eigenen Frauen, durchzuführen. Auch dies sei eine feststehende Tatsache, die gut dokumentiert sei.

Charakterisierung dieser geheimen Kreise

Hier stelle sich vorweg die Frage, wie sie so grausam werden konnten? Wie könnten sich diese Männer und Frauen, ihre Erben, die den Großen Reset erzwingen wollten, indem sie jeden in 15-Minuten-Städten einsperren, chippen (Mikrochip injizieren), überwachen und mit einem chemischen Eintopf füttern, rechtfertigen?
Wie habe die oberste Riege der Mediziner Covid als das erkennen können, was es war, und dennoch die Impfungen mitmachen können, obwohl sie gewußt hätten, wie gefährlich, wie tödlich sie seien. Es sei unmöglich, sich die neuesten Zahlen von Edward Dowd über die Arbeitsunfähigkeit anzusehen, seine Prognosen über Krankheit und Tod anzuschauen und nicht zu glauben, daß dies eine absichtliche Keulung war. Dies sei ein weiteres Beispiel für ihre Barbarei, ihre mörderische Absicht.
Sie wolle schildern, wie sie so grausam hätten werden können.
"Sie haben Verachtung für fast jeden. Sie sind so reich und so privilegiert - und im Falle der Menschen, unter denen ich aufgewachsen bin, besteht ein langjähriges Privileg -, daß sie Menschen außerhalb ihres Kreises als Herdentiere betrachten, die man manipulieren kann. Ich weiß das, weil sie tief in ihrer Welt so sprechen, und sechs Jahre lang und elf Jahre meiner Kindheit war ich in dieser extrem sozialen Welt, einer Reihe von Partys dabei, die jedes Jahr bis zum Horizont reichten, und hörte jedem Wort zu, erahnte jeden Gedanken. Die Kinder waren das Spiegelbild ihrer Eltern.
Kein Außenstehender konnte in diese Welt eindringen, sodaß sie sicher waren, ihre Verachtung für weniger gute Menschen zum Ausdruck zu bringen. Es gab so viele Regeln zu befolgen, daß die Menschen nach den kleinsten Bewegungen, der Haltung, der Art und Weise, wie

man ging, aß und sprach, beurteilt wurden. Die notwendigen exquisiten Manieren wirkten wie ein Zaun. Es dauerte ein gutes Jahrzehnt, um die richtigen Tischmanieren zu lernen, die so automatisch sein mußten, daß man sie nur in der frühen Kindheit lernen konnte. Sie erkannten Außenseiter innerhalb von zehn Sekunden und schlossen sie sofort aus. Untereinander sprachen sie frei.
Warum war es so geheim? Weil die Zucht ein Hauptthema der zwanglosen Unterhaltung war. Blutlinien. Und die Kunst, diesen Reichtum und diese Privilegien zu erhalten. Und Hass. Verachtung.
Als ich wegging, verabscheute ich ihr bösartiges, unnachgiebiges Wesen mehr als ich sagen kann, und wenn wir, meine Familie, ein Teil davon waren, schwor ich ihnen ab. Ich habe alles abgelehnt."
Nach der Veröffentlichung ihres ersten Buches habe ihr Vater ihr das Erinnerungsfragment ihrer Ur-Ur-Großmutter geschenkt. Sie sei von dem Inhalt so traumatisiert worden, von dem, was ihren Eltern zugestoßen war, daß sie darin versunken sei wie in einem warmen Bad. Sie glaube, sie habe sie, Charlotte Phelps St John, kennengelernt, als sie uralt und sie selbst vier Jahre alt war. Es sei im Wohnhaus ihrer Großmutter geschehen, einem dieser riesigen, hallenden Steingebäude, in denen man die wohlhabenden Alten aufzubewahren pflegte. Sie, ihre Urgroßmutter, und ihre Großtante seien zu Besuch in der Stadt gewesen und hätten einen Blick auf sie werfen wollen, das erste Mädchen, das seit zwei Generationen in der Familie geboren worden sei.

Die guten Generationen

Alles, was man über die Gründung Amerikas erzählt habe, sei eine Lüge, vor allem die Erzählungen über die Rolle der Frauen.
"Diese vier Frauen waren so mächtig, so tief in sich selbst und ihrer eigenen bewährten Tugend verwurzelt, daß ich keinen modernen Menschen kenne, der auch nur annähernd an ihre geballte Macht herankommt. 350 Jahre lang hatten sie und tausende Familien wie sie, ganz normale, nicht 'blutsverwandt', Städte, Kirchen, Schulen und Infrastrukturen auf dem ganzen Kontinent aufgebaut. In ihren Städten wußten sie, wenn jemand in Not war, und sie waren da, von Angesicht zu Angesicht, und halfen durch ihre Kirchen, ihre Vereine und Gesellschaften. Intim. Keine performative Bullsh*t-Wohltätigkeit. Sie haben direkt dagegen angekämpft, tatsächliche Probleme gelöst, echten Menschen geholfen und sie nicht an die 'Regierung' verwiesen.
Die Eltern und Großeltern meiner Ururgroßmutter waren Offiziere der Underground Railroad gewesen, und ihre gesamte Familie war eine Quelle der Wohltätigkeit. Als Erwachsener wurde man nach diesem Beitrag beurteilt, nicht nach dem Geld, das man verdiente. Meine Urgroßmutter hatte das Vancouver General Hospital, heute ein milliardenschweres Unternehmen, in einem Zelt mit ihren Freunden aus der Kirche gegründet. Sie alle waren Eckpfeiler der Kultur, voll verantwortliche Erwachsene. Ihr Enkel, mein Großonkel, und seine Frau waren das Gleiche. Wären sie noch am Leben, wäre Vancouver auf keinen Fall ein abscheuliches Zentrum für Kindersexhandel, Geldwäsche und Drogen. Wir haben all das verloren. All das."

Der Beginn des zerstörerischen Denkens

Es sei ihnen alles genommen worden. Diese Kraft habe gebrochen werden müssen, und die Fabians, die Huxleys und H. G. Wells, um allgemein bekannte Namen zu nennen, hätten das Denksystem erfunden, das den Krieg gegen die Menschen vorantreibe.
- Die Fabian-Society, 1884 in Großbritannien gegründet, betrieb die Weiterentwicklung sozialistischer Ideen durch beständige Einflußnahme auf mächtige intellektuelle Kreise und Gruppen. Sie war einer der Wegbereiter der britischen Labour Party. Viele Mitglieder befaßten sich auch mit okkulten Methoden. Aldous Huxley, Autor von Brave New World. H. G. Wells war ein einflußreicher britischer Schriftsteller, Mitglied der Fabian Society und weiterer politi-

scher Think Tanks wie der Coefficients.
Dieses zerstörerische Denken habe vor dem Ersten Weltkrieg begonnen und sei erblüht und metastasiert nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Optimismus, die Kreativität und die Macht der USA ihre Fahne hoch gehalten hätten.
"Sie, die Rockefellers, die Bilderberger, Kissinger, der Schwarze Adel von Venedig, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Eigentümer der New Yorker Fed, alte europäische Familien, die amerikanische Schulden halten, und hundert andere, waren entschlossen, die amerikanische Industriegesellschaft zu zerschlagen, sie auf ihr früheres Bauerntum zu reduzieren, ihre Bevölkerung zu verelenden, um sie zu kontrollieren. Wäre Amerika seit den 50er-Jahren gewachsen, hätte das ihre Macht und ihren Reichtum gebrochen.
Und vor allem haßten sie Amerikas Optimismus, seine 'Can-do-Haltung', sein dreistes Selbstvertrauen, das sich niemandem beugte.
Sie planten drei Hauptstoßrichtungen. Die erste bestand darin, die Städte zu zersetzen, indem sie sie zu einer Ansammlung unterschiedlicher Gruppen und Rassen machten, die alle um die knappen Ressourcen konkurrierten, die sie im Laufe der Zeit abbauen würden. Sie würden die Differenzen anheizen und uns dazu bringen, einander zu bekämpfen. Das zweite Ziel war, eine Reihe von Kulturschocks auszulösen (z.B. Covid, Attentate), die uns infantilisieren, uns bequem und schwach machen sollten. Und das dritte Ziel war die Zerstörung der Kultur, der Frauen und der Jugend. Die sinnlose Gewalt, die Serienmörder, die Selbstmorde im Teenageralter, die Drogen, der Rock, die vorgetäuschte Rebellion - all das wurde erfunden."
Als sie, Elizabeth Nickson, sich mit der Geschichte ihrer Familie beschäftigt habe, sei sie in den Museen und historischen Vereinen der Kleinstädte gelandet, in denen sie lebten. Da prominent, wurde alles gesammelt: Porträts, Briefe, Tagebücher, Zeitungsausschnitte, Besitztümer und Kleidung. Ihr Urgroßonkel habe in den 1880er-Jahren ein 3.000-seitiges Buch über ihre Geschichte geschrieben und noch mehr Testamente, Tagebücher, Briefe und so weiter gesammelt. Sie habe sich mehr als zehntausend Dokumente angesehen. Sie seien erfolgreich gewesen, so wie Zehntausende andere Familien. Sie seien die guten Vorfahren, die Hausgötter gewesen, nicht der Abschaum von Milliardären und Hollywood. Ihre Städte seien friedlich, ihre Familien stabil gewesen, und ihre Kinder hätten Hoffnung gehabt.
Was jetzt regiere, sei nicht gut. Es sei sogar menschenfeindlich, das schlimmste aller Übel, eine Eidechse, die erbarmungslos mit der Zunge schnalzt.

Die Zerstörung der amerikanischen Kultur

Die Programme und Überlegungen, die hinter der Zerstörung der amerikanischen Kultur seit dem Zweiten Weltkrieg stünden, seien gut dokumentiert und die Dokumente öffentlich zugänglich. Es sei in den Universitäten und Städten absichtlich eine irrationale Dummheit geschaffen worden. Hirntote Raves (ekstatische Tänze) und die hunderttausendfachen halbdionysischen Riten, die überall in der westlichen Welt stattfänden, hätten darin ihre Wurzeln. Dies diene dazu, die Möglichkeit der Selbstbestimmung Erwachsener und die Macht des Einzelnen zu zerstören.
"Es benötigte eine intellektuelle Untermauerung, die ihnen half, sich überlegen zu fühlen, und in der Zwischenkriegszeit fanden die selbst ernannten Führer in Bloomsbury und Oxbridge (eine Mischung aus den Universitäten Oxford und Cambridge) diese Untermauerung. Aldous Huxley, der Enkel von Thomas Huxley (allgemein als Darwins PR-Mann bezeichnet), der Mitglied der Tafelrunde und der Rhodes-Gruppe war, und Arnold Toynbee, Leiter der Forschungsabteilung des britischen Geheimdienstes während des Ersten Weltkriegs, sorgten für das nötige Gewicht. Aldous gründete eine Organisation mit dem Namen Children of the Sun" (Kinder der Sonne) mit anderen Mitgliedern der Tafelrunde wie WH Auden, TS Elliot, Julian Huxley, DH Laurence und natürlich HG Wells.
Aus den heidnischen Zeremonien des alten Ägyptens und des Römischen Reiches abgeleitet,

war es ein dionysischer Kult, der versprach, daß sich bei der vollen Entfaltung der tierischen und sinnlichen Natur die 'Türen' zur 'Wahrnehmung' öffnen würden und man die Macht Gottes haben könnte. Heidentum hört sich cool an - all die Tätowierungen, mit denen die Menschen ihre heidnischen Stammeswurzeln verkünden. Bis man merkt, daß das Heidentum Menschenopfer verlangt, damit es 'funktioniert'. Der Orden der Goldenen Morgenröte wird heute auf der ganzen Welt praktiziert.
Und das Ergebnis? Fünfundzwanzig Prozent der Amerikaner sind teuflisch besessen. Diejenigen, die teuflisch unterdrückt werden? 10-15 %.
Elizabeth Nickson hütet sich aber durchaus vor Pauschalurteilen. Sie nennt zwar geringschätzig auch die russische Mystikerin Helena Blavatsky, die an der Gründung des "Ordens der Goldenen Morgenröte" beteiligt gewesen sei, sie habe aber auch Mitglieder in einigen Hauspartys ihrer Vermieterin in Grantham in England als sehr positiv erlebt. Sie hätten, überwältigend belesen, nicht nur einen fundierten, brillanten Verstand gehabt, ihr Denken sei auch ganz christlich gewesen. "Jeder auf dieser Hausparty (mit Ausnahme von mir) war in höchstem Maße tugendhaft, bescheiden, offen, neugierig, freundlich, fürsorglich gegenüber den Kolonialisten in ihrer Mitte, trotz ihrer klaren geistigen Überlegenheit. Und christlich."
Huxley und Co. dagegen seien alles andere als bescheiden, fromm oder freundlich, sie seien selbst hinter der Gottheit her gewesen. Und diese "dummen kleinen Geheimgruppen" hätten Macht und Verehrung gewollt. Also hätten sie ein Denksystem erfunden, unter dem wir heute leben. "1984″, "The Doors of Perception", "Brave New World" seien nicht nur Romane, sondern massenwirksame Organisationsdokumente. Sie hätten sie selbst eine offene Verschwörung und Blaupausen für eine Weltrevolution genannt.
"Sie standen in Verbindung mit dem RIIA, dem 'Royal Institute for International Affairs', einem der vielen Schlangenköpfe, die Toynbee 50 Jahre lang leitete.
Es flossen etliche Gelder, und schließlich gründeten sie ihre eigenen behavioristischen Institutionen, um diese Weltrevolution zu erzwingen. Sie wollten nicht nur eine Revolution, sondern 'ein Eine-Welt-Gehirn'. Sie wollten eine Polizei des Geistes. Und da die Finanzinteressen Großbritanniens die finanziellen Vorteile einer solchen 'Revolution' wollten, wuchs die Finanzierung und wuchs und wuchs. Die angebotene Macht zieht die schlimmsten Leute an, und auch sie schlossen sich der Kabale an.
Daher gehen Propaganda und Planung heute von unseren angesehensten Institutionen aus, vorwiegend vom Stanford Research Centre in Stanford, dem Institute of Social Research an der University of Pennsylvania, der London School of Economics, den National Training Laboratories, dem Hudson Institute, Esalen, dem National Institute of Mental Health, dem National Institute of Drug Abuse, dem Office of Naval Research, der in Genf ansässigen International Foundation for Development Alternatives and Executive Conference Centre, Rand, MIT/Sloan, dem Advanced Centre of Behavioural Sciences in Palo Alto.
Von jedem dieser Einrichtungen wird täglich eine Flut von Propaganda in jeden Sektor, jede Vereinigung, jede Religion, jede Einwanderergruppe, jede Regierungsorganisation, jede Gewerkschaft, jede Schule und Universität geschleust. All diese Organisationen, für die man Unglauben bis hin zur Verachtung entwickeln muss, haben sich für Folgendes entschieden."

Schmerzloses Konzentrationslager

Aldous Huxley habe das Endergebnis, "die letzte Revolution", "eine Diktatur ohne Tränen" genannt, in der die Menschen ihre Knechtschaft lieben. In dieser Rede von 1961, die HIER verlinkt ist, wird behauptet, das Ziel sei es, "eine Art schmerzloses Konzentrationslager für ganze Gesellschaften zu schaffen, sodaß den Menschen tatsächlich ihre Freiheiten genommen werden … aber … durch Propaganda oder Gehirnwäsche … verstärkt durch pharmakologische Methoden, von jeglichem Wunsch nach Rebellion abgelenkt werden."
Das sei genug Geschwätz, um darauf hinzuweisen, daß Huxley nur beschreibend gewirkt ha-

be. Aber im Alter von 60 Jahren sei er davon überzeugt gewesen, daß die Entvölkerung in vollem Umfang stattfinden müsse, und dies sei seiner Meinung nach der richtige Weg. Abgesehen von Massenvergiftungen. Oder Atomkrieg.
"The Changing Images of Man", das grundlegende Dokument, sei von einigen der führenden amerikanischen Intellektuellen der Vor- und Nachkriegszeit verfaßt worden. Es propagiere und argumentiere für die Abkehr vom Wunsch der Menschheit, etwas zu schaffen, zu bauen, hin zu einem industriellen Fortschritt, der den "Spiritualismus" einschließe. Das Bild des technologischen und industriellen Menschen sei veraltet und müsse über Bord geworfen werden.
"Und so … heute. Hier ist mein Beispiel für das, was in meiner Region geschehen ist. Die Menschen wurden entmannt, entwurzelt, zu verblödeten Männern und Frauen reduziert, die nicht kritisch denken, sondern sentimentale Propaganda verbreiten.
Meine Urgroßeltern väterlicherseits halfen bei der Gründung der Stadt Vancouver und zogen dorthin, als es nur 4.000 Einwohner gab. Über 100 Jahre hinweg bauten sie und andere einfache Familien die moderne Stadt auf. Wenn man hinfiel, wurde man aufgefangen. Heute ist die Stadt im Besitz asiatischer Verbrecherkartelle, die den größten Teil des Drogengeldes in Amerika über ihre Kasinos und Immobilien waschen.
Nur wenige Neuankömmlinge in Kanada können es sich leisten, Häuser oder Eigentumswohnungen zu kaufen, da sie alle Gaunern gehören. Zweifellos werden in unserem Hafen, dem zweitgrößten an der Westküste Nord- und Südamerikas, Containerladungen entsorgter Kinder für Sexualstraftäter (ein weiteres Produkt der Kabale) auf dem ganzen Kontinent abgefertigt. Menschenhandel ist weit verbreitet, Sklaven gibt es auf jeder Straße."
Ihre Generation von Frauen mache sich Sorgen über Bäume, das Wetter. Sie seien in höchstem Maße geistlos, schwärmen wie 14-Jährige und zögen sich an wie Kleinkinder. Sie plärrten über die "Umwelt" und ignorierten die Menschenopfer in ihrer Nähe. In der Stadt stürben Menschen und koteten auf die Straße. Sie würden ignoriert.
Wir seien darauf programmiert worden, nur an uns selbst zu denken. "Frauen denken zu viel an andere", "sie müssen lernen, egoistisch zu sein". In diesen Gedanken seien wir alle gefallen. Minute für Minute werde uns gesagt, daß wir unsere Körper und Gesichter in eine perfekte Gestalt zwingen sollen, wie Bezos' zukünftige Frau, daß wir jede Saison neue Kleider kaufen sollen, daß wir uns für "Kunst und Literatur" interessieren sollen, daß wir eine Yoga- und Meditationspraxis haben sollen, die "Frieden" und Ruhe fördert, daß wir alles machen sollen, außer als Erwachsene füreinander verantwortlich zu sein, und wir das harte, gefährliche Spiel machen sollen.
"Sind die Belogenen genauso schuldig wie diejenigen, die lügen? Was haben die Deutschen gefühlt, als sie von den Öfen erfuhren? Wie werden sich die heutigen Generationen fühlen, wenn sie für die acht Millionen Kinder, die jedes Jahr verschleppt werden, zur Rechenschaft gezogen werden?
Diese eine unumstößliche und grausame Tatsache ist ein perfektes Beispiel für die Verwüstung, die die Kabale angerichtet hat."
Quelle: WHO IS THE HEAD OF THE SNAKE BEHIND THE GREAT RESET, COVID AND GLOBAL WARMING HOAXES?
Übersetzung: https://uncutnews.ch/wer-ist-der-kopf-der-schlange-hinter-dem-great-reset-covid-und-der-luegen-ueber-die-globale-erwaermung/<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 27. September 2024 (x1.405/…): >>**Soldat im Gefängnis beendet Hungerstreik**
Oberfeldwebel: Staat will "Exempel statuieren" / Bank kündigt Konto des Inhaftierten / BSW-Abgeordneter Pürner spricht mit Soldat in Gefängnis / AfD fordert Begnadigung - Söder reagiert bislang nicht

Der am 16. September verhaftete Oberfeldwebel Alexander Bittner hat seinen Hungerstreik beendet. Er werde es im Gefängnis aushalten, "so lange es erforderlich ist", schreibt er in einem Brief, veröffentlicht durch seine Familie auf dem Messenger-Dienst "Telegram". Seine Vorgesetzten "bis ins Verteidigungsministerium" hinein, "wollen an mir ein Exempel statuieren", erklärt der 41-Jährige weiter. Doch der "Druck im Kessel" werde immer größer. Früher oder später werde die Wahrheit aus dem Kessel "hinaus brodeln", so Bittner. Um der Corona-Aufarbeitung genug Zeit zu geben, habe er mit dem Hungerstreik aufgehört.
Der Bundeswehrsoldat, aktuell in Haft in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Aichach bei Augsburg, war wegen Gehorsamsverweigerung verurteilt worden, da er nicht bereit war, sich ein mRNA-basiertes Corona-Präparat injizieren zu lassen.
Aus Protest gegen seine Verhaftung war er in einen Hungerstreik getreten, bei dem er auch die Flüssigkeitsaufnahme verweigerte. Bittner erklärt in einem weiteren offenen Brief (25. September), daß ihn in wenigen Tagen im Gefängnis bereits mehr als 100 Zuschriften erreichten, die ihm Kraft gegeben haben. Der Oberfeldwebel schreibt, seine Vorgesetzten bei der Bundeswehr hatten unrecht, als sie behaupteten, es werde niemanden interessieren, wenn er für ein halbes Jahr im Gefängnis verschwinde. Weder Vorgesetzte noch Politiker würden seinen Willen brechen - und auch nicht seine Bank.
Bittners Ehefrau Olga informierte bei einer öffentlichen Protestveranstaltung in München (21. September) darüber, daß ihre Bank alle Konten der Familie ohne Angabe von Gründen gekündigt hat. "Das ist eine Katastrophe", sagte sie. Die Hausfrau und dreifache Mutter stehe nun mittellos da. Nach Angaben Bittners und seiner Familie handelt es sich um Konten bei der Deutschen Kreditbank (DKB). In einer umfangreichen Recherche hatte Multipolar bereits im Juni darüber berichtet, daß immer mehr oppositionellen Medien und anderen Regierungskritikern ohne Angabe von Gründen die Bankkonten gekündigt werden. Leitmedien und staatliche Akteure setzen hierzu Banken unter Druck.
Der Arzt und Europaabgeordnete Friedrich Pürner (BSW) durfte am heutigen Freitag (27. September) mit Alexander Bittner in der JVA Aichach sprechen, erklärte der Mediziner im Gespräch mit Multipolar. Bittner wirke gesund und bei Kräften, er werde gut behandelt. Die Anstaltsleitung habe ihnen unkompliziert ein 90-minütiges Gespräch ermöglicht, sagte Pürner. Er habe sich vom Oberfeldwebel die Entstehungsgeschichte seines Falles erzählen lassen. Corona sei eine besondere Situation gewesen, die Menschen "auf den Prüfstand gestellt" habe.
Pürner zufolge ist die Corona-Impfpflicht der Bundeswehr "ohne jede Not" eingeführt worden. Es hätte genügt, die Impfung zu empfehlen. "Pflicht und Zwang bedeutet immer, daß gute Argumente fehlen." Die Institutionen benötigten mehr Fingerspitzengefühl. Der Mediziner würde eine Rehabilitation aller Betroffenen der Corona-Maßnahmen begrüßen - darunter auch eine Begnadigung Alexander Bittners. Das wäre ein "schönes Zeichen" des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) und ein Beweis dafür, daß er es ernst damit meine, gesellschaftlichen Frieden zu schaffen. Allerdings würde Söder in der Begnadigung Bittners "eher eine persönliche Niederlage sehen", vermutet Pürner.
Die Kontokündigung sei "ziemlich befremdlich", unterstreicht der BSW-Politiker. Bittner zufolge gebe es überhaupt keinen Grund für die Kündigung. Das Konto sei im Plus und weise keine Unregelmäßigkeiten auf. "Man stürzt hier einen Menschen in finanzielles Elend", kritisiert Pürner. Mit solch einem Eingriff würden Bürger vollkommen unverhältnismäßig in eine Notsituation gebracht.
Die Bundestagsabgeordnete Zaklin Nastic (BSW) fordert im Zusammenhang mit der Inhaftierung von Oberfeldwebel Bittner "eine lückenlose Aufarbeitung der verfassungswidrigen Corona-Impfpflicht und der bis heute andauernden Nötigung deutscher Soldaten, sich einer Zwangsimpfung zu unterziehen." Laut Soldatengesetz war der Befehl zur Corona-Impfung unzulässig und stellte eine grobe Einschränkung der Freiheitsrechte dar. Die Bundestagsgrup-

pe des BSW hatte unter anderem deshalb in der vergangenen Woche einen Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Bundestag gestellt.
Acht bayerische AfD-Abgeordnete hatten bei einer Plenarsitzung am gestrigen Donnerstag (26. September) zudem einen Dringlichkeitsantrag in den Landtag eingebracht, mit dem sie Ministerpräsident Söder aufforderten, Oberfeldwebel Bittner zu begnadigen. Es sei nicht nachvollziehbar, warum der Soldat noch eine Haftstrafe antreten müsse, nachdem die Corona-Impfpflicht in der Bundeswehr bereits abgeschafft wurde, heißt es darin. Der Ministerpräsident hat laut Artikel 47, Absatz 4 der Bayerischen Verfassung das Recht, Begnadigungen auszusprechen. Der Antrag wurde im Plenum nicht beraten, sondern in den "federführenden Ausschuß" verwiesen.
Der Parlamentarische Geschäftsführer der bayerischen AfD-Fraktion, Christoph Maier, betont: "Sämtliche Corona-Maßnahmen, besonders die berufsbezogenen Impfpflichten, sind spätestens seit der Offenlegung der RKI-Files in einem ganz neuen Licht zu betrachten." Vier Bundestagsabgeordnete der AfD hatten in einem offenen Brief an Söder ebenfalls die Begnadigung Bittners gefordert.
Laut der Menschenrechtsorganisation "United for Freedom" (UFF), hatte ein Bundeswehrangehöriger dem Inhaftierten am vergangenen Sonntag (22. September) das Angebot gemacht, in den offenen Vollzug zu wechseln. Dabei dürfen Inhaftierte die Haftanstalt tagsüber verlassen, um einer Arbeit nachzugehen und sich auch innerhalb des Gefängnisses relativ frei bewegen. Bittner lehnte das jedoch ab. Er sei unschuldig, so seine Antwort. "United for Freedom" sieht in diesem Zusammenhang auch den offenen Brief der AfD-Bundestagsabgeordneten kritisch. Denn mit einer Bitte um Begnadigung, "teile man die Auffassung der Schuld".
Ministerpräsident Söder hatte am 18. September erklärt, alle in Bayern noch laufenden Bußgeldverfahren wegen Coronaverstößen sollen beendet werden. "Wir wollen jetzt Frieden haben." Auf Multipolar-Anfrage ob er in diesem Zusammenhang die Haftstrafe des Oberfeldwebels Alexander Bittner in der JVA Aichach zeitnah aufheben werde, erfolgte von Seiten des bayerischen Ministerpräsidenten keine Antwort.
Bittners 14-jährige Tochter berichtete bei der Protestveranstaltung in München, daß sie von der Verhaftung ihres Vaters per Telefon auf dem Heimweg von der Schule erfuhr. "Daß er nun in Haft ist, weil er sich nicht impfen lassen hat, das bricht mein Herz. Das kann nicht wahr sein." Er habe mit seiner Entscheidung gegen die Impfung niemandem geschadet und werde dafür eingesperrt. Sie sei sprachlos.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 27. September 2024 (x1.405/…): >>**Kujat: "Diesen Krieg kann niemand gewinnen"**
Ex-Generalinspekteur: Sorge vor weiterer Eskalation durch Freigabe neuer Raketen in der Ukraine / Verhandlungen ohne Vorbedingungen nötig / Unterstützung der Selenskij-Initiative durch Scholz ein "Irrweg"
Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, warnt vor einer weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges. In einem Expertentalk mit Michael Clasen von der Neuen Osnabrücker Zeitung beantwortete Kujat am Donnerstagabend (12. September) live die Fragen der Leser und Zuschauer. Dabei ging er auch auf die mögliche Aufhebung der Reichweitebegrenzung von Raketen durch die USA und Großbritannien ein. Diese wird vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gefordert und derzeit diskutiert. Kujat, der bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses war, sieht darin einen "erheblichen Eskalationsschritt zur Erhöhung der Kampfhandlungen".
Eskalationen seien nie einseitig. Wenn der Druck auf Rußland erhöht werde, dann werde Rußland den Druck auf die Ukraine erhöhen. So hatte Rußlands Präsident Wladimir Putin bereits Gegenmaßnahmen angekündigt, sollten Raketen mit westlicher Unterstützung sein Land angreifen. Kujat stellte einer weiteren Eskalation die Notwendigkeit von Verhandlungen entge-

gen. Die Frage sei, wer in die Eskalationsspirale eingreift. Der Luftwaffengeneral a.D. verwies auf den Vorschlag Chinas, die Verhandlungen dort fortzuführen, wo sie 2022 in Istanbul abgebrochen worden waren. Dies sei schwierig aber immerhin ein Anfang.
Kujat richtete sein Augenmerk auf die Kriegsziele der beiden beteiligten Großmächte USA und Rußland, denn: "Einen Krieg gewinnt man dann, wenn man die politischen Ziele erreicht, derentwegen man diesen Krieg führt." Die ursprünglichen Kriegsziele beider Seiten seien nicht mehr realistisch. Rußland sei dabei gescheitert, die weitere Ausdehnung der NATO zu stoppen und eine Pufferzone zu schaffen - dies zeige der Beitritt Schwedens und Finnlands. Der Westen sei aber seinerseits dabei gescheitert, Rußland zu schwächen.
Kujat verwies auf den Aufschwung der Wirtschaft und die Stärkung der Streitkräfte in Rußland. "Diesen Krieg kann niemand gewinnen", sagte Kujat, der immer wieder auf die Notwendigkeit von Realismus und Verhandlungen hinwies. Dies bedeute nicht, die Unterstützung der Ukraine aufzugeben oder die Aggression Rußlands zu negieren. Auch bei Verhandlungen müsse der Westen die Ukraine unterstützen.
Laut Kujat sind von beiden Seiten hohe Hürden für neue Verhandlungen aufgerichtet worden. Auf russischer Seite sei dies die Annexion von Teilen der Ukraine, auf ukrainischer Seite das Verbot von Verhandlungen mit Rußland. "Entscheidend ist deshalb, daß diese Vorbedingungen nicht aufrecht erhalten werden", sagte Kujat. Ein Ergebnis wie in Istanbul im April 2022 könne nicht mehr erzielt werden.
Grund hierfür sind für Kujat vor allem die Erfolge Rußlands auf dem Schlachtfeld. Angesichts der militärischen Lage sei der "10-Punkte-Friedensplan" Selenskyjs illusorisch. Wenn Bundeskanzler Scholz sich dafür ausspreche, sei das ein "Irrweg", sagte Kujat. Scholz sollte wie Indien und andere Staaten den chinesischen Vorschlag unterstützen, den Selenskyj diese Woche erneut abgelehnt hat.
Kommt es nicht zu Verhandlungen, erwartet Kujat eine "katastrophale militärische Niederlage", zu der auch der Westen einen Beitrag geleistet habe. Außerdem könne es für die Unterstützung der Ukraine durch die USA ein Verfallsdatum geben, wenn im November Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt wird. Die Russen marschierten auf dem Schlachtfeld immer weiter vor. Ihr Ziel sei die Einnahme der vier Donbass-Regionen.
Kujat zufolge versucht die Ukraine im Gegenzug, auf russisches Gebiet vorzudringen und jetzt mit Raketen mit größerer Reichweite den Krieg noch weiter nach Rußland zu tragen. Ziel sei es, die russische Bevölkerung gegen den Krieg aufzubringen. Dies sei eine Möglichkeit, die drohende Niederlage abzuwenden. Die zweite wäre gewesen, den Gegner von wichtigen Nachschublinien abzuschneiden, wie es die Ukraine im vergangenen Jahr versucht hat. Dies sei aber gescheitert.
Kujat machte deutlich, daß der Krieg der ukrainischen Bevölkerung viel abverlangt. Aus ihrer Sicht seien Verhandlungen unabdingbar. Andernfalls sieht er die Gefahr einer weiteren Eskalation bis hin zu einem "Point of no return" zwischen den Großmächten und damit letztlich einem Dritten Weltkrieg.
Kujat erinnerte auch an die Vorgeschichte, an der er als Vorsitzender des NATO-Rußland-Rates beteiligt war. Damals habe man versucht, einen Ausgleich zwischen dem Westen und Rußland zu erzielen. Als Wendepunkte bezeichnete er zwei Daten. Zum einen die Kündigung des ABM-Vertrags durch die USA im Jahr 2002 und zum anderen den Versuch von Präsident George W. Bush 2008, die Ukraine und Georgien mit "Brachialgewalt" in die NATO zu holen. Bis heute sei keine Einladung an die Ukraine ausgesprochen worden, dem Bündnis beizutreten, erklärte Kujat. Dafür ist ein einstimmiges Votum aller Mitgliedstaaten erforderlich.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. September 2024 (x1.403/…):
>>**"So Done"**

FDP-Politiker gründen Abmahn-Firma, die mit KI gegen "Haß im Netz" vorgehen will

Drei FDP-Politiker gehen gegen Haß im Netz vor - mit einer KI automatisieren sie den Abmahn-Prozeß. JuLi-Chefin Brandmann hat das Unternehmen mitgegründet - sie sei inspiriert von einer umstrittenen US-Autorin, die wegen Angriffe auf Meinungsfreiheit einen Regierungsjob verlor.

Max Roland

Ein Büro in Rheine, einer kleineren Stadt in Nordrhein-Westfalen - lichtdurchflutet, Parkettboden. Hier trifft ein Spiegel-Journalist drei junge Gründer, die, wie sie selbst sagen, eigentlich gar nicht gründen wollten. Aber der allgegenwärtige Haß im Netz habe sie dazu veranlaßt. Nun sitzen sie in schicken Büroräumlichkeiten und betreiben das, was manche als mutig und wichtig, andere als "Abmahn-Verein" bezeichnen: Die Firma "so done", die sich geschäftsmäßig dem Kampf gegen "Haß im Netz" widmet. Spiegel Online porträtiert die drei Gründer mit dem umstrittenen Geschäftsmodell.

Motivation für die Gründung einer Agentur gegen "Haß" war eigene Betroffenheit: Brandmann, als JuLi-Chefin, steht in der Öffentlichkeit und damit auch in der Kritik. Diese wurde auch polemisch und arg beleidigend. "Das hat mich damals richtig verletzt", erzählt Brandmann. "Aber ich wußte nicht, wie ich mich dagegen zur Wehr setzen kann."

Nach weiteren Hassnachrichten tat die junge Politikerin sich mit Parteifreunden zusammen. "Warum wehrst du dich nicht dagegen?", habe sie ein befreundeter Anwalt gefragt und juristische Unterstützung angeboten. Er freue sich, wenn er "Menschen, die so einen Dreck schreiben, zur Verantwortung ziehen" könne. Weiter inspiriert wurde sie dann von einem Buch einer linken, amerikanischen Aktivistin. Dem Spiegel erklärt Brandmann, sie habe das Buch "How to be a woman online" von der Autorin Nina Jankowicz gelesen und sich davon begeistern lassen. Jankowicz meint, daß Frauen, die sich öffentlich exponieren, im Netz systematisch Opfer von Haß werden würden.

Diese Inspiration ist insofern bemerkenswert, als Jankowicz in den USA für ihre Beteiligung an einem sogenannten "Desinformations-Rat" stark in die Kritik geraten ist. Das Gremium, das von Jankowicz als "Executive Director" geführt wurde, wurde nach massiver Kritik innerhalb weniger Wochen wieder aufgelöst. Unter anderem beteiligten sich die unabhängige Medienaufsicht FCC, beziehungsweise ihr Chef Brendan Carr, lautstark an dieser Kritik. Carr nannte das Gremium "orwellsch", "unamerikanisch" und verfassungswidrig.

Kritiker über Parteigrenzen hinweg sahen eine Bedrohung für die in Amerika durch den ersten Verfassungszusatz geschützte Redefreiheit. Besonders pikant: Die ehemalige Chefin des Desinformations-Rates verbreitete selbst Desinformation, als sie den Skandal um den Laptop von Präsidenten-Sohn Hunter Biden als ebensolche Desinformation verleugnete - was eine Falschdarstellung war.

Mit Desinformation gegen Redefreiheit - eigentlich keine ehrenvolle Inspiration für jemanden, der sich selbst liberal nennt. Brandmann aber sah sich von der Autorin motiviert und begann mit ihren zwei Freunden direkt mit der Arbeit an "so done" - so der Name des Unternehmens. "So done" heißt auf Englisch etwa: Ich habe es so satt. Diese Firma durchforstet das Internet nach Hassbeiträgen, sobald sie von einem Mandanten dazu beauftragt wird, und verschickt bei aussichtsreichen Rechtsverstößen Abmahnungen.

"Gefüttert haben wir die KI mit 250.000 Tweets, die wir händisch durchgeschaut und auf ihren strafbaren Charakter geprüft haben", erklären die Gründer. Herausgekommen sei "eine auf deutsches Strafrecht spezialisierte KI, die ständig weiterlernt". Zudem automatisiert das Programm die Beweissicherung inklusive gerichtssicherer Screenshots. Perspektivisch soll dieser "KI-Schutzschirm" (Spiegel) auch auf TikTok und Instagram sowie Facebook, YouTube und

Telegram ausgeweitet werden. Zudem soll die Software auch antisemitische Äußerungsdelikte und Volksverhetzung erfassen.
Unabhängig vom oft widerlichen Inhalt von Hassbotschaften - mit einem KI-Tool gegen Redefreiheit im Netz vorzugehen, erscheint nicht sonderlich liberal. Zu den Abmahnungen heißt es auf der Website des Unternehmens: "Wenn Sie ein Aufforderungsschreiben von uns erhalten haben, dann haben wir Sie als Urheber einer strafrechtlich relevanten Äußerung identifiziert. In aller Regel haben wir bereits ein Strafverfahren eingeleitet und nehmen Sie jetzt zivilrechtlich in Anspruch", heißt es auf der Website der für diese Abmahnungen verantwortlichen, dem Unternehmen anhängigen Kanzlei. Ein Strafantrag könne in Einzelfällen und nach der Erwirkung eines Durchsuchungsbeschlusses sogar zu einer Hausdurchsuchung oder Sicherstellung eines Laptops führen, freut sich Team-Anwalt Brockmann.
Man vertritt prominente, linke Journalisten und Aktivisten, aber auch Politiker wie Robert Habeck (Grüne) oder Julia Klöckner (CDU). Der Militär-Experte und Bundeswehr-Professor Carlo Masala war einer der ersten Kunden der Firma. Auch die Grünen-Influencerin Mareile Idhe, ein ehemaliges FDP-Mitglied, nimmt offenbar die Dienste von "so done" in Anspruch.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. September 2024 (x1.403/…):
>>**Parlamentseröffnung in Thüringen: Das waren die chaotischsten Momente**
Im Thüringer Landtag herrschte am Donnerstag Chaos: Die konstituierende Sitzung endete ohne Ergebnisse, weil Parlamentarier sich gegenseitig blockierten. Jetzt befaßt sich das Landesverfassungsgericht mit dem Fall - ein Novum in der deutschen Nachkriegszeit.
Henry Albrecht
Alterspräsident Jürgen Treutler wirkte verzweifelt - seiner Aufgabe eine ordentliche Sitzung zu leiten gelang ihm nicht. Der Grund: Störrufe und Unterbrechungen seitens aller Fraktionen.
Am Donnerstag fand sich in Thüringen der Landtag zur konstituierenden Sitzung zusammen. Bereits Tage zuvor bahnte sich ein Chaos an. Doch die etwas mehr als vier Stunden lange Sitzung überbot alle Erwartungen. Das, was am Donnerstag in Erfurt geschah, ist ein Novum in der Nachkriegszeit - erreicht wurde nichts. Parlamentarier von CDU und Linken schrien unter Duldung des BSW sämtliche Versuche des AfD-Alterspräsidenten Jürgen Treutler, die Sitzung zu führen, nieder.
Währenddessen sorgte die AfD-Fraktion dafür, daß die restlichen Parteien ebenfalls keine Anliegen durchsetzen konnten. So konnte kein einziger Tagesordnungspunkt abgehandelt werden. Inzwischen ist, nach nur einer Sitzung des Chaos Landtags, das Landesverfassungsgericht, mit dem Fall betraut worden. Apollo News hat einige der absurdesten Momente der Parlamentseröffnung zusammen getragen.
Keine 15 Minuten bis zur ersten Unterbrechung
Der Alterspräsident Jürgen Treutler von der AfD eröffnete die Sitzung um 12:01 Uhr, nachdem die meisten Abgeordneten ihre Plätze eingenommen hatten. Von Beginn an zeichnete sich ab, daß es nicht reibungslos verlaufen würde. Treutler, als ältester Abgeordneter für die Leitung der ersten Sitzung verantwortlich, hielt zunächst eine längere Rede. Eine Rede des Alterspräsidenten ist ein gängiger parlamentarischer Brauch. Zudem ist es Aufgabe des Alterspräsidenten, zwei vorläufige Schriftführer sowie die Leitung der Wahl des Parlamentspräsidenten zu ernennen.
In seiner Rede verwies der Alterspräsident auf die Tatsache, daß die AfD als stärkste Fraktion den Landtagspräsidenten stellen möchte und Wiebke Muhsal nominiert hatte. Bereits hier wurde deutlich, daß dies von den anderen Fraktionen nicht unterstützt werden würde.
Kurz nach Beginn, gegen 12:15 Uhr, kam es zur ersten Unterbrechung. CDU-Politiker Andreas Bühl und CDU-Chef Mario Voigt forderten, daß zunächst die Beschlussfähigkeit des Landtags festgestellt wird, bevor Treutler seine Rede fortsetzen sollte. Laut Geschäftsordnung wäre

dies ein formeller Schritt, um sicherzustellen, daß alle anwesenden Abgeordneten registriert sind. Treutler jedoch weigerte sich, darauf einzugehen, und wollte zunächst seine Rede beenden. Dies führte zu einem ersten verbalen Schlagabtausch, bei dem die AfD lautstark protestierte und Bühl von den anderen Fraktionen Beifall erhielt.

Vorwurf der "Machtergreifung"

Im Laufe des Vormittags und frühen Nachmittags verschärfte sich die Lage zusehends, und ein Begriff, der immer wieder fiel, war der, der "Machtergreifung". Besonders Andreas Bühl warf Treutler vor, die Sitzung bewußt so zu führen, daß er und die AfD möglichst viel Kontrolle behielten, um ihren politischen Vorteil zu sichern. Bühl sprach von einer "Machtergreifung", die Treutler zu Lasten der demokratischen Abläufe durchsetzen wolle.

Der Vorwurf bezog sich auf das Verhalten Treutlers, der die Forderungen der anderen Fraktionen ignorierte, beispielsweise die Beschlussfähigkeit des Landtags schon festzustellen, während er noch seine Rede hielt, oder die Geschäftsordnung abzuändern. Bühl beschuldigte Treutler, durch eine einseitige Interpretation der Geschäftsordnung die Entscheidungsprozesse im Landtag zu behindern und die Interessen der AfD auf undemokratische Weise durchsetzen zu wollen. Treutler habe sich in seiner Rolle als Alterspräsident eine übermäßige Machtposition angemaßt, die ihm nicht zustehe, und habe so die "Freiheit des Mandats" der Abgeordneten eingeschränkt, so Bühl.

Geforderte Absetzung des Alterpräsidenten

Kurz nach 15:00 Uhr kam es zu einer erneuten Eskalation, als der Alterspräsident Jürgen Treutler (AfD) ankündigte, die Sitzung wieder unterbrechen zu wollen. Dies war zu diesem Zeitpunkt schon die fünfte Unterbrechung, und viele Abgeordnete blieben demonstrativ auf ihren Plätzen. Andreas Bühl (CDU), der Treutler und der AfD zuvor eine "Machtergreifung" vorgeworfen hatte, forderte den zweitältesten Abgeordneten auf, die Leitung der Sitzung zu übernehmen. Er hielt Treutler nicht für befähigt, das Parlament ordnungsgemäß zu führen.

Treutler dagegen bestand auf sein Amt. Immer wieder wurde seine Rede durch Zwischenrufe, insbesondere von der Linken und der CDU, unterbrochen. Als Treutler Ministerpräsident Bodo Ramelow direkt ansprach und ihn aufforderte, sich "zu mäßigen", brach auf der linken Seite des Saals lauter Protest aus, während die AfD Fraktion johlte und applaudierte.

Insgesamt fünf Unterbrechungen

Während der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags am 26. September 2024 kam es zu insgesamt fünf Unterbrechungen. Die erste Unterbrechung erfolgte bereits kurz nach Beginn um etwa 12:15 Uhr, als die CDU, vertreten durch Andreas Bühl, forderte, die Beschlussfähigkeit des Landtags festzustellen. Wenig später, um etwa 12:30 Uhr, folgte die zweite Unterbrechung, da die Fraktionen CDU, BSW, SPD und Linke auf eine Abstimmung über die Änderung der Geschäftsordnung drängten, was Treutler jedoch erneut blockierte.

Die Situation eskalierte weiter, als es gegen 13:30 Uhr zu einer dritten Unterbrechung kam. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Fronten verhärtet: Die AfD beharrte darauf, daß zunächst ein Landtagspräsident gewählt werden müsse, während die anderen Fraktionen die Geschäftsordnung ändern wollten, um die Nominierung eines AfD-Kandidaten zu verhindern. Auch eine vierte Unterbrechung um 14:26 Uhr brachte keine Lösung, als die BSW-Fraktion eine weitere Beratung beantragte.

Schließlich folgte gegen 15:14 Uhr die fünfte Unterbrechung, nachdem die Fraktionen der CDU und SPD versucht hatten, Treutler von der Sitzungsleitung abzulösen. Da weiterhin keine Einigung erzielt werden konnte, wurde die Sitzung letztlich auf Samstag, den 28. September, vertagt. Bis dahin soll das Verfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit der bisherigen Entscheidungen befinden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. September 2024 (x1.404/…): >>**Gesetzentwurf: Neuer "Basiswehrdienst" soll am 1. Januar starten**
Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will zum 1. Januar nächsten Jahres einen neuen "Basiswehrdienst" einführen. Das geht aus einem Referentenentwurf seines Ministeriums für ein "Gesetz zur Modernisierung wehrersatzrechtlicher Vorschriften und zur Einführung eines neuen Wehrdienstes" hervor, über den die "Welt am Sonntag" berichtet.
Darin geht es um zweierlei: Erstens wird die im Wehrpflichtgesetz verankerte Erfassung der Daten junger Männer, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, reaktiviert. Das soll für alle Wehrpflichtigen gelten, die nach dem 31. Dezember 2006 geboren wurden, also zum 1. Januar 2025. Zweitens wird eine Befragung dieser wehrpflichtigen Männer "über die Bereitschaft und Fähigkeit zur Wehrdienstleistung sowie zu Bildungsabschlüssen, sonstigen Qualifikationen und Interessen" durchgeführt, wie es im Entwurf heißt.
Dazu wird ein digital auszufüllender Fragebogen versandt, dessen Beantwortung unter Androhung eines Bußgelds verpflichtend ist. "Frauen und Personen anderen Geschlechts können diesen freiwillig befüllen", heißt es weiter. Die weiteren Schritte, also die Musterung (die jetzt "Assessment" heißt) und die Ableistung des ebenfalls neu getauften "Basiswehrdienstes", bleiben für alle freiwillig.
Pistorius bleibt damit hinter seinem Vorbild, dem schwedischen Wehrpflichtmodell, zurück. Bei dem können sowohl Musterung als auch Dienst zur Pflicht gemacht werden. Es werde "in dieser Legislaturperiode keine verpflichtende Einberufung zur Ableistung eines Wehrdienstes geben", teilte das Ministerium der "Welt am Sonntag" auf Anfrage mit, und "auch keine Musterungspflicht".
Man gehe davon aus, daß sich auch so "genügend Freiwillige für das neue Wehrdienstmodell finden werden". Die Zielmarke liegt bei 5.000 zusätzlichen Freiwilligen, derzeit dienen bereits rund 10.000 freiwillig Wehrdienstleistende.
Das allerdings wird kaum ausreichen, um den laut Gesetzentwurf nötigen "deutschen Beitrag zur Bündnisverteidigung" in der Nato zu decken, der nach Berechnungen des Ministeriums bis zu 460.000 Soldaten und Reservisten erfordert.
Derzeit gibt es nur rund 181.000 Soldaten sowie eine im Aufbau befindliche "strukturgebundene Reserve von 60.000 Dienstposten". Am Donnerstag bei einer Rede im litauischen Parlament hatte Pistorius dagegen noch einmal deutlich gemacht, daß er eine Wehrpflicht anstrebt. "Wir sind bereit und in der Lage, jeden Zentimeter unseres Territoriums zu verteidigen", sagte Pistorius in Vilnius. Um die Bundeswehr auf diese Herausforderung vorzubereiten, müsse Deutschland unter anderem "eine neue Form der Wehrpflicht einführen. Nur so kann sich unsere Armee im Kriegsfall behaupten".
Eine über den Fragebogen hinausgehende Pflicht aber war in der Ampel-Koalition nicht durchsetzbar. Insbesondere die FDP leistete Widerstand, Justizminister Marco Buschmann und Finanzminister Christian Lindner hatten Pistorius Anfang Juli in einem Brief mitgeteilt, die Einführung einer Wehr- oder Dienstpflicht und einer verpflichtenden Musterung aus volkswirtschaftlichen sowie rechtlichen Gründen abzulehnen. Der Verteidigungsminister hatte damals bedauert, daß FDP-Chef Lindner die Notwendigkeiten der Truppe nicht "klarer" sehe. Aber er wolle noch einmal mit ihm reden - das blieb erfolglos, wie der Gesetzentwurf belegt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. September 2024 (x1.404/…): >>**Rezession: Deutschland zerfällt**
Ökonomen rechnen mit Schrumpfung der Wirtschaft, Grüne lösen sich auf. Mission erfüllt? - Experten: An den Trend von vor der Corona-Pandemie werde das Wirtschaftswachstum "auf absehbare Zeit" nicht mehr anknüpfen können.
Die Erwartungen für die Entwicklung der Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr wird auf -0,1

Prozent gesenkt, heißt es in der am Donnerstag veröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsinstitute. Im Frühjahr hatten die Institute noch mit einem minimalen Wachstum von 0,1 Prozent gerechnet. Für 2025 prognostizieren sie nur noch ein Wachstum von 0,8 Prozent (bislang 1,4 Prozent), für 2026 sind es 1,3 Prozent.
"Neben der konjunkturellen Schwäche belastet auch der strukturelle Wandel die deutsche Wirtschaft", sagte Geraldine Dany-Knedlik, Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). "Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel und wohl auch der stärkere Wettbewerb mit Unternehmen aus China haben strukturelle Anpassungsprozesse ausgelöst, die die Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft dämpfen."
Nach Einschätzung der Ökonomen dürfte im kommenden Jahr eine langsame Erholung der Wirtschaft einsetzen, aber an den Trend von vor der Corona-Pandemie werde das Wirtschaftswachstum "auf absehbare Zeit" nicht mehr anknüpfen können, hieß es. Die sich überlagernden Wirkungen von Strukturwandel und konjunktureller Flaute zeigen sich besonders im Verarbeitenden Gewerbe. Betroffen sind vor allem die Investitionsgüterhersteller und energieintensive Industriezweige.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. September 2024 (x1.404/…): >>**Eklat in Thüringen: Ex-Ostbeauftragter drängt auf AfD-Verbotsantrag**
Angesichts des Verhaltens der AfD bei der Auftaktsitzung des neuen Thüringer Landtags werden erneut Stimmen nach einem AfD-Verbotsverfahren laut. "Der Auftritt der AfD im Thüringer Landtag folgte ein weiteres Mal dem Drehbuch der Verächtlichmachung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Institutionen", sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz der "taz" am Freitag.
"Die rechtsradikale AfD tut das planvoll und leider wirkmächtig ob ihrer Wahlergebnisse. Es bedarf dringend eines Verbotsverfahrens beim Bundesverfassungsgericht, wie es das Grundgesetz in Artikel 21 vorsieht." Wanderwitz tritt schon länger für ein AfD-Verbotsverfahren ein und sammelt dafür Unterstützer im Bundestag, um dort einen entsprechenden Antrag einzubringen.
Man arbeite hier interfraktionell zusammen und sei "auf der Zielgerade", sagte Wanderwitz. Die Demokraten müßten sich wehren. Nach der Landtagssitzung hatte auch Thüringens SPD-Vorsitzender Georg Maier ein AfD-Verbotsverfahren gefordert. "Die heutigen Ereignisse im Thüringer Landtag haben gezeigt, daß die AfD aggressiv-kämpferisch gegen den Parlamentarismus vorgeht", schrieb er auf der Plattform "X". "Ich denke, daß damit die Voraussetzungen für ein Verbotsverfahren gegeben sind."
Die Verstöße der AfD gegen den Artikel 1 des Grundgesetzes, also gegen die Menschenwürde, und die erforderliche "Potentialität", also die Macht, ihre Ziele auch umzusetzen, seien dabei "schon länger unstrittig", erklärte Maier. Bei der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags hatte Jürgen Treutler (AfD), der als ältester Abgeordneter in seiner Funktion als Alterspräsident die Sitzung leitete, Geschäftsordnungsanträge der anderen Fraktionen nicht angenommen. Der Chefjurist des Parlaments, Landtagsdirektor Jörg Hopfe hatte ihn mehrmals darauf hingewiesen, daß dieses Vorgehen rechtswidrig sei.
Die Parlamentssitzung wurde schließlich unterbrochen, nachdem die CDU-Fraktion einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung beim Thüringer Verfassungsgerichtshof eingereicht hatte, damit der Alterspräsident die Anträge der Fraktionen zur Abstimmung stellt. Der Gerichtshof will über den Antrag am Freitagnachmittag entscheiden. Bis 12 Uhr soll Treutler eine Stellungnahme übermitteln. Die Landtagssitzung soll am Samstagmorgen fortgesetzt werden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. September 2024 (x1.404/…): >>**Reul sieht Zusammenhang zwischen Cannabis-Freigabe und Bandengewalt**

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) sieht einen Zusammenhang zwischen der Cannabis-Legalisierung in Deutschland und den jüngsten Aktivitäten niederländischer Drogenbanden hierzulande. "In den Niederlanden hat es im Drogenmilieu immer schon sehr starke Gewalt gegeben, bei uns in dem Maße bislang nicht", sagte Reul "Ippen-Media". Offensichtlich verlagere sich das jetzt, weil ein neuer Markt erschlossen werden solle. "Diese Gewalt schwappt aus den Niederlanden nach Deutschland über", sagte Reul.

Die Legalisierung von Cannabis sei eine "Riesenchance" für niederländische Drogenbanden, hier einen ganz neuen Markt zu erschließen. "Insofern gibt es da einen Zusammenhang zwischen der Legalisierung und der Gewalt." In den vergangenen Wochen hatte es mehrere Sprengstoffanschläge in Köln und Düsseldorf gegeben, die der niederländischen sogenannten "Mocro-Mafia" zugeschrieben werden. Der Begriff entstammt dem niederländischen Slangwort für Marokkaner, viele der Bandenmitglieder haben marokkanische Wurzeln.

Reul schließt nicht aus, daß es künftig auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen niederländischen und einheimischen Banden kommen könnte: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Niederländer, die hier jetzt die Möglichkeit sehen, viel Geld zu verdienen, sagen: Wir lassen das jetzt und gehen friedlich wieder zurück. Auseinandersetzungen zwischen einheimischen und niederländischen Banden sind durchaus denkbar, aber das ist Spekulation." Klar sei: Würde es nicht die erhöhte Nachfrage durch die Cannabis-Legalisierung geben, wäre der Markt für Kriminelle nicht so gewachsen.

Die im Rahmen des Sicherheitspakets der Bundesregierung ausgeweiteten Grenzkontrollen würden nur bedingt helfen, potentielle Straftäter aus dem Banden-Milieu aufzugreifen, sagte Reul. "Das hilft nur richtig gut, wenn Menschen mit Haftbefehl gesucht werden. Jemanden, der offiziell nichts auf dem Kerbholz hat und über den wir keine Informationen haben, ziehen wir da nicht aus dem Verkehr." Nur in Einzelfällen könne es Erfolge geben, "aber Grenzkontrollen sind sicher nicht das entscheidende Mittel", so Reul: "Wir prüfen aber andere Maßnahmen, um hier neue Möglichkeiten in der Kontrolle zu haben."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. September 2024 (x1.399/…): >>**Schlesien: Im Visier der Großmächte**

Von *Gero Bernhardt*

Schlesien geriet zum Zankapfel zwischen den Habsburgern und Preußen. Ihr schwerstes Schicksal erlebte die Provinz jedoch im Zuge des Zweiten Weltkriegs. Den ersten Teil dieses Textes lesen Sie hier. Die Vertreibung von über 14 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland zählt zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. In der BRD-Erinnerungskultur findet ihr Leid keine angemessene Würdigung. Darum wollen wir an ihr Schicksal erinnern. …

Den ersten Teil dieses Beitrags lesen Sie hier.

220 Jahre Habsburger Herrschaft

Mit der Abtretung der schlesischen Herzogtümer an Böhmen durch König Kasimir III. begann der Eintritt Schlesiens in die Deutsche Reichsgeschichte als Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. 1526 fiel Böhmen und damit Schlesien an die Habsburger und wurde für die nächsten 220 Jahre von Wien aus regiert. Kulturell befand sich die Provinz während dieser Zeit in höchster Blüte und brachte Persönlichkeiten wie den Philosophen und Mystiker Jakob Böhme oder den Dichter Andreas Gryphius hervor.

Nach drei Eroberungskriegen, die König Friedrich II. (der Große) gegen Österreich führte und die Preußen fast in den Ruin trieben, wurde Schlesien im Frieden von Schloß Hubertusburg 1763 endgültig Preußen zugesprochen. Kaiserin Maria Theresia im fernen Wien war sehr trau-

rig. Sie hat's dem "bitterbösen Friedrich" nie verziehen. Fortan herrschte ein anderer Geist im Land. Die Zeit des Habsburger Barock war zu Ende. König Friedrich II. begann sogleich mit der Industrialisierung des Landes. Die Möglichkeit dazu boten die enormen Bodenschätze, die dank neuester Abbau- und Verarbeitungsmethoden für einen beachtlichen Wohlstand sorgten.

Das Versailler Diktat

Auch wußte nicht nur der gichtgeplagte Monarch die Heilquellen des Landes sehr zu schätzen. Schlesien galt nun für 180 Jahre als eine der schönsten Provinzen Preußens und Breslau wurde zu den wichtigsten Städten des Reiches gezählt.

Hier lebten und wirkten während der preußischen Ära so bedeutende Persönlichkeiten wie Joseph von Eichendorff, August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (der gebürtige Niedersachse hatte einen Lehrstuhl für Germanistik an der Universität Breslau inne), Gerhart Hauptmann, das Flieger-As Manfred von Richthofen oder der Mediziner Paul Ehrlich.

Doch mit der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde insbesondere von Polen und der Tschechoslowakei die deutsche Identität dieser Region in Frage gestellt.

Das Versailler Diktat sah ursprünglich vor, fast ganz Oberschlesien und Teile Mittelschlesiens ohne Volksabstimmung Polen zuzuschlagen. Energische Proteste der Reichsregierung und der betroffenen Bevölkerung veranlaßten die Siegermächte, nun doch eine Volksbefragung durchzuführen.

Erst Teilung, dann Vertreibung

Von außen gesteuerte Polenaufstände in den Abstimmungsgebieten sollten die Volksbefragung verhindern. Diese fand trotz polnischen Terrors statt. Am 20. März 1921 stimmte die überwiegende Mehrheit (59,40 Prozent) für den Verbleib Oberschlesiens beim Deutschen Reich. Ungeachtet dieses eindeutigen Votums begann am 3. Mai 1921, grausamer und brutaler als zuvor, der Dritte polnische Aufstand, der am 21. Mai mit Hilfe des Freikorps Oberland aus Bayern in der berühmten Schlacht am Annaberg abgewehrt werden konnte.

Oberschlesien wurde geteilt, wobei- völkerrechtswidrig - der größte Teil an Polen fiel. Und damit der größte Teil der Bodenschätze und Industrieanlagen. Grundlage dieser Maßnahme war - ausgerechnet - ein Beschluß des Völkerbundes in Genf. Unfaßbar! Der unhaltbare Zustand währte bis zum 1. September 1939. Von da ab gehörte ganz Oberschlesien wieder zum Deutschen Reich.

Polen mußte sich noch gedulden. Bis 1945. Auf ihren berüchtigten Konferenzen in Jalta und Potsdam beschlossen die teilnehmenden Mächte auf Drängen Stalins die sogenannte Westverschiebung Polens. Bereits im Sommer 1945 kam es zu wilden Vertreibungen. Mit Gewalt und in entwürdigender Weise wurden auch in Schlesien zahllose Menschen von Haus und Hof verjagt und in langen Elendszügen über die Lausitzer Neiße in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands getrieben.

Im Februar 1946 begann, was im Potsdamer Abkommen "geordnete Aussiedlung" genannt worden war. Fast 4,5 Millionen Schlesier waren betroffen, von denen Hunderttausende das an ihnen begangene Verbrechen der Vertreibung aus der Heimat nicht überlebten.

Den dritten und letzten Teil dieses Beitrags lesen Sie morgen an dieser Stelle.

Die Vertreibung von über 14 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland zählt zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. In der BRD-Erinnerungskultur findet ihr Leid keine angemessene Würdigung. Darum wollen wir an ihr Schicksal erinnern.<<

Österreich: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Spannender geht es nicht**

Österreich: Kurz vor der Nationalratswahl sieht es nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen FPÖ und ÖVP aus

Robert Willacker

Die FPÖ hat 70.000 Kilo Gemüse gekauft. Sie will damit die regionalen Bauern unterstützen, die aufgrund der aktuellen Hochwasserkatastrophe mit Problemen in den Lieferketten und beim Absatz zu kämpfen haben. Die Aktion ist auch Teil des Wahlkampfs zur Nationalratswahl, der sich aktuell im Zielsprint befindet und mit dem bundesweiten Urnengang am 29. September enden wird. Rund 6,4 Millionen Österreicher sind dann aufgerufen, auf fünf Jahre ein neues Parlament zu wählen.

Die rechte FPÖ rund um ihren Parteichef Herbert Kickl rechnet sich beste Chancen aus, erstmals in ihrer Geschichte bei einer Nationalratswahl auf dem ersten Platz zu landen. Laut Umfragen liefern sich die Freiheitlichen ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der ÖVP, wobei die FPÖ mit prognostizierten 28 Prozent die Nase um ein bis zwei Prozentpunkte vorne hätte.

Daß sich die Volkspartei überhaupt einem Kanzler-Duell stellen muß, ist bereits eine Niederlage für sich. Derzeit ist die ÖVP mit 37 Prozent deutlich führend im Parlament vertreten, jedoch mußten sie nach dem Abgang des einstigen Polit-Shootingstars und Ex-Kanzlers Sebastian Kurz sowie zahlreichen Korruptionsermittlungen in seinem Umfeld ordentlich Federn lassen.

Eine Neuauflage von Schwarz-Blau scheint unwahrscheinlich

Laut den Demoskopen ist die Frage nur noch, ob das Minus für die Volkspartei zweistellig wird. Die erwartbare Niederlage würde beim Verlust von Platz eins endgültig zur Demütigung, denn damit wäre naturgemäß auch der Anspruch auf das Kanzleramt verlorengegangen. Dort sitzt aktuell Karl Nehammer im Chefsessel und schießt aus allen Rohren auf FPÖ-Chef Kickl. Der Chef der Blauen wird von Nehammer regelmäßig als "Sicherheitsrisiko" bezeichnet - ein Vorwurf, der noch auf die letzte schwarz-blaue Koalition unter Sebastian Kurz in den Jahren 2017 bis 2019 zurückgeht, in der Kickl den Innenminister stellte und im traditionell ÖVP-lastigen Innenministerium mit Reformbestrebungen für Furore sorgte.

Eine Koalition mit Kickl schließt Nehammer jedenfalls kategorisch aus, ebenso wie die FPÖ eine Regierungsbeteiligung ohne ihren Spitzenkandidaten Kickl ablehnt. Eine Neuauflage von Schwarz-Blau unter diesen Vorzeichen gilt deshalb momentan nicht als sonderlich wahrscheinlich.

Fraglich ist auch, ob der langjährige Parteivorsitzende der Grünen und jetzige Bundespräsident Alexander Van der Bellen den Chef der Freiheitlichen im Falle eines Wahlsiegs überhaupt mit dem Regierungsbildungsauftrag betrauen und ihn als dezidiert rechten Politiker sodann zum Kanzler angeloben würde. Der Bundespräsident selbst hat sich in Interviews diesbezüglich nicht festgelegt. Rechtliche Verpflichtung zur Angelobung gäbe es zwar keine, es sei jedoch ein Abgehen von politischen Traditionen der Zweiten Republik und ein "Bruch mit dem Geist der Verfassung", wie Kickl dies selbst kommentierte.

Die Grünen haben erst einmal abgewirtschaftet

Wahrscheinlicher als eine schwarz-blaue oder blau-schwarze Zweckehe gilt derzeit aber ohnehin eine ganz andere Koalitionsvariante; nämlich ein Dreiergespann bestehend aus der einstmals Großen Koalition von ÖVP und SPÖ unter Zuhilfenahme der sozialliberalen NEOS. Die Sozialdemokraten von Linksaußen-Chef Andreas Babler konnten von den zu erwartenden ÖVP-Verlusten bisher nicht profitieren und kommen in keiner Umfrage deutlich über 20 Prozent hinaus.

Zwar wären ÖVP und SPÖ als jahrzehntelang erprobtes Regierungsduo so etwas wie natürliche Partner, doch regt sich in den Landesgruppen der ÖVP mittlerweile deutlicher Widerstand gegen SPÖ-Chef Babler. Der Bürgermeister der 20 Kilometer südlich von Wien gelegenen Gemeinde Traiskirchen bezeichnet sich selbst als "Marxist" und stellt auch dementsprechende politische Forderungen auf, was den Konservativen sauer aufstößt.

Ziemlich sicher nicht mehr in der nächsten Bundesregierung vertreten sind indes die Grünen. Neben der Tatsache, daß eine Fortführung der aktuellen Koalition mit der ÖVP beim zu er-

wartenden Wahlergebnis keine Mehrheit hätte, ist der Bedarf nach gemeinsamem Regieren auf beiden Seiten vorerst erkennbar gedeckt.
An der Schwelle zur Vier-Prozent-Hürde tummelt sich derweil noch die kommunistische KPÖ, die nach regionalen Wahlerfolgen in Graz und Salzburg aufgrund einer populären Wohnpolitik kräftigen Aufwind erlebt hat. Ein Einzug in den Nationalrat wäre nach jetzigem Umfragestand von rund drei Prozent durchaus in Reichweite. Ebenfalls um den Einstieg ins Parlament kämpft die als satirisches Projekt gestartete Bierpartei, die sich als Reformbewegung und Gegenstück zur etablierten Berufspolitik versteht. Wirklich fest steht bisher eigentlich nur eines: es wird eine der spannenderen Wahlen in Österreichs parlamentarischer Geschichte.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30590" berichtet am 27. September 2024 (x1.400/…): >>**Die Pandemiedrohung - Vier Argumente, warum es keine natürlichen Pandemien gibt**
Univ.-Doz. (Wien) Dr. med. *Gerd Reuther*: Die Pandemiedrohung
"Droht eine Pandemie oder ist eine Pandemie eine Drohung? Die Internationalen Gesundheitsvorschriften und das Pandemie-Gesetz schweben wie ein Damoklesschwert über uns. Wenn der Generalsekretär der Weltgesundheitsorganisation will, können morgen schon wieder Lockdown und Impfzwang ins Haus stehen. Die Liste "pandemietauglicher" Krankheitserreger wird immer länger. Die Diagnosen und vermeintlichen Erreger immer obskurer."
So der langjährige Facharzt für Radiologie und Medizinhistoriker Dr. Gerd Reuther angesichts dem gegenwärtigen anwachsenden Totalitarismus der WHO. Gemeinsam mit der Historikerin Dr. Renate Reuther hat er zuletzt mehrere Bücher veröffentlicht, darunter "Hauptsache Panik - Ein neuer Blick auf Pandemien in Europa". In dieser Sendung veröffentlicht Kla.TV einen gekürzten Artikel von Dr. Gerd Reuther zum Thema "Die Pandemiedrohung". Den vollständigen Artikel finden Sie als Internetlink unterhalb der Sendung.
Dr. Gerd Reuther: "Aktuell werden 30 mögliche Bösewichte genannt, die die Welt jederzeit erneut ins gefühlte Chaos stürzen könnten. Selbst "Covid-19" ist wieder gelistet, nachdem es zwischenzeitlich als weniger ansteckend eingestuft war und der Bluff aktenkundig ist. Schließlich kannte auch dieses dubiose Virus Mutanten, die man passend aus irgendeinem Hut zog. ... Man will offenbar einfach weitermachen, als stünden die Pandemie-Beschwörer nicht längst ohne Kleider da. Die Panik-Liste zeigt, daß man gar kein neues Krankheitsbild beibringen muß. Viel einfacher ist es, altbekannte Erkrankungen als neue Seuche auszurufen.
Es genügt, Grippe in "Corona" oder Malaria in "Ebola" umzuetikettieren; Hauterscheinungen jedweder Art von Windpocken bis gift-bedingten Reaktionen als "M-Pox" zu bezeichnen. PCR-Tests als alleiniges Diagnoseinstrument machen fast alles möglich. Entweder man hat die Erkrankung, auf die getestet wird, oder man ist eben nicht krank. Die "Inzidenzen" steigen mit der Testhäufigkeit. Zwei von der WHO ausgerufene "Pandemien" sind ohnehin noch aktiv: neben den zweimal umbenannten "M-Pox" noch die Cholera. Letztere ist seit ihrer Verkündung 1961 die am längsten dauernde Pandemie, die die WHO wohl selbst schon vergessen hat. ...
Aber die Cholera hat überhaupt keine Pandemie-Eignung. Nicht nur wegen der notwendigen Wasserverseuchung, die nur zu Infektionsclustern führt. ... Verständlich, daß die Verzweiflung der Pandemisten inzwischen groß ist. Schließlich hat man über die politischen Frontleute 2020 eine "Ära der Pandemien" ausrufen lassen. Der WHO-General muß liefern, obwohl Seuchen über mehrere Länder und ein größeres Territorium biologisch unmöglich sind.
Das Auftreten von Infektionskrankheiten braucht nicht nur einen Krankheitserreger, sondern noch wichtiger ist es, daß großflächig die gleichen Umweltbedingungen und die gleiche Empfindlichkeit der Menschen herrschen. Dengue-Fieber zum Beispiel gibt es nur, wo es warm ist. Menschen sind je nach Alter, Vorerkrankungen und Wohlstand unterschiedlich anfällig. Au-

ßerdem müssen die Tiere, Stechmücken, Nager, Fledermäuse, die man für Infektionsketten verantwortlich macht, überall geeignete Lebensbedingungen vorfinden. Seuchen sind daher immer regional und nie global! Selbst innerhalb einer Klimazone - wie in Mitteleuropa - gab es nie eine Seuchenwelle über mehrere Länder.
Für das Narrativ von Pandemien braucht man das Narrativ eines beschleunigten "globalen Klimawandels" und von "One Health". Nur, wenn man die regionalen Unterschiede von Mensch und Natur verleugnet, kann die WHO einen flächenhaften Gesundheitsnotstand behaupten. Der auch dann nur zustande kommt, wenn eine Mehrheit bereit ist, daran zu glauben. Beim "Klimawandel" wird dies schon vorexerziert, wenn Rundfunkmoderatoren wieder den heißesten Tag der Weltgeschichte mit der Anmerkung verkünden, daß man hierzulande gerade gar nicht den Eindruck hätte ...
Vier Argumente, warum es keine natürlichen Pandemien gibt, die schon bei "Covid-19" mißachtet wurden:
1. Infektionskrankheiten betreffen nie alle Menschen gleichermaßen unabhängig von genetischer Ausstattung, Ernährungs- und Gesundheitszustand. ... Ob Pest, Cholera, Typhus oder Atemwegsviren - es erkranken und versterben vorrangig alte, arme und vorgeschädigte Individuen. Länder mit niedrigem Altersdurchschnitt müssen immer weniger oder überhaupt nicht betroffen sein.
2. Infektionskrankheiten sind fast immer saisonal und können dementsprechend nicht zeitgleich in unterschiedlichen Klimazonen und verschobenen Jahreszeiten auftreten. ... In tropischen Ländern spielen Erkrankungen durch Atemwegsviren grundsätzlich kaum eine Rolle. In Sommermonaten sind infektiöse Brechdurchfälle grundsätzlich häufiger als in Winterhalbjahren.
3. Epidemien können in den ärmsten Ländern nicht viele Monate früher verschwinden als in reichen Ländern mit hochgerüsteten Gesundheitssystemen. ...
4. Epidemien machen nie an politischen Grenzen Halt. Wie hätte in Dänemark ohne geographische Barriere oder Demarkationsgrenze zu Norddeutschland "Covid-19" mehr als ein Jahr früher als in Deutschland enden können?
Mit der inzwischen kafkaesken Definition einer "Pandemie" hat die WHO eigentlich bereits indirekt eingestanden, daß "Pandemien" keine Naturereignisse sind. Ansonsten könnte man reale Häufungen von Infektionskrankheiten zur Grundlage machen. Es genügt aber jetzt das "Risiko" für eine Infektionskrankheit in mehreren Ländern, um einen Katastrophenfall auszurufen. Niemand muß krank sein, um die Welt zum Quarantänegefängnis zu machen.
Es wird also wieder eines großen Betruges bedürfen. Epidemische Infektionskrankheiten brauchen schon die geeigneten Bedingungen mit einem beschädigten Immunsystem: Krieg, Not, Umweltkatastrophen und ungesunde Lebensweisen. Dazu könnten die Genspritzen gedient haben, da sie das Immunsystem der Menschen weltweit beschädigen konnten. Eine vermeintlich gleichzeitige Häufung gleichartiger Infektionen in verschiedenen Ländern darf ansonsten als sicheres Zeichen einer Täuschung gelten.
Spätestens damit sollte es jedem Erdenbewohner klar sein, daß es sich bei einer "Pandemie" nicht um einen Fachausdruck aus dem Krankheitsgeschehen, sondern eine Waffe handelt. Erkannt hat das der Autor Ludwig Börne (1786 bis 1837) anläßlich der erstmaligen Ausrufung einer angeblichen Cholera 1830 in Paris:
"Bis das erschrockene Volk wieder zur Besinnung kommt, sind die alten Fesseln neu genietet, die Krankenstube bleibt nach der Genesung das Gefängnis, und zwanzig Jahre Freiheit gehen darüber verloren".
Schon damals schaltete das Gemeinwesen mit der Ausrufung einer Seuchengefahr in den Obrigkeitsmodus."<<

Belgien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Hauptsache, die Quote bei den Kommissaren stimmt**

BRÜSSEL. Als "Kabinett des politischen Grauens" hat der freiheitliche Delegationsleiter im Europäischen Parlament, Harald Vilimsky, die Präsentation der neuen EU-Kommission unter ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen bezeichnet. "Mit einer handverlesenen Wahl brüsselhöriger EU-Zentralisten sowie Eurokraten droht der gesamte Kontinent noch stärker eine negative Entwicklung zu nehmen", stellte der FPÖ-Politiker fest. Mit der Nominierung von Magnus Brunner (ÖVP) für das Amt des EU-Kommissars für Inneres und Migration sei die Gefahr hoch, daß der gesamte Migrationsirrsinn mit Asyl- und Sozialbetrug munter weitergehe, warnte Vilimsky.

Nach wochenlangen Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten präsentierte von der Leyen die 26 Kommissare, bei denen es ihr darum ging, eine geschlechterparitätisch besetzte Kommission zu bilden. "In dem Kollegium, das ich heute vorschlage, sind jetzt elf Frauen. Das sind 40 Prozent", sagte sie. "Als ich die ersten Nominierungen und Kandidaten erhielt, lagen wir bei etwa 22 Prozent Frauen und 78 Prozent Männern. Das war inakzeptabel." Besondere Probleme gab es mit Frankreich, wo in letzter Minute der französische Kommissar Thierry Breton abgesetzt wurde, oder mit Slowenien, wo Premierminister Robert Golob lange daran festhielt, seinen männlichen Kandidaten durchzubringen.

In den Schlüsselressorts sind neben Brunner, der liberal-konservative Valdis Dombrovskis (Produktivität und Wirtschaft), Litauens Ex-Premier, der konservative Andrius Kubilius (Verteidigung), Stéphane Séjourné von der französischen Regierungspartei Renaissance (Industrie) und der christdemokratische Niederländer Wopke Hoekstra (Klima). Besondere Kritik von links erhielt die Ernennung des Italieners Raffaele Fitto der rechten Fratelli d'Italia von Regierungschefin Giorgia Meloni als Kommissionsvizepräsident und Kommissar für Kohäsion, Regionalpolitik und Reformen.

"Im wesentlichen wird die neue Kommission die rechtslastigste in der Geschichte sein, mit zum ersten Mal einem rechtsextremen Vizepräsidenten", erklärte die linksradikale EU-Abgeordnete Manon Aubry (FLI). Dagegen sprach Meloni von "einer wichtigen Anerkennung, die die wiederentdeckte zentrale Rolle unserer Nation innerhalb der EU bestätigt". "Italien ist endlich zurück als Protagonist in Europa", fügte sie hinzu. Nach der Präsentation der Liste kommen die Anhörungen der Kommissionsanwärter in den zuständigen Fachausschüssen. Dann muß die gesamte Kommission vom Parlament bestätigt werden. (ctw)<<

Libanon: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**"Rückgang ziviler Präsenz"**

Nahostkonflikt: Der Pager-Coup schwächt die Hisbollah vorübergehend

Marc Zoellner

Nichts ging mehr am Montag morgen auf der A3 im Libanon: Zig Kilometer zogen sich Staus dahin, die an der Küste entlang die Weltkulturerbestadt Tyros mit der Hauptstadt Beirut verbindet. Tausende vollbesetzte Fahrzeuge fuhren gen Norden; vorbei an Bombenkratern und einschlagenden Sprengladungen der Israelischen Luftstreitkräfte (IAF). Mehr als 300 solcher Luftangriffe gegen Ziele der schiitischen Hisbollah flogen die IAF allein am 23. September, Hunderte weitere mutmaßliche Hisbollah-Stützpunkte wurden bereits am Wochenende ins Visier genommen. Darunter auch in der Nähe zu Tyros: Denn die historische Hafenstadt liegt innerhalb der Dreißig-Kilometer-Zone zur israelischen Grenze.

Letztere sollte schon seit September 2006 demilitarisiert sein. Nach dem israelisch-libanesischen Krieg, der mit einem Waffenstillstand endete, verlangte der UN-Sicherheitsrat in seiner Resolution 1701 den Rückzug der Hisbollah aus sämtlichen Gebieten südlich des Litani-Flusses sowie die komplette Entwaffnung der Terrorgruppe durch die libanesische Armee.

Allein die Hisbollah hielt sich nicht an die Resolution - und griff infolge der Hamas-Massenmorde vom 7. Oktober 2023, "des schlimmsten Massakers an Juden seit dem Holocaust" (Times of Israel), seit dem 8. Oktober erneut von grenznahen Basen aus mit Raketen israelische Siedlungen an.
Über die Luftangriffe wird groß berichtet, denn sie gehen einher mit der internen Vertreibung von bis zu einer halben Million libanesischer Zivilisten. Unbeachtet bleibt, daß dem eine Vertreibung von 90.000 Israelis aus dem Norden ihres Landes durch Hisbollah-Angriffe vorausging.
Israel sei "an einem Krieg mit dem Libanon nicht interessiert", betonte Staatspräsident Jitzchak Herzog. Aus der politischen Stoßrichtung der Luftangriffe macht Premier Benjamin Netanjahu jedoch keinen Hehl: "Ich habe bereits gesagt, wir werden die Bewohner des Nordens sicher in ihre Häuser zurückbringen, und genau das werden wir tun", so der Likud-Politiker in einer Videoansprache. Der Minimalforderung der Hisbollah für einen Separatfrieden - dem sofortigen Rückzug sämtlicher israelischer Truppen aus dem Gazastreifen - kann die Jerusalemer Regierung aus guten Gründen nicht entsprechen:
Zwar ist die sunnitisch-islamistische Hamas nach elf Monaten Krieg sehr geschwächt, ihre Anführer entweder tot (Ismail Hanija) oder verschwunden (Jahia al-Sinwar). Doch noch immer befinden sich israelische Geiseln in den Händen der Hamas. "Die einzige Möglichkeit, die Rückkehr der nördlichen Gemeinden Israels in ihre Heimat sicherzustellen, wird eine Militäraktion sein", erklärte Verteidigungsminister Joaw Galant jüngst auf Anfrage des US-Sondergesandten Amos Hochstein.
Wie diese aussehen soll, darüber debattieren Militär und Politik. Für eine Bodenoffensive plädiert dabei Uri Gordin, Kommandeur der nördlichen Truppen der Israelischen Streitkräfte (IDF) gerade angesichts der Flucht vieler libanesischer Zivilisten: "Dieser erhebliche Rückgang der zivilen Präsenz würde es der IDF ermöglichen, das vorgeschlagene Manöver effizienter und schneller durchzuführen" und bei Gefechten mit der Hisbollah somit wenige zivile Kollateralschäden in Kauf nehmen zu müssen, so der Generalmajor in der Zeitung Israel HaYom.
Zumal die Kommunikationsstrukturen der Hisbollah empfindlich gestört wurden: Am 17 und 18. September explodierten simultan Tausende AR924-Pager und Walkie-Talkies im Libanon und verletzten dabei Tausende zumeist schwer; 42 wurden getötet. Die Geräte hatte die Hisbollah im Frühjahr für ihre ranghöheren Mitglieder eingekauft - allerdings bei einem mutmaßlich vom Mossad inszenierten Scheinfirmennetzwerk.
Vergangenen Freitag schließlich flog die IAF Präzisionsangriffe auf Beirut, liquidierte dort mit Ibrahim Aqil den langjährigen Chef der Hisbollah-Einheit Radwan. "Ohne Zweifel haben wir einen schweren Schlag erlitten", mußte Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah eingestehen. "Es ist beispiellos in der Geschichte des Widerstands im Libanon." Seit dem Hisbollah-Angriff auf Israel am 8. Oktober listet der Telegramkanal "Hezbollah Martyrs" über 500 Gefallene auf.
Trotzdem möchte Nasrallah nicht an Kapitulation denken. Er schwört derzeit seine Anhänger auf eine von ihm erhoffte israelische Bodenoffensive ein. Und läßt weiterhin Raketen auf israelische Siedlungen feuern: Allein am Sonntag zählte die IDF über einhundert der ungezielten Geschosse. Allein "mehrere hunderttausend Kinder", so der regionale IDF-Sprecher Nadav Shoshani, konnten dadurch nicht in die Schule gehen, mußten statt dessen in Luftschutzbunkern um ihre Leben bangen.<<
Israel: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Kein Ende im Tod**
Choreographie des Schreckens: Israel dehnt seine Kriegsführung aus
Konstantin Fechter

Als im Juni 2006 der Suizid von drei Häftlingen des Gefangenenlagers Guantanamo bekanntgegeben wurde, kommentierte dies der Lagerkommandant Konteradmiral Harry Harris Jr. wie folgt:
"Sie haben keine Achtung vor dem Leben, weder vor unserem noch vor ihrem. ... es war kein Akt der Verzweiflung, sondern ein Akt der asymmetrischen Kriegsführung gegen uns."
Der Argwohn des Lagerkommandanten demonstriert, daß der um die Jahrtausendwende ausgerufene "War on Terror" selbst mit dem Tod des Feindes nicht enden kann. Da Terrorismus prinzipiell jenseits des staatlichen Gewaltmonopols operiert, gilt für Auseinandersetzungen mit ihm folglich auch nicht die Clausewitzsche Konzeptualisierung des Krieges als "erweiterter Zweikampf", in welchem der politische Wille einem völkerrechtlich anerkannten Gegner aufgezwungen werden soll. Die neuzeitliche Wahrnehmung dieses Duells der Souveräne fußt in der juridischen Fiktion eines bellum iustum, der Annahme ethisch und rechtlich legitimer Kriegsgründe.
Aus der Einwilligung in die zwischenstaatliche Gewalt erfolgt ein zeitlich begrenzter Rechtsraum, der die Tötung anderer Menschen sanktioniert. Die Entkriminalisierung des Totschlags ist jedoch nur möglich durch die klare Kennzeichnung von Soldaten als Konfliktausträger und deren Akzeptanz eines Rechts auf gegenseitige Vernichtung.
Indem die terroristische Selbstermächtigung jedoch das völkerrechtlich gehegte Schlachtfeld in eine gesamtgesellschaftliche Todeszone erweitert, entsteht ein diffuser Gewaltzustand, dessen normative Begrenzung immer schwieriger wird. In der Bekämpfung des Terrorismus gerät jeder konstitutionelle Staat schnell in ein strategisches wie rechtliches Dilemma. Ihm stehen Gegner gegenüber, die keine Kombattanten sein dürfen, gleichzeitig jedoch überwiegend Zivilisten ermorden und diese als Schutzschild für ihre Operationen mißbrauchen. Von Beginn an herrscht eine kategoriale Konfusion vor, in welcher das Recht als ein operatives Hemmnis für den bedrängten Staat erscheint.
Das von Feinden umgebene Israel hat sich im September 2024 gegenüber der islamitisch-schiitischen Hisbollah-Miliz für eine eindrucksvolle Demonstration seiner Fähigkeiten im nahöstlichen Schattenkrieg entschieden. Durch die heimliche Infiltration globaler Lieferketten gelang es dem Mossad, für die Hisbollah bestimmte Pager und Funkgeräte mit kleinen Mengen Sprengstoff zu präparieren.
An Hunderten Stellen im Libanon kam es zu synchronen Detonationen mit bislang 32 Toten und über 3.000 Verletzten. Zudem wurden durch Luftschläge etwa 100 Raketenabschußrampen der Miliz zerstört und hochrangige Kommandeure getötet. Unter die Kollateralschäden fallen zahlreiche unbeteiligte Zivilisten und auch Kinder.
Der strategische Nutzen der Operation ist überschaubar, die propagandistischen, psychologischen und ethischen Implikationen jedoch um so folgenreicher. Im Kampf um Bilder, Emotionen und Deutungshoheit ist Israel eine überwältigende Choreographie des Schreckens gelungen. Durch die Manipulation Hunderter Kommunikationsmittel tritt eine Anti-Terror-Chirurgie in Erscheinung, die für ihre ferngesteuerte Exekutionsmaßnahme auf Artefakte im persönlichen Nahbereich zurückgreift. Während Drohnen- und Luftangriffe noch eine klare externe Bedrohung darstellen, lauert der Tod für Israels Staatsfeinde nun in der eigenen Hosentasche, so die abschreckende Botschaft.
Ob die Geheimdienstoperation einen Verstoß gegen das Verbot von Sprengfallen darstellt, ist Gegenstand einer erbittert geführten Debatte in Völkerrechtsfachkreisen. Möglicherweise war dies sogar eine Absicht hinter der unkonventionellen Attacke.
Daniel Reisner, ehemaliger Direktor der Rechtsabteilung der israelischen Armee, formulierte schon vor Jahren eine Legitimationsstrategie für außerrechtliche Bekämpfungsmechanismen mittels der Herbeiführung von Präzedenzfällen: "Das Völkerrecht entwickelt sich weiter, indem es verletzt wird. Wir haben die Theorie der gezielten Ermordung erfunden, und wir muß-

ten sie mit Gewalt durchsetzen."
Die Brutalisierung der Kriegsführung geht einher mit einer retrospektiven Formalisierung, welche als Fundament einer hybriden, aus Militär- und Polizeiakten bestehenden Durchsetzungsmacht dient. Dadurch entsteht, was der Philosoph Grégoire Chamayou als eine "Nekroethik" bezeichnete, in der die klassische Ethik als Lehre vom guten Leben durch die des guten Tötens ersetzt wird.
Mit den technischen Möglichkeiten vervielfachen sich die Ausschaltungsoptionen im Schattenkrieg. Doch zugleich wird immer deutlicher, daß sich die nachrichtendienstlichen Erfolge nicht in politische Siege umwandeln lassen. David Kilcullen, der während des Irakkrieges als Berater der amerikanischen Generalität fungierte, verwies beim Kampfdrohneneinsatz auf die Risiken "einer Taktik - oder genauer gesagt, eines technologischen Elements -, die dabei ist, eine Strategie zu ersetzen."
Gezielte Tötungen mögen kurzfristige Irritationen in den islamistischen Netzwerken hervorrufen, aber nicht die Ursachen des Terrors beseitigen. Am Ende hat der Tod nicht mal mehr einen symbolischen Gehalt. Er erzeugt eine Statistik taktischer Effizienz ohne strategische Effektivität, deren Auslöschungsökonomie keinen politischen Nutzen in sich trägt.
Israel beginnt das Konzept der Abschreckung zu überdehnen, indem es Kollateralschäden erzeugt, die so hoch sind, daß immer weniger Möglichkeiten für ein Arrangement auf diplomatischer Ebene verbleiben. Noch nie war das Land auf internationalem Parkett so isoliert wie unter der Regierung Netanjahu, der Iran hingegen baut seinen Einfluß in der Levante weiter aus. Eine politische Lösung der Nahostfrage ist seit dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 so entfernt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dies ist vor allem ein Erfolg für Teheran und die radikalislamischen Milizen.
Die Detonationen der zweiten Funkgerät-Attacke-Welle erfolgten während der Beerdigungen für die Opfer der ersten Pager-Explosionswelle. Es war eine letzte unausgesprochene Übereinkunft, daß diese Veranstaltungen keine Ziele darstellen. Aber der Krieg gegen den Terror endet nicht mit dem Tod.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Der Genozid-Vorwurf dämonisiert Israel und produziert Judenfeindschaft**
Inflationär gebraucht und irreführend
Stop the Genocide" ist zur allgegenwärtigen Parole in den sozialen Medien und auf Demonstrationen geworden. Der Vorwurf lautet, Israel begehe im Gazastreifen einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung.
Zugleich wird auch das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf israelischem Boden, das den Krieg ausgelöst hat, immer wieder als Genozid bezeichnet. Nach Einschätzung der Politologin Larissa Schober verwenden beide Seiten diesen 1948 in die UN-Konvention aufgenommenen Straftatbestand des Völkermords, der die ganze oder teilweise Zerstörung ethnischer, nationaler, rassischer und religiöser Gruppen sanktioniert, zumeist unscharf, irreführend und losgelöst von der strengen juristischen Definition, die Wissen und Wollen der Zerstörung einer Gruppe voraussetzt.
Im Kontext des Gaza-Krieges müßte dieser wechselseitige Vorwurf darum in einem aufwendigen Beweisverfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag geprüft werden. Solange das nicht geschieht, dient der inflationär gebrauchte Genozid-Begriff primär der Dämonisierung Israels. Er helfe nicht, den Krieg schneller zu beenden, sondern produziere im Zweifelsfall vor allem Antisemitismus.
Es sei auch unwahrscheinlich, daß der Völkermord-Vorwurf dazu beitrage, eine Auseinandersetzung bei jenen anzustoßen, deren mörderische Judenfeindschaft vor einem Jahr eskalierte. Um den Krieg zu stoppen, wäre nach komplizierten politischen Lösungen zu suchen. Das sei

offensichtlich schwerer als Genozid zu deklamieren und sich auf der richtigen Seite der Geschichte zu wähnen (Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2024). (ob) www.blaetter.de<<

China: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Noch immer auf dem Sprung?**

China I: Die vor 75 Jahren gegründete Volksrepublik will Weltmacht sein - doch droht nun eine Rezession

Mathias Pellack

China steht beim Wettkampf um die globale Führung noch auf dem Feld, aber eigentlich hat das Reich der Mitte den Kampf schon verloren, meint der geopolitische Analyst Peter Zeihan. "Garbage Time" - zu deutsch: verschwendete Zeit - nennt er das, was China jetzt noch hat, bis Peking eingestehen müsse, daß es im Kampf um die Vorherrschaft im 21. Jahrhundert nicht die Spitzenposition einnehmen werde. Der Begriff kommt aus dem Sport und meint die Zeit, die der unaufholbar zurückliegenden Mannschaft noch bleibt, um die Lage zu wenden. Und die sei eben bei all den Mißständen zu kurz, sagt der US-amerikanische Autor. China wird abspecken müssen.

Und besonders die eng mit dem dortigen Markt verbundenen deutschen Firmen bekommen jetzt schon die Probleme mit. Seit 2022 bricht der deutsche Export nach China zusammen. Von einem Höchststand von 106,76 Milliarden Euro waren 2023 nur noch 97,33 Milliarden Euro bei Ausfuhren erzielt worden. Dieses Jahr setzt sich der Trend fort. Im August 2024 wurde gar ein Rückgang der Exporte um 15,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat auf nur sieben Milliarden Euro von destatis vermeldet.

China baut weniger. China vergibt weniger Kredite. China fragt weniger nach. Nur wenig besser sieht der Professor für Volkswirtschaftslehre Reiner Osbild die Lage: "China durchläuft eine strukturelle Krise, die durch das Schrumpfen der Bau- und der Exportwirtschaft geprägt ist. Hier ist kurzfristig kein Ausgleich in Sicht." Fünf Prozent der Chinesen sind arbeitslos. Unter den jungen Chinesen ist die Arbeitslosigkeit prekär. 18,8 Prozent waren es im August. Im Mai hatte Präsident Xi Jinping den Kampf dagegen zur "absoluten Priorität" erklärt. Im Juni 2023 hatte Peking allerdings die Berechnung verändert und die Publikation der Zahlen vorübergehend eingestellt. Damals waren es sogar 21,3 Prozent.

Auch in der Forschung will Peking nun aufschließen

Hinter allem steht letztlich ein demographisches Problem. "Der Binnenkonsum kann - auch wegen der Alterung der Bevölkerung - den Umbruch der Wirtschaft nicht leisten", meint auch Osbild. Die Behörden registrieren über 800.000 mehr Todesfälle als Geburten. Noch herrscht die Kommunistische Partei Chinas über mehr als 1,4 Milliarden Menschen, doch diese Zahl schrumpft. Analysten chinesischer Statistiken vermuten sogar, daß es schon heute rund 100 Millionen weniger Chinesen gibt als von den Parteistatistikern angegeben. Zählungsfehler sind dokumentiert. Die Geburtenrate liegt bei 1,16 Kindern pro Frau.

Eine hohe Kinderzahl, einst ein Garant für ein Auskommen im Alter, erkannte die Kommunistische Partei in den 1970er Jahren als Hemmnis für einen schnellen Aufstieg. Die berüchtigte Ein-Kind-Politik begann. Noch 2022 gaben in Umfragen 57 Prozent der Chinesen an, nicht mehr als ein Kind zu wollen, obwohl die Regelung seit 2015 aufgeweicht worden war. 40 Prozent wollten maximal zwei Kinder.

Das Durchschnittsalter in China liegt derzeit bei 37,9 Jahren und hat sich seit 1970 verdoppelt. Statistiker rechnen damit, daß das Durchschnittsalter bis 2050 auf fast 50 Jahre steigen wird. Schon heute ist jeder fünfte Chinese Rentner. Ab 2030 wird es mehr Rentner als Erwerbstätige geben.

Ein Umsteuern ist also unvermeidlich. Nur wohin? "Investiert wurde schon davor eher zu viel als zu wenig," erklärt Osbild. Jetzt komme es darauf an, ob der Staat mit einer immensen Ver-

schuldung erneut einspringe, oder ob er sich aus der Wirtschaft zurückziehe, um Unternehmen und Märkten Raum zu verschaffen. Die Kommunistische Partei will China in jedem Fall bis 2050 zu einer sozialistischen Weltmacht machen, die in allen wichtigen Bereichen wie Politik, Kultur, Ökologie und Forschung führend ist.
Präsident Xi Jinping, der diese Vision vorantreibt, beschreibt das Ziel einer "lebendigen, harmonischen und geordneten" Gesellschaft im Jahr 2035, die bereit ist, eine globale Führungsrolle zu übernehmen. Bis dahin soll China auch "der weltweit führende Innovator" sein.
In einiger Hinsicht konnte China aufschließen und von der Werkbank der Welt zur hochautomatisierten Fabrikhalle werden, wie etwa der Index der wirtschaftlichen Komplexität (Economic Complexity Index) zeigt, in dem China bis 2012 erstmals zur Spitze aufschloß und auf einen Index-Wert über 1,2 kam. Ökonomien, die die Technologie und das Wissen haben, hochkomplexe Produkte herzustellen (z.B. Mikroskope, Foto-Filme, Werkzeugmaschinen, etc.) erreichen höhere Werte. 2021 war China bereits bei 1,33. Deutschland hingegen steigt ab vom 2. Platz mit 2,38 im Jahr 2000 auf den vierten Platz mit 1,94 in 2021. Spitzenreiter bleibt Japan, das trotzdem industrielle Fähigkeiten einbüßt (vom Indexwert 2,82 auf 2,26).
Während das Reich der Mitte also wirtschaftlich aufgeschlossen hat, ziel es nun darauf ab, die Forschung zu dominieren.
Die Zahl der Einreichungen wissenschaftlicher Arbeiten steigt rapide auf über eine Million in 2023. China produziert inzwischen mehr wissenschaftliche Fachartikel als die USA mit 700.000. Es hat seinen Ausstoß von 2012 bis 2022 verdreifacht. Nur die Staaten der EU können gemeinsam mit 1,1 Millionen Artikeln noch mehr aufbieten.
Die in der Wissenschaft wichtige Kennzahl der Häufigkeit an Zitierungen in publizierten Arbeiten treiben vor allem andere chinesische Artikel hoch, so daß China einen außergewöhnlich hohen Wert an Zitierungen innerhalb des Landes aufweist, was auch auf die häufigen Publikationen auf Chinesisch zurückzuführen ist. Das Verhalten der Wissenschaftler wurde durch chinesische Institutionen getrieben, die hohe Publikationsquoten forderten und im Gegenzug finanzielle Boni boten.
Zitate ohne wissenschaftlichen Mehrwert und Plagiate waren die Folge. Seit dem Jahr 2020 sollen diese Praktiken aber eingestellt werden, bestimmte Chinas Wissenschaftsministerium. Auch soll der Anteil englischsprachiger Artikel steigen, um die Relevanz und Zitierbarkeit für Wissenschaftler weltweit zu erhöhen. Ob die Maßnahmen China aufs Spielfeld zurückbringen können, ist fraglich und hängt davon ab, wie schnell der demographische Unterbau schwindet.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Aufstieg einer roten Autokratie**
China II: Der blutige Weg von den erzkommunistischen Volkskommunen zur kapitalistischen Kaderdiktatur
Albrecht Rothacher
Als im Oktober 1949 die kommunistische Bauernarmee Mao Tse-tungs die nationalistischen Truppen Tschiang Kai-scheks nach Taiwan vertrieb, befriedete sie das seit dem Sturz der Qing-Dynastie im Jahr 1911 fast ständig im Bürgerkrieg und im Krieg mit Japan (1937-45) befindliche Riesenreich vorläufig. Übergelaufenen Kriegsherren, den Beamten der bisherigen Kuomintang (KMT)-Regierung und zurückkehrenden Unternehmern würde kein Haar gekrümmt, versicherten die Kommunisten. Kein Wunder, daß die Amerikaner sie für harmlose Landreformer hielten und keinen Finger rührten, um ihren Verbündeten Generalissimus Tschiang Kai-schek zu verteidigen. Sie sollten sich täuschen.
Nachdem die Volksbefreiungsarmee 1950 in Tibet, Yunnan und Kwangtung einrückte, fühlte sich Mao 1952 stark genug, seine "volksdemokratische Diktatur" mit einem Einparteienstaat zu errichten. Bürgerliche Reaktionäre, Konterrevolutionäre und "Lakaien der Imperialisten"

wurden verfolgt, Kirchen und Tempel geschlossen, der Klerus als Verbreiter von Aberglauben verhaftet und ein landesweites Spitzelsystem aufgezogen. Lautsprecher und Wandzeitungen verkündeten nur noch Parteipropaganda.
In allen Dörfern mußte ein Großbauer als vorgeblicher Feudalherr von der Dorfgemeinschaft hingerichtet werden. Dann wurde sein Land genossenschaftlich organisiert. 1956 ordnete Mao die Bildung von 70.000 Volkskommunen an, die mit etwa 5.000 Haushalten jeweils mehrere Dörfer umfaßten und alles Land, Vieh, Gerät und Mobiliar erhielten. Die Familien wurden getrennt, in Arbeitsbrigaden organisiert und in Baracken mit Gemeinschaftsküchen untergebracht. Kinder und Alte hausten separat.
Der Staat war nun der einzige Großgrundbesitzer. Aus 500 Millionen befreiten Bauern waren rechtlose Arbeitssklaven geworden. Wie schon während Stalins Zwangskollektivierung waren Hungersnöte die Folge. Mao machte Singvögel, die angeblich das Saatgut weggefressen hatten, verantwortlich und ließ sie ausrotten. Die folgende Insektenplage dezimierte die Ernten. Schon 1952 ließ er ebenfalls nach Stalins Vorbild einen ersten Fünfjahresplan zur Schwerindustrialisierung erstellen. So sollte in jedem Hinterhof einer Volkskommune ein Hochofen zur Eisenerzeugung stehen. Weil das Erz meist fehlte, schmolzen die Bauern ihr Gerät ein, um das Plansoll zu erreichen.

Xi strebt nach Weltordnung mit China im Zentrum

Nach dem Desaster des "Großen Sprungs nach vorn" ließ Mao mit der Kampagne "Laßt 100 Blumen blühen" 1957 ein halbes Jahr lang Kritik an seiner Politik zu. Nachdem sich kritische Geister geäußert hatten, säuberte er sie als Rechtsabweichler. Die nächste große Säuberung kam 1966. Eine Million jugendlicher Rotgardisten sollten gegen ihre Eltern kämpfen, die klassische Kultur, alte Gedanken, Sitten und Gebräuche ausmerzen, um die kommunistische Macht zu zementieren und den revolutionären Geist in Partei und Gesellschaft nach seinem Tod aufrechtzuerhalten.
Die Kulturrevolution artete schließlich in einen Massenterror aus - inklusive der Plünderung von Wohnungen, Folter, und mit Massenhinrichtungen in Sportstadien oder der Verbannung in Umerziehungs-Hungerlager. Als schließlich die Roten Garden untereinander zu kämpfen begannen, schritt die Volksbefreiungsarmee ein und schickte die Jugendbanden, insgesamt 17 Millionen Jugendliche, aufs Land, setzte aber bis 1976 den Terror und die Plünderungen fort. In Summe hat Mao mindestens 40 Millionen Menschenleben auf dem Gewissen. Er starb im September 1976.
Der mehrfach gesäuberte Wirtschaftsreformer Deng Xiaoping siegte im folgenden Kampf um die Macht. Deng verkündete 1978 die Modernisierungen von Landwirtschaft, Industrie, Militär und Verwaltung als pragmatische Ziele in einer weiter nominell sozialistischen Wirtschaft. Doch wurde der Griff der Planwirtschaft gelockert, auch wenn Parteizellen sich weiter in Unternehmensentscheidungen einmischten. Hauptsache, die Lebensstandards und die Produktivität stiegen wieder.
So durften die Bauern wieder als Familienbetriebe auf staatlichem Pachtland ihre Überschüsse - nach den Pflichtabgaben - frei verkaufen. Die Reisefreiheit wurde eingeführt. Leistungslöhne durften in Betrieben frei vereinbart werden. Zollbefreite Sonderwirtschaftszonen für Exporte und Auslandsinvestitionen wurden an der Küste eingerichtet. Wachstumsraten von im Schnitt neun Prozent jährlich waren das Ergebnis.
Doch war Deng kein Demokrat. Der Zerfall des Ostblocks 1989 war für ihn ein abschreckendes Beispiel. So ließ er die Demokratiebewegung von Studenten und Arbeitern auf dem Tiananmen-Platz im Juni 1989 vom Militär brutal zusammenschießen. Tausende starben.
Mit der Rückkehr Hongkongs unter die Oberhoheit Chinas 1997 und Chinas Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation WTO 2001 glaubte der Westen, Peking würde mit den Segnungen des Freihandels zur Rechtsstaatlichkeit, zu international geltenden Normen und zu wirt-

schaftlichen und politischen Grundrechten bekehrt. Doch weit gefehlt.
Auf Deng folgte 1997 sein Gefolgsmann Hu Jintao. Nach dem Ende seiner Amtszeit 2012 kam der Provinzfunktionär Xi Jinping, der damals noch als umsichtiger Wirtschaftsreformer ohne Feinde galt, an die Macht. Der heutige Präsident wurde 1968 mit 15 Jahren für sechs Jahre zur Zwangsarbeit aufs Land verbannt, wo er sechs Monate in einer Lößhöhle hauste. Nach seiner Rehabilitierung wurde er ein nur um so mehr angepaßter Funktionär.
Als Generalsekretär der KPCh riß er alle wichtigen Funktionen an sich, kontrollierte als Vorsitzender der Militärkommission den Sicherheitsapparat und ließ sich zum Staatspräsidenten ausrufen. Gegner und Rivalen schaltete er durch Anti-Korruptionskampagnen aus, während die Bevölkerung digital überwacht und mit Sozialkrediten belohnt oder bestraft wird.
China soll nach Xis "chinesischen Traum" eine sino-zentristische Weltordnung schaffen, gleichzeitig in einem "doppelten Kreislauf" möglichst wirtschaftsautark und unabhängig von westlicher Technologie werden und sich auch über Seidenstraßen-Initiativen die Rohstoffe Zentralasiens und Afrikas sichern. Staatsbetriebe werden wieder begünstigt, Privatfirmen toleriert. Wer nicht pariert, verschwindet von der Bildfläche wie etliche Milliardäre, deren berühmtestes Beispiel Alibaba-Gründer Jack Ma ist.
Im Inneren ist Xi zur brutalen Repression bereit. Hongkong wurde 2019 blutig gleichgeschaltet. Tibetische Kinder müssen ab vier Jahren in staatliche Internate. Gegenüber dem nahen Ausland tritt China in Disputen um unbesiedeltes Gebiet, wie Grenzstreifen im Himalaya gegenüber Indien, den Senkaku-Felseninseln im Süden Japans und den Atollen im Südchinesischen Meer, immer aggressiver auf. Dies gilt auch für Taiwan, dem immer unverhohlener mit einer Blockade gedroht wird.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Das Gold glänzt im Osten**
Goldmarkt: In diesem Jahr ging die Preisführerschaft erstmals von New York nach Shanghai
Bruno Bandulet
Das Jahr 2024 wird in die Goldgeschichte eingehen. Nicht nur wegen der rekordhohen Preise in Dollar und Euro - von schwächeren Währungen ganz zu schweigen. Noch zu Jahresanfang hatte der Unzenpreis Mühe, sich über der 2.000-Dollar-Marke zu behaupten. Im September wurden 2.600 Dollar erreicht.
Und dies in einem Umfeld, das in Nordamerika und Europa nicht günstig für das Edelmetall aussah. Die Inflation, normalerweise ein Preistreiber, befand sich auf dem Rückzug, und die lange Zeit negativen Realzinsen wurden wieder positiv. Nachvollziehbar also, daß die privaten Investoren im Westen abseits standen und daß sich in Deutschland, einem besonders goldaffinen Land, die Käufe und Verkäufe meist die Waage hielten.
Das scheinbare Paradoxon läßt sich erklären: Da das Angebot am Goldmarkt weitaus weniger preisbestimmend ist als die Nachfrage, mußte es früher oder später Folgen haben, daß die Zentralbanken 2022 und 2023 netto jeweils mehr als 1.000 Tonnen Gold erwarben und damit knapp ein Viertel des gesamten Angebots. Während in den neunziger Jahren westliche Notenbanken Gold zu Tiefstpreisen auf den Markt warfen, war es diesmal der globale Süden, der den Markt dominierte. Rußland und China stockten ihre Goldreserven auf, aber auch Indien, die Türkei, Katar und Südafrika. Es war der Beginn einer kaum beachteten "Dedollarisierung", einer graduellen Abkehr von der Leitwährung Dollar als Reserve- und Handelswährung.
Während Gold teurer wurde, begann sein altes Spiegelbild, der Dollar, schwächer zu werden. Kein Zufall war es, daß der seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts feststellbare Acht-Jahres-Zyklus auf 2024 fiel. Nach den Wendejahren 2008 und 2016 dauerte es rund vier Jahre, bis die Kaufkraft am Goldmarkt erlahmte und der Haussetrend kippte.
Falls sich das Muster wiederholt, würde der aktuelle Bullenmarkt Zeit bis 2028 haben. Wegen

der auch beim Gold üblichen Volatilität wären temporäre Rückschläge von vielleicht zehn Prozent oder mehr keine Überraschung. Unbeantwortet bleibt vorerst die Frage, ob der künftige Goldmarkt zusammenfällt mit einem schlechten Aktienmarkt wie in den 1970er Jahren.

Alternative zum dollardominierten Swift-Zahlungssystem geplant

Auf der Angebotsseite sind keine größeren Überraschungen zu erwarten. Laut einer neuen Studie könnte die globale Goldförderung schon 2026 eine Spitze von 110 Millionen Unzen erreichen und danach langsam zurückgehen.

Dafür spricht, daß seit Jahren nur wenige neue Goldlagerstätten entdeckt werden. Sie machen nur einen Bruchteil der Funde in den 1990er Jahren aus. Ein Grund dafür ist, daß die führenden Konzerne wie Newmont Mining und Barrick Gold nur noch dort explorieren, wo sie bereits produzieren, weil das billiger ist. Ähnlich wie die Ölfirmen investieren sie weniger als früher in die Suche nach neuen Vorkommen.

Schwerer wiegen der Machtverlust des Westens, der Aufstieg Asiens und der BRICS-Staaten (Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika) und damit die fundamentalen Verschiebungen am Goldmarkt. Rußland, 2024 offenbar nicht mehr unter den Käufern, hat innerhalb von zehn Jahren den Goldanteil seiner Devisenreserven von zehn auf 30 Prozent erhöht. In Südafrika stieg er auf 15 Prozent, in Indien auf neun Prozent.

Ob China sämtliche Goldkäufe korrekt dem Internationalen Währungsfonds (IWF) meldet, ist zu bezweifeln. Wenn man den offiziellen Zahlen glaubt, hält die chinesische Zentralbank (PBC) immer noch weniger Gold als die Bundesbank und damit nur fünf Prozent ihrer Devisenreserven. Würde sie auf neun Prozent aufstocken (das Niveau Indiens), würde allein das den Preis auf Jahre hinaus nach oben treiben.

Dann steht noch das Projekt einer BRICS-Digitalwährung im Raum. Überlegt wird, sie zu 60 Prozent durch nationale Währungen und zu 40 Prozent durch Gold zu decken. Im Juni sprach Wladimir Putin darüber mit Dilma Rousseff, Ex-Präsidentin von Brasilien und Chefin der 2014 gegründeten New Development Bank der BRICS.

Inzwischen gehören auch Ägypten, Äthiopien, der Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate zu den BRICS. Zweck der neuen Währung wäre es, eine Alternative zum dollardominierten Swift-System zu schaffen und damit zur westlichen Finanzhegemonie. Noch steht das Projekt dieser Gemeinschaftswährung auf dem Papier.

Ihre Logik aber leuchtet ein. Weil beispielsweise Rußland und Indien wegen der westlichen Sanktionen nicht mehr in Dollar abrechnen können, werden russische Öllieferungen in Rupien bezahlt, für die die Russen wenig Verwendung haben. Die neue Währung würde den stark wachsenden Handel zwischen den BRICS-Ländern ohne Zweifel erleichtern.

Aber auch unabhängig von einer BRICS-Währung entfällt längst mehr als die Hälfte der globalen Goldnachfrage auf nur zwei asiatische Länder: China und Indien. Und im ersten Halbjahr 2024 wurde der Goldpreis zum ersten Mal nicht in New York und London, sondern in Shanghai gemacht. Die Angelsachsen hatten die Preisführerschaft verloren. Erst im Sommer trocknete die chinesische Nachfrage wieder aus. Während die private Goldnachfrage in Indien, beflügelt durch die Verringerung der Importzölle, kräftig anstieg, meldete die chinesische Zentralbank keine Käufe mehr. In Shanghai sank der Goldpreis unter die Londoner Notierungen, nachdem er im Frühjahr noch deutlich darüber gelegen hatte.

Und im August fielen die für China bestimmten Goldexporte des physischen Umschlagplatzes Schweiz auf null, nachdem sie schon im Juni und Juli zurückgegangen waren. Nun rückte die Zinssenkungsphantasie in den Fokus der Spekulanten am New Yorker Terminmarkt (Comex). Sie sorgten für die jüngsten Preisavancen. Unterdessen bedient sich China, noch vor Rußland der größte Goldproduzent, aus den eigenen Goldminen. Es sieht ganz so aus, als warteten die Chinesen auf tiefere Goldpreise, bevor sie erneut an den globalen Markt zurückkehren.

Dr. Bruno Bandulet war Chef vom Dienst der Welt und Herausgeber des Börsenbriefs Gold &

Money Intelligence. www.gold.org/news<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**Kampf um die neue Weltordnung**
Vor 75 Jahren gründete Mao Zedong die Volksrepublik China, die sich bis heute zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht gemausert hat
Peter Kuntze
Während sich in deutschen Medien seit Jahren die negativen Berichte über den "systemischen Rivalen" China häufen, findet mancherlei Bemerkenswertes kaum Beachtung. So erreichte im vergangenen Jahr die durchschnittliche Lebenserwartung in der Volksrepublik den bisherigen Rekordwert von 78,6 Jahren.
Die Zahl der Internet-Surfer näherte sich im Juni der 1,1-Milliarden-Marke; damit lag die Internet-Verbreitung bei 78 Prozent der 1,4 Milliarden Einwohner. Daß chinesische Elektroautos mittlerweile technisch besser und finanziell günstiger sind als die ausländische Konkurrenz, mußte auch VW erfahren und verlor in diesem Jahr seine Spitzenposition im größten Automarkt der Welt. Im März 2023 meldete das Europäische Patentamt, chinesische Unternehmen und Erfinder hätten im Jahr davor ein Rekordhoch von 19.041 Anmeldungen eingereicht. Größter Anmelder war der Digitalkonzern Huawei mit 4.505 Einreichungen.
Als dieser Tage die deutsche Fregatte Baden-Württemberg zum Ärger der Volksrepublik durch die Straße von Taiwan fuhr, hieß es in hiesigen Medien, Taiwan sei eine unabhängige "demokratische Inselrepublik", die Peking zu Unrecht als "abtrünnige Provinz" einstufe. Kein Wort davon, daß das bis heute noch immer als "Republik China" firmierende Taiwan am 25. Oktober 1971 gemäß Resolution 2758 aus der Uno ausgeschlossen und die Volksrepublik als einzig legitime Vertreterin ganz Chinas anerkannt wurde.
Gemäß dieser Ein-China-Politik, der auch Deutschland und die USA folgen, ist die Volksrepublik Rechtsnachfolgerin der Republik China; Taiwan und die Taiwan-Straße sind somit integrale Bestandteile ihres Staatsgebiets. Da das Völkerrecht nur Staaten kennt und nicht Regierungen, spielt es keine Rolle, daß die Insel nie von Peking regiert wurde. Der Konflikt geht auf die Einmischung der USA in den chinesischen Bürgerkrieg zurück, als die Truppen Tschiang Kai-scheks nach Taiwan flohen - in der irrigen Hoffnung, mit US-amerikanischer Hilfe irgendwann das Festland zurückzuerobern.
Erst Deng Xiaoping führte China auf den Weg in die Moderne
Vor 75 Jahren hätte sich indes kein Chinese träumen lassen, daß sein Land eines Tages zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufsteigen würde. Alle wußten zwar, daß ein neuer Zeitabschnitt begann, als Mao Zedong am 1. Oktober 1949 die Gründung der Volksrepublik verkündete: "China, ein Viertel der Menschheit, hat sich erhoben. Unsere Nation wird nie wieder gedemütigt werden!"
Mao, der 1921 als 28jähriger in Schanghai mit etwa einhundert Genossen die KP gegründet hatte, war nach Jahrzehnten des Kampfes nach Peking zurückgekehrt. Doch das einstige Reich der Mitte war am Ende. Der Krieg gegen Japan und der Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nationalisten hatten Millionen Tote gefordert. Die wenigen Industriebetriebe lagen in Schutt und Asche. Auf dem Land waren fast achtzig Prozent der durch Hunger und Krankheit gezeichneten Bevölkerung Analphabeten.
Es bleibt das Verdienst der damaligen Revolutionäre, China auf die weltpolitische Bühne zurückgebracht zu haben, Mao traf aber so große Fehlentscheidungen, daß der Wiederaufbau um Jahrzehnte zurückgeworfen wurde. 1958 propagierte er die Gründung von "Volkskommunen", um dem Kommunismus näher zu kommen. Der "Große Sprung nach vorn" wurde indes ein Desaster mit mindestens 36 Millionen Hungertoten. Auch die von Mao 1966 initiierte Kulturrevolution, die einen "neuen Menschen" hervorbringen sollte, forderte Millionen Opfer.
Erst Deng Xiaoping, der nach Maos Tod (1976) die Richtlinien der Politik bestimmte, setzte

1978 die Reform- und Öffnungspolitik durch mit der Maßgabe, man müsse "die Wahrheit in den Tatsachen suchen" und nicht in ideologischen Lehrbüchern. Statt auf den Klassenkampf müsse der Schwerpunkt auf den ökonomischen Aufbau gelegt werden. Die von Deng eingeführte "sozialistische Marktwirtschaft" ist nach wie vor eines von Pekings Erfolgsrezepten.
Mittlerweile hat sich China zum "systemischen Rivalen" des Westens entwickelt. 2021 gelang es US-Präsident Joe Biden auf einer großen Europa-Tour, die ihn zum G7-Gipfel nach Cornwall, zum Nato-Treffen nach Brüssel und zur Konferenz mit den Spitzen der EU führte, die Verbündeten für sein wichtigstes Ziel zu gewinnen - Peking politisch und wirtschaftlich in die Schranken zu weisen und so die globale Führungsrolle der USA sicherzustellen. Hierbei handelt es sich um die Reaktion auf zwei jahrelang unterschätzte, weil nicht für möglich gehaltene kopernikanische Wenden der chinesischen Politik.
Die erste, eine ideologische, ist Dengs Reformpolitik, die das einstige Armenhaus aus der Misere geführt hat. Dies widersprach dem Dogma, nur eine Demokratie garantiere Fortschritt. Die zweite kopernikanische Wende ist geopolitischer Natur.
Angesichts der Globalisierung ist es nicht mehr möglich, wie einst das Reich der Mitte in selbstgefälliger Isolation zu verharren. Um im 21. Jahrhundert zu bestehen, muß Peking alles daransetzen, das Südchinesische Meer als sein Tor zur Welt wegen der lebensnotwendigen Importe zu kontrollieren. Den Kontinentalkoloß China erstmals zu einer veritablen Seemacht zu entwickeln, oblag somit der Führung unter Xi Jinping, der im November 2012 sein Amt als Staats- und Parteichef antrat.
Kaum ein Jahr später verkündete Xi das bisher ambitionierteste Projekt, mit dem Peking in Abkehr von der bisherigen Geopolitik das Tor zur Welt aufstieß: die Initiative "Ein Gürtel und eine Straße" (One Belt, One Road). Die beiden Komponenten beziehen sich auf den "Wirtschaftsgürtel Seidenstraße" und die "Maritime Seidenstraße des 21. Jahrhunderts".
Xi knüpft dabei an die alte Handelsstraße an, die von Ost nach West verlief und Europa mit Asien verband. Letztlich, so die Vorstellung, soll der gesamte Globus mit einem Netz aus bilateralen Beziehungen überzogen werden, so daß China in seinem Selbstverständnis wieder der Mittelpunkt der Welt wird. Gleichzeitig hat sich unter Xi die Marine der Volksrepublik zur größten der Welt entwickelt. In einem geflügelten Wort heißt es daher: "Mao Zedong hat uns von feudaler Ausbeutung und kolonialer Unterdrückung befreit, Deng Xiaoping von der Armut, und Xi Jinping hat uns wieder stark gemacht."<<
Thailand: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/24" berichtet am 27. September 2024 (x1.407/…): >>**"Es entwickelt sich zur Katastrophe"**
Cannabis-Legalisierung in Thailand: Seit zwei Jahren reihen sich in Bangkok Marihuana-Shops aneinander. Seitdem nimmt die Zahl der Gewalttaten und Suchterkrankungen zu. Die JF hat sich vor Ort umgeschaut
Hinrich Rohbohm
Er hat einen ganzen Bauchladen an Angeboten. "Willst du nach Ko Kood? Schöne Insel", sagt Nathapon und macht ein verlockendes Angebot für den Transport dorthin. "Oder mußt du zum Flughafen? Bei mir kannst du auch ein günstiges Busticket bekommen", sagt der 21jährige, der in der Reiseagentur seines Onkels am Rande von Bangkoks berühmter Khaosan Road arbeitet.
Die Straße, knapp einen Kilometer vom Königspalast entfernt und im Zentrum von Bangkoks Altstadt gelegen, gilt für unzählige westliche Rucksacktouristen als Durchgangs- oder Zwischenstation. Ein Anlaufpunkt für die Partyhungrigen. Und für all jene Backpacker, die für einige Tage die Hauptstadt erkunden wollen, ehe sie sich weiter auf die Inseln mit ihren Traumstränden im Süden Thailands oder zu den ebenso oft angebotenen Dschungeltouren Richtung Norden des Landes aufmachen.
In den vergangenen Jahrzehnten hat der THC-Gehalt zugenommen

Entsprechend belebt geht es rund um die gerade einmal 400 Meter lange Straße zu. Flackernde Neonlichter, Menschengewusel. Aus den Garküchen wabert der Geruch gegrillter Fleisch- und Garnelenspieße durch die Luft, wo er sich mit dem gnadenlos penetranten Duft frischer Durian-Früchte vermischt. Motorrad-Geknatter dringt aus den Gassen, den Sois.
Um die Khaosan Road herum reihen sich Dutzende Taxis, die unentwegt neue Touristen her- und wieder weg befördern. Aus den unzähligen Bars und Pubs dröhnen Evergreens aus den siebziger und achtziger Jahren. Zumeist junge Männer und Frauen sitzen an kleinen Plastiktischen, trinken Bier oder ordern den für europäische Verhältnisse günstigen Thai-Whisky.
Und ja, auch Drogen werden an diesem Ort seit eh und je zahlreich und in nicht gerade geringen Mengen konsumiert. Doch was Dealer einst heimlich unterhalb der Ladentheke an ihre Konsumenten verkauften läuft in Thailand seit zwei Jahren ganz legal ab. Jedenfalls dann, wenn es sich bei den Drogen um Cannabis-Produkte handelt. Auch in der Reiseagentur von Nathapons Onkel finden sich daher nun die verarbeiteten Hanfpflanzen im Angebot.
"Nach der Legalisierung setzte ein regelrechter Boom ein, jeder wollte Cannabis anbauen, damit handeln oder sonst irgendwie Geschäfte machen", erzählt Nathapon der JF. Und so stehen nun auch auf seiner Ladentheke zwischen den Reiseangeboten ordentlich aufgereiht Glasbehälter, gefüllt mit den verschiedensten Cannabis-Sorten.
Etwa mit White Truffle oder Orange Kush. Drogen mit einem THC-Gehalt von 25 Prozent. THC bedeutet Tetrahydrocannabinol und ist eine Substanz, die für die berauschende Wirkung in einer Hanfpflanze verantwortlich ist. Je höher ihr Gehalt, desto berauschender die Wirkung. Im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte hat sich der THC-Gehalt immer weiter nach oben entwickelt. Zum Vergleich: In Deutschland lag der durchschnittliche THC-Gehalt von Marihuana vor knapp 20 Jahren noch bei rund 10 Prozent. Heute liegt er bei gut 15 Prozent.
An Verkaufsständen wie dem von Nathapon gehören Cannabissorten mit 25 Prozent hingegen längst zur Normalität. "Ich habe auch noch Sachen, die mehr knallen", sagt er. Wie etwa "Race Fuel", ein Joint mit einem THC-Gehalt von 30 Prozent, den er der JF auf Kosten des Hauses zum Probieren anbieten will. "Willst du?" Nein danke. "Komm schon, das ist guter Stoff, absolut sauber." Mag sein. Aber nein.
200 Baht pro Gramm muß der Konsument dafür ansonsten bezahlen. Das sind etwas mehr als vier Euro. In Europa würde man dafür auf dem Schwarzmarkt gut 10 Euro berappen müssen. In Apotheken 15 Euro. Und in den Coffeshops von Amsterdam sollen angeblich sogar bis zu 40 Euro pro Gramm aufgerufen werden, meint der 21jährige.
Was dazu führte, daß Thailand nach der Cannabis-Legalisierung einen regelrechten Boom an Hanftouristen erlebt. Kiffen am Strand unter Palmen und dazu noch legal? Für so manchen offenbar eine willkommene Versuchung. Was auch Nathapon so sieht. "Eine bestimmte Klientel an Leuten kommt jetzt nicht nur wegen der Tempel und der Strände ins Land, sondern auch weil sie legal und dazu noch günstig Cannabis konsumieren können", bestätigt der 21jährige.
2022 habe es daher eine regelrechte Goldgräberstimmung unter thailändischen Geschäftsleuten gegeben. "Viele begannen damit, Cannabis anzubauen. Nach Corona war das eine willkommene Einnahmequelle, und die Regierung tat nahezu alles, um die in den Jahren 2020 und 2021 ausgebliebenen Touristen wieder zurück ins Land zu bekommen."

Hotels werben mit einem Gratis-Joint beim "Check-in"

Es war die Abkehr von einer jahrzehntelangen Anti-Drogenpolitik, in der Kriminelle mit langen Haftstrafen und sogar der Todesstrafe rechnen mußten, wenn sie mit den Rauschmitteln dealten. Bauern hofften mit dem Anbau auf ein zusätzliches wirtschaftliches Standbein. Wie Pilze schossen zudem Tausende von Cannabis-Shops aus dem Boden. Vor allem in den touristisch hochfrequentierten Gegenden wie Bangkok, Phuket oder Pattaya. Besonders Bangkok gilt seitdem als das neue Amsterdam Asiens.

Einheimische und Touristen organisieren sogenannte Green-Parties. Cannabis-Clubs laden zu regelmäßigen Sessions. Shops verkaufen T-Shirts mit Cannabis-Emblem und "Stoned-Aufschriften". Schilder mit der Aufschrift "Kaufe zwei Joints und bekomme einen gratis", stehen an nahezu jeder Ecke der Khaosan-Road. Hotels werben beim "Check-in" mit einem "Free Joint". Fliegende Händler auf der Straße preisen auf Schildern neben frischen Getränken nun auch frisches "Weed" an.
"Meine beiden Cousins betreiben nun ebenfalls Cannabis-Plantagen und beliefern auch diesen Shop hier", schildert Nathapon die Entwicklung, die auch vor seiner Familie nicht haltmachte und ihren Wohlstand zunächst vermehrte. Mittlerweile sei der Markt jedoch umkämpfter geworden. Aus dem Ausland importierte Ware würde jetzt die Preise drücken. Und die neue Regierung plane, die Cannabis-Legalisierung wieder zu stoppen.
"Hoffentlich tut sie es bald", meint hingegen Tida, eine 35 Jahre alte Frau, die in der Khaosan Road ein Restaurant betreibt. Vor ihrem Eingangsbereich hat sie ein Schild mit einer durchgestrichenen Hanfpflanze darauf angebracht. "No Smoking Marijuana" steht darauf die unmißverständliche Botschaft, daß in ihrem Lokal keine Drogen konsumiert werden dürfen.
"Die Freigabe von Cannabis entwickelt sich für unser Land immer stärker zu einer Katastrophe", warnt die Mutter von drei Kindern. Die Zahl der Drogenabhängigen sei in den letzten Jahren rapide angestiegen. Besonders unter Jugendlichen. "Damit einhergehend hat auch die Gewalt unter ihnen zugenommen. Gerade hier auf der Khaosan Road kann man das sehr gut beobachten", sagt sie.
Tatsächlich hat sich die Zahl jener Opfer, die aufgrund von Cannabis-Konsum psychische Probleme bekamen und sich in therapeutische Behandlung begeben mußten, drastisch erhöht. Laut thailändischem Gesundheitsministerium hatte deren Zahl vor der Cannabis-Freigabe landesweit noch knapp unter 40.000 gelegen. Ein Jahr später stieg sie sprunghaft auf über 60.000 Patienten an. Besonders junge Menschen hätten danach deutlich mehr Drogen konsumiert; die durch sie zudem ausgelöste Gewalt sei ebenfalls angestiegen.
"Es ist alles noch viel schlimmer", sagt Tida. Weil es praktisch keine Regeln rund um den Cannabis-Konsum gebe, würden die Substanzen teilweise auch Nahrungsmitteln beigefügt, um deren Verkauf zu erhöhen. "So etwas muß doch auf den Lebensmitteln kenntlich gemacht werden. Die Leute müssen wissen, was sie da essen oder trinken." Weil aber kaum etwas bezüglich der Cannabis-Freigabe in Thailand derzeit näher geregelt sei, mache jeder, was er will. Besonders besorgt ist die Mutter um die Kinder.
Mit der Beigabe von Cannabis würden potentielle Verkäufer den Geschmack ihrer Produkte verbessern. "Aber was ist, wenn Kinder etwa Kekse mit enthaltenem Cannabis essen? Da droht die Gefahr einer schleichenden Abhängigkeit", warnt die Frau, die sich heute auch in ihrer Freizeit in Initiativen gegen die Cannabis-Freigabe engagiert.
Thailands neue Regierung will mittlerweile die Notbremse ziehen. Ende des Jahres soll wieder Schluß mit dem freien Cannabis-Konsum sein, ein Verkauf nur noch zu medizinischen Zwecken ermöglicht werden. Vor allem Thailands Kinder sieht die Regierung gefährdet. So sehe man nach zwei Jahren Erfahrungen mit der Freigabe die Gefahr, daß die Jugend zunehmend zu härteren Drogen verführt werde.
Doch über ein erneutes Verbot sei noch längst nicht das letzte Wort gesprochen, wie ein Regierungsmitarbeiter der JF verrät. "Intern wird gerade hart gerungen. Es haben sich innerhalb kurzer Zeit mächtige Lobby-Gruppen gebildet, die ein erneutes Verbot um jeden Preis verhindern wollen." Der Grund dafür liege auf der Hand. "Zu viele haben ihre Geschäfte auf Cannabis umgerüstet, haben Plantagen gebaut, Geld investiert, im Vertrauen darauf, daß die Droge jetzt legal ist. Sie alle würden viel Geld verlieren", sagt der Mitarbeiter, der das Thema als "äußerst ernst" beschreibt.
"Da ist die Büchse der Pandora geöffnet worden, und nun bekommen wir sie kaum wieder

zu", beschreibt der Mitarbeiter das Dilemma der Regierung. Zudem drohe das Thema sich zu einem Kampf zwischen Regierung und Opposition auszuweiten. "Das Ganze ist ein heftiges Politikum geworden. Sollte der Druck zu groß werden, wird die Regierung wohl zurückrudern müssen. Für die Gesundheit der thailändischen Bevölkerung wäre das fatal", gibt er zu bedenken.

Sollte die Ampel-Regierung in Deutschland ihre Pläne zur Cannabis-Freigabe weiter vorantreiben, könnte sich das derzeitige Drogen-Dilemma in Thailand bereits als kleiner und alles andere als berauschender Vorgeschmack erweisen.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.02.2025
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis
Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte, Seite 79.

x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x144	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 1. Von der Urzeit bis zur Zeit des 30jährigen Krieges. 1. Auflage. Weinheim 1963.
x194	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In der frühen Neuzeit. 1. Auflage. Stuttgart 1970.
x199	Rang, Martin, und Otto Schlisske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): Nationalhymnen. Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x247	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band II. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1989.
x255	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 2. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1968.
x331	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 8. Das 15. und 16.

	Jahrhundert - Vom Exil der Päpste in Avignon bis zum Augsburger Religionsfrieden. 1. Auflage. Hamburg 2004.

Internet

x989	https://www.offenbarung.de/papsttum-schwur-der-jesuiten.php - September 2020
x997	http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Katholische%20Kirche - September 2020
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
x1.390	https://afdkompakt.de/ - August 2024
x1.391	https://deutschlandkurier.de – August 2024
x1.392	https://apollo-news.net/ - August 2024
x1.393	https://www.mmnews.de/ August 2024
x1.394	https://multipolar-magazin.de/ - August 2024
x1.395	https://fassadenkratzer.wordpress.com - August 2024
x1.397	https://jungefreiheit.de/archiv/ - September 2024
x1.398	https://paz.de/artikel/olympia-wird-zum-fest-spiesziger-heuchelei-a11970.html - September 2024
x1.399	https://www.compact-online.de – September 2024
x1.400	https://www.kla.tv - September 2024
x1.401	https://afdkompakt.de/ - September 2024
x1.402	https://deutschlandkurier.de – September 2024
x1.403	https://apollo-news.net/ - September 2024
x1.404	https://www.mmnews.de/ September 2024
x1.405	https://multipolar-magazin.de/ - September 2024
x1.406	https://fassadenkratzer.wordpress.com - September 2024
x1.407	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Oktober 2024

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014